

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

15. Jahrgang
2008



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

15. Jahrgang 2008

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 2210

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de

© 2008 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, info@boehlau.de www.boehlau.de
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: MVR-Druck GmbH, Brühl

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-20272-9

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: 19,50 [D]/ 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau.de, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Jürgen Rüttgers</i>	1
Christlich – sozial – europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens	
<i>Oliver Spatz</i>	17
Patriotismus und Geschichtsbewusstsein im Spiegel des Generations- wandels – eine analytische Rückschau auf die Ära Schröder/Fischer	
<i>Uwe Kranenpohl</i>	47
Die „christlichen Grünen“. Sozialstruktur und politische Einstellungen der Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp)	
<i>Christoph Studt</i>	63
„no-man’s land“. Die Karikatur als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung	
<i>Winfried Becker</i>	81
Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus	
<i>Rudolf Uertz</i>	103
Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat 1948/49	
<i>Manja Winkler</i>	125
Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948	
<i>Gerhard Wettig</i>	143
Der „Prager Frühling“, die militärische Intervention und die welt- politischen Folgen. Erkenntnisse auf der Basis neuer Archivdokumente	
<i>Manfred Agethen</i>	167
Franz Schleusener – ein Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Brandenburg	
<i>Tobias Wöhrle</i>	191
Staatspräsident Leo Wohleb (1888–1955). Katholischer Badener, Deutscher, Europäer	

<i>Günter Buchstab</i>	217
Josef Stingl (1919–2004)	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

VIII. Die Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung

<i>Hans Günter Hockerts</i>	233
Einführung	

<i>Manfred G. Schmidt</i>	241
Sozialpolitik 1982–1989	

<i>Gerhard A. Ritter</i>	255
Sozialpolitik im Prozess der Wiedervereinigung	

<i>Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Heiner Geißler</i>	271
Statements	

IX. Die Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990

<i>Günter Buchstab</i>	289
Einführung	

<i>Andreas Rödder</i>	295
Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik	

<i>Manuela Glaab</i>	311
Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung	

<i>Michael Richter</i>	335
Die Bildung der Allianz für Deutschland	

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	347
Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit	

<i>Dorothee Wilms, Elmar Brok, Claus J. Duisberg</i>	375
Statements	

DOKUMENTATION

<i>Christopher Beckmann</i>	395
„Eine neue Welt ging mir auf.“ Die Reise des Abgeordneten Ernst Majonica nach Südostasien 1955/56	

MISZELLE

<i>Rudolf Morsey</i>	427
Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung	

AUS DEM ACDP

<i>Michael Hansmann</i>	443
Fragen der Sicherung und Erschließung der Internetpräsenz der Parteien aus der Sicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Ein Projektbericht	
<i>Angela Keller-Kühne</i>	455
Das Firmen- und Familienarchiv Stinnes: Zentrale Archivbestände zur Geschichte eines Industrieimperiums	

LITERATURBERICHT

<i>Hans-Otto Kleinmann</i>	471
Die Ära Kohl – Ein Literaturbericht. Zweiter Teil A: Monographisches zur deutschen Einheit	

NEUERSCHEINUNGEN zur Christlichen Demokratie	523
--	-----

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	541
---	-----

Mitarbeiter dieses Bandes	565
---------------------------------	-----

AUFSÄTZE

Christlich – sozial – europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens

Von Jürgen Rüttgers

I. Einführung

Im Juni 2008 jährte sich der Todestag Karl Arnolds zum fünfzigsten Mal. Doch auch ein halbes Jahrhundert nach seinem viel zu frühen Tod ist dieser Mann bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen unvergessen. „Sein Name“, schrieb der damalige Landtagspräsident Ulrich Schmidt zu Arnolds 100. Geburtstag im Jahre 2001, „bleibt mit dem demokratischen Neubeginn, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten westlichen Teil Deutschlands verbunden.“

Aber reicht diese zweifellos richtige Feststellung aus, das Faszinosum zu erklären, welches vom Menschen und Politiker Karl Arnold ausgeht und das ihn nicht nur im Gedächtnis, sondern auch in den Herzen vieler Bürgerinnen und Bürger des Landes an Rhein und Ruhr einen festen Platz hat finden lassen?

Es war keineswegs allein der schwierige Neuanfang in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach der Doppelkatastrophe von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, dessen am Ende gelungene Gestaltung die historische Dimension von Arnolds Persönlichkeit ausmacht. Sein wichtigstes Alleinstellungsmerkmal besteht vielmehr in dem, was sein Denken, Handeln und Wirken bestimmt und ausgezeichnet hat und was überhaupt erst die Voraussetzung seiner politischen Erfolge bildete. Das politische Programm Karl Arnolds kann man mit drei Begriffen zusammenfassend beschreiben: christlich, sozial und europäisch.

Als ich kurz nach meiner Vereidigung als Ministerpräsident im Juni 2005 am Ehrengrab Arnolds auf dem Düsseldorfer Südfriedhof einen Kranz niederlegte, geschah dies in dem Bewusstsein, dass christlich, sozial und europäisch nicht nur charakteristische Merkmale der Politik des Ministerpräsidenten Arnold gewesen sind, sondern durch ihn und über ihn das Wesen dieses neuen Landes, unseres Nordrhein-Westfalen, bis heute ungebrochen auszeichnen. Über alle Epochen- und Regierungswechsel hinweg. Die bedeutenden Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens nach Arnold – Franz Meyers, dessen 100. Geburtstag und 50. Jahrestag der Wahl zum Ministerpräsidenten wir 2008 ebenfalls gedenken, Heinz Kühn, Johannes Rau – haben jeder auf seine Art und in seiner Zeit das Gesicht dieses Landes verändert und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Aber sie konnten dies nur tun auf der Basis dessen, was Karl Arnold, der politische Begründer Nordrhein-Westfalens, zugrunde gelegt hat.

II. Biographische Anfänge

Karl Arnold waren Aufgabe und Lebensleistung weder geographisch noch biographisch in die Wiege gelegt. Ganz im Gegenteil. Geboren wurde er in kleinen Verhältnissen am 21. März 1901 im oberschwäbischen Herrlishöfen bei Biberach. Mit achtzehn Jahren absolvierte er eine Schuhmacherlehre. Doch bereits im Jahr darauf wechselte er auf Vermittlung des damaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger, einem der fähigsten deutschen Parlamentarier und führenden Kopf der katholischen Zentrumspartei, nach München. In der bayerischen Hauptstadt besuchte er die Soziale Hochschule Leohaus, die junge katholische Arbeitnehmer auf eine Tätigkeit in den Christlichen Gewerkschaften vorbereitete.

Katholisch und sozial – hier gingen die beiden großen Konstanten im Leben Karl Arnolds erstmals eine praktisch-politische Verbindung ein. Eine sehr wirksame Verbindung, wie sich alsbald erweisen sollte. Der Schwabe Arnold siedelte 1921 in die rheinische Metropole Düsseldorf über, um in der Geschäftsstelle des christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbunds“ – nicht zu verwechseln mit der heutigen Einheitsgewerkschaft – als Referent für das Lederhandwerk tätig zu werden. Die moderne Stadt am Rhein, zugleich ein Zentrum der interkonfessionell orientierten christlichen Arbeitnehmerbewegung, wurde ihm fortan zur Heimat. Seine *politische Heimat* aber fand Arnold im Zentrum. Er stritt bewusst und entschlossen für Demokratie und Republik, weil er wusste, dass nur in einer freiheitlichen, demokratischen Staatsordnung wirklicher sozialer Ausgleich und Ausbau der Arbeitnehmerrechte möglich sind. Folgerichtig vollzog sich sein politischer und beruflicher Aufstieg parallel: 1925 rückte er in den Düsseldorfer Zentrumsvorstand auf, 1926 gelangte er an die Spitze des Düsseldorfer DGB, und nach den Kommunalwahlen des Jahres 1929 zog er erstmals in den Rat der Stadt ein, wo er sich rasch weit über die Zentrumsfraktion hinaus einen Namen machte.

In der dunklen Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, die 1933 begann, verlor das bisherige Leben Arnolds nach und nach seine Grundlagen. Auf die Zerschlagung der freien Gewerkschaften folgte die erzwungene Selbstauflösung der Zentrumspartei. Karl Arnold büßte Mandat und Beruf ein, aber nicht die Freiheit. Mit viel Glück und Geschick gelang es ihm, sich eine neue freiberufliche Existenz aufzubauen, die ihn – so weit es möglich war – vom neuen „System“ unabhängig machte und die wachsende Familie ernährte. Die Distanz Arnolds zum NS-Staat schärfte nur seinen Blick für dessen verbrecherische und menschenverachtende Natur. Er leistete keinen offenen Widerstand, aber seine regimekritische Haltung ist unbestritten und manifestierte sich u. a. in der Mitarbeit in einem Zirkel um den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr. In den als sonntägliche „Bibellesungen“ getarnten Zusammenkünften im Hause Lehr ging es, ähnlich wie im niederschlesischen

Kreisau, vor allem um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung nach dem verlorenen Krieg.

Eines war Arnold und seinen Gesinnungsfreunden schon vor dem Kriegsende klar: Ein wie auch immer aussehendes Nachkriegsdeutschland wird entweder demokratisch, sozial, christlich und europäisch sein, oder es wird keine Zukunft haben. Die Idee des freiheitlichen, einigen, sich auf seine gemeinsame abendländische Kulturtradition besinnenden Europa als Antwort auf die nationalsozialistische Barbarei mit ihrer Entwertung aller menschlichen Werte, ihrer totalen Negation von Menschenwürde, Religion und Gerechtigkeit, ihrem Rassenhass und chauvinistischen Größenwahn ist die dritte wesentliche Komponente, die 1945 das politische Weltbild Karl Arnolds vervollständigt hat.

III. Neubeginn 1945 und Gründung der CDU

„Wir müssen alles neu machen.“ Diese Worte Konrad Adenauers stehen programmatisch auch über dem Neubeginn im mittlerweile britisch besetzten Düsseldorf im Sommer 1945. Kaum eine Nation hat jemals eine so vollkommene militärische, politische und vor allem moralische Niederlage erlitten wie die deutsche im Zweiten Weltkrieg. Nicht alle Deutschen aber waren zu Tätern geworden. Die, die Verfolgung und Widerstand überlebt hatten, standen bereit zur Übernahme von Verantwortung. Es waren Männer und Frauen, Bürgerliche und Arbeiter, Katholiken und Protestanten, Freiberufler und Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten. Bei allen Unterschieden einte sie die Abscheu vor Diktatur und Krieg und der Wille zur gemeinsamen Überwindung der allgegenwärtigen manifesten Not in Freiheit und Demokratie. Unter ihnen war auch Karl Arnold, der im August 1944 als ehemaliger Zentrums- politiker noch kurzzeitig in Gestapo-Haft gesessen hatte.

Arnold stand im Sommer 1945 vor der größten Herausforderung seines Lebens: Seine im Geheimen lange vor dem Zusammenbruch formulierte hypothetische Frage: „Wie wollen wir eigentlich nach der Katastrophe leben?“ harrte nun in der Praxis ihrer konkreten Beantwortung. Zunächst organisierte Arnold das neue parteipolitische Leben in Düsseldorf. Er wusste, ohne lebendige Parteien ist wahre Demokratie nicht möglich. Aus dieser Erkenntnis heraus engagierte er sich in Düsseldorf bei der Gründung einer neuen demokratischen Partei auf christlicher Grundlage: der Christliche Volkspartei (CVP), einer der rheinischen Keimzellen der CDU. Nach dem Untergang des Weimarer Parlamentarismus mit seinen Weltanschauungsparteien und der „planmäßigen Entchristlichung“ Deutschlands durch den Nationalsozialismus war für Arnold und seine Mitstreiter die Zeit reif für eine Sammlung der demokratischen Kräfte und eine Überwindung der konfessionellen Spaltung der Christen in der Politik. Arbeiter und Bürger, Konservative und Liberale, sie alle sollten auf dem Boden des Bekenntnisses zu den christlich-jüdischen Wer-

ten des Abendlandes zusammenwirken beim Aufbau eines neuen, freien und friedlichen Deutschland.

IV. Arnold und die „Operation Marriage“

Zunächst einmal aber war ganz praktisch die furchtbare Not ringsum zu bekämpfen. Arnold packte energisch an und wurde Anfang 1946 als Vorsitzender der CDU, wie sich die CVP mittlerweile auch in Düsseldorf nannte, vom Stadtrat nahezu einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt. Doch bald schon sollten die Blicke der britischen Besatzungsmacht in einem ganz anderen politischen Zusammenhang auf den ersten Vertreter der Stadt Düsseldorf fallen.

Seit 2006 ist die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Besitz von Kopien der Originalakten zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens im britischen Nationalarchiv. Auch wenn die wichtigsten Quellen schon vor einiger Zeit in der einschlägigen Fachliteratur zitiert bzw. ediert worden sind, so fesseln den Betrachter die sich in ihnen spiegelnden Hintergründe der Entstehung unseres Landes immer wieder aufs Neue. In der eigentlichen Gründungsakte der „Operation Marriage“, also der Zusammenführung der beiden bisherigen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen innerhalb der britischen Zone, kann man ausführlich nachlesen, wie seitens der Besatzungsmacht eine Entscheidung administrativ vorbereitet und begründet wurde, die man heute als „nation building“ bezeichnen würde. Man wird bei der Lektüre in die Lage versetzt nachzuvollziehen, wie und was im britischen Kabinett und in der britischen Besatzungsadministration bezüglich der politischen Neuordnung unseres Raumes diskutiert worden ist. So stand es beispielsweise keineswegs von vornherein fest, dass das Rheinland und Westfalen einmal ein gemeinsames Land innerhalb Deutschlands bilden würden.

Heute wissen wir, wie die Diskussion ausgegangen ist. Schließlich wurde die Ehe von Rheinländern und Westfalen unter britischem Segen besiegelt. Eine richtige Entscheidung. Denn aus der anfänglichen Zwangsbeziehung zweier völlig unterschiedlicher Partner wurde im Laufe der Zeit eine Vernunft-ehe zum Wohle beider und wohl auch ganz Deutschlands. Einer der Hauptverantwortlichen für den insgesamt glücklichen Ausgang dieser in jeder Hinsicht ungewöhnlichen „Beziehungskiste“ heißt sicherlich Karl Arnold.

Arnold wurde 1947 der erste frei gewählte Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens. Doch auch das war keine Selbstverständlichkeit, wie die Londoner Akten verraten. Denn hinter den Kulissen tobte unter den Parteien, ja sogar innerhalb derselben ein erbittertes Ringen um Macht, Posten und Einfluss. Eine wohl unvermeidliche Begleiterscheinung der Parteiendemokratie und in diesem Sinne also völlig normal. Aber für die Geschichte Nordrhein-Westfalens war dieses Phänomen mit erheblichen Auswirkungen verbunden. Denn Konrad Adenauer, Partner und härtester Gegenspieler Arnolds in einer Person,

verhinderte zunächst erfolgreich die anfänglich von den Briten erwogene Berufung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters zum ersten ernannten Regierungschef wie auch seine Ernennung zum Stellvertreter Rudolf Amelunxens, dem statt seiner berufenen ersten Ministerpräsidenten des neuen Landes. Adenauers Taktieren kostete der CDU schließlich sogar die Mitarbeit im ersten ernannten Landeskabinet.

Aber spätestens nach dem Zusammentritt des ebenfalls von den Briten ernannten Landtages und dem eindeutigen Sieg der CDU bei den Kommunalwahlen im Oktober 1946 konnte die stärkste demokratische Kraft im Lande nicht länger von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen bleiben. Gegen den erklärten Willen des Fraktionsvorsitzenden Adenauer wurde Arnold zunächst Stellvertreter Amelunxens und später dann in freien Wahlen dessen Nachfolger. Adenauer vermochte dies nicht zu verhindern, wie er überhaupt bei der Behinderung der weiteren Karriere seines zeitweiligen Kontrahenten wenig erfolgreich war.

V. Von Ahlen nach Düsseldorf – das „Erfolgsgeheimnis“ der Union

Aus heutiger Perspektive, in der Konrad Adenauer wie Karl Arnold als große geschichtliche Gestalten der Frühgeschichte der CDU wahrgenommen werden, gilt es, nach den tieferen Ursachen für die zuweilen erbitterte Gegnerschaft zwischen beiden Männern zu fragen. Wahr ist, dass der Gewerkschafter Arnold und der „bürgerliche“ Verwaltungsjurist Adenauer andersgearteten Lebenswelten entstammten und zeitlebens unterschiedliche Vorstellungen mit dem Begriff „sozial“ verbanden. Wahr ist, dass Adenauer, der übrigens erst auf das Werben Arnolds hin den Weg in die neue interkonfessionelle CDU anstelle der ebenfalls 1945 wiedergegründeten katholischen Zentrumspartei gefunden hat, dem von Arnold und vielen anderen damals propagierten „christlichen Sozialismus“ als Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus überaus skeptisch gegenübergestanden hat. Adenauer fürchtete zu Recht, der Begriff „Sozialismus“, so völlig neu er inhaltlich auch im christlichen Geist interpretiert werden mochte, werde der Union mehr Wähler abspenstig machen als ihr zuführen. Und wahr ist ebenfalls, dass Adenauer im Unterschied zu Arnold aus programmatischen wie staatspolitischen Gründen anstatt einer Großen Koalition einer trennschärferen Abgrenzung von (bürgerlicher) Regierungsmehrheit und (sozialdemokratischer) Opposition den Vorzug gab; immerhin befand sich die „Klassenpartei“ SPD damals noch lange vor Godesberg. An diesem Widerspruch in der Koalitionsfrage entzündeten sich schließlich auch die bekanntesten und schärfsten Konflikte zwischen den beiden Parteifreunden.

Unwahr hingegen ist die Behauptung, das berühmte „Ahlemer Programm“ des Beirats der CDU in der britischen Zone vom 3. Februar 1947, sozusagen

das Wahlprogramm der Union für die erste nordrhein-westfälische Landtagswahl, sei eine Art persönliches Manifest des Zerwürfnisses zwischen Adenauer und Arnold. Das genaue Gegenteil ist richtig. Das Programm von Ahlen, im Katastrophenwinter 1946/47 – die Menschen hatten nicht genügend Lebensmittel, Wohnraum und Energie zum Heizen – vorbereitet und beschlossen in dem Wissen, nicht Herr über die wirtschaftspolitischen Abläufe im eigenen Land und ständig von der Verstaatlichung der Industrie durch die Besatzungsmacht bedroht zu sein, Ahlen bedeutete den Kompromiss zwischen „linkem“ und „rechtem“ Parteiflügel auf der Suche nach einer tragfähigen, zukunftsweisenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Entsprechend ist es gemeinsam redigiert worden von Konrad Adenauer und Karl Arnold, vom katholischen Gewerkschafter Johannes Albers und dem evangelischen Bankier Robert Pferdminges.

Unter den damaligen Verhältnissen durchaus nachvollziehbar, legt das Ahlener Programm den Akzent stärker auf das soziale als auf das wirtschaftliche Moment, artikuliert es mehr die Fragen von Besitzverhältnissen und Sozialreformen als diejenigen nach einer freien, dynamischen und zugleich produktiven Wettbewerbsordnung. Dennoch formuliert es wichtige ordnungspolitische Grundsätze, die zusammen mit der von Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und anderen Ordoliberalen entwickelten Sozialen Marktwirtschaft Eingang gefunden haben in die berühmten „Düsseldorfer Leitsätze“ von 1949. Insofern sprach der damalige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf eine simple Tatsache aus, als er 1975 bemerkte, die Grundprinzipien des Ahlener Programms bildeten gemeinsam mit den Düsseldorfer Leitsätzen „wichtige Bestandteile der Geschichte unserer Partei“. Und Helmut Kohl hob aus Anlass des 30. Jahrestages von Ahlen im Jahr 1977 aus dem Programm bewusst jenen Absatz hervor, in dem es heißt, „dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrennt gesehen werden dürfen, sondern dass sie eine Einheit sind und sich gegenseitig binden“.

Der Historiker Rudolf Uertz hat kürzlich über das Ahlener Programm geschrieben, es stehe „nicht nur für einen Neuanfang der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 1945, sondern auch für die legitime Interessenvielfalt der CDU als Volkspartei“. Genau darin liegt das Erfolgsgeheimnis der Union: Erst das Zusammenspiel ihrer unterschiedlichen Flügel und Traditionen, erst das Wirken solch scheinbar gegensätzlicher Charaktere und Symbolfiguren wie Konrad Adenauer, Karl Arnold oder Ludwig Erhard, erst die verschiedenen landsmannschaftlichen Prägungen und Akzentuierungen ihrer Landesverbände haben der Union ihre politisch so wichtige Verankerung in allen deutschen Regionen und sämtlichen Schichten unseres Volkes ermöglicht. Die Stärke der CDU bestand nie in einer einseitigen Dominanz der Zentrale, sondern in der Vitalität ihrer föderalen Struktur. Der damalige Ministerpräsident Wolfgang Clement – seinerzeit unbestritten ein Mitglied der SPD – schrieb

2001 in einer Würdigung Karl Arnolds, die von diesem und Konrad Adenauer symbolisierte „so genannte ‚doppelte Union‘“ habe „die CDU als Volkspartei auf eine breite Basis“ gestellt und „über lange Zeit zur modernsten und erfolgreichsten Partei“ in Deutschland gemacht. Wer wollte dieser Analyse widersprechen?

„Karl Arnold ist zu verdanken, dass die CDU nicht nur eine rein bürgerlich-konservative Partei geworden ist“, schrieb der heutige bayerische Landtagspräsident Alois Glück ebenfalls im Frühjahr 2001 in der „Süddeutschen Zeitung“. Der Repräsentant des deutschen Sozialkatholizismus und – neben Jakob Kaiser – wohl bedeutendste Sprecher der Sozialausschüsse gab denjenigen in der Union Gewicht und Stimme, die Franz Josef Strauß einmal auf Bayern bezogen die „Leberkäs-Esser“ genannt hat: den „einfachen Leuten“, der breiten Mittelschicht; denen, die ihre Steuern und Sozialabgaben pünktlich bezahlen, die Familien gründen und die Kinder gewissenhaft erziehen und die durch ihre fleißige Arbeit das deutsche „Wirtschaftswunder“ erst ermöglicht haben. Freilich war Arnold klug genug zu erkennen, dass eben dieses „Wunder“, von dem das Industrieland Nordrhein-Westfalen wie kein anderes Land der Bundesrepublik profitiert, zu dem es aber auch den größten Anteil beigesteuert hat, eigentlich gar kein „Wunder“ gewesen ist. Stattdessen war es das Resultat einer genial konzipierten neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wettbewerb und Eigeninitiative mit sozialer Verantwortung kombinierte. Die unionsgeführte Bundesregierung setzte nach 1949 konsequent das um, was in Ahlen und Düsseldorf zuvor theoretisch grundgelegt worden war: die Synthese aus katholischer Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Personalität, Subsidiarität und Solidarität und protestantischer Wirtschaftsethik, wie sie im System des Ordoliberalismus sichtbar und wirksam geworden ist. Das Ergebnis war die Soziale Marktwirtschaft. Als er erkannte, dass die Sozialdemokraten als Alternative nur Etatismus und staatlich gelenkte Wirtschaftsplanung anzubieten hatten, sprach auch Karl Arnold nicht länger vom „christlichen Sozialismus“, sondern setzte sich mit aller Kraft für das „System Erhard“ ein, weil er in diesem all jene Prinzipien wiederfand, für die er nach Kriegsende so leidenschaftlich gefochten hatte: Einen „sozial gebändigten Kapitalismus“, der genau aufgrund dieser Konditionierung erst Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu schaffen im Stande ist!

Ahlen und Düsseldorf. Zwei Städtenamen aus Nordrhein-Westfalen. Einmal Westfalen, einmal Rheinland. In beiden Landesteilen hatten die christlichen Wurzeln die ideologischen Verheerungen des Nationalsozialismus überdauert, steuerten die lebendig gebliebenen Traditionen von katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik die entscheidenden Impulse zur Ausbildung einer tragfähigen neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und damit zur Durchsetzung der Demokratie in Deutschland bei. Niemand anderes als Konrad Adenauer brachte schon 1951 diese Zusammenhänge auf den Punkt, als

er über seine Partei schrieb: „Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist das Kernstück der gesamten Union. Hier sind die Wurzeln unserer Kraft, nicht nur ziffernmäßig, auch weltanschauungsmäßig und der ganzen politischen Gesinnung nach.“

Aus diesen Zeilen spricht ein großes Selbstbewusstsein. Aber ebenso eine Wertschätzung der politischen Lebensleistung Karl Arnolds, über alle Gegensätze in Einzelfragen hinweg. Für Rainer Barzel, den langjährigen engen Mitarbeiter und Vertrauten von Arnold und zugleich Wegbegleiter des „Alten“ in Bonn, bildeten beide Protagonisten dann auch keine unversöhnlichen Gegenpole, sondern die „zwei Brennpunkte derselben politischen Ellipse“, und zwar gerade *weil* sie oft im Konflikt miteinander standen, sich am Ende aber sinnvoll ergänzten.

VI. Nordrhein-Westfalen – das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“

Im April 1947 wurde Karl Arnold Chef einer breiten Koalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD. Auch wenn die Kommunisten bereits Anfang 1948 aus der Regierung ausschieden, so entspricht die Weite des politischen Spektrums der Landesregierung durchaus den Neigungen des Ministerpräsidenten. Arnold war, obwohl ein Mann der Grundsätze, kein Ideologe. Seinen Politikstil zeichneten Kooperation, Integrationsfähigkeit und Verbindlichkeit aus, nicht Polemik und Konfrontation. Und dieser Haltung blieb er treu. Auf einer Rede in Dortmund im Jahre 1955 erklärt er: „Eine Demokratie, die glaubt, voraussetzungsfrei bestehen zu können, wird bald zum Spielball reiner Interessengruppen, und schlussendlich wird es antidemokratischen Kräften gelingen, durch Missbrauch demokratischer Freiheiten zur Macht zu gelangen.“ Aus diesen Worten spricht die leidvolle Erfahrung des Endes von Weimar. Aber die Ausführungen Arnolds sind im besten Sinne zeitlos, sie mahnen uns heute, und gerade heute, mindestens ebenso ernst und aktuell wie die Menschen damals, zehn Jahre nach dem Ende des Krieges.

Karl Arnold erteilte sozusagen vorausschauend einer Politik postmoderner Beliebigkeit eine eindeutige Absage. Er lehnte eine Politik ab, die feste Wertvorstellungen als Scheuklappenmentalität abqualifiziert. Sein Vermächtnis lautet: Man kann Wahlen gewinnen, wenn man es versteht, die Medienlandschaft zu beherrschen. Wer aber eine Gesellschaft zusammenhalten will, der muss Ziele haben, die über die eigene Existenz hinausreichen. Deshalb darf die CDU das „C“ in ihrem Namen nicht aufgeben. Selbst wenn sie ihm in ihrer praktischen Politik nicht immer gerecht wird, auch nicht immer gerecht werden kann. Das „C“ muss dennoch ihr Anspruch und ihr Maßstab sein und bleiben!

Das Kabinett Arnold stand bei seinem Amtsantritt vor immensen Herausforderungen und Problemen: Nordrhein-Westfalen wies den größten Zerstö-

rungsgrad unter allen Ländern der westlichen Besatzungszonen auf; Hunderttausende waren faktisch obdachlos; hinzu kam der unaufhörliche Strom der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus dem Osten. Ernährungskrise, Wohnungsnot, Demontage, Ruhrkontrolle, Entnazifizierung, belgische und niederländische Gebietsansprüche, die Notwendigkeit eines Verfassungsentwurfs für das neue Land – Schritt für Schritt arbeitete die Regierung die drängendsten Aufgaben ab und schuf Lösungen, die zwar nicht immer alles zum Besten wenden konnten, aber oft die schlimmste Not linderten.

Arnolds Beharrlichkeit zahlte sich aus. Zum Ende der ersten Wahlperiode ging es in und mit Nordrhein-Westfalen spürbar bergauf. Die Menschen im Lande lohnten es dem Ministerpräsidenten bei der zweiten Landtagswahl mit einem klaren Vertrauensbeweis. Er wurde wiederum mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Fortsetzung des Bündnisses mit der SPD scheiterte jedoch aus inhaltlichen Gründen ebenso wie an strategisch-taktischen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und dem massiven Widerstand von Bundeskanzler Adenauer. Schließlich bildete Arnold eine „kleine“ Koalition mit dem Zentrum. Diese verfügte im Landtag über eine denkbar knappe Mehrheit, hielt aber die komplette Legislaturperiode. An der Politik der Regierung Arnold änderte sich indes nichts. In seiner Regierungserklärung vom 21. September 1950 sprach der Ministerpräsident den legendären, richtungweisenden Satz: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Das war keine pathetische Phrase. Arnold meinte es ernst. Mit ihm und durch ihn wurde Nordrhein-Westfalen, wurde die nordrhein-westfälische CDU zum sozialen Mahner und Gestalter des sozialen Wandels – nicht selten zum Leidwesen der Bundesregierung. Die paritätische Mitbestimmung und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Eigentumsbeteiligung an den Unternehmen sind praktische Beispiele seines unermüdlichen sozialpolitischen Wirkens.

Mit seinem Satz vom „sozialen Gewissen“ begründete Arnold zugleich eine spezifisch nordrhein-westfälische „Staatstradition“, die bis heute reicht und wirkt. Das Land an Rhein, Ruhr und Lippe, mit dem klassischen „Revier“ im Zentrum, dem industriellen Herz Deutschlands, war spätestens seit dem 19. Jahrhundert zuallererst ein Land der Arbeiter und Bürger und keines der feudalen Dynastien. Wenn Rainer Barzel im Jahr 2001 sagte, Arnold habe „das künstlich zusammengeordnete Bindestrich-Land Nordrhein-Westfalen zu einer kraftvollen Einheit“ geformt, dann meinte er genau diese sinnstiftende Idee des sozialen Ausgleichs, die Westfalen und Rheinländer zusammenbrachte, wo es an einheitsfördernden historischen und kulturellen Anknüpfungspunkten mangelte. Dass dies ausgerechnet einem gebürtigen Oberschwaben – in Bayern würde man sagen einem „Zugereisten“ – gelungen ist, unterstreicht die große Integrationskraft unseres Landes. Menschen anzuziehen, woher sie auch immer kommen mögen, und ihnen eine neue Heimat zu bieten, zählt sicher

bis heute zu den hervorstechendsten Eigenschaften, welche Nordrhein-Westfalen auszeichnen.

Den Zusammenhalt Nordrhein-Westfalens und eine nordrhein-westfälische Identität zu fördern, ist Karl Arnold ein großes, aber auch selbstverständliches Anliegen gewesen. Er bemühte sich unermüdlich, es in vielfacher Weise in konkrete Politik umzusetzen. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die Gründung eines eigenen Landesrundfunksenders mit Sitz in Köln. Das WDR-Gesetz von 1954 bildet einen der Höhepunkte in den letzten Amtsjahren des Ministerpräsidenten Arnold, erfüllte der neue Sender doch schon bald die ihm zugedachte identitätsstiftende Funktion für das junge Bundesland. Aber auch mit unscheinbareren Maßnahmen und Gesten blieb Arnold bestrebt, Demokratie und Heimatbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Auf seine Initiative hin verabschiedete Nordrhein-Westfalen beispielsweise als erstes Bundesland einen eigenen Landesjugendplan zur Förderung einer breiten politischen Bildung.

VII. Der „Vernunftföderalist“

Für Karl Arnold war Nordrhein-Westfalen das „Kernland der Bundesrepublik“. Hinter diesem Anspruch stand weniger Anmaßung als vielmehr das Bewusstsein um eine große Verpflichtung. Die Verpflichtung, nicht nur maßgeblich für das Gelingen eines ungewissen Experiments, der Gründung eines westdeutschen Teilstaats, verantwortlich zu sein, sondern auch, diese Gründung immer in ihrer gesamtdeutschen Perspektive zu verstehen. Dies wird schon deutlich bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 im Bonner Museum König.

Dem Ministerpräsidenten des gastgebenden Landes oblag es, die Eröffnungsrede zu halten. Zuvor hatte er erfolgreich darauf gedrungen, statt des Begriffs „Verfassung“ den Namen „Grundgesetz“ für die noch zu erarbeitende staatliche Ordnung des freiheitlich-demokratischen Teils Deutschlands zu verwenden. Denn Arnold war, wie er in seiner Rede ausführte, überzeugt davon, dass in Bonn „nicht eine endgültige Verfassung für Gesamtdeutschland, sondern eine vorläufige, ein Grundgesetz für das westliche Besatzungsgebiet“ beraten und verabschiedet werden sollte. Arnold dachte immer gesamtdeutsch, war aber Realist genug, unter den obwaltenden Gegebenheiten die Gründung der Bundesrepublik als *Vorbedingung* und nicht als endgültige Absage an ein wiedervereinigtes Deutschland in Freiheit aufzufassen.

Die Länder spielten dabei für Arnold eine herausragende Rolle. In seinen Augen waren sie nicht bloße nachgeordnete Verwaltungseinheiten des Bundes, sondern gesamtstaatsbildende und -tragende Gliedstaaten, die ihre Souveränität in bestimmten Bereichen, vor allem in der Außenpolitik, freiwillig einer übergeordneten Ebene übertragen. Der Düsseldorfer Landeshistoriker Kurt

Düwell nennt Arnold deswegen einen „Vernunftföderalisten“. So verwundert es auch nicht, dass die Länderkammer, der Bundesrat, bei Enthaltung Bayerns den Ministerpräsidenten des einwohnerstärksten Landes zu seinem ersten Präsidenten wählte. Wiederum übrigens gegen den erbitterten Widerstand Konrad Adenauers. Und Arnold sollte seine Wahl sowohl durch seine Antrittsrede als auch durch die Art seiner Amtsführung mehr als rechtfertigen. Er erblickte im Bundesrat nicht die Fortsetzung des parteipolitischen Kampfes im Bundestag mit anderen Mitteln oder gar ein Blockadeinstrument gegen eine unliebsame Bundesregierung. Für ihn, der später den richtungweisenden Begriff des „kooperativen Föderalismus“ prägte, war der Bundesrat ein unverzichtbarer Mittler zwischen Bund und Ländern, der, so sagte er, „gerade dann in Wirksamkeit tritt, wenn die Leidenschaften den Sinn für das Ganze zu gefährden drohen“. Hätten die nachfolgenden Verantwortlichen in den Staatskanzleien und Parteizentralen alle so gedacht und gehandelt wie der kurzzeitige erste Bundesratspräsident, so manche mittelschwere Staatskrise und auch die Föderalismuskommissionen unserer Tage wären wahrscheinlich in dieser Form überflüssig gewesen.

VIII. „Europäer mit deutscher Staatsangehörigkeit“

Walter Henkels, der große journalistische Begleiter der Bonner Republik, hat Karl Arnold im Jahre 1950 einmal als einen „Europäer mit deutscher Staatsangehörigkeit“ bezeichnet. Tatsächlich war Arnold ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher. Er zählte zu den ersten, die die Notwendigkeit einer westeuropäischen Staatengemeinschaft erkannt haben und nach dieser Erkenntnis auch handelten.

In seiner Neujahrsansprache 1949 unterbreitete der nordrhein-westfälische Ministerpräsident den unerhörten Vorschlag der Gründung eines völkerrechtlichen Zweckverbandes zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Hintergrund der Idee war der Gedanke einer internationalen Kooperation im Montanbereich. Damit, schwebte Arnold vor, ließe sich endlich auch die noch immer offene „Ruhrfrage“ auf Dauer und für alle Seiten akzeptabel lösen. Sein Montanplan stieß zunächst freilich im In- wie im Ausland auf Skepsis, ja Ablehnung. Aber wie das mit einer guten Idee immer ist, irgendwann setzt sie sich durch. Der französische Außenminister Robert Schuman griff schon bald den Vorstoß des Düsseldorfer Regierungschefs auf und baute ihn zu seinem berühmten „Schuman-Plan“ aus, der Gründungsurkunde der späteren EG.

Karl Arnold war bewusst, dass er mit seinem Vorschlag originäre Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen verfolgte, musste das Land doch in dem von ihm angestrebten schwerindustriellen Verbund geographisch wie auch ökonomisch dank des Ruhrgebiets und der damaligen wirtschaftlichen Leitfunktion

des Motan-Sektors eine Art natürlichen Schwerpunkt bilden. Nordrhein-Westfalen konnte also von der europäischen Idee nur profitieren. Entsprechend befriedigt nahm Arnold daher die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der EGKS, im Jahre 1953 zur Kenntnis, bedeutete dieser Schritt doch zugleich das Ende des „Ruhrstatuts“ und damit der ökonomischen Fremdbestimmung Nordrhein-Westfalens.

Karl Arnold handelte jedoch nicht aus bloßer Berechnung. Die europäische Aussöhnung, die Bildung einer echten Wertegemeinschaft, die Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Völker Europas bringen sollte, waren sein Anliegen seit den Erfahrungen von Diktatur und Krieg unter den Nationalsozialisten. Karl Arnold wurde so zu einem der geistigen Väter und Wegbereiter der heutigen Europäischen Union. Ihm ist aber auch die Erkenntnis zu verdanken, dass europäischer Idealismus und praktischer politischer Erfolg keine Gegensätze bilden müssen. Nordrhein-Westfalen ist hierfür ein hervorragendes Beispiel. Es profitierte von der EGKS in den fünfziger Jahren, und es profitiert heute vom gemeinsamen europäischen Markt. Indem wir unser Engagement und unsere Präsenz in Brüssel beständig steigern und zugleich die enge Kooperation mit unsern westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten, kontinuierlich ausbauen, erfüllen wir die Vorgaben Karl Arnolds und arbeiten an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

IX. Arnolds Vermächtnis und Auftrag

Karl Arnold fragte sich zu Beginn seiner Amtszeit: „Wie wollen wir eigentlich leben nach der Katastrophe?“ Heute müsste er seine erkenntnisleitende Fragestellung in etwa folgendermaßen formulieren: „Wie wollen wir eigentlich leben nach den Zeiten der großen Umbrüche, denen wir gegenwärtig ausgesetzt sind?“ Diese Frage, mehr aber noch ihre Beantwortung ist von entscheidender Wichtigkeit für die Formulierung der politischen Ideen und Zielvorgaben, nach denen wir unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren ausrichten wollen.

Doch Politik kann nicht allein aus großen Zukunftsentwürfen bestehen. Sie muss handeln, konkret werden, im Hier und Jetzt. Die Globalisierung mit all ihren positiven wie negativen Begleiterscheinungen, die Veränderung des Klimas, der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, die demographische Revolution – das sind die Herausforderungen, denen wir uns unmittelfach stellen haben.

Zur Bewältigung der vielen Krisen unserer Gegenwart zählt zunächst die Kenntnisnahme einer wachsenden Abkoppelung der Ökonomie von Staat und Gesellschaft. Wirtschaft als Selbstzweck verstanden aber gibt ihre soziale Verantwortung preis und stellt sich dadurch selbst in Frage. Eine Ideologie des radikalen „Besitzindividualismus“ zerstört ohne sozialetische Begrenzungen

die Grundlagen der Gesellschaft. Ohne Fundamente jedoch bricht die gesellschaftliche Ordnung über kurz oder lang auseinander.

Den Prozess einer sich selbst segmentierenden Gesellschaft aufzuhalten, erscheint als die vordringlichste politische Aufgabe unserer Tage. Wir müssen darum kämpfen, die soziale Einheit des Landes wiederherzustellen. Hier stehen wir vor einer ganz ähnlichen Bewährungsprobe wie Karl Arnold im Jahr 1947. Wo er gegen Hunger, Kälte, Energiemangel, Wohnungsnot und Demontage ankämpfen musste, kämpfen wir heute gegen Altersarmut, Bildungsferne, soziale Verwahrlosung und kulturelle Parallelgesellschaften.

Am besten, und an diesem Punkt treffen wir uns wieder mit Arnold und der frühen CDU, gelingt dieser Kampf, wenn er nicht nur *aus* der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird, sondern speziell *um* und *für* diese Mitte. Präzise auf die Neukonstituierung und Stabilisierung jener Mitte ist deshalb eine Politik der „neuen Sicherheit“, eine Politik der „kreativen Ökonomie“, das heißt einer Ökonomie der Wissensgesellschaft und der Förderung kreativer Köpfe, ausgerichtet. Daher ist sie weder „links“ noch „rechts“ und schon gar nicht rückwärtsgerichtet. Denn eines ihrer vorrangigen Ziele besteht eben darin, als Motor des gesellschaftlichen Wandels zu fungieren, ohne allerdings die Werte, welche unserer Gesellschaft noch immer als gemeinsame Basis dienen, in Frage zu stellen oder sie gar aufzugeben.

Wer eine Spaltung der Gesellschaft verhindern will, der hat die ordnungspolitischen Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft bei allen politischen Entscheidungen zu beachten. Nur das schafft die Chancen zum sozialen Aufstieg und Wohlstand für alle, so, wie es seinerzeit auch die Zielvorstellungen von Karl Arnold und Ludwig Erhard gewesen sind. Nie war die Soziale Marktwirtschaft, der „rheinische Kapitalismus“, deswegen so aktuell wie gerade heute. Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste ökonomische Modell, über das Deutschland je verfügt hat. In Nordrhein-Westfalen besitzt sie ihre wichtigsten Wurzeln, und an Rhein und Ruhr hatte sie seit den Tagen Karl Arnolds ihre größten Bewährungsproben zu bestehen.

Eine ihrer zentralen Aussagen ist ebenso zeitlos wie einfach: Nur durch die von ihren Akteuren wahrgenommene Verantwortung erhält die Marktwirtschaft ihre gesellschaftliche Legitimation. Ansonsten degeneriert sie zur reinen Machtwirtschaft. Eine Ideologie, für die Geld alles ist, ist zum Scheitern verurteilt. Der Materialismus kann und wird niemals die Grundlage für Deutschlands Zukunft sein. Kaum einer hat das so scharf erkannt und ausgesprochen wie Karl Arnold. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft ein so kostbares Gut. Denn nur sie garantiert durch das hinter ihr stehende christliche Menschenbild letztlich den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es gab und es gibt keinen Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das haben Konrad Adenauer und Karl Arnold schon gemeinsam in Ahlen erkannt. Und die logische Ergänzung folgte in den Düsseldorfer Leitsätzen: Erarbeiten kommt vor Ver-

teilen. Freier, marktgerechter Wettbewerb, allerdings nach klaren ordnungspolitischen Regeln, ist immer besser als staatlicher Dirigismus und Zwangswirtschaft. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit bilden stets immer die beiden Seiten ein- und derselben Medaille. Das war zu Zeiten Karl Arnolds so, und das gilt unverändert heute.

X. Schluss

Karl Arnold war kein naiver Träumer, sondern ein idealistischer Realist mit Visionen. Seine größte Vision allerdings bestand in einem wirtschaftlich starken, sozial gerechten Nordrhein-Westfalen als Teil eines freien, vereinten Deutschlands innerhalb eines friedlichen, einigen Europas. Er hat zäh und pragmatisch an der Verwirklichung dieses visionären Traumes gearbeitet, seine vollständige Realisierung aber nicht mehr erleben dürfen. Der Tod riss ihn am 29. Juni 1958 mitten aus seinem Schaffen und ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo er, der zwei Jahre zuvor zur Hälfte der Wahlperiode eine „Schlacht im falschen Saal“ verloren und durch ein eigentlich gegen Bonn gerichtetes Misstrauensvotum des Landtags gestürzt worden war, kurz vor einem glanzvollen Comeback als Ministerpräsident stand. Die Herzen der Menschen aber, „seiner“ Menschen in Nordrhein-Westfalen, hat er erreicht. Hunderttausende gaben ihrer Dankbarkeit Ausdruck, als sie ihm am 3. Juli 1958 entlang des Trauerzuges durch die Landeshauptstadt die letzte Ehre erwiesen. Josef Hermann Dufhues, die starke, prägende Gestalt der westfälisch-lippischen CDU, sprach in seinem Nachruf von der Liebe des Verstorbenen, welche „dem Land an Rhein und Ruhr“ gegolten habe. Und er fügte hinzu: „Dieses Land der Rheinländer und Westfalen hat den Sohn des Schwabenlandes aufgenommen, um ihn für immer zu halten.“

Wolfgang Clement hat Karl Arnold als „Glücksfall für unser Land“ bezeichnet. Und auch ein anderer, großer sozialdemokratischer Ministerpräsident unseres Landes zollte seinem Vorgänger uneingeschränkten Respekt, Johannes Rau. Über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg erkannte Rau zu Recht manche Parallelen zwischen ihm und dem ersten freigewählten Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen: Das von Arnold propagierte „übergreifende Zusammenwirken von Regierung und Opposition“ im Sinne einer „Partnerschaft im parlamentarischen Gegenüber“, die Rau „nicht einfach als Umarmungstaktik oder gar als Konfliktangst“ bewertet wissen wollte, sondern als Ausdruck gelebter demokratischer Kultur im Dienst an der Sache. Die auch und gerade in Zeiten des Umbruchs auf den sozialen Zusammenhalt hin ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Arnolds. Die von ihm definierte konstruktive Rolle Nordrhein-Westfalens als selbst-, aber auch verantwortungsbewusster Gliedstaat innerhalb des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik. Die von Arnold als erstem erkannte Notwendigkeit einer en-

gen Verzahnung und festen Verankerung Nordrhein-Westfalens in der europäischen Werte- und Staatengemeinschaft. Sein Bemühen, dem jungen Land eine innere Struktur zu verleihen und seine Identität zu fördern. Und schließlich in dem Bekenntnis Arnolds zu den christlich-jüdisch-abendländischen Wurzeln, Traditionen und Werten unseres Landes, zu seiner Überzeugung, als Christ zur Übernahme politischer Verantwortung verpflichtet zu sein.

„Dieses Christsein“, sagte Johannes Rau im April 1980 über seinen ebenfalls mitten im Wahlkampf dem plötzlichen Herztod erlegenen christdemokratischen Kontrahenten Heinrich Köppler, „ist nicht das Wahrnehmen einer moralischen Sonderposition; das ist mehr als eine parteipolitische oder eine gesellschaftspolitische Einordnung. Sich als Christ zu verstehen und politisch zu handeln, das heißt vielmehr, Hoffnung für diese Welt zu haben, diese Welt für verbesserungswürdig und verbesserungsfähig zu halten, nicht irgendwann, sondern jetzt und von jetzt an.“ Diese Definition hätte Karl Arnold unbesehen unterschrieben.

Patriotismus und Geschichtsbewusstsein im Spiegel des Generationswandels – eine analytische Rückschau auf die Ära Schröder/Fischer

Von Oliver Spatz

Einführung

Die Abwahl der christlich-liberalen Bundesregierung unter Helmut Kohl und die Bildung einer Koalition von Sozialdemokraten und Grünen unter Führung des neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder sowie der bald darauf vollzogene Umzug in die neue Hauptstadt Berlin boten neben den zehnjährigen Jubiläen von Mauerfall und Wiedervereinigung innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Anlässe zu Neubestimmungen und Fortentwicklungen des politischen Gedächtnisses.¹ Zunächst bedeutete der Amtsantritt der rot-grünen Regierung im Herbst 1998 und der damit verbundene Aufstieg vieler sogenannter „Alt-Achtundsechziger“ in leitende Positionen – zuvorderst Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt – ein Signal für die politische Kultur der Bundesrepublik² und einen „Generationswechsel im Leben der deutschen Demokratie“³. Menschen wie Joschka Fischer gelangten an die Spitze desjenigen Staates, den sie vormals bekämpft hatten, und söhnten sich in der Übernahme nationaler Verantwortung mit ihm aus.⁴ Mit Gerhard Schröder wurde erstmals ein Mitglied einer Generation Bundeskanzler, die keine eigenen Erinnerungen an den Nationalsozialismus hat. Kurz darauf ließ der Umzug wesentlicher Teile des politischen Zentrums von Bonn nach Berlin eine fortan wohl unweigerlich andere, neue, da mittlerweile ungewohnte „Größe“ der Politik erahnen. Solche mehr als symbolpolitischen, zäsurartigen Umwälzungen konnten kaum ohne Folgen für das deutsche Selbstbild und für den Umgang mit der Geschichte bleiben.

Nach sieben Jahren war infolge der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 die Ära Schröder/Fischer zu Ende; bereits jetzt ist sie Gegenstand einzelner zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen geworden. Nicht zuletzt mit Blick auf die anrollende publizistische Welle zum 60-jähri-

1 Vgl. Hans Jörg HENNECKE, *Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung*, München 2003, S. 140.

2 Vgl. Tilman MAYER, *Die kulturelle Hegemonie in der Berliner Republik*, in: DERS./Reinhard C. MEIER-WALSER (Hg.), *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*, München 2002, S. 11–29, hier S. 14.

3 Edgar WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 479.

4 Vgl. Eckhard JESSE, „Deutschland hat sich gewandelt“, in: „Das Parlament“ vom 16.10.2006. Zur Rolle Fischers für die Befriedung der politischen Kultur vgl. auch Frank BRUNSSSEN, *Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik*, Würzburg 2005, S. 127.

gen Bestehen der Bundesrepublik bietet es sich an, einen bestimmten Themenkomplex jenes Zeitraums näher zu betrachten: Entsprechend der Annahme, dass gerade in den „rot-grünen Jahren“⁵ Entwicklungsschritte festgestellt werden können, die für die anhaltende Selbstbespiegelung Deutschlands von erheblicher Bedeutung sind, beleuchtet der vorliegende Beitrag bilanzierend ausgewählte einschlägige Diskurse im Kontext der Beziehungen von Erinnerungskultur und Patriotismus. Letzterer erlebt als geschichtlicher Grundterminus seit einigen Jahren eine Renaissance sondergleichen. Hierbei wird die These vertreten, dass der partiellen geschichtspolitischen Neujustierung der Bundesrepublik zentrale Bedeutung als Rahmenvoraussetzung eines veränderten Selbstverständnisses der „Berliner Republik“ zukommt. Mit Geschichte lassen sich bekanntermaßen Skandale provozieren und Debatten inszenieren, die mediale Präsenz ermöglichen und über teils lange Zeit das Feuilleton beschäftigen.⁶ In besonderer Weise trifft dies auf die seit Jahrzehnten anhaltende Auseinandersetzung mit der deutschen Diktatur zu, die Peter Reichel als „die zweite Geschichte des Nationalsozialismus“ bezeichnet. „Kaum noch überschaubar“, sei sie „inzwischen um ein Vielfaches länger als die erste. Und sie dauert an.“⁷ Die Angst vor der Wiederkehr der Vergangenheit lässt sich zusammen mit dem Bemühen, von ihr loszukommen, heute als eines der stärksten Motive deutscher Geschichtspolitik charakterisieren.⁸ Lüftet man die schwere Decke der Historie, wird unter anderem deutlich, dass Geschichtspolitik und Patriotismus eine fest verwobene Einheit bilden⁹, dass Patriotismus als Verbundenheit mit – oder gar Liebe zu – dem Land der Väter wesentlich vom jeweiligen Geschichtsbewusstsein beeinflusst wird¹⁰, ja, ein solches zu einem gewissen Grade verlangt.¹¹ Gerade weil im kollektiven Gedächtnis der Deutschen das „Dritte Reich“, der von diesem begonnene Vernichtungskrieg und der industrialisierte Massenmord einen ungeheuren Stellenwert besitzen, sind

5 Joschka FISCHER, *Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*, Köln 2007.

6 Vgl. Jörg-Dieter GAUGER, *Vom öffentlichen Gebrauch der Geschichte*, in: Jürgen ARETZ u. a. (Hg.), *Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945*, Freiburg i. Br. 2003, S. 13–29, hier S. 13.

7 Peter REICHEL, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die politisch-justitielle Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach 1945*, Bonn 2003, S. 199.

8 Vgl. Bernhard GIESEN, *Das Tätertrauma der Deutschen. Eine Einleitung*, in: DERS./Christoph SCHNEIDER (Hg.), *Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs*, Konstanz 2004, S. 11–53, hier S. 11.

9 Vgl. Matthias RÖSSLER, *Patriotismus im vereinigten Europa. Positionen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft*, in: *Die Politische Meinung* 51 (2006) 2, S. 7–13, hier S. 8.

10 Vgl. Florian SATTLER, *Anleitung für gebildete Patriotismus-Verächter. Deutschland – na und?*, in: *Die Gazette. Das politische Kulturmagazin* (2004) 2, S. 44–49, hier S. 46.

11 Vgl. Karl ALBERT/Elenor JAIN, *Politisch-philosophische Reflexionen zur Patriotismusdebatte*, in: DIES., *Leitkultur, Demokratie und Patriotismus. Fünf aktuelle philosophisch-politische Essays zur interkulturellen Problematik*, Bochum 2006, S. 93–111, hier S. 103.

geschichtspolitische Kontroversen nichts anderes als der historisch-kulturelle Aspekt des Wieder- beziehungsweise Neubildungsprozesses der Nation.¹² Indem der Aufsatz die Befassung mit Patriotismus auf den Umgang mit der eigenen Geschichte fokussiert, wird jener Patriotismus im Wesentlichen auf der Ebene seines verbreiteten Grundverständnisses als emotionaler Verbundenheit behandelt, da für die erörterte Thematik zunächst das Selbstbild im Vordergrund steht – aus dem dann durchaus Weitergehendes im Sinne einer ideengeschichtlich umfassend rekonstruierten Definition von Patriotismus¹³ erwachsen kann.¹⁴

Neue Realitäten: „Bonn – Berlin“ und Kosovo-Krieg

Bundeskanzler Schröder sprach direkt zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode vom „Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation“, die sich „der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber dabei nach vorne blickt“.¹⁵ Dass der Kanzler deutlich die künftige Verfolgung „nationaler Interessen“ artikuliert¹⁶, hob sich verbal merklich von einem Politikstil konstaterter „Machtvergessenheit“¹⁷ der „Bonner Republik“¹⁸ ab. War schon die 1991 erbittert geführte „Hauptstadt-Debatte“ im Kern um die Frage gekreist, wofür das vereinte Deutschland stehe¹⁹, so wurde sie mit dem tatsächlichen Umzug in die „neue alte“ Kapitale wieder aufgeworfen. Gab der sich zunehmender Popularität erfreuende Begriff der „Berliner Republik“ einem erneuten Groß-

12 Vgl. näher WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 499.

13 Fundiert geleistet von Volker KRONENBERG, *Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation*, 2. Aufl., Wiesbaden 2006. Für diesen Beitrag wird die 1. Aufl. von 2005 verwendet.

14 Wie dann ja gerade in jüngster Zeit auch geschehen; vgl. nur im Zusammenhang die Debatten um eine gemeinwohlorientierte Bürgergesellschaft oder auch um Integration und Leitkultur. Hierzu etwa anstoßend Norbert LAMMERT (Hg.), *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*, Bonn 2006.

15 Zit. nach Peter HURRELBRINK, *Der 8. Mai 1945 – Befreiung durch Erinnerung. Ein Gedenktag und seine Bedeutung für das politisch-kulturelle Selbstverständnis in Deutschland*, Bonn 2005, S. 323. Schröder wies jedoch sogleich darauf hin, es sei gefährlich, „dies als einen Ausstieg aus unserer historischen Verantwortung mißzuverstehen“ (EBD.).

16 Vgl. im Zusammenhang Steve CRAWSHAW, *Ein leichteres Vaterland. Deutschlands Weg zu einem neuen Selbstverständnis*, Frankfurt/M. 2005, S. 178.

17 Hans-Peter SCHWARZ, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985.

18 Vgl. Max A. HÖFER, *Die „Berliner Republik“ als Kampfbegriff?*, in: APuZ (2001) 6–7, S. 27–30, hier S. 27; Johannes GROSS bemerkte seinerzeit mit Blick auf ein nationales Interesse der alten Bundesrepublik, ein solches sei in deren Repertoire nicht vorgekommen; es habe gewirkt, als sei schon das Wort auf sie unanwendbar gewesen. Vgl. DERS., *Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts*, Berlin 1997, S. 29.

19 Vgl. die komprimierte Darstellung bei BRUNSEN (wie Anm. 4), S. 11–13.

machtstreben Ausdruck oder schlicht dem nun von Berlin aus erfolgenden Regieren? Die Antwort wird, wie so oft, dazwischen liegen. Dass schließlich die Verlagerung des politischen Zentrums Deutschlands in die Stadt beschlossen und vollzogen wurde, in der wie nirgendwo sonst die Ost-West-Differenzen beim Zusammenwachsen beider Teilgesellschaften hervortreten,²⁰ veranlasste jedenfalls auch Heinrich August Winkler zu der Feststellung: „Nach vier Jahrzehnten staatlicher Trennung kommt das Zusammenwachsen der Deutschen in West und Ost mit ihren immer noch sehr unterschiedlichen politischen und Geschichtskulturen einer Neubildung der deutschen Nation nahe.“²¹ Erste Anzeichen einer gerade auch linken mentalen Aneignung der „Berliner Republik“ machten sich bemerkbar.²²

Der Kosovo-Krieg, mit dem sich Deutschland nur kurze Zeit nach dem Regierungswechsel konfrontiert sah, zeigte eine weitere Facette inneren und äußeren Wandels. „Der Realitätsschock wurde ... erst 1999 wirklich spürbar. Die neue Verantwortung des Landes trat mit dem Kosovokrieg in aller Klarheit und Brutalität zutage“,²³ schreibt Gerhard Schröder selbst rückblickend in seinen Memoiren. In der Tat stellte der Kampfeinsatz eigener bewaffneter Verbände einen radikalen politischen Paradigmenwechsel dar und brach das deutsche Nachkriegstabu militärischer Intervention. Dies wog umso schwerer, als der Grundsatz ad acta gelegt wurde, dass der Einsatz deutscher Soldaten dort ausgeschlossen sei, wo Deutsche im Zweiten Weltkrieg als Aggressoren aufgetreten waren.²⁴ Während Kohl in den letzten Jahren bereits eingefahrene Konventionen insoweit verworfen hatte, als es in seinen Augen nunmehr trotz der deutschen Geschichte möglich sein müsse, Truppen ins Ausland zu entsenden, ging die neue Regierung deutlich weiter. Ausgerechnet Außenminister Fischer als Vertreter der pazifistischen Grünen beharrte in Umkehrung vorheriger historischer Argumentation darauf, Deutschland müsse gerade wegen seiner Geschichte am Kosovo-Einsatz teilnehmen.²⁵ In Ergänzung der bislang

20 Vgl. EBD. S. 13. Darüber hinaus erforderte Berlin, wie HENNECKE (wie Anm. 1), S. 140, notiert, einen anderen, bewussteren Umgang mit der deutschen Vergangenheit als in Bonner Zeiten.

21 So Heinrich August WINKLER, *Die „Berliner Republik“ in der Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: Werner SÜSS/Ralf RYTLEWSKI (Hg.), *Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole*, Bonn 1999, S. 235–244, hier S. 243.

22 Nicht zufällig fiel etwa auch die Gründung der programmatischen Zeitschrift „Berliner Republik“ durch sozialdemokratische Nachwuchspolitiker in diesen Zeitraum (1999).

23 Gerhard SCHRÖDER, *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*, 2. Aufl., Hamburg 2006, S. 85.

24 Vgl. Eckhard FUHR, *Wo wir uns finden. Die Berliner Republik als Vaterland*, Berlin 2005, S. 33.

25 Vgl. Birgit SCHWELLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit*, in: Siegmund SCHMIDT u.a. (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden 2007, S. 101–111, hier S. 104f.

gültigen Formel „Nie wieder Krieg!“ als Lehre aus der deutschen Geschichte diene „Nie wieder Auschwitz!“ dazu, die militärische Beteiligung auf dem Amselfeld zu rechtfertigen.²⁶ Abgesehen von der teils heftigen Kritik an Vergleichen oder gar Gleichsetzungen des serbischen Vorgehens mit Hitlers Vernichtungspolitik ließ sich somit eine „signifikante Umcodierung im historischen Lernprogramm der Deutschen“²⁷ feststellen. Wenngleich die deutsche Partizipation im Kosovo eher auf der Bündnistreue der neuen Regierungskoalition sowie veränderten Anforderungen und Erwartungen seitens der NATO an die Bundesrepublik als auf eigenem Gestaltungswillen basierte, zeigt sich in diesem souveränen politischen Akt ein wichtiger Aspekt fortschreitender innerer Normalisierung Deutschlands.²⁸

Letztlich zogen der Umzug an die Spree und der Krieg im Kosovo den sichtbaren Schlussstrich unter das, was bereits 1990 zu Ende gewesen war: die Beschaulichkeit im Schatten der Weltpolitik, die bisweilen für bequemes Beiseitestehen und auch moralische Sonderwege erhalten musste. Spätestens jetzt begann die Bewährungsprobe der „Normalität“.²⁹

Herausforderungen und Folgen des Generationswandels für das nationale Gedenken

„Der Holocaust ist heute weit mehr als nur ein weiterer unleugbarer Tatbestand der Vergangenheit, den die Europäer nicht länger verdrängen können. Während Europa sich anschickt, den Zweiten Weltkrieg endgültig hinter sich zu lassen – während die letzten Denkmäler eingeweiht und die letzten überlebenden Kriegsteilnehmer und Opfer geehrt werden –, ist die wiederentdeckte Erinnerung an Europas tote Juden Definition und Garantie für die wiedergefundene Humanität des Kontinents.“³⁰ Der britische Historiker Tony Judt fasst mit Blick auf die europäische Ebene bereits all das zusammen, was das gegenwärtige deutsche Verhältnis zur eigenen Vergangenheit in seinem Kern charakterisiert, und beschreibt damit ein Phänomen, das Norbert Frei auf die

26 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 336; kritisch Joannah CABORN, *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*, Münster 2006, S. 215–217.

27 Norbert FREI, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 25.

28 Vgl. Felix Philipp LUTZ, *Historical Consciousness and the Changing of German Political Culture*, in: Winand GELLNER/John D. ROBERTSON (Hg.), *The Berlin Republic. German Unification and a Decade of Changes*, London u.a. 2005, S. 19–34, hier S. 30f.; HÖFER (wie Anm. 18), S. 28.

29 Vgl. Ulrich SCHLIE, *Von Bonn nach Berlin. Die deutsche Wiedervereinigung*, in: Eckart CONZE/Gabriele METZLER (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen*, Stuttgart 1999, S. 365–381, hier S. 378.

30 Tony JUDT, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006, S. 934.

Formel eines „erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel(s)“³¹ gebracht hat. Die zentrale Bedingung einer solchen großflächigen Veränderung stellt der Generationswandel dar, denn angesichts der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, wie auch der anderer Staaten, vermindert sich fortlaufend die Zahl derjenigen, die persönliche Erinnerungen an die Zeit vor 1945 haben.³² Mehr als zwei Drittel der heute lebenden Deutschen sind nach 1945 geboren, zudem gehören weniger als 15 Prozent der Menschen Jahrgängen an, die noch als Täter, Mitläufer oder Opfer des Regimes in Betracht kommen.³³ Durch das allmähliche „Aussterben“ der Zeitzeugen entrückt der Nationalsozialismus unvermeidlich der autobiographischen Erfahrungsebene und gelangt auf die Stufe mehr oder weniger geeigneter Rekonstruktionen.³⁴ Heute schon tragen nicht mehr allein die Erlebnisgenerationen das „Dauerargument 1945“ vor, verschaffen sich aber im Übergang vom kommunikativen zum „kulturellen Gedächtnis“ (Aleida und Jan Assmann) noch einmal verstärkt Gehör³⁵, bis schließlich mit dem Tod der letzten Zeitzeugen der wichtigste Strom authentischer Erfahrungsweitergabe versiegen und „history“ an die Stelle von „memory“ treten wird.³⁶ Wenn sich also der „Kreis der aktiven Erinnerung schließt“³⁷, sieht sich die Gedenkkultur der Berliner Republik vor die Herausforderung gestellt, einen anderen Zugang zur Geschichte und, damit verbunden, eine neue Form des Erinnerns finden zu müssen.³⁸ Wenn mit wachsendem zeitlichen Abstand die ritualisierte öffentliche und damit zwangsläufig mythische Inszenierung des Nationalsozialismus zunimmt, bleibt die Vermittlung der NS-Geschichte als eines formativen Bestandteils Deutschlands unerlässlich, auch wenn sie kein Monopol mehr beanspruchen kann,

31 Norbert FREI, „Gefühlte Geschichte. Die Erinnerungsschlacht um den 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 hat begonnen. Deutschland steht vor einer Wende im Umgang mit seiner Vergangenheit“, in: „Die Zeit“ vom 21.10.2004.

32 Vgl. Horst MÖLLER, *Erinnerung(en), Geschichte, Identität*, in: APuZ (2001) 28, S. 8–14, hier S. 10.

33 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 501.

34 Vgl. Jan-Holger KIRSCH, *Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik*, Köln 2003, S. 55; ähnlich MÖLLER (wie Anm. 32), S. 10.

35 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 340.

36 Vgl. Paul SCHULMEISTER, *Erinnerungswende nach 60 Jahren? Anmerkungen zum Generationen- und Perspektivenwechsel in Europa*, in: Europäische Rundschau (2005) 2, S. 3–19, hier S. 4.

37 Jorge SEMPRÚN am 10. April 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, zit. nach JUDT (wie Anm. 30), S. 964.

38 Vgl. Stephan SCHLAK, *Schuld und Scham*, in: Karl Heinz BOHRER/Kurt SCHEEL (Hg.), *Ein neues Deutschland? Zur Physiognomie der Berliner Republik* (Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 689/690), Stuttgart 2006, S. 829–836, hier S. 830f.

weil neue Bezugspunkte in den Vordergrund treten.³⁹ Ob mittel- und langfristige die Holocaust-Erinnerung als Staatsräson der Berliner Republik⁴⁰ wirksam wird oder die deutschen Verbrechen gemäß Johannes Gross' Prognose zwar nie vergessen und gelehrt, aber doch gänzlich museal werden und ihre bewusstseinsfüllende und politisches Verhalten steuernde Funktion einbüßen,⁴¹ wird sich zeigen. Die derzeitige Tendenz zu einer Musealisierung der Vergangenheit ist jedenfalls evident.

Sie bildete auch bereits vor bald zehn Jahren, kurz nach dem Regierungswechsel auf Bundesebene, den Anknüpfungspunkt zur letzten großen Selbstverständigungsdebatte der noch mit einem Arm von Bonn aus gelenkten Bundesrepublik, die mit Martin Walsers Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche ihren Anfang nahm. Der Schriftsteller gab mit seinen „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ primär Einblick in sein privates Gefühlsleben. Als folgenreich sollten sich dabei diejenigen Passagen erweisen, die sich auf das deutsche Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit konzentrieren. „Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird“⁴², leitete der Geehrte den umstrittenen Teil seiner Ansprache ein, um die rhetorische Frage anzuschließen, ob nicht die Intellektuellen, die den Deutschen ebendiese Schande vorhielten, der Illusion verfielen, sich durch ihr Arbeiten im „grausamen Erinnerungsdienst“ für einen Augenblick näher bei den Opfern als bei den Tätern zu fühlen und sich somit ein wenig zu entschuldigen.⁴³ Walser sprach von einer entstandenen „Routine des Beschuldigen“ und führte zugleich aus: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.“⁴⁴ Er, der es nie für möglich gehalten habe, die Seite der Beschuldigten zu verlassen, fange nun an, wegzuschauen.⁴⁵

39 Vgl., auch zu Entstehung und Funktion von Mythen, Jens HACKE, *Gegenwärtige Vergangenheiten. Politische Mythen*, in: Die Gazette. Das politische Kulturmagazin (2005) 4, S. 55–59, hier S. 57.

40 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 315.

41 Vgl. GROSS (wie Anm. 18), S. 105.

42 Martin WALSER, *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede*, in: Frank SCHIRRMACHER (Hg.), *Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation*, Frankfurt/M. 1999, S. 7–17, hier S. 11.

43 Vgl. EBD. S. 11.

44 EBD. S. 11f.

45 Vgl. EBD.

Doch nicht allein der Inhalt und bisweilen selbstquälerische Gestus der Rede lösten die Kontroverse aus. Ignatz Bubis, der nach Walsers Vortrag als Einziger sitzengeblieben war, intervenierte tags darauf und bezeichnete Walser als „geistigen Brandstifter“⁴⁶. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland erneuerte diesen Vorwurf in seiner Gedenkrede zur Reichspogromnacht vom 9. November 1938 und wandte sich eindringlich gegen die von dem Schriftsteller diagnostizierte „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“⁴⁷. Walser spreche „eindeutig für eine Kultur des Wegschauens und des Wegdenkens, die im Nationalsozialismus mehr als üblich war und die wir uns heute nicht wieder angewöhnen dürfen“.⁴⁸ Bubis bezog sich damit auch auf Elemente in Walsers Rede, nach denen sich Auschwitz nicht dafür eigne, „Drohoutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkеule oder auch nur Pflichtübung. Was durch solche Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität Lippengebet. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft?“⁴⁹ Die Äußerungen des Friedenspreisträgers sowie deren durchaus verbreitete Unterstützung deutete der höchste Repräsentant der deutschen Juden als Symptom eines politischen Kulturwandels im vereinten Deutschland. Der intellektuelle Nationalismus nehme zu und sei zudem nicht völlig frei von unterschwelligem Antisemitismus.⁵⁰ Daraufhin verschärfte sich die Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern Walsers, bei der vermittelnde Stellungnahmen an den Rand gedrängt wurden, merklich.⁵¹ Es ereignete sich eine regelrechte diskursive Explosion um Walsers erinnerungspolitische Positionen und, vor der Folie einer „neuen Normalität“ der „Berliner Republik“, um die retrospektive Bewertung der bis dato schon recht hitzig verlaufenen Diskussion, aber auch um Antisemitismus beziehungsweise entsprechende Vorwürfe.⁵²

Das geplante Berliner Holocaust-Mahnmal nannte der Literat eine „Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum“

46 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 65.

47 WALSER (wie Anm. 42), S. 12.

48 Ignatz BUBIS, *Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9. November 1998 in der Synagoge Rykerstraße in Berlin*, in: SCHIRRMACHER (wie Anm. 42), S. 106–113, hier S. 111.

49 WALSER (wie Anm. 42), S. 13.

50 Vgl. BUBIS (wie Anm. 48), S. 112.

51 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 65f.

52 Vgl. weiterführend Lars RENSMANN, *Enthauptung der Medusa. Zur diskurshistorischen Rekonstruktion der Walser-Debatte im Licht politischer Psychologie*, in: Micha BRUMLIK u. a. (Hg.), *Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik*, Berlin 2000, S. 28–126, hier S. 83.

und „die Monumentalisierung unserer Schande“.⁵³ Dahinter stand Walsers persönliches „Geschichtsgefühl“ im Angesicht einer empfundenen Omnipräsenz von „Auschwitz“ sowie einer, wie Karl Heinz Bohrer es in dem Zusammenhang beschrieb, „dramatisch verkürzte[n] historische[n] Erinnerung“, welche die deutsche Nationalgeschichte zu Stationen vor Hitler schrumpfen lassen und somit zu deren umfassender Entwertung geführt habe.⁵⁴ Die von Walser angesprochene Gefahr, dass ein Übermaß an öffentlich zelebrierter, ritualisierter Erinnerung dem Ziel moralischer Integration des Gemeinwesens entgegenstehen könnte, erschien, nüchtern betrachtet, im Kontext der Auseinandersetzungen um das Mahnmal nicht völlig abwegig.⁵⁵ Hinter vorgehaltener Hand höre man nicht von wenigen, so bemerkt Antonia Grunenberg mit Blick auf die zunehmend abstrakte Chiffre „Auschwitz“, wie verlogen die Attitüde des permanenten Schuldbekenntnisses sei; doch wenn man, wie eben Walser, sein Unbehagen laut kundtue, stehe die politische Korrektheit über dem Nachdenken.⁵⁶ Freilich ernteten Walsers Einlassungen auch Beifall von der falschen Seite. Vom eigentlichen Sinnzusammenhang seiner Rede ist diese unerwünschte Anerkennung jedoch scharf zu trennen.

Im Rückblick wird noch mehr als damals schon deutlich, dass der Streit im, naturgemäß fließenden, Generationswechsel seinen motivgebenden Überbau fand – und damit auch in der Frage, ob die mittel- oder unmittelbaren Zeitzeugen des Nationalsozialismus über den Einfluss ihrer Geschichte und ihres Geschichtsbilds auf die Nachgeborenen würden bestimmen können.⁵⁷ In Walsers Sätzen eine schlichte Schlussstrich-Mentalität⁵⁸ oder eine Selbstentpflichtung aus dem von ihm selbst so bezeichneten „Erinnerungsdienst“⁵⁹ zu lesen, läuft daher fehl. Überhaupt wirkten die gegeneinander erhobenen Vorwürfe sachlich unangemessen und ermüdend, da es weder darum ging, dem Erzähler Vorschriften über seine privaten Erinnerungen zu machen, noch darum, antisemitische Ressentiments wieder salonfähig werden zu lassen, zumal Walser betont hatte, ihm gehe es an keiner Stelle um die Relativierung des

53 Jeweils WALSER (wie Anm. 42), S. 13. In der Diskussion um das Mahnmal könne „die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten“, so Walser (EBD.).

54 Vgl. Karl Heinz BOHRER, „Schuldkultur oder Schamkultur und der Verlust an historischem Gedächtnis“, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 12./13.12.1998.

55 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 143.

56 Vgl. Antonia GRUNENBERG: *Die Lust an der Schuld. Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart*, Berlin 2001, S. 207f.

57 Vgl. Robert LEICHT, *Warum Walser irrt. Auch die Nachgeborenen haften für das Erbe von Auschwitz*, in: SCHIRRMACHER (wie Anm. 42), S. 327–329, hier S. 327, 329. In dieser Hinsicht vgl. ebenso HENNECKE (wie Anm. 1), S. 144.

58 Vgl. Marcus HAWEL, *Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland*, Hannover 2007, S. 93.

59 Vgl. entsprechend FREI (wie Anm. 27), S. 14.

Völkermords.⁶⁰ Der Kontroverse mit ihren aneinander vorbei redenden Hauptprotagonisten haftete in der für alle sichtbar bloßgelegten formelhaften Sterilität des Vergangenheitsdiskurses der alten Bundesrepublik⁶¹ mithin etwas Anachronistisches an – an ihrem Ende bleibt eine Gratwanderung zwischen zwei Epochen.⁶² Auch die Beteiligten selbst und die Öffentlichkeit spürten, dass die Debatte in einer Übergangszeit stattfand, ein Bedürfnis nach unbefangenerer Hinwendung zur Zukunft existierte und im Zuge dessen die NS-Vergangenheit an prägender Kraft verlor. Gerade dieser Schwellencharakter, einmal mehr auch in Hinsicht auf den Wechsel zu Rot-Grün, erklärt wesentlich die Leidenschaft auf beiden Seiten.⁶³ In der Zerrissenheit des Intellektuellen zwischen privatem und öffentlichem Gedenken verdichteten sich die scheinbaren Widersprüche des deutschen Erinnerungsdiskurses um die Jahrtausendwende. Paradox mutet dabei auf den ersten Blick an, dass die Friedenspreisrede durch Walsers Rückzug auf das eigene Gewissen gerade keinen radikalen Bruch mit der etablierten Schuldkultur bedeutete, vielmehr das letzte Aufbauen des privaten Inneren gegen öffentliche Trauerrituale im Rahmen einer sich entwickelnden Schamkultur markiert,⁶⁴ und dennoch so weitreichende Aufmerksamkeit und Unterstützung erfuhr. Ein Erklärungsansatz bietet sich dahingehend, dass Walsers Anhänger in der Anteil nehmenden Bevölkerung dessen Befürchtungen einer weiteren Zunahme allgegenwärtig zelebrierten, „erdrückenden“ und damit kontraproduktiven Gedenkens teilten – wie sich der Umgang mit der deutschen Vergangenheit in der Berliner Republik im Einzelnen tatsächlich weiter ausbilden würde, konnten sie zu dem Zeitpunkt nicht absehen. Aus heutiger Sicht symbolisiert die „im Schatten der alten Antworten“⁶⁵ geführte Walser-Bubis-Debatte den Scheitelpunkt erinnerungspolitischer Konfrontation und löst zugleich gewissermaßen die Starre nationaler Selbstverständigung; insoweit ist Norbert Frei durchaus zuzustimmen, dass der Streit des Winters 1998/1999 die Suche nach einem neuen Verhältnis zur Vergangenheit eröffnet hat.⁶⁶ Das sich weithin regende „Geschichtsgefühl“ repräsentiert damit einen Kernaspekt der um etwa ein Jahrzehnt verzögerten, emotionalen wie intellektuellen Aneignung des mit der Deutschen Einheit begründeten Vaterlands,⁶⁷ so dass letztlich die Bedeutung der Debatte weniger

60 Vgl. hierzu auch HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 340.

61 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 43f.

62 Vgl. näher Michael JEISMANN, *Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen*, Stuttgart 2001, S. 178–181.

63 Vgl. in übereinstimmender Einschätzung HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146; BOHRER (wie Anm. 54); FUHR (wie Anm. 24), S. 43.

64 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 835.

65 BOHRER (wie Anm. 54).

66 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 14.

67 Vgl. in diesem Sinne FUHR (wie Anm. 24), S. 43, 46.

in ihrem genuin historischen Gehalt als in ihrer politischen Identitätsrelevanz für die vereinigte Bundesrepublik liegt.⁶⁸

Seither waren und sind in dem Bemühen, die Frage, „Was ist deutsch?“, einer Antwort zuzuführen, verstärkt Plädoyers für die Einbeziehung der „anderen“ Geschichte zu registrieren – ein weiteres Zeichen für den Generationswandel, oder, exakter, für dessen Wirkungsmacht, denn derlei noch vor zehn Jahren als Hofart des Rechtsextremismus ausgelegte Vorstöße kommen längst nicht durchweg aus den Reihen der eindeutig Jüngeren. Wenn Udo Di Fabio mit Nachdruck an die Seele der Deutschen appelliert, sie müsse „endlich wieder den Kern und nicht die Verirrung seiner [sic!] Nationalgeschichte in den Mittelpunkt einer optimistischen Selbstgewissheit rücken“⁶⁹, signalisiert das ebenso einen markanten Bewusstseinswandel wie die Mahnung, die Geschichte vor Hitler nicht zu vergessen, der die Deutschen schließlich an vorderer Stelle das Bewusstsein von Freiheit zu verdanken hätten.⁷⁰ In diesem Zusammenhang schärft sich die Wahrnehmungssensibilität für gesellschaftliche Erschöpfungs- und Überdrussreaktionen angesichts des öffentlichen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit spürbar⁷¹ – stets eingedenk der Tatsache, dass hier ein an konstruktiver Gegenwartsgestaltung orientiertes Umdenken eine fortwährende Gratwanderung zwischen den Gefahren von Desinteresse beziehungsweise Verharmlosung und der Notwendigkeit vorsichtiger gedenkpolitischer Modifizierung verlangt. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass der allgegenwärtige Schulddiskurs nachkommenden Generationen fast schon genetisch eine Rolle eingeschrieben habe, die die Verantwortung der Bürger für die Gegenwart überlagere⁷²; anstelle sozialkritischer Impulsgebung komme es zu einer ernsthaften Behinderung der politischen Handlungsfähigkeit der zweiten deutschen Republik⁷³. Auch in ausländischer Perspektive findet eine solche Skepsis indessen Anschluss: „Jede neue Generation in Deutschland aufzufordern, sie solle ... die Verantwortung für die Erinnerung an Deutschlands singuläre Schuld ... zur Bezugsgröße ihrer nationalen Identität machen, war das mindeste, was man verlangen ... und viel mehr, als man erwarten konnte.“⁷⁴

68 Vgl. KIRSCH (wie Anm. 34), S. 55.

69 Udo DI FABIO, *Die Kultur der Freiheit*, München 2005, S. 220.

70 Vgl. ALBERT/JAIN (wie Anm. 11), S. 104.

71 Vgl. Peter BRANDT, *Universelle Werte und Nationalkultur. Was ist deutscher Patriotismus?*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (2005) 3, S. 36–39, hier S. 37f.

72 Vgl. grundsätzlich die luziden Ausführungen bei GRUNENBERG (wie Anm. 56), hier S. 20.

73 Vgl. BRANDT (wie Anm. 71), S. 38.

74 JUDT (wie Anm. 30), S. 944.

Trittsicher auf schmalem Grat? Erinnerungskulturelle Perspektivenerweiterung zwischen deutscher Leiderfahrung und „Hitler-Welle“

Die Deutschen also doch nicht „auf ewig in Hitlers Schatten?“⁷⁵ Der oftmals eher unterschwellig ablaufende Prozess der Aneignung der Nation äußert sich auch in der eingehenden Beschäftigung mit dem, was nicht mehr zu dieser seit 1990 geeinten Nation gehört. Hier spielt die Generationenfrage ebenfalls eine zentrale Rolle. So erfuhren etwa die ehemaligen deutschen Ostgebiete seit Beginn des neuen Jahrhunderts verstärkte Aufmerksamkeit. Bei den kurz vor dem Rentenalter stehenden Kindern der gegen und nach Ende des Krieges heimatlos gewordenen Menschen drängten sich Fragen auf. Viele Familien besuchten nach dem Fall der Mauer die alte Heimat – die Älteren wollten sie nochmals, die Jüngeren erstmals sehen.⁷⁶ Mit der Entdeckung abgebrochener Familiengeschichten gerieten so auch Raum und Menschen östlich des „Eisernen Vorhangs“ erneut ins Blickfeld, kurz: das kulturelle Erbe dieser Region öffnete sich wieder als Teil der deutschen Geistesgeschichte. Neue, insbesondere literarische Perspektiven auf die deutsche Vergangenheit und auf familiäre Schicksale rückten damit auch ein „abgesunkenes Stück der kollektiven Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs“⁷⁷ in den Vordergrund, das, wie selbst Hans-Ulrich Wehler konzedierte, nun ruhig besprochen werden konnte. Bis heute wenden sich gerade jüngere Jahrgänge mit unverstelltem Blick diesen sensiblen Bereichen zu, möchten das Unabänderliche nicht infrage stellen, sondern schlicht wissen, was war, und so Einzelheiten über die Umstände von Flucht, Heimatverlust und Vertreibung erfahren.⁷⁸

Zwei im Jahre 2002 erschienene Werke sorgten im Kontext der signifikanten Perspektivenerweiterung um die Leidenserlebnisse zahlreicher Deutscher besonders für Aufsehen. Günter Grass veröffentlichte mit „Im Krebsgang“⁷⁹ eine fiktive, in die Vertreibung aus dem Osten eingebettete Erzählung rund um die wahren Geschehnisse des Untergangs des von einem sowjetischen U-

75 Heinrich August WINKLER, *Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2007.

76 Vgl. Helga HIRSCH, *Flucht und Vertreibung – die Rückkehr eines Themas*, in: Jörg-Dieter GAUGER/Manfred KITTEL (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur* (Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte am 25. November 2004 in Berlin), Sankt Augustin 2005, S. 113–122, hier S. 116f.

77 „Die Debatte wirkt befreiend.“ Interview mit Hans-Ulrich WEHLER, in: „Der Spiegel“ vom 25.3.2002, S. 61–64, hier S. 62.

78 Vgl. Hans-Joachim NOACK, *Die Deutschen als Opfer*, in: Stefan AUST/Stephan BURG-DORFF (Hg.), *Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*, Bonn 2003, S. 15–20, hier S. 16f., 20; vgl. zuletzt Andreas KOSSERT, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008.

79 Günter GRASS, *Im Krebsgang*, Göttingen 2002.

Boot versenkten KdF-Passagierschiffs „Wilhelm Gustloff“ und die etwa 9.000 dabei ums Leben gekommenen Flüchtlinge im Januar 1945, während „Der Brand“⁸⁰ des Berliner Autors Jörg Friedrich sich in bis dato ungekannter Intensität mit dem Bombenkrieg in deutschen Städten befasste. Damit griffen zwei als „unverdächtig“ geltende, da dem linken beziehungsweise linksliberalen Spektrum zuzuordnende, Schriftsteller heikle Themen aus der deutschen Vergangenheit auf. Einem verbreiteten Eindruck nach hatte der Opferdiskurs nunmehr auch die Täter erreicht.⁸¹ Grass, der sich im Laufe der Jahrzehnte vieler historischer Themen angenommen hatte, ging zum ersten Mal auf das deutsche Leid am Ende des Krieges im Zusammenhang einer exemplarischen Selbstkritik ein und bedauerte das „bodenlose Versäumnis“, die Geschichte der Vertriebenen bislang ausgespart zu haben in der Sorge, sie könne die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Schuld beeinträchtigen.⁸² Aber auch Politiker wie die grüne Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer oder Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) erklärten, es sei „kein Ruhmesblatt“ gewesen, über das millionenfache Leid so lange hinweggesehen zu haben. Bereits im Angesicht der als „ethnische Säuberungen“ bezeichneten Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien in den neunziger Jahren und besonders der Ereignisse im Kosovo hatte gerade bei einem erheblichen Teil der politischen Linken ein allmähliches Umdenken eingesetzt, das seinerseits jener Neubewertung den Weg bereitete.⁸³ Zur Öffnung der Schleusentore trugen nicht zuletzt Dokumentationen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu Flucht und Vertreibung bei, die hohe Einschaltquoten erzielten.⁸⁴ Der „Boom der deutschen Opfergeschichte“, fasst Norbert Seitz diesen Prozess zusammen, lasse sich eben nicht auf reaktionäre Geister zurückführen, sondern gehe auf das „geschichtspolitische Konto einer nachholbedürftigen Linken, die eine leidenshistorische Wiederannäherung an das eigene Volk sucht und dabei von bislang geübter politisch korrekter Ignoranz und geschichtspädagogischer Strenge abzusehen scheint“.⁸⁵ Dieses Phänomen lediglich auf die Bereitschaft vieler Alt-Achtundsechziger „zum milderen Urteil, ja zur Revision“⁸⁶ und somit zum bloßen Aussöhnungsbedürfnis der ehemaligen Protestgeneration nach

80 Jörg FRIEDRICH, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*, Berlin 2002.

81 Vgl. Achatz VON MÜLLER, „Volk der Täter, Volk der Opfer“, in: „Die Zeit“ vom 23.10.2003.

82 Vgl. dazu FUHR (wie Anm. 24), S. 64.

83 Vgl. Hartmut KOSCHYK, *Der neue Stellenwert von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur*, in: GAUGER/KITTEL (wie Anm. 76), S. 139–144, hier S. 141; NOACK (wie Anm. 78), S. 19.

84 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 216f.

85 Norbert SEITZ, *Die Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus*, in: APuZ (2007) 1–2, S. 8–13, hier S. 9.

86 FREI (wie Anm. 27), S. 14.

jahrzehntelangem, moralisch oft unerbittlichem Hadern mit der eigenen Geschichte zu reduzieren, greift wohl zu kurz.⁸⁷

Wer sich nicht vor der Übernahme von Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes scheue und darüber hinaus die Aussöhnung mit den Nachbarn anstrebe, hieß es jahrzehntelang, der dürfe über Deutsche als Opfer nicht sprechen. Die von Flucht und Vertreibung Betroffenen fanden vorwiegend bei den Vertriebenenverbänden Gehör, deren oft einseitige Betrachtungsweise vielen als hinreichender Beleg für die Diskreditierung des Themas galt.⁸⁸ Wurden Flucht und Vertreibung als Aspekt deutscher Zeitgeschichte demnach lange Zeit als revanchistisch kontaminiert angesehen,⁸⁹ entspann sich nun, mehr als eine Dekade nach der Wiedervereinigung, eine breite Debatte über Für und Wider der Thematisierung deutscher Opferrollen – dabei lässt die Art, wie sie geführt wurde, einen Wandel erkennen. Glaubte mancher bilanzierender Beobachter eine gefährliche, sich immer weiter auftürmende Welle der „Re-Viktimisierung“ der Deutschen auszumachen⁹⁰, findet heute zunehmend eine Position Zustimmung, die die Tabuisierung oder Verdrängung historischer Fakten als einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft nicht angemessen ansieht, zumal diese ohnehin dauerhaft kaum gelingen könne⁹¹. Die Klage des mittlerweile verstorbenen Reinhart Koselleck, „Als zwänge uns die Erinnerung an den Judenmord, die eigenen Toten zu vergessen. ... Als ließen sich die Millionen Toter gegenseitig verrechnen“⁹², hat insofern an Aktualität verloren, als sich größtenteils die Einsicht durchgesetzt hat, dass eine Totalisierung der deutschen Schuld nicht allen Opfern gerecht werden kann⁹³. Sicherlich wurden teilweise in den letzten Jahren kollektive Leiderfahrungen nach wie vor mit dem Verweis auf die deutsche Schuld gerechtfertigt; sei es hinsichtlich der Vertreibungen⁹⁴ oder mit Blick auf die Toten des Bombenkriegs, mit denen die Deutschen ihre „schwache Stunde“ der Auslieferung an Hitler bezahlt hät-

87 Vgl. in dieser Hinsicht FUHR (wie Anm. 24), S. 82.

88 Vgl. Helga HIRSCH, *Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel*, in: APuZ (2003) 40–41, S. 14–26, hier S. 14.

89 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 70.

90 Vgl. nur Harald WELZER, „Nervtötende Erzählungen. Die Bewältigung der Vergangenheit in Deutschland gilt als vorbildlich. Was bewältigt ist? Gar nichts“, in: „Frankfurter Rundschau“, Beilage „Deutschland danach“, vom 7.5.2005.

91 Vgl. etwa MÖLLER (wie Anm. 32), S. 14.

92 Reinhart KOSELLECK, *Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses*, in: Volkhard KNIGGE/Norbert FREI (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, Bonn 2005, S. 21–32, hier S. 28f.

93 Vgl. schon die Passage bei Manfred FUNKE, *1945: Ein Fragment namens Deutschland. Prägekräfte im Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn*, in: APuZ (1995) 1–2, S. 11–17, hier S. 17.

94 Vgl. die Grundtendenz bei Micha BRUMLIK, *Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen*, Berlin 2005.

ten.⁹⁵ Sich vor Augen führend, dass dabei zumindest hinsichtlich der Vertreibungen offensichtlich Verbrechen gegeneinander aufgerechnet werden, obgleich doch sonst zu Recht die Unzulässigkeit derartiger Kompensationsversuche angemahnt wird, wurde andernorts in moderateren Tönen von einer Umcodierung des Vergangenheitsdiskurses gesprochen⁹⁶ – die wohlgerne im Idealfall zu einem Mehr an Ausgewogenheit führen kann – oder davor gewarnt, die historischen Abläufe und die Gründe des auf Deutschland zurückschlagenden Krieges zu vergessen, da eine zusammenhangsferne Darstellung die Gefahr der undurchsichtigen Vermengung von Tätern und Opfern mit sich bringe⁹⁷. Zumindest bislang scheinen derlei Befürchtungen gleichwohl überwiegend unbegründet. Wendet man sich beispielsweise noch einmal Grass zu, stellt man fest, dass seine Novelle einen nicht zu unterschätzenden Durchbruch bewirkte: Wenn dieser Großkritiker nun Empathie für Vertreibungsoffer zuließ, mochten selbst viele Zögernde nicht mehr bestreiten, dass das Bekenntnis zu deutscher Schuld und die Trauer über deutsches Leid zwei Seiten einer Medaille sind.⁹⁸

Die Frage schließlich, ob die intensive Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung ein jahrzehntelanges Tabu breche, fand durchaus unterschiedliche Beantwortung, jedoch im Vergleich zu früheren Kontroversen in merklich weniger aufgeregter Stimmungslage. Einerseits wurde auf die frühe Thematisierung der Problematik in persönlichem Austausch, literarischer Verarbeitung und auch historischer Forschung hingewiesen, andererseits zugestanden, dass der Holocaust vor allem seit den sechziger Jahren ins Zentrum der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gerückt war und infolge seiner Qualifizierung als singuläres Ereignis die Leiden großer Bevölkerungsteile aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt hatte, zumal nationale Kategorien in der Bundesrepublik sichtbar verblassten.⁹⁹ Insofern kann man die Opferrolle nicht-jüdischer Deutscher tatsächlich kaum als durchgehend tabuisiert bezeichnen, muss

95 Vgl. Kurt PÄTZOLD, *Auch die Geschichte kennt ihre Zahltagel – Die Debatte über den „Bombenkrieg“*, in: Michael KLUNDT (Hg.), *Heldenmythos und Opfertaumel. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen im deutschen Geschichtsdiskurs*, Köln 2004, S. 14–40, hier S. 35.

96 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 17.

97 Vgl. Michael KLUNDT, *Die Nation im Helden- und Opfertaumel – Geschichtspolitische Debatten und Tendenzen seit 1989*, in: DERS. (wie Anm. 95), S. 156–189, hier S. 181.

98 Vgl. HIRSCH (wie Anm. 88), S. 14. Im Übrigen wirkt die schon moralisch höchst problematische Zurechnung aller deutschen Opfer zur Täterseite auch politisch fatal, weil sie, in Konstruktion einer eigenen Form von „Sippenhaft“, gleichsam zynisch über das Leid von Millionen hinweggeht, als existiere es nicht. Zudem, führt MÖLLER (wie Anm. 32), S. 13, in diesem Zusammenhang aus, sei eine solche Argumentation agitatorisch, weil sie die Nennung tatsächlicher historischer Vorgänge als „Aufrechnung“ diskreditiere.

99 Vgl. im Kontext und weiterführend Bernd FAULENBACH, *Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland*, in: APuZ (2002) 51–52, S. 44–54, hier S. 46f., 52f.

jedoch anfügen, dass ihrer, aus zum Teil sicher nachvollziehbaren Gründen, oft nur behutsam oder gar nicht gedacht, in manchen Kreisen auch abwehrend mit ihr umgegangen wurde.¹⁰⁰ Im Gesamtzusammenhang der Diskussion erscheint die Beurteilung, ob es sich objektiv um einen Tabubruch handelte oder nicht, letztlich eher sekundär – entscheidend war die Rezeption in der Bevölkerung und der damit verbundene Eindruck, dass hier ein lange vernachlässigtes Bedürfnis gestillt wurde.

Sowohl Günter Grass als auch Jörg Friedrich bearbeiteten dem öffentlichen Empfinden nach Neuland. Letzterer aber forderte mit „Der Brand“ die Autorität der Geschichtswissenschaft heraus und provozierte insbesondere durch die in seinem Werk verwendete Sprache einer detaillierten, atmosphärisch dichten Beschreibung des Grauens teils vehementen Widerspruch.¹⁰¹ Dass der Autor sich gewissermaßen 60 Jahre später zu den Opfern in den Luftschuttkeller setzte, brachte ihm den Vorwurf der Gleichsetzung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und britisch-US-amerikanischer Luftkriegsführung sowie der Wegbereitung eines neuen, selbstmitleidigen Opferkults ein.¹⁰² Gleichwohl lässt sich am Text nicht belegen, dass Friedrich die westlichen Demokratien mit der deutschen Diktatur in eine Ecke stellt, wenn auch die Frage offenbleibt, ob und inwieweit er den alliierten Luftkrieg angesichts des eher geringen militärischen Nutzens für ein Kriegsverbrechen hält.¹⁰³ Das Buch lebt von der Prämisse, Opfer auch Opfer zu nennen, selbst wenn sie zugleich Täter oder Angehörige einer Tätergesellschaft waren.¹⁰⁴ Um die Jahrhundertwende nun war es erstmals möglich, die andere Seite der Medaille zu betrachten und das Inhumane am Luftkrieg zu diskutieren – und zwar nicht anstelle, sondern in Ergänzung zum vielfach thematisierten Terror der Nationalsozialisten.¹⁰⁵ Trotz kontroverser Erörterungen blieb die öffentliche Wirkung von Friedrichs Buch in Deutschland von der eines Skandals doch deutlich entfernt, was sich mit dem überwölbenden Einverständnis erklärt, einzelne Kapitel der nationalen Geschichte nicht aus der Erinnerung ausblenden zu kön-

100 Vgl. BRANDT (wie Anm. 71), S. 38; HIRSCH (wie Anm. 88), S. 14.

101 Vgl. noch jüngst kritisch Ralf STECKERT, *Bombenkrieg und Nationalsozialismus. Der Schritt zu einer getrennten Wahrnehmung?*, in: Stephan Alexander GLIENKE u. a. (Hg.), *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 361–374.

102 Vgl. in Bilanzierung der Reaktionen auf Friedrichs Werk Bernd GREINER, „Overbombed“. *Warum die Diskussion über die alliierten Luftangriffe nicht mit dem Hinweis auf die deutsche Schuld beendet werden darf*, in: *Literaturen – das Journal für Bücher und Themen* (2003) 3, S. 42–44, hier S. 42.

103 Mit Blick auf Biographie und publizistische Tätigkeit des Autors lassen sich die Vorwürfe der Geschichtsrevision schwerlich aufrechterhalten, zumal FRIEDRICH (wie Anm. 80), S. 403f., die hässlichen Seiten der Notgemeinschaft keineswegs ausblendet.

104 Vgl. GREINER (wie Anm. 102), S. 42–44.

105 Vgl. die entsprechende Argumentation bei CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 228f.

nen¹⁰⁶, weil sie schwierige Fragen aufwerfen. Zuvorderst ging es darum, sich gerade im Angesicht der historischen Schuld zu bejahen.¹⁰⁷ Im bundesrepublikanischen Geschichtsbewusstsein konkurrierten deutsche Verbrechen und deutsche Leiden in abnehmendem Maße, wurden vielmehr immer deutlicher zusammen gedacht.

Doch bot sich Potential revisionistischer Umdeutung der Vergangenheit auch auf anderen Feldern. So stellte etwa der ehemalige Leiter der „Wehrmachts-Ausstellung“, Hannes Heer, mit Blick auf die regelrechte „Hitler-Welle“ der Jahre 2004/2005 fest, es sei wieder hoffähig geworden, sämtliche Schuld auf den „Führer“ der Deutschen als Symbolfigur des Bösen schlechthin abzuschieben, entsprechend eben der bequemen Haltung, „Hitler war’s“¹⁰⁸. Andere hingegen entdeckten im ansteigenden „Hitler-Retro-Gesang“ lediglich den Versuch, die Ratlosigkeit der Deutschen zu übertönen, in nuce das Unvermögen, Hitler zu verstehen.¹⁰⁹ Als im Herbst 2004 Bernd Eichingers „Der Untergang“ in die Kinos kam und im Bemühen um möglichst genaue Rekonstruktion die letzten Tage des Diktators im Bunker unter der Reichskanzlei beleuchtete, war das etwas Neues. Wenn man denn das vielstrapazierte Wort vom Tabubruch in den Mund nehmen möchte, so würde es hier noch am besten passen: Man hatte gewagt, Hitler als Menschen in Nahaufnahme zu zeigen. Neben einiger gewohnt reflexartiger Kritik fand die Frage: „Dürfen wir Deutsche das?“ auch unmissverständlich bestätigende Erwiderung. Berechtigterweise, denn eine irreführende und zudem unhistorischer Distanz Vorschub leistende Dämonisierung, ja, Entmenschlichung Hitlers würde grundsätzlich der unerwünschten Perspektive zuarbeiten, das „Dritte Reich“ zu einem unerklärlichen Mythos werden zu lassen. Auschwitz als mit der deutschen Historie davor und danach nicht in verstehbaren Einklang zu bringendes Ereignis zu isolieren, würde den Nationalsozialismus gewissermaßen aus der Geschichte katapultieren¹¹⁰ – ein fraglos unangenehmer Gedanke.¹¹¹ Vor diesem Hintergrund ist es zu erklären, dass manch mahnende Stimme eine Infragestellung

106 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 66f.

107 Vgl. im Kontext Matthias KAMANN, „Die Leerstelle namens Patriotismus“, in: „Die Welt“ vom 12.11.2003.

108 Vgl. durchgängig Hannes HEER, „Hitler war’s“. *Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit*, Berlin 2005.

109 Vgl. etwa den pointierten Beitrag von Rafael SELIGMANN, *Brüderchen Hitler und die Pimpfe*, in: Cicero (2004) 10, S. 70–77.

110 Vgl. Marcus HAWEL (wie Anm. 58), S. 86.

111 Sicher existiert eine, in ihrer Tragweite freilich umstrittene, Vorgeschichte des 30. Januar 1933, wenngleich sie die z.T. zu beobachtende Behauptung einer folgerichtigen Kulminierung der deutschen Nationalgeschichte im Nationalsozialismus oder auch das nachträgliche Skizzieren eines direkten Weges von Friedrich dem Großen über Bismarck hin zu Hitler – oder gar abenteuerliche Konstruktionen von Luther an – nicht zu rechtfertigen vermag. Vgl. in dem Zusammenhang auch DI FABIO (wie Anm. 69), S. 203.

grundlegender Erkenntnisse über die deutsche Diktatur in konservativen Kreisen verortete.¹¹² In der Tat mag es zunächst irritieren, wenn Matthias Matussek von Hitler als einem „Freak-Unfall der Deutschen“¹¹³ spricht oder Udo Di Fabio im NS-Regime eine „heimtückische Krankheit“ erkennt, die wie ein „wucherndes Krebsgeschwür“ die Nation befallen habe, so dass ein „verkleideter Deutscher“¹¹⁴ sie in den Abgrund führen konnte. Allerdings gilt es auch hier, sorgfältig im Zusammenhang zu lesen. Thesen wie die von den „Gesundbetern deutscher Geschichte“, die unbelastet von allen vermeintlichen Tabus einen neuen Nationalstolz befördern wollen,¹¹⁵ erscheinen in ihrer Stoßrichtung zumindest fraglich; den genannten Intellektuellen kann man kaum ernsthaft vorwerfen, die begangenen Verbrechen zu verharmlosen. Wortmächtige Formulierungen wie obig zitierte entstehen vielmehr vor dem Hintergrund einer als übermäßig empfundenen Konfrontation mit dem Grauen und sind daher in den appellativen Kontext einzuordnen, die einseitige Fixierung auf Hitler zugunsten einer den Horizont erweiternden Hinwendung zu anderen Teilen der nationalen Geschichte zu lösen. Insofern vermochte der cineastisch inszenierte „Untergang“ durchaus zur Loslösung aus dem schier übermächtigen Schatten Hitlers beizutragen. Trotz recht unterschiedlicher Reaktionen und Bewertungen verursachte der Film insgesamt keinen nachwirkenden Eklat, sondern galt bald als wichtiges Element der Verarbeitungsgeschichte, auch der „Normalisierung“.¹¹⁶ Fast genau 60 Jahre nach Hitlers Ende kam die Kraft der Vergegenwärtigung aus aufgeklärter Distanz.¹¹⁷ Obschon die Verlockung, sich der Verantwortung der deutschen Geschichte zu entziehen, stets bestehen bleibt und Wachsamkeit geboten ist, hatte die befürchtete „Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit“¹¹⁸ bis dato nicht stattgefunden.

„1945 und wir“ – das gefühlte Ende der Nachkriegszeit und die Rolle Bundeskanzler Schröders

Wie bereits angedeutet, hielt nach der Abwahl der sogenannten „Flakhelfer-Generation“ an der Spitze des Staates ein neuer Ton im Umgang mit der deutschen Vergangenheit Einzug in die Politik. Eine besondere, wenn nicht gar

112 Vgl. knapp Volker ULLRICH, „Entgleist. Arnulf Barings fataler Beitrag zur Patriotismus-Debatte“, in: „Die Zeit“ vom 21.9.2006.

113 Matthias MATUSSEK, *Wir Deutschen. Warum uns die anderen gern haben können*, Frankfurt/M. 2006, S. 14.

114 Jeweils DI FABIO (wie Anm. 69), S. 207.

115 Vgl. ULLRICH (wie Anm. 112).

116 Vgl. Frank SCHIRRMACHER, „Die zweite Erfindung Hitlers: ‚Der Untergang‘“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 15.9.2004.

117 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 154.

118 So der Untertitel bei HEER (wie Anm. 108).

die zentrale Rolle nahm dabei der nunmehr siebte Bundeskanzler ein, der von Beginn an seine – gerade im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger offenbar werdende – Unbefangenheit gegenüber der deutschen Geschichte herausstellte. Selbst ein Angehöriger des Jahrgangs 1944, empfand Schröder sich als Vertreter einer primär durch die Bundesrepublik geprägten Generation der Nachgeborenen, die keinesfalls geschichtsblind, aber zweifellos persönlich unbelastet sei und daher mit aufrechtem Gang ein neues Selbstbewusstsein verkörpere.¹¹⁹ Seit Anvisierung der Kanzlerschaft benutzte er wie selbstverständlich den bis dato regelmäßig kritisierten Topos der „Normalität“ und erklärte, die Berliner Republik sei „in gutem Sinne deutsch“. Ausgerechnet – oder gerade? – der ehemalige Achtundsechziger Schröder, an Geschichte nach eigenem Bekunden kaum interessiert, strebte eine, wie sich zeigen sollte, weitreichende geschichtspolitische Neuvermessung Deutschlands an.¹²⁰

Mit seinem letztlich erfolgreichen Eintreten für eine rasche, angemessene Einigung in der Frage der Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus hatte der Kanzler den ersten größeren vergangenheitspolitischen Akzent gesetzt. In der Folge sah sich Schröder ebenso manchem Vorwurf einer „Schlussstrich-Mentalität“ ausgesetzt wie im Umfeld des 8. Mai 2002, als er anlässlich des 57. Jahrestags der deutschen Kapitulation den seit seiner Paulskirchen-Rede nicht unumstrittenen Martin Walser in die SPD-Parteizentrale einlud, um über das Thema „Nation, Patriotismus und demokratische Kultur in Deutschland“ zu diskutieren. Bemerkenswert an der dialogischen Zusammenkunft war, dass sowohl der Politiker als auch der Intellektuelle den 8. Mai, immerhin Anlass der Veranstaltung, nur am Rande thematisierten. Walser, der seine Rede mit einem für ihn typischen Terminus – „Über ein Geschichtsgefühl“ – überschrieben hatte, äußerte sich in erkennbarer Kontinuität zum Oktober 1998 vorwiegend zur „nationalen Frage“. Demgegenüber sprach Schröder von der Nation als „Gedächtnisgemeinschaft“ und verband seinen Nationsbegriff mit dem Appell an ein „kritisches Selbstbewusstsein“, zu dem auch die kritische Aneignung der deutschen Geschichte gehöre. Der Zweck der symbolträchtigen Veranstaltung schien insoweit erreicht, als Schröder den 8. Mai nutzte, um mit Walsers erwartungsgemäß gefühlsbetonten Äußerungen zur Nation politisches Terrain zu sichern und zugleich mittels seiner eigenen Rede Differenzen zu seinem Gesprächspartner zu verdeutlichen.¹²¹ Dass sich, wie Hans Jörg Hennecke in diesem Zusammenhang bemerkt, angesichts eines Kanzlers, der Deutschland als normale Na-

119 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 500. Dabei sei es, ergänzt FREI (wie Anm. 27), S. 16, von geradezu verstörender Ironie, mit welchem Behagen sich die Generation Schröder im Gnadenstand einer „späten Geburt“ einrichte.

120 Vgl. FUHR (wie Anm. 24), S. 37.

121 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 343–347.

tion darstellte, eines relativ arglos zur Schau getragenen Patriotismus und eines Schriftstellers, der des Antisemitismus verdächtigt wurde, die Empörung in Grenzen hielt, war durchaus denkwürdig. Das Land tastete sich zu einer Form der Normalität vor, die noch der Inszenierung bedurfte und eben deshalb ein wenig angestrengt und aufgesetzt wirkte.¹²²

Um einiges authentischer war die Konstellation bei den internationalen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie. Hatte noch zehn Jahre zuvor Bundeskanzler Kohl den Vorschlag, die Alliierten könnten ihn ebenfalls einladen, mit der Begründung, die Teilnahme eines Deutschen an den Feiern sei unangemessen, klar zurückgewiesen, äußerte im Jahre 2004 der Sozialdemokrat Schröder die Ansicht, auch die damaligen Kriegsverlierer sollten bei diesem Ereignis anwesend sein dürfen, woraufhin er prompt eingeladen wurde.¹²³ Als am 6. Juni damit erstmals ein deutscher Regierungschef Seite an Seite mit den ehemaligen Siegermächten den Festivitäten zur Einläutung der Niederlage des „Dritten Reichs“ vor sechs Jahrzehnten beiwohnte, schienen, im Gegensatz zu dem, was man noch am Ende des 20. Jahrhunderts erwartet hätte, nur wenige überrascht oder schockiert.¹²⁴ In der Umarmung mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac am Strand der Normandie vollzog sich gleichsam symbolisch das „Ende der Nachkriegszeit“, das Schröder in Reaktion auf den wohl selbst als historisch empfundenen Moment nochmals entsprechend proklamierte. Öffentlichkeitswirksam hatte am „D-Day“ im historischen Bewusstsein eine – auch wenn im Umgang mit solchen Wertungen Sparsamkeit angebracht ist – neue Epoche begonnen.¹²⁵ Das bekräftigende Postulat des damaligen Bundeskanzlers, für eine Nation zu sprechen, die den „Weg zurück in den Kreis der zivilisierten Völkergemeinschaft“¹²⁶ gefunden habe, wird folgerichtig als Ausdruck einer subjektiv großen Distanz zu Hitler-Deutschland wahrgenommen – so groß, dass „sogar ein neues Spiel auf der Klaviatur des symbolpolitisch wieder für attraktiv gehaltenen Patriotismus erlaubt zu sein scheint“¹²⁷, notiert Frei hierzu argwöhnisch, aber weitsichtig.

Seinem eingeschlagenen Kurs blieb Schröder im Akkord der Jubiläen treu, so, wenn er kurze Zeit später den sich mit dem 20. Juli 1944 verbindenden innerdeutschen Widerstand gegen Hitler als patriotisch deklarierte¹²⁸ und da-

122 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 151.

123 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 294.

124 Vgl. HACKE (wie Anm. 39), S. 58; FUHR (wie Anm. 24), S. 54.

125 Vgl. Reinhard MOHR, *Das Deutschlandgefühl. Eine Heimatkunde*, Reinbek 2005, S. 187.

126 Zit. nach FREI (wie Anm. 27), S. 16.

127 EBD. S. 17.

128 Vgl. Volker KRONENBERG, *Lust auf Deutschland. Entdecken die Deutschen sich neu?*, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte 467 (2006), S. 6–11, hier S. 8. Zu Widerstand und Patriotismus vgl. eingehend DERS. (wie Anm. 13), insbes. S. 163–171.

mit auf höchster politischer Ebene eine in dieser Form neue Perspektive auf die einst gescheiterten Versuche nationaler Selbstbefreiung eröffnete. Auch der sich immer deutlicher am Horizont abzeichnende erinnerungspolitische Höhepunkt schlechthin, der 60. Jahrestag des Kriegsendes in Europa im Mai 2005, ist im Lichte eines geschichtlich-mentalens Umschwungs zu sehen. Als die Zeitzeugen nochmals ausführlich zu Wort kamen und sich eine publizistische und mediale Großoffensive dem runden Gedenkdatum widmete, wurde nicht nur deutlich, wie sehr die Erblast des Nationalsozialismus mit dem Verlust der Erlebnisgeneration universalisiert wird.¹²⁹ Auch die Teilnahme des Bundeskanzlers an den ausgedehnten Feierlichkeiten in Moskau zum Sieg über Hitlers Reich liest sich als Indiz entscheidender Veränderungen, deren Botschaft im Wesentlichen lautete: Das Deutschland der „Berliner Republik“ befindet sich nicht mehr in unmittelbarer Nähe zum Nationalsozialismus; dazwischen liegt die demokratische Erfolgsgeschichte der rheinischen, von Bonn aus gelenkten Bundesrepublik.¹³⁰ In seiner Gedenkrede zum Kriegsende am 8. Mai 2005 betonte schließlich Bundespräsident Horst Köhler, Deutschland sei heute ein anderes Land als vor 60 Jahren; es trauere „um alle Opfer, weil wir gerecht gegen alle Völker sein wollen, auch gegen unser eigenes“.¹³¹ Keinesfalls könne von einem Schlussstrich gesprochen werden, doch bestimme die gesamte Geschichte die Identität der deutschen Nation: „Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland.“¹³² Der positive Grundtenor in den Worten des Staatsoberhauptes spiegelte sich auch in der Feststellung, das Erreichte sei ohne die gezogenen Lehren undenkbar und zudem das Ergebnis ständiger Anstrengung; die Bürger hätten mithin heute guten Grund, stolz auf ihr Land zu sein.¹³³ Sogar Günter Grass gelangte in seiner ansonsten in Moll gehaltenen Bilanz zu dem tendenziell wohlwollenden Schluss, „von heute aus gesehen“ scheine das, „was nach erteilten Lektionen gebüffelt wurde, zumindest für ein befriedigendes Zeugnis zu reichen“.¹³⁴

129 Vgl. weitergehende Gedanken bei HACKE (wie Anm. 39), S. 58. Zu problematischen Auswirkungen des Universalisierungsphänomens vgl. DAN DINER, *Den Zivilisationsbruch erinnern. Über Entstehung und Geltung eines Begriffs*, in: Heidemarie UHL (Hg.), *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts*, Innsbruck 2003, S. 17–34.

130 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 3), S. 500f.

131 Horst KÖHLER, „*Begabung zur Freiheit*“. Rede des Bundespräsidenten bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Berlin, 8. Mai 2005 (http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_623781/Begabung-zur-Freiheit.pdf, 24. Juli 2008), S. 2. Vgl. im Kontext auch S. 3.

132 EBD. S. 10.

133 Vgl. EBD.

134 Günter GRASS, „*Freiheit nach Börsenmaß*“, in: „*Die Zeit*“ vom 4.5.2005.

In der Eröffnung des sogenannten „Holocaust-Mahnmals“ in Berlin 2005 fand die weiter oben angesprochene Musealisierung der Vergangenheit vorerst ihren Höhepunkt. Nachdem der Einweihung jahrelange Auseinandersetzungen um Sinn und konkrete Gestaltung des Denkmals vorausgegangen waren¹³⁵, sollte das Bauwerk nach dem Willen der Initiatoren als Mahnmal „von den Nachkommen der Täter“ und „im Land der Täter“ gedeutet werden¹³⁶. Zumindest spricht das an zentraler Stelle nahe dem Brandenburger Tor errichtete, mit rund 19.000 Quadratmetern unübersehbare Monument eine deutliche Sprache: Es beklagt nicht allgemein die „Opfer des Nationalsozialismus“, sondern versteht sich schon seinem offiziellen Titel nach ausdrücklich als „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. In einem bisher weltweit einmaligen Akt hat damit eine Nation ein Mahnmal, das stets an die eigenen Verbrechen erinnert, mitten im Zentrum ihrer Hauptstadt platziert. Es symbolisiert zugleich den vollzogenen Wechsel von der altbundesrepublikanischen Schuldkultur zu einer neuen, mehr als je zuvor öffentlichen, Schamkultur der Berliner Republik¹³⁷, gleichsam den vorläufigen Abschluss einer längeren Entwicklung hin zur Anerkennung individueller Schuld und kollektiver Verantwortung¹³⁸. Die auffällige Tatsache, dass die Eröffnung des Stelenfelds im Herzen Berlins wie überhaupt die etablierte „Gedenkstättenkultur“ trotz manch skeptischer bis kritischer Stimme¹³⁹ kaum größere feuilletonistische Erregungszustände auslöste, kann zumindest teilweise dadurch erklärt werden, dass die Bundesrepublik, wie Michael Jeismann treffend konstatiert, sich von der Vergangenheit nicht mehr erdrücken lässt – sie macht Geschichte daraus.¹⁴⁰ In gewisser Weise wurde durchaus ein Schlussstrich unter das Vergangene gezogen, aber anders als lange befürchtet nicht durch Verdrängung oder gar Verleugnung, sondern durch symbolische Aneignung und kollektive Anerkennung der Historie.¹⁴¹ In Überwindung der starren Dichotomien der achtziger Jahre – erinnert sei

135 Vgl. zusammenfassend den entsprechenden Passus bei Peter REICHEL, *Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945*, Bonn 2005, S. 157–171.

136 Vgl. Kirsten HARJES, *Denkmäler, Literatur und die Sprache der Erinnerung. Kollektives Gedenken an den Holocaust in Deutschland nach 1989*, Ann Arbor 2006, S. 181–183.

137 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 832.

138 Vgl. HURRELBRINK (wie Anm. 15), S. 364. Es erfordert einige Phantasie, darin einen neuen „Chauvinismus“ zu erblicken, der „anderen Kulturen das Gute der eigenen Kultur predigen will: An deutschem Wesen soll schon wieder die Welt genesen.“ So aber die Auffassung von Uffa JENSEN, *Nationale Phantomschmerzen. Zum öffentlichen Gebrauch von Erinnerung in der neuen Bundesrepublik*, in: Undine RUGE/Daniel MORAT (Hg.), *Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik*, Wiesbaden 2005, S. 111–122, hier S. 117f.

139 Vgl. etwa Gustav SEIBT, *Professoren, Publizisten, Patrioten*, in: *Internationale Politik* (2006) 7, S. 98f., hier S. 98; zum „geschichtspolitisch durchgeplanten“ Berlin vgl. Eckhard FUHR, „Wege aus der Ambivalenz“, in: „Die Welt“ vom 8.11.2003.

140 Vgl. JEISMANN (wie Anm. 62), S. 149.

141 Vgl. SCHLAK (wie Anm. 38), S. 833.

insbesondere an den „Historikerstreit“¹⁴² – kam es hier sonach zur erfolgreichen Verbindung einer Heilung nationaler Strukturen und der dauerhaften Vergegenwärtigung deutscher Schuld.¹⁴³ Untergründig repräsentieren Orte wie das Jüdische Museum, die „Topographie des Terrors“, die Neue Wache oder eben das Holocaust-Mahnmal sicher auch hauptstädtischen Stolz.¹⁴⁴ Nicht zuletzt deshalb titulierte Bundeskanzler Schröder das Denkmal scheinbar unbekümmert als einen Ort, „an den man gerne geht“¹⁴⁵ – eine Aussage im Übrigen, die seinem Amtsvorgänger noch verübelt worden wäre, wie Frei sicher zu Recht betont¹⁴⁶.

*Statt eines Fazits: Deutschland, „normales“ Vaterland?
Bewährung und Unsicherheit*

Die vor allem während der rot-grünen Regierungsjahre aufkommenden Bestrebungen, die Vielgestaltigkeit der deutschen Geschichte anzunehmen, die geglückten Jahrzehnte als nicht selbstverständlich und als Anlass zu Selbstvertrauen und auch maßvollem Stolz zu betrachten¹⁴⁷, werden recht einmütig mit dem Umstand erklärt, die in die Regierungsverantwortung aufgerückte Generation habe teils ausdrücklich, teils stillschweigend von der vorzugsweise im linken Spektrum beheimateten Position Abstand genommen, Auschwitz, die Chiffre des Grauens, als ausschließlichen Gründungsmythos der zweiten deutschen Demokratie zu betrachten.¹⁴⁸ Dass der Umgang mit diesem Komplex jedoch alles andere als einfach oder gar eindeutig ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Konzeption des Grundgesetzes letztlich – obgleich sie sich darin nicht erschöpft – eine Reaktion auf die nationalsozialistischen Verbrechen war, dies insbesondere hinsichtlich der Verankerung der Menschenwürde als des Kernpunktes der gesamten Verfassung. Signalwirkung hatte es jedenfalls, wenn etwa in der linksintellektuellen „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ zu lesen war, im Rahmen einer mental auslaufenden

142 Vgl. dazu kürzlich Volker KRONENBERG (Hg.), *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“ – 20 Jahre danach*, Wiesbaden 2008; Steffen KAILITZ (Hg.), *Die Gegenwart der Vergangenheit. Der „Historikerstreit“ und die deutsche Geschichtspolitik*, Wiesbaden 2008.

143 Vgl. SEIBT (wie Anm. 139), S. 98.

144 Vgl. dazu JEISMANN (wie Anm. 62), S. 149.

145 Zit. nach Claus LEGGEWIE/Erik MEYER, „Ein Ort, an den man gerne geht“. *Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*, München 2005, S. 23.

146 Vgl. FREI (wie Anm. 27), S. 16.

147 Als einen der ersten vgl. eingehend Arnulf BARING, *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999*, Stuttgart 1999.

148 Vgl. beispielsweise HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146; auch Volker KRONENBERG, *Patriotismus und politische Kultur. Eine deutsche Debatte – 20 Jahre nach dem Historikerstreit*, in: *Berliner Republik* (2006) 1, S. 66–75, hier S. 75, und HACKE (wie Anm. 39), S. 58.

Nachkriegszeit bleibe Hitler „nicht länger als Negation identitätsstiftender Fixpunkt unserer Selbstbetrachtung“. ¹⁴⁹ Hier flammt der Paradigmenwechsel hin zu einem aufgeklärten Nationalbegriff auf, den die Regierung Schröder ohne allzu große Rücksicht auf traditionell bestehende Vorbehalte mehr oder minder behutsam einleitete ¹⁵⁰, der Horst Köhler zu der Feststellung führte: „Wir haben uns als Nation wiedergefunden“ ¹⁵¹, und der schließlich auch einen deutschen Patriotismus „nach Auschwitz“ möglich erscheinen ließ. Die im Zuge der Hinterfragung von Gründungsmythen ebenso ins Blickfeld rückende Frage nach dem jeweiligen Stellenwert der Zäsuren 1945 und 1989 bewirkte eine Lockerung der historiographischen Fixierung auf den Fluchtpunkt 1945 zugunsten einer affirmativeren Wahrnehmung der Bundesrepublik, die die Bedeutung von 1989 stärker als bislang gewichtet ¹⁵². Eine realistische Lesart deutscher Zeitgeschichte dürfte langfristig beide Daten als unabdingbare Orientierungsmarken begreifen: 1989 als Symbol für die Selbstbefreiung von einer Diktatur und den Wiederbeginn einer souveränen Geschichte im gesamten Deutschland, aber genauso 1945 als Mahnmal einer im Grunde nicht abschließend zu bewältigenden Vergangenheit, die die Deutschen lehrt, wer sie waren, wer sie nicht mehr sind und wer sie nicht wieder sein möchten. ¹⁵³

Zusammenfassend lässt sich das „Ende der Nachkriegszeit“ durchaus als Leitmotiv der siebenjährigen Ära Schröder beschreiben. ¹⁵⁴ Dabei wurden die signifikanten Bewusstseinsveränderungen und die vielfach propagierte, manchmal erkennbare neue „Normalität“ vom damaligen Bundeskanzler auf wohl personell einmalige Art und Weise repräsentiert ¹⁵⁵, ohne dass freilich jene „Normalität“ mit Gleichgültigkeit oder Unzuständigkeit für weiterwirkende Verantwortung gleichzusetzen gewesen wäre ¹⁵⁶. Vielmehr erachtete die Berliner Republik 60 Jahre nach Hitlers Tod einen politischen Rückfall als zumindest nicht mehr akute Gefahr und begann den Keil, den Hitler in die Wahrnehmung der Deutschen getrieben hatte, allmählich zu entfernen. So kam es zu einer sukzessiven Rückgewinnung nationaler Selbstverständlichkeiten: „Um die eigenen Opfer des Zweiten Weltkriegs darf endlich getrauert werden, weil nur noch die Wenigsten damit die deutschen Verbrechen kleinreden wol-

149 Peter GRAFE, *Aus dem Bann des Nationalsozialismus*, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2005) 3, S. 26–29, hier S. 26, 28.

150 Vgl. HENNECKE (wie Anm. 1), S. 146.

151 KÖHLER (wie Anm. 131), S. 10.

152 Vgl. BRUNSSSEN (wie Anm. 4), S. 137.

153 Vgl. ausführlich EBD. S. 149–152, hier S. 150.

154 Vgl. Eckhard FUHR, *Was ist des Deutschen Vaterland?*, in: APuZ (2007) 1–2, S. 3–7, hier S. 4.

155 Vgl. Franziska AUGSTEIN, *Deutschland*, in: KNIGGE/FREI (wie Anm. 92), S. 214–252, hier S. 243.

156 So aber die entsprechende Auffassung von Hildegard HAMM-BRÜCHER, *In guter Verfassung? Nachdenken über die Demokratie in Deutschland*, München 2006, S. 52.

len. Auch Forderungen an Zuwanderer dürfen gestellt werden, sie sind weder fremdenfeindlich noch rassistisch.¹⁵⁷ Davon abgesehen erweist sich die deutsche Vergangenheit noch häufig als ein vielfach vermintes Gelände, immer wieder durchquert von „verwilderte[n] Minenhunde[n] des Zeitgeistes mit einer recht schrägen Lust an den Explosionen der Entrüstung“.¹⁵⁸ Während man insgesamt also durchaus Veränderungen beobachten kann, vollzogen und vollziehen sie sich doch auf den verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ebenen nicht in gleichem Maße und Tempo.

Zunächst hat die Wiedervereinigung Deutschland seinen Nachbarn unzweifelhaft ähnlicher und damit normaler gemacht. Darüber hinaus haben viele Bürger die Zusammenfügung der beiden Staaten trotz mancher Enttäuschungen auch im Sinne einer psychologischen Normalisierung erlebt, weil die Spaltung von Teilen der Bevölkerung, öffentlichkeitswirksam insbesondere von linksintellektueller Seite, als Strafe für Krieg und Holocaust empfunden oder zumindest so gelesen worden war.¹⁵⁹ In diesem Zusammenhang lässt sich im Laufe der Jahre eine bemerkenswerte Umdeutung des Begriffs der „Normalität“ aufzeigen, so etwa bei Jürgen Habermas. Hatte der noch im „Historikerstreit“ Normalität und Normalisierung als zentrale, auf eine konfliktfreie Befriedung deutscher Historie im 20. Jahrhundert zielende, Strategien konservativer Geschichtspolitik scharf verurteilt, sprach er knapp ein Jahrzehnt später selbst von der „Normalität einer künftigen Berliner Republik“.¹⁶⁰ Zwar blieb hier wohl bewusst in der Schwebe, was der Sozialphilosoph letztlich mit „Normalität“ meinte, aber obgleich der Terminus weiterhin die Warnung vor falscher, gefährlicher Normalität einschloss¹⁶¹, war er jetzt doch nicht mehr ausschließlich kritisch oder ironisch zu verstehen.¹⁶² Auch das Beispiel Berlins illustriert den Wandel des Landes: Die Ängste nach dem Hauptstadtbeschluss, die Spreemetropole werde wieder die auftrumpfende Wirkung der preußisch geprägten Reichshauptstadt entfalten, wurden bis heute nicht bestätigt. Im Gegenteil hat sich Berlin, gerade bei Jüngeren und Kreativen, zu einer auch im

157 Giovanni DI LORENZO, „Man muss gar nichts. Die Deutschen sind längst weiter, als die Forderungen nach Patriotismus vermuten lassen“, in: „Die Zeit“ vom 9.12.2004.

158 So anlässlich des letzten runden Geburtstags der Bundesrepublik Dirk VAN LAAK, *Der widerspenstigen Deutschen Zivilisierung. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft*, in: CONZE/METZLER (wie Anm. 29), S. 297–315, hier S. 314.

159 Vgl. BRUNSEN (wie Anm. 4), S. 146.

160 Jürgen HABERMAS, *1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik*, in: DERS.: *Die Normalität einer Berliner Republik* (Kleine Politische Schriften VIII), Frankfurt/M. 1995, S. 167–188.

161 Vgl. EBD. S. 187.

162 Vgl. hierzu auch Paul NOLTE, *Jürgen Habermas und das bundesrepublikanische Geschichtsgefühl*, in: Alexander CAMMANN u. a. (Hg.), *Geschichtsgefühl* (Ästhetik und Kommunikation, Doppelheft 2003), S. 21–29, hier S. 27.

internationalen Vergleich überaus beliebten Stadt entwickelt.¹⁶³ Die nach 1989 langsam einsetzende innere Entspannung der Deutschen wird in der Gegenwart sichtbar. Mit über 15-jähriger Verzögerung, so wird vielerorts registriert, scheinen die grundlegenden Umwälzungen sowohl im öffentlich-politischen als auch im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein anzukommen und die Wahrnehmung der Bevölkerung zu verändern.¹⁶⁴ Wie das politische Selbst der Nation einen qualitativen Gesichtssprung zu realisieren beginnt, so nimmt das Bedürfnis nach historisch fundierter Orientierung zu, „als würde eine Debatte über Deutschland und ‚deutsch sein‘ nachgeholt, die nach 1989 nicht geführt wurde“¹⁶⁵. Der Nationalsozialismus ist dabei eingebrennt in das kollektive Gedächtnis, in welchem zunehmend auch die bald 60 Jahre Demokratie ihren verdienten Platz finden und besonnenen Stolz zu wecken imstande sind.¹⁶⁶ Es erscheint möglich, das eigene Land zu mögen, zugleich auf bestehende Missstände hinzuweisen und ihnen entgegenzuwirken.¹⁶⁷ Dennoch bedarf gerade der Zusammenhang von Patriotismus, Identität und Geschichte weitergehender Klärung, bei der die Vergangenheit nicht „entsorgt“ oder auch nur „bereinigt“, sondern in ihren Gegensätzlichkeiten ausgehalten und damit, als wichtigstes Ziel, für die Zukunft fruchtbar wird.¹⁶⁸ Die im Jahr eins nach Rot-Grün für Aufregung sorgende Causa Grass beispielsweise mochte zweifeln lassen, wie „normal“ die Nation inzwischen wirklich geworden war. Der oft hochfahrende Moralismus zeigte seine fortwährende Präsenz¹⁶⁹ – und in der Person des Literaten seine Schwäche zugleich.

Anders präsentiert sich die Suche nach Normalität auf dem Feld der Außenpolitik. Nachdem spätestens mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die „trügerische Windstille der Geschichte mit ihren schönen Friedenshoffnungen und multikulturellen Versöhnungsträumen“¹⁷⁰ beendet war, musste die rot-grüne Bundesregierung, unter schlagartig gewandelten Vorzeichen, auch international weitaus stärker als zuvor Verantwortung für den von vielen

163 Vgl. Christoph AMEND, „Innere Entspannung“, in: „Die Zeit“ vom 22.6.2006.

164 Vgl. unter vielen Undine RUGE/Daniel MORAT, *Deutschland denken. Plädoyer für die reflektierte Republik*, in: DIES. (wie Anm. 138), S. 9–20, hier S. 9.

165 So der heutige Bundesaußenminister Frank-Walter STEINMEIER im Jahre 2004, zit. nach FUHR (wie Anm. 24), S. 23.

166 Zur Rezeption einer „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik vgl. zuletzt Thomas HERTFELDER/Andreas RÖDDER (Hg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007; demgegenüber mit pessimistischem Tenor der Sammelband von GLIENKE u. a. (wie Anm. 101).

167 Vgl. AMEND (wie Anm. 163).

168 Vgl. Günter BUCHSTAB/Jörg-Dieter GAUGER, *Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus*, Sankt Augustin 2004, S. 41.

169 Vgl. Karl Heinz BOHRER, *Das eigentliche Fiasko des politischen Moralismus*, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken (2006) 11, S. 1095–1098, hier S. 1095.

170 MOHR (wie Anm. 125), S. 187.

ihrer Mitglieder lange Zeit kritisch betrachteten Staat übernehmen.¹⁷¹ Dabei beschloss sie militärische Einsätze der Bundeswehr weit außerhalb des NATO-Gebiets und formulierte wie kaum ein bundesrepublikanisches Kabinett zuvor nationale Interessen, die manchmal etwas ruppig durchgesetzt wurden.¹⁷² Wenn Bundeskanzler Schröder im Irak-Konflikt mit demonstrativem Selbstbewusstsein einen „deutschen Weg“ proklamierte – über dessen Umsetzung auch in Hinblick auf nationale Interessen man freilich streiten kann; erinnert sei nur an die diplomatische „Eiszeit“ zwischen Berlin und Washington –, weckte das zunächst Assoziationen an vergangene nationale „Sonderwege“, verdeutlichte jedoch ebenso konsequent die Prioritätensetzung wie Schröders Aussage, deutsche Außenpolitik werde „in Berlin entschieden“.¹⁷³ Die seitdem vielfältige Einbindung in internationale Aufgaben und die zahlreichen Auslandseinsätze müssen als klares Zeichen von Normalität und unumgängliche Anpassung an die Realitäten des 21. Jahrhunderts gewertet werden, in dem gemäß der allerdings nicht unumstrittenen Vorgabe des damaligen Bundesverteidigungsministers Peter Struck Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird. Dass aber die Bundesrepublik mit der Entsendung von Soldaten an die Konfliktherde der Welt oder auch dem unter Rot-Grün zwischenzeitlich mit besonderem Elan verfolgten Ziel eines ständigen – deutschen, nicht europäischen – Sitzes im UN-Sicherheitsrat eine Großmachtrolle anstrebt, ist nicht festzustellen. Eher scheint sich Kurt Sontheimers 1999 trotz Kosovo-Kriegs noch ein wenig kühn anmutende These zu bestätigen, nach der die Deutschen ihre Sonderrolle abgelegt, in einer gemeineuropäischen modernen Normalität ihren Platz gefunden haben und für diese Entwicklung Zustimmung vom Ausland erfahren.¹⁷⁴

Dagegen offenbaren innenpolitisch etwa die des Öfteren aufflammenden Debatten um einen geeigneten Nationalfeiertag ein hohes Maß an Ungewissheit. Insbesondere die erwogene Streichung des 3. Oktober als eines gesetzlichen Feiertags, erst vor dem Hintergrund mangelnder Begeisterung für dieses Datum überhaupt in ihrer Konsequenz denkbar, zeigt, dass sich die Deutschen ihrer selbst nicht sicher sind¹⁷⁵, weist mindestens aber auf die ungeachtet aller

171 Vielleicht war, wie KRONENBERG, *Lust auf Deutschland* (wie Anm. 128), S. 8, in diesem Zusammenhang überlegt, Rot-Grün nicht zuletzt in dieser Hinsicht ein staatspolitischer „Glücksfall“.

172 Vgl. Michael WOLFFSOHN, *Patriotismus? Ja bitte!*, in: Hans-Dietrich GENSCHER/Ulrich FRANK-PLANITZ (Hg.), *Nur ein Ortswechsel? Eine Zwischenbilanz der Berliner Republik. Zum 70. Geburtstag von Arnulf Baring*, Stuttgart 2002, S. 184–188, hier S. 187.

173 Vgl. im Kontext FREI (wie Anm. 27), S. 16; CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 177.

174 Vgl. Kurt SONTHEIMER, *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, München 1999, S. 239.

175 Vgl. Konrad JARAUSCH, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995*, Bonn 2004, S. 94; Volker KRONENBERG, *Patriotismus heute – Eine ernsthafte Debatte über Gemein-sinn in Deutschland tut Not*, in: *Politische Studien* (2005) 2, S. 82–92, hier S. 83.

erkennbaren Bemühungen um ein neues nationales Profil noch fehlende Routine hin¹⁷⁶. Dass wiederum die unter Schröder beginnenden Entwicklungen nicht mit dessen Kanzlerschaft geendet haben, spiegelt sich in der überwiegend wohlwollenden Aufnahme der Eröffnung des Deutschen Historischen Museums in Berlin 2006. Die sich im DHM ausdrückende Suche nach dem, was „deutsch sein“ heißt, sorgt in abnehmendem Maße für Aufregung, wie Gelassenheit und Unangestrengtheit in patriotischen Fragen zunehmend zu den „intellektuellen Sehnsuchtsformeln der Berliner Republik“¹⁷⁷ zählen.

Vergegenwärtigt man sich aus dieser Perspektive die vor dem Hintergrund der ersten Kontroverse um die „Leitkultur“ zu betrachtende¹⁷⁸ „Nationalstolz-Debatte“ des Frühjahrs 2001, in deren Mittelpunkt der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer standen, ergibt sich noch ein anderes Bild. Nachdem Trittin dem Unions-Politiker aufgrund dessen Bekundung, er sei „stolz, ein Deutscher zu sein“, nicht nur das Aussehen, sondern auch „die Mentalität eines Skinheads“ bescheinigt hatte¹⁷⁹, folgte das anschließende Diskussions-Szenario im Wesentlichen bekannten Mustern; einmal mehr reflektierten die Wortmeldungen die parteipolitische Lagerbildung¹⁸⁰. Dennoch signalisierte die Auseinandersetzung einen beginnenden Bewusstseinsumschwung, zumal die Verzögerung von einem knappen halben Jahr zwischen ursprünglicher Äußerung und ausbrechendem Meinungsstreit offenbarte, dass die Sprengkraft nicht im Inhalt der Stolz-Formel lag, sondern in deren Verwendungspotential für politische und mediale Inszenierungen. „Ich bin auf die Leistungen der Menschen und auf die demokratische Kultur stolz. Und in diesem Sinne bin ich ein deutscher Patriot, der stolz auf sein Land ist“¹⁸¹, bekannte Bundeskanzler Schröder in einer gleichwohl noch vorsichtigen Positionsbestimmung. Als charakteristisch für den reklamierten Stolz erwies sich dessen deutliche Orientierung an der bundesrepublikanischen Gegenwart.¹⁸² Auch anderweitig mehrten sich die Stimmen gegen eine Verunglimpfung verdächtigter Termini wie „Nation“ als „Nationalismus“ oder „Patriotismus“ als „nationale Arroganz“. Einschlägige Begrif-

176 Vgl. SEITZ (wie Anm. 85), S. 9f.

177 SCHLAK (wie Anm. 38), S. 830.

178 Vgl. JEISMANN (wie Anm. 62), S. 174.

179 Vgl. ausführlich Peter WIDMANN, *Machtgefühle. Warum Politiker und Journalisten den Stolz entdeckten*, in: Ute BENZ/Wolfgang BENZ (Hg.), *Stolz deutsch zu sein? Aggressiver Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus*, Berlin 2005, S. 29–52, hier S. 29f.

180 Vgl. Josef JOFFE, „Deutsch und stolz“, in: „Die Zeit“ vom 22.3.2001.

181 Zit. nach WIDMANN (wie Anm. 179), S. 35; vgl. überhaupt näher EBD. S. 29 bzw. 33. Wer in solchen Bekenntnissen des Nationalstolzes lediglich ein Zusammenspiel „von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur“ – so der Untertitel bei Dietrich HEITHER/Gerd WIEGEL (Hg.), *Die Stolzdeutschen*, Köln 2001 – erblickte, erinnerte indes weniger an die Erblast der Geschichte, als er Gegenwart auf Vergangenheit reduzierte.

182 Vgl. näher JEISMANN (wie Anm. 62), S. 174f.

fe, so eine häufige Forderung, müssten nunmehr die Demokraten füllen – dies nicht zuletzt unter Verweis auf die demokratischen Erfolge der Bundesrepublik.¹⁸³ Ob man „stolz“ sein kann, „ein Deutscher zu sein“, wird bis heute ab und an diskutiert. Wohl aber entzog sich „Stolz auf Deutschland“ nach und nach der Quarantäne.

Bundespräsident Köhler äußerte sich bei seinem Amtsantritt im Jahre 2004 bewusst entgegengesetzt zu einem seiner Vorgänger und sprach die schlichten, aber wirkungsvollen Worte: „Ich liebe unser Land.“¹⁸⁴ Das noch wenige Jahre zuvor zu erwartende Raunen blieb aus, kaum einer witterte nationalistische Gefahr. Offenbar hatte der nicht in der Politik beheimatete Ökonom richtig eingeschätzt, dass die Ablehnung gegenüber der Vaterlandsliebe immer mehr der Vergangenheit angehört.¹⁸⁵ Dennoch trug Köhler mit seinem Bekenntnis keine Eulen nach Berlin, vielmehr, ob bewusst oder nicht, einem gerade in der jüngeren Generation wachsenden Bedürfnis nach öffentlich darstellbarer Selbstbejahung¹⁸⁶ Rechnung. Wenn Charlotte Knobloch als neue Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland sich später überzeugt zeigte, dass Deutschland einen neuen Patriotismus brauche und gerade die Jüngeren viele Gründe hätten, stolz auf ihr Land zu sein¹⁸⁷, dann hatte sich einiges verändert. Zwischen den Polen der Causa Trittin-Meyer und der präsidialen Liebeserklärung an Deutschland liegen nur wenige Jahre, doch stehen sie für einen grundlegenden Wahrnehmungswandel in der Beziehung zur eigenen Nation. Die Feststellung, „Wir dürfen wieder patriotisch sein“, erübrigt dabei nicht die Frage, welche inhaltlich konkretisierende Füllung einem solchen Patriotismus zukommen soll und darf. Dafür, dass sich seither eine, wenn auch wechselnd intensive, Debatte über nationale Identität, das Wesen eines zeitgemäßen republikanischen Patriotismus oder auch die vormalis kontaminierte Frage der Leitkultur entfalten konnte, dienten die verschiedenen aufgezeigten Ansätze und Perspektiverweiterungen im Umgang mit der eigenen Historie als not-

183 Wenn allerdings im Jahr 2006 eine ehemalige Bundesministerin des Kabinetts Schröder schreibt, „Nationalstolz können wir *höchstens* [Hervorhebung d.V.] daraus beziehen, dass es uns gelungen ist, aus dem Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein echtes Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde zu machen“, stellt sich die Frage, wie weit der Fortschritt inzwischen gediehen ist. Vgl. Renate KÜNAST, *Grundwerte und Teilhabe. Wir brauchen eine Debatte – aber nicht über „Leitkultur“*, in: LAMMERT (wie Anm. 14), S. 128–133, hier S. 131.

184 Horst KÖHLER, Ansprache vor der Bundesversammlung nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, Berlin, 23. Mai 2004 (http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_620405/23.05.2004-Wahl.pdf, 24. Juli 2008), S. 1.

185 Vgl. CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 295.

186 Vgl. KAMANN (wie Anm. 107). erinnert sei hierbei vor allem auch an das schwarz-rot-goldene „Sommermärchen“ anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im eigenen Land oder zuletzt während des Kontinentalturniers in Österreich und der Schweiz.

187 Vgl. Jörg LAU, „Nichts gegen Patriotismus. Erstaunlich unbefangen vertritt Charlotte Knobloch die Juden. Sie will mehr als mahnen und warnen“, in: „Die Zeit“ vom 14.6.2006.

wendige Voraussetzung. Rückblickend vollzog Deutschland in der Ära Schröder/Fischer auf diesem Feld demnach fast schon einen Quantensprung; es wurde nicht alles, aber doch vieles anders. Eine möglichst allumfassende „Normalisierung“ freilich – wobei zu fragen wäre, worin genau diese eigentlich bestehen soll – oder auch die postulierte „Unverkramptheit“ bleiben letztendlich wohl so lange aus, wie man über sie spricht, schreibt und beides einfordert.¹⁸⁸

¹⁸⁸ Vgl. entsprechend auch RUGE/MORAT (wie Anm. 164), S. 10; CRAWSHAW (wie Anm. 16), S. 293.

Die „christlichen Grünen“. Sozialstruktur und politische Einstellungen der Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp)*

Von Uwe Kranenpohl

Als sich Mitte der 70er Jahre die Ökologie- und die Anti-Atomkraft-Bewegung organisierte, war einer ihrer Kristallisationspunkte Herbert Gruhl (1921–1993), der seit 1969 für die CDU Bundestagsabgeordneter war. Gruhl machte vor allem mit dem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“¹ Furore, verließ 1978 Partei und Fraktion und gründete die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ), die sich später mit anderen Gruppierungen zu den Grünen vereinigte. Zunächst schlossen sich die unterschiedlichen Gruppierungen zwecks Teilnahme an den Europawahlen 1979 zur „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen“ zusammen, zu deren drei Sprechern auch Gruhl gehörte. Im weiteren Verlauf des Parteibildungsprozesses geriet der wertkonservative Flügel aber immer mehr gegenüber alternativen und marxistischen Kräften ins Hintertreffen. Bereits 1982 verließ Gruhl mit seinen Anhängern deshalb Die Grünen und gründete die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp).

In der Folge geriet die Partei – nicht zuletzt durch Gruhls unklare Haltung zu ökologisch verbrämten rechtsextremen Positionen – in den Ruch des „Ökofaschismus“², dem auf dem Bundesparteitag in Saarbrücken 1989 mit einem „Abgrenzungsbeschluss“ entgegengetreten wurde. Gruhl, an dessen Führungsstil sich schon lange Konflikte entzündeten, trat vom Parteivorsitz zurück und ein Jahr später aus der Partei aus.

Auch wenn die ödp bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen nie Mandate erringen konnte, besteht sie inzwischen seit 25 Jahren und ist aktuell mit 336 Mandaten in Kommunalvertretungen vertreten. Sie reüssierte

* Für hilfreiche Hinweise und Unterstützung danke ich Sophie Haring, Ondřej Kalina, Lena Jöst, Katrin Rausch und Tobias Stock. Besonderer Dank für die Datenerhebung und Auswertung gilt Dr. Claudius Moseler und insbesondere Andrea Fengler. Last but not least danke ich mich auch bei Dr. Heiko Biehl, ohne den die Untersuchung nie in Angriff genommen worden wäre.

1 Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt/M. 1975. Vgl. dazu auch Daniel HILDEBRAND, *Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung*, in: HPM 10 (2003), S. 325–332.

2 Vgl. Oliver GEDEN, *Rechte Ökologen. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus*, 2. Aufl., Berlin 1999, S. 89–113; Thomas JAHN/Peter WEHLING, *Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“*, Frankfurt/M. 1991, S. 101–107; Volkmar WÖLK, *Neue Trends im ökofaschistischen Netzwerk. Am Beispiel der Anthroposophen, dem Weltbund zum Schutz des Lebens und der ÖDP*, in: Raimund HETHEY/Peter KRATZ (Hg.), *In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus*, Göttingen 1991, S. 119–140.

1996/97 in Bayern mit dem erfolgreichen Volksbegehren zur Abschaffung des Senats, der zweiten bayerischen Parlamentskammer. Erfolge errang die Partei auch vor den Gerichten. So verwarf auf Antrag der ödp das Bundesverfassungsgericht 2004 eine Reform der Parteienfinanzierung, die auf eine Schlechterstellung der Kleinparteien zielte, und der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof erklärte 1999 die Fünfprozentklausel bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig.³

Damit eine Partei auf Dauer existieren kann, sind solche Erfolge, selbst wenn sie nur punktuell erreicht werden können, von großer Bedeutung, um die Parteimitglieder von der Sinnhaftigkeit ihrer Mitgliedschaft und Mitarbeit zu überzeugen. Ebenso wichtig ist für die ödp, dass sie bei Europawahlen und bayerischen Landtagswahlen regelmäßig mehr als 0,5 Prozent bzw. 1 Prozent der Stimmen erhält, um in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung zu kommen, so dass sie einen kleinen professionalisierten Personalapparat unterhalten kann.

Was aber hält die Parteimitglieder darüber hinaus bei der Stange? Eine 2007 durchgeführte Befragung der Mitglieder der ödp⁴ erlaubt erstmals, diese hinsichtlich ihrer Sozialstruktur sowie ihrer politischen Einstellungen zu analysieren. Die Studie wurde von Heiko Biehl und Uwe Kranenpohl durchgeführt, der Datensatz wurde von Andrea Fengler (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg) erstellt. Die Datenerfassung unterstützte der ödp-Bundesvorstand finanziell und organisatorisch. An der Fragebogenaktion nahmen insgesamt 1.510 Personen teil – dies entspricht einer Beteiligung von 24,3 Prozent der ödp-Mitglieder. Ein Vergleich mit den Daten der Mitgliederdatei ergab, dass die Stichprobe in allen relevanten sozialstrukturellen Merkmalen der Gesamtmitgliedschaft entspricht. Die Befunde sind deshalb verallgemeinerungsfähig. Lohnenswert ist wegen der Entstehungsgeschichte der ödp, programmatischer Berührungspunkte, sowie auch Übereinstimmungen hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale und politischer Einstellungen zu überprüfen, aber auch ein Vergleich der Mitglieder der ödp mit jenen von den Unionsparteien und der Grünen.⁵

3 BVerfGE 111, 382 (Drei-Länder-Quorum); VerfGH NW 47, 304.

4 Vgl. zur ödp bisher: Dirk van den BOOM, *Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1999, S. 118–141; Andreas SCHULZE, *Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen*, Wiesbaden 2004, S. 137–174; Uwe KRANENPOHL, *Die bayerische ÖDP. Landespolitischer Reißnagel oder quantité négligeable?*, in: Uwe JUN/Henry KREIKENBOHM/Viola NEU (Hg.), *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt/M. 2006, S. 298–318; Uwe KRANENPOHL, *Ökologisch-demokratische Partei (ödp)*, in: Frank DECKER/Viola NEU (Hg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 351–356.

5 Zum Vergleich wurden die 2006 von der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Befragung der CDU-Mitglieder sowie das „Potsdamer Parteimitgliederprojekt“ aus 1998 he-

Zur Organisation der ödp

Die ödp gliedert sich in 16 Landesverbände, die sich in ihrer Stärke allerdings deutlich unterscheiden (Tabelle 1). Drei Viertel der Parteimitglieder leben in Bayern und Baden-Württemberg. Innerhalb Bayerns, das drei von fünf ödp-Mitgliedern stellt, stammt mehr als die Hälfte aus den Regierungsbezirken Ober- und Niederbayern. Unter der Ebene der Landesverbände haben sich 150 Kreisverbände etabliert, davon allerdings die Hälfte in Bayern – ansonsten ist die ödp nur in Nordrhein-Westfalen (26) und Baden-Württemberg (23) mit einer größeren Zahl von Kreisverbänden präsent.

**Tabelle 1: Verteilung der ödp-Mitglieder nach Bundesländern
(Stand: Januar 2007)**

Landesverband	Mitglieder	
	N	in %
Bayern	3.597	58,0
Baden-Württemberg	1.099	17,7
Nordrhein-Westfalen	534	8,6
Rheinland-Pfalz	326	5,3
Niedersachsen	162	2,6
Hessen	131	2,1
Berlin	66	1,1
Schleswig-Holstein	46	0,3
Sachsen-Anhalt	36	0,6
Thüringen	34	0,5
Saarland	33	0,5
Sachsen	32	0,5
Brandenburg	29	0,5
Hamburg	28	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	16	0,3
Bremen	4	0,1
Ausland	26	0,4
Gesamt	6.199	100,0

Quelle: ödp-Bundesgeschäftsstelle

Geleitet wird die Partei vom vierköpfigen geschäftsführenden Bundesvorstand mit dem Bundesvorsitzenden, der vom Bundesparteitag gewählt wird. Fünf weitere Vorstandsmitglieder stehen dem geschäftsführenden Vorstand zur Seite. Seit 2003 führt der bayerische Kernphysiker Klaus Buchner die Partei. Neben dem Vorstand bestehen ein Bundeshauptausschuss, ein „Ökologischer Rat“ von Experten, die die Partei wissenschaftlich beraten sollen, und 15 Bundesarbeitskreise zu spezifischen Sachgebieten. Durch die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung (2005: 650.000 Euro) konnte die ödp einen kleinen Personalapparat mit insgesamt 18 Mitarbeitern (2006), darunter Teilzeit- und 400-Euro-Kräfte, an drei Standorten (Bundesgeschäftsstelle in Würzburg, „Kommunalpolitisches Büro“ in Mainz und bayerische Landesgeschäftsstelle in Passau) aufbauen.⁶

Die Sozialstruktur der ödp-Mitglieder

Mehr als die Hälfte der ödp-Mitglieder verfügt über das Abschlussexamen einer Hochschule, lediglich ein Zehntel über einen formal niedrigeren Abschluss als die Mittlere Reife.

Tabelle 2: Höchster erreichter Bildungsabschluss der Parteimitglieder (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
(Fach-) Hochschule	51	46	30	58
(Fach-) Abitur	18		6	22
Mittlere Reife	21	31	21	14
Volks- / Hauptschule	9	19	39	6
ohne Schulabschluss	1	–	4	1

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1462); KAS-Befragung; Potsdamer Parteimitgliederprojekt

rangezogen. Vgl. Viola NEU, *Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung* (Zukunftsforum Politik 84), Sankt Augustin 2007; Roberto HEINRICH/Malte LÜBKER/Heiko BIEHL, *Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt*, Universität Potsdam 2002; Heiko BIEHL, *Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation*, Wiesbaden 2005; DERS., *Parteimitglieder neuen Typs? Sozialprofil und Bindungsmotive im Wandel*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 681–699; DERS., *Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien? Zur Beziehung von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006), S. 277–292.

6 Vgl. KRANENPOHL, *Ökologisch-demokratische Partei* (wie Anm. 4), S. 354f.

Im sogenannten „vorpolitischen Raum“ sind die Parteimitglieder hochgradig aktiv. Nur 14 Prozent sind nicht Mitglied von Vereinen und Verbänden, mehr als ein Drittel in mindestens drei Gruppen aktiv. Fast die Hälfte der Ökodemokraten ist Mitglied in kirchlichen Vereinigungen und/oder von Umweltschutzgruppen, fast jeder Dritte ist in einem Berufsverband aktiv, jeder Vierte bei einer Bürgerinitiative. Je 14 Prozent gehören einer Gewerkschaft oder einer Tierschutzvereinigung an.

Tabelle 3: Engagement in Vereinen und Verbänden (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
insgesamt aktiv	86	80	83	84
Freizeitverein	49	45	51	35
Umweltschutzverband	47	7	7	28
Kirchliche/religiöse Gruppe	47	25	25	14
Berufsverband	29	27	31	17
Bürgerinitiative	24	6	4	19
Gewerkschaft	14	13	14	32
Tierschutzverband	14	6	6	5
Traditions-/Heimatverein	13	20	20	4
Wohlfahrtsverband	11	7	22	6
Freiwillige Feuerwehr	10	14	29	3
Frauengruppe	7	7	4	9
Jugendorganisation	4	4	3	4
Unternehmerverband	4	10	1	4

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1510); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Die hohe Rate der Mitgliedschaft in kirchlichen Gruppen weist bereits darauf hin, dass das Thema „Kirche“ unter den ödp-Mitgliedern eine beträchtliche Rolle spielt. Die Konfessionsstruktur verdeutlicht Tabelle 4.

Tabelle 4: Konfessionsstruktur der Parteimitglieder (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
katholisch	58	50	78	21
evangelisch	25	33	18	36
andere	4	17	1	2
keine	14		4	41

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1495); KAS-Befragung; Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Wie Tabelle 5 zeigt, weisen die Ökodemokraten eine sehr hohe Kirchenbindung auf, die in der Umfrageforschung traditionell über die Kirchgangshäufigkeit ermittelt wird. Denn mehr als die Hälfte der Befragten besuchen mindestens einmal im Monat einen Gottesdienst, wobei unter den Katholiken fast die Hälfte sogar wöchentlich zur Kirche gehen.

Tabelle 5: Kirchgangshäufigkeit der ödp-Mitglieder nach Konfession (in %)

	kath.	evang.	andere	gesamt
mindestens einmal in der Woche	48	25	42	36
mindestens einmal im Monat	22	23	8	19
mehrmals im Jahr	21	34	20	24
einmal im Jahr	4	10	10	7
seltener oder nie	9	6	20	15

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1480)

Vergleich mit CDU, CSU und den Grünen

Hinsichtlich ihres akademischen Profils entspricht die ödp mit ihrem hohen Anteil an Akademikern deutlich dem Profil der deutschen Kleinparteien und entspricht damit weitgehend den Grünen (Tabelle 2).

Auch hinsichtlich ihrer Gesamtaktivität in Vereinen und Verbänden – also im sogenannten „vorpolitischen Raum“ – entsprechen die Ökodemokraten den anderen untersuchten Parteien (Tabelle 3). Betrachtet man allerdings das Engagement in den jeweiligen gesellschaftlichen Sektoren, sind die Unterschiede mitunter schon sehr deutlich. So ist fast jedes zweite Mitglied der ödp auch in einem Umweltschutzverband aktiv, dagegen nur knapp ein Drittel der Grü-

nen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Tierschutzverbänden, bei denen 14 Prozent der Ökodemokraten, aber nur 5 Prozent der Grünen Mitglied sind. Relativ ähnlich sind sich die Mitglieder beider Parteien hinsichtlich der Vernetzung mit Bürgerinitiativen (ödp: 24 Prozent; Grüne: 19 Prozent). Deutliche Unterschiede zur Union ergeben sich bei den kirchlichen Gruppen, wo nur jedes vierte Mitglied der Union, aber jedes zweite der ödp aktiv ist.

Dies überrascht umso mehr, da sich die Mitglieder der ödp und der Union in Bezug auf Konfessionsstruktur und Kirchenverbundenheit sehr stark ähneln. Hinsichtlich des Anteils der christlichen Konfessionen an der Mitgliedschaft liegt die ödp genau zwischen den Werten der beiden Schwesterparteien (Tabelle 4).

Für die Beurteilung der konfessionellen Zusammensetzung ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass sich die ödp-Angaben auf das gesamte Bundesgebiet beziehen, die der CSU aber naturgemäß nur auf Bayern – und die der CDU auf den außerbayerischen Raum. Die Tabelle 6 spaltet die Daten der ödp entsprechend für Bayern und das restliche Bundesgebiet auf, wobei sich zeigt, dass die außerbayerischen Ökodemokraten in ihrer Konfessionsstruktur der CDU sehr ähnlich sind und die bayerische ödp wie die CSU einen sehr starken katholischen Mitgliederüberhang hat. Allerdings ist der Anteil der Mitglieder, die keiner der beiden Konfessionen angehören, bei den Ökodemokraten merklich höher als bei der Christsozialen.

Tabelle 6: Konfessionsstruktur der Parteimitglieder (Bund – Bayern, in %)

	ödp o. BY	CDU	ödp BY	CSU
katholisch	46	50	65	78
evangelisch	32	33	19	18
andere	6	17	3	1
keine	16		12	4

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1495); KAS-Befragung; Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Die Parteimitglieder der ödp und der Union gleichen sich aber nicht nur hinsichtlich ihrer Konfessionsstruktur, sondern auch bezüglich der Kirchennähe ihrer Mitglieder, während unter Grünen, Sozialdemokraten und Liberalen nur etwa ein Siebtel eine starke Kirchenbindung aufweist. Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, präsentiert Tabelle 7 auch die ödp-Daten für Bayern und die anderen Landesverbände. Dabei zeigt sich, dass hinsichtlich der Mitglieder katholischer Konfession kaum Unterschiede zwischen ödp und Unionsparteien zu bemerken sind, während sich die evangelischen ödp-Mitglieder deutlich stärker als die Protestanten von CDU und CSU mit ihrer Kirche verbunden

fühlen. Möglicherweise wirkt sich hier aus, dass Baden-Württemberg den zweitgrößten ödp-Landesverband bildet, denn von den evangelischen Mitgliedern aus dem Südwesten weisen 65 Prozent eine starke Kirchenbindung auf. Überhaupt besuchen unter den ödp-Mitgliedern jene aus Baden-Württemberg überdurchschnittlich oft Gottesdienste – gleich welcher Konfession sie angehören.⁷

Tabelle 7: Kirchenverbundenheit der Parteimitglieder nach Konfession (in %)

	ödp	ödp o. BY	CDU	ödp BY	CSU
gesamt	55	55	48	55	58
katholisch	70	74	66	68	66
evangelisch	48	54	22	41	27

Anteil der Mitglieder mit mindestens monatlichem Kirchgang
Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1480); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Hinsichtlich ihrer sozialen Struktur ist die ödp somit als typische Kleinpartei zu charakterisieren, unter deren Mitgliedern deutlich stärker als in den Volksparteien Personen mit formal hohem Bildungsabschluss anzutreffen sind. Auch die Ökodemokraten sind durch Engagement in Vereinen und Verbänden hochgradig mit dem vorpolitischen Raum vernetzt, wobei kirchliche Gruppen wegen der starken Prägung der Mitglieder durch christliche Werte eine große Bedeutung haben. Der programmatischen Ausrichtung der Partei entsprechend sind ihre Mitglieder aber auch in Organisationen, die ökologische Anliegen verfolgen, sehr aktiv.

Im Vergleich mit den anderen Parteien zeigen sich hinsichtlich der konfessionellen Struktur, aber auch der Bedeutung, die die Mitglieder religiösen Werten zubilligen, beträchtliche Affinitäten zwischen der ödp und der Union. Bemerkenswert erscheint allerdings, dass unter den ödp-Mitgliedern evangelischer Konfession die Kirchenverbundenheit deutlich höher ist als bei den Mitgliedern der CDU oder CSU. Auch scheinen die Mitglieder der drei Parteien aus der Kirchenbindung unterschiedliche Schlüsse für ihr gesellschaftliches Engagement zu ziehen – nicht nur in Vereinen und Verbänden mit ökologischen Anliegen, sondern auch in kirchlichen Gruppen engagieren sich die Mitglieder der ödp doppelt so häufig wie jene der Union. Auffällig ist auch, dass Ökodemokraten stärker als die Grünen in Umwelt- und Tierschutzvereinen vertreten sind.

⁷ Unter der Gesamtmitgliedschaft der ödp Baden-Württemberg weisen 66 % eine hohe Kirchenbindung auf, unter den Katholiken sogar 82 %!

Einstellungen zu politischen Themen und Streitfragen

Ein Blick auf die Einstellung der Parteimitglieder zu politischen Themen und Streitfragen verdeutlicht, welche Schlüsse die ödp-Mitglieder aus ihrer Orientierung an christlichen Werten ziehen. Die Tabellen 8 und 9 zeigen, dass die Positionen der Ökodemokraten zu wirtschaftspolitischen Fragen wenig dezidiert und zudem noch gegenläufig sind, da die Befragten tendenziell sowohl eine stärkere staatliche Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie auch einen Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben ablehnen.

Tabelle 8: Einstellung zur staatlichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	25	35	38	63
teils – teils	31	30	29	23
Ablehnung	44	35	33	14

„Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss der Staat mehr Geld bereitstellen.“ (5-Punkt-Skala)
Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1459); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Tabelle 9: Einstellung zur wirtschaftlichen Liberalisierung (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	25	31	29	14
teils – teils	27	31	32	27
Ablehnung	49	38	39	59

„Der Staat muss sich stärker aus dem Wirtschaftsleben zurückziehen.“ (5-Punkt-Skala)
Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1466); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Auch hinsichtlich der Frage einer Beschränkung des Asylrechts und einer verstärkten Kriminalitätsbekämpfung zeigen die Mitglieder der ödp wenig Übereinstimmungen in ihren Einschätzungen (Tabellen 10 und 11), relativ deutlich lehnen sie aber eine Senkung von Sozialleistungen ab (Tabelle 12).

Tabelle 10: Einstellung zur Beschränkung des Asylrechts (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	28	84	89	15
teils – teils	33	11	8	23
Ablehnung	39	5	3	62

„Der Zuzug von Asylsuchenden sollte beschränkt werden.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1485); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Tabelle 11: Einstellung zur verstärkten Kriminalitätsbekämpfung (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	39	84	89	18
teils – teils	37	12	8	33
Ablehnung	24	4	3	49

„Straftäter sollten härter bestraft werden.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1476); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Tabelle 12: Einstellung zum Abbau des Sozialstaats (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	13	44	47	7
teils – teils	32	32	30	15
Ablehnung	55	24	23	78

„Die Sozialleistungen müssen gesenkt werden.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1465); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Ein eindeutiges Profil zeigen die Ökodemokraten vor allem bei ihren Einstellungen zu ökologischen Fragen. Die Befragten fordern vehement einen Ausstieg aus der Kernenergie und eine starke Berücksichtigung des Umweltschutzes (Tabellen 13 und 14). Angesichts der hohen Kirchenbindung der ödp-Mitglieder überraschen auch nicht die starken Vorbehalte gegen eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (Tabelle 15).

Tabelle 13: Einstellung zum Ausstieg aus der Kernenergie (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	93	14	11	94
teils – teils	4	16	17	2
Ablehnung	3	70	74	4

„Die Bundesrepublik sollte aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1489); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Tabelle 14: Einstellung zur Einschränkung des Umweltschutzes (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	5	64	62	7
teils – teils	13	20	21	14
Ablehnung	83	16	17	79

„Der Umweltschutz darf nicht so weit gehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt wird.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1489); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Tabelle 15: Einstellung zur Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs (in %)

	ödp	CDU	CSU	Grüne
Zustimmung	8	35	30	77
teils – teils	15	17	19	11
Ablehnung	74	48	51	12

„Der Schwangerschaftsabbruch sollte weniger streng geregelt werden.“ (5-Punkt-Skala)

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1481); Potsdamer Parteimitgliederprojekt

Das Profil der ödp-Mitglieder zu den untersuchten politischen Themen und Streitfragen entspricht damit dem Profil eines umfassenden Lebensschutzes, das die Partei in ihrer Programmatik vertritt.⁸

⁸ Vgl. KRANENPOHL, *Ökologisch-demokratische Partei* (wie Anm. 4), S. 353f.

Vergleich mit CDU, CSU und den Grünen⁹

Insbesondere ein Blick auf die Einstellung der Parteimitglieder zu politischen Themen und Streitfragen verdeutlicht, dass die ödp-Mitglieder aus der Orientierung an christlichen Werten andere Schlüsse als die Mitglieder in den Unionsparteien ziehen. Relativ geringe Unterschiede zwischen den Ökodemokraten und den Mitgliedern von CDU und CSU – und vor allem deutliche zu den Grünen – zeigen sich nur in wirtschaftspolitischen Fragen (Tabellen 8 und 9). Gerade hier sind aber auch die Unionsmitglieder eher indifferent.

Deutlich stärker unterscheiden sich die Mitglieder von CDU, CSU und ödp bei politischen Streitfragen mit einem stärker sozialen bzw. karitativen Charakter. Intensiver als die Unionsmitglieder lehnen die Ökodemokraten eine Beschränkung des Asylrechts oder höhere Strafandrohungen für Kriminelle ab. Ebenso vertreten sie deutlich seltener als CDU- und CSU-Mitglieder die Meinung, es müsse ein Rückbau des Sozialstaats stattfinden (Tabelle 10 bis 12). Bei diesen Themen zeigen die Mitglieder der ödp etwa gleich große Distanz zur Union und den Grünen.

Völlig einig sind sich die Ökodemokraten und Die Grünen in der Ablehnung der Kernenergie und der Befürwortung des Umweltschutzes, wo sich gegenüber der Position der Unionsmitglieder tiefe, wenn nicht nahezu unüberbrückbare Gräben auftun (Tabelle 13 und 14). Bemerkenswert sind insbesondere die Einstellungen zur Abtreibungsproblematik: Wenig überraschend sind hier die Gegensätze zwischen den Mitgliedern der ödp und der Grünen am größten – die einen lehnen eine Liberalisierung im gleichen Maße ab, wie sie die anderen befürworten –, doch auch immerhin ein Drittel der Mitglieder von CDU und CSU plädiert für eine weniger strenge Regelung dieser Frage, womit sich auch deutliche Differenzen zu den Ökodemokraten zeigen.

Gerade anhand der Frage eines umfassenden Lebensschutzes wird deutlich, warum die Mitglieder der ödp treu bleiben und nicht in einer anderen – bei Wahlen erfolgreicheren – Partei ihre politische Heimat finden können. Allerdings ergeben sich mit den Grünen deutliche Schnittmengen in der Befürwortung von Umweltschutz und Atomausstieg, während sich in keiner Frage im gleichen Maße Übereinstimmung mit der Union zeigt. Selbst das zentrale Unterscheidungsmerkmal von ödp und den Grünen – die Beurteilung des Schwangerschaftsabbruchs – stiftet nur wenig Gemeinsamkeit mit Mitgliedern der Union. Der relativ hohe Anteil von Liberalisierungsbefürwortern bei CDU und CSU erweckt bei den Ökodemokraten möglicherweise den Eindruck, hier die moralisch konsequentere Position zu vertreten.

⁹ Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, dass durch zwischenzeitlich mögliche Veränderungen die 1998 für Union und Die Grünen erhobenen Daten nur bedingt vergleichbar sind.

Parteiaffinitäten

Wenn man die ödp bei der Untersuchung außen vor lässt, der nach eigener Einschätzung 38 Prozent ihrer Mitglieder „sehr stark“ und 52 Prozent „ziemlich stark“ zuneigen, liegen von den etablierten Parteien bei den Ökodemokraten Die Grünen klar auf dem ersten Platz in der Sympathieskala.

Tabelle 16: Einschätzung konkurrierender Parteien durch die ödp-Mitglieder (in %)

	Grüne	SPD	CDU/CSU	LINKE	FDP
1 = sehr gut	3	0	0	0	0
2 = gut	31	8	5	5	4
3 = teils – teils	40	40	21	18	13
4 = eher nicht	17	37	36	25	27
5 = überhaupt nicht	9	15	37	51	55
<i>Mittelwert</i>	<i>3,0</i>	<i>3,6</i>	<i>4,0</i>	<i>4,2</i>	<i>4,3</i>

„Wie gut gefallen Ihnen die folgenden Parteien?“

Quelle: ödp-Mitgliederbefragung (N = 1329 – 1467)

Die Mittelwerte zeigen sehr deutlich, dass die ödp-Mitglieder die links-libertäre Ökopartei¹⁰ mit deutlich größerer Sympathie betrachten als alle anderen Parteien – immerhin zwei von fünf Befragten beurteilen Die Grünen „(sehr) gut“. Die Union liegt dagegen noch hinter den Sozialdemokraten klar auf dem dritten Platz.¹¹ Noch eindrucksvoller wird das Bild, wenn man die Verteilungen der Sympathiebekundungen betrachtet. Denn immerhin einem Drittel der ödp-Mitglieder gefallen Die Grünen gut oder sehr gut, nur ein Viertel steht ihnen ablehnend gegenüber. Augenfällig ist der Gegensatz zur Union, der nur jeder zwanzigste Ökodemokrat Sympathie entgegenbringt, die aber fast drei Vierteln (eher oder überhaupt) nicht gefällt. Bemerkenswert ist auch, dass die noch schlechteren Sympathiewerte für Die Linke und die Liberalen allein daraus resultieren, dass diese Parteien noch stärker als CDU und CSU abgelehnt werden – und nicht etwa aus stärkerer Sympathie für die Union.¹²

10 Vgl. zur Charakterisierung dieses Parteityps: Herbert KITSCHOLT, *Left-libertarian Parties. Explaining Innovation in Competitive Party Systems*, in: *World Politics* 40 (1988), S. 194–234.

11 Die Mittelwerte sind allerdings insofern vorsichtig zu interpretieren, als ihre Verwendung eigentlich eine Intervallskala voraussetzt.

12 Zwischen der Bewertung der Union in Bayern und dem übrigen Bundesgebiet bestehen keine signifikanten Unterschiede, so dass eine Differenzierung zwischen den beiden Unionsparteien nicht erforderlich ist.

Es ist festzustellen, dass die Sympathie – bzw. zutreffender: Antipathie – der ödp-Mitglieder gegenüber den Unionsparteien relativ stark mit der Ablehnung der Kernenergie (Spearman's Rangkorrelationskoeffizient $\rho = 0,263$) und dem Eintreten für den Umweltschutz ($\rho = 0,247$) korreliert,¹³ wogegen die starke Ablehnung der Abtreibung kaum eine bessere Bewertung der Union nach sich zieht ($\rho = 0,089$). Auch tendieren zwar Ökodemokraten, die die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs stärker ablehnen, erwartungsgemäß zu einer weniger positiven Beurteilung der Grünen, doch bewerten selbst in der Gruppe der entschiedensten Abtreibungsgegner immer noch ein Viertel Die Grünen positiv.

Der Befund ist so zu interpretieren, dass die Mitglieder der ödp zwar ein Konzept umfassenden Schutzes des geborenen und ungeborenen Lebens vertreten, für sie aber die „Gretchenfrage“ lautet: „Wie hältst Du es mit der Kernenergie?“ Die unterschiedliche Beurteilung des Schwangerschaftsabbruchs kann damit keine so hohen Hürden zu den Grünen aufbauen, wie sie zur Union aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung der Kernenergie bestehen.

Fazit

Überraschend an den Ergebnissen der Befragung ist insbesondere, wie sehr die Mitglieder der ödp denen der etablierten Parteien ähneln: Auch die ödp-Mitglieder sind überwiegend formal hoch gebildet und in vielfältiger Weise im vorpolitischen Raum von Vereinen und Verbänden aktiv. Hinsichtlich ihrer Konfessionsstruktur und ihrer Kirchenbindung gleichen die Ökodemokraten den Mitgliedern der beiden Unionsparteien, ziehen aus ihrer christlichen Orientierung aber andere Schlüsse und vertreten konsequent und in hohem Maße konsensual das Konzept eines umfassenden Lebensschutzes: Diese Kernpunkte des Parteiprogramms spiegeln somit die politischen Überzeugungen der Mitglieder sehr gut wider und vermögen als Klammer für die „christlichen Grünen“ zu fungieren.

Trotz der Ähnlichkeiten in Konfessionsstruktur und Kirchenbindung treten zwischen den Unionsparteien und der ödp aber tiefgreifende Differenzen bezüglich der Beurteilung politischer Streitfragen auf, wogegen die große Übereinstimmung der Ökodemokraten mit den Grünen hinsichtlich der Themen Kernenergie und Umweltschutz in deutlicher Sympathie der ödp-Mitglieder für die links-libertäre Ökologiepartei resultiert. Diese weitgehende Übereinstimmung kann selbst durch die deutlichen Differenzen beim für das Lebensschutzkonzept der ödp zentralen Thema des Schwangerschaftsabbruchs kaum

¹³ Bei der Beurteilung des Korrelationskoeffizienten ist allerdings zu beachten, dass die Häufigkeiten sehr „schief“ verteilt sind, d.h. fast alle Befragten die Kernenergie und eine Einschränkung des Umweltschutzes ablehnen.

beeinträchtigt werden, zumal auch nicht wenige Mitglieder der Union für eine Liberalisierung plädieren. Vergegenwärtigt man sich die jüngste Diskussion um den Embryonenschutz, ergeben sich wohl auch eher Berührungspunkte zwischen der ödp und den Grünen. Denn während die Abgeordneten der beiden Unionsparteien über die Frage einer Verschiebung der Stichtagsregelung tief gespalten waren, lehnten Die Grünen diese fast einhellig ab, ein Viertel der Fraktion plädierte sogar für ein gänzlich Verbot der Forschung mit embryonalen Stammzellen.¹⁴ Betrachtet man diese Diskussionen zur „verbrauchenden Embryonenforschung“ erscheint sogar eine gewisse Aufweichung der Frontstellungen bezüglich der Rechte des ungeborenen Lebens zwischen der ödp und den Grünen möglich. Angesichts der schon bestehenden großen Übereinstimmung in ökologischen Fragen könnte damit eine klare Abgrenzung der ödp zur konkurrierenden Ökopartei in Zukunft noch schwieriger werden.

Dagegen stiftet der „christliche Markenkern“, den die Unionsmitglieder ihren Parteien zuschreiben,¹⁵ offenkundig wenig Gemeinsamkeiten zwischen ödp, CDU und CSU, weil die Mitglieder aus ihrer christlichen Orientierung unterschiedliche Schlüsse ziehen. Plakatativ formuliert: Ökodemokraten und Grüne sind sich hochgradig einig, was „grün“ ist, die Mitglieder von ödp und Union aber kaum, was „christlich“ ist.

14 Vgl. *Deutscher Bundestag*, Sten. Ber., 16. WP, S. 16285–16317. Bemerkenswert die Ausführungen von *Volker Beck* zum Schwangerschaftsabbruch (S. 16289).

15 NEU (wie Anm. 5), S. 11.

„no-man’s land“ Die Karikatur als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung*

Von Christoph Studt

Es ist mit Karikaturen eine mißliche Sache. Dem Tage dienend, sterben sie mit dem Tage. Die Fragen, von denen sie ausgingen, sind erledigt, die Leidenschaften, von denen sie getragen waren, erloschen. So kommt es, daß man in Karikaturensammlungen wie in Herbarien blättert. Was einst lebendig war, ist vergilbt. Was einst belacht wurde, langweilt heute.“¹

I.

Diese resignierten Worte des Kunsthistorikers Richard Muther, die er gegen Ende des 19. Jahrhunderts fand, machen das grundlegende Dilemma der Karikatur als Gegenstand der Wissenschaft deutlich: Sie teilt ihr Schicksal mit dem Produkt des schreibenden Journalisten, denn nichts ist ja bekanntlich so alt wie die Zeitung von gestern. Das schlichte Vergessen tagespolitischer Ereignisse, deren Kenntnis zumeist eine wesentliche Voraussetzung zur Entschlüsselung des Dargestellten ist, wird zum „Erbfeind der Karikaturkunst“². Denn ohne die Kenntnis von historischen und politischen Zusammenhängen, deren Kombination und graphische Verdichtung in ihrer jeweiligen Gegenwart – und zumeist nur dann – erst Pointen schaffen, bleibt die Karikatur stumm, wird die Grenze ihrer dauerhaften Wirkung offenkundig. Dass sich die Kunstgeschichte mit Ausnahme einiger herausragender Karikaturisten alles in allem nur in recht bescheidenem Umfang mit dieser Gattung auseinandergesetzt hat, hängt zum einen sicherlich mit der riesigen Menge und den notwendigerweise aufwendigen Hintergrundrecherchen des zu bewältigenden Materials zusammen. Zum anderen mag auch die lange Zeit vorherrschende Beschäftigung dieser wissenschaftlichen Disziplin mit der so genannten ‚Hochkunst‘ eine nicht gering einzuschätzende Rolle spielen, und dazu zählte man die Karikatur eben nicht. Sie gehörte einfach nicht in den „Weihebezirk der Kunst“³, sie galt vielmehr als „enfant terrible“ der Kunstgeschichte,⁴ und das ist im Grunde bis heute so geblieben.

*) *Einen bessern findest du nicht ...*. Für Klaus Hildebrand, meinen „Chef“ seit 26 Jahren.

1 Richard MUTHER, *Geschichte der Malerei im Neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 3, München 1893, S. 195.

2 Franz SCHNEIDER, *Die politische Karikatur*, München 1988, S. 9.

3 Werner HOFMANN, *Die Karikatur. Von Leonardo bis Picasso*, Wien 1956, S. 9. Wegen der vermutlich höheren Verbreitung wird nach dieser Ausgabe zitiert und nicht nach der erg. Neuauflage Hamburg 2007.

Vorwurfsvoll beklagte schon vor langen Jahren Ernst Gombrich, die Kunstgeschichte sei „quite happy to leave these puzzling and often ugly images to the historian who may know how to unriddle their recondite allusions to long-forgotten issues and events“⁵. Statt nun aber dieses brachliegende Feld zu beackern, seien die Historiker offenbar der Überzeugung, „they [had] more important and more relevant documents to study in the state papers and speeches of a period, and generally they leave the old cartoons to the compilers of popular illustrated histories where these crude and often enigmatic scrawls jostle uneasily with portraits, maps, and pictures of pageantries and assassinations“⁶.

Ohne die seit Gombrichs Worten von 1963 erschienenen kunsthistorischen, historischen und publizistischen Arbeiten über die Karikatur etwa pauschal geringschätzen zu wollen, muss auch heute noch festgestellt werden, dass die Sammelbände „fingerfertiger Journalisten“⁷ bei weitem die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema überwiegen. Diese Position ‚zwischen den Stühlen‘ des Forschungsinteresses hängt offensichtlich mit der Entstehungsgeschichte der Karikatur selbst zusammen. Deshalb machten es sich Georg Piltz als Autor einer „Geschichte der europäischen Karikatur“ mit seiner lapidaren Formulierung, dass der „Streit, wer die Karikatur ‚erfunden‘ hat ..., ein Streit um des Kaisers Bart“ sei, und Gisold Lammel als Bearbeiter des Bandes „Deutsche Karikaturen. Vom Mittelalter bis heute“ mit seiner Bemerkung, die „Anfänge der deutschen Karikatur liegen im Dunkeln“, entschieden zu einfach.⁸ Denn zweifellos waren bestimmte Voraussetzungen nötig, um das Entstehen von Karikaturen überhaupt möglich zu machen.

II.

Karikaturen, verstanden als zumeist gezeichnete Darstellungen, in denen die Erscheinung des Menschen bewusst übersteigert und physiognomisch intensiviert wird, unabhängig davon, ob es sich um ein Porträt, einen Typus oder einen „indiskreten Ausschnitt aus der Welt des Alltäglichen“⁹ handelt, ent-

4 Werner HOFMANN, *Bemerkungen zur Karikatur*, in: „Merkur“ 7 (1953), S. 955. Dass diese Sichtweise noch heute nicht vollkommen beseitigt ist, mag die Laudatio des Karikaturisten Dieter Hanitzsch auf den Karikaturisten Klaus Pielert im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn am 4.4.2002 belegen, in die Hanitzsch die Äußerung eines Professors der Münchener Kunstakademie einflocht: „Kunst ist das keine, was ihr Karikaturisten macht – aber können muss man’s!“

5 Ernst GOMBRICH, *The Cartoonist’s Armoury*, in: DERS., *Meditations on a hobby horse and other essays on the theory of art*, London 1963, S. 127.

6 EBD.

7 Georg PILTZ, *Geschichte der europäischen Karikatur*, Berlin (Ost) 1976, S. 5; Gisold LAMMEL, *Deutsche Karikaturen. Vom Mittelalter bis heute*, Stuttgart 1995, S. 1.

8 EBD. S. 6.

9 HOFMANN, *Karikatur* (wie Anm. 3), S. 33.

standen erst im Gefolge der italienischen Renaissance. Hatte es in der Gotik noch keinen verbindlichen Kanon des Schönen gegeben, wurden nun Proportion und Ebenmaß zur Schönheitsnorm erhoben. Voraussetzung für diese Normsetzung war allerdings die Fähigkeit bzw. das Wollen der klassischen Kunst, die Wirklichkeit in täuschender Weise nachzubilden. Erst diesem Ideal-Schönen konnte Hässliches entgegengesetzt werden.

Selbstverständlich hatte es auch schon im Mittelalter und zuvor Hässlichkeit gegeben. Aber die scheußlichen, ja Grauen erregenden Gestalten in den Gemälden etwa eines Hieronymus Bosch oder die Teufelsfratzen der mittelalterlichen Portalplastik sollten Angst erregen, nicht aber zum Lachen reizen. Sie hatten den Zweck, moralische Schlechtigkeit durch den äußerlichen, physischen Gesichtsausdruck wiederzugeben, wobei die Hässlichkeit mit Sünde und die Schönheit mit Tugendhaftigkeit gleichgesetzt wurde. Hässlichkeit, Verzerrung etc. wurden bewusst als Erziehungsmittel eingesetzt, um die Gläubigen zu einem gottgefälligen Leben anzuhalten: „Im Schutze der Kirche ist die Macht des Antichrists und seiner Heerscharen überwunden. Doch gleichzeitig implizieren die Plastiken die Drohung: ‚Wer sich der Kirche nicht unterwirft, verfällt dem Bösen‘.“¹⁰ So wird auch verständlich, dass die Fratze erst im Zuge der Renaissance „eine eigentliche komische Aussagekraft“¹¹ erwerben konnte, im Mittelalter dagegen dem Teufel vorbehalten war.

Bei den Gesichtsstudien Leonardo da Vincis etwa „hat die Häßlichkeit keine moralische Bedeutung, ist nicht mehr Kennzeichen geistigen Verfalls, sie wird nur noch festgestellt. Dies hat die Karikatur möglich gemacht, wenn man sich auch darüber einig ist, daß Leonardo mit seinen Zeichnungen keinerlei komische Absicht verband“¹², sie vielmehr Ausdruck seiner naturwissenschaftlichen Beschäftigung mit allen Phänomenen der Natur waren.

Anders sieht es schon bei Albrecht Dürer aus: Im Gegensatz zu Leonardo, der seine verschiedenen Gesichter offenbar der freien Naturbeobachtung entnahm, entwickelte Dürer ein Idealgesicht, welches er zu allen denkbaren Seiten hin deformierte. Doch auch diese Darstellungen entbehren von ihrer Intention her noch jeder Komik. Das Entstehen von Karikaturen im heutigen Sinne bedurfte noch einer Entwicklung, die sich erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durchsetzte: Sie ist „markiert durch einen vollständigen Wechsel der Rolle des Künstlers und seiner Stellung in der Gesellschaft. Dies bezieht sich auf seine soziale Zugehörigkeit und insbesondere auf den Umstand, daß er nicht länger als Handwerker gilt. Er wird vielmehr als Schöpfer betrachtet. Der Künstler ist nun nicht länger an festgelegte Muster gebunden, wie im Mit-

10 Dietrich GRÜNEWALD, *Karikatur im Unterricht. Geschichte – Analysen – Schulpraxis*, Weinheim/Basel 1979, S. 23f.

11 Michel MELOT, *Die Karikatur. Das Komische in der Kunst*, Stuttgart/Berlin 1975, S. 16. 12 EBD. S. 22.

telalter, noch ist er zur Nachahmung der Wirklichkeit verpflichtet. Er teilt nun das Recht der Dichter, eine Realität selbst zu formen.“¹³

Erst ab dem Ende des 16. Jahrhunderts kann Karikatur („caricatura“, „ri-trattini carichi“) bei den Brüdern Carracci im Wortsinne von „überladen, beladen, übertreiben“ begriffen werden. Karikaturen in Form skizzenhafter Porträtzeichnungen sind nur noch von Agostino Carracci (1557–1602) erhalten, wengleich die Idee wohl von seinem Bruder Annibale (1560–1609) stammte. Nach dessen Verständnis war es eine spielerische Laune der Natur, wenn sie jemandem eine dicke Nase, einen großen Mund, einen Buckel oder irgendeinen anderen körperlichen ‚Makel‘ verlieh. Wenn nun ein Künstler diese Missgestalt nachbilde, könne er damit andere amüsieren, indem er eine Sache, die ohnehin schon belacht werde, durch übertriebene Zuspitzung noch lächerlicher mache. Annibale Carraccis Grundgedanke war, dass nicht etwa die Natur, sondern erst die Kunst „vollkommene“, eben makellose menschliche Körper und Physiognomien schaffe. Wie der Maler die ideale Natur nicht von der Natur abmale, sondern sie erst durch die Kombination schöner und vollendeter Teile in seinem Gemälde komponiere, um auf diese Weise Vollkommenes zu schaffen, gehe es in den Karikaturen darum, eine perfekte Missgestalt zu erreichen.

Raffaels und seiner Nachfolger idealer Schönheit wurde auf diese Weise eine „perfetta deformità“, eine ideale Hässlichkeit, entgegengesetzt.

Dem italienischen Architekten und Bildhauer Gianlorenzo Bernini (1598–1680) verdanken wir die Fortsetzung dieses Qualitätswandels in der Karikatur. Auch er deformierte in Porträtskizzen das menschliche Antlitz, „jedoch nur in den Teilen, wo die Natur selbst auf irgendeine Weise gefehlt hatte, und ohne seinem Vorbild die Ähnlichkeit zu nehmen“.¹⁴ Ihm ging es um anderes, er wollte das Gegenüber „seinem innersten Wesen entsprechend“¹⁵ abbilden, d. h. nicht allein, vielleicht nicht einmal vorrangig, sein Äußeres auf die Spitze treiben, sondern vielmehr das bislang unsichtbare Innere nach außen kehren, charakterliche Merkmale sichtbar machen. Statt ein objektives Porträt zu liefern, erarbeitete der Künstler seine subjektive Vision. Damit gelangte er zu „eine[r] ‚wahrere[n]‘ Ähnlichkeit, als dies eine Imitation sein kann. Die Karikatur zeigt mehr vom Wesentlichen und ist damit ‚wahrer‘ als die Realität selbst.“¹⁶

Im 17. Jahrhundert wurde das Karikaturzeichnen mit Ausnahme des Franzosen Raymond La Fage (1656–1690), der ein Anhänger der Gebrüder Car-

13 Angelika PLUM, *Die Karikatur im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Eine ikonologische Untersuchung zu Feindbildern in Karikaturen*, Aachen 1998, S. 46.

14 So Domenico Bernini in seiner 1713 erschienenen Biographie, zit. nach: Heinrich BRAUER/Rudolf WITTKOWER, *Die Zeichnungen des Gianlorenzo Bernini*, Berlin 1931, S. 182.

15 EBD.

16 PLUM, *Karikatur* (wie Anm. 13), S. 47.

racci war, fast ausschließlich in Italien praktiziert. Beziehungen zur Karikatur lassen sich bei Domenichino (1581–1641), Guercino (1591–1666), Pier Francesco Mola (1612–1666) und Carlo Maratti (1625–1713) ebenso nachweisen wie bei dem schon genannten Gianlorenzo Bernini (1598–1680).

Bis ins 18. Jahrhundert führte Italien die Riege der Karikaturisten an. Mittlerweile war die Karikatur so sehr in Mode gekommen, dass ein erster gewissermaßen hauptberuflicher Karikaturist auftrat: Pierreleone Ghezzi (1674–1755), dessen Gemälde sakraler Szenen neben den fast 3000 auf uns gekommenen Karikaturen fast zwangsläufig in Vergessenheit geraten mussten. Ghezzi reiste durch ganz Europa von Hof zu Hof, und es gehörte fast zum guten Ton, sich von ihm karikieren zu lassen.

Die Karikatur blieb jedoch mehr oder weniger ein Privatvergnügen, ein Unterhaltungsmittel, „an aristocratic diversion, a cliquish joke“¹⁷; sie begleitete das „echte“ Kunstwerk wie der Narr den König. Nicht vor dem ausgehenden 17. und beginnenden 18. Jahrhundert gewann sie ihre uns heute so geläufige sozial und politisch engagierte Qualität. Ihre eigentliche Blütezeit setzte im 19. Jahrhundert ein, erst jetzt stieß sie „in das Bewußtsein der breitesten Masse vor und erobert[e] sich ... Straße, Café und Bürgerhaus“.¹⁸

Dies hatte natürlich nicht zuletzt mit ihrer wachsenden Verbreitung zu tun: Waren Karikaturen bislang meist als fliegende Blätter, im Einzelverkauf, oder als gelegentliche Zeitungsbeilage veröffentlicht worden, so verbündete sich die Karikatur nun mit der immer mehr an Umfang und Bedeutung gewinnenden Presse, bzw. hatte die Presse immer größeres Interesse an ihr. Denn Presse wie Karikatur wollen stets eines: „Augen öffnen für, Partei ergreifen gegen, Stellung nehmen zu, aufmerksam machen auf, lachen machen über. Hier, jetzt und gleich.“¹⁹ Beide Medien passten mithin zwillinglyhaft zueinander. Die Karikatur wurde damit zur „Kunst der gedruckten Vervielfältigung, erst die Presse gab ihr Macht, Gefährlichkeit und Charme“.²⁰

Bereits zu Berninis Zeiten hatte die Karikatur nämlich eine weitere Aufgabe übernommen: Neben den lachend aufgenommenen Scherz war der bildliche Hohn getreten, der Gegner jeglicher Art in ihrer individuellen und unverwechselbaren Erscheinung traf. „Karikatur im engen Verständnis des übertriebenen Bildnisses wird nun zur Waffe im politischen Kampf. Gleich dem Rechtsbrauch der Executio in effigie, bei dem der flüchtige Verbrecher etwa durch sein an den Galgen gehängtes Bildnis stellvertretend hingerichtet wurde,

17 Bevis HILLIER, *Cartoons and Caricatures*, London 1970, S. 31.

18 Anton SAILER, *Die Karikatur. Ihre Geschichte, ihre Stilformen und ihr Einsatz in der Werbung*, München 1969, S. 9.

19 Robert GERNHARDT, *Vom Schönen, Guten, Baren. Bildergeschichten und Bildgedichte*, München/Zürich 2001, S. 616.

20 Karin HILLEBRAND, *Englische Humoristen und Karikaturisten*, in: „Das Kunstwerk“ 5 (1953), S. 27f.

nimmt auch die Karikatur eine symbolische Exekution vor: Sie tötet durch Lächerlichkeit.“²¹

Dieses Bündnis von Karikatur und Presse setzte bestimmte Fertigkeiten des Künstlers ebenso voraus, wie gewisse äußere Bedingungen erfüllt sein mussten. Es waren und sind zum Beispiel die politischen Zustände eines Landes von außerordentlicher Bedeutung, unter denen eine Presse (und mit ihr die auf weite Verbreitung angelegte Karikatur) funktioniert oder untergeht. Hinzu gehört natürlich auch ein Publikum, das Räsonnement und Kritik ebenso braucht wie befreiende Emotion. Den Wandel, den diese neue Gemeinschaft für den Künstler mit sich brachte, hat Theodor Heuss einmal anschaulich beschrieben: Der „Karikaturzeichner wird Journalist; d. h. nicht bloß, daß er ‚für den Tag‘ zeichnet ..., sondern er arbeitet regelmäßig, er kommt in einen Betrieb, er muß in bestimmter Folge seine Arbeit an den Verleger liefern usw.: kurz, was vorher die Betätigung einer freien Laune war, die sich Objekt und Stimmung frei aussuchte, kommt nun in ein Geschäftssystem. Die Karikatur ist die erste Vorprobe kapitalistischer Kunst geworden.“²²

Daneben hatte die Integration in die Presse noch weitere – künstlerische – Nebenwirkungen, weil der Verleger darauf bedacht sein musste, die Karikatur so rasch und so kostengünstig wie möglich zu drucken. Dazu waren die anfangs benutzten und viel Aufwand und spezielles Können erfordernden Techniken des Kupferstichs und des Holzschnitts wenig geeignet. Die Erfindung der Lithographie in den Jahren 1796–1798 hatte deshalb gerade auf die Karikatur eine besonders große Auswirkung: Sie ersparte dem Künstler die Kenntnis und Vertrautheit mit dem Technischen des Druckvorgangs, da er bei diesem Verfahren direkt auf die später zum Druck gelangende Steinplatte zeichnen konnte, ohne irgendeinen Widerstand des Materials überwinden zu müssen. Bislang hatte der Karikaturist in der Regel seine Vorlage einem Holzschneider anvertrauen müssen. Die Lithographie war zudem billiger, und es wurde, was der Aktualität der Karikatur zugute kam, natürlich erheblich Zeit gespart. Die Lithographie gab den Karikaturisten „zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse nicht allein massenweise (wie vordem), sondern in täglich neuen Gestalten auf den Markt zu bringen. Die Graphik wurde durch die Lithographie befähigt, den Alltag illustrativ zu begleiten. Sie begann, Schritt mit dem Druck zu halten.“²³

21 Gerd UNVERFEHRT, *Karikatur – Zur Geschichte eines Begriffs*, in: Gerhard LANGEMEYER u. a. (Hg.), *Mittel und Motive der Karikatur in fünf Jahrhunderten. Bild als Waffe*, 2. korrigierte Aufl., München 1985, S. 348; vgl. EBD. S. 347, Berninis Drohung, von einigen ihn bei der Arbeit an einem Porträt Ludwigs XIV. störenden Hofschranzen Karikaturen anfertigen zu wollen.

22 Theodor HEUSS, *Zur Ästhetik der Karikatur*, in: DERS., *Zur Kunst dieser Gegenwart*, Tübingen 1956, S. 103.

III.

Trotz ihrer immer schnelleren und weiträumigeren Ausbreitung war der Weg der Karikatur in die wissenschaftliche Auseinandersetzung und Literatur dornenreich und voller Hindernisse.

Eine Klärung, ab wann denn und durch wen die Karikatur überhaupt Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion geworden ist, kann vom Begriff „Karikatur“ ausgehen und dessen Rezeption innerhalb der Wissenschaft nachspüren.

Das Wort ist die Substantivierung des italienischen Verbs „caricare“, was soviel wie „beladen, überladen“ bedeutet, und im 17. Jahrhundert im Zusammenhang mit den skizzenhaften Porträtzeichnungen der Brüder Carracci in Gebrauch kam.²⁴ Nach Frankreich wurde der neue Begriff durch Gianlorenzo Bernini exportiert, wo er 1665 noch unbekannt gewesen war.²⁵ In der Mitte des 18. Jahrhunderts bürgerte er sich dort ein und fand Aufnahme in Umgangssprache und Wörterbücher.²⁶

Von nun an lässt sich der Verbreitungsweg des Begriffes Karikatur am besten anhand der historisch gewordenen Lexika und Enzyklopädien nachvollziehen. Denn „auf dieser Ebene hat sich das Wissen und Selbstverständnis der Generationen niedergeschlagen, erst der gelehrten, dann der gebildeten Welt, schließlich der publizistisch erfaßten Öffentlichkeit“.²⁷

Schon eine kleine Auswahl nicht ganz unwesentlicher Veröffentlichungen aus der großen Zahl dieser „Rechenschaftsberichte“ ihrer Zeit, die ja eine methodische Darstellung sämtlicher Kenntnisse und Fähigkeiten sowie eine Anleitung zu handwerklicher und maschineller Praxis bieten wollten, machen den Grad wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Phänomen Karikatur deutlich.

1686 erschien der Begriff „caricature“ erstmals in England in der von Sir Thomas Browne nachgelassenen „Bibliotheca abscondita“. Doch wurde er hier nicht als Porträtkarikatur à la Brüder Carracci verstanden, sondern (nur) als Verzerrung menschlicher Züge ins Tierische. Karikatur wurde beschrieben als die willkürliche Vereinigung von Disparatem, ja alles Disproportionierte unter

23 Walter BENJAMIN, *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie*, Frankfurt/M. 1963, S. 12.

24 Gio(vanni) Pietro Bellori spricht in der Lebensbeschreibung Annibale Carraccis von „ritratti burleschi, ovvero caricati“, vgl.: Gio(vanni) Pietro BELLORI, *Le vite de' pittori scultori et architetti moderni*, Rom 1672; siehe auch: Filippo BALDINUCCI, *Vocabulario Toscano dell'arte del disegno*, Florenz 1682.

25 Vgl. Filippo BALDINUCCI, *Vita del Cavalier G.L. Bernini*, Florenz 1682.

26 HOFMANN, *Karikatur* (wie Anm. 3), S. 16; Albert DAUZAT/Jean DUBOIS/Henri MITTERAND, *Nouveau Dictionnaire Etymologique et Historique*, Paris 1964, S. 137.

27 Otto BRUNNER/Werner CONZE/Reinhart KOSELLECK (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd.1, Stuttgart 1972, Einleitung, S. XXIVf.

diesem Begriff zusammengefasst.²⁸ In Johann Heinrich Zedlers „Große[m] vollständige[m] Universal-Lexicon“, welches in den Jahren 1732–1750 in Halle und Leipzig erschien, fehlte noch jeglicher Hinweis auf die Existenz der Karikatur. In der ab 1751 publizierten „Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers“ (Diderot/d’Alembert) wurde der Begriff erstmals erläutert als unterhaltende, Lachen erregende Darstellung grotesker, disproportionierter Figuren in Zeichnung, Skulptur, Stich und Poesie. Der wirkliche Künstler, so wurde erläuternd hinzugefügt, solle sich jedoch nur zur Erholung dieser „liberation d’imagination“ widmen.²⁹

Obwohl inzwischen in Deutschland – zumindest in der gelehrten Welt – geläufig, tauchte der Begriff Karikatur auch in Johann Christoph Gottscheds „Handlexikon oder kurzgefaßtes Wörterbuch der schönen Wissenschaften und freyen Künste“ (Leipzig 1760) noch nicht auf.

Kurz zuvor, 1756, hatte sich allerdings Johann Joachim Winckelmann, der „Vater“ der Kunstgeschichte, – wenngleich als Anonymus – in seinem „Sendeschreiben über die Gedanken: Von der Nachahmung der griechischen Werke in der Malerey und Bildhauerkunst“³⁰, jener „Programmschrift neoklassizistischer Kunstanschauung“³¹, mit der Karikatur beschäftigt. Sie musste ihm als „Todfeind“ seines Klassizismuskonzepts erscheinen. Immerhin benannte er drei Ausnahmen als Existenzberechtigung für die Karikatur: Zum einen sei für die Kunst nichts zu „klein und geringe“, um dargestellt zu werden, zum anderen sei die Beschäftigung mit Extremen der eigenen Kunstfertigkeit und Übung nur zuträglich, und es sei nicht zuletzt daraus „ein Vortheil zu ziehen, so wie Bernini die Caricaturen genutzet hat. Dergleichen übertriebenen Figuren hat er, wie man versichert, eins der größten Stücke der Kunst zu danken gehabt, nemlich die Freyheit seiner Hand.“ Und wenn es schließlich für die Künstler des „Alterthums“ als Vorzug gelte, „über die Grenzen der gemeinen Natur“ gegangen zu sein, so lasse sich dieses auch auf die Karikaturisten anwenden. Dennoch: „niemand bewundert sie“.³²

Hier wird ein Paradoxon deutlich: Sowohl Klassizismus als auch Karikatur sind durch die ihnen gemeinsame Ablehnung jeder einfachen Naturnachah-

28 UNVERFEHRT, *Karikatur* (wie Anm. 21), S. 348.

29 *Encyclopédie ou dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers, par une société de gens de lettres*. Mis en ordre et publié par M. [Denis] DIDEROT, et, quant à la partie mathématique, par M. [Jean-Baptiste le Rond] D’ALEMBERT, Bd. 3, Paris 1751–1780, S. 684 (ND Stuttgart 1966/67).

30 Druck in: Johann Joachim WINCKELMANN, *Gedanken über die Nachahmung der Griechischen Werke in der Malerey und Bildhauerkunst*, Zweyte vermehrte Aufl., Dresden/Leipzig 1756 (ND 1962), S. 45–90.

31 Götz POCHAT, *Geschichte der Ästhetik und Kunsttheorie. Von der Antike bis zum 19. Jahrhundert*, Köln 1986, S. 403.

32 EBD. S. 72f.

mung wie mit einer Klammer verbunden. Der Streit entzündet sich an dem Punkt, an dem der Klassizismus idealisiert, die Karikatur aber verzerrt. Immerhin erhebt die beiderseitige Ablehnung der „gemeinen Natur“ die Karikatur gleichsam automatisch zu einem ebenbürtigen „Gegner“ des Klassizismus, der mit ähnlichen Mitteln, nur in anderer, ja entgegengesetzter Richtung, arbeitet. Karikatur wurde somit zu einer Gegenwelt der klassizistischen Kunstauffassung.

Die Diskussion setzte sich fort bei Christoph Martin Wieland, der sich in seinen „Unterredungen mit dem Pfarrer von xxx“ (1775) mit den Vor- und Nachteilen idealisierender und karikierender Personendarstellung befasste. Er unterschied drei Arten von Karikaturen: „wahre, wo der Maler die verunstaltete Natur bloß abbildet, wie er sie findet; übertriebene, wo er aus irgend einer besonderen Absicht die Ungestalt seines Gegenstandes zwar vermehrt, aber doch auf eine der Natur so analoge Art dabei zu Werke geht, daß das Original noch immer kenntlich bleibt; und in bloß phantastische, oder eigentlich sogenannte Grottesken, wo der Maler, unbekümmert um Wahrheit und Ähnlichkeit, sich ... einer wilden Einbildungskraft überläßt und ... bloß Gelächter, Ekel und Erstaunen über die Kühnheit seiner ungeheuren Schöpfung erwecken will.“³³ Es ist un schwer zu erkennen, dass Wieland der zweiten den Vorzug vor den beiden anderen Formen gibt. Wesentlich ist hier die Einengung des Begriffes Karikatur, zu dem etwa die Grotteske nicht mehr gehören soll, sowie das Eintreten Wielands für eine individualisierende statt eine idealisierende Darstellungsweise des Menschen.

Immanuel Kant und Friedrich Wilhelm Basilius von Ramdohr sahen in der Karikatur das extrem Charakteristische, das der Idee der Gattung, der Bedingung des Ideals der Schönheit, durch Vereinzelung widerspreche: „Man wird finden, daß ein vollkommen regelmäßiges Gesicht, welches der Maler ihm zum Modell zu sitzen bitten möchte, gemeiniglich nichts sagt; weil es nichts Charakteristisches enthält, also mehr die Idee der Gattung als das Spezifische einer Person ausdrückt. Das Charakteristische von dieser Art, was übertrieben ist, d.i. welches der Normalidee (der Zweckmäßigkeit der Gattung) selbst Abbruch tut, heißt Karikatur.“³⁴

Mit Goethe und nach ihm Hegel wandelte sich die Theorie der Karikatur als der Übertreibung des Charakteristischen zu einem Problem des Hässlichen: „Man kann mit Verstand und Vorsatz von der Harmonie abweichen, und dann bringt man das Charakteristische hervor; geht man aber weiter, übertreibt man

33 Christoph Martin WIELAND, *Sämmtliche Werke*, Bd. 36: *Vermischte Schriften*, Leipzig 1858, S. 250.

34 Immanuel KANT, *Kritik der Urteilkraft*, hg. v. Karl VORLÄNDER, Leipzig 1948, S. 76 (§ 17). Friedrich Wilhelm Basilius von RAMDOHR, *Charis oder Ueber das Schöne und die Schönheit in den nachbildenden Künsten*, Zweyter Theil, Leipzig 1793, S. 152f.

diese Abweichung, oder wagt man sie ohne richtiges Gefühl und bedächtige Überlegung, so entsteht die Karikatur, die endlich Fratze und völlige Disharmonie wird und wofür sich jeder Künstler sorgfältig hüten sollte“, äußerte Goethe.³⁵ Auch Hegel deutete Karikatur als „Überfluß des Charakteristischen“, doch ging er noch weiter, wenn er das Karikaturmäßige die „Charakteristik des Häßlichen“ nannte und feststellte, „daß mit dem Prinzip des Charakteristischen auch das Häßliche und die Darstellung des Häßlichen als Grundbestimmung angenommen“ seien.³⁶

1792 gab Boyer de Nimes eine Anthologie der die Französische Revolution betreffenden Karikaturen heraus; die französische Version von Francis Groses „Rules for Drawing Caricature“ (1788) erschien 1802. In Jaimes „Musée de la Caricature“ (1834–1838) wurde eine Reihung von Beispielen der Karikatur vom späten Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert versucht. 1865 erschienen sowohl Thomas Wrights „History of Caricature and Grotesque in Literature and Art“, als auch der erste Band von Champfleury's mehrbändigem Werk „L'Histoire de la Caricature“, welches bis zu Daumiers Karikaturen reichen sollte (Paris 1865–1871). Champfleury betrachtete die Karikatur aus der Sicht des Realismus und strebte eine Befreiung von der neoklassischen idealen Formgestaltung an, während Wright die Karikatur als die früheste primitive und hässliche Kunst bezeichnete. Alle diese Werke erschöpften sich allerdings weitgehend in detaillierten Lebensbeschreibungen der jeweiligen Künstler und/oder Bildbeschreibungen.

Baudelaire war der erste, der in seinen „Curiosités esthétiques“ (1855) versuchte, der Karikatur den Ruf einer echten, eigenständigen Kunstgattung zu verschaffen. Zu diesem Zweck musste er zwei bis dahin gültige Voraussetzungen eliminieren: die etablierte Theorie der idealen Schönheit und die Einschränkung der Hässlichkeit auf den Bereich des Komischen. Baudelaire erkannte „einen satanischen und damit urmenschlichen Charakter im Lachen ... [und] faßte die Karikatur und die Komik als vorzügliche Gabe des christlich-abendländischen Menschen gegenüber dem ‚primitiven‘ heidnischen auf“.³⁷ Die Romantiker waren ja tatsächlich die ersten, die Hässlichkeit als Manifestation der diabolischen und rätselhaften Seiten der menschlichen Existenz deuteten. Diese (Hoch)achtung der Hässlichkeit führte zu einem tieferen Verständnis der Karikatur, wengleich sie auch seltsame Blüten trieb: Die Lithographie Langlums „Pégase romantique“ trägt als ironische Bildunter-

35 Johann Wolfgang von GOETHE, *Sämtliche Werke* (Jubiläumsausgabe), Bd. 33: *Schriften zur Kunst*, Stuttgart/Berlin (o.J.), S. 254.

36 Georg Wilhelm Friedrich HEGEL, *Ästhetik*, hg. v. Friedrich BASSENGE, Berlin 1955, S. 64.

37 Bernd BORNEMANN, *Theorie der Karikatur*, in: Felix Andreas BAUMANN (Red.), *Karikaturen – Karikaturen?*: 16. Sept. – 19. November 1972, Ausstellungskatalog Kunsthaus Zürich, Bern u. a. 1972, S. 7.

schrift die Zeile: „Nichts als Häßlichkeit ist schön; nur das Häßliche ist liebenswert.“

Mit seiner „Ästhetik des Häßlichen“ (1853) beabsichtigte Karl Rosenkranz „nunmehr auch die Schattenseite der Lichtgestalt des Schönen“ zu beleuchten. Er beschrieb Karikaturen als die „intensivsten Formationen in der unendlichen Mannigfaltigkeit der Desorganisation des Schönen“, als die „Spitze in der Gestaltung des Häßlichen“. Sie sei einerseits Übertreibung des Charakteristisch-Schönen, andererseits Übertreibung aller einfachen Formen von Hässlichkeit. Aber, so Rosenkranz, „die Übertreibung als Vergrößerung und Verstärkung, als Verkleinerung und Verschwächung überhaupt, ist ... noch keine Carikatur. ... Zum Begriff der Übertreibung muß also, den der Caricatur zu begründen, noch ein anderer hinzukommen, nämlich des Mißverhältnisses zwischen einem Moment einer Gestalt und ihrer Totalität, also die Aufhebung der Einheit, welche nach dem Begriff der Gestalt da sein sollte.“³⁸ Immerhin, Rosenkranz wies der Karikatur einen Platz unter den Künsten zu.

Max Schasler, der in seiner „Kritischen Geschichte der Aesthetik“ (1872) die Karikatur nicht wie Hegel als „Charakteristik des Häßlichen“, sondern als „Verhäßlichung des Charakteristischen“ kennzeichnete, stellte fest, dass der „Begriff des Häßlichen in der Kunst mit einem Worte in dem des Charakteristischen aufgegangen [ist]. Denn selbst die Karikatur, die man etwa als die Potenzierung des im Charakteristischen liegenden negativen Moments (des Häßlichen) bezeichnen kann, ist vom künstlerischen Gesichtspunkt aus nicht mehr häßlich, sondern komisch, also schön.“³⁹

Schasler setzte also die Karikatur mit dem Komischen gleich. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde schließlich bei Fischer, Hecker, Lipps und Freud mit Blick auf den Witz die psychologische, aber auch die kulturgeschichtliche und zum Teil sozialpsychologisch verfahrenende Deutung von Karikaturen dominant.⁴⁰

Soviel Hin und Her, solche begrifflichen Unklarheiten ließen Friedrich Theodor Vischer 1881 eine neue, umfassende Darstellung der Geschichte der Karikatur fordern. Er hielt dies allerdings mit Recht für keine leichte Aufgabe:

38 Karl ROSENKRANZ, *Aesthetik des Hässlichen*, Königsberg 1853 (ND 1968), Bd. IV, 4, S. 387f.

39 Max SCHASLER, *Kritische Geschichte der Aesthetik. Grundlegung für die Aesthetik als Philosophie des Schönen und der Kunst. Zweite Abtheilung. Von Fichte bis auf die Gegenwart*, Bd. 2, Berlin 1872, S. 34.

40 Kuno FISCHER, *Über die Entstehung und die Entwicklungsformen des Witzes*. Zwei Vorträge, gehalten in der Rose zu Jena im Februar 1871, Heidelberg 1871; Ewald HECKER, *Die Physiologie und Psychologie des Lachens und des Komischen. Ein Beitrag zur experimentellen Psychologie für Naturforscher, Philosophen und gebildete Laien*, Berlin 1873; Theodor LIPPS, *Komik und Humor. Eine psychologisch-ästhetische Untersuchung*, Hamburg u. a. 1898; Sigmund FREUD, *Der Witz und seine Beziehung zum Unbewussten* (1905), in: DERS., *Studienausgabe*, hg. v. Alexander MITSCHERLICH u. a., Bd. 4, Frankfurt/M. 1970, S. 9–219.

„Sie erforderte eine Vereinigung von Eigenschaften, welche fast die Grenze menschlicher Kraft übersteigt. Gefordert wäre gründliche Vertrautheit mit der Kunstgeschichte und schon nach dieser Seite natürlich noch etwas anderes, als bloßes Wissen: Kunstsinn, kunstgebildetes Auge, Formengefühl. Aber das wäre eben nur die eine Seite. Die Karikatur steht in spezifisch engem Verhältnis zur Kulturgeschichte im weitesten Sinn, politische und soziale Geschichte, Geschichte der Sitte, der Wissenschaft, Dichtung, Religion miteingebegriffen. Beides, Kunst und Leben müßte der Starke, der diese Arbeit wagen wollte, so tief verstehen, dass er ebenso fähig wäre, eine Geschichte des Ideals – des ästhetischen wie des sittlich religiösen – zu schreiben, denn das Komische ist das umgekehrte Ideal ..., und um die Verkehrung zu verstehen, muß man verstehen, was in ihr verkehrt ist.“⁴¹

Sich auf Vischer berufend unternahm schließlich Eduard Fuchs 1901 den Versuch, die Entwicklung der Karikatur innerhalb der Kunstgeschichte vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen und historischen Verhältnisse zu beschreiben.⁴² Fuchs hatte sich allerdings zur Aufgabe gemacht, die gesamte Karikaturgeschichte darstellen zu wollen. Bei dieser breiten Anlage mussten seine historischen Exkurse zwangsläufig eher stichwortartig bleiben. Dennoch ist seine Arbeit als herausragend zu kennzeichnen, nicht zuletzt weil er die Karikatur als bewusste künstlerische Formsetzung würdigte und sie eindeutig dem Bereich der Künste zuwies. Fuchs sah sogar die gesamte Kunst seiner Zeit unter dem Einfluss der Karikatur, und insofern diente ihm die Karikatur als Folie zur Erforschung der Gegenwartskunst. Seine Pionierleistung hat zwar bis heute keine würdige Nachfolge gefunden, brachte die Forschung aber auf einen neuen Weg. Ernst Kris und Ernst Gombrich, um nur zwei Namen zu nennen, erkannten, dass es nicht ausreichte, die Karikatur allein nach ästhetischen oder allein nach inhaltlichen Kategorien zu definieren. Um die Vielschichtigkeit der Karikatur zumindest ansatzweise zu erfassen, müssten vielmehr die zeitgenössische Geschichte, Soziologie, Psychologie und Literatur mit untersucht werden.

Seither hat sich vor allem Werner Hofmann als kunsthistorischer Spezialist in der Karikaturforschung einen Namen gemacht. Seine Hauptarbeiten entstanden in der Mitte der fünfziger Jahre, was ihrer Relevanz und Gültigkeit jedoch keinen Abbruch tut.

Danach setzte – mit Ausnahme einiger Aufsätze zu Einzelproblemen in Fachzeitschriften und Dissertationen zu speziellen Problemen – für lange Zeit wieder das große Schweigen ein.

41 Friedrich Theodor VISCHER, *Ueber neuere deutsche Karikatur. Die Fliegenden Blätter*, in: DERS., *Altes und Neues*. Erstes Heft, Stuttgart 1881, S. 150f.

42 Eduard FUCHS, *Die Karikatur der europäischen Völker vom Altertum bis zur Neuzeit*, 2 Bde., 4. Aufl., Berlin 1921.

Erst 1972 reizte es Bernd Bornemann, sich im Rahmen einer Karikaturen-Ausstellung des Kunsthhauses in Zürich recht ausführlich mit der Theorie der Karikatur auseinanderzusetzen.⁴³ Auch in Michel Melots 1975 erschienenem Werk über „Die Karikatur – Das Komische in der Kunst“ sind mancherlei Anregungen zu finden. Obwohl sich Georg Piltz vom Titel her in seiner „Geschichte der europäischen Karikatur“⁴⁴ (1976) Eduard Fuchs anzuschließen schien, beschränkte er sich tatsächlich auf die „Schlagkraft“ der „proletarisch-revolutionären Karikatur“, und lieferte damit auch nur wieder einen kleinen, zudem noch stark ideologisch eingefärbten Ausschnitt der europäischen Karikaturgeschichte.

IV.

Das Problem mag deutlich geworden sein: Wer auch immer sich anfangs mit der Karikatur auseinandergesetzt hat, betrachtete sie allein von der Form her, also von außen. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung fand die Karikatur ihre Würdigung allein als ein ästhetisches Phänomen. Als „Gegenwurf des Ideal-Schönen“⁴⁵ musste die Karikatur in einer idealistisch-klassischen Kunstauffassung wie der des 16. bis 19. Jahrhunderts mit ihrer Unterscheidung von „hoher“ und „niederer“ Kunst geradezu zwangsläufig bei der letzteren angesiedelt werden.

Gewiss, die Karikatur hat eine schwierige Stellung: Sie braucht die Hochkunst mit ihrer Schönheitsnorm, um wirksam werden zu können, um als Karikatur überhaupt empfunden zu werden, denn sie „verknüpft ... sich unlöslich mit dem Vorbild, das sie entthront“⁴⁶ und verdammt sich so gleichzeitig in eine Gegen-Existenz. Denn „während die Welt lachte und weinte, amüsierte sich der Maler, mit colossalem Können Alles zu thun, um nicht als Kind seiner Zeit zu erscheinen. Keiner sah die Feinheit und Grazie, Corruption und Ausgelassenheit des modernen großstädtischen Lebens.“⁴⁷ Ganz demgemäß hatte Max Klinger noch am Ende des 19. Jahrhunderts die Aufgabe der Malerei definiert: „Sie hat die farbige Körperwelt in harmonischer Weise zum Ausdruck zu bringen, selbst der Ausdruck der Heftigkeit und Leidenschaft hat sich dieser Harmonie unterzuordnen.“⁴⁸

Hier präsentiert sich genau jene Darstellungslücke, in die die Karikatur vorgestoßen war, während die ‚Hochkünstler‘ im ‚Olymp lebten‘ und sich ‚nicht

43 Vgl. Anm. 37.

44 Vgl. Anm. 7.

45 HOFMANN, *Karikatur* (wie Anm. 3), S. 15.

46 EBD. S. 12.

47 MÜTHER, *Geschichte der Malerei* (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 19.

48 Zit. nach HOFMANN, *Karikatur* (wie Anm. 3), S. 9.

in die Bagatellen des Lebens⁴⁹ einmischten, sich mehr und mehr vom wirklichen Leben entfernten und im „Kolorit alter Meister nach historischen Anekdoten leblose Puppen in schönkomponierten Gruppen dar[stellen]“.⁵⁰ Bornemann hat die Karikatur deshalb eine „Rand-Kunst“ genannt, weil sie sich eben der Themen annahm, die die offizielle ‚Hochkunst‘ verschmähte. Gerade damit konnte die Karikatur aber „ihre realistische Kraft, ihre größere Lebensnähe gegenüber einer idealisierenden Kunst und eine zukunftsweisende Modernität“⁵¹ unter Beweis stellen.

Die Erkenntnis, dass der Inhalt einer Karikatur mindestens ebenso wesentlich ist wie ihre äußere Form, setzte sich hingegen erst relativ spät durch. War man bislang einseitig daran gegangen, die Karikatur unter ästhetischen Gesichtspunkten zu beurteilen und einzuordnen, fiel man nun allzu leicht ins andere Extrem und betrachtete sie nur noch von innen her, um sie damit ohne Schwierigkeiten allein der Publizistik zuordnen zu können.

Mit großer Befriedigung stellte beispielsweise Hans-Hermann Schwalbe in seiner publizistischen Dissertation über die „Grundlagen für die publizistische Bedeutung der Karikatur in Deutschland“ von 1937 fest, dass die Karikatur ein „Stiefkind der Kunstgeschichte“ sei: „Und das mit einem gewissen Recht. Denn nur äußerlich, mit ihren Ausdrucksmitteln, steht die Karikatur auf dem Boden der Kunst. Ihrem Inhalt nach gehört sie sehr viel mehr zum schnellen Kampf des Tages, der ganz allein nur auf die Stunde und den Augenblick, nie auf die Ewigkeit berechnet ist.“ Es wäre deshalb, so Schwalbe, „ein direkter Widersinn, von der Karikatur als einem ‚Kunstwerk‘ sprechen zu wollen“. Er sah die künstlerische Fähigkeit nur in den publizistischen Dienst gestellt, die Kunst nur als Mittel, als „würzende Beigabe“ zum publizistischen Ziel.⁵²

Die kunsthistorische Dissertation von Angelika Plum aus dem Jahr 1998 trägt zwar den Titel „Die Karikatur im Spannungsfeld von Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Eine ikonologische Untersuchung zu Feindbildern in Karikaturen“, bleibt aber in ihrem Anliegen unscharf.⁵³ Im Zusammenhang ihres Plädoyers gegen die Trennung von „hoher“ und „niedriger“ Kunst findet sich jedoch eine klare Zuordnung der Karikatur zur Kunst: „Da die Karikatur auf der gleichen künstlerischen Anschauung beruht, wie jedes andere Kunst-

49 MUTHER, *Geschichte der Malerei* (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 44.

50 Hugo von Hofmannsthal (1893), zit. nach Werner HOFMANN, *Grundlagen der modernen Kunst. Eine Einführung in ihre symbolischen Formen*, Stuttgart 1978, S. 253.

51 BORNEMANN, *Theorie* (wie Anm. 37), S. 6.

52 Hans-Hermann SCHWALBE, *Die Grundlagen für die publizistische Bedeutung der Karikatur in Deutschland*, (Diss.) Berlin 1937, S. 23ff.

53 PLUM, *Karikatur* (wie Anm. 13).

werk auch, ... ist sie gleichberechtigt an die Seite anderer Kunstgattungen zu stellen.“⁵⁴

Eine aktuelle wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Karikatur lässt das Pendel wieder zurückschwenken auf die journalistische Darstellungsform. Thomas Knieper hat sich in seiner Münchener sozialwissenschaftlichen Habilitationsschrift zum Ziel gesetzt, „unter Einbeziehung der erhobenen berufskundlichen Daten [von aktuell tätigen Karikaturisten, d.V.] ein Modell der politischen Karikatur“ zu entwickeln, eine „gleichsam theoretisch fundierte und für die Praxis taugliche (Neu-)Definition von ‚politischer Karikatur‘.“⁵⁵ Was dann allerdings nach gut 250 Seiten angeboten wird, ist weder neu noch wirklich weiterführend, zumal wenn man den von Knieper betriebenen Aufwand berücksichtigt.⁵⁶

Nach Jahren der Forschung mit aufgesetzten Scheuklappen müsste sich zumindest ein Ergebnis benennen lassen: die Karikatur entzieht sich einer eindeutigen Zuordnung, ja sie ist, was eine eindeutige wissenschaftliche Zuständigkeit angeht, „no-man's land“.⁵⁷ Wer eine Karikatur beurteilen will, muss die Grenzen des eigenen Faches überschreiten: künstlerische, psychologische, didaktische, publizistische, historische und politische Komponenten sind zu berücksichtigen. Eine mehr – aber eben nicht nur – ikonographisch-soziologische statt einer formal-stilkritisch-klassischen Kunstgeschichte könnte dabei ebenso weiterhelfen wie eine interdisziplinär angelegte Kulturhistorik.

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung machte bereits 1979 die Universität Hamburg mit einem Symposium aus Anlass des 50. Todestages von Aby Warburg. Unter dem etwas merkwürdig anmutenden, auf eine Maxime Warburgs zurückgehenden Titel „Nervöse Auffangsorgane des inneren und äußeren Lebens“⁵⁸ wurden von Kunst- und Literaturhistorikern, Philosophen und Erziehungswissenschaftlern Probleme der Karikaturforschung gemeinsam erörtert. Wie die Herausgeber im Vorwort der als Buch erschienenen Beiträge des Symposiums schreiben, war diese Vertretung unterschiedlichster Wissenschaftszweige „kein Zufallsrendezvous, sondern Konsequenz einer Fragestellung, Indikator der Methode“. Denn auf die Frage, welche Information die

54 EBD. S. 60.

55 Thomas KNEIPER, *Die politische Karikatur. Eine journalistische Darstellungsform und deren Produzenten*, Köln 2002, S. 14 bzw. S. 26.

56 EBD. S. 252.

57 William A. COUPE, *Observations on a Theory of Political Caricature*, in: „Comparative Studies in Society and History“ 11 (1969), S. 79.

58 Warburg interessierten die wirkungsgeschichtlichen Brechungen im Alltag, die Funktionen des Bildes als ‚Gerät‘ in seiner praktischen Anwendung, weil sie nervöse Auffangsorgane des zeitgenössischen inneren und äußeren Lebens seien. Vgl. Klaus HERDING/Gunter OTTO (Hg.), *„Nervöse Auffangsorgane des inneren und äußeren Lebens“*. *Karikaturen*, Gießen 1980, Vorwort, S. 8.

Karikatur vermittelt, „finde ich eine Antwort nur, wenn ich *mehr* als die Karikatur allein untersuche. Wer der Adressat der Karikatur ist und welcher Sprachmittel und Kunstgriffe sie sich für wen bedient, ist nur aufklärbar, wenn in diesem Zusammenhang auch thematisiert wird, was *anderen* Adressaten mit Hilfe *anderer* Medien als Information in eben *derselben* historischen Situation angeboten wird. Die Untersuchung von Karikaturen ... erweitert unsere Erkenntnismöglichkeiten über die Intention und den sozialen Zusammenhang, in dem die Information mit visuellen Mitteln transportiert wird und wirksam werden soll“.⁵⁹

Wenn seitdem auch schon wieder viele Jahre verstrichen sind⁶⁰, bleibt die Forderung nach interdisziplinärer Forschung aktuell, denn ohne die Zusammenarbeit aller in Frage kommenden Fachrichtungen wird das Ergebnis karikaturgeschichtlicher Untersuchungen immer unbefriedigend und einseitig bleiben. Eine von allen nur denkbaren Disziplinen gemeinsam ausgerüstete Expedition in dieses nach wie vor weitgehend unbekanntes „no-man’s land“ ist jedenfalls sinnvoller, als auf jenen Übermensch, wie ihn sich Friedrich Theodor Vischer 1881 noch vorstellen konnte, zu warten!

V.

Dass die Karikatur durch ihre formalen Mittel (Abstraktion, Stilisierung, Verkürzung, Verzerrung) zum Wegbereiter der modernen Kunst geworden ist, wird heute wohl von niemandem mehr bestritten. Die These von Eduard Fuchs, wonach die gesamte Kunst seiner Zeit unter dem Einfluss der Karikatur gestanden habe, wird hingegen nicht mehr uneingeschränkt geteilt.

Die Aufwertung der Karikatur am Ende des 19. Jahrhunderts lag ja nicht etwa an einer entschlosseneren, intensiveren Behandlung durch die Kunstgeschichte, sondern an der Tendenz der bildenden Kunst selbst. Mit ihrem Abkürzungs-, Stilisierungs- und Verzerrungsverfahren wurde die Karikatur zu ei-

⁵⁹ EBD. S. 7, 10f.

⁶⁰ Weder das von LANGEMEYER herausgegebene Katalogbuch (wie Anm. 21), noch der von Siegfried KESSEMEIER (Hg.), *Ereignis-Karikaturen: Geschichte in Spottbildern 1600–1930*, Münster 1983, publizierte Katalog der Münsterschen Ausstellung haben die Forschung in der wünschenswerten Weise wirklich vorangebracht. Selbst die einen interdisziplinären Ansatz verfolgende Dissertation von Christoph ACHTERBERG (*Karikatur als Quelle. Determinanten sozialwissenschaftlicher Interpretation*, Frankfurt/M. 1998) führt nur zu arg banalen Ergebnissen. Noch 2006 bemerkte Gerhard PAUL in der Einführung zu dem von ihm herausgegebenen Studienbuch (*Visual History. Ein Studienbuch*, Göttingen 2006, S. 25): „Auch historische Karikaturen ... genießen längst nicht die Anerkennung, die ihnen als historischer Quelle zusteht.“ Verwiesen sei allerdings auf ein Symposium im Wilhelm-Busch-Museum (Hannover) des Jahres 1991, auf dem sich Sozialpsychologen, Rechtshistoriker, Kunsthistoriker und Karikaturisten mit dem Phänomen Karikatur beschäftigten.

nem „Promotor neuer Formensprache“, nachdem man sich um die Jahrhundertwende der „elementaren, expressiven Elemente in der Kunst der Naturvölker, der Volkskunst und der Kinderzeichnung“⁶¹ bewusst geworden war. Es lässt sich zumindest ein Einfluss auf Expressionismus und Surrealismus feststellen. Daumiers Ausdrucksmittel zum Beispiel können als vorbildhaft für den Expressionismus angesehen werden. Allerdings muss umgehend festgehalten werden, dass Übersteigerung und Verzerrung in der Karikatur allein vom Inhalt derselben verlangt werden, während sie sich beim Expressionismus aus einem bestimmten stilistischen Gestaltungswillen erklären.

Das Zusammenstellen von Dingen oder Teilen, die eigentlich gar nicht zusammengehören – ein beliebtes Verfahren in der Karikatur – wurde zum wesentlichen Prinzip des Surrealismus und lässt sich mannigfach nachweisen (Dali, Magritte etc.).

Heute ist das in der klassisch-idealistischen Auffassung von Kunst Unästhetische längst akzeptiert, ja sogar ästhetisiert, „die Karikatur hat damit ihre Rolle als Antipode des Schönen eingebüßt, zumal die moderne Kunst ihr das Privileg der ‚Häßlichkeit‘ abgenommen hat“.⁶² Häßlichkeit ist in unserer Welt keine Waffe mehr. Die moderne Kunst hat in ihrer Ablehnung jeder Norm aus den Erfahrungen der Karikatur viel gelernt. Da aber die Karikatur ihre Kraft nicht zuletzt aus der „Vergewaltigung der Norm“ bezieht, hat sie für eine Kunstauffassung, der eine an gewisse Regeln gebundene Darstellungsweise zunehmend fremd geworden ist, „jede Macht verloren“.⁶³ Melot hat sich schon gefragt, ob die Karikatur deshalb vielleicht zwangsläufig zu einer Art archaisierenden Kunstgattung mutiere, da sie auf die Lesbarkeit durch das Publikum Rücksicht nehmen müsse.⁶⁴

Eine große Chance für die Karikatur liegt in unseren Tagen wohl in der Tatsache begründet, dass die moderne Kunstentwicklung „nicht mehr das Bild-

61 BORNEMANN, *Theorie* (wie Anm. 37), S. 6.

62 EBD.

63 MELOT, *Die Karikatur* (wie Anm. 11), S. 38. Die Karikatur hat sich in unseren Tagen von einer Methode der Beanstandung zu einer Form der Bestätigung gewandelt. Auch wenn sie den Betroffenen nicht streichle oder ihm schmeichle, ihn vielmehr kratze und Wunden schlage, die Laufbahn eines Politikers beginne eigentlich erst, wie Bundesminister a.D. Hermann Höcherl als Betroffener einmal bemerkte, wenn er zu den „Gezeichneten“ gehöre, wenn er von den Karikaturisten beobachtet und „entdeckt“, d.h. karikaturwürdig werde. Es gebe keinen „Hinterbänkler“, der karikiert werde. Oder, um auch die Gegenseite mit Gustav Peichl zu Wort kommen zu lassen: „Es ist schlimm für einen Politiker, karikiert zu werden, noch schlimmer aber ist es für ihn, nicht karikiert zu werden.“ Zit. nach Walter KEIM, „Michels Schatten“. *Zum Bild der Deutschen in der ausländischen Karikatur*, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), *Deutschlandbilder. Das Vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands*, 2. Aufl., Bielefeld 2003, S. 12.

64 MELOT, *Die Karikatur* (wie Anm. 11), S. 162.

bedürfnis breitester Schichten“⁶⁵ befriedigt, die Masse der Betrachter gleichsam zu Unmündigen erklärt ob der Unzugänglichkeit des Inhalts (oder auch Nichtinhalts) der Kunstwerke. Nun, so hat Robert Gernhardt das Problem einmal boshaft umschrieben, „da in einer Leistungsschau der modernen Kunst wie der Kasseler ‚documenta‘ so gut wie überhaupt keine Tafelbilder mehr zu sehen sind, weder gegenständliche noch abstrakte, nun, da Rauminstallationen, Multimedia-Mixturen und Absichtserklärungen à la Duchamp das Feld total beherrschen – ‚In meiner Eigenschaft als Künstler erkläre ich dich, o Pissoir, hiermit zum Kunstwerk‘ –, nun, so will mir scheinen, hat das zeichnerische und malerische Verzauberungs- und Verführungspotential, das Hochkünstler im Laufe der Jahrtausende entwickelt haben, bei Cartoonisten ... Zuflucht gesucht, um dort so lange zu überwintern, bis den Hochkünsten wieder ein Malereifrübling blüht.“⁶⁶ Die Karikatur könnte deshalb in Zeiten sich einander jagender avantgardistischer Überwindungen tatsächlich zu einer „Zufluchtsstätte des Konkreten“ werden und gleichsam dem Historien- und Genrebild, aber auch dem Porträt im Gewand der politischen Karikatur ein Überleben sichern.⁶⁷ Damit würde die Karikatur ihre realistische Kraft, ihre größere Lebensnähe, ihre zukunftsweisende Modernität, wie schon einmal gegenüber der idealisierenden Kunst, erneut unter Beweis stellen.

65 HOFMANN, *Karikatur* (wie Anm. 3), S. 957.

66 GERNHARDT, *Vom Schönen* (wie Anm. 19), S. 620.

67 Vgl. dazu die zugespitzte Formulierung des Karikaturisten Hans Pfanmüller: „Das karikaturistische Ideal ist also – mit den Worten Max Liebermanns –, daß man einen Menschen ähnlicher zeichnet, als er sich selbst ist.“ Hans PFANNMÜLLER, *Etwas übers Karikieren*, in: Hildebert KIRCHNER/Hans PFANNMÜLLER, *Gedanken zum Thema Karikaturen*. Zwei Vorträge. Karlsruhe 1984, S. 19. Karikaturen sind, so der Karikaturist Jupp Wolter, „neben der Fotografie und der Sonntagsmalerei spätberufener Großmütter heute die einzige Kunst, die noch allgemeinverständlich darstellen kann, was sie meint“. Zit. nach KEIM, „Michels Schatten“ (wie Anm. 63), S. 17.

Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus*

Von Winfried Becker

Die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) bildeten einen Zusammenschluss von Parteien, Gruppen oder Persönlichkeiten verschiedener europäischer Länder; sie existierten seit 1947 und gingen 1965 in der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) auf.¹ Von vornherein waren sie nicht allein pragmatisch, d.h. auf Ziele ihrer Nation und ihres Staates ausgerichtet. Sie wollten zwar auf Landesebene Erfolg haben, visierten aber darüber hinaus übernationale ideelle und reale Solidaritäten und Gemeinsamkeiten an. Das war ein neues Phänomen in der Politik und im Selbstverständnis der Parteien überhaupt, die ihre Existenz sonst in ihrer auf das 19. Jahrhundert zurückgehenden Entstehungsgeschichte primär der Reaktion auf landesspezifische Probleme verdankt hatten. Die NEI bildeten dagegen vor allem in ihrer Frühzeit ein internationales Diskussionsforum inmitten des großen Umbruchs, den Europa gerade erlebte und aus dem es, neue Stabilisierung suchend, herausgelangen wollte. Die neue christlich-demokratisch orientierte Personen- und Par-

* Deutsche, verbesserte und ergänzte Fassung des am 15. Dezember 2006 auf der Tagung der Fondazione Les Équipes Internationales: „Les Nouvelles Équipes Internationales“ in Rom gehaltenen Vortrages. Eine englische Fassung erschien in den Akten des Kongresses: Jean-Dominique DURAND (Hg.), *Le ‚Nouvelles Équipes Internationales‘. Un movimento cristiano per una nuova Europa*, Soveria Mannelli 2007, S. 277–305; deren deutsche Version: *Die Nouvelles Equipes Internationales. Internationaler Föderalismus*, in: Prague Papers on the History of International Relations 2007, S. 369–392.

1 Stefan DELUREANU, *Les Nouvelles Equipes Internationales. Per una rifondazione dell' Europa (1947–1965)*, Domagnano/San Marino 2006; Philippe CHENAUX, *Les Nouvelles Equipes Internationales*, in: Sergio PISTONE (Hg.), *I movimenti per l'unità europea dal 1945 al 1954. Atti del Convegno internazionale Pavia 19-20-21 ottobre 1989*, Milano 1992, S. 237–252; Jean-Dominique DURAND, *L'Europe de la démocratie chrétienne*, Brüssel 1995; vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen – Programmatik – Perspektiven*, Freiburg i. Br. 2004; Thomas KSELMAN/Joseph A. BUTTIGIEG (Hg.), *European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives*, Notre Dame, In. 2003; Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Köln 2001; Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union [1945/1955]. Proceedings of the Leuven Colloquium 15–18 November 1995*, Leuven 1997; David HANLEY (Hg.), *Christian Democracy in Europe. A Comparative Perspective*, London 1994 (1996); Winfried BECKER/Rudolf MORSEY (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 1988; Hugues PORTELLI/Thomas JANSEN (Dir.), *La Démocratie chrétienne. Force internationale*, Nanterre 1986; Hans-Joachim VEEN (Hg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bde. 1–2, Paderborn 1983; Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne. XIX^e–XX^e siècles*, Paris 1980; Ronald E.M. IRVING, *The Christian Democratic Parties of Western Europe*, London 1979; Michael P. FOGARTY, *Christian Democracy in Western Europe 1820–1953*, London 1957.

teingruppierung verstand sich zunächst einmal als ein Sammelbecken, das Menschen gleicher Gesinnung vereinen, in ihrer Einstellung festigen und möglichst auf die Verfolgung gemeinsamer ideeller und politischer Linien verpflichten wollte. Die Teilnehmer aus verschiedenen Herkunftsländern wollten in der Politik eine neue, gemeinsam getragene Idee verwirklichen: *E pluribus unum*.

Der Föderalismus lag damit an den Wurzeln der NEI. Der Begriff ist an sich vielschichtig.² Er soll hier zunächst aufgegriffen werden, wo er in den Verlautbarungen der NEI Verwendung fand, zugleich aber in größere begriffliche Zusammenhänge eingeordnet werden. Blickt man auf die Diskussionen der NEI, so lässt sich der Begriff des Föderalismus erstens mit den damals kursierenden Vorstellungen von europäischer Kultur und Zivilisation in Verbindung bringen. Zweitens bezog sich der Begriff direkt auf die Planungen und Vorschläge, in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den Versuchungen einer kaum verflossenen totalitären Vergangenheit eine Einheit Europas auf christlich-kultureller Grundlage zu finden. Drittens waren die NEI selbst das Ergebnis eines praktizierten Föderalismus; das bedeutet, das Phänomen des Föderalismus ist auch auf der Ebene der Struktur und Organisation der NEI anzutreffen.

I. Föderalismus – Kultur – Zivilisation

Der Dichter und Dramatiker Thomas Stearns Eliot stellte den NEI 1951 die Aufgabe, sich langfristig für ein noch entfernt liegendes Ziel einzusetzen, statt, wie handelnde Politiker, sich nur den unmittelbar bevorstehenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu widmen. Dabei ging es ihm nicht um die neue Erfindung von Werten, sondern vielmehr darum, sich die tragenden eigenen Lebensgrundlagen zu vergegenwärtigen, sich wieder bewusst zu machen, näherhin, sich Rechenschaft zu geben über die gemeinsame Kultur und ihre Grundlagen, gleichsam den Boden zu kultivieren, aus dem die politischen Ideen der Zukunft würden wachsen müssen: „How to conserve and nourish the spiritual life of Europe, how to cultivate in each region and amongst those of each race and language, the sense and the vocation to each other. So that the glory of each people should be measured, not in material power and wealth, but by its contribution to the spiritual well-being of all the others.“³

2 Heinrich OBERREUTER, *Föderalismus*, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), *Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bd. 2, 7. Aufl., Freiburg 1986, Sp. 632–638; Ernst DEUERLEIN, *Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips*, München 1972.

3 T.S. Eliot an A.E. De Schryver, 11.9.1951. Grußbotschaft an den NEI-Kongress, Bad Ems 14.–16.9.1951, in: Michael GEHLER/Wolfram KAISER (Hg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965*, München 2004, S. 289. Thomas Stearns Eliot (1888–1965), aus St. Louis/USA, anglo-amerikanischer

Auf dem NEI-Kongress von 1950 in Sorrent hat der Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Felix Hurdes⁴, den Gedanken tiefer ausgeführt, dass eine wirkliche Kultur nur entstehen könne aus der „freien Entfaltung der eigenen Nation“, allerdings als eines „Gliedes der europäischen, christlich geprägten Gemeinschaft“. Wenn die eigene Nation den Schutz der Selbstentfaltung in Anspruch nehme, gestehe sie der Schwesternation gern das Gleiche zu. Vor allem die „Kinder einer und derselben Geistesfamilie“ würden sich so gegenseitige Wertschätzung gewähren, sich in ihren Verschiedenheiten ergänzen und voneinander lernen. „Wir wissen, dass erst im organischen geistigen Zusammenklang der europäischen Nationen die Schönheit und Größe der ganzen Familie sich entfaltet.“⁵

Mit diesen Gedanken vertrug sich sehr wohl das Bekenntnis zur „abendländischen Universalität“, das Kai-Uwe von Hassel, der spätere deutsche Verteidigungsminister, für die Rede Heinrich von Brentanos (1955–1961 deutscher Außenminister) auf der NEI-Tagung in Bad Ems 1951 formulierte.⁶ Hassel, Brentano, der Schweizer Bundesrat Karl Wick und der NEI-Vizepräsident (1947–1949) Désiré Lamalle (PSC), sahen in den früheren Bestrebungen nach Hegemonie und „zentraler Beherrschung“, die z. B. von König Ludwig XIV. und Otto von Bismarck ausgegangen seien, negative Vorbilder für eine europäische Einigung; diese müsse vielmehr heute auf der Ebene der Gleichberechtigung erstrebt werden.⁷ 1948 forderte der Politische Ausschuss des NEI-Kongresses in Den Haag von den europäischen Staaten, in ihren gegenwärtigen Beziehungen den Nationalismus zu überwinden und eine „Föderation oder Konföderation“ zu bilden. Die Gleichheit unter den europäischen

Dichter, Literaturkritiker und Herausgeber anglikanischer Konfession (seit 1927), auf der Suche nach einer christlichen Lösung des Problems der menschlichen Existenz; am bekanntesten sind seine Dichtungen „The Waste Land“ (1922), „Four Quartets“ (1943).

- 4 Felix Hurdes (1901–1974), Jurist, 1936–1938 Landesrat von Kärnten, 1938/39 und 1944/45 KZ-Haft in Dachau und Mauthausen, 1945 Mitgründer und 1945–1951 Generalsekretär der ÖVP, 1945–1966 Abgeordneter im Nationalrat, 1945–1952 Bundesminister für Unterricht, 1953–1959 Präsident des Nationalrats.
- 5 Ansprache von Hurdes, Sorrent 12.–14.4.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 228f.
- 6 *Die Integration Europas*. Entwurf für einen Vortrag von Heinrich von Brentano, September 1951, EBD. S. 284–288. Vgl. für die Biographien der deutschen Teilnehmer: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.
- 7 Karl WICK, *Die deutsche Frage*. Exposé für den NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 108; Désiré LAMALLE, *Der wirtschaftliche Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 112–116. Dr. Karl Wick (1891–1969), seit 1917 Journalist, 1954 Chefredakteur des katholisch-konservativen „Vaterland“, 1927–1931 und 1935–1951 Mitglied des Großen Rats von Luzern, 1934–1950 Präsident der christlichsozialen Partei des Kantons Luzern, 1931–1963 Mitglied des Schweizer Nationalrats. Josef WIDMER, *Historisches Lexikon der Schweiz*, Bern 1998–2006, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D6755.php>.

Nationen, insbesondere die „fundamentale Sicherheit“ der kleineren Nationen, sollte etwa durch die Einführung eines Zweikammersystems gewährleistet werden.⁸ Diese Bekundungen trugen keineswegs nur deklamatorischen Charakter. Obwohl der Belgier Lamalle fürchtete, Deutschland könne die ihm zu gewährenden wirtschaftlichen Vorteile missbrauchen, wollte er dieses Risiko doch eingehen, um eine „*fédération de l'Occident*“ zu schaffen, die nun, nach dem Zweiten Weltkrieg, den natürlichen Interessen ihrer Teilnehmer und auch Deutschlands entspreche.⁹

Aber genügten die natürlichen Interessen, um jene Einheit zu stiften, die eine föderale Vielfalt zusammenhalten sollte? Die Frage nach dem inneren Zusammenhalt Europas, nach einer gemeinsamen „Eigenart der europäischen Kultur“, die die „*balkanisation égoïste*“ überwinden sollte¹⁰, bewegte die Redner auf den NEI-Kongressen. Der Hinweis auf die Entwicklungen der modernen Technik und Wirtschaft, als einer Grundlage für Gemeinsamkeit, genügte z.B. Felix Hurdus nicht. Der Rückgriff auf historische Muster und Exempel lag hier nahe. So beschwor der Schweizer Wick ein „gemeineuropäisches Bewusstsein“, das Karl der Große grundgelegt habe, die karolingische Kultur; erst nach deren Untergang habe sich ein Bewusstsein der „*völkischen Verschiedenheiten*“ entwickelt.¹¹ Die geographische Grundlage dieser früheren gemeinsamen Kultur lag für Wick in dem Gebiet zwischen Loire und Rhein. Aus den kulturell-geschichtlichen Begegnungen dieses großen Kontaktraumes hätte sich eigentlich eher eine Erbfreundschaft als die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland ergeben müssen. Doch war die kulturelle Einheit Europas, wie Eliot argumentierte, weder durch die Rückkehr zu einer vor dem Entstehen der Nationen liegenden „*phase of society*“ noch durch die Restauration des Heiligen Römischen Reiches zu gewinnen und ließ sich eine neue Einheit auch nicht durch den vollständigen Bruch mit der Vergangenheit und Gegenwart herbeiführen.¹² Ein wie immer geartetes historisches Bewusstsein war demnach für den europäischen Föderalismus unentbehrlich. Allerdings konnte nach Eliot auch nicht die einfache Übernahme vergangener staatlicher Konstruktionen weiterhelfen.

Eine Fundierung von Gemeinsamkeit ließ sich aus den jüngsten Umbrüchen der Zeitgeschichte gewinnen. Im Einklang mit vielen anderen Zeitbeobachtern erkannte der Vertreter der 1945 unter neuem Namen antretenden Rechtspartei

8 Entschließung des Politischen Ausschusses, NEI-Kongress, Den Haag 17.–19.9.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 138–140, hier Punkt 5, S. 139f.

9 LAMALLE (wie Anm. 7), S. 115.

10 Entschließung (wie Anm. 8); E.M.J.A. Sassen (Abgeordneter der Katholieke Volkspartij der Niederlande) auf dem *Convenium christlicher Politiker Europas*, Luzern 27.2.–2.3.1947, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 88–92, hier S. 91.

11 WICK (wie Anm. 7), S. 108.

12 Vgl. Anm. 3.

Luxemburgs, nunmehr der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs, Pierre Frieden, im Verlust der christlichen Moral eine wichtige Ursache für das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland. Mit dem Untergang des NS-Regimes und der Umerziehung des deutschen Volkes war für ihn aber dieses Defizit nicht behoben: Vielmehr beunruhigte ihn die Frage, ob es Europa, nachdem sich Deutschland von der biologistischen und positivistischen Weltanschauung befreit habe, in Zukunft gelingen werde, die kollektivistische Lebensauffassung, die „conception collectiviste“, zu überwinden und stattdessen eine „conception morale et chrétienne“ sich zu eigen zu machen. Ein gewisses Vorbild schien ihm der Begriff der französischen Zivilisation zu bieten, die Maß und Ziel kenne, während die Deutschen einen Sonderweg beschritten hätten: „L'Allemand insiste sur la particularité allemande de sa culture.“¹³ Friedens eigene Partei wurde 1944/45 von den Gedankengängen des Philosophen Jacques Maritain beeinflusst. Dieser hatte im amerikanischen Exil dazu aufgerufen, das Christentum nicht nur als Hoffnung für das Jenseits aufzufassen, sondern es auch als Ferment des sozialen und politischen Lebens der Völker und als Träger der zeitlichen Hoffnungen („espoir temporel“) des Menschen, darüber hinaus als tätige Energie der Geschichte zu verstehen.¹⁴

Die Jungkonservativen und Jungchristlichsozialen der Schweiz zeigten sich am ehesten gewillt, die Aufrechnungen der jüngsten Vergangenheit beiseitezulassen. Sie kritisierten 1948 die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die Mitglieder der französischen, aber auch der belgischen christlich-demokratischen Parteien bekundet hätten. Darüber hinaus bekämpften sie überhaupt die in großen Ländern wie Frankreich und Belgien anzutreffende Anfälligkeit für die „Massenideologie“, zurückzuführen auf deren „machtpolitischen Zentralismus“ und „aufgeblähte Bürokratie“, ja sogar auch auf die dort herrschende repräsentative Demokratie.¹⁵ Sie konstatierten hier einen „Hang zur massenpsychologischen Programmatik mit dem Hauptakzent auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen einer nicht näher definierten

13 Pierre FRIEDEN, *Der spirituelle und kulturelle Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 109–112. Pierre Frieden (1892–1959), 1919 nach Philosophiestudium Gymnasiallehrer, 1942 im KZ Hinzert, 1944 Minister für Erziehung, Kultur und Wissenschaften in Luxemburg, 1951 zusätzlich Innenminister, 1958/59 Ministerpräsident von Luxemburg.

14 So Jacques MARITAIN in seinem 1942 erschienenen Werk *Christianisme et Démocratie*. Vgl. Emile SCHAUS, *Ursprung und Leistung einer Partei. Rechtspartei und Christlich-Soziale Volkspartei 1914–1974*, Luxemburg 1974, S. 168f.; Schaus nennt als Quellen für Friedens Denken den Philosophen Henri Bergson, den Schriftsteller Charles Péguy und den Klassiker der katholischen Publizistik in Frankreich, Robert Felicité de Lamennais.

15 Dieses und die folgenden Zitate aus dem Presseartikel: *Der Kongress der N.E.I. in Rom und Fiuggi*, in: „Stimme der Jungen. Organ der Jungkonservativen und der Jungchristlichsozialen“ [der Schweiz], 29.9.1948, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 142–145, 143f.

politischen Freiheit“. Dem setzten sie ihre „Forderungen des Föderalismus und der Autonomie“ entgegen. Diese Schlagworte erfuhren Konkretisierung in einer bestimmten Methode der Politik: Die Schweizer bekannten sich dazu, die Probleme konkret anzugehen und so zu lösen. Sie empfahlen, diese Vorgehensweise schon auf den unteren Ebenen, von den unteren Funktionären der christlich-demokratischen Parteien, praktizieren zu lassen. Die christlich-demokratischen Parteien sollten dadurch aber nicht dem Pragmatismus ausgeliefert werden, sondern für „eine eigenständige sittlich politische Ordnung nach den Prinzipien des Naturrechts und der christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung“ eintreten.

Diese Ordnung ließ sich auf demokratische Weise aber nur über die Entscheidung der einzelnen Menschen vertreten. So war es konsequent, wenn der Jugendvertreter Rudolf Lewandowski 1948 forderte, gegenüber der drohenden Vermassung, gegenüber der Vereinnahmung durch den Staat oder durch bestimmte Gruppen oder Parteien, am Wert und an der Würde der Einzelperson festzuhalten: „ce sont les libertés de la personnalité humaine, dans le cadre organique (comme la famille), le respect de la dignité humaine, et certains droits de l’homme toujours valables qui ont formé l’occident.“¹⁶ Die Leugnung dieser Prinzipien trage zur endgültigen Zerstörung der trotz des Krieges und des übersteigerten Nationalismus noch existierenden europäischen Ideen bei. Dieser Personalismus hielt durchaus Abstand von einem realitätsfernen Idealismus. So bezog der ehemalige belgische Ministerpräsident Paul Van Zeeland 1947 durchaus die Unberechenbarkeit der menschlichen Person und der von dieser gestalteten Kulturbeziehungen in sein politisches Weltbild ein.¹⁷ Er sah das gegenwärtige Leben von tiefen Gegensätzen durchzogen: zwischen dem bloßen Friedenswillen und dem Erreichen des Friedenszustands, zwischen der Steigerung der Produktion und dem trotzdem im industrialisierten Europa herrschenden Hunger, zwischen der sozialen und der sich der Gesellschaft verweigernden Natur des Menschen, zwischen Leib und Seele. Er erklärte diese Widersprüche mit der Doppelnatur der Zugehörigkeit des Lebens zu einer materiellen und zu einer spirituellen Sphäre. Nur die christliche Zivilisation habe es vermocht, die-

16 Rudolf LEWANDOWSKI, *Il est hors de doute. Thesenpapier zur Kooperation christlich-demokratischer Jugend in Europa*, März 1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 126–129, hier S. 127; ähnlich: EntschlieÙung (wie Anm. 8), S. 140.

17 Rede Van Zeelands auf dem NEI-Kongress in Lüttich nach dem Artikel: *Le Congrès des Nouvelles Equipes Internationales*, in: „La Libre Belgique“, 4.6.1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 99f. Paul Van Zeeland (1893–1973), 1935–1937 belgischer Ministerpräsident, als Mitglied der belgischen Exilregierung in London plante er eine westeuropäische Wirtschaftsunion (Benelux), 1949–1954 belgischer Außenminister. Vgl. Emmanuel GERARDS/Paul WYNANTS (Hg.), *Histoire du Mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Bde. 1–2, Leuven 1994; Wilfried DEWACHTER u.a. (Hg.), *Un parti dans l’histoire 1945–1995. 50 ans d’action du Parti Social Chrétien*, Louvain-la-Neuve 1996.

se einander widerstreitenden Tendenzen auszugleichen und den Frieden der Völker bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu bewahren.

Für die NEI und ihre Sympathisanten stellte der Föderalismus also ein kulturelles Phänomen dar, gleichsam ein Synonym für die Solidarität der Völker, die im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung Eigenständigkeit für sich verlangten und diese den Schwesternationen zubilligten. Es entsprach einem föderalistischen Subsidiaritätsbegriff, für die Einzelperson und ihre konkreten Handlungsansätze und Rechte Schutz vor kollektivistischen Mächten zu verlangen. Man wollte keine Restauration historisch überlebter Vorbilder, aber übte aus dem Bewusstsein alteuropäischer Verbundenheit Kritik an jüngsten zeitgeschichtlichen Entwicklungen, so an der nihilistischen oder materialistisch-biologistischen Weltanschauung, die nicht nur als eine von Deutschland ausgehende Gefahr angesehen wurde. Die Solidarität sollte allerdings über die Zusammenarbeit der Nationen hinausreichen, auch alle Klassen und Schichten umfassen.¹⁸ Die Würde und das Recht der menschlichen Person als des Trägers sittlicher Entscheidungen verlangten nach Anerkennung. Aber man blieb sich des Zwiespalts der menschlichen Natur bewusst. Van Zeeland glaubte, in der Geschichte Europas das Beispiel dafür zu finden, dass die unheilvollen Wirkungen, die sich aus der Doppelnatur des Menschen ergaben, durch die christliche Lehre hatten neutralisiert werden können.

II. „*Fédération européenne*“

Die NEI wollten den Föderalismus konkret in der Gestalt des zukünftigen vereinigten Europa verwirklicht sehen. Ihre programmatischen Überlegungen hatten indes die politischen Realitäten einer noch in mehrfacher Hinsicht ungeklärten Situation zu berücksichtigen. 1945 war zwar die Vorherrschaft des nationalsozialistischen Deutschlands über Europa beendet, aber Europa war stattdessen praktisch seiner Einheit beraubt und am Eisernen Vorhang geteilt.

Die Besinnung auf die christliche Zivilisation Europas entsprang geistigen Quellen, einem Bekenntnis zu ideellen Mächten, speiste sich aber zusätzlich aus der Vorstellung der Bedrohung durch die kollektivistischen Mächte, speziell durch den Kommunismus. Hendrik Heyman, Parlamentarier der Christelijke Volkspartij Belgiens, sah noch Anfang 1950 Europa vor die Wahl gestellt, sich gemäß den Ideen des NEI oder des Kommunismus zu entwickeln.¹⁹

Die Drehscheibe der sich abzeichnenden Konfrontation bildete das Kerngebiet des alten mitteleuropäischen Raums, das nunmehr in vier Zonen geteilte

¹⁸ Entschließung (wie Anm. 8), S. 140; vgl. LEWANDOWSKI (wie Anm. 16), S. 126–129.

¹⁹ Parlamentarische Kommission in Paris, 25.3.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 224.

Deutschland. Prominente Mitglieder der NEI gaben ihren zwiespältigen Gefühlen und ihrem Misstrauen gegenüber Deutschland Ausdruck. Der Niederländer Serrarens sah im ostelbischen Raum den Nährboden des Absolutismus.²⁰ Hier habe sich von Martin Luthers Manifesten gegen die aufrührerischen Bauern über König Friedrich II. von Preußen bis hin zu Otto von Bismarck und Adolf Hitler die preußische Untertanenmentalität entwickelt. Als Exponent des militaristischen preußischen Staates habe Bismarck den Kulturkampf geführt und damit in Deutschland den Weg zur Demokratie, zum Regionalismus und Föderalismus versperrt. Schon Luther habe der Einheit Europas den tödlichen Stoß versetzt, mit seiner Reformation Deutschland und Europa in zwei Teile gespalten und so durch den konfessionellen Gegensatz den Zwiespalt zwischen dem Osten und dem Westen vertieft, der bereits unter Karl dem Großen sichtbar geworden sei.

Eine besondere Leistung der NEI bestand darin, dass sie in diesem abwertenden, allzu pauschalen Urteil über Deutschland nicht stecken blieben. „Le problème de l'Europe centrale est le problème central de l'Europe“²¹: Darum konnte das Problem Mitteleuropas oder Deutschlands nicht mit negativen Methoden gelöst werden. Der Belgier Lamalle wollte Deutschland den Weg nach Europa weit öffnen, um es davon abzuhalten, erneut sein Heil in der politischen Zentralisation und im „Mythos des Krieges“ zu suchen. Auch die Bedrohung aus dem Osten ließ den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, möglichst aus eigener Kraft, als notwendig erscheinen. Statt eine Orientierung nach dem Osten vorzunehmen, so schlug Lamalle vor, solle sich die ganze deutsche Nation auf ihre Gebiete diesseits des Limes, die vom Rheinland bis hin zum Süden reichten, auf ihre „terres de liberté et de civilisation“, stützen und sich auf dieser Basis nach Westen ausrichten. Ein neues Deutschland, mit christlicher Seele und europäischem Geist ausgestattet, solle zur Rekonstruktion Europas beitragen und Partner einer „fédération d'Occident“ werden.²² Ganz betont wandte sich die Jugendorganisation der NEI der Zukunft zu. Sie lehnte es ab, wie die Franzosen nach 1918 nun wieder über die Schuld Deutschlands nachzudenken: „Nous ne sommes pas des historiens mais des constructeurs.“ Aus den Ruinen Europas sei ein neues Europa zu bauen, das der neuen Wirk-

20 Petrus Josephus S. SERRARENS, *Der politische Aspekt des deutschen Problems*. NEI-Kongress, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 116f. P.J.S. Serrarens (1888–1963), 1920–1952 Generalsekretär des Internationalen Verbands Christlicher Gewerkschaften, 1937–1952 Abgeordneter der Zweiten Kammer der Niederlande (Katholieke Volkspartij), 1949–1953 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats.

21 EBD. S. 116.

22 LAMALLE (wie Anm. 7). Désiré Lamalle (1915–1996), 1961–1965 Gouverneur der Provinz Luxemburg, vertrat als Wallone für Belgien einen gemäßigten Föderalismus.

lichkeit entspreche. „L'ère des nations est finie en Europe – voici venir celle des fédérations.“²³

Das Angebot, an einem föderalistischen System des Westens teilzunehmen, haben die Vertreter der deutschen Unionsparteien, zumal ihre Grundüberzeugungen mit denen der anderen christlichen Demokraten Europas übereinstimmten, mit realistischem Augenmaß angenommen. Auf der NEI-Tagung in Luxemburg 1948 wurden die deutschen Vertreter sehr freundlich aufgenommen, während Deutschland sonst eher ein frostiges und reserviertes Klima entgegenschlug. Hier warb der junge Rainer Barzel (CDU) darum, eine „europäische Konföderation“ vorzubereiten und Deutschland „einen bescheidenen Platz in der europäischen Völkerfamilie“ einzuräumen.²⁴ Konrad Adenauer, damals der Vorsitzende der CDU der britischen Zone, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, ein ehemaliger Diplomat des kaiserlichen Deutschlands sowie der Weimarer Republik, und eine Entschließung der NEI von 1948 sprachen sich dafür aus, dass ein von der Verfassung zu schaffender deutscher Föderalismus ein integrierender Bestandteil des europäischen Föderalismus werden solle. „Ein föderativ strukturiertes Deutschland soll die Schaffung eines föderativen Europa begünstigen, welches im Rahmen der Vereinten Nationen sich aus freien und demokratischen Staaten zusammensetzt.“²⁵ Adenauer unterstrich Ende 1948, dass die europäische Föderation das einzige Mittel sei, um das deutsche Problem zu lösen: „En englobant l'Allemagne dans un tout qui l'associe pacifiquement à une coopération internationale et en même temps l'immunise contre ses tentations traditionnelles.“²⁶

Adenauer bejahte also den von den NEI-Kollegen angemahnten Revisionskurs für Deutschland. Auch hatten sich gemäß seiner schon 1945 geäußerten Überzeugung der Westen und der Osten Deutschlands politisch und wirtschaftlich grundlegend auseinanderentwickelt; der Westen und der Osten gehörten bereits verschiedenen Welten an.²⁷ Doch Adenauer erkannte und ergriff auch die Chance für die Stabilisierung, für die Rehabilitierung, ja für den Aufstieg desjenigen Teiles Deutschlands, dem noch eine gewisse Selbstbestimmung vergönnt war. Nach der Londoner Sechsmächtekonferenz²⁸ trat er im Genfer Kreis dafür ein, den deutschen Ministerpräsidenten mehr wirtschaftliche und

23 NEI-Sekretariat, Psychologischer Bericht für das französisch-deutsche Treffen im Rahmen der NEI-Jugendorganisation (Begrüßungsansprache), März 1950, EBD. S. 220–225.

24 Rainer BARZEL, *Deutschland – ein europäisches Problem*, in: „Rhein-Ruhr-Zeitung“, 16.2.1948, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 125f.

25 Entschließung des NEI-Kongresses, Luxemburg 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 122; Adenauer und Prittwitz im Genfer Kreis, 29.6.1948, EBD. S. 134f.

26 Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149.

27 Adenauer an Heinrich Weitz, 31.10.1945, in: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 465f.

28 23.2.–5.3. und 20.4.–1.6.1948.

politische Kompetenzen zu übertragen. Vorher schon hatte er dafür plädiert, den drei Westzonen „eine geordnete politische und wirtschaftliche Stellung“ zu verschaffen und zugleich schrittweise die „Gründung einer europäischen Konföderation“ vorzunehmen, um einer sich eventuell Russland zuwendenden „nationalen Bewegung“ in Deutschland zuvorzukommen.²⁹ Die Londoner Empfehlungen zum Aufbau eines westdeutschen Staates griff er sofort auf und wies im Genfer Kreis auf den Entschluss der CDU der Britischen Zone hin, eine aus Delegierten der Landtage zusammengesetzte vorbereitende Versammlung möge den Vorentwurf einer Verfassung ausarbeiten.³⁰ Der innere Staatsaufbau sollte nach seiner Meinung von geeigneten außenpolitischen Schritten begleitet werden: Vor allem waren intensive und umfassende Wirtschaftsbeziehungen zu den Benelux-Ländern und besonders zu Frankreich aufzunehmen.³¹

Allerdings erhielt in den Augen Adenauers und seiner politischen Freunde das Verhältnis zu Frankreich eine weit über die wirtschaftliche Seite hinausgehende Bedeutung. Der erste Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, der erste Vorsitzende der CDU Deutschlands in Berlin (bis 1947), Jakob Kaiser, sowie Adenauers Berater Heinrich von Brentano und Herbert Blankenhorn bekannten sich mehrfach zur deutsch-französischen Aussöhnung, bilde diese doch das Herzstück einer europäischen Föderation zur Überwindung des Nationalismus, das unverzichtbare Zentralelement der unteilbaren Sicherheit Europas.³² Die „réconciliation“ mit Frankreich werde von der zu 90 % europäisch gesinnten westdeutschen Bevölkerung begrüßt. Eine ihr dienende deutsche Politik werde auch durch den Hinzutritt der ostdeutschen Bevölkerung, die wisse, dass sie unter dem Kommunismus und Nationalismus genug gelitten habe, nicht gefährdet werden können. Bereits vor seinem Regierungsantritt brachte Adenauer zwecks Realisierung der „idée européenne démocratique“ eine europäische Armee mit einem deutschen Kontingent ins Gespräch, weil die Alternativen, die Bildung einer selbständigen deutschen Armee, die in Frankreich Misstrauen hervorrufen konnte, oder die Eingliederung deutscher Formationen in die US-Armee, nicht gangbar seien.³³ Im ersten Halbjahr seiner Kanzlerschaft regte Adenauer gegenüber dem US-Journalisten Joseph Kingsbury-Smith an, ein einheitliches Parlament für eine deutsch-französische Union zu schaffen. Er ersetzte dann diesen von ihm selbst utopisch genannten Vorschlag durch die in ähnliche Richtung weisende Anregung, mittels wirtschaftlicher

29 Genfer Kreis, 21.10.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 147f.

30 Genfer Kreis, 29.6.1948, EBD. S. 135f.

31 Ansprache auf dem NEI-Kongress in Luxemburg, 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 120.

32 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 196–199, 201; Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 214 (Herbert Blankenhorn).

33 Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 150.

Abreden zwischen Deutschland und Frankreich einen Konkurrenzkampf auf den Märkten und Industriesektoren für Kohle, Stahl und Chemie zu vermeiden und so zu einer „entente mutuelle“ zu gelangen.³⁴ Alle diese Überlegungen dienten auch dem Zweck, eine konstruktive Antwort auf unterschwellige nationalistische Tendenzen zu geben. Sie suchten das deutsche Streben nach Einheit aufzufangen und neu zu definieren, während die deutschen Sozialdemokraten, wie Adenauer ausführte, einfach die Einheit der Nation propagieren und die christlichen Demokraten des Verrats an dieser Idee bezichtigten würden.³⁵

Adenauer und Bruno Dörpinghaus, ein sehr beredter deutscher Repräsentant im Kreise der NEI, favorisierten auch den Beitritt Englands zu einem föderalistischen Europa. Dörpinghaus sprach sich dafür aus, die „conscience indéniable de solidarité européenne“ bei den Engländern zu wecken³⁶, während Adenauer schlicht konstatierte: „Ohne England kein Europa.“³⁷ Demgegenüber blieben mehreren nicht-deutschen Vertretern der NEI die Verpflichtungen Englands gegenüber dem Commonwealth deutlicher bewusst.³⁸ Adenauer zeigte sich allerdings beunruhigt, weil England von der Labour-Partei regiert wurde. In Zusammenhängen denkend, befürchtete er Ende 1948, dass ein von Labour beherrschtes England zusammen mit einem sozialistisch regierten Westdeutschland den Sieg über die christlich-demokratischen Kräfte in Europa davonzutragen könne.³⁹ Adenauers parteipolitische Mitarbeit in den NEI und sein Interesse an einem stabilisierten, aufsteigenden, Europa zugewandten Westdeutschland bildeten gleichsam kommunizierende Röhren. Die deutschen Diskussionsbeiträge in den NEI ließen es als unabweisbar erscheinen, Westdeutschland zu kräftigen, ja ihm eine tragende Rolle in einem freiheitlichen, gesicherten Europa einzuräumen. Westdeutschland sollte aber keinen „Etat définitif“ erhalten, und ein vereinigtes Deutschland sollte ins Auge gefasst werden, um die nationalistische Propaganda der UdSSR und der kommunistischen Parteien ins Leere laufen zu lassen.⁴⁰

In den Diskussionen der NEI zeichnete sich auch das Bestreben ab, Österreich in ein – nach dem Vorbild der Benelux-Staaten – föderalistisch organi-

34 Victor Koutzine an Georges Bidault, 22.3.1950, EBD. S. 223.

35 Adenauer im Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149.

36 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 204.

37 NEI-Kongress in Luxemburg, 30.1.–1.2.1948, EBD. S. 120.

38 Robert Houben im Genfer Kreis, 22.12.1948, EBD. S. 149. Dr. Robert Houben (1905–1992), 1947–1952 Nationalsekretär, 1966–1972 Vorsitzender Christelijke Volkspartij (CVP), 1958 belgischer Gesundheitsminister, 1969 Staatsminister; bedeutender und aktiver Vertreter Belgiens in der christlich-demokratischen Internationale. nl.wikipedia.org/wiki/Houben.

39 Wie Anm. 35.

40 Genfer Kreis, 8.3.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 168.

siertes „Mitteleuropa“ einzubeziehen, das seinerseits eine Vorstufe für „Gesamteuropa“ bilden sollte. Der Präsident des MRP, Georges Bidault, betrachtete, nachdem seine Verhandlungen (als Außenminister) mit Russland enttäuschend verlaufen waren, Österreich als den „Vorposten der europäischen Freiheit“.⁴¹ Zuweilen wurde der frühere Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn als eine Art historischer Vorläufer eines geeinten Europa bezeichnet. Adenauer stellte die zeitgemäßere, zugleich tiefer in die Geschichte blickende Erwägung an, dass der österreichische Vielvölkerstaat den Balkan, der immerhin dem Osmanischen Reich unterworfen gewesen war, nach Westen hin geöffnet habe. Das Problem Österreich wurde sogar einer noch weiter gehenden Perspektive eingeordnet, die die Botschaft der NEI für 1949 aussprach: dass alle europäischen Staaten zu Europa gehörten, auch jene eigentlich „freien Völker“, denen die Mitwirkung am Aufbau einer europäischen Föderation infolge der Eingliederung ins Sowjetimperium noch versagt war.⁴²

Trotz dieser historischen Anspielungen stellte der Bund europäischer Staaten, wie er nun nach dem Zweiten Weltkrieg von den NEI erstrebt wurde, ein neues Modell dar. Welchen Platz sollte er in der gegenwärtigen und zukünftigen Weltordnung einnehmen und wie konnte er eine seine Existenz sichernde Stärke gewinnen? Eine erste, allerdings zu umfassende Antwort gab die Botschaft der NEI für 1949. Sie dachte den Gedanken des Föderalismus folgerichtig zu Ende, wandte ihn sozusagen im Weltmaßstab an: „Der europäische Föderalismus schließt keineswegs andere politische oder wirtschaftliche Verbindungen aus. Er stellt einfach eine der Grundlagen einer reorganisierten Weltordnung dar, die friedlichen Grundsätzen folgt und nach föderativen Gedankengängen geformt ist.“⁴³ Auf welche reale Machtbasis sollte sich aber ein solches, auf ideale Weise in eine föderative Weltordnung eingegliedertes Europa stützen? Vereinfachend lassen die Diskussionsbeiträge sich zwei Konzeptionen zuordnen.

- 1) Josef Müller, der Vorsitzende der CSU Bayerns, setzte auf die eigene Stärke einer auf ihre Wirtschaft und auf ihren früheren Kolonialbesitz gestützten „europäischen, föderativen Einheit“⁴⁴. Auf diesen Grundlagen könne Europa sogar „ein entscheidender Faktor für Krieg oder Frieden werden. Eine europäische Föderation, gestützt auf den Kolonialbesitz und dessen Absatzbasis, hat genügend Wirtschaftskraft, um den Zusammenstoß der Blöcke zu verhindern.“ Die Vorstellung einer sogleich gemeinsam mit Frankreich aufzubauenden dritten Kraft Europa vertrat auch der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands (1947–1953), Bruno

41 Genfer Kreis, 21.10.1948, EBD. S. 148.

42 Botschaft der NEI für 1949, Punkte 3 und 5, EBD. S. 156.

43 Botschaft der NEI für 1949, Punkt 6, EBD. S. 157.

44 Rede zur Gründung der NEI-Equipe des Saarlandes, Saarbrücken 6.3.1949, EBD. S. 158f.

Dörpinghaus.⁴⁵ Ein wirtschaftlich entwickeltes Europa solle die Balance zwischen den beiden Kolossen, den USA und der UdSSR, halten. Entsprechend vertrat Müller für Deutschland zeitweise die Theorie, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Er regte an, eventuell eine dauernde Verbindung in Form eines gemeinsamen Arbeitsbüros zwischen der konstituierenden Versammlung Westdeutschlands und der Regierung Ostdeutschlands zu schaffen.⁴⁶ Diese Konzeption litt an einer gewissen Selbstüberschätzung. Westeuropa bedurfte damals der wirtschaftlichen Hilfe. Es war weithin zerstört, auch von den östlichen Gebieten seiner Agrarproduktion abgeschnitten. Der Kolonialismus hatte sich überlebt. Es hätte sicherlich langer Zeiträume bedurft, um Europa aus seiner tristen Rekonstruktionsperiode zu einer neuen, eine Puffer- oder Riegel-Position einnehmenden Weltmachtstellung emporzuführen.

- 2) Mehrere namhafte deutsche Sprecher fanden ein positives Echo für ihre Auffassung, dass die Bewahrung des Friedens, eine zunächst zu lösende Aufgabe, nicht allein oder zuerst von der Bildung einer „Europe fédérée“ abhängen werde. Diesbezüglich sei vom europäischen Föderalismus noch nichts Entscheidendes zu erwarten, warnte der junge Geschäftsführer der CDU Württembergs, Julius Steiner.⁴⁷ Von Brentano fürchtete ein Desinteresse der USA an Europa und deren „neuen Isolationismus“, wenn die europäischen Länder nicht entschlossen zusammenträten und auf Teile ihrer Souveränität verzichten würden.⁴⁸ Die gesamten NEI bekannten sich dazu, die Marshall-Plan-Hilfe „im Geiste der aufrichtigen Zusammenarbeit“ anzunehmen und die Zollunionen zwischen den Benelux-Ländern (1948) sowie zwischen Frankreich und Italien (1949) weiter zu entwickeln.⁴⁹ Adenauer und Bidault sprachen sich im Frühjahr 1948 für eine starke Truppenpräsenz der USA in Europa aus. Bidault verlangte den unmittelbaren und sofortigen militärischen Schutz der USA, statt dass nur die spätere Befreiung eines militärisch von der Sowjetunion überrollten und zerstörten Europa geplant werde.⁵⁰ Adenauer und ebenso der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Bruno Dörpinghaus, appellierten an das Engagement der NEI zur Stärkung Europas für den Fall, dass die USA über Europa hinweg mit der Sowjetunion ein Arrangement treffen oder sich Asi-

45 Bruno DÖRPINGHAUS, *Die Genfer Sitzungen. Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 539–565, 559.

46 Genfer Kreis, 29.6.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 133.

47 EBD. S. 134.

48 Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 213.

49 Botschaft der NEI für 1949, Punkt 1, EBD. S. 156.

50 Genfer Kreis, 8.3.1949, EBD. S. 164f.

en zuwenden würden, um dort das Vordringen des Kommunismus zu bekämpfen.⁵¹ Von der Notwendigkeit einer US-amerikanischen Unterstützung für Europa ging auch der MRP-Politiker Maurice Schumann aus, wenn er, wohl um die Preisgabe von Souveränitätsrechten Frankreichs zu umgehen oder als nicht dringlich erscheinen zu lassen, den Pessimismus seiner Vorredner über die amerikanische Politik nicht teilte.⁵² Der Gefährlichkeit früherer und gegenwärtiger Diktaturen eingedenk, versuchte Don Sturzo das Selbstbewusstsein des freien Europa zu heben. Seine Botschaft an den Kongress von Sorrent (April 1950) lautete, der freie Teil Europas sei keineswegs isoliert, sondern habe die Rückendeckung der USA, aller Staaten Nord- und Südamerikas, des britischen Commonwealth und der Mehrheit der Vereinten Nationen.⁵³

Auf die Realität einer politisch und wirtschaftlich geteilten Welt war also Rücksicht zu nehmen. Davon zeugten der Marshall-Plan und der Nordatlantik-Pakt, auch wenn Dörpinghaus meinte, das Marshall-Programm und das NATO-Bündnis könnten den Sinn der Europa-Bewegung gefährden.⁵⁴ Sein unumwunden europäisches Credo und seine Aufforderung, die NEI sollten sich an die Spitze der europäischen Einigungsbewegung stellen, waren schwer zu verwirklichen. Nach der Gründung des Europarats am 5. Mai 1949 diskutierten die NEI nicht nur über den erwünschten Machtzuwachs Europas, sondern auch über strategische Rücksichten. Dabei fand das von Dörpinghaus empfohlene frontale Vorgehen wenig Anklang. Der belgische NEI-Präsident August De Schryver befürwortete, nachdem die christlichen Demokraten als geistig geeinte Gruppe in der Versammlung des Europarats hervorgetreten waren, dort ein Zusammengehen mit den Sozialisten. Der Generalsekretär der NEI, der MRP-Vertreter Robert Bichet, pflichtete ihm bei und meinte, die Versammlung des Europarats müsse zwei Risiken meiden: eine ideologische Kristallisation der großen Tendenzen (was sich auch auf die NEI beziehen ließ) oder den Rückfall in die ausschließlich nationale Repräsentation.⁵⁵ Er fasste immerhin weiter gehende Entwicklungen ins Auge, die aber auch ihre Gefahren bargen: der Beratenden Versammlung eine konstituierende Gewalt zu geben oder etwa den Wahlmodus zur Versammlung zu ändern; dadurch riskiere man aber den Einzug der Kommunisten in die Versammlung.⁵⁶

51 EBD.; Genfer Kreis, 13.2.1950, EBD. S. 214.

52 EBD. S. 215f.

53 EBD. S. 228.

54 Genfer Kreis, 21.11.1949, EBD. S. 204.

55 EBD. S. 203. Dr. August-Edmond De Schryver (1898–1991), 1935–1960 mehrere Ministerämter in Belgien, 1945–1949 Vorsitzender der CVP/PSC, 1949–1959 Präsident der NEI. Philippe CHENAUX, *Contribution à la Démocratie chrétienne internationale*, in: DEWACHTER (wie Anm. 17), S. 327–339.

56 Wie Anm. 54, S. 205.

Da der Europarat zu einer eher unverbindlich auftretenden, internationalen Organisation wurde und keine staatsbildende Kraft entfaltete, zeichnete sich frühzeitig die spätere Entwicklung ab: die Bildung eines lockeren europäischen Wirtschafts- bzw. Staatenbundes, der auf eine transatlantische Verbindung angewiesen sein würde, um sich zwischen den beiden noch bestehenden großen Machtblöcken zu behaupten. Hatte sich für die NEI also nicht die Hoffnung erfüllt, über die Einberufung einer beratenden europäischen Versammlung „die wirtschaftliche und politische Union des freien und demokratischen Europa zu verwirklichen“, so behielt unter den Bedingungen des real existierenden Gegensatzes zwischen Ost und West das 1948 formulierte Fernziel der NEI Gültigkeit: dass „die künstliche Aufteilung Europas in antagonistische Blöcke nicht als endgültige Tatsache“ hinzunehmen sei.⁵⁷

III. Die Föderation der Equipes

Verglichen mit den Internationalen der sozialistischen Parteien haben christliche Parteigruppierungen relativ spät zu internationalen Kontakten und Organisationen zusammengefunden. Der Exilpolitiker Don Luigi Sturzo, der 1919 im Hotel Santa Chiara in Rom zur Gründung des Partito Popolare Italiano aufgerufen hatte, organisierte im Dezember 1925 ein erstes internationales Treffen christlicher Parteien in Paris.⁵⁸ Hier kamen Vertreter aus Frankreich, Italien, Belgien, Deutschland, Polen und Litauen zusammen. 1926 wurde anlässlich einer erneuten Begegnung von Parteidelegierten aus der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Deutschland, Luxemburg und der Tschechoslowakei ein der Verbindung und Information dienendes Sekretariat in Paris geschaffen; es bestand bis 1939.⁵⁹ 1932 vereinte ein in Köln stattfindender Kongress Vertreter christlicher Parteien aus Österreich, Belgien, Litauen, Polen, der Tschechoslowakei, Spanien, Jugoslawien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Deutschland und Italien. Auch die Konservative Partei Großbritanniens entsandte einen Vertreter. Der Kongress warb um die Gewinnung eines fundamentalen Gutes: die Stiftung von Vertrauen unter den Völkern in-

57 Politischer Ausschuss des NEI-Kongresses, Den Haag 17.–19.9.1948, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 139f.

58 Rudolf LEWANDOWSKI, *Der Traum von Europa. Die Christlich Demokratische Internationale. Ihr Ursprung und ihre Entwicklung*, in: EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (Hg.), *Zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegung in Europa*, Melle 1990. S. 65–73, 66f.

59 Guido MÜLLER, *Das „Sécrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne“ 1925–1939 – ein vorweggenommenes Exil katholischer Demokraten in der Zwischenkriegszeit*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 559–573; Alwin HANSCHMIDT, *Eine christlich-demokratische „Internationale“ zwischen den Weltkriegen. Das Sécrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne in Paris*, in: BECKER/MORSEY (wie Anm. 1), S. 153–188.

mitten der unübersehbaren Krise Europas; den Anfang sollte eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit machen.⁶⁰ Die 1936 in England gegründete „People and Freedom Group“ knüpfte Beziehungen zur katholischen Zeitschrift „L’Aube“ in Paris und zu Gleichgesinnten in den USA.⁶¹ Die Gruppe erhielt Zulauf von Katholiken im Exil. Diese eher zaghaft entfalteten Kontakte zwischen christlichen Parteien und Gruppen richteten sich deutlich gegen den Faschismus und Nationalsozialismus und gegen eine zunehmend als totalitär erkannte Staatsauffassung.

Trotz einer bereits vor 1914 zurückreichenden Geschichte schlug die große Stunde der Christlichen Demokratie und ihrer europäischen Vernetzung erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Politiker, die gerade selbst der Diktatur oder einem totalitären System entronnen waren, sahen sich vor eine dreifache Aufgabe gestellt: den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau voranzutreiben, durch die Einführung und Praktizierung der Demokratie lange Jahre der Unterdrückung zu überwinden sowie drittens für die Verwirklichung von Demokratie und Frieden auf einer internationalen Ebene einzutreten.⁶² Der Föderalismus gehörte zu ihrer Vorstellung von Demokratie; er bildete darüber hinaus einen wichtigen Bestandteil des eigenen Parteiverständnisses.

Nicht selbstlos, sondern mit der Absicht, Aufnahme und Anerkennung bei den neuen Freunden zu finden, beteuerte Adenauer mehrmals, die CDU sei eine föderalistische Partei; sie sei entsprechend, nur mit Ausnahme der britischen Zone,⁶³ auf der Basis der Länder organisiert. Auch erstrebe sie einen pyramidalen Aufbau der Verfassung: Politische Organe in den Ländern sollten bestimmte Aufgaben übernehmen, Organe des Bundes für allgemeinere Fragen zuständig sein. Die SPD dagegen sei ganz zentralistisch.⁶⁴ Adenauer wollte mit solch demonstrativen Hinweisen vermutlich auch föderalistische Anschauungen bei den NEI-Mitgliedern kräftigen. Er dürfte gewusst haben, dass die Zulassung zwar den deutschen Vertretern der Unionsparteien aus historischen Gründen, wegen der europäischen Vorreiterrolle des Zentrums als katholischer Partei, kaum zu versagen war, dass ein föderalistisches Programm aber auch

60 EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 128f.

61 Wolfram KAISER, *No Second Versailles. Transnational Contacts in the People and Freedom Group and the International Christian Democratic Union*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 616–641; vgl. DELUREANU (wie Anm. 1), S. 36–40; Markus HUTTNER, *Totalitarismus und säkulare Religionen. Zur Frühgeschichte totalitarismuskritischer Begriffs- und Theoriebildung in Großbritannien*, Bonn 1999, S. 36–40.

62 Mariano RUMOR, *Die gemeinsame Aktion der Christlichen Demokraten in Europa*, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 87–91; Peter PULZER, *Nationalism and Internationalism in European Christian Democracy*, in: GEHLER/KAISER/WOHNOUT (wie Anm. 1), S. 60–73, 71; DELUREANU (wie Anm. 1), S. 44–52.

63 Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988.

64 Genfer Kreis 8.3.1949, 10.6.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3) S. 168, 181f.

die Aufnahme der einzelnen nationalen Vertretungen, damit der eigenen, erleichterte. Im Frühjahr 1947 hatte der in Luzern lebende frühere Zentrums- politiker und Reichskanzler Joseph Wirth der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, die sich für die Zulassung der Deutschen stark machte, Carl Spiecker (Essen), Jakob Kaiser (Berlin), Konrad Adenauer (Köln) und Josef Müller (München) als einzuladende Ansprechpartner⁶⁵ genannt. Georges Bidault und Robert Schuman luden übrigens zuerst den bayerischen CSU-Vorsitzenden Josef Müller nach Frankreich ein „mit der uneingestanden Hoffung, einen bayerischen Separatismus fördern zu können“⁶⁶. Müller ließ sich aber darauf nicht ein.

1947 in Luzern begrüßte die gastgebende Schweizerische Konservative Volkspartei ostentativ christliche Politiker aus Belgien, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich. Sie sah in ihnen die Vertreter einer europäischen Völkerfamilie und der „großen Kulturen Europas“, mit denen die kleine Schweiz selbstverständlich und traditionell gute Beziehungen pflegte.⁶⁷ Die Schweizer Volkspartei verkörperte vielleicht am deutlichsten zwei Dimensionen des Föderalismus: zum einen die horizontale Dimension guter Nachbarschaft in Europa, die sich im Zusammenschluss der Equipes vorab spiegeln sollte; zum anderen zielte das Programm der Schweizer wohl deutlicher als die Programme verwandter Parteien darauf ab, in ihrem eigenen vielfältigen Gefüge den Pluralismus einer durch bestimmte Ideen – das Recht oder das „göttliche Sittengesetz“ – zusammenzuhaltenden Gesellschaft einzufangen oder abzubilden. Dieser soziale Föderalismus fand darin Ausdruck, dass die Schweizer Volkspartei die Lebensgemeinschaften und sozialen Gruppen, ausgehend von der Familie, zur Entfaltung bringen, schützen und stärken wollte. Sie bot unterschiedlichen sozialen Orientierungen und Kräften eine selbst zum Ausgleich tendierende Heimstatt: der ländlichen und städtischen Lebensart, der bürgerlichen und sozialen Einstellung, den Vertretungen von Kleinkantonen und großen urbanen Zentren.⁶⁸ Natürlich sollte die möglichst breite gesellschaftliche Verankerung den christlich-demokratischen Parteien den bestmöglichen Rückhalt geben, ihnen davon ausgehend politische

65 Lucerne: *The Christian-Democratic Congress*, in: „People and Freedom“ 92, März/April 1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 96, 84.

66 LEWANDOWSKI, *Traum* (wie Anm. 58), S. 68.

67 Josef Escher am 28.2.1947, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 87f. J. Escher (1885–1954), 1925–1931, 1936–1950 Schweizer Nationalrat, 1947–1950 Präsident der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, 1950–1954 Bundesrat, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements.

68 „Allklassenpartei“ (Urs Altermatt). Vgl. Grundsatzprogramm der Christlichen Volkspartei der Schweiz (1978), Kommentar des Journalisten Hans Tschäni. Urs ALTERMATT/Hans Peter FAGAGNINI (Hg.), *Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit*, Zürich 1979, S. 29, 314, 302.

Macht und Einfluss sichern. In diesem Sinne forderte R. Lewandowski, besonders eine verstärkte Jugendarbeit zu betreiben. Denn anders als der Faschismus und Kommunismus hätten bisher die bürgerlichen Parteien der Mitte die Jugend vernachlässigt, diese zu wenig mit ihren Idealen und Programmen bekannt gemacht. Darum schlug er vor, eine Zellen-Organisation aufzubauen, um auf diese Weise möglichst alle Schichten der Jugend, besonders die Studenten und Arbeiter, anzusprechen. Mehrere Equipes sollten die Equipe einer Stadt bilden, die Equipes der Städte sollten zur Jeunesse der NEI eines Landes zusammentreten.⁶⁹

Woraus bestanden aber überhaupt die NEI und wie war es um ihren Zusammenhalt bestellt? Robert Bichet hatte ursprünglich den Namen Equipes vorgeschlagen. Er wollte damit an die Nouvelles Equipes Françaises von 1938 (Paris) erinnern. Diese Gründung jugendlicher Aktivisten, getragen unter anderem von Georges Bidault und Francisque Gay, war zu einem Aktionszentrum geworden, das der Entwicklung der christlichen Demokratie in Frankreich starke Impulse gegeben hatte.⁷⁰ Damit war der stringente Name Partei vermieden. Aus dem Mouvement Républicain Populaire wurden auch starke Bedenken gegen die Bezeichnung „Christian Democracy“ vorgebracht. Es gelte, den „charge of clericalism“ abzuschmettern, die publikumswirksame Verdächtigung zu unterlaufen, die NEI seien konfessionalistisch und liefen auf die Bildung einer „Black International“ hinaus.⁷¹ Die Entschließung von Luzern 1947 verwandte statt des Begriffs „inspiration chrétienne“, der die Parteienfamilie historisch zutreffend bezeichnet hätte, „inspiration démocrate populaire“.⁷² Im unverbindlichen Rückbezug auf ein humanistisches Credo deutete sich sogar die Tendenz an, bezüglich programmatischer Grundaussagen zum Pluralismus oder Föderalismus unterschiedlicher Interpretationen zu gelangen. Am weitesten ging hier der MRP Frankreichs. Sein Sprecher Robert Wirth bekundete, der MRP wolle nach außen den Eindruck einer bestimmten Zugehörigkeit („appartenance déterminée“) vermeiden, denn er zähle Israeliten, Protestanten und selbst Muslime (aus dem Kolonialreich) in seinen Reihen.⁷³ Der MRP und der belgische Parti Social Chrétien verwiesen auf die Uneinheitlichkeit der wirtschaftlichen Auffassungen, wo eine dirigistische Präferenz einer liberalen gegenüberstehe.⁷⁴ Indes bot der Begriff der „christlichen Demokratie“ eine gute Grundlage, zwar weit gefächerte, aber dennoch eindeutige Prinzipien

69 LEWANDOWSKI, *Thesenpapier* (wie Anm. 16), S. 126–129.

70 DELUREANU (wie Anm. 1), S. 89, 93; Robert BICHET, *La Démocratie Chrétienne en France. Le Mouvement Républicain Populaire*, Besançon 1980, S. 27–30.

71 *Christian Democrats and Industrial Democracy*, in: „People and Freedom“ 94, Juli 1947, 95, August 1947, Druck in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 101f.

72 EBD. S. 94f.

73 Luzern, 27.2.–2.3.1947, EBD. S. 89f.

74 Exekutivausschuss Paris, 18.–19.11.1949, EBD. S. 194f.

zur Gestaltung der Innenpolitik und des äußeren Zusammenlebens der Völker zu entwickeln.⁷⁵

Die programmatischen Schwankungen wurden zudem herangezogen, um auseinandergelungene Strategien in organisatorischer Hinsicht zu unterbauen. Hier rangen im Wesentlichen zwei Vorstellungen miteinander. Adenauer und Felix Hurdes, die Vertreter Deutschlands und Österreichs, unterstützt von den Italienern und Schweizern, traten für die dezidierte Teilnahme der christlich-demokratischen Parteien der einzelnen Staaten an den NEI-Kongressen sowie für eine intensivere Zusammenarbeit, für eine straffere Gruppenbildung der christlichen Demokratie in Europa ein. Der MRP Frankreichs und der PSC Belgiens hingegen bevorzugten einen mehr unverbindlichen Austausch von Ideen, Meinungen und Informationen zwischen führenden Persönlichkeiten der Parteienfamilie bzw. nur von Repräsentanten einer „humanist or popular democracy“ französischer Interpretation (die das Wort „christlich“ mied).⁷⁶

Als Argumente dienten ihnen, dass sonst die NEI mit einer „Black International“ gleichgesetzt würden, die vor allem in England auf Unverständnis stoßen werde, und dass der Ost-West-Gegensatz vertieft werde. Zumindest im Falle Frankreichs schwang noch ein historisch motiviertes Misstrauen gegenüber Deutschland mit. 1949 beantwortete Bidault eine Frage Adenauers, ob der MRP für sich Nachteile befürchte, wenn er sich der CDU annäherte, ausweichend.⁷⁷ Adenauers Staatssekretär Otto Lenz hatte auf den NEI-Tagungen, die er besuchte, mehrfach mit französischen Vorbehalten gegenüber dem Abschluss bzw. der Ratifizierung des Europa- und des Deutschlandvertrages zu kämpfen.⁷⁸ Die Zauderer schützten allerdings, wohl nicht unberechtigt, das schwierige Konkurrenzverhältnis vor, in dem der MRP mit den Sozialisten stand. Immerhin war Deutschland schon 1948 nach dem Kongress von Luxemburg, der 45 Teilnehmer aus 18 Nationen vereint hatte, als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen worden.⁷⁹ Wenn die Satzung von 1949 schließ-

75 Vgl. NEI-Statuten vom Dezember 1949, EBD. S. 205–208; vgl. Alcide DE GASPERI, *Grundgedanken der Christlichen Demokratie*; sowie die Manifeste der 16 NEI-Kongresse 1948–1962, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 130–196. Überblick über die Kongresse bei Franz HORNER, *Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Geschichte, Programmatik, Strukturen*, München 1981, S. 67; vgl. die Chronologie bei Hans August LÜCKER/Karl Josef HAHN, *Christliche Demokraten bauen Europa*, Bonn 1987, S. 71–102.

76 Wie Anm. 71 u. 72.

77 Genfer Kreis, 10.6.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 184f.

78 Genf, 24.3.1952; Genf, 16.6.1952; Genf, 3.11.1952; Genf, 2.3.1953; Baarn (Niederlande), 6.7.1953. Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, Düsseldorf 1989, S. 283f., 366, 454f., 571, 665f.

79 Heribert GISCH, *Die europäischen Christdemokraten (NEI)*, in: Wilfried LOTH (Hg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950*, Bonn 1990, S. 227–236, 231.

lich vorsah, auch bedeutende Einzelpersonen könnten eine nationale Equipe bilden, so erleichterte dies es wiederum, Repräsentanten des osteuropäischen Exils sowie nationaler Minderheiten Europas (der Basken oder Katalanen) aufzunehmen und eine Brücke zu den christlich-demokratischen Regungen in Mittel- und Südamerika zu schlagen. Nachdem 1949 die Organisation der Christlichen Demokraten Amerikas ins Leben getreten war, entstand 1961/64 die Christlich Demokratische Weltunion: Das Vorbild der europäischen Erfahrungen, die christlich-sozialen Ideen, die der Ausbreitung des Kommunismus in anderen Erdteilen entgegengesetzt werden konnten, das Aufkommen weltweiter Probleme begünstigten diese Gründung.⁸⁰

Der Wert der Sondierungen und Gespräche, die auf den Kongressen der NEI stattfanden, hing oft von der nationalen Bedeutung und politischen Stellung der sie besuchenden Persönlichkeiten ab. Immerhin schufen sich die NEI ein Exekutivkomitee, zusammengesetzt aus Vertretern jeder nationalen Equipe. Es sollte sich laut Satzung (von 1949) alle drei Monate treffen und jedes Jahr sein Büro mit einem Präsidenten, vier Vizepräsidenten und einem Generalsekretär wählen. Die Reserve, die der MRP und der PSC gegenüber den NEI an den Tag legten, gedachte das Exekutivkomitee 1950 durch einen Brief an die Vorsitzenden dieser Parteien aufzuweichen.⁸¹ Eine Vertretung im Exekutivkomitee fand auch die „Section des Jeunes“. Innerhalb der NEI schien eine Einigung darüber in Sicht, dass die „Jungen“, auch um die kommunistischen Jugendorganisationen zurückzudrängen, finanziell besonders zu fördern und die Kontakte etwa mit katholischen Jugendgruppen zu stärken seien.⁸²

Die Aufforderungen zu einer engeren Zusammenarbeit konnten schon darum nicht verstummen, weil die Zusammenschlüsse der konkurrierenden politischen Parteienfamilien Fortschritte machten. 1951 auf dem NEI-Kongress in Bad Ems meinte Adenauer, die christlichen Parteien könnten es „zur Zeit weder an Kraft noch an Propagandawirkung“ mit der Kominform und der sozialistischen Internationale aufnehmen.⁸³ Im April 1947 gründeten in Oxford Vertreter aus 48 Staaten die Liberale Weltunion. Der NEI-Präsident Robert Bichet zeigte sich beunruhigt über den Einfluss der liberal-freimaurerischen Kreise auf die sich ausbreitenden Europabewegungen.⁸⁴ Sein Generalsekretär Jules Soyeur pflichtete ihm bei und verlangte, um auf das European Movement unter Duncan Sandys Einfluss zu gewinnen, müsse die Bildung einer „inter-

80 Emilio COLOMBO, *Internationale Präsenz der Christlichen Demokraten*, in: EVP-Fraktion (wie Anm. 58), S. 74–86, 82f.; PORTELLI/JANSEN (wie Anm. 1).

81 Sorrent, 12.–13.4.1950, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 225f.

82 Exekutivausschuss, Paris, 18.–19.11.1949, EBD. S. 195. Dokumente über die Sezione giovanile NEI bei DELUREANU (wie Anm. 1), S. 251–278.

83 Exekutivausschuss, Bad Ems, 14.–15.9.1951, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 295.

84 Exekutivausschuss, Lüttich, 21.6.1948, EBD. S. 131f.

nationale des partis démocratiques et chrétiens à l'échelon européen et mondial“ vorangetrieben werden.⁸⁵ Kurz darauf beschlossen die NEI, Robert Bichet als ständigen Vertreter in das European Movement zu entsenden und Alcide De Gasperi zur Teilnahme an den Tagungen der Europakongresse zu bewegen, um so durch repräsentative Figuren aus dem eigenen Lager die Europa-Bewegung aufzuwerten.⁸⁶ Außerdem war geplant, einen Klub der NEI beim Europarat in Straßburg zu bilden, mit der im Oktober 1947 gegründeten Interparlamentarischen Union zusammenzuarbeiten und die christlich-demokratischen Teilnehmer an UNO-Tagungen vorher zur Kontaktaufnahme zusammenzuführen.

Auch wenn diese Absichten nicht wie erwünscht umgesetzt werden konnten, trugen die NEI mit ihren organisatorischen Anstrengungen, mit ihren entschlossenen Visionen und Konzeptionen, mit ihren historischen und theoretischen Argumenten für den Aufbau eines freiheitlichen, wirtschaftlich kräftigen, menschenwürdig gestalteten Europa doch zur Ausbildung eines bis heute in Grundkonturen sichtbaren drei- bis viergliedrigen politischen Spektrums bei. Über Ländergrenzen hinweg wurden neue Gliederungen und Ordnungen auf einer erstmals bestehenden, zur Globalisierung hin geöffneten, europäischen Ebene geschaffen. Den Vereinigungen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberalen traten im europäischen Maßstab die christlichen Demokraten gegenüber, die Europa als ein programmatisches Proprium entdeckten.

IV. Einige Thesen

Der Föderalismus diente maßgeblichen Vordenkern der NEI als Modell, um der Vision eines friedlichen, fruchtbaren, kulturell eigenständigen Zusammenlebens der europäischen Völker nach der Selbsterfleischung zweier Weltkriege Gestalt zu verleihen. Voraussetzung war die gegenseitige Anerkennung, die sich die Staaten und Völker aufgrund ihrer geschichtlichen und geistigen Verwandtschaft und einer aus christlicher Tradition herrührenden Vorstellung von Zivilisation und Personalität gewährten.

Den NEI schwebte im Prinzip ein gleichberechtigter Bund freier Völker vor; dieses Bestreben verstanden sie als Abwendung von überlebten Hegemonialstrukturen bestimmter Phasen der europäischen Geschichte. Diese Konzeption bot nun auch eine Chance für die Wiederaufnahme Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. Sie hielt den osteuropäischen, dem Sowjetimperium

85 6.4.1949, EBD, S. 171. Vgl. zur Gründung des United Europe Movement am 14.5.1947 und zu den weiteren Europa-Bewegungen Walter LIPGENS, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, 1. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977, S. 319–331 u. S. 292–460.

86 Politische Kommission, Paris, 8.4.1949, in: GEHLER/KAISER (wie Anm. 3), S. 172f.

eingegliederten Völkern die Tür zum Beitritt offen. Die Realität der sowjetischen Bedrohung im Verein mit der Schwäche der westeuropäischen Völker während der Nachkriegszeit gebot aus Gründen der Selbsterhaltung den Anschluss an das von den USA dominierte nordatlantische Bündnis.

Der lockere Bund der NEI, ein „hinkender“ Zusammenschluss, weil er nicht nur den Parteien, sondern auch Einzelpersonen offen stand, übernahm, neben den konkurrierenden Zusammenschlüssen der anderen Parteienfamilien, eine Vorreiterrolle für die Einigung Europas. Zeitlich ging er den staatlichen Einigungsvorgängen voraus, als Parteienphänomen bildete er ein eigenständiges Element neben den europäischen Bewegungen. Die Verstärkung der Koordination wurde auf den Kongressen der NEI mehrfach angemahnt. Aber auch der unvollkommene Zusammenschluss bot ein wichtiges Forum für den Gedankenaustausch zwischen solchen Führungspersonlichkeiten, die bereits Regierungsfunktionen innehatten oder bald darauf in ihren Staaten übernehmen sollten. Diese Personenkreise konnten die für ihre nationale und die für eine übernational-gemeinsame Politik notwendigen und unentbehrlichen Kontakte und Bekanntschaften besonders auf den Zusammenkünften der Frühphase der NEI gewinnen. Die ersten Stationen überstaatlicher Zusammenschlüsse und die grundlegenden politischen Neuorientierungen dürften dadurch entscheidend erleichtert worden sein: etwa die Gründung der Montanunion, die Vorbereitung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Eintritte in die NATO, die Abwehr der durchaus vorhandenen neutralistischen Tendenzen. Selbst der mit den Fortschritten der NEI eher unzufriedene Österreicher Felix Hurdes stellte schon Mitte 1949 selbstbewusst fest: „Les NEI sont devenues une sorte de Parlement Européen de la Démocratie chrétienne.“⁸⁷

87 Genfer Kreis, 10.6.1949, EBD. S. 185.

Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat 1948/49

Von Rudolf Uertz

Christlicher Humanismus und Grundgesetz

Ob das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (GG) mit seinen anthropologisch-sittlichen Wertauffassungen heute noch in den Repräsentativorganen des Bundes und der Länder die erforderlichen Mehrheiten bekäme, kann bezweifelt werden. Im Europäischen Verfassungskonvent 2002/2003 jedenfalls haben laizistische Kreise gegenüber dem von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) eingebrachten Vorschlag eines Gottesbezuges und einer Referenz an das Christentum in der Präambel entschiedenen Widerstand gezeigt, obwohl eine Präambel kein direktes Auslegungskriterium für den Verfassungstext darstellt – eine Haltung, die auch in Deutschland eine beträchtliche Anhängerschar fand.

Diese laizistische Distanzierung von religiösen und christlichen Metaphern, Bildern, Motiven und Normen im konstitutionellen, politischen und rechtlichen Raum hat tiefliegende, historisch tradierte Gründe. Im Rückblick scheint es daher als besonders beachtlich, dass das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in so beträchtlichem Maße Grundsätze aufgenommen hat, die von der christlichen Ethik und Anthropologie beeinflusst sind. Dieses Ergebnis war nicht nur durch die Mehrheitsverhältnisse im Parlamentarischen Rat bedingt, sondern ist auch auf verschiedene andere Umstände zurückzuführen.¹ Vor allem wird man nicht übersehen dürfen, dass die Hinwendung zu überpositiven, metaphysischen Begründungen von Grundrechten und rechtsstaatlichen Ordnungsprinzipien nach 1945 als Gegenbilder zum nationalsozialistischen Unrechtsregime und zum Rechtspositivismus weit über den kirchlich-christlichen Raum hinaus Zustimmung fand.²

1 Zum Thema vgl. Hans-Otto KLEINMANN, „Wahren, pflegen, ausbauen“ – *Das Werk des Parlamentarischen Rates zwischen Grundgesetzgebung und Erneuerungsdiskurs*, in: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, Freiburg i.Br. 2008, S. 14–90. – Sitzverteilung im Parlamentarischen Rat: CDU 19 Sitze, CSU 8 Sitze; SPD 27 Sitze; Liberale (FDP, LDP und DVP) 5 Sitze; Zentrum, DP und KPD je 2 Sitze.

2 In markanter Weise hat z.B. der bekannte Jurist und frühere Reichsjustizminister (SPD), Gustav RADBRUCH, *Die Erneuerung des Rechts*, in: Werner MAIHOFFER (Hg.), *Naturrecht oder Positivismus?*, Darmstadt 1962, S. 1ff., hier: S. 2, der selbst die längste Zeit seines Lebens Anhänger des Rechtspositivismus war, eine grundlegende Erneuerung des Rechts und der Politik auf der Basis naturrechtlicher Normen gefordert: „Die Rechtswissenschaft

Die folgende Darstellung wird sich mit den wichtigsten Artikeln des Grundgesetzes sowie den politik- und verfassungstheoretischen Positionen der Parteien, insbesondere der CDU/CSU-Fraktion, im Parlamentarischen Rat 1948/49 befassen.

Die Verfassungen der Länder

Politik war im Nachkriegsdeutschland zunächst Ländersache. Die Alliierten verfolgten anfangs unterschiedliche Zielsetzungen in ihren Zonen. Vor allem die französische Besatzungsmacht hatte angesichts der Kriege mit Deutschland ein besonderes Sicherheitsstreben. Im Vergleich zu den Amerikanern und den Briten waren die Franzosen äußerst zurückhaltend, als es um Übertragung von politischen und wirtschaftlichen Kompetenzen an die Deutschen ging. Aber auch die britische Besatzungsmacht hatte es, was die Formulierung von Länderverfassungen anging, nicht eilig. Der Grund hierfür ist wohl in dem britischen Staats- und Rechtsverständnis zu suchen, das ja keine geschriebene Verfassung kennt. So wurde die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen erst nach der Gründung der Bundesrepublik, nämlich im Jahre 1950, verabschiedet.

Wesentlich schneller konnten sich die Länder in der amerikanischen Zone ihre Verfassung geben: Der Freistaat Bayern sowie die Länder Württemberg-Baden und Groß-Hessen verabschiedeten diese bereits im Jahr 1946, das Land Rheinland-Pfalz folgte ein Jahr später. Seine Verfassung ist neben der bayerischen die am stärksten von naturrechtlichem Gedankengut beeinflusste Konstitution. Während die Bayerische Verfassung vornehmlich von Wilhelm Hoegner, dem bekannten Staatsrechtler Hans Nawiasky sowie Hans Ehard formuliert wurde, ist das rheinland-pfälzische Verfassungsdokument weitgehend von Adolf Süsterhenn geprägt, der der naturrechtlich fundierten katholischen Staatslehre verbunden war.³ Er sollte als CDU-Vertreter auch bei der Erarbei-

muss sich wieder auf die jahrtausendalte gemeinsame Weisheit der Antike, des christlichen Mittelalters und des Zeitalters der Aufklärung besinnen, dass es ein *höheres* Recht gebe als das *Gesetz, ein Naturrecht, ein Gottesrecht, ein Vernunftrecht, kurz ein übergesetzliches Recht*, an dem gemessen das Unrecht Unrecht bleibt, auch wenn es in die Form des Gesetzes gegossen ist – vor dem auch das aufgrund eines solchen ungerechten Gesetzes gesprochene Urteil nicht Rechtsprechung ist, vielmehr Unrecht, mag auch dem Richter, eben wegen seiner positivistischen Rechterserziehung, solches Unrecht nicht zur persönlichen Schuld angerechnet werden.“ – Zur Problematik vgl. auch Hans MAIER, *Der politische Weg der deutschen Katholiken nach 1945*, in: DERS., *Deutscher Katholizismus nach 1945*, München 1964, S. 202; DERS., *Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition*, in: DERS., *Politische Wissenschaft in Deutschland*, München 1969 (2. Aufl. 1985), S. 133ff., 143.

³ Vgl. Adolf SÜSTERHENN, *Der Durchbruch des Naturrechts in der deutschen Verfassungsgesetzgebung nach 1945*, in: Hermann CONRAD/Heinrich KIPP (Hg.), *Gegenwartsprobleme des Rechts*. Bd. 1: *Beiträge zum Staats-, Völker- und Kirchenrecht sowie zur Rechtsphilosophie*, Paderborn 1950, S. 43–52. Zu Süsterhenn vgl. R. UERTZ, *Adolf Süsterhenn*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 355–364.

tung des Bonner Grundgesetzes eine wichtige Rolle spielen.⁴ Einen gewissen Vorbildcharakter für die Wertauffassung des Grundgesetzes, näherhin die Menschenwürde als „materiellem Hauptgrundrecht“ hatte die Bayerische Verfassung.⁵ Dieser Sichtweise schloss sich denn auch später die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an, das die Menschenwürde als „tragendes Konstitutionsprinzip“ und „obersten Verfassungswert“ charakterisierte.⁶

Gewisse Gegenpole zu den Bayern und Rheinland-Pfalz bildeten die Verfassungen von Hessen und Bremen, die ganz und gar von säkular-liberalen und -sozialen Ideen bestimmt sind.

Die Entscheidung zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Angesichts der unvereinbaren Gegensätze zwischen den USA, England und Frankreich auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, die in ihrer Zone jegliche demokratisch-rechtsstaatlichen Bestrebungen unterdrückte, einigten sich die drei westlichen Alliierten auf der Londoner Konferenz im Juni 1948 über die zukünftigen Linien einer gemeinsamen Politik ihrer Besatzungszonen.⁷ Am 1. Juli 1948 wurden die Repräsentanten der westlichen Länderregierungen, die Ministerpräsidenten der Länder und die beiden Bürgermeister der Hansestädte Hamburg und Bremen, von den drei Militärgouverneuren über die Ergebnisse der Londoner Konferenz informiert. In den sogenannten Frankfurter Dokumenten empfahlen die Westmächte die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates und die Bildung einer verfassungsgebenden

4 Vgl. hierzu Burkhard van SCHEWICK, *Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950*, Mainz 1980; ferner Klaus GOTTO, *Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Kirche und Katholizismus 1945–1949*, München 1977, S. 88–108; Paul MIKAT, *Verfassungsziele der Kirchen unter besonderer Berücksichtigung des Grundgesetzes*, in: Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hg.), *Christen und Grundgesetz*, Paderborn 1989, S. 33–69; aus protestantischer Sicht Axel Freiherr von CAMPENHAUSEN, *Die Kirchen unter dem Grundgesetz 1949–1989*, in: EBD., S. 71–93; Gerhard BESIER, *Die Rolle der Kirchen im Gründungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland*, Lüneburg 2000; Carsten NICOLAISEN/Nora Andrea SCHULZE (Bearb.), *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 2: 1947/48, Göttingen 1997.

5 Theodor MAUNZ, *Rechtsethische Positionen in den Nachkriegsverfassungen des Bundes und der Länder*; Willi GEIGER, *Die Abkehr vom Rechtspositivismus in der Rechtsprechung der Nachkriegszeit 1945–1963*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945–1963*, Paderborn 1981, S. 9–27, 29–63.

6 Vgl. Hans Michael HEINIG, *Menschenwürde, Menschenrechte*, in: *Evangelisches Staatslexikon*, hg. von Werner HEUN und Martin HONECKER, Stuttgart 2006, Sp. 1516ff., hier: 1518.

7 An der Londoner Sechsmächtekonferenz waren auch die Benelux-Staaten als direkte Nachbarn Deutschlands beteiligt. Die erste Sitzungsperiode dauerte vom 23. Februar bis 6. März, die zweite vom 20. April bis 1. Juni 1948; vgl. Gerd WEHNER, *Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949*, Freiburg i.Br. 1994.

Versammlung für die Bundesrepublik Deutschland. Außerdem gab Frankreich seine Zustimmung zum Zusammenschluss seiner Besatzungszone, aus der das Saarland 1947 bis 1957 ausgegliedert und französischer Wirtschaftsverwaltung unterstellt war, mit der Bizonenverwaltung.

Im Zuge der Beschlüsse der Londoner Konferenz kam es zu zwei für die Neuordnung Westdeutschlands wichtigen Vorentscheidungen: Um ein geordnetes Wirtschafts- und Finanzsystem zu gewährleisten, wurde in den drei Westzonen am 20. Juni 1948 eine Währungsreform durchgeführt.⁸ Aber das im Wesentlichen von den westlichen Alliierten durchgeführte Reformwerk war nur teilweise der Grund für die – wie sich bald zeigen sollte – außerordentliche wirtschaftliche Belebung der Westzonen. Nur vier Tage später trat das sogenannte Leitsatzgesetz in Kraft, mit dem die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wurde, die seit der NS-Zeit bestanden hatte.⁹ Mit dem „Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ der zwei bzw. drei westlichen Zonen hatten die Deutschen bereits begrenzte Kompetenzen für die Verwaltung von Wirtschaft, Post und Fernmeldewesen sowie der Arbeits- und Sozialgesetzgebung. Die Entscheidung zugunsten der Liberalisierung des Marktes, die die Abgeordneten von CDU, CSU und die FDP im Frankfurter Wirtschaftsrat mitgetragen hatten, war ebenso wie die Umsetzung in erster Linie das Werk des damaligen Direktors der Wirtschaftsverwaltung, des späteren Bundeswirtschaftsministers und Bundeskanzlers Ludwig Erhard. Zu einem Zeitpunkt, da selbst noch liberale Wirtschaftswissenschaftler die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung als verfrüht ansahen, setzte Ludwig Erhard dieses riskante Reformwerk in die Realität um – eine Entscheidung, die bald auch erste Früchte tragen sollte und die mit die entscheidende Grundlage für den als „Wirtschaftswunder“ bezeichneten ökonomischen Wiederaufstieg Westdeutschlands bedeutete.

Mit der Einführung der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch Ludwig Erhard – der Begriff „sozial“ intendierte die gesellschaftlich-positiven Wirkungen markt- und leistungsorientierter Ordnungsideen einerseits wie auch eine adäquate Sozialordnung und Sozialpolitik andererseits (vgl. Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15. Juli 1949) – war eine wichtige Vorentscheidung auch im Hinblick auf die künftige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gefallen. Denn faktisch existierten mit der Installierung der Marktwirtschaft im

8 Die Französische Besatzungsmacht stimmte erst auf der Londoner Konferenz am 1. Juni 1948 dem Beitritt ihrer Zone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet zu.

9 Vgl. Gerold AMBROSIOUS, *Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945–1949*, Stuttgart 1976; zur wirtschaftsordnungspolitischen Diskussion in der CDU vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 185–204; DERS., *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 446, S. 47–51.

Vereinigten Wirtschaftsgebiet bereits wirtschafts- und gesellschaftspolitische Normen, die mittelbar auch Konsequenzen für die Verfassungsberatung des Grundgesetzes haben sollten. Jedenfalls hätte eine Aufkündigung der liberal-wirtschaftlichen Ordnungsideen und ihre Ersetzung durch wirtschaftliche Lenkungsmechanismen in der neuen Bundesverfassung eigens verankert werden müssen, was jedoch nicht geschah.

Die SPD, die ebenso wie die CDU/CSU durch 27 Vertreter im Parlamentarischen Rat vertreten war, hatte zu jenem Zeitpunkt noch vor, der Bundesrepublik eine sozialistische Wirtschaftsordnung mit beträchtlichen Vollmachten für staatliche und korporative Lenkungsorgane zu geben.¹⁰ Entsprechend hätten die Sozialdemokraten alles unternehmen müssen, um ihre Ordnungsintentionen in der neuen Verfassung festzuschreiben (als Verbündete wären eigentlich nur die beiden KPD-Vertreter infrage gekommen). Doch neigten die Unionsparteien, die fünf FDP-Abgeordneten sowie DP und Zentrum mit je zwei Abgeordneten eher liberalen Ordnungsvorstellungen zu. Im Parlamentarischen Rat kündigten sich – zumindest in wichtigen Kernfragen – somit schon Koalitions- und Mehrheitsverhältnisse an, wie sie auch für den Deutschen Bundestag prägend werden sollten.

Das Grundgesetz in den Beratungen des Parlamentarischen Rates

Der Parlamentarische Rat konstituierte sich am 1. September 1948, also nur wenige Wochen nach der Londoner Konferenz.¹¹ Sein Präsident war Konrad Adenauer.¹² Vorsitzender des Hauptausschusses, in dem die Sach- und Detailfragen beraten wurden, war Carlo Schmid (SPD). Er war alles andere als ein typischer Sozialdemokrat. Der Rechtsprofessor, Schriftsteller, Übersetzer und Politiker war in der klassischen Philosophie ebenso bewandert wie in der Literatur. Eine weitere bedeutende Gestalt bei den Grundgesetzberatungen war der altliberale FDP-Politiker Professor Theodor Heuss, von 1920 bis 1933 Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Die einflussreichsten Unionsabgeordneten neben Adenauer, der als Präsident nicht mit der verfas-

10 Vgl. „Politische Leitsätze der SPD“ vom Mai 1946, in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN, *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: SPD, F.D.P., NPD, DKP, 3. Aufl., München 1979, S. 291–296; Nikolas DÖRR, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Parlamentarischen Rat 1948/1949. Eine Betrachtung der SPD in den Grundgesetzberatungen vor dem Hintergrund der ersten Bundestagswahl 1949*, Berlin 2007.

11 Vgl. Michael F. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat 1948/49. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Göttingen 1998; BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1).

12 Vgl. zu ihm Rudolf MORSEY, *Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 62–94; DERS., *Konrad Adenauer*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 91–102.

sungsrechtlichen Detailarbeit befasst war, waren der bereits erwähnte Jurist Adolf Süsterhenn, ferner der Rechtsanwalt Heinrich von Brentano (beide CDU)¹³ und der Gymnasiallehrer Anton Pfeiffer (CSU). Auch die beiden letzteren hatten durch ihre zuvor erfolgten Berufungen in die Verfassungsgebenden Versammlungen von Hessen bzw. Bayern einschlägige verfassungspolitische und -rechtliche Erfahrungen gesammelt. Wichtige Beiträge zu den Verfassungsberatungen lieferten ferner der Staatsrechtler Hermann von Mangoldt sowie Theophil Kaufmann (beide CDU) und Wilhelm Laforet (CSU).¹⁴

Wichtige Grundlage der Beratungen war der Entwurf des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee. Die Aufgabe des Herrenchiemseer Konvents (er tagte vom 10. bis 24. August 1948) hatte darin bestanden, die zentralen Verfassungsrichtlinien für das Grundgesetz zu erarbeiten. Die Unionsvertreter waren hier u. a. Süsterhenn und Pfeiffer, die zuvor auch in den beiden Verfassungsausschüssen der Union zur Vorbereitung des Grundgesetzes, dem sogenannten Heppenheimer Ausschuss und dem Ellwanger Kreises, führend beteiligt waren.¹⁵ Im Parlamentarischen Rat übernahm Pfeiffer den Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion.¹⁶

In den Reihen der Abgeordneten des Parlamentarischen Rates war man sich weitgehend einig, dass der künftige Weststaat angesichts der Teilung Deutschlands in zwei Machtblöcke nur eine provisorische Lösung darstellen könne. Aus diesem Grunde verzichtete man auch auf den Begriff „Verfassungsgebende Versammlung“ zugunsten des Begriffs „Parlamentarischer Rat“. Entsprechend

13 Zu Brentano vgl. Erhard H.M. LANGE, *Wegbereiter der Bunderepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates*. Brühl 1999, S. 41ff.; Manfred AGETHEN, *Heinrich von Brentano*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 123–133.

14 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Theophil Kaufmann*, Otto DEPENHEUER, *Wilhelm Laforet*, Ulrich VOSGERAU, *Hermann von Mangoldt*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 193–206, 237–244, 271–282.

15 Vgl. die *Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung. Vorschläge für die CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft*, beschlossen auf der Tagung des Ellwanger Freundeskreises in Bad Brückenau am 13.4.1948. Im Ellwanger Entwurf lautet der erste Satz: „Deutschland soll ein Bundesstaat mit der Bezeichnung ‚Bundesrepublik Deutschland‘ sein“, in: Werner SÖRDEL, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes*, 2. Aufl., Opladen 1985, S. 297. Zum Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vgl. *Auf dem Weg zum Grundgesetz. Verfassungskonvent Herrenchiemsee 1948*, hg. vom Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg 1998. Zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes vgl. Hermann von MANGOLDT (Erläut.), *Das Bonner Grundgesetz*, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1957 (Nachdr. Berlin 1966); Wolfgang BENZ (Hg.), *Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes*, München 1979; Peter MÄRZ/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *Weichenstellung für Deutschland. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee*, München 1999.

16 Zu Anton Pfeiffer vgl. Christiane REUTER, „Graue Eminenz der Bayerischen Politik“. *Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888–1957)*, München 1987; Thomas SCHLEMMER, *Anton Pfeiffer*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 289–298.

sollte die staatspolitische Grundordnung der zukünftigen Bundesrepublik nicht den Namen „Verfassung“, sondern lediglich „Grundgesetz“ tragen.

Provisoriumscharakter oder Vollverfassung?

Bezüglich der Vorläufigkeit des neuen Staates und seiner Konstitution gab es zwischen den Unionsparteien und der SPD eine Kontroverse. Die Sozialdemokraten wollten aufgrund der weitreichenden alliierten Hoheitsrechte und der Vorbehalte der drei Westmächte hinsichtlich der Behandlung Deutschland als Ganzes, seiner Wiedervereinigung, der inneren und äußeren Bedrohung sowie der Stationierung alliierter Streitkräfte das Grundgesetz lediglich als „Organisationsstatut für eine Übergangszeit“ verstanden wissen und alles, was in das Grundgesetz geschrieben wurde, unter das Gesetz des Provisoriums stellen.¹⁷ Die SPD wollte daher auch kein eigenes Amt für ein Staatsoberhaupt einrichten.

Die CDU/CSU konnte sich jedoch mit ihrer Vorstellung durchsetzen. So sollte das Grundgesetz ungeachtet der Tatsache, dass dieses zunächst nicht für das gesamte Deutschland gelten konnte, dennoch den Charakter einer Vollverfassung eines – wenn auch zunächst noch geteilten – souveränen Staates haben. Volle Einigkeit bestand zwischen den Parteien darin, die Grundrechte nicht in der rechtlich unbestimmten Weise der Weimarer Reichsverfassung (WRV) aufzunehmen, sondern sie stärker zu konkretisieren. Sie sollten als verbindliche Programmsätze konzipiert werden und nicht wie in der Weimarer Verfassung als „Anhängsel“ (Carlo Schmid) fungieren, wo sie hinter dem Staatsorganisationsteil platziert waren. Vielmehr sollten die Grund- und Freiheitsrechte der Person dem Verfassungswerk vorangestellt werden und als unmittelbar geltendes Recht ihre Bindewirkung auf die Verwaltung, die Rechtsprechung und die Gesetzgebung ausüben. In der Weimarer Verfassung hingegen waren die Grundrechte genau genommen Bürgerrechte, die als solche zur Disposition des Reichspräsidenten standen.¹⁸

Die der damaligen Rechtsauffassung zugrunde liegende Werthaltung ist unverkennbar ein Produkt des Rechtspositivismus, dem die meisten Berater der

17 Carlo SCHMID, *Die politische und staatsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 3 (1949), S. 201–207, hier: 202, bezeichnete das westdeutsche Staatswesen als „Staatsfragment“.

18 In der 3. Plenarsitzung am 9. September 1948, in: *Parlamentarischer Rat. Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen*, Bonn 1948/49, S. 14, erklärte Carlo Schmid: „Der Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfähigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können. Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren. ... Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, aufgrund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.“

Weimarer Reichsverfassung sowie viele Juristen und Beamte im Deutschen Reich anhängen. Da der Rechtspositivismus nicht nach der inhaltlichen Bestimmung von Recht und Gesetz fragt, sondern formale Grundsätze bei der Rechtsetzung in den Vordergrund stellt, konnte im nationalsozialistischen Staatsrecht der Führerwille als absolut gültige Rechtsquelle gerechtfertigt werden, die mit der Statuierung subjektiver Rechte unvereinbar war.¹⁹ Das führte zu der Absurdität, dass selbst die Rassegesetzgebung und die Ächtung der Juden gemäß positivistischer Rechtsauffassung den Status legaler Gesetze annehmen konnten.

Besonderer Schutz der klassischen Grundrechte

Es schien den Beratern des Grundgesetzes daher wichtig, die klassischen Grundrechte, die den einzelnen vor Übergriffen des Staates schützen sollten, verbindlich zu formulieren. Auch sollten keine Grundsätze über die soziale Lebensordnung aufgenommen werden, wie sie die Weimarer Verfassung im Abschnitt über das Wirtschaftsleben enthielt, Grundsätze die erst durch staatliche Tätigkeit hätten ausgefüllt werden müssen.

Es ist offensichtlich, dass sich die wertmäßige Verankerung des Grundgesetzes in hohem Maße aus dem Fundus naturrechtlicher und philosophischer Ideen speist.²⁰ Der Umstand, dass die metaphysisch bzw. überpositiv begründeten Grundrechtssicherungen einschließlich der *vocatio Dei* in der Präambel auch von der SPD und den Vertretern der anderen Parteien mitgetragen werden konnte, zeigt an, dass laizistische Grundsätze und Einwände im Parlamentarischen Rat – abgesehen von der ohnehin wenig konstruktiven Mitarbeit der beiden KPD-Abgeordneten – kaum vertreten waren. Verständlich wird von daher ein weiteres Charakteristikum des Grundgesetzes und der Ordnung der Bundesrepublik: die besondere Betonung personalistischer und individualrechtlicher Normen bei gleichzeitiger Zurückhaltung sozial- und gesellschafts-

19 Die liberalen Grundrechte, ihre theoretische Verankerung und Bindewirkung im Grundgesetz sind diametral der nationalsozialistischen Rechts- und Staatsauffassung entgegengesetzt. Im Kommentar von Ernst Rudolf HUBER, *Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches*, 2. Aufl., Hamburg 1939, S. 361 (Auszüge in Reinhold ZIPPÉLIUS, *Kleine deutsche Verfassungsgeschichte*, München 1996, S. 137–145), heißt es: „Es gibt keine persönliche, vorstaatliche und außerstaatliche Freiheit des Einzelnen, die vom Staat zu respektieren wäre. An die Stelle des isolierten Individuums ist der in die Gemeinschaft gliedhaft eingegliederte Volksgenosse getreten, der von der Totalität des politischen Volkes erfasst und in das Gesamtwirken einbezogen ist. Es kann hier keine private staatsfreie Sphäre mehr bestehen, die der politischen Einheit gegenüber unantastbar und heilig wäre.“

20 Das Naturrecht sollte gemäß den Intentionen der meisten Vertreter des Parlamentarischen Rates nicht eine deduktive Rechtsbegründung sein; vielmehr versteht es sich gemäß dem Verständnis liberaler Staats- und Rechtstheorie als „Legitimierung, Limitierung und Normierung“ des positiven Rechts (Alexander HOLLERBACH, *Katholizismus und Jurisprudenz. Beiträge zur Katholizismusforschung und zur neueren Wissenschaftsgeschichte*, Paderborn 2004, S. 46, in Anlehnung an Eric Wolf).

politischer Grundsätze²¹ – ein Umstand, der nicht zuletzt beim Vergleich von Grundgesetz und Weimarer Verfassung auffällig ist. Auch dieser Umstand ist mit Grund dafür, dass das Grundgesetz wesentlich stärker als die Reichsverfassung von 1919 beträchtliche Affinitäten zu christlich-anthropologischen Prinzipien aufweist.

Aufgrund der sozialistischen Gesellschaftsauffassung und ihrem Hang zu staatlich-administrativen Regelungen hätte die SPD zur Durchsetzung genuin sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Positionen einen Katalog einschlägiger sozialer Grundrechte und regulierender Wirtschaftsordnungsnormen aufnehmen müssen, wie sie in nicht unerheblichem Maße auch in der Weimarer Verfassung niedergelegt worden waren.²² Dass sich die SPD aber so weitgehend mit den liberalen und liberal-christlichen Parteien auf die Beschränkung, hauptsächlich die klassischen Freiheits- und Menschenrechte aufzunehmen, festlegen ließ, lag einerseits in der schon erwähnten Einschätzung des Grundgesetzes als „Organisationsstatut für eine Übergangszeit“, andererseits in der Hoffnung, bei den Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag die Mehrheit zu erringen, um dann die Wirtschafts- und Sozialordnung im Sinne sozialdemokratischer Programmatik auf parlamentarisch-administrativem Weg bestimmen zu können. Schließlich befürchtete man aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Parlamentarischen Rat, dass die sozialen Grundrechte dort nur „verwässert“ worden wären.

So hatte Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD nach 1945, auf dem Parteitag der SPD am 11. September 1948 in Düsseldorf seinen Parteifreunden im Parlamentarischen Rat, dem er selbst nicht angehören wollte, die Weisung gegeben: „In Bonn werden wir Sozialdemokraten nicht den Ehrgeiz haben, die großen geschichtlichen Vorbilder der alten sozialdemokratischen Verfassungen mit Worten und Beteuerungen zu übertreffen. Hier soll ein den Realitäten entsprechendes Provisorium entstehen.“²³ Auch wenn man darin übereinstimmte, dass die Grund- und Menschenrechte vor- und überstaatlichen Charakter hätten und der Parlamentarische Rat damit eine konträre Rechtsauffassung zum Gros der Abgeordneten der Weimarer Nationalversammlung einnahm, so unterschieden sich doch die Auffassungen, wie die vorstaatlichen Rechte begründet und gesichert werden sollten.²⁴

21 Das Grundgesetz beließ es bei der sehr allgemeinen Formulierung der Sozialstaatlichkeit in den Art. 20 (1) und 28 (1).

22 Insbesondere in WRV Art. 151–165 (sogenannte Räteartikel).

23 Rede von Kurt Schumacher auf dem SPD-Parteitag 1948, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf*, Berlin 1976, S. 44; vgl. hierzu Theo PIRKER, *Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der SPD von 1945–1964*, München 1965, S. 88ff.

24 Zur Weimarer Reichsverfassung vgl. Gerhard ANSCHÜTZ, *Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis*, 14. Aufl., Berlin 1933.

Unterschiede im Staatsverständnis

Die diesbezüglichen Differenzen hingen eng zusammen mit dem jeweiligen Staatsverständnis.²⁵ Während für die meisten Vertreter der SPD und FDP der Staat ein reiner Zweckverband zu sein schien, vertraten die Unionschristen und auch die Vertreter von Zentrum und DP mehrheitlich den christlich-anthropologischen bzw. naturrechtlichen Standpunkt. Adolf Susterhenn war der bedeutendste Wortführer in den Grundsatzfragen. „Schon der große europäische Staatsphilosoph Thomas von Aquin“, so sagte er in der zweiten Plenarsitzung am 9. September 1948, „bekennt sich zu dem Grundsatz, dass das Volk der naturrechtliche Träger der Staatsgewalt ist, dass diese Staatsgewalt also wesentlich beim Volke liegt.“ Der naturrechtlichen Staats- und Politiktheorie gemäß ist das Volk Träger der Staatsgewalt, allerdings – wie Susterhenn hinzufügt – „im Rahmen der durch Ethik und Naturrecht gezogenen Grenzen“. Der Staat muss demnach die äußeren Voraussetzungen und Einrichtungen schaffen, „die es dem Menschen ermöglichen, seine körperlichen und geistigen Anlagen zu entwickeln, seine Persönlichkeit innerhalb der durch die natürlichen Sittengesetze gegebenen Schranken frei zu entfalten“.²⁶

„Für uns“, so ergänzte der CSU-Sprecher Josef Schwalber, „ist das Volk nicht eine ungegliederte Masse, sondern ein wohlgeordneter Organismus, der sich auf den natürlichen Gemeinschaften aufbaut, auf Familie, Gemeinde und Staat.“ Dieser Auffassung schlossen sich die Zentrumsabgeordneten sowie die Mandatsträger der DP an, die ebenfalls naturrechtlich argumentierten. Die Freiheit des einzelnen, so äußerte der Zentrumsvertreter, ist „am sichersten und am besten gewährleistet, wenn zunächst beim Grundgesetz und später bei der Verfassung nach dem Subsidiaritätsprinzip vorgegangen wird.“²⁷

25 Zum Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates vgl. Werner SÖRGEL, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1969, S. 188ff.

26 2. Plenarsitzung vom 8. September 1948, in: *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 18), S. 18.

27 2. Plenarsitzung vom 9. September 1948, EBD. S. 36. Zu Schwalber vgl. Oliver BRAUN, *Josef Schwalber*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 330–340. – Volker OTTO, *Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1971, S. 61, 198ff., vertritt die Auffassung, dass die CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat insgesamt den Staat im Sinne der Organismustheorie verstanden habe. Das ist so nicht zutreffend. Otto übersieht die Differenzen zwischen den klassischen Vertretern der katholischen, neuscholastisch geprägten Staatslehre einerseits und den katholischen Verfassungsrechtlern und Politikern, die mehrheitlich dem von Jacques Maritain (1882–1973; der französische Philosoph war als Vertreter Frankreichs an der Ausarbeitung der UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1948 beteiligt) und deutschen Sozialphilosophen beeinflussten *christlichen Personalismus* anhängen, der sich deutlich von der neuscholastischen Variante der christlichen Staatslehre unterscheidet; vgl. Ru-

So sehr das Grundgesetz auch *subsidiäre Elemente* enthält (der Begriff Subsidiarität wurde erst in einer späteren Grundgesetzänderung aufgenommen) – so wenig gelang es doch den Vertretern des Naturrechts, das Subsidiaritätsprinzip ausdrücklich als Organisationsprinzip in die Verfassung aufzunehmen. Auch wenn einzelne Abgeordnete organologische Ordnungsideen mit ihrem Staats- und Gesellschaftsbild verbanden oder – wie Süsterhenn und Schwalber – Anklänge daran erkennen ließen, so hat das Grundgesetz der Vorstellung des Staates als Organismus keinen Raum gegeben.²⁸ Vielmehr ist die Verfassung durch eine ausgesprochen personalistische Grundhaltung geprägt. Bezüglich der naturrechtlichen Herleitung der Menschenwürde einigte man sich schließlich auf die Fassung des Artikels 1: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“²⁹

Es folgen die Artikel des Rechts der Freiheit der Person (Art. 2), der Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3), der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit (Art. 4), der Meinungsfreiheit (Art. 5), der Versammlungsfreiheit (Art. 8), der Vereinigungsfreiheit (Art. 9), des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10), der Freizügigkeit (Art. 11), der Berufsfreiheit (Art. 12), der

dolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)*, Paderborn 2005, S. 440ff.; Michael J. INACKER, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland*, Neukirchen-Vluyn 1994; vgl. auch die Interpretation des christlichen Menschenbildes des Grundgesetzes bei Günter DÜRIG, *Die Menschenauffassung des Grundgesetzes*, in: Juristische Rundschau 7 (1952), S. 259ff.; DERS., *Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde. Entwurf eines praktikablen Wertsystems der Grundrechte*, in: Archiv des öffentlichen Rechts (81) 1956, S. 117ff.; vgl. auch die Kommentierung der Art. 1 und 2 GG von Günter Dürig in: MAUNZ-DÜRIG, *Grundgesetz. Sonderdruck*, München 2003; zur Neukomentierung von Art. 1 GG durch Matthias HERDEGEN (MAUNZ-DÜRIG, *Grundgesetz-Kommentar*, München 2003), in der Herdegen von der Position Dürigs (Kommentar von 1958: Menschenrechte als überpositive Werte) abweicht; zur Kritik vgl. Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, „Die Würde des Menschen war unantastbar. Abschied von den Verfassungsvätern. Die Neukomentierung von Artikel 1 des Grundgesetzes markiert einen Epochenbruch“, in: FAZ vom 3.9.2003.

28 Konrad Adenauer (vgl. die Grundsatzrede des Ersten Vorsitzenden der CDU für die britische Zone in der Aula der Kölner Universität vom 24.3.1946, in: Konrad ADENAUER, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 82–106) vertrat unverkennbar ein personalistisches Politik- und Staatsverständnis.

29 Vgl. KLEINMANN, „Wahren, pflegen, ausbauen“ (wie Anm. 1), S. 41ff.

Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13), daneben auch das Petitionsrecht (Art. 17).

Wenngleich das Grundgesetz – wie schon angesprochen – nicht explizit eine Wirtschaftsverfassung enthält, so zeigen doch schon die bisher aufgeführten Grundrechte, die als bürgerliche wesensmäßig zugleich auch wirtschaftliche Freiheitsrechte sind, dass im Grundgesetz eine marktwirtschaftliche Ordnung wenn auch nicht ausdrücklich formuliert, so doch sehr nahe liegt, allerdings im Rahmen der noch zu betrachtenden Sozialstaatlichkeit.³⁰ So enthält der Grundrechtsteil das (klassische) Recht auf Freiheit sowie das Eigentums- und Erbrecht (Art. 14 Abs. 1 GG). Aber im Absatz 2 dieses Artikels heißt es einschränkend: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Der Eigentumsschutz gilt nicht unbedingt. Nach Abs. 3 ist nämlich eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässig, doch ist eine solche Maßnahme nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zulässig, das im Übrigen auch Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Und Artikel 15 sieht zum Zwecke der Vergesellschaftung die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft vor, wobei hier wie auch in Art. 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 die gesetzlichen Bestimmungen die Entschädigung unter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten vorsehen. Diese Normen des Grundgesetzes in Artikel 14 und 15, wonach das Privateigentum gewährleistet wird, dieses andererseits aber (sozial) „verpflichtet“, d. h. sein Gebrauch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll (mit der Konsequenz, dass es gegebenenfalls auch in gemeinwirtschaftliche Formen überführt werden kann), wurde vornehmlich von der SPD vertreten. Doch sind diese Forderungen keine exklusiv sozialistisch-gewerkschaftliche Ideen, insofern die Ambivalenz von Privateigentum (privater Vorteil) und sozialem Nutzen alte Grundsätze der christlichen Sozialphilosophie sind.³¹

Nachdem man nicht, wie von einigen Sozialdemokraten und Gewerkschaften gefordert, soziale Grundrechte in die Verfassung aufnehmen wollte, kam man ohne größere Diskussion überein, neben dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit auch das der Sozialstaatlichkeit zu unterstreichen und den rechts- und sozialstaatlichen Charakter ebenso auch für die Verfassungen der Länder bindend festzulegen. Mit der Herausstellung der Bundesrepublik als „sozialen Bundesstaat“ (Art. 20 GG) und als „sozialen Rechtsstaat“ (Art. 28 GG) do-

³⁰ Vgl. Anm. 45.

³¹ Vgl. die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931), in: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning, hg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, Köln 1975 (9. Aufl., Köln 2007), S. 91ff.

kumentiert der Parlamentarische Rat eine soziale Orientierung, ohne allerdings damit genauere instrumentelle und institutionelle Vorstellungen zu verbinden.

Die kirchlichen Forderungen an den Parlamentarischen Rat

Wie die Verbände und Gewerkschaften schalteten sich auch die Kirchen in die Beratungen des Parlamentarischen Rates ein; sie bekundeten ihr besonderes Interesse an einer grundgesetzlichen Garantie der in die christlich-abendländische Kulturordnung eingegangenen „Werte“ und „Lebensordnungen“, die Sicherung der Menschenwürde sowie der Ehe und Familie, das Erziehungsrecht der Eltern gegenüber ihren Kindern, die Unversehrtheit von Leib und Leben – auch des keimenden Lebens –, der Anerkennung des Sonntags und bestimmter kirchlicher Feiertage als Tage der Arbeitsruhe sowie die rechtliche Stellung der Kirchen.

Diesen Verfassungspostulaten wurde weitgehend Rechnung getragen.³² Vor allem Adolf Süsterhenn, der eng mit dem von Kardinal Frings für die Beobachtung der Verfassungsentwicklung beauftragten Prälaten Wilhelm Böhler zusammenarbeitete, vertrat die weitergehenden kirchlichen Forderungen bei den Beratungen. Allerdings konnten nicht alle Vorstellungen der Kirchen durchgesetzt werden;³³ denn in etlichen von den beiden Kirchen vertretenen Forderungen stimmte die FDP mit der SPD. So konnte man sich auch nicht einigen, die Grundrechte als „von Gott gegeben“ zu bezeichnen bzw. ihren Ursprung in Gott bzw. im göttlichen Recht in der Verfassung zu dokumentieren.³⁴ Man entschied sich schließlich für die Nennung Gottes in der Präambel, die die Motive, Zwecke und Absichten der Verfassungsgebenden Versammlung, also deren Wertekonsens angibt, jedoch keinen verbindlichen Interpretationsrahmen für die Auslegung und Anwendung der Grundgesetzartikel bil-

32 Vgl. hierzu GOTTO (wie Anm. 4); van SCHEWICK (wie Anm. 4); SÖRGEL (wie Anm. 25), S. 167–200.

33 Die Katholische und Evangelische Kirche hatten die wichtigsten Forderungen einmütig an die Mitglieder des Parlamentarischen Rates gestellt; im *Gemeinsamen Hirtenwort der Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949* hat die Katholische Kirche das Grundgesetz insgesamt gewürdigt, im Hinblick auf die nicht erfüllten Forderungen jedoch beklagt, „dass es nicht gelungen ist, dem ganzen Grundgesetz die tiefere religiöse Begründung zu geben, um deren Verankerung christlich denkende Abgeordnete sich so sehr bemüht hatten“; in: Heinz HÜRTE (Hg.), *Katholizismus, staatliche Neuordnung und Demokratie 1945–1962*, Paderborn 1991, S. 40–47, hier: 43.

34 So wandte sich Theodor Heuss gegen überzogene theologische Begründungen des Grundgesetzes, wie sie u.a. von Gerhard Kroll vertreten wurden; solche Begründungen, so gab Heuss zu bedenken, zögen nur theologische Auslegungsdebatten nach sich: „Man muss sehr vorsichtig sein um der theologischen Position willen, diese sehr diesseitigen Werke zu stark im Metaphysischen verankern zu wollen, weil man sich selber dann in eine quasi Nichtverantwortung begibt.“ 6. Plenarsitzung am 20.10.1948, in: *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 18), S. 76.

det. Abgelehnt wurde auch die besonders von der Katholischen Kirche nachdrücklich geforderte konfessionelle Schule, die katholische Kreise als Ausfluss des Elternrechts legitimieren wollten.³⁵ Doch sahen trotz der Ablehnungen mancher kirchlicher Positionen die christlich-demokratischen Kräfte wie auch die Kirchen in diesem wie in den meisten anderen Artikeln des Grundgesetzes ihre religiösen und gesellschaftlich-politischen Überzeugungen weitgehend berücksichtigt.

So erklärte sich Prälat Böhler, der als Vertreter der Kirche die sicherlich weitestgehenden Forderungen gemäß der christlichen Soziallehre an das Grundgesetz stellte, in seinem „Bericht zur Frage ‚Bonner Grundgesetz‘“ insgesamt zufrieden und begründete dies mit dem Erreichen der Anrufung Gottes in der Präambel, der Aufnahme der allgemeinen Natur- und Menschenrechte, des besonderen Schutzes von Ehe und Familie sowie der prinzipiellen Anerkennung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen.

Befriedigt äußerte sich der kirchliche Vertreter auch bezüglich des staatskirchenrechtlichen Kompromisses, d. h. die Übernahme der Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung und die Annahme des Vertragsartikels, der indirekt die Bestätigung des Reichskonkordats beinhaltet.³⁶ Auch wenn die rechtliche Stellung der Kirche nicht in den Grundrechtsteil aufgenommen wurde, konnte doch insgesamt die Position der Kirchen im künftigen Staat als akzeptabel angesehen werden.³⁷

Nicht einverstanden zeigten sich sechs der CSU-Abgeordneten, die unter dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre den föderalistischen Charakter der neuen Ordnung als nicht weitgehend genug be-

35 Vgl. aus theologischer Sicht Klaus TANNER, *Gehört Gott in die Verfassung. Die Präambel des Grundgesetzes im Licht der europäischen Integration*, in: Evangelische Kommentare 5 (1991), S. 260–264.

36 Es handelt sich um die aus der WRV vom 11. August 1919 übernommenen Art. 136 (Schutz der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der Religion), Art. 137 (Anerkennung des Rechtes der Kirche auf Selbstverwaltung, auf Besteuerung, auf Öffentlichkeitsrecht), Art. 138 (Schutz der Vermögensrechte), Art. 139 (Sonntagsruhe), Art. 141 (Garantie der Anstaltsseelsorge).

37 GOTTO (wie Anm. 4), S. 105; van SCHEWICK (wie Anm. 4), S. 122ff., 128ff. Vgl. zum Ganzen: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, hg. für den Deutschen Bundestag von Kurt Georg WERNICKE, Boppard 1975ff.; Rainer SALZMANN (Bearb.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 2), Stuttgart 1981; zu den politik- und staats-theoretischen Vorarbeiten der Unionsparteien vgl. Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17), Düsseldorf 1991; vgl. auch Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU*, Stuttgart 1993, S. 115ff.

trachteten.³⁸ Sie lehnten daher die Annahme des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat ebenso ab wie der Bayerische Landtag mit den Stimmen der CSU-Fraktion.³⁹ Diese argumentierte, dass das Grundgesetz dem Bund zu viel Gewicht gebe und die Gesetzgebungskompetenzen und die Finanzhoheit der Länder über Gebühr schmälere. Doch ergänzte der Bayerische Landtag die Ablehnung durch gleichzeitiges Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland und zur Verfassungstreue. Das Grundgesetz trat am 24. Mai 1949 in Kraft.⁴⁰ Im Artikel 146 wird der provisorische Charakter der bundesdeutschen Konstitution hervorgehoben. Es heißt dort: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Menschen- und Politikverständnis des Parlamentarischen Rates

Das Grundgesetz hebt sich in seiner personalistischen Fundierung und seinem Freiheitsbegriff deutlich von der Programmatik der SPD der Nachkriegsphase ab, deren staatstheoretische Vorstellungen erst nach einem längeren politiktheoretischen und programmatischen Klärungsprozess, an dem übrigens führende katholische Sozialethiker beteiligt waren, aus den Engführungen sozialistischer Gesellschaftsanschauung befreit wurde.⁴¹ Aber schon geraume Zeit vor dem Godesberger Programm, mit dem die SPD 1959 ihre Hinwendung zu Marktwirtschaft und liberaleren Positionen einleitete, hat Carlo Schmid ein anderes Menschen- und Staatsverständnis vertreten als seine Partei. In der 9. Plenarsitzung am 6. Mai 1949 äußerte er: „Letztlich ist der Staat dazu da, die äußere Ordnung zu schaffen, deren die Menschen zu einem auf der Freiheit

38 Zum Föderalismus des Grundgesetzes und seiner ideengeschichtlichen Grundlagen vgl. Heiderose KILPER/Roland LHOTTA, *Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Hagen 2004, S. 77ff.; zur föderalen Struktur des Grundgesetzes und zur Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Verfassungsauftrag Hans-Peter SCHNEIDER (Hg.), *Das Grundgesetz. Dokumentation seiner Entstehung*, Bd. 9: *Artikel 29 und 118 (sowie gestrichener Artikel 24 „Gebietsabtretungen“)*, bearb. von Carmen Abel, Frankfurt/M. 1995.

39 Der CSU-Abgeordnete Gerhard Kroll hat im Parlamentarischen Rat wie auch im Bayerischen Landtag übereinstimmend mit Prälat Georg Meixner das Grundgesetz trotz der *vocatio Dei* und – wie eingeräumt wurde – trotz weitgehender Zugeständnisse an christlich-sozialethische Grundsätze „letztlich als Werk des säkularisierten Geistes unseres Jahrhunderts“ kritisiert. Zu Kroll vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: HPM 8 (2001), S. 45–71; DERS., *Gerhard Kroll*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN, *In Verantwortung vor Gott* (wie Anm. 1), S. 218–226.

40 Der Bayerische Landtag lehnte in der Sitzung am 19./20. Mai 1949 das Grundgesetz ab, konstatierte jedoch zugleich dessen Rechtsverbindlichkeit und bekundete seine Verfassungstreue.

41 Vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD*, in: HPM 13 (2006), S. 93–120.

des einzelnen beruhenden Zusammenlebens bedürfen.“⁴² Schmid hat durch seine Haltung und seine Beiträge im Parlamentarischen Rat in gewisser Weise den Weg der SPD von der marxistischen Klassenpartei zur sozialdemokratischen Volkspartei vorgezeichnet.⁴³

Carlo Schmid's Wahl in den Parlamentarischen Rat war denn auch von Unionsvertretern nicht nur ausdrücklich begrüßt, sondern vielmehr durch aktive Mithilfe gefördert worden, weil seine rechtspolitische und politiktheoretische Haltung bekannt war. So hat sich der Ministerpräsident von Württemberg-Hohenzollern, Gebhard Müller (CDU), am Arrangement mit Sozialdemokraten beteiligt, um Schmid's Wahl in die Verfassungsgebende Versammlung zu ermöglichen.⁴⁴

Eindeutig war in dieser Hinsicht die Haltung der Freidemokraten und ihres führenden Vertreters, des späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss. Er und seine Fraktion vertraten im wesentlichen den klassisch-liberalen Standpunkt; zwar hob sich dieser – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Sozialen Frage des 19. Jahrhunderts und der Weltwirtschaftskrise mit ihren schlimmen Folgen – deutlich vom sogenannten Manchesterliberalismus ab und unterstützte grundsätzlich die Aufnahme des Sozialstaatsbegriffs ins Grundgesetz, doch wollte man seitens der Freien Demokraten soziale Grund- und Teilhaberechte ebenso wenig in die Verfassung aufnehmen wie die sogenannten Grundrechte der „korporativen Ordnungen“ bzw. der intermediären Gebilde zwischen dem Einzelnen und dem Staat. Die Liberalen hielten also nach wie vor an der klassischen Gegenüberstellung von Individuum und Staat fest, wobei dem Staat die Funktion einer Ordnungsmacht zgedacht war.

Während also im liberalen Verständnis die Freiheitssicherung erste und wichtigste Aufgabe des Staates ist (der Staat setzt als Ordnungsmacht die Rahmenbedingungen für größtmögliche Freiheit, die im liberalistischen Verständnis quasi selbstregulierend auch soziale Erfolge zeitigt), setzt nach sozialdemokratischer Auffassung der Staat durch eigene Aktivitäten (umfassende Sozialrechte mit materiellen Leistungen) den einzelnen und die gesellschaftlichen Gruppen erst in die Lage, seine bzw. ihre Freiheit zu gebrauchen.

42 *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 18), S. 171.

43 Zum sozialdemokratischen Staatsverständnis vgl. OTTO (wie Anm. 27), S. 203ff.; die sozialen Grundrechte, die in nicht unerheblichem Maße in der WRV enthalten waren (vgl. dort die Artikel 151–165) umfassten gemäß den Vorstellungen der SPD der Jahre 1948/49 u.a. die Anerkennung der Arbeit (auch als gesellschaftliche Leistung), arbeitsrechtliche Forderungen, betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung, Garantie des Streikrechts sowie Sicherung von Mindestlöhnen und Anspruch auf Sozialfürsorge aus öffentlichen Mitteln, ferner das Recht auf Arbeit. Die Aufnahme sozialer Grundrechte, die im Übrigen in einer Verfassung nur schwer zu fixieren sind, mindern zweifellos den Wert der „klassischen“ Grund- und Freiheitsrechte; vgl. Theodor ESCHENBURG, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. 1: *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart 1983, S. 490f.

44 Vgl. hierzu SALZMANN (wie Anm. 37), S. XIIIff.

Das christlich-personalistische Verständnis des Staates korrespondiert eng mit dem Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet, dass die Person als individuelles Handlungssubjekt und als Rechtsträger betrachtet wird, jedoch nicht im altliberalen Sinne dem Staat in jeder Beziehung bloß als Individuum gegenübersteht. Im Unterschied zur Individualität, der bloßen Vereinzelung, beinhaltet die Personalität die Sozialanlage des Menschen zu den verschiedenen Lebens- und Existenzformen in Ehe, Familie, Gemeinschaft und Gesellschaft – Bereiche, die dem Staat vorgelagert sind und die – wie die individuellen Rechte und Freiheiten – ebenso unbedingt schutzwürdige Grundrechte darstellen. Zum Ausdruck kommt diese Sozialtheorie im Subsidiaritätsprinzip, das gestufte Formen der sozialen Kooperation von Einzelmensch, Gliedgemeinschaft und den ihnen – nur in bestimmter und begrenzter Hinsicht – übergeordneten staatlich-rechtlichen Institutionen intendiert.

Aus sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Sicht musste dieser Verzicht einen Substanzverlust bedeuten, während hingegen aus personalistischer Sichtweise das Grundgesetz dadurch mehr Konturen bekam. Beinahe wäre die Einigung auf die – wie auch immer zu interpretierende – Sozialstaatsformel durch die Unionsparteien gefährdet worden. Denn diese mussten gemäß ihrem naturrechtlich-organischen Verständnis die natürliche Ordnung der Ehe und Familie grundgesetzlich schützen; mit ihrer Position standen die Unionsparteien zwischen den Freidemokraten, die solche Forderungen grundsätzlich ablehnten und den Sozialdemokraten, die die Grundsätze der Lebensordnungen gerne im Hinblick auf die Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsordnung erweitert hätten. Dass sich die SPD in dieser Frage – im Widerspruch zu ihrer Sozialtheorie – bei der Forderung nach Aufnahme der sozialen Grund- und Ordnungsrechte zurückhielt, bedeutete verfassungsrechtlich und politisch gesehen eine gewisse Schwächung sozialdemokratischer Positionen im GG und entsprechend ein stärkeres Hervortreten liberaler und christlich-sozialer Grundsätze. Umgekehrt aber wurde auch die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Christdemokraten, ihr Programm der „Sozialen Marktwirtschaft“, nicht im GG festgeschrieben. Dieses lässt diesbezüglich wohl gewisse Spielräume offen.⁴⁵ Andererseits ist das Sozialstaatsprinzip, wenngleich es ein unscharfer

45 Hinsichtlich der Frage, ob die Vorschriften des Grundgesetzes eine Wirtschaftsverfassung im engeren Sinne bezeichnen, kann man drei Lehrmeinungen unterscheiden: 1. Für Herbert Krüger u.a. ist das Grundgesetz wirtschaftspolitisch neutral. 2. Eine Gruppe von Rechtswissenschaftlern (Ernst Rudolf Huber u.a.) sieht dagegen in der Sozialen Marktwirtschaft eine dem Grundgesetz adäquate Wirtschaftsordnung. 3. Hans Carl Nipperdey sieht aufgrund der Verbindung freiheitlicher und sozialer Elemente in der Sozialen Marktwirtschaft die dem Grundgesetz in besonderer Weise entsprechende Wirtschaftsordnung, ohne dass diese jedoch Alternativen ausschließe. Vgl. Heinz LAMPERT, *Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland*, 12. Aufl., München 1995, S. 98ff.; Bernd RÜTHERS: *Die verkannte Einheit: Staatsverfassung, Wirtschaftsverfassung, Arbeitsverfassung*, Bonn 1990.

Begriff ist, verfassungsrechtlich gesehen die wichtigste Anspruchsgrundlage für die in der prosperierenden Phase der Bundesrepublik kräftig ausgebauten Arbeits- und Sozialgesetzgebung, die spätestens seit den 1990er Jahren angesichts neuer nationaler und internationaler Herausforderungen teilweise beträchtliche Einschränkungen erfahren hat.

Aporien der Weimarer Verfassung und die Reaktionen des Grundgesetzes

Die negativen Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung und die unbedingte Entschlossenheit, deshalb die Mängel der Verfassung von 1919 zu vermeiden, waren die feste Überzeugung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Diese hatten den Willen, eine Gewaltherrschaft wie die des Nationalsozialismus künftig unmöglich zu machen. Die Willkürherrschaft des NS-Systems war durch die rechtspositivistische und obrigkeitstaatliche Einstellung der Weimarer Verfassungsväter in erheblichem Maße begünstigt worden. Die neue Verfassung sollte, eingedenk dieses Mankos, vor- und überstaatliche Rechtsideen zum Ausgangspunkt nehmen. Diese Haltung, die Abgeordnete in allen Fraktionen vertraten, macht es unmöglich, die naturrechtlichen Ideen des GG allein oder überwiegend den Christdemokraten zuzuschreiben.⁴⁶

Die Nationalsozialisten hatten – formal gesehen legal – Demokratie, Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit aufgehoben. Daher sollten diese Prinzipien im Grundgesetz ausdrücklich formuliert und gegen Übergriffe von staatlich-administrativer Seite gesichert werden. Doch war die Weimarer Reichsverfassung – wenngleich sie mit Strukturdefiziten behaftet war – eine moderne liberale Verfassung, deren positive Seiten es zu berücksichtigen galt. Die Unterschiede zwischen der Reichsverfassung und dem Grundgesetz können verkürzt gesagt wie folgt beschrieben werden:⁴⁷

- Die WRV spricht lediglich von einer Republik, das GG bezeichnet die Bundesrepublik als „demokratischen Bundesstaat“ (Art. 20, 1).
- Formuliert die WRV: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, so präzisiert das GG die Form der Demokratie, indem es ihre Ausübung durch das Volk in Wahlen und Abstimmungen sowie durch die Gewaltenteilung (Art. 20,

46 Inwieweit ins GG noch Verfassungsideen anderer Länder eingeflossen sind, ist schwer auszumachen. Jedenfalls hatte die Civil Administration Division der amerikanischen Militärregierung ein Kompendium mit dem Titel „Bundesstaatliche Verfassungen“ herausgegeben, das den Deutschen Informationsmaterial zur Erörterung der Grundsätze für eine künftige Regierung an die Hand geben sollte. In ihm waren u.a. die Verfassungen der Schweiz, Kanadas, Südafrikas, Brasiliens, der USA, der UdSSR und Italiens abgedruckt; vgl. ESCHENBURG (wie Anm. 43), S. 502.

47 Vgl. zur folgenden Gegenüberstellung die grundlegende Untersuchung von Friedrich Karl FROMME, *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur*, (1. Aufl., Tübingen 1960) 3. Aufl., Berlin 1999, S. 197ff.

2) genau umreißt; im Übrigen wird die Gewaltenteilung im Zusammenhang mit der Bindungswirkung der Grundrechte noch einmal ausdrücklich formuliert. In der WRV war die Gewaltenteilung – wenngleich sie die tragende Säule einer freiheitlich-demokratischen Verfassung ist – nicht eigens aufgeführt.

- Die Rechtsstaatlichkeit wird im GG nicht nur durch die vorgenannten Formulierungen gesichert, vielmehr wird als weiterer rechtsstaatlicher Grundsatz die Bindung des staatlichen Handelns an das Gesetz und die Kontrolle der Gesetzmäßigkeit des staatlichen Handelns durch die Justiz hervorgehoben.
- Sind in der WRV gemäß Artikel 48 die Grundrechte zur Disposition des Reichspräsidenten gestellt, so werden sie im GG als bindend für die drei Gewalten postuliert und darüber hinaus auch zur Fundamentalnorm der Verfassung erklärt (Art. 1); schließlich sind auch die wichtigsten demokratischen, rechtsstaatlichen und föderalen Grundentscheidungen des GG und die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze einer Verfassungsänderung durch das Parlament entzogen (Art. 79,3).
- Anders als die WRV bindet das GG den Staat an Frieden und Verständigung: die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“ werden zu „Bestandteilen des Bundesrechts“. Außerdem bekennt sich die Bundesrepublik zu einem System kollektiver Sicherheit und zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Die Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg werden unter Strafe gestellt (Art. 25 u. 26).
- Das GG billigt das Widerstandsrecht. Dieses erst im Zuge der sogenannten Notstandsgesetzgebung im Mai 1968 von der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD verabschiedete Widerstandsrecht ist jedoch insofern eingeschränkt, als es dazu berechtigt, gegen den antidemokratischen Staatsstreich, nicht jedoch gegen den demokratischen Staat vorzugehen (Art. 20, 4).⁴⁸
- Die starke, noch obrigkeitsstaatliche Einstellung der Verfassungsväter der WRV kommt u. a. in deren Einstellung zu den Parteien zum Ausdruck; in der WRV werden die Parteien nur en passant angesprochen („Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“, WRV Art. 130, 1). Man geht 1919 noch von der „Überparteilichkeit“ einer Regierung aus, deren Herrschaft man gar als „unpolitisch“ ansieht, insofern man die Interessen von Gruppen, Verbänden und auch der Parteien als egoistisch, nicht dem Ganzen dienend und damit eben als „unpolitisch“ abqualifiziert. Das GG

48 Dieser Artikel wurde allerdings erst bei der Grundgesetzänderung 1968 im Kontext der Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung aufgenommen. In der Sache ist das Widerstandsrecht ein klassischer Grundsatz der Naturrechtstheorie; vgl. Karl Friedrich BERTRAM, *Das Widerstandsrecht des Grundgesetzes*, Berlin 1970.

erhebt die Parteien in den Verfassungsrang, ohne ihnen allerdings den Status öffentlich-rechtlicher Körperschaften zu geben (Art. 21).⁴⁹

- Im Gegensatz zur WRV ist das GG gegenüber Plebisziten misstrauisch. Der Verzicht auf unmittelbare Demokratie erfolgte aus der Überzeugung heraus, dass der Parlamentarismus nicht von außen gehemmt werden sollte. So wurde im GG das Volksvertretungsmonopol bewusst beim Parlament belassen, was die WRV nicht wollte.
- Hatte die WRV den Reichspräsidenten als einen „Hüter der Verfassung“ gedacht, als Makler zwischen den Verfassungsorganen, so hat das GG als Ausdruck effizienter Gewaltenteilung und wirksamen Verfassungsschutzes das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ etabliert, u. a. auch als „Kompetenzschlichtungsorgan“ zwischen obersten Bundesorganen (Art. 93, 1).
- Das GG will noch zwei weitere wichtige Strukturdefizite der WRV vermeiden. Die Leichtigkeit der Regierungsumstürze der Weimarer Zeit (WRV Art. 54) vermeidet das GG, indem es in Art. 67 eine Abwahl der Regierung nur dann erlaubt, wenn die abzulösende Regierung durch eine von der Parlamentsmehrheit getragene neue Regierung ersetzt wird („konstruktives Misstrauensvotum“). Von nicht minderer Bedeutung ist auch der Grundsatz, dass die Regierung in vollem Umfange dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Ferner werden dem Staatsoberhaupt, dem Bundespräsidenten, nur noch unwesentliche Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt.
- Die WRV hat nämlich noch einen weiteren gravierenden Strukturdefekt: Wohl noch als Nachwirkungen der Monarchie und der Vorstellung, der Reichspräsident sei Nachfolger des Deutschen Kaisers (eine Art „Ersatzkaiser“), sollte er als Staatsoberhaupt unmittelbar vom Volke gewählt werden. Der Reichspräsident ist dem Parlament, dem Reichstag, nicht verantwortlich; seine Aufgabe ist vielmehr als Ersatz- und Kontrollorgan des Reichstages gedacht. Nach dem GG aber ist der Bundeskanzler gegenüber dem Reichskanzler der WRV wesentlich gestärkt worden (Kanzlerdemokratie).
- Abgeschafft ist im GG auch die Möglichkeit der unmittelbaren Mitwirkung der Länder im Bundesrat bei der Gesetzgebung, und zwar nicht nur bei der konkurrierenden, sondern auch bei der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes.⁵⁰

49 Vgl. zu den Parteien und zum Parteiengesetz Alf MINTZEL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Opladen 1992.

50 Vgl. Rudolf MORSEY, *Die Entstehung des Bundesrates im Parlamentarischen Rat*, in: *Der Bundesrat als Verfassungsorgan und politische Kraft. Beiträge zum 25. Bestehen des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland*, hg. vom Bundesrat, Bad Honnef 1974, S. 63–77.

- Vor allem aber erfährt im Grundgesetz die Gewährung der Grundrechte, die in der WRV nur unzureichend geschützt, im Nationalsozialismus schließlich radikal negiert wurden, „eine erfahrungsbedingte Ausdrücklichkeit und Intensität“.⁵¹ Der Parlamentarische Rat hält es „nach einer Zeit, in der die Menschenwürde und die Freiheitsrechte schwer angegriffen worden waren, für notwendig, ausdrücklich zu betonen, dass ein anderer Geist dieses Verfassungswerk“ beherrscht.⁵²

Schlussbetrachtung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gilt weltweit als eine der ausgewogensten und stabilsten Verfassungen. Das Verfassungswerk, das auch Ausdruck gesellschaftlich-ethischer und kulturell-geschichtlicher Erfahrungen ist, hat zweifellos einen wesentlichen Beitrag geleistet zur politisch-rechtlichen und gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung und Stabilität der Bundesrepublik. Schließlich haben die bundesrepublikanische Verfassung und die Verfassungsrealität von Anfang an eine Faszination ausgeübt auf die Deutschen, die im Besatzungs- und Machtbereich kommunistischer Herrschaftsordnung lebten. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten war es daher konsequent, dass – wie im Übrigen auch beim Saarland 1957 – die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 durch Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 erfolgt ist. Die im Zuge der Wiedervereinigung kurz aufgeflammete Debatte um eine Neufassung des Grundgesetzes ist schnell wieder erloschen – wohl auch, weil das Grundgesetz einen verlässlichen Ordnungsrahmen für die Gegenwart und die zukünftigen Entwicklungen bietet.⁵³

51 FROMME (wie Anm. 47), S. 198.

52 Hermann von Mangoldt in der 26. Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.1948, in: *Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses*, Bonn 1948/49, S. 306; ähnlich Adolf Süsterhenn in der 6. Plenarsitzung am 20.10.1948, in: *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 18), S. 72.

53 Zu den im Zuge der deutschen Einigung geführten Diskussionen über das Grundgesetz und die Ausgestaltung einer künftigen Verfassung vgl. *Eine Verfassung für Deutschland*, mit Beiträgen von Reinhold Zippelius, Klaus Vogel, Paul Kirchhof, Wolfhart Pannenberg, Hans-Jochen Vogel, Rupert Scholz, Max Stadler, in: *Zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern* 22 (1992), S. 1–9.

Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948

Von Manja Winkler

Einleitung

„Eine spontane Tat auf reifem Feld“,¹ so könnte man die zeitlich vergleichsweise späte Gründung der Christlich Demokratischen Union in Leipzig bezeichnen, mit der sowie mit deren weiterer Entwicklung sich dieser Aufsatz im Zeitraum zwischen 1945 und Anfang 1948 beschäftigt. Besonderer Wert wurde bei der Untersuchung auf den politischen Handlungsspielraum der Leipziger Unionsvertreter gelegt.

Am 19. April 1945 wurde Leipzig von amerikanischen Truppen besetzt.² Damit befand sich die Messestadt in einer Sonderlage gegenüber den beiden anderen sächsischen Großstädten Dresden und Chemnitz, die von sowjetischen Truppen okkupiert wurden. Diese Tatsache spielt bei der Entwicklung der Parteien in Sachsen eine wichtige Rolle, denn die Amerikaner verboten bis zu ihrem Abzug aus Leipzig jede politische Betätigung.³ Im sowjetischen Okkupationsbereich wurde hingegen bereits im Juni 1945 die Gründung von Parteien erlaubt.⁴ Erst mit dem Abzug der Amerikaner und dem Einrücken der sowjetischen Truppen als neuer Besatzungsmacht in Leipzig am 2. Juli 1945⁵ wurden in der Messestadt auf der Basis des Befehls Nr. 2 des obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD)⁶, Marschall Schukow, vom 10. Juni 1945 Parteiengründungen möglich. Gegenüber den Unionsgründern in Chemnitz und Dresden bestand deshalb ein zeitlicher Rückstand von fast einem Monat. Bereits am 15. Juni 1945 war in Chemnitz die

1 Hänel, „Eine spontane Tat auf reifem Feld“; Materialsammlung Volkmar Hänel zur Ost-CDU, ACDP 06-050 [unverzeichnet].

2 Vgl. Jürgen TUBBESING, *Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – Antifaschistischer Block – Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig* (Leipziger Hefte 7), Beucha 1996, S. 67.

3 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Eine sächsische Lebensgeschichte. Erinnerungen 1889–1972* (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 16), S. 204.

4 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10. Juni 1945, abgedruckt in: Rolf BADSTÜBNER u.a., *Deutsche Geschichte*, Bd. 9: *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*, Berlin (Ost) 1989, S. 53.

5 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 211.

6 Zur SMAD vgl. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44), Berlin 1999.

Gründung einer christlichen Partei⁷ eingeleitet⁸ und am 4. Juli 1945 ein „Aufruf an das Volk“ veröffentlicht worden.⁹ Außerdem war am 26. Juni 1945 der Berliner CDU-Gründungsaufruf erschienen,¹⁰ so dass bei Beginn der christlich-politischen Arbeit in Leipzig bereits Vorläufer in anderen Städten bestanden – ein „reifes Feld“.

Gründung der CDU¹¹ in Leipzig

Die Gründung der CDU nahm in Leipzig eine völlig andere Entwicklung als in Dresden und Chemnitz. Während es in Chemnitz offenbar keinen „Versuch einer gemeinsamen Parteigründung zwischen liberalen und christlich orientierten Politikern“ gegeben hatte¹² und in Dresden eine Unterredung über eine gemeinsame Partei zwischen Katholiken und Liberalen nicht zu einem Ergebnis führte,¹³ wurde in Leipzig der Versuch einer gemeinsamen Partei aus liberal und christlich orientierten Politikern unternommen.

7 Diese christliche Partei wurde in Chemnitz zunächst als Christliche Volkspartei (CVP) bezeichnet. Auch in Dresden wählte man für die neu gegründete Partei nicht den Namen CDU, sondern firmierte unter dem Namen Christlich-Soziale Volkspartei (CSV). Die Umbenennung erfolgte auf Druck der SMA, die als Bedingung für die Registrierung der Partei die Annahme der Berliner Bezeichnung CDU forderte. Vgl. Ralf BAUS/Volkmar HÄNEL, „Wir alle gehören zusammen ...“. *Die Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: CDU. Das Forum der sächsischen Union 2 (1998), S. 15. Suckut verweist ebenfalls auf stark differierende Parteibezeichnungen innerhalb der christlichen Parteien der SBZ, die bis Ende August 1945 der Berliner Union angeglichen wurden. Vgl. Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 118.

8 Vgl. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung 13), Mainz 1987, S. 193.

9 Christliche Volkspartei, Kreis Chemnitz, Aufruf an das Volk; ACDP 01-188-002/1.

10 Vgl. Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998, S. 13.

11 Da bereits auf der Gründungssitzung der CDU in Leipzig am 4.8.1945 die Bezeichnung Christlich-Demokratische Union ohne den Zusatz „Deutschland“ verwendet wurde, wird in dieser Arbeit durchgängig von CDU gesprochen, auch wenn auf einigen offiziellen Plakaten der Name der Partei als CDUD vermerkt ist.

12 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: HPM 2 (1995), S. 89.

13 Vgl. EBD. S. 84. Widera bemerkt dazu, dass eine sich anbahnende und möglich erscheinende Verständigung über eine übergreifende Sammlungspartei des bürgerlich-konservativen Lagers nicht zustande kam, weil die sowjetische Stadtkommandantur in Dresden Ernst Scheiding mit der Gründung einer liberalen Partei beauftragte. Vgl. Thomas WIDERA, *Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung 25), Dresden 2004, S. 122.

Die erste Besprechung zur Gründung einer christlich-sozialen Partei in Leipzig fand am 8. Juli 1945 statt. Von den späteren CDU-Gründern waren Pater Aurelius Arkenau OP, Dr. Karl Buchheim sowie Georg Schneider beteiligt. Ansonsten aber dominierten die Liberalen diese erste Versammlung. Der Vorschlag, die neu zu gründende Partei als Demokratische Partei Deutschlands (DPD) zu bezeichnen, stammte von Buchheim, um so eine begriffliche Analogie zu KPD und SPD zu erreichen.¹⁴ Auch der Aufruf der DPD wurde maßgeblich von ihm entworfen. Unterschrieben wurde der Gründungsaufwurf von sieben Personen: von den drei späteren CDU-Gründern Carl Ruland, Dr. Karl Buchheim und Paul Nowak sowie von vier Liberalen.¹⁵ Bereits zahlenmäßig drückt sich hier die Übermacht der Liberalen aus. Der fertig gedruckte Aufruf sowie die auf dem Plakat angekündigte erste öffentliche Kundgebung der neuen Partei wurden jedoch von der sowjetischen Kommandantur verboten. Als mögliche Ursache sieht Buchheim, dass die sowjetischen Besatzer in Deutschland lediglich KPD und SPD als Arbeiterparteien sowie CDU und LDP als bürgerliche Parteien zulassen wollten¹⁶ und das „Besatzungsregime ... offensichtlich [gedachte], das Parteiwesen so zu gestalten, daß es von den Berliner Parteizentralen aus Einfluß auf ganz Deutschland ausstrahlen könnte“.¹⁷ Der Leipziger Gründerkreis der DPD sollte sich auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration dem Berliner CDU- oder dem LDP-Aufruf anschließen. Als deutlich wurde, dass ein Großteil den Anschluss an die LDP bevorzugte und die christliche Gruppe überstimmt wurde, entschlossen sich Ruland und Buchheim zur Trennung von den Liberalen.¹⁸ Ruland erklärte den Austritt und gab bekannt, dass sofort ein neuer Ausschuss gebildet werden sollte. Diese Gründungssitzung der Leipziger CDU fand am 4. August 1945 in Rulands Wohnung statt.¹⁹

1. Gründungsmitglieder

Entsprechend der Anwesenheitsliste zur Gründungssitzung gehören zu den Leipziger CDU-Gründern Carl Ruland, Pater Aurelius Arkenau OP, Paul No-

14 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 213–214.

15 Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig; ACDP 01-188-210/1. Abgedruckt in: BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 214–216.

16 Vgl. EBD. S. 217–218. Auch Wilhelm betont, dass die Lizenzierungspraxis der SMA auf eine Vereinheitlichung des Parteiensystems abzielte. Vgl. Georg WILHELM, *Die Diktaturen und die evangelische Kirche. Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzigs 1933–1958* (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 39), Göttingen 2004, S. 220.

17 BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 219.

18 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953, S. 422.

19 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 223.

wak, Georg Schneider, Heinz Lohmann, Otto Gallus, Erika Hippler, Josef Rambo, Dr. Karl Buchheim sowie Anneliese Weisbender.²⁰ Zu den Unionsgründern ist außerdem Ernst Eichelbaum zu rechnen, auch wenn dieser auf der Gründerliste fehlt, da er den Auftrag erhielt nach Berlin zu fahren, um die dortigen CDU-Gründer ausfindig zu machen. Da er am 4. August 1945 noch nicht von seiner Reise zurückgekehrt war, konnte Eichelbaum nicht an der Gründungssitzung teilnehmen.²¹ Für die weitere Entwicklung der Leipziger CDU waren von den Gründern vor allem Arkenau, Buchheim, Eichelbaum, Nowak, Rambo und Ruland von großer Bedeutung.²²

Während die Gründung der CDU in Berlin besonders aus dem Widerstand gegen das NS-Regime heraus entstand,²³ sind die Wurzeln der Leipziger CDU-Gründung angesichts der zunächst versuchten Bildung einer übergreifenden Partei aus liberal und christlich orientierten Politikern andernorts zu suchen. So war es eher der gemeinsame christliche Glaube und der Wunsch, diesen Glauben als Grundlage der neuen Partei zu sehen, als der Widerstand gegen das NS-Regime, der die Leipziger CDU-Gründer zusammen brachte.²⁴ Der von Schering geprägte Begriff des Katakombengeistes, der sich in den Kreisen des Widerstandes und der Konzentrationslager geformt habe und alles überspanne und zusammenklammere,²⁵ kann daher kaum als Wurzel und Bindeglied für die Leipziger CDU angeführt werden.

Ähnlich wie in den anderen sächsischen Gründungszentren ist auch in Leipzig ein starker Anteil katholischer Gründungsmitglieder zu verzeichnen.²⁶ Le-

20 Die Reihenfolge entspricht der Anwesenheitsliste der Gründungssitzung vom 4.8.1945; ACDP 06-050.

21 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 222.

22 Schreiben CDUD Bezirksverband Leipzig an Oberbürgermeister Dr. Zeigner vom 21.9.1945; Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), StVuR (1), 3603, Bl. 5. Als vorläufiger Vorstand wurden benannt: Rechtsanwalt Carl G. Ruland als Vorsitzender, Josef Rambo als Geschäftsführer, Paul Nowak als Stellvertretender Vorsitzender, Ernst Eichelbaum als Schriftführer, Dr. Karl Buchheim als 1. Beisitzer sowie Pater Aurelius Arkenau als 2. Beisitzer. Weiterhin wurde Curt Matthes als Kassensführer benannt.

23 Vgl. Brigitte KAFF, *Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung*, in: Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Tradition, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), 2. Aufl., München 1990, S. 74.

24 Als Motiv für die Gründung der Leipziger CDU wurde angegeben, dass man als Ziel habe, „das Christentum wieder in den Vordergrund zu rücken bei allem, was der Mensch auch immer beginnt, dieses Christentum in seiner Anhängerschaft aber auch zu sammeln und zu einem Spruchfaktor zu machen ...“ Was will die Christlich-Demokratische Union?; ACDP 01-188-002/1.

25 Vgl. KAFF (wie Anm. 23), S. 99.

26 Gründerkreise der CDU in Chemnitz, Dresden und Leipzig; ACDP. 06-050. Katholischen Glaubens sind entsprechend dieser Aufstellung Pater Aurelius Arkenau OP, Dr. Karl Buchheim sowie Paul Nowak. Es war nicht möglich, die konfessionelle Zugehörigkeit aller Gründungsmitglieder festzustellen. Mit mindestens 3 von 10 Gründern, die katho-

diglich bei Ruland und Eichelbaum ist der evangelische Glaube vermerkt.²⁷ Bezeichnend ist, dass, ähnlich wie in Dresden, wo man mit Prof. Hugo Hickmann einen Mann evangelischen Glaubens an die Spitze der Partei stellte, auch in Leipzig die Wahl mit Ruland als Vorsitzendem trotz des starken katholischen Anteils im Gründerkreis auf einen Protestanten fiel.²⁸ Auch in Leipzig sollte nicht der Eindruck einer Neugründung des Zentrums entstehen, da dies in dem stark evangelisch geprägten Gebiet die Chancen der Partei erheblich hätte verringern können. Anders als jedoch Hickmann, der sich bereits in der Weimarer Republik als Mitglied der DVP und des sächsischen Landtages aktiv an der Politik beteiligt hatte, war Ruland bis 1945 parteilos.²⁹ Offensichtlich erfolgte die Wahl, obwohl sich Ruland bis dahin nicht politisch engagiert hatte und andere Gründungsmitglieder wie Arkenau, Buchheim oder Nowak bereits über politische Erfahrung verfügten.

Eine wichtige Gemeinsamkeit mit den Unionsverbänden in Chemnitz und Dresden bestand darin, dass nach dem gescheiterten Versuch einer gemeinsamen Parteigründung aus christlich und liberal orientierten Politikern auch in Leipzig dann der Unionsgedanke für eine christliche Partei aufgenommen wurde. Auch hier, wie in weiten Teilen Deutschlands, gab es keine Überlegungen zu einer Wiedergründung des Zentrums. Dies wird bereits daran deutlich, dass mit dem Protestanten Ruland und dem Katholiken Buchheim zwei konfessionell unterschiedlich orientierte Personen gemeinsam den Austritt aus der

lischen Glaubens waren, liegt der Anteil der Katholiken in der CDU Leipzig deutlich über dem Bevölkerungsanteil der Katholiken in Sachsen. Entsprechend dem Jahresbericht der CDU Sachsen von 1946 waren 84 % der Einwohner evangelisch-lutherischen Glaubens, 10 % römisch-katholischen Glaubens und 6 % konfessionell nicht gebunden. Vgl. Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, in: Rainer BEHRING/Mike SCHMEITZNER (Hg.), *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln u. a. 2003, S. 133.

27 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 217.

28 Die Katholiken Arkenau und Buchheim nahmen als 1. und 2. Beisitzer im vorläufigen Vorstand eine weniger bedeutende Stellung ein. Lediglich der Katholik Nowak amtierte als stellvertretender Vorsitzender. Vgl. WILHELM (wie Anm. 16), S. 221. Ganz anders stellte sich die Verteilung von Vorstandspostitionen im Berliner Parteivorstand dar: Während die Stellvertreter Schreiber und Lemmer beides Protestanten waren, gehörten die CDU-Vorsitzenden Hermes und Kaiser der katholischen Kirche an. Vgl. Wolfgang TISCHNER, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 90), Paderborn 2001, S. 218.

29 Damit bestand ein Unterschied zu den meisten Unionsgründungen, die von Persönlichkeiten initiiert wurden, die bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrung gesammelt hatten. Vgl. Günther RÜTHER, *Der Weg zur Gründung der Union – Eine Einführung*, in: DERS. (Hg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*, 3. Aufl., Bonn 1989, S. 16.

DPD und die Neugründung einer christlichen Partei beschlossen. Ziel der Uni-onsgründer war es, die konfessionelle Zersplitterung zu überwinden und eine konfessionsübergreifende Partei zu gründen. Dass es sich bei der Leipziger CDU um eine wirkliche Neugründung und nicht um eine Wiederbelebung des Zentrums handelt, wird auch daran deutlich, dass neben Ruland weitere wichtige Leipziger CDU-Gründer wie Rambo und Eichelbaum vor 1933 keiner Partei angehört hatten.³⁰

Beachtenswert ist die hohe Kontinuität in der Leipziger Parteiführung. Die 1945 im Vorstand vertretenen Parteimitglieder blieben über die ersten Jahre weitgehend konstant in wichtigen Positionen.³¹ Dass der Großteil der Leipziger CDU-Vorstandsmitglieder trotz vieler Schwierigkeiten die ersten Jahre nach der Parteigründung in einflussreichen Positionen verbringen konnte, lässt auf ein weitgehendes Entgegenkommen, aber auch Fingerspitzengefühl im Umgang mit sowjetischen Vorstellungen schließen.

2. Genehmigung, Gründungsaufruf und erste Versammlungen

Die Genehmigung der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Stadt Leipzig“ erfolgte am 22. August 1945 durch den Kriegskommandanten der Stadt Leipzig, Generalleutnant Trufanow.³² Zu diesem Zweck war der CDU-Landesvorsitzende Hugo Hickmann aus Dresden angereist,³³ da die Registrierung der Leipziger Union auf der Kommandantur erst vollzogen wurde, nachdem Hickmann die Unterordnung der Leipziger CDU unter Dresden³⁴ und Berlin bestätigt hatte.³⁵

30 Vermerkt ist bei der Parteizugehörigkeit vor 1933 bei Ruland, Rambo und Eichelbaum parteilos, bei Nowak Zentrum. Jahresbericht des Landesverbandes Sachsen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin vom 17.1.1946; ACDP 07-011-799. Auch Arkenau und Buchheim werden vor 1933 als Mitglieder der Zentrumsparterie vermerkt. Bei den anderen Gründern ist diesbezüglich kein Eintrag vorhanden. Gründerkreise der CDU in Chemnitz, Dresden und Leipzig, ACDP 06-050.

31 SUCKUT (wie Anm. 7), S. 125, verweist ebenfalls darauf, dass die personelle Zusammensetzung der CDU-Führungsgremien bis zur Kreisebene hinunter bis zur Absetzung Kaisers im Dezember 1947 weitgehend erhalten blieb. In der Leipziger Parteiführung ist eine noch deutlichere Konstanz zu bemerken, die bis zur Flucht Eichelbaums in den Westen Ende 1948 anhält.

32 Genehmigung der CDUD Stadt Leipzig vom 22.8.1945; StadtAL StVuR (1), 3603, Bl. 3. Ebenfalls am 22. August 1945 erfolgte die Zulassung der LDP Leipzig. Informationsblatt Nr. 30 vom 12.9.1945; StadtAL, StVuR (1), 17520, Bl. 3.

33 Protokoll der Vorstandssitzung vom 22.8.1945; ACDP 06-050.

34 Die Zulassung des sächsischen Landesverbandes erfolgte ebenfalls erst, nachdem sich die in Dresden gegründete CSV der Berliner CDU angeschlossen hatte und deren Namen übernommen hatte. Vgl. Andreas THÜSING, *Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945–1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts* (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 865), Frankfurt/M. 2000, S. 166.

35 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 18), S. 423. Alle 33 sächsischen Kreisverbände unterstanden dem Landesverband und dieser wiederum dem Reichsverband. Vgl. Rundschreiben Nr. 3

Es war der Leipziger Union nicht möglich, einen sachsenweiten Führungsanspruch zu stellen, wie dies angesichts der Größe und Bedeutung der Stadt Leipzig innerhalb Sachsens zumindest denkbar gewesen wäre. Bereits Anfang Juli 1945 hatte die Dresdner CDU ihren Führungsanspruch in Sachsen verdeutlicht, den sie unter anderem mit dem Argument begründete, dass nach ihrer Ansicht mit dem Sitz der Partei in der sächsischen Landeshauptstadt auch automatisch die Führung für den Landesverband zusammenhänge.³⁶ Aufgrund der im Gegensatz zu Chemnitz und Dresden verspäteten Gründung der Leipziger CDU kann es nicht überraschen, dass der Dresdner Führungsanspruch in der sächsischen Union anerkannt werden musste.³⁷ Vor allem stellte diese Unterordnung unter den Dresdner Unionsverband aber eine sowjetische Forderung dar, da der Sitz des Landesverbandes in Dresden und damit am Sitz der SMAD-Verwaltung für Sachsen sein sollte.³⁸

Die Registrierung der Leipziger CDU erfolgte am 24. August 1945³⁹ und galt für die Stadt und den Kreis Leipzig.⁴⁰ Als Aufruf der Leipziger CDU wurde der Text des Berliner Aufrufes verwendet. Ursprünglich wollten die Leipziger CDU-Gründer einen Aufruf veröffentlichen, „der sich im Allgemeinen an den Chemnitzer Text hält, aber die Einleitung, die Sätze über den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Stellung zur Gewerkschaftsbewegung wie die über die Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen aus dem Ber-

des CDU-Landesverbandes Sachsen vom 10.9.1945; ACDP 01-188-002/1. Die Leipziger CDU bezeichnete sich zunächst uneinheitlich als Kreis- oder Bezirksverband. Da die Bezeichnung Kreisverband einheitlich in der CDU verwendet wurde und auch der Leipziger Verband später offiziell den Namen Kreisverband annahm, wird in dieser Arbeit einheitlich vom Kreisverband Leipzig gesprochen. Protokoll der Vorstandssitzung vom 14.2.1947; ACDP 06-050.

36 Vgl. BAUS/HÄNEL (wie Anm. 7), S. 13. Bereits in dem Bestätigungsschreiben über den Besuch Eichelbaums in Berlin, das am 7.8.1945 von der CDUD-„Reichsgeschäftsstelle“ an den Kreisverband Leipzig Stadt und Land gesandt wurde, war die Aufforderung enthalten, wegen der Gründung und Registrierung der Ortsgruppen im Rahmen des Kreisverbandes „mit dem zuständigen Landesverband, Sitz Dresden, Fühlung aufzunehmen“. Vgl. CDUD-Reichsgeschäftsstelle an Kreisverband Leipzig Stadt und Land vom 7.8.1945; ACDP 01-090-015/5.

37 Ähnlich stellte sich die Situation für die Leipziger LDP dar. Krippendorff sieht als Grund dafür, dass Leipzig gegenüber Dresden ins Hintertreffen geriet, das vierwöchige Experimentieren mit einer Sammelpartei sowie die anfängliche Führungslosigkeit der liberalen Gruppe nach der Abspaltung der christlichen Vertreter. Vgl. Ekkehart KRIPPENDORFF, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 21), Düsseldorf 1961, S. 38.

38 Die SMAD-Verwaltung für Sachsen war in einer ehemaligen Dresdner Kaserne untergebracht. Vgl. FOITZIK (wie Anm. 6). Durch den Sitz des CDU-Landesverbandes in Dresden war für die Sowjets immer ein Ansprechpartner vorhanden.

39 Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.8.1945; ACDP 06-050.

40 Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.8.1945; ebd.

liner Aufruf benutzt“.⁴¹ Bereits hier wird deutlich, dass die Leipziger Christdemokraten darauf verzichteten, selbst umfassend programmatisch tätig zu werden, sondern maßgeblich von Berlin und Chemnitz beeinflusst wurden.⁴² Entgegen diesen Leipziger Vorstellungen forderte die SMA jedoch am 28. August 1945, dass in Leipzig der Berliner Aufruf veröffentlicht werden solle.⁴³ Ähnlich wie bei der Ablehnung des DPD-Programms und der Forderung, sich der Berliner CDU oder LDP anzuschließen, wird auch hier deutlich, dass die SMA klare hierarchische Strukturen in ihrer Besatzungszone forderte. Diese sahen eine deutliche Unterordnung der Kreis- unter die Landesverbände und dieser wiederum unter die Berliner Parteizentrale vor.⁴⁴ Durch diesen zentralistischen Aufbau, der in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Sowjetischen Besatzungszone zu finden war, erhoffte man sich wohl eine leichtere Steuerung und Lenkung der Parteien im sowjetischen Okkupationsbereich.

Der am 31. August 1945 bei der SMA eingereichte und am 13. September plakatierte Gründungsaufwurf der Leipziger CDU⁴⁵ war neben den sieben Mitgliedern des vorläufigen Vorstandes noch von 14 weiteren Personen unterzeichnet.⁴⁶ Auffällig ist, dass lediglich eine Frau unter den Mitwirkenden des so genannten Aktionsausschusses Leipzig zu finden ist. Dies steht im klaren Gegensatz zu dem späteren hohen Frauenanteil in der CDU und der Bevölkerungsstruktur.⁴⁷ Besonders überrascht, dass die beiden weiblichen CDU-Gründungsmitglieder diesen Aufruf nicht mit unterzeichneten, insbesondere Anneliese Weisbender, die auch in der Folgezeit aktiv an der Partearbeit teilnahm.

Entwicklung der Mitgliederzahlen⁴⁸

In der Entwicklung der Mitgliederzahlen spiegelt sich deutlich der zeitliche Rückstand der Unionsgründung in Leipzig wider. Der Kreisverband Leipzig

41 Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.8.1945; ebd.

42 Vgl. Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik*, Düsseldorf 2001, S. 116.

43 Protokoll der Vorstandssitzung vom 28.8.1945; ACDP 06-050.

44 Auch die Dresdner Union musste ihren eigenen Aufruf zurückziehen und den Wortlaut des Berliner CDU-Gründungsaufwurfes übernehmen. Vgl. WIDERA (wie Anm. 13), S. 129–130.

45 Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.8.1945 und 14.9.1945; ACDP 06-050.

46 Gründungsaufwurf der CDU Leipzig; ACDP 03-035-115.

47 Die Volkszählung in der Stadt Leipzig am 3.11.1945 weist einen Frauenanteil von 60 % aus. Gegenüber der letzten Volkszählung in Leipzig vom 17.5.1939 hatte der prozentuale Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung damit um mehr als 6 % zugenommen. Vgl. Nachrichtenamt der Stadt Leipzig, *Die Bevölkerung Leipzigs im November 1945. Ergebnisse der Volkszählung vom 3. November 1945*, Leipzig 1945, S. 4, 15.

48 Arbeitsberichte an die SMA Dresden, Dezember 1945 – Dezember 1947; ACDP 03-036-006 – 009.

Stadt und Land⁴⁹ hatte Ende Dezember 1945 mit 2.025 eingetragenen Mitgliedern zunächst auffallend weniger Parteimitglieder aufzuweisen als die Kreisverbände von Chemnitz und Dresden. Ab Anfang 1946 ist dann jedoch ein rasanter Anstieg der Leipziger Unionsmitglieder zu verzeichnen, was auf den hohen Nachholbedarf der Leipziger CDU in Folge der späten Parteigründung zurückzuführen ist.

Als Grund für die schnelle Steigerung der Mitgliederzahlen in Sachsen sieht Baus das Konkurrenzdenken zwischen den beiden Konfessionen an.⁵⁰ Ob dies auch als Begründung für Leipzig angesehen werden kann, muss bezweifelt werden. Es ergibt sich aus den Quellen der Eindruck, dass Protestanten und Katholiken, wie beispielsweise Ruland und Buchheim, in der Leipziger CDU-Führung sehr gut und partnerschaftlich zusammengearbeitet haben. Auf religiöse Differenzen oder Konkurrenzkämpfe geben die eingesehenen Unterlagen hier keine Hinweise.

Ab Mai 1946 ließ das Anwachsen der Mitgliederzahlen deutlich nach und fiel in Leipzig wie im gesamten sächsischen Landesverband nur noch moderat aus. Dieser Befund kann mit vielfachen Behinderungen erklärt werden, denen CDU-Mitglieder ausgesetzt waren. So wurde beispielsweise die CDU-Mitgliedschaft von Behörden und Dienststellen für ungenügend erklärt und stattdessen ein Beitritt zu KPD oder SPD beziehungsweise später zur SED gefordert. Den Betroffenen wurde sogar eine Erstattung der bereits gezahlten CDU-Mitgliedsbeiträge in Aussicht gestellt, falls die Parteimitglieder die Union verlassen würden.⁵¹ Wenn man die Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter der Stadt Leipzig vom März 1946 betrachtet, wird deutlich, dass offensichtlich sehr wenige CDU-Mitglieder in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden oder aber viele CDU-Sympathisanten, die in Behörden arbeiteten, sich aus Angst vor beruflichen Nachteilen nicht offen zur CDU bekannten. Den 4.607 SPD- und 2.159 KPD-Mitgliedern standen lediglich 429 LDP- sowie 227 CDU-Mitglieder gegenüber.⁵²

Das Anwachsen der Mitgliederzahl des Kreisverbandes Leipzig lag somit nur eingeschränkt im Einflussbereich der Leipziger CDU. Es ist davon auszugehen, dass ohne diese Beeinträchtigungen, die viele an einem freien poli-

49 Da die Daten immer gemeinsam für den CDU-Kreisverband Leipzig Stadt und Land angegeben wurden, ist keine Einzelaufstellung der Entwicklungen allein für das Leipziger Stadtgebiet möglich. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurden bei Chemnitz und Dresden ebenfalls die Daten der Kreisverbände Stadt und Land gemeinsam betrachtet.

50 Vgl. BAUS/HÄNEL (wie Anm. 7), S. 12.

51 Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.1.1946; ACDP 06-050.

52 In der Statistik sind 11.480 Mitarbeiter der Stadt Leipzig ohne Parteizugehörigkeit vermerkt. Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.3.1946; ebd.

tischen Bekenntnis hinderten, eine deutlich positivere Entwicklung der CDU-Mitgliederzahlen möglich gewesen wäre.

*Gemeinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946*⁵³

Am 19. Juni 1946 erfolgte von der SMAD die Ankündigung der Gemeindevahlen in Sachsen für den 1. September 1946. Damit war Sachsen das erste Land in der SBZ, in dem Wahlen durchgeführt werden sollten.⁵⁴ Es war nötig, innerhalb kürzester Zeit weitere Ortsgruppen zu gründen, die bis zum 15. August 1946 registriert sein mussten.⁵⁵ Diese Registrierung der Ortsgruppen, die nötig waren, um überhaupt Kandidatenlisten aufstellen zu können, zog sich als entscheidender Faktor durch den gesamten Wahlkampf. Besonders der Zeitdruck stellte hier eine Schwierigkeit dar, da zu Recht befürchtet wurde, dass die SMA nicht bis zum 15. August 1946 alle zur Registrierung angemeldeten Ortsgruppen tatsächlich anerkennen würde. Diese für die CDU in Sachsen sehr bedeutende Einschränkung spielte für Leipzig jedoch kaum eine Rolle, da der überwiegende Teil der Ortsgruppen noch kurzfristig durch die Kommandantur genehmigt worden war. Für Chemnitz hingegen wurden für August und September 1946 vier und für Dresden sogar 15 nicht registrierte Gruppen gemeldet. Für Sachsen standen im August 1946 654 registrierten 671 nicht registrierte Ortsgruppen gegenüber.⁵⁶ Andere Beeinträchtigungen, wie die Auflagenbeschränkung der sächsischen Unionszeitung sowie der Mangel an Werbematerial, der auf die Schwierigkeiten der Union bei der Papierzuteilung und somit auf eine bewusst von den Sowjets gesteuerte Tatsache zurückgeführt werden konnte, trafen auf Leipzig jedoch gleichermaßen zu.

Bei den Gemeindevahlen erreichte die CDU in Leipzig mit 82.486 für sie abgegebenen Stimmen einen Anteil von 21,5 Prozent der gültigen Stimmen. Damit lag das Ergebnis deutlich über dem erzielten Wahlergebnis der Dresdner CDU mit 15,9 Prozent, aber ebenfalls deutlich unter dem Chemnitzer Erfolg

53 Die angegebenen Prozentsätze beziehen sich auf die gültigen Stimmen. Vgl. Günter BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, in: Martin BROZAT/Hermann WEBER (Hg.), *SBZ-Handbuch*, München 1990, S. 396–404. Abweichend davon beziehen sich die Prozentangaben bei Baus auf alle abgegebenen Stimmen inklusive der ungültigen Stimmen. Da diese jedoch nicht die Basis der Mandatsverteilung darstellten, erschien die Verwendung dieser Angaben hier nicht sinnvoll. Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 489.

54 In Thüringen und Sachsen-Anhalt fanden die Wahlen am 8.9.1946 und in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern am 15.9.1946 statt. Vgl. WILDE (wie Anm. 10), S. 159. In der amerikanischen Zone wurden bereits von Januar bis Mai 1946 Kommunalwahlen und am 30.6.1946 Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung u. a. in Bayern durchgeführt. Vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1985, S. 97.

55 Protokoll der Vorstandssitzung vom 24.6.1946 und 3.7.1946; ACDP 06-050.

56 Arbeitsberichte an die SMA Dresden, August und September 1946; ACDP 03-036-007.

von 25,2 Prozent. Außerdem hatte die Leipziger LDP die CDU deutlich hinter sich gelassen. Durch die von der LDP erzielten 29,7 Prozent konnten die bürgerlichen Parteien gemeinsam eine prozentuale Mehrheit gegenüber der SED mit 46,3 Prozent erringen.⁵⁷ Aufgrund der auszugsweise aufgeführten Wahlbenachteiligungen kann das Erreichen von 21,5 Prozent der gültigen Stimmen für die Leipziger Union als Achtungserfolg angesehen werden. Auch wenn die Unionsmitglieder im Vorfeld ein höheres Ergebnis erhofft hatten und die Leipziger LDP ein deutlich besseres Wahlergebnis erzielt hatte, bewertete man die Erringung von 19 Stadtverordnetenmandaten unter den gegebenen Bedingungen als zufrieden stellend, da zumindest ein Mindestmaß an Mitwirkungsmöglichkeiten erreicht werden konnte.

Bei den Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 war die Registrierung der Ortsgruppen nicht mehr nötig, so dass in allen Orten die Wahlvorschläge der CDU gewählt werden konnten. Trotzdem kam es erneut zu einer massiven Beeinträchtigung des Unionswahlkampfes, beispielsweise durch die Senkung der Auflagenzahl der sächsischen Unionszeitung „Die Union“ um 10.000 auf 35.000 Exemplare,⁵⁸ die direkt auf sowjetische Einflussnahme zurückgeführt werden kann. Entsprechend den Ergebnissen der CDU bei den sächsischen Gemeindewahlen bedeutete dies, dass mit der gekürzten Auflage lediglich fünf Prozent der Unionswähler mit Informationen beliefert werden konnten.⁵⁹ Somit war für die Wahl im Oktober kaum eine Werbewirkung zu erzielen. Eine weitere Schwierigkeit für die CDU stellte die Tatsache dar, dass die Wahlkämpfe für die Gemeinde- und Landtagswahl unmittelbar aufeinander folgten. Da dies der CDU im Gegensatz zur SED bei Beginn des Gemeindewahlkampfes jedoch nicht bekannt war,⁶⁰ konnte sie besonders den Einsatz von Werbematerial nicht entsprechend vorausschauend planen.

Während die sächsische CDU insgesamt bei den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 gegenüber der Gemeindewahl einen Zuwachs von circa 120.000 Stimmen erzielen konnte,⁶¹ verlor die CDU in Leipzig bei dieser Wahl deutliche Stimmenanteile. Mit nur noch 72.042 Wählern, die den Christdemokraten

57 Zu beachten ist jedoch, dass aufgrund des Blockprinzips eine Koalitionsbildung gegen die SED ausgeschlossen war. Zusätzlich bestand die Auflage, dass die stärkste Fraktion den Verwaltungschef zu stellen habe, womit die SED oft den Posten des Stadtoberhauptes erhielt. Vgl. BRAUN (wie Anm. 53), S. 387. In Leipzig blieb Dr. Zeigner weiterhin Oberbürgermeister.

58 Rückblick auf die Wahlen – ohne Autor; ACDP 03-035-007.

59 Union Vertriebsabteilung an die Verlagsleitung bezüglich Auflage, 3.9.1946; ACDP 03-035-040.

60 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 303.

61 Damit bestätigte sich die Erwartung der SED, dass die bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen deutlich bessere Ergebnisse als bei den Kommunalwahlen erzielen würden, da sie überall ohne vorherige Registrierung von Ortsgruppen antreten konnten. Vgl. Stefan DONTH, *Vertriebene und Flüchtling in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjeti-*

ihr Vertrauen geschenkt hatten, erreichte die Leipziger Union lediglich 18,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der LDP war es hingegen gelungen, ihr Ergebnis gegenüber der Gemeindewahl deutlich zu steigern. Aufgrund der von ihr erreichten 34,1 Prozent hatten die bürgerlichen Parteien gemeinsam verhindert, dass die SED allein eine prozentuale Mehrheit in Leipzig erreichte. Diese musste sich mit 45,5 Prozent zufrieden geben und hatte dabei mehr als 3.500 Wählerstimmen im Vergleich zur Gemeindewahl eingebüßt.

Aufgrund der exemplarisch angeführten Beeinträchtigungen, denen die Leipziger Union im Wahlkampf für die Gemeinde- und Landtagswahlen ausgesetzt war, kann auch für die Messestadt der in der Forschung geäußerten Vermutung zugestimmt werden, dass die Wahlen im Herbst 1946 „keinesfalls mehr als freie und gleiche Wahlen bezeichnet werden können“.⁶² Es ist davon auszugehen, dass die Wahlergebnisse der Union ohne die angeführten Beeinträchtigungen deutlich besser ausgefallen wären.⁶³ Die Bedingungen, denen sich der Leipziger Kreisverband aufgrund der massiven Einflussnahme der Sowjets zugunsten der SED gegenüber sah, waren dabei keine Ausnahme. Auch in den anderen Wahlbezirken in Sachsen und der SBZ insgesamt hatten die Unionsverbände mit ähnlichen Behinderungen zu kämpfen.

Konflikte

1. Absetzung der Zonenführung unter Andreas Hermes und Walther Schreiber

Die Ende Dezember 1945 durchgeführte Absetzung der Zonenvorsitzenden der Union Andreas Hermes und Walther Schreiber durch die Besatzungsmacht erfolgte vornehmlich aufgrund der Ablehnung, den Aufruf „Helft den Neubauern“ zu unterzeichnen.⁶⁴ Da durch die Ablehnung der CDU in solch einer

schen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15), Köln 2000, S. 213.

62 BAUS (wie Anm. 26), S. 140.

63 Betrachtet man lediglich das Wahlergebnis der Wahlbezirke, in denen die CDU bei den Gemeindewahlen tatsächlich gewählt werden konnte, steigt der Anteil der Unionsstimmen um fast 7 % an. Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 489. Dies verdeutlicht auch zahlenmäßig, dass allein die Nichtzulassung der CDU-Ortsgruppen massive negative Auswirkungen auf das Unionswahlergebnis hatte. Viele andere Beeinträchtigungen können hingegen nicht in Zahlen ausgedrückt werden.

64 Laut Donth war für die Ablösung der CDU-Führung neben der Haltung zur Bodenreform und dem Neubauernaufruf besonders die Position von Hermes hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze ausschlaggebend, die die SMAD jedoch nicht thematisieren konnte, um die feindselige Stimmung in der Bevölkerung nicht zu verstärken und sich deutschlandpolitische Optionen offen zu halten. Vgl. Stefan DONT, *Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht*, in: HPM 7 (2000), S. 109–133, hier S. 116.

wichtigen Frage die Blockstrategie von SMAD und KPD gefährdet erschien und die Etablierung der Union als Oppositionspartei drohte, versuchte die Militäradministration, den Sturz der Zonenführung durch die Instrumentalisierung der einzelnen Unionsverbände zu erreichen. Auch die Leipziger CDU wurde unter sowjetischem Druck am 15. Dezember 1945 zu einer Erklärung genötigt, die eine Bestätigung der Bodenreform, die Unterstützung für den Neubauernaufruf sowie eine Rücktrittsforderung an Hermes und Schreiber enthielt.⁶⁵ Die Stellungnahme wurde am 20. Dezember 1945, und damit einen Tag nach der Absetzung der Berliner Unionsführung, in der Deutschen Volkszeitung veröffentlicht. Bereits diese Veröffentlichung der Erklärung der CDU-Mitglieder verdeutlicht den ausgeübten Druck, denn nicht in der eigenen Parteizeitung, sondern im Zentralorgan der KPD wurde die abgegebene „Erklärung aktiver Mitglieder der CDU Leipzig“ auf der Titelseite abgedruckt.⁶⁶ Aufgrund der Umstände muss davon ausgegangen werden, dass diese Resolution nicht aus Überzeugung, sondern in Folge des massiven sowjetischen Drucks abgegeben wurde. Den Leipziger Unionsmitgliedern war klar, dass eine ablehnende Haltung gegenüber den Vorstellungen der SMA mit erheblichen Nachteilen und sogar Gefahren für die eigene Person sowie die Leipziger Union verbunden sein konnte. Allein die Andeutung von sowjetischer Seite gegenüber dem Leipziger Generalsekretär, dass dieser nach Berlin fahren solle, um „dadurch den Bestand der CDU zu retten“, verdeutlicht die Brisanz der Lage.⁶⁷ Diese Ereignisse waren keine Leipziger Besonderheit, sondern Teil einer groß angelegten Kampagne innerhalb der SBZ. Auch in Chemnitz, Dresden und anderen Teilen der SBZ fanden ähnliche Aktionen statt.⁶⁸ Doch mit dieser Stellungnahme waren die Pläne der SMA noch nicht beendet. Auf sowjetischen Druck und unter permanenter Kontrolle der Besatzer wurde die Leipziger Unionsführung gedrängt, nach Berlin zu fahren, um dort die Parteiführung wegen ihrer Haltung zum Neubauernaufruf zur Rede zu stellen. Aus dem Bericht über diese Tage kann man den permanenten Druck erkennen, der auf die in Berlin anwesenden CDU-Vertreter ausgeübt wurde. So bemerkt Ruland, dass sie „durch die Besatzungsmacht in Karlshorst untergebracht“ wurden.⁶⁹ Dies verdeutlicht, dass zu keiner Zeit für die eingeladenen Vertreter

65 In Chemnitz wurde am 17.12.1945 eine ähnliche Resolution beschlossen, die jedoch sehr vorsichtig formuliert war und darauf verwies, dass man lediglich über die Zeitung Informationen erhalten habe. Die Chemnitzer Resolution ist abgedruckt bei Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963, S. 148.

66 „Erklärung aktiver Mitglieder der CDU Leipzig“, in: „Deutsche Volkszeitung“ vom 20.12.1945.

67 Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.12.1945; ACDP 06-050.

68 Ebd.

69 Protokoll der Vorstandssitzung vom 21.12.1945; ebd.

der Unionskreisverbände die Möglichkeit bestand, eine Meinung zu vertreten, die von den sowjetischen Anweisungen abwich. Die Absetzung der Zonenführung erfolgte schließlich am 19. Dezember 1945 durch Marschall Schukow, der eine weitere Zusammenarbeit mit Hermes und Schreiber ablehnte.

Bei der Beurteilung der Rolle, die die Leipziger CDU in diesem Rahmen eingenommen hat, wird deutlich, dass der Leipziger Vorstand, wie auch viele andere Kreisverbände, nur die Möglichkeit sah, sich den Forderungen der SMAD zu beugen und so eine weitere Parteiarbeit zu sichern. Widerstand gegen die Vorstellungen der Besatzer hätte kaum Aussicht auf Erfolg gehabt und so eine Gefahr für die Unionsvertreter persönlich sowie für den Bestand der CDU bedeutet, da die Sowjets indirekt mit der Auflösung der Partei drohten. Den Verantwortlichen vorzuwerfen, dass sie an der Absetzung von Hermes und Schreiber als Statisten mitwirkten, verkennt die Situation. Den Vertretern der Leipziger Union blieben nur zwei Entscheidungsmöglichkeiten – entweder Widerstand gegen die Vorstellungen der Besatzer zeigen und so sich selbst und den Bestand der Partei zu gefährden oder sich den Wünschen der Militäradministration zu beugen. Der CDU-Vorstand in Leipzig sah es als seine Verantwortung an, die weitere Parteiarbeit zu sichern. Dies konnte nur durch ein Einlenken auf die Ansichten der SMAD garantiert werden.⁷⁰ Buchheim bestätigt die Vermutung, dass die Leipziger CDU die Berliner Unionsführung nicht unterstützten konnte und verdeutlicht den sowjetischen Druck, der ausgeübt wurde, indem er bemerkt: „Hermes und Schreiber forderten die Partei im Lande zu einer Haltung auf, die ... angesichts der Übermacht der russischen Militärmacht nicht zu vertreten war.“⁷¹ Rückblickend stellt Ruland für den Dezember 1945 fest, dass die Union insgesamt in dieser Zeit eine Krise durchlebte.⁷² Dies traf zweifellos auch für die Leipziger CDU zu. Den beiden abgesetzten Unionsvorsitzenden folgten Jakob Kaiser und Ernst Lemmer in der Parteiführung nach.

2. Jakob Kaiser als neuer Unionsvorsitzender und dessen Absetzung

Die Leipziger Unionsführung stimmte am 29. Dezember 1945 dem Wechsel in der Berliner Parteileitung von Andreas Hermes und Walther Schreiber zu

70 SUCKUT (wie Anm. 7), S. 125, betont, dass die CDU-Funktionsträger bis zur Absetzung Kaisers „noch kaum Anzeichen der später häufigen Unterordnungs- oder Anpassungsbereitschaft“ gezeigt hätten. Diese Darstellung muss hinsichtlich der Absetzung von Hermes angezweifelt werden, da nicht nur beim Leipziger Kreisverband, sondern auch bei vielen anderen CDU-Verbänden eine Unterordnung unter die Ziele der sowjetischen Behörden zu erkennen ist.

71 BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 228.

72 Carl Ruland, Geschichte der Christlich-Demokratischen Union, 23.6.1947; ACDP 01-188-001/3, NL Karl Buchheim.

Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zu. Diese Entscheidung fand auf Druck der Besatzungsmacht statt, die von der Leipziger CDU forderte, dass eine Resolution im Sinne der Berliner Entschließungen vom 19. Dezember 1945 gefasst werde. Doch die Leipziger CDU-Führung war trotz des unter sowjetischem Druck erfolgten Beschlusses umgehend bemüht, mit der neuen Parteileitung Kontakt aufzunehmen, um so schnellstmöglich wieder zur politischen Arbeit übergehen zu können.⁷³ In der Folgezeit unterstützte man in Leipzig aktiv die von Kaiser entwickelte Idee des „Christlichen Sozialismus“.⁷⁴ Zu erahnen ist aus der Reaktion der Leipziger Unionsführung der Wunsch, nach dem Führungswechsel an der Parteispitze schnell zu einer normalen Parteiarbeit zurückzukehren und dabei möglichst wenig in Konflikt mit der Besatzungsmacht zu geraten. Dass dies Kaiser, anders als Hermes vor seiner Absetzung, als Vorsitzender in den ersten Monaten nach der Übernahme der Unionsführung verkörperte, erklärt das große Engagement der Leipziger CDU. Der positive Umgang mit der neuen programmatischen Richtung kann auch auf die Erleichterung zurückgeführt werden, dass die Krise so schnell überwunden wurde und man nun auf ein Programm hoffte, das viele neue Mitglieder anlocken sollte.⁷⁵

Obwohl Kaiser 1946 als der neue Hoffnungsträger der Union für eine gute Zusammenarbeit mit der SMAD gegolten hatte, erfolgte auch seine Absetzung auf Druck der Sowjets. Nach vielen vorausgegangen Unstimmigkeiten stellte die Weigerung Kaisers, sich am „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ zu beteiligen, den Anlass für das erneute Eingreifen der Besatzungsmacht in die Zusammensetzung der Berliner Unionsführung dar. SMAD und SED wollten in dieser wichtigen Frage nicht auf die Mitwirkung der CDU verzichten⁷⁶ und versuchten durch verstärkten Druck auf die Kreisverbände, die Entsendung von Delegierten zum Volkskongress zu erreichen und so die Meinung der Berliner Parteiführung zu unterlaufen. Ziel der SMAD war es, die Ablösung Kaisers durch ein innerparteiliches Misstrauensvotum oder den freiwilligen Rücktritt des ersten Vorsitzenden der CDU zu erreichen. Nur als letzte Möglichkeit wurde die Absetzung Kaisers auf Befehl der SMAD erwogen.⁷⁷ Am 6. und 9. Dezember 1947 erklärte Hauptmann Kratin Kaiser, dass er das Vertrauen der Besatzungsmacht nicht mehr besitze und daraus die Konsequenzen ziehen solle.⁷⁸ Der gleichzeitig von sowjetischer Seite auf die

73 Protokoll der Vorstandssitzung vom 9.1.1946; ACDP 06-050.

74 Zum „christlichen Sozialismus“ vgl. Bernd UHL, *Die Idee des Christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947*, Mainz 1975; TISCHNER (wie Anm. 28), S. 224–238.

75 Vgl. Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D)*, in: BROSZAT/WEBER (wie Anm. 53), S. 524.

76 Die Frage der Teilnahme der CDU am Volkskongress stellte für die SMAD einen Gradmesser dar, ob sich die Union zu einer Oppositionspartei entwickle oder weiter eingebunden werden könne. Vgl. DONTH (wie Anm. 61), S. 310.

77 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 397.

78 Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 195.

Unionsvorsitzenden in den Ländern ausgeübte Druck, sich von Kaiser zu trennen, sollte eine Spaltung der CDU in einen fortschrittlichen und einen „reaktionären“ Flügel herbeiführen.⁷⁹ Das sowjetische Ziel der Absetzung des Unionsvorsitzenden wurde am 19. Dezember 1947 erreicht. Die Entmachtung Kaisers erfolgte mit den Worten: „Die Landesverbände der sowjetischen Zone beabsichtigen, sich so lange von der Zonenleitung zu trennen, bis die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dieser und der SMAD wiederhergestellt ist. Diese Regelung soll trotz des Vertrauens zu Jakob Kaiser erfolgen, weil sonst eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Landesverbänden mit der SMA nicht möglich und die Fortsetzung einer eigenständigen Unionsarbeit in der Zone notwendig ist.“⁸⁰ Deutlich wird an dieser Formulierung der versuchte Kompromiss: Einerseits beugte man sich der sowjetischen Forderung, andererseits betonte man aber das eigene Vertrauen zu Kaiser sowie die nur zeitweilige Absetzung des erst kurz zuvor mit überragender Mehrheit wieder gewählten Vorsitzenden. Damit trafen die Landesvorsitzenden die Entscheidung, der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit den sowjetischen Behörden und somit einer weiteren Handlungsfähigkeit der Union den Vorrang vor dem Wunsch vieler Parteimitglieder zu geben, an Kaiser festzuhalten. Doch die SMAD gab sich mit dieser ungenauen Aussage nicht zufrieden und erklärte, dass sie bis auf weiteres die CDU-Landesvorsitzenden als oberste Vertretung der Partei unter dem Vorsitz von Hugo Hickmann und Reinhold Lobedanz ansehe, wodurch der Entscheidung der Charakter einer Zwischenlösung genommen wurde.⁸¹

Bei der Absetzung der Zonenführung unter Hermes und Schreiber Ende 1945 sowie Kaiser und Lemmer Ende 1947 zeigten sich deutliche Parallelen hinsichtlich der Reaktionen der Leipziger Unionsführung. Auch wenn die Leipziger an der zweiten Absetzung der Berliner Unionsführung durch die Sowjets weniger aktiv teilnahmen als bei der Amtsenthebung von Hermes und Schreiber, war es doch in beiden Fällen das Ziel des Kreisverbandes, möglichst wenig mit den Interessen der Sowjets zu kollidieren und umgehend zu einer normalen Parteiarbeit zurückzukehren. Deshalb war man schnell bereit, sich mit den durch die Besatzungsmacht herbeigeführten Gegebenheiten abzufinden. Doch auch wenn man erneut die Absetzung der Berliner Unionsführung Ende 1947 akzeptieren musste und schnell zur Tagespolitik überging, blieben doch Leipziger Vorstandsmitglieder, wie auch viele andere Unionspolitiker, mit Kaiser in Verbindung und sahen ihn weiterhin als wichtigen Ansprechpartner. Zumindest Eichelbaum scheint auch nach der Absetzung Kaisers weiter mit ihm in Kontakt gestanden zu haben, denn er betont, dass er zunächst

79 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 399.

80 Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 204.

81 Vgl. EBD. S. 204–205.

einmal monatlich und später sogar wöchentlich mit seinem Dienstwagen unter einem Vorwand nach Berlin fuhr, um dort „immer, wenn es wichtig war“, Gespräche mit Kaiser in dessen Büro in Charlottenburg zu führen.⁸² Unklar bleibt, ob allein Eichelbaum weiterhin Kaiser als Parteivorsitzenden ansah, mit dem man wichtige Probleme besprechen musste, oder ob dies auch der Überzeugung der anderen Mitglieder der Leipziger Unionsführung entsprach. Die Aussage Eichelbaums lässt jedoch die Vermutung zu, dass zumindest Teile der Leipziger Union eine oppositionelle Einstellung innehatten.⁸³

Ausblick 1948

Nach der Absetzung des Berliner Unionsvorsitzenden Kaiser deuten verschiedene Hinweise darauf hin, dass die sowjetische Einflussnahme auf den Leipziger Unionsverband weiter anstieg und es auch in Leipzig zu einer weiteren Einschränkung der politischen Handlungsmöglichkeiten für die CDU kam. Ein Beleg dafür, dass zunehmend sowjetischer Druck auf die Mitglieder der Leipziger CDU-Führung ausgeübt wurde und eine christdemokratische Politik weniger denn je möglich war, ist die Flucht von Ernst Eichelbaum Ende 1948 in den Westen.⁸⁴ Damit verließ einer der Leipziger Unionsmitbegründer die SBZ, der selbst betonte, dass er ein „erträgliches Verhältnis“ mit der Besatzungsmacht gehabt habe.⁸⁵ Eichelbaum, der bereits in der NS-Zeit über den Gang ins Exil nachgedacht hatte, dies aber aufgrund verschiedenster Erwägungen wieder verworfen hatte, entschied sich Mitte Oktober 1948 für das Verlassen seiner Heimat und die Aufgabe aller politischen Ämter. Neben seiner persönlichen Gefährdung, die sich auch in der Beobachtung seines Privatlebens durch mehrere Personen ausdrückte, nennt er als Grund für seine Flucht, dass es nach seiner Einschätzung nach dem Sturz Kaisers und dem Amtsantritt Nuschkes keine unabhängige CDU-Politik in der SBZ mehr geben konnte. Die

82 Ernst Eichelbaum, Berichte über die Anfänge der CDU in Leipzig, August 1982; ACDP 01-201-001/6, NL Ernst Eichelbaum. Eichelbaum war damit nur einer von vielen Besuchern des Parteibüros, wodurch sich Kaiser weiter als Erster Vorsitzender der CDU fühlen konnte. Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, 2. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 59. Mit Hilfe der britischen Militärverwaltung war es Kaiser gelungen, in der Reichsstraße 4 in Charlottenburg geeignete Räume zu finden. Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 221.

83 Laut DONT (wie Anm. 61), S. 316, sah die SMA Mitte 1948 den CDU-Kreisverband Leipzig als Zentrum der Opposition beispielsweise hinsichtlich der Grenzfrage an.

84 Zusätzlich verweist Eichelbaum hinsichtlich der Begrenzung politischer Möglichkeiten für die CDU auf die Neugründung von DBD und NDPD im Sommer 1948, die Bildung der Volkskongresse sowie stundenlange Verhöre auf der Kommandantur, in denen von Seiten der Sowjets Druck auf die Politiker ausgeübt wurde und diese sich Vorhaltungen anhören mussten. Vgl. Eichelbaum (wie Anm. 82).

85 Ebd.

Enttäuschung Eichelbaums darüber wird in der Bezeichnung der CDU als „folgsamer Satellitenpartei“ deutlich.⁸⁶

Nachdem Ende 1948 mit Eichelbaum der erste der Leipziger CDU-Gründer, der bis dahin eine dauerhaft wichtige politische Stellung in der Partei innegehabt hatte, die SBZ verlassen hatte,⁸⁷ folgten ihm bis Ende 1950 die anderen Gründungsmitglieder, so dass man zu diesem Zeitpunkt eine völlig veränderte Parteileitung und Partei überhaupt vorfand. Diese Flucht zahlreicher CDU-Mitglieder in den Westen betrachtete die SMA dabei als „Form der ‚Selbstreinigung‘ der Partei von ‚reaktionären und antinationalen Elementen‘“.⁸⁸ Da Leipzig hierbei keine Sonderstellung einnahm, sondern eher dem generellen Trend entsprach,⁸⁹ drückt sich darin die Transformation der Union sowie die Wandlung der politischen Rahmenbedingungen in der SBZ/DDR insgesamt aus. Obwohl die Vorstandsmitglieder der Leipziger CDU über lange Zeit sich weitgehend den sowjetischen Vorstellungen angepasst hatten, um so eine weitere politische Arbeit zu gewährleisten, sahen die meisten in der Folgezeit keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen. Dies bestätigt den Befund, dass der Handlungsspielraum, den die SMA den Leipziger Parteiverantwortlichen beließ, sehr eingeschränkt war und die engen Grenzen im betrachteten Zeitraum noch zunehmend enger wurden. Dass dieser begrenzte Rahmen nach 1948 offensichtlich noch weiter abnahm, verdeutlichen die Abwanderungen der führenden CDU-Mitglieder Leipzigs und die abschließenden Worte Eichelbaums aus seinem Bericht über die Anfänge der CDU in Leipzig: „Die CDU war herabgewürdigt zur folgsamen Satellitenpartei, und wer damals nicht gesehen hat, der wird es heute jedenfalls zugeben – oder er lernt es nie.“⁹⁰

86 Ebd.

87 Pater Arkenau OP musste auf sowjetischen Druck bereits Anfang 1946 die SBZ verlassen.

88 DONTH (wie Anm. 64), S. 131.

89 In der Ortskartei des CDU-Ostbüros wurden für Sachsen 1948 lediglich 29 CDU-Mitglieder vermerkt, die aus der SBZ geflohen waren. 1949 waren dies bereits 74 und 1950 280 Personen. Vgl. RICHTER (wie Anm. 82), S. 403.

90 Eichelbaum (wie Anm. 82).

Der „Prager Frühling“, die militärische Intervention und die weltpolitischen Folgen. Erkenntnisse auf der Basis neuer Archivdokumente

Von Gerhard Wettig

Zur Vorgeschichte

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) war das einzige Mitglied des Warschauer Pakts, das vor dem Krieg demokratische Verhältnisse, eine umfangreiche Industriearbeiterschaft und eine starke kommunistische Partei gehabt hatte. Nachdem sich Stalin der Unterstützung von Präsident Beneš versichert hatte, glaubte er, aufgrund dieser Voraussetzungen lasse sich das Sowjetsystem ohne Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege durchsetzen. Die Rote Armee räumte das Land schon 1945. Während weithin der Eindruck entstand, als gehe es, von einigen sozialen Korrekturen abgesehen, um die Rückkehr zur früheren Ordnung, arbeiteten die Kommunisten auf die volle Machtübernahme hin. Als sie, nachdem sie bei freien Wahlen zunächst 40 Prozent der Stimmen erhalten hatten, befürchten mussten, dass es beim nächsten Mal statt der erwarteten absoluten Mehrheit ein weit schlechteres Votum geben werde, änderte Stalin das Vorgehen: Im Februar 1948 leitete ein sowjetisch gesteuerter Putsch Machtübernahme und Sowjetisierung ein.¹ Die nun einsetzende Repression forderte 250.000 bis 280.000 Opfer; indirekt waren mehr als eine halbe Million Familienangehörige betroffen. Nachdem die Tschechoslowakei schon vor 1914 ein hoch entwickeltes Land mit einer ausgeprägten Zivilgesellschaft gewesen war, empfand die Bevölkerung das Sowjetsystem besonders stark als fremden Zwang, der keine Rücksicht auf ihre Traditionen, Bedürfnisse und Interessen nahm. Angesichts materieller Nöte, die deutlich mit der Lage in der Vergangenheit kontrastierten, stellte sich die Frage nach einer Korrektur der ökonomischen Lenkungsmechanismen. Der Problemdruck stieg. Die Verständnislosigkeit der Prager Führung gegenüber

1 Gerhard WETTIG, *Beneš – Stalins Hilfe bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei*, in: HPM 13 (2006), S. 271–280; Jiří KOCIAN, *Vom Kaschauer Programm zum Prager Putsch*, in: Stefan CREUZBERGER/Manfred GÖRTEMAKER (Hg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Zur Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002, S. 301–317; Donal O’SULLIVAN, *Stalins „Cordon Sanitaire“*, *Die Sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949*, Paderborn 2003, S. 348f.; Leonid LUKES, *The Czech Road to Communism*, in: Norman M. NAIMARK/Leonid GIBIANSKII (Hg.), *The Establishment of East European Regimes in Eastern Europe 1944–1949*, Boulder/CO 1997, S. 252–265; Gerhard WETTIG, *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953* (The Harvard Cold War Studies Book Series, 7), Boulder/CO 2007, S. 45f., 78–80, 152f.

den Autonomiebedürfnissen der Slowaken machte diese zu Verbündeten der Reformkräfte.²

In den Jahren 1962–1964 war ein entscheidendes Stadium erreicht. Nachdem Parteichef Antonín Novotný 1962/63 die Stalinisten ausgeschaltet hatte, war der Weg frei für eine ideologiefreie Beurteilung vor allem der zunehmend kritischen ökonomischen Lage. 1964 wurden nüchtern denkende Fachleute unter der Leitung von Ota Šik, dem Leiter des Wirtschaftsinstituts der Prager Akademie der Wissenschaften, beauftragt, Leitlinien für eine Wirtschaftsreform auszuarbeiten. Ihre Vorschläge, die eine weitreichende Verselbständigung der Produzenten auf der Basis von Gesetzen des Marktes vorsahen, wurden in den Gremien von Partei und Staat wie in der Öffentlichkeit diskutiert und fanden weithin ein sehr positives Echo. Eine zweite Kommission unter ZK-Sekretär Zdeněk Mlynář befasste sich mit dem Umbau des politischen Systems. Der Zusammenhang, der damit zwischen der Reform in beiden Bereichen hergestellt wurde, machte die auf Veränderung ausgerichteten Bestrebungen brisant. Ihnen lag die gemeinsame Vorstellung zugrunde, dass die Partei den gesamten Macht- und Führungsapparat im Einzelnen weder lenken noch kontrollieren könne und solle. Im slowakischen Landesteil löste der Prager Zentralismus große Unzufriedenheit aus. Gleichzeitig zeichnete sich eine gewisse Liberalisierung des geistigen Lebens ab, und die Schriftsteller verlangten weitere Lockerungen des amtlichen Zwangs. In Moskau war man durch diese Entwicklungen nicht beunruhigt, sondern betrachtete die neuen Tendenzen weithin mit Sympathie. Novotný, der sich ihnen entgegenstellte, stieß im Kreml zunehmend auf Kritik.³

Auftakt zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen Moskau und Prag

Der Haltung der sowjetischen Führungsmacht kam entscheidende Bedeutung zu. Die willige Bereitschaft des Moskauer Politbüros, als Chef der KPČ Alexander Dubček, den bisherigen Leiter der slowakischen Untergliederung, zu akzeptieren, den die Reformfraktion am 5. Januar 1968 in dieses Amt wählte, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Novotný bei der Absetzung Chruschtschows im Oktober 1964 Unmut bekundet und sich später dem Ver-

2 Karel KAPLAN, *Die Wurzeln der 1968er Reform*, in: Stefan KARNER u. a. (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968* (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, 9), Bd. 1: *Beiträge*, Köln 2008, S. 93–114. Zu dem Werk ist auch ein Band 2 erschienen, der die wesentlichen Dokumente in deutscher wie russischer Fassung enthält.

3 Stefan KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“ und seine Niederwerfung*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 18f.; Otakar TUREK/Miloš PICK, *Die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre*, in: EBD. S. 133–140; Oľga PAVLENKO, *Der Informationsfluss an die Moskauer Machtzentrale*, in: EBD. S. 256–265.

langen nach Truppenstationierung in der ČSSR versagt hatte. Mutmaßlich wegen des Übergangs der NATO zur Strategie der „flexiblen Erwidern“, die das militärische Kräfteverhältnis auf dem mitteleuropäischen Gefechtsfeld wichtiger als zuvor erscheinen ließ, hielten die sowjetischen Militärs die Dislozierung eigener Streitkräfte auf tschechoslowakischem Gebiet für nötig, um die nach ihrer Ansicht dort bestehende sicherheitspolitische Lücke zu schließen. Breshnew hatte zudem seit langem einen guten persönlichen Kontakt zu dem neuen Mann in Prag. Rasch⁴ sah sich der Kreml enttäuscht. Dubček bekannte sich zwar nachdrücklich zum Sozialismus als bestem Gesellschaftssystem, wollte ihm aber ein „menschliches Antlitz“ geben und entfernte sich mit den daraus praktisch abgeleiteten Konsequenzen weit von den Vorgaben der Führungsmacht. Besonders schwer wog in Moskauer Sicht die Aufhebung der Zensur am 4. März. Die ging allerdings nicht auf den Parteichef zurück, sondern war insbesondere eine Nebenwirkung der Kampagne zur Entfernung Novotnýs aus dem Amt des Präsidenten, der von dort aus gegen die neue Führung agierte. Im Kreml stand – neben der geargwöhnten Gefahr, dass sozialdemokratische Kräfte durch eine eigene Organisation die „Einheit der Arbeiterklasse“ sprengen und die KPČ spalten könnten – die Freiheit des Wortes im Zentrum der Sorge um den Erhalt des Systems. Als sich in den Medien entsprechende Stimmen meldeten, sah man die Befürchtung bestätigt. Weitere Irritationen – namentlich wegen Nichteinhaltung gegebener Zusagen (etwa bezüglich Novotnýs Verbleib im Präsidentenamt) – kamen hinzu. Schon im ausgehenden Winter hatte sich daher einiges Misstrauen in Moskau angesammelt.⁵

Zu den frühesten und heftigsten Feinden der Prager Reformbewegung im Kreml gehörte Juri Andropow. Er erblickte darin von Anfang an eine Wiederholung der gleichen Vorgänge, die 1956 in Ungarn den Aufstand eingeleitet hatten, und setzte den ihm unterstehenden Geheimdienst KGB ein, Belege dafür beizubringen. Als Gruppierung, die dabei auch die Dislozierung sowjetischer Truppen im Auge hatte, wandten sich der Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes, Dmitri Ustinow, Verteidigungsminister Marschall Andrei Gretschko und der Generalstab mit besonderer Schärfe gegen den „Revisionismus“ und die „Konterrevolution“ in Prag und erklärten schon zu Beginn des Frühjahrs von sich aus die Bereitschaft zum Einsatz bewaffneter Gewalt. Der Ideologe Michail Suslow, dem außerhalb der innersten Führung

4 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 19f.; Nikita PETROV, *Der „Prager Frühling“ im Visier des KGB*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 761–763; Michail PROZUMENSČIKOV, *Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU*, in: EBD. S. 208f.

5 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 20–22, 32; Jiří HOPPE, *Die Aufhebung der Zensur*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 115–132; PAVLENKO (wie Anm. 3), S. 266–270.

laufend Berichte über die Entwicklung in der ČSSR zuziehen, wollte die Häresie der dortigen Parteispitze unbedingt beseitigt sehen. Als KP-Chef der Sowjet-Ukraine fürchtete Petro Schelest Auswirkungen auf seinen Amtsbereich und setzte sich daher ebenfalls dafür ein, die Reformen so bald wie möglich mit allen Mitteln zu beenden. Außenminister Gromyko und der vor allem für Wirtschaftsfragen zuständige Ministerpräsident Kossygin äußerten vorsichtige Bedenken, weil sie sich der nach einer Intervention entstehenden Probleme in ihren Kompetenzbereichen bewusst waren. Die Eingriffswilligen wurden von Breshnew gebremst, der zwar so wie sie den Prager Kurs nicht zu dulden bereit war, aber immer wieder seine Hoffnung darauf setzte, dass die „gesunden Kräfte“ in der „Bruderpartei“, möglichst zusammen mit Dubček, die notwendigen Korrekturen vornehmen würden.⁶

Unter den Parteichefs der Gefolgschaftsstaaten Polen, DDR, Ungarn und Bulgarien war Ulbricht der heftigste Scharfmacher, dicht gefolgt von Polens Władysław Gomułka, der ein Jahrzehnt zuvor noch der Exponent eines „weichen“ Kurses gewesen war. Beide sahen in den Lockerungen, die sich im südlichen Nachbarland anbahnten, eine tödliche Gefahr nicht nur für das sozialistische System, sondern auch für ihr persönliches Regime. Vielfach erläuterten sie ihre Haltung mit dem Hinweis, die ČSSR gerate unter den Einfluss der NATO und bedrohe daher ihre Länder von der südlichen Flanke her. Der SED-Chef befürchtete, dass die latente innere Labilität in ein akutes Stadium treten könnte, wenn zur ständigen Herausforderung durch die Bundesrepublik noch die Gefährdung aus dem eigenen Lager komme. Die bulgarische Führung war ebenfalls der Ansicht, dass man die tschechoslowakische Reform nicht dulden dürfe, drängte aber Breshnew nicht zu aktivem Vorgehen, sondern folgte stets dessen Linie. Ulbricht dagegen hatte schon vor dem Dresdener Treffen am 23. März 1968, als auch der sowjetische Parteichef zu diesem Urteil kam, die Auffassung vertreten, dass sich in der ČSSR eine keinesfalls hinzunehmende „Konterrevolution“ vollziehe, und drang von da an in Moskau unablässig darauf, man müsse sofort ohne jede Rücksicht handeln.⁷

Der Gegenpol unter den Kremlgetreuen war der ungarische Parteichef Kádár. Dieser weigerte sich noch auf der Warschauer Zusammenkunft am 15.

6 Siehe vor allem KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 29, 33f., 36; Vladimir DMITRUK, *Der „Prager Frühling“ und seine Folgen in der Ukraine*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 943f.

7 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 29f.; Igor' BUCHARKIN, *Brežnev und seine Generalsekretäre*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 409–415; Manfred WILKE, *Die DDR in der Interventionskoalition gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“*, EBD., S. 421–446; Paweł PIOTROWSKI, *Polen und die Intervention*, EBD., S. 447–460; Iskra BAEVA, *Bulgarien – der treue Vasall des Kreml*, EBD., S. 461–480. Zu den Auswirkungen auf die DDR vgl. Hartmut ZWAHR, *Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling“*. Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970, Bonn 2007.

Juli, die Vorgänge in der ČSSR als „konterrevolutionär“ zu verurteilen, sondern erklärte, es gehe um eine nur „revisionistische“ Abweichung, die sich durch friedliche Übereinkunft korrigieren lasse. Seine Zurückhaltung war von der Sorge bestimmt, eine allzu harte, von ideologischer Rigorosität bestimmte Verurteilung der Prager Reform bedrohe seinen Kurs begrenzten Eingehens auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung, mit dem er die kommunistische Herrschaft in seinem Land absicherte.⁸ Ulbricht war über die milde Haltung seines Kollegen so empört, dass er ihm drohend entgegenschleuderte, der „nächste Schlag“ werde sich gegen Ungarn richten.⁹

Rumänien, das schon seit Jahren den Konsens im Warschauer Pakt weithin aufgekündigt hatte, war an den Beratungen über die Disziplinierung der Tschechoslowakei nicht beteiligt. Zusammen mit Titos Jugoslawien bekundete es deutliche Sympathie dafür, dass sich hier ein Land von der Bevormundung durch Moskau befreite, und leistete auch dann noch politische Unterstützung so weit irgend möglich, nachdem die Invasion in der ČSSR erfolgt war.¹⁰ Für die Kommunisten in Westeuropa, vor allem für die beiden großen Parteien in Italien und Frankreich, verband sich die Reform in der ČSSR mit der Hoffnung, den Sozialismus vom Odium des sowjetischen Unterdrückungsregimes zu befreien und dadurch für zusätzliche Bevölkerungskreise attraktiv zu machen.¹¹ Die Reformbewegung widersprach zwar mit ihren Zielen total dem Kurs Maos in der Kulturrevolution, weckte aber sein Interesse, weil sie Moskau mit einer Herausforderung konfrontierte. Es ging ihm und seinen Leuten darum, die sowjetische Führung unter allen Umständen ins Unrecht zu setzen. Fand sie sich mit der Prager Häresie ab, konnte man sie wegen fehlender Verteidigung des Sozialismus anprangern. Griff sie dagegen zu militärischen Mitteln, um die alte Ordnung wiederherzustellen, machte sie sich der Vergewaltigung eines kommunistischen Bruderstaates schuldig.¹²

Das Sechsertreffen in Dresden und die folgenden Entwicklungen

Am 23. März 1968 kamen die Parteispitzen der UdSSR und der vier ihr folgenden Staaten in Dresden zusammen, um die Lage in der ČSSR mit der Füh-

8 Csaba BÉKÉS, *Ungarn zwischen Prag und Moskau*, EBD., S. 481–514.

9 PROZUMENŠČIKOV, (wie Anm. 4), S. 223.

10 Mihaíl IONESCU, *Rumänien und die Invasion der „Bruderstaaten“*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 605–610; Tvrtko JAKOVINA, *Titos Jugoslawien – der kommunistische Alliierte von Prag und Washington*, EBD., S. 571–581; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 226.

11 Neue Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen IKP und Moskau bei Victor ZASLAVSKY, *Die italienischen Kommunisten zwischen Widerstand und Resignation*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 531–537.

12 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 23; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 226; Michal PROZUMENŠČIKOV, *Peking – Moskau – Prag: von der Kulturrevolution zum „Prager Frühling“ und zurück*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 387–394.

rung der KPC^č zu erörtern. Dabei trat als entscheidende politische Wende zu- tage, dass die sowjetische Seite, unterstützt von den Warschauer, Ost-Berliner und Sofioter Akteuren, darauf bestand, dass eine Korrektur des Prager Kurses unerlässlich sei. Als Führer der Anti-Reform-Koalition wollte Breshnew den Prozess der Veränderungen in dem „Bruderland“ notfalls durch eine militäri- sche Intervention aufhalten und rückgängig machen, hoffte aber auf eine in- terne tschechoslowakische Regelung des Problems, um der UdSSR das be- waffnete Eingreifen zu ersparen.¹³ Dubček war zwar bereit, dem Verlangen nach Zurücknahme wichtiger Entscheidungen zu entsprechen, wurde aber in Prag nach seiner Rückkehr mit starken gegenläufigen Tendenzen und Kräften konfrontiert. Seine Haltung war seither in sich widersprüchlich: Zum einen war er Idealist, der mit ganzem Herzen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ anstrebte, zum anderen aber hegte er Vorbehalte gegenüber dem Be- streben, sich aus den Gängelungen durch die Partei zu lösen. Letztlich wurde sein Verhalten aber durch das Bewusstsein der Machtlosigkeit gegenüber dem sich laufend verstärkenden Freiheitstrend bestimmt. Dagegen anzugehen, hielt er immer wieder für aussichtslos, wenn er dazu aufgefordert wurde. Auf die Dresdener Ermahnungen reagierte er demzufolge so wie in den entsprechenden Fällen der folgenden Wochen und Monate: Den Zusagen, zu denen er sich in allgemeinen Wendungen bereit gefunden hatte, folgten keine Taten. Damit zer- störte er zusehends das Vertrauen, das ihm zunächst von Breshnew entgegen- gebracht wurde. Die große Zahl derer im Kreml, die ihm von Anfang an mit Argwohn begegneten, sah sich bestätigt.¹⁴

Dubčeks Nein zu der Aufforderung, eine Militärdelegation nach Moskau zu schicken (wo mutmaßlich über die von seinem Vorgänger abgelehnte Trup- penstationierung gesprochen werden sollte), und eine der sowjetischen Linie widersprechende Regierungserklärung der ČSSR leiteten eine Phase wach- senden Drucks auf Prag ein. Während der Missmut des Kreml immer deutli- cher artikuliert wurde, begannen die sowjetischen Militärs mit der Vorberei- tung einer bewaffneten Aktion. Im Mai sah sich die tschechoslowakische Führung genötigt, der Abhaltung umfangreicher Manöver von Streitkräften der Warschauer-Pakt-Staaten (ohne das sich nicht mehr daran beteiligende Rumä- nien) auf ihrem Territorium zuzustimmen. Diese Übungen begannen am 19. Juni, wurden von bedrohlichen Gesten begleitet, und der Abzug der teilneh- menden Verbände verzögerte sich über den festgelegten Termin hinaus. Der Moskauer Generalstab nutzte die Gelegenheit, um sowohl das Gelände ein- gehend in Augenschein zu nehmen als auch die Truppen anschließend unter

13 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 30f; PAVLENKO (wie Anm. 3), S. 266–270.

14 Oldřich TŮMA, *Die Dubček-Ära*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 86–90; PROZU- MENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 209, 216, 227f., 232.

dem Deckmantel von Anschlussmanövern in den angrenzenden Ländern in optimale Ausgangspositionen für eine eventuelle Intervention zu bringen.¹⁵

Der Kreml suchte währenddessen fieberhaft nach Möglichkeiten, die Prager Verhältnisse in seinem Sinne zu normalisieren. Im Mai gab er erstmals gegenüber den Parteichefs der vier sozialistischen Staaten, auf deren Unterstützung er zählen konnte, unverblümt die Sorge zu erkennen, dass sich die Führung der KPČ als unfähig erweisen könnte, die „gesunden Kräfte um sich herum zu konsolidieren, die Sache in die Hand zu nehmen und sich gegen die Intrigen der Konterrevolution zu wehren.“ Daher müsse man an Hilfestellungen gegenüber der ČSSR auch „in anderen Ausformungen“ denken, falls dies „im Falle einer negativen Entwicklung der Ereignisse notwendig sein“ sollte. Auch Dubček wurde nunmehr den „Schwankenden“ zwischen den „Rechten“ und den – inzwischen nicht mehr als Mehrheit sowie als zunehmend schwächer eingeschätzten – „gesunden Kräften“ zugerechnet. In Anbetracht seiner enormen Popularität bei der Bevölkerung hielt man es freilich vorerst noch für das Beste, ihm lediglich gut zuzureden. Er solle auf die „gesunden Kräfte“ in der Prager Führung hören und sich auf sie stützen. Er müsse endlich „freiwillig Ordnung schaffen“, wie er das schon mehrfach versprochen habe.¹⁶

Eskalierender Druck und militärische Intervention

Das Manifest der „2000 Worte“, in dem die maßgeblichen Intellektuellen der ČSSR am 27. Juni eine konsequente Fortsetzung der Reformpolitik forderten und der Sorge vor ihrem Abbruch Ausdruck gaben, überzeugte auch die Zögernden im Kreml, dass die Entwicklung so nicht weiterlaufen könne. Es wurden Vorbereitungen zum baldigen Einsatz der Truppen gegen die Häresie in Gang gesetzt. Die „gesunden Kräfte“ in Prag, auf deren Bemühungen man hoffte, ließ man wissen, sie könnten dabei mit tatkräftiger Unterstützung rechnen. Die Parteichefs der UdSSR, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens trafen sich am 15. Juli in Warschau, fassten den Beschluss zum bewaffneten Eingreifen und schickten den – später als Dokument der „Breshnew-Doktrin“ bezeichneten – Brief nach Prag. Demnach waren die dortigen Verhältnisse nicht Sache der Tschechoslowakei allein, sondern betrafen alle sozialistischen Länder, die daher auch gemeinsam darüber zu entscheiden hatten. Wenn die KPČ nicht ihrerseits das Erforderliche in der ČSSR einleitete, müssten die anderen eingreifen, notfalls auch mit bewaffneter Gewalt.¹⁷

15 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 22f., 32–36.

16 PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 211–214.

17 KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 37f.; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 221–223; Jitka VONDROVÁ, *Prag und Moskau*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 184–188.

Breshnew hatte noch einen Rest Hoffnung, er könne den Prager Parteichef dazu bewegen, im geforderten Sinne tätig zu werden. Aus Moskauer Sicht wäre das – unabhängig davon, ob die Restauration des alten Regimes anschließend ein militärisches Eingreifen der „Bruderländer“ erfordern würde – äußerst wichtig gewesen, um die Abkehr vom ab Jahresbeginn verfolgten Kurs in der ČSSR gegenüber der Bevölkerung und dem westlichen Ausland zu legitimieren. Im tschechoslowakisch-sowjetischen Grenzort Čierná nad Tisou, wo sich das Moskauer Politbüro am 29. Juni mit der KPČ-Führung traf, hielt die sowjetische Seite jedoch deren ablehnende Haltung für wahrscheinlich. Angesichts dieser Erwartung galt es, die Weigerung, der Forderung nach „Wiederherstellung des Sozialismus“ nachzukommen, unzweideutig festzustellen. Das sollte dann die Intervention in der Öffentlichkeit rechtfertigen. Dubček zeigte sich jedoch während mehrtägiger schwieriger Verhandlungen zu konkreten Zusagen bereit. Da es sich dabei diesmal anders als bei früheren Gelegenheiten um genau umrissene und daher rasch überprüfbare Zusicherungen handelte, war Breshnew bereit, kurzzeitigen Aufschub zu gewähren. Dubček musste die übernommene Verpflichtung auf dem anschließenden Sechsertreffen in Bratislava vor den vier anderen zum bewaffneten Handeln bereiten Parteiführern durch seine Unterschrift bekräftigen.

Am 11. August gewann der Kremlchef freilich bei einem Telefonat mit dem Chef der KPČ den Eindruck, dass dieser seine Zusage wieder nicht erfüllen werde, obwohl er sie diesmal in konkreter und schriftlicher Form gegeben hatte. Daraufhin leitete er die Intervention ein, um ihn und seine Leute durch „gesunde Kräfte“ zu ersetzen, die endlich Ordnung schaffen würden. Zehn Tage später fielen die an den Grenzen aufmarschierten Verbände kurz nach Mitternacht in der ČSSR ein und brachen handstreichartig wichtige Positionen in ihre Hand. Insbesondere besetzten sowjetische Truppen den Prager Flughafen, die Gebäude von Regierung und Zentralkomitee und die zentrale Rundfunkstation. Die noch zu Beratungen versammelte Parteiführung wurde völlig überrascht. Der Verteidigungsminister wies die Soldaten an, keinen Widerstand zu leisten. Wenig später sahen sich Dubček und seine Leute zu Gefangenen gemacht.¹⁸ Zu Ulbrichts Verärgerung durfte die Nationale Volksarmee, die auf den Einsatz vorbereitet worden war und an der Grenze handlungsbereit aufmarschiert war, an der Okkupation nicht teilnehmen: Unmittelbar vor Beginn der Invasion hatten mit der UdSSR kollaborierenden Kräfte in Prag den Kreml darauf hingewiesen, dass eine deutsche Mitwirkung im Lande höchst unerwünschte Erinnerungen an den Einmarsch der Wehrmacht im März 1939

¹⁸ KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 38–41; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 224–235; VONDROVÁ (wie Anm. 17), S. 188–192.

wecken würde.¹⁹ Die Organe des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, deren Aktivitäten nicht sichtbar wurden, beteiligten sich dagegen intensiv an der Repression der Reformbewegung.²⁰

Durchführung und Wirkung

Die militärische Durchführung der Intervention gelang in mustergültiger Weise. In politischer Hinsicht jedoch nahm die Aktion einen katastrophalen Verlauf. Der sowjetische Plan sah vor, dass die „gesunden Kräfte“ das Eingreifen der „Bruderstaaten“ durch die Veröffentlichung ihres „Hilferufs“ legitimieren, die Regierung übernehmen und die Bevölkerung hinter sich bringen sollten. Das Eindringen der fremden Truppen wurde jedoch überall im Lande als ein feindliches Vorgehen empfunden und einte alle zu gemeinsamem zivilen Widerstand. Hatte es bis dahin gegensätzliche Standpunkte darüber gegeben, ob man es bei bloßen Korrekturen am bestehenden System belassen oder grundlegende Veränderungen anstreben sollte, so stimmte man nun allseits in dem Willen überein, die errungene Liberalität und die nationale Unabhängigkeit gegen die UdSSR und ihre Gefolgschaft zu verteidigen. Viele spontane Aktivitäten machten die vorgesehene „Normalisierung“ des politischen Lebens zunichte. Aktionen wie das Entfernen und Umsetzen von Richtungsschildern zur Irreführung des eingedrungenen Militärs und die allerorten zutage tretenden Proteste vermochten zwar nichts an der Tatsache der Okkupation zu ändern, ließen es aber den „gesunden Kräften“ ratsam erscheinen, ihre Kollaboration zu verschweigen, um sich nicht dem Hass und der Wut des Volkes auszusetzen. Große Bedeutung hatten privat improvisierte Sendestationen, die von ständig wechselnden Standorten aus Informationen über das Vorgehen der Besatzer, das Verhalten der Bevölkerung und andere Entwicklungen im Lande verbreiteten.²¹

Mit dem militärischen Instrumentarium ließ sich die ČSSR nicht unter Kontrolle bringen, und die Kollaborateure erwiesen sich als kleine, einflusslose Minderheit in der KPČ ohne Rückhalt in im Volk. Nur die enorme Autorität Dubčeks konnte den allgemeinen Aufruhr beschwichtigen und die Bevölkerung zur Rückkehr zu geordneten Verhältnissen veranlassen. Erst auf dieser Grundlage konnte man an die beabsichtigte Wiederherstellung der alten Ordnung denken. Daher ließ der Kreml den tschechoslowakischen Parteichef und die anderen gefangen gesetzten Führungsmitglieder im Flugzeug nach Moskau

19 Rüdiger WENZKE, *Die Nationale Volksarmee der DDR: Kein Einsatz in Prag*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 673–686.

20 Thomas GROSSBÖLTING, *Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und das Ministerium für Staatssicherheit der DDR*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 815–818.

21 KARNER u. a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), EBD., S. 41–43; PROZUMENŠČIKOV (wie Anm. 4), S. 235–239; TŮMA (wie Anm. 14), S. 91.

bringen, um ihm dort unter scharfen Drohungen einen „Vertrag“ abzupressen, mit dem wesentliche Reformbeschlüsse zurückgenommen, führende Reformpolitiker ausgeschaltet und dem Parteichef akzeptabel erscheinende Kompromisskandidaten zur Seite gestellt wurden. Die vorgesehene Restauration der früheren Verhältnisse wurde auf diese Weise vorerst nur teilweise verwirklicht, aber doch so weit in Gang gesetzt, dass sie sich anschließend zu einer vollständigen „Normalisierung“ des politischen Lebens ausbauen ließ. Das geschah, ungeachtet ständiger Protestaktionen im Lande, schrittweise mit Unterstützung von Präsident Svoboda, den die Reformer ins Amt gebracht und als einen der ihren betrachtet hatten: Im April 1969 leitete Dubčeks Ersetzung durch Husák das totale Ende der Politik vom Frühjahr und Sommer 1968 und die uneingeschränkte Verfolgung ihrer Vertreter und Anhänger ein.²²

Das Vorgehen hatte auch gravierende Auswirkungen auf das generelle Verhältnis zwischen der UdSSR und ihren Gefolgschaftsstaaten. War in Ungarn 1956 noch unklar gewesen, wann die Führungsmacht in das innenpolitische Geschehen eines Landes in ihrem Lager militärisch eingreifen würde, ja sogar, ob sie sich überhaupt dazu entschließen würde, so war nun mit der „Breshnew-Doktrin“ klargestellt, dass dies stets zu geschehen hatte, wenn es nach Ansicht des Kreml zu erheblichen Abweichungen vom sowjetischen Herrschafts- und Gesellschaftsmodell kam. Im Falle Ungarns war die Intervention noch damit gerechtfertigt worden, dass Ministerpräsident Nagy in Verletzung der vertraglich festgelegten Bündnisverpflichtung den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt erklärt hatte. Angesichts der Moskauer These, dass man der „Konterrevolution“ entgegengetreten sei, die nach amtlicher Auffassung unter keinen Umständen geduldet werden durfte, war zwar zweifelhaft, ob das der wirkliche Grund war, doch hatten die Reformkommunisten in Prag gehofft, sich mit dem betonten Bekenntnis zum östlichen Bündnis die Handlungsfreiheit im Innern erkaufen zu können. Eine solche Erwartung konnte fortan niemand mehr hegen. Mit der Androhung des bewaffneten Eingreifens glaubte der Kreml die innere Stabilität in den verbündeten Ländern gesichert.

Warum zögerte Breshnew so lange?

Es stellt sich die Frage, wieso Breshnew seinen schon im März gefassten Entschluss, die Reformbewegung notfalls mit militärischer Gewalt zu unterdrücken, erst verwirklichte, nachdem sie sich weitere fünf Monate lang entfaltet hatte. Seine anfängliche Hoffnung, dass „gesunde Kräfte“ in der KPČ mit der Häresie Schluss machen würden, war längst unrealistisch geworden. Warum er dennoch untätig blieb und immer wieder neu bemüht war, Dubček zum

²² Peter RUGGENTHALER/Harald KNOLL, *Die Moskauer „Verhandlungen“*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 717–758; KARNER u.a., *Der „Prager Frühling“* (wie Anm. 3), S. 43f.

entschlossenen Kampf gegen die Reform zu veranlassen, wird deutlich, wenn man auf die internationale Lage schaut. Seit Mitte der sechziger Jahre war die Entspannung im Verhältnis zur UdSSR weithin in das Zentrum des westlichen Bestrebens gerückt. Die Öffentlichkeit hoffte auf die Überwindung oder zumindest Entschärfung des Systemkonflikts, angesichts des kräftezehrenden Vietnam-Krieges erwog die Administration in Washington eine Reduzierung der militärischen Präsenz in Europa und suchte ein freundliches Verhältnis zum Kreml, während Staatspräsident de Gaulle die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten grundlegend verändern wollte. Nachdem die USA und die Bundesrepublik seinen jeweiligen Plänen, die Frankreich eine herausgehobene internationale Position verschaffen sollten, Absagen erteilt hatten, dachte er ähnlich wie die Führung in Moskau daran, NATO und Warschauer Pakt längerfristig durch ein gesamteuropäisches Arrangement der kollektiven Sicherheit zu ersetzen. Auf dieser Basis sollte sein Land zusammen mit der UdSSR das Gegengewicht zu Westdeutschland in Europa und zu den USA auf globaler Ebene bilden.²³ Das regierungsnahe Pariser Centre d'Études de Politique Étrangère plädierte dafür, von der Entspannung über ein Einvernehmen zu genereller Zusammenarbeit auf dem Kontinent zu gelangen. Das regte auch anderswo, etwa bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, den Entwurf von Entspannungsprogrammen an.

Staatspräsident de Gaulle beließ es nicht bei Überlegungen. Anfang 1966 kündigte er an, er werde nach dem Ende der Unkündbarkeit des Nordatlantikvertrags im April 1969 die militärischen Einrichtungen der Allianz in seinem Land nationalem Oberbefehl unterstellen. Am 1. Juli ließ er die Erklärung folgen, dass Frankreich 1967 aus der Militärorganisation der NATO ausscheide. Damit blieb die Bundesrepublik als allein ausschlaggebende Basis des Bündnisses auf dem Kontinent übrig. Im Kreml hoffte man, dass auch sie dem gaullistischen Trend folgen werde. Als die Ende 1966 in Bonn gebildete CDU/CSU-SPD-Regierung stattdessen voll zu den Allianzpflichten stand und sich gleichzeitig durch Verständigungsangebote an östliche Staaten der allgemeinen Tendenz anzupassen suchte, wurde sie von Moskau und Ost-Berlin mit heftiger Polemik unter Druck gesetzt. Ihre von den „imperialistischen“ USA unterstützte „aggressive“ und „revanchistische“ Politik richte sich gegen die Entspannung und bedrohe den Frieden und die Sicherheit der europäischen Völker.²⁴

Die Entwicklung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei gab im Westen der Hoffnung Auftrieb, dass sich die zwei gegenüberstehenden Sys-

23 Georges-Henri SOUTOU, *Paris und der „Prager Frühling“*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 355–357.

24 Gerhard WETTIG, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965–1976*, Stuttgart 1976, S. 41–68.

teme immer mehr einander annähern würden. Der Kreml hatte zwar den Konvergenzgedanken stets abgelehnt, sah sich aber in der Erwartung bestärkt, dass es 1969 zu einer Welle von Austritten aus der NATO kommen werde. Diese Aussicht wurde vorhersehbar zunichte, wenn die UdSSR die Reformen in der ČSSR mit bewaffneter Gewalt beendete. Wenn Breshnew dagegen die Kursänderung auf unspektakuläre allmähliche Weise in Gang setzte und als einen auf dem Willen des Landes beruhenden Prozess glaubhaft machte, konnte er hoffen, dass in Westeuropa keine Irritation entstand, die den gegen die atlantische Allianz gerichteten Trend stoppte.

Westliche Reaktionen auf die Intervention in der ČSSR

Die Sorge des Kremlchefs, eine Militäraktion gegen die Prager Reformkommunisten bedeute das Ende der Chance, die NATO auszuschalten, erwies sich als begründet. Die politischen Fehlschläge während der Intervention zeigten aller Welt noch deutlicher als das bloße Faktum des militärischen Eingreifens, dass die UdSSR die ČSSR gewaltsam daran hinderte, ihre inneren Verhältnisse nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, und mit allen Mitteln im eigenen Lager die Konvergenzbestrebungen unterdrückte, auf deren Sieg man in Westeuropa vielfach gehofft hatte. Die stürmische Begeisterung, die der „Prager Frühling“ in weiten Kreisen hervorgerufen hatte, verwandelte sich in eine antisowjetische Stimmung, die bis hinein in die kommunistischen Parteien namentlich Italiens und Frankreichs reichte. Die alte Furcht der Westeuropäer vor der „Bedrohung aus dem Osten“ erhielt neue Nahrung. In der Sicht der atlantischen Militärs bedeutete die Besetzung der Tschechoslowakei eine Verschlechterung des Kräfteverhältnisses – auch das eine Quelle des Misstrauens gegenüber der UdSSR. Aufgrund dieser veränderten Wahrnehmungen schwand die Bereitschaft, den Schutz der NATO für ein anderes Sicherheitsarrangement aufzugeben. Nur de Gaulle wollte trotz Verurteilung der Intervention den Gedanken an eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen in Europa nicht dauerhaft fallen lassen und suchte der veränderten Lage durch eine vorübergehende Abkehr von der Sowjetunion zu entsprechen. Sein Rücktritt im Frühjahr 1969 verhinderte die Rückkehr zum Kurs der „Überwindung der Blockpolitik“.²⁵

Seine Nachfolger hielten – ebenso wie die Regierungen der anderen NATO-Staaten – an der Entspannungspolitik fest, für die jedoch nunmehr der Harmel-Bericht vom Dezember 1967 zur unstrittigen Grundlage wurde. Danach waren Verteidigung und Entspannung zusammen notwendig, um die die Sicherheit der Bündnismitglieder zu gewährleisten. Nicht nur in Washington, London,

25 SOUTOU (wie Anm. 23), S. 359–364.

Paris und Bonn, sondern in allen westlichen Hauptstädten wurde der politischen und militärischen Stärkung der Allianz große Bedeutung beigemessen. Eine Absetzbewegung oder gar ein Austritt kamen ebenso wenig in Betracht wie eine Abkopplung von den USA. Der Grund dafür, dass man zwar gegen die Intervention Stellung nahm, aber – anders als beim Ungarn-Aufstand im Herbst 1956 – kaum für die Sache der Unterdrückten stritt, ist auf innen- wie außenpolitische Motive zurückzuführen. Die Amerikaner waren im Blick auf den Vietnam-Krieg und ein erhofftes Rüstungsbegrenzungsabkommen an einem guten Verhältnis zum Kreml interessiert. Auch den Briten waren andere Fragen wichtiger als die inneren Verhältnisse im Osten. Beide Seiten akzeptierten die Teilung Europas in zwei getrennte Machtbereiche. Besorgt waren sie nur über die anfänglich befürchtete Möglichkeit, dass auch Rumänien und Jugoslawien zum Ziel des Angriffs werden könnten. Der Umstand, dass die Besetzung der ČSSR die NATO aus einer sich möglicherweise kritisch zuspitzenden Lage befreite, erschien als ein Glück, welches das Unglück in Prag völlig aufwog. In der Bundesrepublik verstärkte sich das Gefühl, man müsse mit der UdSSR und den anderen östlichen Staaten zu einer Verständigung über die strittigen Fragen in Deutschland kommen.²⁶ Die Schlussfolgerung aus all dem lautete, dass die sowjetische Seite vernünftigerweise nicht länger darauf hoffen konnte, die USA aus Europa zu vertreiben und die NATO zu zersetzen.

Reaktionen der neutralen und nicht-gebundenen Staaten

Das neutrale Österreich sprach zwar so wie die westlichen Länder den Tschechen und Slowaken sein Mitgefühl aus und nahm viele Flüchtlinge auf, sah sich aber zugleich wegen seiner exponierten Lage zu großer Zurückhaltung veranlasst. Selbst als sowjetische Flugzeuge laufend sein Territorium verletzen, zögerte die Regierung lange, dagegen ausdrücklich zu protestieren. Auch wurde das Bundesheer nicht an der gefährdeten Grenze, sondern entfernt davon disloziert. Bundeskanzler Klaus setzte sich damit dem Vorwurf der parlamentarischen Opposition aus, dass er die Erfordernisse der nationalen Sicherheit vernachlässige.²⁷ Das militärische Vorgehen gegen die ČSSR rief in Belgrad höchste Sorge hervor. Man fürchtete, ebenfalls zum Ziel eines An-

26 Günter BISCHOF, „No Action“. *Die USA und die Invasion in die Tschechoslowakei*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 319–354; Saki R. DOCKRILL, *Verteidigung und Entspannung: Großbritannien und die Tschechoslowakei*, in: EBD. S. 379–386; Horst MÖLLER, *Die Bundesrepublik Deutschland und der „Prager Frühling“*, in: EBD. S. 549–558; Udo WENGST, *Die bundesdeutschen Parteien und ihre Reaktionen auf den Einmarsch*, in: EBD. S. 559–570.

27 Peter RUGGENTHALER, *Der Neutralität verpflichtet: die sowjetisch-österreichischen Beziehungen 1968*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 993–1006; Horst PLEINER/Hubert SPECKNER, *Das österreichische Bundesheer und die ČSSR-Krise*, in: EBD. S. 1007–1024.

griffs zu werden. Während man sich auf eine Verteidigung des Landes vorbereitete, gaben Washington und London nur begrenzte Hilfszusagen. Dennoch schien es für eine kurze Zeit so, als könnte sich das frühere gute Verhältnis zum Westen erneuern. Die prowestliche Phase war zu Ende, als sich Tito Anfang der siebziger Jahre gegen die nach seiner Ansicht zu weit gehenden Reformen der „Dubčekisten“ in der kroatischen Teilrepublik wandte.²⁸ Auch Rumänien sah sich im Sommer und Herbst 1968 militärisch bedroht und bereitete sich darauf vor, mit allen Kräften bewaffneten Widerstand zu leisten. Washington warnte Moskau vor einer militärischen Aktion. Das enge Verhältnis sowohl zu Jugoslawien als auch zur Volksrepublik China bot Rückhalt. Ceaușescu hielt das Land uneingeschränkt unter kommunistischer Kontrolle und stilisierte sich zum nationalen Helden, dem die Unabhängigkeit des Landes gegenüber der UdSSR zu verdanken sei. Dieser Mythos war ein ausschlaggebendes Moment, das es ihm ermöglichte, seine Herrschaft bis 1989 aufrechtzuerhalten.²⁹

Der finnische Präsident Kekkonen, der stets um enge Kooperation mit der UdSSR bemüht gewesen war, sah nach der Militäraktion gegen den Reformkommunismus aufgrund von Hinweisen aus Moskau, die an die militärischen Verpflichtungen seines Landes erinnerten, dessen politische Neutralität bedroht. Wollte der Kreml die beiderseitige Beistandszusage im Vertrag von 1948 für den Fall eines Angriffs Deutschlands und mit ihm verbündeter Staaten dazu benutzen, um nach der ČSSR auch Finnland zur Unterwerfung zu zwingen? Zwar zeigte sich allmählich, dass keine akute Gefahr bestand, doch suchte er sowohl Wohlwollen im Kreml als auch eine Position in der internationalen Politik dadurch zu gewinnen, dass er die Rolle eines Vermittlers übernahm. Er machte sich zum Anwalt der von sowjetischer Seite gewünschten multilateralen Verhandlungen und bemühte sich umgekehrt in Moskau um Verständnis für die diesbezüglichen Vorstellungen der westlichen Regierungen. Auf diese Weise trug er entscheidend dazu bei, dass die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stattfinden konnte.³⁰

Die Intervention in der ČSSR wirkte sich negativ auf den Zusammenhalt der Kommunisten aus. Ihre leitenden Funktionäre in Westeuropa, vor allem die Führer großen Parteien in Italien und Frankreich, sahen sich in der Hoffnung getäuscht, ein Sozialismus-Modell in die Hand zu bekommen, das deutlich von der hergebrachten repressiven Ausrichtung abrückte und dem Be-

28 JAKOVINA (wie Anm. 10), S. 577–586; Hrvoje KLASIĆ, „Caught between the Blocs“. *Jugoslawien und die tschechoslowakische Krise*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 587–604.

29 IONESCU (wie Anm. 10), S. 610–616.

30 Heikki LARMOLA, *Finnland zwischen sowjetischem Versuchslabor und beginnendem KSZE-Prozess*, in: KARNER u. a. (wie Anm. 2), S. 633–658.

dürfnis ihrer Landsleute nach Freiheit gerecht wurde. Stattdessen hatte der Kreml die These der politischen Gegner bestätigt, dass das sozialistische System Unterdrückung bedeute. Wie ein italienischer Spitzenkader in der ersten Empörung erklärte, konnte man froh sein, von der NATO vor sowjetischer Gewalt geschützt zu sein. Die Genossen in Rom und Paris sahen sich zwar nachfolgend dazu veranlasst, den Konflikt mit dem Kreml zu entschärfen, doch ihre Entfremdung erreichte ein Ausmaß, das fortan das frühere enge Zusammenwirken bei Kampagnen in Westeuropa weithin unmöglich machte.³¹ Die chinesische Führung wandte sich mit großer Schärfe gegen die „barbarische Aggression“, welche die UdSSR gegen die unabhängige Tschechoslowakei verübt habe. Auch sie habe einen Angriff zu befürchten. Ob sie angesichts der Tatsache, dass hier erstmals Kommunisten einen unstrittigen „Bruderstaat“ mit Krieg überzogen hatten, tatsächlich diese Sorge hegte, ist unklar, doch führt von diesen Erklärungen im Herbst 1968 unverkennbar eine Linie zu den schweren Gefechten am Ussuri im Frühjahr des folgenden Jahres und zum antisowjetischen Einvernehmen mit den USA von 1971/72, das die globale Kräftekonstellation wesentlich veränderte.³²

Bilaterale Verhandlungen zwischen Ost und West

Nach Ausschaltung der Reformkräfte in der ČSSR war sich der Kreml mit den westlichen Regierungen einig, dass die Entspannungspolitik unter Außerachtlassung der trennenden Systemfragen fortgeführt werden müsse. Im Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März 1969 erneuerte er den 1966 vorgelegten Vorschlag einer „gesamteuropäische[n] Konferenz zur Erörterung der Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit“, auf der über ein „dauerhaftes System der europäischen Sicherheit“ beraten werden sollte, das der „Teilung der Welt in Militärblöcke“ und dem „Wettrüsten“ ein Ende setze. Um die angebotenen Verhandlungen attraktiv erscheinen zu lassen, bekundete man ausdrücklich die Bereitschaft zur „Berücksichtigung der Interessen aller Staaten und Völker“, und zur Begründung hieß es, es sei eine „Lebensnotwendigkeit“ für die Völker des Kontinents, „neue militärische Konflikte zu vermeiden und die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten zu stärken.“³³

31 Vgl. u. a. Anatolij TSCHERNJAEW, *Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991)*, Klitzschen 2005, S. 95; Karen N. BRUTENC, *Tridcat' let na Staroj Ploščadi*, Moskau 1998, S. 140.

32 Chen JIAN, *The Path Toward Sino-American Rapprochement, 1969–1972*, in: David C. GEYER/Bernd SCHAEFER (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik, 1969–1972*, Washington 2004, S. 26–52.

33 Text in: „Pravda“ vom 18.3.1969; Hans-Adolf JACOBSEN/Wolfgang MALLMANN/Christian MEIER (Hg.), *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation*, Bd. 1, Köln 1973, S. 120–122.

Die westlichen Regierungen standen aufgrund ihres Interesses an einer Entspannung der internationalen Situation dem Vorschlag grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber, doch ließen die gewaltsame Liquidierung der Prager Reformbewegung, die enttäuschte Hoffnung auf Konvergenz und die erneuerte Vorstellung einer „Bedrohung aus dem Osten“ die Idee absurd erscheinen, dass ein Europa-Arrangement mit der UdSSR den Staaten des Kontinents gemeinsam Schutz gewähren könnte. Während man in Washington, wo man zweiseitige Verhandlungen mit Moskau deutlich wünschte, multilateralen Beratungen der genannten Art gänzlich ablehnend gegenüberstand, neigte man in den westeuropäischen Hauptstädten, vor allem auch in Bonn, zu der Auffassung, man solle das sowjetische Interesse an der Europa-Konferenz und die bekundete Bereitschaft zum Eingehen auf andere Vorstellungen dazu benutzen, um Vereinbarungen mit dem Kreml über verschiedene lösungsbedürftige Fragen zu erreichen. Die Unterredungen darüber sollten nicht auf der Konferenz, sondern im jeweils sachentsprechenden Rahmen geführt werden. Daher wurden die multilateralen Beratungen, auf die es dem Kreml ankam, erst zu einem Zeitpunkt vorgesehen, wenn die strittigen Einzelprobleme zuvor bereinigt worden seien, die, wie es hieß, den Weg dorthin versperrten.

Mithin ging es darum, die Europa-Konferenz als Lockmittel für außerhalb angestrebte Regelungen einzusetzen. Über diese sollte im Kreise nicht aller, sondern nur der jeweils betroffenen Länder verhandelt werden. In Bonn wollte man zudem verhindern, dass die DDR durch eine Teilnahme an der europäischen Zusammenkunft das Ziel ihrer internationalen Anerkennung erreichte, ehe man über die innerdeutschen Fragen gesprochen hatte. Die sowjetische Führung hielt zwar an der Konferenz und dem damit verbundenen Ziel fest, die „Konfrontation der Blöcke“ zu beseitigen, sah aber, dass sie auf dem Weg dorthin um Konzessionen nicht herumkam. Sie akzeptierte daher, dass die finnische Regierung, um die westlichen Staaten zur Teilnahme zu bewegen, die Einladung zur Europa-Konferenz an die Adresse der NATO richtete und dabei deren amerikanische Mitgliedsländer ausdrücklich einbezog. Folglich sollten die USA und Kanada nicht mehr von den europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen werden, wie es die UdSSR bis dahin beabsichtigt hatte. Zudem sollte der Verhandlungsrahmen in vorbereitenden Gesprächen festgelegt werden.³⁴ Das gab der westlichen Seite die Möglichkeit, Einfluss auf die Themenwahl zu nehmen und den Konferenzbeginn hinauszuzögern.

Der Kreml war generell um den Eindruck der Verständigungs- und Kompromissbereitschaft bemüht. Das zeigte sich bereits im März 1969 am krisenträchtigen Konfliktherd Berlin. Die UdSSR und die DDR bestritten seit langem der Bundesrepublik das Recht auf Präsenz in den Westsektoren und hatten im

34 Memorandum der finnischen Regierung vom 5.5.1969, in: JACOBSEN/MALLMANN/MEIER (wie Anm. 33), S. 128f.

April 1965 auf eine dortige Plenarsitzung des Bundestages mit scharfen Maßnahmen an den Zugangswegen reagiert. Als nunmehr im Reichstagsgebäude die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen war, verpflichtete die Führung in Moskau zunächst die ostdeutsche Seite dazu, sich mit Kontakten zur Beilegung des Streits einverstanden zu erklären,³⁵ und suchte dann nach Möglichkeiten der Konfliktvermeidung. Nach dem Scheitern dieser Versuche erlaubte sie dem SED-Staat lediglich begrenzte Repressalien und sorgte für deren rasches Ende.³⁶ Im Sommer bot Außenminister Gromyko den Westmächten öffentlich Gespräche zur Regelung der strittigen Probleme in der Stadt an.³⁷ Die sowjetische Seite stellte die westliche Präsenz in West-Berlin nicht in Frage und rückte davon ab, den geforderten Status einer „selbständigen politischen Einheit“ uneingeschränkt durchzusetzen. Sie wollte aber auf „bestimmte[n] Schritte der Westmächte“ zur „Verhinderung der herausfordernden Demonstrationen der Bundesrepublik“ bestehen.³⁸ Ab Herbst sprachen die Diplomaten der Vier Mächte darüber mit dem Ergebnis, dass ihre Botschafter in Bonn bzw. Ost-Berlin den Auftrag erhielten, ab dem 26. März 1970 eine Übereinkunft zu diskutieren.

Das waren nicht die einzigen Verhandlungen, die in Gang kamen. Die Anfang 1969 ins Amt gekommene Nixon-Administration in den USA war ebenso wie Breshnew (der dabei auf den Widerstand von Verteidigungsminister Marschall Gretschno und anderer Militärs stieß) daran interessiert, das Wettrüsten einvernehmlich zu begrenzen. SPD und FDP, die nach den Wahlen vom Herbst 1969 die Regierung in Bonn bildeten, bekundeten den Willen, die DDR als Staat zu behandeln, der freilich für die Bundesrepublik nicht Ausland sein könne. Auf dieser Grundlage fand sich der Kreml zur Erörterung der bilateral strittigen Fragen bereit. Nach einem ergebnislosen Auftakt im Herbst 1969 wurde in den Gesprächen zwischen Moskau und Bonn von Anfang Januar bis Mitte August 1970 der Durchbruch erzielt. Dieses Ergebnis wurde möglich, weil Breshnew mit der Unterstützung namentlich Andropows (bei unwilligem Abseitsstehen einiger Politbüromitglieder) Gromyko als Unterhändler dazu veranlasste, die nötigen Mindestabstriche von den Ausgangspositionen vorzunehmen.

Die sowjetische Seite ließ daher die Forderung nach Unverrückbarkeit der Grenzen fallen und stimmte einer Formulierung zu, die einen „friedlichen

35 Vermerk über das Gespräch O. Winzer/V. Semënov, 29.8.1969, SAPMO-BArch, DY 30/3524, Bl. 167.

36 Gerhard WETTIG, *Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin*, in: Michael LEMKE (Hg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln 2006, S. 57f.

37 A.A. Gromyko auf der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR, 10.7.1969, in: „Pravda“ vom 11.7.1969.

38 Gesprächsvermerk (wie Anm. 35), Bl. 169–178.

Wandel“ der territorialen Verhältnisse nicht von vornherein ausschloss. Sie nahm auch hin, dass Bonn darauf bestand, dass es nur eine staats-, aber keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR geben könne, und sich mit einem „Brief zur deutschen Einheit“ vorbehielt, am Ziel der Wiedervereinigung weiter festzuhalten. In den Leitlinien des erzielten Einvernehmens sah Breshnew einen „Markstein“ auf dem Weg zur „Normalisierung“ der Beziehungen in Europa, auch wenn die „Reaktion“ in Bonn – gemeint war die CDU/CSU-Opposition – „die Waffen nicht niedergelegt“ habe und „die positiven Prozesse in der europäischen Entwicklung“ bremse. Unzufrieden war er freilich damit, dass die Westmächte und die Bundesrepublik das Inkrafttreten des ausgehandelten Vertrages sowie die Bereitschaft zur Europa-Konferenz von einer „befriedigenden Berlin-Regelung“ abhängig machten. Weil er aber der Konferenz größte Bedeutung beimaß, hielt er es trotzdem für richtig, die „notwendige Energie“ aufzubringen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen.³⁹ Die sowjetische Seite war deshalb nach längerem Hin und Her zu einem Modus vivendi in Berlin bereit, der die Probleme der geteilten Stadt regelte.⁴⁰ Erst nachdem dieser Konflikt auf eine für den Westen akzeptable Weise beigelegt war, wurde der Vertrag mit Moskau, auf den Breshnew allergrößten Wert legte, von Bonn in Kraft gesetzt. Gemäß den darin enthaltenen Vorgaben handelte 1972 die Bundesrepublik mit der DDR den Vertrag über die Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen aus. Dabei machte der Kreml seinen Einfluss geltend, um die ostdeutsche Seite zum minimal erforderlichen Entgegenkommen zu bewegen.

Verhandlungen auf der KSZE

Bei all diesen Bemühungen ließ sich Breshnew von dem Bestreben leiten, den Status quo in Mitteleuropa festzuschreiben und das Zustandekommen der KSZE zu gewährleisten, von der er sich ein Arrangement erhoffte, das die beiden Bündnisse ersetze oder wenigstens überwölbe. Durch sein starkes Interesse am Erfolg der Konferenz, das von den Westeuropäern nicht in gleichem Maße und von den Amerikanern überhaupt nicht geteilt wurde, geriet er von Anfang in der Rolle des Demandeurs, der für die Erfüllung seiner Wünsche

39 Breshnew auf der Sitzung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts, 2.12.1970, SAPMO-BArch, DY 30/3391, Bl. 182–198 (insbes. 182f., 185, 197f.).

40 Text des Vier-Mächte-Abkommens vom 3.9.1971, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 8: 30.1.–3.9.1971, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 371–384. Zum Verlauf der Verhandlungen siehe Andreas WILKENS, *Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974*, München 1990, S. 123–168; David C. GEYER, *The Missing Link. Henry Kissinger and the Back-Channel Negotiations on Berlin*, in: David C. GEYER/Bernd SCHAEFER (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik*, Washington 2004, S. 80–97.

einen Preis zu zahlen hatte. Zudem zeigte sich, dass der Westen in den meisten Fragen mit den neutralen und vielfach auch mit den nicht-gebundenen Teilnehmerstaaten übereinstimmte, und sogar innerhalb der Warschauer-Pakt-Länder machten sich gelegentlich Differenzierungen bemerkbar.

Während die Amerikaner der KSZE zunächst noch skeptisch gegenüberstanden, nutzten die Westeuropäer, vor allem die in vollem Konsens agierenden neun Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die günstige Verhandlungssituation, um neben anderen Forderungen auch das Verlangen nach gesellschaftlicher Öffnung des sozialistischen Lagers geltend zu machen. Sie drangen nicht nur darauf, dass die zwischen Moskau und Bonn vereinbarte Unverletzlichkeit der Grenzen friedliche Grenzänderungen in wechselseitigem Einvernehmen zulasse und dass der Grundsatz der staatlichen Souveränität die freie Entscheidung über die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem Bündnis einschließe. Sie verlangten auch mit nachdrücklicher Unterstützung der Neutralen die Freigabe des Kontakts und der Kommunikation über die Systemgrenzen hinweg (als zentrales Desiderat von „Korb III“, das heißt der Bestimmungen über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“).

Im Moskauer Politbüro war heftig umstritten, ob man auf die vielfachen Forderungen eingehen könne, die von den westlichen Verhandlungspartnern bereits in den Vorgesprächen umrisshaft zum Ausdruck gebracht wurden. Die Führungsmitglieder vertraten in ihrer großen Mehrheit die Ansicht, mit den Verträgen, welche die Bundesrepublik mit der UdSSR und der DDR geschlossen habe, sei alles erreicht worden, was realistischerweise zu erwarten sei, vor allem die Anerkennung der DDR und die vertragliche Fixierung der Unverletzlichkeit der Grenzen. Wenn man noch mehr wolle, werde man sich nur schaden. Man solle sich daher aus dem Netz befreien, in das man sich mit der KSZE selbst verstrickt habe. Als Parteichef, der letztlich zu entscheiden hatte, hielt Breshnew jedoch an der Hoffnung fest, dass die Konferenz zu einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation von Ost und West und damit zumindest zu einer Relativierung der gegeneinander stehenden Bündnisse führen werde.⁴¹

Schon zu Beginn der Verhandlungen auf der KSZE wurde der Streit so heftig, dass ihr Ende abzusehen war. Nur mit allen möglichen verbalen Tricks konnte der sowjetische Unterhändler Kowaljow dies verhindern. Im September 1973 stellte sich Breshnew im Urlaub auf der Krim die Frage, wie er im Westen Interesse an der Fortführung der Konferenz wecken könne, und kam

41 Anatolij S. ČERNJAEV, *Moja žizn', moë vremja*, Moskau 1995, S. 291f. Zu der Ausgangsposition, die der Kreml unter Chruschtschow festgelegt hatte, in der zentralen Frage von „Korb III“ siehe Gerhard WETTIG, *Chruschtschow, der Wettbewerb der Systeme und das Problem der intersystemaren Informationsverbreitung*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003) 4, S. 318–333.

zu dem Schluss, dass eine Einstellung der Störmaßnahmen gegen die Radio-sendungen von Voice of America, BBC und Deutscher Welle den guten Willen der UdSSR kundtun würde.⁴² Damit waren jedoch die Auseinandersetzungen namentlich über den „Korb III“ nicht ausgestanden. Auf das Plädoyer Kowaljows für weitere Zugeständnisse reagierten die Kritiker im Parteiapparat mit dem Argument, die UdSSR verliere nichts, wenn die Konferenz ohne Ergebnis zu Ende gehe. Die Unverletzlichkeit der Grenzen sei im Vertrag mit der Bundesrepublik bereits festgelegt, und es wäre verfehlt, wenn man als Preis dafür noch der „ideologischen Penetration“ und der freien Verbreitung der Ideen zustimmen würde. Dieser Auffassung zufolge, waren die internationale Position und die innere Stabilität wesentlich auf die Existenz eines mächtigen Militärapparats zurückzuführen. Durch die Bereitschaft zum Eingehen auf westliche Wünsche lasse sich nichts gewinnen.⁴³

Gegen den Widerstand der Politbüromehrheit suchte Breshnew einen erfolgreichen Abschluss der KSZE herbeiführen. Ein öffentliches Zeugnis des Einvernehmens zwischen Ost und West sollte der Entspannung in Europa zum Durchbruch verhelfen. Wie es scheint, glaubte er, der Ausschaltung der NATO, die als Folge der Intervention in der ČSSR misslungen war, damit näher zu kommen. Einschränkende Klauseln wie der Vorbehalt bei der Unverletzlichkeit der Grenzen, dass die territorialen Verhältnisse geändert werden könnten, wenn dies ohne Gewalt geschehe, waren in seiner Sicht unwichtiges Beiwerk. Er glaubte auch, das vorgesehene Prinzip der „Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und die geforderten Formulierungen in „Korb III“ würden es den Führungen der sozialistischen Länder erlauben, über die Auslegung und Durchführung der damit übernommenen Verpflichtungen nach ihrem Gutdünken zu entscheiden.⁴⁴

Wie sich nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975⁴⁵ und deren vereinbarter Veröffentlichung zeigte, gerieten die kommunistischen Regime in die Defensive. Sie legten ihrem anschließenden Vorgehen eine marxistisch-leninistische Interpretation der Menschenrechte und Grundfreiheiten zugrunde, konnten damit jedoch nicht ungeschehen machen, dass die vereinbarten Formulierungen Maßstäbe gesetzt hatten, an denen sich das Urteil nicht nur des Auslands, sondern auch gesellschaftlicher Kräfte im Innern orientierte. Trotz der amtlichen Mitteilung vom November 1975, die UdSSR habe die Bestimmungen der Schlussakte voll durchgeführt, entstanden an mehreren Orten des Landes „Helsinki-Gruppen“ von Bürgerrechtlern, welche die Defizite bei der Verwirklichung der Verpflichtungen rügten und eine Implementation

42 ČERNJAEV (WIE ANM. 41), S. 291f., S. 304.

43 EBD. S. 307f.

44 Nikolaj S. LEONOV, *Licholet'e*, Moskau 1995, S. 164f.

45 Text in: JACOBSEN/MALLMANN/MEIER (wie Anm. 33), Bd. 2, S. 913–966.

in westlich-liberalem Sinne verlangten. Zwar gelang es Andropows Geheimpolizei innerhalb einiger Jahre, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, doch wurde damit weder der weithin entstandene negative Eindruck noch die den Bürgern im Lande eröffnete Möglichkeit zur Rechtfertigung abweichenden Verhaltens beseitigt. Auch in anderen sozialistischen Staaten, nicht zuletzt in der DDR, trat Dissidenz vermehrt zutage.

Zugleich kam es nicht einmal ansatzweise zu dem Arrangement, das Breshnew bei der KSZE im Auge gehabt hatte. Von der ursprünglich angestrebten Ersetzung der beiden Bündnisse durch ein System der kollektiven Sicherheit war schon lange keine Rede mehr. Auch das weit bescheidenere Ziel einer Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa neben den „Militärblöcken“, welche die Durchführung und Weiterentwicklung der vereinbarten „vertrauensbildende[n] Maßnahmen im militärischen Bereich“ und weitere Sicherheitsaufgaben hätte übernehmen können, war nicht erreicht worden. Im kurzen Schlusskapitel über die „Folgen der Konferenz“ hatte man lediglich die Absicht festgestellt, den KSZE-Prozess mit multilateralen Treffen zum Zwecke „vertieften Meinungsaustausch[s]“ fortzusetzen. Die erste Zusammenkunft wurde 1977 in Belgrad vorgesehen. Um den von Moskau gewünschten Eindruck einer Konkurrenz zum Nordatlantikvertrag nicht aufkommen zu lassen, hatten die NATO-Mitglieder sogar durchgesetzt, dass den Vereinbarungen der Status nicht eines Vertrags, sondern eines politisch bindenden Dokuments zugebilligt wurde. Der Kreml nahm den diplomatischen Misserfolg hin in der Absicht, ihn mit den Mitteln der Propaganda in einen sicherheitspolitischen Erfolg zu verwandeln.

Raketenkrieg mit der NATO

Anfang der sechziger Jahre hatte die UdSSR im Zeichen der Berlin-Krise eine forcierte Aufrüstung eingeleitet, die sich nach dem Fehlschlag der Raketenstationierung auf Kuba im Oktober 1962 weiter verstärkte.⁴⁶ Nach Breshnews Amtsübernahme zwei Jahre später suchte die sowjetische Führung das Konzept der „zuverlässigen Verteidigung“ im Nuklearkrieg, das – neben einem global-strategischen Arsenal gegenüber den USA – auf dem europäischen Schauplatz die Fähigkeit zu sofortiger Offensive und überlegene nukleare wie konventionelle Streitkräfte erforderte,⁴⁷ durch eine noch mehr intensivierte

46 Matthias UHL, *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962*, München 2008, S. 183–207.

47 Nur wenn die militärischen Fähigkeiten der NATO in Westeuropa durch offensives Vorgehen ausgeschaltet wurden, bevor sie über das unmittelbare Gefechtsfeld hinaus Wirkung entfalteten und bevor die Amerikaner Zeit zum Einsatz ihrer global-strategischen Waffen gehabt hätten, ließen sich nach Moskauer Kalkül im Fall eines Kernwaffenkriegs katastrophale Zerstörungen auf sowjetischem Gebiet vermeiden. Der Kern der Überlegung

Aufrüstung zu verwirklichen. Von da an galt, dass alle Forderungen der Marschälle ohne Rücksicht auf die ökonomischen Kosten erfüllt wurden.⁴⁸ Als sich in den ausgehenden sechziger Jahren wegen der außenpolitischen Folgen der Intervention in der ČSSR die Hoffnung auf ein Ende der NATO zerschlug, fasste man in Moskau den Entschluss, die Mittelstreckenrakete SS-20 zu entwickeln. Ab 1974 wurde sie getestet. 1976/77 begann die Stationierung. Die neue Waffe ließ sich nicht gegen die USA, sondern nur gegen Westeuropa einsetzen und war geeignet, dieses im Kriegsfall augenblicklich auszuschalten. Damit entsprach sie haargenau den Anforderungen einer „zuverlässigen Verteidigung“ der Sowjetunion.

Um der Aufrüstung willen wurden in der UdSSR nicht nur die zivilen Bedürfnisse, sondern auch die Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung vernachlässigt. Das drohte je länger desto mehr zum materiellen Ruin zu führen. Schon in den „guten“ siebziger Jahren, in denen die Sowjetunion namentlich von den gestiegenen Weltmarktpreisen für ihre Ölexporte profitierte, kam es trotz allen verfügbaren natürlichen Ressourcen zu gravierenden Versorgungsmängeln und einem zunehmenden ökonomisch-technischen Rückstand gegenüber dem Westen. Vor diesem Hintergrund hielt Breshnew zwar die Erfüllung der Wünsche der Militärs für nötig, wollte aber eine Fortsetzung des kräftezehrenden Wettrüstens vermeiden. Daher schien es geboten, die NATO-Staaten zu einem einseitigen Rüstungsverzicht zu veranlassen. Zu diesem Zweck leitete die sowjetische Propaganda nach Abschluss der KSZE in den westeuropäischen Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, eine seit längerem vorbereitete Kampagne ein. Mit Unterzeichnung der Schlussakte sei die „politische Entspannung“ erreicht worden, die nicht durch Aufrechterhaltung der militärischen Spannungen verspielt werden dürfe. Daher sei es notwendig, dass der Westen mit der „militärischen Entspannung“ Ernst mache.

Zunächst hatte der Appell kaum Wirkung. Solange sich die militärischen Anstrengungen der atlantischen Allianz im Rahmen des bisherigen Rüstungsspektrums hielten, ließen sich die „Massen“ kaum dagegen mobilisieren. Als jedoch 1978/79 die fortschreitende Stationierung der SS-20 die Schaffung eines Gegengewichts notwendig erscheinen ließ, änderte sich die Lage. Der Ausgangspunkt war die Entscheidung des NATO-Rats im Dezember 1979, in vier Jahren amerikanische Raketen in Westeuropa aufzustellen, wenn die UdSSR nicht auf die tödliche Bedrohungskapazität verzichte, die sie durch die auf-

war, dass die Amerikaner darauf verzichten würden, ihre – nicht ausschaltbaren – nuklearen Kapazitäten gegen die UdSSR einzusetzen, wenn sie sich der Vernichtung ihrer westeuropäischen Verbündeten als vollendetet Tatsache gegenübersehen, denn sie würden dann diesen nicht mehr helfen können, aber im Fall eines nuklearen Angriffs auf die UdSSR deren Gegenschläge auf sich ziehen.

48 Alexander BEZBORODOV, *Sowjetische Hochrüstung als Folge des Einmarsches*, in: KARNER u.a. (wie Anm. 2), S. 701–716.

wachsende SS-20 gegenüber den europäischen Ländern des Bündnisses zu gewinnen sich anschieke. Die damit ins Auge gefasste Stationierung neuer Kernwaffen im eigenen Land weckte in der Öffentlichkeit der betroffenen Staaten die Angst vor einem mutmaßlich daraus entstehenden nuklearen Vernichtungskrieg. Daraufhin nahm die Protestbereitschaft stark zu. Der Streit darüber, ob man den Beschluss des Bündnisses akzeptieren und ausführen solle, rückte in das Zentrum der innenpolitischen Konflikte. Der Kreml nutzte dies, um Widerstand gegen die vorgesehene Maßnahme der Allianz zu organisieren. Besondere Bedeutung in seinen Überlegungen kam dabei dem Verhalten der Westdeutschen zu, von deren Bereitschaft zur Hinnahme der Stationierung die Verwirklichung des Vorhabens abhing. Nach vier Jahren erbittert geführter Debatten scheiterte die Anti-NATO-Kampagne an der Entschlossenheit von Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl, allen Widrigkeiten zu trotzen, um die westliche Position zu behaupten und das westliche Bündnis vor der drohenden Krise zu bewahren.⁴⁹

Ausblick

Als Gorbatschow im März 1985 die Macht im Kreml übernahm, stand er vor einem Scherbenhaufen. Im Raketenkonflikt hatte die UdSSR eine Niederlage erlitten, die Spannung im Verhältnis zum Westen war auf dem Höhepunkt, und die forcierte Hochrüstung hatte zwar eine rapide Verschlechterung der globalen Position nicht verhindert, aber Finanzen und Wirtschaft ruiniert. Schon 1980 hatte die sowjetische Auslandsaufklärung festgestellt, dass das Land sich aufgrund seiner ökonomischen Schwäche und technischen Zurückgebliebenheit auf dem absteigenden Ast befinde und seine Weltmachtstellung nicht aufrechterhalten könne. Vor diesem Hintergrund entschloss sich der neue Generalsekretär der KPdSU zunächst dazu, sich um Rüstungsvereinbarungen mit den USA zu bemühen, um die militärischen Lasten zu verringern und die außenpolitische Lage zu verbessern. Der Vorrang, den er dem Bemühen um Überwindung der materiellen Probleme notgedrungen gab, hatte weitreichende Konsequenzen für die Außen- und Sicherheitspolitik. Die UdSSR konnte es sich nicht nur immer weniger leisten, Klienten in der Dritten Welt zu subventionieren. Auch die Fähigkeit, das Lager der Gefolgschaftsstaaten durch günstige Energie- und Rohstofflieferungen bei der Stange zu halten, schwand dahin. Schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte Breshnew angesichts sinkender Ölpreise auf dem Weltmarkt Einschränkungen vornehmen müssen – und damit die DDR vermehrt von der Bundesrepublik wirtschaftlich abhängig gemacht. Die Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt im Herbst 1986:

49 Gerhard WETTIG, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (für 2009 vorgesehen).

Gorbatschow gab den anderen sozialistischen Ländern zu verstehen, dass er aus ökonomischen Gründen nicht mehr für sie und ihre Probleme aufkommen könne. Sie müsste selbst damit fertig werden. Das lief auf ein Aufweichen der 1968 formulierten „Breshnew-Doktrin“ hinaus. Er hatte Veränderungen nur im Rahmen des sozialistischen Systems im Auge, doch ließen sich diese Veränderungen, wie sich im Herbst 1989 zeigte, nicht auf Vorgaben festlegen, wenn die UdSSR den materiellen Aufwand für die Wahrung des Bestehenden nicht übernahm.⁵⁰

Die Passivität, welche die UdSSR Ende der achtziger Jahre angesichts der Umwälzungen im sozialistischen Lager zeigte, hing auch mit ihrer Annäherung an den Westen zusammen, die ebenfalls wesentlich mit wirtschaftlichen Bedürfnissen korrelierte. Zudem suchte sich Gorbatschow nicht nur von den materiellen Lasten der sozialistischen „Bruderländer“ zu befreien, sondern wollte auch die Leistungsfähigkeit seines Landes durch „Umgestaltung“ (perestrojka) der inneren Verhältnisse heben. Die Art seines Vorgehens wurde nicht zuletzt durch das Leitbild des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ bestimmt. Gorbatschow sah sich wie viele seiner Mitarbeiter als „Achtundsechziger“, der in der UdSSR dem in der ČSSR verhinderten Reformkommunismus zum Sieg verhelfen wollte. Die gemeinsame Moskauer Studienzeit mit dem 1967/68 einflussreichen Prager ZK-Sekretär Mlynář und vor allem seine Reise in die Tschechoslowakei im Oktober 1968, auf der ihn das Engagement der Menschen für einen humanen Sozialismus stark beeindruckte, gehörten zu den Erfahrungen, die seine Haltung im Amt des sowjetischen Parteichefs entscheidend beeinflussten.

50 Zu den Verbindungslinien von 1968 nach 1989 vgl. „Von '68 nach '89“. Jiří Dienstbier, Jiří Gruša, Lionel Jospin, Adam Michnik, Oskar Negt und Friedrich Schorlemmer im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 53 (2008) 8, S. 31–47.

Franz Schleusener – ein Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Brandenburg

Von Manfred Agethen

Nach dem 2. Weltkrieg gelang es den sowjetischen Siegern, in ihrer Besatzungszone durch Verfolgung und Repression, politische Säuberungen und offenen Terror ein stalinistisches System zu etablieren. Politisch missliebige Kräfte, die sich in demokratischem Geist dem kommunistischen Führungsanspruch und Gleichschaltungsdruck zu widersetzen suchten, wurden verhaftet, verurteilt, deportiert, zur Resignation veranlasst oder zur Flucht in den Westen getrieben. Ein herausragendes, in der Literatur aber bislang kaum gewürdigtes Beispiel mutigen Widerstandes ‚bürgerlicher‘ Politiker gegen den Monopolanspruch von Sowjets und SED bietet der brandenburgische CDU-Landtagsabgeordnete und frühere Staatssekretär im preußischen Finanzministerium, Franz Schleusener.

Franz Karl Rudolf Schleusener wurde am 28. Dezember 1876 in Sellnow im Kreis Arnswalde in der Neumark in Pommern geboren;¹ er hatte keine Geschwister. Vater, Großvater und sämtliche, bis ins 16. Jahrhundert zurück in Pommern nachweisbare Vorfahren waren Landwirte und Gutsbesitzer, die Mutter stammte ebenfalls aus einer pommerschen Gutsbesitzerfamilie. Auf seine landwirtschaftliche Ahnenreihe, aus der er erstmals ausbrach, war Schleusener besonders stolz, was sich vor allem zeigte, als er Anfang der 1940er Jahre bei einem Münchener Kunstmaler unter genauen Anweisungen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Tradition ein Familienwappen anfertigen ließ.²

Nach der Gymnasialzeit in Stargardt in Pommern und einem 1896 begonnenen Jurastudium war Schleusener vom 1. März 1900 bis zum 3. Oktober 1904 als Gerichtsreferendar im Bezirk des Oberlandesgerichts Stettin tätig. Danach war er Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Stettin, ab März 1906 wirkte er als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Stettin in einer Sozietät mit Rechtsanwalt Dr. Dellbrück und ab Januar 1908 zunächst als „juristischer Hilfsarbeiter“, ab Oktober 1908 dann als Assessor beim Magistrat der Stadt Stettin. Vom 1. Januar 1910 bis Ende März 1911 war Schleusener besoldeter Beigeordneter (Zweiter Bürgermeister) von Lissa in Posen. Für die Bewerbung um diese Stelle hatte ihm der Stettiner Bürgermeister Dr. Thode ein Gutachten geschrieben, in dem seine in der Folge immer

1 In der gängigen Literatur erscheint Schleusener i.d.R. fälschlich mit dem Vornamen „Frank“; die Geburtsurkunde belegt als korrekten Vornamen „Franz“; Kopie in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), NL Franz Schleusener 01-822-001/3.

2 Vgl. die Korrespondenz zu diesem Vorgang; ebd. 001/2.

klarer zutage tretenden charakterlichen Eigenschaften und beruflich-dienstlichen Fähigkeiten Ausdruck finden: „Schl. ist ein Mann von trefflichen Charaktereigenschaften, gerade und in jeder Beziehung zuverlässig. Ruhe und Besonnenheit zeichnen ihn aus. Er hat sehr umfangreiche und gründliche Rechtskenntnisse, ein gutes Judiz und eine leichte Auffassung. Für die Verwaltungslaufbahn ist er m.E. besonders geeignet, weil er sich nie in Kleinkram verliert, sondern in allen Dingen die leitenden Gesichtspunkte klar erkennt und viel praktisches Geschick bekundet. Dabei hat er eine geradezu erstaunliche Arbeitskraft. Schriftliche Darlegungen fließen ihm in guter Form und gewandtem Ausdruck aus der Feder, sein mündlicher Vortrag ist klar und überzeugend.“ Insgesamt zeichnet Thode ihn als „prächtigen Menschen und tüchtigen Beamten“.³

Ab dem 1. April 1911 war Schleusener „besoldeter Stadtrat“ in Stettin, bis er am 2. August 1914, unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, das Amt des Ersten Bürgermeisters von Brandenburg an der Havel antrat, das er bis Ende Januar 1920 ausübte – seit dem 30. Dezember 1915 als „Oberbürgermeister“, wozu ihn Kaiser Wilhelm II. ernannt hatte. Der Potsdamer Regierungspräsident, von Schwerin, hatte gegenüber dem Monarchen Schleuseners „vorbildliche Art“, die Amtsgeschäfte zu leiten, gerühmt und ihn vor allem mit dem Hinweis empfohlen: „Namentlich die soziale Fürsorge und die Wohlfahrtspflege ist vorzüglich organisiert. Trotz der in Brandenburg nicht einfach liegenden sozialen Verhältnisse hat sich kein Misston hören lassen.“⁴ Schleusener hat die Erfahrungen seiner beiden ersten Potsdamer Jahre in einer Veröffentlichung niedergelegt.⁵ Im Januar 1917 wurde er wegen seiner umsichtigen Amtsführung in Kriegszeiten mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse am weiß-schwarzen Bande und im Oktober 1918 mit dem „Verdienstkreuz für Kriegshilfe“ und mit der Roten Kreuz-Medaille ausgezeichnet. Von 1914 bis 1920 war er durch königlichen Erlass Mitglied des Herrenhauses im Preußischen Landtag; er war dort Mitglied der liberalen „Neuen Fraktion“. 1916 wurde er in den brandenburgischen Provinziallandtag gewählt. Im Oktober 1907 hatte er in Broitz in Pommern Gertraud Zander, die Tochter eines Gutsbesitzers geheiratet; aus der Ehe gingen ein Sohn und eine Tochter hervor. Zum Militärdienst wurde Schleusener wegen einer Schwäche des linken Arms infolge einer sturzbedingten Fehlstellung eines Ellbogengelenks nicht herangezogen.⁶

3 Ebd. 001/3.

4 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, I. Hauptabtlg., Rep. 77 Preuß. Innenministerium, Titel 440 A, Nr. 2, Bd. 6: Kommunalbeamte Brandenburg/Havel; den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Herrn Dr. Hartwin Spenkuch von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin.

5 *Die Arbeit der Stadtverwaltung seit Kriegsausbruch*, Brandenburg 1916.

6 Vgl. zum äußeren Werdegang Schleuseners v.a.: Irene SCHLEUSSNER, *Schleußner. Geschichte eines in Thüringen, Franken und Hessen beheimateten Geschlechts und seiner*

In der Weimarer Republik zeigte sich Schleusener liberal und republikanisch gesonnen; 1924 trat er der sozialliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei, die sich 1930 in „Staatspartei“ umbenannte und deren Parteiausschuss er von 1925 bis 1930 angehörte.⁷ Am 31. Dezember 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten für den Bezirk Potsdam in der Provinz Mark Brandenburg ernannt, nachdem er zuvor offenbar Angebote als Regierungspräsident in Köslin (Pommern) und in Königsberg ausgeschlagen hatte.⁸ Bald darauf wurde er vom Brandenburgischen Provinziallandtag zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt, was er bis 1923 blieb.⁹ Seit April 1924 war er zunächst Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium, seit April 1925 Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium, 1932 leitete er zeitweilig kommissarisch das Finanzministerium.¹⁰ In Potsdam war 1927 eine Ortsgruppe der Kant-Gesellschaft entstanden, der seinerzeit größten philosophischen Gesellschaft der Welt; Schleusener gehörte zu den ersten Mitgliedern.¹¹ In seiner Stettiner Zeit hatte Schleusener der dortigen Freimaurerloge angehört.¹²

Bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde Schleusener mit Datum vom 21. April 1933 wegen seiner republikanischen Gesinnung und wegen eines persönlichen Zerwürfnisses mit dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring aus dem Staatsdienst entlassen. Darauf kam Schleusener später in einer Landtagssitzung vom 31. Januar 1947 zu sprechen, ohne

Ahnen (Sonderdruck aus „Deutsches Familienarchiv“, 14), Neustadt a.d. Aisch 1959; *Der brandenburgische Landtag. Festschrift zur 50. Wiederkehr seiner Konstituierung*, hg. vom Landtag Brandenburg (Schriften des Landtages Brandenburg, 3), Potsdam 1996; Klaus HESS, „Franz Schleusener – Oberbürgermeister“, in: *45 namhafte Brandenburger*, hg. von Marcus ALERT/Wolfgang KUSIOR, Berlin 2002, S. 75f.; Manfred AGETHEN, „Franz Karl Rudolf Schleusener“, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, Berlin 2007, S. 69f. Wichtige biographische Informationen sind den Personalunterlagen Schleuseners im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) Potsdam, Rep. 203, Min. des Innern, PA 81, insbes. einer Personalakte Schleuseners für die Jahre 1914 bis 1924 zu entnehmen (ebd., Rep. 2 A Regierung Potsdam, Abt. I Pers. Nr. 4975). Zahlreiche biographische Dokumente wie Lebensläufe, Ernennungsurkunden, Ausweise u.ä. in: ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3 und 001/2.

7 *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, Bd.12/II: 4. April 1925 bis 10. Mai 1938, bearb. von Reinhold ZILCH unter Mitarb. von Bärbel HOLTZ (Acta Borussica. NF 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38), Hildesheim 2004, S. 686.

8 ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3.

9 Ebd.

10 *Die Protokolle* (wie Anm. 7), Bd. 11/III: 14. November 1918 bis 31. März 1925, bearb. von Gerhard SCHULZE, S. 687.

11 Günter WIRTH, *Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918–1989*, Frankfurt/M. 2000, S. 69.

12 Von ihm persönlich handgeschriebener und unterzeichneter Personalfragebogen vom 28.7.1945, BLHA Potsdam, Rep. 203, Min. des Innern PA 81; in einem ähnlichen Fragebogen vom 23.3.1946 findet sich diese Angabe allerdings nicht mehr (ebd.).

allerdings auf Einzelheiten einzugehen.¹³ Laut Berichten in dem Exil-CDU-Organ „Der Tag“ vom 7. April 1950 und vom 31. März 1951 hatte Schleusener sich als Finanzstaatssekretär geweigert, Anweisungen auf Gelder zu Görings dienstlichem und privatem Gebrauch zu unterzeichnen. Insbesondere habe er die Verbuchung von Rechnungen der Schauspielerin Emmy Sonnemann, Görings Geliebter (seit 1935: Ehefrau), im preußischen Staatshaushalt verweigert. Ähnlich stellte es auch Schleuseners späterer Fraktionskollege im brandenburgischen Landtag, Willy Heller, in einem autobiographischen Bericht von 1980 über die Vorgänge in der SBZ 1945 bis 1949 dar.¹⁴ Schleusener selbst formulierte nach dem Kriege nach seiner Berufung in die brandenburgische Provinzialversammlung in einem Vorstellungsschreiben an deren Präsidenten Dr. Steinhoff recht allgemein: „Infolge Ablehnung m.E. unberechtigter persönlicher Ansprüche des damaligen Ministerpräsidenten Göring und meiner Weigerung, in die NSDAP einzutreten, wurde ich aus dem Staatsdienst entlassen.“¹⁵ Danach war er als Rechtsanwalt in Berlin tätig; die Zulassung als Notar wurde ihm verweigert. Als er in Berlin 1943 ausgebombt wurde, ließ er sich mit seiner Kanzlei in Potsdam-Babelsberg nieder.¹⁶

Im September 1945 wurde Schleusener von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in Brandenburg, der obersten Befehls- und Kontrollinstanz für die Provinz Mark Brandenburg, wegen seiner breiten Verwaltungserfahrung zum 4. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg (seit 12. Juli 1947: Land Brandenburg) ernannt. Offenbar schätzte man neben seiner Verwaltungserfahrung auch seine wirtschafts- und finanzpolitischen Qualitäten, denn am 15. Oktober 1945 wurde er auch zum Mitglied des Verwaltungsrats der Provinzialbank Mark Brandenburg und am 15. Dezember 1945 auch zum Vorsitzenden des Beirats der Banken-Verrechnungsstelle Potsdam berufen.¹⁷ Seine Anwaltstätigkeit ließ er ab da ruhen, wengleich er mit Datum vom 15. Januar 1946 vom Präsidenten der Provinzialverwaltung die Zulassung als Rechtsanwalt beim Amts- und Landgericht Potsdam erhielt.¹⁸ Die brandenburgische Provinzialverwaltung wurde nach Vorschlägen der „Gruppe Ulbricht“, jener am 30. April 1945 aus der Sowjetunion nach Berlin

13 Landtag der Mark Brandenburg, 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 38, Stenographischer Bericht, 5. Sitzung, S. 9.

14 ACDP, NL Willy Heller 01-255-001/2, S. 57. „Die Tagespost“ vom 13.10.1946 sprach davon, Schleusener habe sich geweigert, 100.000 Reichsmark für Görings Privatwohnung aus dem preußischen Staatshaushalt zur Verfügung zu stellen.

15 Brief vom 12.7.1945 in: ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3. In einem bei der Landesregierung Brandenburg eingereichten Personalfragebogen vom 16.12.1948 vermerkte er als Grund für seine Entlassung „Zusammenstöße mit Göring“ (ebd.); vgl. den Brief auch in: BLHA Potsdam, Rep. 203, Min. des Innern, PA 81.

16 ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1.

17 Ebd.

18 Ebd.

eingeflogenen Initiativgruppe des ZK der KPD, von der SMAD Ende Juni 1945 eingesetzt. Das Verwaltungspräsidium stand unter der Leitung des Sozialdemokraten Karl Steinhoff, neben Schleusener gehörten ihm der anfangs noch parteilose Bernhard Bechler (später KPD bzw. SED) sowie Edwin Hoernle (KPD), für ihn später Heinrich Rau (KPD) und Fritz Rücker (SPD) an. Das fünfköpfige Präsidium war bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern beschlussfähig, und Schleusener konnte als der einzige ‚bürgerliche‘ Vertreter jederzeit von den Vertretern der KPD und der SPD – beide Parteien schlossen sich im April 1946 zur SED zusammen – überstimmt werden. Schleusener war im Präsidium Nachfolger des zunächst parteilosen, aber dem bürgerlichen Lager zuzurechnenden Georg Remak; dieser trat später der LDP bei.¹⁹ Er war abgelöst worden, weil er sich geweigert hatte, die Bodenreformverordnung für Brandenburg vom 6. September 1945 zu unterzeichnen; Schleusener fand sich nach längerem Zögern dazu bereit.²⁰

Schleusener war in der Provinzialverwaltung für die Ressorts bzw. Abteilungen Finanzen und Gesundheit zuständig, formal auch für die Justiz. De facto stand diese Abteilung schon bald unter der Leitung des anfänglichen Referenten Walther Hoeniger, der nach und nach in hochrangige Ämter der Justizverwaltung aufstieg und „die dominierende Gestalt der brandenburgischen Justiz“ wurde; im Mai 1946 war er der SED beigetreten.²¹ Erste Schwierigkeiten mit dem kommunistisch dominierten Blockausschuss und den sowjetischen Besatzern wurden sichtbar, als Schleusener, der die Bodenreformverordnung schon nur mit erheblichen Bedenken unterschrieben hatte und der Mitglied der seit dem 6. September 1945 arbeitenden Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform war, deren Auswüchse heftig kritisierte. Leiter dieser Provinzialkommission war Bernhard Bechler, der auch dem „Regierungsausschuss zur Durchführung der Direktive 24“, der sogenannten Entnazifizierungskommission, vorstand.²² Die Provinzialkommissionen waren in-

19 Dieter POHL, *Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 50), München 2001, S. 20.

20 *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, hg. von Martin BROZAT und Hermann WEBER, 2. Aufl. München 1993, S. 86f. Karl STEINHOFF, *In der Mark Brandenburg wurden völlig neue demokratische Staatsorgane gebildet*, in: Fanny ROSNER u. a. (Hg.), *Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED*, Berlin 1971, S. 538–552, schreibt, es habe „mehrfacher persönlicher Rücksprache“ bedurft, um Schleusener zur Unterschrift zu bewegen (S. 545).

21 POHL (wie Anm. 19), S. 21.

22 *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 20), S. 97. – Bechler, geb. am 9.2.1911 in Lengenfeld im Vogtland, war als Major der deutschen Wehrmacht bei der Schlacht um Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft geraten, hatte sich dort zum überzeugten Kommunisten gewandelt und war Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) geworden, das sich dem Kampf gegen den Nationalsozialismus verschrieben hatte. Als Protégé der sowjetischen Besatzer empfahl er sich ihnen nach dem Krieg für eine hochrangige Verwendung

nerhalb der Provinzialverwaltung die entscheidenden Instanzen, die den gesamten Prozess der sozialen Umgestaltung der Provinz durchführten und überwachten.

Wie sehr die Provinzialverwaltungen bei allem Bemühen um Errichtung demokratischer Strukturen von der Kontrolle und der Befehlsgewalt der Besatzungsmacht abhängig blieben, zeigt exemplarisch ein Vorfall im unmittelbaren Vorfeld der Kommunalwahl in Brandenburg vom 15. September 1946: Schleusener wurde als dem 4. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung ein aus 57 Paragraphen bestehender Gesetzentwurf „Die demokratische Gemeindeverfassung“ vorgelegt. Präsident Steinhoff und 1. Vizepräsident Bechler erklärten ihm, der Entwurf sei von der SMAD in Karlshorst verfasst – er sollte also für die SBZ insgesamt gelten. Der von Karlshorst abgesandte Bote stehe vor der Tür, man warte auf die Unterschriften; die seien aber nur Formsache, eine Änderung komme nicht in Frage. Es handle sich um einen Befehl. Falls Brandenburg nicht – stellvertretend für die übrigen Länder – unterzeichne, werde das Präsidium eines anderen Landes unterzeichnen. Nicht einmal der SMA Brandenburg war der Vorgang bekannt.²³

Schleusener war Ende November 1945 der CDU beigetreten.²⁴ Diese war in Brandenburg später entstanden und hatte sich langsamer entwickelt als in

beim Aufbau des „neuen Deutschland“ in der SBZ. Er wurde zunächst 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Brandenburg und vertrat dann auch als brandenburgischer Innenminister konsequent die Politik der Besatzungsmacht und der SED. Wie andere ehemalige Wehrmachtsoffiziere wurde er nach der Gründung der DDR zum Aufbau von Streitkräften gebraucht. Seit dem 1.11.1950 war er Chef des Stabes der Hauptverwaltung für Ausbildung – eine Art Chefinspektor der Volkspolizei. Bei Einrichtung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) 1952 wurde er deren stellvertretender Stabschef und bei Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA), 1956 wiederum deren stellvertretender Stabschef nach Vincenz Müller. Zu diesem Zeitpunkt waren aber die Tage ehemaliger Wehrmachtangehöriger in der NVA ohnehin gezählt. Nach den Ereignissen in Polen und Ungarn war man sich im Politbüro der unbedingten Loyalität der Militärs gegenüber der Staatsführung nicht mehr sicher; die ehemaligen Wehrmachtsoffiziere – als NKFD-Mitglieder i.d.R. von den Sowjets protegiert – erschienen nun als Unsicherheitsfaktor. Zudem hoffte die DDR, ihr internationales Renommee durch die Bereinigung der NVA von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren zu stärken. Im Sommer 1957 wurde Bechler von seiner Funktion als stellvertretender NVA-Chef entbunden, konnte aber dank seiner guten Beziehungen bis zu seiner Pensionierung 1971 in der Armee verbleiben. Er starb am 30.11.2002 in Klein-Machnow bei Berlin (vgl. dazu Torsten DIEDRICH, *Bernhard Bechler – Der hemmungslose Karrierist*, in: *Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hg. von Hans EHLERT und Armin WAGNER (Militärgeschichte der DDR, 7), Berlin 2003, S. 61–92; wichtige Hinweise zu Bechler auch bei Peter Joachim LAPP, *Ulbrichts Helfer. Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR*, Bonn 2000 (v.a. zu Bechlers Spitzeldiensten für die Staatssicherheit) und bei Daniel NIEMETZ, *Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR*, Berlin 2006.

23 Private Aktennotiz Schleusenens vom 12.9.1946 in: ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1.

24 Fritz REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik*, Potsdam 1995, S. 52.

den übrigen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone; erst am 16. Oktober 1945 konstituierte sich dort ein CDU-Landesverband.²⁵ Bei der Gemeindevwahl in Brandenburg vom 15. September 1946 wurde er in die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gewählt.²⁶ Mit der Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 erlangte er auch ein Mandat im Landtag in der Provinz Mark Brandenburg, der am 22. November 1946 erstmals zusammentrat. Als nach der Wahl die Ressorts der Provinzialverwaltung zumeist in Ministerien der neuen Landesregierung überführt wurden, verzichtete Schleusener auf ein Ministeramt. Die Hintergründe sind unklar. Schleusener streifte das Thema in einer Landtagssitzung vom 31. Januar 1947. Er sagte, er wolle die Hintergründe hier nicht auseinandersetzen, betonte aber, er habe freiwillig verzichtet, was im Publikum „Heiterkeit“ hervorrief; dies könnte darauf schließen lassen, dass man im Plenum wusste, dass der Verzicht gerade eben nicht freiwillig war, sondern womöglich auf einen Wunsch oder ein Drängen der SMA zurück ging.²⁷ In der brandenburgischen Regierung besetzte die SED neben dem Amt des Ministerpräsidenten drei Ministerposten, die CDU zwei und die FDP einen, obwohl die bürgerlichen Kräfte zusammen über 51 Mandate verfügten gegenüber 44 der SED.

Schleusener war im Landtag Mitglied des Ältestenrates und Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Willy Heller charakterisierte ihn aus der Rückschau als die „markanteste Erscheinung dieses Landtages“. Gestützt auf seine jahrzehntelange Erfahrung in der Verwaltung und in verschiedenen Parlamenten, sei er von Anfang an der führende Kopf des Landtages gewesen. Wegen seiner glänzenden Formulierungskunst, die gelegentlich zum Ironischen bis Maliziösen neigte, sei er im Plenum wie in den Ausschüssen als Redner ebenso beliebt wie gefürchtet gewesen. Die gedankliche Klarheit und die präzisen Formulierungen in der brandenburgischen Verfassung seien im Wesentlichen auf ihn zurückgegangen. Trotz seines Alters habe er an allen Plenar-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen und sonstigen Besprechungen teilgenommen. Energie, Erfahrung und Klugheit hätten sich in seiner Person vereinigt – das habe auch seinen politischen Gegnern Respekt abgenötigt.²⁸

In seiner Funktion als Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses griff Schleusener die vor allem von Innenminister Bechler zu verantwortenden Willkürakte der Verwaltung scharf an, insbesondere das brutale und

25 Zu den Gründungsumständen der CDU in Brandenburg vgl. die detailreiche Studie von Katrin und Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Brandenburg 1945*, in: HPM 6 (1999), S. 79–107.

26 ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1.

27 Landtag der Mark Brandenburg (wie Anm. 13), S. 9.

28 ACDP, NL Heller 01-255-001/1 in einer undatierten Erklärung als politischer Flüchtling in der Bundesrepublik Deutschland.

gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßende Vorgehen bei der Bodenreform und bei den Industrieenteignungen. In einem fünfseitigen Schreiben an Ministerpräsident Steinhoff vom 6. Oktober 1947 listete Schleusener 22 konkrete Fälle auf, in denen Enteignungen nach dem SMAD-Befehl 124²⁹ oft willkürlich, unrechtmäßig, ohne geordneten Verwaltungsgang und ohne die Betroffenen in irgendeiner Form an dem Verfahren beteiligt zu haben, vorgenommen worden seien. Die Kommissionen arbeiteten „nach Art eines Femegerichts“, Ausplünderungen enteigneter Betriebe „bis zur Totalität“ seien keine Ausnahme. Wieder griff Schleusener hier den zuständigen Innenminister Bechler scharf an. Dieser sei nicht in der Lage oder nicht gewillt mitzuteilen, „nach welchen Gesichtspunkten die Entscheidungen getroffen und die Enteignungen vorgenommen werden“. Auf eine entsprechende Anfrage in seiner, Schleuseners, Funktion als Vorsitzender des Rechtsausschusses habe Bechler überhaupt nicht geantwortet. Den „Versuchen des zuständigen Ministers, den Landtag in allen die Ausführung des Befehls 124 betreffenden Fragen auszuschalten“, müsse die CDU-Fraktion mit allem Nachdruck entgegenreten.³⁰ In einem Brief an den Landtagspräsidenten Otto Meier vom 15. Oktober 1949 kritisierte Schleusener scharf das Verhalten der Landtagsverwaltung, die eine Eingabe einer Frau P. an den Landtag in Sachen Bodenreform gar nicht an diesen weitergeleitet, sondern an den Innenminister abgegeben hatte. Der Frau, die über einen tatsächlichen Landbesitz von 39,5 ha verfügte, war rechtswidrig und mit fadenscheinigen Begründungen eine Flächengröße von über 100 ha angerechnet worden. Laut Bodenreformverordnung handelte es sich damit um Großgrundbesitz über 100 ha, der mit allen Bauten sowie mit lebendem und totem Inventar und mit allem landwirtschaftlichen Vermögen entschädigungslos zu enteignen war. Schleusener bestand darauf, dass die Bevölkerung nach Art. 2 der brandenburgischen Verfassung ein Recht darauf habe, sich mit Eingaben und Beschwerden an den Landtag zu wenden; falls diese erst gar nicht dorthin gelangten, stehe das Recht nur auf dem Papier. Wenn auch der Innenminister für die Durchführung der Bodenreform zuständig sei, worauf in diesem Fall die Landtagskanzlei verwiesen hatte, so könne und dürfe das nicht bedeuten, dass die Kontrolle durch den Landtag ausgeschlossen sei. Der Landtag sei nach der Verfassung der höchste Willensträger des Landes, er überwache Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung: „Der Landtag ist daher auch zuständig, den Herrn In-

29 Befehl „Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland“; vgl. *Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie*, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet von Jan FOITZIK (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 8). München 1995, S. 79.

30 ACDP, Bestand BV Potsdam 03-037-534/3.

nenminister zu kontrollieren und zu prüfen, ob er die Gesetze, also auch die Bodenreform-Verordnung, richtig angewendet hat.“³¹

Der als Innenminister für die Allgemeine Verwaltung und die Polizei zuständige Bernhard Bechler war ein „bedingungsloser Gefolgsmann der SMA“.³² Seine Ernennung verdankte er vornehmlich der Fürsprache der „Gruppe Ulbricht“.³³ Als sich die CDU wegen ihrer starken Benachteiligung bei den Kommunal- und Landtagswahlen im September und Oktober 1946³⁴ bei der SMAD beschwerte und mit ihrer Selbstauflösung drohte, war es Bechler, der auf die Auswechslung der CDU-Parteiführung drängte.³⁵ Gleich nach der Absetzung Jakob Kaisers durch die Sowjets ließ er überall im Land Brandenburg Plakate gegen ihn anbringen.³⁶ In seiner rücksichtslosen Gangart musste er gelegentlich sogar von der SMA gebremst werden.³⁷ Seine Ergebenheit gegenüber der SED war offenbar nicht zuletzt Kompensation seiner früheren Verstrickung in das NS-Herrschaftssystem: Er hatte in der Wehrmacht als Adjutant für den General z.b.V. im Oberkommando des Heeres, Eugen Müller, gewirkt. Müller hatte 1941 den „Kommissarbefehl“ zum Mord an sowjetischen Politoffizieren entworfen, und Bechler hatte ihm wegen einer Augenerkrankung Müllers maßgeblich dabei assistiert.³⁸ Schleusener rügte Bechlers Unerfahrenheit in der Verwaltung und griff ihn wegen seiner NSDAP-Vergangenheit an. Bei der Grundsatzdebatte über die Annahme der Verfassung für die Mark Brandenburg in der Landtagssitzung vom 31. Januar 1947 rief er ihm entgegen: „Für den Herrn Innenminister wird es notwendig sein, sich einen Stab sachkundiger Mitarbeiter zu schaffen, zumal da nach seinem Entwicklungsgang nicht anzunehmen ist, dass er die vierzehnjährige Lü-

31 BLHA, Rep. 201 Landtag Nr. 202/1, Bl. 1.

32 POHL (wie Anm. 19), S. 108.

33 EBD. S. 18f.

34 Vgl. Manfred AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953*, in: „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, hg. von Jürgen FRÖLICH. Köln 1994, S. 47–72, 51; Karl-Heinz HAJNA, *Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl* (Empirische und methodologische Beiträge zur Sozialwissenschaft, 18). Frankfurt/M. 2000, insbes. S. 131–162.

35 Harold HURWITZ, *Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949*, Opladen 1997, S. 231.

36 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 19), 2. korr. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 49.

37 POHL (wie Anm. 19), S. 108. Bechler wurde von Zeitgenossen als kalt und berechnend geschildert, als ein Mensch, der zur Erreichung seiner ehrgeizigen Ziele über Leichen gehe, der Angst und Schrecken um sich verbreite. Als Stasi-Spitzel mit dem Decknamen „Wölfi“ berichtete er unnachlässig über Personen, die seinem Ehrgeiz und seiner Karriere im Wege standen, insbesondere auch über NVA-Stabschef Vincenz Müller; vgl. DIEDRICH (wie Anm. 22), S. 73ff.

38 POHL (wie Anm. 19), S. 108f.

cke in seinem öffentlich bekanntgegebenen Lebenslauf mit dem Studium der Zivilverwaltung ausgefüllt hat.“ Diese ironische Attacke hatte empörte Zurufe seitens der SED zur Folge: „Unerhört! Unerhört!“ und „Schleusener, der Trommler der Reaktion!“³⁹ Als der CDU-Landesvorsitzende Karl Grobbel bei einer Tagung des Landesverbandes am 9. Februar 1949 von Bechler sprach als von „einem Manne, den wir vielleicht auch als einen unserer schärfsten Gegner betrachtet haben, aber mit dem wir auch heute versuchen müssen, zu Rande zu kommen“, rief das laut Protokoll im Saal nur ironisch-abwertendes Gelächter hervor⁴⁰; offensichtlich galt es sowohl der Person Bechlers als auch der hier bereits erkennbar werdenden resignativen Anpassungsbereitschaft des Landesvorsitzenden.⁴¹ Schleusener verlangte, die entstehende Landesverfassung „mit demokratischem Geist zu erfüllen“⁴², mahnte ein geordnetes und rechtsstaatliches Verfahren bei Enteignungen und bei den Entscheidungen der Wohnungsämter an und forderte die Fortdauer der Privatwirtschaft, parlamentarische Kontrolle der Regierung, die Erhöhung der Rechtssicherheit – z.B. durch die Einrichtung von Verwaltungsgerichten und durch rasche Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeverfassung und zur Kreisordnung: „Wenn Rechtssicherheit als die unentbehrliche Grundlage für jeden Fortschritt verlangt werden muß, ist es vor allen Dingen Pflicht der Regierung, die Gesetze zu achten und zu beachten.“⁴³

Schleusener vertrat diese Positionen auch als CDU-Fraktionsvorsitzender in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung.⁴⁴ Beim 2. Parteitag der CDU in der SBZ vom 6. bis 8. September 1947 in Berlin, bei dem Jakob Kaiser

39 Landtag der Mark Brandenburg (wie Anm. 13), S. 9.

40 BLHA Potsdam, Rep. 332 SED L IV/2/15/894; den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Herrn Dr. Fritz Reinert, Potsdam.

41 Karl Grobbel (1896–1971), früher Zentrum, gehörte zu den Mitgründern der CDU in Brandenburg und in Berlin. Von November 1948 bis Mai 1950 war er Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Brandenburg. Die Rede zeigt ihn genau an der Nahtstelle des (hilflosen) Ringens um die Eigenständigkeit seiner Partei und um die Hingabe an den Führungsanspruch der SED, vor dem er Ende 1949 kapitulierte, als er auf Druck von CDU-Generalsekretär Götting die personellen Veränderungen in der Partei im Sinne von SED und SMAD einleitete. Von April 1950 bis August 1952 war er in Brandenburg zunächst Minister für Arbeit und Sozialwesen bzw. Arbeit und Gesundheitswesen, dann für Handel und Versorgung. 1953 erteilte ihm eine inzwischen gleichgeschaltete CDU eine strenge Parteirüge, weil er versucht hatte, wieder zum CDU-Vorsitz in Brandenburg zu gelangen; er war danach als Wirtschaftsredakteur bei der „Neuen Zeit“ und als Herausgeber der regimenehen katholischen Zeitung „begegnung“ tätig. Vgl. Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 36), Düsseldorf 2001, S. 514; RICHTER (wie Anm. 36), S. 237f., 308.

42 Landtag der Mark Brandenburg (wie Anm. 13), S. 7.

43 EBD. S. 8.

44 Vgl. auch seinen Forderungskatalog in seinem Artikel „Selbstbestimmung“, in: „Märkische Union“, Nr. 82 (178) vom 14.10.1949, S. 4.

seine berühmte „Oppositionsrede“ hielt⁴⁵ und die Maxime ausgab, „Wir müssen und wir wollen Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen sein!“⁴⁶, leitete Schleusener den kommunalpolitischen Ausschuss. Er beklagte dort, dass man bei Einrichtung der Provinzialverwaltungen versäumt habe, die notwendigen Aufsichtsinstanzen einzubauen. Dadurch sei die Bevölkerung der nahezu schrankenlosen Willkür der Ortsgewaltigen ausgeliefert, was ein Gefühl der Rechtlosigkeit erzeuge. Angesichts der erheblichen politisch-gesellschaftlichen Bedeutung der Kommunalaufsicht verabschiedete der Parteitag auf Schleuseners Initiative hin eine Entschließung zur Einrichtung von kommunalpolitischen Referaten in allen Kreisen, Landesverbänden und in der Hauptgeschäftsstelle der CDU.⁴⁷

In der Landtagsdebatte vom 31. Januar 1947 griff Schleusener die Regierung vor allem wegen der Industrieenteignungen scharf an: In den massenhaften Enteignungsfällen erführen die Eigentümer meist nur durch ein vorgedrucktes Formular ohne Begründung, ohne Aktenzeichen und ohne Anhörung von ihrer Enteignung. Einen geordneten Verfahrensgang gebe es nicht. Die in der brandenburgischen Verordnung vom 5. August 1946 vorgesehene entschädigungslose Übergabe von Betrieben und Unternehmen in die Hand des Volkes, die aber nur bei „Militaristen und aktivistischen Anhängern des Nationalsozialismus“ gelten sollte, sei auf unbelastete, rein kommunale Unternehmen ausgedehnt worden, weil die in der Verordnung vorgesehene „eingehende Untersuchung“ in der Regel unterblieben sei.⁴⁸

Schleusener polemisierte im Landtag, bei CDU-internen Gremien und in Zeitungsartikeln gegen die Bevorzugung von Kommunisten bei der Stellenbesetzung in den Verwaltungen. Auch hier ging er wieder Innenminister Bechler offen an: Bei einer Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am 12. September 1949 führte er aus, Bechler habe die Selbstverwaltung in den Kreisen und Gemeinden im Bereich der Personalpolitik dadurch außer Kraft gesetzt, dass er kurzerhand „alle Personalsachen als Verschlussachen [erklärte], wodurch der Personalausschuss in den Gemeinden ausgeschaltet wurde“.⁴⁹ In derselben Sitzung beklagte er, dass die Durchführung des SMAD-Befehls Nr. 82 zu will-

45 Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, Stuttgart 1969, S. 15.

46 Die Rede ist abgedruckt in der „Neuen Zeit“, dem Zentralorgan der Ost-CDU, vom 7.9.1947; zum Verlauf dieses Parteitages ausführlich CONZE (wie Anm. 45), S. 162–175.

47 ACDP, Zentralbestand Ost-CDU 07-011-533; vgl. auch Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 114.

48 Landtag der Mark Brandenburg (wie Anm. 13), S. 7. Einen konkreten Fall, bei dem sich Schleusener namens der CDU in der Sequesterkommission in Brandenburg/Havel für den ungerechtfertigt enteigneten Mitinhaber einer kleinen Textilfirma einsetzt, benennt REINERT (wie Anm. 24), S. 98 Anm. 62.

49 Protokoll der Sitzung in: BLHA Potsdam Rep. 332 SED L IV/2/15/894.

kürlichen Enteignungen geführt habe⁵⁰, was starke Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen habe, ebenso wie die willkürliche Beschlagnahme von Geschäften für H(andel) O rganisationen bei der Durchführung einer Wirtschaftsstrafverordnung.⁵¹ In einer Funktionärskonferenz des CDU-Kreisverbandes Potsdam vom 24. Oktober 1949 sprach er vom „überragenden Einfluss der SED bei den Behörden“ und führte aus, dass diese in der Landesregierung Brandenburg von den 23 Ministerialdirektorenstellen 22 durch ihre Leute besetzt habe und dass sich die Ministerialratsstellen sogar sämtlich in ihren Händen befänden. Dies sowie die Enteignungen aufgrund von Denunziationen, Wirtschafts- und Preis-Strafverordnungen in Höhe von nicht selten 50.000 Mark, was einer Existenzvernichtung gleichkomme, Zwangsvollstreckungen und die Zurückdrängung des Einzelhandels durch die HO seien verantwortlich für die starke Unzufriedenheit unter den CDU-Mitgliedern und in der Bevölkerung überhaupt. Dazu komme die erneute Verschiebung der für Oktober 1949 geplanten und zugesagten Wahlen um ein weiteres Jahr. Das bedeute, dass die aus dem Volksrat hervorgegangene Provisorische Volkskammer und damit der neu entstandene Staat ohne demokratische Legitimation seien. Der Volksrat sei keine demokratische, aus Wahlen hervorgegangene Einrichtung; man könne deshalb den Vorgang der Staatsgründung als „einen Gewaltakt, einen Staatsstreich“ bezeichnen.⁵² Gleichwohl müsse man sich nun, so hatte Schlusener bereits auf einer CDU-Fraktionssitzung vom 10. Oktober 1949 ausgeführt, nach vollendeten Tatsachen aus strategischen Gründen mit dem neuen Staat, von dem man annehmen dürfe, dass er sich parlamentarischer Kontrolle unterwerfe und die Grundrechte achte, einverstanden erklären. Dies sei vor allem deshalb nötig, so die interessante Begründung, weil auch im Westen ein eigener Staat entstanden sei und weil es um der anzustrebenden deutschen Einheit willen gelte, als Partner auf gleicher Augenhöhe „handlungsfähig“ zu bleiben; dazu sei ein eigener „Oststaat“ nötig, als eine Vertretung, „die nicht das Trennende, sondern das Einende hervorhebt und die Kluft ein ebnet“. Hauptanliegen des neuen Staats DDR und des politischen Handelns der CDU müsse es sein, „die Spaltung Deutschlands zu überwinden“. Zu alledem sei der Regierung nun eine „Bewährungsfrist“ von einem Jahr gegeben, dann werde sie sich in freien Wahlen – die dann eben doch nur Einheitslistenwahlen wurden – dem Urteil der Wähler stellen.⁵³ Bei allem Respekt vor

50 SMAD-Befehl Nr. 82 vom 29.4.1948: „Rückgabe des durch den Nazistaat beschlagnahmten Eigentums an demokratische Organisationen“; vgl. *Inventar der Befehle* (wie Anm. 29), S. 154.

51 Protokoll der Sitzung (wie Anm. 49).

52 Funktionärskonferenz des CDU-Kreisverbandes Potsdam vom 24.10.1949; ACDP, Bestand Exil-CDU 03-013-339/2.

53 Protokoll der Sitzung (wie Anm. 49); vgl. auch Schluseners Artikel „Selbstbestimmung“ (wie Anm. 44), S. 4.

der erheblichen politischen, insbesondere verwaltungspolitischen Kompetenz Schleuseners ist hier eine gewisse politisch-ideologische Gutgläubigkeit unverkennbar.

Schleusener verurteilte auch die von Ministerpräsident Grotewohl zugebilligte Abtretung der Ostgebiete. Er verwies auf die Potsdamer Beschlüsse, die festgelegt hätten, dass die Entscheidung über die deutschen Ostgrenzen erst in einem Friedensvertrag erfolge.⁵⁴ Solche Aussagen zur Oder/Neiße-Linie waren mutige, aber auch riskante Worte, wenn man bedenkt, wie allergisch die Sowjets in der Frage der deutschen Ostgrenzen zu reagieren pflegten: Als Jakob Kaiser bei einem Empfang am Rande des 2. CDU-Parteitages in Leipzig im September 1947 die Frage der deutschen Ostgebiete angeschnitten hatte, wurde er von Oberst Tulpanow, dem Chef der Informationsabteilung der SMAD, scharf zurechtgewiesen: „Wir Russen sind die Sieger des Zweiten Weltkrieges, die die Ostgrenze an die Oder gelegt haben.“ Wer an dieser „ewigen Grenze“ rütteln wolle, beschwöre einen neuen Krieg herauf, bei dem Deutschland zugrunde gehen müsse.⁵⁵ Schleusener dürfte dieser Zwischenfall nicht unbekannt geblieben sein.

Auch die Anpassungsbereitschaft seines Parteivorsitzenden und brandenburgischen Fraktionskollegen Otto Nuschke gegenüber den Sowjets blieb von seiner Kritik und seinen gelegentlich ironischen Seitenhieben nicht verschont. Nuschke hatte bei der bereits erwähnten Landestagung der brandenburgischen CDU am 9. Februar 1949 die Auseinandersetzung seiner Partei mit der SED als einen „zähen Positionskampf“, als ein „Golgatha, einen Leidensweg“ beschrieben, bei dem die CDU nicht nachlassen dürfe: „Der große kategorische Imperativ, der uns gesetzt ist in dieser Zeit, der heißt: Standhalten! ... Wir setzen diesem schlimmen Zeichen, ich spreche es offen aus, wir setzen der Terrorwelle der SED unser ‚Dennoch‘ entgegen!“ Das Protokoll verzeichnete dazu: „Sehr starker Beifall!“⁵⁶ Seine Zustimmung zur Gründung der DDR gab Nuschke nur wegen der Zusage von SMAD und SED, dass es dann im Oktober 1950 freie Wahlen zu der neuen Volkskammer und zu den Länderparlamenten geben werde – also keine Einheitslisten. Gemäß sowjetischer Zusage hätten diese Wahlen schon im Oktober 1948 stattfinden sollen, waren dann zunächst auf 1949 und schließlich, wegen der DDR-Gründung, auf den Herbst 1950 verschoben worden. Hatte Nuschke noch in den ersten Monaten der Jahres 1950 auf öffentlichen Veranstaltungen mehrfach betont, eine Einheitslistenwahl werde es nur über seine Leiche geben⁵⁷, stimmte die CDU-Spitze mit Nuschke im März 1950 angesichts des massiven Drucks einer Einheitsliste

54 Funktionärskonferenz (wie Anm. 52).

55 So wiedergegeben in „Neue Zeit“ vom 11.9.1947.

56 BLHA Potsdam, Rep. 332 SED L IV/2/15/894.

57 RICHTER (wie Anm. 36), S. 241ff.

doch zu;⁵⁸ der Traum von freien Wahlen, der bis dahin den Kompromisskurs der CDU entscheidend bestimmt hatte, war damit ausgeträumt. Schleusener kommentierte in einer Fraktionssitzung Nuschkes Schlingerkurs spöttisch: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebst Du völlig ungeniert!“⁵⁹ Angesichts der Erfolge bei den Landtags- und Kommunalwahlen 1946 konnten die bürgerlichen Parteien bei wirklich freien Wahlen auf den Sieg hoffen, der ihnen auch eine gesamtdeutsche Politik ermöglicht hätte.⁶⁰

In einer Sitzung der Landtagsfraktion vom 13. September 1949 beklagte Schleusener, dass man in der SBZ dem Westen gegenüber nur „im Ton höchster Gehässigkeit“ rede. Er zitierte zum Beleg aus dem „Neuen Deutschland“, der „Täglichen Rundschau“ und der „Märkischen Volksstimme“ Begriffe wie „Verbrecher“, „Hochverräter“, „Volksverderber“, „Quislinge“, „Fälscher“, „Ausbeuter“, „Lumpen“ u.ä. Es sei, so mahnte er, völlig unmöglich, mit dem Westen ins Gespräch zu kommen, wenn man dessen Vertreter derart diffamiere.⁶¹ Auch hier zeigt sich, dass ihm das Bemühen um Kontakte nach Westdeutschland und um die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein besonderes Anliegen war.⁶²

Häufig setzte Schleusener sich für verfolgte Parteifreunde ein. Exemplarisch sei hier der Fall seines Fraktionskollegen im Landtag und CDU-Kreisvorsitzenden von Potsdam, Dr. Hans Egidi, genannt. Dieser wurde am 27. Januar 1948 in Potsdam von der Straße weg ohne Haftbefehl verhaftet. Bis zum ersten Verhör verging mehr als eine Woche – ein Verfahren, das gegen Artikel 41 der brandenburgischen Verfassung verstieß, wonach Festgenommene innerhalb von 24 Stunden dem Richter vorzuführen waren. Man warf Egidi vor, im April 1933 als Landrat des Kreises Kyritz in Brandenburg der Inhaftierung von drei Kommunisten zugestimmt zu haben. In Auslegung des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 zur Entnazifizierung⁶³ glaubte man, ihn damit „faschistischer Gesinnung“ bezichtigen zu können. Dass er wenig später von den Nationalsozialisten seines Amtes enthoben worden war, blieb dabei außer Acht. In einem vierseitigen Schreiben an den SED-Chef und Landtagskollegen Wilhelm Pieck vom 14. Februar 1948 klärte Schleusener, der einst als Regierungspräsident Egidi als Landrat nach Kyritz geholt hatte, den Fall zu dessen Entlastung minutiös auf.⁶⁴ Zugleich setzte er sich mündlich bei Mi-

58 Beschluss des Politischen Ausschusses der DDR-CDU, des obersten Leitungsgremiums außerhalb der Parteitage, vom 21.3.1950, den der Parteitag vom September 1950 bestätigte; Druck in: „Neue Zeit“ vom 22.3.1950.

59 So zitiert in der Exil-CDU-Zeitung „Der Tag“ vom 31.3.1951. Vgl. auch die Darstellung bei Willy Heller; ACDP, NL Heller 01-255-001/1.

60 AGETHEN (wie Anm. 34).

61 „Der Tag“ vom 7.4.1950.

62 Vgl. v.a. seinen Artikel „Selbstbestimmung“ (wie Anm. 44), S. 4.

63 *Inventar der Befehle* (wie Anm. 29), S. 139.

64 ACDP, Bestand CDU in der SBZ (kleinere Nachlässe): Hans Egidi 01-297-010/7.

nisterpräsident Steinhoff und bei Innenminister Bechler für Egidi ein. In Verbindung mit anderen Fürsprechern wie dem brandenburgischen CDU-Landesvorsitzenden und Landtagsvizepräsidenten Wilhelm Wolf, dem Berliner Bürgermeister Ferdinand Friedensburg und dem SED-Parteivorstandsmitglied und Landtagspräsidenten Friedrich Ebert, dem Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, konnte er schließlich Egidis Freilassung am 20. Februar 1948 erreichen.⁶⁵ Egidi war zu dieser Zeit auch Mitglied des Stadtparlaments von Potsdam und dort Vorsitzender mehrerer Ausschüsse. In dieser Eigenschaft und als Landtagsmitglied war er, ähnlich wie Schleusener, mehrfach mit der SED und insbesondere mit Innenminister Bechler aneinander geraten; er war überzeugt, dieser habe seine Verhaftung veranlasst. Bechler verhinderte auch seine Weiterbeschäftigung als Ministerialdirektor bei der brandenburgischen Landesregierung. Deshalb und weil er eine erneute Verhaftung fürchtete, floh Egidi bald nach seiner Entlassung in den Westen. Er war dort von 1955 bis 1958 Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.⁶⁶

Grotewohl zählte Schleusener 1948 zu den führenden Köpfen der „Reaktion“ in Brandenburg.⁶⁷ Mit seinem demokratischen Impetus stellte er sich bei der SED, bei der Besatzungsmacht und bei seiner eigenen, zunehmend gleichgeschalteten Partei immer mehr ins Abseits. Bei der Vorbereitung des Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie brachte die CDU zahlreiche Änderungswünsche ein, die geeignet waren, die praktische Anwendung des Gesetzes einzuschränken – etwa durch die Forderung, frühere Eigentümer trotz der Verstaatlichung weiter an der Nutzung der Bodenschätze zu beteiligen oder sie jedenfalls angemessen zu entschädigen. Bei solchen Forderungen spielte Schleusener als Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses naturgemäß eine wichtige Rolle. Die SED glaubte ihn nicht unmittelbar fürchten zu müssen, weil sie in den parlamentarischen Ausschussgremien die Mehrheit hatte und weil sie mit Paul Szillat, Werner Lufft und Walter Beckmann ihrerseits über fähige Juristen im Landtag verfügte. Allerdings war er in den Augen von SMA und SED ein Vertreter „alter reaktionärer Ansichten“ mit einer beachtlichen Fähigkeit, „die reaktionären Äußerungen einzelner CDU-Mitglieder ... in Gesetzesvorschlägen auszugestalten“.⁶⁸

65 Ebd.

66 *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*, hg. von Günter BUCHSTAB, bearb. von Brigitte KAFF und Franz-Josef KOS, Düsseldorf 1998, S. 340.

67 WIRTH (wie Anm. 11), S. 184.

68 Zit. nach Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 3), Weimar 1996, S. 149.

Für SED und SMAD wurde Schleusener zunehmend unbequem. Glaubt man der Zeitung „Der Kurier“ vom 3. Oktober 1950, die sich – freilich ohne hinsichtlich des Fundorts konkret zu werden – auf Tagebuchaufzeichnungen Schleuseners beruft, so versuchte der sowjetische Major Larin in einem persönlichen Gespräch am 9. Oktober 1949, Schleusener zu bewegen, sich gegenüber den CDU-Abgeordneten im brandenburgischen Landtag für eine nochmalige Verschiebung der endlich fälligen freien Wahlen und für eine Verlängerung der Legislaturperiode einzusetzen. Er bot ihm als Gegenleistung einen Ministerposten an. Schleusener empfand das als Bestechungsversuch und lehnte ab.⁶⁹ In einer Sitzung des Landes-Antifa-Blocks vom 30. Januar 1950 griff der SED-Abgeordnete Leps Schleusener als „rückschrittlich“ an – ja, seine Äußerungen im Ältestenrat trügen „sogar feindlichen Charakter“. So habe er angesichts der Tatsache, dass die Sowjets nach der DDR-Gründung die Verwaltungsorgane in deutsche Hände gelegt hatten, kommentiert: „Was hat sich geändert, nur dass die Verwaltung in zivile Hände übergeben [worden] ist; des Weiteren, dass die Bevölkerung auch trotz der Erhöhung der Lebensmittelrationen verhungert.“ Schleusener hatte hier offensichtlich auf die SED-Dominanz in der Verwaltung und auf die Identität von SMA- und SED-Politik angespielt. „Solche Äußerungen“, so Leps, „zeugen nicht davon, daß er fortschrittlich ist.“ Insgesamt kam Leps zu dem Urteil, „dass Schleusener bekannt ist als ein Mann, der absolut feindlich gegen die DDR ist“. Leps mahnte den Block, seine Beobachtungen dahin gehend zu beherzigen, „besser, schneller und weniger rücksichtsvoll zu handeln“. Wenn das gegen Schleusener und Schwob vorliegende „Material“ verwendet werde, „werden wir dann zu einer besseren Arbeit kommen“.⁷⁰ Leps rief also dazu auf, gegen „rückschrittliche“ und „feindliche“ Elemente rigide vorzugehen. Offenbar ist Schleusener ein Opfer solcher Maximen geworden. Landtagsmitglied Fritz Schwob, CDU-Minister für Arbeit und Soziales, flüchtete im Februar 1950 in den Westen.⁷¹

Schon bald nach der Absetzung Jakob Kaisers Ende 1947 gingen die Sowjets überall in der SBZ gegen bürgerlich-demokratische Politiker vor. Über den Fall des im Januar 1948 verhafteten CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Hans Egidi ist bereits ausführlich gesprochen worden. Im März 1949 wurden von einer inzwischen weitgehend gleichgeschalteten CDU-Landesleitung Ausschlussverfahren gegen Dr. Gerhard Schütze, Erster Landtagsvizepräsident und CDU-Landesvorstandsmitglied, und gegen Klaus Plümecke, ebenfalls Mitglied im Landesvorstand, eingeleitet. CDU-Landesjustizminister Ernst

69 „Kurier“-Artikel in: ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1.

70 *Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950*, eingel. und bearb. von Fritz REINERT (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam, 30), Weimar 1994, S. 340f.

71 *Verfolgt und entrechtet* (wie Anm. 66), S. 47.

Stargardt trat nach Angriffen durch die SED im März 1949 zurück und floh in den Westen, eben so wie CDU-Landesgeschäftsführer Willi Henke.⁷² Nach der DDR-Gründung erreichten die kommunistischen Säuberungswellen gegen demokratische und bürgerliche Politiker einen neuen Höhepunkt. Überall in der SBZ gingen SED und SMAD mit physischem und psychischem Terror, mit Pressekampagnen, organisierten Demonstrationen, Resolutionen und gewalttätigen Einsätzen von Betriebsdelegationen gegen die letzten noch im Amt verbliebenen oppositionellen Funktionäre aus CDU und LDP vor. Unmittelbar nach den Wahlen zum 3. Volkskongress am 15./16. Mai 1949 – sie hatten der SED-dominierten Einheitsliste trotz Manipulationen über 30 % Nein-Stimmen eingebracht – hatte Walter Ulbricht in einer Rede vor SED-Funktionären zum „revolutionären Kampf“ gegen die bürgerlichen Parteien aufgerufen.⁷³ Nach der Gründung der DDR wurde er verschärft und noch einmal potenziert durch einen Anfang März 1950 ergangenen Aufruf des neu ernannten Ministers für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, an die CDU, die Selbstreinigung der Partei zu intensivieren.⁷⁴ Natürlich zeigten solche Aufrufe auch in Brandenburg Wirkung. Eines der Opfer war der Landtagsabgeordnete und amtierende Bürgermeister von Oranienburg, Adolf Dechert. Seine öffentlich geäußerte Erwartung, die Sowjets würden das Internierungslager Sachsenhausen auflösen, hatte in Oranienburg zu Schmähplakaten wie „Der Kriegshetzer und Sowjetfeind Dechert“, zu körperlicher Bedrohung und kurzzeitiger Verhaftung geführt. Er legte darauf hin im Februar 1950 sein Landtagsmandat nieder; bald darauf wurde er verhaftet.⁷⁵ Allein am 13. Februar 1950 verurteilte ein sowjetisches Militärtribunal 34 Personen zu Zwangsarbeit bis zu 25 Jahren; sie gehörten fast alle der CDU an. Den CDU-Abgeordneten Willi Deichgräber, Josef Halbey, Max Kalbe, Josef Koschinski, zugleich CDU-Kreisvorsitzender von Niederbarnim, und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Willy Heller wurden ihre Landtagsmandate entzogen.⁷⁶ Heller bezeichnete in seinem schon erwähnten autobiographischen Bericht über die Vorgänge in der SBZ von 1945 bis 1948 Schleusener als seinen „väterlichen Freund“ und charakterisierte ihn als einen lang gedienten, erfahrenen Politiker mit liberalem Hintergrund, der sich nach dem Kriege aufgeopfert habe, „um Ordnung in die Verhältnisse in Brandenburg zu bekommen“. Schleusener habe ihn bestimmt, den CDU-Fraktions-

72 Vgl. zu diesen und zahlreichen weiteren Fällen RICHTER (wie Anm. 36), S. 179–182.

73 EBD. S. 182, 186.

74 *Der brandenburgische Landtag* (wie Anm. 6), S. 36.

75 RICHTER (wie Anm. 36), S. 237f.; *Protokolle* (wie Anm. 70), S. 327 Anm. 6; *Der brandenburgische Landtag* (wie Anm. 6), S. 36.

76 RICHTER (wie Anm. 36), S. 237–241; *Protokolle* (wie Anm. 70), S. 327 Anm. 7; zahlreiche Fälle in: ACDP, Bestand LV Brandenburg 03-033-543.

vorsitz im brandenburgischen Landtag zu übernehmen, ihn habe er in allen schwierigen Fragen um Rat fragen können.⁷⁷

Willy Heller berichtet, von Januar bis März 1950 hätten von den 31 Landtagsabgeordneten der CDU neun ihr Mandat niederlegen oder fliehen müssen. Er selbst habe auf Beschluss des Geschäftsführenden Landesvorstandes vom 13. Februar 1950 alle Ämter niederlegen müssen. Am 26. April 1950 floh er in den Westen.⁷⁸ Wie er wurden zahlreiche CDU-Funktionäre, Land- und Stadträte, Bürgermeister oder Landtagsabgeordnete durch Einschüchterungen, Drohungen und bevorstehende Verhaftungen gezwungen, ihre Ämter niederzulegen und die DDR fluchtartig zu verlassen.

Am 13. Februar 1950 legte Schleusener in Schreiben an den Landtagspräsidenten Otto Meier und an den Präsidenten der Provisorischen Länderkammer der DDR, Dr. Reinhold Lobedan, resigniert seine Mandate im Landtag und in der Länderkammer nieder.⁷⁹ Am 18. Juli 1949 hatte er mit Schreiben an Bürgermeister Erwin Köhler bereits sein Mandat in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, in der er auch den CDU-Fraktionsvorsitz inne hatte, niedergelegt.⁸⁰ Er gab als Gründe die Belastung durch sein Alter und seinen Rechtsanwaltsberuf an, aber aus seinen Worten sprach Resignation. Der „Deutschland Union Dienst“ (DUD), der in Frankfurt a.M. erscheinende Presdienst der CDU/CSU, berichtete am 27. Juli 1949, Schleusener sei der Hetze der SED ausgeliefert gewesen, weil er sich mehrfach ihren Machtansprüchen widersetzt habe. Anlass zu seinem erzwungenen Rücktritt sei letztlich die Tatsache gewesen, dass auf seine Veranlassung hin die CDU dem Haushaltsplan im Landtag wegen Undurchsichtigkeit verschiedener Positionen nicht zugestimmt, sondern sich der Stimme enthalten habe. Willy Heller vermerkt in seinem autobiographischen Bericht, er habe Schleusener von der Niederlegung seiner Mandate abgeraten, aber die eigene Partei habe auf Druck der Sowjets Schleuseners Rücktritt verlangt. Dessen Aufgeben habe ihm, Heller, selbst den letzten Anstoß zur Flucht in den Westen gegeben.⁸¹ An anderer Stelle berichtet Heller, Schleusener sei von Landtagspräsident Meier freundlich gebeten worden, doch keine Schwierigkeiten zu machen und sein Mandat niederzulegen. Auf Schleuseners Einwand, dann sei er praktisch vogelfrei, habe Meier entgegnet, er stehe unter seinem persönlichen Schutz, es werde ihm nichts geschehen. Schleusener, der Meier schon seit Jahrzehnten aus der gemeinsamen Mitgliedschaft im Reichstag kannte, habe auf dessen Wort vertraut, wie er Heller später mitteilte.⁸² Am 15. Februar 1950 trat Schleusener nach heftigen

⁷⁷ ACDP, NL Heller 01-255-001/2, S. 57.

⁷⁸ Ebd. 001/1.

⁷⁹ ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1 und 001/3.

⁸⁰ Ebd. 001/3.

⁸¹ ACDP, NL Heller 01-255-001/2, S. 58.

⁸² Ebd. 001/1.

Pressekampagnen aus den eigenen Reihen aus der zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend gleichgeschalteten CDU aus.⁸³ In zwei Leitartikeln in der CDU-Zeitung „Märkische Union“ vom 10. und 14. Februar 1950 waren ohne Namensnennung jene CDU-Politiker diffamiert worden, die der vom Parteivorstand in Berlin am 28. Januar 1950 herausgegebenen „Erklärung über Haltung und Ziele der Union“, die auf die unbedingte Unterstützung der Politik der DDR-Regierung abzielte, nicht zustimmten – dazu gehörte bekanntermaßen auch Schleusener. Wer „Widersprüche und Zwiespältigkeiten“ in die Partei trage und sich mit ihrer Politik innerlich uneins fühle, solle sie am besten verlassen.

Am späten Nachmittag des 29. März 1950 wurde Schleusener unter dem Vorwurf der illegalen, oppositionellen Gruppenbildung in Potsdam verhaftet⁸⁴ und in das Polizeigefängnis der K 5, der Vorläuferorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit, in der Bauhofstraße verbracht. Am selben Tag wurden auch der Bürgermeister von Potsdam Erwin Köhler und seine Frau Charlotte sowie der Stadtrat und Musikdirektor Ludwig Baues – beide CDU-Mitglieder – verhaftet. Köhler hatte sein Bürgermeisteramt und den Kreisvorsitz der Potsdamer CDU schon Anfang März niederlegen müssen.⁸⁵ Ihm wurde vorgeworfen, sich für den CDU-Stadtbaurat Heinrich Richard eingesetzt zu haben, den man als „imperialistischen Agenten“ brandmarkte und ihm „Verbrechen am Volkseigentum“ unterstellte, weil er Wiederaufbaumaßnahmen nicht rechtzeitig durchgeführt habe.⁸⁶ Das Ehepaar Köhler wurde am 2. Dezember 1950 wegen der Bekanntschaft mit französischen Offizieren, die als Spionage ausgelegt wurde, dazu wegen illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Hetze zum Tode durch Erschießen verurteilt und am 20. Februar bzw. am 10. April 1951 in der Sowjetunion hingerichtet. 1992 wurde das Ehepaar Köhler vom russischen Militärstaatsanwalt rehabilitiert.⁸⁷ Baues verstarb nach einigen Tagen Haft im Zuchthaus Cottbus.⁸⁸ Neben Schleusener, Baues und dem Ehepaar Köhler gehörten auch der CDU-Landesvorsitzende Wilhelm Wolf, dessen Stellvertreter, der Verleger und CDU-Mitgründer in Branden-

83 ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1; die Austrittserklärung in Kopie auch in ACDP, Bestand LV Brandenburg 03-033-154.

84 *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 20), S. 1017; vgl. auch „Der Kurier“, Nr. 94, vom 23.4.1950 (Sonntags-Beilage). Schleuseners Sohn, Dr. Harald Schleusener, gab in einem Schreiben vom 24.11.1950 an das Polizeipräsidium Berlin unter Benennung von vier Zeugen an, sein Vater sei am 30.3.1950 in seinem Potsdamer Anwaltsbüro, Friedrich-Ebert-Str. 87, verhaftet worden. ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3.

85 ACDP, Bestand LV Brandenburg 03-033-063.

86 *Protokolle* (wie Anm. 70), S. 327 Anm. 7.

87 *Verfolgt und entrechtet* (wie Anm. 66), S. 48, 181; Rehabilitierungsnachricht auch in: „Potsdamer Stadtkurier“ vom 21.9.1996, S. 15.

88 *Verfolgt und entrechtet* (wie Anm. 66), S. 48.

burg Dr. Peter Bloch⁸⁹, der Buchhändler Erich Ebert, der Baumeister Friedrich Bolle, die Sozialreferentin beim Landesverband Brandenburg Else Dau, die Stadtverordneten Gustav Radek und Willy Niermann oder Männer wie Willy Heller, Dr. Fritz Schwob, Germanus Theiss, Gerhard Webersinn und Dr. Hans Egidi zu dem Teil des Führungszirkels der Potsdamer CDU, der sich zu den von den Sowjets Ende 1947 entlassenen, rechtmäßig gewählten Vorsitzenden der CDU in der SBZ, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, bekannten und deshalb Sanktionen unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Ausmaßes von SED und Besatzungsmacht erfuhren.⁹⁰

Franz Schleusener wurde am 3. April 1950 in seiner Zelle im Polizeigefängnis in Potsdam tot aufgefunden – offenbar verstorben nach schweren Misshandlungen während der Vernehmungen.⁹¹ Am 28. April 1950 berichtete der „Tag“, man habe Schleusener beschuldigt, „eine illegale Oppositionsgruppe innerhalb der Potsdamer CDU gebildet zu haben“. Als dieser die Anschuldigungen zurückgewiesen habe, habe man ihn „in eine ungeheizte Einzelzelle gebracht, nackt ausgezogen und mit Handschellen gefesselt“. Die Nicht-Freigabe der Leiche durch die Gefängnisleitung sei auf Veranlassung der CDU-Vorsitzenden Karl Grobbel und Hermann Gerigk erfolgt. Eine ähnliche Darstellung gab nach seiner Flucht in den Westen der ehemalige Fraktionsvorsitzende Heller: Grobbel und Gerigk hätten ihn am 3. April 1950 angerufen und ihn vom Ableben Schleuseners unterrichtet. Als der Innenminister Lentzsch (KPD/SED), Bechlers Nachfolger ab September 1949⁹², Grobbel aufgefordert habe, wegen der Freigabe der Leiche mit Schleuseners Familie und mit den Sowjets in Verbindung zu treten, habe Grobbel dies mit dem Hinweis abgelehnt, Schleusener sei kurz zuvor aus der CDU ausgetreten, deshalb ginge ihn, Grobbel, der Fall nichts mehr an. Gerigk habe die Geheimhaltung des Bestattungstermins verlangt, weil er Sympathiekundgebungen für Schleusener befürchtet habe. Bei seiner, Hellers, Flucht am 26. April 1950 sei die Leiche noch nicht freigegeben gewesen.⁹³ Zur Nichtfreigabe der Leiche hatte laut einer Mitteilung im „Tag“ vom 7. April 1950 die Staatsanwaltschaft erklärt, sie wisse nicht, wo diese geblieben sei. Offenbar hatte auch CDU-Justizminister

89 Peter BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950*, hg. von Siegfried SUCKUT, Köln 1986. Blochs autobiographischer Bericht gibt hervorragenden Einblick in die Gleichschaltungspolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien in Brandenburg; auch hier wird übrigens Schleuseners Verhaftung auf den 30.3.1950 datiert (S. 175f.).

90 RICHTER (wie Anm. 36), S. 237–241.

91 So jedenfalls die Aussage des vormaligen brandenburgischen Justizministers Ernst Stargardt gegenüber Michael Richter (EBD. S. 240). Schleuseners Fraktionskollege Peter Bloch schrieb in seinen Lebenserinnerungen, Schleusener sei mit schweren Schädelverletzungen tot in seiner Zelle aufgefunden worden; BLOCH (wie Anm. 89), S. 176.

92 *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 20), S. 98.

93 ACDP, NL Heller 01-255-001/1.

Ernst Stargardt sich vergeblich um die Auslieferung der Leiche bemüht, wie die Zeitung „Der Telegraf“ am 14. April 1950 meldete. Auch die Urne wurde der Familie nicht zur Bestattung ausgeliefert.⁹⁴

In jenem Artikel vom 14. April sprach der „Telegraf“ auch von einem „angeblichen Selbstmord“ Schleuseners. Am nächsten Tag meldete er, inzwischen habe sich der Staatssicherheitsdienst zu einer offiziellen Nachricht bequemt, wonach Schleusener an „Lungenentzündung“ gestorben sei. Zugleich habe er mitgeteilt, dass die Leiche eingäschert worden sei und die Angehörigen dabei nicht zugelassen gewesen seien.⁹⁵ Diese Art der Beseitigung der Leiche ließ in der Öffentlichkeit natürlich Zweifel an der Selbstmord-Version aufkommen und gab zu Spekulationen Anlass, wie der Verstorbene zuvor im Gefängnis behandelt worden sein möge. Schleuseners Sohn Harald gab in dem erwähnten Brief von 1983 an, für alle, die seinen Vater näher gekannt hätten, sei Selbstmord so gut wie ausgeschlossen. Er selbst habe die einzige Nachricht vom Tode seines Vaters telefonisch von einem SMA-Angehörigen in Potsdam erhalten; dieser habe ihm lapidar mitgeteilt, dass sein Vater in der Haft verstorben sei.⁹⁶

Anfangs hatte offenbar auch der „Tag“ der Selbstmord-Behauptung der Stasi geglaubt, denn am 4. April 1950, nur einen Tag nach Auffinden der Leiche, hatte er berichtet, Schleusener sei durch Druck und Terror von Besatzungsmacht und SED in den Tod getrieben worden. Er sei am 29. März verhaftet, von den Sowjets verhört und am 31. März wieder entlassen worden. Unter dem Eindruck der Verhöre habe er in der Nacht zum 1. April seinem Leben ein Ende gesetzt. Hier bleibt sogar unklar, wo Schleusener gestorben ist – nach dieser Version jedenfalls nicht im Gefängnis. Auch Schleuseners Landtagskollege, der mitverhaftete Erich Ebert, behauptete nach seiner Flucht in den Westen gegenüber der Exil-CDU, Schleusener habe seinem Leben selbst ein Ende gesetzt, indem er sich an zusammengeknüpften Streifen seiner Wolldecke erhängt habe.⁹⁷ In einem Erinnerungsartikel vom 31. März 1951 sprach der „Tag“ dann aber ganz eindeutig von „Mord“, den die Stasi als Selbstmord

94 Mündlich-persönliche Mitteilung der Enkelin von Franz Schleusener, Frau Prof. Dr. Sylvia Haas, vom 4.5.2006. So auch Schleuseners Sohn Dr. Harald Schleusener in einem Brief an das ACDP vom 2.4.1983: „Die wiederholt gebrachte Mitteilung, die Urne mit der Asche meines Vaters sei schließlich an die Hinterbliebenen ausgeliefert worden, stimmt nicht. Auch schlugen meine Versuche fehl, von der persönlichen Habe meines verstorbenen Vaters ... etwas zur Erinnerung ausgehändigt zu bekommen.“ (ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3). Einige Zeitungen hatten seinerzeit berichtet, die Urne sei an die Familie ausgeliefert worden, z.B.: „Der Kurier“ vom 23.4.1950 und 21.2.1951; „Der Abend“ vom 18.4.1950; „Neue Zürcher Zeitung“ vom 9.4.1950; „Der Tag“ vom 28.4.1950.

95 Die „Telegraf“-Artikel vom 14. und 15.4.1950 in: ACDP, NL Schleusener 01-822-001/1. 96 Ebd. 001/3.

97 ACDP, Bestand Exil-CDU 03-013-764, Karteikarte „Schleusener, Frank“.

dargestellt habe. Er berief sich dabei auf Aufzeichnungen des kurz zuvor in West-Berlin verstorbenen damaligen Vizepräsidenten des brandenburgischen Landtags, Dr. Gerhard Schütze. Dieser war wie Schleusener Mitglied des Rechtsausschusses, dazu CDU-Fraktionsvorsitzender und Vizepräsident (als Nachfolger von Wilhelm Wolf) im Landtag von Brandenburg und dazu mit Schleusener befreundet gewesen.⁹⁸ Nach Schützes Aufzeichnungen war Schleusener von Beauftragten des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und des DDR-Staats sicherheitsdienstes ermordet worden – wofür sich beide offenbar gegenseitig die Schuld zuschieben wollten. Denn das DDR-Innenministerium, dem der Staats sicherheitsdienst eingegliedert war, behauptete, Schleusener sei im NKWD-Keller in der Lindenstraße umgekommen, während der sowjetische General Scharow mitteilen ließ, er sei im Keller des SSD in der Bauhofstraße zu Tode gekommen; beide sprachen ausschließlich von Selbstmord. Der „Tag“ wies das klar zurück: Wer Schleusener gekannt habe, wisse, dass er niemals Selbstmord begangen hätte. So äußerte sich dem Verfasser gegenüber auch die Enkelin Schleuseners; sie berief sich dabei vor allem auf Aussagen ihrer Mutter, Frau Gisela Denk, Schleuseners Tochter.⁹⁹ Auch Willy Heller wies in seinem autobiographischen Bericht die Selbstmordthese klar zurück: Die öffentlich kolportierte Darstellung, Schleusener habe sich in seiner Zelle aufgehängt, kommentierte er mit der Bemerkung, „... was ich nie, bei seiner Einstellung und Überzeugung als evangelischer Christ, glaube“.¹⁰⁰

Die genauen Vorgänge und Umstände beim Tod Schleuseners dürften niemals ganz aufzuklären sein, auch nicht der genaue Todestag.¹⁰¹ Nach fernmündlicher Auskunft von Herrn Jürgen Köhler, dem Sohn des in Moskau hingerichteten Ehepaares Köhler, vom 21. Mai 2008 finden sich nach dessen Kenntnis auch in Moskauer Archiven keine Unterlagen über Schleuseners Ende. Das, so Köhler, dürfe darauf zurückzuführen sein, dass Schleusener nicht vom NKWD, dem russischen Geheimdienst, verhaftet wurde und insofern nicht ins NKWD-Gefängnis in der Lindenstraße in Potsdam verbracht wurde, so dass dort keine Akte über ihn angelegt wurde. Schleuseners Frau und Kinder flohen nach eindringlichen Warnungen vor eigener Verhaftung nach West-Berlin und wurden dort als politische Häftlinge anerkannt.¹⁰²

98 Zu Schütze vgl. Brigitte KAFF, *Gerhard Schütze (1897–1951). CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Brandenburg*, in: *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, hg. von Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, Freiburg 2004, S. 446–452.

99 Gespräch mit Frau Prof. Dr. Sylvia Haas vom 4.5.2006.

100 ACDP, NL Heller 01-255-001/1, S. 58.

101 Auf Antrag von Franz Schleuseners Sohn Harald wurde Schleusener am 20.7.1956 durch Entscheidung des Amtsgerichts Frankfurt/M. für tot erklärt und das Todesdatum auf den 10.4.1950 festgesetzt; ACDP, NL Schleusener 01-822-001/3.

102 Brief von Dr. Harald Schleusener an das ACDP vom 20.7.1991.

Als Indiz dafür, wie weit zum Zeitpunkt von Schleuseners Tod die Gleichschaltung der DDR-CDU bereits vollzogen war – formal und offiziell erklärte sie erst bei ihrem 6. Parteitag im Oktober 1952 die „vorbehaltlose“ Anerkennung des Führungsanspruchs der SED¹⁰³ –, mag das Schweigen des CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke zu Schleuseners Tod dienen. Ganz unabhängig von den ungeklärten Todesumständen hätte man erwarten können, dass er als Parteivorsitzender einen so hoch verdienten Verwaltungsbeamten und Landespolitiker, mit dem er persönlich befreundet war und den er als aufrechten Demokraten hoch schätzte, gewürdigt hätte.¹⁰⁴ Aber offensichtlich schien ihm, den ohnehin die ständige Sorge plagte, die CDU könne von den Sowjets aufgelöst werden, falls sie sich nicht anpassungsbereit zeige, ein ehrender Nachruf zu riskant.

Lassen wir abschließend zwei Fraktionskollegen Schleuseners aus dem brandenburgischen Landtag über ihn zu Wort kommen: Für Peter Bloch war er „eines der aufrechtsten und mutigsten CDU-Mitglieder in verantwortungsvoller Position“ in Brandenburg.¹⁰⁵ In Ernst Lemmers Lebenserinnerungen erscheint er als „ein charaktervoller und kundiger Mann“: Wer im alten Preußen Staatssekretär im Finanzministerium geworden sei, habe zweifellos über „bedeutendes Können“ verfügt. Politisch sei er allerdings „ein wenig gutgläubig“ gewesen und habe als entschiedener Demokrat nicht ganz verstanden, „was es hieß, unter sowjetischer Besatzung zu arbeiten“.¹⁰⁶ Ohne Zweifel zählte Franz Schleusener nach fachlicher Kompetenz und persönlichem Mut zu den führenden Köpfen jener bürgerlichen Politiker in der SBZ/DDR, die den Diktaturanspruch der SED konsequent ablehnten und die im Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gegen kommunistische Willkür ihr Amt, ihre Freiheit oder sogar ihr Leben verloren.

103 Die entsprechende Parteitagsentschließung vom 18.10.1952 in: *Dokumente der CDU*, zusammengestellt durch ein Kollektiv von Mitarbeitern der Parteileitung der CDU, Berlin (-Ost) 1956, S. 124–136.

104 „Der Tag“ vom 16.4.1950.

105 BLOCH (wie Anm. 89), S. 176.

106 Ernst LEMMER, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, mit einem Vorwort von Helmut Kohl, überarb. Neuauf., München 1996, S. 251.

Staatspräsident Leo Wohleb (1888–1955) Katholischer Badener, Deutscher, Europäer¹

Von Tobias Wöhrle

„Ich war mein Leben lang bemüht, ein guter Badener und ein guter Deutscher zu sein. Ich bleibe beides und hoffe nur, daß ich, um mit Walter Rathenau, dem vor 25 Jahren am Johannistag Ermordeten, zu sprechen, noch das Glück habe, mich als guter Europäer in einer überstaatlichen Gemeinschaft betätigen zu können.“²

Dieses Selbstbild entwarf der neu gewählte Staatspräsident des Landes Baden, Leo Wohleb, am 24. Juni 1947 im Landtag im Kaufhaus am Münsterplatz in Freiburg im Breisgau. Der von der Badisch Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV) vorgeschlagene Wohleb war der einzige Kandidat. Auf ihn entfielen 39 Stimmen, 31 wären nötig gewesen, 17 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das Land Baden bestand damals aus dem südlichen, französisch besetzten Teil des alten Landes Baden. Bei der vorangegangenen ersten freien Landtagswahl nach Kriegsende am 18. Mai 1947 war die BCSV mit ihrem Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Leo Wohleb mit fast 56 Prozent der Stimmen stärkste Kraft geworden.³

Gerade einmal eineinhalb Jahre war es her, als im Winter 1945/46 die politische Karriere des Gymnasialprofessors, mit den Hauptfächern Latein und Griechisch, begann. Leo Wohleb war damals bereits 57 Jahre alt und arbeitete als Hochschulreferent in der südbadischen Kultusverwaltung. Er war einer derjenigen, die nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem zerstörerischen Zweiten Weltkrieg politische Verantwortung übernahmen und gehörte zu denen, die das Vertrauen der französischen Besatzungsmacht genossen. Doch in gewisser Weise stellte er eine Besonderheit dar, denn er war nicht – wie die meisten – vor 1933 Mitglied einer Partei gewesen. Er hatte sich zuvor nie politisch engagiert, wenn er auch als Lehrer und Schulleiter klare politische Positionen öffentlich vertreten hat.⁴

1 Dieser Beitrag beruht auf Ergebnissen der Doktorarbeit des Verfassers: Tobias WÖHRLÉ, *Leo Wohleb – Eine politische Biographie. „Treuhand der alten badischen Überlieferung“*, Karlsruhe 2008.

2 Protokoll, Badischer Landtag, 4. Sitzung, 24. Juni (angegeben ist Juli) 1947, S. 1f.

3 Der badische Landtag setzte sich aus 60 Abgeordneten zusammen. Die BCSV hatte 34 Sitze, die Sozialdemokratische Partei (SP) 13, die Demokratische Partei (DP) 9 und die Kommunistische Partei (KP) 4. Vgl. Karl Joseph RÖSSLER, *Der Badische Landtag*, Freiburg i.Br. 1949, S. 78ff. Wohleb wurde mit den Stimmen der anwesenden BCSV- und der DP-Abgeordneten gewählt.

4 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb (1888–1955)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, Mainz 1994, S. 81–96, hier S. 86ff.

Als er 1945 als Unbelasteter in die badische Kultusverwaltung geholt und dort recht schnell zum Stellvertreter des zuständigen Leiters und Ministerialdirektors geworden war, kam er in Kontakt zu Gesprächskreisen, die über die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei oder die Wiederherstellung der alten katholischen Zentrumspartei in Freiburg diskutierten. Er hat sich aber nicht gleich eindeutig positioniert. Wohleb wurde, nachdem der Gedanke der Überkonfessionalität sich durchgesetzt hatte, als Kompromisskandidat bei der Gründung der BCSV kurz vor Weihnachten 1945 zum vorläufigen Landesparteivorsitzenden gekürt und zwei Monate später vom ersten Landesparteitag im Amt bestätigt.⁵

Prägungen, Einflüsse, Entwicklungen

Leo Wohleb wurde am 2. September 1888 in der badischen Erzbischofs- und Universitätsstadt Freiburg im Breisgau geboren. Er wuchs Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts im katholischen Milieu der Schwarzwaldmetropole auf. Prägend waren die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Amtskirche in Baden, aber auch in Preußen. Die Kombination von Protestantismus und Preußentum wurde so bei vielen kirchentreuen Katholiken zum Feindbild oder man begegnete einem derart geprägten Staat mit kritischer Distanz.⁶

Wohlebs Vater Joseph war lange Zeit Kirchenfondsrechner und Kirchensteuerrechner der Freiburger Stadtpfarrei Sankt Martin, er war Mitglied im Katholischen Bürgerverein und auch der Zentrumspartei. Über die Tätigkeiten seines Vaters lernte Wohleb die kirchlichen Verhältnisse Freiburgs bestens kennen. Die Familie stand in Kontakt zu Stadtpfarrer Heinrich Hansjakob, einem bekannten und damals viel gelesenen Volksschriftsteller und Politiker, der den jungen Wohleb, nach dessen eigenen Angaben, sehr beeindruckt hat. Auch die weiteren Vorbilder Wohlebs fanden sich im politischen Katholizismus, so der Sozialpolitiker und spätere Studentenseelsorger Carl Sonnenschein und der Freiburger Landtagsabgeordnete und spätere Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Joseph Schofer.⁷

5 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *BCSV und CDU in Baden*, in: DERS. (Hg.), *Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart u.a. 1978, S. 83–112, hier S. 91f.; Volker ILGEN/Ute SCHERB, *Leo Wohleb – Der Politiker*; in: Hans SCHADEK/Volker ILGEN/Ute SCHERB, *Ein badisches Leben. Leo Wohleb 1888–1955*, Freiburg i.Br. 2002, S.43–76, hier S. 48.

6 Vgl. Wolfgang HUG, *Geschichte Badens*, Stuttgart 1992, S. 267ff.; Frank ENGEHAUSEN, *Kleine Geschichte des Großherzogtums Baden 1806–1918*, Karlsruhe 2006, S. 158ff.

7 Vgl. Leo WOHLER, *Aus meinem Leben*, in: *Badische Heimat*, Heft 2/3 (1952), S. 78–81, hier S. 80; Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb*, in: Walter MÜHLHAUSEN/Cornelia REGIN (Hg.), *Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts, Melsungen*

In Baden fühlten sich viele Katholiken durch Gesetze diskriminiert und benachteiligt. Um dagegen anzukämpfen, hatte sich ein politischer Katholizismus herausgebildet, der katholische Interessen als Partei im Landtag vertrat. Die 1869 gegründete Katholische Volkspartei in Baden schloss sich 1888 der katholischen Zentrumsparlei im Reich an. Zur gleichen Zeit ist auch eine Wendung nach links innerhalb des badischen Zentrums zu beobachten. So war die Partei bis um 1930 stark vom sozialen Flügel geprägt. Auch Wohleb fühlte sich dieser Richtung nahe. Gegenüber dem preußischen Staat und auch dem von Preußen dominierten Deutschen Reich ist bei ihm stets Skepsis zu beobachten. Den herrschenden Nationalliberalen stand er kritisch gegenüber. Auch nach 1945 kann er sich nur schwer mit Vertretern des Liberalismus anfreunden, während er Sozialdemokraten mit größerer Aufgeschlossenheit begegnet. Dies ist bei einigen Vertretern des linken Zentrumsflügels zu beobachten. Als Erfahrung aus dieser Zeit findet sich bei vielen Vertretern des politischen Katholizismus auch nach Aufhebung aller Repressalien nach 1918 eine gewisse Vorsicht und ein Eintreten für die Rechte der katholischen Kirche. Dies ist auch bei Wohleb nach 1945 noch zu erkennen.⁸

Trotz der dezidiert katholischen Ausrichtung der Familie spielten Aufgeschlossenheit und Toleranz gegenüber Andersgläubigen im Hause Wohleb eine bedeutende Rolle. Wohlebs Vater, der einige Jahre in der Kanzlei zweier jüdischer Rechtsanwälte gearbeitet hatte, genoss deren besonderes Vertrauen und gelangte auf diesem Wege zum Amt des Rechners der jüdischen Gemeinde Freiburgs, das er 15 Jahre lang ausübte.⁹

Nachdem sich der Kulturkampf in Baden nach 1880 etwas beruhigt und sich das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche gebessert hatte, schaffte es der protestantische Großherzog Friedrich I., zur Integrationsfigur in Baden zu werden. Die wirtschaftlichen und technischen Fortschritte und Errungenschaften wirkten sich positiv auf das Verhältnis der Bevölkerung zu ihrem Staat aus. Dabei konnte man auf die integrativen Vorleistungen seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kurz nach der Gründung des neuen Großherzogtums aufbauen, als der Staat weitgehend neu organisiert und eine der liberalsten Verfassungen Europas geschaffen wurde. Dies half der Bevölkerung, sich positiv mit dem neuen Staat zu identifizieren, so dass sich nach einigen Jahrzehnten in allen Landesteilen eine badische Identität herausgebil-

1991, S. 35–51, hier S. 35f.; Hans SCHADEK, *Leo Wohleb – Der Pädagoge*, in: SCHADEK/ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 9–42, hier S. 15f., 19; Mitgliederverzeichnisse, Katholischer Bürgerverein Freiburg (gegr. 1866), Stadtarchiv Freiburg i.Br., K 2/12/6.

8 Vgl. HUG (wie Anm. 6), S. 268ff.

9 Vgl. SCHADEK (wie Anm. 7), S.10f., 17.

det hatte. Dies galt auch für die Katholiken, wo zwischen dem großherzoglichen Baden als Staat und der liberalen Regierung getrennt wurde.¹⁰

Auch der junge Leo Wohleb nahm dieses positive Badenbild in sich auf. Er entwickelte eine enge Verbundenheit zu seiner heimatlichen Region, daneben eine diese ergänzende alemannische Identität und ein Freiburger Wir-Gefühl.¹¹ Wenn man auch dem preußisch dominierten Deutschen Reich eine gewisse Skepsis entgegenbrachte, so fühlte man sich auch in Baden als Deutscher.¹² Neben der regionalen Identität hatte sich vor allem in den süddeutschen Staaten durch die Konstruktion der doppelten Zugehörigkeit auch eine nationale Identität herausgebildet.

Den Ersten Weltkrieg erlebte der Junglehrer Leo Wohleb an der Heimatfront. Er war, wohl wegen seiner geringen Körpergröße von 1,55 Meter, ausgemustert worden. An seinem Dienstort Bruchsal organisierte er die Milch-, Eier- und Fleischversorgung. Noch kurz vor Ende des Krieges wurde er ins Kultusministerium nach Karlsruhe versetzt, wo er das Kriegsende, die Abschaffung der Monarchie und die Anfänge der Republik Baden miterlebte.¹³

Viele Zentrumsanhänger fühlten sich 1918 ihrem Monarchen treu verbunden, doch nach dessen Thronverzicht konnte sich ein großer Teil recht schnell mit dem republikanischen Staat anfreunden. Nicht zuletzt der neue badische Zentrumsführer Joseph Schofer sprach sich für eine positive Mitarbeit aus. Das Zentrum konnte sich damals erstmals an einer badischen Regierung beteiligen. Die katholische Partei sorgte für den Abbau der letzten Kulturkampfgesetze und vertrat kirchliche Interessen. Als stärkste politische Kraft im Land prägte sie die Politik der Weimarer Jahre entscheidend mit. Diese Tatsachen ermöglichten es vielen Zentrumsanhängern, dem neuen Staatswesen positiv gegenüber zu stehen und auch Leo Wohleb war ein Befürworter des republikanischen Systems und der Demokratie.¹⁴

10 Vgl. HUG (wie Anm. 6), S. 284f.; Hans-Georg WEHLING/Angelika HAUSER-HAUSWIRTH/Fred Ludwig SEPAINTNER, *Baden-Württemberg. Land der regionalen Vielfalt*, in: DIES. (Hg.), *Baden-Württemberg. Vielfalt und Stärke der Regionen*, Leinfelden-Echterdingen 2002, S. 13–19, hier S. 17f.; Hans-Georg WEHLING, *Ein Bindestrich-Land? Verbundenes und Unverbundenes in der politischen Kultur Baden-Württembergs*, in: Hans-Georg WEHLING/Dieter LANGEWIESCHE u. a., *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Teil II, Stuttgart 1991, S. 13–26, hier S. 21ff.

11 Vgl. Heiko HAUMANN, „Die schönste Stadt Deutschlands“. *Freiburg in der Urbanisierung*, in: Hans SCHADER/Heiko HAUMANN (Hg.), *Geschichte der Stadt Freiburg*, Bd. 3: *Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Stuttgart 2001, S. 170–180, hier S. 179.

12 Vgl. Hansmartin SCHWARZMAIER, *Baden. Dynastie – Land – Staat*, Stuttgart 2005, S. 241ff.

13 Vgl. Zeugnis über die Tätigkeit Wohlebs (Milch- und Eieramt, Fleischversorgungskontrollstelle) in Bruchsal von Oberbürgermeister Muster vom 9.3.1918, im Nachlass Wohlebs im Staatsarchiv Freiburg (StAF), T1 Wohleb, Leo Nr. 188; „Bruchsaler Bote“, Nr. 175 vom 1.8.1918

14 Vgl. Thomas SCHNABEL, *Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952*, Stuttgart 2000, S. 86; Hans-Georg MERZ, *Katholische und evangelische Parteien in Baden seit*

Ab Mitte der 1920er Jahre war Wohleb Mitglied der Paneuropabewegung. Zur gleichen Zeit waren bei ihm pazifistische Tendenzen zu erkennen, als sich eine katholische Friedensbewegung formierte, die im Deutschen Reich vor allem von Teilen des linken Zentrumsflügels getragen wurde. Dabei setzte man vor allem auf die Verständigung mit Frankreich, deren Notwendigkeit vielen in Baden an der französischen Grenze stärker bewusst war als anderen.¹⁵

Die Weimarer Jahre verbrachte Wohleb weitgehend als Gymnasialprofessor in seiner Heimatstadt Freiburg. Dort gehörte er zu den Honoratioren und konnte über seine berufliche Tätigkeit, sein Engagement in Vereinen und später auch als Lehrbeauftragter für Latein und Griechisch an der Albert-Ludwigs-Universität viele Kontakte knüpfen, die ihm später von Nutzen sein sollten. Er machte sich einen Namen durch wissenschaftliche Veröffentlichungen und die Herausgabe einer lateinischen Grammatik, die an vielen Schulen verwendet wurde. Sein Aufstieg zum Direktor des Gymnasiums Donaueschingen 1930 und seine bald darauf folgende Versetzung als Referent ins Kultusministerium nach Karlsruhe 1931 sind zum einen darauf zurückzuführen, aber auch auf parteipolitisch motivierte Beförderungen. Wohleb galt, ohne Parteimitglied zu sein, stets als Zentrumsmann.¹⁶

Sein Weltbild war zum einen geprägt vom Christentum, aber als klassischer Philologe auch von antiken Vorstellungen. Als die drei Säulen der klassischen Bildung sah er die Antike, das Christentum und das Deutschtum an. Dies entsprach den Vorstellungen führender Vertreter des Bildes eines christlichen Abendlandes, womit das lateinische Europa katholischer Prägung gemeint war. Damit einher ging die Ablehnung zeitgenössischer nationalistischer und völkischer Ideen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde der Begriff

dem 19. Jahrhundert, in: WEINACHT, *CDU in Baden-Württemberg* (wie Anm. 5), S. 33–62, hier S. 42.

- 15 Vgl. Maria WOHLER, *Weiterführung des Lebensbildes nach seinem Tode*, in: *Leo Wohleb 1888–1955 zum 10. Todestag am 12. März 1955, zusammengestellt von seiner Frau*, Karlsruhe 1965, S. 14–17, hier S. 16; Leo WOHLER, *Ein Paneuropa-Entwurf aus dem achtzehnten Jahrhundert*; in: *Paneuropa* 6 (1928) 6, S. 14–18. Vgl. Kurt HOCHSTUHL, *Gegen Säbelrasseln und revanchistische Tiraden. Der Internationale Friedenskongress 1923 in Freiburg*, in: *Festschrift für Gerhard Taddey* (Württembergisch Franken, 86), Schwäbisch Hall 2002, S. 601–608, hier S. 601f., 605f.; Heiko HAUMANN, „Nie wieder Krieg!“ *Friedensbewegung in Freiburg während der zwanziger Jahre*, in: SCHADEK/HAUMANN (wie Anm. 11), S. 294–296, hier S. 294.
- 16 Vgl. Kurt HOCHSTUHL, *Leo Wohleb und das Land Baden. Zum 50. Todestag des letzten badischen Staatspräsidenten am 12. März 1955*, in: „Badische Heimat“, Heft 1 (2005), S. 15–25, hier S. 17f.; Joseph Hermann SCHMALZ/Carl WAGENER, *Lateinische Schulgrammatik*, neu bearb. von Leo Wohleb, Bielefeld/Leipzig 1922 (2. Aufl. 1924, 3. Aufl. 1928, 16. Aufl. 1958).

„Abendland“ für einige Oppositionelle zum Kennwort für Christentum und Humanität, auf den man nach 1945 wieder aufbauen konnte.¹⁷

In seinen zum Teil öffentlichen Reden als Schuldirektor in Donaueschingen zur Räumung des Rheinlandes, zum Reichgründungstag und zum Verfassungstag fehlen nationalistische Töne ganz, auch wenn er nicht grundsätzlich auf nationale Rhetorik verzichtete, diese aber stark auf den Begriff der „Heimat“ fokussierte. Als Befürworter des Weimarer Systems versuchte er, Verständnis für die damalige Situation zu wecken. Allerdings rief er zu mehr Einigkeit auf und verurteilte die Haltung und das Vorgehen der extremistischen Parteien wie Kommunisten und Nationalsozialisten.¹⁸

Anhand seiner Donaueschinger Reden und seinem Engagement in jenen Jahren wird deutlich, dass Wohleb ein Gegner des Krieges war, der Verständigungspolitik anhing und zu den Verteidigern der demokratischen und republikanischen Staatsform zählte. Auch sein frühes Bekenntnis zur europäischen Einigung schließt sich hier an. Darauf konnte er nach 1945 aufbauen.

Über die Haltung Wohlebs nach der so genannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und vor allem nach der Absetzung der badischen Regierung und der Übernahme der Amtsgeschäfte durch Robert Wagner in Baden, kann nur spekuliert werden. Es ist aber sicher, dass er nicht zu den Beamten gehörte, die durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP ihre Stellung absichern und ihre Karriere fördern wollten. Seine Donaueschinger Reden beweisen eine klare Ablehnung des Nationalsozialismus. Dass er gewisse Hoffnungen bezüglich der Stellung der Kirche im nationalsozialistischen Staat hatte, kann nicht ausgeschlossen werden. Als regelmäßiger Kirchgänger war er sicher mit den Verlautbarungen seines Ortsbischofs Conrad Gröber, der die Bejahung des neuen Staates forderte, und der Fuldaer Bischofskonferenz vertraut, die die bisher angeratene kritische Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus aufgab.¹⁹

17 Vgl. Ansprache Wohlebs zum 50-jährigen Jubiläum des Gymnasiums Lahr 1932, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 9; Heinz HÜRTEIN, *Abendland*, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 413–414; Heinz HÜRTEIN, „Abendland“ – ein Topos bei Besinnung und Neubeginn, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 7 (1988), S. 27–31, hier S. 27; Jürgen KLÖCKLER, *Abendland – Alpenland – Alemannien: Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945–1947*, München 1998, S. 81; Peter WALTER, *Christlicher Humanismus*, in: BECKER u. a. (wie Anm. 17), S. 474–475.

18 Reden in StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 6 und Nr. 10. Die Ansprache zur Räumung des Rheinlandes ist abgedruckt in: SCHADEK (wie Anm. 7), S. 26f., die Verfassungsrede „Was jeder Deutsche wissen sollte (1931)“ in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs. Dokumente und Kommentare*, hg. von Paul-Ludwig WEINACHT in Verbindung mit Maria WOHLER und Hans MAIER; Freiburg i.Br. 1975, S. 32–41.

19 Vgl. Ulrich von HEHL, *Das Kirchenvolk im Dritten Reich*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPPEN (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, 3. Aufl., Mainz 1990, S. 93–118, hier

Doch die Erlebnisse im Umfeld des Ministeriums, die Entlassungen und Degradierungen von Kollegen, vor allem wenn sie – wie er – dem Zentrum nahe standen, haben ihn sicherlich in seiner Ablehnung des Nationalsozialismus bestärkt. Diese hat sich aber wohl erst nach seiner Suspendierung aus dem Ministerium im Februar 1934 ganz und gar verfestigt. Nach einer Auseinandersetzung am Telefon mit Gauleiter Robert Wagner wurde Wohleb auf dessen Geheiß beurlaubt und schließlich vom Dienst suspendiert. Mit Hilfe seines direkten Vorgesetzten, des Nationalsozialisten Herbert Kraft, gelang es, ihn als Direktor an das Gymnasium nach Baden-Baden zu versetzen.²⁰

Wohleb hielt sich in den folgenden Jahren mit politischen Meinungsäußerungen weitgehend zurück. Wie sensibel Parteikreise reagieren konnten, zeigt eine Preisverleihung 1935 an jüdische Schüler. Wohleb übergab die Preise nicht öffentlich, sondern in seinem Dienstzimmer. Doch der Vorgang wurde bekannt. Die Parteipresse prangerte das Verhalten Wohlebs an, und auch Robert Wagner in Karlsruhe erfuhr davon. Wieder hat Herbert Kraft sich für Wohleb verwendet, so dass die Sache glimpflich ausging, doch es hatte sich gezeigt, dass Wohleb unter Beobachtung stand.²¹ In internen Einschätzungen seiner Person durch den Sicherheitsdienst attestierte man ihm eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, doch zeige er dies nicht offen, was auf seine „jesuitische Gerissenheit“ zurückzuführen sei.²²

Wohlebs Ablehnung des Nationalsozialismus und dessen Ideologie wurzelte zum einen in seinem christlichen Denken, zum anderen in seiner humanistischen Bildung. Dazu kommen sein Heimatbegriff, seine badische Identität und sein süddeutsch-föderaler Patriotismus. Verstärkt wurde alles durch eigene Er-

S. 97f.; Gotthard JASPER, *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt/M. 1986, S. 207; Hugo OTT, *Conrad Gröber*, in: *Badische Biographien*; Bd. I, Stuttgart 1982, S. 144–148, hier S. 146f.

- 20 Vgl. Hans-Georg MERZ, *Beamtenum im nationalsozialistischen Staat – Der „Fall“ Leo Wohleb (1934)*, in: „Schau-ins-Land“, Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins, 103. Jahresband, 1984, S. 131–148, hier S. 135ff.; Erklärung Wohlebs „Verhalten des Oberregierungsrats Leo Wohleb“ vom 7.12.1934, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 146.
- 21 Vgl. Oskar ARMBRUSTER, *Leo Wohleb als Kollege im Lehramt (1912–1945)*, in: Hans MAIER/PAUL-Ludwig WEINACHT (Hg.), *Humanist und Politiker. Leo Wohleb, der letzte Staatspräsident des Landes Baden*. Gedenkschrift zu seinem 80. Geburtstag am 2. September 1968, Heidelberg 1969, S. 11–14, hier S. 13; Reinher GASSERT, *Leo Wohleb in Baden-Baden*, in: *Aquae 96. Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden*, Heft 29, 1996, S. 109–115, hier S. 111f.; „Mercur-Rundschau“ vom 18.5.1935; Aktenvermerk des Badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht, Kraft (für Durchführung) vom 7.6.1935, Personalakte Leo Wohlebs, StAF F 110/2 Nr. 261.
- 22 Vgl. Sicherheitsführer des Reichsführers SS, SD-Oberabschnitt Süd-West, Unterabschnitt Baden an das Gaupersonalamt Baden in Karlsruhe vom 23.2.1938; NSDAP-Kreisleitung Rastatt, Personalamt, an Gaupersonalamt Karlsruhe vom 11.2.1938; Entnazifizierungsakte Leo Wohleb, Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar (AOFAA) Bade 1975.

fahrungen im nationalsozialistischen Staat, angefangen von seiner Suspendierung bis hin zu verschiedenen Denunziationen.

Die geistige Neuorientierung nach dem Untergang des Nationalsozialismus, die sich für viele Deutsche im Rahmen des christlichen Humanismus und ausgeprägter Abendlandvorstellungen bewegte, entsprach weitgehend Wohlebs Vorstellungen, so dass er sich problemlos hier verorten konnte. Das politische Leben in Südbaden entstand von unten wieder, von der Gemeindeebene aus. Dabei spielte das Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre eine wichtige Rolle, vor allem wie dies in der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI. im Jahre 1931 betont worden war. Wohleb war schon vor 1933 ein Anhänger dieses Prinzips, was seine Donaueschinger Reden beweisen.²³

Neben dem Subsidiaritätsprinzip waren in Südbaden weitere Faktoren wirkungsmächtig, die die politischen Anfänge und die Ausgestaltung eines zukünftigen Staatswesens beeinflussten. Es gab, wie in den anderen süddeutschen Staaten, eine stark ausgeprägte Tendenz zum Föderalismus. Doch auch der Blick auf die Zeit vor 1933 und vor allem auch vor 1914 als die Bundesstaaten im Süden viele Reservat- und Sonderrechte genossen, hatte Einfluss auf diese Haltung. Und auch Wohleb hat immer wieder betont, dass die Unitarisierung und das Zurückdrängen der Länderkompetenzen in den Weimarer Jahren mit dafür verantwortlich seien, dass der Nationalsozialismus an die Macht gelangen konnte.²⁴

Dazu gesellte sich nach der Militarisierung der Gesellschaft und dem Weltkrieg eine Abneigung gegenüber allem Preußischen. Dadurch versuchte man vor allem in Süddeutschland, sich auch von irgendwelcher Mitschuld am Aufkommen des Nationalsozialismus rein zu waschen. Dabei wurden meist alte, bereits früher hauptsächlich im katholischen Milieu vorhandene antiborussische Ressentiments wiederbelebt und verstärkt.²⁵

Im französisch besetzten Teil Badens kam es ab 1945, gefördert von der Besatzungsmacht, zu einer Wiederbelebung einer betont heimatlich-badischen Ausrichtung. Mit dem Juristen Paul Zürcher²⁶ fand Wohleb ein Pendant, das

23 Vgl. Anton RAUSCHER, *Sozialenzykliken*; in: BECKER u.a. (wie Anm. 17), S. 647–648, hier S. 647; Oswald von NELL-BREUNING, *Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung*, Köln 1932; Rede Wohlebs zur Verfassungsfeier am 11. August 1931 in Donaueschingen, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 6, abgedruckt in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs* (wie Anm. 18), S. 36.

24 Vgl. Versamlungsrede Wohlebs vom Sommer 1946, abgedruckt in: Paul-Ludwig WEINACHT/Tilman MAYER, *Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981*, Sigmaringen 1982, S. 309; Leo WOHLEB, „Badnerland, Heimatland“, in: „Badische Zeitung“ vom 31.5.1946; Regierungserklärung Wohlebs, Beratende Versammlung des Landes Baden, 4. Sitzung, 7.1.1947, S. 2.

25 Vgl. Michael KISSENER, *Zwischen Diktatur und Demokratie. Badische Richter 1919–1952*, Konstanz 2003, S. 313.

26 Zu Paul Zürcher vgl. Karl-Heinz KNAUBER, *Zürcher, Paul*, in: *Badische Biographien*, Bd. II, Stuttgart 1987, S. 322–325.

ähnlich sozialisiert und geprägt war wie er und die badische Tradition zu einer der Handlungsmaximen im entstehenden Staatswesen erklärt hatte. Diese badische Tradition wurde propagiert und fand bei den Verfassungsberatungen Eingang in die Konstitution, in dem das Land Baden sich zum „Treuhänder der alten badischen Überlieferung“ erklärte.²⁷ Durch seine Wahl zum Staatspräsidenten und seine Vereidigung auf die Verfassung fühlte sich Wohleb daran gebunden. Er übernahm für seine Person diese Treuhänderschaft. Dieser fühlte er sich bis zum Ende seines Lebens verpflichtet.

So orientierte sich Wohleb in vielen Politikbereichen an den Verhältnissen im alten Land Baden, vor allem aber auch an den Verhältnissen vor 1914. Zu erwähnen ist hier der Schul- und Hochschulbereich. Er hielt beispielsweise an der 1876 während des Kulturkampfes eingeführten Simultanschule fest, obwohl viele Kleriker und katholische Laien, vor allem in seiner eigenen Partei, auf die Einführung der Konfessionsschule hofften. Wohleb war der Ansicht, dass die bisherige Form sich bewährt habe. Er wollte keinen Schulstreit heraufbeschwören. Außerdem sollte nicht zu sehr am bestehenden Verhältnis zwischen Staat und Kirche gerüttelt werden. Hier wirkte der Kulturkampf nach. Unterstützt wurde Wohleb dabei vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber.²⁸

Der Begriff „Heimat“, der für Wohleb immer schon eine wichtige Rolle gespielt hatte, fand Eingang in seine Regierungspolitik. In seinen Reden und Schriften nach 1945 dürfte der Begriff der am häufigsten vorkommende sein. Wohleb bemühte sich um die Pflege heimatlicher Traditionen, die ihm wichtig waren. Sein Engagement für die Heimatpflege korrespondierte mit seinem Bild der Demokratie, dessen Grundlage die Familie und die Gemeinde bildeten. Demokratie müsse von „unten her wachsen, im Boden der Heimat ausgesät sein“.²⁹

Der Wiederaufbau staatlicher Ordnung und Demokratie konnte nach Wohlebs Meinung also nur von unten geschehen. Als Vorbild für eine volkstümliche und bodenständige Demokratie diente ihm die benachbarte Schweiz. Man solle klein anfangen, zuerst den badischen Staat wieder aufbauen mit einem „staatlichen und kulturellen Eigenleben“, bevor man an einen Bund deutscher

27 Präambel der Badischen Verfassung von 1947.

28 Vgl. Peter FÄSSLER, *Badisch, Christlich und Sozial. Zur Geschichte der BCSV/CDU im französisch besetzten Land Baden (1945–1952)*, Frankfurt/M. 1995, S. 81f. In der 3. Sitzung des Rechtspflegeausschusses der Beratenden Versammlung des Landes Baden am 27.3.1947 betonte Wohleb, „daß man seit dem Bestehen der Simultanschule, seit 1876, die besten Erfahrungen gemacht habe. [...] Wir wollen in der Volksschule die Verhältnisse wieder herstellen, wie sie in guten Zeiten gewesen sind, wie etwa vor dem ersten Weltkrieg.“ Sitzungsprotokoll abgedruckt in: *Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden*, bearb. von Paul Feuchte; Teil 1, Stuttgart 1999, S. 432–442, hier S. 441.

29 Versammlungsrede Leo Wohlebs vom Sommer 1946, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 308–309, hier S. 308.

Länder denke. Eine besondere Rolle hatte für ihn dabei die BCSV, die sich als badische Heimat- und Staatspartei verstand.³⁰

Parteivorsitzender und Regierungschef im Land Baden

Als Leo Wohleb am 20. Dezember 1945 sein Amt als Landesvorsitzender der BCSV antrat, waren viele der Ansicht, dass dies lediglich eine Übergangslösung sei. Manch einer glaubte auch, in ihm eine schwache und leicht zu beeinflussende Persönlichkeit gefunden zu haben, doch wurden diese im Laufe der Zeit eines Besseren belehrt. Auch die französische Besatzungsmacht hielt anfänglich den im Hintergrund agierenden Paul Zürcher oder auch den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber für den starken Mann der neuen überkonfessionellen Partei.³¹

Bei der Parteigründung in Freiburg waren zwölf Personen anwesend, zwei Protestanten und zehn Katholiken. Bis auf einen wohnten alle in der Erzbischöfsstadt. Auf den Namen CDU hatte man bewusst verzichtet, um einigen alten Zentrumsanhängern, die lieber da weiter gemacht hätten, wo sie 1933 aufgehört hatten, den Weg in die überkonfessionelle Partei leichter zu machen.³²

Die Gründungsversammlung verabschiedete ein Wiederaufbauprogramm. Darin wurde das „Badische“ betont. Das „badische Volk“ wolle den „ihm gebührenden Platz“ in der „Gemeinschaft seiner süddeutschen Nachbarn“ wieder einnehmen, ganz klar in Absetzung von preußischen Traditionen. Das Christentum und die Demokratie wurden als Grundlagen einer neuen staatlichen Ordnung bezeichnet. Jeder „Übergriff des Kapitalismus“ sollte unterbunden werden.³³

Bereits in den ersten Wochen nach der Konstituierung der Landespartei wurde deutlich, dass nicht alle Gesinnungsfreunde in Südbaden mit dem eingeschlagenen Kurs der Freiburger Parteigründer einverstanden waren. Viele hofften nach wie vor auf eine Annäherung an die CDU-Gründungen in anderen deutschen Regionen. Vor allem in den Kreisen am Bodensee lehnte man die Konzeption einer badischen Partei mehrheitlich ab. Wohleb stand von Anfang an hinter dem Namen BCSV. Die spätere Umbenennung in CDU Baden wurde im April 1947 gegen den Willen Wohlebs beschlossen und erst viele Monate später vollzogen.³⁴

30 Vgl. Rede Wohlebs vor der ersten BCSV-Landestagung, 24.2.1946, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 304 und FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 116f.

31 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 390.

32 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 37ff.

33 Das Programm der BCSV ist abgedruckt EBD. S. 283f.

34 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 83; WEINACHT (wie Anm. 5), S. 96.

In den ersten Monaten nach der Parteigründung war Wohleb viel im Land unterwegs. Er warb für den Kurs der Freiburger Parteigründer. Wohleb galt als guter Redner, der auf Menschen zugehen konnte. Im Herbst 1946 trat er dann auch bei vielen Wahlveranstaltungen im Vorfeld der Gemeinde- und Kreistagswahlen auf. Dadurch gewann Wohleb einen größeren Bekanntheitsgrad im Land, der nach der Übernahme von Regierungsämtern immer weiter wuchs.³⁵

Im November 1946 erlaubte die französische Besatzungsmacht die Einberufung einer Beratenden Landesversammlung zur Ausarbeitung einer Landesverfassung. Entscheidend für die Sitzverteilung waren die Ergebnisse der Kommunalwahlen. Da die BCSV diese mit großem Vorsprung gewonnen hatte, konnte sie 37 der 61 Mitglieder stellen. In der ersten Sitzung der Landesversammlung wurde Leo Wohleb zum Präsidenten des Gremiums gewählt. Dieses Amt übte er aber nur wenige Tage aus, da er am 2. Dezember 1946 von der Militärregierung zum Präsidenten des Staatssekretariates, der vorläufigen badischen Landesregierung, ernannt wurde. Gleichzeitig übernahm er auch die Leitung der Kultusverwaltung.³⁶ Ursprünglich war Paul Zürcher, damals Chef der Justizverwaltung, für das Amt des Chefs der vorläufigen Regierung vorgesehen. Infolge der Tillessen-Affäre³⁷ wurde kurzfristig der BCSV-Vorsitzende Wohleb nominiert.

Mit dem Aufbau und der Leitung der Staatskanzlei Wohlebs war der in Freiburg wohnhafte Botschaftsrat a.D. Clemens von Brentano³⁸ betraut. Die gesamte Organisation der Staatskanzlei lag in dessen Verantwortung. Er erarbeitete die Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörde und legte die einzelnen Abteilungen fest.³⁹ Die badische Staatskanzlei im Freiburger Colombischlössle war das organisatorische Zentrum der Regierung und der Macht Wohlebs, hier liefen die Fäden zusammen. Sie war eine überschaubare, kleine Behörde mit fast familiärem Charakter. Überhaupt schien die Kleinheit ein gewollt ver-

35 Vgl. ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 53; HOCHSTUHL (wie Anm. 16), S. 21.

36 Vgl. Klaus-Jürgen MATZ, *Das Land Baden 1945–1952*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*. Viertes Band: *Die Länder seit 1918*, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER und Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 477–517, hier S. 492f.

37 Heinrich Tillessen, einer der Mörder des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger, stand 1946 in Freiburg vor Gericht und wurde freigesprochen. Zur Begründung des Freispruchs diente ein Amnestiegesetz von 1933. Dies rief heftige Proteste der französischen Militärregierung hervor. Paul Zürcher stellte sich als Chef der badischen Justizverwaltung vor den Richter und betonte dessen Unabhängigkeit, auch wenn er das Urteil für falsch hielt. Ausführlich zur „Tillessen-Affäre“: Cord GEBHARDT, *Der Fall des Erzberger-Mörders Heinrich Tillessen. Ein Beitrag zur Justizgeschichte nach 1945*, Tübingen 1995.

38 Vgl. Tobias WÖHRLE, *Brentano di Tremezzo, Clemens von*, in: *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. IV, Stuttgart 2007, S. 33–35.

39 Vgl. Aufzeichnung für den Präsidenten des Staatssekretariates von Clemens von Brentano vom 8.1.1947 und Dienstausteiler vom 24.10.1947, StAF C 5/1 Nr. 3513.

mitteltes Charakteristikum dieses Landes Baden gewesen zu sein, obwohl andere Länder zum Teil gleich groß oder sogar kleiner waren. Das Land Baden umfasste mit 9.952 Quadratkilometern knapp zwei Drittel der Fläche des früheren Landes Baden, mit 1,1 Millionen Einwohnern zu Beginn des Jahres 1946 aber nicht einmal die Hälfte der badischen Gesamtbevölkerung; bis Herbst 1950 wuchs diese Zahl auf 1,3 Millionen.⁴⁰

In einem solchen Land war die Anzahl der politisch Einflußreichen, der führenden Beamten in den Ministerien und anderer Funktionsträger nicht allzu groß. In kurzer Zeit lernten sich diese kennen, sofern sie sich nicht schon aus früheren Jahren kannten. Das politische und administrative Leben konzentrierte sich auf Freiburg, wo die wichtigsten Staatsorgane ihren Sitz hatten. Diese waren alle in wenigen Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar.⁴¹ Wohleb nutzte diese Nähe, indem er sich bei Fragen und Problemen recht kurzfristig zu Gesprächen verabreden und treffen konnte. Bittsteller besuchten aber auch unangemeldet den Staatspräsidenten. Zufällige Treffen in der Stadt, so zum Beispiel beim Kirchgang oder bei öffentlichen Anlässen, waren ebenfalls nicht ausgeschlossen. Wenn es Schwierigkeiten oder Probleme mit der Militärregierung gab, konnte Wohleb dort recht schnell vorsprechen. Aber nicht nur die räumlichen Gegebenheiten, sondern auch die persönlichen Beziehungen und Kontakte in Freiburg und Südbaden spielten eine wichtige Rolle. Wohlebs Politikstil war geprägt von vielen informellen Gesprächen und Absprachen. Im Ganzen kann man von einer „Politik der kurzen Wege“ sprechen.⁴²

Die Staatskanzlei Wohlebs stand jedem offen. Besucher des Staatspräsidenten berichteten meist, wie einfach es war, Wohleb zu treffen, wie unaufgeregt es in der Badischen Staatskanzlei zuing.⁴³ Wohleb legte Wert auf einen Verwaltungsstil, der überschaubar, menschlich, aber sachlich sein sollte. Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt 1952 hat er bemerkt, dass „es nur eine und keine verschiedenen Ebenen des Menschlichen gibt“.⁴⁴ Bei seinem Amtsantritt

40 Vgl. Schreiben der badischen Landesverwaltung Freiburg an den bayerischen Länderratsbevollmächtigten in Stuttgart vom 25.2.1947, StAF C5/1 Nr. 5601; Tabelle zur Steuerkraft der Bundesländer im Rechnungsjahr 1950, Bevölkerungszahl (Stand 13.9.1950), StAF T1 Wohleb, Leo N. 23. Die Landeshauptstadt Freiburg hatte Anfang 1946 eine Bevölkerungszahl von knapp 90.000, die bis Anfang 1951 auf etwa 110.000 stieg.

41 Vgl. dazu: *Rundgang durch die Badische Landeshauptstadt Freiburg (1945–1952)*, hg. vom Kulturred der Stadt Freiburg, Texte von Kurt Hochstuhl u. a., Freiburg i. Br. 2002.

42 Vgl. Tobias WÖHRLE, *Der Umgang mit dem Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts 1945–1952*, in: Eckhard WIRBELAUER (Hg.), *Die Freiburger Philosophische Fakultät 1920–1960. Mitglieder – Strukturen – Vernetzungen* (Freiburger Beiträge zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, NF, Bd. 1), Freiburg i. Br. 2006, S. 829–850, hier S. 836.

43 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 210; Ernst GLAESER, *Leo Wohleb*, in: *Köpfe und Profile*, Zürich/Wien/Berlin o. J. [ca. 1953], S. 159–167.

44 WOHLEB (wie Anm. 7), S. 81.

als Kultusminister mahnte er gegenüber den Ministeriumsmitarbeitern, zu bedenken, dass hinter jeder Akte ein Mensch stehe.⁴⁵

Ein Problem Wohlebs war aber das Bestreben und der Anspruch, es jedem recht machen zu wollen und jedem gerecht zu werden. Das konnte nicht gelingen und führte oft zu seltsam widersprüchlichen Haltungen. Wohleb machte Zusagen oder versprach, sich für jemanden oder etwas einzusetzen und es kam immer wieder vor, dass er hierbei verschiedenen Personen in gleichen Angelegenheiten unterschiedliche Versprechungen machte.⁴⁶

Von Anfang an war Wohleb innerparteilicher Kritik ausgesetzt. Viele, vor allem jüngere Mitglieder, forderten mehr Tatchristentum, Radikalität und eine konsequentere Umsetzung der christlich-sozialen Programmatik. Nachdem Wohleb von der Militärregierung zum Regierungschef ernannt worden war, wurde auch immer wieder seine enge Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht kritisiert. Manch einem galt er gar als „Franzosenknecht“. Vor allem im Laufe des Jahres 1947, als sich die Ernährungslage drastisch verschlechterte und die Besatzungsmacht Reparationen eintrieb und Betriebe demontierte, wuchs die Kritik. Innerhalb der BCSV ging es aber auch um die Forderung der jüngeren Generation, sie an Regierungs- und Parteiaufgaben stärker zu beteiligen.⁴⁷

Auch in der Bevölkerung verlor die Regierung an Ansehen. Daher sahen sich viele in der BCSV veranlasst, etwas zu unternehmen, da sich dies schließlich auch auf die Partei auswirke, die den Regierungschef stelle. Infolgedessen verlor Leo Wohleb auf dem Landesparteitag der BCSV im April 1947 kurz vor der Landtagswahl vorerst indirekt das Amt des Parteivorsitzenden, da die Trennung von Partei- und Regierungsamt beschlossen wurde. Allerdings wurde der Vollzug dieser so genannten „Lex Wohleb“ noch um einige Monate verschoben. Gleichzeitig wurde die Umbenennung der Partei in CDU Baden beschlossen. Allerdings wurde Wohleb erneut zum Parteivorsitzenden gewählt und gleichzeitig zum Spitzenkandidaten für die anstehende Landtagswahl bestimmt.⁴⁸

Nachdem Wohleb Ende August 1947 die Führung der Partei abgegeben hatte, neigte er mehr und mehr zu Eigenmächtigkeiten ohne Rücksprache mit dem Landesvorstand. Es kam immer wieder vor, dass Wohleb diesen vor vollendete Tatsachen stellte. Häufig kam es zu Auseinandersetzungen, doch wenn

45 Vgl. Jürgen STEINMAYR, *Freiburg holt Badens Fahne nieder*, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.5.1952; Rolf KIEFER, *Der Kultusminister Leo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 45–54, hier S. 54.

46 Vgl. Stellungnahme des Sprechers der „Jungen Union“ zur Frage der Regierungsbildung, Februar 1949, ACDP 03-018-148.

47 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 96ff.; WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 213f.

48 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 225f.

die Opposition den Staatspräsidenten und die Regierungspartei angriff, führte dies in der Regel zu einer größeren Geschlossenheit der CDU in Baden.⁴⁹

Die Regierungsbildung nach der Landtagswahl 1947 war schwierig. Die französische Besatzungsmacht wollte auf jeden Fall eine Koalitionsregierung. Wohleb hätte am liebsten ein Allparteienkabinett gebildet. Doch in der BCSV war die Beteiligung der Kommunisten äußerst umstritten. Die Liberalen wollten nur in eine Regierung eintreten, wenn sie das Wirtschaftsministerium erhalten sollten, aber die Franzosen hatten sich bereits auf einen Sozialdemokraten als Wirtschaftsminister festgelegt. Nach vielen Gesprächen gelang es schließlich, eine BCSV-SP-Koalition zu bilden. Der DP wurde bedeutet, sie könne jederzeit in die Regierung eintreten, die KP blieb außen vor.⁵⁰ Wohleb übernahm neben dem Amt des Staatspräsidenten auch die Leitung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Lange funktionierte die Zusammenarbeit mit der SP aber nicht. Bereits zu Jahresende 1947 zeichnete sich ab, dass zum Teil zu unterschiedliche Vorstellungen in beiden Parteien bestanden. Die Gesetzesvorlage zur Bodenreform führte zum Rücktritt der SP-Minister. Von da an trug die CDU, die ja die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag innehatte, alleine und „ohne Lust“ die Regierungsverantwortung.⁵¹

Wohlebs badische Landespolitik

Von Ende 1946 bis Mitte 1952 bestimmte Leo Wohleb die Geschicke des Landes Baden. Er war die zentrale Figur des politischen Lebens. Durch die absolute Mehrheit der CDU im Badischen Landtag musste die Regierungspartei nach dem Ende der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten auf keinen Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Allerdings behielt sich die französische Besatzungsmacht Einflussnahmen vor.

Einige der wichtigen Reformprojekte der direkten Nachkriegszeit in Baden waren von der Besatzungsmacht angestoßen worden, dazu zählten das Agrarreformgesetz, das Betriebsrätegesetz, aber auch die Organisation des Sozialversicherungswesens.⁵² Hervorzuheben ist das Betriebsrätegesetz, das gegen

49 Vgl. WEINACHT (wie Anm. 5), S. 99.

50 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 513f.; FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 169f.; WEINACHT (wie Anm. 5), S. 98f.

51 Vgl. WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 233; MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 514.

52 Ausführlich dazu: Hans-Georg MERZ, *Bodenreform – Agrarreform – Flurbereinigung. Zum badischen Agrarreformgesetz vom 27. Februar 1948*, in: Paul-Ludwig WEINACHT (Hg.), *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1888–1955)*, Sigmaringendorf 1988, S. 179–198, und folgende Beiträge in: Edgar WOLFRUM/Peter FÄSSLER/Reinhard GROHNERT, *Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949*, München 1996; Peter FÄSSLER, *Der Streit um die Bodenreform*, S. 260–269; Edgar WOLFRUM,

Widerstände aus Wirtschaftskreisen auch innerhalb der badischen CDU verabschiedet wurde. Es galt als eines der arbeitnehmerfreundlichsten Gesetze dieser Art und diente später anderen Ländern als Vorbild. Das Bundesbetriebsverfassungsgesetz, durch das 1952 die badische Regelung abgelöst wurde, blieb hinter dieser zurück.⁵³ Wohleb trat für soziale Verbesserungen ein. Wo Reformvorstellungen der Besatzungsmacht und der badischen Landesregierung ähnliche Zielsetzungen hatten, konnten positive Ergebnisse erzielt werden, wo sie in verschiedene Richtungen gingen, waren diese nur schwer durchsetzbar und selten von Dauer.⁵⁴

Kriegsopfer wurden in Baden allerdings vorbildlich unterstützt. Die Beträge, die an Versehrte und Hinterbliebene gezahlt wurden, lagen weit über den Sätzen in den anderen Ländern. Dies spürten die Empfänger sehr deutlich, als 1950 das Bundesversorgungsgesetz in Kraft trat und ihre monatlichen Leistungen nun weit geringer ausfielen. Die sozialpolitischen Errungenschaften in Baden waren vor allem der Initiative der Besatzungsmacht zu verdanken, aber auch dem Einsatz führender Sozialdemokraten in der Arbeitsverwaltung.⁵⁵

Die Bilanz der wenigen Jahre, welche die Regierung Wohleb im Amt war, fällt insgesamt positiv aus. Es fand eine rege gesetzgeberische Tätigkeit statt, viele Bereiche wurden neu geregelt. So hatte das Land Baden beispielsweise das erste neue Denkmalschutzgesetz in Deutschland nach dem Krieg. Es wurde zum Vorbild für die moderne Denkmalpflege in Baden-Württemberg und den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.⁵⁶ Auch das Naturschutzgesetz Badens hatte Modellcharakter für die weitere Entwicklung derartiger Gesetze in Baden-Württemberg. Vor allem die Einrichtung eines Naturschutzfonds, um zum Beispiel den Kauf von Flächen zu unterstützen, war eine Neuentwicklung, die sowohl im Land als auch später im ganzen Bundesgebiet aufgegriffen wurde.⁵⁷

Individueller Versorgungskampf statt kollektiver Mitbestimmung? Die Arbeiterschaft und Wirtschaftsreformen, S. 239–259; DERS., „Wir sind ein armes Volk geworden“. Sparzwang und Reformeifer in der Sozialversicherung, S. 270–281.

53 Vgl. Edgar WOLFRUM, *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergifteten Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952*, Düsseldorf 1991, S. 241.

54 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 510ff.; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 7), S. 47; Paul FEUCHTE, *Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg*, Stuttgart 1983, S. 4; FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 209.

55 Vgl. MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 510f.

56 Vgl. Dieter PLANCK, *50 Jahre Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Zur Geschichte der Denkmalpflege*, in: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes*, 32 (2003) 1, S. 1–18, hier S. 14.

57 Vgl. Bärbel HÄCKER, *50 Jahre Naturschutzgeschichte in Baden-Württemberg. Zeitzeugen berichten*, hg. von Eberhart HEIDERICH, Stuttgart 2004, S. 17 und 32f.

Im Umgang mit der französischen Besatzungsmacht setzte Wohleb auf kleine Schritte, in unaufgeregter, kompromissbereiter Weise, selten von öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet. So konnte er weit mehr erreichen als durch einen harten Konfrontationskurs. Aber auch durch zögerliche Umsetzung oder gar Verschleppung französischer Anordnungen erledigten sich manche Dinge von selbst oder wurden nach 1949 wieder rückgängig gemacht.⁵⁸

In der Öffentlichkeit und auch in der eigenen Partei wirkte diese Vorgehensweise und die Nähe zur Besatzungsmacht negativ auf die Popularität und das Ansehen Wohlebs. Wie der Rücktritt der Landesregierung im August 1948⁵⁹ aus Protest gegen die Demontagen der französischen Besatzungsmacht beweist, wäre vielen Bürgern eine bewusste und auf Konfrontation setzende Auseinandersetzung mit der französischen Militärverwaltung lieber gewesen als vorsichtiges Taktieren und Ausloten. Daher hätten sich viele damals von ihrem Staatspräsidenten klarere Worte und eindeutige Stellungnahmen gewünscht. Wohlebs Agieren hätte ihn sein Amt kosten können, doch sowohl die Franzosen, als auch einige der einflussreichen BCSV/CDU-Politiker hielten an ihm fest.⁶⁰

Die Kehl-Frage schnitt Wohleb in Gesprächen mit französischen Vertretern konsequent an. Durch seine Beharrlichkeit kamen die Regelungen für Stadt und Hafen Kehl⁶¹ und schließlich auch die Rückgabe aller Stadtteile in deutsche Hand zustande.⁶²

58 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 209.

59 Ende August 1948 trat die badische Landesregierung aus Protest gegen weitere Demontagen durch die französische Besatzungsmacht zurück. Sie wollte nicht länger die Verantwortung dafür mittragen, blieb allerdings geschäftsführend bis zur Wahl einer neuen Regierung durch den Landtag im Amt. Durch die absolute Mehrheit der CDU im badischen Parlament konnte die Partei den Zeitpunkt der Wahl und die Zusammensetzung der neuen Regierung alleine bestimmen. In langen Verhandlungen, bei denen der Rücktritt der Regierung die Position der badischen Seite etwas verbessert hatte, fand sich die Besatzungsmacht zu Konzessionen bereit, so dass schließlich im Februar 1949 eine Neuwahl der Exekutive im Landtag erfolgte.

60 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28), S. 171ff.; Vorständebesprechung in Freiburg, Rathaus, am Samstag/Sonntag, 11./12.12.1948, ACDP 03-018 148.

61 Kehl am Rhein, die deutsche Nachbarstadt Straßburgs, war während des Krieges Ende 1944 von der deutschen Bevölkerung geräumt worden. Nach der Besetzung durch französisches Militär war es Deutschen verboten, große Teile Kehls, die von Stacheldraht umgeben waren, zu betreten. Stattdessen bezogen französische Armeeingehörige oder ausgebombte Straßburger die Häuser der Stadt. Es wurde sogar über eine Annexion Kehls nachgedacht. Im Washingtoner Abkommen der drei Westalliierten von 1949 wurde festgelegt, dass Kehl innerhalb von vier Jahren von den Franzosen geräumt und in deutsche Verwaltung zurückgegeben werden sollte. Außerdem sollte der Rheinhafen einer gemeinsamen deutsch-französischen Verwaltung unterstellt werden. Das 1951 geschlossene Kehler Hafen-Abkommen handelte die badische Landesregierung eigenständig mit der französischen Besatzungsmacht aus.

62 Vgl. Bericht über Wohlebs Paris-Besuch, Mai 1949, von Clemens von Brentano, AOFAA Bade 301; MATZ, *Baden* (wie Anm. 36), S. 517; ausführlicher Hartmut STÜWE, *Evaku-*

Bis Februar 1949 amtierte die Regierung nur kommissarisch, bis die Militärregierung sich zu Zugeständnissen in der Demontagefrage bereit erklärte. Dann wurde Wohleb im Landtag erneut zum Staatspräsidenten gewählt, allerdings nur mit einer Stimme mehr als erforderlich. Die Zusammensetzung des Kabinetts blieb unverändert. Wohleb war am „Tiefpunkt seiner Popularität“ angekommen.⁶³

Der Pädagoge Wohleb kümmerte sich besonders um die Bildung, die Schulen und Hochschulen. Dafür wurden nicht geringe Beträge aufgewandt, zuerst um den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen, später um das Schulwesen weiter auszubauen. Daneben wurden einige Fachschulen großzügig gefördert. Vor allem Höhere Schulen und Berufsschulen waren im Land Baden weit besser mit Lehrern ausgestattet als in den beiden anderen südwestdeutschen Ländern. Ein besonderes Augenmerk der Regierung Wohleb galt der Universität Freiburg, für deren Wiederaufbau relativ hohe Geldbeträge bewilligt wurden. Es galt, die zerstörten Gebäude wiederherzustellen und den Bestand der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität zu sichern.⁶⁴

Die angespannte Finanzlage des Landes, belastet vor allem durch die hohen Besatzungskosten, schränkte den finanziellen Spielraum ein. Es wurde Sparsamkeit geübt, doch Wohleb ließ sich immer wieder, häufig gegen den Widerstand von Finanzminister Wilhelm Eckert, davon überzeugen, bestimmte Projekte von staatlicher Seite finanziell zu bezuschussen. Nach der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik und somit der Einführung der Bundesfinanzverwaltung, gegen die sich Wohleb vergeblich gestemmt hatte, wuchsen die Schulden des industriearmen Landes Baden rasch.⁶⁵

Nach 1948 wuchs die Wirtschaft, die Zahl der Beschäftigten stieg kontinuierlich an. Dies war allerdings nicht landesspezifisch, sondern Teil des Wirtschaftswachstums in den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen.⁶⁶

Die Heimatpolitik Wohlebs hatte positive Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl der Bevölkerung nach der zwölfjährigen Hitlerdiktatur und der deutschen Kapitulation am Ende eines verheerenden Krieges. Es gelang dem badischen Staatspräsidenten, den Menschen wieder eine Identität zu vermitteln, die er weitgehend auf Traditionen und historische Entwicklungen grün-

ierung, Besetzung, Freigabe. Kehler Stadtgeschichte 1944–1953. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Kehl zur gleichnamigen Ausstellung im Hanauer Museum im April/Mai 2003 anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Freigabe Kehl“, Kehl 2003.

63 Vgl. FÄSSLER (wie Anm. 28) S. 173f.

64 Vgl. FEUCHTE (wie Anm. 54), S. 286f.; WÖHRLE (wie Anm. 42).

65 Vgl. Stefan PAWELLEK, *Die badische Finanzverwaltung 1919–1952. Ihre Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Reich und in der Bundesrepublik*, Rheinfelden 1986, S. 215.

66 EBD. S. 202f.

dete. Stadtrechtsverleihungen und die badische Gemeindeordnung trugen zu einem neuen Selbstbewusstsein der Kommunen bei. Die Begriffe Demokratie, Toleranz und Liberalität waren wichtige Pfeiler dieses badischen Heimatgefühls.

Bei der Vermittlung eines solchen Heimatgefühls störte allerdings eine zu große Zahl an Zugezogenen. Daher war es Wohleb auch nicht unrecht, dass die französische Besatzungsmacht bis 1949 die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die vorerst vor allem in Norddeutschland und Dänemark untergebracht waren, verweigerte. Wohleb wie auch viele andere badische Politiker waren der Überzeugung, dass die Ernährungssituation in Baden zu angespannt sei, um zusätzlich weitere Tausende von Menschen zu versorgen. Er betonte aber auch die „Gefahr der Überfremdung speziell aus dem Norden“.⁶⁷ Viele dieser Deutschen aus dem Osten waren evangelisch und stammten aus Preußen. So dürften hier auch Wohlebs antipreußische und teilweise auch antiprotestantische Ressentiments mitgeschwungen haben.⁶⁸

Für einen Menschen von Wohlebs Bildungsstand aus einem toleranten Haus mag dies verwunderlich sein. Diese schwarz-weiß Argumentation ist zu einfach, zu verkürzt und zu wenig reflektiert. Der Politiker Wohleb hat sich ihrer aber einige Zeit ohne Bedenken bedient. Vor allem bis 1948, als gleichzeitig auch noch eine stärkere „Badifizierung“ der Universität Freiburg gefordert worden war.⁶⁹ In seiner Weihnachtsansprache 1948 schlug er dann etwas andere Töne an und relativierte viele seiner bisherigen Aussagen. „Ich lehne die heute vielfach beliebte Schwarz-Weiß-Malerei bei der Behandlung Preußens ab.“⁷⁰ Daher liegt der Schluss nahe, dass sich Wohleb entgegen seiner Kenntnis im Zuge der Distanzierung vom Nationalsozialismus und seiner badischen Heimatpolitik nicht gescheut hat, mit diesen Negativbildern zu arbeiten. Sie waren ihm Propagandamittel seiner Politik. Gleichzeitig konnte er dadurch aber auch französische Argumentationslinien aufgreifen.

In der politischen Auseinandersetzung folgte Wohleb nicht immer demokratischen Spielregeln und umging, zur Durchsetzung von bestimmten Projekten, beispielsweise Parteigremien oder sogar Abteilungen von Landesministerien. In persönlichen Gesprächen war er jedoch meist bereit, zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Wohleb war kein Parteipolitiker. In erster Linie war er Pragmatiker und als solchem dienten ihm die Partei und die Frak-

67 Auszug aus der 19. Sitzung der Landesregierung, 16.2.1948, StAF C 15/1 Nr. 649–664.

68 Vgl. *Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat. Begleitband zur Ausstellung*, bearb. von Immo EBERL, Sigmaringen 1993, S. 115, 119, 133.

69 Vgl. WÖHRLE (wie Anm. 42), S. 841f.

70 Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im Südwestfunk, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135, abgedruckt in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 187.

tion als Instrumente zur Durchsetzung seiner Vorstellungen. Maximen seines Handelns waren seine christlich-humanistischen Prägungen, aber auch seine Kompromissbereitschaft und vor allem sein persönlicher und verfassungsmäßiger Auftrag, „Treuhand der alten badischen Überlieferung“ zu sein. Vor allem Letzteres hatte zur Folge, dass eines der Ziele, auf das die Regierung hinarbeitete, die Wiedervereinigung der durch die Besatzungsmächte getrennten beiden badischen Landesteile war. So standen ab der zweiten Hälfte des Jahres 1948 viele Bereiche der Politik Wohlebs mehr und mehr unter dem Primat des Kampfes um die Wiederherstellung des alten Landes Baden und gegen die Bildung eines Südweststaates.

Gegner des Südweststaates – Kämpfer für Baden

Wenn Wohleb als Politiker in vielen Fällen konsensorientiert war, sich oft um Kompromisse bemühte und auch selbst dazu bereit war, so war er in der Frage nach der Bildung eines Südweststaats nicht bereit, dies zu akzeptieren. Baden sollte in seinen alten Grenzen, wie es zu Beginn des 19. Jahrhunderts zugeschnitten worden war, wieder entstehen. Wohlebs Motivation für seinen Kampf um Baden kann direkt aus seiner badischen Identität, die er selbst „badisches Heimatgefühl“ nannte, abgeleitet werden. Und auch der Kulturkampf spielte eine Rolle, denn Wohleb hatte Bedenken hinsichtlich der konfessionellen Verschiebungen durch eine Vereinigung mit dem mehrheitlich protestantischen Württemberg.⁷¹

Während die Südweststaatsbefürworter vor allem wirtschaftliche Argumente anführten, setzte die Altbadenerbewegung auf Emotionen. Die Begriffe „Baden“ und „Heimat“ wurden synonym gebraucht. „Treu der Heimat“ bedeutete auch „Treu zu Baden“. Die Kampagnen und Methoden der Altbadener waren sicher die aggressiveren, doch beide Seiten sparten nicht mit persönlichen Beleidigungen und Diffamierungen. So war Wohleb beispielsweise in jenen Jahren eine der am meisten karikierten Persönlichkeiten in der südweststaatsfreundlichen Stuttgarter Zeitung. Sein Auftreten und sein Kampf gegen den Südweststaat brachten ihm aber eine große Popularität ein.⁷²

1948 organisierten sich Südweststaatsgegner und -befürworter: Wohleb, an der Spitze der Altbadener, stand im Vordergrund, war im Land unterwegs und hielt Reden, während Paul Zürcher die Propaganda und andere Aktionen organisierte. Bei Zürcher liefen die Fäden zusammen. Einige Aktionen waren am Rande der Legalität. Vor allem mit südbadischen Südweststaatsbefürwor-

71 Vgl. beispielsweise die Rede Wohlebs, Badischer Landtag, 33. Sitzung, 7.9.1948.

72 Vgl. Carola BURY, *Die politische Auseinandersetzung zwischen Badenern und Südweststaatlern (1948–1951)*, in: WEINACHT, *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre* (wie Anm. 52), S. 292–308, hier S. 300ff.

tern ging man nicht zimperlich um, erst recht, wenn sie aus der eigenen Partei kamen.

Auch die Südweststaatsbefürworter griffen in die Propagandakiste. 1951 erschien eine anonyme Schmähchrift gegen Wohleb und die Altbadener, in der nicht mit Angriffen gegen den südbadischen Staatspräsidenten gezeigt wurde. Heute ist bekannt, dass Theodor Eschenburg, der engste Berater des süd-württembergischen Ministerpräsidenten Gebhard Müller, der Verfasser war. Eschenburg war ein Befürworter des Länderzusammenschlusses und blieb sein ganzes Leben lang ein Kritiker Wohlebs, wobei er auch manchmal seine positiven Eigenschaften hervorhob. So nannte er ihn einen „Hinterwäldler von Format“.⁷³

Es gab viele Treffen der Ministerpräsidenten der drei Südwestländer, einerseits Leo Wohleb, andererseits die Südweststaatsbefürworter Reinhold Maier (Württemberg-Baden) und Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern). Mit seinem Parteifreund Müller verstand sich Wohleb trotz allem recht gut, doch Maier wurde zu einem seiner Intimfeinde. Daneben fanden auch etliche Versammlungen und Konferenzen statt, auf denen der Weg, der zum Südweststaat führen sollte, von Delegationen der einzelnen Regierungen besprochen und festgelegt wurde. Daran nahm Wohleb nicht immer teil. Dies ermöglichte es ihm aber später, bereits gefasste Beschlüsse zu ignorieren oder wegen irgendwelcher Kleinigkeiten für ungültig zu erklären. Wohleb setzte darauf, die Frage der Gründung Baden-Württembergs auf die lange Bank zu schieben.⁷⁴

Beide Seiten einigten sich schließlich darauf, die Frage durch eine Volksabstimmung klären zu lassen. Nachdem eine Volksbefragung 1950 in Gesamtbaden eine Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder ergeben hatte, kam dem Abstimmungsmodus eine wichtige Bedeutung zu. Wohleb wollte zwei Abstimmungsbezirke, das gesamte Baden und das gesamte Württemberg. Eine Vereinigung sollte es nur dann geben, wenn beide Bezirke mehrheitlich dafür votieren sollten. Theodor Eschenburg entwickelte die Idee, vier Abstimmungsbezirke (Nord- und Südwürttemberg und Nord- und Südbaden) zu bilden, wobei der Zusammenschluss bei einer Mehrheit in drei Bezirken vollzogen werden sollte. Dieser Vorschlag wurde im Bundestag durchgesetzt, dem die Regelung der Südweststaatsfrage durch Art. 118 GG zugefallen war. Die

⁷³ *Baden von 1945 bis 1951, was nicht in der Zeitung steht*. Unveränderter Nachdruck der 1951 im Friedrich Vorwerk Verlag erschienenen 2. Aufl., Freiburg i.Br. 1979, S. 36.

⁷⁴ Ausführlich zur Südweststaatsfrage: Eberhard KONSTANZER, *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969; Paul-Ludwig WEINACHT, *Der Weg in den Südweststaat*, in: *Der Weg zum Südweststaat*, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, bearb. von Jörg THIERFELDER und Uwe UFFELMANN, Karlsruhe 1991, S. 310–323; Klaus-Jürgen MATZ, *Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948–1960*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*. Vierter Band: *Die Länder seit 1918*, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER und Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 519–590.

Volksabstimmung im Dezember 1951 ergab breite Mehrheiten für den Südweststaat in Nord- und Südwürttemberg. Nordbaden votierte mit rund 57 Prozent dafür. Nur in Südbaden gab es eine Mehrheit von 62,2 Prozent für Baden. Für Unmut sorgte bei Wohleb und den Altbadenern allerdings die Tatsache, dass sich in Gesamtbaden eine Mehrheit von 52,2 Prozent für die Wiederherstellung der alten Länder ausgesprochen hatte. Wohleb konnte sich nur schwer damit abfinden.⁷⁵

So versuchte er auch nach der Volksabstimmung, die Bildung des Südweststaates aufzuhalten. Einige südbadische CDU-Bundestagsabgeordnete stellten den Antrag, das beschlossene Neugliederungsgesetz nicht umzusetzen. Auch Wohleb warb als Staatspräsident in Bonn vor dem Plenum des Bundestags dafür. Er beendete seine Rede trotzig mit den Worten: „Noch ist Baden nicht verloren!“⁷⁶ Doch letztendlich konnte auch er die Gründung Baden-Württembergs nicht verhindern. Wohleb war aber zeitlebens nicht bereit, die vom Gesetzgeber festgelegte Vorgehensweise und das Ergebnis der Volksabstimmung vom Dezember 1951 zu akzeptieren. Nur widerwillig schied er aus dem Amt. Seine Abschiedsansprache als badischer Staatspräsident im Südwestfunk am 17. Mai 1952 beendete er pathetisch mit einem Bekenntnis zur Heimat: „Ich scheide in Treue zu Baden und dem badischen Volk, das unser Herrgott segnen möge. Es lebe das badische Volk! Es lebe die badische Heimat!“⁷⁷

Auf dem Weg zur Bundesrepublik Deutschland

Auch wenn Wohleb immer wieder Separatismus vorgeworfen wurde, so trat er stets für das Wiederentstehen eines deutschen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Initiativen in diese Richtung gingen von ihm keine aus, aber sobald die französische Besatzungsmacht es erlaubte, beteiligte er sich am Entstehungsprozess eines westdeutschen Staates. Wohleb beschäftigte sich bereits seit den Vorbereitungen für die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947 intensiver mit der Frage der Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates. Er stellte sich einen Bundesstaat oder sogar einen Staatenbund vor, dessen wichtigstes Organ ein Staatenhaus oder Länderrat sein sollte, dessen Mitglieder von den einzelnen Landesregierungen entsandt würden, so dass diesen der wesentliche Einfluss auf die Bundesgesetzgebung sicher sein sollte. Dies entsprach weitgehend noch den Vorstellungen, die in dieser Frage

⁷⁵ Vgl. MATZ, *Grundlagen* (wie Anm. 74), S. 543.

⁷⁶ Ansprache Wohlebs in der 138. Sitzung des Bundestages, 25.4.1951, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber., 1. WP 1949, Bd. 7, Bonn 1951, S. 5440f.

⁷⁷ Abschiedsansprache des Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb im SWF, 1952, abgedruckt in: *Leo Wohleb* (wie Anm. 15), S. 45–48, hier S. 48.

bereits ein Jahr zuvor von führenden Personen in der BCSV vertreten worden waren.⁷⁸

In der zweiten Jahreshälfte von 1947 beabsichtigte Wohleb, die Ministerpräsidenten zu einer weiteren Konferenz nach Baden einzuladen, um über die föderale Gestaltung des zukünftigen deutschen Staatswesens zu sprechen. Dazu kam es aber nicht.⁷⁹

Bis zum Frühjahr 1948 veränderten sich Wohlebs Positionen hinsichtlich der Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates. Von einer staatenbündischen Lösung hatte er sich entfernt. Als Vorbilder für einen Bund nannte er die USA und die Schweiz. Nach wie vor sprach er sich für einen starken Föderalismus aus und plädierte für eine Ausstattung der „Länder mit wesentlichen und unabdingbaren Rechten“. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich und in Verkehrsfragen sprach er sich für eine Vereinheitlichung aus. Überhaupt sollte den Ländern ein Mindestmaß an Rechten „verfassungsmäßig anerkannt werden“, die diesen auch „nicht entzogen werden können“. Außerdem bekenne sich die badische Landesregierung „bei aller Wahrung des föderalistischen Prinzips grundsätzlich zur Einheit Deutschlands und zur unerschütterlichen Treue und Anhänglichkeit an das gemeinsame deutsche Vaterland“.⁸⁰

Nach der Übergabe der Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 durch die drei Militärgouverneure der Westalliierten nahm Wohleb an den folgenden Ministerpräsidentenkonferenzen teil, auf denen die Arbeit des Herrenchiemseer Verfassungskonvents und des Parlamentarischen Rats zur Ausarbeitung einer Verfassung für einen westdeutschen Staat auf den Weg gebracht wurden. Er vertrat dabei stets seine stark föderalistisch ausgeprägten Vorstellungen, zählte aber nicht zu den Wortführern. Er schickte Oberlandesgerichtspräsident Paul Zürcher und Justizminister Hermann Fecht als Vertreter Badens in die entscheidenden Gremien und konnte sicher sein, dass sie dort föderalistische und badische Interessen vertraten.⁸¹

In seiner Weihnachtsansprache 1948 sprach Wohleb fast ausschließlich über Fragen in Zusammenhang mit den Beratungen im Parlamentarischen Rat. Er plädierte intensiv für einen starken Föderalismus und untermauerte dies mit

78 Vgl. Wohleb an Hans Ehard vom 31.5.1947 (Abschrift), AOFAA Bade 267; Paul-Ludwig WEINACHT, „Die Einheit Deutschlands auf feinerem Wege verwirklichen ...“. Leo Wohleb (1888–1955) und das historische Bundesstaats-Konzept, in: Geschichte im Westen 8 (1993), Heft 1, S. 90–101, hier S. 97; Rapport mensuel Avril 1946, AOFAA Bade 50.

79 Vgl. WEINACHT, *Die Einheit Deutschlands* (wie Anm. 78), S. 97.

80 Positionen der badischen Landesregierung (wohl für die Presse), Frühjahr 1948, StAf T1 Wohleb, Leo Nr. 22 und Wünsche der Badischen Landesregierung in Bezug auf die deutsche Politik und die Verwaltung des Landes Baden, 20.4.1948, ebd. Nr. 30.

81 Vgl. Alfred KUBE, *Von der Kapitulation zum Grundgesetz. Der Weg zur Bundesrepublik Deutschland aus dem Blickwinkel Südwestdeutschlands*, in: DERS./Thomas SCHNABEL, *Südwestdeutschland und die Entstehung des Grundgesetzes*, Villingen-Schwenningen 1989, S. 13–40, hier S. 24ff.

der Tatsache, dass die Gründung des neuen Staates von souveränen Ländern ausgehe, wenn auch unter den besonderen Bedingungen der Besetzung. Als wichtigste Fragen bezeichnete er die Kompetenzen eines Bundesrates und die Finanzhoheit des Bundes. Er sprach sich nach wie vor für eine dem Bundestag gleichberechtigte Länderkammer aus und zeigte sich unzufrieden mit dem bisherigen Ergebnis der Beratungen im Parlamentarischen Rat in Bonn. Das vorgesehene System sei ihm zu zentralistisch. Gefühlswerte sollten nicht unterschätzt werden. Ein heimatlicher Patriotismus in den Ländern sei der beste „Nährboden für eine Liebe zu dem gesamtdeutschen Vaterland zu dem unverbrüchlichen Eintreten für die Einheit Deutschlands“. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands lasse sich „unvergleichlich leichter vollziehen, falls dieses Deutschland föderalistisch aufgebaut sein wird“.⁸²

Fünf Monate später stimmte Wohleb dem Grundgesetzentwurf zu, auch wenn keine Gleichberechtigung von Bund und Ländern erreicht worden war und somit einzelne Punkte nicht seinen Vorstellungen entsprachen.⁸³ Am 23. Mai 1949 unterzeichnete der Staatspräsident des Landes Baden, Leo Wohleb, aus alphabetischen Gründen als erster der Ministerpräsidenten das Grundgesetz.⁸⁴

Nach der Gründung der Bundesrepublik war er Mitglied des Bundesrates. Er delegierte vieles an Justizminister Fecht, dem er das Amt des badischen Bundesratsbevollmächtigten übertrug. Im Kabinett wurden die Vorgehensweisen und das Abstimmungsverhalten der badischen Vertreter in der Länderkammer diskutiert und festgelegt. Hin und wieder nahm Wohleb auch selbst an Sitzungen des Bundesrates teil und im Herbst 1950 übernahm er für ein Jahr das Amt eines Vizepräsidenten. Der Einfluss Badens hielt sich allerdings in Grenzen.⁸⁵

Wohleb war nie Bundespolitiker, und als solcher sah er sich auch nicht, sondern als Badischer Staatspräsident, der in erster Linie für sein Land zuständig und verantwortlich war. Er fühlte sich aber nicht nur als Badener, sondern auch als Deutscher, was ihn antrieb, sich bei der Wiedererrichtung eines deutschen Staatswesens zu engagieren und ihn hoffen ließ, dass die Einheit Deutschlands wieder erreicht werde. Stets hatte er dabei die Rechte und Kompetenzen seines Landes im Blick, das er in vielen Fragen weitgehend selbstständig halten wollte. Dies kam in seinem Einsatz für einen starken Föderalismus zum Ausdruck. Die Betonung der Treue Badens zu Deutschland leitete

82 Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im SWF, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

83 Rede Wohlebs, Badischer Landtag, 2. Sitzungsperiode, 13. Sitzung, 18.5.1949, S. 20.

84 Vgl. Foto: Wohleb bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes, 23.5.1949, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 208.

85 Vgl. Benennung der Mitglieder für die Ausschüsse des Bundesrates, 18.10.1949, ebd. Nr. 23; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 7), S. 48.

er aus der Geschichte her. Für ihn war die „Treue zu Deutschland“ ein Teil der badischen Tradition.⁸⁶ Diese Argumentation diente aber auch dazu, den Erhalt des Landes Baden in seinen alten Grenzen zu legitimieren.

„*Europa ist eine geistige Wirklichkeit*“

War Leo Wohleb bereits in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg von der Notwendigkeit der europäischen Einigung überzeugt, so war ihm diese Frage nach dem Zweiten Weltkrieg noch viel wichtiger. Grundlage einer europäischen Einigung war für ihn die deutsch-französische Freundschaft, die er als „Schlüssel“ für eine „europäische Union“ ansah.⁸⁷

Seine geistige Orientierung war schon vor dem Zweiten Weltkrieg ganz klar in Richtung Westen ausgerichtet. 1949 bezeichnete Wohleb das vom Rhein geformte Baden „als ein Land, das nach Westen schaut“ und so „zum Werk des Brückenbaues gezwungen“ sei, was „unserem Wesen“ entspreche.⁸⁸

Wenn Wohleb von Europa sprach, so meinte er stets das christliche, romanisch geprägte Westeuropa, ganz im Sinne der Abendland-Definition der damaligen Zeit.⁸⁹ „Europa ist mehr als ein räumlicher Ordnungsbegriff – Europa ist eine geistige Wirklichkeit, klar geformt vom antiken Erbe, nachdem in Helles der europäische Geist geboren wurde, überhöht durch die Wahrheit des Christentums.“⁹⁰ Wohleb sah die Lösung der „wirtschaftlichen, sozialen, militärischen Probleme“ der Staaten Westeuropas in der „Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa“, ganz klar in Abgrenzung zum sowjetischen Einflussbereich.⁹¹

Die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa war für Wohleb nur auf föderalem Wege denkbar, bei Gleichberechtigung der einzelnen Staaten, die

86 Vgl. Ansprache Wohlebs anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident Theodor Heuß im Land Baden 1950, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

87 Vgl. Badischer Landtag, 2. Sitzungsperiode, 8. Sitzung, 7.3.1949, S. 11; Hermann KOPF, *In Memoriam Leo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 139–145, hier S. 144; Pierre PÈNE, *Un patriote badois, un Européen: Léo Wohleb*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 146–148, hier S. 147.

88 Ansprache Wohlebs bei der Verabschiedung von General Koenig im Freiburger Kaufhausaal, August 1949, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 118. Vgl. auch verschiedene Unterlagen über „Mouvements européens“ in Baden, AOFAA Bade 585, 586 und 587.

89 Vgl. z.B. Ansprache Wohlebs auf einer Tagung der Vereinigung der Kommunalbeamten in Heidelberg, ohne Datum, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 26, abgedruckt in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S.195–198.

90 Auszug aus einem Artikel von Leo Wohleb in der Zeitschrift „Nouvelles de France“, 1948, Abschrift der Übersetzung, StAF T1 NL Wohleb, Maria Nr. 4, abgedruckt in: *Leo Wohleb* (wie Anm. 15), S. 44.

91 Ansprache Wohlebs auf einer Tagung der Vereinigung der Kommunalbeamten in Heidelberg, ohne Datum, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 26.

ihre „staatliche Eigenpersönlichkeit“ nicht verlieren dürften.⁹² Wohleb engagierte sich in verschiedenen europäisch ausgerichteten Vereinigungen, nahm an Veranstaltungen und Treffen teil, auf denen der Europagedanke beschworen und befördert werden sollte und unterstützte Jugendaustauschprojekte. Vorrangig trat er bei Veranstaltungen der Europa-Union auf.⁹³ Neben dem Publizisten Eugen Kogon, Konrad Adenauer und anderen westdeutschen Politikern, nahm auch Wohleb im Mai 1948 am Haager Europa-Kongress teil.⁹⁴

Erste Schritte hin zu einer europäischen Einigung waren für Wohleb die Kontakte in die Schweiz und nach Frankreich. Gute nachbarliche Beziehungen waren für ihn die Grundlage für eine Verständigung. Bereits in seiner ersten Rede als BCSV-Vorsitzender im Februar 1946 hatte er dies als Ziel formuliert und dieses als „badische Außenpolitik“ bezeichnet.⁹⁵

Letzte Lebensjahre als Gesandter in Portugal

Im Februar 1952 bot Bundeskanzler Konrad Adenauer Leo Wohleb den Posten des ersten Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Portugal an. Noch amtierte Wohleb als Staatspräsident in Freiburg, doch das Ende war absehbar. Adenauer war der Ansicht, dass nach den langen Jahren der Verhandlungen und Abstimmungskämpfe, nach der Entscheidung, den Südweststaat zu gründen, dort wieder Ruhe einkehren müsse. Vor allem innerhalb der in der Südweststaatsfrage gespaltenen CDU-Verbände sollten die aufgerissenen Gräben wieder zugeschüttet werden. Daher offerierte Adenauer auch Wohlebs innerparteilichem Widersacher Gebhard Müller den Posten des Botschafters in Madrid. Aber nur Wohleb nahm nach längerem Überlegen das Angebot an.⁹⁶

92 Vgl. Weihnachtsansprache Wohlebs, gehalten im SWF, 24.12.1948, StAF T1 NL Schühly, Alfred Nr. 135.

93 Wohleb förderte auch eine von der Europa-Union 1950 initiierte Probeabstimmung über die Bildung eines europäischen Bundesstaates in Breisach. Vgl. dazu Fritz SCHANNO, *Französisches Militär in Breisach. Das Schicksal einer Grenzstadt in den letzten vier Jahrhunderten*, Breisach 1997, S. 74.

94 Vgl. Paul-Ludwig WEINACHT, *Leo Wohleb und die südwestdeutsche Geschichtslegende. Zur Person eines badischen Politikers 20 Jahre nach seinem Tod (12. März 1955)*, in: *Leo Wohleb – der andere politische Kurs* (wie Anm. 18), S. 147–172, hier S. 164.

95 Vgl. Rede Wohlebs auf der ersten Landestagung der BCSV am 24.2.1946 in Freiburg, AOFAA Bade 484; ebenso ACDP 03-018 A 115, abgedruckt in: WEINACHT/MAYER (wie Anm. 24), S. 305.

96 Vgl. Wohleb an Clemens von Brentano, 5.2.1952, von Brentano an Wohleb, 22.2.1952 und 28.2.1952, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 47; WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 4), S. 95. Zu Wohlebs Zeit als Gesandter vgl. Tilman MAYER, *Leo Wohleb als Diplomat*, in: WEINACHT, *Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre* (wie Anm. 52), S. 360–372; Otfried R. DEUBNER, *Leo Wohleb – Deutscher Gesandter in Lissabon (1952–1955)*, in: MAIER/WEINACHT (wie Anm. 21), S. 131–138.

Wohleb hielt sich noch einige Monate in Freiburg auf. Obwohl seine Ernennung schon lange ausgesprochen war, zögerte er, seinen Dienst anzutreten. Das Auswärtige Amt und auch Adenauer selbst drängten schließlich massiv, denn die portugiesische Regierung wurde immer ungeduldiger. Schließlich traf Wohleb am Allerheiligentag 1952 in Lissabon ein.⁹⁷

Das Ehepaar Wohleb verbrachte etwa zweieinhalb Jahre in Portugal. Nur selten kam Leo Wohleb nach Deutschland, meldete sich aber immer wieder zu Wort, um seinen Unmut über die Gründung des Landes Baden-Württemberg zu äußern. Zum einen wäre er gerne wieder in den Politikbetrieb eingestiegen, doch der Versuch, 1953 für den Bundestag zu kandidieren scheiterte, obwohl Adenauer dies befürwortet hatte. Die Altbadenbewegung hoffte auf eine baldige Rückkehr Wohlebs. Vor allem deren strategischer Kopf, Paul Zürcher, drängte und bedrängte den ehemaligen Staatspräsidenten immer wieder, sich endlich an die Spitze der Organisation zu stellen. Zum anderen war der Altstaatspräsident aber auch froh, nicht länger dem Stress und den Anfeindungen seiner Gegner direkt ausgesetzt zu sein.⁹⁸

Im Frühjahr 1955 hätte Wohleb seinen Gesandtenposten aufgegeben und wäre mit seiner Frau nach Freiburg zurückgekehrt. Er war inzwischen 66 Jahre alt und hatte die Pensionsgrenze für den Auswärtigen Dienst bereits überschritten. Seine letzte Amtshandlung war die Begleitung des portugiesischen Wirtschaftsministers auf einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Am letzten Tag dieser Reise verstarb Leo Wohleb überraschend am Abend des 12. März 1955 in Frankfurt am Main an einer Lungenembolie.⁹⁹

Der ehemalige badische Staatspräsident Leo Wohleb gehört bis heute zu den umstrittenen Politikern der direkten deutschen Nachkriegszeit. Nach der Gründung des Südweststaates, der dann später den Namen Baden-Württemberg erhielt, stand er mit seiner Position, die eine Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg gefordert hatte, auf der Verliererseite. Bis zu seinem Tod 1955 stellte er das neue Land und die Art und Weise, wie dessen Gründung zustande gekommen war, immer wieder in Frage. Doch er sollte nicht auf seinen Kampf gegen den Südweststaat reduziert werden. Als Staatspräsident und Kultusminister gehörte er nach 1945 zu den aufbauenden Kräften in Baden, Deutschland und Europa.

97 Vgl. Bericht des dpa-Vertreters in Portugal über die Ankunft des Gesandten Wohleb, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an verschiedene Abteilungen des Auswärtigen Amtes, 6.11.1952, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, B 11 Bd. 354.

98 Vgl. verschiedene Schreiben Paul Zürchers an Wohleb aus den Jahren 1953 und 1954, StAF T1 Wohleb, Leo Nr. 117; ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 71ff.; HOCHSTUHL (wie Anm. 16), S. 24.

99 Vgl. WEINACHT, *Leo Wohleb* (wie Anm. 4), S. 96; ILGEN/SCHERB (wie Anm. 5), S. 74.

Josef Stingl (1919–2004)

Von Günter Buchstab

I.

Josef Stingl galt 16 Jahre lang – von 1968 bis 1984 – als die leibhaftige Verkörperung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Bei seinem Amtsantritt als Präsident am 2. Mai 1968 lag die Zahl der Arbeitslosen bei knapp über 330.000, die Quote bei 1,6 Prozent. Als er mit Erreichen der Altersgrenze Ende März 1984 abtrat, waren zweieinhalb Millionen ohne Beschäftigung; jeder zehnte Erwerbstätige war arbeitslos. „Ich habe bei Stingl angeheuert“, wurde zum geflügelten Wort für die, die ihre Stelle verloren hatten und Arbeitslosenunterstützung bezogen.

Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre, als die Arbeitslosenzahlen anstiegen, wurde er zu einem der bekanntesten Männer der Republik. Er war häufiger in den Zeitungen und auf den Bildschirmen präsent als mancher Spitzenpolitiker. Monatlich verkündete er die neuesten Zahlen der Erwerbslosen, interpretierte die Statistiken und erläuterte ihre Hintergründe. Die wachsende Arbeitslosigkeit berührte und belastete ihn; die Arbeitslosenbilanz war für ihn nie ein anonymes Zahlengerüst. Vielmehr sah er dahinter die Einzelschicksale und war bemüht, auch einen noch so spärlichen Lichtschein am Ende des Tunnels als Hoffnungsschimmer zu deuten und so der Resignation entgegenzuwirken. Die Popularität, die er mit seinen publikumswirksamen Fernsehauftritten – insgesamt waren es 189 – erwarb, schmeichelte dem engagierten Sozialpolitiker zwar; aber ein Vergnügen waren sie für ihn, den Überbringer meist schlechter Nachrichten nicht.

Den einen galt der Interpret dürrer Zahlen als unbequem, weil seine Stellungnahmen häufig mit sorgenvollen Kommentaren versehen waren und er angeblich zu schwarz malte, was ihm die nicht besonders schmeichelhaften Spitznamen „Bundesunke“ oder „Kassandra von Nürnberg“ eintrug; den anderen schilderte er die Lage zu optimistisch, was ihm insbesondere in der Zeit der sozial-liberalen Koalition die eigenen Parteifreunde verübelten.

Schon vor seinem Amtsantritt in Nürnberg hatte sich Stingl als einer der einflussreichsten Sozialpolitiker seiner Partei, der CDU, und der CDU/CSU-Fraktion einen Namen gemacht. Dabei war er kein „Linker“, – auch wenn er Mitglied der DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der Sozialausschüsse der CDU war. Dieses auf Sozialpolitiker gerne übertragene Klischee traf auf ihn nicht zu. Stets unterhielt er auch gute Beziehungen zum Diskussionskreis Mittelstand seiner Fraktion. Seine grundsätzliche Orientierung an den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und an einer leistungsgerechten Einkommensverteilung – mit

Betonung des „Eigenengagements“, wie er es ausdrückte –, verhinderten allerdings nicht gelegentliche Konflikte mit dem Wirtschaftsflügel seiner Partei. Ebenso wenig passten auf ihn, den Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße und langjährigen Vorsitzenden der Ackermann-Gemeinde, die Attribute restaurativ, reaktionär und national, die häufig den Vertriebenenpolitikern angeheftet werden. Stingl fühlte sich in seinen vielfältigen Funktionen und Ämtern vielmehr immer dem Gemeinwohl und dem Ausgleich der Interessen verpflichtet.

II.

Geboren wurde Josef Stingl am 19. März 1919 im egerländischen Maria-Kulm als Sohn des Bäckermeisters Georg Stingl und seiner Frau Amalie, geb. Hüttl. Wenige Monate vor seiner Geburt war aus dem Erbe der österreichisch-ungarischen Monarchie die tschechoslowakische Republik gebildet worden. Die Frage der Nationalitäten und der Minderheitenrechte im neuen Staat blieb ungelöst. Eine Volksabstimmung, in der sie sich für den Anschluss an das Deutsche Reich oder an Österreich hätten entscheiden können, blieb den Sudetendeutschen versagt. Als sie am 4. März 1919 für Selbstbestimmung und Autonomie demonstrierten, wurden ihre Kundgebungen vom tschechischen Militär niedergeschlagen. 54 Tote und über 200 Verletzte waren zu beklagen.

Standen drei Millionen überwiegend katholische Sudetendeutsche zunächst in Fundamentalopposition zu dem neuen Staat, so versuchten sie doch, sich in den kommenden Jahren mit ihm zu arrangieren. Doch kaum hatte sich die Lage etwas beruhigt, brachen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich und der zunehmenden Annäherung der 1933 gegründeten Sudetendeutschen Partei (SdP) unter Konrad Henlein an die NSDAP Konflikte zwischen religiösen und nationalistischen Gruppierungen innerhalb der Sudetendeutschen auf, in deren Strudel auch der junge Stingl geriet. 1937 wurde er dreimal aus der Turnerjugend des Deutschen Turnverbandes ausgeschlossen und wieder aufgenommen. Als Schüler war er dem Bund Neudeutschland beigetreten, jener bündischen katholischen Jugend, die sich in seiner Heimat „Bund Staffelstein“ nannte. Dieser Bund war 1920 gegründet worden. Sein Führer, der katholische Geistliche Eduard Winter, rief seine Anhänger dazu auf, sich nicht abzusondern, sondern aus christlicher und sozialer Verantwortung heraus Strategien für ein fruchtbares Miteinander zu entwickeln. In den dreißiger Jahren hofften die „Staffelsteiner“, als „christlicher Sauerteig“ innerhalb der Henlein-Bewegung wirken zu können – ein verhängnisvoller Irrtum, wie sich bald herausstellte. Auch innerhalb dieser katholischen Organisation brachen Konfliktlinien zwischen reichs- und sudetendeutschen Interessen auf. Die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in den nationalsozialistischen Staat 1938 bedeutete das Ende des Bundes „Staffelstein“.

der in den Einheitsverband einer sudetendeutschen Volksjugend integriert wurde.

Die Notwendigkeit, nach dem frühen Tod seines Vaters im Jahr 1933 sein Taschengeld selbst verdienen zu müssen, hinderte Josef Stingl nicht, das humanistische Gymnasium in seiner Heimatstadt 1938 mit einem Abiturzeugnis zu verlassen, das bis auf das Fach Chemie nur die Noten „vorzüglich“ auswies. Unmittelbar nach seinem Abitur wurde er zur Wehrmacht als Fahnenjunker eingezogen. Als Flugzeugführer und Oberleutnant der Luftwaffe mit beinahe 200 Feindflügen erlebte er den gesamten Zweiten Weltkrieg mit. Bei Kriegsende geriet er kurzzeitig in Schleswig-Holstein in britische Gefangenschaft. Seine Rückkehr ins Egerland zu seiner Frau Dorothea, geb. Behmke, die er 1943 geheiratet hatte, und seinen beiden Kindern, blieb eine kurze Episode. Da ihm als ehemaligem Offizier die Verhaftung drohte, floh er mit seiner Familie im Winter 1945 nach Berlin, wo er sich eine neue Existenz aufbauen musste. Er war zunächst als Bauarbeiter beschäftigt, bevor er 1947 in ein Baubüro wechselte und von 1948 bis 1952 als Angestellter einer Wohnungsbau-gesellschaft Häuser und Wohnungen verwaltete. In Abendkursen der von Otto Suhr wiedergegründeten „Deutschen Hochschule für Politik“ studierte er neben seiner vollen Berufstätigkeit von 1949 an politische Wissenschaften. Als ehemaligem Offizier war ihm ein Studium an der Humboldt-Universität verwehrt. 1951 legte er seine Diplomprüfung mit einer Arbeit „Die Entwicklung einer ‚pressure-group‘ in der deutschen Beamenschaft“ ab. Seiner Hochschule blieb er nach seinem Examen zunächst als wissenschaftlicher Assistent noch für zwei Semester verbunden; später, von 1955 bis 1971, war er Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaften am inzwischen in die Freie Universität Berlin integrierten Otto-Suhr-Institut. Von 1952 bis 1968 war er als Referent für Sozialpolitik bei der Industrie- und Handelskammer Berlin beschäftigt.

III.

Schon 1947 hatte er sich der CDU angeschlossen, in der er innerhalb weniger Jahre in führende Parteiämter aufstieg: 1951 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Reinickendorf, ab 1952 war er Mitglied des Landesverbands Berlin, 1956 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender. 1953 zog Stingl als einer von 22 Berliner Abgeordneten (sechs davon CDU) über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein, dem er ununterbrochen bis 1968 angehörte; die Direktwahl der Berliner Vertreter war erst nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1990 möglich. Seine Aufstellung für den Bundestag war mit der Erwartung verbunden, die Interessen Berlins im Feld der Sozialpolitik zu vertreten, in dem sich bereits ein anderer Berliner, der SPD-Abgeordnete Ernst Schellenberg, einen Namen gemacht hatte. Obwohl die Berliner Abgeordneten aufgrund der alliierten Vorbehalts-

rechte kein volles Stimmrecht besaßen, hatte Stingl mit 154 Wortmeldungen allein im Plenum aber „viel Stimme“, wie er es selbst einmal ausgedrückt hat. Dies beruhte nicht zuletzt darauf, dass seine Reden sich nicht nur durch hohes Fachwissen, sondern auch durch ihre verständliche Darstellung auszeichneten. Sein schnell wachsender Bekanntheitsgrad war nicht zuletzt auch das Ergebnis zahlreicher Artikel und Interviews sowie seiner Bereitschaft, seine Fraktion und Partei auch auf Verbandsebene zu vertreten. Schon bald zählte Stingl zu den führenden Sozialexperten seiner Fraktion, wobei er sich gegen etablierte Sozialpolitiker durchzusetzen hatte, die zum Teil auf Erfahrungen in der Weimarer Republik, im Frankfurter Wirtschaftsrat oder in Landtagen zurückgreifen konnten.

1957 stieg er offiziell in den Fraktionsvorstand auf, dem er auch schon gegen Ende der zweiten Legislaturperiode als Gast angehört hatte; außerdem war er in verschiedenen Ausschüssen des Bundestags als ordentliches bzw. stellvertretendes Mitglied vertreten. Anfang 1966 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik. Von 1962 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag leitete er den Arbeitskreis IV (Sozial- und Gesellschaftspolitik) der CDU/CSU-Fraktion, und von 1965 bis 1973 war er auch Vorsitzender des CDU-Bundesausschusses zur Sozialpolitik und gehörte qua Amt dem CDU-Bundesvorstand an.

Prägend wurde für Stingl, der sich 1945 in Berlin der Kolpingfamilie angeschlossen hatte, die intensive Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre und den Verlautbarungen von Pater Gustav Gundlach SJ, der die Sozial- und Gesellschaftspolitik als Ordnungspolitik verstand und sie pragmatisch in die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge stellte. Durch diese theoretischen Grundlagen, sein Studium und die praktische Arbeit als Sozialreferent der Industrie- und Handelskammer Berlin war sein Blick geschärft für die Notwendigkeiten und Ziele, aber auch die Grenzen sozialpolitischer Gesetzgebung.

Maßgeblich war Stingl an der Gestaltung der Rentenreform von 1957 beteiligt, dabei wagte er parteipolitische Grenzüberschreitungen. Gemeinsam mit sozialdemokratischen Sozialpolitikern vertrat er die Vorstellung, die Rente habe nicht nur der Schutzbedürftigkeit der Rentner Rechnung zu tragen, sie müsse vielmehr den abhängigen Arbeitern und Angestellten auch für die Zukunft Sicherheit geben. Entsprechend mahnte er in der Diskussion über die zukünftige Rentenformel zur Vorsicht gegenüber einer rein lohnbezogenen Bemessung, weil man aufgrund der versicherungsmathematischen Berechnungsgrundlagen nicht voraussagen könne, „dass diese Hypothesen unbedingt und unter allen Umständen richtig sind und sich auch in Zukunft bestätigen werden“. Er forderte deshalb, „Maß und Mitte“ zu wahren und hinsichtlich zukünftiger Lohnkämpfe und potentieller Inflationsgefahren „Bremsen“ im Gesetzentwurf vorzusehen.

Als sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung, zwischen Arbeits- und Finanzminister, dem sich Wirtschaftsminister Ludwig Erhard anschloss, Ende 1956 verschärften, gewann Josef Stingl besondere Bedeutung. Ausgangspunkt des Streits waren die unterschiedlichen sozialpolitischen Gedankenwelten der beiden Ressorts: Das Finanzressort maß der gesetzlichen Altersversorgung die Funktion zu, vor akuter Not zu schützen, und strebte deshalb eine Plafondierung des Rentensystems, also eine Entkoppelung von der Lohnentwicklung an. In diesem am Mindestbedarf orientierten Konzept hätte eine gelegentliche gesetzgeberische Korrektur bei der Anpassung der Rentenhöhen genügt. Hingegen lautete die Vorstellung des Arbeitsressorts, den individuell erarbeiteten Lebensstandard zu sichern. Daraus leitete sich das Konzept der Lohnersatzrente ab; es sah die Übertragung der differenzierten Lohnverhältnisse des Arbeitslebens auf das den Lohn ersetzende Rentensystem vor, wodurch die Rentendynamik an die Lohnentwicklung gekoppelt wurde.

In dieser Situation, die nicht nur die Gefahr einer Regierungskrise, sondern auch eines Auseinanderfallens des rechten und linken Flügels der Unionsfraktion in sich barg, waren kompromissbereite und -fähige Experten gefragt. Zu der Kommission, die die CDU/CSU-Fraktion Ende September 1956 bildete und die nach einem Ausweg aus dem Dilemma suchen sollte, zählte auch Josef Stingl. Der Kommission gehörten Vertreter des Wirtschaftsflügels wie des Arbeitnehmerflügels an. Es gelang ihr, Kompromissformeln in der entscheidenden Frage der Dynamisierung zu finden, die dann Eingang in das Gesetz fanden. Entwickelt wurde eine halbautomatische Lösung, die zwar eine jährliche Anpassung der Renten an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ermöglichte, aber dem Gesetzgeber in schwieriger Finanzlage der Rentenversicherung erlaubte, die Rentenentwicklung von der realen Lohnentwicklung abzukoppeln. Bis 1978 bedeutete dies, dass die Rentenanpassung bruttolohnbezogen erfolgte und damit die Relation zwischen Beitrag und Lohn gewährleistet blieb; seither ist durch Änderung der Renten-Anpassungsverfahren in mehreren Gesetzesänderungen das Prinzip der Nettolohnbezogenheit eingeführt und die umlagenfinanzierte Rente durch eine kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung und individuelle private Vorsorge ergänzt worden.

Verschiedentlich warnte Stingl bei Novellierungen des Rentengesetzes von 1957 vor den kostentreibenden Ausweitungen der gesetzlichen Alterssicherungssysteme (Neuordnung der Handwerkerversicherung, Schaffung der Altershilfe für Landwirte, Einbeziehung der freien Berufe, Ausweitung der Versicherungspflicht für alle höherverdienenden Angestellten). Bei all diesen Weiterentwicklungen, insbesondere auch im Rentenreformgesetz von 1972, legte er großen Wert auf die im Umlagefinanzierungssystem notwendige Kontinuität von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Seine Warnungen führten immerhin dazu, dass zumindest einige Vorhaben zurückgestellt wur-

den, die durch freiwillige Beitragsaufstockungen zu zusätzlichen Ansprüchen geführt hätten. Stingl hielt am Umlageverfahren im Grundsatz selbst dann noch fest, als sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für die Regelung der Altersversorgung geändert hatten. Eine Umstellung auf ein reines Kapitaldeckungsverfahren lehnte er ab, weil er nicht in Kauf nehmen wollte, „dass dann praktisch das gesamte Grundvermögen und mehr oder weniger alles andere in Deutschland den Rentenversicherern gehört“. Allerdings forderte auch er, den seit 1957 eingetretenen Entwicklungen Rechnung zu tragen und die beiden wesentlichen Problemfaktoren, die höhere Lebenserwartung und den Geburtenrückgang, in das bestehende Regelwerk einzubauen.

Stingl hatte bei der Rentenkonzeption von 1957 und ihrer Weiterentwicklung stets zu den Befürwortern einer familien- und kinderfreundlichen Politik und einer Übernahme der Leistungen durch den Staat gehört und sich nicht gescheut, Bundeskanzler Erhard scharf zu kritisieren, als der Anteil der Staatsfinanzierung durch das Haushaltssicherungsgesetz von 1965 eingeschränkt wurde. Erfolg hatte er damit allerdings nicht. Erfolglos war auch sein Widerstand gegen die Rücknahme einer Erhöhung des Kindergelds und die Abschaffung der Ausbildungszulage zum Kindergeld in der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969. Auf der Habenseite konnte er allerdings das von ihm mitgestaltete novellierte Fremdretenngesetz von 1960 verbuchen, das rückwirkend zum 1. Januar 1959 in Kraft trat und Vertriebene und Flüchtlinge so behandelte, als ob sie vor 1945 im Gebiet der späteren Bundesrepublik beschäftigt gewesen wären.

Einen wesentlichen Beitrag leistete Stingl auch bei der Diskussion um die – erfolglose – Neuregelung der Krankenversicherung. Die Vorschläge von Bundesarbeitsminister Blank, der einen sozialpolitischen Richtungswechsel mit Stärkung der Eigenverantwortung durch Selbstbeteiligung der Versicherten und Einschränkung der Selbstverwaltung anstrebte, wurden von Stingl massiv unterstützt. In den überaus kontroversen Debatten, die im Bundestag, aber auch in der eigenen Partei geführt wurden, versuchte er durch Vorlage zahlreicher Kompromissvorschläge das Vorhaben zu retten. So trat der „Propagandist der Selbstbeteiligung“ – wie er sich selbst bezeichnet hat – für die freiwillige Kostenbeteiligung der Versicherten ein, wenn dann gleichzeitig die Beiträge für die gesenkt würden, die dies leisten wollten. „Eigenhilfe wünschen wir überall dort, wo sie zumutbar ist und ohne Schaden verlangt werden kann. Gemeinschaftshilfe wollen wir überall da einführen, wo die Kräfte des Einzelnen zur Beseitigung von Härtefällen überfordert sind“ – so formulierte er sein sozialpolitisches Credo in einer Debatte des Deutschen Bundestags.

Trotz aller Kompromissbemühungen gelang es aber nicht, die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen unter einen Hut zu bringen. Das Paket wurde aufgeschnürt, die Grundkonzeption einer Eigenbeteiligung der Versicherten für lange Zeit aufgegeben. Erst in den letzten Jahren sind aufgrund

des explosionsartigen Kostenanstiegs punktuelle Maßnahmen, wie z.B. Arztgebühr, Kostenbeteiligung an Arznei- und Hilfsmitteln sowie an den Krankenhauskosten wirksam geworden.

In den fünfziger Jahren zählte die wirtschaftliche Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall zu den dringlichsten sozialpolitischen Aufgaben. Das 1957 verabschiedete Gesetz betrachtete er nur als Zwischenlösung; bereits 1961 wurde es novelliert. Zu einer Neufassung, die im Zusammenhang mit einer grundlegenden Reform der Krankenversicherung vorgesehen war, kam es zunächst aber nicht. Die Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten gelang erst im Mai 1969. Weil er um die Fehlbarkeit der Menschen wusste, war Stingl immer für eine starke Einbeziehung der Vertrauensärzte eingetreten, um Missbräuche der Lohnfortzahlung weitestgehend ausschließen zu können. Erfolge konnte er aber mit seinen Vorstellungen hier nicht verbuchen.

Wesentlichen Einfluss auf das Arbeitsrecht und die Gestaltung des Mitbestimmungsrechts eröffnete sich für Stingl vor allem mit der Übernahme der Leitung des Arbeitskreises Arbeit und Soziales seiner Fraktion. Im Spannungsfeld der sozialen Kräfte und in den Auseinandersetzungen, die in der Dekade von 1965 bis 1976 zwischen den Parteien, aber auch innerhalb der Parteien, den Gewerkschaften und der Wirtschaft geführt wurden, galt Stingl als ein Mann der Mitte. Wie in anderen Fällen versuchte er auch hier, seinen Einsatz für die arbeitenden Menschen in Einklang zu bringen mit dem Machbaren und die Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen. Er war nicht der Auffassung, dass Letztentscheidungen der Verantwortlichen demokratisiert werden könnten, und so stand er den Bestrebungen der paritätischen Mitbestimmung in Unternehmen wie auch bei der Gestaltung von Wirtschaftskammern reserviert gegenüber. Andererseits setzte er sich mit Erfolg für eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter im Berufsbildungswesen ein.

IV.

Obwohl er am 2. Mai 1968 aus dem Bundestag ausgeschieden war, war er noch an der Vorbereitung des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Januar 1969 maßgeblich beteiligt, das das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 ablöste. Stingl hatte zu denen gezählt, die nach der Bundestagswahl von 1965 am 26. Januar 1966 mit einem Antrag die Bundesregierung ersuchten, das Gesetz aus dem Jahr 1927 aufgrund der veränderten arbeitsweltlichen Realität völlig neu zu gestalten und an den technischen Fortschritt und an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Der Arbeitnehmer müsse in die Lage versetzt werden, durch Fort- und Weiterbildung sich auf diese Veränderungen einzustellen und sie zu bewältigen. Das Arbeitsförderungsgesetz vom Mai 1969, das zum „Hausgesetz“ der Bundesanstalt für Ar-

beit wurde, trägt wohl wie kaum ein anderes seine Handschrift. Der Begriff einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, der beruflichen Fortbildung und Umschulung, um die Arbeitnehmer bei einem veränderten Ablauf des Arbeitslebens krisensicher zu machen, sowie der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungshilfen verbinden sich mit seinem Namen. Das Gesetz war für ihn die Umsetzung des christlichen Menschenbilds in die politische Praxis, biete es doch „jedem die Möglichkeit, seiner Aufgabe zur Selbstentfaltung nachzukommen, eigene Fähigkeiten nicht brachliegen zu lassen“.

Hintergrund seines Ausscheidens aus der aktiven Politik als Bundestagsabgeordneter war, dass sein großer Wunsch, Arbeitsminister zu werden, nicht in Erfüllung gegangen war. Zwar galt er durchaus als ministrabel, doch das Rennen machte nach der Bundestagswahl 1965, als Ludwig Erhard seine Regierung umbildete, sein Altersgenosse Hans Katzer. Dieser konnte sein Gewicht als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Sozialausschüsse der CDU, in die Waagschale werfen. Auf eine derart gewichtige Hausmacht konnte sich Stingl nicht stützen. Nicht Minister geworden zu sein, so bekannte er freimütig, war für ihn eine große Enttäuschung. Und so ergriff er gerne die Möglichkeit, Präsident der Nürnberger Anstalt zu werden.

Stingl trat schnell aus dem Schatten seines Vorgängers, Anton Sabel, heraus, was nicht zuletzt dadurch begünstigt wurde, dass die Nürnberger Bundesanstalt mit der schon bald nach seiner Ernennung erfolgten Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes eine völlig neue Aufgabe zugewiesen bekam. Während die bisherige, 1952 gegründete „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ vornehmlich die Aufgabe hatte, die Arbeitslosenvergütung auszuführen, zielte das neue Gesetz auf die Verhütung von Arbeitslosigkeit. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen, angefangen von der Intensivierung der Berufsausbildung und der beruflichen Fortbildung über die berufliche Umschulung bis hin zu Investitionskrediten an die Arbeit gebenden Betriebe sollten die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an den technischen Fortschritt erleichtert werden. Insofern hatte die neu firmierte „Bundesanstalt für Arbeit“ nicht nur eine sozialpolitische Aufgabe, sondern durch ihr Einwirken auf das Wirtschaftswachstum auch eine starke Verbindung zur Wirtschaftspolitik.

Diese Aufgabe schien dem schwergewichtigen Josef Stingl, dem Gaumenfreuden nicht abhold waren, geradezu auf den Leib geschnitten. Sein politisches Wirken hatte sich schon bisher bei aller Standfestigkeit im Grundsätzlichen durch Flexibilität und Pragmatismus ausgezeichnet. Auch seine offene und dynamische Art, auf die Mitmenschen zuzugehen, verschaffte ihm Respekt und Autorität. Innerhalb kurzer Zeit gelang es dem neuen Chef der Mammutbehörde, die neben der Nürnberger Hauptstelle neun Landesarbeitsämter, 146 Arbeitsämter und zahlreiche weitere Dienststellen umfasste und deren

Mitarbeiterzahl sich während seiner 16-jährigen Amtszeit von 33.000 auf fast 61.000 verdoppelte und bei seinem Ausscheiden über 30 Milliarden DM verwaltete, einen Mentalitätswechsel herbeizuführen und die Behörde in eine moderne Dienstleistungseinrichtung umzuwandeln.

Eine seiner ersten Maßnahmen war, die Ämter als „Stempelstelle“ abzuschaffen und den Arbeitsämtern den Arme-Leute-Geruch zu nehmen. Bis dahin war ein Arbeitsloser verpflichtet, sich jede Woche beim Arbeitsamt zu melden und sich für die Bar-Zuweisung seines Geldes einen Stempeldruck geben zu lassen. Mit der Einführung der bargeldlosen Geldzuweisungen, die er in einem beispiellosen Kraftakt durchsetzte, trug er dazu bei, dass sich mit der nach der Ölkrise von 1973 anwachsenden Arbeitslosigkeit vor den Ämtern keine Schlangen bildeten, die – wie in der Wirtschaftskrise nach 1929 – zu politischen Agitationen genutzt werden konnten und soziopolitische Erschütterungen hätten auslösen können. Schon 1969 informierte er sich in den USA über die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und ließ Computer installieren, mit deren Hilfe sich Arbeitslose schnell und unbürokratisch über das Angebot offener Stellen informieren konnten, getreu seiner Devise: „Das Arbeitsamt ist in erster Linie ein moderner öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, in dem Kundendienst, also Information, Beratung und Finanzhilfen, im Vordergrund stehen.“

Im neuen Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wurde die neue Behörde auch verpflichtet (§ 3 Abs. 3), die Öffentlichkeit über ihre Dienste und Leistungen umfassend zu unterrichten. Stingl, der als führender Sozialpolitiker der CDU schon immer die Öffentlichkeit gesucht hatte, um seine Vorstellungen durch Artikel und Interviews publik zu machen, nutzte die ihm damit gegebene Möglichkeit, die ganz und gar seinem Naturell als Vollblutpolitiker entsprach. In einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß stellte er Informationsbroschüren zur Verfügung, ließ Plakate und großformatige Anzeigen drucken sowie Informationsfilme herstellen. Vor allem aber nutzte er die schon von seinem Vorgänger eingeführten monatlichen Pressekonferenzen als Tribüne arbeitsmarktpolitischer Informationen, auf denen er mit persönlichem Einsatz, großer Sachkunde und Eloquenz auch schwierige Sachverhalte verständlich machte.

Es waren weniger die Intensivierung der Öffentlichkeitspolitik und die beschäftigungspolitischen Maßnahmen mit dem Kurzarbeitergeld als arbeitsmarktregulierendem Instrument, die Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft, die „Allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ oder die Erhöhung der Vermittlungstätigkeit durch die Einführung der EDV, die Stingl Kritik einbrachten. Skeptisch beurteilt wurden vielmehr die bildungspolitischen Maßnahmen, vor allem die Umschulungsmaßnahmen, die als viel zu kostspielig bezeichnet wurden, zumal häufig Missbrauch mit ihnen getrieben wurde. Ohne dieses Fehlverhalten zu beschönigen, verteidigte Stingl dieses Instrument mit dem Hinweis auf den einzelnen Men-

schen, dem geholfen werden müsse. Arbeitslosigkeit war für ihn nicht primär eine Geldfrage, sondern vor allem ein Problem, das das Selbstwertgefühl des Menschen angreift. Er war der festen Überzeugung, dass alles getan werden müsse, um durch Förderung der beruflichen Qualifikation optimale Berufschancen zu sichern und einen sozialen Abstieg infolge von Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Schon sein Vorgänger hatte, als in der Rezession 1966/67 die Arbeitslosenzahlen anwuchsen, die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften eingestellt. Damit war es gelungen, die Zahl der Ausländer von 1,3 Millionen um 600.000, die wieder in ihre Heimatländer zurückgingen, auf 700.000 zu verringern. Als dann die Arbeitskräfte wieder knapp wurden, wurde der Anwerbestopp wieder aufgehoben, so dass die Zahl der Gastarbeiter auf über 1,9 Millionen kletterte. Das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen in den siebziger Jahren veranlasste Arbeitsminister Walter Arendt, erneut einen Anwerbestopp zu verfügen. Stingl wehrte sich erfolglos gegen diese Weisung, obwohl er gleichzeitig vor einer Politik ungezügelter Ausländerbeschäftigung warnte. Ihm war klar, dass die Portugiesen, Spanier und Italiener wieder in ihre Heimat zurückgehen würden, weil sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft wiederkommen konnten. Das galt aber nicht für die Türken, denen diese Möglichkeit verwehrt war. Sie würden – so seine Einschätzung – eben nicht zurückgehen, sondern vielmehr ihre Familien nachholen, was dann auch eintraf. Vergeblich wies er auf ihre erschwerte Eingliederung wie auch auf die daraus folgenden gesellschaftspolitischen Probleme hin. Und deshalb forderte er, durch eine engere Zusammenarbeit auf politischer Ebene dafür zu sorgen, dass sie in ihrem Heimatland „Brot und Arbeit“ fänden, um das Zuzugsproblem zu entschärfen.

Auch über Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung war Stingl nicht glücklich. Er plädierte vielmehr für eine Wende in der Steuer- und Abgabepolitik, für eine Steuerentlastung der Unternehmen, um ein besseres Investitionsklima für die Sicherung und Ausweitung von Arbeitsplätzen zu schaffen. Skeptisch beurteilte er ebenfalls die Reduzierung der Arbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung für 59-Jährige und die Einführung der 35-Stunden-Woche, wenngleich Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung zur Entlastung des Arbeitsmarkts für ihn keineswegs Tabu-Charakter hatten. Als er 1978 den spontanen Vorschlag machte, ein „Sabbatjahr“ einzuführen, wurde er belächelt, seine ungewöhnliche Idee verpuffte. Bei allen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitszeit forderte er aber stets Solidarität ein, da es nicht heißen dürfe: „Ich gebe dir zwei Stunden meiner Arbeitszeit, aber das Geld behalte ich.“ Wenn man Solidarität wirklich ernst nehme, dann nur, wenn „nicht alles verteuert, sondern auf mehr Schultern verteilt wird“. Unter dieser Prämisse war er bereit, über die 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich zu diskutieren. Voraussetzung für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit

war für ihn in erster Linie aber ein Wirtschaftswachstum von ca. vier Prozent. Aber: „Zu einer wachsenden Wirtschaft muss auch mehr Mobilität der Arbeitskräfte kommen, bis hin zur beruflichen Umorientierung und regionaler Mobilität, aber auch mehr Flexibilität der Arbeitgeber.“

Mit derartigen Stellungnahmen und kreativen Ideen machte er sich nicht überall Freunde. Kritik erfuhr er nicht nur bei den Gewerkschaften oder der Wirtschaft. Auch für die Regierenden war er nie bequem, denn er ließ sich nicht in die Pflicht regierungsamtlicher Verlautbarungen nehmen. Bundeskanzler Helmut Schmidt ging 1982 sogar so weit, prüfen zu lassen, ob man der wenig geliebten „Bundesunke“ nicht den Mund verbieten lassen könne. Der Vorstoß des Kanzlers blieb erfolglos: Denn die Arbeitsminister haben zwar die Rechtsaufsicht über die Bundesanstalt, nicht aber eine Dienstaufsicht über den Präsidenten. Seine Unabhängigkeit war Stingl nicht zu nehmen. Auch wenn er sich hin und wieder Ärger zuzog, so war das Verhältnis zu den verschiedenen Arbeitsministern, die Stingl erlebte, nach eigener Aussage immer „sehr gut“.

V.

Als Josef Stingl 1953 in den Bundestag einzog, waren die grundlegenden Weichenstellungen für die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge bereits erfolgt. Allerdings hatte er schon vorher an der Gestaltung der Vertriebenenpolitik durch enge Kontakte zu verschiedenen aktiven Vertriebenenpolitikern über Parteigrenzen hinweg Anteil genommen. Als ausgesprochener Vertriebenenpolitiker und Interessenpolitiker ist er aber im Bundestag nicht aufgetreten. Vielmehr gehörte er zu jenen, die über den Tellerrand des eigenen Schicksals hinausblickten und Versöhnungsbereitschaft mit den Vertreterstaaten signalisierten. Auch wenn er bis April 1956 dem Ausschuss für Lastenausgleich als ordentliches, anschließend bis 1965 als stellvertretendes Mitglied angehörte und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Heimatvertriebene von März 1955 bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode und in der fünften Wahlperiode des Ausschusses für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge war, war er kein Mann der lauten Töne.

Abgesehen von verschiedenen Interventionen bei Gesetzesnovellierungen exponierte er sich erst im Amt des Vorsitzenden des 1950 gegründeten CDU-Landesverbands Oder-Neiße – dem Zusammenschluss der Vertriebenenverbände der Partei –, in das er 1964 als Nachfolger des umstrittenen Theodor Oberländer gewählt wurde. Im Bundesvorstand seiner Partei meldete er sich regelmäßig zu Wort, wenn die Belange seines Verbands, aber auch der Vertriebenen und Flüchtlinge generell zur Debatte standen. So forderte er eine bessere Finanzausstattung seines Landesverbands, der über keine eigenen Mitgliedsbeiträge verfügte, sondern Kostgänger der Parteiführung war. Auch ver-

langte er bei einer Satzungsdiskussion 1968 für seinen Verband, auf Parteitaugen weiterhin mit ähnlichen Stimmrechten wie die Exil-CDU vertreten zu sein. Vor allem mahnte er den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger verschiedentlich, seinen Einfluss bei der Besetzung wichtiger Ämter in den Vertriebenenorganisationen geltend zu machen, um zu verhindern, dass die Verbände, die traditionell der Union nahestanden, in parteipolitisch anderes Fahrwasser gerieten. Und nicht zuletzt pochte er darauf, dass in der Parteispitze Mitglieder vertreten sein müssten, die in der Wählerklientel der CDU als Repräsentanten der Interessen der Berliner, der Mitteldeutschen und der Vertriebenen wahrgenommen würden. Seine Amtszeit endete 1969, als sich der Verband mit den regionalen Arbeitsgemeinschaften mitteldeutscher Flüchtlinge in CDU und CSU zur „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU“ (UdVF) zusammenschloss.

Zum anderen betätigte sich der Vertriebenenpolitiker Stingl in der Sudetendeutschen Landsmannschaft, vor allem aber in der Ackermann-Gemeinde, der er 1946 beigetreten war und zu deren Vorsitzenden er 1970 (bis 1991, anschließend Ehrenvorsitzender) gewählt wurde. Diese nach dem ersten neuhochdeutschen Prosawerk von 1400, dem „Ackermann aus Böhmen“ benannte Gemeinschaft war 1946 von katholischen Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland gegründet worden. Nach seiner Wahl bezeichnete Stingl es als „erstrangige“ Aufgabe der Gemeinde, eine Brücke zum tschechischen Volk zu schlagen. Zu diesem grenzüberschreitenden Brückenbau zählte er neben der Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen auch die Verankerung des Volksgruppenrechts im Völkerrecht. Es bedürfe „gerade aller landsmannschaftlichen Kräfte, natürliches Nationalbewusstsein wieder zu beleben, ohne das eine Ordnung der Gesellschaft in einem Staate“ aber auch „für ein gedeihliches Zusammenleben der Völker“ nicht bestehen könne. Leitender Gedanke für ihn war dabei „die Verantwortung der Menschen für den Menschen“ über die staatlichen Grenzen hinweg. Die Bejahung des Lebensrechts ethnisch-sprachlicher oder religiöser Minderheiten in ethnisch weitgehend homogenen Nationalstaaten war für ihn ein Teil der Menschenrechte, die er nicht nur als Individualrechte, sondern ganz wesentlich auch als Gruppenrechte verstanden wissen wollte. „Das Gruppenrecht als Basis friedlicher Konfliktlösungen und der Regionalismus als Herausforderung an die überkommenen Staatsstrukturen sind zwei Grundprobleme unserer Zeit ..., für Europa und für alle anderen Kontinente“, und deshalb plädierte er dafür, „dass ein Volksgruppenrecht geschaffen wird, das dem inneren und äußeren Frieden der Völker dient“. Diese Vorstellung führte im Herbst 1977 zur Gründung des INTEREG, des „Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus“, dessen Trägerverein Stingl ebenfalls vorstand, und das sich zum Ziel setzte, sowohl den Gruppenrechten zur Geltung zu verhelfen als auch den Regionalismus gesamteuropäisch zu stärken und „der europäischen Bewegung selbst neue wichtige Impulse“ zu geben.

Allerdings gestalteten sich die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den kommunistischen Regimen im ehemaligen Ostblock in der Zeit des Kalten Kriegs schwierig. Als sich nach der Wende von 1989/90 die Möglichkeit zu einem Neubeginn bot, insbesondere in den deutsch-tschechischen Beziehungen, ergriff Stingl sofort die Initiative. Schon 1991 gehörte er zu den Mitunterzeichnern der „Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen“, die mit dem Satz endet: „Die deutsch-tschechische Nachbarschaft muss gelingen!“ Er sah in dieser Erklärung, die manche Sudetendeutschen strikt ablehnten, eine Chance, Bewegung in die bilateralen Beziehungen zu bringen. Voraussetzung dafür war für ihn allerdings, dass jeder „von der Verabsolutierung seiner Interessen abzulassen“ habe, wie er es schon 1970 bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Ackermann-Gemeinde ausgedrückt hatte: „Der Nächste, den Gott gebietet als Bruder anzunehmen, ist für uns der Tscheche und für den Tschechen der Sudetendeutsche, das zweite Volk Böhmens. Erst wenn das auf beiden Seiten begriffen wird, wird sich das Geschick Böhmens und seiner beiden Völker wenden.“ In diesem Sinne zählte er auch zu den Erstunterzeichnern der „Versöhnung 95“, zusammen mit tschechischen Intellektuellen, und stimmte trotz einiger Vorbehalte der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 zu. Und nicht zuletzt gehört in diesen Zusammenhang sein Engagement im Koordinierungsrat des deutsch-tschechischen Forums seit 1998 und die persönliche Initiative, Spenden zu sammeln, um die Kirche seines Geburtsorts Maria-Kulm zu restaurieren.

VI.

Das Leben Josef Stingls war – geographisch gesehen – eng mit vier Stationen verbunden: Sudetenland, Berlin, Bonn und Nürnberg. Die frühen Jugenderfahrungen als Sudetendeutscher haben seine geistige Orientierung maßgeblich beeinflusst. Schon im Bund Staffelstein war er mit der katholischen Soziallehre in Berührung gekommen, mit deren Prinzipien er sich nach 1945 im Kolpingwerk in Berlin weiter intensiv auseinandersetzte. Sie wurden zu den unumstößlichen Orientierungspunkten seines politischen Handelns. Für Stingl gehörten „als Überbau Personalität, die Geschlossenheit der Person in sich und ihr Geöffnetsein gegenüber anderen“, Solidarität und Subsidiarität unabdingbar zusammen. „Dem gleichgewichtigen Personenbegriff entspricht als Strukturelement der Gesellschaft die Gleichrangigkeit von Subsidiarität und Solidarität.“ Dabei war ihm aber sehr wohl bewusst, dass „lediglich die Anerkennung der Individualnatur und der Sozialnatur für sich noch nichts aussagt über ein zwischen ihnen bestehendes Spannungsverhältnis“. Diese Erkenntnis bedeutete für ihn als Politiker, dass das „fruchtbare Spannungsfeld zwischen diesen natürlichen Teilkraften“ nicht aufgehoben werden oder in ein Missver-

hältnis geraten dürfe, weil sonst jede Ordnung, jede Gemeinschaft, jeder Staat „brüchig“ werde.

Von Anfang seiner beruflichen Tätigkeit an galt zwar sein Engagement der Sozialpolitik, und als Abgeordneter im Bonner Bundestag wurde er einer der profiliertesten Sozialexperten. Er war ein Mann der Mitte und des pragmatischen Ausgleichs, eine Integrationsfigur, der die Kunst beherrschte, divergierende Gruppierungen zusammenzuführen. Beim Ausgleich von Spannungen zwischen den Sozialpartnern verstand er sich als Moderator, was er auch mit seiner erfolgreichen Schlichtung gemeinsam mit Hans-Jürgen Wischniewski (SPD) im Druckerstreik von 1978 unter Beweis stellte. Aber auf die Sozialpolitik lässt er sich dennoch nicht verengen; seine ordnungspolitischen Vorstellungen wollte er nicht „vordergründig als soziale Politik“ verstanden wissen, sondern als Gesellschaftspolitik. „Gesellschaftspolitik ist die Gesamtheit aller Politik“, und insofern würde die Einordnung als reinem Sozialpolitiker Stingl nicht gerecht, zumal er sich zu vielen anderen politischen Themen äußerte – so auch in der Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen, die er vehement ablehnte.

Der CDU blieb er bis an sein Lebensende stets eng, aber wo es ihm geboten schien, auch kritisch verbunden. Als er keine führende Position im Gefüge der Partei mehr innehatte, wechselte er 1974 aufgrund seines Wohnsitzes in Bayern zur CSU, was aber keineswegs mit einer neuen parteipolitischen Präferenz zu tun hatte, wie vielfach kolportiert wurde, sondern ein ganz normaler Vorgang innerhalb der Unionsparteien war. Nach dem Tod seiner ersten Frau (1986) heiratete er 1988 die Leiterin des Arbeitsamts in Neuwied, Elvira Lougear, zog nach Leutesdorf am Mittelrhein um und wechselte wieder zur CDU. Er gehörte ihrem „Ältestenrat“ an und amtierte von 1997 bis 2003 als dessen Vorsitzender – nach Eugen Gerstenmaier, Karl Carstens und Walter Wallmann.

Die Tätigkeit an der Spitze der Nürnberger Bundesanstalt war zweifellos der Höhepunkt seiner beruflichen Karriere. Er verstand sein Amt vor allem als Auftrag und Pflicht zu helfen und war in unbestechlicher Überparteilichkeit Anwalt der Arbeitslosen und derer, die es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer hatten. Auch nach seinem Ausscheiden ließ er sich als Mitherausgeber der Forschungsberichte der Bundesanstalt weiterhin mit den Zahlen seines früheren Amtes versorgen, so dass er immer bestens informiert war. Seine Fachkompetenz war gefragt: Jahrelang hielt er Vorlesungen an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die ihm 1979 die Ehrendoktorwürde verlieh; er war Ehrensenator der Universität Mannheim und seit 1984 Honorarprofessor an der Universität Bamberg, wo er das Fachgebiet „berufliche Weiterbildung“ vertrat.

Obwohl er von seinem Amt stets besonders gefordert wurde, bewies er weit darüber hinaus ein vielfältiges Engagement: als Mitglied im Zentralkomitee

der deutschen Katholiken, wo er lange Jahre Vorsitzender der Kommission „Wirtschaft und Gesellschaft“ war, als Vizepräsident des Deutschen Katholikentags 1964, als Mitglied des Präsidiums des Familienbundes der Deutschen Katholiken, als Mitglied der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland (1971–1975), als Präsidiumsmitglied des Sudetendeutschen Rats und nicht zuletzt als Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde. Diese Arbeit verstand er immer als Dienst an und für die Kirche in Deutschland und als Aufgabe der Verständigung und Versöhnung mit den ostmitteleuropäischen Völkern, vor allem den Nachbarn in Böhmen, Mähren und in Schlesien.

Mit zahlreichen Ehrungen und Auszeichnungen wurde das breite Spektrum Stingls gewürdigt. Er war u. a. Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband, des Bayerischen Verdienstordens, des Europäischen Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Großkreuzes des päpstlichen Gregoriusordens.

An seinem 85. Geburtstag ist er in Leutesdorf verstorben. Er hat in seinem Leben viel bewegt. Der Sozialpolitiker aus Leidenschaft hat mit Augenmaß an dem sozialen Netz mitgewirkt, dem die Bundesrepublik ihre beachtliche politische Stabilität verdankt.

SCHRIFTEN (Auswahl)

Politische Reflexionen zur Oder-Neiße-Linie, in: Eichholz-Brief, H. 2 (1965), S. 13–17. – Probleme und Aufgaben der Sozialpolitik in den nächsten Jahren, in: Zeitschrift für Sozialreform, Bd. 13, Heft 9 (1967), S. 513–523. – Die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz, in: Soziale Arbeit (Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete, Bd. 18), Heft 10 (1968), S. 417–428. – Das Soziale und das Nationale in der Politik. Überlegungen aus der Erfahrung nach 1945 für die Gesellschaftspolitik der Zukunft, in: H. *Glassl/O. Pustejovsky* (Hg.), Ein Leben – Drei Epochen. Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, München 1971, S. 277–289. – Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Humanitäre Verpflichtungen und gesellschaftspolitischer Auftrag, in: Tübinger Brief: Berichte, Auswertungen, Mitteilungen und Notizen aus dem Internationalen Bund für Sozialarbeit, Bd. 17, Heft 2 (1971), S. 26–59. – Berufliche Mobilität, in: W. *Braun* (Hg.), Grundfragen der betrieblichen Personalpolitik. Festschrift zum 65. Geburtstag von August Marx, Wiesbaden 1972, S. 315–326. – Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, in: Schriftenreihe des Verbands der Metallindustrie in Baden-Württemberg, Bd. 7, Stuttgart 1973, 12 S. – Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, in: Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankgeschichte, Bd. 14, Mainz 1976, S. 3–15. – Strukturwandel und Arbeitsmarkt, in: International Christian Union of Business Executives (Zeitschrift des Weltverbandes Christlicher Unternehmer, Bd. 10), Heft 3 (1977), S. 15–21. – Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik, in: B. *Gemper* (Hg.), Stabilität im Wandel. Wirtschaft und Politik unter dem evolutionsbedingten Diktat. Festschrift für B. Gleitze zum 75. Geburtstag, Berlin 1978, S. 117–127. – Zusammen mit H. *Glau-brecht*: Personalprobleme im Konjunkturverlauf, in: Schriften der Deutschen Gesellschaft für Personalführung, Bd. 38, Köln 1976, 25 S. – Zusammen mit A. *Rauscher*:

Das Übel der Arbeitslosigkeit, in: Kirche und Gesellschaft, hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Nr. 55 (1978), 16 S. – Arbeit in unserer Industriegesellschaft – Zur Diagnose der Beschäftigungssituation, in: P. Klemmer (Hg.), Arbeit und Beschäftigung – Zentralproblem unserer Gesellschaftspolitik (Werdende Welt. Analysen und Aspekte zur Orientierung des Christen, Bd. 28), Limburg 1980, S. 11–23. – Die Eingliederung besonders benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt, in: Beiträge zur Jugend- und Erwachsenenbildung auf dem Land, Heft 19, Hamminkeln-Dingden 1978, 24 S. – Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, in: Internationales Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus (Hg.), Regionalismus in Europa. Bericht über eine wissenschaftliche Tagung, Brixen (Südtirol) – 30. Oktober bis 3. November 1981, München 1981, S. 256–264. – Arbeitsmarkt und Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Sonderdruck aus: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, hg. von H. Pohl und W. Treue, Beiheft 32, Wiesbaden 1984, 11 S. – Bildung für die Zukunft aus der Sicht des Arbeitsmarktpolitikers, in: Pädagogik und freie Schule. Schriftenreihe der Fördergemeinschaft für Schulen in freier Trägerschaft e.V., Heft 30 (1984), 28 S. – Auswirkungen des technischen Wandels auf den Arbeitsmarkt, in: Schriften der Hermann-Ehlers-Akademie, Bd. 15, Kiel 1984, 11 S. – Mensch und Arbeit. Die Arbeit als kultur- und sozialanthropologische Kategorie, in: W. von der Ohe (Hg.), Kulturanthropologie. Beiträge zum Neubeginn einer Disziplin. Festgabe für E. K. Francis zum 80. Geburtstag (Sozialwissenschaftliche Abhandlungen der Görres-Gesellschaft, Bd. 15), Berlin 1987, S. 89–104. – Die Geringfügigkeitsgemeinschaften in der sudetendeutschen Landsmannschaft, in: Zeitschrift für politische Bildung, 35 (1998), S. 21–25. – Flucht und Vertreibung, in: W. Becker/G. Buchstab u. a. (Hg.), Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 531f.

LITERATUR (Auswahl)

H. Schmid-Egger u. E. Nittner, Staffelstein. Jugendbewegung und katholische Erneuerung bei den Sudetendeutschen zwischen den Großen Kriegen. München 1983. – Mensch und Arbeitswelt. Festschrift für J. S. zum 65. Geburtstag 1984, hg. v. A. Kohl u. G. Spiegl u. a. Stuttgart 1984. – H. George: Der Sozialpolitiker J. S. im Bundestag, in: ebd. S. 121–134. – E. Nittner: J. S. und die Kontinuität einer sozialetischen Maxime, in: ebd. S. 369–382. – Vierzig Jahre nach der Vertreibung. Aus dem Egerland. Unser Falkenauer Heimatkreis – einst und heute. Eine Dokumentation und Aussage über unsere verlorenen und zerstörten Städte und Orte im Falkenauer Land. Offenburg o.J. [1985]. – G. Buchstab, J. S., in: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hg. v. W. Becker/G. Buchstab u. a. Paderborn 2002, S. 374. – Verantwortung aus dem Glauben – Versöhnung der Gemeinschaften in Europa. Gedenkschrift für Prof. Dr. h.c. J. S. (Schriftenreihe der Ackermann Gemeinde 36), hg. von R. Paleczek, München 2004. – G. Buchstab, J. S., in: Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 12, hg. von J. Aretz/R. Morsey/A. Rauscher. Münster 2007, S. 177–199, 241f.

Nachlass: Archiv für Christliche Demokratie (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung

Einführung

Von Hans Günter Hockerts

Ein geflügeltes Wort sagt, dass die Politiker das erste Wort haben, die Journalisten das zweite und die Historiker das letzte. Im Blick auf die Ära Kohl haben die Historiker jedoch noch längst nicht das letzte Wort gesprochen. Im Gegenteil, die 1980er und 1990er Jahre rücken erst seit Kurzem in den Fokus der zeithistorischen Forschung, und dabei zeichnen sich die Konturen einer epochalen Umbruchszeit ab, deren Erforschung eine konzeptionelle Herausforderung großen Stils darstellt. Hier ist zum einen an die weltpolitische Epochenzäsur der Jahre 1989/91 zu denken, mit der – einem Periodisierungsvorschlag von Hans-Peter Schwarz zufolge – die „neueste deutsche Zeitgeschichte“ beginnt.¹ Zum anderen ist der tiefgreifende Wandel der sozialökonomischen und sozialstrukturellen Verhältnisse in der westlichen Welt hervorzuheben, den Eric Hobsbawm als „Erdrutsch“ bezeichnet hat.² So gesehen geht es um nichts Geringeres als um die Konzipierung einer gegenwartsnahen Zeitgeschichte, die nicht mehr die Grundverhältnisse des Nachkriegsbooms vor Augen hat, sondern den in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einsetzenden Abschied von der industriegesellschaftlichen Hochmoderne.³ Damit gingen Wandlungsprozesse von großer Brisanz einher. Sie lassen sich als Vorgeschichte von Problemlagen beschreiben, die unsere Gegenwart prägen. Für das Themenfeld der Sozialpolitik gilt dies ganz besonders. Denn nach seiner Entfaltung in der Boomphase geriet der Sozialstaat fast überall in der westlichen Welt in Bedrängnis.⁴ Seither ist unablässig von einer „Krise des Sozialstaats“ die Rede. Schlagworte wie „Umbau“, „Rückbau“ oder „Abbau“ durchdringen seither die sozialpolitischen Debatten.

1 Hans Peter SCHWARZ, *Die neueste Zeitgeschichte*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003), S. 5–28.

2 Eric HOBSBAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 501.

3 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 559–581.

4 Kundige Überblicke bei Franz-Xaver KAUFMANN, *Herausforderungen des Sozialstaates*, Frankfurt/M. 1997; Nico A. SIEGEL, *Baustelle Sozialpolitik. Konsolidierung und Rückbau im internationalen Vergleich*, Frankfurt/M. u. a. 2002.

Es empfiehlt sich also, das hier zu verhandelnde Thema der „Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung“ in einen übergreifenden Rahmen einzuordnen, der das epochale Ausmaß der Herausforderungen und des Veränderungsdrucks erkennbar macht.⁵ Die wohl wichtigste Schubkraft ging vom Wandel der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Zwei Wellen weltweiter Rezessionen offenbarten, dass der „kurze Traum immerwährender Prosperität“⁶ an ein Ende kam: die erste 1974/75, die zweite – mit noch gravierenderen Auswirkungen – im Übergang zur Ära Kohl 1980/82. Beide Male gerieten die meisten Industriestaaten in eine Krise neuen Typs, für die sich der Neologismus „Stagflation“ einbürgerte. Auch nach der Überwindung der Konjunkturinbrüche verlangsamte sich das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums; es erreichte nie wieder das im Nachkriegsboom gewohnte Zuwachsniveau. Ein besonders alarmierendes Symptom lag im Verlust der Vollbeschäftigung. Diese hatte in der Boomphase das Kernstück des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements gebildet; nun aber kletterte die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik von 0,7 Prozent (1970) über 4,6 Prozent (1976) auf 9,3 Prozent (1985); sie sank bis 1991 wieder auf 6,3 Prozent, stieg dann jedoch steil bis 12,7 Prozent im Jahre 1997.⁷ Die Aufschwünge reichten also nicht mehr aus, um den Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit zu revidieren. Dies verweist auf strukturelle Zusammenhänge, denen mit den vertrauten Mitteln einer „Globalsteuerung“ keynesianischer Prägung nicht mehr wirkungsvoll beizukommen war.⁸

Das Codewort „Globalisierung“ macht darauf aufmerksam, dass in den wirtschaftlichen Verwerfungen der 1980er und 1990er Jahre weit mehr zum Ausdruck kommt als der Kollaps des Weltwährungssystems von Bretton Woods (1973) und die drastische Verteuerung der Energie durch die Ölpreisschocks. Es verweist auf die beschleunigte Internationalisierung der Geld-, Kapital- und Warenmärkte, die ihrerseits mit vielfältigen Wandlungstendenzen verbunden war. Stichwortartig seien genannt: rasante Entwicklungen im Bereich neuer Technologien, die das Informations-, Kommunikations- und Transportwesen revolutionierten; der Aufstieg Japans und der ostasiatischen Schwellenländer

5 Vgl. dazu ausführlicher Hans Günter HOCKERTS, *Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert*, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 3–29.

6 Burkart LUTZ, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1989.

7 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), *Statistisches Taschenbuch 2006*, Bonn 2006, Tabelle 2.10 (Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbsspersonen).

8 Zum Aufstieg und Fall des Glaubens an die Möglichkeiten einer „Globalsteuerung“ keynesianischer Prägung vgl. Tim SCHANETZKY, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2007.

zu wichtigen Exportnationen; neue Formen der betrieblichen Produktion und der Organisation transnationaler Unternehmen mit der Tendenz, die Wertschöpfungskette im weltweiten Rahmen aufzuspalten. Hinzu kam die entschlossene Politik der Liberalisierung und Deregulierung, die sich zunächst in den angelsächsischen Ländern (Reaganomics, Thatcherismus) und im Regime des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der OECD durchsetzte, dann auch in der Europäischen Gemeinschaft und – nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums – auch in den osteuropäischen Transformationsländern. Die Folge war nicht nur eine Verschärfung, sondern auch eine neue Dimensionierung des internationalen Wettbewerbs. Denn die Globalisierung verwandelte die herkömmliche „standortgebundene Absatzkonkurrenz“ in eine „Standortkonkurrenz zwischen Staaten“.⁹

Das Schlagwort des „Postfordismus“, das in den 1980er Jahren aufkam, hebt einen für die Arbeitswelt besonders bedeutsamen Zusammenhang hervor. Als „fordistisch“ galt eine auf standardisierter Massenanfertigung beruhende Produktionsweise, die in den 1950er und 1960er Jahren großindustriell verbreitet war. In den 1970er Jahren begann in hoch entwickelten Industriestaaten wie der Bundesrepublik der Rückzug dieses Produktionsmusters, was vielfache Gründe hatte, aber nicht zuletzt mit den neuen Weltmarktbedingungen zusammenhing. Standardisierte Massengüter konnten nun andernorts billiger hergestellt und weltweit abgesetzt werden. Hingegen lag die Chance der traditionell führenden Industrienationen in dem Übergang zu einem Produktionsregime anderer Art, das auf technologieintensive Güter ausgerichtet ist, auf ständiger technologischer Innovation beruht und jederzeit neu konfigurierbare Organisationsformen bevorzugt.¹⁰

Im Zusammenwirken solcher Faktoren veränderten sich die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt tiefgreifend. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze sank in den Traditionsindustrien dramatisch; sie nahm jedoch auch in den neuen Wachstumsbranchen der industriellen Produktion aufgrund von Rationalisierungseffekten langfristig ab. Hingegen dehnte sich der Dienstleistungssektor kontinuierlich aus. Er beschäftigte seit dem Ende der 1970er Jahre die Mehrzahl der Arbeitnehmer, vermochte aber die industriellen Arbeitsplatzverluste nicht zu kompensieren. Denn auch im tertiären Sektor machte sich ein großes Rationalisierungspotential bemerkbar, vor allem im Blick auf die

9 Deutscher Bundestag (Hg.), *Schlussbericht der Enquête-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft*, Opladen 2002, S. 226.

10 Werner ABELSHAUSER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 432–436; Dieter SAUER, *Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2007), S. 309–328; Charles S. MAIER, *Two Sorts of Crisis? The „long“ 1970s in the West and the East*, in: Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004, S. 49–62.

Computertechnologie. Zudem schritt die Tendenz zur Flexibilisierung von Erwerbsformen und Arbeitszeiten voran, Qualifikationsanforderungen stiegen, die Beschäftigungschance gering Qualifizierter verschlechterte sich rapide, kurz: die Anzeichen einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses – also der dauerhaften Vollzeitbeschäftigung – mehrten sich.

Zu den Begleiterscheinungen des epochalen Wandels zählt der Aufstieg neoliberaler Axiome.¹¹ So schillernd der Begriff des Neoliberalismus im Einzelnen auch sein mag, so verweist er doch grundsätzlich auf „mehr Markt“ und „weniger Staat“ sowie auf ein Wachstumsmodell, das die Währungsstabilität als entscheidende makroökonomische Größe betrachtet (Monetarismus) und nicht mehr primär nachfrage-, sondern angebotsorientiert ist, also die Rentabilität unternehmerischen Handelns zu verbessern sucht (Angebotsökonomie). Das Programm, mit dem die Regierung Kohl 1982 startete, zielte in genau diese Richtung.

Der hier nur kurz und grob umrissene Abschied von der klassischen Industriemoderne hat das Relationsgefüge der Sozialpolitik einschneidend verändert. Denn so wurden Säulen unterspült, die den Ausbau des Sozialstaats in der Boom-Periode getragen hatten: stabile Produktionsmuster, stabile Arbeitsverhältnisse, kontinuierliche Erwerbsbiographien. Die hohe Arbeitslosenquote verminderte einerseits die Einnahmen des Sozialstaats; andererseits erhöhte sie den Ausgabendruck gewaltig: Man hat die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik beispielsweise für das Jahr 1996 auf fast 160 Milliarden DM geschätzt.¹² Außerdem schrumpften die Verteilungsspielräume im Maße des schwächeren Wirtschaftswachstums und der drückenden Last der Staatsverschuldung. Auch die wachsende Standortkonkurrenz machte sich sozialpolitisch bemerkbar: Die Internationalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte ermöglichte es dem „Faktor Kapital“ mehr als zuvor, sich nationalen Bindungen zu entziehen oder mit der Abwanderung zu drohen. So erhielt das Ziel, die Attraktivität des nationalen Standorts für die mobilen Produktionsfaktoren zu erhöhen, einen Rangschub nach oben, oder anders gesagt: Die Kapitalseite gewann an „Einfluss auf die nationalen

11 Zum Aufstieg des neoliberalen Paradigmas in der meinungsbildenden Presse der Bundesrepublik Deutschland (mit einem Sprung nach oben 1979/1983) vgl. Thorsten LANGE, *Die Bedeutung der Neuen Vertragstheorie für die Neoliberale Wende*, in: Lutz RAPHAEL/Heinz E. TENORTH (Hg.), *Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte*, München 2006, S. 161–172.

12 Hans-Jürgen KRUPP/Joachim WEEBER, *Die Zukunft des Sozialstaates vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung*, in: Sozialer Fortschritt 46 (1997), S. 245–256, hier S. 249 (alle einschlägigen Ausgaben und Mindereinnahmen von Bundesanstalt für Arbeit, Bundeshaushalt, Ländern und Gemeinden, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung).

Finanzen und insbesondere auch auf den Sozialhaushalt und die Verteilung der sozialen Lasten“.¹³

Zum Wandel der Rahmenbedingungen zählen zudem einige Verschiebungen im sozialstrukturellen bzw. sozialkulturellen Gefüge. Hier ist vor allem an den Umbruch der familiären Lebensformen und die demographische Entwicklung zu denken. Im Zuge der „Entstandardisierung“¹⁴ von Ehe und Familie geriet das traditionelle Leitbild des männlichen Familienernährers, der die Ehefrau mitversorgt, in zunehmende Spannung zu einer komplexeren sozialen Wirklichkeit. Die Heiratshäufigkeit sank, während die Scheidungsraten stiegen; ebenso wuchsen die Anteile der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, der Ein-Personen-Haushalte und der Alleinerziehenden. Besonders deutlich veränderte sich das Erwerbsverhalten von Müttern: Die Erwerbsquote von Frauen mit Kindern stieg kontinuierlich und erreichte im Jahr 2000 rund 70 Prozent.¹⁵ Mit dem Rückgang der traditionellen Familie verlor der Sozialstaat eine herkömmliche Garantie unbezahlter sozialer Dienste. Somit schrumpfte eine „stille Reserve“¹⁶ der Wohlfahrtsproduktion, während neue sozialpolitische Bedarfslagen entstanden, gerade auch im familiären Bereich. Mit der Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (1985) sowie der rentenrechtlichen Anerkennung von Kindererziehungszeiten (1985) setzte die Regierung Kohl in dieser Hinsicht Akzente.¹⁷

Der für die Sozialpolitik langfristig so bedeutsame demographische Wandel ergab sich aus dem Zusammenwirken von sinkender Geburtenrate und zunehmender Lebenserwartung. Zum letzten Mal waren in der Bundesrepublik anno 1971 mehr Geburten als Sterbefälle zu verzeichnen. Pro tausend Einwohner gerechnet, fiel die westdeutsche Geburtenrate um die Mitte der 1970er Jahre auf den niedrigsten Stand in der Welt, und sie rückte bis 1987 nur bis zur vorletzten Stelle auf.¹⁸ Hingegen setzte sich der Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung in markanter Weise fort. So kam jener Prozess der Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft in Gang, der unter dem Stichwort der „de-

13 Hans F. ZACHER, *Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 1, Baden-Baden 2001, S. 333–684, Zitat S. 592.

14 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 314.

15 Heribert ENGSTLER/Sonja MENNING, *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland*, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2003, S. 107.

16 KAUFMANN (wie Anm. 4), S. 61.

17 Vgl. Die Ära Kohl im Gespräch: Die Familien-, Frauen- und Jugendpolitik nach 1982, in: HPM 11 (2004), S. 243–309.

18 Rainer GEISSLER, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Opladen 1992, S. 289.

mographischen Herausforderung“ zu einem besonders brisanten Thema der sozialpolitischen Debatte avancierte. Zu den vielfältigen sozialpolitischen Aspekten der „demografischen Zeitenwende“¹⁹ zählen die wachsende Bedeutung der Pflege alter Menschen und der steigende Kostentrend der Rentenversicherung. Beide Problemkreise rückten in der Ära Kohl auf die Agenda. Darauf verweisen die Einführung der Pflegeversicherung (1994) und die im November 1989 verabschiedete „Rentenreform 1992“. Diese rentenpolitische Novelle war die letzte der alten Bundesrepublik und zugleich die erste, die dezidiert im Zeichen der „demographischen Herausforderung“ stand. Als Spargesetz angelegt, suchte die Novelle den demographisch absehbaren Anstieg des Beitragssatzes zu verlangsamen und zu begrenzen.

Ein Gesamtbild der veränderten Verhältnisse muss auch die wachsende europäische Dimension der Sozialpolitik beachten. Seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 überlagern mittelbare und unmittelbare Vorgaben der Europäischen Union stärker als zuvor die Gestalt der nationalen Sozialstaatlichkeit. Zwar blieben die Kernbereiche der Einkommenssicherung und der Dienstleistungssysteme weitgehend in nationaler Hand, doch gingen von der EU-Politik „zur Förderung der Marktintegration und zur Stärkung des ‚Wettbewerbsstaates‘“²⁰ beträchtliche Impulse und Anpassungszwänge aus. Hinzu kam der Druck der Maastrichter Konvergenzkriterien, die finanzpolitisch disziplinierend wirken und zur Haushaltskonsolidierung mahnen.

Zu all diesen komplexen Wirkungsketten trat im deutschen Fall noch eine Herausforderung allergrößten Stils: die sozialpolitische Bewältigung der Wiedervereinigung. Die Aufgabe, zwei über Jahrzehnte hinweg stark divergierende Wege deutscher Sozialstaatlichkeit zusammenzuführen und die unter massivem Zeitdruck stehende staatliche Einigung sozialpolitisch zu flankieren, schuf in vielfacher Hinsicht eine einzigartige Sondersituation. Die deutsche Einigung war ein Glücksfall der Freiheits- und Nationalgeschichte. Sie führte jedoch zu sehr hohen Folgekosten und verschärfte die latente Krise des Sozialstaats. Um die Größenordnung des Problems zu verdeutlichen, möge ein Hinweis auf die extrem hohe Sozialleistungsquote in den neuen Bundesländern genügen: Diese schwankte in den 1990er Jahren zwischen 45 und 55 Prozent.²¹

Die Epochenzäsur der deutschen Einigung teilt die Ära Kohl also auch auf dem Feld der Sozialpolitik in ein „davor“ und „danach“. Die Kosten des Sozialstaats zu dämpfen und die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren: Dieses

19 Herwig BIRG, *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München 2001.

20 Manfred G. SCHMIDT, *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, 3. Aufl., Opladen 2005, S. 252.

21 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), *Sozialbericht 2001*, BT-Drs. 14/8700 vom 21.3.2002, S. 224.

Ziel besaß bis 1989 eine so hohe Priorität, dass die Sozialleistungsquote und die Staatsquote in der ersten Hälfte der Ära Kohl tatsächlich rückläufig waren. Im Zuge der deutschen Vereinigung brach die Konsolidierungstendenz dann jedoch ab: Die deutsche Sozialleistungsquote stieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wieder stark an und erreichte 1996/97 den Rekordstand seit der Gründung der Bundesrepublik. Ebenso kletterten die Beitragssätze zur Sozialversicherung und die öffentlichen Schulden in dieser Zeit auf einen neuen Höchststand. Allerdings setzte 1993/94 auch wieder eine Gegentendenz ein – eine Politik der Kürzungen im Sozialbereich, hervorgerufen durch massive fiskalische Engpässe, wirtschaftliche Rezession, die Einhaltung der Maastrichter Kriterien und die nun mit voller Wucht durchschlagende „Standortdebatte“. Die Politik der Kürzungen gipfelte 1996 in einem rigorosen Sparpaket, das gegen eine breite Ablehnungsfront und heftige Proteste der Opposition und der Gewerkschaften durchgesetzt wurde. Das Paket umfasste so scharfe Einschnitte wie die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall um 20 Prozent. Zudem wurden einige Schutzvorschriften im Arbeitsrecht abgebaut. Die Proteststürme, die dieses Sparpaket hervorrief, passen nicht recht zu der Ansicht, es habe in den 1990er Jahren nur „sehr schüchterne Reformversuche“ gegeben.²²

Die Anordnung der folgenden Beiträge entspricht der Zweiteilung der Ära Kohl. Der Heidelberger Politologe Manfred G. Schmidt, dem wir mehrere Standardwerke zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik im internationalen Vergleich verdanken, geht dieser Frage nach: Welche Möglichkeiten und Hindernisse, welche Ziele und Ergebnisse kennzeichnen die Reformpolitik der bürgerlich-liberalen Regierung Kohl bis 1989? Der emeritierte Münchner Historiker Gerhard A. Ritter, dessen Buch über den „Preis der deutschen Einheit“ sehr große Resonanz gefunden hat und mit dem Preis des Historischen Kollegs ausgezeichnet wurde, legt sodann dar, wie die sozialstaatliche Flankierung der deutschen Einigung verlief und welche Konsequenzen die Vereinigung für den bundesdeutschen Sozialstaat hatte.

22 Jürgen KOCKA, *Arbeiten an der Zukunft. Fragen, Ergebnisse, Vorschläge*, in: DERS. (Hg.), *Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays*, Berlin 2007, S. 9–26, Zitat S. 21.

Sozialpolitik 1982–1989

Von Manfred G. Schmidt

1. Fragestellung

Die Jahre von 1982 bis 1989 sind ein weiteres dramatisches Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik. Die seit Oktober 1982 amtierende und von Helmut Kohl geführte Koalition aus CDU, CSU und FDP verschreibt sich einer grundlegenden „Wende“ in der Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt. Mehr Markt, mehr Selbsthilfe und weniger Staat sind die Stichworte des angekündigten ordnungspolitischen Strategiewechsels. Für die Sozialpolitik heißt das vor allem Konsolidierung der Sozialfinanzen und institutionelle Reformen, und zwar in Richtung eines Umbaus, der den Sozialstaat wetterfester machen soll gegen die Stürme der Demographie und der Wirtschaft sowie gegen mögliche Begehrlichkeiten der Politik.

Das Vorhaben der Regierung Kohl ist mutig – und innenpolitisch höchst umstritten. Keine der bis dahin amtierenden Bundesregierungen hatte einen ähnlich weitreichenden Politikwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik angekündigt. Und keine hatte sich so eindeutig für die Sanierung der Staatsfinanzen einschließlich des Sozialbudgets ausgesprochen und weitere tiefgreifende Veränderungen in der Sozialpolitik in Aussicht gestellt.

Wie weit kommt die Regierung Kohl mit dem Plan, zugleich die Staatsfinanzen zu konsolidieren und die Reform der Sozialpolitik einzuleiten, einen „Sozialstaatumbau“ anzugehen, wie es alsbald in amtlichen Verlautbarungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung hieß? Ferner: Wo liegen die Erfolge und wo die Grenzen beider Vorhaben? Und wie lassen sich Erfolge und Grenzen der Sozialpolitik von 1982 bis 1989 erklären?¹

Diese Fragen zielen nicht nur auf ein sozialpolitisch interessantes Gebiet. Die Analyse der Politik der Jahre von 1982 bis 1989 ist auch deshalb lehrreich, weil sie besser als alle anderen Perioden in der Geschichte der Bundesrepublik zeigt, wie weit eine bürgerlich-liberale Regierung in ihrer Reformpolitik gehen kann und wo ihre Reformgrenzen liegen. Wie kaum eine andere Bundesre-

¹ Soweit nicht anders dargelegt, basieren alle Aussagen in diesem Manuskript auf umfangreichen Auswertungen der Sozialpolitik von 1982 bis 1989, vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 7: *Bundesrepublik Deutschland 1982-1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform*, hg. von Manfred G. SCHMIDT, Baden-Baden 2005; Manfred G. SCHMIDT, *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*, 3. Aufl., Wiesbaden 2005; DERS., *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder*, München 2007, S. 391–417.

gierung vor ihr, hatten die Kabinette Kohl in den Jahren 1982 bis 1989 besonders günstige politische Rahmenbedingungen auch für große Wendemanöver auf ihrer Seite. Die Frage ist, inwieweit diese Bedingungen genutzt wurden oder ungenutzt blieben und welches die Gründe dafür waren.

2. Von den Erfolgen der Sozialpolitik 1982–1989

Den Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 nutzt die Regierung Kohl in der Sozialpolitik für beides – für finanzielle Konsolidierung und, insbesondere ab 1984/85, für institutionelle Reformen.

2.1 Finanzielle Konsolidierung

Die Sanierung der Sozialfinanzen beherrscht die Sozialgesetzgebung vom Regierungswechsel im Oktober 1982 bis Ende des Jahres 1983. Ihr „Kernstück“² besteht aus dem Haushaltsbegleitgesetz 1983³ und dem Haushaltsbegleitgesetz 1984⁴. Diese Gesetze zielen auf die rasche finanzielle Konsolidierung der Staatsfinanzen, und zwar auf der Ausgabenseite ebenso wie auf der Einnahmenseite: Neben Einschnitten bei den Sozialleistungen werden Einnahmestockungen fällig. Hinsichtlich der Adressaten fällt auf, dass die Absenkung der Sozialleistungen nicht Halt vor dem – politisch besonders wichtigen – Funktionsbereich Alter und Hinterbliebene macht. Auch der Sozialausgabenanteil des Gesundheitswesens am Bruttoinlandsprodukt sinkt, ebenso der Ausgabenanteil für Ehe und Familie sowie für die Beschäftigung.

Die finanzielle Konsolidierung der Jahre von 1982 bis 1989 ist in quantitativer Hinsicht sehr beachtlich. Die geplante „Sofortbremsung“ funktioniert. Sie verringert die Sozialleistungsquote, den Anteil der öffentlichen Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, von 33 Prozent im Jahr 1982 bis 1990 auf 29,1 Prozent. Damit schrumpft die Sozialleistungsquote um fast vier Prozentpunkte oder um rund 12 Prozent. Das ist viel, im historischen Vergleich mit den Jahren von 1950 bis 1982 ein Novum und im internationalen Vergleich höchst beachtlich.⁵ Denn die Koalition aus CDU, CSU und FDP beginnt mit der Konsolidierung der Sozialfinanzen früher als die meisten anderen OECD-

2 Karl HAUCK/Karl und Yvonne BÜRSCH, *Die sozialrechtliche Gesetzgebung 1982 und 1983*, in: *Jahrbuch des Sozialrechts der Gegenwart*, Bd. 6, Berlin 1984, S. 21–36, hier S. 21.

3 Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20.12.1982 (BGBl. I, S. 1857).

4 Gesetz über Maßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte und zur Stabilisierung der Finanzentwicklung in der Rentenversicherung sowie über die Verlängerung der Investitionshilfeabgabe (Haushaltsbegleitgesetz 1984) vom 22.12.1983 (BGBl. I, S. 1513).

5 Berechnungsgrundlage Organisation for Economic Co-operation and Development, *Social Expenditure Statistics of OECD Member Countries*, Paris 1996.

Staaten – und sie kommt dabei weiter voran als die meisten anderen Länder. Selbst die Reagan-Administration in den USA der 1980er Jahre und Großbritanniens konservative Regierung unter Margaret Thatcher, die sich beide einem weitreichenden Reformkurs zugunsten des Marktes verschrieben haben, sind bei dem Bemühen, die Sozialfinanzen zu drosseln, in dieser Dekade weniger erfolgreich als die christlich-liberale Regierung in Deutschland – gemessen an der erwähnten Messlatte, der Sozialleistungsquote.⁶ Nur in den Niederlanden und in Irland schrumpft die Sozialleistungsquote zwischen 1982 und 1990 stärker als in Deutschland, so die Ergebnisse der Auswertung von Daten der OECD.

2.2. Institutionelle Reformen

Zum Erfolg bei der quantitativen Konsolidierung der Sozialfinanzen kommen vor allem seit 1984/85 institutionelle Reformen hinzu, die im Zeichen des „Sozialstaatsumbaus“ stehen und bereichsweise auch im Zeichen der weiteren Expansion der Sozialpolitik, so dass am Ende dieser Jahre das Bundesarbeitsministerium mit einer Erfolgsstory aufwartet: „Sozialstaat qualitativ und quantitativ ausgebaut“⁷, so heißt es in den „Sozialpolitischen Informationen“ im August 1990.

- Zu den Reformen gehören, ich nenne nur in Stichworten das Allerwichtigste,
- die Aufwertung familienpolitischer Hilfen, unter ihnen die rentenversicherungsrechtliche Anerkennung der Kindererziehungszeiten und die Einführung des Erziehungsgeldes und eines Erziehungsurlaubes für Väter und Mütter,
- der Ausbau der aktiven und der passiven Arbeitsmarktpolitik weit über das Niveau hinaus, das unter den SPD-geführten Regierungen erreicht wurde,
- ehrgeizige Frühverrentungsprogramme, die in großem Umfang zur Verringerung des Arbeitskräfteangebots beitragen, allerdings um den Preis hoher Belastung des Sozialietats,
- Maßnahmen zur Bewältigung der „Neuen Sozialen Frage“, wie die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Hinterbliebenenversorgung, ferner der Ausbau der Förderung von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden und die schonende Behandlung organisationschwacher Gruppen, beispielsweise der Sozialhilfeempfänger,

6 Allerdings hatten die britische und die amerikanische Regierung in den 1980er Jahren den Vorteil eines höheren Wirtschaftswachstums auf ihrer Seite und profitierten insoweit in weit größerem Maß als Deutschland von der „anonyme(n) Sozialpolitik des Marktmechanismus“ (Hans ROSENBERG, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Frankfurt/M. 1976, S. 217).

7 Sozialpolitische Informationen 24, Nr. 9 (1990), S. 1.

- der Einstieg in Liberalisierungsreformen, und zwar zunächst im Mietrecht, später auch im Arbeitsmarkt insbesondere mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985,
- allerdings auch die weitere Entwertung von Ausbildungszeiten in der Rentenversicherung
- und die Rentenreform 1992, die durch einen ausgeklügelten Finanzierungsverbund zwischen Beitragssatz, Schwankungsreserve und einem steuerfinanzierten Bundeszuschuss zur Alterssicherung einen Schutzwall um die gesetzliche Rentenversicherung errichtet und auch deshalb im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) in den allerhöchsten Tönen gelobt wird.⁸

3. Gründe der Erfolge der Sozialpolitik 1982–1989

Welche Gründe hatten die Erfolge der Regierung Kohl beim Konsolidieren des Sozialbudgets und beim Einstieg in die Reformen zum Sozialstaatsumbau? Und wie gelang es der Koalition aus CDU/CSU und FDP, die politischen Gefahren zu umschiffen, die gemeinhin auf den lauern, der sich anschickt, Sozialleistungen umzubauen oder gar zurückzuschneiden?

Eine sparsame und doch gehaltvolle Antwort auf diese Frage erlaubt die Theorie der reformpolitischen Gelegenheiten. Dieser Lehre zufolge haben jene Regierungen gute Chancen, größere Reformvorhaben zu planen und umzusetzen, die fünf Bedingungen erfüllen:

- Erstens eine landesweite Krisenstimmung und die landesweit verbreitete Überzeugung, dass zur Lösung der Krise ein Politikwechsel nötig ist,
- zweitens ein ausdrückliches Mandat für die Reform,
- drittens ein Honeymoon-Effekt, nämlich der Vorteil, dass die Wähler in der Zeit kurz nach einem Regierungswechsel die Fehler, Schwächen und Kosten neuer Maßnahmen den Regierungen nachsehen oder hauptsächlich als Folge des Erbes der Vorgängerregierung werten,
- viertens eine schwache bzw. diskreditierte Opposition und
- fünftens politisch-ideologische Homogenität der Regierungsparteien.⁹

⁸ Dieser Verbund stelle sicher, so urteilte später das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) in einer Schrift zum zehnjährigen Dienstjubiläum des Bundesarbeitsministers Blüm, dass keiner „überevorteilt oder abgehängt“ würde (BMA, *Norbert Blüm, 10 Jahre Bundesarbeitsminister*, Bonn 1992, S. 20). Stolz fügten die Verfasser dieses Berichts hinzu, der Finanzierungsverbund verdiene eigentlich das Prädikat „genial“. Zukünftige finanzielle Belastungen der Alterssicherung würden mit ihm durch einen „sich selbst steuernden Regelkreis auf Beitragszahler, Rentner und Bund aufgeteilt“. Für die Regelung dieser Belastungsverteilung sei der Gesetzgeber überhaupt „nicht mehr erforderlich“ (alle Zitate EBD.).

⁹ Joe WALLIS, *Conspiracy and The Policy Process. A Case Study of the New Zealand Experiment*, in: *Journal of Public Policy* 17, Nr. 1 (1997), S. 1–30.

Die meisten dieser Bedingungen erfüllt die christdemokratisch-liberale Koalition in den Jahren von 1982 bis 1989. Im Lande herrscht allgemein die Überzeugung, dass zur Bewältigung der Krisenlage ein größerer Politikwechsel vonnöten sei, wenngleich die Vorstellungen von der Richtung dieses Wechsels auseinandergehen. Zudem kann die seit Oktober 1982 amtierende neue Regierung auf einen Honeymoon-Effekt zählen. Dieser währt sogar bis ins Jahr 1984, bis die Konflikte zwischen Bund und Ländern über Finanzierungsfragen und der Streit zwischen dem Wirtschaftsflügel und dem Arbeitnehmerflügel der christlich-liberalen Koalition härter werden. Ferner ist die parlamentarische Opposition geschwächt, nicht zuletzt aufgrund mangelnder Geschlossenheit und parteipolitischer Spaltung zwischen SPD und Grünen. Vor allem aber mangelt es der Opposition bis Mitte 1990 an Vetomacht im Bundesrat – bis dahin liegt die Mehrheit im Bundesrat auf Seiten von CDU- bzw. CSU-geführten Regierungen.

Somit hat die Regierung Kohl von 1982 bis 1989 den großen Vorteil übereinstimmender Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und im Bundestag auf ihrer Seite – eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland relativ seltene Konstellation. Zudem ist das Regierungslager in politisch-ideologischer Hinsicht vergleichsweise homogen und kann somit seinen komfortablen Stimmentvorsprung im Bundestag nutzen, sowohl für die Konsolidierung des Sozialbudgets als auch für die institutionellen Reformen. Außerdem kann sich die Regierung Kohl auf ein Mandat für ihre Konsolidierungspolitik berufen. Dieses Vorhaben hat sie nämlich im Wahlkampf zu der vorgezogenen Bundestagswahl vom März 1983 unmissverständlich angekündigt und kann den Sieg in dieser Wahl auch als grünes Licht für die Konsolidierungspolitik werten.

Ungewöhnlich günstige politische Rahmenbedingungen fördern demnach die Politik der finanziellen Konsolidierung der Regierung Kohl in den 1980er Jahren. Zugute kommt ihr ferner ein Politikstil, der einerseits durch gezielten Termindruck Tempo macht und andererseits auf ein hohes Maß an Abschottung der Politik gegenüber den Sonderinteressen setzt. Die Konsolidierungspolitik wird in einem relativ kleinen Kreis von Experten der Regierungsparteien und der Ministerialverwaltung unter forciertem Zeitdruck formuliert und beschlossen.¹⁰ Das erschwert den Bundestagsfraktionen der Parteien und den Interessenverbänden die sonst üblichen Mitwirkungsgelegenheiten.

Relativ günstige wirtschaftliche und demografische Konstellationen kommen hinzu. Vom allmählichen Aufschwung der Wirtschaft profitiert die Finanzpolitik der Regierung Kohl ebenso wie von demografischen Bedingungen:

10 Reimut ZOHLNHÖFER, *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998*, Opladen 2001.

Noch schreitet die Alterung der Gesellschaft nicht voran. Noch bleibt der Altenquotient konstant, und der Anteil der jugendlichen Bevölkerung ist sogar leicht rückläufig. Das entlastet die Sozialpolitik der 1980er Jahre und vergrößert ihren Spielraum auch für neue Reformen. Und dieser Spielraum wird nach den Jahren der finanziellen Zurückhaltung weidlich genutzt – zum großen Erstaunen von liberalen und konservativen Bündnispartnern der Regierung Kohl, die die Wende-Programmatik ernster genommen hatten.

4. Von den Grenzen der Sozialpolitik 1982–1989: Warum keine größere Wende?

Ein Zweites ist an der Sozialpolitik von 1982 bis 1989 erklärungsbedürftig: Warum war die Koalition aus CDU, CSU und FDP auf dem Weg der finanziellen Konsolidierung nicht noch weitergegangen? Warum gelang es der Regierung Kohl nicht, die Sozialbeiträge zu senken und damit die Kostenbelastung des Faktors Arbeit zu verringern und hierüber das Vollbeschäftigungsziel anzusteuern, von dem der Bundesarbeitsminister dieser Jahre zu Recht sagte, dass dies die entscheidende Voraussetzung für weiteren Erfolg sei?¹¹ Warum lagen die Sozialbeiträge am Ende der 1980er Jahre mit 17,8 Prozent sogar um 0,8 Prozentpunkte über dem Stand von 1982?¹² Warum folgte die Politik der finanziellen Konsolidierung im Wesentlichen den Pfaden der Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1970er Jahre? Warum hatte die christlich-liberale Koalition auf „radikale chirurgische Eingriffe verzichtet“¹³ und sich letztlich mit einer gemäßigten „Wendepolitik“¹⁴ zufrieden gegeben? Und warum unterblieb die Weiterführung der quantitativen zur qualitativen, nachhaltigen Konsolidierung, so das Urteil des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamt-

11 Blüm hatte wiederholt dargelegt, dass alles „zur selben Frage“ zurückführe, nämlich „zur Frage Vollbeschäftigung, Vollbeschäftigung und nochmals Vollbeschäftigung. Wenn wir diese Hausaufgabe nicht erledigen, können wir auch die weiteren Aufgaben nicht erledigen.“ (Interview im „General-Anzeiger“, Bonn vom 31.8.1983). Doch diese Aufgabe blieb bis zum Ende der Ära Kohl – und darüber hinaus – unerledigt. Darüber konnte nur zum Teil hinwegtrösten, dass die Zahl der Beschäftigten, vor allem auch der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wieder zunahm und Ende der 1980er Jahre sowie 1990 in hohem Tempo wuchs.

12 Gemessen am Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung in Prozent des Bruttoarbeitsentgelts (Hermann BERIÉ, *Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, hg. vom BMA, Bonn 1999, S. 146).

13 So der Befund eines regierungsfreundlichen Kommentators: Henrik BERING, *Helmut Kohl*, Washington D.C. 1999, S. 217.

14 So auch das Fazit neutraler Beobachter: Douglas WEBBER, *Kohl's Wendepolitik after a Decade*, in: *German Politics* 1, H. 2 (1992), S. 149–180; Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium: 1982–1990* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6), Stuttgart 2006, S. 700.

wirtschaftlichen Entwicklung?¹⁵ Die Gründe dafür sind zahlreich. Elf sind besonders wichtig.

Kein Masterplan

Zu den Gründen der gemäßigten Wendepolitik zählt erstens die Tatsache, dass den Unionsparteien und der FDP ein ausgereifter Plan sowohl für die finanzielle Sanierung des Sozialbudgets als auch für die institutionelle Reform der Sozialpolitik fehlt. Und nichts hat man in der Tasche, um die politischen Kosten zu decken, die die angestrebten Konsolidierungs-, Umbau- und Rückbau-reformen verursachen würden.

Garantie der Tarifautonomie

Zweitens kommen schon in den ersten Tagen nach dem Regierungswechsel sachpolitische Entscheidungen zustande, die den zukünftigen Handlungsspielraum in großem Umfang vorstrukturierten, und zwar ohne weitere Prüfung, ob diese zur angestrebten „Wende“ passen würden. Helmut Kohl verspricht in seiner ersten Regierungserklärung, er werde die Tarifautonomie uneingeschränkt respektieren. Damit lässt die Regierung Kohl den Sozialpartnern freien Lauf und nimmt ein erhebliches Desorganisationspotenzial in Kauf, nämlich die Lohnpolitik der Tarifparteien und ihre Neigung, Verträge zu Lasten Dritter abzuschließen, auch zu Lasten der Sozialversicherungen. Damit begibt sich die Bundesregierung der Chance, auf dem Wege der Androhung staatlicher Eingriffe, wie in den Niederlanden, die Sozialpartner zur Akzeptanz wirtschaftspolitischer Weichenstellungen der Regierung zu bringen.

Sozialstaatsfreundliche Personalpolitik

Hinzu kommen grundlegende Personalentscheidungen, die allesamt in Richtung eines starken Sozialstaates zielen. Alle für die Sozialpolitik wichtigen Bundesministerien werden von profilierten Sozialstaatspolitikern besetzt, von Politikern, von denen man eher die Expansion der Sozialpolitik als ihre Rückstufung erwarten konnte. Zum Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird Norbert Blüm (CDU) ernannt, der sich in der Sozialpolitik vorzüglich auskennt und innerparteilich zur „ersten Garnitur“¹⁶ der CDU zählt. Zum Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit wird Heiner Geißler (CDU) erkoren, der sich in der Sozialpolitik durch Reformen auf Landesebene einen Namen gemacht hatte. Wie Blüm befürwortet auch Geißler eine handlungsfähige, weit ausgebaute, ehrgeizige Sozialpolitik. Dabei will er in besonderem

15 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Jahresgutachten 1997/1998*, Stuttgart 1997, Ziffer 239.

16 Walter KANNENGIEBER, *Eine neue Koalition – die alten Probleme*, in: Deutsche Angestelltenversicherung 11 (1982), S. 423–427, Zitat S. 424.

Maße auch zur Bewältigung der „Neuen Sozialen Frage“ beitragen, insbesondere durch Politik für wenig organisations- und konfliktfähige Gruppen. Das Amt des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau schließlich, das dritte sozialpolitisch wichtige Bundesministerium, wird Oskar Schneider (CSU) übertragen. Auch Schneider hängt der Idee eines starken Sozialstaats an.

Somit ist die Ausgangslage die eines zum Sozialstaat geneigten Kompromisses zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einem starken marktorientierten Bundesfinanzminister, Gerhard Stoltenberg, stehen drei standhafte, engagierte Befürworter eines starken Sozialstaats als Leiter der drei Sozialstaatsministerien der Regierung Kohl gegenüber.

Konstanter politisch-administrativer Zuschnitt der Regierung

Erstaunlicherweise belässt es die Regierung Kohl beim politisch-administrativen Zuschnitt der Bundesregierung. Dieser wird fast zur Gänze von der Vorgängerin übernommen, jedenfalls in den für das Wendevorhaben zentralen sozial- und wirtschaftspolitischen Arbeitsfeldern. Damit übernimmt die CDU/CSU-FDP-Koalition eine departementalisierte Problemverarbeitungsstruktur, von der nicht die optimale Unterstützung der angestrebten Wendepolitik zu erwarten war. Im Gegenteil: Die separate Organisation der Arbeits- und Sozialpolitik in dem mächtigen und einflussreichen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ist geradezu die Garantie dafür, dass weitreichende Wandlungen der Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt auf den Widerstand dieses Ministeriums und seines Ministers treffen würden.

Keine Verfassungsänderung

Erstaunlicherweise verzichtet die Regierung Kohl auch auf jeglichen Versuch, ihr Wendevorhaben über Verfassungsänderungen abzusichern. Zwar ist dieser Verzicht verständlich, weil für Verfassungsänderungen die Zustimmung der sozialdemokratischen Opposition, die über eine Sperrminorität im Bundestag verfügte, erforderlich gewesen wäre. Doch kann man wirklich eine fundamentale Wende in der Arbeitsteilung von Staat und Markt herbeiführen, ohne auch nur ein Jota an der Verfassung zu ändern? Kann man ernsthaft die Arbeitsteilung von Staat und Markt neu ordnen, ohne die bundesstaatliche Finanzverfassung grundlegend zu reformieren, Bund und Länder in der Gesetzgebung zu entflechten und den Föderalismus in Richtung Wettbewerbsföderalismus weiterzuentwickeln?

Scharfer Regierungs-Oppositions-Konflikt und paradoxe Effekte des „Tandems Blüm-Dreßler“

Hinzu kommt der scharfe Konflikt zwischen Regierung und Opposition in der Sozialpolitik. Die sozialdemokratische Opposition und die Gewerkschaften at-

tackieren die Konsolidierungs- und die Umbaupolitik der Regierung Kohl im Sozialbereich auf Schärfste. „Sozialabbau“, „Spaltung der Gesellschaft“, „Verarmung eines Drittels der Gesellschaft“, Demokratie gefährdende Rückbaumaßnahmen und anderes mehr werden der christlich-liberalen Koalition vorgehalten. Mit Rudolf Dreßler kommt aus den Reihen der SPD zudem ein – ebenso wie Norbert Blüm – sachkundiger und engagierter Sozialpolitiker ins Rampenlicht, der schließlich zum wichtigsten sozialpolitischen Gegenspieler von Blüm wird. Dass hieraus am Ende das „Tandem Blüm-Dreßler“¹⁷ entsteht und als „Sperre“ eines tief greifenden Wandels der Sozialpolitik sowohl in der Koalition als auch in der Opposition wirkt¹⁸, ist nicht zu weit hergeholt. In der SPD kann Dreßler parteiinternen Kritikern stets mit dem Argument begegnen, dass gegen „den Blüm“ nicht mehr zu machen gewesen sei. Umgekehrt wirken die unablässigen Attacks der SPD im Regierungslager. Denn der potenziell werbewirksame Feldzug von SPD und Gewerkschaften gegen die – wie beide meinten – „Sozialdemontage“ der CDU/CSU-FDP-Koalition erschwert den in-nerkoalitionären Kritikern von Blüms Sozialpolitik das Werk nachhaltig.

Machterhalt und Machterwerbsstreben

Doch das passt zugleich zum Machterhalts- und Machterwerbsstreben der Unionsparteien und der Liberalen. Dass sich die Regierung Kohl in der Sozialpolitik der 1980er Jahre mit einer markanten, aber am Ende gemäßigten Konsolidierungs- und Reformpolitik begnügt, hat viel mit der Befürchtung zu tun, man würde den Wählern zu viel zumuten, wenn man die finanzielle Konsolidierung beherzt fortführen und durch tiefgreifende Strukturereformen ergänzen würde. Dass diese Befürchtung nicht ganz unbegründet ist, scheinen viele Landtagswahlen der 1980er Jahre zu lehren. Nicht wenige dieser Wahlen verliert die CDU, und das lässt den komfortablen Stimmenvorsprung der CDU/CSU-geführten Länder im Bundesrat allmählich schmelzen. Das wird teils zu Recht, teils zu Unrecht, aber immer mit beträchtlicher argumentativer Wirkkraft in Verbindung mit der Konsolidierungspolitik und mit Strukturreformvorhaben der Regierung Kohl gebracht. So wirken wahlpolitische Sperren gegen weiterführende, ehrgeizigere Konsolidierungs- und Strukturereformen der Regierung Kohl.

Selbstbeschränkung und Pragmatismus

Hinzu kommen Selbstbeschränkungen des christdemokratischen Partners der bürgerlich-liberalen Koalition. Strebt die Union unter Kanzler Kohl wirklich

17 Interview mit Julius Louven (CDU) am 24.6.1999 (zit. nach dem Gedächtnisprotokoll des Interviewers Sven Jochem).

18 Interview mit Johannes Strasser (SPD) am 22.1.2006 (zit. nach dem Gedächtnisprotokoll der Interviewerin Antonia Gohr).

ernsthaft nach einer fundamentalen Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Zweifel sind angebracht. „Maggie Thatcher ist kein Modell für Strukturwandel. Unsere Sozialtradition ist Kooperation und Rücksicht“ – mit diesen Worten begründete Norbert Blüm die Distanz zu Thatcher und Reagan.¹⁹ Damit sprach er vielen in der Union aus dem Herzen, auch seinem Kanzler, der in den 1980er Jahren die Sozialpolitik bei Blüm „in guten Händen“ gesehen und dem Bundesarbeitsminister „blind“ vertraut hatte.²⁰

Dass eine radikale Wende der Wirtschafts- und Sozialpolitik der christlich-liberalen Koalition ausbleibt, hängt insoweit auch am wirtschafts- und sozialpolitischen Pragmatismus der Führungsmannschaft und allen voran des Kanzlers der Koalition. Kohl sieht ohnehin seine eigentliche „Mission“ in der Außen-, der Europa- und der Deutschlandpolitik. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ihm nicht unwichtig und insbesondere wahlpolitisch von größter Bedeutung, aber sie ist kein Feld, auf dem Kohl sich in besonderem Maße zu profilieren gedenkt. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung scheint seinen Pragmatismus zu bestärken. Hat man nicht die vordringlichsten Aufgaben mit der Sofortbremsung der Staatsfinanzen von 1983 und 1984 erledigt? Ging es nicht mit der Wirtschaft wieder bergauf? Nahm nicht die Inflationsrate wieder ab? Und hatten sich nicht auch koalitionsinterne Veränderungen ergeben, die die auf Liberalismus geeichten Blickwinkel schwächten? Vor allem mit dem Rücktritt von Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff (FDP) im Jahre 1984 hatte die wirtschaftsliberale Richtung in der Koalition einen einflussreichen Fürsprecher verloren.

Der „Faktor Blüm“

Die insgesamt moderate Konsolidierungspolitik der Regierungen Kohl in den 1980er Jahren kann allerdings ohne den „Faktor Blüm“ nicht ausreichend erklärt werden.²¹ Mit Norbert Blüm hat die Koalition aus CDU, CSU und FDP einen tatkräftigen, populären, einflussreichen Arbeits- und Sozialminister in ihren Reihen, der in der katholischen Soziallehre und in der katholischen Arbeiterbewegung fest verankert ist, innerparteilich wichtige Positionen innehat – unter anderem als Vorsitzender der Sozialausschüsse bis 1987 und als CDU-Vorsitzender Nordrhein-Westfalens ab 1987 –, und dessen Tun und Lassen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung obendrein von wahlpolitisch größter Bedeutung ist: Die Zahl derer, die ihren Lebensunterhalt über-

19 „Ich mag kein Korsett“, Arbeitsminister Norbert Blüm über „Menschenrechte, Steuern und den Kurs der Union“, in: „Der Spiegel“ vom 13.7.1987, S. 28–32.

20 Wie Anm. 17.

21 Gleiches gilt für die institutionellen Reformen der Sozialpolitik in den 1980er Jahren, vgl. hierzu im Detail die Beiträge zu den einzelnen Sozialpolitikfeldern in BMA/BA 2005 (siehe Anm. 1).

wiegend aus Sozialleistungen bestreiten und die Zahl derer, die im Sozialstaat und seinen Zulieferbetrieben beschäftigt sind, macht Anfang der 1980er Jahre mindestens ein Drittel der Wählerschaft aus.²²

Das große wahlpolitische Gewicht der Sozialpolitik kommt dem BMA und seinem Bundesarbeitsminister Blüm in besonderem Maße zugute und wertet dessen sozialpolitische Hauptanliegen und die seines Hauses weiter auf. Blüm akzeptiert eine gemäßigte finanzielle Konsolidierung der Sozialpolitik, trägt diesen Kurs mit, doch schlägt sein Herz in der Sozialpolitik nicht für die Konsolidierung, sondern für zwei andere Vorhaben: Er will erstens einen leistungsstarken Sozialstaat aufrechterhalten und, wo möglich, noch wetterfester machen gegen wirtschaftliche, demografische und politische Gefahrenlagen. Das zweite Hauptanliegen wurzelt in der Überzeugung, dass die schwächsten Gruppen der Sozialpolitik bei den Altersrentnern zu suchen seien und dass deshalb eine belastbare, krisenfeste und auch gegen Regierungswechsel geschützte Alterssicherungspolitik in den Bahnen der beitragsbezogenen und lohnbasierten Rentenversicherung der beste Weg der Rentenpolitik sei. Daraus ergibt sich auch eine klare Position in der Debatte um eine Reform der Sozialpolitik. Blüms Sozialpolitikprogramm bedeutet im Wesentlichen Priorität für die bestehende Struktur der Gesetzlichen Rentenversicherung und anderer Sozialversicherungen und ein kategorisches „Nein!“ zu allen hiervon abweichenden Reformvorschlägen. Dahinter steht eine weitere feste Überzeugung des Bundesarbeitsministers: Die Rentenversicherung ist für ihn die entscheidende Bastion im Kampf um den Sozialstaat. Würde sie durch Strukturreformen aufgeweicht, beispielsweise durch stärkere Steuerfinanzierung oder Aufbau einer starken privaten Altersvorsorge oder Grundsicherung, käme alles Übrige ins Rutschen. Dann würden auch die Halteseile der Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung und für die Arbeitslosenversicherung reißen und die Arbeitgeber würden der Versuchung erliegen, sich aus der Sozialversicherungssolidarität davonzumachen. Doch solche Veränderungen würden alsbald den Sozialstaat insgesamt infrage stellen, und das müsse auf jeden Fall vermieden werden.

Der „Faktor BMA“

Bei diesem Vorhaben und anderen, die ebenfalls auf einen ehrgeizigen Sozialschutz zielten, stand Blüm mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem BMA, ein Ministerium zur Seite, in dem eine große Zahl engagierter, sachkundiger und durch „Korpsgeist“ verbundener Mitarbeiter wirkte. „Überzeugungsmitarbeiter“ nannte sie Blüm voller Lob bei seinem Ab-

²² Paul PIERSON, *Coping with Permanent Austerity. Welfare Restructuring in Affluent Democracies*, in: DERS. (Hg.), *The New Politics of the Welfare State*, Oxford 2001, S. 410–456, S. 412.

schied aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das für ihn ein Teil seines „Zuhauses“ geworden war.²³ Beide, der Minister und das Ministerium, einte die Mission, eine sozialstaatliche Balance zu wahren, die Sozialpolitik an die neuen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen anzupassen, zu befestigen und auch gegen politische Begehrlichkeiten, einschließlich der Wirkungen von Regierungswechseln, wetterfest zu machen. Beide wussten sich mit diesem Anliegen, gestärkt durch die unablässigen Attacken der parlamentarischen Opposition und der Gewerkschaften, in den 1980er Jahren, politisch vorzüglich positioniert: Blüm im Kabinett und auf dem Wählerstimmenmarkt, und das BMA im interministeriellen Willensbildungsprozess.

Damit war aber auch klar, dass die Regierung Kohl von der Seite des sozialpolitisch zentralen Ministeriums und dessen Ministers auf keine Unterstützung hätten rechnen können, wenn sie denn vorgehabt hätten, auf dem Weg der finanziellen Konsolidierung viel weiter voranzuschreiten und bei den Strukturreformen zu anderen Ufern aufzubrechen als tatsächlich geschehen.

Wahlen, Wähler und die Sozialstaatsklientel

Schlussendlich ist die Durchschlagskraft von Wahlen und Wählern nicht zu übersehen. Wenig wären die bislang erörterten Einflussfaktoren ohne die breite Zustimmung in der Wählerschaft zum Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland und die engen Grenzen, die die Wählermehrheit für den Sozialstaatsumbau und für Einschnitte bei den Sozialleistungen zieht. Und somit reflektiert die Tatsache, dass die Koalition aus CDU, CSU und FDP ihren großen Handlungsspielraum nicht für eine umfassende Wende nutzt, sondern für eine markante, aber letztlich gemäßigte Konsolidierungs- und Reformpolitik, auch die Zufriedenheit der Mehrheit der Wähler mit dem Status quo der Sozialpolitik in den 1980er Jahren. Auf dem Wählerstimmenmarkt, so muss man dem besseren Verständnis halber hinzufügen, hat die Sozialstaatsklientel, also die Wählerschaft, die in ihrer Lebensführung überwiegend oder ausschließlich auf die Sozialpolitik angewiesen ist, obendrein mittlerweile einen sehr hohen Marktanteil errungen: Dieser Anteil lag 1970 noch bei rund 27 Prozent, 1980 aber war er schon auf etwa 33 Prozent geklettert – mit weiter steigender Tendenz.²⁴

23 Norbert BLÜM, „Abschied vom BMA“, Rede vom 28. Oktober 1998, in: Norbert BLÜM, *Das Sommerloch. Links und Rechts der Politik*, Köln 2001, 145–147, Zitate S. 146.

24 PIERSON, *New Politics* (wie Anm. 22), S. 412. Zugrunde liegen Schätzungen der Zahl der Sozialleistungsempfänger und der im Sozialstaat Beschäftigten. Fünf Jahre nach der deutschen Einheit war dieser Anteil, Pierson zufolge, auf 51 Prozent gestiegen (EBD. S. 413). Neuere Daten (Bundesministerium für Arbeit und Soziales [Hg.], *Statistisches Ta-*

5. Bilanz und Ausblick

Die Sozialpolitik von 1982 bis 1989, also bis zum Vorabend der Politik zur deutschen Einheit, hatte beachtliche Erfolge: Bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen ging sie weiter als alle Vorgänger und weiter als die Sozialpolitik der meisten anderen Industrieländer in dieser Zeit. Hinzu kam der Einstieg in die institutionelle Reform der Sozialpolitik. Gemessen an den Zielen der Regierung Kohl war beides ein Erfolg. Erklärbar sind diese Erfolge durch die konsequente Nutzung der reformpolitisch besonders günstigen Gelegenheiten in den 1980er Jahren.

Andererseits sind die Grenzen der „Wende“ auch in der Sozialpolitik unübersehbar. Die „Wendepolitik“ ist weit weniger radikal als von ihren Anhängern erhofft und ihren Gegnern befürchtet. Auch dies verlangt nach Erklärung. Und die liegt weniger in der Ökonomie oder in der Gesellschaft, sondern in der Politik. Und dort ist sie nicht primär im Nicht-Anders-Können zu suchen, insbesondere in den institutionellen Begrenzungen und den mächtigen Vetospielern, wie Andreas Wirsching in seinem wichtigen Buch zur Ära Kohl argumentiert hat,²⁵ sondern hauptsächlich darin, dass die Hauptakteure der Regierungskoalition und ihre Wählerschaft letztlich keine radikale Wendepolitik wollten.

schonbuch 2007 – Arbeits- und Sozialstatistik, Bonn 2007) zeigen einen noch höheren Anteil der Sozialstaatsklientel an der Wählerschaft an, und dabei ist der Anteil der direkt in der Sozialverwaltung und Sozialpolitik Beschäftigten noch nicht einmal mitgerechnet.

25 WIRSCHING (wie Anm. 14).

Sozialpolitik im Prozess der Wiedervereinigung

Von Gerhard A. Ritter

Herr Schmidt hat in seinem Vortrag über die Sozialpolitik des ersten Teils der Ära Blüm für die Zeit von 1982 bis 1989 gezeigt, dass es trotz der Einengung des Spielraums nationaler Sozialpolitik durch die Europäisierung und Globalisierung einige, gerade auch im internationalen Vergleich bemerkenswerte Ansätze zur Anpassung des deutschen Sozialstaates an die neuen Bedingungen gegeben hat. Die Zahl der Erwerbstätigen in der alten Bundesrepublik nahm von 1983 bis 1991 auch aufgrund der guten Konjunktur von 1988/1989 und dem Vereinigungsboom der beiden folgenden Jahre um über 2 Millionen zu. Die Arbeitslosigkeit sank im Jahresdurchschnitt von 9,1 auf 6,3 Prozent,¹ die Sozialleistungsquote ging 1982–1991 um etwa 4 Prozentpunkte zurück.² Auch der Anstieg der Gesundheitskosten wurde gebremst und die Rentenversicherung durch eine am 9. November 1989 – am Tage des Mauerfalls – vom Deutschen Bundestag im Einvernehmen der großen Parteien und der Sozialpartner verabschiedete große Rentenreform auf eine neue Grundlage gestellt. Gleichzeitig wurden die Leistungen für Familien unter anderem durch die Anerkennung von Kindeserziehungszeiten in der Rentenversicherung erhöht. Daneben wurde eine gewisse Flexibilisierung des Kündigungsschutzes erreicht.³ Es schien möglich, das „Modell Deutschland“, also die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels von der Industriegesellschaft zur modernen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft durch eine enge Zusammenarbeit von Staat und Sozialpartnern zur Absicherung gegen die sozialen Folgekosten dieser Prozesse im so genannten „Rheinischen Kapitalismus“ – jedenfalls in seinen Grundzügen – zu erhalten.

Der Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion, die deutsche Wiedervereinigung und die damit verbundene Überwindung der Spaltung Europas gehören zu den großen Zäsuren nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen und der Weltgeschichte; sie sind auch ein tiefer Einschnitt in

1 Hermann BERIÉ, *Statistische Übersichten zur Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. West, hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1999, S. 21, 121.

2 *Sozialbericht 2005*, hg. v. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2005, S. 192f.

3 Zur Sozialpolitik der Zeit von 1982–1989 vgl. Manfred G. SCHMIDT (Hg.), *1982–1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform*, Bd. 7 des Werkes *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, hg. v. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und Bundesarchiv, Baden-Baden 2005; Jens ALBER, *Der deutsche Sozialstaat in der Ära Kohl. Diagnosen und Daten*, in: Stephan LEIBFRIED/Uwe WAGSCHAL (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen – Reformen – Perspektiven*, Frankfurt/M. 2000, S. 235–275.

der Geschichte des deutschen Sozialstaates. Mit der Wiedervereinigung sind die Tendenzen zur Konsolidierung des Sozialstaates und der öffentlichen Finanzen abrupt abgebrochen worden. Es kam zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Lohnnebenkosten, der Sozialleistungsquote und der Staatsverschuldung.⁴

In diesem Vortrag wird nun *erstens* die These vertreten, dass die Wiedervereinigung die latente Krise des deutschen Sozialstaates, deren tiefere Ursachen – die Alterung der Bevölkerung, der Rückgang der Bedeutung der Familie als Schutz gegen Lebensrisiken, die Explosion der Gesundheitskosten, die Veränderung der Arbeitswelt (insbesondere durch den Abbau der sozialversicherungspflichtigen Vollerwerbstätigkeit), die mangelnde Flexibilität des Arbeitsrechts und die Verschärfung des Wettbewerbs durch die Europäisierung und Globalisierung – hier nur angedeutet werden können, ganz entscheidend verschärft hat. Nach Berechnungen des OECD⁵, aber auch einer Schätzung des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Axel Weber, vom September 2005⁶ sind zwei Drittel der mangelnden Leistungsfähigkeit („underperformance“) der deutschen Wirtschaft auf die Wiedervereinigung zurückzuführen. Das ist natürlich nicht genau zu quantifizieren. In jedem Fall hat Deutschland aber neben den allgemeinen Problemen, die alle europäischen Sozialstaaten haben, noch ein spezifisches, bedeutendes Sonderproblem durch die Wiedervereinigung.

Eng verbunden mit dieser ersten These ist die *zweite* These, dass es angesichts der Dynamik des Einigungsprozesses und der Konstellation der politischen Kräfte letztlich keine Alternative zu der Übertragung des bundesdeutschen Sozialstaates in den Osten gegeben hat, ohne dass damit einige der hier noch zu behandelnden, schwerwiegenden Fehler in der Sozialpolitik der Vereinigung im Einzelnen abgestritten werden sollen.

Drittens ist schließlich nicht zu übersehen, dass die Perspektive der ersten freien Wahlen für die Volkskammer in der DDR am 18. März 1990 und vor allem der Ende 1990 fälligen Bundestagswahl die Außen-, Innen- und vor allem auch die Sozialpolitik der Wiedervereinigung überlagerte. Dadurch und durch das Verhalten der politischen Akteure, die schnell erkannten, dass die Wiedervereinigung zum zentralen Wahlkampfthema werden würde und der Ausgang der Wahlen stark von der Abstimmung der neuen Bürger im Osten abhängig sein würde, wurde die Politik wesentlich mitbestimmt. Sowohl das

4 BERIÉ, *Statistische Übersichten* (wie Anm. 1), S. 121; *Sozialbericht 2005* (wie Anm. 2), S. 192f.; *Die Entwicklung der Staatsverschuldung seit der deutschen Vereinigung*, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 49 (1997) 3, S. 17–32.

5 Erwähnt in Richard SCHRÖDER, *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*, Freiburg i. Br. 2007, S. 206.

6 Interview mit Axel Weber, in: „The Guardian“, 10.9.2005, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 39, 14.9.2007, S. 3f.

Timing des berühmten Zehn-Punkte-Programms Kohls vom 28. November 1989⁷ wie auch das Angebot der Währungsunion vom 7. Februar 1990⁸ wurden *auch* dadurch mitbedingt, dass Kohl die deutschlandpolitische Initiative gewinnen bzw. behalten wollte. Das weder mit den Westmächten noch mit Genscher abgesprochene Zehn-Punkte-Programm sollte vor allem die „deutsche Frage“ auf die Tagesordnung der internationalen Politik setzen. Kohl wollte aber *auch* verhindern, dass das Thema der deutschen Einigung von der Sozialdemokratie auf ihrem bevorstehenden Parteitag im Dezember 1989 okkupiert wurde.⁹ Mit dem gegen den Rat der Bundesbank und fast aller Wirtschaftsexperten erfolgenden Angebot der Währungsunion wollte Kohl in erster Linie für die Bevölkerung der DDR ein Signal zum Bleiben in ihrem Land setzen und den Prozess der Vereinigung durch den Verzicht auf den Umweg über die zunächst in Aussicht genommene Vertragsgemeinschaft und konföderative Strukturen beschleunigen und unumkehrbar machen. Er wollte aber *auch* dem gerade erst unter seinem Einfluss gebildeten DDR-Parteienbündnis, der „Allianz für Deutschland“ mit der CDU als der stärksten Partei, ein zugkräftiges Programm für die bevorstehenden Volkskammerwahlen geben.¹⁰ Schließlich zielte auch der günstige Umrechnungskurs bei der Umstellung von Ost-Mark in D-Mark von 1:1 für Renten, Löhne und Gehälter sowie die äußerst großzügige Regelung der Rentenumstellung im Osten¹¹ gerade auch auf die neuen Wähler in der früheren DDR.

In diesem Vortrag sollen zunächst die Konstellation der politischen Kräfte und die Entscheidungsprozesse in der Einigungspolitik auf sozialpolitischem Gebiet analysiert werden. Dann will ich die bereits erwähnte Frage erörtern, ob es Alternativen zur Übertragung des bundesdeutschen Sozialstaates auf die neuen Bundesländer gab, und zweitens, welche vermeidbaren Fehler bei der Übertragung gemacht wurden. Anschließend will ich noch kurz auf den Zusammen-

7 Vgl. *Protokolle des Bundestages*, 11. Wahlperiode, 28.11.1989, S. 13512.

8 Text der Erklärung „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“, in: Hanns Jürgen KÜSTERS/ Daniel HOFMANN (Bearb.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, hg. v. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, München 1998, Dokument Nr. 165B, S. 768–770.

9 Vgl. dazu Kohls Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 27.11.1989, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) 08-001-1091/2.

10 Die parteipolitischen Motive wurden besonders betont in der Empfehlung vom 2.2.1990 an Kohl zur Einführung einer Währungsunion von Norbert Prill, Klaus Gotto, Michael Mertes, Johannes Ludewig und Siegbert Nehring, engen Mitarbeitern von Kohl im Bundeskanzleramt. Abdruck in: Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998, S. 175–177.

11 Vgl. z. B. Blüm an Kohl, 9.2.1990 mit der Anlage: Entwurf von Fragen des Bundeskanzlers an Ministerpräsidenten Modrow, Bereich: Sozial-Union, Bundesarchiv (BArch), B 136/21660.

hang zwischen der Vereinigung und der Krise des deutschen Sozialstaates eingehen und die Entstehung der Pflegeversicherung als bedeutendste Neuschöpfung des deutschen Sozialstaates in den frühen 1990er Jahren erörtern.

Die allerdings weitgehend gescheiterten Versuche, nach dem Eintreten einer Wirtschaftskrise im Herbst 1992 zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland auch die Ausgaben für die Sozialpolitik entscheidend einzuschränken, werde ich dagegen ausklammern, da sie meines Erachtens nicht den gewünschten Erfolg erbrachten. Abschließend möchte ich noch einige Fragen an Herrn Minister Blüm richten.

I

Zunächst zur Haltung der politischen und sozialen Akteure in der Sozialpolitik der deutschen Einigung. Die Sozialunion war in dem ursprünglichen Angebot der Bundesrepublik vom 7. Februar 1990 zu einer „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ an die DDR *nicht* enthalten. Der langjährige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und spätere Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, der Leiter der bundesdeutschen Delegation bei den Verhandlungen zum ersten Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 über die Währungsunion, bedauerte später, dass seine Überlegung, die Sozialunion zunächst zurückzustellen oder „wenigstens einige Teile des hochentwickelten bundesdeutschen Arbeits- und Sozialrechts für eine Übergangszeit nicht anzuwenden“¹², um den Prozess der Transformation der Wirtschaft im Osten zu erleichtern, sich aus politischen Gründen – der Haltung der DDR, aber auch wesentlicher Kräfte der Bundesrepublik – nicht durchsetzen ließ. Seine Position wurde von einigen Ministerien der Bundesregierung und von der Bundesbank geteilt. Insbesondere das Wirtschafts- und Finanzministerium wollten eine nur allmähliche Anpassung zur Sicherung des Überlebens und der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen, sowie zur Reduzierung der auf den Bund zukommenden finanziellen Kosten der Vereinigung. Zudem sollten durch eine Flexibilisierung und Vereinfachung des bundesdeutschen Arbeitsrechts bei seiner Übertragung auf den Osten private Investitionen angezogen und die Unternehmen entlastet werden. Diese Position fand viel Sympathie, vor allem in der Koalitionspartei FDP.

In der DDR wurde die grundlegende Position der von der CDU geführten Koalitionsregierung aus CDU, SPD, Demokratischem Aufbruch (DA), DSU, Liberalen und einigen parteilosen Ministern in der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990¹³ festgelegt. Die Passagen über die Sozialpolitik gaben

12 Hans TIETMEYER, *Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen*, in: Theo WAIGEL/Manfred SCHELL (Hg.), *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994, S. 57–117, hier S. 66.

13 *Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFB, BFD, FDP) und der SPD*, in: Informationen Nr. 8, 24.4.1990, (Beilage), hg. v. Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen.

weitgehend die Auffassungen der ostdeutschen Sozialdemokratie wieder, die intensiv von westdeutschen Sozialdemokraten beraten wurde.¹⁴ Danach wurden jegliche Abstriche zu Ungunsten der DDR-Bürger bei der Übernahme des Arbeitsrechts und des Systems der sozialen Sicherung der Bundesrepublik abgelehnt. Darüber hinaus forderte der Koalitionsvertrag die Festschreibung weitergehender „sozialer Errungenschaften“ der DDR, etwa im Kündigungsrecht, im Mutterschutz und in der Familienpolitik. Ferner wollte man das soziale Grundrecht auf Arbeit in einer gemeinsamen Verfassung verankern, das System von Mindestrenten und die in der DDR bestehende allgemeine Sozialversicherungspflicht erhalten und möglichst weder die gegliederte Krankenversicherung noch das als stark reformbedürftig angesehene System des Gesundheitswesens der Bundesrepublik übernehmen. Die Position der DDR wurde vom DGB und den meisten bundesdeutschen Gewerkschaften und von der westdeutschen Sozialdemokratie unterstützt. Die bundesdeutsche SPD spielte dabei gleichsam wie im Billard über die Bande der DDR, um über Regelungen im Osten Präjudizien für die Durchsetzung eigener sozialpolitischer Ziele im Westen schaffen.¹⁵

Eine dritte mittlere Auffassung wurde vor allem vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) unter Norbert Blüm, der von Anfang an massiv für eine Sozialunion mit dem Osten eintrat,¹⁶ aber auch von den übrigen sozialpolitischen Ministerien in der Bundesrepublik vertreten. Blüm wollte die möglichst bruchlose und vollständige Übertragung des bundesdeutschen Sozialstaates in allen seinen Facetten auf die DDR. Insbesondere trat er für eine schnelle Anhebung des Lebensstandards der Rentner und der in der DDR stark benachteiligten Kriegsoffer ein. Den besonderen Bedingungen und Traditionen in der DDR sollte durch befristete Übergangsregelungen Rechnung getragen werden.

Darüber hinaus setzte sich Blüm sich in einem Brief an Kohl vom 27. März 1990¹⁷ mit Nachdruck für einen Umstellungskurs von 1:1 bei Arbeitseinkom-

14 Vgl. z.B. den Brief von Rudolf Dreßler, dem sozialpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, an Regine Hildebrandt, Ministerin für Arbeit und Soziales der Ost-Berliner Regierung, v. 26.4.1990, mit der Anlage: „Änderungsvorschläge zum Bereich ‚Sozialunion‘ im Entwurf des Staatsvertrages BRD/DDR“ (endgültiger Stand 24.4.1990), in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (AdsD), SPD-Fraktion der Volkskammer der DDR, Mappe 5.

15 Vgl. den „Vermerk“ von Dietrich Stobbe v. 17.4.1990: Betr. Entscheidungs- und Handlungsbedarf für die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik und in der DDR nach Bildung der Koalitionsregierung in Berlin (Ost), AdsD, SPD-Fraktion der Volkskammer der DDR, Mappe 113. Stobbe, der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, war als Vertreter des Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel nach Berlin entsandt worden.

16 Vgl. für Blüms Konzept eines Sozialstaats Deutschland sein Interview „Anschubfinanzierung durch die Steuerzahler“, in: „Handelsblatt“, 12.2.1990.

17 Blüm an Kohl, 27.3.1990 mit der Anlage: „Zum Umtauschverhältnis für Löhne und die Folgen für die soziale Sicherung“, in: ACDP 01-504/62, NL Norbert Blüm.

men und Renten ein, da jeder andere Kurs zu tief greifenden sozialen Verwerfungen führen würde und das Ziel gefährde, „die Menschen zu bewegen, in ihrer Heimat zu bleiben“. Die Haltung Blüms wurde in entscheidenden Positionen, etwa der sofortigen Besserstellung der Rentner und Kriegsoffer sowie dem Umstellungskurs bei Renten und Gehältern, wohl auch aus wahltaktischen Gründen, durch Kohl unterstützt und setzte sich mit wenigen Abstrichen als kleinster gemeinsamer Nenner und Kompromisslinie durch. Trotzdem wäre es falsch, den Einfluss der DDR im Verhandlungsprozess zu unterschätzen, auch wenn dieser angesichts des Drängens der DDR-Bevölkerung auf schnelle Wiedervereinigung, dem Prozess der inneren Auflösung der DDR und dem schließlichen Ausscheiden der SPD aus der ostdeutschen Koalitionsregierung Mitte August 1990 sukzessive zurückging.

Es wäre jetzt reizvoll, die unterschiedlichen Positionen in der Sozialpolitik etwa am Beispiel der Rentenversicherung, der Kriegsofferversorgung, des Gesundheitswesens, des Arbeitsrechts, der Familien- und Frauenpolitik im Einzelnen aufzuzeigen und die gefundenen Lösungen und die Konsequenzen für die Betroffenen zur erörtern. Das ist in einem Buch von mir¹⁸ geschehen, in dem auch die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Einheit und die Haltung der politischen und sozialen Kräfte in der Bundesrepublik und der DDR im Einzelnen analysiert werden. Das ist hier aus Zeitgründen nicht möglich.

Auch die konkreten Probleme, die sich bei der Übertragung der Normen, Institutionen und Akteure des bundesdeutschen Sozialstaates auf die DDR ergaben, können nicht im Detail erörtert werden. Hier möchte ich zunächst nur erwähnen, dass diese Übertragung im grundsätzlichen Einvernehmen der politischen und sozialen Kräfte geschah und verwaltungstechnisch – etwa bei der Umrechnung von 4 Millionen Renten innerhalb von wenigen Monaten nach der Verabschiedung des Rentenüberleitungsgesetzes vom 25. Juli 1991¹⁹ – zweifellos eine große Leistung darstellte. Sie hat trotz der Massenarbeitslosigkeit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse – vor allem der Masse der Rentner, der Kriegsoffer, der Witwen und der Behinderten im Osten – geführt und den Umbruch sozial abgefedert. Dabei ging es darum, die für den Osten neuen Normen in kurzer Zeit in funktionierendes Verwaltungshandeln umzusetzen. Es mussten neue Institutionen, wie zum Beispiel die Sozialhilfe, die Arbeitsverwaltung und eine eigenständige Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit geschaffen und neue sozialpolitische Akteure wie freie Gewerkschaften, Ar-

18 Gerhard A. RITTER, *Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, 2. Aufl., München 2007.

19 Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz – RÜG) vom 25.7.1991, Bundesgesetzblatt 1991 I, S. 1606ff.

beitgeberverbände, Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung, neue Träger der Renten- und Krankenversicherung, Ärztekammern, Organisationen der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen, Verbände der freien Wohlfahrtspflege aufgebaut bzw. vom Westen in den Osten ausgedehnt werden. Das ist erstaunlich gut gelungen; es hat die Umstellung von einer Plan- in eine Marktwirtschaft gemildert und die sonst wohl zu erwartenden größeren sozialen Konflikte verhindert.

II

Die Vereinigung war die Stunde der Exekutive. Das galt nicht nur für die außenpolitische Absicherung sondern auch für die Verhandlungen mit der DDR im ersten Staatsvertrag und im Einigungsvertrag. Das hing mit der ungeheuren Dynamik des Einigungsprozesses, aber auch mit der verfassungsrechtlichen Situation zusammen, wonach Verträge mit anderen Staaten nur insgesamt ratifiziert bzw. abgelehnt, nicht aber im Detail abgeändert werden konnten.

Bei den Verhandlungen zum ersten Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde die in der Einigungspolitik tief gesplante sozialdemokratische Opposition im Westen, die ihre Positionen vor allem über die an der Regierung beteiligten ostdeutschen Sozialdemokraten einzubringen versuchte, nicht direkt einbezogen. Das galt auch für die Länder, wenn man von ihrer entscheidenden Mitwirkung bei der Schaffung des „Fonds Deutsche Einheit“ nach einem Gespräch der Regierungschefs der Länder mit Kohl am 16. Mai 1990²⁰ und damit der Finanzierung der Einheit absieht. Auch die Regierungsfractionen im Bundestag wurden in die Entscheidungsprozesse nicht einbezogen und über die Verhandlungen nur unzureichend informiert.

Beim Einigungsvertrag, für dessen Annahme eine Zweidrittelmehrheit in der Volkskammer der DDR und im Bundestag und Bundesrat wegen der damit verbundenen Verfassungsänderungen erforderlich war, ist die sozialdemokratische Opposition vor allem über die Länder stärker beteiligt worden, zumal die sozialdemokratisch geführten Länder inzwischen eine Mehrheit im Bundesrat hatten. Als Sprecher aller Bundesländer, insbesondere aber der sozialdemokratisch geführten Bundesländer, fungierte Wolfgang Clement, der Chef der Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen.²¹

20 Besprechung des Bundeskanzlers Kohl mit den Regierungschefs der Länder, Bonn 16. Mai 1990, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 8), Dokument Nr. 280, S. 1122–1125.

21 Vgl. Christian DÄSTNER, *Die Mitwirkung der Länder bei den Entscheidungen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands*, in: Eckhart KLEIN (Hg.), *Die Rolle des Bundesrates und der Länder im Prozess der deutschen Einigung*, Berlin 1998, S. 33–60. Dästner, Leiter der Referatsgruppe „Recht und Verfassung“ in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen, war als Berater von Clement an den Verhandlungen beteiligt.

In der Endphase der Verhandlungen zum Einigungsvertrag haben die Spitzen der Sozialdemokratie ihre Vorstellungen auch direkt eingebracht²² und in einigen Punkten eine Berücksichtigung ihrer Positionen erreicht.²³ Bis zum Bruch der Regierungskoalition in der DDR Mitte August 1990 und dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Koalition war die DDR ein ernstzunehmender Verhandlungspartner. Insgesamt spielte aber doch die Bundesregierung und vor allem die Ministerialbürokratie bis hinunter zu den Referatsleitern der beteiligten Ministerien eine letztlich dominierende Rolle im Einigungsprozess.

In der DDR lag die Entscheidung über die Wiedervereinigungspolitik beim Ministerrat und vor allem bei Lothar de Maizière als Ministerpräsident. Die einzelnen Ressortminister sollten sich dagegen auf ihren eigenen Kompetenzbereich beschränken. Unterhalb des Ministerrates lag die Entscheidung bei Grundsatzfragen und die Koordination der Verhandlungen bei Günther Krause, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion der Volkskammer und Parlamentarischen Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten und dem von ihm geleiteten Arbeitsstab „Deutsche Einheit“. Im Übrigen wurde von de Maizière die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten in der Einigungsfrage stark betont.²⁴ Die Abstimmung innerhalb der Ost-Berliner Regierungskoalition erfolgte vor allem durch die ständigen Gespräche des Ministerpräsidenten mit Richard Schröder, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion.²⁵ Im Bereich der Sozialpolitik lag die detaillierte Führung der Verhandlungen auf Seiten der DDR bei Alwin Ziel, der vorher als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD eine wichtige Rolle bei der Bildung der Ost-Berliner Regierungskoalition gespielt hatte und als eine Art „Neben-Krause“ auch für die generellen Interessen der SPD der DDR bei den Verhandlungen eintrat.

22 Vgl. den Brief von Vogel und anderer führender Sozialdemokraten an Kohl vom 24.8.1990, Anlage 2 des Protokolls der Arbeitsgruppe „Deutsche Einheit“ vom 28.8.1990, in: AdsD, Bundestagsfraktion, Altsignatur 9613; vgl. weiter Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, hg. v. Dieter KOCH und Klaus WIRTGEN, München 1993, S. 212–214.

23 In der „Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31. August 1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“ vom 18.9.1990, Bundesgesetzblatt 1990 II, S. 1239–1245 wurden auch einige der Forderungen der Sozialdemokraten fixiert.

24 Vorschlag für die Sitzung des Ministerrates am 16.7.1990 „Einigungsvertrag“ von Lothar de Maizière, BArch, DC 20/6033-1.

25 Rede von de Maizière bei der ersten Lesung des Gesetzes zum Einigungsvertrag in der Volkskammer, Protokolle der Volkskammer, 10. Wahlperiode, 34. Tagung vom 6.9.1990, S. 1567. Der enge Kontakt von de Maizière mit R. Schröder wurde im Interview des Verfassers mit Alwin Ziel v. 13.7.2000 bestätigt.

Die Parteien und Fraktionen der Regierungskoalition und natürlich erst recht die der Opposition wurden wie in der Bundesrepublik kaum beteiligt. Allerdings waren einzelne Abgeordnete der Volkskammer als Vertreter der noch zu schaffenden Länder der DDR in die Verhandlungsdelegation für den Einigungsvertrag aufgenommen worden.²⁶ Die Hoffnung de Maizières, dass es gelingen würde, erst die DDR aus eigener Kraft in Ordnung zu bringen, um sie dann als gleichberechtigten Partner mit der Bundesrepublik zu vereinigen, war illusionär. Die Schwäche der DDR-Position lag darin, dass sie angesichts des Erwartungsdrucks ihrer Bürger keine Alternative zum Beitritt zur Bundesrepublik hatte, dass der Prozess der inneren Auflösung unaufhaltsam war und dass sie vor allem finanziell, aber beim Aufbau der Arbeitsverwaltung und dem Umbau der Sozialversicherung auch personell immer mehr von der Bundesrepublik abhängig wurde.

III

Abschließend will ich zur Sozialpolitik der Wiedervereinigung noch folgende Fragen erörtern:

- Gab es politisch realisierbare Alternativen zu der fast vollständigen Übertragung des bundesdeutschen Sozialsystems auf die DDR, und welche vermeidbaren Fehler wurden bei der Übertragung gemacht?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Wiedervereinigung und der gegenwärtigen Krise des deutschen Sozialstaates?

Meines Erachtens gab es keine politische realisierbare Alternative zu der Übernahme der westdeutschen Sozialordnung, obwohl es zum Beispiel in der engen Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung im Gesundheitswesen, in der Kinderbetreuung, in der Kodifikation des Arbeitsrechts sowie in der Familien- und Frauenpolitik Institutionen und Normen gab, die durchaus erhaltenswert gewesen wären und weite Akzeptanz bei der Bevölkerung der DDR fanden.

Für eine Verschmelzung der beiden letztlich miteinander unvereinbaren Systeme, bei der auch einige Elemente der Sozialordnung der DDR in einen gesamtdeutschen Sozialstaat eingegangen wären, fehlte zunächst einmal die Zeit. Angesichts der ungeheuren Dynamik des Einigungsprozesses und dessen notwendiger Abstimmung mit der außenpolitischen Absicherung der deutschen Einheit war es in dem mit vielen Blockademöglichkeiten und Veto-Spielern versehenen deutschen politischen System nicht möglich, im Zusammenhang mit der Vereinigung grundlegende Veränderungen über die normale Gesetzgebung in den zur Verfügung stehenden wenigen Monaten durchzuset-

26 Rede de Maizières in der Volkskammer am 6.9.1990 (wie Anm. 25).

zen. Zudem fehlten die dafür notwendigen politischen Mehrheiten. Umgekehrt hätte auch die Reduzierung des arbeitsrechtlichen Schutzes und der Leistungen für die soziale Sicherung die Akzeptanz der neuen Ordnung im Osten gefährdet und war politisch nicht durchsetzbar. So einigte man sich immer wieder auf die bestehende Sozialordnung der Bundesrepublik als den kleinsten gemeinsamen politischen Nenner.

Diese Alternativlosigkeit im Grundsätzlichen bedeutet aber nicht, dass keine, zum Teil schwerwiegende und durchaus vermeidbare, Fehler im Einzelnen gemacht wurden. Der wohl bedeutendste Fehler war die Finanzierung von wesentlichen Teilen der Kosten der Vereinigung über die Solidargemeinschaften der Versicherten der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung. Die gewaltigen Transferleistungen in den Osten wurden, soweit sie nicht über die Aufnahme von Schulden finanziert wurden, in einem erheblich größeren Umfang als über Steuern durch die Sozialversicherungssysteme erbracht. Allein von 1991 bis 1995 entfielen auf Transfers in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung vom Westen in den Osten 140 Milliarden oder fast ein Viertel der sich auf netto 615 Milliarden DM belaufenden Leistungen für den Osten.²⁷ Damit wurden die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung überproportional belastet und vor allem die Arbeitskosten in die Höhe getrieben. Die Teufelsspirale, dass hohe Sozialausgaben zu einer steigenden Arbeitslosigkeit führen, die dann ihrerseits den Sozialstaat belastet, wurde damit und durch die Ausweitung der ohnehin verfehlten Praxis der Frühverrentung bei ihrer Übertragung auf den Osten²⁸ wesentlich mitbedingt.

Ein anderer Fehler war die weit über die nur langsam ansteigende Produktivität erfolgende, dramatische Erhöhung der Tariflöhne und Tarifgehälter im Osten, die zumindest in den ersten Jahren die zunächst von ihren Partnern im Westen dominierten, ungefestigten Gewerkschaften und Organisationen der Arbeitgeber, die ein Niedriglohngelände im Osten ablehnten und diesen als Kon-

²⁷ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 48 (1996) 10, S. 19.

²⁸ Schon die Regierung Modrow hatte eine „Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld“ v. 8.2.1990 verabschiedet (Gesetzblatt der DDR 1990 I, S. 83f.), nach der ein Vorruhestandsgeld von 70 Prozent des bisherigen Nettoverdienstes, mindestens aber 500 Mark, fünf Jahre vor Eintritt des Rentenalters – also bei Männern ab 60 und bei Frauen ab 55 Jahren – in Anspruch genommen werden konnte. Im Einigungsvertrag wurde Männern ab 57 Jahren, Frauen bis Ende 1990 ab 55 Jahren, danach ebenfalls ab 57 Jahren ein Altersübergangsgeld in Höhe von 65 Prozent des letzten durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts gewährt (Art. 30 des Einigungsvertrages, Bundesgesetzblatt 1990 II, S. 899). Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage wurde zum 1. Juli 1991 das Mindestalter generell auf 55 Jahre abgesenkt. Vgl. Johannes FRERICH/Martin FREY, *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 3: *Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit*, 2. Aufl., München/Wien 1996, S. 611.

sumenten westdeutscher Güter, nicht aber als Standort für Produktionen sahen, gemeinsam zu verantworten hatten.

Mit der zunächst fast allgemein bestehenden Auffassung, dass es nach der Übernahme der D-Mark und der Marktwirtschaft – ähnlich wie im sogenannten „Wirtschaftswunder“ nach 1948 – auch im Osten Deutschlands in einigen Jahren zu einem anhaltenden, selbsttragenden Aufschwung kommen würde, hat man das Ausmaß der Probleme, die 45 Jahre zentralistischer Planwirtschaft, die Vertreibung der Unternehmerschaft und die Zerschlagung des selbständigen Mittelstands mit sich brachten, wie auch die Schwierigkeit der Anpassung der maroden Wirtschaft im Osten Deutschlands an die Bedingungen der Weltwirtschaft, völlig unterschätzt. Auch hat man zunächst wohl nicht klar gesehen, welche ungeheuren Anpassungsprobleme für die Menschen im Osten mit der Übertragung des außerordentlich komplizierten bundesdeutschen Systems verbunden waren.

Was waren nun spezifische Wirkungen der Vereinigung?

1. Die Vereinigung hat, wie schon einleitend betont wurde, die latente Krise des Sozialstaates entscheidend verschärft. Die Umstellung der Löhne und Gehälter im Verhältnis 1:1 entsprach angesichts des geheim gehaltenen Umrechnungskurses der DDR für Exporterlöse von 4,4 Ostmark für eine D-Mark einer schlagartigen Aufwertung um 340 %.²⁹ Nehmen wir als Beispiel einen Schrank, den die Firma IKEA bisher in der DDR für 100 Valutamark produzierte, wofür dem Unternehmen in der DDR im Prinzip 440 Ostmark gutgeschrieben wurden. Es war nach der Währungsunion natürlich unmöglich, für die Produktion des IKEA-Schranks nun 440 DM in Rechnung zu stellen. Die Schocktherapie der Aufwertung, nach den Ökonomen Gerlinde und Werner Sinn ein „Kaltstart“³⁰, hat zum Verlust von etwa vier Millionen Arbeitsplätzen beigetragen. Die ungemein ausgedehnte aktive Arbeitsmarktpolitik, in der zeitweise ca. zwei Millionen Erwerbstätige im Osten erfasst wurden, hat die Konsequenzen für den Einzelnen abgemildert.³¹ Als Brücke zum normalen Arbeitsmarkt hat sie aber versagt.
2. Zu den negativen Konsequenzen der Einheit für den Sozialstaat gehörten neben dem enormen Verlust an ökonomischen Ressourcen und der damit verbundenen Belastung des Staates, der sozialen Sicherungssysteme und der Wirtschaft auch die vollständige Konzentration der politischen und sozialen Akteure sowie der Ministerialbürokratie im Bereich der Sozialpolitik auf

29 Norbert KLOTEN, *Deutsche Einheit: Die wirtschaftliche Last der Folgen für Ost und West*, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 8, 5.2.1996, S. 11–17.

30 Gerlinde SINN/Werner SINN, *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Einigung*, 3. Aufl., München 1993.

31 FRERICH/FREY, *Handbuch*, Bd. 3 (wie Anm. 28), S. 598.

- die Aufgabe der Übertragung des westdeutschen Sozialsystems auf Ostdeutschland für etwa drei Jahre. Die langfristigen Probleme des deutschen Sozialstaates wurden in dieser Zeit völlig in den Hintergrund gedrängt.
3. Die heute vielfach kritisierte einseitige Fixierung auf den Staat wurde durch die Erwartungshaltung der Menschen im Osten, die sich über Jahrzehnte hinweg daran gewöhnt hatten, den Staat als einzige Instanz zur Lösung sozialer Probleme zu sehen, noch verschärft.
 4. Das politische System der Bundesrepublik wurde durch die Vereinigung noch komplexer; die Durchsetzung von Reformen wurde damit erschwert. Neben der CDU/CSU und der Sozialdemokratie entstand mit der PDS, inzwischen „Die Linke“, eine dritte Sozialstaatspartei, die vor allem die SPD von links unter Druck setzte. Zu den bestehenden Spannungslinien im Bundesrat zwischen den von der CDU/CSU und den von der SPD geführten Ländern, zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten, zwischen reichen und armen Ländern, bestanden nun auch die Spannungen und die Interessensgegensätze zwischen den fünf neuen Bundesländern im Osten sowie dem vereinigten Berlin und dem Rest der Bundesrepublik. Die zu Recht beklagte Kurzatmigkeit gerade auch der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland wurde dadurch noch verstärkt, dass die Parteien nun neben der Bundestagswahl und der Wahl zum Europäischen Parlament auf 16 Landtagswahlen, die meist von bundespolitischen Fragen bestimmt wurden, Rücksicht nahmen.

Die Erörterung der spezifischen Probleme, die sich aus der Wiedervereinigung ergaben, soll aber nicht verwischen, dass es sich bei der Einigung um eine Sternstunde der deutschen Geschichte gehandelt hat und dass die Probleme zu lösen sind. Das verlangt allerdings von der Politik einen langen Atem, Innovationskraft, Augenmaß, Sachkompetenz und politisches Geschick in der Präsentation der Reformvorhaben in den Medien und bei der Gewinnung von Mehrheiten.

IV

Ich möchte nun noch einige Bemerkungen zur Entstehung der Pflegeversicherung machen, da Arbeitsminister Blüm eine entscheidende Rolle bei der Initiierung und politischen Durchsetzung dieser Versicherung spielte. Sie ist das wichtigste Ergebnis der Großen Koalition in sozialpolitischen Sachfragen zwischen 1991 und 1994 und die wohl bedeutendste Reform und institutionelle Neuentwicklung des deutschen Sozialstaates in der Ära Kohl. Bei der Schaffung dieses fünften großen Zweiges der Sozialversicherung mussten erhebliche Widerstände innerhalb der Union, vor allem im Mittelstands- und Wirtschaftsflügel der Partei, und in der Koalition angesichts der ursprünglich schar-

fen Ablehnung einer Sozialversicherungslösung für die Pflege in der FDP überwunden und schließlich auch die Sozialdemokratie angesichts der Mehrheit der sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat ins Boot geholt werden. Unterstützung fand die Idee einer Pflegeversicherung in einer CDU-internen Pflegekommission unter der Leitung von Heiner Geißler, bei den Arbeits- und Sozialministern der von der CDU/CSU geführten Länder, bei den Sozialausschüssen der Union, der Frauenunion, bei allen Behindertenverbänden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Kriegssopferverbänden, den vier großen Ärzteverbänden, den Gewerkschaften und den Kirchen.³² Bei der Durchsetzung der Sozialversicherung hat Blüm, der in letzter Instanz die Unterstützung von Bundeskanzler Kohl fand, seine Machtstellung auf das Äußerste ausgereizt und sich die seitdem bestehende scharfe Gegnerschaft der Arbeitgeberverbände³³ und erheblicher Teile der FDP zugezogen. Letztlich gelang die Durchsetzung der Pflegeversicherung nur, weil die FDP nicht den Zerfall der Koalition riskieren wollte und weil die Union nicht ohne den Abschluss dieser Reform in den Bundestagswahlkampf 1994 ziehen wollte.³⁴

Die Kennzeichen der Pflegeversicherung waren, dass sie auf einer Sozialversicherungslösung statt auf einer freiwilligen privaten oder einer privaten Pflegepflichtversicherung beruhte, dass die Finanzierung wie bei den übrigen Sozialversicherungen auf dem Umlageverfahren und nicht auf einem Kapitaldeckungsverfahren beruhte und dass den Arbeitgebern für ihren hälftigen Beitrag zur Pflegeversicherung eine Kompensation angeboten wurde, die schließlich im Wegfall eines auf einen Werktag fallenden, bezahlten Feiertages lag.³⁵ Die Pflegeversicherung unterstrich noch einmal die Pfadabhängigkeit des deutschen Systems der sozialen Sicherheit und die zentrale Bedeutung der Sozialversicherung für den deutschen Sozialstaat. Sie weist allerdings einige Besonderheiten auf. Dazu gehört, dass auch die etwa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachenden Versicherten der privaten Krankenkassen über eine private Pflegepflichtversicherung mit Kontrahierungszwang in das System

32 Vgl. Martin SEBALDT, „Pflege“ als Streitobjekt: Die parteipolitische Kontroverse um die Pflegeversicherung und die Entstehung des Pflegeversicherungsgesetzes von 1994, in: Zeitschrift für Sozialreform 46 (2000), S. 173–187, hier S. 177.

33 Nach einer Äußerung des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, hat es kein Gesetzesvorhaben gegeben, „das so einhellig von der gesamten Wirtschaft, aber auch von der Wissenschaft und der Bundesbank abgelehnt worden ist“, Pressedienst PDA der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Nr. 9, 30.3.1994.

34 Vgl. Kohls Rede vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 27.5.1993, ACDP 08-012-120/2.

35 Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz – PflegeVG) v. 26.5.1994, in: Bundesgesetzblatt 1994 I, S. 1014ff.

einbezogen wurden³⁶ und die Pflegeversicherung sich damit einer Volksversicherung annäherte. Bemerkenswert ist ferner die bereits erwähnte faktische Abkehr von der Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung durch die Gewährung einer Kompensation und vor allem die Bindung der Ausgaben an die Einnahmen, also der Übergang vom Prinzip der Deckung des Bedarfs zum Budgetprinzip.³⁷ Zudem war klar, dass die Pflegeversicherung nur ein Zuschuss zu den Leistungen der Pflege geben konnte, nicht aber das Gesamtrisiko abdeckte.

Die Pflegeversicherung hat zunächst Überschüsse erwirtschaftet, ist aber seit 1999 defizitär, so dass trotz der Einführung eines Sonderbetrages für Kinderlose etwa ab 2008/2009 die angesparten Rücklagen aufgebraucht sein werden. Nach den neuesten Beschlüssen werden die Finanzprobleme bis etwa 2013 durch eine Erhöhung der Beitragssätze von 1,7 auf 1,95 Prozent gelöst. Zu einer grundsätzlichen Reform der Pflegeversicherung ist es aber angesichts der unterschiedlichen Positionen von CDU/CSU und SPD nicht gekommen. Diskutiert werden vor allem der Übergang zu einer Teilkapitaldeckung mit dem Aufbau einer Demographiereserve zur Abdeckung der mit der Alterung der Bevölkerung erwarteten Mehrkosten und ein kompletter, schrittweiser Umstieg vom Umlageverfahren auf die Kapiteldeckung. Allerdings ist auch ein Finanzausgleich zwischen der öffentlichen und der privaten Pflegeversicherung, die vor allem wegen der besseren Risiken weiterhin Überschüsse erwirtschaftet, im Gespräch. Grundsätzlich akzeptiert wurde eine Erweiterung der Leistungen durch die höchst notwendige Einbeziehung der Demenzzranken. Auch soll der Vorrang der häuslichen Pflege vor der sehr viel teureren Unterbringung in einem Pflegeheim ebenso wie der der Prävention und Rehabilitation zur Vermeidung, Überwindung oder Minderung von Pflegebedürftigkeit, die bereits jetzt im Gesetz vorgeschrieben sind, noch weiter ausgebaut werden. Eine der zentralen Fragen, die jetzt diskutiert wird, ist, ob nicht der Verzicht auf ein Kapitaldeckungsverfahren, wie es von der FDP und Teilen der CDU/CSU und den Arbeitgebern gefordert wurde, ein Fehler gewesen ist.

36 Vgl. Jürgen WASEM, *Die private Pflegepflichtversicherung – ein Modell für eine alternative Organisation der sozialen Sicherung zwischen Markt und Staat?*, in: Winfried SCHMÄHL (Hg.), *Soziale Sicherung zwischen Markt und Staat*, Berlin 2000, S. 79–110.

37 Vgl. Heinz ROTHGANG, *Vom Bedarfs- zum Budgetprinzip? Die Einführung der Pflegeversicherung und ihre Folgen für die gesetzliche Krankenversicherung*, in: Lars CLAUSEN (Hg.), *Gesellschaft im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Frankfurt/M. 1996, S. 930–946.

V

Abschließend noch einige Fragen an Herrn Blüm.

1. In einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl vom 12. Dezember 1989 regen Sie, Herr Blüm, an, dass in der Koalition besprochen werden sollte, „ob und wie – ähnlich wie bei der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung – ein Konsens mit der Opposition und maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen“ in der Einigungspolitik gefunden werden kann.³⁸ Damals bestand auch das Angebot des SPD-Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel vom Herbst 1989 auf eine breite Zusammenarbeit von Regierung und Sozialdemokratie bei der Schaffung der deutschen Einheit.³⁹ Dieser Vorschlag ist offenbar von Kohl sehr bewusst nicht aufgegriffen worden, um sicherzustellen, dass die Erfolge der Einigungspolitik der Koalition und vor allem der CDU/CSU zugute kamen. Angesichts der auf Polarisierung setzenden Konfrontationstaktik des späteren Kanzlerkandidaten der SPD Lafontaine⁴⁰ fehlte danach auch auf Seiten der SPD der Partner für eine derartige Politik der Zusammenarbeit. Meine Frage ist, ob Kohl mit Ihnen Ihren Vorschlag erörtert hat und ob es zu einer Diskussion dieses Vorschlags in den Gremien der CDU oder in der Koalition gekommen ist?
2. Mein Eindruck aufgrund der Quellenlektüre ist, dass es vor allem Sie, Herr Blüm, waren, der die Erweiterung einer „Währungsunion mit Wirtschaftsreform“ zu einer Währungs-, Wirtschafts- und *Sozialunion* betrieben hat, und dass Sie dabei die Unterstützung Kohls gefunden haben. Wie schwierig war es, die von mir angedeuteten Widerstände von Bundesbank, Bundesfinanzministerium, Bundeswirtschaftsministerium und Teilen der Wirtschaft bei der fast bruchlosen Übertragung des bundesdeutschen Sozialstaates auf die DDR zu überwinden?
3. Die Einführung der Pflegeversicherung wurde von Ihnen durch eine Rede auf dem Ersatzkassentag am 26. September 1990,⁴¹ also wenige Wochen vor der Bundestagswahl vom Dezember 1990, in Gang gebracht. Der Parteivorsitzende der FDP, Graf Lambsdorff, hat das in einer Diskussion mit

38 Blüm an Kohl, 12.12.1989, ACDP 01-504/57, NL Norbert Blüm.

39 Vgl. dazu Hans-Jochen Vogel im „Ausschuß Deutsche Einheit“ des Deutschen Bundestages am 15.6.1990, in: Stenographische Berichte der Ausschusssitzung, S. 285.

40 Zu den tiefen inneren Gegensätzen in der SPD in der Einigungspolitik, die die Entwicklung einer klaren politischen Strategie verhinderten, vgl.: Fabian PETERSON, *Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozess 1989/1990. Strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?*, Hamburg 1998; Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006.

41 Vgl. Karl JUNG, *Soziale Pflegeversicherung: Durchgesetzt gegen alle Widerstände*, in: Bundesarbeitsblatt 7/1994, S. 5–16, hier S. 9f. Für Blüms Konzept Ende 1990 vgl. sein Schreiben an den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jürgen Rüttgers vom 27.12.1990, ACDP 01-504/73, NL Norbert Blüm.

Ihnen als „Traumtänzerin“ bezeichnet und betont, dass es weder mit dem Finanzminister abgesprochen wurde noch im Wahlprogramm der CDU eine Grundlage habe.⁴² Ist es richtig, dass dieser Vorstoß von Ihnen zunächst ohne Rückendeckung durch Kohl und die Parteigremien unternommen wurde? Und weiterhin: Spielte möglicherweise dabei eine Rolle, dass in der DDR etwa 500.000 Pflegebedürftige aus Mitteln der Krankenversicherung finanziert wurden?⁴³ Wie ist es Ihnen gelungen, die Widerstände gegen ihr Konzept einer Pflegeversicherung, die auf dem Umlageverfahren beruhte und als Sozialversicherung angelegt war, zu überwinden? Spielte dabei eine Rolle, dass man in den Führungsgremien der CDU/CSU glaubte, ohne ein Gesetz über die Einführung einer Pflegeversicherung nicht den Wahlkampf 1994 erfolgreich bestreiten zu können?

42 Diskussion von Blüm, Graf Lambsdorff (FDP), Renate Schmidt (SPD) und Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) in der Fernsehsendung „Vor der Wahl“ vom 15.11.1990, in: BPA-DOK, TEXT-BULL-RFTV-AA (87–95). Im Wahlprogramm der CDU von 1990 wird nur allgemein ausgeführt, dass für die Absicherung des Pflegefallrisikos „eine gesetzliche Regelung“ geschaffen werden solle. Vgl. *Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990*, hg. v. der CDU-Bundesgeschäftsstelle, S. 15.

43 Vgl. FRERICH/FREY, *Handbuch* (wie Anm. 28), Bd. 2: *Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik*, 2. Aufl., München/Wien 1996, S. 376–378.

Diskussionsbeiträge

Statements im Anschluss an den Vortrag von Manfred G. Schmidt

Norbert Blüm:

Zunächst bestätige ich eine starke Sozialpolitik. Ich würde es allerdings nicht im Sinne von Verteilungspolitik meinen. Meine These ist, dass keine Marktwirtschaft funktioniert ohne Sozialstaat. Eine funktionsfähige Marktwirtschaft ist nur mit Sozialstaat möglich. Erst nachdem die großen Risiken – Invalidität, Krankheit, Unfall – aus dem Betrieb externalisiert wurden, erst unter Bismarck war eine unternehmerische Wirtschaft möglich, die sich im Wettbewerb bewährte und am Gewinn orientierte. Solange kein Sozialstaat existierte, war der Betrieb alles. Das Dilemma der DDR-Wirtschaft war auch, dass der Betrieb einen Sozialstaatsersatz darstellte und sich deshalb nicht an der Produktivität orientieren konnte. Dort gab es auch eine Arbeitslosenversicherung, da haben die Beschäftigungslosen im Betrieb herumgestanden. Es gab keine Arbeitslosenversicherung in einem Staat, der das Recht auf Arbeit garantieren wollte. Das ist die erste These: Ohne Sozialstaat keine funktionsfähige Marktwirtschaft. Ich könnte auch noch verweisen auf die Versuche der Marktreformer in Russland. Diese haben den russischen Reformern gesagt: „Deregulieren, privatisieren, Wettbewerb, dann entsteht Wohlstand, mehr brauchst du nicht.“ Der ist auch entstanden, den kann man an der Riviera besichtigen oder in Zypern, wo die Mafia ihn hingeschafft hat.

Gab es einen Masterplan? Ich hatte ein Konzept im Kopf, das könnte man Masterplan nennen, es erfüllt vielleicht nicht ganz die Erfordernisse eines Ablaufplans, aber eines Konzeptes. Im Grunde gibt es drei Typen von Sozialstaat, idealtypisch im Sinne von Max Weber, sie kommen nie in Reinkultur vor:

- Das erste ist der Fürsorgestaat. Das ist der Staat, der sich den Armen zuwendet. Er hat bedauerlicherweise auch in meiner Partei zunehmend Anhänger. Wir begrenzen den Sozialstaat, wir konzentrieren uns auf die Bedürftigen. Dies ist nicht mein Sozialstaat, denn der hat nicht nur mit der Armutsbekämpfung, nicht nur mit Barmherzigkeit zu tun. Der Sozialstaat, den ich vertrete, legt auf Gerechtigkeit Wert und strebt deshalb an, Leistung zu belohnen.
- Dann gibt es den zweiten Grundtyp: den Staat der Vereinfachung, den Versorgungsstaat. Das ist der für alles zuständige Staat, der von Staates Gnaden die sozialen Fragen löst. Der erste Typ, der Fürsorgestaat, liegt, wenn man ihn geschichtlich zuordnen soll, in der angelsächsischen Tradition, der Typ des Versorgungsstaates ist eher skandinavischer Herkunft.

- Der dritte Typ, den ich vertrete, ist der auf Gegenseitigkeit angelegte Sozialstaat.

Arnold Gehlen hat zwei Grundstrukturen der Solidarität beschrieben. Der Starke für den Schwachen, das ist die ursprüngliche Form der Solidarität, das ist die Grundbedingung der menschlichen Existenz, das ist der Fürsorgestaat. Gegenseitigkeit ist eine spätere zivilisationsgeschichtliche Errungenschaft: „Wie du mir, so ich dir.“ Das war ein zivilisatorischer Fortschritt, beispielsweise durch die Bändigung der Rachsucht: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Ein weiterer Fortschritt ist die Moral der goldenen Regel: „Handle so, wie du behandelt werden willst.“

Eine Folge der gegenseitigen Solidarität ist ein Sozialstaat, der auf Beitrag basiert, auf Leistung für Vorleistung. Diesem Prinzip gebe ich den Vorzug vor dem Fürsorgestaat und vor dem Versorgungsstaat. Darin liegt ein emanzipatorischer Anspruch, die Sozialleistung zu erarbeiten, natürlich nicht ohne ein letztes Netz der Absicherung gegen Armut.

Es ist ein mentaler Unterschied, ob man die Rente als Zuweisung eines Wohltäters, Vater Staat oder Mutter Gesellschaft, erhält, oder im Bewusstsein, sie selbst erarbeitet zu haben. Beitrag ist auch ein Steuerungselement sogar in Zeiten des Umbaus, denn der Beitrag begrenzt auch die Leistung: Wenn man mehr Leistung haben will, muss man mehr Beitrag zahlen. Das ist der Grund, warum übrigens die skandinavische Politik auf Beitragsfinanzierung umstellt. Wir versuchen es umgekehrt. Die Kopfpauschale bringt da mehr Staat ins Spiel.

Diese Beitragsfinanzierung – und das ist mein weiteres Reformprogramm – wäre eine Sozialversicherung, die sich selbst steuert. Solidarische Selbsthilfe, subsidiär, und wenn es Staatszuschüsse gibt, dann nur für Fremdleistungen. Deshalb haben wir auch versucht, den Bundeszuschuss neu zu ordnen. Das, was wir geleistet haben, sind Bausteine dafür. Ich will darauf hinweisen, dass Nettolohnbezug ein Beitrag ist, die Selbststeuerung zu erhöhen, dass die Zurückdrängung der Bildungszeiten ein Versuch ist, beitragsfreie Zeiten aus der Versicherung zurückzudrängen, soweit das sozialpolitisch zumutbar ist.

Der Sozialstaat, den ich vertrete, hat es mit Subsidiarität zu tun. Und das heißt nicht nur, wie manche übersetzen, es dem Einzelnen zu überlassen, sondern jenen Raum zu füllen zwischen Individuum und Staat. Dafür haben weder die Liberalen ein Sensorium entwickelt noch die Sozialisten. Man kann bei beiden immer wieder den Versuch feststellen, die intermediären Institutionen zu zerstören, die zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft vermitteln. In dem Prinzip Subsidiarität liegt nicht nur die Abgabe von Kompetenzen an die kleinere Gemeinschaft, sondern auch die Aufforderung, die kleine Gemeinschaft in die Lage zu versetzen ihre subsidiären Aufgaben zu bewahren.

Ich sehe einen weiteren für die Weiterentwicklung des Sozialstaats wichtigen Punkt im Arbeitsbegriff, so wie er die herkömmliche Sozialpolitik domi-

niert hat. Es reicht nicht mehr aus, die Sicherungssysteme festzumachen am klassischen Arbeitnehmer, definiert durch Weisungsabhängigkeit. Wir brauchen einen erweiterten Arbeitsbegriff.

Die alles entscheidende Frage, die allen unseren Debatten zugrunde liegt, ist jedoch: Geht uns die Arbeit aus, oder hat die Arbeit Zukunft? Kein Sozialstaat wird aus himmlischen Quellen bezahlt. Ich bin aufgrund meiner aus der katholischen Soziallehre stammenden Überzeugung dafür, ihn an die Arbeit zu binden, nicht ans Kapital. Man sollte nicht einen wild gewordenen Finanzkapitalismus weiter füttern, der sich von Arbeit und Wertschöpfung völlig emanzipiert hat. Angesichts eines Elendes in der Welt zu sagen „uns geht die Arbeit aus“, kann nur die These verwöhnter Wohlstandskinder sein, die von sich auf andere schließen. Es gibt genug Arbeit. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt für die sozialstaatliche Entwicklung ist die Unterstützung jenes Elementes der Mithilfe, des Mittätigseins in der Gesellschaft. Ich würde das allerdings nicht völlig der bürgerschaftlichen Initiative überlassen.

Nun zu den großen Konflikten in der Ära Kohl. In der Tat wundere ich mich immer, wenn ich höre, es hätte einen Reformstau gegeben. Ich erinnere an die großen Umstellungskämpfe, von denen ja einige erwähnt wurden, an die Auseinandersetzung um den Streikparagrafen 116. Da ging es nicht darum, nicht wie meine Gewerkschaft IG-Metall behauptet hat, den Streik zu verunmöglichen, sondern den Stellvertreterstreik auf Kosten der Sozialkassen zu verhindern. Insofern war diese Reform eine Stärkung der Tarifautonomie, die in ihren Grenzen bleiben soll. Ein anderes Beispiel aus diesen Zeiten waren die großen Auseinandersetzungen über die Umstellung der Krankenversicherungen. Der Hauptgegner war die Pharmaindustrie, die sich gegen Festbeträge gewandt hat, was ich für ein marktwirtschaftliches Instrument halte. Mit immerhin so schamlosen Parolen wie „keine Medikamente mehr für AIDS- und Krebskranke“ wandten sich die Lobbyisten gegen die Reform.

Beim Vorruhestand, so wie er konzipiert war, hat die Sozialversicherung keinen Schaden gelitten, denn es wurde nämlich für die Vorruheständler Beitrag gezahlt. Das ist durch das Bundesverfassungsgericht ausgehebelt worden, das festgelegt hat, dass dies nur den Betrieben zumutbar sei, die es wirtschaftlich verkrafteten. Damit gab es keinen Betrieb, der das nicht begründen konnte. Ich wollte das sofort regeln; da ist der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber gekommen und hat gesagt „nein, das machen wir selber“. Es war ein Fehler, dass ich das geglaubt habe. Damit haben wir zwei Jahre verloren.

Obwohl ich hier die Sozialpartner auch kritisiere, glaube ich dennoch, dass sie unverzichtbar sind, und je mehr man diese zwischenstaatlichen Kräfte schwächt, umso mehr wird nach dem Staat gerufen. Je schwächer die Tarifautonomie wird, umso mehr wird der Ruf nach Mindestlöhnen erschallen.

Die Riesterrente hat meines Erachtens die Rente nicht sicherer gemacht, da sie manipulationsanfällig ist. Es kommt ja nicht auf die 4 % tatsächlich ge-

zahlter Beitrag an, man kann auch genauso gut 6 % gesetzlich festlegen, da ergäbe sich wieder ein neues Rentenniveau. Sie können durch die Veränderung einer Zahl jedes gewünschte Niveau herstellen.

Ich glaube, dass die Demografie eine Herausforderung ist, sie allerdings etwas überschätzt wird. Wenn es nur auf die Kopfzahl ankäme, müsste es in Afrika eine hervorragende Alterssicherung geben. Es kommt darauf an, dass die Menschen, die geboren werden, Arbeit haben. Die Produktivität ist das Entscheidende, es kommt nicht nur auf die Zahl der Geburten an. Wenn weniger Kinder geboren werden, müssen die Geborenen mitbezahlen für die Nichtgeborenen. Dann führt kein Weg an höheren Beiträgen vorbei, das lässt sich nicht wegreformieren, auch nicht mit Kapitaldeckung. Insgesamt: Einen Masterplan hatte ich vielleicht nicht in dem Sinne, den Herr Professor Schmidt damit meint, aber in dem Sinne, dass wir nicht von der Hand in den Mund agiert haben.

Wenn man mich nach Fehlentwicklungen fragt, dann verweise ich darauf, dass die Vorruhestandsentwicklung schamlos ausgenutzt worden ist. Sie war auch eine Alternative zu der damals propagierten Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden. Nicht ganz gelungen ist es, dadurch den Ausgang aus dem Erwerbsleben schrittweise zu gestalten.

Im Falle des Paragraphen 116 kam es zu einer großen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Dürfen die Tarifpartner einen Streik organisieren, der die Solidarkassen in Anspruch nimmt? Die Sozialpartner bestimmen nicht, wie viel Geld sie aus den Sozialkassen entnehmen können, also aus der Arbeitslosenversicherung. Oswald von Nell-Breuning hat immer gesagt, das Arbeitskampfrecht sei ein Überbleibsel aus vorrechtlichem Status in Nachfolge des Fehderechtes. Es lässt sich eigentlich, wenn es erhalten bleiben soll, nicht völlig kodifizieren, aber man muss zumindest die Folgen einfangen. Deshalb musste man verhindern, dass die Gewerkschaften bestimmten, wo gestreikt wird und der Staat die Folgekosten bezahlt.

Kurt Biedenkopf:

Wir werden spätestens in zehn Jahren ungefähr 40 % der Rentner haben, die eine Grundsicherung bekommen und nicht mehr. Es wird aber eine bedürfnisorientierte Grundsicherung sein, nach dem geltenden Recht jedenfalls. Das ist nicht durchführbar. Die Zeit, über die wir hier sprechen, hat sicherlich eine ganze Menge vorangebracht, aber ich stimme Herrn Kollegen Schmidt zu, dass man die Möglichkeiten, die man hatte, nicht ausgeschöpft hat. Man hat eine Reihe von längerfristigen Entwicklungen nicht wirklich in den Blick genommen und gefragt, wie kann man das Land darauf vorbereiten, unabhängig von der deutschen Wiedervereinigung.

Norbert Blüm hat gesagt, die Rentenversicherung beruhe auf dem Prinzip Leistung gegen Gegenleistung. Diesen Streit heute wieder aufzunehmen macht keinen Sinn. Aber eines muss man feststellen: Ich zahle Beiträge nicht für meine spätere Rente, sondern für die Rente meiner Eltern. Das ist das entscheidende Problem. Bei den Menschen ist jedoch immer wieder der Eindruck erweckt worden, sie erwürben mit ihren Beiträgen einen Rechtsanspruch gegen die nächste Generation. Dies war in meinen Augen ein unerträglicher Standpunkt. Denn zu der gleichen Zeit, zu der das ausdrücklich immer wieder festgestellt wurde, wusste man, dass die damals beitragszahlende Generation immer weniger Kinder hatte. Der Bruch war Mitte der 70er Jahre. Wir reden hier über 1982 bis 1987; in dieser Zeit war vollkommen klar, dass es sich nicht um eine konjunkturelle Schwankung der Geburtenrate handelte, sondern um eine prinzipielle Veränderung des Verhaltens der Bevölkerung.

Selbst wenn die Menschen sich wieder umgestellt hätten, wären in der nächsten Generation viel weniger Mütter da gewesen, die Kinder hätten haben können. Deshalb musste man fragen: Wer löst diesen Anspruch ein? Darum ging es, nicht um das Leistungsprinzip. Zum Zweiten: Unter Leistung verstehe ich etwas, was ich nicht gezwungenermaßen tue, sondern aus eigenem Antrieb. Damals, als wir die Erhebungen angestellt haben Anfang der 80er Jahre, waren 70 % der Bevölkerung der Meinung, dass sie das Geld, das sie einzahlten, wiederbekommen würden. Das heißt, diese 70 % hatten das Umlagesystem nicht verstanden. Sie wussten nicht, dass sie das Geld nur zurückerhalten können, wenn es eine nachwachsende Generation gibt, die nicht nur geboren wird, sondern die auch hervorragend ausgebildet ist. Wenn sie kleiner ist, muss sie besser ausgebildet sein, und wenn dieser Generation mehr Kapital zur Verfügung steht, kann sie mit einer besseren Ausbildung und mehr Kapital die gleiche Leistung erbringen, wie ihre zahlenmäßig sehr viel größere Elternschaft.

Genau diese Frage ist eben nicht diskutiert worden. Ich habe gegen die Rentenreform 1992 diesen Einwand immer wieder vorgebracht. Und dieser Einwand ist ja nicht neu, er ist bereits in den 50er Jahren, bei der Neugestaltung der Rentenversicherung, mitdiskutiert worden: Wie kann ich die Dreidimensionalität der Alterssicherung gewährleisten? Wir haben eine zweidimensionale Alterssicherung, die dritte gehört nicht in die Zuständigkeit des Arbeitsministers, sondern des Familienministers. Dass Geld nicht zu mehr Kindern führt, können wir jetzt nach dreißigjährigem Experiment erkennen. Wir können zwar das Leben der Eltern erleichtern, wir können die Berufstätigkeit der Frau erleichtern, aber alle diese Faktoren – wir geben im Augenblick, glaube ich, im Jahr 170 Mrd. Euro für Familienpolitik aus – haben nicht zu einer höheren Geburtenrate geführt.

Meinhard Miegel und ich haben deshalb gefragt: Welche Voraussetzungen müssen von der Gesamtpolitik gewährleistet werden, damit die nachwachsende Generation ausreichend leistungsfähig ist? Das fängt mit der Ausbildung

an und geht über das Schulsystem. Wir haben uns in den 80er Jahren, und zwar beide große Volksparteien, völlig unsinnige Grabenkämpfe über die Schulreform geliefert, statt uns zu fragen: Was ist denn eigentlich das Ziel? Es ging dabei um Ungleichbehandlung, um Unterschichtenprobleme, um Ideologie, ich habe das ja hier in Nordrhein-Westfalen als Mitglied des Landtages ausreichend mit genossen. Es war eine abwegige Debatte. Wir haben bis Anfang des 21. Jahrhunderts unsere bildungspolitischen Debatten so geführt, als hätten wir noch mehr nachkommende Enkel, als wir schon Kinder hatten.

Das Zweite betrifft die Kapitalbildung, und zwar nicht in Staatshand, sondern in einer vernünftigen strukturierten Form. Der zweite Punkt dieses Subsidiaritätsprinzips, so wie er eben formuliert worden ist, ist ein sehr gefährlicher Satz: Subsidiaritätsprinzip, oder die Subsidiarität füllt den Raum zwischen dem Einzelnen und dem Staat. Was soll denn das heißen? Dass im Grunde der ganze Raum vom Staat gefüllt werden soll, denn der Einzelne hat ja nur einen winzig kleinen Raum zu füllen. Das Wichtigste in der Subsidiarität ist aber der Schutz der kleinen Lebenskreise, und zwar die Staatsfreiheit des kleinen Lebenskreises. Ich war ziemlich entsetzt, als ich las, dass Frau von der Leyen Geld dafür aussetzt, dass auch Männer Babydienst tun. Das ist genau die Art von Subsidiarität, die angesprochen wird. Wenn der kleine Lebenskreis nicht so funktioniert, wie sich die große Politik das vorstellt, dann nimmt man Geld in die Hand, damit es so funktioniert. Wenn man die Menschen daran gewöhnt, dass das normal ist, dann leisten sie auch keinen Widerstand mehr dagegen.

Ich kritisiere die Sozialpolitik von 1982 bis 1989 jetzt gar nicht unter jedem Gesichtspunkt. Bloß die Auseinandersetzung, die ich damals suchte, ist nicht angenommen worden. Der Versuch lief ins Leere. Ich habe, Bundesvorstandssitzung nach Bundesvorstandssitzung, immer wieder den Versuch gemacht, diese längerfristigen Perspektiven in die Debatte einzubringen. Heute müssen wir die Leistung von damals auch am aktuellen Zustand messen, und der hat nicht nur etwas mit der Wiedervereinigung zu tun. Wir haben damals zum Beispiel immer wieder darauf hingewiesen, dass der Arbeitsmarkt sich verändert, die Arbeit fragmentiert, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zunimmt. Unser Rentensystem ist für Teilzeitbeschäftigte eine Katastrophe. Wir haben heute ein Drittel Teilzeitbeschäftigte von den rund 34 Millionen Sozialversicherungspflichtigen in ganz Deutschland, davon die Hälfte geringfügig beschäftigt. Sie sind zwar alle sozialversicherungspflichtig, aber mit den Beiträgen kann man keinen ausreichenden Rentenanspruch erwerben. Sie müssen, glaube ich, rund 30 Jahre auf der Basis eines Durchschnittslohns Beiträge zahlen, damit sie die Rente bekommen, die der heutigen sogenannten Armutsgrenze, also der Sozialhilfe, entspricht. Kein Teilzeitbeschäftigter kann ein Äquivalent zu 30 Jahren Vollzeitbeschäftigung erreichen. Das heißt, wir haben einen immer größeren Anteil der Bevölkerung, der nicht mehr durch seine

Beiträge ein gesichertes Alter hat. Wir haben uns immer gestritten über die Frage, ob man die Menschen ermutigen sollte, Eigenvorsorge zu treiben. Die Riester-Rente ist ja nichts anderes als ein staatlich organisiertes Instrument für Eigenvorsorge. Man kann darüber denken wie man will, aber sie ist unter der SPD-Regierung mit Unterstützung der CDU zustande gekommen. Und sie entwickelt sich erfolgreich. Wenn die Mittel richtig und vernünftig angelegt werden, und dafür muss natürlich auch der Staat sorgen, dann führt das zu einem zusätzlichen Einkommen. Dieses zusätzliche Einkommen wird genauso schwanken, wie die Leistungskraft des Staates schwankt. Denn wir können nicht auf die Dauer den Zuschuss zur Rente in den öffentlichen Haushalten immer weiter erhöhen. Von den 270 Mrd. Euro Bundeshaushalt sind 80 Mrd. Euro Rentenversicherungssubvention. Der deutsche Bundeshaushalt ist derzeit zu drei Fünfteln vergangenheitsorientiert. Die Gründe sind nicht erst seit 1998 in der SPD-Regierung entstanden, sie gehen zurück bis in die 70er Jahre. Helmut Kohl war ein ausgezeichnete Kanzler, wenn es um Europa ging, wenn es um die westliche Verteidigungsgemeinschaft ging, und er hat später die Früchte seiner ersten acht Jahre geerntet. Denn er hatte es erreicht, dass alle unsere Nachbarn in Europa den Deutschen wieder getraut haben und deshalb mit der Wiedervereinigung einverstanden waren. Das war eine unglaubliche Leistung. Wir haben dann in den Folgejahren die Chance der deutschen Einheit nicht genutzt, um ganz Deutschland auf den neuesten Stand zu bringen, sondern wir haben das, was wir in Westdeutschland hatten, einfach auf Ostdeutschland ausgedehnt. Sehr zum Nutzen der damaligen Rentner, aber sehr zum Nachteil dessen, was jetzt in der Zukunft kommt.

Statements im Anschluss an den Vortrag von Gerhard A. Ritter

Kurt Biedenkopf:

Herr Professor Ritter, Sie haben ihr Buch genannt „Der Preis der deutschen Einheit“. Ich würde gerne mal ein Buch schreiben „Der Gewinn der deutschen Teilung für Westdeutschland“. Westdeutschland hat einen unglaublichen Gewinn aus der deutschen Teilung gezogen; das ist den Wenigsten bewusst. Wenn Deutschland nicht geteilt worden wäre, dann wäre AUDI nicht in Ingolstadt, sondern in Zwickau, die Verlage wären in Leipzig, die Deutsche Bank wäre in Berlin, die Max-Planck-Gesellschaft wäre in Berlin, Siemens wäre in Berlin. Es wären hunderte von mittelständischen und größeren Unternehmen in Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen geblieben. Carl Zeiss Jena wäre nicht im Westen, sondern im Osten, und so weiter. All die Verluste des Ostens wurden erzwungen durch die deutsche Teilung und das kommunistische System in Ostdeutschland, durch die Vertreibung nach Westdeutschland. Die DDR hat ihre Mauer gebaut, weil sie zu Recht

befürchten musste, dass sie kurz davor war zusammenzubrechen, weil alle begabten leistungsfähigen Leute, die es irgend konnten, die DDR verlassen haben. Westdeutschland hat nach der Fluchtbewegung, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als 13 Millionen Flüchtlinge nach Westdeutschland kamen und sich am Aufbau des Landes beteiligten, durch die deutsche Teilung den wesentlichen Teil der bürgerlichen Mittelschicht in der DDR gewonnen – und das insbesondere aus Sachsen und aus Thüringen – eine industrielle und handwerkliche Mittelschicht.

Die größte Katastrophe der deutschen Teilung war die Zerstörung der bürgerlichen Mittelschicht durch die Kommunisten. Man kann alles mit Geld ausgleichen, aber so etwas nicht. Es war ein ganz entscheidendes Problem, dass es in Ostdeutschland keine Bevölkerungsschicht gab, aus der sich in ausreichendem Umfang unternehmerische Aktivitäten rekrutieren konnten. Ich habe im Sommer 1989, vor den Leipziger Ereignissen und dem Fall der Mauer, in meinem Buch „Zeitsignale“ einige Seiten darauf verwendet darzulegen, warum Westdeutschland in der Schuld von Ostdeutschland stehe, warum Westdeutschland Treuhänder nicht nur der Freiheit der Ostdeutschen war, sondern auch Treuhänder dessen, was aus dem Osten in den Westen gekommen ist, und dass sich daraus eine Verpflichtung Westdeutschlands ergibt, im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands, zu dieser Treuhänderschaft zu stehen. Deshalb habe ich mich von Anfang an über die Diskussion geärgert, die den Eindruck erweckte, wir würden jetzt im Westen zur Ader gelassen.

Dazu kommt, dass die Ostdeutschen schwere Reparationslasten übernehmen mussten. Als wir nach Sachsen kamen und in die anderen ostdeutschen Länder, haben wir Bahnstrecken gesehen, die nur einspurig waren, weil die zweite Spur in die Sowjetunion abtransportiert worden war. In der DDR gab es den Spruch „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Damit hat man zum Ausdruck gebracht, dass der größte Teil der Ruinen in Friedenszeiten entstanden war, weil sich niemand um die Häuser gekümmert hat, weil sie enteignet waren, weil die Investitionsmittel fehlten, weil die Leute große Anstrengungen gemacht haben, den inneren Ausbau ihrer Häuser, soweit sie Häuser bewohnten, zu gewährleisten. Aber eben sonst nicht.

Ich schicke das deshalb voraus, weil ich glaube, dass das für die politische Beurteilung dessen, was nachher gefolgt ist, von großer Bedeutung ist. Ich stimme zu, dass es keine Alternative zu dem eingeschlagenen Weg gab. Das Interessante ist ja, dass der Sachverständigenrat im Januar 1990 in einem Sondergutachten den Vorschlag gemacht hat, man solle die Teilung aufrechterhalten, man solle der DDR erst mal Gelegenheit geben, ihre Wirtschaft in Ordnung zu bringen, die Marktwirtschaft einzuführen, eine konvertible Währung zu erarbeiten, und dann könnte man, als Krönung des ganzen Prozesses, die D-Mark einführen. Das war das Illusionärste und Unsinnigste, was ich von Ökonomen je gelesen habe. Sie hatten offenbar nicht einmal gemerkt, dass

die Bundesrepublik Deutschland die Staatsangehörigkeit der DDR nicht anerkannt hatte. Mit der Öffnung der Mauer war jeder DDR-Bürger ein Deutscher und konnte sich auf jedem Landratsamt im Westen einen Pass ausstellen lassen.

Es wäre völlig illusionär gewesen zu glauben, dass die Menschen nicht die Möglichkeit ergreifen, das zu tun, wenn sie das Gefühl haben mussten, dass sie noch lange Zeit unter Bedingungen leben sollten, die sie im Vergleich zu den Bedingungen in Westdeutschland für unerträglich halten mussten. Die Menschen haben in Ostdeutschland ihre Situation akzeptiert, weil es für sie keine Alternative gab. Sie haben gesagt: Wir haben 40 Jahre unter Kommunismus gelitten, jetzt haben wir uns die Öffnung erstritten durch die großen Demonstrationen, die in Dresden und Leipzig anfangen und dann auf Berlin übergriffen. Jetzt wollen wir wieder teilhaben, nicht nur an der Freiheit, sondern auch an ihren Segnungen. Die Fehler, die gemacht wurden, liegen vor allen Dingen darin, dass man in Westdeutschland die Ursachen der Probleme nicht begriffen hat.

Ich kann jetzt nicht auf alle die Dinge eingehen; ich will es nur an einem Beispiel deutlich machen, das dramatische Folgen hatte. Die DDR war hochgradig verschuldet, sie war im Grunde pleite. Sie hat die Pleite dadurch verschleiert, dass sie den Unternehmen ihre flüssigen Mittel abgeschöpft hat, die alle abgeführt werden mussten. Die Unternehmen bekamen sodann ihre Liquidität in Form von Krediten zurück. Die DDR hat nach außen den Eindruck erweckt, sie sei Gläubiger der Betriebe, weil sie dadurch auf dem Papier weniger Schulden hatte. So trugen die Betriebe alle Kredite. Die Kreditverzinsung war ein rein planwirtschaftliches Instrument: zum Beispiel 1 %, wenn es sich um Investitionen handelte und 12 %, wenn die Produktionsanforderungen nicht erfüllt waren.

Bei der Wiedervereinigung hat man angenommen, diese Kredite wären Krediten im Westen gleich. Man hat sie also eins für zwei umgestellt und marktwirtschaftliche Zinsen berechnet. Ich habe mich im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages mit Herrn Haussmann gestritten, ich habe mich mit dem Bundesbankpräsidenten gestritten, aber ohne Erfolg. Ich habe ihnen vorausgesagt was kommen würde! Denn ich hatte das große Glück, ab Januar 1990 als Gastprofessor in Leipzig zu lehren und von Dutzenden von Kombinat und Städten in Anspruch genommen zu werden. Aus dem Westen hat sich ganz offenbar niemand die Mühe gemacht, die Planwirtschaft so zu studieren, dass man wenigstens dieses Problem sehen konnte. An der falschen Beurteilung des Begriffes „Kredite“ sind hunderte von Betrieben Pleite gegangen.

Den Wechselkurs, den Sie erwähnen, hätte man niemals auf die ostdeutschen Gehälter anwenden können. Die ostdeutschen Gehälter betragen zum Zeitpunkt der Einigung im Durchschnitt 30 % der Gehälter West. Wenn man

diese jetzt noch weiter abgewertet und nicht eins zu eins umgestellt hätte, wäre die Fluchtbewegung vom Osten noch viel größer geworden. Die Anhebung der Gehälter danach war zu schnell, das will ich gerne zugeben, aber man hätte den Menschen erklären müssen, dass es eine Perspektive gibt. Die Gewerkschaften haben einen Fehler gemacht, sie sind hingegangen und haben 100 % West gefordert ohne Rücksicht auf Verluste, weil sie Mitglieder wollten. Das Kernproblem war, dass diese Anhebung nicht aus eigener Kraft zu leisten war.

Bei den Entscheidungsprozessen, da kann ich nur zustimmen, gab es wahrscheinlich auch keine Alternative. Die Vorstellung von de Maizière, die DDR allein in Ordnung zu bringen, war ebenso illusionär wie die des Sachverständigenrats, aber de Maizière konnte sich immerhin darauf berufen, dass der Sachverständigenrat das schon im Januar 1990 gesagt hatte. Ich habe im Übrigen zu diesem Gutachten ein Gegengutachten angefertigt. Es enthält die wesentlichen Elemente, die ich hier genannt habe. Ich habe es am 7. Februar 1990 vorgelegt; am gleichen Tag hat Helmut Kohl mitgeteilt, dass er kurzfristig eine Wirtschafts- und Währungsunion durchführen will. Norbert Blüm ist gefragt worden, ob er auf der Sozialunion bestanden hätte und wie sie zustande gekommen sei. Es wäre gar nicht anders gegangen. Man musste das Sozialsystem mit transferieren. Das schwerwiegendste Problem, was wir hatten, war, dass man die Wiedervereinigung nicht genutzt hat, um die westdeutschen Normengebäude zu bereinigen und nur das Wesentliche zu übertragen. Zum Beispiel war im Einigungsvertrag vorgesehen, dass es ein gesamtdeutsches Arbeitsvertragsrecht geben soll. Das ist bis heute nicht Realität. Ich habe durch hochrangige Arbeitsrechtler, einschließlich des früheren Vizepräsidenten des Bundesarbeitsgerichts, einen Entwurf für ein solches Arbeitsgesetzbuch erarbeiten lassen und in den Bundesrat eingebracht. Er ist nicht behandelt worden.

Wir haben den Fehler gemacht alles, auch das, was wir in Westdeutschland bis zur Wiedervereinigung für schlecht hielten, eins zu eins zu übertragen. Wir haben zum Beispiel den Universitäten in den neuen Ländern einen Riesentort angetan, indem wir ihnen das Hochschulrahmengesetz übergestülpt haben, das aus einer nicht gerade schöpferischen Zeit der westdeutschen Legislative stammte und von dem wir in Westdeutschland überzeugt waren, dass es so schnell wie möglich geändert werden müsse. Mein Wissenschaftsminister hat daraufhin einen Entwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz im Bundesrat eingebracht. Erst dann hat der Bundeskanzler den Handlungsbedarf gesehen. Aber da war es zu spät. Wir haben vier oder fünf Jahre gekämpft, um das achtjährige Abitur in Sachsen beizubehalten. Die Westdeutschen bestanden darauf, dass es neun Schuljahre geben müsse. Nur weil wir ein Zentralabitur hatten und die Bayern auch, konnte ich vorschlagen, die Ergebnisse nach zwei Jahren zu vergleichen und die Länge der Schulzeit zu überprüfen. Nach

zwei Jahren war die Sache erledigt. Später war Herr Zehetmair dann bereit, erst einmal experimentell acht Schuljahre einführen.

Wir haben hier, mit anderen Worten, eine Riesenchance der Erneuerung Deutschlands verpasst. Ich glaube, dass wir die Debatte unter Berücksichtigung der Zeit seit 1945 weiterführen müssen. Wir dürfen das nicht ausklammern. Ich habe das von Anfang an gesagt. Vielleicht haben wir auch deshalb dreimal hintereinander beachtliche absolute Mehrheiten in Sachsen bekommen. Sie werden sagen, das gehört nicht in die Sozialpolitik. Aber es gehört ins Zentrum der Sozialpolitik, wenn sie mich fragen. Als ich aus dem Amt ausschied, haben meine Frau und ich hunderte von Briefen bekommen, und die durchgängige Melodie war: Vielen Dank dafür, dass sie uns geholfen haben, unseren Stolz nicht zu verlieren. Die reine Ökonomisierung aller politischen Prozesse und die Reduktion auf Kosten, Transfers etc. missachtet eine ganz entscheidende Dimension des Prozesses, nämlich die Tatsache, dass sich gut 20 % der Deutschen 40 Jahre unter Unfreiheit, Bespitzelung, Beschränkung ihrer Mobilität und dramatischer Beschränkung ihrer schöpferischen Kapazitäten haben gedulden müssen, bis auch sie die Freiheit bekamen.

Norbert Blüm:

Gab es die Chance für einen Konsens bei der Überleitung? Ich habe mich sehr wohl darum bemüht, aber nach kurzer Zeit war mir klar, dass uns dafür die Zeit fehlte. Ein Konsens braucht Zeit. Im Nachhinein zeigt sich, wie richtig das war. Ich behaupte, acht Wochen Zeitverlust, und Gorbatschow hätte schon nicht mehr die Kraft gehabt für zwei Verträge. Es war die Blitzlichtsekunde einer historischen Chance. Deshalb gab es keine Möglichkeit zu sehr komplizierten Konsensbewegungen. Ich stimme dem, was Kurt Biedenkopf gesagt hat zum Thema deutsche Einheit, auch zu dem Thema Sozialunion, voll inhaltlich zu. Weil wir aber so unter Zeitdruck standen, hatten wir auch wenig Gelegenheit, Hausputz im westdeutschen Recht zu machen.

Es wurde zu Recht gesagt: Hätten wir die Sozialunion nicht im Schnellgang gemacht, dann hätte die deutsche Einheit in Westdeutschland stattgefunden oder wir hätten die Mauer wieder bauen müssen. Kurt Biedenkopf hat ja schon darauf hingewiesen, welche Ansprüche Ostdeutsche an das westdeutsche System hatten. Beispielsweise die Rentner, die hätten nur bei ihrer Tochter hier Platz nehmen müssen, dann hätten sie einen Anspruch auf Fremdreute gehabt. Wir hätten ja die DDR-Rentner nicht anders behandeln können als Flüchtlinge und Vertriebene vorher.

Ich will hinzufügen, dass es die größte Zeit war, die ich politisch miterlebt habe. Es war eine Zeit mit einer ungeheuren Bereitschaft der Bevölkerung mitzuwirken, und zwar in Ost und West. Ich kann nur mit großem Respekt an den Idealismus und die Umstellungsbereitschaft der ostdeutschen Bevölkerung

erinnern. Man muß sich vorstellen, das sozialistische System von 40 Jahren zerfällt über Nacht, ohne jede Vorbereitung, und die Bevölkerung muß sich an ein ganz anderes System gewöhnen. Als wir in Rheinhausen einmal 5.000 Stahlarbeiter umstellen mussten, da war die Brücke blockiert.

Ich bewundere noch jetzt, wie innerhalb von 14 Tagen vier Millionen Renten umgestellt wurden. Das hat nicht nur mit Gesetzgebung zu tun, das hat mit dem Idealismus von Menschen zu tun. Wir haben innerhalb von vier Wochen eine Arbeitsverwaltung mit 12.000 Mitarbeitern eingerichtet, von denen 9.000 das Arbeitsförderungsgesetz noch nie gelesen hatten, nämlich die ostdeutschen Mitarbeiter. Sie haben nicht nur das Arbeitslosengeld ausgezahlt, worauf sie gar nicht vorbereitet waren, sie haben ABM aus dem Boden gestampft, und sie haben sogar noch gleich das Kindergeld mit ausgezahlt, weil die Finanzämter es nicht geschafft haben. Wir haben innerhalb von einem halben Jahr ein staatliches Gesundheitssystem umgestellt zu einem freien Gesundheitssystem mit freier Arztwahl. Ich muss meine Bewunderung für diese Ostdeutschen ausdrücken, aber auch für viele Westdeutsche, die rübergegangen sind in ein großes Abenteuer. Welche große Bereitschaft, einer Sache zu dienen, ohne jede Frustration. Ich will auch hinzufügen: Es ging nicht immer nach den letzten Feinheiten des deutschen Verwaltungsrechts.

Ich würde uns aus heutiger Perspektive zum Vorwurf machen, dass wir diese Bereitschaft nicht ausreichend gewürdigt haben. Ich glaube beispielsweise, um auf die Kostenfrage zu kommen, dass die Menschen damals eine Steuererhöhung hingenommen hätten. Stattdessen hatten wir Angst vor dem Egoismus Westdeutscher. So borniert sind die Menschen gar nicht. Ich frage immer: Was hätten wir denn gezahlt, wir Westdeutschen, wenn uns zwei Jahre früher einer gefragt hätte: Was seid ihr bereit zu zahlen, wenn die Sowjetunion ihre Armee abzieht? Da wären wir bereit gewesen, das Dreifache zu zahlen.

Jetzt komme ich zur Kostenfrage. Auch dafür gab es nicht die Gelegenheit einer letzten Diskussion. Das Sozialsystem war nicht beitragsfinanziert. Wir haben eine Anschubfinanzierung von 5 Mrd. DM für die Krankenversicherung, 5 Mrd. DM für die Rentenversicherung und 5 Mrd. DM für die Arbeitslosenversicherung bereitgestellt. In der Rentenversicherung hat die westdeutsche Rentenversicherung nicht nur ostdeutsche Rentner übernommen, sondern auch ostdeutsche Beitragszahler. Auch für die ostdeutschen Arbeitslosen wurden Beiträge gezahlt, und zwar nicht von den westdeutschen Beitragszahlern, sondern von den Steuerzahlern, die den Bundeszuschuss zur Arbeitslosenversicherung finanziert haben, aus dem systematisch zu Recht die Rentenbeiträge der Arbeitslosen finanziert werden.

Leider haben wir auch die Menschen nicht gewürdigt, die sich an herausragender Stelle für die sozialpolitische Wiedervereinigung eingesetzt haben. Dass Menschen wie Kurt Biedenkopf herübergegangen sind, aber auch viele Tausende ganz „kleine Sozialstaatsarbeiter“, gerade das hat damals viel be-

wegt. Ich erinnere mich an eine Diskussion mit dem Leiter der Überleitungsorganisation im Arbeitsministerium. Er hat gesagt: Ich habe wieder drei Briefe vom Bundesrechnungshof, Einsprüche, was soll ich denn machen. Ich habe gesagt: nicht mehr aufmachen. Wir hatten keine Zeit mehr. Ein sehr geschätzter sozialdemokratischer Freund hat mich einmal angerufen und hat gesagt: 6.000 Witwenrenten sind falsch berechnet, ein Skandal. Darauf habe ich erwidert: Das ist ein großer Skandal, ich würde Dir vorschlagen, eine kleine oder große Anfrage im Bundestag zu machen, dann diskutieren wir mal bei vier Millionen Umstellungen 6.000 falsch ausgerechnete Witwenrenten: 3,50 DM zu viel. Ich meine, es war nicht die Zeit der kleinen Buchhalter, es war die Zeit des großen Aufbruchs. Und da finde ich, ist es nicht nur schön, sich dran zu erinnern, sondern es ist eine Beruhigung, dass die Menschen sehr wohl bereit sind für eine große Idee, von der sie überzeugt sind, auch Opfer zu bringen. So egoistisch, wie manche die Bürger einschätzen, sind sie gar nicht. Sie müssen nur das Ziel kennen.

Um zu einem anderen Problemfeld zu kommen: Wir hatten diese Vorurteile gegen die Polyklinik als einem Teil des sozialistischen Gesundheitssystems. Aber die Idee einer integrierten Gesundheitsversorgung, die halte ich nach wie vor für richtig. Insofern entstehen jetzt an vielen Orten ja auch wieder Nachbildungen dessen, was früher die Polyklinik in der DDR geleistet hat. Ich will nicht verheimlichen, dass da auch ein Stück Arroganz hier und da im Spiel war. Etwas mehr Fingerspitzengefühl hätte uns schon gutgetan. Da hatten nur viele Ärzteorganisationen wahrscheinlich Angst, der selbständige Arzt würde auf diese Weise in der DDR gar nicht entstehen.

Bei der Pflegeversicherung war die Alternative eine steuerfinanzierte Versicherung. Die andere Möglichkeit – Kapitaldeckung – wäre sicherlich leichter umzusetzen gewesen, als eine Rentenversicherung einzuführen, weil es ganz andere Kapitalgrößen sind. Trotzdem hätten wir da erst einmal 10 bis 20 Jahre warten müssen, bis die ersten Zahlungen hätten einsetzen können. Aber ich glaube, dass das demographische Problem in der Pflegeversicherung auch nicht gleich ist dem in der Rentenversicherung. Erstens: Die Rentner zahlen keine Beiträge mehr in die Rentenversicherung, wenn sie pensioniert sind. Die Rentner zahlen aber Beiträge in die Pflegeversicherung. Zweitens: Wir werden nicht nur älter, sondern die Älteren werden auch jünger. Der Gesundheitszustand der 80-Jährigen entspricht dem der 70-Jährigen vor 20 Jahren. Wir bleiben länger lebensfähig. Das Pflegerisiko verschiebt sich nach oben, es kulminiert mit dem Ende des Lebens. Es soll nicht zynisch klingen, aber etwa drei Jahre vor Ende beginnt es zu steigen. Die Zahl der Alten entwickelt sich deshalb nicht parallel zu der Zahl der Pflegebedürftigen. Ich will es trotzdem nicht geringachten. Nur glaube ich, dass auch das Thema Demographie, was Pflege angeht, nicht nur schicksalhaft angenommen werden darf, sondern dass hier Möglichkeiten der Rehabilitation sind. Wo ich die Weiterentwick-

lung der Pflegeversicherung sehe: Wir haben noch keine ausreichende Antwort auf das Thema Alter. Wir handeln es sozialpolitisch noch unter dem Begriff Ruhestand ab. Viele Alte, dazu gehöre ich, wollen gar nicht in Ruhe gelassen werden. Ich will gar keinen Ruhestand. Darauf hat die Sozialpolitik, jedenfalls mental, noch unzureichende Antworten: auf das Aktivitätspotential, das in der dritten Lebensphase nicht nur noch vorhanden ist, sondern auch in anderer Form für die Gesellschaft dienstbar gemacht werden kann.

Der langen Rede kurzer Sinn, ich glaube, dass wir aus dieser Epoche, die jetzt zu besprechen ist, natürlich vieles bewahren können. Auch den Mut für große Ideen, auch, Menschen zu begeistern. Und die Sache deutsche Einheit haben die Menschen als ein Glück empfunden.

Familien und Frauen 1982–1989. Neue Arbeit als Antwort auf die Neue Soziale Frage^{*)}

Von Heiner Geißler

Im Jahre 1985 wurde ein völlig neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik in Deutschland aufgeschlagen. In diesem Jahr wurden das „Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub“ und das „Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung“ im Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Diese spröden Titel standen u.a. auch für eine neue Sicht der Arbeit: Arbeit nicht nur als Erwerbsarbeit, sondern z.B. auch als Arbeit in der Form von Erziehung und Pflege in der Familie.

Ausgangspunkt dieser damals revolutionären Gesetzgebung war die prekäre Situation alleinerziehender Väter und Mütter und – so wie heute – der sogenannten Schlüsselkinder, also Kindern aus Familien, in denen beide Eltern berufstätig waren. Während heute das Einkommen eines Elternteils in der Regel nicht mehr ausreicht, die ganze Familie zu ernähren und infolgedessen die Arbeit beider Eltern z.B. durch Kinderkrippen erleichtert werden soll, war damals das Einkommen von Vater *oder* Mutter in der Regel ausreichend für den Familienbedarf.

Es galt also, die Notlagen alleinstehender Mütter und die Hindernisse für die Erziehung und Betreuung des Kindes in der ersten wichtigen Lebensphase durch Mutter oder Vater zu beseitigen. Die damaligen wie die heutigen Ziele sind gleichwertig und gleichberechtigt.

^{*)} Der Verfasser konnte an der Diskussion nicht teilnehmen und hat deshalb sein Statement schriftlich abgegeben.

Die klassische Sozialversicherung war die Antwort auf die „Alte Soziale Frage“, die aufgrund des Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital gestellt wurde. Ihre Aufgabe bestand darin, die Lebenslage der Arbeitnehmer zu verbessern. Die Alte Soziale Frage war eine Arbeiterfrage. Die traditionelle Sozialpolitik war erfolgreich. Sie wurde zu einem wesentlichen Element unserer Zivilisation und hat den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital humanisiert. Dass sich dieser Konflikt heute wieder verschärft, beweist neben anderem den zivilisatorischen Niedergang der westlichen Welt.

Aus damaliger Sicht waren neue soziale Probleme und Konfliktfelder entstanden: zwischen organisierten und nicht organisierten Interessen, Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden, Mehrheiten und Minderheiten. Hier stellte sich die „Neue Soziale Frage“, die die CDU Mitte der siebziger Jahre in die politische Diskussion eingebracht hatte. In der alten Reichsversicherungsordnung war nur die Erwerbsarbeit als eigentliche Arbeit anerkannt und gegen Grundrisiken wie Alter, Krankheit, Unfall abgesichert, dagegen nicht die Tätigkeit z.B. der Mutter oder des Vaters bei der Erziehung der Kinder.

Es kam darauf an, die klassische Sozialversicherung, die als Antwort auf die Alte Soziale Frage konzipiert war, so umzubauen, dass sie auch eine Antwort auf die Neue Soziale Frage gab. Die Einführung der Kindererziehungszeiten und die Berücksichtigung der Pflegearbeit in der Rentenversicherung sowie der Kündigungsschutz für berufstätige Mütter oder Väter waren dafür wichtige Entscheidungen.

Die Neuregelungen ab 1985:

1. Erziehungsgeld – monatlich 600 DM – für alle Mütter oder Väter, die sich vorrangig um die Kindererziehung kümmern, nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch Selbständige, sog. Nur-Hausfrauen, aber auch Arbeitnehmerinnen, die schon vor einem oder zwei Jahren ein Kind bekommen, beim Kind geblieben und ein zweites Kind bekommen hatten – zunächst 10 Monate, dann ausgeweitet auf zwei Jahre.
2. Erziehungsurlaub – Kündigungsschutz und Sicherung des Arbeitsplatzes für Frauen und Männer mit kleinen Kindern: Während des Erziehungsurlaubs besteht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für drei Jahre nach der Geburt des Kindes ein umfassender Kündigungsschutz. Damit wird die Mutter oder der Vater von der schlimmen Alternative befreit: entweder Kind oder Arbeitsplatz. Die Behauptung, dass die Unternehmer in Deutschland wegen dieser Beschäftigungsgarantie keine Frauen mehr einstellen würden, hat sich als falsch erwiesen. Die große Mehrheit der Frauen will heute Familie und Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren. Keine Frau ist ein Leben lang Mutter von kleinen Kindern. Die Frauen begnügen sich zu Recht immer weniger mit sogenannten Zuverdienerjobs. Sie sind keine konjunkturpoli-

- tische Manövriermasse, die man in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nach Hause schickt und in Zeiten nicht ausreichender Arbeitskräfte wieder anheuert.
3. Anerkennung der Familienarbeit im Rentenrecht: Seit dem 1. Januar 1986 gilt der Grundsatz im Rentenrecht: Wer Kinder erzieht, hat eine Rente verdient. Kindererziehung ist seitdem rentenbegründend und rentensteigernd. Sie wird damit der Erwerbsarbeit in der Rentenversicherung grundsätzlich gleichgestellt und ist die Anerkennung der *neuen Arbeit*. Nach sozialdemokratischen Vorstellungen aus den siebziger Jahren sollte das sogenannte „Baby-Jahr“ auf Arbeitnehmerinnen konzentriert werden. Nur Frauen, die lange versichert waren, sollten in den Genuss des „Baby-Jahres“ kommen. Danach hätte sich keine Frau einen Rentenanspruch allein durch Kindererziehung aufbauen können. Heute kann – dank der Kindererziehungszeiten und der Verkürzung der Wartezeit für die Altersrente von 15 auf 5 Jahre – eine Frau (oder auch ein Mann) mit der Erziehung von zwei Kindern einen Anspruch auf eigene Altersrente erwerben.
 4. Gleichberechtigung bei der Hinterbliebenenrente: Ab dem 1. Januar 1986 wurden Männer und Frauen bei der Hinterbliebenenrente gleichgestellt. Während früher die Frau in jedem Fall 60 Prozent der Rente des Mannes bekam, musste der Mann, um eine Hinterbliebenenrente zu erhalten, im Einzelfall nachweisen, dass der Lebensunterhalt der Familie überwiegend durch die Erwerbsarbeit der Frau bestritten wurde. Seit dem 1. Januar 1986 gilt der Grundsatz, dass jeder Ehepartner Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente hat. Damit diese Umstellung jedoch kostenneutral erfolgen konnte, kann seitdem die Hinterbliebenenrente ganz oder teilweise ruhen, wenn die hinterbliebene Person über höhere Einkünfte verfügt.
 5. Eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit wird dann gezahlt, wenn der Versicherte in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Minderung der Erwerbsfähigkeit mindestens drei Jahre eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt hat. Bei der Feststellung dieses Fünf-Jahres-Zeitraumes bleiben Zeiten für die Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes unberücksichtigt, was sich in erster Linie vorteilhaft für die betroffenen Frauen auswirkt.
 6. Die Rückkehr in die Erwerbsarbeit nach der Kindererziehung wurde unter anderem durch die Berücksichtigung der Kindererziehung bei Maßnahmen der beruflichen Bildung des Arbeitsamtes erleichtert; so wurde ein Teilunterhaltsgeld eingeführt, um Kindererziehung und Fortbildung, die der Rückkehr in das Erwerbsleben dient, besser zu vereinbaren.
 7. Zu diesem kreativen Neubeginn der Familienpolitik gehört auch das Beschäftigungsförderungsgesetz, das am 1. Mai 1985 in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz wurde die Teilzeitarbeit arbeitsrechtlich mit der Vollzeitarbeit gleichgestellt. Bei bestimmten Formen der Teilzeitarbeit – bei variie-

render Arbeitszeit oder Arbeitsplatzteilung – wurde zusätzlich der Schutz der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers verbessert.

Die geschilderten Gesetze gehören zu den großen gesetzgeberischen Reformen der Nachkriegszeit. Leider sind sie in den darauffolgenden Jahren strukturell und quantitativ nicht wesentlich verbessert worden. Die Durchsetzung des Kindergeldes anstelle des Kinderfreibetrags als zentrale Leistung des Familienlastenausgleichs in der Mitte des letzten Jahrzehnts war dagegen die notwendige Korrektur eines ideologisch begründeten steuerpolitischen Irrwegs. Das Erziehungsgeld war das Fundament und die erste Stufe des 2007 eingeführten Elterngeldes, das allerdings mit dem korrekturbedürftigen schweren Fehler behaftet ist, dass es mit sinkendem Einkommen von 1.800 Euro auf 300 Euro und damit auf die Höhe des Erziehungsgeldes vor 20 Jahren absinkt. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und der Ausbau der Kindertagesstätten für die Kinder unter drei Jahren ist die konsequente Antwort auf die veränderte negative Arbeitsmarktsituation für die Familien und die daraus resultierenden sozialen Probleme.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990

Einführung

Von Günter Buchstab

Die Deutschlandpolitik der achtziger Jahre und der Prozess der deutschen Einigung 1989/90 gehören zu den vergleichsweise gut erforschten Feldern der jüngeren deutschen Geschichte. Zu erinnern ist neben vielen anderen Publikationen nur an die drei Bände „Deutschlandpolitik“ der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ – eine wahre Fundgrube auch für die 80er Jahre, die leider zu wenig ausgebeutet wird. Warum also soll speziell dieser Zeitraum Thema der heutigen Veranstaltung sein? Bewogen hat uns dazu der Eindruck, dass in der öffentlichen Wahrnehmung sich zu verfestigen scheint – auch unter dem Aspekt der medialen Fixierung auf historische Jahrestage, was mit Verkürzung und Ausblendung prozesshafter Entwicklungen einhergeht (2009 wird dies der 20. Jahrestag der friedlichen Revolution sein) –, dass der Fall der Mauer und die deutsche Einheit 1989/90 gewissermaßen vom Himmel gefallen und vor allem der Bürgerbewegung in der DDR zuzuschreiben seien. Ihr Anteil am Ende der DDR soll – damit kein falscher Eindruck entsteht – keineswegs gering geschätzt werden. Doch fragt man sich, warum die atemberaubende Entwicklung des Jahres 1989 sich gerade zu diesem Zeitpunkt, gegen Ende der Dekade, entfalten konnte. Eine Stunde Null gab es – wie überhaupt in der Geschichte – auch hier sicher nicht, sondern neben vielschichtigen längerfristigen Voraussetzungen auch kurzfristige Anstöße, die bei den Erklärungsversuchen für die dramatischen Vorgänge zu berücksichtigen sind. Sie sollen hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen werden. Zu erwähnen sind die Auswirkungen der KSZE, die Wahl des polnischen Papstes und sein Einfluss auf die Unabhängigkeitsbewegungen in Polen und dann in ganz Osteuropa, die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, die Hochrüstungspolitik Reagans und der wirtschaftliche Niedergang des „Realsozialismus“, die „Perestrojka“ unter Gorbatschow, dessen Außenminister Schewardnadse schon 1986 intern erklärte, die Idee eines geeinten Deutschland müsse ernsthaft geprüft werden, die Bürgerbewegung in der DDR und die Flüchtlingsströme in die Bundesrepublik. Entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit waren gewiss auch die grundlegenden Weichenstellungen, die auf Konrad Adenauer zurückgingen, wie die Integration der Bundesrepublik in

die Europäische Union und das atlantische Bündnis in enger Beziehung zu den USA, nicht zuletzt Artikel 7 des Deutschlandvertrags (1952 bzw. 1954), der die Verpflichtung der Bundesrepublik und der drei Westmächte enthält, das gemeinsame Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zu verwirklichen, „das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

Kontrovers wird in diesem Kontext nach wie vor die Anfang der 70er Jahre heftig umstrittene Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition beurteilt. Für die SPD/FDP-Regierung war Voraussetzung einer Wiedervereinigung die Entspannungspolitik, während die Prämisse der Union lautete, eine Entspannung im Kalten Krieg setze die Wiedervereinigung voraus. Hinter den heftigen Auseinandersetzungen dieser Jahre stand die Frage, ob die Politik von Brandt und Scheel die Spaltung zwischen den beiden deutschen Staaten festige oder aufbreche. Durch das Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts von 1973 war es jedenfalls keiner Regierung erlaubt, die Einheit Deutschlands „als Ziel und Auftrag“ aufzugeben, was die Spielräume gegenüber den Forderungen der DDR einengte. Dass diese Festlegung von vielen, vor allem auch von namhaften Publizisten, zu nennen ist hier nur Theo Sommer von der „Zeit“, nicht ernst genommen wurde, sei nur am Rande erwähnt. 1984 behauptete er, „der Verlust der alten Ostgebiete und die Teilung Restdeutschlands“ seien die „unabwendbaren Folgen von Hitlers verbrecherischer Politik“, und wir müssten uns hüten, „auf den Zerfall des russischen Imperiums zu setzen“. Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder meinte, man solle die Deutschen „nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen“, Willy Brandt sprach in diesem Zusammenhang von der „Lebenslüge“ der Bundesrepublik, und Joseph Fischer sah gar im Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes „ein Unglück für das deutsche Volk“.

Unter den Voraussetzungen, die zum Zusammenbruch der DDR und zur Wiedervereinigung beigetragen haben, wird die Bedeutung der Deutschlandpolitik Helmut Kohls häufig zu gering geschätzt. Ein Grund dafür mag sein, dass er diese Politik unter das Stichwort „Kontinuität“ stellte – *pacta sunt servanda*. Die Politik des *Modus Vivendi* bedeutete für Kohl aber nicht, die Offenhaltung der deutschen Frage aufzugeben, sondern die Rechtspositionen, auch im Bewusstsein des Volkes, aufrechtzuerhalten. Der Kanzler setzte andere Akzente als seine Vorgänger und machte dies deutlich, indem er in seinem ersten Bericht zur Lage der Nation den Zusatz aufnahm „im geteilten Deutschland“. Zwar betonte noch 1988 Volker Rühle, der spätere Generalsekretär der CDU, gegenüber der DDR-Führung, die Bundesrepublik habe nicht die Absicht, die DDR zu „destabilisieren“. Doch genau diese Sorge war schon 1984 in der Sowjetunion nach den Vereinbarungen über die Milliardenkredite für die marode DDR entstanden. Und weil die Sowjetunion befürchtete, die DDR gerate in zunehmende Abhängigkeit von der Bundesrepublik und unter den

wachsenden Einfluss des Westens, erfolgte auf Druck der Moskauer Führung im September 1984 die Absage des vorgesehenen Besuchs Honeckers in Bonn.

Diese Befürchtung Moskaus täuschte nicht. So vordergründig die Finanzhilfen der Bundesrepublik die Lage der DDR stabilisierten, so sehr trugen die auf ihnen beruhenden Folgevereinbarungen zu ihrer Destabilisierung bei, da die Gewährung finanzieller Leistungen stets mit humanitären Gegenleistungen zu kompensieren waren. Diese führten u.a. nicht nur zum Abbau der Selbstschussanlagen an der Demarkationslinie, zu erleichterten Besuchsmöglichkeiten und einer explodierenden Zahl der Westbesucher (1982 etwa 40.000 – 1987 ca. 1,2 Mio.), die ihre unmittelbaren Eindrücke aus der Bundesrepublik in die DDR-Bevölkerung vermittelten und so die Unzufriedenheit mit dem System schürten.

Übersiedler, Flüchtlinge und Reisende von der DDR in die Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin) 1980–1989

Jahr	Zuwanderer, davon				Reisen	
	insges.	legale Übersiedler	Flüchtlinge*	Sonstige**	von Rentnern	in dringenden Familienangelegenheiten
1980	12.763	8.775	3.107	881		
1981	15.433	11.093	2.900	1.440		
1982	13.208	9.113	2.565	1.530	1.554.000	45.709
1983	11.343	7.729	2.487	1.127	1.463.000	64.025
1984	40.974	34.982	3.651	2.341	1.540.000	61.000
1985	24.912	18.752	3.484	2.676	1.600.000	66.000
1986	26.178	19.982	4.660	1.536	1.600.000	573.000
1987	18.958	11.459	6.252	1.247	3.800.000	1.200.000
1988	39.832	29.033	9.705	1.094	6.746.843***	
1989	344.023	101.947	65.426	176.650		

* inklusive „Sperrbrecher“

** bis 1988 überwiegend freigeverkaufte Häftlinge

*** Angaben der DDR

(Aus: Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 608)

Die Magnettheorie, die in den 40er und 50er Jahren George Kennan und Konrad Adenauer vertreten hatten, trug nun Früchte. Ausweis für das Magnetfeld Bundesrepublik war die wachsende Zahl der Übersiedler und Freige-

kaufen und schließlich die 1989 massiv einsetzende Fluchtbewegung, die nicht zuletzt auch unter der Voraussetzung möglich war, dass die Union – gegen andere Vorstellungen – unbeirrt an einer deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten und die Anerkennung einer zweiten deutschen Staatsbürgerschaft verweigert hatte. In der DDR kursierte der bittere Witz, wer denn im Land als Letzter das Licht ausmachen würde.

Sicher waren die Erosionserscheinungen im gesamten Ostblock ein Hauptgrund für den Umbruch 1989/90. Eine nicht unwesentliche Bedeutung für den schnellen Zerfallsprozess der DDR kommt allerdings auch der unterminierenden Rolle der Deutschlandpolitik der Jahre 1982 bis 1990 zu. Sie unter verschiedenen Aspekten zu beleuchten, war Ziel der Veranstaltung in der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 29. Mai 2008.

Tabellarische Übersicht

1983

29. Juni Die Bundesrepublik bürgt für einen Milliardenkredit, den die DDR bei westdeutschen Banken aufnimmt. Zugeständnisse der DDR:
- Aufhebung des Zwangsumtauschs bei Reisen von Jugendlichen bis 14 Jahren (27.9.),
 - Verordnung über Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen DDR-Bürgern und „Ausländern“ (15.9),
 - Beginn des Abbaus von Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze (29.2.–6.10.).
15. November Postabkommen, in dem sich die DDR verpflichtet, Postsendungen schneller zu befördern, ihre Verlustquote zu verringern, Geschenksendungen zu erleichtern und den Fernsprech- und Fernschreibverkehr auszubauen.

1984

25. Juli Kredit von 950 Mio. DM.
1. August Der Mindestumtausch für Rentner, die in die DDR oder nach Ost-Berlin reisen, wird ermäßigt, die mögliche Aufenthaltsdauer für Westdeutsche und West-Berliner in der DDR verlängert. DDR-Rentner dürfen bis zu 60 Tagen nicht nur Verwandte, sondern künftig auch Bekannte in der Bundesrepublik besuchen. Im grenznahen Verkehr sind Mehrfachberechtigungsscheine erlaubt.

1985

5. Juli Vereinbarungen über den innerdeutschen Handel (1986–1990), vor allem mit Kohle- und Mineralölprodukten, und den nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr. Der zinslose Überziehungskredit (Swing) wird von bisher 600 auf 850 Millionen Verrechnungseinheiten erhöht.

1986

25. April Erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis (am 19.9. vertraglich besiegelt).
6. Mai Kulturabkommen, das die Zusammenarbeit auf den Gebieten von Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft regelt.
26. August Besucher aus der DDR erhalten einmal im Jahr 100 DM Begrüßungsgeld (bisher zweimal 30 DM).
22. November Vereinbarung durch Notenaustausch über die „Rückführung kriegsbedingt ausgelagerten Kulturguts“.

1987

- 7.–11. September Arbeitsbesuch Erich Honeckers mit dem Abkommen vom 8. September:
1. über den Informationsaustausch in den Bereichen Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Natur- und Waldschutz, Abfallwirtschaft sowie über grenzüberschreitende Umweltbelastungen, z.B. an Werra und Elbe;
 2. über den Strahlenschutz zur gegenseitigen Information über kerntechnische Anlagen sowie über erhöhte Werte der Radioaktivität;
 3. über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik. Als konkrete Kooperationsprojekte sind die AIDS-Forschung, die Rauchgasentschwefelung, die Biotechnologie und die Bausubstanzunterhaltung vorgesehen.
9. November Auf der Grundlage des Kulturabkommens (6.5.1986) verständigen sich Vertreter der Bundesregierung und der DDR-Regierung auf rund 100 Vorhaben der kulturellen Zusammenarbeit für die Jahre 1988/89.

1988

31. März Vereinbarung zwischen Senat von West-Berlin und Ministerrat der DDR über Gebietsaustausch in Berlin (vollzogen am 1. Juli).
14. September Vereinbarung über Neuregelungen im Transitverkehr. Die Transitpauschale wird von 525 auf 860 Mill. DM jährlich erhöht.
14. Dezember Veröffentlichung einer Verordnung zur Regelung der „Westreisen“, die am 1.1.1989 in Kraft tritt. Sie sieht zwar ein Beschwerderecht bei Ablehnung von Reiseanträgen vor. Nach Protesten aus der Bevölkerung wird die Reiseverordnung zum 1.4.1989 geändert: Personenkreis und Besuchsanlässe werden erweitert.

1989

- ab Juli Massenflucht von DDR-Bürgern.

Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik

Von Andreas Rödder

Die deutsche Wiedervereinigung veränderte alles – auch den Blick auf die Zeit davor. Nach der Einheit erschienen die vorangegangenen Jahre in neuem Licht: nicht mehr als die Abenddämmerung einer entschwindenden deutschen Einheit, sondern, im Gegenteil, als ihre Morgenröte. So veränderten sich nach 1990 auch die Bewertungsmaßstäbe für diese Zeit: Was vor der Wiedervereinigung als zeitgemäß gegolten hatte, erschien nun oftmals als historisch überholt. Wie zu allen Zeiten ordneten sich in diesen neuen Perspektiven die Erinnerungen neu. Nach 1990 fand die deutsche Einheit plötzlich so viele aktive Befürworter in den Achtzigern, dass die Zeit selbst kaum wiederzuerkennen war.

Alles in allem waren die Zeiten vor 1989 weder so schwarz noch so weiß, wie es hinterher oft erscheinen wollte. Weder wurde die deutsche Einheit allgemein erwartet, noch war sie vollständig entrückt – die Dinge lagen differenzierter, wenngleich mit leitenden Tendenzen. Dabei traf der 9. November 1989 „mit einer geradezu elementaren Wucht den Nerv der deutsch-deutschen Befindlichkeiten“¹ und holte die Reflexionen der achtziger Jahre über Nation und deutsche Frage aus den luftigen Höhen der Theorie auf den harten Boden der Wirklichkeit – und zwang nicht nur zu verbalen Bekenntnissen, sondern zu konkretem Verhalten.

Erwartungen und Haltungen

70 bis 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung, so ergaben Allensbacher Meinungsumfragen im Jahr 1987, befürworteten eine Wiedervereinigung als langfristiges Ziel – und derselbe Anteil schloss aus, sie noch im 20. Jahrhundert zu erleben.² In der Bundesrepublik herrschte in den achtziger Jahren und ebenso 1989/90 ein eigentümliches Verhältnis zwischen Nähe und Ferne zur Wiedervereinigung. Das Thema war durchaus und durchgängig diskursiv präsent, und so entspann sich im Spätsommer 1989, während der Flüchtlingskrise, sofort eine lebhafte öffentliche Debatte über die Wiedervereinigung. Zugleich

1 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 6, München 2006, S. 647.

2 Vgl. Gerhard HERDEGEN, *Perspektiven und Begrenzungen. Eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Meinung zur deutschen Frage*. Teil 1: *Nation und deutsche Teilung*, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987) 12, S. 1259–1273, hier 1263, 1265.

aber war der Gegenstand, auch zu diesem Zeitpunkt, ins Unwirkliche entrückt; zu festgefügt schien der bedingende Kontext. Die Debatte wurde nicht einmal im Potentialis, sondern im Irrealis geführt, so dass Formulierungen und Redeweisen vielfach Formelkompromisse ohne Erwartung ihres Realitätstests darstellten und nicht einfach zum Nennwert zu nehmen sind – zugleich aber waren sie in der Welt und somit von Bedeutung.

Dabei standen verschiedene Positionen nebeneinander, die nur durch fließende Grenzen getrennt waren. Zum einen gab es die Befürworter, denen die Einheit immer schon ein vordringliches Anliegen gewesen war, deren Positionen allerdings unter den politischen Bedingungen der siebziger und achtziger Jahre kaum politikfähig waren. Daneben standen grundsätzliche programmatische Befürworter ohne konkrete praktisch-politische Perspektive; ihnen bot sich 1989 ein Ansatz für einen Politikwechsel unter veränderten Umständen, während die Programmatik bis dahin eine Tendenz zu entrückter Rhetorik angenommen hatte. Übermächtig war bis 1989 eben die normative Kraft des Faktischen, die die Grenzen zwischen Pragmatismus, Gewöhnung und Gleichgültigkeit in der deutschen Frage verflüssigt hatte, zumal konkurrierend der Prozess einer bundesdeutschen Identitätsbildung vorangeschritten war – und dies *rebus sic stantibus* auf der Basis der Zweistaatlichkeit. Den Einheitsbefürwortern gegenüber standen am anderen Ende der Skala diejenigen, die eine Zweistaatlichkeit dezidiert akzeptierten, gar befürworteten.

Quer dazu baute sich, in allen politischen Lagern, eine andere politische Konstellation auf: eine zunehmende Tendenz nicht *pro* oder *contra* Wiedervereinigung, sondern der Vorordnung der europäischen Einigung, durch die „das Denken in Nationalstaatlichkeit irrelevant“ werden könne, so der für Außen- und Deutschlandpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Karl-Heinz Hornhues.³ In diesem Denken musste eine Lösung der deutschen Frage nicht zwingend durch eine staatliche Einheit erfolgen. Dies wiederum war gar nicht weit von Oskar Lafontaines Position entfernt: „Wiedervereinigung ja, aber ... in den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘.“⁴

Tendenziell nahm in der politischen Kultur der Bundesrepublik in den achtziger Jahren eine genuin bundesdeutsche Identität zu, während die Bedeutung der Wiedervereinigungsperspektive zurückging. Dies stand – abgesehen von parteipolitischen Präferenzen und individuellen Haltungen – auch im Zusammenhang mit der generationellen Entwicklung: In den achtziger Jahren rückten diejenigen in Entscheidungspositionen vor, denen die deutsche Einheit qua po-

3 Karl-Heinz HORNHUES, „Große Chance zur Wiedervereinigung“, in: „Die Welt“ vom 13.10.1989.

4 ARD „Im Brennpunkt“ vom 21.9.1989: „Wer hat Angst vor der Wiedervereinigung?“ (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

litischer Überzeugung und mehr noch qua Sozialisation ein weniger vorrangiges oder auch gar kein Anliegen war. „Soll das alles wieder ein Provisorium sein?“ – so fragte die „Zeit“ Ende September 1989 im Hinblick auf die Bonner Republik und konstatierte: „Die Bonner Parteien und die Deutschlandpolitik – ein Bild der Verwirrung.“⁵

CDU/CSU

Als Regierungsparteien trugen CDU und CSU die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, die gegenüber der sozial-liberalen Koalition praktisch-operative Kontinuität und normativ-deklamatorischen Wandel verband und die deutsche Frage verstärkt als offen kommunizierte. Dass sie dabei auf die Gesamtnation und zugleich auf eine bundesdeutsche Identität rekurrierte,⁶ war weder spannungsfrei noch widerspruchsfrei. Zugleich konnten die fein austarierten deutschlandpolitischen Formulierungen nicht überdecken, dass zwischen dem national-konservativen Flügel einerseits und der Richtung, die Generalsekretär Heiner Geißler mit Gedanken über eine multikulturelle Gesellschaft im europäischen Rahmen vertrat,⁷ eine nicht unerhebliche inhaltliche Spannweite lag. Im Vorfeld des Wiesbadener Bundesparteitages von 1988 kochten in der CDU vor diesem Hintergrund kontroverse Auseinandersetzungen über die Rangfolge zwischen europäischer und deutscher Einigung sowie über Begriff und Stellenwert der Wiedervereinigung hoch.⁸ Auch wenn daraufhin diverse Änderungen in den schlussendlich beschlossenen Papieren vorgenommen wurden, deutete die Kritik an einer zu passiven Deutschlandpolitik mindestens ebenso sehr darauf hin, dass in der politischen Praxis Zurückhaltung waltete und dass die normative Kraft des Faktischen auch in der CDU ihre Wirkung nicht verfehlte.

Als die deutschlandpolitische Debatte im Spätsommer 1989 aufkam, waren aus der Union umgehend Stimmen für eine Wiedervereinigung zu vernehmen. Doch waren sie erstens höchst zurückhaltend; Karl-Heinz Hornhues, der als besonders Genscher-freundlich galt, sah die Chance für eine Wiedervereinigung als groß wie nie und gab zugleich den – durchaus zweischneidigen –

5 Gunter Hofmann, „Soll das alles wieder ein Provisorium sein?“, in: „Die Zeit“ vom 29.9.1989.

6 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung*, Darmstadt 1999, S. 335–345.

7 Vgl. Florian Roth, *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969–1990)*, Baden-Baden 1995, S. 341–344.

8 Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Entscheidungsprozeß und Regierungsstil 1981–1989* (Geschichte der deutschen Einheit 1), Stuttgart 1998, S. 398–409.

Rat: „Sie ist umso größer, je weniger wir darüber reden.“⁹ Zweitens wurden auch Bekenntnisse zur deutschen Einheit „in historischer Perspektive“ abgegeben¹⁰; die Vorstellung einer Wiedervereinigung blieb allgemein und vage, wie die „Welt“ noch Ende November 1989 kommentierte: „Zeitweilig erinnern führende Unionspolitiker, wenn sie über die deutsche Frage diskutieren, an einen eingetragenen Verein zur Vermeidung angreifbarer Formulierungen.“¹¹

Zugleich aber war die CDU mit ihren programmatischen Vorgaben offen, den Weg der Wiedervereinigung einzuschlagen, als die deutsche Frage aus der Theorie in die Realität hereinbrach. Der latente Widerspruch zwischen befestigter bundesdeutscher Identität und reaktiviertem gesamt nationalem Anspruch ließ sich dabei dahingehend auflösen, dass sich die DDR der Bundesrepublik anschließen und nicht etwas völlig Neues erzeugen würde. Die Union schwenkte mit ihrem Kanzler auf operativen Einheitskurs ein.

Ausnahmen stellten die zahlenmäßig überschaubaren Parteivertreter dar, die sich im Vorfeld des Bremer Parteitages im September 1989 an einem Sturz Kohls versucht, ihn aber schließlich nicht gewagt hatten: der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth¹², der im September 1989 von Kohl aus dem Amt des Generalsekretärs expedierte Heiner Geißler, der im Oktober vor einem „Herumhämmern auf der Wiedervereinigung“¹³ warnte, und nicht zuletzt, mit der Autorität seines Amtes, Richard von Weizsäcker, den mit Kohl inzwischen eine tiefe gegenseitige Abneigung verband. Er sprach sich öffentlich – und unüberhörbar entgegen der Regierungspolitik – für die Sicherung der „Lebensfähigkeit“ der DDR aus, gegen ein „Anheizen“ der Entwicklung in der DDR von Seiten der Bundesrepublik und für eine Verlangsamung des Prozesses, für dessen konkrete Gestaltung er freilich keine konkreten Vorstellungen anbot.¹⁴

9 HORNHUES (wie Anm. 3).

10 Gerhard STOLTENBERG, „Unnatürliche Teilung Europas überwinden“, in: „Die Welt“ vom 27.10.1989.

11 Joachim NEANDER, „Im deutschen Wartesaal“, EBD. vom 23.11.1989.

12 „Keine isolierte deutsche Lösung“, in: „Stuttgarter Zeitung“ vom 23.11.1989: „Unsere Priorität muß ganz klar die Einbindung in den Westen sein. Von dort aus müssen wir Wege zu einer europäischen Friedensordnung suchen. Ich sehe keine isolierte Lösung für die Deutschen.“

13 Gastkommentar für die Mainzer „Allgemeine Zeitung“ vom 14.10.1989; vgl. auch Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90* (Geschichte der deutschen Einheit 3), Stuttgart 1998, S. 76.

14 Zit. nach EBD. S. 75f. (u.a. nach einem Interview mit dem DDR-Fernsehen vom 13.12.1989); vgl. auch die Wiedergabe der Äußerungen Weizsäckers in der Aussprache am Zentralen Runden Tisch der DDR vom 19.2.1990, in: Uwe THAYSEN (Hg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente*, Bd. III, Wiesbaden 2000. S. 784, 787.

SPD

Die Sozialdemokraten „stimmen ... Ihnen in allen Zehn Punkten zu“,¹⁵ bekundete Karsten Voigt, der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, unmittelbar im Anschluss an Kohls Rede vom 28. November 1989. Bald rückte die größte Oppositionspartei freilich wieder von ihrer ungewöhnlichen Übereinstimmung mit der Regierung ab. Oskar Lafontaine, der saarländische Ministerpräsident und präsuntive Kanzlerkandidat warnte davor, deutschlandpolitische Unterschiede zur Regierung zu verwischen. Die SPD geriet in schwere Turbulenzen und ging schließlich tief „uneinig in die Einheit“¹⁶.

In den achtziger Jahren hatte die Partei der Ostpolitik eine veritable „Nebenaußenpolitik“ zu derjenigen der Bundesregierung betrieben. Mit der SED hatte die SPD drei fertige Vertragsentwürfe für eine chemiewaffenfreie Zone, einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa sowie eine „Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa“ ausgehandelt und obendrein im August 1987 ein gemeinsames Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt. In ihrer außen- und deutschlandpolitischen Orientierung relativierte die SPD in ihrer Hauptrichtung dabei auf der einen Seite die Westbindung der Bundesrepublik, während sie andererseits den Legitimationsvorbehalt und die grundsätzliche normative Distanz gegenüber SED und DDR abschwächte.¹⁷

Innerhalb der SPD tat sich dabei ein Spektrum unterschiedlicher Positionen auf. Einerseits fand die deutsche Zweistaatlichkeit zunehmende Akzeptanz, ja vielfach aktive Befürwortung, wie sich in Debatten um die Streichung der Präambel des Grundgesetzes und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zeigte.¹⁸ Der Begriff der Wiedervereinigung hingegen war weithin diskreditiert; als „reaktionär und hochgradig gefährlich“¹⁹ bezeichnete ihn der niedersächsische Fraktionsvorsitzende und nachmalige Ministerpräsident Gerhard Schröder Ende September 1989. Wer „von Wiedervereinigung daherrede“, so

15 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Sten. Ber., 11. WP, 177. Sitzung, S. 13514.

16 So der Titel der umfassendsten Darstellung der Politik der SPD im Hinblick auf die Wiedervereinigung: Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006, zur Reaktion auf das Zehn-Punkte-Programm S. 217–230.

17 Vgl. Dieter GROH/Peter BRANDT, „Vaterlandslose Gesellen“. *Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*, München 1992, S. 318.

18 Vgl. Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993, S. 462–468; Andreas VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 222; Heinrich POTTHOFF (Hg.), *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995, S. 47–63.

19 „Wiedervereinigung untauglicher Begriff“, in: FAZ vom 28.9.1989 (nach einem Gespräch für die „Hannoversche Allgemeine“).

der hessische Landesvorsitzende und ebenfalls nachmalige Ministerpräsident Hans Eichel, habe „aus der Geschichte nichts gelernt“.²⁰ Und der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Walter Momper, brandmarkte die Belebung des Gedankens der Wiedervereinigung seitens der Bundesrepublik Ende Oktober 1989 im Gespräch mit DDR-Oppositionellen als „eine der größten Heucheleien“.²¹ Momper lag auf der deutschlandpolitischen Hauptlinie der SPD, die 1989 von der Krise in der DDR völlig überrascht wurde, lange auf die Reformfähigkeit der SED setzte und darüber zunächst auch wenig Zugang zur neugegründeten SDP in der DDR fand.

Eine andere Richtung deutete sich, unter Rückgriff auf vermeintlich verschüttete nationale Orientierungsmuster, bei älteren Granden der Partei und beim „Seeheimer Kreis“ auf ihrem rechten Flügel an. In einer vielbeachteten – und innerhalb der SPD vielfach kritisierten – Rede vor dem Deutschen Bundestag stellte Erhard Eppler am 17. Juni 1989 die Reformfähigkeit des SED-Regimes infrage und erklärte die deutsche Frage für offen.²² Zum Protagonisten dieser Richtung schlechthin wurde schließlich Willy Brandt, der große alte Mann der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Er verkörperte, aus der Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heraus, das ‚andere Deutschland‘ und für seine zahlreichen Anhänger die Vision eines moralisch guten Sozialismus, überhaupt den Lebensentwurf des ‚links und frei‘. In den achtziger Jahren war er im Zuge der Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschlusses mit der gesamten SPD nach links gerückt und hatte sich auch deutschlandpolitisch mit dem Wort von der Hoffnung auf die Wiedervereinigung als der „Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik“ exponiert – womit er keineswegs, wie er später einmal sagte, nur eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 meinte, sondern auch eine nationalstaatliche Vereinigung von Bundesrepublik und DDR.²³ Am Ende aber entdeckte er die Nation und die Wiedervereinigung wieder.

20 Hans EICHEL, „Jetzt: Konkrete deutsch-deutsche Politik“, in: „Wir Hessen“, November 1989 (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

21 MfS-Information 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme, 30.10.1989, BStU, MfS, ZAIG 3756, Bl. 154–165, hier 161.

22 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7, hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1989, S. 158–170. Vgl. auch Epplers Interviewäußerung gegenüber dem „Stern“ vom 26.9.1989: „Wir müssen uns eine Option auf die deutsche Einheit offenlassen für den Fall, daß sich die DDR als nicht lebensfähig erweist“, zit. nach FAZ vom 27.9.1989: „Eppler spricht sich für Option auf deutsche Einheit aus“. Vgl. auch das engagierte Plädoyer des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von DOHNANYI für eine deutsche Wiedervereinigung im „Stern“ vom 16.11.1989: „Wiedervereinigung: Konflikt zwischen Kopf und Bauch?“

23 In der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.9.1988, S. 8: „Ein Notdach, unter dem der Rechtsstaat sich entwickeln konnte. 40 Jahre Grundgesetz“ (dort auch das Zitat), wandte sich Brandt gegen die „Lebenslüge“ einer Wiedervereinigung als der Vorstellung von einem

Schon auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses am 10. November 1989 hatte Brandt inhaltlich unübersehbar näher bei Kohl als bei seinem Parteifreund Momper gestanden. Dieser legte gegenüber dem Kanzler am Tag darauf noch einmal kräftig nach und warf ihm „eklatantes Versagen in dieser entscheidenden Situation der deutschen Geschichte“ vor: „Herr Kohl hat offenbar mit dem Umdenken, was jetzt gefordert wird ..., noch nicht begonnen. Er ist weiterhin mit dem Denken von vorgestern verhaftet [sic].“ Kohl „quatscht dabei von Wiedervereinigung“ und „hat offenbar nicht begriffen, ... daß die Menschen in der DDR nicht die Wiedervereinigung interessiert, sondern ein freies Europa mit offenen Grenzen“.²⁴

Damit war Momper wiederum nicht weit von Oskar Lafontaine entfernt, der von „Ko(h)lonialismus“ sprach und die Zehn Punkte als „großen diplomatischen Fehlschlag“²⁵ kritisierte. Links, aber nicht dogmatisch, zuweilen sprunghaft und von unduldsamer Selbstherrlichkeit, galt der 1943 geborene Saarländer mit seiner Leidenschaft und Begeisterungsfähigkeit als der führende der „Enkel“ Willy Brandts, die in der SPD inzwischen in die leitenden bzw. meinungsbildenden Positionen eingerückt waren. Eine biologische Generation jünger als Brandt, verkörperte er politisch jene Generationskohorte der „68er“, die auf die Generation des Krieges (ob Soldaten wie Schmidt, Kommunisten wie Wehner oder Exilanten wie Brandt) sowie auf die sogenannte „skeptische Generation“ folgte, zu der Hans-Jochen Vogel ebenso zählte wie Helmut Kohl.²⁶

Lafontaines politisches Kernanliegen 1989 lag im ‚ökologischen Umbau der Industriegesellschaft‘. Während sich Nationalstaat und Europa in der Vorstellung Helmut Kohls ergänzten, hegte Lafontaine wenig Interesse an der „Nation“ und plädierte für eine (west)europäische Union unter dezidierter Abkehr vom Nationalstaat, der „schon heute die Vernünftigkeit seiner Idee überlebt“²⁷

„Anschluß der DDR an die Bundesrepublik“ aus der „nationalpolitisch [v]ergangenen“ Theorie eines fortwirkenden deutschen Gesamtstaates heraus – ohne die freilich die Legitimation einer staatlichen Vereinigung von Bundesrepublik und DDR entfiel. Vgl. auch Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*. Zweiter Band: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 471, JÄGER (wie Anm.13), S. 154 mit S. 562 Anm. 39, sowie zu Brandt allgemein v.a. Peter MERSEBURGER, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart 2002

24 Pressekonferenz Mompers vom 11.11.1989, in: „tageszeitung“ vom 13.11.1989.

25 Zit. nach STURM (wie Anm. 16), S. 226.

26 Helmut SCHELSKY, *Die skeptische Generation*, Düsseldorf 1957; zu den politischen Generationen der Bundesrepublik vgl. Clemens ALBRECHT in: DERS. u.a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/M. 1999, S. 498–506; Überblick bei Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19a), München 2004, S. 194f.

27 Oskar LAFONTAINE, *Die Gesellschaft der Zukunft – Reformpolitik in einer veränderten Welt*, Hamburg 1988, S. 188.

habe. Ganz westlich-postmodern orientiert, ohne Verpflichtung allerdings auf die Westbindung an die USA, im Gegenteil, besaß Lafontaine keine wirkliche Beziehung zu DDR und Wiedervereinigung. Wiederholt wies er 1990, so Egon Bahr, Bitten von Vorstandsmitgliedern der SPD, er möge einmal zeigen, dass er sich über die Einheit freue, mit dem Bemerken zurück, dass er nicht so empfinde²⁸. Lafontaine und mit ihm weite Teile der Sozialdemokratie vermochten europäischen Kosmopolitismus und deutsche Nation, Freiheit und Einheit nicht zusammenzudenken und daher auch keine wirklich konstruktive Haltung gegenüber dem deutschen Einigungsprozess zu entwickeln.²⁹

Stattdessen benannte Lafontaine deutlich wie kaum ein Zweiter die Probleme, die sich mit dem Zusammenbruch der DDR ergaben. Um den Strom der Übersiedler aus der DDR zu stoppen, ventilierte er im November 1989 Ideen, die Staatsbürgerschaft der DDR anzuerkennen und Sonderleistungen für Übersiedler zu streichen. So gab er in der saarländischen Staatskanzlei ein juristisches Gutachten in Auftrag, das Wege einer Zuzugsbeschränkung ausloten sollte – womit er scharfe Kritik aus den Reihen der SPD selbst auf sich zog.³⁰ Das deutschlandpolitische Ziel sah er, wenn überhaupt, dann eher in der Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden deutschen Staaten im Zeichen der ohnehin supranationalen sozialdemokratischen „Idee der sozialen Gerechtigkeit“ – ohne freilich zu sagen, wo die dafür erforderlichen Mittel herkommen sollten – als in der für ihn nachrangigen „Rechtskonstruktion“ einer staatlichen Einheit.³¹ Während des Einigungsprozesses setzte Lafontaine weniger auf nationalen Konsens als, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, auf Konfrontation gegenüber der Bundesregierung, die ihrerseits das Wahldatum ebenfalls stets vor Augen hatte.

So blieben auch Hans-Jochen Vogels Bemühungen als Partei- und Fraktionsvorsitzender vergeblich, die Partei auf einer mittleren Linie zusammenzuhalten und mit konkreten Vorschlägen politische Wirkung zu entfalten. Inkompatibel mit der unerwartet tiefgreifenden Gesamtentwicklung, vermochte die SPD im Vereinigungsprozess keinen gestaltenden Einfluss zu gewinnen. Der Vorschlag einer Währungsunion mit der DDR kam zwar, zumindest öf-

28 JÄGER (wie Anm. 13), S. 155.

29 Vgl. dazu auch Jan-Werner MÜLLER, *Another Country. German Intellectuals, Unification and National Identity*, New Haven/London 2000, S. 120–150.

30 Vgl. STURM (wie Anm. 16), S. 230–237; JÄGER (wie Anm. 13), S. 69, 155; Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (Geschichte der deutschen Einheit 2), Stuttgart 1998, S. 189.

31 Vgl. Lafontaines Rede auf dem Berliner SPD-Parteitag am 19.12.1989, in: *Protokoll vom Programm-Parteitag Berlin, 18.–20.12.1989*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn o.J., S. 253f. (Zitate S. 254); vgl. auch FAZ vom 20.12.1989: „Lafontaine: Soziale Gerechtigkeit wichtiger als staatliche Einheit“, bezeichnenderweise unter dem Hauptartikel über Kohls Besuch in Dresden am 19.12.1989.

fentlich, ursprünglich aus ihren Reihen – aber nicht einmal diese Initiative vermochte die SPD für sich zu reklamieren, sondern es war schließlich Kohl, der auch diesen Coup für sich verbuchte.

FDP

Mit dem Zehn-Punkte-Programm hatte Kohl nicht zuletzt das Ziel verfolgt, auch dem Koalitionspartner nicht die Initiative zu überlassen. Die FDP – bis in die sechziger Jahre die dezidiert nationale Partei im bundesdeutschen Spektrum – folgte außen- und deutschlandpolitisch ganz ihrem langjährigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der mit großer Popularität in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine Politik des internationalen Ausgleichs, der multilateralen Einbindung und der europäischen Integration betrieb. In europapolitischer Hinsicht mit Kohl im Grunde ganz einig, setzte er doch vernehmbar andere Akzente als der Kanzler, indem er deutlich stärkere Rücksichten auf Zustimmung von und Konsens nach außen nahm. Schon vor dem Schöneberger Rathaus hatte er am 10. November 1989 sogleich „die Grenze zwischen Deutschen und Polen“³² bekräftigt, und auch hinsichtlich der Thematisierung einer Wiedervereinigung überhaupt agierte er deutlich vorsichtiger als Kohl, dessen Zehn-Punkte-Programm er keineswegs guthieß – vorsichtiger auch als FDP-Parteichef Otto Graf Lambsdorff, der im Oktober, wenn auch in einem weiten zeitlichen Horizont, das „Ziel der deutschen Einheit“³³ ansprach. Die FDP folgte im Einigungsprozess der multilateral-integrationspolitischen Linie Genschers, blieb dabei freilich weithin im Windschatten der vorwärtsdrängenden Kräfte der Union in Kanzleramt, Finanzministerium und Parteiapparat.

Die Grünen

Die Grünen hatten der DDR gegenüber in den achtziger Jahren – bei aller Unterschiedlichkeit der Positionen zwischen den einzelnen Flügeln – eine Doppelstrategie verfolgt, indem sie Kontakte zu Regime und Oppositionellen unterhielten, zur Oppositionsbewegung auch mehr als alle anderen bundesdeutschen Parteien. Zugleich kamen sie dem SED-Regime mit der dezidierten Befürwortung der Zweistaatlichkeit und der Anerkennung seiner deutschlandpolitischen Forderungen am weitesten entgegen. Die fundamentalistische Richtung verwarf eine Wiedervereinigung aus einem dogmatischen Antikapitalismus heraus, während der realpolitische Flügel, im Sinne von Günter Grass,

32 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7 (wie Anm. 22), S. 404.

33 Vgl. Lambsdorff, anders als Genscher in deutscher Frage, in: „Welt am Sonntag“ vom 15.10.1989.

von einer historischen Legitimation der Teilung durch Auschwitz ausging und, wie Oskar Lafontaine, auf europäische Integration statt nationaler Einheit setzte.³⁴ Deziert lehnten die Grünen die Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot ab.³⁵

In dieser Logik lag auch das Verhalten der Grünen im Herbst 1989, auch nach dem Fall der Mauer. Antje Vollmer, Vertreterin der deutschlandpolitisch flexibleren Gruppe ‚Aufbruch‘ zwischen den beiden Flügeln der Partei, kritisierte am 8. November 1989 im Bundestag den „unaufhaltsamen Versöhnungs-imperialismus Helmut Kohls“ und die Rede vom „Sieg der westlichen Werte“ als „bundesdeutschen Wohlstandschauvinismus“. Die Wiedervereinigung sei „überholter denn je“, vielmehr entstehe in der DDR erstmals „eine eigene DDR-Identität“.³⁶ Als Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Programm plädierten die Grünen für eine „Politik der Zweistaatlichkeit ohne jedes Wenn und Aber“.³⁷ Zwei Tage später legten sie einen eigenen Sieben-Punkte-Plan vor, der sich ganz auf der Linie der Oppositionsbewegung in der DDR bewegte und die Eigenständigkeit der DDR auf einem ‚dritten Weg‘ forderte.³⁸ Wie die Oppositionsbewegung der DDR befanden sich die Grünen in einem Konflikt mit der Selbstbestimmung der DDR-Bevölkerung und gerieten schließlich, konsequenterweise, mit der Oppositionsbewegung ins Abseits.

Erst als sich die Unumgänglichkeit der Wiedervereinigung abzeichnete, gaben die Grünen im Februar 1990 den Anspruch auf Zweistaatlichkeit auf und forderten nunmehr Konzepte des „dritten Weges“ nun für Gesamtdeutschland.³⁹ Auch damit vermochten sie freilich keine gestaltende Kraft im Einigungsprozess zu entfalten. Dieser wurde für die Grünen, ähnlich wie für die SPD, zu einer Anpassungskrise; nicht zuletzt von daher scheiterten die westdeutschen Grünen bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990 an der 5%-Hürde.

Wissenschaftler und Intellektuelle

Allzu leicht und wohlfeil, und doch unübersehbar⁴⁰ ist der Umstand, wie sehr nicht nur Politiker und Journalisten, sondern auch die sogenannten Experten

34 Vgl. WIRSCHING (wie Anm. 1), S. 652; JÄGER (wie Anm.13), S. 183–185.

35 Vgl. Joschka Fischer vor dem Hessischen Landtag im Juli 1989, zit. nach Jens HACKER, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin 1992, S. 231.

36 *Texte zur Deutschlandpolitik*, III/7 (wie Anm. 22), S. 361.

37 Zit. nach Werner WEIDENFELD u.a., *Außenpolitik für die deutsche Einheit. die Entscheidungsjahre 1989/90* (Geschichte der deutschen Einheit 4), Stuttgart 1998, S. 113.

38 JÄGER (wie Anm.13), S. 186.

39 EBD. S. 188, 191; WIRSCHING (wie Anm. 1), S. 652.

40 Vgl. dazu mit deziert normativer Perspektive und *magna cum ira* gegenüber allen Abweichlern von Wiedervereinigungsothodoxie, als Quellenfundus aber aufschlussreich HACKER (wie Anm. 35).

von der Wucht der deutschen Entwicklungen 1989/90 überrascht wurden und wie falsch die Zeitgenossen mit vielerlei Einschätzungen lagen. Der stets als „Osteuropa-Experte“ apostrophierte Wolfgang Leonhard gab der BBC im Oktober 1989 auf die Frage, ob „die derzeitigen Entwicklungen in Mitteleuropa ... eines Tages eine Wiedervereinigung Deutschlands bewirken“ könnten, entschieden zur Antwort, er „halte dies nicht für möglich“. Sollte ein Reformprozess in der DDR in Gang kommen, würden die Menschen „zum ersten Mal auch etwas für ihre DDR empfinden“ und somit anstelle einer Wiedervereinigung „eher zwei demokratische deutsche Systeme“ stehen.⁴¹ Ebenso weit an der Realität vorbei gingen Vorhersagen der wirtschaftlichen Entwicklung oder die Wahrnehmung der medienpräsenten Politikwissenschaftlerin Margarita Mathiopoulos: „Die Bürger der DDR wollen die Wiedervereinigung nicht. ... Auf Demonstrationen fordern die Menschen Reformen, nicht Wiedervereinigung.“ Stattdessen postulierte sie am 17. November, acht Tage nach der Öffnung der Mauer in einem großen Artikel in der „Zeit“: „Wir müssen die Teilung Deutschlands anerkennen, um die Teilung Europas zu überwinden.“⁴² Mangels allenthalben wirklich verlässlicher Expertise war der Blindflug der politischen Verantwortungsträger in die Einheit unausweichlich.

Ebenso wenig zeichnete sich eine *common opinion* unter den Intellektuellen ab, die sich gesellschaftspolitisch zu Wort meldeten. In einem breiten Spektrum von Positionen herrschte dabei ein gewisses Übergewicht linker Nations- und Einheitsskepsis vor. Obstinat und exponiert argumentierte Günter Grass gegen die deutsche Einheit, so etwa im Februar 1990: „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muß Ausschwitz mitdenken. Der Ort des Schreckens, als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus. Sollte er, was zu befürchten bleibt, dennoch ertrotzt werden, wird ihm das Scheitern vorgeschrieben sein.“⁴³

Vom Vorwurf der „Raubrittermentalität“ der BRD in der DDR⁴⁴ war es nicht weit zum Vorwurf des „pausbackigen DM-Nationalismus“, den Jürgen Habermas als Wurzel des Einigungsprozesses ausmachte, gestützt auf die

41 Wolfgang LEONHARD, „The World Tonight“, Interview für BBC vom 6.10.1989 (Abschrift des Bundespresseamts) (ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0).

42 Margarita MATHIOPOULOS, „Auf die Einheit verzichten. Statt Wiedervereinigung ein Friedensvertrag für Europa“, in: „Die Zeit“ vom 17.11.1989.

43 Günter GRASS, *Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen* (Rede in der Evangelischen Akademie Tutzing, 2.2.1990), in: DERS., *Ein Schnäppchen namens DDR. Letzte Reden vorm Glockengeläut*, Frankfurt/M. 1990, S. 7–14, hier 13.

44 Interview mit Günter Grass zum Prozess der deutschen Einheit, in: Wolfgang JÄGER/ Ingeborg VILLINGER, *Die Intellektuellen und die deutsche Einheit*, Freiburg i. Br. 1997, S. 236.

„vorpolitischen Krücken von Nationalität und Schicksalsgemeinschaft“⁴⁵. Aus solchen Verdikten sprach eine auf Seiten der politischen Linken allgegenwärtige tiefe Abneigung gegen das geradezu verselbständigte Feindbild des „Nationalstaats“ und eine dezidiert postnationale, europäisch-westliche Orientierung im Sinne Oskar Lafontaines. Dies gilt auch für Hans-Ulrich Wehler, einen der meinungsstärksten und öffentlich besonders präsenten deutschen Historiker, der die „staatliche Einheit“ im Oktober 1989 als „höchst dubioses Ziel“ verwarf und stattdessen für eine „gemeineuropäische Konföderation“ als „Optimum“ und „Ideal“ votierte, einschließlich der zwangsläufigen „Anerkennung des Staates DDR“.⁴⁶

Demgegenüber reflektierte sein bürgerlicher Antipode Thomas Nipperdey auf das (in den Diskussionen der achtziger Jahre konservativerseits mit der Nation verbundene) Konzept der „Identität“ und die – historisch oder politisch nicht weiter begründete – Vorstellung ihrer „Normalität“: „Wer nationale Identität nicht sozusagen selbstverständlich hat, hat ein Identitätsproblem, leidet an einem Identitätsverlust oder einer Störung.“⁴⁷ Gewohnt pointiert konstatierte Hans-Peter Schwarz frohlockend das „Ende der Identitätsneurose“ mit dem Ende ihrer Hauptursache, der Teilung des Landes; ihr Ergebnis sei die „endlich normale Bundesrepublik“.⁴⁸

Dabei folgten die Debatten gewissen sprachlichen Mustern. Die linke Kritik neigte zur Dämonisierung der Gegenseite und reklamierte für sich – paradigmatisch Jürgen Habermas – das Rationale und zugleich das Moralische. Die konservative Kritik der linken Nationskritik operierte demgegenüber nicht mit rationaler Deduktion, sondern mit Begriffen aus dem semantischen Feld von Krankheit, der gegenüber sie für sich das Normale und Gesunde reklamierte – zuzüglich einem teleologischen Zug erfüllter Sehnsucht der in einem obligaten „endlich“⁴⁹ zum Ausdruck kam.

Alles in allem schälten sich aus der polemisch aufgeladenen Meinungsfülle keine wirklich leitenden Tendenzen heraus, kein politisch normierender Referenzrahmen, auch nicht seitens der von bürgerlich-konservativer Seite als dominant wahrgenommenen (in Wahrheit gerade in der deutschen Frage ih-

45 Jürgen HABERMAS, „Der DM-Nationalismus“, in „Die Zeit“ vom 30.3.1990.

46 Hans-Ulrich WEHLER, „Deutsche Frage und europäische Antwort“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 14.10.1989.

47 Thomas NIPPERDEY, „Die Deutschen wollen und dürfen eine Nation sein“, in FAZ vom 13.7.1990. Ähnlich der politisch keineswegs konservative Althistoriker Christian MEIER, „Die deutsche Einheit als Herausforderung. Beide Seiten könnten und sollten voneinander lernen“, in FAZ vom 24.4.1990.

48 Hans-Peter SCHWARZ, „Das Ende der Identitätsneurose“, in: „Rheinischer Merkur“ vom 7.9.1990.

49 Vgl. auch Martin WALSER, „Vom Stand der deutschen Dinge“, in: FAZ vom 5.12.1989: „Eine selbstverständliche Zusammengehörigkeit durfte sich endlich ausdrücken.“

rerseits recht heterogenen) Linken mit ihrem moralisierten Anspruch. Jedenfalls waren die bürgerlich-liberalen Entscheidungsträger auch gegen diesen gefühlten *mainstream* handlungsfähig und sehr viel handlungsfähiger als in vielen gesellschaftspolitischen Fragen der achtziger Jahre. Umgekehrt waren die Intellektuellen für den Gesamtzusammenhang der Wiedervereinigung nur von untergeordneter Bedeutung. Am ehesten gelang es einzelnen von ihnen, als historisch-politische Berater der Bundesregierung, insbesondere Helmut Kohls, in das Geschehen einbezogen zu werden, aber auch dies mehr zur Absicherung einer bereits initiierten Politik als zu ihrer originären Gestaltung.

Massenmedien und öffentliche Meinung

Auf journalistischer Ebene erklang in der deutschen Frage eine Kakophonie der meinungsstarken Tagesgebundenheiten. Hingegen entfalteten auch die Massenmedien keine identifizierbar einheitliche, die Politik treibende Kraft.

„Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt,“, so schrieb Theo Sommer, der Chefredakteur der „Zeit“ nach Gorbatschows Besuch in Bonn im Juni 1989, „kann alle anderen nur in Angst und Schrecken versetzen.“⁵⁰ Demgegenüber akklamierte der Gründer und Verleger des Blattes, Gerd Bucerus, eine deutsche Wiedervereinigung unter der Bedingung, dass die deutsche Ostgrenze anerkannt werde, als legitimes Ziel und bereits im Oktober 1989 – ganz auf der Linie der zu diesem Zeitpunkt noch wenig angesehenen Gesamttendenz – als teure, aber „hervorragende Investition“.⁵¹ Er brachte, 1906 geboren und eine Generation älter als Theo Sommer, die Reflexe und Instinkte einer Generation zum Ausdruck, für die ein vereintes Deutschland Normalität und somit auch einen politischen Wert darstellte.

Dasselbe galt für den 1923 geborenen Rudolf Augstein. Gemeinsam mit Helmut Schmidt plädierte er im Juli 1989 dafür, den Anspruch auf die deutsche Einheit aufrechtzuerhalten, und forderte am 20. November, im Sinne der Einheit, zu „sagen, was ist“⁵² – ohne dass dies die *mainstream*-Meinung des „Spiegel“ gewesen wäre, in dem viel mehr eine breite Palette von Positionen mit obligat kritisch-provokativem Habitus vertreten wurde. Die Haltung des „Spiegel“ gab es nicht; Chefredakteur Erich Böhme etwa bekannte Ende Oktober 1989: „Ich möchte nicht wiedervereinigt werden.“⁵³

Vereinigungsskeptische Grundtöne schlugen auch die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Stern“ an,⁵⁴ wohingegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

50 Theo SOMMER, „Quo vadis Germania?“, in: „Die Zeit“ vom 23.6.1989.

51 Gerd BUCERIUS, „Opfer bringen für die Wiedervereinigung“, EBD. vom 13.10.1989.

52 Rudolf AUGSTEIN, „Antwort auf eine nicht gestellte Frage“, in: „Der Spiegel“ vom 3.7.1989; DERS., „Sagen, was ist“, EBD. vom 20.11.1989.

53 Erich BÖHME, „Die Gelegenheit ist günstig“, EBD. vom 30.10.1989.

traditionell die Offenheit der Geschichte betont und am Wiedervereinigungsanspruch festgehalten hatte. Auch hier entfaltete sich freilich ein Spektrum unterschiedlicher Denker und Meinungen. Aufs Ganze gesehen, ließ sich die FAZ früher als andere Organe auf den Gedanken einer konkreten Wiedervereinigung ein, betrieb allerdings keineswegs vorwärtsstürmend visionäre Wiedervereinigungspublizistik, sondern agierte eher zurückhaltend und zögerlich. Anders allein die Blätter aus dem Springer-Verlag, „Bild“ und „Welt“. Sie setzten dezidierte Akzente für die Wiedervereinigung und forderten am selben Tag, da Margarita Mathiopoulos in der „Zeit“ für die Anerkennung der Teilung votierte, die „Einheit in Freiheit“, während sie die Bundesregierung bis Ende November für ein zu zögerliches Vorgehen tadelten.⁵⁵

An der demoskopisch gemessenen öffentlichen Meinung lag dies näher als die intellektuelle und journalistische Vereinigungsskepsis linksliberaler bzw. linker Provenienz. Die bereits angesprochene Tendenz der achtziger Jahre, die deutsche Einheit zu befürworten und zugleich zu erwarten, dass sie nicht eintritt, setzte sich bis in den Herbst 1989 hinein fort. Eine Blitzumfrage für die ARD-Sendung „Im Brennpunkt“ am 21. September 1989 wirft ein Schlaglicht: 79 % der Befragten hielten eine Wiedervereinigung für wünschenswert und 68 % in nächster Zeit nicht für möglich; in der Sendung „Pro und Contra“ vier Wochen später stimmten am Schluss etwas mehr als 62 % für eine Wiedervereinigung.⁵⁶

Wie auch immer die gemessenen Zahlen im Einzelnen ausfallen mochten: Eine breite Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung war im Herbst 1989 für eine deutsche Wiedervereinigung. Allerdings fanden hier nicht wie sonst im politischen System der Bundesrepublik langwierige Aushandlungsprozesse in einem differenzierten Meinungskosmos statt. Vielmehr übernahm die Regierung in jenem tiefgreifenden, die Notwendigkeiten des Handelns diktierenden Prozess Ende November die politische Führung, die sie für einige Monate in außergewöhnlichem Maße auszuüben vermochte. Der Wille der Bevölkerung in der Bundesrepublik spielte dabei keine aktiv treibende, das politische Handeln direkt beeinflussende, sondern eine indirektere Rolle, insofern die han-

54 Vgl. Josef JOFFE [Ressortchef Außenpolitik], „Das Gebot der Weisheit“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 28.10.1989 (für europäische Union vor deutscher Einheit), sowie Heinrich JAENECKE, „Gebt der DDR eine Chance“, in: „Stern“ vom 23.11.1989.

55 Vgl. Herbert KREMP [Chefredakteur der „Welt“], „Befreiter Blick aufs Staatsziel“, in: „Die Welt“ vom 11.10.1989; DERS., „Lassen wir uns die Wiedervereinigung von anderen vorformulieren?“, in: „Welt am Sonntag“ vom 19.11.1989; Manfred SCHELL, „Unsere Politik zielt auf Einheit in Freiheit“, in: „Die Welt“ vom 17.11.1990; Hans-Hermann TIEDJE [Chefredakteur der „Bild-Zeitung“], „Wer ja zur Einheit sagt, gewinnt“, in: „Bild“ vom 23.11.1989.

56 ACDP, Pressedokumentation, 1/23/0; vgl. auch Elisabeth NOELLE-NEUMANN (Hg.), *Altenbacher Jahrbuch der Demoskopie*, Bd. 9: 1984/92, München 1993, S. 431–455.

delnden Politiker ihn im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen wahrnahmen.

Alles in allem: vor der Zeitenwende von 1989/90 war die deutsche Frage in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik diskursiv präsent. Doch stand die deutsche Einheit nicht auf der politischen Agenda, so dass auch keine konkret umsetzbaren Positionen bezogen waren. Die verschiedenen Parteien waren jedoch unterschiedlich disponiert, dem Gang der Geschichte zu folgen, als diese mit unerwarteter Plötzlichkeit gleichsam um die Ecke bog und die deutsche Einheit ansteuerte. Linke und bürgerliche Parteien einte dabei die leitende Idee einer supranationalen politischen Integration Europas, die in der Bundesrepublik auch im internationalen Vergleich in besonderem Maße forciert wurde, ohne freilich recht genau zu wissen, wie ein europäischer Bundesstaat letztlich konkret aussehen sollte.

Der entscheidende Unterschied lag unterdessen darin, dass diese europäische Union auf Seiten der Linken ohne einen deutschen Nationalstaat gedacht wurde, und sie mit der deutschen Einheit aufs Ganze gesehen wenig anzufangen wusste. Die bürgerlichen Parteien hingegen, und Helmut Kohl in seiner grundständig optimistischen Geschichts- und Weltauffassung zumal, vermochten supranationale Integration und nationalstaatliche Einigung als zwei Seiten einer Medaille aufzufassen. Da sie sich obendrein in der Regierungsverantwortung befanden, konnten die bürgerlichen Parteien somit zu den Parteien der deutschen Einheit werden, nicht nur programmatisch, sondern auch historisch.

Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung

Von Manuela Glaab

1. Einleitung: Der lange Weg zum Honecker-Besuch

Vom 7. bis 11. September 1987 besuchte Erich Honecker, SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR, erstmals offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Im Rückblick sprach Bundeskanzler Helmut Kohl vom Honecker-Besuch als der „... wohl wichtigsten innerdeutschen Entscheidung, die ich persönlich zu treffen hatte und die mir so schwergefallen ist, wie keine andere ..., weil sich alles in mir gesträubt hat, das zu tun, was wir aber dann als notwendig befanden ...“.¹

Die Einladung für einen Besuch in der Bundesrepublik hatte bereits sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt ausgesprochen, als er im Dezember 1981 am Werbellinsee in der DDR weilte. Die wiederholt angekündigte Reise wurde in der Folgezeit jedoch mehrfach verschoben. Der für 1984 avisierte Besuch, der unter Federführung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, vorbereitet worden war, scheiterte. Am 4. September 1984 übermittelte der Ständige Vertreter der DDR, Ewald Moldt, die Absage mit Verweis auf die innenpolitische Auseinandersetzung um die Besuchspläne in der Bundesrepublik. Einen Vorwand für die Absage hatte der Unionsfraktionsvorsitzende Alfred Dregger mit seiner Bemerkung geliefert: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, dass Herr Honecker uns die Ehre seines Besuchs erweist.“ Dass letztlich die weltpolitische Lage und die Vorbehalte der Sowjetunion – erinnert sei an die Revanchismusvorwürfe in Anbetracht der geplanten Raketenstationierung in der Bundesrepublik – hierfür ausschlaggebend waren, steht jedoch außer Zweifel. Spekulationen über Besuchspläne füllten in den folgenden Jahren weiterhin die Gazetten.²

Deutschlandpolitik war in der Ära Kohl „Chefsache“.³ „Unter strengster Geheimhaltung“⁴ wurden ab Frühsommer 1987 vom Kanzleramt aus auch die

1 So Bundeskanzler Kohl am 4.11.1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags; zit. nach: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. V.1: *Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen*, Baden-Baden 1995, S. 920.

2 Vgl. Manfred REXIN, *Der Besuch. September 1987: Honecker in der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 40–41 (1997), S. 3–11.

3 Vgl. Karl Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, München 1998.

4 Claus J. DUISBERG, *Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/90*, Berlin 2005, Seite 11.

Besuchsvorbereitungen betrieben. Bereits Anfang April hatte Bundeskanzler Kohl dem Besuch in einem Gespräch mit Politbüro-Mitglied Günter Mittag zugestimmt, wenngleich widerstrebend und in der erklärten Absicht, diesen so formlos wie möglich zu gestalten. Am 15. Juli 1987 erfolgte schließlich die Bekanntgabe des Besuchsprogramms durch das Bundeskanzleramt und die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Um die protokollarischen Details der als Arbeitsbesuch bezeichneten Visite war hart gerungen worden, doch erhielt sie wesentliche Attribute eines Staatsbesuchs.⁵

Bis in die heutige Zeit hinein liefert der Honecker-Besuch Diskussionsstoff: Wurde damit die Anerkennung des SED-Systems besiegelt? War er der Schlüssel zu menschlichen Erleichterungen? Oder handelte es sich um den Anfang vom Ende der DDR? Ziel ist es im Folgenden nicht, eine zeitgeschichtliche Analyse der Ereignisse vom September 1987 zu liefern. Weder die Vorgeschichte, noch der Besuchsverlauf oder seine Folgewirkungen können hier detailliert untersucht werden. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die öffentliche Meinung zu diesem Ereignis anhand der Presseberichterstattung wie auch von Meinungsumfragen nachzuvollziehen. Da der Fokus sich auf die Ära Kohl richtet – aber auch aufgrund der Datenlage –, konzentriert sich der Beitrag in erster Linie auf die Wahrnehmung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland. In Ausschnitten wird jedoch auch auf das Meinungsbild in der DDR eingegangen, um den empirischen Befund hierdurch genauer zu konturieren.

2. Die Resonanz des Besuchs: Medienereignis mit gemischten Gefühlen

Der fünftägige Besuch des SED-Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Bonn und weiteren Stationen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Bayern wurde im In- wie Ausland intensiv verfolgt. Bemerkenswert ist die Übertragung im DDR-Fernsehen sowie der ungekürzte Abdruck der Reden im „Neuen Deutschland“ und anderen Tageszeitungen der DDR.⁶ Dabei ist eines wichtig hervorzuheben: Der Besuch stellte „für beide Seiten eine Gratwanderung“⁷ dar, bestanden doch weiterhin

5 Bei der Eröffnung der Gespräche mit der DDR-Delegation am 7.9.1987 bezeichnete Bundeskanzler Kohl die Begegnung noch einmal ausdrücklich als „Arbeitsbesuch“; tatsächlich erfolgt ein Staatsbesuch auf Einladung des Bundespräsidenten, wohingegen Honecker auf Einladung des Bundeskanzlers mit protokollarischen Ehren eines Staatsoberhauptes in Bonn empfangen wurde; vgl. Ilse SPITTMANN, *Der Besuch*, in: Deutschland Archiv 30 (1987), S. 785–788, hier 786.

6 Sogar die Meldungen der Ehrenformationen an den Gast wurden im „Neuen Deutschland“ im Wortlaut abgedruckt: „Die SED kostete alle Zeichen staatlicher Anerkennung aus“, Siegfried SUCKUT, *Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987. Wie die DDR-Bevölkerung darüber dachte. Erkenntnisse des MfS*, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 855–858, hier 857.

7 DUISBERG (wie Anm. 4), S. 17.

grundlegende rechtliche wie politische Auffassungsunterschiede bezüglich der deutschen Frage. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist daher zunächst die von offizieller Seite, also der Bundesregierung wie auch der SED-Führung, artikulierte Sichtweise des deutschlandpolitischen Großereignisses.⁸

2.1 Konträre offizielle Deutungsmuster: „Konzentration auf das Machbare“ versus „Normalisierung“

Der Honecker-Besuch war auch und vor allem geprägt vom Bemühen beider Seiten, ihre eigene Deutung des Ereignisses zu vermitteln. Ging es im Vorfeld der Reise darum, den deutschlandpolitischen Erwartungshorizont zu markieren, so bemühten sich beide Seiten während des Besuchs darum, den „richtigen Ton“⁹ zwischen Abgrenzung und Kooperation zu treffen, um schließlich die je eigene Erfolgsbilanz zu präsentieren.

Kennzeichnend ist zunächst das aktive Erwartungsmanagement seitens der Bundesregierung im Vorfeld des Honecker-Besuchs, wozu bereits die Pressekonferenz des Kanzleramtsministers vom 15. Juli 1987 genutzt wurde. Unter Verweis auf die „vielfältigen Empfindungen“ erklärte Schäuble, es müsse „sehr behutsam“ mit diesem Ereignis umgegangen werden.¹⁰ Diese Äußerung war nicht zuletzt an Kritiker in den Reihen der CDU/CSU gerichtet, warf der Besuch doch komplizierte statusrechtliche Fragen auf. Daher unterstrich die Bundesregierung, es handele sich um einen „offiziellen Besuch“, der den Sondercharakter der innerdeutschen Beziehungen unberührt lasse; die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, werde an allen Gesprächen beteiligt sein.¹¹ Der Zeitpunkt für eine Begegnung erscheine jetzt besonders geeignet, da es in jüngster Zeit erkennbare Fortschritte im innerdeutschen Verhältnis gegeben habe, vor allem im Bereich des Reiseverkehrs. Die – in den Folgemonaten wiederholt erneuerte – Hauptbotschaft Schäubles aber lautete, der bevorstehende Besuch dürfe „nicht mit Erwartungen überfrachtet“ werden.

8 Grundlegend vgl. KORTE (wie Anm. 3), S. 324–375.

9 Vgl. z.B. Martin E. SÜSKIND, „Auftritte voll versteckter Dramatik. Das deutsch-deutsche Gespräch wird bei allen Gegensätzen vom Bemühen beider Seiten geprägt, den richtigen Ton zu treffen“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.9.1987.

10 Vgl. u. a. Helmut LÖLHÖFFEL und Karl-Heinz BAUM, „Behutsam heißt das Schlüsselwort der Reiseveranstalter. Honeckers Besuch in der Bundesrepublik wurde sorgfältig eingefädelt. DDR-Bürger hoffen auf Erleichterungen“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 17.7.1987

11 Vgl. die Erklärung des Chefs des Bundeskanzleramts, Dr. Wolfgang Schäuble, vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 16.7.1987, in Auszügen abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation zum Arbeitsbesuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987*, Bonn 1988, S. 11–12, hier 11.

Konkret in Aussicht stehe die Unterzeichnung von drei bilateralen Abkommen, nämlich ein Umweltabkommen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung zur Kerntechnik.¹²

Noch weitaus zurückhaltender fielen öffentliche Äußerungen DDR-Offizieller im Vorfeld des Honecker-Besuchs aus. Einzig DDR-Außenminister Oskar Fischer äußerte sich gegenüber ADN und formulierte die Erwartung, eine „weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wäre ein wesentlicher Beitrag zu einem verstärkten friedensdienlichen Miteinander in Europa“.¹³ Eher skeptisch fiel allerdings die intern vom Ministerium für Staatssicherheit formulierte Einschätzung des Honecker-Besuchs aus.¹⁴ Schon vor Antritt der Reise hielten die MfS-Berichte zwar die offizielle Lesart fest, indem sie den Empfang Honeckers mit allen protokollarischen Ehren und die hiermit gezeigte Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten hervorhoben. Auffallend ist andererseits aber der wiederholte Verweis auf Vorbehalte der „progressiven Kräfte“ gegen die bevorstehende Reise. Gemeint sind SED-Mitglieder sowie Angehörige des MfS, die den Besuch aus politisch-strategischen Gründen für verfrüht hielten. So bestand beispielsweise die Befürchtung, es werde der westlichen These von der Einheit Deutschlands propagandistisch Vorschub geleistet. Bedenken wurden zudem, wie im Folgenden noch zu erläutern sein wird, bezüglich der zu erwartenden Resonanz in der DDR-Bevölkerung formuliert.

Auch in der Bundesrepublik waren noch im unmittelbaren Vorfeld des Besuchs kritische Stimmen zu vernehmen. Bundesminister Norbert Blüm betonte unter Verweis auf die Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes in einem Interview vom 7. September 1987, die Bundesrepublik habe „die Stellvertreter-Pflicht, dieses Unrecht offen anzusprechen“. Der Honecker-Besuch dürfe nicht „die Abnormalität der Trennung vergessen machen“, vielmehr sei der „vielbenutzte Begriff der Normalisierung ... so lange unangebracht, solange die Mauer existiert“.¹⁵ Dass ein Regierungsmitglied dies annahmte, sollte nicht zuletzt ein Signal der Standfestigkeit an die eigene Partei und Anhängerschaft senden.¹⁶

12 Vgl. „Bundesregierung: Den Besuch Honeckers nicht mit Erwartungen überfrachten“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.7.1987.

13 Albrecht HINZE, „DDR hofft auf bessere Wirtschaftskontakte“, EBD. vom 5.9.1987; Fischer bezog sich in diesem Zusammenhang auch auf die von Kohl und Honecker am 12.3.1985 in Moskau abgegebene Gemeinsame Erklärung, mit der die DDR seither ihren Anerkennungsanspruch untermauerte; weiterführend vgl. KORTE (wie Anm. 3), S. 348.

14 Laut Verteiler wurden diese Berichte Honecker vermutlich nicht persönlich vorgelegt; vgl. SUCKUT (wie Anm. 6) mit einer Zusammenfassung der Berichtstätigkeit des MfS.

15 Interview mit Norbert Blüm, in: „Die Welt“ vom 7.9.1987.

16 Blüm selbst war unter Druck geraten, weil er Menschenrechtsverletzungen des Pinochet-Regimes auf seiner Chile-Reise angeprangert hatte und so auch zum SED-Unrecht Stellung nehmen musste.

Der Besuch selbst war geprägt vom Bemühen beider Seiten, guten Willen zu demonstrieren.¹⁷ Der Bundeskanzler erklärte schon bei der ersten Unterredung mit Honecker, es bestehe Einigkeit, „dass Fragen, die zur Zeit nicht lösbar sind, nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, dass wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen“.¹⁸ Für die Bundesregierung stünden die Bemühungen um mehr menschliche Kontakte im Vordergrund. Von Beginn an versäumte es Kohl aber nicht zu betonen, dass die Bundesregierung an der Einheit der Nation, mithin den gegensätzlichen Auffassungen zu Grundsatzfragen festhalte. Auch Honecker signalisierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit, hob dabei aber die Normalität der Beziehungen hervor. So bekräftigte er beim Empfang durch den Bundespräsidenten die Position der DDR: „Dauerhafte gute Nachbarschaft verlangt, die Realitäten zu akzeptieren ... Friedliche Koexistenz muss überall zur Normalität in den zwischenstaatlichen Beziehungen werden.“¹⁹ Insgesamt rückte die DDR-Seite den Besuch primär in den Kontext der Friedens- und Abrüstungspolitik.²⁰

Offen zutage trat der fundamentale Dissens in der deutschen Frage beim Empfang in der Godesberger Redoute. Bundeskanzler Kohl nutzte seine Tischrede, um noch einmal klarzustellen: „Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition ... Wir achten die bestehenden Grenzen, doch die Teilung wollen wir überwinden auf dem Weg friedlicher Verständigung und in Freiheit. Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.“²¹ Auf den Schießbefehl ging Kohl ein mit den Worten: „Wir wollen Frieden in Deutschland und dazu gehört auch, dass an der Grenze Waffen auf Dauer zum Schweigen gebracht werden... Die Menschen in Deutschland... leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt.“²² Honecker entgegnete in seiner Replik, die wiederum auf die entspan-

17 Vgl. „Kohl und Honecker zeigen gleich am ersten Besuchstag viel guten Willen vor“, in: FAZ vom 8.9.1987.

18 Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Eröffnung der Gespräche mit Generalsekretär Honecker bei der ersten Delegationssitzung am 7.9.1987, abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 17–20, hier 18.

19 Zit. nach „Kohl und Honecker zeigen gleich am ersten Besuchstag viel guten Willen vor“, in: FAZ vom 8.9.1987.

20 Siehe dazu auch das am 28.8.1987 veröffentlichte und in der Bundesrepublik höchst umstrittene SED-SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“; vgl. Rolf REISSIG, *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt/M. 2002.

21 Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Erich Honecker am 7.9.1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg, abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 26–31, hier 27.

22 EBD. S. 29.

nungspolitische Bedeutung der Begegnung abhob, die DDR wolle Kooperation anstelle von Konfrontation. Die Entwicklung der Beziehungen sei aber „von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet. Und sie bedeuten, dass Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig mischen könnten wie Feuer und Wasser.“²³

Hatten die beiden Reden ganz erhebliche Gegensätze hervortreten lassen, so war im Gemeinsamen Kommuniké hiervon nur zwischen den Zeilen zu lesen. Als klassisches „Kompromisspapier“²⁴ hielt es lediglich Ergebnisse und Einordnung des Besuchs mit den in detail vereinbarten Sprachregelungen fest. Unterschiedlich handhabten beide Seiten wiederum die Vermittlung der Besuchsbilanz. Bundeskanzler Kohl verzichtete – aus innenpolitischen Motiven²⁵ – auf eine Regierungserklärung und zog stattdessen im Rahmen der Haushaltsdebatte eine erste positive Bilanz des Honecker-Besuchs. Neben den erreichten praktischen Fortschritten betonte er, das Bewusstsein für die Einheit der Nation sei hierdurch geschärft worden.²⁶ Im Rahmen seines Berichts zur Lage der Nation vom Oktober 1987 würdigte er diesen noch einmal ausführlicher und ordnete das Ereignis in die Deutschlandpolitik seiner Regierung ein.²⁷ Kanzleramtsminister Schäuble bekräftigte in einem Interview, eine Beseitigung der Teilung sei realistischlicherweise nicht erwartbar gewesen, aber im Rahmen des Möglichen „sind wir am oberen Rand der Erwartungen angekommen“.²⁸

Die SED-Führung wertete den Honecker-Besuch ihrerseits als bedeutenden politischen Erfolg. Dementsprechend fiel auch der Tenor der am 16. September 1987 im „Neuen Deutschland“ verkündeten Erfolgsbilanz aus. Unter der Überschrift „Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus“ wurde der Honecker-Besuch als Ereignis von „herausragendem internationalen Ge-

23 Erwiderung des Generalsekretärs des Zentralkomitees und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, abgedruckt in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 32–35, hier S. 32.

24 Karl Wilhelm FRICKE, *Der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Europa-Archiv 23 (1987), S. 683–690, hier 688.

25 Ausschlaggebend waren Divergenzen mit der Schwesterpartei CSU bezüglich der vom Bundeskanzler überraschend angekündigten Pershing I-Abrüstung; die Opposition im Bundestag, so die Befürchtung, könnte eine Regierungserklärung dazu nutzen, einen Initiativantrag zur Pershing-Entscheidung im Bundestag einzubringen; vgl. „Weisheit am Werk“, in: „Der Spiegel“, Nr. 37 vom 7.9.1987 sowie „Kohl verzichtet auf Regierungserklärung“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.9.1987.

26 Vgl. Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 10.9.1987 im Rahmen der Aussprache über den Bundeshaushalt 1988, in Auszügen abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 88–93.

27 Vgl. „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Erklärung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag vom 15. Oktober 1987, in: *Bulletin*, Nr. 106 vom 16.10.1987, S. 909–916.

28 „Schäuble: Berlin wird an allen Schritten teilhaben“, in: „Die Welt“ vom 10.9.1987.

wicht“ gewürdigt.²⁹ Weite Passagen des Artikels widmeten sich der friedenspolitischen Relevanz der Visite vor dem Hintergrund der laufenden Abrüstungsbemühungen. Der Beitrag beider Staaten zu Frieden, Abrüstung und Entspannung – im Sinne einer „Verantwortungsgemeinschaft und Sicherheitspartnerschaft“ – wurde denn auch als „hervorstechendstes Ergebnis“ gewertet. Zugleich wurde die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissen als „unumstößliche Tatsache“ explizit betont. Der Aspekt der „Einheit der Nation“ hingegen fand keine Erwähnung, jedoch wurde klar gestellt: „... dass jegliches internationales Gerede über eine Vereinigung beider deutscher Staaten nur destabilisierend wirken kann und schädlich für das europäische Gleichgewicht ist“. Friedenssicherung sei die „Kernfrage“ im Verhältnis der beiden deutschen Staaten, „Träumereien an Kaminen“ fehl am Platze.

Nur am Rande und im Verlautbarungsstil wurden die konkret getroffenen Vereinbarungen erwähnt. Der Besuch habe gezeigt, dass die DDR zu Dialog und sachlicher Zusammenarbeit bereit sei, doch wird betont: „Dauerhaft gute Nachbarschaft erfordert die Respektierung der Realitäten.“ Während des „offiziellen Besuchs des Staatsoberhauptes der Deutschen Demokratischen Republik“ sei deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass man sich „wie zwischen souveränen Staaten üblich, entsprechend dem Völkerrecht, auf der Basis gegenseitiger Achtung respektieren (müsse)“. In diesem Kontext wird nicht versäumt hervorzuheben: „Die Hymne sowie das dazugehörige Zeremoniell haben das deutlich unterstrichen. Ohne Zweifel ist diese Erkenntnis während des Besuchs bei nicht wenigen Bürgern der BRD vertieft worden. Auch international fand dies gebührend Beachtung. Und das ist gut so.“

Dass es der SED-Führung vor allem darum ging, ihre Statuspositionen³⁰ durchzusetzen, lässt sich durch interne Dokumente erhärten. So hieß es im offiziellen Bericht an das Politbüro³¹: „Das Stattfinden des Besuches und die durchgesetzte politische und protokollarische Behandlung des Genossen Erich Honecker als Staatsoberhaupt eines souveränen Staates dokumentierten vor aller Welt Unabhängigkeit und Gleichberechtigung beider deutscher Staaten,

29 „Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus“, in: „Neues Deutschland“ vom 16.9.1987, abgedruckt in: Hans-Hermann HERTLE u.a., *Der Staatsbesuch. Honecker in Bonn: Dokumente zur deutsch-deutschen Konstellation des Jahres 1987*, Berlin 1991, S. CXXV-CXXVII.

30 Verwiesen sei hier auf die Geraer Forderungen: Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Grenzkorrekturen an der Elbe, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften sowie die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter; beim Honecker-Besuch ging es v.a. um den Grenzverlauf, doch besaß die Staatsbürgerschaftsfrage mit Blick auf den Herrschaftsanspruch der SED zentrale Bedeutung; vgl. HERTLE (wie Anm. 29), S. 17, 38.

31 „Bericht über den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, in der BRD vom 7. bis 11.9.1987. Vertrauliche Verschlussache“; zit. nach HERTLE (wie Anm. 29), S. XCIII.

unterstrichen ihre Souveränität und den völkerrechtlichen Charakter ihrer Beziehungen.“ Geradezu triumphierend wurde festgestellt, damit sei „allen revanchistischen und ‚innerdeutschen‘ Bestrebungen ein schwerer Schlag versetzt“ worden. „Das konnten auch Äußerungen von Kohl und anderen über ‚Rechtspositionen‘ und zur ‚Einheit der Nation‘ nicht ändern. Es ist bedeutungsvoll, dass gerade eine CDU/CSU-geführte Regierung gezwungen war, dem Besuch und seinem Ablauf in dieser Form zuzustimmen.“

2.2 Veröffentlichte Meinung: Menschliche Erleichterungen zum Preis der Aufwertung der DDR

Wie stellte sich das Stimmungsbild in der deutschen Öffentlichkeit bei Bekanntgabe des Besuchs, mitten im Sommerloch, dar? Und welche Schwerpunkte setzte die Berichterstattung zum Ereignis selbst? Zunächst einmal fällt auf: Während die Besuchsankündigung in der Bundesrepublik von der Bundesregierung ausführlich erläutert und von den Medien breit kommentiert wurde, ist diese in DDR von der Nachrichtenagentur ADN lediglich knapp verkündet worden. Fernsehen und Presse enthielten sich einer Kommentierung.³²

Neben der Vorgeschichte des nun für Anfang September 1987 angekündigten Honecker-Besuchs widmete die Presseberichterstattung in der Bundesrepublik vor allem den protokollarischen Einzelheiten – etwa dem Abspielen der Hymnen und den militärischen Ehrenformationen – der Visite breiten Raum.³³ Die Aufwertung des Protokolls gegenüber dem 1984 geplanten Besuch, der den SED- und Staatsratsvorsitzenden nicht in die Bundeshauptstadt Bonn, sondern ins rheinland-pfälzische Bad Kreuznach hatte führen sollen, wurde allgemein bereits als Erfolg Honeckers verbucht.³⁴ Vermerkt wurde in der bundesdeutschen Presse anlässlich der Besuchsankündigung auch die überwiegend positive Resonanz in der deutschen Parteienlandschaft.³⁵ Einstmals gravierende statusrechtliche Bedenken wie die bezüglich eines kaum vermeidbaren Gegenbesuchs des Kanzlers in Berlin-Ost schienen ausgeräumt.³⁶ Al-

32 Vgl. Albert HINZE, „Nach der Ankündigung schweigt Ostberlin. Vorerst kein Kommentar zur politischen Bedeutung der Reise Honeckers“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.7.1987.

33 Vgl. u.a. „Honecker kommt im September nach Bonn. Arbeitsbesuch – kein Staatsbesuch“, in: FAZ vom 16.7.1987 sowie „Honecker wird wie ein Staatsoberhaupt empfangen“, EBD. vom 17.7.1987.

34 Vgl. z.B. Peter Jochen WINTERS, „Mit vollem Zeremoniell“, EBD. vom 17.7.1987.

35 Skeptischere Reaktionen, v.a. bezüglich möglicher Neutralisierungstendenzen in Deutschland, waren demgegenüber im europäischen Ausland zu vernehmen, vgl. die in der FAZ im Zeitraum vom 7. bis 14.9.1987 abgedruckten Pressestimmen.

36 Demnach hatte man sich auf einen Formelkompromiss verständigt, wonach Honecker den Bundeskanzler nicht in „die Hauptstadt der DDR“, sondern zu einem zeitlich nicht näher bestimmten „Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik“ einladen werde; vgl.

lerdings wurden auch nur begrenzte Erwartungen in den Besuch gesetzt: „Nur Illusionisten rechnen mit dem großen Durchbruch.“³⁷

Anders als in der Bundesrepublik berichteten die DDR-Medien laut „Süddeutscher Zeitung“ über den bevorstehenden Besuch bis zuletzt nur selektiv und zumeist indirekt: „Im Wesentlichen zitierten sie, und dies stark gesiebt, westdeutsche und andere Politiker mit allgemeinen und recht ungenauen Auffassungen, wo und soweit sie mit der DDR-Politik übereinstimmten ... Der mit all dem vermittelte Tenor war: Der Besuch Honeckers könne ein Beitrag zur Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und damit zur Entspannung und zur Friedenssicherung in Europa und der ganzen Welt sein. Über die Erwartungen jedoch, über die privat in der DDR viel häufiger gesprochen wird, stand nichts zu lesen, war nichts zu hören: die beschränkten Reisemöglichkeiten, die persönlichen Menschenrechte, die Kontaktverbote, den ‚Schießbefehl‘.“³⁸

Der im In- wie Ausland als historisches Ereignis eingestufte Besuch wurde schließlich von einem großen Medienaufgebot begleitet und von einem Millionenpublikum in Ost wie West verfolgt.³⁹ Aufmerksam wurde in der bundesdeutschen Presse auch verfolgt, wie die DDR-Medien über den Honecker-Besuch berichteten. Die Berichterstattung über die Berichterstattung hatte einen eigenen Nachrichtenwert.⁴⁰ Hiermit wurden jedoch durchaus ambivalente Einschätzungen verbunden: Einerseits ließ sich argumentieren, dass die ausführlichen Berichte – insbesondere aber Abdruck und Live-Sendung der Tischreden in voller Länge – der Bundesregierung erst die Möglichkeit eröffneten, ihren deutschlandpolitischen Standpunkt auch der DDR-Bevölkerung zu vermitteln: „Überall in der DDR steht nun zu lesen vom Recht auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk, von Einheit und Freiheit Deutschlands und von der Verwerflichkeit der Gewaltanwendung gegen Wehrlose, zumal an den Grenzen der DDR; davon, dass ‚Waffen auf Dauer zum Schweigen gebracht‘ werden müssen.“⁴¹ Andererseits bestand die Befürchtung, dass das in alle

Eghard MÖRBITZ, „Besuch Honeckers einhellig begrüßt. Kanzleramt mahnt zur Behutsamkeit“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 17.7.1987.

37 Roderich Reifenrath, „Der Besuch“, EBD. vom 7.9.1987.

38 HINZE (wie Anm. 13).

39 Laut „Süddeutsche Zeitung“ waren fast 2.600 Medienvertreter aus 34 Ländern beim internationalen Pressezentrum, wo Bundespresseamt und DDR-Außenministerium regelmäßig über den Besuchsverlauf informierten, registriert; vgl. „Honecker trifft zum ‚Arbeitsbesuch‘ ein“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1987.

40 Vereinzelt wurden auch die Standards der Berichterstattung kritisch hinterfragt; so kritisierte die FAZ die Berichterstattung von ARD und ZDF, die die Lebensverhältnisse in der DDR und der Bundesrepublik unterhaltsam gezeigt, jedoch in der Vergleichsperspektive unzulässig gleichgesetzt hätten; vgl. Konrad ADAM, „Die Kamera sieht nur die Oberfläche der Dinge“, in: FAZ vom 11.9.1987.

41 Ernst-Otto MAETZKE, „Ein einziges Mal zur Sache geredet“, EBD. vom 12./13.9.1987.

Wohnzimmer übertragene staatspolitische Gepränge eine Eigendynamik der Anerkennung der Zweistaatlichkeit entfalten würde. „Für die Fernsehteams der DDR ist dies der wichtigste Augenblick seit langem. Sie haben die Bildokumentation dafür mit nach Hause zu bringen, dass die DDR in Bonn als gleichwertiger Staat anerkannt ist und behandelt wird. Sie haben ihre Bilder im Kasten ...“⁴²

Aufmerksam registrierten die Medien auch die allgemeine Atmosphäre, die zunächst als eher verkrampft und betont distanziert beschrieben wurde.⁴³ Stärker noch als für die Gemütslage des Kanzlers, dem das Abschreiten der Ehrenformation zur Begrüßung Honeckers sichtlich nicht behagte, interessierten sich die Medien für den Gast aus der DDR. Spätestens in seiner saarländischen Heimat habe dieser menschliche Regungen erkennen lassen. Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ spekulierte über Honeckers Empfindungen, war sich bezüglich seiner Motive aber sicher: „Der Erste Mann der DDR ist gekommen, um den Ertrag seiner Abgrenzungspolitik zu ernten.“⁴⁴ Als atmosphärisch besonders entspannt wurde schließlich der Abschluss des Honecker-Besuchs in München beschrieben, obgleich auch Ministerpräsident Strauß einige deutliche Worte zu Mauer und Schießbefehl fand.⁴⁵

Ablauf und Zeremoniell des Besuchs wurden erwartungsgemäß genauestens beobachtet und kommentiert. Aufgrund der protokollarischen Ehren, die Honecker von der Bundesrepublik erwiesen wurden, entlarvte Hans Heigert die Bezeichnung als Arbeitsbesuch in der „Süddeutschen Zeitung“ als „absichtsvolle Untertreibung“⁴⁶. Karl Feldmeyer schilderte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wortgewaltig die Dramaturgie des Besuchsprotokolls und sah hierin „Honeckers Triumph“ Gestalt annehmen.⁴⁷ Noch schärfer geißelte „Die Welt“ den Besuch als „medialpolitisches Fest“.⁴⁸ Der hiermit vollzogene „symbolische Akt“ markierte Günter Zehm zufolge den „Übergang von der Realpolitik zur Medialpolitik“. Die DDR könne die weltweit sichtbare Anerkennung gewissermaßen als „medialen Bonus“ unwiderruflich für sich einstreichen, wohingegen die Bundesrepublik und mit ihr die DDR-Bevölkerung lediglich darauf hoffen dürften, dass Zusagen und Vereinbarungen seitens der DDR verlässlich umgesetzt würden.

42 Karl FELDMEYER, „Und dann erklingen zur Begrüßung die beiden wortlosen Lieder von Deutschland“, in: FAZ vom 8.9.1987.

43 Helmut LOLHÖFFEL, „Innerlich bewegt, aber auf Distanz bedacht“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 9.9.1987.

44 FELDMEYER (wie Anm. 42).

45 Vgl. Peter SCHMALZ, „Honecker – Ende einer Dienstreise“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

46 Hans HEIGERT, „Der Besuch an sich“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1987.

47 FELDMEYER (wie Anm. 42).

48 Günter ZEHM, „Medialpolitisches Fest“, in: „Die Welt“ vom 8.9.1987; ebenso die folgenden Zitate.

Damit ist das Problem von (Vor-)Leistung und Gegenleistung im innerdeutschen Verhältnis angesprochen, das anlässlich des Honecker-Besuchs abermals kritisch diskutiert wurde.⁴⁹ Dass Bundesrepublik und DDR gegensätzliche Interessen verfolgten, schien auf der Hand zu liegen. „Bonn nimmt die Aufwertung des anderen deutschen Staates in Kauf zugunsten der Erleichterung, Stabilisierung und Verbesserung der innerdeutschen Verhältnisse, auch Berlins“, hieß es in der „Süddeutschen Zeitung“.⁵⁰ Der DDR gehe es neben der gleichberechtigten Anerkennung nicht zuletzt um „harte Devisen und westliche Technologien“.⁵¹ Befürchtet wurde, dass der Bundesrepublik immer weitere finanzielle Zugeständnisse abverlangt würden: „Nun, da Bonn ihre Statuswünsche erfüllt hat, kann die DDR-Führung sich jedes weitere humanitäre Zugeständnis umso ungenierter bezahlen lassen.“⁵² Und dennoch: Solange menschliche Erleichterungen erreicht werden konnten, hielten viele Kommentatoren die Konzentration auf das Machbare für akzeptabel.

Zielsetzungen und Ergebnisse des Besuchs wurden im ‚Gemeinsamen Kommuniqué‘ festgehalten, über das auch ausführlich berichtet wurde. Schlüsselergebnis des Honecker-Besuchs war aber zweifellos die Tischrede des Kanzlers in der Godesberger Redoute, die aufgrund ihrer klaren Sprache in der bundesdeutschen Presse weithin auf positive Resonanz stieß: „Helmut Kohls Tischrede in der Godesberger Redoute hat vieles wieder zurechtgerückt“, hieß es lobend in der „Welt“.⁵³ Selbst „Der Spiegel“ konzidierte, Kohl habe „keine Reizvokabel“⁵⁴ ausgelassen, wenngleich dies hier als rhetorisches Ritual interpretiert wurde. Manfred Schell hingegen wertete die Rede als „Zeugnis der Überlegenheit“: „Diese Rede war die bedeutendste, die Kohl je gehalten hat; auch die internationale Resonanz zeigt es. Sie war nicht nur deshalb so bedeutend, weil Kohl Honecker vor Fernseh-Millionen auf die Anklagebank setzte, sondern weil er damit als freigewählter Kanzler die Überlegenheit des freiheitlichen Rechtsstaats gegenüber dem wirtschaftlich wie menschlich versagenden Zwangssystem ausdrückte.“⁵⁵ Allseits wurde registriert, dass Honecker auf die Vorhaltungen Kohls, ja sogar seine „rhetorischen und politischen Seitenhiebe“⁵⁶ nicht direkt eingegangen war. Lediglich an einer Stelle war er von seinem Redemanuskript abgewichen, indem er die bekannte Formel ge-

49 Vgl. z.B. Klaus DREHER, „Ein Besuch, der vieles offenlässt“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.9.1987.

50 HEIGERT (wie Anm. 46).

51 EBD.

52 „Feuer und Wasser“, in: „Der Spiegel“, Nr. 38 vom 14.9.1987.

53 Joachim NEANDER, „Honecker nahm es hin“, in: „Die Welt“ vom 9.9.1987.

54 Vgl. Anm. 52.

55 Manfred SCHELL, „Zeugnis der Überlegenheit“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

56 Eberhard NITSCHKE, „Einigkeit darüber, das Machbare zu realisieren“, EBD. vom 9.9.1987.

brauchte: „Kapitalismus und Sozialismus sind ebenso wenig vereinbar wie Feuer und Wasser.“

Besondere Beachtung⁵⁷ fand außerdem die Bemerkung Honeckers im Bürgerhaus von Neunkirchen am 10. September 1987: Unter den gegebenen Bedingungen seien die Grenzen nicht so, wie sie sein sollten, aber es werde „der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint“.⁵⁸ Diese Äußerung, die von DDR-offizieller Seite nicht weiter kommentiert wurde, stieß in der Bundesrepublik auf widersprüchliche Resonanz. Einerseits wurde sie als „versöhnlicher Schlusspunkt“ wahrgenommen, dessen politische Zielrichtung aber völlig offen sei.⁵⁹ Andererseits wurde der unzulängliche Vergleich mit der so genannten ‚Freundschaftsgrenze‘ als blanker Zynismus gewertet, da es sich hierbei keineswegs um eine offene Grenze handelte; vielmehr waren aufgrund des Kriegsrechts in Polen wieder strikte Reisbeschränkungen eingeführt worden.⁶⁰

Insgesamt, so der Tenor der Presseberichterstattung, hatte der Honecker-Besuch wenig Überraschendes, aber doch einige konkrete Fortschritte gebracht. Dabei war der Kampf um die Deutungsmacht nicht verborgen geblieben, so kommentierte „Der Spiegel“: „Allein die öffentliche Darstellung der jeweiligen PR-Manager erweckte den Eindruck, als seien die Gesprächspartner auf verschiedenen Veranstaltungen gewesen. Während DDR-Sprecher Wolfgang Meyer stets Frieden und Abrüstung in den Vordergrund rückte, hoben die Bonner aufs Innerdeutsche ab.“⁶¹ Einig waren sich die Beobachter schließlich darin, dass aus beider Perspektiven die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stand.

2.3 Der demoskopische Befund: Deutsche Frage im Aufmerksamkeitshoch

Aus Anlass des mit großem Zeremoniell begangenen Honecker-Besuchs ist viel über die Macht der Bilder oder die „Wirkung des Augenblicks“⁶² spekuliert worden. Wie die Bundesbürger selbst zu dem lange umstrittenen Besuch standen, lässt sich auf Grundlage von Umfragedaten zumindest partiell rekon-

57 Welche Aufregung diese Bemerkung auch unter DDR-Journalisten auslöste, ist anschaulich nachzulesen: „Augenblicke jenseits aller Pflichtübungen“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 12.9.1987.

58 Zit. nach Albrecht HINZE, „Honeckers Äußerungen zur Grenze überwiegend positiv bewertet“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 12./13.9.1987.

59 Vgl. „Was meint Honecker mit der ‚Grenze, die uns vereinen wird‘?“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

60 Vgl. hierzu SCHELL (wie Anm. 55) sowie HINZE (wie Anm 58).

61 Vgl. Anm. 52.

62 Vgl. Horst STEIN und Eberhard NITSCHKE, „Ein Arbeitsbesuch mit 16 Fahnen – Schwarz-Rot-Gold“, in: „Die Welt“ vom 8.9.1987.

struieren. Darüber hinaus gilt es zu erörtern, wie sich die Einstellungen zur deutschen Frage in den ausgehenden 1980er Jahren generell entwickelten. Nur so lässt sich das Meinungsbild in einen weiteren Kontext des Staats- und Nationalbewusstseins der Deutschen einordnen.

a) Das Meinungsbild zum Honecker-Besuch

Mehrere repräsentative Umfragen zu einem möglichen Besuch des SED-Generalsekretärs und DDR-Staatsratsvorsitzenden wurden von Infratest durchgeführt (im August/September 1982, 1983 sowie im August 1987).⁶³ Die Daten belegen einen Meinungswandel bezüglich des deutsch-deutschen Spitzentreffens in den 1980er Jahren, aber – wie die Meinungsforscher betonen – auch „durchgehend zwiespältige Gefühle“⁶⁴. Ausschlaggebend für das gewandelte Meinungsklima erscheint die innenpolitische Konstellation in der Bundesrepublik, denn erst nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde auch unter Unionsanhängern eine mehrheitliche Befürwortung des Honecker-Besuchs ermittelt, während die Anhängerschaft der SPD ihre zuvor schon positive Grundhaltung beibehielt.

Hatte 1982 nur jeder zweite einen eventuell bevorstehenden Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik begrüßt, so war der Anteil der Befürworter 1983 bereits auf 61 % gestiegen. Immer noch 16 % hielten einen solchen Besuch für verfrüht (1981: 20 %); 8 % lehnten ihn grundsätzlich ab (1982: 12 %). Auffallend ist, dass die Akzeptanz eines möglichen Honecker-Besuchs insbesondere unter den Unionsanhängern deutlich gestiegen war (1982: 38 %; 1983: 56 %). Die aus den Reihen der Unionsfraktion im Sommer 1984 artikulierte Ablehnung, so schlussfolgert Infratest, dürfte also nicht die Mehrheitsmeinung der eigenen Anhängerschaft widerspiegeln haben.⁶⁵ Jedenfalls verfestigte sich der Konsens in dieser deutschlandpolitischen Streitfrage in den folgenden Jahren weiter. So beurteilten im August 1987 schließlich Unions- wie auch SPD-Anhänger den bevorstehenden Honecker-Besuch nahezu übereinstimmend als „eher positiv“ (Union: 75 %; SPD: 74 %). Weniger als 10 % lehnten diesen grundsätzlich ab. Hierbei handelte es sich vorwiegend um ältere Befragte, die aufgrund tiefer liegender politischer Überzeugungen, oftmals gespeist aus persönlichen DDR-Erfahrungen, einen Besuch des SED-Chefs ablehnten.⁶⁶

63 Eine für die Bundesregierung aus Anlass des Honecker-Besuchs durchgeführte, vertrauliche Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach war der Verfasserin nicht zugänglich.

64 Richard HILMER/Anne KÖHLER, *Die Wende für Honecker. Daten zur Entwicklung des Meinungsbildes der Bundesbürger über den Honecker-Besuch seit 1982*, in: Deutschland Archiv 10 (1987), S. 1084–1091, hier 1084.

65 Vgl. EBD. S. 1085.

66 Vgl. EBD.

Gleichzeitig wuchs im Vorfeld des Honecker-Besuchs das Interesse an der DDR. Laut Infratest äußerte sich im August 1987 jeder Zweite (54 %) interessiert. Ein vergleichbares Interesse war zuletzt bei der Übersiedlerwelle von 1984 ermittelt worden. In „Normalzeiten“ interessierten sich für den anderen deutschen Staat vor allem die ohnehin politisch Interessierten und Höhergebildeten sowie Bundesbürger mit verwandtschaftlichen Kontakten in die DDR.⁶⁷ Jetzt aber war insbesondere in den unteren Bildungsschichten sowie unter jüngeren Personen ein gesteigertes Interesse auszumachen.

Tabelle 1: Belange, für die sich die Bundesregierung gegenüber Honecker besonders einsetzen sollte 1987 (offene Frage)

	in % Gesamt	Anhänger der CDU/CSU	Anhänger der SPD
• Erleichterung von Westreisen für DDR-Bürger	42	42	48
• Erleichterung von DDR-Reisen für Bundesbürger	31	34	31
• Freiheit/Menschenrechte in der DDR	24	28	22
• Verbesserung der Situation Berlins/Berliner Mauer	23	29	14
• Schießbefehl/Tote an der Grenze	14	17	13
• Wiedervereinigung	12	13	9
• Friedenssicherung	9	8	9
• Abrüstung	7	4	10
• Umweltschutz	5	5	5
• Reformen in der DDR à la Gorbatschow	2	4	1
• sonstiges	17	22	15
• weiß nicht	14	11	15

Datenbasis: Infratest⁶⁸

Was aber erwartete die Bevölkerung vom Honecker-Besuch? Anfang der 1980er Jahre hatte sich mit der Aussicht eines Besuchs v.a. die Erwartung konkreter Ergebnisse verbunden; besonders in den Reihen der Unionsanhänger wurden diese als Vorbedingung betrachtet. Auffallenderweise war diese Erwartungshaltung 1987 weit weniger ausgeprägt (21 %). Stattdessen betrachteten Dreiviertel der Bevölkerung schon das „Miteinander-Reden“ als Erfolg; so äußerten sich 82 % der SPD-Anhänger, aber auch 76 % der Unionsanhänger. Gleichwohl erfasste Infratest in einer offenen Befragung eine ganze Bandbreite von Erwartungen der Befragten an die Bundesregierung (vgl. Tabelle 1), die

67 Vgl. Manuela GLAAB, *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, Opladen 1999, S. 305–307.

68 Vgl. HILMER/KÖHLER (wie Anm. 64), S. 1090.

sich v.a. für ganz praktische Belange im Reiseverkehr einsetzen sollte. Im Bereich von Menschenrechtsverletzungen durch das DDR-Regime sowie grundsätzlicher deutschlandpolitischer Fragen wurden demgegenüber deutlich verhaltenere Erwartungen an die Bundesregierung gerichtet.

Insgesamt lassen die Daten somit eine eher pragmatische Erwartungshaltung erkennen. Infratest folgerte daraus, „dass Deutschlandpolitik für die Bundesbürger in erster Linie eine Politik für die Menschen in der DDR ist“.⁶⁹ Eben auf diesem Gebiet erhoffte man sich auch primär konkrete Verbesserungen infolge des Honecker-Besuchs. Gleichzeitig war gut jeder Zweite der Meinung, dass die DDR stärker von diesem Ereignis profitieren würde als die Bundesrepublik (Union: 60 %; SPD: 51 %), wohingegen nur 8 % letztere als Gewinnerin sahen.

Tabelle 2: Einschätzung von Honeckers Gründen, in die Bundesrepublik zu reisen 1987

Sehr wichtig für Honecker ist ...	gesamt %	Bewertung des Honecker-Besuchs		
		positiv %	negativ %	gleichgültig %
Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern.	87	88	92	85
Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern.	79	84	49	72
Einen Beitrag zur internationalen Entspannung und Friedenspolitik zu leisten.	70	76	37	52
Im Sinne Gorbatschows eine Öffnung gegenüber dem Westen einzuleiten.	58	63	42	45
Ein Zeichen zu setzen, dass sich auch die Lage für die Menschen in der DDR verbessern wird.	55	57	35	52
Sein persönliches Ansehen zu verbessern und von seinen inneren Schwierigkeiten abzulenken.	52	51	66	53

Datenbasis: Infratest⁷⁰

Belegen lässt sich auch ein hoher Bekanntheitsgrad Erich Honeckers. Infratest konstatierte 1987 zudem eine Imagekorrektur Honeckers, da er den Daten zufolge weniger als Parteimann (14 %), sondern primär als Staatschef

⁶⁹ EBD. S. 1086f.

⁷⁰ EBD. S. 1090.

(72 %) wahrgenommen wurde.⁷¹ Allerdings genoss er nur begrenzte Sympathien („eher sympathisch“: 29 %; „eher unsympathisch“ 41 %) und wurde bezüglich seiner Vertrauenswürdigkeit wie auch Friedliebe recht widersprüchlich eingeschätzt. Als durchaus realistisch erwies sich die Grundeinschätzung der Besuchsmotive (vgl. Tabelle 2): An erster Stelle wurden wirtschaftliche Interessen (87 %) genannt, was insbesondere diejenigen vermuteten, die dem Honecker-Besuch ablehnend gegenüberstanden. Deutlich skeptischer war man bezüglich seiner Absicht, die Lage für die Menschen in der DDR verbessern zu wollen (55 %). Zugleich lassen die Daten auch eine gewisse entspannungspolitische Grundeinschätzung erkennen.

Hilmer und Köhler ziehen aus den präsentierten Daten das Fazit: „Die mit dem Besuch Honeckers praktisch – nicht formell – vollzogene Anerkennung des anderen deutschen Staates durch die Regierung Kohl erscheint vielen Bundesbürgern nur deshalb akzeptabel, weil sie damit die Hoffnung verbinden, dies könnte die Voraussetzung schaffen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR: Sie erwarten von der Normalisierung der Beziehungen auf der zwischenstaatlichen auch eine auf der zwischenmenschlichen Ebene“.⁷²

Exkurs: Wie sah demgegenüber die Stimmung in der DDR aus?

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass neben kursorischen Berichten der Westmedien über das Meinungsbild in der damaligen DDR⁷³ heute auch einige aufschlussreiche – gleichwohl mit quellenkritischer Vorsicht zu behandelnde – Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit „über Reaktionen der Bevölkerung“ auf den Honecker-Besuch vorliegen. Bereits Ende Juli, nach der Besuchsankündigung, sowie im September 1987, unmittelbar

71 Die Daten beziehen sich auf diejenigen Befragten, die angaben Honecker zu kennen und richtige Angaben machen konnten; vgl. EBD. S. 1091.

72 EBD. S. 1088.

73 Zum Honecker-Besuch selbst liegen keine Repräsentativerhebungen vor; zur Problematik repräsentativer Meinungsforschung in der DDR vgl. Gerhard HERDEGEN/Martin SCHULTZ, *Einstellungen zur deutschen Einheit*, in: Werner WEIDENFELD/Karl-Rudolf KORTE (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M. 1993, S. 252–269. Eine Sonderstellung nahmen die Erhebungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung sowie die im Auftrag der Bundesregierung von Infratest durchgeführten sog. „Stellvertreter-Befragungen“ ein; der unter methodischen Gesichtspunkten mit Vorsicht zu behandelnde Datenbestand ist dokumentiert in den Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, ohne jedoch die Resonanz auf den Honecker-Besuch abzubilden; vgl. Peter FÖRSTER, *Einstellungen junger Menschen in der DDR – Eine Dokumentation empirischer Untersuchungsergebnisse der Jugendforschung der DDR aus den Jahren 1966 bis 1989*, in: Deutscher Bundestag (wie Anm. 1), Bd. V.2, S. 1212–1380 sowie Anne KÖHLER, *Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage*, EBD. S. 1636–1675.

vor der anstehenden Besuchsreise, im Verlauf wie auch im Gefolge des Honecker-Besuchs dokumentierte es die im Osten beobachtete Lage.⁷⁴

In allen Bevölkerungskreisen, so berichtete das MfS am 30. Juli 1987, sei die Besuchsankündigung positiv aufgenommen worden, da dies die „Fortsetzung der Politik des Dialogs“ signalisiere. Erwartungen der DDR-Bevölkerung – mutmaßlich gefördert durch „Sendungen westlicher elektronischer Medien“ – richteten sich demnach vor allem auf verbesserte Reisemöglichkeiten, aber auch auf eine bessere Versorgung mit Konsumgütern durch den Ausbau des innerdeutschen Handels.⁷⁵ Auch hegten demzufolge diejenigen, die Ausreisearträge gestellt hatten, die Hoffnung auf baldige Bewilligung. Im Laufe des Besuchs schien sich aber Enttäuschung breitzumachen: „Für die einfachen Menschen komme nichts heraus“, stattdessen habe der Besuch lediglich „propagandistischen Wert“, so zitierte die Staatssicherheit Stimmen aus der Bevölkerung.

Das hier gezeichnete Bild lässt sich punktuell ergänzen durch Beobachtungen der Westmedien, die seinerzeit aus der DDR berichteten. So schilderte etwa die „Süddeutsche Zeitung“ das Stimmungsbild in der DDR unmittelbar vor dem Besuch: „Unter den Menschen in der DDR wurden all diese sicherheits- und friedenspolitischen, völkerrechtlichen und wirtschaftspolitischen Aspekte der Reise allerdings fast gar nicht diskutiert. Hier richten sich die Erwartungen vielmehr so gut wie ausschließlich auf weitere Reise-Erleichterungen.“⁷⁶ Zugleich sei den DDR-Bürgern wohl bewusst, dass die Gewährung weitergehender politischer Freiheitsrechte kaum als unmittelbares, sondern allenfalls langfristiges Ergebnis des Besuchs erwartet werden könnte. Anderen Blättern diene die vermutete Enttäuschung der DDR-Bürger als Argument, das Missverhältnis von Vorleistung und Gegenleistung zu kritisieren.

Inwieweit das Meinungsbild in der DDR-Bevölkerung damit zuverlässig erfasst wurde, bleibt angesichts fehlender repräsentativer Umfragedaten fraglich. Eindeutig spiegeln die Stasi-Berichte aber das Misstrauen der Oberen gegenüber der eigenen Bevölkerung wider. Unter SED-Mitgliedern und Funktionären wuchsen im Sommer 1987 laut MfS die Bedenken hinsichtlich der ‚ide-

74 Vgl. SUCKUT (wie Anm. 6) sowie einen Abdruck der im Folgenden zitierten Quellen: „Hinweise zu ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR“ im Zusammenhang mit dem angekündigten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik. Vorgelegt von der ZAIG des MfS am 30.7.1987“, in: Detlef NAKATH/Gerd-Rüdiger STEPHAN, *Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987*, Berlin 1995, S. 319–322 sowie „Zusammenfassende ‚Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung‘ auf den Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik. Vorgelegt von der ZAIG des MfS am 16.9.1987“ (in Auszügen), EBD.

75 Ersteres berichtete auch die bundesdeutsche Presse, vgl. „Die Bevölkerung in der DDR hofft vor allem auf Reiseerleichterungen“, in: FAZ vom 17.7.1987.

76 HINZE (wie Anm. 13).

ologischen Standfestigkeit' der DDR-Bürger. Es seien Zweifel geäußert worden, ob der „Bewusstseinsstand der DDR-Bevölkerung“ bereits hinreichend gefestigt sei, so dass intensivierete Westkontakte ohne „ideologische Einbrüche“ möglich wären. Aus den Berichten spricht aber auch eine gehörige Skepsis gegenüber dem von der SED-Führung eingeschlagenen Kurs. Nicht zuletzt die Übertragung der Tischrede Kohls wurde von vornherein kritisch gesehen. Da sich der Kanzler zum „Sprecher auch der DDR-Bevölkerung“⁷⁷ gemacht hatte, sah man die Befürchtungen dann auch bestätigt: Insbesondere unter Jugendlichen habe Kohls Rede „illusionäre Vorstellungen“ auch zur „sogenannten Wiedervereinigungsproblematik“ hervorgerufen. Schließlich berichtete das MfS von Verärgerung unter SED-Mitgliedern und Funktionären, dass Honecker auf die „Provokation“ durch die Tischrede nicht expliziter reagiert, sondern am vorbereiteten Redemanuskript festgehalten hatte.

b) Einstellungen zur deutschen Frage

Dass der Honecker-Besuch das – ansonsten eher verhaltene – Interesse der Bundesbürger an der DDR kurzfristig steigerte, erscheint angesichts des medialen Aufgebots nicht weiter verwunderlich. Aber wie ist dieses Ereignis einzuordnen in die längerfristige Einstellungsentwicklung zur deutschen Frage? Wie stand es um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen? Wurde der von der Bundesregierung betonte fundamentale Dissens zur Frage der Nation auch von der Bevölkerung wahrgenommen? Einige ausgewählte Befunde aus dem umfangreichen Datenbestand⁷⁸ sollen dazu Aufschluss liefern.⁷⁹ Im Folgenden konzentriert sich der Beitrag auf drei Aspekte: 1. die Haltung der Bundesbürger zur Wiedervereinigung, 2. das Bewusstsein von den „zwei Staaten einer Nation“, 3. die Einstellungen zur DDR.

1. Bekannt und dennoch notwendig zu erwähnen ist zunächst, dass die Wiedervereinigung von den Bundesbürgern stets befürwortet, aber kaum mehr für realisierbar gehalten wurde. Der Wunsch nach Wiedervereinigung wurde noch in den 1980er Jahren von der großen Mehrheit der Bundesbürger bestätigt. Das Zustimmungsniveau war zwar tendenziell rückläufig, bewegte sich aber seit den 1970er Jahren konstant um die 80 %. Abweichend von anderen Meinungsforschungsinstituten ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine deutlich zurückhaltendere Einstel-

77 SUKUTH (wie Anm. 6), S. 856.

78 Vgl. GLAAB (wie Anm. 67).

79 Besondere Erwähnung verdient aufgrund der zeitlichen Nähe zum Honecker-Besuch die von Infratest im Auftrag von „Die Welt“ im April/Mai 1987 durchgeführte Repräsentativerhebung; vgl. Infratest Kommunikationsforschung/„Die Welt“: *„Die Deutschen und ihr Vaterland“*, München/Bonn 1987.

lung zur Wiedervereinigung. Doch auch in dessen Erhebungen stimmten dieser im Durchschnitt knapp zwei Drittel (64 %) der Befragten zu.⁸⁰

Diese weitgehende Stabilität des Wiedervereinigungswunsches ist als erster Hinweis darauf zu werten, dass es sich hier um eine Grundüberzeugung der Bundesbürger handelte, die unbeschadet der langen Dauer der Teilung im Kern bewahrt blieb. So sprach sich auch die große Mehrheit für die Beibehaltung des grundgesetzlich verankerten Wiedervereinigungsgebots aus. Nur ein geringer, tendenziell allerdings steigender Prozentsatz der Bevölkerung lehnte die Wiedervereinigung grundsätzlich ab. Eine deutlich skeptischere Haltung als in der Gesamtbevölkerung wurde im Verlauf der 1980er Jahre zudem in der jungen Generation ermittelt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Wiedervereinigungswunsch der jungen Generation 1981 bis 1990 (Angaben in Prozent)

	1981 14–21 J.	1984 14–29 J.	1985 14–21 J.	1987 14–29 J.	1990 14–21 J.
Dafür	59	67	57	67	67
Dagegen	11	7	13	8	15
Gleichgültig	30	25	30	25	18
Keine Angaben	1	1	0	0	–

Datenbasis: Infratest⁸¹

Als unerträglicher Zustand, wie noch in der Adenauer-Ära, wurde die Teilung ohnehin nur noch von einer Minderheit empfunden. Weitestgehende Einigkeit bestand vielmehr darin, dass mit einer Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht zu rechnen war. Nur durchschnittlich sieben Prozent der in den 1980er Jahren Befragten glaubten überhaupt noch daran, dass es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen könnte.⁸² Deutschlandpolitische Themen fristeten lediglich ein Schattendasein auf der politischen Prioritätenskala der Bundesbürger – daran änderte bis auf Weiteres auch der Honecker-Besuch nichts.

2. Es ist hervorzuheben, dass sich in den Einstellungsdaten der Langzeitrend einer allmählichen Normalisierung des Sonderverhältnisses der „zwei Staaten, einer Nation“ abzeichnete. Vorweg ist zu betonen: Die Meinungsforschung ermittelte durchaus disparate Ergebnisse zur Frage nach der Einheit der Nation, was auch auf die Schwierigkeit verweist, einen solch komplexen

⁸⁰ Die Frageformulierung lautete: „Mal ganz allgemein gefragt: Sind Sie für oder gegen eine deutsche Wiedervereinigung?“, vgl. GLAAB (wie Anm. 67), S. 130.

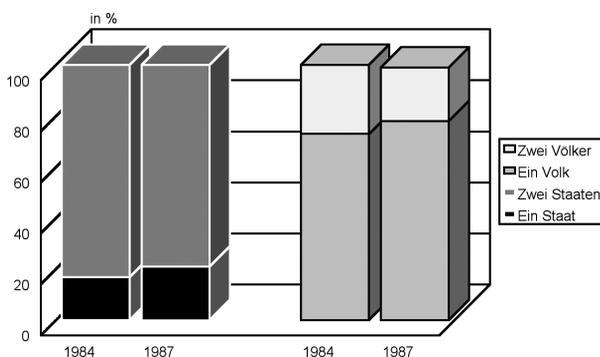
⁸¹ EBD. S. 134.

⁸² EBD. S. 138–145.

Sachverhalt demoskopisch abzufragen.⁸³ Brüche im Bewusstsein von der Einheit der Nation traten nach der Datenlage immer dann stärker hervor, wenn nach der Zusammengehörigkeit der beiden Staaten statt der Menschen gefragt wurde.

Markant ist der Befund von EMNID zu der Frage: „Würden Sie sagen, dass die DDR und die Bundesrepublik eine deutsche Nation darstellen, oder würden Sie sagen, dass beide Staaten nicht einer deutschen Nation angehören?“ Demnach hatte sich das Bewusstsein der Westdeutschen innerhalb eines Jahrzehnts grundlegend gewandelt. Während 1974 noch die große Mehrheit (70 %) an der Vorstellung von einer deutschen Nation festhielt, äußerten dies 1984 noch 42 %. Stattdessen bekannte sich mehr als die Hälfte der Befragten zu der Ansicht, dass die beiden deutschen Staaten keiner gemeinsamen Nation angehörten.

Wichtig ist dabei jedoch die Differenzierung zwischen den Staaten einerseits und den Menschen andererseits: Während nämlich die DDR zunehmend als eigenständiger Staat betrachtet wurde, hielt die Mehrheit an der Vorstellung von der Zusammengehörigkeit der Deutschen fest. Für die 1980er Jahre lässt sich dies anhand zweier Infratest-Erhebungen illustrieren: Die Wahrnehmung der Westdeutschen war bestimmt von der Existenz zweier Staaten (1984: 83 %; 1987: 79 %). Beinahe ebenso verbreitet war aber die Auffassung, dass die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR ein Volk bildeten (1984: 73 %; 1987: 78 %; vgl. Grafik 1⁸⁴;⁸⁵



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infratest

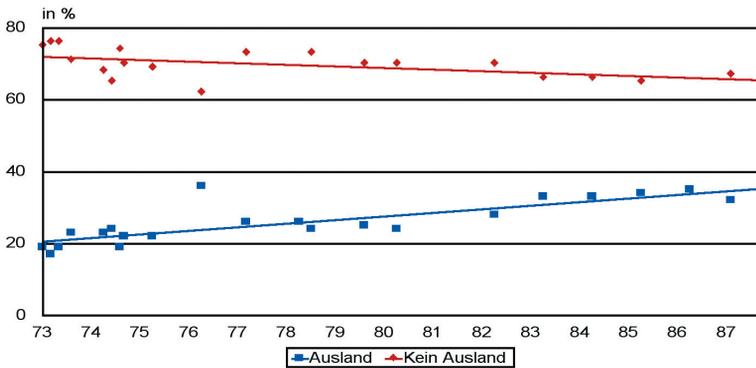
83 Zu den variierenden Frageinstrumenten vgl. EBD. S. 89f.

84 Quelle: EBD. S. 93.

85 Die Frageformulierung lautete: „Ich lese Ihnen jetzt einige Begriffe vor, die zum Teil etwas unscharf sind und unter denen nicht jeder das gleiche versteht. Dennoch möchte ich Sie bitten, mir zu sagen, was Sie darüber denken. Sind die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR für Sie ein Volk oder zwei Völker?“ „Und sind die Bundesrepublik und die DDR ein Staat oder zwei Staaten?“; zit. nach EBD. S. 90.

Gleichzeitig vertrat die große Mehrheit der Bundesbürger den Standpunkt, dass die DDR kein Ausland sei. Allerdings erwies sich diese Auffassung im Erhebungszeitraum von 1973 bis 1987 als deutlich rückläufig. So stieg der Anteil derjenigen, welche die DDR als Ausland betrachteten, auf etwa ein Drittel an. Zum Zeitpunkt des Honecker-Besuchs rückte das Sonderverhältnis von Bundesrepublik und DDR zumindest in Teilen, vor allem der jüngeren Bevölkerung bereits aus dem Bewusstsein (vgl. Grafik 2⁸⁶).⁸⁷

Wahrnehmung der DDR als Ausland



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infas und Infratest

Das aus den Daten ablesbare Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist – das soll hier nicht unerwähnt bleiben – jedoch vorsichtig einzuschätzen. So betrachtete mehr als die Hälfte der Bundesbürger (laut der schon zitierten Infratest-Erhebung vom April/Mai 1987) die Menschen im anderen Teil Deutschlands gleichermaßen als Deutsche, an deren Leben zwar Interesse, zu denen aber wenig persönliche Beziehungen bestanden. Es überwog somit ein eher diffuses Gefühl der Verbundenheit. Eng verbunden fühlten sich immer noch 40 % der Befragten. Nur eine Minderheit empfand Gleichgültigkeit (3 %) oder gar Fremdheit (4 %) gegenüber „Bürgern eines anderen Staates“. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass persönliche Kontakte nicht nur

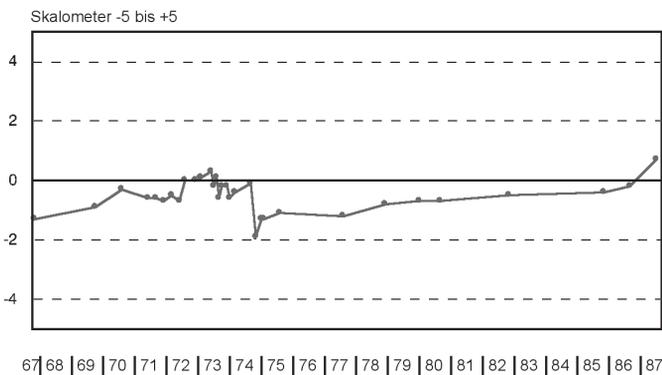
⁸⁶ Quelle: EBD. S. 339.

⁸⁷ Der Befund ließe sich ergänzen durch Umfragedaten aus den 1980er Jahren zur Frage des Selbstbestimmungsrechts und einer DDR-Staatsbürgerschaft, die eine ähnliche Tendenz belegen; vgl. EBD. S. 102–105.

das Interesse an deutschlandpolitischen Fragen und der Entwicklung in der DDR steigerten, sondern nachweislich auch zum Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen beitrugen. Die Relevanz der Begegnungen und Reismöglichkeiten, die seit Anfang der 1970er Jahre wieder ermöglicht und in den 1980er Jahren deutlich erweitert wurden, wird hierdurch unterstrichen.

3. In den 1980er Jahren war eine Tendenz zu Korrekturen am Negativbild von der DDR zu verzeichnen, die auch den Kernbereich der Systemmerkmale betraf. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Grundeinstellung der Bundesbürger gegenüber der DDR auch nach Aufnahme innerdeutscher Beziehungen von Abwehr und Distanzgefühlen geprägt war. Über eine Zeitspanne von zwei Jahrzehnten fragten die beiden Meinungsforschungsinstitute Infas und Infratest nach, wie sympathisch oder unsympathisch die DDR den Westdeutschen erschien. Den Befragten wurde jeweils ein 11-stufiges Skalometer vorgelegt, auf dem sie die DDR und seit 1977 auch verschiedene andere Staaten nach dem Grad ihrer Sympathie einstufen sollten. Der Wert -5 entspricht dabei der stärksten Abneigung, während der Wert +5 für die positivste Einschätzung steht. Die Entwicklung des Sympathiespiegels der DDR ist in Grafik 3⁸⁸ abgebildet.⁸⁹

Sympathiespiegel der DDR



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infas u. Infratest

⁸⁸ Quelle: EBD, S. 339.

⁸⁹ Auf Assoziationstests gestützte Indexberechnungen belegen darüber hinaus, dass die Negativposition der DDR auf der Sympathieskala primär auf die Bewertung ihres politischen Systems zurückzuführen ist; vgl. ausführlich EBD, S. 342–344.

Der Kurvenverlauf zeigt fast durchgängig eine negative Sympathiebilanz der DDR, umso mehr sticht der zuletzt ermittelte Sympathiewert hervor. Nach dem dramatischen Sympathieeinbruch vom September 1974, erinnert sei an die Guillaume-Affäre und den Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt, und der allmählichen Erholung im Laufe der 1980er Jahre, wurde im Herbst 1987 mit + 0,7 Punkten der höchste Sympathiewert seit Beginn der Erhebungen gemessen.

Die vorliegenden Daten liefern eine ganze Reihe von Anhaltspunkten dafür, dass Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen in den 1980er Jahren, aber auch die deutschlandpolitischen Impulse des Honecker-Besuchs, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ausstrahlten. Zwar wurden die Verhältnisse in der DDR nach wie vor als Kontrast zu den eigenen, als vorteilhaft eingestuften Lebensbedingungen empfunden.⁹⁰ Abgesehen von der ökonomischen Situation betraf dies auch und vor allem die persönlichen und politischen Freiheitsrechte. Es bestanden also weiterhin erhebliche Vorbehalte gegen das politische System der DDR – im Unterschied zu Land und Leuten. Dennoch lässt sich für die zweite Hälfte der 1980er Jahre klar die Tendenz zu Korrekturen am Negativbild des SED-Systems feststellen. Die Situation im Bereich der gesellschaftlichen Freiheiten und politischen Grundrechte erschien insgesamt in deutlich positiverem Licht. Eine Infratest-Umfrage vermag diesen Befund zu illustrieren. Unter direkter Bezugnahme auf den Freiheitsaspekt fragten die Meinungsforscher: „Haben Sie insgesamt den Eindruck, dass die DDR-Bürger heute freier leben als vor zehn Jahren, weniger frei, oder hat sich da ihrer Meinung nach nichts geändert?“ Die Mehrheit der Befragten ging demnach von Liberalisierungstendenzen in der DDR aus. Im April/Mai 1987 waren 51 % der Meinung, die Menschen in der DDR lebten heute „freier als vor zehn Jahren“. Mehr als ein Drittel glaubte, es habe sich „nichts geändert“. Nur 4 % stellten eine Verschlechterung fest. Nur angemerkt sei, dass der Kenntnisstand der Bundesbürger über die konkreten Verhältnisse in der DDR als eher begrenzt einzuschätzen ist, sofern sie nicht über persönliche Kontakte oder Reiseeindrücke verfügten.

3. Fazit: „Vorhang zu“ – Deutsche Frage offen

Die Umfragen von 1987 bilden als Momentaufnahmen die besondere Konstellation im Besuchsjahr ab – der Honecker-Besuch rückte die Deutschlandpolitik nicht nur in den Mittelpunkt des öffentlichen, sondern auch des demoskopischen Interesses. Gleichwohl treten in der Längsschnittperspektive deutliche Akzent-

⁹⁰ Nur in wenigen, vorwiegend sozialen Bereichen schnitt die DDR in den Augen der Bundesbürger besser ab, etwa im Bereich der Sportförderung oder der Kinder- und Jugendbetreuung; zu den Vergleichsprofilen der Jahre 1969, 1972 und 1987 vgl. EBD. S. 344–351.

verlagerungen in den Einstellungen zur deutschen Frage hervor. Das Sonderverhältnis der beiden deutschen Staaten verblasste in der Wahrnehmung der Bundesbürger, auch wenn sie das Wiedervereinigungsgebot weiterhin mehrheitlich befürworteten. Zur allgemein positiveren Einschätzung der DDR dürften die praktischen Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem der intensiverte Reise- und Besucherverkehr, wesentlich beigetragen haben. So wuchs im Verlauf der 1980er Jahren auch die Zufriedenheit mit der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, nach einer deutlichen Ernüchterung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und der ‚neuen Eiszeit‘ zu Beginn des Jahrzehnts. Als weiterer Erklärungsfaktor ist mithin die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows unbedingt zu berücksichtigen. Nicht allein die DDR, auch andere sozialistische Staaten konnten in diesem Klima Sympathie- und Ansehensgewinne verbuchen.

Der Honecker-Besuch wurde von zeitgenössischen Beobachtern als Einschnitt interpretiert, da hierdurch eine neue Qualität im innerdeutschen Verhältnis erreicht worden sei. Einerseits fand das Zustimmung, da nur auf dem Wege der Kooperation mit der DDR weitere menschliche Erleichterungen zu erreichen waren. Andererseits wurde die Symbolwirkung des Besuchs kritisiert, also die Aufwertung des SED-System und der Eigenstaatlichkeit der DDR. Nachdem die Grundsatzpositionen zu Statusfragen von beiden Seiten unverändert aufrechterhalten wurden, könnte man auch sagen: Die deutsche Frage blieb nach dem Honecker-Besuch offen, doch ebenso blieb unklar, ob und wie sie dereinst gelöst werden könnte.⁹¹ Der Bundeskanzler selbst formulierte am Ende seiner Tischrede einen optimistisch gefärbten, aber doch unbestimmten Ausblick: „Niemand von uns weiß, was der beständige Wandel der Zeit und der Umstände uns und den nachfolgenden Generationen bringen wird. Aber eines ist sicher: Solchen Wandel wird es auch in Deutschland weiter geben.“

Aus heutiger Sicht steht fest: Die eigentliche Zäsur in den innerdeutschen Beziehungen stand erst noch bevor. So lässt sich der Honecker-Besuch denn auch als kurzfristiger Prestigeerfolg der DDR bewerten, der die prekäre innere wie äußere Lage der DDR nur vorübergehend verdecken konnte.⁹² Dass nur zwei Jahre später die ‚friedliche Revolution‘ den Prozess der deutschen Einigung einleiten sollte, lag im September 1987 noch außerhalb der Vorstellungswelt. Der Dramatiker Friedrich Dürrenmatt war jedenfalls nicht der Einzige, der mit seiner Bemerkung falsch lag, beim Honecker-Besuch habe man der ‚inszenierten Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung‘ beigewohnt.⁹³

91 Vgl. HERTLE u.a. (wie Anm. 29), S. 22.

92 Hermann WENTKER, *Äußerer Prestigegewinn und innere Zwänge. Zum Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik in den letzten Jahren der DDR*, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 999–1006.

93 Zit. nach REXIN (wie Anm. 2), S. 24.

Die Bildung der Allianz für Deutschland

Von Michael Richter

Deutschlandpolitik Helmut Kohls im Jahr 1989

Zur historischen Einordnung der Bildung der Allianz für Deutschland möchte ich einen Bogen vom Juni 1989 bis zum März 1990 schlagen, dem Zeitpunkt der Volkskammerwahl. Im Juni 1989 unterzeichneten die Bundesregierung und die sowjetische Führung eine gemeinsame Erklärung, bei der das Bundeskanzleramt die Sowjetunion bewegen konnte, das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einschließlich der Deutschen und das Recht der freien Wahl des politischen und sozialen Systems als unumstößliche Prinzipien ihrer Politik anzuerkennen. Damit, so der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher, hatte man „zum ersten Mal die Frage der Offenheit für die deutsche Einheit in ein gemeinsames Dokument hineinbekommen“.¹ Von nun an war es das Ziel der Bundesregierung, auf der Grundlage der Anerkennung der Staatlichkeit der DDR dort eine Entwicklung zu unterstützen, an deren Ende die freie Entscheidung der DDR-Bewohner stand, ob sie mit der Bundesrepublik zusammen oder in einem eigenen Staat leben wollten. Nicht allein in Bonn, auch in der SED-Führung erkannte man, dass die Erklärung, so eine Formulierung des MfS, Schlussfolgerungen erlaubte, die „durchaus auch revanchistischen, also imperialistischen Zielrichtungen entsprechen“ könnten.² Honecker sah wegen der darin enthaltenden Möglichkeit eines Weges zur deutschen Einheit in der Erklärung ein Abgehen Moskaus von der traditionellen Politik deutscher Zweistaatlichkeit und wertete sie intern entsprechend als Verrat.³

Von nun an war es vor allem Helmut Kohl, der die Optionen der Erklärung offensiv im Sinne deutscher Interessen nutzte. Sein Handeln war fortan direkt auf eine Überwindung der Teilung ausgerichtet.⁴ Grundlage dafür war die

1 Zit. bei Alexander VON PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002, S. 45.

2 Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Potsdam vom 16.6.1989; *Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes zum Besuch des Gen. Gorbatschow in der BRD*, in: *Dokumentation zum Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR in 6 Teilen (I–VI)*. 1. November 1989 – 31. Oktober 1990, Teil 6: *Ausgewählte Stasi-Dokumente und rechtliche Bestimmungen*, Bearb.: Peter EISENFELD, hg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn/Berlin 1990, S. 77f.

3 Vgl. Jens KAISER, *Zwischen angestrebter Eigenständigkeit und traditioneller Unterordnung. Zur Ambivalenz des Verhältnisses von sowjetischer und DDR-Außenpolitik in den achtziger Jahren*, in: *Deutschland Archiv* 24 (1991) S. 478–495, hier 490.

4 Vgl. Hans KLEIN, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin 1991, S. 13.

Rechtslage, wie sie das Bundesverfassungsgericht zuletzt im Urteil zum Grundlagenvertrag 1973 bestimmt hatte. Danach musste die Bundesregierung aus staatsrechtlichen Gründen an der Wiedervereinigung festhalten. Die Teile Deutschlands, die in der DDR organisiert waren, konnten einen Beitritt nur in der Form äußern, „die ihre Verfassung zulässt“. Die Voraussetzung für die Realisierung eines Beitritts konnte demnach nur ein staatsrechtlicher Vorgang in der DDR sein, „der einem rechtlichen Einfluss durch die Bundesrepublik nicht zugänglich“ war.⁵ Nachdem sich die Deutschen in der Bundesrepublik bereits seit deren Gründung mehrheitlich für die Wiedervereinigung ausgesprochen hatten, lag die Entscheidung nun bei den Deutschen in der DDR. Die Herstellung der staatlichen Einheit war aber auch aufgrund internationaler Verträge beider deutschen Staaten nur über eine Demokratisierung in der DDR möglich. Der Bundesrepublik konnte nur eine souveräne demokratische DDR beitreten, jede Art direkter staatlicher Intervention aus Bonn verbot sich. Von daher konnte die Bundesregierung seit der Anerkennung der DDR-Staatlichkeit auch nicht mehr mit Wiedervereinigungsplänen aufwarten, deren Fehlen ihr gelegentlich vorgeworfen wird.

In Moskau kannte man die Lage. Bei einem Gespräch im Juli 1989 erklärte Valentin Falin gegenüber Markus Wolf, die Bundesregierung betreibe Veränderungen im Hinblick auf die nationale Einheit mit langem Atem. Ein bundesdeutscher Politiker habe ihm gesagt, sie könnten die DDR innerhalb von zwei Wochen destabilisieren, wenn sie es wollten. So wie die Entwicklung verlaufe, sei sie aber aussichtsreicher.⁶

Nachdem der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende, Helmut Kohl, auf dem Bremer Parteitag im September 1989 Machtansprüche innerparteilicher Rivalen zurückgewiesen hatte, veranlasste er in der CDU eine Modifizierung der Deutschlandpolitik. Hinsichtlich einer Wiedervereinigung ging seine Regierung nun zu offensiveren Formen des Handelns über, während im Bereich der Politik der kleinen Schritte die Kooperation mit der SED zurückgeschraubt wurde.

Mit seinem klaren Bekenntnis zur Einheit der deutschen Nation stellte der Kanzler auch für die Deutschen in der DDR eine verlässliche Orientierungsgröße dar. Galt dies ganz allgemein, so im Besonderen für die Entwicklung seit dem Sommer 1989. Bereits für diesen Zeitpunkt bleibt jede Beschreibung der Ereignisse in der DDR ungenau, wenn sie die Politik der Bonner Machtzentrale nicht mit in den Blick nimmt. So trug etwa die feste Haltung in der, von der SPD infrage gestellten, einheitlichen Staatsbürgerschaft wesentlich zur

5 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Reihe II, Bd. 1, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1975, S. 79–110

6 Vgl. Markus WOLF, „Geheime Mission in Moskau“, in: „Stern“ vom 29.11.1990.

Massenflucht bei, die ihrerseits direkt in die Demonstrationen des Herbstes überging.

Bereits Anfang Oktober waren auf Demonstrationen am Rande der Zugdurchfahrten der Prager Botschaftsflüchtlinge durch die DDR nach Bayern die ersten Sprechchöre zugunsten der deutschen Einheit zu hören. Noch hielten sich die Demonstranten mit ihren Forderungen aus taktischem Kalkül zurück. Statt „Weg mit der SED“ wurde „Neues Forum“ gerufen, statt deutscher Einheit die dafür notwendige Selbstbestimmung des Volkes eingefordert. Unter dem Druck nicht abreißender Massenproteste im Oktober und Anfang November 1989 fiel in der Nacht zum 10. November die Mauer.

Nun begann eine Phase der Entwicklung, in der sich immer deutlicher zwei gegensätzliche Ausrichtungen abzeichneten. Während die demonstrierende Bevölkerung mehr und mehr nach deutscher Einheit verlangte, kam es zu einer Annäherung all jener Kräfte, die für eine sozialistische Erneuerung im Rahmen der DDR-Staatlichkeit eintraten. Es war dieses Bündnis aus SED, Blockparteien, sozialistischen Intellektuellen und Sprechern linker Bürgerbewegungen, das die DDR-Bevölkerung Ende November zum Bündnis „Für unser Land“, gemeint war die DDR, aufrief. Der Aufruf selber entfaltete freilich weniger Wirkung als der am 13. November von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählte Hans Modrow. Dieser setzte nun ein mit sowjetischen und innerparteilichen Partnern abgestimmtes Konzept um, dessen Kern darin bestand, die SED-Alleinherrschaft durch eine verfassungsmäßig abgesicherte sozialistische Staatlichkeit zu ersetzen. Statt wie die kommunistischen Parteien Ungarns oder Polens den Weg zur freiheitlichen Demokratie einzuschlagen, favorisierten Hans Modrow, Gregor Gysi und Markus Wolf wie ihre sowjetischen Berater die Entwicklung hin zu einem demokratischen Sozialismus in einer eigenständigen DDR. Für Anhänger nichtsozialistischer Auffassungen war hier nicht nur kein Platz, sondern die fortgesetzte Überwachung durch das in „Verfassungsschutz“ umbenannte MfS vorgesehen. Der SED hingegen wäre im neo-sozialistischen System mangels Alternativen weiterhin eine dominante Rolle zugefallen.

Freilich war die Zeit vorbei, in der die SED ihre Konzepte ohne Gegenwehr durchsetzen konnte. In der DDR schlug ihr massiver Widerstand aus der Bevölkerung entgegen. Tragfähige Zukunftsvisionen wurden hingegen hier nicht formuliert. Eine Ursache dafür lag in der deutschen Zweistaatlichkeit begründet. Politische Funktionseliten, die in der DDR Alternativen hätten formulieren können, lebten inzwischen meist in der Bundesrepublik. So war es nur folgerichtig, dass entscheidende Impulse aus dem Westen kamen. Ende November legte Bundeskanzler Kohl das entscheidende Gegenkonzept zur neo-sozialistischen DDR vor: den Zehn-Punkte-Plan. Mit seinem später modifizierten Konzept zur Erlangung der deutschen Einheit wurde er als Parteivorsitzender einer sich formal noch immer gesamtdeutsch verstehenden CDU, ich erinnere

an die Exil-CDU der SBZ, zum wesentlichen Wortführer des wachsenden Teils der DDR-Bevölkerung, der seine Hoffnungen auf Freiheit, Demokratie und Wohlstand in der deutschen Einheit am besten aufgehoben sah.

Hier nun beginnt die Phase des revolutionären Prozesses, in dem die „Allianz für Deutschland“ eine zentrale Rolle spielt. Wegen der international anerkannten Eigenstaatlichkeit der DDR brauchte der Bundeskanzler im Osten Partner, auch wenn er bei Auftritten wie z.B. in Dresden am 18. Dezember von Hunderttausenden gefeiert wurde und von diesen wohl auch direkt gewählt worden wäre.

Ost-CDU und West-CDU – ein schwieriges Verhältnis

Auch wenn sich die politischen Gräben zwischen (nun) SED-PDS und CDU seit Dezember vertieft hatten – zwischen West- und Ost-CDU lagen weiterhin Welten. Noch bestimmten hier altgediente Funktionäre. Die CDU-Führung unter Lothar de Maizière wandte sich zwar Mitte Dezember offiziell von ihrer bisherigen sozialistischen Ausrichtung ab, sprach sich aber ungeachtet aller politischen Realitäten in Europa für eine staatliche Einheit auf neutraler Grundlage und für eine enge Kooperation mit der SED-PDS aus. Wie schon bei Jakob Kaiser sollte Deutschland zur „Brücke zwischen Ost und West“ werden.⁷ Mit solchen Konzepten passte die Ost-CDU trotz wachsender Konflikte mit Modrow recht gut in dessen Regierung, in der de Maizière ja auch als stellvertretender Ministerpräsident fungierte und wo er formal für die Politik Modrows mitverantwortlich zeichnete.

Aus Sicht der Bundes-CDU schien ein Ausbau der Kontakte zunächst deswegen nicht dringlich, weil sich weder für Ost-CDU noch West-CDU bei der anstehenden Volkskammerwahl Chancen abzeichneten. Allgemein wurde ein Sieg der SPD prognostiziert. Ab Januar aber, so erklärte mir Helmut Kohl im Gespräch, wurde ihm „langsam klar, dass irgendwann Neuwahlen kommen, auch wenn wir noch nicht genau wussten, wann. Klar war, dass die Modrow-Regierung keine Regierung auf Dauer war. In dieser Situation haben wir überlegt, wie wir uns gegenüber der Ost-CDU verhalten. Inzwischen hatte es ja bei der CDU einen Richtungswechsel gegeben. Lothar de Maizière war Parteivorsitzender geworden. In dieser Situation haben wir gesagt, jetzt müssen wir der CDU in der DDR helfen.“ Dennoch hatte er nicht vor, sich auf die Ost-CDU festzulegen. Vielmehr baute man nun Kontakte zu verschiedenen Gruppen in der DDR auf. Im Bundesvorstand war die Meinung geteilt: „Einige meinten, mit Ost-CDU-Leuten reden wir auf gar keinen Fall, andere sagten,

⁷ Grundsätze für das Programm der CDU. Vgl. Hans-Joachim FIEBER/Michael PREUSSLER (Hg.), *Deutsche Orientierungen. Deutschlandpolitische Dokumente und Materialien seit Oktober 1989*, Berlin 1990, S. 48.

warum eigentlich nicht? Wieder andere meinten, wir unterstützen den Demokratischen Aufbruch. Es gab in dieser Hinsicht aber keine Strategie und auch nie eine Beschlussituation, dass wir mit dieser oder jener Partei Kontakt halten. Es war so, dass wir einfach Kontakt aufgenommen haben.“⁸ So wurden Verbindungen zur CDU-Basis in der DDR unabhängig vom Parteivorstand aufgebaut. Volker Rühle vereinbarte mit den CDU-Landesgeschäftsführern am 10. Januar 1990, die Zusammenarbeit mit Parteien und oppositionellen Gruppen in der DDR, darunter auch die Ost-CDU, auf Länder- und regionaler Ebene zu organisieren.⁹ Ganz in diesem Sinne wurde z.B. bereits am 7. Januar zwischen den CDU-Kreisorganisationen in Recklinghausen und Bitterfeld der erste CDU-Kontakt auf Kreisebene hergestellt.¹⁰

Ein entscheidender Hinderungsgrund für Beziehungen zur Führung der Ost-CDU blieb deren Beteiligung an der Regierung Modrow, die unverhohlen ein demokratisch-sozialistisches Regime anstrebte. Darüber gab es Auseinandersetzungen. Seit Anfang Januar forderten Kohl und Rühle die Ex-Blockpartei auf, die Regierungskoalition zu verlassen, einen Schlusstrich unter die Zusammenarbeit mit der SED zu ziehen und sich an die Seite der Opposition zu stellen.¹¹ Im Hauptvorstand der Ost-CDU unterstützte Generalsekretär und MfS-Einflussagent Martin Kirchner, aus welchen Gründen auch immer, diesen Kurs.¹² Womöglich hatte er den Auftrag, sich für Funktionen in einer künftigen gesamtdeutschen Regierung zu profilieren. Er provozierte eine Auseinandersetzung, als er ohne Absprache mit de Maizière erklärte, seine Partei werde den Austritt aus der Regierung beschließen und so einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen.¹³ Rühle meinte zu Kirchners Vorstoß, die Ost-CDU gehe damit „in letzter Minute“ den entscheidenden Schritt und folge dem Votum der Reformer in den eigenen Reihen. Er forderte die Ost-CDU auf, „jetzt mit ihrer Vergangenheit zu brechen und sich ganz an die Seite der Opposition zu stellen“.¹⁴

Es zeigte sich aber, dass die Führung der Ost-CDU die von Kirchner vertretene Haltung Kohls nicht teilte. Am 17. Januar bezeichnete de Maizière Kirchners Äußerungen als „ungedektes, verfrühtes Vorpreschen“, auch wenn viele Mitglieder einen Regierungsaustritt befürworteten. Die CDU müsse sich aber ihrer „Verantwortung für ein weiterhin regierbares Land, für lebensnot-

8 Interview des Autors mit Helmut Kohl in Berlin am 12.3.2003.

9 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 11.1.1990.

10 Vgl. Deutschland Archiv 23 (1990), S. 325.

11 Vgl. Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 105; „Die Welt“ vom 9.1.1990; „Frankfurter Rundschau“ vom 12.1.1990.

12 Vgl. Uwe THAYSEN, *Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk?*, Teil 2, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 21 (1990) S. 257–308, hier S. 265f.

13 Vgl. FAZ vom 18.1.1990.

14 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1990.

wendige Ordnung und Versorgung, für ungefährdete Vorbereitung freier Wahlen“ stellen.¹⁵ Die CDU sei „für das Unheil mitverantwortlich“ und könne sich jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen. Zum anderen rechnete er damit, dass nach der CDU auch die anderen Parteien die Regierung verlassen und die DDR damit in ein Chaos geraten, in dem die Organisation freier Wahlen unmöglich werden könnte.¹⁶ Mit ihrer die SED-PDS stabilisierenden Haltung stand die Ost-CDU nicht allein. Am Zentralen Runden Tisches bekräftigten Vertreter aller Ex-Blockparteien am 18. Januar ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalitionsregierung.¹⁷ Modrow betonte vor dem Ministerrat seinerseits die Notwendigkeit des Erhalts der Regierungsfähigkeit sowie einer „nationalen Koalition der Vernunft“ und appellierte, zur Stabilität der DDR beizutragen.¹⁸

Deutlich vertraten West- und Ost-CDU in Grundfragen politischer Macht in der DDR verschiedene Konzepte. Der Bundeskanzler strebte nach einer Auflösung der Modrow-Regierung, da diese erkennbar keine freiheitliche Demokratie, sondern einen erneuerten Sozialismus anstrebte. An ihre Stelle sollte eine Übergangsregierung aus allen Ex-Blockparteien und den neuen politischen Kräften treten. Die Ex-Blockparteien samt Ost-CDU sahen hingegen keine Alternative zum Erhalt der bisherigen SED-dominierten Staatlichkeit bis zu freien Wahlen und meinten, die neo-sozialistischen Bestrebungen Modrows und Gysis im Zaum halten zu können.

In der Ost-CDU eskalierte der Streit, als Kirchner am 19. Januar im Präsidium des Hauptvorstandes einen Misstrauensantrag gegen de Maizière einbrachte. Das Präsidium sprach sich daraufhin mehrheitlich für einen Verbleib in der Regierung aus. Ein kurzfristiger Austritt sollte nur erfolgen, wenn es zum grundsätzlichen Dissens in der Regierung komme.¹⁹ Damit war auch für Kohl und Rühle klar, „wer das Sagen in dieser Partei hatte“.²⁰ Die Basis der Ost-CDU war in dieser Frage gespalten. So forderte der gerade gegründete Landesverband Thüringen am 20. Januar, die Regierung Modrow zu verlassen und in der Volkskammer in die Opposition zu gehen. Kirchner schloss zu-

15 8. Sitzung ZRT am 18.1.1990. Info. Nr. 2: Erklärung des Vorsitzenden der CDU zu den Äußerungen des Generalsekretärs Martin Kirchner (ACDP, Runder Tisch).

16 Zit. bei Nina GRUNENBERG, „Politik war eigentlich nicht vorgesehen“, in: „Die Zeit“ vom 19.9.1991.

17 8. Sitzung ZRT (wie Anm 15); Ergebnisse der 8. Sitzung des Rundtischgespräches am 18.1.1990, in: Helmut HERLES/Ewald ROSE (Hg.), *Vom Runden Tisch zum Parlament*, Bonn 1990, S. 60–76.

18 Beschluss des Ministerrates der DDR 10/1.a/90 vom 18.1.1990: Einschätzung zur Lage und Auswertung des Runden Tisches (BArch B, C 20, 1/3–2897, Bl. 39–42).

19 Vgl. Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 19.1.1990 (ACDP, 07-011-3510).

20 Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 43.

nächst seinen Rücktritt nicht aus,²¹ gab allerdings am nächsten Tag nach und erklärte, trotz abnehmender Gemeinsamkeiten trete man für eine „Große Koalition des Übergangs“ ein.²² Die Pläne, die Partei mit Hilfe Kirchners auf West-Kurs zu bringen, waren gescheitert, allerdings war deren Führung durch den Streit so polarisiert, dass Friedrich Schorlemmer bereits über die „de Maizièrre-CDU“ und die „Kirchner-CDU“ polemisierte.²³

Der CDU-Bundesvorstand stellte nun die Zusammenarbeit offen in Frage. Generalsekretär Volker Rühle meinte, die Ost-CDU habe sich endgültig „ins politische Abseits“ begeben. Ihre Entscheidung beeinträchtige „aufs Schwerste die Kontaktmöglichkeiten zu uns, zur CDU-Deutschlands“. Trotz dieser klaren Worte waren die Meinungen im Bundesvorstand jedoch tatsächlich weiter gespalten. Heiner Geißler meinte, man sollte die Vorbehalte gegen die Ost-CDU ablegen, da kein Weg an einer Zusammenarbeit vorbeiführe. Eberhard Diepgen warnte vor öffentlichen Zensuren und äußerte Verständnis für die Haltung de Maizières. Für die CSU bezeichnete es Theo Waigel als „schlimm“, dass die Ost-CDU „sich auch jetzt nicht aus der Umklammerung der SED lösen“ könne. Es gelinge ihr nicht, die Rolle der Blockpartei abzuschütteln. Die CSU werde sich daher auf die DSU konzentrieren und nicht drei oder vier Partner unterstützen.²⁴

Allianz für Deutschland

Als CDU-Bundesvorsitzender stand Kohl im Januar hinsichtlich notwendiger DDR-Partner unter Entscheidungsdruck. Angesichts der Rechtslage im geteilten Deutschland konnte die Bundes-CDU in der DDR nicht direkt in den Wahlkampf ziehen. Partner waren unerlässlich. Jeder infrage kommende Partner hatte aber für sich Defizite. Die Ost-CDU änderte sich dank fortbestehender Dominanz der Altfunktionäre nicht schnell genug, die neuen Gruppierungen waren erst im Aufbau begriffen. Ihnen fehlten Mitglieder und Organisationen. Daher sah es Kohl als „absolut notwendig“²⁵ an, eine Allianz verschiedener Kräfte zu bilden und neue oppositionelle Gruppen mit der Ost-CDU zusammenzubringen. Nur durch eine Konzentration der Potentiale sah er hinreichen-

21 Vgl. „Berliner Zeitung“ vom 22.1.1990; „Welt am Sonntag“ vom 21.1.1990.

22 9. Sitzung ZRT am 22.1.1990 Mitteilung 9/10 (ACDP, Runder Tisch).

23 Vgl. Gottfried MÜLLER, *Die Konziliare Bewegung „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ – eine Orientierung für die neue DDR*, in: Hans SÜSSMUTH (Hg.), *Wie geht es weiter mit Deutschland? Politisches Gespräch am 24./25. Januar 1990. Reformgruppen, Parteien und Kirchen aus der Deutschen Demokratischen Republik im Gespräch mit Politikern und Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik Deutschland* (Dialog in Deutschland 1), Baden-Baden 1990, S. 58–62, hier S. 58.

24 Vgl. Volker RÜHE und Theo WAIGEL in: „Welt am Sonntag“ vom 21.1.1990.

25 Interview Helmut Kohl, in: „Die Welt“ vom 30.3.1990.

de Wahlchancen.²⁶ An einen Wahlsieg glaubte er zu diesem Zeitpunkt nicht. Nach seiner Meinung konnte es nur darum gehen, ein Desaster bei den Wahlen zu verhindern.²⁷

Am 16. Januar rief er führende Politiker der CDU/CSU ins Kanzleramt, um über eine „Allianz gegen den Sozialismus“²⁸ zu beraten. Sie sollte sowohl gegen die SED-PDS als auch gegen die SPD antreten. Am 23. Januar sprach der CDU-Bundesvorstand über die Ost-CDU. Die meisten Vorstandsmitglieder meinten, man könne diese nicht länger ignorieren. Schäuble sprach vom „natürlichen Partner“ der Bundes-CDU. Man könne nicht die ignorieren, die „von ihrer Grundstruktur genauso Christliche Demokraten waren“ wie die CDU im Westen. Der Name CDU sei in der DDR unverzichtbar, weil „nur damit eine volle Identifizierung mit uns und insbesondere mit dem Bundeskanzler“ möglich sei.²⁹ Dregger relativierte die Forderung an die Ost-CDU, aus der Regierung Modrow auszutreten. Wenn es zu einer Regierung aller politischen Kräfte unter Einbeziehung der Opposition komme, sei die Bewertungsgrundlage eine andere.³⁰ Ernst Albrecht und Birgit Breuel wiesen auf die Möglichkeit hin, die Ost-CDU mit Hilfe Kirchners zu spalten. Mit dem Teil der Partei, der Kirchner folge, könne die bundesdeutsche CDU dann zusammenarbeiten. Der Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, berichtete über Kontakte zu Kreisverbänden der Ost-CDU und erklärte, die Mitglieder in der DDR seien Christdemokraten „wie wir“. Die Spitze der Ost-CDU sei bereits weitgehend ausgewechselt und die „schwierige Ebene“ der Bezirksvorsitzenden, auf der es noch etliche „Wendehälse“ gebe, werde durch die derzeitige Gründung der Landesverbände weitgehend geklärt. Kohl, dessen Sympathien dem DA galten,³¹ widersprach denen, die sich für eine Zusammenarbeit mit dem Hauptvorstand der Ost-CDU aussprachen, kündigte aber an, demnächst eine Entscheidung zu treffen. Er trug Überlegungen über ein Wahlbündnis von DSU, DA und Ost-CDU vor. Danach sollten sich die christlichen und konservativen Kräfte in der DDR zu einer Allianz zusammenschließen, was allgemeine Zustimmung fand. Kohl wollte es vermeiden, sich von der Opposition vorwerfen zu lassen, sein DDR-Partner kooperiere mit der SED-PDS.³²

Eine Wende brachte schließlich die Ankündigung de Maizières, die Regierung zu verlassen, falls die neuen politischen Gruppierungen des Zentralen Runden Tisches nicht ebenfalls Regierungsverantwortung übernehmen. Aus Sicht der

26 Vgl. SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 43.

27 Vgl. Anm. 25.

28 So CDU-Sprecher Andreas Fritzenkötter, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1990.

29 SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 23f.

30 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 24.1.1990.

31 Vgl. Anm. 8.

32 Vgl. TELTCHIK (wie Anm. 11), S. 113; Volker Rühle, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 25.1.1990.

Bundes-CDU waren damit die Voraussetzungen für eine Kooperation mit der Ost-CDU erfüllt und der Weg für Verhandlungen zur Bildung einer Allianz frei.

Ende Januar sagte Kohl sogar eine Reise nach Südamerika ab, um Zeit für die Vorbereitung des Wahlbündnisses zu haben³³ und bemühte sich, DSU und DA von einer Zusammenarbeit mit der Ost-CDU zu überzeugen. Er führte Gespräche mit Schnur, Ebeling und de Maizière, wusste er doch um die enorme Bedeutung der Wahlen, bei denen es um nichts Geringeres ging als um den Weg zur deutschen Einheit. Für ihn stellten die Wahlen in der DDR bereits eine „Vor-Bundestagswahl“ mit erheblichen Auswirkungen dar.³⁴ Freilich zeigten die gekürten DDR-Partner wenig Neigung, zu kooperieren. Diskutiert wurde zunächst ein enger Zusammenschluss der Parteien unter dem Namen „Demokratische Union Deutschlands“ (DUD). Der Hauptvorstand der Ost-CDU polemisierte jedoch intern gegen diesen Vorschlag. Allenfalls könne man sich zu einer „Allianz der Mitte“ zusammenfinden.³⁵ Der DSU-Vorstand nannte die Beteiligung der Ost-CDU an einem konservativen Bündnis äußerst problematisch,³⁶ und auch der Vorstand des DA votierte mehrheitlich gegen eine enge Allianz mit Ost-CDU und DSU. Erst nachdem Kohl und Rühle ihren potentiellen Ostpartnern das Horrorszenario einer politischen Isolierung und Marginalisierung vor Augen malten, wuchs die Bereitschaft zur Kooperation. Schnur erklärte am 24. Januar, der DA verstehe sich als Partner der CDU und trete für einen Zusammenschluss der „Parteien der Mitte“ ein.³⁷ Rühle forderte den DA darüber hinaus auf, sich mit der Ost-CDU zu verbünden.³⁸

Am 27. Januar befürwortete de Maizière ein Wahlbündnis aus Ost-CDU, DSU und DA. Mit dem DA habe er darüber bereits verhandelt, Gespräche mit der DSU stünden bevor.³⁹ Der Hauptvorstand billigte am 30. Januar ein Wahlbündnis aus DFP, DSU und DA mit dem Namen „Allianz der Mitte“.⁴⁰ Im DA-Vorstand stand Rainer Eppelmann einem Wahlbündnis mit DSU und Ost-CDU weiterhin skeptisch gegenüber. Allenfalls sei die Bildung eines „demokratischen Blocks der Mitte“ mit der „Deutschen Forumpartei“ denkbar.⁴¹ Außerdem sei er „eigentlich Sozialdemokrat“.⁴² Der Stellvertretende DA-Vorsitz-

33 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 118.

34 Vgl. EBD. S. 115.

35 Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 25.1.1990 (ACDP 07-011-3510).

36 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 27./28.1.1990.

37 ZDF, 24.01.90/ 13.10 Uhr, Loy 0124-5.

38 Vgl. taz vom 1.2.1990.

39 Vgl. „Berliner Zeitung“ vom 29.1.1990.

40 Protokoll Präsidiumssitzung Hauptvorstand der CDU vom 30.1.1990 (ACDP 07-011-3510).

41 Rainer Eppelmann, zit. in: „Welt am Sonntag“ vom 4.2.1990. Vgl. „Süddeutsche Zeitung/Berliner Zeitung“ vom 2.2.1990.

42 „Die Welt“ vom 18.1.1990.

zende Erhart Neubert erklärte, die Mehrheit der Basis des DA sei nicht einverstanden, dass die DSU an dem Bündnis teilnehme. Der DA-Vorstand votierte mehrheitlich gegen eine enge Allianz mit der Ost-CDU.⁴³

Ungeachtet aller Widerstände setzte Rühle seine Bemühungen um Einigung fort.⁴⁴ Am 1. Februar trafen sich Vertreter der Ost-CDU, des DA, der DSU und der DFP im West-Berliner Gästehaus der Bundesregierung. Offizielle Grundlage des Gesprächs war der auf westliches Drängen herbeigeführte Beschluss der Ost-CDU, eine „Allianz der Mitte“ mit DA, DSU und DFP anzustreben. Zwei Tage später gab der Hauptausschuss des DA mit 43 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen seine Zustimmung zu Verhandlungen. Allerdings sollten die Parteien politisch unabhängig und selbstständig bleiben. Jeder Wahlkreis sollte selbst entscheiden, ob er die Allianz mit einer oder mehreren Gruppen eingehen wolle. Einen Tag später startete der DA offiziell in den Wahlkampf und warb für die „Allianz der Mitte“ unter Beteiligung von DFP, DSU und CDU. Schnur erklärte, das „Bündnis der politischen Mitte“ erhebe „den klaren Anspruch, die Regierung der DDR zu stellen“.⁴⁵ Vor dem Rathaus von Halle stellte sich Schnur als „der künftige Ministerpräsident“ vor und erklärte, der DA trete für ein Ende aller „sozialistischen Experimente“ ein.⁴⁶ Binnen kurzer Zeit hatte der Demokratische Aufbruch einen enormen Veränderungsprozess durchgemacht. Wie andere erfolgreiche neue Gruppen setzten sich hier Mehrheiten durch, die mit den ursprünglich vertretenen demokratisch-sozialistischen oder radikaldemokratischen Zielen nichts im Sinn hatten. Es waren vor allem Arbeiter, Handwerker und Bauern, unter deren Druck sich der DA von linken Positionen verabschiedete.⁴⁷ Grundlage der letztlich vereinbarten Zusammenarbeit war die Tatsache, dass angesichts des näher rückenden Wahltermins allen Beteiligten klar war, dass sie auf Unterstützung aus dem Westen angewiesen waren. Das betraf nicht nur die materielle, sondern vor allem „die politische Unterstützung im Sinne der Zugehörigkeit zu einer aus dem freien Teil Deutschlands bekannten politischen Formation“.⁴⁸

Im Beisein Kohls vereinbarten Ebeling, Schnur und de Maizière in West-Berlin, zur Volkskammerwahl am 18. März im Wahlbündnis „Allianz für

43 Vgl. Eppelmann (wie Anm. 41).

44 Vgl. Anm. 38.

45 Politische Erklärung „Für ein einiges Deutschland“ vom 4.2.1990 (HdG, Projektgruppe Leipzig, Objekt Rasch 18). Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 4.2.1990.

46 „Berliner Zeitung“ vom 5.2.1990. Im Kanzleramt wurde Schnur bereits vor der Aufdeckung seiner IM-Tätigkeit für das MfS als politisches „Leichtgewicht“ angesehen. Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 154.

47 Vgl. Friedrich Schorlemmer, in: taz vom 6.1.1990; Sigrid MEUSCHEL, *Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation*, in: Wolfgang ZAPF, *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*, Frankfurt/M. 1991, S. 558–571, hier S. 558.

48 SCHÄUBLE (wie Anm. 20), S. 44.

Deutschland“ anzutreten. Nicht mehr dabei war die „Deutsche Forum Partei“ (DFP), die sich mit LDPD und FDP über eine Fusion verständigt hatte.⁴⁹ Die Allianz erhielt nun Wahlkampfunterstützung aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Im „Wahlkampfzentrum Ost-Berlin“ beriet Friedhelm Ost die Allianz in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit. In Bonn wurden inhaltliche Konzepte für den Wahlkampf erstellt.⁵⁰ Für den Wahlkampf wurde der auf Kohl zugeschnittene Slogan „Kanzler der Deutschen“ beschlossen.⁵¹ Die Ost-CDU konnte nun ihre Geschäftsstellen, Zeitungsredaktionen und Verlage dem Wahlkampf der Allianz zugute kommen lassen. Das Bündnis auf Zeit nutzte vor allem der Ost-CDU, relativierte die Zusammenarbeit mit den neuen Kräften doch ihre Blockvergangenheit. An den Runden Tischen veränderten sich durch die Kooperation die Mehrheiten. Alte und neue politische Kräfte waren nun Verbündete, bisherige Frontstellungen wurden hinfällig.⁵²

Allerdings kooperierten die Partner auch nach der Bildung der Allianz nur widerstrebend. Ständig kam es zu Auseinandersetzungen, Angriffen und Behinderungen.⁵³ So protestierte die DSU gegen Äußerungen de Maizières, wonach er im Falle eines Sieges der Allianz Ministerpräsident werde. Der DA beklagte die bevorzugte Unterstützung der Ost-CDU, obwohl noch überall alte Funktionäre in den Ämtern saßen.⁵⁴ CSU-Generalsekretär Erwin Huber wiederum erklärte, die Wahlkampfhilfe der CSU gelte ausschließlich der DSU, die nicht mit der CDU in einen Topf geworfen werden wolle. Die Allianz werde nur mitgetragen, um dem Bundeskanzler seine Auftritte in der DDR zu ermöglichen.⁵⁵ DSU-Generalsekretär Diestel erklärte, die DSU müsse auf Distanz bleiben und dürfe sich nicht „die schmutzige Jacke der CDU“ anziehen.⁵⁶ Kohl stellte resignierend fest, die Zusammenarbeit gestalte sich mühsam.⁵⁷ Hinzu kamen andere Probleme. Ende Januar übergab ein hoher MfS-Offizier dem Bundesnachrichtendienst eine Liste mit 23 Namen prominenter IM, darunter Wolfgang Schnur und Martin Kirchner.⁵⁸

49 Protokoll DA-Vorstandssitzung am 8.2.1990 (ACDP 07-012-3505).

50 Vgl. Antonius JOHN, *Rudolf Seiters. Einsichten in Amt, Person und Ereignisse*, Bonn/Berlin 1991, S. 157.

51 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 115.

52 So Steffen Reiche, in: „Am Tag als der Runde Tisch seine Arbeit begann“, ORB 20.12.1994, 20.15 Uhr.

53 Vgl. Interview Lothar de Maizière, in: taz vom 7.3.1990; „Frankfurter Rundschau“ vom 23.3.1990.

54 Vgl. Protokoll DA-Vorstandssitzung am 8.2.1990 (ACDP 07-012-3505).

55 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 10./11.2.1990.

56 „Frankfurter Rundschau“ vom 1.3.1990.

57 Vgl. TELTSCHIK (wie Anm. 11), S. 167.

58 Vgl. taz vom 19.3.1990.

Wahlen am 18. März 1990

Trotz aller Querelen und ambitionierter Meinungsumfragen ging die Allianz für Deutschland überraschend als klarer Sieger aus den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 hervor. Was kaum jemand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zu hoffen gewagt hatte, gelang. Kohls Konzept ging auf. Die Allianz erhielt über 5,5 Mio. Stimmen, das waren 47,79 Prozent. Dieses Ergebnis war vor allem der Person Helmut Kohls und seiner klaren Haltung zur deutschen Einheit zu verdanken. Stärkste Partei wurde die CDU mit 40,59 Prozent und 163 Mandaten. Die Allianzpartner besetzten zusammen 193 von 400 Volkskammermandaten. In Gemeinden bis 50.000 Einwohnern kamen die Allianzparteien auf ein Durchschnittsergebnis von mindestens 50, in den größeren Städten um etwa 40 Prozent. In 14 der 15 Wahlbezirke schnitt die Allianz prozentual am besten ab, lediglich in Ost-Berlin rangierte die SPD mit rund 35 Prozent an erster Stelle vor der PDS mit knapp 30 Prozent. Dagegen erreichte die Allianz in den thüringischen und sächsischen Bezirken mit viel Arbeiterbevölkerung zum Teil absolute Mehrheiten. Über 55 Prozent der Arbeiterschaft wählte die Allianz, deutlich mehr als SPD oder PDS. Überhaupt wurde die Allianz in allen Berufsgruppen, mit Ausnahme der sogenannten „Intelligenz“, Mehrheitspartei.⁵⁹ Mit der Wahl hatte die Allianz ihre Aufgabe erfüllt. Eine gemeinsame Volkskammerfraktion scheiterte am Widerstand der DSU. CDU und DA bildeten jedoch eine Fraktion. Damit deutete sich bereits der spätere Beitritt des DA zur CDU an. Obwohl die DSU eine eigene Fraktion bildete, vereinbarten die Allianzparteien in der Volkskammer die Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit paritätisch besetztem Vorstand.

Mit der gegen Widerstände durchgesetzten Bildung der Allianz für Deutschland gelang es Helmut Kohl, die für den Weg zur Wiedervereinigung entscheidenden Wahlen in einem Kopf- an Kopf-Rennen doch noch für die Union zu entscheiden. Der Sieg ging weit über eine parteipolitische Bedeutung hinaus. Gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände entschieden sich die Wähler damit zugleich für einen schnellen Weg zur deutschen Einheit. Der Sieg der Allianz für Deutschlands beeinflusste direkt und nachhaltig die politische Architektur Deutschlands und Europas.

⁵⁹ Vgl. Wolfgang G. GIBOWSKI, *Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990*, in: ZParl 21 (1990), S. 5–22, hier S. 13.

Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit

Von Hanns Jürgen Küsters

Die Vertragsgestaltung zur Wiedervereinigung Deutschlands diente hauptsächlich drei Zielen: die politische, wirtschaftliche und soziale Einheit im Inneren herzustellen, die Viermächterechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes zu beseitigen und dadurch die Rechte eines souveränen Staates wiederzuerlangen sowie durch Vertiefung der westlichen Bündnisbeziehungen und Sicherheitsgarantien allen anderen Staaten Angst vor der Zentralmacht Deutschland in der Mitte Europas zu nehmen.

Entsprechend komplex fielen die vertraglichen Vorkehrungen aus. Sie konzentrierten sich keineswegs nur auf den Staatsvertrag zur Schaffung der deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990¹, den Einigungsvertrag vom 31. August 1990², den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990³ und den deutsch-polnischen Vertrag über die Bestätigung der bestehenden Grenzen vom 14. November 1990⁴. Genau betrachtet begleitete eine Fülle von internationalen Verträgen, Verfassungsgesetzen, Gesetzen, Gesetzesänderungen, Protokollen, Erklärungen und Beschlüssen den Auflösungsprozess der DDR bis zum 3. Oktober 1990 und darüber hinaus bis zur völkerrechtlich wirksamen Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands am 15. März 1991⁵.

-
- 1 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Gemeinsamen Protokoll über Leitsätze, Anlagen I–IX und Protokollerklärungen, 18.5.1990, in: Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1990 II, S. 537–567. Erklärungen Kohls und de Maizières anlässlich der Unterzeichnung, 18.5.1990, in: *Bulletin*, hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 64, 22.5.1990, S. 545f., 546f.
 - 2 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag (Vertrag, Protokoll, Anlage I: Besondere Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht, Anlage II: Besondere Bestimmungen für fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik und Anlage III: Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen), 15.6.1990, in: BGBl. 1990 II, S. 889–904, 905f., 907–1147, 1148–1236, 1237f.
 - 3 Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland und Vereinarbarte Protokollnotiz, beide v. 12.9.1990, EBD. S. 1318–1329; Faksimile des Vertrages in: „2+4“. *Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Eine Dokumentation*, hg. v. Auswärtigen Amt, Bonn 1991.
 - 4 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, 14.11.1990, in: BGBl. 1991 II, S. 1329f.
 - 5 Der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland trat mit Hinterlegung der Ratifikationsurkunde aller Vertragsparteien (die letzte war die sowjetische Regierung) im Auswärtigen Amt in Bonn am 15.3.1991 in Kraft. Bekanntmachung EBD. S. 587.

Ohne den deutsch-sowjetischen Vertrag über umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit⁶, die Vereinbarungen über den Abzug der alliierten Streitkräfte aus Berlin⁷ und der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland⁸, die Charta von Paris für ein neues Europa⁹ oder das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der DDR vom 22. Juli 1990¹⁰, um nur einige Beispiele zu nennen, wäre die deutsche Einheit gar nicht oder nicht so zügig vonstatten gegangen.

Im Folgenden soll der Fokus auf drei Fragen liegen: Erstens, welches Timing lag der vertraglichen Gestaltung zugrunde, die zur Trennung der Regelung äußerer Fragen von den inneren Fragen der Wiedervereinigung führte? Zweitens, welche Vertragsgegenstände waren im Rahmen der inneren Wiedervereinigung bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und bei den Beratungen über den Einigungsvertrag besonders umstritten? Und drittens, welche grundsätzlichen Überlegungen und Kompromisse lagen dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zugrunde?

6 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik, 9.11.1990, mit Briefwechsel EBD. S. 799–809.

7 Die Notenwechsel über das NATO-Truppenstatut, über den befristeten Verbleib amerikanischer, britischer und französischer Truppen und über ein Berlin betreffendes Übereinkommen vom 25.9.1990 sowie der Notenwechsel über Besuche belgischer, kanadischer und niederländischer Truppen vom 23.9.1991 regelten die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten Streitkräfte der Westmächte und Fragen in Bezug auf Berlin, denen der Deutsche Bundestag mit Gesetz vom 3.1.1994 zustimmte (BGBl. 1994 II, S. 26). Dazu auch Dieter FLECK, *Zur Neuordnung des Aufenthaltsrechts für ausländische Streitkräfte in Deutschland*, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 56 (1996), S. 389–405.

8 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen (sog. Überleitungsabkommen), 9.10.1990, in: BGBl. 1990 II, S. 1655–1659. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (sog. Truppenabzugsvertrag) mit Anlagen, 12.10.1990, in: BGBl. 1991 II, S. 258–290.

9 Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des KSZE-Gipfeltreffens vom 19.–21.11.1990 in Paris, 21.11.1990, in: *Bulletin* (wie Anm. 1), Nr. 137, 24.11.1990, S. 1409–1415.

10 Mit dem Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (sog. Länderwahlgesetz) und der Ordnung zur Durchführung der Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik am 14.10.1990, beide v. 22.7.1990 (Gesetzblatt [GBL.] der DDR 1990 I, S. 960–976, 977–990), schufen Ministerrat und Volkskammer die Voraussetzungen für die Landtagswahlen auf dem Gebiet der DDR (Gesetz zur Änderung des Länderwahlgesetzes, 30.8.1990, EBD. S. 1422).

I. Vorphase

Das Zustandekommen dieser drei Vertragswerke erstreckte sich über vier Abschnitte: die Vorphase der Verhandlungen von November 1989 bis Anfang Januar 1990, die Implementierung des Zwei-plus-Vier-Mechanismus und die Verhandlungen über den Staatsvertrag zur Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von Mitte Januar bis Anfang Mai, die Verzögerung der Sechsmächte-Verhandlungen zwischen Mai und Mitte Juli, in denen bilateral die wichtigsten Vereinbarungen getroffen, am 1. Juli die Währungsunion in Kraft gesetzt und die Verhandlungen über den Einigungsvertrag begonnen wurden sowie die Abschlussphase der Verträge von Juli bis September 1990.

Diskussionen um eine erneute Viermächte-Konferenz und den möglichen Abschluss eines Friedensvertrages begannen bereits am Tage nach der Grenzöffnung am 9. November 1989. Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher lehnten beides ab, weil sie darin einen Rückschritt zu Zeiten Ende der 1950er Jahre sahen, als Vertreter beider deutscher Staaten am Katzentisch Platz zu nehmen hatten.¹¹ Genscher betonte am 10. November gegenüber dem amerikanischen Außenminister Baker, eine innere Aussöhnung der beiden Teile Deutschlands müsse vor der äußeren Aussöhnung erfolgen¹².

Dem Vorschlag von DDR-Ministerpräsident Modrow vom 17. November 1989, „die Verantwortungsgemeinschaft beider deutschen Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu untersetzen“,¹³ begegnete Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989,¹⁴ das über die Vertragsgemeinschaft hinausging und vorsah, „konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, danach eine Föderation“, also eine „eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Das wiederum setzte „zwingend eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR voraus“.

Die instabile Stimmung in der DDR, die zunehmende Gefahr von Gewaltanwendungen, die täglich wachsende Anzahl an Flüchtlingen in die Bundesrepublik und der drohende Kollaps der DDR-Währung verstärkten im Dezember 1989 Kohls Sorge, die DDR-Wirtschaft werde auf dem Wege einer

11 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 667.

12 James A. BAKER, III, with Thomas M. DEFRANK, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace 1989–1992*, New York 1995, S. 164.

13 Regierungserklärung Modrow, 17.11.1989, in: Volkskammer, 9. Wahlperiode, Protokolle, Bd. 25, S. 272–281.

14 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 988–999. Faksimilierter Auszug aus dem „Original-Entwurf“ für das Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit, versehen mit hs. Ergänzungen des Bundeskanzlers in: Helmut KOHL, *„Ich wollte Deutschlands Einheit“*, dargestellt v. Kai DIECKMANN und Ralf Georg REUTH, Berlin 1996, S. 162.

Vertragsgemeinschaft nicht reformierbar sein. Bereits wenige Tage vor seinem Besuch am 19./20. Dezember in Dresden diskutierte er mit Schäuble, Seiters, Teltschik, Scholz und Mitarbeitern des Kanzleramts erstmals über den Gedanken einer deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion, vorwiegend in der Absicht, die Übersiedlerzahlen einzudämmen.¹⁵ Über die Tage des Jahreswechsels verfestigten sich die Überlegungen. Dabei stellte sich die grundsätzliche Frage: Soll dem ökonomisch Sinnvollen oder dem politisch Notwendigen der Vorzug gebühren?

Es gab zwei Denkschulen zu dem bislang beispiellosen Übergang einer gescheiterten sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Anhänger der ökonomischen Denkschule plädierten für eine bedächtige Vorgehensweise in einem langfristigen, etappenweisen Transformationsprozess, bei dem auf jeder Übergangsstufe die einzelnen Elemente zusammenpassen müssten. Freie Preisbildung setzte die Abschaffung der Staatsmonopole voraus; Voraussetzung für eine halbwegs stabile Währung war die Kontrolle über das Staatsdefizit, um eine funktionierende Marktwirtschaft aufbauen zu können. Die andere Denkschule befürwortete einen rascheren Übergang in zeitlich kürzeren Stufen. Zwar mussten zuerst die finanzpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, doch hatten die Befürworter mehr die politische Motivation der Menschen in der DDR im Auge, die nach der D-Mark riefen, durch ihre Wanderungsbewegung zu einer beschleunigten Destabilisierung beitragen und die Bundesregierung unter Handlungsdruck setzten.¹⁶ Kohl entschloss sich, in einem radikalen Schritt die D-Mark in der DDR einzuführen, den Bundesfinanzminister Waigel am 15. Januar in dem Vermerk über „Zehn Punkte auf dem Weg zu einer deutsch-deutschen Währungsunion“¹⁷ zusammenfasste. Denn Wirtschaftsinvestitionen bedurften eines institutionellen Rahmens, und für eine Rechtsangleichung war die Anpassung der Arbeits- und Sozialordnung unabdingbar.

Modrows Entwurf für eine Vertragsgemeinschaft,¹⁸ den er Kanzleramtminister Seiters am 25. Januar 1990 übergab,¹⁹ war damit ebenso Makulatur wie

15 Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, hg. und mit einem Vorwort v. Dirk KOCH und Klaus WIRTGEN, Stuttgart 1991, S. 21.

16 Thilo SARRAZIN, *Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion*, in: Theo WAIGEL/Manfred SCHELL, *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten: Vom Mauerfall bis zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994, S. 160–225, hier S. 164f.

17 Abdruck EBD. S. 176–180.

18 Entwurf der Regierung der DDR: Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, 25.1.1990, in: *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. v. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs), bearb. v. Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998, S. 713–716.

19 Gespräch Seiters mit Modrow in Berlin (Ost), 25.1.1990, EBD. S. 707–713.

seine Forderung nach einem 15-Milliarden-DM-Kredit²⁰ und der sowieso nur als Spielmaterial dienende Entwurf der Bundesregierung für einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft vom 18. Januar²¹, der lediglich alte deutschlandpolitische Linien fortschrieb. Schäuble wollte die „Revolution“ in der DDR solange „unvollendet“ lassen,²² bis am 18. März dort eine demokratische Regierung gewählt wäre, mit der die Bundesregierung dann über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verhandeln könnte.

Das mit Washington abgestimmte Verfahren, im Zwei-plus-Vier-Rahmen nur über die Ablösung der Viermächte-Rechte zu beraten und die Verhandlungen über die innere Wiedervereinigung den Deutschen selbst zu überlassen,²³ schaffte die Ausgangsbasis, die Sowjetunion im Kreise der Vier Mächte zu isolieren und ihren Entscheidungszwang zu erhöhen. Voraussetzung war der zügige Abschluss der Verhandlungen über die deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft wurde somit zur Voraussetzung für die politische Einheit Deutschlands.

Dazu standen drei Wege offen. Nach der so genannten „Krönungstheorie“ würde ein Währungsverbund erst am Ende dieser Entwicklung geschaffen, wenn die DDR-Wirtschaft Anschluss an das Niveau der Bundesrepublik gefunden hätte. Dieser Weg bräuchte Zeit. Die Menschen in der DDR aber wollten schnelle Lösungen. Der zweite Weg bestand in einer künstlichen Verklammerung von Mark der DDR und D-Mark, wie ihn die SPD vorschlug. Damit würde nach Ansicht des Bundeskanzleramtes jedoch die Stabilität der D-Mark aufs Spiel gesetzt. Der dritte Weg sah die Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR vor. Das setzte einen Verzicht der DDR auf die Währungshoheit voraus und bedingte die Festlegung eines Umtauschkurses.²⁴ Eine Entscheidung darüber war erst nach Kenntnis aller Wirtschaftsdaten der DDR ratsam, über die die Bundesregierung jedoch bis dahin nicht verfügte.

II. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

„Wenn die Union es zuließe“, erklärte Kohl am 8. Februar vor dem CDU-Bundesvorstand, „dass unser Land in einer Schicksalsstunde seiner Geschichte

20 Regierungserklärung Modrow (wie Anm. 13), S. 272–281.

21 Entwurf der Bundesregierung: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft, 18.1.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 695–698.

22 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 23.

23 Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge (Mass.), London 1995, S. 193, 197.

24 Vermerk Nehring, 6.2.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 761. Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 130f.

aus finanziellen Ängsten vor der Einheit zurückweiche, dann habe die Bundesrepublik vor der Geschichte abgedankt“.²⁵ Wann denn, wenn nicht jetzt, bei guter Wirtschaftslage, sollte die Bundesrepublik eine solche Aufgabe lösen. Unabhängig davon legten die Länder nun gesteigerten Wert darauf, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen außen vor und die Finanzausstattung vor einer Neuverteilung der Umsatzsteuer ab 1999 davon unberührt zu lassen. Der mittelfristige Bund-Länder-Finanzausgleich sollte bis 1994 so gestaltet werden, dass die neu entstehenden Länder in der DDR davon nicht profitieren und erst ab 1995 darüber beraten würden.²⁶ Den Bundesländern war schnell klargeworden, dass es bei den anstehenden Verhandlungen nicht nur um die Währungs- und Wirtschaftsunion, sondern zugleich um grundsätzliche Aspekte der künftigen Staatsstruktur und substantielle Veränderungen des föderalen Systems der Bundesrepublik ginge.²⁷

Kohl, Schäuble und die CDU-regierten Länder plädierten für die Ausweitung des Grundgesetzes auf die DDR und deren Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz. Der Kanzler wollte der SPD nicht die Chance geben, sozialistische Elemente in die deutsche Verfassung hineinzuschreiben. Seiner Ansicht nach polarisierten die Sozialdemokraten und strebten immer noch eine Neutralität Gesamtdeutschlands an. Denn die SPD-regierten Länder bevorzugten das Verfahren über Artikel 146 Grundgesetz, das ihrer Meinung nach eine größere demokratische Legitimation und möglicherweise eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung fände, wogegen allerdings aus Sicht der Bundesregierung die längere Wartezeit sprach.

Am 1. März präsentierte Schäuble erste Überlegungen für eine Überleitungsgesetzgebung, deren Ausgangspunkt das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland war. Diesem Kernstaat des 1949 neu organisierten Deutschen Reiches sollte die DDR beitreten, entweder als Staatsgebiet der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR. Die Bundesrepublik Deutschland hätte ihrerseits keine Entscheidungsmöglichkeit über die Annahme.²⁸

Der Sieg der „Allianz für Deutschland“ bei der Volksammerwahl war für Kohl ein „Gottesgeschenk“²⁹. Er befürwortete eine große Koalition bürgerlicher Kräfte aus CDU (Ost), DSU, Demokratischem Aufbruch, Liberalen und SPD in der Absicht, eine Mitte-Links-Koalition aus SPD und PDS auszuschießen. Die SPD-Führung sollte vor der Alternative stehen: sich entweder der Koalition anzuschließen oder sich später den Vorwurf gefallen lassen zu

25 TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 133.

26 Besprechung Kohl mit den Regierungschefs der Länder in Bonn und Anlage 1 Beschlussvorschlag der Länder, beide v. 15.2.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 834–838.

27 Besprechung Seiters mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder in Bonn, 2.3.1990, EBD. S. 899–905.

28 Aufzeichnung des Bundesministeriums des Innern, 27.2.1990, EBD. S. 879–886.

29 TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 177.

müssen, sie entziehe sich in geschichtlicher Stunde der nationalen Verantwortung. Die Taktik der Opposition lief darauf hinaus, gesamtdeutsche Wahlen so lange wie möglich hinauszuzögern. Sie hoffte, ein größerer zeitlicher Abstand zwischen Wiedervereinigung und gesamtdeutschen Wahlen werde bei wachsenden innenpolitischen Problemen infolge der Wiedervereinigung ihre Chancen auf den Regierungswechsel verbessern. Ehmke stellte deshalb drei Bedingungen: Erstens verlangte er den Abschluss eines Staatsvertrages mit der DDR einschließlich der Änderung des Grundgesetzes; zweitens sollte eine Beitrittserklärung der Volkskammer nach Klärung der außen- und sicherheitspolitischen Voraussetzungen vorliegen; und drittens forderte er die Billigung des geänderten Grundgesetzes als gesamtdeutsche Verfassung durch einen Volksentscheid. Erst dann könne sich der Deutsche Bundestag selbst auflösen und die gesamtdeutsche Wahl stattfinden.³⁰

Diese Forderungen waren für Kohl ein Grund mehr, das Verhandlungstempo zu forcieren. Im Zuge der Schaffung eines einheitlichen deutschen Währungsgebietes mit der Deutschen Bundesbank als Notenbank und der Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung, ergänzt durch eine Sozialunion, sollte sich die DDR zur Übernahme umfangreicher Gesetze verpflichten. Umstritten waren besonders drei Punkte: (1) die Klärung der Eigentums- und Vermögensfragen, (2) die Festlegung der Umstellungsmodalitäten für laufende Zahlungen und für Bestände an Bargeld, Sparguthaben und Verbindlichkeiten sowie (3) Fragen, die für die Bundesrepublik mit hohen finanziellen Anschubfinanzierungen bzw. Sozialleistungen verbunden waren, wie zum Beispiel der Leistungsumfang und die Höhe des Leistungsniveaus in den Sozialversicherungssystemen, die Höhe der Sozialhilfe, die Einbeziehung von Arbeitsförderungsmaßnahmen in die Sozialversicherung, Lohnfortzahlungsregelungen und die Mitfinanzierung durch die bundesdeutsche Rentenversicherung.³¹

Angesichts ungeklärter Eigentums- und Vermögensfragen, über die bereits bei der Begegnung am 19. Dezember 1989 in Dresden zwischen den Bundesministern Wilms und Haussmann mit DDR-Außenhandelsminister Beil Expertengespräche vereinbart worden waren, hatte die Regierung Modrow am 2. März in Schreiben an Kohl³² und Gorbatschow gefordert, die Eigentumsverhältnisse in der DDR künftig nicht in Frage zu stellen. Die von der

30 „Die FDP will die Bundestagswahl verschieben“, in: FAZ, Nr. 89, 17.4.1990, S. 1f.; „Die deutsch-deutschen Regierungsgespräche beginnen“, in: „General-Anzeiger“ (Bonn), 100. Jg., Nr. 30478, 17.4.1990, S. 1f.

31 Bundesministerium der Finanzen, Vermerk über das Ergebnis der Ressortberatungen zum Entwurf eines Vorschlages für einen Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 4.4.1990, 5 S., in: Bundeskanzleramt (BK), 212 – 35400 De 39 Bd. 3, zit. nach: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 141.

32 Schreiben Modrow an Kohl, 2.3.1990, EBD. S. 906.

sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949 vorgenommenen Enteignungen seien in Artikel 24 der Verfassung der DDR festgelegt. Die Bürger, so hieß es, hätten einen legitimen Anspruch auf den Fortbestand dieses Rechtsverhältnisses.³³ Die sowjetische Regierung unterstützte in einer TASS-Erklärung am 27. März die DDR-Position und verlangte, „die Rechtsordnung strikt einzuhalten sowie die sozialökonomischen Rechte und Interessen von Millionen Menschen in der DDR zu schützen“.³⁴

Als bekannt wurde,³⁵ dass sich der Zentralbankrat mit seiner skeptischen Haltung zur Währungs- und Wirtschaftsunion am 30. März gegenüber dem Bundeskanzler für eine generelle Umstellung aller Schuldverhältnisse allenfalls im Verhältnis 2:1 mit Ausnahme von Sparguthaben bis 2.000 Mark je Einwohner in der DDR ausgesprochen hatte,³⁶ lösten diese Vorschläge angesichts der Wahlkampfversprechen eine Welle des Protestes bei der Bevölkerung in der DDR aus.

Der Koalitionsvertrag der neuen DDR-Regierung vom 12. April³⁷ forderte die Umstellung des Kurses im Verhältnis 1:1, die Umbewertung der Inlandsschulden, in der Übergangsphase einen innerdeutschen Finanzausgleich, um die Finanzierung des DDR-Staatshaushaltes „bis zum vollen Greifen der Marktwirtschaft“ sicherzustellen, sowie die gleichberechtigte Vertretung der Länder der DDR im Zentralbankrat.

Tietmeyer, von Kohl beauftragter Unterhändler, wollte die erforderlichen währungspolitischen Maßnahmen, insbesondere die künftigen Befugnisse der Bundesbank, und die Regelungen für die neue Wirtschaftsordnung der DDR unter Rückgriff auf die Praxis von Ludwig Erhards Leitsatzgesetz aus dem Jahre 1948 möglichst unzweideutig vertraglich fixieren.³⁸ Die Bundesregierung schlug Ost-Berlin vor, Löhne und Gehälter in der DDR im Verhältnis 1:1 umzustellen. Sparguthaben und Bargeld sollten bis zu 4.000 DM im Verhältnis 1:1, darüber hinaus im Verhältnis 1:2 ab 2. Juli 1990 umgetauscht werden.³⁹

33 Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Eigentumsverhältnissen, 1.3.1990, EBD, S. 906–908.

34 Meldung TASS/russ./27.3.90/1420 in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Reihe III/Bd. 8a – 1990, Bonn 1991, S. 135–138.

35 „Mark der DDR soll 2:1 getauscht werden“, in: „Frankfurter Rundschau“, 46. Jg., Nr. 77/13, 30.3.1990, S. 1–3.

36 Schreiben Pöhl an Kohl und Entschließung des Zentralbankrats, beide v. 30.3.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1002–1004.

37 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD, 12.4.1990, in: BK, 212 – 35400 De 39 Bd. 3, zit. nach EBD, S. 144.

38 Hans TIETMEYER, *Erinnerungen an die Vertragsverhandlungen*, in: WAIGEL/SHELL (wie Anm. 16), S. 57–117, hier S. 65.

39 Angebot der Bundesregierung für den Staatsvertrag mit der DDR zur Gründung einer Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft, 23.4.1990, in: *Bulletin* (wie Anm. 1), Nr. 47, 24.4.1990, S. 374.

Grundsätzlich hatten die Länderfinanzminister am 20. April die Beteiligung der Länder an der finanziellen Unterstützung der DDR „als gesamtstaatliche Aufgabe“ im Zuge der bundesstaatlichen Solidaritätspflicht anerkannt und waren bereit, die von Bund und Ländern zu tragenden „DDR-Lasten“ bei der Umsatzsteuerverteilung ab 1991 einzukalkulieren.

In dem Arbeitspapier über die Vertragsgrundzüge, das Tietmeyer und Schäuble dem neuen DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière⁴⁰ am 23. April übergaben,⁴¹ waren vier zentrale Punkte festgeschrieben: die Herstellung der deutschen Einheit über Artikel 23 Grundgesetz, die innere Abhängigkeit zwischen der Schaffung der Währungs- und Wirtschaftsunion und den Verhandlungen im Rahmen der Zwei plus Vier, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und die Ausweitung der EG-Rechte auf das Gebiet der DDR. Kohl wollte am nächsten Tag in Bonn mit de Maizière zu einer Einigung kommen. Doch der DDR-Ministerpräsident lehnte das Angebot des Höchstbetrages von 4.000 DM für einen Umtausch im Verhältnis 1:1 ab.⁴² Am 30. April kristallisierte sich eine Lösung heraus, die den Durchbruch bedeutete. Die Umstellung der Geldbestände und Forderungen sollte im Verhältnis 2:1 erfolgen. Für die von der DDR je Einzelperson verlangten Beträge für die Umstellung von Bargeld- und Bankguthaben im Verhältnis 1:1 wurde eine je nach Lebensalter abgestufte Regelung von 2.000 DM bis zu 6.000 DM vereinbart.⁴³

Zu den regelungsbedürftigen Punkten im Staatsvertrag, die in einem Anhang zu dem Koalitionsvertrag festgelegt worden waren, zählte die DDR-Regierung auch die „Anerkennung der Eigentumsformen, einschließlich der Bodenreform, und der anderen durch die Siegermächte festgelegten Enteignungen“. Die Regierung de Maizière wollte die Enteignungen und Bodenreform aufgrund der Entscheidungen der sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949 festschreiben. Volksvermögen sollte über eine Treuhandgesellschaft, die der Volkskammer verantwortlich wäre, entflechtet, verwaltet und privati-

40 Lothar de MAIZIÈRE, *Anwalt der Einheit. Ein Gespräch mit Christine de Maizière*, Berlin 1996, S. 77–91. Hans-Joachim MEYER, „Mit Augenmaß und Festigkeit. Erinnerung an die Rolle von Lothar de Maizière im Prozeß der deutschen Einigung“, in: FAZ, Nr. 119, 25.5.1991, Beilage „Ereignisse und Gestalten“.

41 Arbeitspapier für die Gespräche mit der DDR für einen Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und Gemeinsames Protokoll über Leitsätze zum Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, beide v. 24.4.1990, sowie Anlage I Bestimmungen über die Währungsunion und über die Währungsumstellung, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1034–1055. SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 99f.

42 Hans KLEIN, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin–Frankfurt/M. 1991, S. 236.

43 TIETMEYER (wie Anm. 38), S. 79–85.

siert werden. Verhandlungsziel war es, „soziale Sicherungsrechte als nicht einlagbare Individualrechte einzubringen“. Damit waren insbesondere das Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung gemeint, die als Rechte in Form von Staatszielbestimmungen gewährleistet werden sollten.

Eine Ministerrunde unter Kohls Vorsitz war am 22. April übereingekommen, zwischen Bestimmungen der künftigen Eigentumsordnung in der DDR und den Vermögensansprüchen aufgrund von Enteignungen zu unterscheiden. Der erste Komplex sollte im Staatsvertrag möglichst eindeutig geregelt, über den zweiten Teilbereich wegen der politischen Sensibilität des Themas in der DDR und auf Seiten der sowjetischen Regierung weiter beraten werden. Am 28. April wurde Botschafter Blech im sowjetischen Außenministerium jedoch ein Aide-mémoire⁴⁴ überreicht,⁴⁵ in dem es hieß: „Die Rechtmäßigkeit dieser Beschlüsse, insbesondere zu den Vermögens- und Bodenfragen, unterliegt keiner Neuüberprüfung oder Neubewertung durch die deutschen Gerichte oder anderen deutschen Staatsorgane.“ Das betreffe auch „diejenigen Verpflichtungen, die die DDR zur Änderung ihrer Verfassung und der Gesetze über das sozialistische Eigentum in Stadt und Land übernehmen soll“. Damit verband die sowjetische Regierung konkrete Forderungen: (1) Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen der DDR durch die Bundesrepublik, (2) Nichtdiskriminierung ihrer Rechte gegenüber den Europäischen Gemeinschaften, (3) Sicherung des Aufenthalts sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR einschließlich Lösung der Frage des Währungsumtauschs für Angehörige der Streitkräfte, der Preissubventionierung, der Unterhaltskosten und der Reiseregelung sowie (4) Vermeidung negativer Auswirkungen auf die SDAG Wismut. Für den Fall einer „unbefriedigenden Lösung“ der aufgezählten Punkte kündigte die sowjetische Regierung an, diese als Blockadeinstrument in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einzubringen, wo dies die Beratungen aufhalten könnte.

Für Schäuble war dieses Memorandum „Warnung“ genug. Die Bundesregierung, meinte er, solle kein Interesse daran zeigen, entstandene Eigentumsverhältnisse in der DDR wieder rückgängig zu machen und das noch obendrein als eine Bedingung für die Wiedererlangung der Einheit von Moskau fordern.⁴⁶ Der Versuch, die Standhaftigkeit Gorbatschows in dieser Frage zu testen, unterblieb. Die Bundesregierung sah es auch nicht als notwendig an, diese Frage zum Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und Generalsekretär Gorbatschow zu machen. Graf Lambsdorff für die FDP und

44 Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR, 28.4.1990, Inoffizielle Übersetzung, VS-NfD, in: BK, 213 – 30100 Fr 6 Bd. 4, zit. nach *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 148.

45 Schewardnadse persönlich übergab am 29.4.1990 DDR-Außenminister Meckel das fast gleichlautende Memorandum. Richard ELBE/Frank KIESSLER, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S. 186.

46 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 103.

auch Stimmen in der Union wandten sich strikt gegen die Absicht, Enteignungen aus der Zeit zwischen 1945 und 1949 nicht mehr rückgängig zu machen. Das Dilemma bestand darin, Unrecht von Enteigneten wieder gutzumachen und andererseits daraus kein neues Unrecht entstehen zu lassen. Schäuble wie auch die Regierung de Maizière gingen davon aus, diejenigen Bürger in der DDR, die gutem Glaubens Eigentum erworben oder bekommen hatten, bräuchten nun nicht zu befürchten, ihren Grund und Boden wieder zu verlieren, selbst wenn sich die DDR-Staatsorgane diesen rechtswidrig angeeignet hätten. Eine Entscheidung über die heikle Frage, ob Entschädigung oder Rückgabe Vorrang genießen solle und damit auch die Frage der Höhe möglicher Entschädigungen blieb offen und daher im Staatsvertrag ungeregelt.⁴⁷

Am 16. Mai erzielten der Kanzler und die Regierungschefs der Länder in den wichtigsten Finanzierungsfragen Einigung.⁴⁸ Sie riefen den Fonds Deutsche Einheit ins Leben, der für die nächsten viereinhalb Jahre Beiträge von insgesamt 115 Milliarden DM bis Ende 1994 vorsah und die Haushaltsdefizite der DDR auf Bund, Länder und Gemeinden angemessen verteilte. Der Bund übernahm davon 20 Milliarden DM aus Einsparungen, 85 Milliarden DM kamen durch Nettokreditaufnahme zusammen. Die Lasten wurden zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 50:50 verteilt. Ab 1995 sollte ein neues bundesstaatliches Ausgleichssystem geschaffen werden unter Berücksichtigung der Steuerkraft, der Finanzkraft und der Verschuldung der einzelnen Länder. Die Länder-Regierungschefs achteten jedoch streng darauf, dass die Kreditaufnahme und die folglich steigenden Zinsen und Einsparungen des Bundes nicht zu Lasten der Länder erhöht wurden und die Umsatzsteuerverteilung bis 1992 unverändert blieb. Daraufhin konnten am 18. Mai Bundesminister Waigel und DDR-Finanzminister Romberg den Staatsvertrag⁴⁹ in Bonn unterzeichnen.

47 Vorlage Tietmeyer und Ludewig an Kohl mit Anlage 1: Zusammenstellung der wichtigsten Kompromißpunkte im Staatsvertrag; Anlage 2: Möglichkeiten des Eigentumserwerbs an Grundstücken in der DDR zur Förderung gewerblicher, arbeitsplatzschaffender Investitionen; Anlage 3: Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu den offenen Vermögensfragen, alle v. 13.5.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1108–1114.

48 Besprechung Kohl mit den Regierungschefs der Länder in Bonn, 16.5.1990, EBD. S. 1122–1125. Dazu auch Helmut KOHL, *Erinnerungen 1990–1994*, München 2007, S. 114.

49 Darstellung der Vertragsbestimmungen: Bruno SCHMIDT-BLEIBTREU, *Der Staatsvertrag in seiner rechtlichen Gestaltung und Umsetzung*, in: Klaus STERN/DERS. (Hg.), *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit*, Bd. 1: *Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, München 1990, S. 47–75; Klaus-Dieter SCHNAPPAUF, *Der Einigungsvertrag*, in: Deutsches Verwaltungsblatt 105 (Deutsches Reichsverwaltungsblatt 23), 1.12.1990, S. 1249–1256.

III. Einigungsvertrag

Innen- wie außenpolitisch kamen die grundlegenden Kompromisse im Mai/Juni 1990 zustande. Elementare Voraussetzung für die Regelung der außenpolitischen Fragen war die zügige Einführung der D-Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 als erste Etappe zur Wiedervereinigung. An diesem Tag fiel zugleich der Startschuss zur ersten Übergangsphase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Doch hatte sich die innenpolitische Ausgangslage für die Bundesregierung nach der Niederlage der CDU bei der Landtagswahl am 13. Mai 1990 in Niedersachsen drastisch verändert. Die Regierungskoalition besaß im Bundesrat keine Stimmenmehrheit mehr. Zudem benötigte die Bundesregierung für den zweiten Staatsvertrag, der die Einigung besiegeln sollte und ohne Änderungen des Grundgesetzes nicht zu bewerkstelligen war, die Stimmen der SPD für eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag. Somit war die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zu Arrangements mit den Sozialdemokraten gezwungen. Außerdem forderten die Länder ihre umfassende Beteiligung an den weiteren Verhandlungen mit der DDR. Die Ministerpräsidentenkonferenz betonte daher am 22. Juni die im Verhältnis zum Bund gleichgewichtige Mitverantwortung der Länder für den deutschen Einigungsprozess.

Schon in der zweiten Maihälfte ließ Schäuble im Bundesinnenministerium eine erste Arbeitsskizze über die „Grundstrukturen eines Staatsvertrages zur Herstellung der Deutschen Einheit“⁵⁰ – bald Einigungsvertrag genannt – ausarbeiten, dem DDR-Unterhändler Krause mit einem Fünf-Seiten-Papier begegnete, das stichpunktartig Grundgesetz, Wirtschaft, Finanzen, Innenpolitik, Außenpolitik, Rechtswesen und Schule/Universität als zu regelnde Probleme aufführte.⁵¹ Zunächst galt es allerdings, zwei grundsätzliche Fragen zu klären: den Zeitpunkt gesamtdeutscher Wahlen und die Modalitäten des Beitritts der DDR.

Um Wahlen noch 1990 zu ermöglichen, wurden drei Modelle diskutiert. Die erste Möglichkeit, erste gesamtdeutsche Wahlen zum Zeitpunkt der fälligen Bundestagswahl abzuhalten, setzte eine frühzeitige Beitrittserklärung der DDR voraus, um genügend Zeit zur Vorbereitung für die in der Zeit vom 2. Dezember 1990 bis 13. Januar 1991 geplanten Bundestagswahlen zu haben. Die zweite von Schäuble und dem DDR-Verhandlungsführer Krause befürwortete Möglichkeit, am selben Tage in beiden Teilen Deutschlands getrennte Wahlen abzuhalten, wobei in der Bundesrepublik die geplanten Bundestagswahlen stattfinden und in der DDR Wahlen zu einem gesamtdeutschen Par-

50 Aufzeichnung des Bundesministers des Innern, 28.5.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1151–1154.

51 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 136f.

lament abgehalten würden, verhiess, gesamtdeutsche Wahlen und Wiedervereinigung zu vereinbaren. Dazu bedurfte es aber eines Wahlgesetzes durch das Gesetzgebungsverfahren in der DDR. Zudem existierten dort noch keine Länder, in denen die Parteien⁵² ihrerseits Wahllisten aufstellen konnten. Auch mussten wiederum Regionen festgelegt sein. Weiterhin war ein Bundesgesetz notwendig, das die Übernahme der Abgeordneten der DDR in den Deutschen Bundestag bestimmen würde. Die dritte Variante sah den Abschluss eines Wahlvertrages vor. Der Wahlmodus müsste sich nach dem Bundestagswahlrecht richten. Mit Abschluss der Wahl oder kurze Zeit danach würde der Beitritt dann wirksam.⁵³ Ein Problem stellte die Fünf-Prozent-Sperrklausel dar. Im Falle getrennter Wahlen würden zwei verschiedene Wahlsysteme über die Zusammensetzung der Parteien und der Abgeordneten des Deutschen Bundestages entscheiden.⁵⁴

Bei Überlegungen zu den Beitrittsmodalitäten spielte als Vorbild der Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1958 eine wichtige Rolle.⁵⁵ Zwei grundsätzliche Fragen standen im Vordergrund: ob ein Staatsvertrag oder ein Überleitungsgesetz als Instrumentarium für den Beitritt der DDR dienen sollte, und in welchem Umfang das Grundgesetz geändert werden müsste. Denn aufgrund des Beitritts nach Artikel 23 Grundgesetz würde Bundesrecht nicht automatisch in der DDR in Kraft gesetzt. Politisch günstiger schien es dem Bundesinnenministerium, einen Staatsvertrag auszuhandeln.⁵⁶ Dann wüsste die DDR, „wohin die Reise geht“, die zeitliche Konkordanz von Beitritt und Rechtsangleichung wäre gegeben, alle Änderungen und Anpassungswünsche könnten in einem gesetzgeberischen Akt gebündelt werden; zudem würden endlose Debatten über die Überleitungsgesetzgebung vermieden. Mit der Überleitung von Bundesrecht auf die DDR könnten zwei Ziele sichergestellt werden: die umfassende und schnelle Verwirklichung der Rechtseinheit und die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.⁵⁷

Auch die Regierung de Maizière wollte unbedingt einen Staatsvertrag abschließen. Sie trat dabei als gleichberechtigter Verhandlungspartner auf, was

52 Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Parteien und andere politische Vereinigungen (Parteiengesetz) wurde am 22.7.1990 von der Volkskammer verabschiedet (GBl. DDR 1990 I, S. 904).

53 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 82f.

54 Vorlage Lehnguth an Seitzers, 17.5.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1132–1134.

55 Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes, 23.12.1956, in: BGBl. 1956 I, S. 1011.

56 Aufzeichnung des Bundesministers des Innern, 28.5.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1151–1154.

57 Rundschreiben Schäuble an die ständigen Mitglieder des Kabinettsausschusses Deutsche Einheit, Anlage 2: Kriterien für die Überleitung von Bundesrecht in die DDR im Zusammenhang mit einem Beitritt gemäß Artikel 23 Satz 2 GG, beide o.D., EBD. S. 1274.

psychologisch von Bedeutung war. Außerdem eröffnete der Staatsvertrag die Möglichkeit detaillierter Regelungen. Übereinstimmung herrschte, das Ausmaß der Grundgesetzänderungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.⁵⁸ Doch welche Änderungen noch erforderlich wären, darüber gingen die Meinungen unter den Bundesministerien weit auseinander.

Auf keinen Fall wollte die Bundesregierung eine allgemeine Diskussion um eine Verfassungsnovellierung in Gang setzen.⁵⁹ Schäuble beabsichtigte, in den zweiten Staatsvertrag lediglich diejenigen rechtstechnischen Anpassungen aufzunehmen, die für die Herstellung der staatlichen Einheit erforderlich wären. Diese Minimallösung intendierte, nur die Präambel zu ändern und Artikel 23 Grundgesetz, der als Ermächtigungsnorm für das Überleitungsrecht gebraucht würde, eventuell ersatzlos zu streichen. Hinsichtlich der Präambel des Grundgesetzes war jedoch fraglich, ob der Gedanke der Vollendung der deutschen Einheit ausdrücklich enthalten sein sollte. Artikel 29 Grundgesetz über die Neugliederung des Bundesgebietes sollte eine völlige Neufassung mit dem Ziel erfahren, die künftige Länderneugliederung zu erleichtern.⁶⁰

Die vollständige Überleitung des Grundgesetzes wurde nicht zuletzt wegen der Wehrverfassung – insbesondere Artikel 12a Wehr- und Dienstpflicht, Artikel 87a Aufstellung und Einsatz der Streitkräfte und Artikel 115a-I Verteidigungsfall – im Zusammenhang mit der Frage des Oberbefehls über die Nationale Volksarmee und der Durchführung des Lastenausgleichs nach Artikel 120a Grundgesetz als problematisch angesehen. Das Bundesministerium der Verteidigung sprach sich für die vollständige Übertragung der Wehrverfassung aus, eventuell mit Abstrichen, um sich somit Möglichkeiten der Konzessionen bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu bewahren. Das Auswärtige Amt erkannte darin eine unnötige Belastung der Verhandlungen. Das Bundeskanzleramt sprach sich dafür aus, zumindest partiell die sofortige Überleitung anzustreben.

Bei Artikel 116 Grundgesetz trat die Frage auf, ob es nach Wiederherstellung der Einheit noch Deutsche ohne deutsche Staatsangehörigkeit geben würde. Von Interesse war die Frage vornehmlich für das Ausland. Das Bun-

58 Aufzeichnung der Arbeitsgruppe Kabinettsausschuss Deutsche Einheit für Schäuble, Anlage 2: Wesentliche Mängel der gegenwärtigen bzw. in der DDR vorgesehenen Ländergliederung; Anlage 4: Einheit Deutschlands – Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; Anlage 5: Standpunkt zum Material des Bundesministers des Innern der Bundesrepublik Deutschland, alle v. 13.6.1990, EBD. S. 1214–1224.

59 Vorlage Wilhelm an den Chef des Bundeskanzleramtes betr. Überlegungen für Verfassungsänderungen mit Beitritt der DDR, 12.6.1990, in: BK, 132 – 35400 De 12 Bd. 10, zit. nach EBD. S. 199.

60 Vorlage Hegerfeldt an den Chef des Bundeskanzleramtes betr. Änderung des Grundgesetzes im Zusammenhang mit Beitritt DDR, AL-Besprechung im Bundesministerium des Innern, 27.6.1990, in: BK, 132 – 35400 De 12 NA 5 Bd. 1, zit. nach EBD.

deskanzleramt befürchtete, die Beibehaltung könnte ein falsches Signal geben, in dem Sinne, die Deutschen seien noch nicht „saturiert“. Ein weiteres Problem stellte sich mit einer neuen Regelung des § 218 StGB.⁶¹ Überlegt wurden Möglichkeiten, unterschiedliche Modalitäten für eine Übergangszeit beizubehalten.

Zudem strebte die DDR-Regierung vor Ratifizierung des Staatsvertrages die Veröffentlichung einer Gemeinsamen Erklärung mit der Bundesregierung zu den Vermögensfragen an. Von der ersten Entwurfsfassung war die Regierung de Maizière jedoch abgerückt, weil darin die politische Endgültigkeit der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 ohne Entschädigung festgestellt wurde.⁶² Es sollte nur eine Entschädigung und keine Erbbaurechtsregelung geben, geschweige denn eine Rückübertragung für Enterbte. Dies war für die Bundesregierung nicht akzeptabel. Das Bundesjustizministerium zielte nun darauf, einen sozialverträglichen Ausgleich zwischen den Westeigentümern und den Bürgern in der DDR im Sinne einer gleichrangigen Entschädigungsregelung zu erreichen. Dies bedeutete ein Entgegenkommen gegenüber der DDR, denn die Restitution sollte zwingend Vorrang vor einer Entschädigung haben. Außerdem sollte eine Veränderungssperre gelten. Die DDR allerdings beharrte darauf, dass Enteignungen endgültig sein und nicht rückgängig gemacht werden sollten, und die Bundesregierung nahm dies zur Kenntnis. In der Gemeinsamen Erklärung vom 15. Juni wurden schließlich Eckwerte festgelegt, die eine grundsätzliche Rückübertragung des enteigneten Vermögens vorsahen.⁶³

In „Eckpunkte für die bundesstaatliche Ordnung im vereinten Deutschland“ vom 5. Juli⁶⁴ formulierten die Länder ihre Forderungen im Einigungsprozess: keine Neuordnung des Finanzausgleichs vor 1994/95, Einsetzung einer Enquete-Kommission für Verfassungsreformen, eventuell Neufassung des Artikels 24 Grundgesetz hinsichtlich der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen, stärkere Mitsprache bei der Festlegung deutscher Positionen zur europäischen Integrationspolitik und eine neue Stimmenverteilung im Bundesrat. Berlin erhob Anspruch auf die Hauptstadtrolle

61 Vorlage Lehnguth an Seiters, 12.6.1990, EBD. S. 1208f.

62 Vorlage Vogel an Wagner, Anlage 2: Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung von Vermögensfragen, Anlage 3: Gesprächskonzeption zum Thema „Offene Vermögensfragen“, alle v. 11.6.1990, EBD. S. 1201–1206.

63 Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen, 15.6.1990, in: *Bulletin* (wie Anm. 1), Nr. 77, 19.6.1990, S. 661–663.

64 Schreiben Rau an Kohl mit Anlage: Eckpunkte der Länder für die bundesstaatliche Ordnung im vereinten Deutschland, beide v. 5.7.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1304–1307.

und hielt sich die Tür für eine Zusammenlegung der entstehenden Länder Berlin und Brandenburg offen. Nordrhein-Westfalen und Hessen wollten dagegen die Hauptstadtfrage nicht im Staatsvertrag regeln, sondern die Entscheidung dem gesamtdeutschen Parlament vorbehalten.⁶⁵

Schäubles Schachzug, alle notwendigen Prüfungen für den Beitritt soweit vorzubereiten und anschließend nur noch über das zu sprechen, was die DDR-Regierung als verhandlungsnotwendig erachten würde,⁶⁶ sollte verhindern, dass die SPD notwendige Grundgesetzänderungen zum Hebel einer weiterreichenden Verfassungsrevision machte.

In der ersten Verhandlungsrunde am 6. Juli⁶⁷ forderte de Maizière Verständigung über vier Punkte. Er schlug die Bezeichnung „Deutsche Bundesrepublik“ vor und eine neue gesamtdeutsche Hymne, deren „1. Strophe die – textlich an die Melodie von Haydn angepasste – DDR-Hymne und als 2. Strophe die 3. Strophe des Deutschlandliedes umfassen“ könnte. Schäuble dagegen sah keine Veranlassung, Fahne und Hymne der Bundesrepublik Deutschland zu ändern. Weiterhin wollte de Maizière die Hauptstadtfrage im Einigungsvertrag regeln, während Schäuble vorschlug, die Entscheidung dem gesamtdeutschen Gesetzgeber vorzubehalten. Ferner verlangte de Maizière, die Erträge der Treuhandanstalt sollten ausschließlich dem Gebiet der DDR zugute kommen. Was die Änderung des Grundgesetzes betraf, so stimmte die DDR-Delegation der Ansicht Schäubles zu, die Modifikationen auf das Notwendigste zu beschränken und nur die Präambel sowie die Artikel 23, 29 und 146 anzupassen. De Maizière intendierte die Konkretisierung der Staatszielbestimmungen und regte an, Artikel 23 zu streichen.⁶⁸

Die eigentliche „Schlachtfreie“ in den weiteren Verhandlungen verlief jedoch weniger zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung. Vielmehr traten nun erhebliche Spannungen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern, nicht zuletzt den SPD-geführten Ländern unter Vorsitz Nordrhein-Westfalens, auf, das die Forderungen der Opposition einbrachte. Im Wesentlichen konzentrierten sich die Beratungen auf die beitriffsbedingungen

65 Besprechung Seiters mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder in Bonn, 5.7.1990, EBD, S. 1299–1304; SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 114.

66 Diskussionspapier des Bundesministers des Innern mit Elementen einer zur Herstellung der deutschen Einheit zu treffenden Regelung, o.D., in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1267–1274.

67 Erste Verhandlungsrunde über den Vertrag zur Herstellung der deutschen Einheit (Einigungsvertrag) in Berlin, 6.7.1990, EBD, S. 1324–1328; SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 90, 114, 123–139, 180f.; KOHL (wie Anm. 48), S. 191–193; TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 305.

68 Abgestimmter Katalog der Verhandlungsthemen zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), 6.7.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1328–1331.

Änderungen des Grundgesetzes, die Haushalts- und Finanzhilfen und auf Fragen der Überleitung des Bundesrechts und der öffentlichen Verwaltungen.⁶⁹

In der Präambel wollte der Bund lediglich die Vollendung der Einheit zum Ausdruck bringen,⁷⁰ der sich die DDR-Delegation weitgehend anschloss, während die SPD-geführten Landesregierungen den Gedanken der Verantwortung für unterentwickelte Gebiete der Erde, den Umweltschutz, das Recht auf Arbeit, Wohnen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Kultur als Staatsziele berücksichtigt sehen wollten.⁷¹ Zu den weitergehenden Forderungen der Länder nach Änderungen des Grundgesetzes gehörte die Neufassung von Artikel 72 Grundgesetz mit der Absicht, eine Einschränkung der Befugnisse des Bundes zur Gesetzgebung im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung vorzusehen und die Erweiterung der Zustimmungsbedürftigkeit nach Artikel 83 durch Hinzufügung eines zweiten Absatzes.⁷² Ferner schlug Nordrhein-Westfalen vor, einen Artikel 146a in das Grundgesetz einzufügen, mit dem Bundestag und Bundesrat zur Einberufung eines Verfassungsrates ermächtigt würden, der binnen zwei Jahren auf der Basis des Grundgesetzes eine neue Verfassung auszuarbeiten hätte. Dieser sollte mit Zweidrittel-Stimmmehrheit über die neue Verfassung beschließen, die durch Volksentscheid von der Mehrheit der Wahlberechtigten zu bestätigen wäre.⁷³ Umstritten war zudem die Verteilung des Länderanteils, insbesondere der neuen Bundesländer und deren Gemeinden, an der Umsatzsteuer.⁷⁴ Der Bund beabsichtigte die Aufteilung in einen West- und einen Ost-Anteil nach Einwohnerzahl. Die Länder lehnten dies ab, da aus ihrer Sicht ihre Finanzbeteiligung durch den Fonds Deutsche Einheit geregelt war.

Am 18. Juli unterbreitete das Bundesministerium des Innern Überlegungen zur Grundstruktur des Einigungsvertrages⁷⁵ und trieb damit die Verhandlungen voran. Darüber hinaus lag ein Entwurf des Bundesinnenministeriums⁷⁶ und ein Vorschlag der DDR für die Präambel des Einigungsvertrages⁷⁷ vor.

69 Vermerk Lehguth für Sitzung Kabinettsausschuss Deutsche Einheit am 24. Juli 1990, 23.7.1990, EBD. S. 1406–1409.

70 Sitzung von Vertretern des Bundes, der Deutschen Demokratischen Republik und der Länder, Anlage 2a: Vorschlag des Bundes, 18.7.1990, EBD. S. 1388.

71 Anlage 3: Vorschlag Nordrhein-Westfalens und Anlage 11: Vorschlag Nordrhein-Westfalens, beide v. 18.7.1990, EBD. S. 1389, 1395.

72 Anlage 7: Vorschlag der Länder, 18.7.1990, EBD. S. 1392–1394.

73 Anlage 10: Vorschlag Nordrhein-Westfalens, 18.7.1990, EBD. S. 1395.

74 Zu den Auswirkungen des Kommunalvermögensgesetzes der DDR: Schreiben Schlecht an Seitzers, 26.7.1990, EBD. S. 1421f.

75 Sitzung von Vertretern des Bundes, der Deutschen Demokratischen Republik und der Länder, Anlage 14: Vorschlag des Bundesministers des Innern, 18.7.1990, EBD. S. 1397–1399.

76 Anlage 12: Vorschlag des Bundesministers des Innern, 18.7.1990, EBD. S. 1396.

77 Anlage 13: Vorschlag der DDR, 18.7.1990, EBD. S. 1397.

Hinsichtlich der Änderung der Präambel des Grundgesetzes waren sich alle Beteiligten einig, die Forderung von jüdischer Seite nach Erwähnung des Holocaust in der Präambel des gesamtdeutschen Staates nicht aufzunehmen.

Immer lauter werdende Stimmen in der DDR nach sofortigem Beitritt brachten die Volkskammer am 22. Juli dazu, die Bundesregierung zum Abschluss eines Wahlvertrages mit der DDR aufzufordern.⁷⁸ Das schloss getrennte Wahlen aus. Schäuble und Krause, lange Anhänger dieses Modells, mussten jenen Kräften bei den verschiedenen Parteigruppierungen Tribut zollen, für die neben dem Wahltermin auch die Frage der Sperrklausel bei der Ausgestaltung des Wahlrechts von entscheidendem Interesse war.⁷⁹ Desto heftiger entbrannte nun der Streit um die Fünf-Prozent-Sperrklausel. Die Bundesregierung wollte die PDS nach Möglichkeit aus dem gesamtdeutschen Parlament heraushalten. Diese Möglichkeit bestand nur, wenn sich die Fünf-Prozent-Sperrklausel auf das gesamte Wahlgebiet der Bundesrepublik, der DDR und Berlins bezöge. Dazu würde die PDS auf dem Gebiet der DDR, wo sie vermutlich nur ein größeres Wählerpotential ansprechen konnte, über 23 Prozent der Stimmen erringen müssen, um im gesamten Wahlgebiet über die Fünf-Prozent-Hürde zu gelangen. Von dieser Regelung war aber ebenso die der CSU nahestehende DSU betroffen. Schäuble plädierte deshalb für die getrennte Anwendung der Klausel nach dem Wahlgebiet der bisherigen Bundesrepublik und der DDR, was ihm prompt von Seiten der SPD und des Koalitionspartners FDP den Vorwurf einbrachte, CDU und CSU wollten nur die DSU politisch am Leben erhalten.⁸⁰

In einem Koalitionsgespräch am 26. Juli verständigten sich CDU/CSU und FDP als Erstes auf den 2. Dezember als endgültigen Wahltermin.⁸¹ Der Lösungsansatz lag darin, im Wahlvertrag die Fünf-Prozent-Sperrklausel festzuschreiben und für die erste gesamtdeutsche Wahl Listenverbindungen zwischen Parteien und politischen Gruppierungen zuzulassen, die nicht in einem

78 Am 20. und 22.7.1990 hatte die Volkskammer über den Antrag der Fraktion Die Liberalen (Drucksache Nr. 148, 10.7.1990) beraten, „einen Tag vor Durchführung von Wahlen für ein einheitliches deutsches Parlament“ dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten. Am 22.7. beschloss die Volkskammer in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 82 Stimmen bei 17 Enthaltungen einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU/DA zu Drucksache Nr. 148, der die Einberufung einer gemeinsamen „Sitzung der beiden Ausschüsse für Deutsche Einheit noch im Juli“ vorsah, um über „gesamtdeutsche Wahlen zu beraten“. Zudem wurde die Regierung der DDR beauftragt, mit der Bundesregierung „parallel zu den Verhandlungen zum Einigungsvertrag einen Vertrag zur Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahlen auszuhandeln“ (Volkskammer, 10. Wahlperiode, Protokolle, Bd. 27, S. 1129–1131, 1157–1169, 1237–1247, 1265–1270, Abstimmungsergebnis S. 1283–1285).

79 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 83f.

80 EBD. S. 86–90.

81 Tischvorlage Schäuble für die Sitzung des Bundeskabinetts, 9.8.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1456f.

Land nebeneinander kandidieren. Jeder Partei stünden drei Optionen offen: die Ausdehnung auf das gesamte Wahlgebiet, die Fusion mit einer anderen Partei im jeweiligen anderen Teil Deutschlands oder die Vereinbarung einer Listenverbindung. Damit war den Interessen von SPD und FDP genauso gedient wie der CSU und der DSU, die gemeinsam die Fünf-Prozent-Hürde nehmen konnten, da sie nicht in einem Bundesland nebeneinander kandidierten.⁸² Das Bundesverfassungsgericht machte allerdings diesen Kompromiss am 29. September mit seiner Entscheidung wieder hinfällig. Demnach durfte bei der ersten Wahl des gesamtdeutschen Parlaments die Fünf-Prozent-Klausel nur auf die beiden bisherigen Wahlgebiete der Bundesrepublik und der DDR bezogen angewandt werden.

In der ersten Augusthälfte spitzte sich die Koalitionskrise der Regierung de Maizière zu. Sie führte am 15. August zur Entlassung der SPD-Minister und erhöhte allseits den Verhandlungsdruck.⁸³ Zunächst kam es im Bund-Länder-Verhältnis auf die Klärung der hauptsächlich noch strittigen Punkte an: Verteilung der Umsatzsteuer, Änderungswünsche der A-Länder bei den offenen Vermögensfragen, Bund/Länder-Verteilung bei dem Verwaltungs- und Finanzvermögen und der Treuhandanstalt, Regelung für den öffentlichen Dienst der DDR, Staatszielbestimmungen, Änderungen des § 218 StGB und die Stimmrechtverteilung im Bundesrat.⁸⁴ Noch bevor der Einigungsvertrag fertig ausgehandelt war, drängte die DSU jedoch auf einen Beitrittsbeschluss, dem die überwiegende Mehrheit der Volkskammer in der Nacht zum 23. August zustimmte.⁸⁵

Genaugenommen war nun der Abschluss des Einigungsvertrages nicht mehr erforderlich. Bundesrecht hätte auch durch ein Überleitungsgesetz in der DDR in Kraft gesetzt werden können. Das aber wollte die Bundesregierung wegen der negativen politischen Wirkungen nicht. Ihr kam es darauf an, dennoch den Einigungsvertrag abzuschließen.⁸⁶ Zu klären blieb insbesondere die vorgesehene Regelung des § 218 StGB, die Hauptstadtfrage und die Finanzverteilung.

82 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 92f., 96f.

83 KOHL (wie Anm. 48), S. 199.

84 Vorlage Busse und Stern an Seiders, 22.8.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1488f.

85 Sabine BERGMANN-POHL, *Abschied ohne Tränen. Rückblick auf das Jahr der Einheit*, aufgezeichnet v. Dietrich von THADDEN, Frankfurt/M. 1991, S. 155–158. Äußerung Lothar de Maizières in: Ekkehard KUHN, *Gorbatschow und die deutsche Einheit. Aussagen der wichtigsten russischen und deutschen Beteiligten*, Bonn 1993, S. 170. Dazu auch Schreiben Bergmann-Pohl an Kohl, 25.8.1990, mit Beschluss der Volkskammer über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23.8.1990, 25.8.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1497f.

86 Zu den Streitpunkten: Vorlage Busse und Stern an Seiders, 23.8.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1490–1492.

In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs lief alles auf eine zweigeteilte Rechtssituation in Deutschland hinaus.⁸⁷ In der Frage der Hauptstadt setzte sich SPD-Verhandlungsführer Wolfgang Clement mit der Forderung Nordrhein-Westfalens durch, wenn Berlin schon Hauptstadt werde, müsse aber die Entscheidung über die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung dem gesamtdeutschen Gesetzgeber überlassen werden. Die Länderfinanzminister machten ihre Zustimmung zur Umsatzsteuerverteilung unter den neuen Ländern von detaillierten Bedingungen abhängig.⁸⁸ Bei den offenen Vermögensfragen erfolgte die Verständigung, in Anlage II des Einigungsvertrages die Gesetzestexte über besondere Investitionen in der DDR und die Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni zur Regelung der offenen Vermögensfragen aufzunehmen,⁸⁹ die am 12. September in einem gemeinsamen Schreiben der beiden deutschen Außenminister an die Vier Mächte bestätigt wurde.⁹⁰ In der Nacht des 31. August 1990 konnte dann der Einigungsvertrag paraphiert werden.⁹¹

IV. Zwei-plus-Vier-Vertrag

Was waren die wesentlichen Streitpunkte des Zwei-plus-Vier-Vertrages? Dass die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschlands eine, wenn nicht gar die zentrale Frage der Wiedervereinigung sein würde, war der Bundesregierung vom Tage des Mauerfalls an bewusst. Erstens war Kohl selbst felsenfest von der Westbindung als der einzigen außenpolitisch bewährten und vernünftigen Option des vereinten Deutschlands überzeugt. Zweitens betrieb er mit der kontinuierlichen Beteuerung des Festhaltens an der NATO-Mitgliedschaft und der beschleunigten Fortsetzung der europäischen Integration in Richtung Währungs- und Wirtschaftsunion sowie dem Einstieg in die Diskussion um die Politische Union Rückversicherungspolitik bei den westlichen Verbündeten. Drittens machte er bei seinem Gespräch am 10. Februar 1990

87 Vermerk Hegerfeldt, 17.8.1990, EBD. S. 1472f.; SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 231, 235, 240f., 249f.

88 Gespräch Waigel mit den Finanzministern der Länder und Beschluss der Finanzministerkonferenz der Länder, beide v. 28.8.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1503–1505.

89 Die Erklärung wurde als Anlage III Bestandteil des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 (BGBl. 1990 II, S. 1237f.).

90 Schreiben Genscher und de Maizière an die Außenminister der Vier Mächte im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, in: *Bulletin* (wie Anm. 1), Nr. 109, 14.9.1990, S. 1156f.

91 SCHÄUBLE (wie Anm. 15), S. 252–254. Bruno SCHMIDT-BLEIBTREU, *Der Einigungsvertrag in seiner rechtlichen Gestaltung und Umsetzung*, in: Klaus STERN/DERS. (Hg.), *Verträge und Rechtsakte zur Deutschen Einheit*, Bd. 2: *Einigungsvertrag und Wahlvertrag mit Vertragsgesetzen, Begründungen, Erläuterungen und Materialien*, München 1990, S. 57–87.

in Moskau Gorbatschow indirekt bereits klar, dass ohne dieses Zugeständnis die Sowjetunion von der Wiedervereinigung nicht profitieren könne.⁹²

Die seit Anfang 1990 veränderte Taktik der Regierung Bush beruhte wesentlich auf der Überlegung, Deutschland nicht vor die Alternative „Einheit oder westliche Allianz“ zu stellen. Bush unterstützte in seinem Schreiben vom 9. Februar⁹³ schließlich Kohls Bestrebungen zur Wiedervereinigung, stellte aber zugleich drei Maximalforderungen für die Zustimmung zur deutschen Einheit: Er lehnte die Wiedervereinigung zu sowjetischen Konditionen – ein neutrales oder nach Osten orientiertes wiedervereinigtes Deutschland – ab. Die Westbindung des zukünftigen Deutschland in der NATO machte er zu *der* *Conditio* für die Einheit schlechthin. Schließlich verlangte er die Fortdauer amerikanischer Truppenpräsenz in Europa. Als Konzession war Bush bereit, einen besonderen sicherheitspolitischen Status des DDR-Territoriums hinzunehmen, forderte dafür aber zusätzlich einen Preis, nämlich die Reduzierung sowjetischer Truppen. Für diesen Fall intendierte er, der NATO eine mehr politische Rolle zu übertragen. Er war also entschlossen, die Verhandlungen von der westlichen Extremposition aus zu starten.

Kohl lehnte gegenüber Gorbatschow stets eine Neutralisierung des vereinten Deutschlands ab. Gleichwohl hatte der Kanzler seinen zu zahlenden Preis für den Fall der Erlangung der Souveränität Deutschlands und der sowjetischen Zustimmung zu dessen NATO-Mitgliedschaft deutlich in dem Gespräch am 10. Februar genannt: die Respektierung der Sicherheitsinteressen aller Nachbarstaaten durch Verzicht auf ABC-Waffen, die Begrenzung der staatlichen Einheit Deutschlands auf die Territorien der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Berlins sowie die endgültige vertragliche Bestätigung des Verzichts auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie und das 1945 sowjetischer Verwaltung unterstellte Territorium Ostpreußens.⁹⁴ Grundlage waren für ihn die Pariser Verträge von 1955 sowie die Verträge von Moskau und Warschau 1970. An dem Abschluss eines Friedensvertrages war die Bundesregierung nicht mehr interessiert, da es ihr nur noch um die Ablösung der verbliebenen Viermächte-Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes ging. Eine Friedenskonferenz kam nicht in Betracht, weil diese nur Forderungen der Teilnehmer nach Reparationszahlungen geschürt und die vertragliche Regelung kompliziert und hinausgezögert hätte.

Ausgangspunkt für die Verhandlungen waren drei Prämissen: Wirtschaftliche Hilfe würde der Sowjetunion die Zustimmung zur Einheit erleichtert; Veränderungen der NATO-Strategie wären erforderlich, und finanzielle deutsch-sowjetische Arrangements gäben den Sowjets zusätzlich Rückversicherungen.

92 Gespräch Kohl mit Gorbatschow in Moskau, 10.2.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 795–807.

93 Schreiben Bush an Kohl, 9.2.1990, EBD. S. 793f.

94 Gespräch Kohl mit Gorbatschow, 10.2.1990, EBD. S. 795–807.

Der mit der Bundesrepublik und den Westmächten abgestimmte Katalog der Sicherheitsgarantien, den Baker Gorbatschow Mitte Mai präsentierte, umfasste Elemente, die in wesentlichen Grundzügen schon in der 1950er Jahre diskutiert worden waren: (1) die Verpflichtung zu KSZE-Folgeverhandlungen nach Abschluss der Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Wien, bei denen die Größe der Streitkräfte in Europa zu klären war, (2) die Vorverlegung des Beginns neuer Rüstungskontrollverhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen, (3) Bushs Zusicherung, die NATO-Strategie im nuklearen und konventionellen Bereich unter Berücksichtigung der Veränderungen in Europa zu überprüfen, (4) die Bestätigung des Verzichts auf ABC-Waffen und somit des nichtnuklearen Status Deutschlands, (5) die Zusicherung, während einer Übergangsphase auf dem Gebiet der DDR keine NATO-Truppen zu stationieren, (6) die Festlegung einer Übergangsphase für den Abzug sowjetischer Truppen aus Deutschland, (7) die verbindliche Festlegung der Grenzen des künftigen Deutschland, (8) die Stärkung der KSZE-Institutionen und die Rolle der Sowjetunion im europäischen Rahmen, die auf einer KSZE-Gipfelkonferenz in Paris beschlossen werden sollte, und (9) die Ausweitung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen.⁹⁵

Kohl hatte Bush bereits beim Treffen am 24./25. Februar in Camp David⁹⁶ prophezeit, Gorbatschow wolle mit ihm, Bush, das „Geschäft abschließen“. Beim Gipfeltreffen der beiden Ende Mai/Anfang Juni in Washington (D. C.) stimmte Gorbatschow auf der Basis der KSZE-Schlussakte dem Vorschlag Bushs zu, die Vereinigten Staaten – von der Sowjetunion sprach der amerikanische Präsident nicht – würden eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO befürworten. Sollte Deutschland eine andere Wahl treffen, so würden die Vereinigten Staaten „sie respektieren“. Damit war der Durchbruch in der strittigen Frage der Bündnismitgliedschaft erreicht.⁹⁷

95 BAKER (wie Anm. 12), S. 247–252, insbes. S. 250f.; ZELIKOW/RICE (wie Anm. 23), S. 260–266, insbes. S. 263f.; Robert L. HUTCHINGS, *American Diplomacy and the End of the Cold War. An Insider's Account of U.S. Policy in Europe, 1989–1992*, Washington (D.C.), Baltimore, London 1997, S. 128–131; GENSCHER (wie Anm. 11), S. 787f.; TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 241f.; KIESSLER/ELBE (wie Anm. 45), S. 148f.

96 Gespräch Kohl mit Bush in Camp David, 24. und 25.2.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 860–873, 874–877.

97 BAKER (wie Anm. 12, S. 253) zufolge sagte Gorbatschow, die USA und die UdSSR seien einverstanden, dass Deutschland frei entscheide, welchem Bündnis es sich nach Abschluss einer Zwei-plus-Vier-Vereinbarung anschließen möchte. Michail GORBATSCHOW (*Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 722f.) berichtet, er habe gesagt, die USA und die UdSSR würden „nicht dagegen einschreiten, sondern diese respektieren“. Dazu auch Anatoli TSCHERNAJEW, *Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen*, Stuttgart 1993, S. 298; Robert D. BLACKWILL, *Deutsche Vereinigung und amerikanische Diplomatie*, in: Außenpolitik 45 (1994) 3, S. 211–225, hier S. 219.

Welche Kompromisse schlossen Kohl und Gorbatschow bei den Besprechungen in Moskau⁹⁸ und im kaukasischen Archys⁹⁹? Kohl übergab zunächst im ersten Gespräch Überlegungen zu einem bilateralen Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit,¹⁰⁰ der bis zu Gorbatschows Besuch am 9. November 1990 in Deutschland unterschriftsreif war¹⁰¹. Der Bundeskanzler erreichte in den Gesprächen dann dessen Zusage zur Wiederherstellung Deutschlands als souveräner Staat, die Einwilligung Gorbatschows in die gleichzeitige Ablösung der Viermächte-Rechte, die freie Bündniswahl Deutschlands und somit das Einverständnis zu dessen NATO-Mitgliedschaft, die Vereinbarung über die Rückführung der sowjetischen Truppen aus Deutschland in drei bis vier Jahren sowie die Unterstützung bei der Abwehr polnischer Forderungen nach einem vorzeitigen Grenzvertrag. Gorbatschow erhielt drei Zusagen bezüglich des Verzichts auf ABC-Waffen für Deutschland, der finanziellen Hilfeleistungen bei der Rückführung sowjetischer Streitkräfte in die UdSSR und im Hinblick auf den Abschluss eines bilateralen Vertrages. Außerdem vereinbarten beide eine Obergrenze für die gesamtdeutschen Streitkräfte in Höhe von 370.000 Mann. Die Frage der Verlegung von NATO-Truppen in das Gebiet der DDR wurde nicht eindeutig geklärt. Der Kanzler vertrat die Meinung, dort dürften keine Nuklearwaffen und keine ausländischen Truppen stationiert werden. In Gorbatschows Augen hatten sich beide Seiten darauf bereits endgültig festgelegt, dort keine fremden Truppen zu stationieren.¹⁰² Die entscheidenden Vereinbarungen waren jedenfalls erzielt.

Schließlich stellte sich noch die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Schon kurz nach der Maueröffnung hatte Kohl gegenüber dem polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski eine einvernehmliche Regelung im Falle einer Wiedervereinigung in Aussicht gestellt.¹⁰³ An die Anerkennung der polnischen Westgrenze knüpfte der Kanzler drei Bedingungen: Die Wiedervereinigung müsste besiegelt sein; Deutschland werde keinen Territorialverzicht unter dem Diktat der Alliierten im Rahmen der Verhandlungen mit den Vier Mächten leisten, sondern

98 Gespräch Kohl mit Gorbatschow und Delegationsgespräch in Moskau, beide v. 15.7.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1340–1348, 1352–1355.

99 Gespräch Kohl mit Gorbatschow im erweiterten Kreis in Archys/Bezirk Stawropol, 16.7.1990, EBD. S. 1355–1367; KOHL (wie Anm. 48), S. 162–185; KLEIN (wie Anm. 42), S. 113f., 233–235.

100 Überlegungen zum Inhalt eines Vertrages über Partnerschaft und Zusammenarbeit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Deutschland, 15.7.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 1348–1352.

101 Wortlaut in: BGBl. 1991 II, S. 703–709, sowie Briefwechsel Genscher und Schewardnadse im Zusammenhang mit der Unterzeichnung am 12.9.1990 in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/199, 6.3.1991, S. 16–19.

102 TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 361.

103 Gespräch Kohl mit Jaruzelski, 12.11.1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 519–529, hier S. 527f.

wenn freiwillig auf bilateraler bzw. trilateraler Schiene mit der DDR und Polen; und ein gesamtdeutsches Parlament sollte dem zustimmen.

Für Kohl war die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die Gegenleistung der Deutschen für die Erlangung der Einheit.¹⁰⁴ So ähnlich hatte es schon Adenauer 1953 formuliert.¹⁰⁵ Kohl setzte dabei auf die Einsicht der deutschen Öffentlichkeit. So gesehen, waren die Auseinandersetzungen um die Anerkennung eigentlich überflüssig. Denn die Bundesregierung hatte nie erklärt, sie wäre dazu nicht bereit. Der Kern des Problems stellte vielmehr die historische Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses und die psychologische Frage des gegenseitigen Vertrauens dar. Letzten Endes war nicht die Anerkennung als solche umstritten, sondern lediglich der Zeitpunkt, der Verhandlungsrahmen und die Einhaltung der gegebenen Zusage, einen Grenzvertrag nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit abzuschließen, die auf Kohls Initiative beide deutschen Parlamente am 8. März mittels gleichlautender Resolution verabschiedet hatten.¹⁰⁶

Doch schien Kohls Grenzanerkennungsstrategie Mitte März 1990 unter dem Druck der öffentlichen Auseinandersetzungen über seine Weigerung einer frühzeitigen Anerkennung, dem Streit darüber mit der FDP, dem Beharren der Polen auf ihrer Teilnahme an den Verhandlungen und angesichts einer ziemlich geschlossenen Front der Vier Mächte gegen seine Verfahrensvorschläge zusammenzubrechen¹⁰⁷. Die Bundesregierung stand isoliert da. Der Kanzler ahnte hinter alledem Reparationsforderungen der Polen, die er strikt ablehnte.¹⁰⁸ Dafür nahm er auch eine heftige Auseinandersetzung mit Mitterrand in Kauf, der die Forderung der polnischen Regierung unterstützte.¹⁰⁹ Die Sowjetunion und Polen würden nach Abschluss der vorgesehenen Verträge durch Gebietsabtretungen im Umfang eines Drittels des ehemaligen Deutschen Reiches entschädigt werden, entgegnete Kohl. Zudem galt der 1953 von Polen gegenüber Deutschland ausgesprochene Reparationsverzicht.¹¹⁰ Und die

104 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 14), S. 1076.

105 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Die Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 611f.

106 Schreiben Kohl an Gorbatschow, 6.3.1990, und Entwurf eines Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 912f. Der Deutsche Bundestag nahm den Antrag (Drucksache 11/6579, 6.3.1990) am 8.3.1990 mit großer Mehrheit bei 5 Enthaltungen an (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Sten. Ber., Bd. 152, Plenarprotokoll 11/200, S. 15429).

107 TELTSCHIK (wie Anm. 24), S. 173.

108 Gespräch Kohl mit Mazowiecki in Warschau, 14.11.1989, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 532–537.

109 Telefongespräch Kohl mit Mitterrand, 14.3.1990, EBD. S. 943–947.

110 Die Regierung der UdSSR hatte am 22.8.1953 angekündigt, sie werde „im Einverständnis mit der Regierung der Volksrepublik Polen (in Bezug auf den sie betreffenden Anteil an den Reparationen) ab 1. Januar 1954 die Entnahme von Reparationen aus der Deutschen

Westmächte hatten durch das Londoner Schuldenabkommen 1953 Wiedergutmachung erhalten.¹¹¹ Kohls Taktik ging schließlich auf, als Bush Mazowiecki während dessen Besuch vom 21. März an in Washington (D.C.) klarmachte, dieser könne sich auf die Zusage der Grenzanerkennung durch Kohl verlassen.¹¹² Im Gegenzug kam die Bundesregierung nicht mehr umhin, Polen in irgendeiner Form in die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einzubeziehen, wenn es um die Regelung der Grenzfrage ging, was auf der Pariser Außenministerkonferenz am 17. Juli geschah.¹¹³

Mit Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland am 12. September in Moskau war das Hauptziel erreicht: die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands im Einvernehmen mit allen europäischen Nachbarn. Letztlich regelte der Vertrag nur noch die zentralen Streitpunkte. Das Territorium des neuen Deutschland wurde definiert (Art. 1 Abs. 1), der abzuschließende deutsch-polnische Grenzvertrag ebenso bestätigt (Art. 1 Abs. 2) wie der Verzicht auf weitere Gebietsansprüche (Art. 1 Abs. 3), das Verbot eines Angriffskriegs (Art. 2) und der Verzicht auf ABC-Waffen (Art. 3 Abs. 1). Die von beiden deutschen Regierungen vor der KSE-Konferenz in Wien abgegebene Ankündigung, die Höchststärke der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370.000 Mann zu begrenzen, wurde vertraglich wiederholt (Art. 3 Abs. 2). Wichtig aus deutscher Sicht war die Festlegung des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte bis Ende des Jahres 1994 (Art. 4) und

Demokratischen Republik sowohl in Form von Warenlieferungen als auch in jeder anderen Form vollständig beenden“. Protokoll über den Erlass der deutschen Reparationszahlungen und über andere Maßnahmen zur Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik, die mit den Folgen des Krieges verbunden sind, in: *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. I: *Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 bis zur Souveränitätserklärung am 25. März 1954*, hg. v. DeutschenInstitut für Zeitgeschichte, Berlin, Berlin 1954, S. 286–288, hier S. 287. Am 23.8.1953 gab die polnische Regierung bekannt, sie habe zur „Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands“ beschlossen, „mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die Zahlung von Reparationen an Polen zu verzichten“. Erklärung in: *Die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen. Dokumente und Materialien 1949–1955*, hg. v. der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1986, S. 266.

111 Abkommen über deutsche Auslandsschulden mit Anlagen und Anhängen, London, 27.2.1953, in: BGBl. 1953 II, S. 333–485. Zu den Änderungen und ergänzenden Vereinbarungen durch Abkommen vom 30.11.1956, vom 29.8.1960 und vom 26.6.1969: Fundstellennachweis B, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR, abgeschlossen am 31.12.1989, hg. v. Bundesminister der Justiz, Bonn, 24.1.1990, S. 261.

112 Telefongespräch Kohl mit Bush, 20.3.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 18), S. 961–963.

113 Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier unter zeitweiliger Beteiligung Polens in Paris, Anlage 1: Pariser Text zu den Grenzfragen, Anlage 2: Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17.7.1990, EBD. S. 1367–1370.

die ausgehandelte Regelung der Stationierung deutscher Streitkräfte auf dem ehemaligen Gebiet der DDR bzw. das Verbot der Stationierung von Kernwaffen-trägern dort (Art. 5). Vereinbart wurde außerdem die Freiheit der Bündniswahl des vereinten Deutschland (Art. 6) sowie die Beendigung der seit dem 5. Juni 1945 von den Vier Mächten beanspruchten Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes (Art. 7 Abs. 1). Dass Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten hat (Art. 7 Abs. 2), stellt der Vertrag als Faktum fest. Die Regelungen der Ratifikationsbedürftigkeit des Vertrages (Art. 9) und der Hinterlegung – in diesem Falle bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (Art. 10) – entsprachen allgemeinen völkerrechtlichen Usancen.

Nachdem die Volkskammer am 29. September den Einigungsvertrag verabschiedet hatte, waren die Voraussetzungen für dessen In-Kraft-Treten erfüllt. Das Ende der DDR war damit besiegelt. Die Regierung der DDR unterrichtete die Bundesregierung darüber offiziell in einer Note vom 1. Oktober.¹¹⁴ Die Außenminister der Vier Mächte unterzeichneten daraufhin am 1. Oktober 1990 in New York eine Erklärung, mit der ihre Regierungen „die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 bis zum In-Kraft-Treten des Zwei-plus-Vier-Vertrages aussetzten. Die Vier Mächte übergaben auf der KSZE-Außenministerkonferenz am 2. Oktober in New York das Schreiben. Genscher und Hans-Joachim Meyer, Minister für Bildung und Wissenschaft der DDR in Vertretung des amtierenden Außenministers de Maizière, nahmen die Erklärung mit ihrer Unterschrift zur Kenntnis.¹¹⁵ Durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes hatten sich mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 „beide deutschen Staaten zu einem souveränen Staat vereinigt“.¹¹⁶ Nach Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden der Vier Mächte und Deutschlands am 15. März 1991 war Deutschland auch völkerrechtlich wieder ein souveräner Staat.

Fazit

Durch die frühzeitige Trennung der inneren und äußeren Aspekte bei der vertraglichen Gestaltung der deutschen Einheit bekam der Staatsvertrag zur Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion für die deutsche Ein-

114 Vorlage Duisberg an Kohl, 1.10.1990, EBD, S. 1553; Note der Regierung der DDR an die Bundesregierung vom 29.9.1990, 1.10.1990, EBD, S. 1553–1558.

115 Wortlaut in: *Bulletin* (wie Anm. 1), Nr. 121, 10.10.1990, S. 1266; Bekanntmachung der Erklärung in: BGBl. 1990 II, S. 1331f.

116 Schreiben Genscher an Pérez de Cuéllar, o.D., in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*, hg. v. Auswärtigen Amt aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Köln 1995, S. 717.

heit eine Art Zugpferd-Funktion, ohne den weder der Einigungsvertrag noch der Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht zustande gekommen wäre.

Der Staatsvertrag führte die Soziale Marktwirtschaft und die D-Mark in der DDR ein, bereitete dort die Grundlage für die Übernahme der sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik und war somit der erste Schritt zur deutschen Einheit.

Die Strategie der Regierung Kohl, in dem Einigungsvertrag nur das politisch als notwendig Erachtete zu regeln, machte die zügige Realisierung der Vertragsgestaltung der deutschen Einheit überhaupt erst möglich. Nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes war der Vertragsabschluss zwar politisch gewollt, weil alle Beteiligten darin die Rechtsbasis für den Einigungsprozess sahen, jedoch keine zwingende Notwendigkeit mehr.

Auch der Zwei-plus-Vier-Vertrag beschränkte sich auf das politische und sicherheitspolitische Notwendige, nämlich die Aufgabe der noch bestehende Viermächte-Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und die Sicherheitsgarantien, die dazu von den Vier Mächten und Polen in Bezug auf die künftige Stellung des vereinten Deutschlands im europäischen Sicherheitssystem gefordert wurden. Der Vertrag beschrieb zudem den neuen Status Deutschlands, stellte aber keinen Friedensvertrag dar, den die Deutschen selbst nicht mehr angestrebt hatten.

Diskussionsbeiträge

Bemerkungen zu Arbeitsschwerpunkten des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen

Von Dorothee Wilms

Ich spreche hier nicht als Historikerin, sondern als Zeitzeugin und, jedenfalls für wenige Jahre, als mithandelnde Person in der Deutschlandpolitik der Ära Kohl. Ich möchte anhand persönlicher Erinnerungen einige mehr skizzenhafte Anmerkungen machen sowohl zu dem normativen Teil der Deutschlandpolitik als auch zu einigen konkreten Maßnahmen und Aktivitäten des damaligen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Wir sind das auch einem Ressort schuldig, das über 40 Jahre lang für die Deutschlandpolitik in der alten Bundesrepublik tätig war. 1982 wurde ich zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und im März 1987 zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen von Bundeskanzler Kohl berufen. Für mich und für die Öffentlichkeit geschah Letzteres höchst überraschend.

Das Innerdeutsche Ministerium hatte nach dem Grundlagenvertrag mit der DDR von 1972 nur wenige selbständige operative innerdeutsche Verhandlungskompetenzen; allerdings waren die Mitarbeiter des Hauses jeweils in die innerdeutschen Fachverhandlungen der Ressorts eingebunden. Ich persönlich wurde vom Chef des Kanzleramtes, das war zunächst Herr Schäuble, später Herr Seiters, immer unmittelbar vor und nach den Spitzengesprächen mit dem Beauftragten der DDR, Herrn Schalck-Golodkowski, über Vorhaben und Ergebnisse informiert. Ein Grundsatz, den ich oft gerade mit Wolfgang Schäuble diskutiert habe, war: Wir bezahlen für menschliche Erleichterungen – etwa im Besuchs- und Reiseverkehr –, und wir sorgen damit dafür, dass mehr Menschen zu uns reisen können, vor allem auch zunehmend junge Menschen. Unsere Hoffnung: Vielleicht wird dadurch die ideologische, die mentale Mauer in den Köpfen der Menschen in der DDR etwas durchlöchert, und die inneren Beziehungen der Menschen in der DDR zur Bundesrepublik bleiben erhalten oder formen sich neu. Es ging also nicht um eine Destabilisierung der DDR, sondern darum, die Mauer, die die beiden Staaten in Deutschland trennte, zumindest mental aufzubrechen. Ich meine, unsere Strategie ist richtig gewesen. Der große Übersiedlerstrom ab Mitte 1989 zeigte es. Für viele Menschen in der DDR war die Bundesrepublik das „gelobte Land“, oft in einer sehr überhöhten Form, was dann auch hier und da zu Enttäuschungen nach der Vereinigung 1990 führte.

Einen besonderen politischen Arbeitsschwerpunkt setzte ich persönlich darauf, die deutsche Einheit in Freiheit als politisches Ziel und Problem im In- und Ausland wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Ich unter-

stützte damit die ideologische, die normative Linie der Politik von Helmut Kohl, was dieser mir gegenüber auch stets anerkannt hat (so u.a. in seiner Laudatio beim Empfang zu meinem 60. Geburtstag am 16. Oktober 1989 im Kanzleramt). Zu dieser Linie gehörte die Erinnerung an das Grundgesetz, an die Präambel und insbesondere an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1973, das den Grundlagenvertrag mit der DDR anerkannt hatte, aber in dem es auch sinngemäß hieß: Aufgabe der Politik ist es, den Gedanken an die Einheit im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten. Im Gegensatz zur sozial-liberalen Koalition wurde von der Regierung Kohl ganz bewusst wieder mehr über Wiedervereinigung und Deutsche Einheit gesprochen. Damit wurde zwar operativ nichts erreicht, und die SPD hat uns das auch oft vorgeworfen. Aber das Thema kam so wieder verstärkt in die innenpolitische Diskussion, wo es zunehmend auf Resonanz stieß. Damit entsprachen wir auch den außenpolitischen Entwicklungen, den Freiheitsentwicklungen, die sich in der Sowjetunion und vor allen Dingen in den mittelosteuropäischen Staaten anbahnten. Dieser ideologische, normative Aspekt war eben die andere Seite der operativen Kohlschen Deutschlandpolitik: Beziehungen mit der DDR zu pflegen, aber daneben auch den Anspruch auf die Vereinigung Deutschlands in Freiheit zu erhalten.

Im Innerdeutschen Ministerium habe ich mehrere Ansatzpunkte für die Belebung dieser Debatte gesehen: durch Bildungsmaßnahmen vor allem für Jugendliche und durch eigene Vorträge in der Bundesrepublik und im Ausland. Dort ging es vor allem darum, jüngere Abgeordnete und Politiker, denen die aus der Kriegs- und Nachkriegszeit stammenden völkerrechtlichen Implikationen hinsichtlich des geteilten Deutschlands meist völlig fremd waren, über die Situation des geteilten Landes ein wenig zu informieren. Ich war damals unter anderem in den westlichen Hauptstädten London, Paris, Washington und Brüssel. Dem gleichen Zweck dienten auch die Informationsreisen ausländischer Diplomaten an die Sperranlagen der innerdeutschen Grenze, zu denen das Ministerium regelmäßig einlud.

Es ging mir um die deutsche Einheit in Freiheit, besonders auch im Sinne der Gewährung von Selbstbestimmung und Menschenrechten für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands nach UNO-Charta und KSZE-Vertrag. Ich plädierte für die Deutsche Einheit im Rahmen eines europäischen Prozesses in Frieden mit den Nachbarn und eingebunden in die westliche Wertegemeinschaft. Eine Vereinigung unter kommunistischen Vorzeichen lehnte ich ebenso ab wie einen neutralen Status für ein Gesamtdeutschland. Dies entsprach, wie ich meinte und meine, der Präambel des Grundgesetzes und im Übrigen auch der Adenauerschen Vorstellungswelt, der ich mich sehr verbunden fühlte. Diese Art der Argumentation brachte mir aber häufig Schelte und Ablehnung eines mehr nationalkonservativen Spektrums in der Gesellschaft wie auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein. Auch in einigen Presse-

organen wurde ich deshalb angegriffen. Ich habe den Begriff der Wiedervereinigung wohl sehr sparsam benutzt, weil er mir zu rückwärts gewandt war. Ich sprach mehr von der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland. Denn Wiedervereinigung im streng begrifflichen Sinne hätte ja auch die Rückkehr der verlorenen deutschen Ostgebiete bedeuten müssen, also Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. In vielen Vertriebenenveranstaltungen, an denen ich in diesen Jahren teilgenommen habe, bin ich auch entsprechend kritisch angesprochen worden. Dort hielt man die Begrenzung des Themas Wiedervereinigung auf die beiden deutschen Staaten für zu eng. Mir war völlig klar, dass die deutsche Teilung nur im Rahmen großer internationaler Veränderungen möglich sein könnte. Isolierte nationale deutsch-deutsche Lösungen hielt ich nicht für möglich und auch nicht für erwünscht. Dies brachte ich in meiner Rede in Paris im Januar 1988 zum Ausdruck, was mir in der Bundesrepublik manche Kritik einbrachte.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich wie viele andere Kollegen auch meist aus aktuellem Anlass immer wieder zu den Verstößen gegen die Menschenrechte in der DDR Stellung genommen, gerade ab Frühjahr/Sommer 1989 – ein Tatbestand, der mir von der DDR-Regierung sehr angekreidet wurde, wie auch „meine“ Stasi-Berichte hinreichend belegen. Auch Honecker ließ mich über Umwege wissen, dass solche Reden von mir gar nicht förderlich seien für das innerdeutsche Verhandlungsklima. Mich hat das nicht sehr gekümmert, außerdem wusste ich auch nicht, ob diese Mitteilung wirklich stimmte oder ob sie ein wichtigtuerisches Geschwätz war.

Für ganz entscheidend halte ich, dass die Regierung Kohl nie die Erfüllung der vier Geraer Forderungen Honeckers in Erwägung gezogen hat, insbesondere nicht die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Bei der SPD dagegen gab es viele Stimmen, die anders votierten, übrigens auch die des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Rau. Die SPD-geführten Bundesländer hatten sich aus der Finanzierung der Erfassungsstelle Salzgitter zurückgezogen, das Innerdeutsche Ministerium war dafür eingesprungen. Wären wir damals schwach geworden in der Frage *einer* deutschen Staatsangehörigkeit, dann hätte sich das bei der Bewältigung der Übersiedlerströme und der Besetzung unserer Botschaften durch die Menschen aus der DDR ab Sommer 1989 verheerend ausgewirkt. Man sollte aber auch nicht vergessen, dass parallel zu diesen Entwicklungen die SPD/SED-Gespräche in verschiedenen Kommissionen über Abrüstung und Entspannung liefen mit entsprechenden Kommissionspapieren.

Ich will nun auf einige konkrete Maßnahmen verweisen, die vor dem Einigungsprozess im Sinne der deutschlandpolitischen Arbeit gelaufen sind. Sie wurden vom Innerdeutschen Ministerium durchgeführt, das in der sozial-liberalen Zeit etwas in der Versenkung verschwunden war, aber von den CDU-

Bundesministern Rainer Barzel, Heinrich Windelen und mir ab 1982 wieder neue Akzente erhielt.

Mir ist wichtig darauf hinzuweisen, dass es die Regierung Kohl war, die viele Bildungs- und Reisemaßnahmen für Jugendliche aus der Bundesrepublik an die innerdeutsche Grenze, nach Berlin, auch gelenkte Reisen in die DDR, unterstützt und angestoßen hat, zusammen mit den Bundesländern und mit der Kultusministerkonferenz, um jungen Menschen klarzumachen, was ein geteiltes Land bedeutet. Ich füge allerdings hinzu, dass mich die Reiseberichte, die diese jungen Leute später geschrieben haben, oft ernüchtert und erschreckt haben. Denn in ihnen kam häufig eine fast groteske Unwissenheit über die Geschichte des geteilten Landes zutage. Die Jugendlichen zeigten viel Desinteresse an der Vereinigung und oft sogar eine Ablehnung der Menschen in ihren DDR-Lebensverhältnissen. Westeuropa stand vielen unserer Jugendlichen damals näher als die Menschen in der DDR. Deshalb denke ich, dass die Vereinigung so gesehen im letzten Moment gekommen ist. Womöglich wäre sie zu einem späteren Zeitpunkt, gerade hier im Westen, von einer jungen Generation nicht mehr so mitgetragen worden. Auch in den Wahlkämpfen, die wir 1990 geführt haben mit Blick auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl, habe ich manche Skepsis bei den Westdeutschen bemerkt. Man war zwar grundsätzlich für die Vereinigung, aber in dem Moment, wo es konkret wurde und wo man vielleicht dafür zahlen sollte, ließ die allgemeine Begeisterung doch nach. Bundeskanzler Kohl hat meines Erachtens richtig entschieden, damals keine Steuern oder Abgaben für die Wiedervereinigung zu erheben.

Noch einige Stichworte aus der Arbeit des Innerdeutschen Ministeriums: Es gab über viele Jahre eine sehr aktive Zonenrandförderung. Die Mitte Deutschlands, dort wo die innerdeutsche Grenze verlief, erhielt eine umfassende wirtschaftliche und kulturelle Förderung. Wir wollten blühende Landschaften neben dem Todesstreifen und den Befestigungen auf der anderen Seite. Als die Förderung nach der Vereinigung wegfiel, waren diese mitteldeutschen Regionen die Leidtragenden.

Ein weiteres Thema: Es ist oft gefragt worden: „Ja, warum haben denn zu Zeiten der Vereinigung keine Unterlagen über die reale Situation in der DDR im Ministerium vorgelegen?“ Die Antwort könnte man, etwas vereinfacht, so geben: Der seit Anfang der 50er Jahre bestehende „Forschungsbeirat“ zur Beratung der ministeriellen Deutschlandpolitik auch im Sinne einer Wiedervereinigung wurde 1974 aufgelöst. Unter den SPD-geführten Bundesregierungen wurde dann eine betont systemimmanente arbeitende „DDR-Forschung“ gefördert. Dies entsprach der damaligen Entspannungspolitik und der Zurückdrängung der Totalitarismustheorie in der Geschichtswissenschaft. Hinzu kam, dass die von der DDR veröffentlichten Statistiken – höflich ausgedrückt – meist geschönt waren. Ich habe 1987 damit begonnen, wieder einen Arbeitskreis „Deutschlandforschung“ mit einem erweiterten Wissenschaftlerkreis und

neuen, auch systemkritischen Themen zu initiieren und zu fördern. Die Vereinigung Deutschlands kam dann aber „zu schnell“, um umfassende Forschungsergebnisse vorlegen zu können.

Ein beliebtes Thema bei der Diskussion über das Innerdeutsche Ministerium ist der Gefangenenfreikauf und die Familienzusammenführung. Ich möchte dazu hier weiter nichts sagen, weil dies kein spezifisches Thema der Ära Kohl ist. Durch diese Maßnahmen ist ohne Zweifel viel Gutes getan worden, obwohl hier immer wieder die Abwägung zu treffen war, was moralisch tragbar und was finanziell machbar war. Wir haben 1989/1990, als sich der Freikauf erübrigte, die im Innerdeutschen Ministerium verfügbaren Etat-Mittel für die Verschickung medizinischer Hilfsgüter in die DDR freigegeben. So sind über die Rote-Kreuz-Gesellschaften der Bundesrepublik und der DDR über 520 Mio. DM innerhalb von ein paar Monaten in medizinische und soziale Einrichtungen der DDR geflossen.

Ich hatte mir nach der Amtsübernahme vorgenommen, häufig in die DDR zu fahren. Diese Reisen wurden mit der DDR-Regierung über unsere Ständige Vertretung in Ost-Berlin abgesprochen. Mit Dienstwagen und Referent bin ich mehrfach „inoffiziell“ in der DDR gewesen und relativ frei herumgefahren, die Stasi allerdings immer im Schlepptau. Offiziell gab es mich als Innerdeutschen Minister ja nicht. So hatte ich zwar keine „offiziellen“ Begegnungen, aber viele Gespräche mit Kirchenvertretern, mit Sozial- und mit Kulturrepräsentanten. Auf diese Weise konnte ich feststellen, dass die Realität in Wirtschaft und Infrastruktur der DDR damals doch noch schlimmer war, als es sich viele im Westen vorstellten. Deshalb war mir später auch manche Diskussion über die Lage in der DDR während des Vereinigungsprozesses zu optimistisch angelegt. Manch einer, auch mancher Beamte, ließ sich von allzu viel gut gemeinten Illusionen leiten!

Einen Punkt möchte ich hier noch erwähnen, der meines Erachtens bisher zu wenig angesprochen worden ist. Ich meine die keineswegs unkritische Unterstützung der Arbeit der Vertriebenenorganisationen durch die Regierung Kohl, und zwar ihrer deutschlandpolitischen und ihrer kulturpolitischen Arbeit. Es haben sowohl der Bundesminister des Inneren nach dem Bundesvertriebenengesetz § 96 als auch das Innerdeutsche Ministerium sehr viele Mittel in diese Arbeit hineingesteckt. Der Erfolg zeigte sich 1989/90, denn ich halte es für nicht ganz selbstverständlich, dass die Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen den Prozess der Wiedervereinigung so verhältnismäßig ruhig mitgingen, der ja letztlich den endgültigen völkerrechtlichen Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete – ihre alte Heimat – bedeutete. Dies ist ein Verdienst von Bundeskanzler Kohl, aber vor allem auch von CDU-Vertriebenenpolitikern, wie Windelen, der hier unglaublich aktiv war, auch von Hennig, Stingl, von Bismarck, Jahn, Becher, Czaja, Hupka oder Gradl, der stärker auf die mitteldeutschen Vereinigungen eingewirkt hat. Es wäre meines Erachtens

wünschenswert, wenn die Geschichtsforschung sich diesem Aspekt der Einigung noch stärker als bisher widmen würde, denn politisch hätten die Vertriebenen ja auch in ganz anderer Weise zum Unruheherd im Vereinigungsprozess werden können. Die kulturpolitische Arbeit der Vertriebeneninstitutionen ist meiner Meinung nach auch heute noch förderungswürdig, denn es gilt, auch ein Stück Erinnerungskultur zu pflegen. BMI und BKM agieren hier bis heute noch sehr engagiert. Ich wünschte mir, dass auch die Adenauer-Stiftung diesen Bereich der Erinnerungskultur in Zusammenarbeit mit sachkundigen Vertretern der Vertriebenenorganisationen stärker behandeln würde. Dies muss und kann jetzt auch zunehmend zusammen mit den Vertretern unserer östlichen Nachbarn geschehen im Sinne deutsch-polnischer, deutsch-tschechischer, deutsch-slowakischer oder deutsch-ungarischer Gespräche über die Geschichte und über die Kultur in diesen Gebieten.

Eine persönliche Bemerkung noch zum Honecker-Besuch: Mir war höchst unwohl, als wir vor dem Kanzleramt standen und Hymne und Fahne der DDR wahrnahmen, obwohl das Treffen politisch unabwendbar war. Ich weiß allerdings nicht, ob ich diesen Honecker-Besuch im Rückblick so hoch bewerten würde und ob nicht vielleicht Historiker diesen Besuch in seiner politischen Bedeutung heute gelegentlich überschätzen. Ergänzend sei auf das damals umlaufende Gerücht verwiesen, dass für Honecker der Bonner Besuch vor allem die Eintrittskarte sein sollte für seinen Besuch in Washington.

Ich möchte noch über eine CDU-interne Begebenheit berichten, deren Erwähnung ich bisher nirgendwo gefunden habe; ich berichte darüber, weil sie Helmut Kohl betrifft. Es war auf dem CDU-Bundesparteitag in Bremen am 11. September 1989, als es für Kohl darum ging, die Fronde der rebellischen Parteifreunde zurückzudrängen. An diesem Abend kamen die ersten DDR-Übersiedler von Ungarn über Österreich nach Passau, so wie es Kohl mit der ungarischen Regierung vereinbart hatte. Dort waren erste Notaufnahmehäuser aufgemacht worden. Horst Waffenschmidt und ich wurden von Kohl per Flugzeug nach Passau geschickt, um morgens in aller Frühe diese Übersiedler im Namen des Bundeskanzlers zu begrüßen. So geschah es; wir flogen mittags zurück nach Bremen und mussten sofort vor dem Parteitag von den sehr anrührenden Geschehnissen berichten. Für mich war klar, dass Kohl die Partei auf diese Weise mit den wirklich historischen Ereignissen dieser Tage konfrontieren wollte angesichts seiner innerparteilichen Gegenspieler.

Ich glaube, ich war der einzige Bundesminister, der am Abend des 9. November 1989 in Berlin war. Ich war anlässlich einer Historikerkonferenz im Reichstag und habe an dem Abend und in der Nacht viele Geschehnisse entlang der Mauer miterlebt. Am 10. November morgens gegen sechs Uhr bin ich am Übergang Invalidenstraße kurz nach Ost-Berlin hinübergegangen mit meiner Begleitung. Ein DDR-Grenzoffizier hat mich irgendwie erkannt und leicht ironisch gemeldet angesichts der wogenden Menschenmassen: „Es ist

alles ruhig“, und ich könne ruhig ein bisschen „reingehen“, wenn ich denn wieder zurückkäme. Ich habe auf dem Weg Frauen mit Kindern gefragt: „Wo kommen Sie denn her, jetzt morgens um sechs?“ Die Antwort war: „Wir wollten in der Nacht einmal auf den Ku’damm gehen, aber jetzt müssen wir wieder zurück zur Arbeit.“ Solche Szenen vergisst man nie!

Eine letzte persönliche Erinnerung: Unauslöschlich eingepägt hat sich mir – und vermutlich allen Teilnehmern in Kohls Begleitung – die beeindruckende Kundgebung mit dem Bundeskanzler vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989. Von da ab wusste ich: Es gibt kein Zurück mehr auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Der Wahlkampf für das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ in der DDR, den ich vielfältig mitmachte, war anders als jeder gewohnte Wahlkampf bei uns. Die Menschen waren doch sehr verunsichert, sie wussten nicht recht, was sie eigentlich sollten oder wollten. Ich vermute, dass vor allem deshalb die „Allianz für Deutschland“ in der DDR gewonnen hat, weil das eine Wahl für Helmut Kohl war; da wurde der Mann gewählt, zu dem sie Vertrauen hatten.

Abschließend noch eine etwas kritische Bemerkung: Der Prozess der Vereinigung, die Vertragsverhandlungen, das ganze Prozedere um den Einigungsprozess und die Verhandlungen in Bonn und in Berlin waren für das Innerdeutsche Ministerium und seine Mitarbeiter nicht immer ganz einfach. Es gab die klare Weisung des Bundeskanzlers: Das Bundeskanzleramt hat die Federführung in den Verhandlungen. Diese Weisung wurde auf allen Ebenen auch recht robust gehandhabt. Ich war und bin auch heute noch der Auffassung, dass der im Innerdeutschen Ministerium versammelte Sachverstand mit seinen Kenntnissen über Verhältnisse und Befindlichkeiten in der DDR gelegentlich zu wenig in Anspruch genommen wurde und damit nicht ausreichend zur Geltung kam; ich habe das damals bedauert. Aber insgesamt zolle ich der Bonner Ministerialbürokratie meinen allerhöchsten Respekt für ihre Leistung bei der komplizierten Vertragsgestaltung in so kurzer Zeit.

Das Innerdeutsche Ministerium wurde am 17. Januar 1991 mit Bildung des ersten gesamtdeutschen Kabinetts Kohl aufgelöst, und ich finde, es war richtig so. Es hat damals auch Gegenstimmen gegeben. Aber es hatte seine Aufgabe erfüllt, für die es einmal gegründet worden war. Das Ministerium hat über Jahrzehnte, je nach politischer Wetterlage, viel dafür getan, dass der Gedanke an ein einiges und freies Deutschland wachgehalten wurde. Viele Mitarbeiter gerade dieses Ressorts kamen selber aus der SBZ/DDR oder aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und hatten wegen ihrer freiheitlichen Überzeugungen oftmals Bestrafungen und Haft in Kauf nehmen müssen. Viele waren deshalb gerade in diesem Ministerium tätig, weil es viel für die Menschen im geteilten Deutschland geleistet hat; ich meine, dass sollte nicht vergessen werden, weil es auch zur Geschichte der alten Bundesrepublik gehört.

Statements im Anschluss an den Vortrag von Manuela Glaab

Claus J. Duisberg:

Ich möchte einige Bemerkungen zum Honecker-Besuch machen. Unsere Politik war von vornherein darauf gerichtet, nicht nur Verbesserungen in praktischen Fragen zu erreichen, insbesondere den Zugang und die Lebensfähigkeit von Berlin zu sichern, sondern sie sollte auch menschliche Erleichterungen bringen. Außerdem sollte sie das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost und West in Deutschland erhalten und womöglich stärken. Jeder innerdeutsche Kontakt, jede Vereinbarung, jede Absprache zielte deshalb auch auf Kommunikation zwischen den Menschen in Ost und West und damit darauf, die DDR ein wenig zu öffnen. Vereinbarungen und Absprachen werteten andererseits die DDR auch immer wieder ein Stück weit auf. Die Bundesregierung kaufte gewissermaßen Kommunikation für den Preis von Aufwertung und wirtschaftlicher Unterstützung. Insofern war die Deutschlandpolitik immer eine Gratwanderung. Das galt jedoch umgekehrt auch für die DDR, weil für sie jede Öffnung nach Westen, insbesondere zur Bundesrepublik, immer mit einer Gefährdung der inneren Stabilität verbunden war. Das wiederum musste auch die Bundesregierung stets berücksichtigen, jedenfalls solange, wie eine Destabilisierung der DDR die Gefahr einer sowjetischen Intervention heraufbeschworen hätte. Behutsamkeit war daher die Grundmaxime unserer Politik gegenüber der DDR, auch wenn sie deshalb von manchen Kritikern als beschwichtigend oder leisetreterisch kritisiert wurde. Erst mit der Änderung der sowjetischen Politik unter Gorbatschow, dem Abrücken von der Breschnew-Doktrin, erweiterte sich überhaupt der Spielraum. Der Honecker-Besuch, der im Übrigen auch vor der Änderung der sowjetischen Haltung gar nicht oder jedenfalls nicht in der Form möglich gewesen wäre, muss vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Der Besuch ist übrigens nicht, wie viele Kritiker gesagt haben, eine Anerkennung der DDR gewesen. Die Anerkennung der DDR als nach innen und außen selbstständigem Staat hatte die Bundesrepublik bereits mit dem Grundlagenvertrag 1971 vollzogen. Aber der Besuch stellte natürlich durch seine Symbolkraft und durch die Bilder eine Aufwertung der DDR dar.

Die DDR zeigte sich jedoch in diesem Zusammenhang ihrerseits bereit, den Zuwachs an Ansehen und die Aufwertung, die ihr der Besuch bringen sollte, mit einer zuvor nicht erreichten Westöffnung, vor allem im Reiseverkehr, zu erkaufen. Als Ergebnis der im Vorfeld und während des Besuchs geführten Gespräche waren in den Jahren 1986 bis 1988 rund sechs Millionen Menschen aus der DDR, davon ungefähr ein Drittel unterhalb des Rentenalters, einmal oder mehrmals zu Besuch in Westdeutschland oder West-Berlin. Die unmittelbaren Eindrücke und Erfahrungen, die sie hier hatten, nicht zuletzt auch im

Umgang mit Behörden, haben gewiss nicht wenig zu der vorrevolutionären Stimmung im Jahr 1989 beigetragen.

Die Bundesregierung hatte ja immer darauf gesetzt, dass bei dem Handel Kommunikation und Öffnung gegen begrenzte Aufwertung der Westen letztendlich gewinnen würde. Ich meine, dass diese Rechnung dann schließlich auch aufgegangen ist. Jedenfalls war dies ein wichtiges Ergebnis des Honecker-Besuchs, das wir als Bundesregierung natürlich nicht plakativ darstellen konnten. Man konnte ja nicht sagen: „Der Honecker wird hier empfangen, dafür lassen die ganz viele Leute reisen“; das wäre sofort kontraproduktiv gewesen.

Eine andere Wirkung war, dass jedenfalls kurzfristig die DDR wieder etwas stärker ins Bewusstsein der westdeutschen Bevölkerung gerückt wurde. Es gab im Zusammenhang mit dem Besuch zahlreiche Fernsehreportagen aus der DDR. Zu dieser Zeit war ja die DDR für eine große Mehrheit in Westdeutschland, für alle diejenigen, die nicht persönliche Freunde, Bekannte, Familienangehörige dort hatten, eine terra incognita. Sie trat immer mehr aus dem Bewusstsein heraus, und auch das Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten wurde zunehmend weniger wahrgenommen. Man hatte sich an die Teilung gewöhnt. Eigentlich ist es im Rückblick erstaunlich, wie sehr wir alle uns an die Abnormalität der Situation gewöhnt hatten. Sie wurde einem allenfalls momentan, kurzfristig ins Bewusstsein gerufen, trat dann aber wieder zurück. Erst 1989/90 wurde einer breiten Öffentlichkeit wieder bewusst, in welcher widernatürlicher Lage wir bisher gelebt hatten.

Die Stimmen derjenigen, die die deutsche Einheit bereits abgeschrieben hatten oder einen Nationalstaat überhaupt als überholt ansahen, Positionen, die sehr stark von den Grünen vertreten wurden, aber auch in der SPD und in Kreisen der evangelischen Kirche, sind nachher noch in dem Vereinigungsprozess 1990 von einiger Bedeutung, insofern als sie Widerstände und Probleme schafften. Eines ist aber ganz bemerkenswert: Helmut Kohl war von all diesen Strömungen und Zuckungen der Meinungen völlig unberührt. Er war irritiert, über manches empört. Aber es hat ihn in seiner Grundhaltung überhaupt nicht beeinflusst. Er hielt unbeirrbar an den grundsätzlichen deutschlandpolitischen Positionen fest, wie sie auch etwa in der Rede in der „Redoute“ zum Ausdruck kamen. Er blieb auch 1989/90 auf diesem Kurs, und deswegen möchte ich mich auch etwas gegen eine Bemerkung in dem Referat von Herrn Rödder verwahren, wo davon die Rede ist, dass ein Blindflug der politischen Verantwortlichen in die deutsche Einheit stattgefunden habe. Was den Bundeskanzler anlangt, glaube ich, hatte er eine sehr klare Zielvorstellung, die Austerisierung des Flugkurses von Tag zu Tag erfolgte natürlich nach den Gegebenheiten. Aber jedenfalls, die Grundlinie und das Ziel waren ganz eindeutig.

Statements im Anschluss an den Vortrag von Michael Richter

Elmar Brok:

Ich erinnere mich daran, dass wir mit Hilfe von Heinrich Windelen und Frau Dr. Wilms in den 80er Jahren zweimal Reisen von Nicht-Deutschen, aber deutsch sprechenden Europaabgeordneten in die DDR durchgeführt haben. Während einer dieser Reisen im Jahr 1987, als es nach Ost-Berlin und den Norden hinauf ging, war erstmalig ein erheblicher Unterschied gegenüber früheren Reisen zu spüren, dass nämlich die Menschen Mut hatten, uns auch in der Nähe von Vopos anzusprechen und Kritik zu äußern. Man merkte geradezu physisch, dass hier ein Meinungswandel stattfand. Im September 1980 war ich auf dem Parteitag der britischen Konservativen eingeladen. In meiner Rede dort habe ich gesagt, dass es, wenn die Entwicklung in der DDR so verlief wie diejenige in Ungarn oder in Polen, bald keine DDR mehr geben werde. Denn im Unterschied zu Polen oder Ungarn, die in ihrer Identität gefestigte Nationen sind und auch damals waren, ist eine DDR ohne Diktatur niemals denkbar gewesen. Es kann der Kommunismus herrschen oder nicht, es gibt immer ein Polen oder ein Ungarn. Aber eine DDR ohne Diktatur konnte es nie geben, weil es keine eigene DDR-Identität gibt oder je gab. Es zeigte sich allerdings, dass viele Menschen, insbesondere in Westdeutschland, glaubten, dass es eine besondere DDR-Identität gebe. Viele Westdeutsche, bis in die eigene Partei hinein, waren der Auffassung, die DDR habe sich im Selbstverständnis ihrer Bürger innerlich gefestigt. Ich war sicherlich auch dadurch etwas gegen diesen Glauben geimpft, dass meine Frau Brandenburgerin ist, wir viel Verwandtschaft dort hatten und von daher immer Zugang zu Informationen aus erster Hand.

Mitte Oktober 1989, als noch keiner den Mauerfall am 9. November ahnen konnte, hatte Generalsekretär Volker Rühe Mitglieder der CDU, die Ost-Kontakte hatten, für den 10. November morgens ins Konrad-Adenauer-Haus eingeladen. Man könnte schon an einen Wink der Geschichte denken: Damals waren auch Kurt Biedenkopf, Rita Süßmuth und viele andere mehr dabei. Wir saßen da, und es wurde mit dem Bundeskanzler in Warschau telefoniert, der die Entscheidung zu treffen hatte, ob er zurückkäme oder nicht. Wir haben dann keine langen Beratungen geführt, Rita Süßmuth hat ein Flugzeug gechartert, wir sind nach Berlin geflogen und kamen pünktlich zur Kundgebung an der Gedächtniskirche. Für die erste Kundgebung am Schöneberger Rathaus waren wir zu spät. Erstaunt haben wir registriert, mit welchem Zorn der Bundeskanzler dort ankam. Wir kannten noch nicht die Ereignisse, die vor dem Schöneberger Rathaus stattgefunden hatten. Bei dieser Gelegenheit hatten Heribert Scharrenbroich und ich ein Vervielfältigungsgerät für Flugblätter im Flugzeug mitgenommen und am Abend versucht, dieses mit einem niederlän-

dischen Taxifahrer über den Checkpoint Charlie nach Ost-Berlin zu bringen. Da der damalige JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe, der noch Einreiseverbot hatte, dabei war, wurden wir wieder zurückgeschickt. Wir haben das Gerät dann im Reichstag untergebracht, und am nächsten Tag hat Jürgen Warnke es in seinem Auto mitgenommen und bei Rainer Eppelmann abgegeben. Auf dieser Maschine sind die Flugblätter gedruckt worden für das erste Treffen des Demokratischen Aufbruchs, das dann kurze Zeit später stattfand.

Wir drei haben in der zweiten Nacht, vom 10. auf den 11. November, auf der Mauer am Brandenburger Tor gestanden und dort ein Erlebnis gehabt, das erst Angst machte. Unglaublich viele Menschen waren da, und wir sahen, dass durch das Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Feuerwehrschräuchen kamen, um uns da herunterzuspritzen. Da habe ich Angst gehabt: Denn wenn die Masse Menschen in Panik geraten wäre und wir gefallen wären, was hätte da passieren können. Aber es geschah nichts. Denn es ereignete sich etwas, was symbolisch für die ganze DDR stand: Alle Feuerwehrschräuche platzten, sie waren verrottet. Diese Aktion wurde unter großem Gejohle der Zuschauer eingestellt.

Am selben Tag erhielt ich einen Anruf von Egon Klepsch, der damals Fraktionsvorsitzender der EVP war. Er bat mich, gemeinsam mit Klaus Hänsch von den Sozialdemokraten für die beiden Fraktionen im Europäischen Parlament eine Resolution für die Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im November vorzubereiten. Diese Resolution haben wir erstellt, und sie ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Damals war schon ein entscheidender Punkt in dieser Diskussion, an dem es hakte, und wegen dem es hätte schiefgehen können, die Haltung zur polnischen Westgrenze. Wir haben eine Lösung gefunden, weil es auch vom Parteivorsitzenden der CDU Signale gab, die er offiziell erst Ende Februar zu dieser Frage gegeben hat. Dadurch hatten wir Bewegungsspielraum in dieser Frage. Ich habe dieses Dokument noch bei mir zu Hause mit einer Notiz von ihm, und ich glaube, dass das im Hinblick auf den Zeitablauf nicht unwichtig war.

Um Weihnachten 1989 herum wurde ich dann vom Bundeskanzler und vom Generalsekretär gebeten, nach Brandenburg zu gehen. Ich bin dort am 3. oder 4. Januar in der Bezirksgeschäftsstelle der CDU angekommen, in dem roten Haus, das heute noch die Landesgeschäftsstelle beherbergt, und die de facto damals schon anfang, eine koordinierende Rolle zwischen den drei Bezirksgeschäftsstellen in Brandenburg zu spielen. Ich habe mich dort hingesetzt – die Leute kannten mich schon durch meine familiären Beziehungen – und fragte den damaligen Bezirksgeschäftsführer: „Wie sieht es denn in den Umfragen aus?“ Da sagte er: „Wenn es gutgeht und der Wahlkampf wirklich gut geführt wird, können wir bis etwa 7 % bekommen.“ Daraufhin habe ich meine Papiere wieder in die Tasche gesteckt und bin aufgestanden. Da hat er gefragt: „Was haben Sie denn vor?“ Ich habe gesagt: „Für 7 % bleibe ich nicht hier.“ Da begriffen sie, wir wollten nicht 7 % holen, wir wollten gewinnen.

In dieser Zeit kam es zu Verhandlungen über die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien. Ich halte es für wichtig, dass es die Auseinandersetzung über die Ost-CDU gegeben hat. Die Kritik an der Ost-CDU, die Äußerungen von Rühle zur Trennung davon und so weiter sind notwendig gewesen, um das Projekt glaubwürdig zu machen. Dass wir gesagt haben, wir nehmen nicht eine Ost-CDU ohne Weiteres, sondern es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, und dann gemeinsam mit dem Demokratischem Aufbruch und der DSU in den Wahlkampf zu gehen, ist, glaube ich, der richtige Weg gewesen. An dem Tag, als die Verhandlungen zur Gründung der Allianz für Deutschland durchgeführt wurden, in der Borsig-Villa, war Generalsekretär Rühle bei mir in Höxter. Er war bewusst zu dem Treffen nicht mitgegangen, weil er den bösen Prellbock dann hätte spielen müssen. Ich glaube, das gehörte auch zu dem klugen Spiel in dieser Situation dazu.

Wir haben die ersten Pressegespräche in dem kleinen Büro beim Demokratischen Aufbruch in der Lindenstraße, dort wo das frühere Stasi-Gefängnis war, durchgeführt. Gearbeitet haben wir aber in der CDU-Geschäftsstelle. Das heißt, wir haben nach außen die Glaubwürdigkeit des Demokratischen Aufbruchs benutzt, aber organisatorisch wäre der Wahlkampf nicht gelungen ohne die CDU. Mit ihren Stäben, die sie hatten, und insbesondere mit den Verbindungen in die Kreise hinein. Man konnte jeden Tag irgendwo eine Reise organisieren, irgendwohin fahren, Kontakte haben, Firmenbesuche machen, Pressegespräche durchführen, die dann gedruckt wurden. Denn es war wirklich so, dass der CDU-Kreisgeschäftsführer den stellvertretenden Leiter der Lokalredaktion der jeweiligen Zeitung kannte, der wiederum erst seit wenigen Tagen oder Wochen in diesem Amt war, weil das üblicherweise der untergekommene SED-Sekretär war. Der wiederum meinte aber, in hohem Maße Objektivität an den Tag legen zu müssen, wodurch wir vor Ort in der Regel breite positive Artikel zustande gebracht haben. Der Glaube an die Obrigkeit war bei diesen Redakteuren noch sehr stark – in diesem Sinne für uns positiv – ausgeprägt.

Ein einziges Mal, ganz am Anfang meiner Tätigkeit dort, im Januar 1989, hatten wir Sorge, dass das kippen konnte. Das sowjetische Ehrenmal in Ost-Berlin, in Treptow, war geschändet worden; vermutlich eine Provokation von Stasi-Leuten, um vielleicht die Rote Armee doch noch aus Karlshorst herauszubekommen. Das war eine ganz seltsame, nicht zu fassende Stimmung. Als das überstanden war, hat es eigentlich in diesem Sinne keine weitergehende Krise gegeben. Der Wahlkampf ist nachher in Ruhe dort gelaufen. Wir haben mit der CDU-Allianz für Deutschland in Brandenburg 38 % geholt und lagen damit 10 % vor der SPD. Das ist bei der Kommunalwahl im Wesentlichen wiederholt worden; allerdings gab es dann unter der Führung von Peter Michael Diestel einen kompletten Einbruch bei den Landtagswahlen, die das vorherige Ergebnis genau umdrehten: 38 % SPD, 28 % CDU. Nach diesen Wah-

len wurde ich nach Bonn gerufen und bin dann wieder hingeschickt worden mit dem Auftrag des Bundeskanzlers: „Du fährst jetzt dahin und erklärst den CDU-Landesvorstand für abgesetzt.“ Darauf habe ich gesagt: „Es gibt doch keine Sitzungsmöglichkeiten dazu, das zu machen.“ Dann sagte er: „Lade in den Cäcilienhof ein, mach ordentliche Essenplatten fertig, und dann erzählst du ihnen schon alles.“ Das habe ich gemacht, ohne Mandat. Anschließend hat es dann zwei, drei Sitzungen sonntagnachmittags gegeben am Gendarmenmarkt in der CDU-Hauptgeschäftsstelle, an denen Peter Radunski und unser Justitiar Scheib teilnahmen. Scheib kam immer mit drei Aktenkoffern und stellte die hin, um den Eindruck zu erwecken, als ob wir alles unter Kontrolle hätten. Am Ende dieser Sitzungen haben alle Mitglieder des Landesvorstandes ihren Rücktritt erklärt, und so wurde dann vier Wochen vor der Bundestagswahl ein neuer Vorstand gewählt unter Führung von Lothar de Maizière. Mit dem Neuanfang bei der CDU haben wir dann bei der Bundestagswahl wieder 38 % in Brandenburg geholt.

Wenn man heutzutage die üblichen Wahlkämpfe führt, dann ist ein Trend da, man kann im Handstand über die Bahnstraße laufen, da ändert man relativ wenig. Aber hier konnte man jeden Tag durch das, was man vor Ort tat, eingreifen und merken, dass das einen Einfluss hatte. Es war eine einmalige Situation, fast könnte man sagen, revolutionäre Situation.

Parallel dazu liefen die Entwicklungen im Europäischen Parlament und der Europäischen Union. 40 % des anzustrebenden Einigungsvertrages bedurften damals schon der Zustimmung der Europäischen Institutionen, weil dadurch Europäisches Recht betroffen war.

Zur Begleitung dieser Verhandlungen hat das Europäische Parlament bereits Anfang Januar 1990 einen Ausschuss zur Deutschen Einheit eingesetzt. Der Vorsitzende war der frühere galicische Ministerpräsident Fernández Albor, ein PP-Mann, und der Berichterstatter war ein junger Gewerkschaftler, Alan John Donnelly, ein Labour-Mitglied aus Großbritannien. Ich war damals Obmann der EVP-Fraktion in diesem Ausschuss, dem auch Leo Tindemans angehörte. Einer der für mich bewegendsten Augenblicke war, als Simone Veil, die Auschwitz überlebt hat, zu Beginn der Beratungen mir ihre eintätowierte Häftlingsnummer auf ihrem Arm zeigte und doch sagte: „Ich helfe Ihnen.“

Dieser Ausschuss hat außerordentlich positiv gearbeitet, es war die breiteste Bereitschaft, uns zu unterstützen und die deutsche Einheit zuwege zu bringen. Das hat sicherlich auch damit zu tun, dass wir im Europäischen Parlament durch die Zusammenarbeit Vertrauen gefunden hatten. Die größten Schwierigkeiten in diesen Beratungen kamen von Vertretern der deutschen Sozialdemokratie. Oskar Lafontaine war im Februar 1990 vor der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament aufgetreten und hat dort offen dazu aufgefordert, den Einigungsprozess mit europäischen Möglichkeiten zu verzögern. Ich glaube, dass dies eine der beschämendsten Geschichten ist. Als

dann ein junger britischer Labourabgeordneter sagte: „Was können wir denn tun, um den Widerstand deiner deutschen Landsleute bei mir in der Fraktion zu überwinden“, war das meinem Empfinden nach nicht so lustig.

Ich habe über die Zahl von 99 deutschen Abgeordneten viele wissenschaftliche Erläuterungen gehört, jetzt auch wieder bei den Beratungen zum Vertrag von Lissabon. Diese 99 sind zustande gekommen, als Alan Donnelly seinen Bericht fertig hatte. Wir sind abends Essen gewesen und haben, glaube ich, auch einen oder zwei Whisky getrunken und sind damals zu der Position gekommen: es soll 81 deutsche Abgeordnete geben plus 18 für die neuen Bundesländer, erst als Beobachter bis zu den Wahlen 1994. 99 sei deswegen richtig, weil es einer weniger als 100 ist, um das psychologisch einfacher zu verkaufen. Leider Gottes hat Gerhard Schröder bei der Verfassungsvertragsverhandlung drei davon wieder verkauft, so dass wir 2009 nur noch 96 haben werden.

40 % des Einigungsvertrages bedurften der Zustimmung der Europäischen Institutionen, zum Teil auch bereits des Europäischen Parlaments. Wir hatten noch nicht die Kompetenzen, die wir heute haben, aber in vielen Bereichen waren wir schon beteiligt. Dazu gehörte auch das Anlaufen der Förderpläne für die neuen Bundesländer, sie mussten komplett durchs Europäische Parlament bestätigt werden. Wir haben sehr schnell erreicht, dass die neuen Bundesländer von vornherein in dieselben Förderkategorien hineinkamen wie die schwächsten Mitgliedsländer und schwächsten Regionen. Dies waren de facto die Beitrittsverhandlungen eines neuen Gebietes. Wenn man sieht, dass Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union mit Übergangsregelungen in der Regel fünf bis zehn Jahre dauern, dann sind die wenigen Monate, die wir gebraucht haben, im Vergleich sehr kurz. Dazu trug bei, dass Wolfgang Schäuble als Leiter der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation die Klugheit hatte, einen holländischen EU-Beamten, Carlo Trojan, der später Generalsekretär der EU-Kommission war, zum Mitglied der Verhandlungskommission zu machen. Er hat uns immer rechtzeitig gewarnt: „Da müsst ihr aufpassen, wenn ihr nicht in Konflikt kommen wollt mit EU-Recht.“ Wir haben im Europäischen Parlament dann über diesen Bericht und damit auch über den Einigungsvertrag abgestimmt. Der Bericht von Donnelly ist angenommen worden – wenn ich mich recht erinnere – bei sieben Neinstimmen und drei Enthaltungen. Damit hat der Einigungsvertrag im Europäischen Parlament eine größere Mehrheit gefunden als im deutschen Bundestag. Das sollte festgehalten werden, in welcher Weise hier Solidarität von den Kollegen und Kolleginnen aus anderen Ländern und aus allen Parteien geübt wurde. Ich glaube, dass wir dieses einmal in geeigneter Weise würdigen sollten: Im Europäischen Parlament und in der Bevölkerung hat sich die Solidarität dann doch durchgesetzt, oft gegen die politischen Klassen in Paris und London. Dazu hat sicherlich auch geführt, dass es in der EU-Kommission zwei Leute gab, die uns vom ersten Tag an

von Seiten der Kommission unterstützt haben. Der eine Name ist bekannt, Jacques Delors, der auch hier eng mit dem Europäischen Parlament zusammengearbeitet hat, und der andere war ein baltischer Jude, der für Großbritannien Mitglied der Kommission war, Sir Leon Brittan. Er hatte zwei, drei Tage nach dem Fall der Mauer Hans-Gert Pöttering und mich zum Abendessen eingeladen und sich nach der politischen Lage in Deutschland erkundigt. Nach diesem Abendessen mit uns ist er voll mitmarschiert und hat uns geholfen.

Dorothee Willms:

Es war nicht nur so, dass allein von der Bundes-CDU, also von Volker Rühle und anderen CDU-Führungskräften, die Aktivitäten in Richtung Ost-CDU ausgingen, sondern es sind unglaublich viele Einzelaktivitäten von Orts-, Stadt- und Kreisverbänden der Union, von den Vereinigungen – Frauenvereinigungen, Mitteldeutsche Vereinigung usw. – schon sofort im November 1989 ausgegangen. Menschen aus Westdeutschland, CDU-Mitglieder, sind herübergefahren und haben geholfen, Parteistrukturen aufzubauen. Rühle trug eigentlich auf zwei Schultern: Auf der einen Seite sahen wir alle die politischen Implikationen, „einfach so“ mit der Ost-CDU zusammenzugehen, aber auf der anderen Seite war an der Basis schon viel in Bewegung gekommen, was nicht mehr zu bremsen war.

Elmar Brok:

Ich glaube, dass zwei Dinge entscheidend zum Erfolg der Einheitsbestrebungen beitragen. Erstens, das Vertrauen in den Bundeskanzler, eine persönliche Vertrauensschiene, die übrigens bei den Amerikanern eine entscheidende Rolle gespielt hat. Und das Zweite ist, dass ganz offensichtlich nach der über Jahrzehnte dauernden Zusammenarbeit in der Europäischen Union die Mehrheit der Völker glaubte, mit diesen Deutschen kann man's tun. Die Umfragen waren in Großbritannien und Frankreich positiv. Die Kritik kam aus der politischen Elite. Das zeigt auch, dass europäische Einigung und deutsche Einheit zwei Seiten derselben Medaille sind und dass wir das, nachdem wir die deutsche Einheit bekommen haben, jetzt auch nicht vergessen dürfen. Zum Vertrauenszuwachs hat entscheidend beigetragen, dass der Maastrichter Vertrag vorbereitet wurde, der allein vorgesehen war zur Währungsunion. 1988 in Hannover war der Auftrag gegeben worden. Ich halte es deshalb für eine Mäher, dass die D-Mark verkauft worden sei für die deutsche Einheit. Der entscheidende Punkt war, dass sich der Bundeskanzler aufgrund des Drängens von Mitterrand im Frühjahr 1990 zur politischen Union bereit erklärte, die dann der zweite Arm des Maastricht-Vertrages wurde. Diese war allerdings nicht sehr ausgebaut, weil das mit den Engländern Schwierigkeiten gab. Aber das

war die Botschaft des Bundeskanzlers an die Europäer, dass auch das geeinte Deutschland sich in der europäischen Einigung politisch auf Dauer binden und keine deutsche Sonderrolle spielen will. Diese Botschaft war entscheidend für den weiteren Verlauf der Dinge.

Statements im Anschluss an den Vortrag von Hanns Jürgen Küsters

Claus J. Duisberg:

Herr Küsters hat sehr eindrücklich dargestellt, wie viele Faktoren hier zusammenwirkten, wobei es im Sommer 1990 hauptsächlich noch darum ging, den außenpolitischen und den innenpolitischen Prozess zu synchronisieren: Keines sollte vor dem anderen fertig werden.

Hingewiesen werden sollte aber auch noch darauf, dass es außer den außenpolitischen auch beachtliche innenpolitische Probleme, Widerstände und Hindernisse gab, die überwunden werden mussten.

In Deutschland selbst hielt sich die Begeisterung über die Aussicht auf Wiedervereinigung nämlich durchaus in Grenzen. In der DDR war, das darf man nicht übersehen, nicht nur die SED/PDS gegen eine Wiedervereinigung, sondern auch die neuen Parteien der Bürgerrechtsbewegung wollten in erster Linie eine reformierte DDR und lehnten die Vereinigung mit der kapitalistischen Bundesrepublik teilweise ausdrücklich ab. Das änderte sich erst unter dem Druck der Basis. Die Mehrheit der Bevölkerung wollte schließlich möglichst bald so leben wie die Menschen im Westen und drängte auf Vereinigung.

In der alten Bundesrepublik war die Euphorie des 9. November schon bald den hierzulande üblichen Sorgen und Bedenken gewichen. Die SPD sorgte sich um die internationale Stabilität, einer ihrer maßgeblichen Politiker verwies auf unerträglich hohe Finanzlasten. Die Grünen hielten die nationale Einheit durch das nationalsozialistische Regime sowieso für verwirkt. Und manche linke Intellektuelle betrachteten den Nationalstaat an sich als überholt.

Für die Bundesregierung stellte sich um die Jahreswende Anfang 1990 die Frage: Schnell oder langsam? Angesichts des Exodus der Bevölkerung aus der DDR und des drohenden Zusammenbruchs der Wirtschaft und auch der politischen Institutionen der DDR konnte diese Frage eigentlich nur im Sinne eines raschen Vorgehens beantwortet werden. Im Frühjahr 1990 kam noch hinzu, dass Kohl aus Gesprächen mit Gorbatschow den Eindruck bekam, dass in der Sowjetunion die Zustimmung zu einer Vereinigung fraglich werden könnte. Jedenfalls war zu vermuten, dass die innenpolitische Stellung Gorbatschows auf die Dauer instabiler war, als ursprünglich angenommen.

Gegen eine schnelle Vereinigung gab es nun aber erhebliche Widerstände, zum Teil mit durchaus bedenkenswerten Argumenten, zum Teil auch aus grundsätzlichen Vorbehalten. Der Plan der Währungsunion stieß auf sachliche

Kritik seitens der Bundesbank und der Mehrheit aller Wirtschaftswissenschaftler. Es widersprach eigentlich völlig allen Lehrbüchern, dass man zunächst eine neue Währung einführt, um dann anschließend eine gemeinsame Wirtschaft zu errichten. Um die Umtauschmodalitäten musste sowohl in der Bundesrepublik als auch mit der DDR hart gerungen werden. Sie erwiesen sich dann letztlich auch als wirtschaftlich verfehlt. Aber politisch war schließlich kaum etwas anderes möglich.

Eine heftige Diskussion gab es um die Frage, ob die DDR gegebenenfalls gemäß Artikel 23 Grundgesetz a. F. der Bundesrepublik beitreten sollte oder ob zunächst gemäß Artikel 146 Grundgesetz eine neue gemeinsame Verfassung ausgearbeitet werden sollte. Abgesehen davon, dass in der westdeutschen Bevölkerung nur geringe Neigung bestand, das erprobte Grundgesetz zur Disposition zu stellen, wurde die Frage schließlich durch die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 entschieden, in der die Allianz-Parteien, die sich auf den Beitritt festgelegt hatten, eine Mehrheit erhielten und diese Position dann auch Inhalt der Regierungserklärung der DDR wurde. Offen blieb dann noch die auch innerhalb der Bundesregierung durchaus kontrovers diskutierte Frage, ob die DDR lediglich den Beitritt erklären und dann die Modalitäten anschließend vom Gesetzgeber, analog der Eingliederung des Saarlandes, beschlossen werden sollten, oder ob der Beitritt in einem Vertrag mit der DDR geregelt werden sollte. Wolfgang Schäuble war von vornherein für die Vertragsvariante, auf die sich auch die DDR-Regierung festgelegt hatte, und deshalb kam es dann schließlich zu den Verhandlungen über den Einigungsvertrag.

Eine ebenfalls umstrittene Frage betraf die Rechtsüberleitung: Sollte außer dem Grundgesetz Bundesrecht zunächst nur im unbedingt erforderlichen Umfang in der DDR in Kraft gesetzt werden und DDR-Recht im Übrigen in Kraft bleiben, oder sollte umgekehrt das Bundesrecht grundsätzlich in vollem Umfang in der DDR eingeführt werden und DDR-Recht nur ausnahmsweise fortgelten? Interessant ist, dass die Verhandlungen mit der DDR über den Einigungsvertrag entsprechend den von Schäuble unterstützten Wünschen der DDR-Regierung auf der Grundlage der zweiten Variante begonnen worden waren. Man hatte gedacht, es sei eine Überforderung der Verwaltung in der DDR, wenn sie plötzlich den gesamten Korpus des Bundesrechts anwenden müsste. Auf Druck der Wirtschaft und auch der FDP und schließlich durch Änderung der DDR-Position wurde dann aber alles mitten in der Verhandlung noch einmal umgestellt.

Die schwierigsten und langwierigsten Auseinandersetzungen gab es aber mit den Bundesländern. Insofern würde ich die vorher genannten drei Parteien: Bundesregierung, DDR und SPD, anders benennen. Meines Erachtens waren die drei Parteien: Bundesregierung, DDR und Bundesländer. Nach meiner Erinnerung war nämlich der Unterschied zwischen den A- und B-Ländern nicht sehr groß, denn in dem entscheidenden Punkt, der Finanzfrage, waren sie ganz

einig, alle nach der guten schwäbischen Maxime: „mir gebet nix“. Kurz zusammengefasst war eigentlich die Position der Länder: Sie wollten am Vereinigungsprozess umfassend und bis ins Detail beteiligt sein, aber von allen finanziellen Lasten freigestellt werden. Ihre – auch nur widerwillig zugestandene – Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit betrachteten sie als abschließend. Über die Verteilung des Steueraufkommens, die Finanzverfassung und die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben wurde buchstäblich bis zum letzten Tag gerungen. Erst am 29. August konnte in einem Gespräch beim Bundeskanzler über die letzten offenen Fragen eine Einigung erzielt werden. Auf der anderen Seite versuchten die Länder, die Beitrittsregelung mit weitreichenden Verfassungsänderungen („Eckpunkte“) zu verbinden, die die Gewichte zwischen Bund und Ländern erheblich verschoben hätten.

Auch verschiedene Ministerien suchten, ihre speziellen Anliegen im Einigungsvertrag unterzubringen. Schäuble widersetzte sich nachdrücklich und letztlich auch erfolgreich allen solchen Versuchen mit dem Argument, dass der Einigungsvertrag, über den nur als Ganzes abgestimmt werden könne, nicht mit Regelungen belastet werden dürfe, die für sich genommen keine parlamentarische Mehrheit finden würden.

Die Verhandlungen mit der DDR selbst waren auch keineswegs einfach. Zunächst hatte es die neue DDR-Regierung nämlich mit dem Beitritt nicht besonders eilig. Sie wollte zuvor – mit westdeutscher Hilfe – die DDR noch in bessere Form bringen, Aufräumarbeiten erledigen und Fakten schaffen, die in die Vereinigung eingebracht werden konnten. Schon daraus ergab sich einiges Konfliktpotenzial. Gravierender waren aber gewisse System- und Mentalitätsunterschiede. Auf beiden Seiten war das Verständnis für die sozialen und politischen Bedingungen der anderen Seite nicht besonders stark ausgeprägt. Das galt auch für das persönliche Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Lothar de Maizière, die ja auch in jeder Hinsicht ganz verschiedene Persönlichkeiten waren. De Maizière verstand sich immer als Sachwalter der DDR-Bürger und vermisste auf westlicher Seite Verständnis für ihre Belange. Er wusste natürlich um die Abhängigkeit von der Bundesrepublik, wollte die DDR aber – wie er das sah – nicht einfach an sie ausliefern. Durch die Vereinigung sollte nach seiner Meinung vielmehr etwas Neues entstehen. Andererseits hatte er auch wenig Verständnis für westliche Sensibilitäten. Seine absonderliche Forderung, Namen, Staatssymbole und Nationalhymne zur Disposition zu stellen, war nur ein Beispiel dafür.

Besonders scharf traten die Gegensätze hervor bei der Auseinandersetzung über Eigentums- und Vermögensfragen, wo für de Maizière der Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse, nicht der Schutz des Eigentums, im Vordergrund stand. Wie immer die sowjetische Haltung in der Frage der vor 1949 erfolgten Enteignungen zu bewerten ist – es gab keinen Zweifel, dass insoweit

eine Restitution für de Maizière und seine Regierung nicht negoziabel war. Diese Position galt im Übrigen auch quer durch alle Parteien der DDR.

Die DDR verteidigte auch nachdrücklich einige ihrer sogenannten „Errungenschaften“. Dazu gehörte insbesondere die Abtreibungsregelung, über die kein Einvernehmen möglich war, so dass eine Regelung schließlich dem künftigen Gesetzgeber überlassen werden musste. Ein andres kontroverses Problem, an dem zuletzt fast noch die Ratifizierung des Einigungsvertrags zu scheitern drohte, war die Behandlung der Stasi-Akten.

Probleme ergaben sich aber nicht zuletzt aus der Sache. Am Anfang hatten wir – und erst recht die DDR – kaum eine Vorstellung von der Vielfalt und Schwierigkeit der zu regelnden Fragen. Bei der Währungsunion war der Bereich noch relativ überschaubar. Bei dem Vertrag über den Beitritt wurde aber nicht nur eine Unzahl von Anpassungs- und Übergangsregeln erforderlich; es mussten auch völlig unterschiedliche Strukturen zusammengeführt werden. Das zentral-staatliche System der DDR musste in ein föderales überführt werden; eine Ordnung, in der alles staatlich war, musste in weiten Teilen privatisiert werden. Das war nicht zuletzt ein Personalproblem, dessen volle Dimension uns erst im Laufe der Verhandlungen deutlich wurde. Insgesamt gab es nämlich in der öffentlichen Verwaltung der DDR 1,74 Mio. Beschäftigte, und das ohne Volksarmee, Bahn und Post (zusammen noch einmal 664.000). Alle Behörden waren – ebenso wie die Betriebe in der Wirtschaft – personell völlig überbesetzt. Viele Behörden, besonders in der Zentralverwaltung, konnten als solche überhaupt keinen Bestand haben, weil es entsprechende Einrichtungen schon in der Bundesverwaltung gab. Arbeitslosigkeit war hier vorgezeichnet mit allen sozialen und politischen Problemen, die sich daraus ergaben.

Ein ganz besonderes Problemfeld, dessen finanzielle Dimension sich anfänglich auch überhaupt nicht ganz überschauen ließ, war schließlich der große Bereich der Sozialversicherung, die in das System der Bundesrepublik integriert werden musste.

Erwähnt werden sollte schließlich auch noch die Eingliederung des gesamten Prozesses in die Entwicklung Europas. Für den Bundeskanzler war es von Anfang an ein Kernanliegen, die deutsche Vereinigung europäisch einzubinden. Das galt einmal in Bezug auf die außenpolitische Absicherung, zum anderen aber auch für die Einbeziehung in den europäischen Einigungsprozess. Das Gebiet der DDR sollte deshalb mit dem Beitritt integrierender Bestandteil der Europäischen Gemeinschaften werden. Das war anfänglich innerhalb der Gemeinschaften und auch in der Europäischen Kommission nicht unstrittig, wurde aber schließlich akzeptiert, nachdem die Bundesregierung deutlich gemacht hatte, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten der Vereinigung Sache der Bundesrepublik seien. Die Eingliederung erforderte aber, dass mit dem Beitritt das gesamte EG-Recht in den neuen Bundesländern angewendet

werden musste. Die Erstellung der hierfür natürlich ebenfalls erforderlichen Anpassungs- und Übergangsregelungen machte noch einmal einen außerordentlichen Aufwand an Arbeit, der parallel zu den Einigungsverhandlungen geleistet werden musste und für dessen termingerechte Bewältigung der Kommission höchste Anerkennung gebührt.

Dass für dies alles in äußerst kurzer Zeit Regelungen gefunden wurden, die zwar nicht immer optimal, auch vielfach nachbesserungsbedürftig waren, erscheint auch im Nachhinein als eine große Leistung. Im Übrigen gilt, was schon gesagt wurde: Wir haben auch Glück gehabt!

Dorothee Willms:

Ich möchte nur noch vier Punkte kurz nennen, die mir bemerkenswert erscheinen. 1. Die völkerrechtliche Fixierung der Oder-Neiße-Grenze ist innenpolitisch relativ still in der Bundesrepublik über die Bühne gegangen. Ich denke, das hängt sowohl mit der Kohlschen Politik gegenüber den Vertriebenenorganisationen in den Jahren zuvor als auch mit einer sehr einsichtigen Haltung von Politikern aus diesem Bereich zusammen. 2. Die Währungsunion 1990 hat einen großen Widerstand der Bundesbank unter dem damaligen Präsidenten Pöhl hervorgerufen, der später auch zurückgetreten ist. Ich erinnere mich an eine Kabinettsitzung, die nicht sehr friedlich ablief; da war ein Widerstand, der weit über eine rein formale Kritik hinausging. 3. Es ist bisher nicht erwähnt worden, welche lange Diskussionen es um die Neufassung des § 218 StGB gegeben hat, der im Einigungsvertrag nicht geregelt wurde, sondern der später erst im gesamtdeutschen Parlament zur Debatte stand. Vorher war mit den Vertretern der DDR, auch mit unseren Freunden aus der Ost-CDU, darüber keine Einigung herbeizuführen. Übrigens war auch umgekehrt mit den Frauen aus der CDU West und der CSU in dem Punkt kaum ein Konsens zu finden. 4. Wenn man 1990 nach Ost-Berlin fuhr und dort mit den Ministern der ersten frei gewählten Regierung Gespräche führte oder in die Volkskammer kam, dann traf man immer auf Bonner Beamte, die als Helfer tätig waren. Sie haben in dieser Übergangszeit in Ost-Berlin und in der DDR mitgewirkt, eine demokratische Verwaltung und den Parlamentarismus aufzubauen – auch dieses Kapitel sollte einmal von den Historikern geschrieben werden.

DOKUMENTATION

„Eine neue Welt ging mir auf.“ Die Reise des Abgeordneten Ernst Majonica nach Südostasien 1955/56

Von Christopher Beckmann

Am 25. April 1958 kam es in einer außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages zu einem kurzen Schlagabtausch. Der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt wandte sich an Ernst Majonica von der CDU und titulierte ihn als „Herr Majonica-Formosa“.¹

Obwohl Ernst Majonica heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist, war der Unionspolitiker in den 50er und 60er Jahren eine durchaus prominente Persönlichkeit, die beachtliche publizistische Wirkung entfaltete.² Als begabter Analytiker und scharfzüngiger Debattenredner hatte er in der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, deren jüngstes Mitglied er in der ersten Legislaturperiode gewesen war, einen bemerkenswert raschen Aufstieg vollzogen und übernahm 1959 das Amt des außenpolitischen Sprechers. Ein Teil der Publizität des umtriebigen und fleißigen Majonica, der neben seiner Abgeordnetentätigkeit eine Fülle von Artikeln und Aufsätzen produzierte, gründete in dem Umstand, dass er zu den wenigen Parlamentariern gehörte, die sich schon früh intensiv mit den Problemen des ostasiatischen Raumes auseinandersetzten. Bekannt wurde besonders sein Eintreten für die Republik China unter Chiang Kai-Shek, deren diplomatische Anerkennung durch die Bundesrepublik er mit Beharrlichkeit durchzusetzen versuchte, was ihm den eingangs erwähnten Zwischenruf eintrug. In seiner aktiven Zeit unternahm er insgesamt sechs z.T. ausgedehnte Ostasien-Reisen und hielt die dabei gewonnenen Eindrücke in Tagebuchaufzeichnungen fest, die heute im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung aufbewahrt werden.³ Die Eindrücke der ersten Ostasienreise, die Majonica vom 20. De-

-
- 1 Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Bd. 40, S. 1499. Der durchaus schlagfertige Unionspolitiker konterte mit der Frage, ob er in Zukunft vom Abgeordneten „Wehner-Moskau“ sprechen solle.
 - 2 Günter BUCHSTAB, *Ernst Majonica (1920–1997)*, in: Wolfgang ELZ/Sönke NEITZEL (Hg.), *Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag*, Paderborn 2003, S. 429–447.
 - 3 Insgesamt sind im ACDP 36 DIN A 5-Kladden mit Notizen vorhanden, die die Jahre 1952 bis 1982 umfassen. Die recht schwer lesbaren Aufzeichnungen sind in der Regel eher stichpunktartig abgefasst, aber durchweg interessant und aufschlussreich und zeigen beachtliche literarische Fähigkeiten des Verfassers. Vgl. Ernst MAJONICA, *Das politische Tagebuch 1958–1972* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55), bearb. von Hans-Otto KLEINMANN und Christopher BECKMANN, Düsseldorf 2009 (im Druck). Insgesamt

zember 1955 bis zum 24. Januar 1956 unternahm, wurden zur Basis einer lebenslangen Leidenschaft für Asien, die sich auch in seinem außenpolitischen Engagement niederschlug. Zeugnis für diese Leidenschaft legen heute ein Tibet gewidmeter Raum im Forum der Völker der Franziskaner in Werl sowie eine Wand im Dommuseum Sankt Patrokli in Soest ab, denen Majonica einen Teil der auf seinen Asienreisen und bei zahllosen Besuchen bei Antiquitätenhändlern erworbenen Kunstgegenstände vermacht hat.

Ernst Majonica wurde am 29. Oktober 1920 als einziges Kind von Ernst Majonica sen. und seiner Frau Josefa geb. Hagen im westfälischen Soest geboren. Wie ein anderer bedeutender Außenpolitiker der Ära Adenauer, Heinrich von Brentano di Tremezzo, hatte er familiäre Wurzeln in Italien: die Vorfahren seines Vaters stammten aus der Nähe von Venedig. Zeit seines Lebens fühlte sich Majonica seiner Heimatstadt Soest und seinen Eltern, zu denen er ein besonders inniges Verhältnis hatte, eng verbunden. Nach dem 1939 am Soester Aldegrevener Gymnasium abgelegten Abitur absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften in Münster und Freiburg und hörte dort neben den juristischen Lehrveranstaltungen zahlreiche historische und theologische Vorlesungen. Nach bestandenem Referendarexamen wurde er 1942 zum Kriegsdienst eingezogen. Das NS-Regime lehnte er ab und empfand angesichts der Nachricht vom Scheitern des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 ein Gefühl ohnmächtiger Wut, denn „das größte verbrecherische Schwein der deutschen Geschichte wäre besser von Deutschen gerichtet worden“⁴. Schon als Jugendlicher hatte der überzeugte Katholik sich in der katholischen Jugendbewegung „Bund Neudeutschland“ engagiert und dabei die Spannungen mit der Hitlerjugend erlebt, in die er wie seine Altersgenossen zwangsweise überführt worden waren. Seitens der HJ-Führung war er wiederholt ermahnt worden, er müsse „neben seiner schwarzen Seele auch ein Stückchen braune haben“⁵. 1945 geriet er zunächst in amerikanische, dann in belgische Kriegsgefangenschaft, aus der er im April 1946 entlassen wurde. Er setzte seine juristische Ausbildung fort, legte im Mai 1950 das Assessorexamen ab und praktizierte kurzzeitig als Rechtsanwalt in seiner Heimatstadt. Dort war er auch unmittelbar nach seiner Heimkehr im Mai 1946 in die CDU eingetreten. Der

umfasst der schriftliche Nachlass 2,50 lfm (Signatur 01-349) und enthält neben den Tagebüchern eine umfangreiche Pressedokumentation, einige Korrespondenzen, Manuskripte für Publikationen sowie einen handschriftlichen, bis ins Jahr 1958 reichenden Entwurf für Memoiren (Arbeitstitel: „In aller Offenheit“).

4 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 20.7.1958. Ähnliche Eintragungen finden sich des Öfteren an Jahrestagen des Hitler-Attentats. Vgl. etwa *Tagebuch* (wie Anm. 3) vom 20.7.1963: „Abends Fernsehspiel über 20. Juli. Ich konnte es nicht zu Ende sehen, noch heute erregt mich dieses Geschehen so.“

5 Memoiren (wie Anm. 3), S. 12.

Vater war 1945 einer der Mitgründer der Partei in Soest gewesen und amtierte über lange Jahre hinweg als deren Kreisvorsitzender. Kommunalpolitische Verantwortung nahm er zudem als stellvertretender Bürgermeister von Soest wahr. Sein Sohn ging mit großem Einsatz an den Aufbau der örtlichen Jungen Union, deren Leitung er 1946 übernahm. Nachdem er zunächst als Pressesprecher des Sprechers der westfälischen JU, Josef Hermann Duffhues, fungiert hatte, wurde Majonica auf dem Gründungsparteitag der CDU im Oktober 1950 in Goslar zum Bundesvorsitzenden der Jungen Union gewählt und behielt dieses Amt bis 1955, als er auf dem Deutschlandtag in Augsburg in einer Kampfabstimmung Gerhard Stoltenberg unterlag. Von 1952 bis 1954 hatte er außerdem die Funktion des Sprechers der JU Westfalen-Lippe inne. Die Tätigkeit innerhalb der Jungen Union bot dem ambitionierten Jungpolitiker die Möglichkeit, sich über den nationalen Rahmen hinaus zu engagieren. So arrangierte er im März 1948 ein erstes Deutschlandtreffen mit jungen ausländischen Politikern in Soest, an dem mit Lord Pakenham⁶ auch der Deutschlandbeauftragte der britischen Regierung teilnahm, leitete den ersten offiziellen Besuch einer deutschen Jugenddelegation nach dem Kriegsende in Rotterdam und war maßgeblich am Zustandekommen der ersten Tagung europäischer Jugendvertreter im Juli 1950 in Weinheim beteiligt. Zudem nahm er in den 50er Jahren federführend an mehreren Zusammenkünften mit polnischen Politikern, z.T. Vertretern des Exils, teil.⁷ Besonders prägend für Majonicas Interesse an außenpolitischen Fragen dürfte ein mehrwöchiger Aufenthalt in Wilton Park in Großbritannien (26. Oktober bis 6. Dezember 1947) gewesen sein, wo er die Möglichkeit bekommen hatte, die deutschen Probleme einmal „von außen“ zu sehen.⁸ Im Herbst 1954 folgte ein fast zweimonatiger Besuch in den Vereinigten Staaten (8. September bis 4. November).⁹

1949 bemühte Majonica sich zunächst vergeblich um die Kandidatur für den Deutschen Bundestag. Er erzählte später gerne eine Anekdote, wonach Adenauer auf die Information, dass die westfälische JU einen Assessor als Bundestagskandidaten vorschlage, mit der unwilligen Bemerkung reagiert habe, demnächst werde dann die Industrie wohl einen Lehrling schicken. Seine Stunde kam, als der nordrhein-westfälische Ernährungsminister und spätere Bundespräsident Heinrich Lübke gemäß der nordrhein-westfälischen Verfassung auf sein Bundestagsmandat verzichten musste und im Wahlkreis Arns-

6 Francis Aungier Pakenham, Earl of Longford (1905–2001), britischer Politiker (Labour); 1946/47 parlamentarischer Staatssekretär im Kriegsministerium, 1947/48 Leiter des Kontrollamts für Deutschland und Österreich (Deutschlandminister), 1948–1951 Minister für zivile Luftfahrt, 1964–1968 Lordsiegelbewahrer.

7 Vgl. hierzu BUCHSTAB (wie Anm. 2), S. 431f.

8 Vgl. den Reisebericht „Als Angehöriger der Jungen Union in Großbritannien“; ACDP NL Josef Kannengießer 01-182-012/1.

9 Vgl. das entsprechende Reisetagebuch im Nachlass; ACDP 01-349-004/6.

berg/Soest deshalb eine Nachwahl fällig wurde. Der inzwischen übernommene Bundesvorsitz der JU verlieh Majonicas Bewerbung deutlich an Nachdruck, so dass er diesmal einmütig nominiert wurde und den Wahlkreis am 19. November 1950 mit klarem Vorsprung gewann. Diesen Erfolg vermochte er in den folgenden Jahren noch fünf Mal zu wiederholen und erzielte dabei aufgrund eines unermüdlichen Einsatzes auf zahllosen Versammlungen und beständiger Präsenz in der regionalen Presse, die er zum großen Teil selbst mit Berichten und Beiträgen versorgte, jeweils ein besseres Ergebnis als seine Partei.

Auch im Bundestag zeigte Majonica von Anfang an Engagement, trat im Plenum bereits in der ersten Wahlperiode sechsmal als Redner auf und scheute sich auch nicht, als Benjamin die eigene Fraktion ob deren Abstimmungsverhalten bei der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens zur Wiedergutmachung scharf zu kritisieren.¹⁰

Hatte er anlässlich seiner ersten Wahl noch erklärt, im Bonner Parlament vor allem die Interessen der Kriegsgeneration und der Bürger seines Wahlkreises vertreten zu wollen, so verlagerte er zunehmend seinen Interessenschwerpunkt auf die Außenpolitik. Ab März 1953 war er Ordentliches Mitglied im Ausschuss zur Mitberatung des EVG-Vertrages, rückte in der zweiten Legislaturperiode als Stellvertretendes Mitglied in den Auswärtigen Ausschuss und wurde in der folgenden Wahlperiode dessen Ordentliches Mitglied.¹¹ Rasch profilierte er sich als Experte für Ost- und Europapolitik und trat schließlich am 27. Januar 1959 die Nachfolge Kurt Georg Kiesingers als Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises und damit auch als außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. In dieser Funktion erwies er sich als sogenannter „Integrationseuropäer“, dessen Ziel eine politische Union im Rahmen eines europäischen Bundesstaates war.¹² Er entwickelte daher eine tiefe Abneigung gegenüber Charles de Gaulle und seiner Politik, die die Abtretung von Souveränitätsrechten an supranationale Organisationen strikt ablehnte und den von Majonica vehement befürworteten EWG-Beitritt Großbritanniens zu sabotieren suchte. In seinem Tagebuch nannte er den französischen

10 BUCHSTAB (wie Anm. 2), S. 433. Nur 84 von 139 Unionsabgeordneten hatten mit Ja gestimmt bei 5 Nein-Stimmen und 39 Enthaltungen. Majonica bemerkte dazu empört in seinem *Tagebuch* (wie Anm. 3): „Ich schäme mich. Das ist nun eine christliche Fraktion.“ (Eintragung vom 18.3.1953).

11 Zu den Ausschussmitgliedschaften Majonicas vgl. *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*, hg. v. Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST unter Mitarbeit v. Bruno JAHN. Bd. 1: A – M. München 2002, S. 533.

12 Vgl. etwa seinen Vortrag *Die deutsche Außenpolitik und die europäische Integration*. Vorträge, hg. von der Internationalen Universität für vergleichende Wissenschaften Luxemburg/Internationales Zentrum für europäische Studien und Forschung, Heule (Belgien), 1966. Vgl. auch sein damals breit rezipiertes Buch *Deutsche Außenpolitik – Probleme und Entscheidungen*, Stuttgart 1965.

Präsidenten den „Zerstörer Europas“¹³ und verstieg sich sogar zu dem Satz: „Hitler *und* de Gaulle sind zuviel für meine Generation“¹⁴. Auch mit den deutschen „Gaullisten“ wie etwa dem CSU-Bundestagsabgeordneten Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg setzte er sich kritisch auseinander und kommentierte die Ernennung des Journalisten Paul Wilhelm Wenger zum Ritter der Ehrenlegion mit der bissigen Bemerkung: „Wenn er den Orden da trägt, wo er ihn sich bei de Gaulle erdient hat, kann er nicht sitzen.“¹⁵

Nachdem eine Ernennung zum Minister, die nach der Bundestagswahl 1965 durchaus im Bereich des Möglichen lag und in der Presse weithin auch erwartet wurde, gescheitert war und Majonica 1969 das Amt des außenpolitischen Sprechers seiner Fraktion an Werner Marx verloren hatte, wurde er in seiner Partei mehr und mehr zum Außenseiter, nicht zuletzt wegen einer grundsätzlich positiven Haltung zur sogenannten „neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt/Scheel. Trotz mancher Kritikpunkte sah er angesichts sich wandelnder weltpolitischer Bedingungen keine Alternative zu einer Öffnung gegenüber den Ostblockstaaten und war nicht bereit, den schroffen Ablehnungskurs des größten Teils der Fraktion mitzutragen, der die Bundesrepublik in seinen Augen unweigerlich in einen Gegensatz zur westlichen Politik führen würde. Nach einer Fraktionssitzung notierte er: „Dagegen Hallstein, der von seiner Vorstellung nicht loskommt, die Weltgeschichte sei ein Prozess vor dem Amtsgericht von Hintertupfingen. Den Prozess würde er gewinnen, wer aber vollstreckt das obsiegende Urteil?“¹⁶

Die positive Haltung zur Ostpolitik der sozialliberalen Koalition ließ den Verdacht aufkommen, Majonica sei neben Julius Steiner der zweite Unionsabgeordnete gewesen, der beim konstruktiven Misstrauensvotum 1972 nicht für Barzel votiert hatte. Majonica bestritt diese Unterstellung, für die sich in seinen Tagebuchaufzeichnungen auch keinerlei Hinweis findet, stets vehement und versuchte, sie gegenüber Barzel und der Fraktion durch sein Ehrenwort und den Verweis auf die langjährige Freundschaft zu entkräften.¹⁷ In der stark polarisierten Atmosphäre Anfang der 70er Jahre dürften neben manchen lokalpolitischen Grabenkämpfen und Loyalitäten die als gegenüber der Regie-

13 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 12.7.1967.

14 EBD., 20.11.1968.

15 EBD., 2.8.1966. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969* (Studien zur Zeitgeschichte 49), München 1996; Daniela TASCHLER, *Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagfraktion während der Großen Koalition, 1966–1969* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 132), Düsseldorf 2001. Neuerdings Tim GEIGER, *Atlantiker gegen Gaullisten: Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969* (Studien zur Internationalen Geschichte 20), München 2008.

16 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 4.5.1972.

17 Vgl. EBD., 27.4.1972.

nung zu kompromissbereit empfundenen Positionen Majonicas viel dazu beigetragen haben, dass er – wenn auch knapp – 1972 bei der Nominierung des Bundestagskandidaten dem Arnberger Landrat Ferdinand Tillmann unterlag.¹⁸

In den folgenden Jahren arbeitete Majonica als Lobbyist für eine Bochumer Mineralölgesellschaft und bemühte sich vergeblich um die Habilitation für das Fach Politische Wissenschaften an der Universität Bonn. Bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 gelang ihm eine Art politisches Comeback, auch wenn er bis zu seinem Ausscheiden 1984 in Strassburg keine bedeutende Rolle spielte. Publizistisch blieb er bis Ende der 80er Jahre aktiv, vor allem als außenpolitischer Kommentator der „Passauer Neuen Presse“. Ernst Majonica starb am 21. Juli 1997 in seiner geliebten Heimatstadt Soest.

Die zunehmende Beschäftigung Majonicas mit außenpolitischen Problemen ließ auch sein Interesse für Asien wachsen. Nach einem längeren Gespräch mit einem japanischen Botschaftsrat notierte er im März 1955 in seinem Tagebuch: „Möchte doch zu gerne einmal eine Ostasienreise machen“ und vermerkte bald darauf, „einige Bücher“ über Asien gekauft zu haben.¹⁹ Die Möglichkeit zu der gewünschten Reise ergab sich dann, als Majonica im September 1955 bei einer Veranstaltung der Politischen Akademie in Tutzing den vietnamesischen Diplomaten Vo Lang, Botschaftsrat an der Vertretung in Paris, kennenlernte und dieser ihn zu einem Besuch seiner Heimat einlud.²⁰ Diese Begegnung fiel zusammen mit einem erneuten Vorstoß der Südvietnamesen hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn.²¹ Obwohl die Bundesrepublik über Jahre hinweg nach den USA der Hauptgeber von finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe für Südvietnam war und das Land wie Deutschland einer dem Ost-West-Konflikt geschuldeten Teilungssituation unterlag, standen die Beziehungen zu Vietnam nicht im Rampenlicht des Interesses der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Das galt cum grano salis auch für die politische Klasse. Ostasienpolitik war in diesen Jahren vor allem eine Angelegenheit recht eng begrenzter Zirkel von Experten. Das Auswärtige Amt hatte sich gegenüber der Aufnahme offizieller Beziehungen zu Vietnam zunächst sehr zurückhaltend gezeigt. Ein Hauptgrund hierfür war die Befürchtung, das Land werde angesichts der Erfolge Ho Chi Minhs in naher Zukunft

18 EBD., 2.10.1972. Vgl. auch „Soester Anzeiger“ vom 4.10.1972: „Landrat Tillmann löst MdB Ernst Majonica als CDU-Kandidaten ab“.

19 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 11. und 30.3.1955.

20 EBD., 13.9.1955: „Mit dem Botschaftsrat Vo Lang ausgegangen. Lud mich nach Vietnam ein. Hoffentlich klappt das.“

21 Vgl. hierzu und zum Folgenden die maßgebliche Untersuchung von Alexander TROCHE, „Berlin wird am Mekong verteidigt“. *Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd-Vietnam 1954–1966* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 37), Düsseldorf 2001, S. 215–278.

unter kommunistische Kontrolle geraten. Auch nach dem Waffenstillstandsabkommen über Indochina vom 21. Juli 1954 und der damit einhergehenden Teilung Vietnams hielt die bundesdeutsche Außenpolitik zunächst an dieser vorsichtigen Linie fest. So reagierte man ablehnend auf den im Februar 1955 über die deutsche Botschaft in Paris geäußerten Wunsch der südvietnamesischen Führung, eine bundesdeutsche Vertretung in Saigon einzurichten. Südvietnam machte einen solchen Schritt implizit zur Vorbedingung für eine Vertiefung der Handelsbeziehungen, was insofern einiges Gewicht hatte, als das Land aufgrund massiver Hilfe aus den USA ein beachtliches finanzielles Potenzial in die Waagschale zu werfen vermochte. Gegen eine Anerkennung Südvietnams und die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen sprach aus Sicht des Auswärtigen Amtes weiterhin vor allem die negative Einschätzung hinsichtlich der Entwicklungschancen und der politischen Stabilität des Landes und seiner von den USA gestützten neuen Regierung unter Präsident Ngo Dinh Diem. Der aus einer tiefreligiösen katholischen Familie stammende Diem hatte nach der Teilung Vietnams zunächst das Amt des Ministerpräsidenten in Saigon übernommen. Nachdem es ihm mit amerikanischer Unterstützung gelungen war, den Einfluss diverser Milizen weitgehend auszuschalten, ließ er sich im Oktober 1956 in einer manipulierten Wahl zum Präsidenten küren. Seine strikt antikommunistisch ausgerichtete Herrschaft stützte er v.a. auf amerikanische Hilfe sowie auf seine Familie, deren Mitglieder er in einflussreiche Positionen brachte, auf Teile von Armee und Verwaltung und auf den katholischen Klerus. Seinen Hauptrückhalt fand er ebenfalls vor allem unter den katholischen Christen, deren Anteil an der südvietnamesischen Bevölkerung durch die Flucht von etwa einer Million Katholiken aus dem kommunistischen Norden deutlich gestiegen war, während seine Popularität ansonsten gering war.²² Eine daher nach wie vor für möglich oder gar wahrscheinlich gehaltene Machtübernahme der Kommunisten in ganz Vietnam hätte in den Augen der Asienexperten des Auswärtigen Amtes zu einem deutschlandpolitisch höchst unerwünschten Präzedenzfall führen können, nämlich einer bundesdeutschen Botschaft im kommunistischen Machtbereich. Zudem war die DDR seit 1954 mit einem Botschafter in Hanoi vertreten, wodurch bei einem für den Westen ungünstigen Verlauf des Konflikts in Vietnam das Prinzip der Alleinvertretung infrage gestellt worden wäre.²³ Schließlich hätte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südvietnam zum Vorbild für Südkorea und Taiwan werden

22 Vgl. hierzu Seth JACOBS, *America's Miracle Man in Vietnam. Ngo Dinh Diem, Religion, Race and U.S. Intervention in Southeast Asia*, Durham, NC 2005; DERS., *Cold War Mandarin: Ngo Dinh Diem and the Origins of Americas War in Vietnam, 1950–1963*, Lanham (Maryland), 2007. Für eine Gesamtdarstellung des Konflikts s. Stanley KARNOW, *Vietnam. A History*, 2. Aufl., New York 1997.

23 TROCHE (wie Anm. 21), S. 217f.

können, wodurch die grundsätzliche Linie des Auswärtigen Amts, in fernöstlichen Streitfragen größtmögliche Neutralität zu wahren, um deutschlandpolitisch schädliche Gegenmaßnahmen der kommunistischen Teilstaaten zu vermeiden und deutsche Handelsinteressen in der Volksrepublik China nicht zu gefährden, außer Kraft gesetzt worden wäre.²⁴ Es galt also für die deutsche Politik, diese Bedenken gegenüber dem möglichen wirtschaftlichen Nutzen abzuwägen, ein Prozess, der im Herbst 1955 im vollen Gange war.

Schon zwei Tage nach der Begegnung in Tutzing, am 15. September 1955, kam Vo Lang nach Bonn und führte gemeinsam mit Majonica Gespräche im Auswärtigen Amt und im Wirtschaftsministerium. Dabei wurden die unterschiedlichen Einstellungen zur Vietnam-Frage in den bundesdeutschen Ministerien deutlich: Während der Gesandte Martin Fischer, Leiter des Ostasienreferats im Auswärtigen Amt, sich der Linie des Amtes entsprechend zurückhaltend gab und nach dem Eindruck Majonicas zwar Interesse an der Frage eines Diplomatenaustauschs zeigte, die Sache aber „nicht als übermäßig eilig zu betrachten“ schien, habe sich der Leiter der Abteilung V (Außenwirtschaft) im Bundesministerium für Wirtschaft, Ministerialdirektor Dr. Hermann Reinhardt, „mehr als interessiert an Handelsaustausch“ gezeigt, da die amerikanischen Kredite für Südvietnam eine Ausweitung des Handels erlaubten.²⁵ Auch eine Reihe von Abgeordneten vertrat in der Frage vertiefter Beziehungen zu Südvietnam und den anderen wie Deutschland geteilten Staaten Südostasiens seit einiger Zeit eine andere Haltung als das Auswärtige Amt. Gerade die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum gefährdeten Südvietnam würde, so etwa der CDU-Abgeordnete Paul Leverkuehn²⁶, einen Beitrag zu dessen Stabilisierung und damit zur Stärkung des westlichen Lagers leisten. Zudem könne die Bundesrepublik „über einen solchen Außenposten ein maßgebliches Spiegelbild der Verhältnisse in Südostasien erhalten“²⁷. Majonica argumentierte auf der gleichen Linie, als er in einem Schreiben an Außenminister Heinrich von Brentano für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen votierte, da „eine Bolschewisierung Süd-Vietnams eine erhebliche Gefährdung anderer Gebiete in diesem Raum nach sich ziehen würde“.²⁸ Leverkuehn und Majonica rezipierten damit die am 7. April 1954 vom amerikanischen Präsidenten Eisenhower verkündete „Domino-Theorie“, wonach eine kommunistische Machtübernahme in einem Land Südostasiens unweigerlich dazu führen werde, dass auch dessen Nachbarn diesem Sog erlügen.²⁹ Majonica gelang es, am

24 Vgl. EBD. S. 219ff.

25 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 15.9.1955.

26 Dr. Paul Leverkuehn (1893–1960), Rechtsanwalt; 1953–1960 MdB (CDU), 1957–1960 Präsident des Instituts für Asienkunde in Hamburg.

27 Zit. nach TROCHE (wie Anm. 21), S. 223.

28 Majonica an Brentano am 26.9.1955, zit. EBD. S. 226.

Apparat des Auswärtigen Amts vorbei für Ende November bei Außenminister von Brentano einen Gesprächstermin für dessen südvietnamesischen Amtskollegen Vo Van Mau zu arrangieren. In der Zwischenzeit hatte Diem die Republik Vietnam ausgerufen,³⁰ und die südvietnamesischen Geschäftsträger in Tokio und Washington waren fast zeitgleich in den dortigen deutschen Botschaften mit der erneuten Bitte um Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorstellig geworden³¹. Nach internen Diskussionen entschied sich Außenminister von Brentano gegen die Annahme dieser Forderung und sah davon ab, den am 26. November in Begleitung Vo Langs und Majonicas das Auswärtige Amt besuchenden Außenminister persönlich zu empfangen. Dies übernahm Staatssekretär Walter Hallstein, der dem Besucher immerhin erstmals offiziell die Bereitschaft der Bundesregierung zu einem Austausch von Handelsmissionen mitteilte mit dem durchaus interpretationsfähigen Zusatz, Saigon möge hierin „die Anerkennung Vietnams durch die Bundesregierung sehen“.³²

Als Majonica kurz vor Weihnachten 1955 zu seiner Reise aufbrach, auf die er sich u. a. bei einem längeren Gespräch mit Ministerialdirektor Reinhardt vorbereitet hatte,³³ befand sich die bundesdeutsche Vietnampolitik mithin in einer Übergangsphase. Am 12. Dezember war in der südvietnamesischen Hauptstadt eine höchst bescheiden ausgestattete Handelsvertretung mit diplomatischen Privilegien und konsularischen Rechten im Hotel Majestic eingerichtet worden, deren Leitung Konsul Albert „Toby“ Tafel³⁴ übernommen hatte, der im Reisetagebuch als nahezu ständiger Begleiter Majonicas auftaucht.

Die Eindrücke, die die Regierung mit der fremden Kultur bei ihm hervorrief, die bevorzugte Behandlung, die ihm seitens der südvietnamesischen Regierung zuteil wurde, die Rezeption der Domino-Theorie und nicht zuletzt auch der Katholizismus Diems und dessen Unterstützung durch die katholische Kirche, der sich Majonica eng verbunden fühlte, ließen ihn nach der Rückkehr verstärkt das Ziel der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen verfolgen. In seinem Bericht an die Bundesregierung³⁵ sowie in zahlreichen Presseartikeln³⁶ und Vorträgen warb er für dieses Anliegen und für die südvietnamesi-

29 Vgl. Arno KOHL, *Dominotheorie und amerikanische Vietnampolitik. Eine Fallstudie zur Rolle von Leitbildern in der internationalen Politik*, Diss. Freiburg 2001.

30 Am 26.10.1955.

31 TROCHE (wie Anm. 21), S. 226.

32 Zit. EBD. S. 227. Majonica vermerkte zu dem Gespräch lediglich, es sei über die gegenseitigen Beziehungen gesprochen worden, Hallstein sei „sehr freundlich“ gewesen, und man habe festgestellt, dass dieser und der vietnamesische Außenminister beide Professoren des Rechts seien. *Tagebuch* (wie Anm. 3), 26.11.1955.

33 EBD., 16.12.1955.

34 Albert „Toby“ Tafel, Diplomat; Angehöriger des Referats „Wirtschaftsbeziehungen zum Osten“ im AA, 1955 Leiter der Handelsvertretung in Saigon.

35 Vgl. TROCHE (wie Anm. 21), S. 228.

36 Vgl. exemplarisch „Stuttgarter Zeitung“ vom 17.2.1956 („Besuch in Südvietnam“); „Rheinischer Merkur“ vom 24.2.1956 („Diem schuf Ordnung“); Informationen der Jungen

sche Führung. Auffallend ist dabei die weitgehende Kritiklosigkeit, mit der Majonica sich die Positionen Diems und seiner Regierung zu eigen machte bzw. durchaus vorhandene Bedenken und Zweifel beiseiteschob. Immer wieder variierte er die folgenden Hauptargumente:

- Südvietnam und die Bundesrepublik seien angesichts ihrer Teilung in gleicher Weise Leidtragende des Ost-West-Konflikts.
- Westdeutschland könne, da kaum durch eine koloniale Vergangenheit belastet, in Südostasien wertvolle Dienste für Europa und das westliche Bündnis leisten.
- Saigon habe eine „Schlüsselstellung“ in der Region, weswegen eine kommunistische Machtübernahme dort alle Nachbarländer und letztlich auch die westliche Staatengemeinschaft gefährden würde: „Wenn aber auch dieser Raum hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden würde, dürfte das Schicksal der Welt entschieden sein.“³⁷
- Die Regierung Diem sei mittlerweile so stark, dass Südvietnam mit Hilfe der USA und Westeuropas als Teil der freien Welt gehalten werden können. Eine solche Unterstützung bedeute zugleich eine wichtige Stärkung des Westens in der globalen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.
- In Südvietnam herrsche eine sehr deutschfreundliche Stimmung, was nicht zuletzt der Wirtschaft glänzende Möglichkeiten eröffne.

Nicht ohne Stolz vermerkte Majonica, dass Angehörige der amerikanischen Botschaft in Bonn ihm mitgeteilt hätten, ein im Informationsdienst „Union in Deutschland“ erschienener Beitrag zur Ostasienpolitik aus seiner Feder sei „im Auszug an sämtliche amerikanischen Missionen gegangen“.³⁸ Darin hatte er sich gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China gewandt und dafür geworben, die nichtkommunistischen Staaten in Asien zu unterstützen, damit diese dem „bolschewistischen Sog“ widerstehen könnten.³⁹

In der Tat bewegte sich die bundesdeutsche Politik gegenüber Saigon im Verlaufe des Jahres 1956, wenn auch zögerlich, immer stärker auf eine diplomatische Anerkennung zu,⁴⁰ was Majonica auch seinen eigenen Bemühungen

Union Deutschlands vom März 1956 („Geteiltes Vietnam“); „Echo der Zeit“ vom 8.7.1956 („Vietnam heute. Ein Reisebericht von Ernst Majonica“); „Das Parlament“ vom 3.10.1956 („Südvietnam meistert sein schweres Erbe“).

37 „Vietnam heute“ (wie Anm. 36).

38 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 3.10.1956.

39 UiD vom 29.9.1956 („Ostasienpolitik und wir“). Die wesentlichen Aussagen wurden vom amerikanischen Office of Public Affairs zusammengefasst im „Daily Wireless Bulletin“ Nr. 235 vom 1.10.1956, S. 6 („Bundestag Member opposes Red China recognition“).

40 Vgl. TROCHE (wie Anm. 21), S. 227–235.

zuschrieb. Nach einem Besuch Vo Langs in Soest notierte er: „Bei der Post Brief von Tafel und Brentano. Saigon wird Generalkonsulat. Erster Erfolg meines Briefes vom 4.8. an Brentano. Vo Lang rief sofort in London an. Wollen aber normale Beziehungen.“⁴¹ Das Auswärtigen Amt gab schließlich den Plan auf, in Saigon zunächst ein Generalkonsulat zu errichten, das später in eine Botschaft umgewandelt werden könne. Am 15. November fiel der Entschluss zur Einrichtung einer Gesandtschaft, was Majonica umgehend seinem vietnamesischen Freund mitteilte: „Vo war sehr glücklich.“⁴² Die formelle Umwandlung der Handelsvertretung erfolgte am 12. Juni 1957. Ein weiterer Ausdruck der gewandelten bundesdeutschen Vietnampolitik war dann der Saigon-Besuch von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im Oktober 1958.⁴³

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Majonicas Interessenschwerpunkt allerdings bereits auf Taiwan verlagert. Eine ausgedehnte zweite Ostasienreise (20. November 1956 bis 6. Januar 1957) hatte ihn vor allem dorthin sowie nach Hongkong und auf die Philippinen geführt.⁴⁴ Auch Saigon hatte er dabei einen kurzen Besuch abgestattet (29. bis 31. Dezember 1957) und nach seiner Ankunft notiert, er fühle sich „so heimatlich“.⁴⁵ Allerdings hatten seine Gesprächspartner, darunter Konsul Tafel und Pater de Jaegher, auf problematische Tendenzen im Lande hingewiesen, wie die zunehmende Beratungsresistenz Diems, eine sich verschlechternde wirtschaftliche Lage sowie eine feindselige Stimmung gegenüber den in Südvietnam lebenden Exilchinesen.

In den folgenden Jahren behielt Majonica die vietnamesischen Entwicklungen zwar im Auge, konzentrierte seine Aktivitäten und vor allem seine Sympathien sowie sein politisches Engagement hinfort aber auf das Inselreich Chiang Kai-Sheks⁴⁶ – bei nahezu identischer politischer Argumentation.⁴⁷ In diesem Sinne war die eingangs zitierte Titulierung als „Herr Majonica-Formosa“ zumindest für eine gewisse Zeit durchaus zutreffend.

Die hier veröffentlichten Aufzeichnungen sind in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Erstens dokumentieren sie den Versuch der südvietnamesischen Regierung, angesichts der beschriebenen Zurückhaltung der Bonner Außenpolitik ihrem Ziel der Herstellung diplomatischer Beziehungen durch die Einfluss-

41 *Tagebuch* (wie Anm. 3), 6.9.1956.

42 Ebd., 15.11.1956.

43 Vgl. TROCHE (wie Anm. 21), S. 247.

44 Vgl. Reisetagebuch; ACDP 01-349-004/7.

45 Ebd., 29.12.1957.

46 Chiang Kai-Shek (1887–1975), chinesischer Politiker und Militärführer; nach der Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten unter Mao Zedong Rückzug auf die Insel Taiwan, dort im Dezember 1949 Proklamierung einer provisorischen Republik China, deren Präsident Chiang bis zu seinem Tod blieb.

47 Vgl. etwa „Echo der Zeit“ vom 30.3.1958 („Eine Lanze für das freie China. In Formosa leben die Freunde Deutschlands – In Rotchina unsere Gegner“). Zahlreiche weitere Artikel im Nachlass (ACDP 01-349-008/2).

nahme auf einen nicht unbedeutenden Politiker der „zweiten Reihe“ näherzukommen. So erklären sich sicherlich auch das dem Selbstwertgefühl Majonicas enorm schmeichelnde „intime Dinner“ bei Präsident Diem⁴⁸ und die ihm zuteil gewordenen militärischen Ehren.⁴⁹ Zweitens zeigen die Notizen eine durchaus bemerkenswerte Hellsichtigkeit und analytische Fähigkeit des Verfassers, die allerdings durch die genossene Vorzugsbehandlung und die gewonnenen, zu einem guten Teil sicherlich inszenierten Eindrücke weitgehend überlagert wurden. So deuten die im Gespräch mit dem Berater Diems, dem belgischen Jesuiten Raymond de Jaegher, gestellten Fragen an, dass der deutsche Gast sich der Probleme durchaus bewusst war, etwa der starken Bevorzugung der Familie des Präsidenten oder dessen ostentativ zur Schau gestellten Katholizismus sowie des starken politischen Einflusses der katholischen Kirche in einer überwiegend nichtchristlichen Umwelt.⁵⁰ Auch der Bischof von Saigon wies ihn darauf hin, dass es durchaus ein antikatholisches Ressentiment gebe, das „im Politischen“ zu beachten sein.⁵¹ In der Tat sollten sich der ausufernde Nepotismus Diems und die starke Bevorzugung der Katholiken als Probleme von zunehmender Schärfe erweisen und die Spannungen zwischen der Regierung und den Buddhisten sukzessive erhöhen, die schließlich entscheidend zur tiefen Krise Anfang der 60er Jahre und zum Sturz und zur Ermordung des immer verhassteren Präsidenten am 2. November 1963 beitrugen.⁵² Drittens sind schließlich die z.T. sehr anschaulichen Schilderungen der fremden Kultur und der auf den Verfasser einstürzenden Eindrücke nicht ohne Reiz, die Majonica abschließend in der Bemerkung zusammenfasste, ihm sei „eine neue Welt“ aufgegangen⁵³, eine Welt, die ihn, wie schon dargelegt, ein Leben lang nicht mehr loslassen sollte.

***Reisetagebuch Ostasien 20.12.1955 – 24.1.1956*⁵⁴**

Dienstag, 20.12.1955 Früher, herzlicher Abschied von Mutter und Vater. Fuhr mit Fred⁵⁵, dem Treuen, nach Dortmund. Dortmund–Paris. Zum Bristol. [...] Nachmittags zu Vo Lang⁵⁶. [...]

48 Vgl. Reisetagebuch, 7.1.1956.

49 Vgl. ebd., 21.1.1956.

50 Ebd., 31.12.1955.

51 Ebd., 7.1.1956.

52 Vgl. Marc FREY, *Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums*, München 1998, S. 93–98; JACOBS (wie Anm.22).

53 Reisetagebuch, 21.1.1956.

54 ACDP 01-349-001/7.

55 Fred Bagwitz (1924–2006), Kaufmann; seit 1951 Kreisgeschäftsführer der CDU Soest.

56 Vietnamesischer Diplomat, Botschaftsrat an der Botschaft in Paris.

Mittwoch, 21.12.1955 Dr. Frank⁵⁷ besucht, der sich sehr pessimistisch über die französische Politik äußerte. Stimmtmten darin überein, dass wohl das nächste Parlament noch schlechter wird als das alte. Über Asien. In der Botschaft, von Vo Lang sehr herzlich verabschiedet. Sprach kurz mit Botschafter Duy Khiem⁵⁸. Zum Flugplatz Orly. Formalitäten. Dann mit dem Bus nach Bréigny, weil mal wieder gestreikt wurde. Endlich Start mit eineinhalbstündiger Verspätung. Saß neben nettem jungem Franzosen, der nach Saigon will. Gutes Abendessen. Ankunft in Rom. Endloses Warten. Gegen 2.30 Uhr in der Nacht nach Rom, weil Maschinenschaden nicht behoben werden kann. Im Grand-Hotel. Sehr feudal.

Donnerstag, 22.12.1955 Fahrt zum Flugplatz. Immer noch fraglich, ob wir starten können. Warten, warten. Endlich, gegen 19 Uhr, Start.

Freitag, 23.12.1955 In der Nacht Ankunft in Teheran. [...] Etwas gebummelt. Start. [...]

Samstag, 24.12.1955 [...] Ankunft in Saigon. Wurde auf dem Flugplatz von Mars. Hai⁵⁹, dem Bruder Vo Langs, abgeholt. Ohne Zollkontrolle, er besorgte alles für mich, in die Stadt. Am Palast des Präsidenten, der Kathedrale vorbei zum Hotel Majestic. Plauderten noch lange zusammen. Über Vo Lang, Adenauers Krankheit, die Fortschritte in Vietnam, den Präsidenten, bei dem Hai Chef du Cabinet ist. Gegen 7 Uhr schlafen gegangen. Stand gegen 12 Uhr auf. Besuchte Herrn Tafel, der im gleichen Hotel wohnt wie ich. Tafel ist vor kurzem von Bangkok hier herüber gekommen. Sehr sympathischer Herr. Aßen zusammen. Plauderten über Bonn, das AA. Tafel ist etwa 20 Jahre in Ostasien, war von 1950–54 in Rotchina. Sein Vater war der berühmte Tibetforscher⁶⁰, von dem mir Leverkuehn schon sprach. Wir saßen im Restaurant des Hotels mit einem Überblick über den Mekong, der unmittelbar am Hotel vorbeifließt. Tafel sprach von China usw. Nach dem Essen kurzer Bummel, bis zur großen Buchhandlung. Geruht. Hai rief an und sagte, dass er um 16.30 Uhr komme, um mich zum Außenminister zu fahren. Mit ihm durch die Stadt. Um den Palast des Präsidenten herum gefahren. Sah Anzeichen für die Vorbereitung der Heiligen Messe im Garten des Palastes. Hai lud mich dazu ein. Der Palast, recht

57 Paul Frank (geb. 1918), Diplomat; Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Paris, 1970–1974 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1974–1979 Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamtes.

58 Pham Duy Khiem (1908–1974), vietnamesischer Schriftsteller und Diplomat; 1956–1957 Botschafter in Paris.

59 Vo Van Hai, vietnamesischer Offizier; Direktor des persönlichen Kabinetts von Präsident Ngo Dinh Diem.

60 Dr. Albert Tafel (1876–1935), Arzt und Tibetforscher. Vgl. Albert TAFEL, *Meine Tibetreise. Eine Studienfahrt durch das nordwestliche China und die innere Mongolei in das östliche Tibet*, 2 Bde., Stuttgart 1914.

wuchtig, im besten Kolonialstil. Im recht kleinen Außenministerium, das gerade umgebaut wurde. Der Außenminister⁶¹ recht freundlich, sprach mich auf diplomatische Anerkennung an. Betonte, dass die Errichtung der Handelsmission der erste Schritt auf diesem Weg sei. Allgemeine Politik. Nach etwa 20 Minuten Beendigung der Audienz. Brachte mich zum Ausgang, wo der Fahrer (ein netter frischer Mann) mit dem Auto, das mir während meines Besuches zur Verfügung gestellt worden ist, wartete. Fahren durch die Stadt, die sehr europäisch anmutet. Hübsch die zierlichen Frauen mit ihren weiten Hosen und dem Überwurf. Dann in das Chinesenviertel. Handel, Handel, Handel. Viel Betrieb. Bei Dunkelheit zum Hotel. Mit Tafel geplaudert. Aß mit ihm. Eine gute Flasche Burgunder. Heiligabend. Dachte an zu Haus. Um 11 Uhr holte uns der Fahrer. Zum Präsidentenpalast. Von Hai begrüßt. Illuminierter Park. Eine Prozession ging rund um den Palast. Einige Europäer. Musik, viele elegante Frauen, Männer, Soldaten, eine Krippe und ein Priester. Wurde seltsam ergriffen. Dies bedrohte Volk, im Norden der lauernde Kommunismus, in einer heidnischen Umwelt, bekennt sich eine Gruppe im Zentrum der neuen Macht zu Christus. Vor einem mit schönen Sternen aus Papier geschmückten Altar das Hl. Messopfer. Predigt auf Vietnamesisch. Musik, Gesänge, darunter auf Vietnamesisch „Es ist ein Ros' entsprungen“. Als man „Stille Nacht, heilige Nacht“ sang, kamen mir die Tränen. Große Beteiligung bei der Heiligen Kommunion. Später Empfang. Im Palast. Traf den holländischen Generalkonsul mit seiner Frau. Gute Unterhaltung. War in Prag 2 ½ Jahre. Hatte genug, wie er sagte, vom Gerede der Koexistenz. Sprach mit dem Chefdelegierten für Südvietnam und anderen Persönlichkeiten. Begrüßte den Priester. Amerikaner und Philippinos, die hier eine gute Arbeit verrichten. Sie können als Asiaten besser wirken. Keine Franzosen eingeladen (!). Heimfahrt an der überfüllten Kathedrale vorbei. Diesen Heiligen Abend werde ich nicht vergessen, so lange ich lebe.

Sonntag, 25.12.1955 [...] Durch die Stadt. Schaufenster mit Kunstgewerbe betrachtet. In einem Lokal. Es ist alles sehr teuer. Geruht. Gegessen. Unten träge der Mekong. Ein französisches Schiff mit singenden Seeleuten, einige Hausboote. Geruht. Traf Tafel, der von der Party zurück kam. Geplaudert. Kaufte von fliegendem Händler ein chinesisches Siegel für 400 Piaster, er hatte erst 600 gefordert. Als ich den Brief an meine Eltern schrieb, zogen draußen Fremdenlegionäre vorbei und sangen „Wir lagen vor Madagaskar“. Waren aber offensichtlich schon so angeheitert, dass ich sie nicht anzusprechen wagte.

Montag, 26.12.1955 [...] Hai angerufen. Er kam. Geplaudert. Sehr klug. Ich vermisse aber Vo Lang hier. Nach dem Essen geruht. Dann mit „meinem“

61 Vu Van Mau (1914–1998), vietnamesischer Politiker; 1955–1963 Außenminister von Südvietnam.

Wagen und einem sehr freundlichen Herrn (im Gesundheitsdienst) zum Wirtschaftsminister. Wenn man unsere großen Ministerien gewohnt ist, kommt einem hier alles klein vor. Der Wirtschaftsminister⁶² ist ein sehr kluger und energisch aussehender Mann. Fachmann. Wie überhaupt das Kabinett Diems aus Fachleuten besteht, was ihm die alten Politiker übelnehmen. Sprachen über die wirtschaftliche Situation. Meinte, er brauche noch sechs Monate Zeit, dann sei alles stabilisiert. Beklagte sich über die Franzosen, die verhindert hätten, dass heute die notwendigsten Anlagen vorhanden seien. Will in Deutschland vor allem Medizin kaufen. Von dort zum Leiter des Büros für auswärtige Hilfe. Saß in einem kleinen Büro vor ungeheuren Aktenbergen. Auch er klug und bestimmt. Die Spitze hier ist all right. Zum Hotel und mit Tafel und dem Apotheker einen Drink genommen. Über die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Will eine Reihe von Besuchen vermitteln. Abends mit Frau Neumann⁶³ aus Dalat, an die mich Gesandter Fischer⁶⁴ verwiesen hatte, gegessen. Konnte sehr interessant erzählen. Da sie aber hauptsächlich in den Kreisen der abgehalfterten Franzosen verkehrt, sah sie alles sehr schwarz. Über ihre früheren Sammlungen. Hatte in Shanghai ein Haus mit reichen Kunstschätzen. Alles verloren, z.T. durch „gute“ Freunde. Tranken eine gute Flasche zusammen. Noch mit Tafel spazieren gegangen. An den großen Bankpalästen vorbei. Sie waren die Herren, man sieht es deutlich.

Dienstag, 27.12.1955 Verabredete mich mit Lochner⁶⁵ und McCarron von der amerikanischen Botschaft. Mit Frau Neumann und Tafel zum Markt. Sahen wunderschöne Dinge. Gold-, Lack- und Messingarbeiten. Handelten lange für mich um eine schöne Lackarbeit. Ein Teekasten und Einlegearbeiten. Sollte 800 Piaster kosten. Sahen Anderes, kehrten zurück, gingen. Erst als wir endgültig gehen wollten, entschloss sich der Händler, uns den Kasten für 800 Piaster zusätzlich eines schönen chinesischen Bügeleisens aus Messing zu lassen. Freute mich sehr. Frau Neumann meinte, wenn ich es nicht gekauft hätte, hätte sie es genommen. [...] Noch mit Tafel spaziert. Ich weiß nicht, wie ich es ihm gutmachen soll, dass er mir so viel Zeit opfert. [...]

62 Tran Van Meo, vietnamesischer Politiker; 1955–1956 Wirtschaftsminister.

63 Möglicherweise Stefanie Neumann, Übersetzerin zahlreicher Romane aus dem Französischen, u. a. von Jean HOUGRON, *Das Mädchen von Saigon* (1958), *Es begann in Saigon* (1958), *Halbblut von Saigon* (1960).

64 Martin Fischer (1882–1961), Diplomat und Sinologe; 1907–1944 verschiedene Posten in China, 1953 erneut AA, Leiter der Ostasienabteilung.

65 Robert H. Lochner (1918–2003), amerikanischer Journalist, Diplomat und Dolmetscher; 1955–1957 Leiter der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten an der Botschaft in Saigon, 1958–1961 Leiter der europäischen Abteilung der „Stimme Amerikas“, 1961–1968 Direktor des RIAS in Berlin.

Mittwoch, 28.12.1955 In der Stadt. Immer über den lebhaften Verkehr überrascht. Besuchte die große französische Buchhandlung und sah mir Bücher über Indochina an. Nachmittags rief mich der Chef des Protokolls des Außenministeriums an und fragte, wann er mich sprechen könne, um mein Programm aufzustellen. Ein junger Herr, der Leiter des Touristenbüros gewesen war. Gab ihm meine Wünsche. Saigon und die Reisen im Lande. Um 16 Uhr war Lochner da, der hier an der amerikanischen Botschaft ist. Sohn des berühmten L.⁶⁶ Machte einen frischen und sympathischen Eindruck. Klagte darüber, dass der Präsident zu wenig sich dem Volke mitteilen könne. Außerdem werde die Freiheit, vor allem der Presse, sehr stark beschnitten. Jetzt wolle man den Vertrieb der Zeitungen der Vereinigung alter Kämpfer übertragen, was den Tod der kritischen Organe [zur Folge] haben könne.

Donnerstag, 29.12.1955 Als ich auf meinem Zimmer war, rief mich Hai an, dass mich der Präsident um 10.30 Uhr empfangen wolle. Fuhr um etwa 10.20 Uhr vor dem Palast vor. Eine Ehrenwache von etwa 20 Soldaten salutierte. Der Chef des Protokolls beim Präsidenten und der diensthabende Offizier empfingen mich und brachten mich in einen großen hohen Raum. Einziger Schmuck war eine große vietnamesische Lackarbeit, ein Reh darstellend. Pünktlich 10.30 Uhr erschien der Präsident, vom Erziehungsminister⁶⁷ begleitet, der sich aber sofort zurückzog. Der Präsident ist klein, wie alle seine Landsleute, etwas voller als gewöhnlich, hat ein gutes Gesicht, über das oft ein fast jugenhaftes Lächeln geht. Er erkundigte sich, seit wann ich hier sei usw. Dann monologisierte er. Über ethnische Probleme, über die Katholiken hier, wirtschaftliche Fragen, die Flüchtlinge. Frage der Wahl, Frage der deutsch-vietnamesischen Beziehungen. Die Audienz dauerte etwas über 50 Minuten, weit länger, als vorgesehen. Mehrmals kam der Protokollchef, um ihn zu ermahnen. Hatte selbst nur selten Gelegenheit, etwas beizusteuern. So über unseren Lastenausgleich. Habe einen guten Eindruck, hat persönlichen Charme. Sagte ihm zum Schluss, dass ein Katholik sein Land gerettet habe. Schien ihn zu freuen. Bat ihn um sein Bild. Dieselbe Zeremonie wie bei der Ankunft. Der Präsident geleitete mich zur Treppe. Die Truppe präsentierte. Nach dem Besuch pickten wir Tafel an der Kathedrale auf und fuhren zum Chef des Flüchtlingsdepartments. Zwei sehr gutaussehende Herren. Herzlicher Empfang, wie überall. Die Flüchtlinge, so wurde uns mitgeteilt, etwa eine Million, sind zu 95 % katholisch. 250 Lager katholisch, 20 Lager buddhistisch, 4 Lager protestantisch. Die Schwierigkeit: ihnen Arbeit zu geben. Teilte mit, wie wir in Deutschland

66 Louis Lochner (1887–1975), amerikanischer Journalist; 1924–1941 Mitarbeiter von Associated Press in Berlin, 1959 Vorstandsmitglied des American Council on Germany.

67 Nguyen Duong Don, südvietnamesischer Politiker; 1955–1958 Erziehungsminister, anschließend Botschafter in Rom.

das Problem zu lösen versuchen. Lastenausgleich.⁶⁸ Zum Hotel, wo wir von McCarron abgeholt wurden. Als wir bei McCarron ankamen, stiegen gerade Lochners aus. Frau Lochner könnte fast eine Deutsche sein (ist sie es nicht?), so gut spricht sie und auch ihr Mann deutsch. McCarrons waren auch in Deutschland. So wurde die Unterhaltung wechselseitig deutsch und englisch geführt. [...] Über die Verhältnisse hier. Was die Roten versuchen, wenn es nicht zu Wahlen für 1956 kommt. Man habe die Hoa-Hao-Sekte⁶⁹ genügend infiltriert, um damit einen Aufstand zu machen. Über deutsch-polnische Probleme, Verständigung, Kontakte mit den Kommunisten in der Zone usw. Abends mit Tafel, Frau Neumann zum dänischen Konsul Stereus [?], der gleichzeitig der Chef der Ostasienkompanie ist. Charmante Frau. Großzügig, aber nicht ganz geschmackssicher eingerichtet. Geplaudert. Über die Verhältnisse hier. Sieht sie sehr schwarz, hasst Diem geradezu. Er warf ihm die Methoden eines Diktators vor, die Gefängnisse seien voll. Er sei zu schwarz. Offensichtlich schwingt ein starker antikatholischer Affekt mit. Über deutsche Geschichte. Zerstörte den Mythos von Papens⁷⁰, der sich bis hier hin verbreitet hatte. Nach Erörterung wirtschaftlicher Probleme den ganzen weiteren Abend Histörchen erzählt. Vor allem die Frau konnte so herzlich lachen.

Freitag, 30.12.1955 Lange geruht. Zum Informationsminister⁷¹, er soll einer der ganz starken Männer in der Regierung sein. Empfang im großen airconditioned Büro. Starker Eindruck. Kommt vom Norden. Erzählte über seine Arbeit. Er baut cadres auf. Provinz und Distrikt voll von seinem Ministerium beschäftigt. In den Dörfern unterstützt. Baut auf der Großfamilie auf. Zehn Familien werden immer zusammengeschlossen. Sie sind verantwortlich. So kann man auch die Kommunisten erkennen. Radio, Zeitung, Broschüren auf dem Lande nur geringe Wirkung. Hier ist die Mundpropaganda der cadres wichtig.⁷² Besuchten den holländischen Generalkonsul. Über Diem. Er sieht ihn erheblich positiver als Herr Stereus. Über wirtschaftliche Schwierigkeiten, Indonesien usw. Nachmittags beim Unterrichtsminister, der mit einer Frau aus Saarbrücken verheiratet ist. Mann mit hoher Stirn. Sehr höflich, mit offenbar großem Wissen. Hauptsächlich Probleme der neuen Universität diskutiert.

68 Vgl. hierzu neuerdings Rüdiger WENZEL, *Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952* (Historische Mitteilungen, Beiheft 70), Stuttgart 2008.

69 Buddhistisch-konfuzianistisch-animistische Sekte in Vietnam.

70 Franz von Papen (1879–1969), 1921–1928 und 1930–1932 MdL Preußen (Zentrum), 2. Juni bis 17. November 1932 Reichskanzler, 1934–1938 Gesandter bzw. Botschafter in Wien, 1939–1944 in Ankara.

71 Tran Chanh Thanh, vietnamesischer Politiker; Minister für Information und Jugend.

72 Zum Prinzip dieser sog. Wehrdörfer vgl. Raymond J. DE JAEGHER, *Die Konzeption der befestigten Dörfer in Vietnam – der Versuch einer konstruktiven Antwort auf den Kommunismus*, in: *Moderne Welt* 4 (1963/64), S. 179–184.

Sind für den 5.1.56 bei ihm eingeladen. Nachher bei Viet-NAM-Presse. Gab ein Interview über meine Eindrücke hier. Besuche, vor allem beim Präsidenten usw. Nachher lange Diskussion über politische Verhältnisse in Deutschland. Sehr interessiert und informiert. Wollten vor allem die Motive für den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau wissen.⁷³ Zum Hotel. Mit Tafel geplaudert. Erzählte von der Bibliothek seines Vaters. Bekam heute seine offizielle Bestätigung als Leiter der Handelsmission.

Samstag, 31.12.1955 Besuch beim Justizminister⁷⁴. Sehr höflich, etwas aufgeregt. Sprachen über das Rechtssystem. Genau wie in Frankreich. Man geht jetzt daran, ein neues Gesetzbuch zu schaffen, in dem das vietnamesische Gebrauchsrecht stärker verankert ist. Nachmittags Vo Van Hai besucht. Kurz unterhalten. Dann brachte er mich zu einem belgischen Pater Jaegher⁷⁵, der ein enger Freund des Präsidenten ist. Gute Unterhaltung. Später kam noch ein Chinese hinzu, der in Washington eine Gruppe für die psychologische Kriegsführung leitet. Über den Kommunismus. Der Chinese meint, Russland und China würden erst dann gegeneinander stehen, wenn die Welt kommunistisch geworden sei. Über unsere Anerkennung Russlands, die er als großen Fehler bezeichnete. Später mit Jaegher allein. Fragte mich, ob es gut sei, v. Falkenhausen⁷⁶ hier als deutschen Gesandten und Dr. Schacht⁷⁷ als wirtschaftlichen Berater zu haben. Beide hätten gute Namen in Ostasien. Versuchte, deutsche Schwierigkeiten darzustellen. Schacht sei *persona non grata*. Stellte ihm dann vier Fragen: 1) Ob Diem die Möglichkeit habe, sein Volk anzusprechen, 2) ob er sich nicht *zu* katholisch gebe, 3) zu viele vom Norden (Tunchinesen) beschäftigte, 4) seiner Familie einen zu großen Einfluss, vor allem seiner Schwägerin, einräume? Meinte: zu 1) habe die Möglichkeit, 2) imponiere den Leuten hier, dass er Politik aus dem Glauben und nicht aus dem Geschäft heraus mache, 3) seien aktiver und zuverlässiger, 4) sei eine Notwendigkeit, da

73 Moskaureise Adenauers vom 8. bis 14.9.1955.

74 Nguyen Van Si, vietnamesischer Politiker; Minister der Justiz.

75 Raymond J. de Jaegher (geb. 1905), belgischer Jesuit; Missionar in China, 1949 Flucht vor den Kommunisten, Vorsitzender der Free Pacific Association und Berater des vietnamesischen Präsidenten Ngo Dinh Diem. Bekannt geworden ist sein Augenzeugenbericht über den chinesischen Bürgerkrieg (Raymond J. DE JAEGER/Irene Corbally KUHN, *The Enemy Within. An Eyewitness Account of the Communist Conquest of China*, Garden City, NY 1952).

76 Ernst Alexander Alfred Hermann Freiherr von Falkenhausen (1878–1966), deutscher General; 1940–1944 Chef der Militärverwaltung im besetzten Belgien, Berater Chiang Kai-Sheks.

77 Hjalmar Schacht (1877–1970), Bankier; 1933–1939 Reichsbankpräsident, 1934–1937 Reichswirtschaftsminister, 1935–1937 Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1944 Verhaftung, 1946 Freispruch im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, Mai 1947 durch Entnazifizierungsgericht Stuttgart zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1950 Haftentlassung, 1953 Gründung der Düsseldorfer Außenhandelsbank Schacht & Co.

er zunächst nur ihr hatte trauen können. Er sei aber der, der bestimmt. Meine vier Fragen waren Extrakt aus den vielen Gerüchten hier. Verabschiedeten uns herzlich, will mich bald wieder sehen. Geruht. Abends Empfang beim amerikanischen Gesandten. Hatte erst Schwierigkeiten mit meinem Anzug, da ich keinen Smoking habe. War ganz reizend. Traf Lochners, McCarron, den holländischen Generalkonsul. Lernte viele Leute kennen. Plauderte lange mit Lochners. Sagte ihm, hier hätte ich herausgefunden, wie beruhigend es sei, mit USA verbündet zu sein. Erzählten Histörchen. Stießen um 24 Uhr auf Deutsch auf ein glückliches neues Jahr an. Sprach lange mit dem Botschafter⁷⁸, der in Russland war und Hilger⁷⁹ und Herwarth⁸⁰ gut kennt. Über Russland, russische Politik. Sagte, man könne es nicht erwarten, dass kommunistische Führer andere Politik machten, sei genau so, als wenn Ford im Alter Sozialist geworden sei.

Sonntag, 1.1.1956 Zum Palast, wo großer Neujahrsempfang war. Trafen viele Bekannte. Trugen uns ins Goldene Buch ein. Ich lustigerweise als 1. Fuhren dann nach Cap Saint Jacques. Sah so zum ersten Mal das Land. Viele kleine militärische Lager. Das Land hier muss immer noch vor der Binh-Xuyen-Sekte⁸¹ geschützt werden. Viele neue Dörfer der Flüchtlinge. Viele mit der Kirchenfahne. Oft primitiv, manche modern. Kamen durch Ortschaften, die Straßenseite immer besetzt mit kleinen Läden. Bewachte Brücken. Herrliche Landschaft. Fuhren an den Strand. Gelegen und dann gebadet. Wohl zum ersten Mal am 1.1. Schön, wenn große Wellen kamen, sich ihnen entgegenzuwerfen. Mehrmals im Wasser. Großer Betrieb. Fremdenlegionäre mit ihren kleinen Freundinnen. An der Küste entlang. Schön. Heimfahrt. Herrlich die kurze Dämmerung. Der ganze Dschungel dann ein Läuten und Klingen der Grillen.

Montag, 2.1.1956 Nachmittags dem guten Tafel meinen ersten Bericht für die WP diktiert.⁸² Außerdem Brief an Dr. Dittmann⁸³ nach Hongkong geschrie-

78 George Frederick Reinhardt (1911–1971), amerikanischer Diplomat; 1955–1957 Botschafter in Saigon.

79 Gustav Hilger (1886–1965), Diplomat; 1923 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1948–1953 Berater in der Ostabteilung des State Departement, 1953–1956 Berater für Ostfragen im AA.

80 Hans Heinrich Freiherr Herwarth von Bittenfeld (1904–1999), Diplomat; 1949 Leiter des Protokollstabs im Bundeskanzleramt, 1951 Chef des Protokolls im AA, 1955–1961 Botschafter in London, 1961–1965 Staatssekretär im Bundespräsidialamt, 1965–1969 Botschafter in Rom.

81 Mafiaähnliche Organisation, die Anfang der 50er Jahre Teile Südvietnams einschließlich Saigons kontrolliert und im Frühjahr 1955 einen Aufstandsversuch gegen Diem unternommen hatte.

82 „Westfalenpost“ vom 10.1.1956 („Deutsch auf der Rue Catinat in Saigon“). Für Majonicas Heimatzeitung folgten weitere Artikel am 2. und 23.2.1956 („Made in Germany begeistert auch Vietnamesen“ und „Panzer-Taktik im Dschungel“).

83 Dr. Herbert Dittmann (1904–1965), Diplomat; 1953–1958 Generalkonsul in Hongkong, 1958–1959 Ministerialdirektor im AA, 1959–1962 Botschafter in Brasilia, 1962–1965 in Tokio.

ben. Gingen dann zur Kathedrale, wo Kardinal Spellmann⁸⁴ eine Messe liest. Nach langem Warten inmitten der Vietnamesen kam der Kardinal, langsam segnend schritt er das Mittelschiff entlang. Messe. Nachher sprach Spellmann. Von dem Erfolg des Präsidenten, von der Hilfe amerikanischer Katholiken usw. Sagte zu Tafel, dass ich den Eindruck hätte, dass zwei Großmächte Vietnam stützen: USA und die katholische Kirche. [...]

Dienstag, 3.1.1956 Früh zum Palast des Präsidenten. Großes Aufgebot. Die Garde vollzählig angetreten. Traf Lochner. Nach einigem Warten: der Präsident. Die Garde präsentiert, die Nationalhymnen. Abreise im großen Konvoi. Lochner fährt mit uns. Bald werden Flüchtlingslager besichtigt. Plötzlich haben wir Rauch im Wagen. Als wir halten, qualmt es aus dem Gepäckraum, wir öffnen, mein Koffer steht in hellen Flammen. Fast alle Sachen verbrannt oder angesengt. Wenige Minuten später wäre auch das Gepäck von Lochner verbrannt. Am gefährlichsten aber war, dass das Feuer wenige cm entfernt vom Benzintank war. Wir besichtigen Flüchtlingslager in Tan Bui, Tan-ha, Than Tam. Eines davon ein protestantisches Lager. Der Präsident begrüßt mich freundlich. Er wird heute 55. Bei den Flüchtlingen sieht man ehrlich begeisterte Gesichter, wenn der Präsident kommt. Wir kommen nach Bhao. Gehen durch angetretene Soldatenreihen. Große Agrarschule, von Australiern hauptsächlich erbaut. Auf der Ehrentribüne. Kurze Ansprachen. Die Montagnards im Nationalkostüm. Wild aussehende Männer mit Speeren. Der Präsident wird von den Studenten auf die Schultern gehoben. [...] Lerne den Bruder des Präsidenten kennen,⁸⁵ der großen Einfluss im Palast hat. Picknick. Musik. Plötzlich ein Sturzregen. Jeder rettet sich. Nachher noch im Regen ein Tanz von Schülerinnen, die Landarbeit symbolisierend. Warten im Auto den Regen ab. Fahren weiter. Weitere Flüchtlingslager. Mit vielen Geistlichen, Nonnen usw. Einmal ein ganzer Konvent. Begeisterung. Erreichen ein großes Lager in der Höhe von Dalat⁸⁶. Es ist dunkel. Eine riesige Menschenmenge. Reden. Dann Abendessen mit dem Präsidenten. Vietnamesische Küche. Dazu Wein. Fische in Bananenblättern, Reis usw. Nach dem Essen Tanzvorführungen. Sehr hübsch. Die Mädchen sind sehr schön, auf eine sehr unerotische Art. Elegant, wie ferne Schriftzeichen. Sitze neben dem Präsidenten, der sich nach meinem Gepäck erkundigt. Weiterfahrt nach Dalat. Ankunft in einem großen, etwas verlassen wirkenden Hotel. Schlafe zum ersten Mal unter einem hohen Moskitonetz.

84 Francis Spellmann (1889–1967), katholischer Priester; 1925–1931 im vatikanischen Staatssekretariat, 1932–1939 Weihbischof in Boston, ab 1939 Erzbischof von New York, 1946 Kardinal.

85 Ngo Dinh Nhu (1910–1963).

86 Stadt im südlichen Bergland von Vietnam.

Mittwoch, 4.1.1956 Frühstück mit Tafel. Dann mit Lochner in die Stadt. Später zum Flugplatz. Militär, Ngo schreitet die Front ab. Verabschiede mich von ihm, werden zusammen fotografiert. Sehen uns dann den Flugplatz an. Später zum Wasserfall. Drei mächtige Ströme. Nach Dalat. Nachmittags mit Frau Neumann und Nguyen Cong Vien⁸⁷ und seinem Mitarbeiter Flüchtlingsiedlungen besichtigt. Sehr sauber, große Gemüsebeete, sehr ordentlich angelegt. Fuhren auf einem neu erstellten Weg, mit häufigem Steckenbleiben. Durch Dalat gefahren. Großzügig angelegt. In dieser wunderbaren Berglandschaft gelegen. Etwa 1.100 Meter hoch. Gute Luft, sogar abends etwas kühl. Viele Villen. Die Franzosen hätten etwas mehr für das Land und etwas weniger für ihr gutes Leben tun sollen. Etwas am langsam dunkel werdenden See gesessen.

Donnerstag, 5.1.1956 Abfahrt. [...] Hielten dann noch bei einem großen Hospitalbau. Ein belgischer Pater, der Ingenieur war, baut hier. Es gibt hier 100.000 Flüchtlinge ohne Hospital. Erbat meine Hilfe für die Ausrüstung. [...]

Freitag, 6.1.1956 Zu Besuch beim Chef des Protokolls. Besuche arrangiert. Bei Hai, der mir meinen Plan vervollständigte. Gab mir 10.000 Piaster. Wollte nicht. Zu großzügig. Reise nach Huê, Angkor Wat, Hongkong besprochen. Habe schon Telegramm von Dittmann, dass ich bei ihm wohnen kann. Beim Rektor der Universität. Kurzer Höflichkeitsbesuch. Dann zur juristischen Fakultät. Empfangen vom Doyen. Intelligenter Professor, außerdem noch im Staatsrat und am höchsten Gericht. Sagte, das sei normal, da die Juristen fehlten. Sprachen über Verfassungsfragen. War sehr interessiert an der deutschen Verfassung. Über das Gerichtswesen in Vietnam. Wie bei uns. Auch viele Spezialgerichte. Ist damit beschäftigt, ein neues einheitliches Strafgesetzbuch zu schaffen. Früher gab es drei, für die drei Landesteile. Sei leicht, da alle denselben Rechtsgehalt hätten. Dann zur Naturwissenschaftlichen Fakultät. Ein netter französischer Professor. Besuchten die Experimentiersäle. Man hat große Schwierigkeiten. Früher war Saigon nur ein Annex zur einzigen Universität in Hanoi. Hat große Pläne. Zum Verteidigungsminister⁸⁸. Über den Aufbau der Armee, die ja sehr jung ist. Oberbefehlshaber ein General der Armee. Drei Waffenteile, Schwerpunkt Armee. Im Prinzip allgemeine Wehrpflicht. Doch man hat schon jetzt zu viele Soldaten. Man muss die Armee reduzieren, wenn man die Qualität steigern will. Die Armee der Caoisten⁸⁹ sei eingeschmolzen, man könne diese Soldaten normal versetzen, um zu integrieren. Sprach mit

87 Vietnamesischer Politiker, Minister für Landwirtschaft.

88 Tran Trung Dung, vietnamesischer Politiker; seit 1955 Minister für nationale Verteidigung.

89 Gemeint sind Angehörige der Cao-Dai-Sekte, einer vietnamesischen Bewegung, die Lehrinhalte von Christentum, Buddhismus, Hinduismus, Taoismus und Konfuzianismus vereinigt. Sie umfasste in den 50er Jahren bis zu 2 Millionen Mitglieder und unterhielt eine eigene Armee.

großer Bewunderung von deutschen Soldaten und der deutschen Industrie. Will deutsche Wagen kaufen. Machten noch aus, dass ich ein Ausbildungslager der Offiziere besichtigen kann. Zum Hotel. Fand Einladung vom Außenminister. Bald danach brachte der Bote eine Einladung vom Präsidenten für den morgigen Abend. Hatte ein interessantes Gespräch mit meinem Chauffeur. Hat vier Kinder, unterhält seine taube Schwester und seine 88-jährige Mutter. Wohnen alle in einem Raum, für den er 800 Piaster Miete zahlt (Umrechnungskurs 1 DM = 8 Piaster), verdient 3.400 Piaster im Monat. Über den Präsidenten: Er sei sauber, daher sehr beliebt. Alle anderen Präsidenten vor ihm hätten für die eigene Tasche gearbeitet. Seine Mutter lebe noch in seinem ganz kleinen Haus in Huê.

Samstag, 7.1.1956 Besuchten sehr früh den Bischof von Saigon, Monsignore Hinh. Sehr gebildeter Herr, freundlich und gewandt. Sprach erst von der Geschichte seines Landes und warum immer noch Vietnam der Propaganda-Kongregation unterstellt sei. Das Land (im Süden, im Norden noch ca. 300.000 Katholiken) zähle jetzt etwa 1.200.000 Katholiken, $\frac{2}{3}$ aus dem Norden. Etwa 1.200 Priester (Vietnamesen). Man könne gar nicht alle Bewerber unterbringen, ebenso sei es mit den Nonnen. 95 % seien praktizierende Katholiken. Ein Problem seien die Mischehen für Buddhisten, die nur mit besonderem Konsens gestattet werden. Es gibt sechs Diözesen. Das Ressentiment gegen die Katholiken sei nicht stark, da der Buddhismus nicht stark sei, aber es sei vorhanden. Das müsse noch im Politischen beachtet werden. Wenn es eine katholische Partei gebe, gebe es bald einen Block dagegen. Katholische Literatur wachse jetzt langsam. Über europäische Probleme. Deutschland, Frankreich. Zeigte sich außergewöhnlich gut informiert. Über liturgische Bewegung und Guardini. Über den Kommunismus, er sei nur durch Ideen endgültig besiegbar. Zeigte mir ein altes vietnamesisches Haus im Garten seines Palais, die älteste Kapelle in Saigon. 100 Jahre alt. [...] Man ist überall sehr an Deutschland interessiert. Mittags beim holländischen Generalkonsul. Eingeladen zur indonesischen Reistafel. Traf McCarron. Außerdem der Leiter der indischen Waffenstillstandskommission, ein indonesischer Diplomat mit seiner europäischen Frau, die ihr Baby in einem Korb mitgebracht hatte. Ein Engländer, der in Berlin war und Kaiser⁹⁰ gut kennt, außerdem war er 47 in Wilton Park, um dort zu lehren. Freute sich sehr, mich zu treffen. Langes Gespräch über gemeinsame Bekannte in Berlin. Dann die Genüsse der indonesischen Reistafel. Ausgezeichnet. Sprach nachher mit dem Inder über das Problem der Koexistenz. Ko-Existenz setze Existenz voraus. Also Wachsamkeit und Stärke. Lei-

⁹⁰ Jakob Kaiser (1888–1961), Buchbinder; 1933 MdB (Zentrum), 1945–1947 Vorsitzender der CDU Berlin und in der SBZ, 1948/49 MdPR, 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1948–1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDA.

der konnten wir das Gespräch nicht zu Ende führen. [...] Abends zum Dinner beim Präsidenten. Als wir vorfuhren, schien uns der Palast sehr einsam. Das Hauptportal geschlossen. Keine Wagen, wir befürchteten schon, die weitaus ersten zu sein. Am Eingang wurden wir (Tafel und ich) vom diensthabenden Offizier und vom Chef des Protokolls empfangen. Wir wurden in das Besuchs-zimmer geleitet, wo ich meine erste Audienz hatte. Nach einiger Zeit erschien der Minister im Palast. Geplaudert. Wunderten uns, dass es nicht mehr wurden. Dann kamen der Präsident und sein Bruder Nhu. Er hat die Gewerkschaftsfragen zu regeln. Geplaudert. Der Präsident erzählt von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Von Spekulanten, denen er jetzt durch den billigen Einkauf von Zucker eins ausgewischt habe. Von seinen Plänen, vor allem auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Wir gingen zum Essen. Kleiner Raum mit schönen Schränken. Wir waren zum Essen im ganz kleinen Kreis geladen. Eine hohe Auszeichnung. Beim Essen (vietnamesische Kost) über Gewerkschaftsfragen, Franzosen, warum sie das Land nicht entwickelt haben, über Deutschland und seine Probleme, über Kommunismus, Koexistenz, französische Presse, französische Wahlen. Dann Tee im Besuchszimmer. Ngo über Chiang Kai-Shek. Er sauber und integer, aber es fehlten ihm die sozialen Ideen. Wir blieben noch lange, da wir auf ein Zeichen zum Aufbruch vom Präsidenten warteten. Aber wir mussten das Zeichen geben, was wir dann auch taten. Verabschiedung. Vom Bruder Nhu zur Tür geleitet. Nachher noch mit Tafel gebummelt. War noch ganz erschlagen, dass uns der Präsident zu einem solch intimen Dinner geladen hatte.

Sonntag, 8.1.1956 Mussten warten, da in Huê⁹¹ schlechtes Wetter sei. Endlich Start. Landeten nach ziemlich kaltem Aufenthalt im Flugzeug in Tourane⁹². Gewartet, gewartet. Gegessen. Endlich hörten wir, dass wir Huê nicht anfliegen könnten, weil ein großes Flugzeug mitten auf der Piste lag. Reifen beim Landen geplatzt. Bei schlechtem Wetter sei dann ein Landen unseres Flugzeugs lebensgefährlich. Ein Auto sei unterwegs, um einen neuen Reifen zu bringen. Endlich, am späten Nachmittag, hörten wir, dass das Auto mit dem Reifen immer noch nicht angekommen sei. Fahrt mit der Taxe in die Stadt. Fuhren dann über einen Pass, den man, da Einwegstrecke, nur alle zwei Stunden passieren kann. Vorher in schöner Abenddämmerung an einer Lagune vorbei, Fischerboote. Bei Regen über den Pass, im Dunkeln das Meer (Chinesisches Meer). Gegen 20.30 Uhr Ankunft in Huê. Wurden in einen großen Hof gefahren. Militär. Im 2. Stock das Hotel. Riesige Gänge, etwas verwahrlost. So besuchte mich eine fette Schabe.

91 Ehemalige Kaiserstadt in Zentralvietnam.

92 Das heutige Da Nang, Hafenstadt in Zentralvietnam.

Montag, 9.1.1956 Mit dem Auto in die Stadt. Macht guten Eindruck. Dann zum kaiserlichen Palast, d.h. zu den Resten, denn die Viet Minh, diese Banditen, haben ihn zum größten Teil gesprengt und verbrannt. Besuchten zuerst das Museum. Im schönen Palast untergebracht. Viele Dinge, nur wenig Gute. Die Viet Minh haben hier gestohlen. [...] Dann zum Thronsaal. Wurde bis 1948 noch benutzt. Goldener Thron, Vasen, Lacksäulen. Noch den Ahnensaal besichtigt. Kleine Thronchen, auf denen die Ahnen thronen (der Dynastie) mit ihren Frauen, dazu ihre Gebrauchsgegenstände, sieben derartiger Schreine. Sehr eindrucksvoll. War aber auch viel zerstört und wurde wieder hergerichtet. Sah verbrannte Gebäude. Zum Delegierten. Sehr offen gesprochen. Sagte, noch vor einem Jahr hätte er sich nicht gewundert, morgens aufzustehen und ringsherum rote Fahnen zu finden. Jetzt sei es anders, die Regierung werde vom Volk unterstützt, gute Hilfe hätten hier die Flüchtlinge geleistet. Über Deutschland, und dass es die gleichen Probleme habe. Die Frage gestellt, was geschehe im Juli 56, wenn es keine Wahlen gebe. Er meinte, alles würde ruhig bleiben, da die KP keine Chance habe. Nachher gemeinsam mit Tafel einen unglaublichen Artikel im „France Illustration“ über Diem gelesen. Unglaublich tendenziös. Hart an der direkten Lüge vorbei. Französische Journaille. Haut ihn, er ist ein Christ. Nachmittags dann das Grabmal Tu-Ducs⁹³ besichtigt. Eine große und schöne Anlage. Er war wohl der größte Vertreter seiner Dynastie. Es wurde 1864 begonnen und 1867 beendet. Man kommt erst zu einem künstlichen See, dann die Pagode, wieder mit den Schreinen, dann ein Hof. Das Grabmal, vorher eine Stele mit der Geschichte des Herrschers. Ehrenhof usw. Mit schönem Baumbestand. Hier möchte man, wenn man nachdenken will, wandern. [...] Abends beim Delegierten zum Abendessen. Außer ihm sein politischer Sekretär und ein Herr der australischen Legation. Geplaudert, immer wieder überrascht die Aversion gegen die Franzosen. Geschichten von Spionen, die durch die Franzosen eingeschmuggelt werden usw. Der politische Sekretär erzählte mir, dass es drei politische Parteien gebe, die aber ein politisches Direktorium hätten. Morgen finde eine Unterwerfungsszene ehemaliger Aufrührer statt. Über Deutschland erzählt.

Dienstag, 10.1.1956 Schon früh kam ein Bote des Delegierten, der uns mitteilte, wir könnten um 9.45 Uhr fliegen. [...] Zwischenlandung in Tourane. Sprachen mit Franzosen, die über den Frankreichhass in Huê sprachen. Sie getrauten sich nicht, allein auf den Markt zu gehen.

Mittwoch, 11.1.1956 Sehr frühe Abfahrt. Verließen Saigon in westlicher Richtung. Lebhafter Verkehr. Bald an der Grenze nach Kambodscha. Passkontrollen. Kaum habe wir die Grenze passiert, so begegnen uns die ersten Bonzen

93 Geburtsname Nguyen Hong Nhiem (1829–1883); 1847–1883 vietnamesischer Kaiser.

in ihren gelben leuchtenden Gewändern und mit kahl geschorenem Kopf. Man sieht, dass hier ein anderer Bevölkerungsschlag lebt. Auf der Straße nach Phnom Penh. Reisfelder, Hütten auf Pfählen, Wats und Pagoden. [...] Bummel durch die Stadt. Breite Boulevards. Silberläden betrachtet. Weiterfahrt. Überquerten einen Seitenfluss vom Mekong. Sehr breit. Die Landschaft wird unbewohnter. Aber immer wieder Bonzen, Pagoden, Hütten, schöne Frauen. Das ganze Land ist flach, nur für einige Zeit sieht man in weiter Ferne Berge. Die Landschaft ist fast lieblich. Waren kurz in einer Provinzstadt mit fast europäischen Bauten. Dann wieder dieselbe Landschaft. Nur unwesentlich verändert durch Baumbestand und Bebauung. Abenddämmerung, sehr schön über dem Lande. Erreichten bei Einbruch der Dunkelheit das Grandhotel, 7 km von Angkor Wat. Mit Mühe aufgenommen, dann Essen, etwas promenierte, bald müde zu Bett. Schließen zu viert in einem „Raum“, der nur durch Laken vom übrigen Keller abgetrennt war. Langes Geplauder von Chinesinnen, schlecht geschlafen.

Donnerstag, 12.1.1956 Nach dem Frühstück sofort nach Angkor Wat. Strahlendes Sonnenwetter. Sahen bald über den Bäumen die Turmspitze von Wat. Wie eine große Ananasfrucht. Oder wie eine riesige Artischocke. Zunächst die riesige Front des Einganges, dem wir auf einem Steinweg uns näherten, der hoch über dem Wasser lag. Durch das Tor, Skulpturen. Dann der lange zweite Steinweg, etwa auf der Mitte rechts und links zwei kleine Tempel. Dann Treppe und wir befanden uns im ersten Umgang. Riesige Ausmaße, die Wände mit langen Reliefs unzähliger Figuren, die alle ineinander verschlungen sind, geschmückt. Dazu immer wieder die Tänzerinnen. Wir stoßen weiter ins Innere vor, der zweite Umgang mit großen freistehenden Figuren. Massiv. Steile Treppe empor. Figuren, wunderschöne Säulen, wie gedrechselt. Man ist von dieser riesigen Anlage wie erschlagen. Dass so etwas Menschen geschafft haben. Das ist vielleicht der tiefste Eindruck: unmenschliche Maße, vegetativ, wuchernd, sinnlich. Streifen überall herum, gehen die Umgänge entlang. Können es nicht fassen, können uns aber auch nicht lösen. Der Eindruck erschlägt. Dann zum Königspalast. Die sog. Elefantenterrasse. Ins Innere, recht großer Tempel, Wasserbecken, Buddha. Figuren, Figuren. Wie viele Steinmetze müssen hier am Werk gewesen sein. Die blaue Stunde. Saßen ruhig da und ließen das ungeheuerliche Bauwerk auf uns wirken, während von fern das Singen der Mönche herüberwehte. Immer plastischer, je dunkler es wurde. Als es fast dunkel war, gingen wir auf den Tempel zu. Sofort bildeten sechs junge Khmer mit Fackeln aus Bananenblättern eine Prozession und geleiteten uns feierlich zum Tempel. Mir war, als stünden versunkene Zeiten wieder auf, als gewönne alles Leben. Mit den Jungen in den Tempel und beim Fackelschein Reliefs und Figuren angesehen. Wie plastisch sie plötzlich hervortraten. So mag sich auch der König vor 900 Jahren nächtlich vom Fortschritt der Arbeiten über-

zeugt haben. Mit Fackelschein zurück zum Auto gebracht. Die Jungen blieben selbst dann bei uns, als wir ihnen ein kleines Entgelt gegeben hatten. Noch lange das Erlebnis des heutigen Tages nachklingen lassen.

Freitag, 13.1.1956 [...] Phnom Penh angesehen. Pagoden, aber recht moderner Bauart. Zum Königspalast. Museum, mit der Feder, mit der der Vertreter Kambodschas den Friedensvertrag von San Francisco unterschrieben hat. Thronsaal. Prächtigt, für europäische Augen etwas zu prächtig. Zur Pagode, zogen die Schuhe aus, Boden mit Silberplatten belegt. Figuren aus purem Gold. Flug nach Saigon, mit einer Maschine aus der Zeit, als es noch keine Flugzeuge gab. Motorraum und Passagierraum gingen unmittelbar ineinander über. [...]

Samstag, 14.1.1956 Früh von Beamten des Palastes abgeholt. Zum Flugplatz. Pünktlich auf die Minute um 7 Uhr gestartet. Nach 3 1/2 Stunden in Hongkong gelandet. Überholten großen weißen Passagierdampfer. Dschunken. Beim Landen den Eindruck, als wollten wir Berg mit den Flügeln streifen. Von Dr. Dittmann persönlich am Flugplatz abgeholt. Schnelle Erledigung der Formalitäten. Fahrt mit der Taxe zur Fähre. Schönes klares Wetter, aber nicht heiß. Viel kühler als in Saigon. Mit Dittmann geplaudert. Freue mich ja so sehr, hier zu sein. Hatte mich ja so freundlich eingeladen. Erster Blick auf Hongkong. Zum Generalkonsulat, stellte mir alle seine Mitarbeiter vor. Programm vorgelegt. Soll auch nach Macao. Dann zu seinem Haus, den Hügel empor. Von oben wundervoller Ausblick. Seine Frau begrüßte mich herzlich. Sehr schönes Haus. Weiträumig und eine bewundernswerte Lage. Ein Drink auf der Terrasse. Weiter Blick auf Wasser, Inseln, Berge. Nachmittags Rundfahrt mit Dr. Dittmann um die ganze Insel. Buchten, blauer Himmel, blaues Wasser. Schön, wunderschön. Neubauten, chinesische Siedlungen, Wasserreservoir, Wasserfänger. Immer wieder das Meer, Schiffe, Dschunken. Geruht. Dann mit Vizekonsul Behrens und Lochner ausgefahren. Schöner Blick auf erleuchtete Stadt. Viel bunte Reklame. Zur Bay. Nahmen einen Sampan, der von Mutter und Tochter gerudert wurde. Zu Tai Pak Fong, einem großen Boot, wo man besonders gut Fisch essen kann. Wurden begrüßt. Konnten uns dann in zwei riesigen Zubern die Fische aussuchen, die wir essen wollten. Wählten eine Seeschnecke, Hummer, gebratenen Fisch. Aß wieder stilwidrig mit der Gabel. Tranken warmen Reiswein. [...] Behrens ist ausgezeichnet über China informiert. Auch er der Meinung, dass China völlig mit Moskau konform gehe und vielleicht noch Marx-gläubiger sei als der Kreml. Interessante Einzelheiten. Kolchosa, Bauernunruhen usw. Dann mit einiger Schwierigkeit zu einem Dancing-Room. Kein Alkohol. Zwei Chinesenmädchen. Etwas schwierige Konversation. Getanzt, obwohl mir die Beine immer noch von Angkor schmerzen.

Sonntag, 15.1.1956 Fuhren zusammen zur rotchinesischen Grenze. Kontrollen. Dann die letzte Station der Eisenbahn, dem einzigen direkten Draht nach Rotchina. Bis einen Meter an die Grenze. Junge rotchinesische Soldaten. Rote Fahne, Zöllner. Heute sollten Pakete für amerikanische Gefangene übergeben werden. Auf einen Beobachtungsturm und weit ins rote Gebiet geschaut. Zusammengesessen. Ein italienischer Pater, ob nicht Konfratres aus den Gefängnissen entlassen werden. Rot-Kreuz-Vertreter, Polizisten. Fahrt über das Festland. New Territory. Sahen alte chinesische Dörfer, mit Wällen umgeben, unglaublich enge und schmutzige Gassen. Dann wieder Buchten, Meer. Schön, sehr schön. Fabrikgegenden. Hongkong industrialisiert sich stark. [...] Gemeinsames Abendessen. Lange geplaudert. Fraktion. Auswärtiger Ausschuss. Russland-China-Politik. Unser Ost-Interessierten-Kreis in Bonn usw. D. möchte gern als Botschafter nach Ankara, da er Spezialist für den Vorderen Orient ist.

Montag, 16.1.1956 Früh zu Konsul Bassert. Freund von Kiesinger. Mit seiner reizenden Frau zur „Schrobenstein“ gefahren. Die Schrobenstein hat sechs Monate hier gelegen, da das Getriebe entzwei gegangen war. Schönes Schiff. Lernte eine Reihe von China-Kaufleuten kennen. Waren sehr interessiert an Vietnam, Meinten, man solle China nicht schlechter behandeln als Polen usw. Warum keine Handelsbeziehungen. [...]

Dienstag, 17.1.1956 Gedämmert. Fieber, Durchfall. Zweimal kam Dittmann, um mich zu besuchen. Einen Teil der Berichte gelesen. Sehr mühsam. In der Nacht starke Schweißausbrüche.

Mittwoch, 18.1.1956 Fühle mich wohler, doch sehr schwach. Fuhr zum Büro, wo ich mich von Dittmann verabschiedete. Am Flughafen wurde uns eröffnet, dass das Flugzeug genau 24 Stunden später fliege. Ich hatte vorher auf der Fähre 10 Franken ins Wasser geworfen, um bald nach Hongkong zurückzukehren. Aber nicht *so* bald. Zum Office. Dr. Dittmann herzlich gelacht. [...]

Donnerstag, 19.1.1956 Mit Dr. Dittmann gefrühstückt. Endgültig (?) verabschiedet. War so schön!!! Im Office. Dann zum Catholic Centre und Pater Weil besucht. Über die Aufgaben in Hongkong und die Überseechinesen. Beobachtung in China. Traurige Bilanz, alle Priester ausweisen oder im Kerker. Chinas Nationalkirche. Hat Erfolg, man sperrt denen, die nicht mitmachen, einfach die Reiszuteilung. Sahen in die Räume, ausgezeichnet aufgebaut. Fühle mich doch im Raum dieser Kirche so geborgen. Stolz, dass ich dabei bin. Zum Office und mit Behrens zum Flughafen. Er kennt China wirklich gut. Meint, dass die alten Chinakenner wenig aussagen können. Heute muss man nicht China, sondern den Bolschewismus kennen. Ruhiger Flug. In Saigon abgeholt. [...]

Freitag, 20.1.1956 [...] Trafen Father Jaegher. Mit ihm geplaudert. War auch in Angkor. Gab mir Brief für Falkenhausen mit. Zum Mittagessen hatte ich den Generalkonsul [unleserlich] und McCarron eingeladen. Im Majestic. Nett geplaudert. Über meine Eindrücke und was ich meiner Regierung berichten werde. Vor allem, dass die Verhältnisse sich soweit stabilisiert haben, dass Diem nicht mehr von innen heraus überrannt werden kann. Nach dem Essen geruht und zum Café Pagode gegangen, wo wir uns mit Lochners verabredet hatten. Nett zusammengessen. Liebe Menschen. Brachte mir eine Zeitung mit, die mein damaliges Interview groß gebracht hatte.⁹⁴ Verabschiedet. Zum Außenminister, der mich in seiner Wohnung empfing. Die Büros sind heute geschlossen, weil der Geburtstag Buddhas ist. Lange unterhalten. Dankte ihm. Sprachen dann von der diplomatischen Anerkennung, die ich in Bonn unbedingt befürworten werde. Frage des wirtschaftlichen Austausches, der Spezialisten. Wollte nicht, dass sie von Deutschland bezahlt würden. Machte ihm klar, dass wir sozusagen im Augenblick selbst keine militärischen Spezialisten hätten. Riet ihm von Dr. Schacht ab. Herzliche Verabschiedung. Abends mit Vo Van Hai, zwei seiner Familie und Tafel nach Chaka, der großen Chinesenstadt. Großes Gewimmel. Aßen im Jade Palast. Relativ gut. Hai freute sich sichtlich, einmal länger mit mir zusammen zu sein. Dann in ein Kabarett mit Dancing, Taxi-Girls. Bekamen vier an unseren Tisch. Zwei entzückende Vietnamesinnen. Getanzt. Vorführungen, vor allem einer Grotesktänzerin. Geht, aber ungewöhnlich.

Samstag, 21.1.1956 8 Uhr von einem Kapitän am Hotel abgeholt. Fahren zur Offiziersschule Tuduc. Erzählte uns unterwegs, dass es in der französischen Kolonialarmee vietnamesische Einheiten erst nur bis zur Kompanie und später bis zum Bataillon gegeben habe. Als wir an der Schule ankamen, waren der Kommandant, ein Oberst, und der amerikanische und französische Instruktionsoffizier am Tor erschienen, um uns zu begrüßen. Musste dann zum ersten Mal in meinem Leben eine Ehrenkompanie mit weißem Stahlhelm abschreiten. Zunächst einleitender Vortrag über die Schule. Ist eine Schule, die Spezialisten ausbildet. Schule für Infanterieoffiziere ist in Dalat. Spezialisten fehlen für Artillerie, Tanks, Nachrichtenübermittlung. Augenblicklich rund 1.000 Schüler hier. Rundgang durch die sehr saubere Schule. Unterricht, eine Einheit war angetreten. Besichtigt. Das Lager der Schüler gesehen. Sauber (Latrine angelegt, da sie so schön geworden war, verboten die Offiziere die Benutzung!!). Noch einmal Ehrenkompanie abgeschritten. Dann im Offiziers-Kasino Erfrischung. Geplaudert. Über Deutschland, unsere militärischen Probleme. Herzlicher Abschied. Hier wird gute Arbeit geleistet. Fahrt zur Stadt. Gepackt. Etwas geruht, dann zur Abschiedsaudienz zum Präsidenten gefahren. An der Tür

94 „La Gazette de Saigon“ vom 3.1.1956.

wieder vom Protokollchef und vom diensthabenden Offizier empfangen. Nach wenigen Minuten des Wartens in das Arbeitszimmer des Präsidenten geführt, wo Hai gerade einige Unterschriften vorlegte. Diem kam mir freundlich lächelnd entgegen. Schönes Zimmer, beherrscht durch einen riesigen Schreibtisch und ein großes Lackbild. Wir plaudern. Er spricht kurz seine Bewunderung für Adenauer aus. Dann von den Spezialisten, auch er erwähnt Schacht. Dann Wirtschaftsprobleme. Als er von den Überseechinesen spricht, sage ich, dass Kuomintang⁹⁵ keine Alternative zum Kommunismus darstellt. Er stimmt zu. Das sei Vergangenheit, man habe überhaupt nie zukunftssträchtige Ideen gehabt. Es sei ein Regime des Präsidenten gewesen. Diese Regime hätten große Gefahren, wie in Südamerika die Pronunciamentos⁹⁶ zeigten. Er habe diesen Zustand des Präsidentenregimes für sein Land nur als kurzen Übergang im Auge. Die Dinge würden sich bald ändern und echte demokratische Verhältnisse geschaffen. Ich werfe ein, dass aber eine Demokratie nur arbeiten kann, wenn sie eine autoritative Spitze hat. Er stimmt zu. Ich betrachte sein Gesicht. Nirgendwo Brutalität, oft lacht er. Nach gut einer halben Stunde ist die Audienz beendet. Er geleitet mich zum Ausgang und bittet mich, für Falkenhausen, Daniels und Frings⁹⁷ Post mitzunehmen. Einige Zeit gewartet. Durch die großen Bögen hat man einen Blick auf den regen Verkehr. Hai kommt und wir gehen in sein Büro. Er übergibt mir das Bild des Präsidenten mit liebenswürdiger Widmung. Ein anderes für Adenauer. Zum Flugplatz. Bald schon muss ich zur Maschine. Alle begleiten mich. Herzlicher Abschied. [...] Pünktlich starten wir. Saigon versinkt. Eine erlebnisreiche Reise hat ihren Abschluss gefunden. Viele Freunde gefunden, viel Interessantes erlebt. Eine neue Welt ging mir auf. Möge Gott es geben, dass ich nicht das letzte Mal hier war.

95 1912 in der Provinz Guangdong gegründete chinesische Partei. Sie errang 1927 die Macht auf dem Festland, musste sich aber nach dem gegen die Kommunisten verlorenen Bürgerkrieg 1949 unter Führung Chiang Kai-Sheks nach Taiwan zurückziehen, wo sie bis 1990 diktatorisch regierte.

96 Spanischer Begriff für Staatstriebe.

97 Dr. Josef Frings (1887–1978), 1942–1969 Erzbischof von Köln, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, seit 1946 Kardinal.



1 Majonica (2. v. r.) während der beschriebenen Inspektionsreise (3./4.1.1956) durch mehrere Flüchtlingslager im Gefolge von Präsident Ngo Dinh Diem (m.)



2 Während des Besuchs der Flüchtlingslager: „Montagnards im Nationalkostüm. Wild aussehende Männer mit Speeren“. (3.1.1956)



3 Majonica beim Besuch der Offiziersschule Tuduc (21.1.1956): „Musste zum ersten Mal in meinem Leben eine Ehrenkompanie mit weißem Stahlhelm abschreiten“.



4 Father Raymond J. de Jaegher (l.), Präsident Ngo Dinh Diem (m.) und der chinesische Geschäftsmann Miao Yun-Tai (r.).



5 „Eine neue Welt ging mir auf“. Abschied von Saigon.

MISZELLE

Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung*

Von Rudolf Morsey

Um den Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung würdigen zu können, gilt es zunächst, die Frage zu beantworten: Wo stand diese Forschung zu Beginn der Stiftungstätigkeit, Ende 1967 – soweit man damals überhaupt schon von Forschung, also quellengestützter Auswertung, sprechen konnte? Wenn in meine Antwort auf diese Frage eigene Erinnerungen einfließen – ich bin seit 1970 Mitglied des Beirats, auf Vorschlag von Heinrich Krone –, so als quasi Zeitzeugenbeitrag im Sinne der „Rhöndorfer Gespräche“.

Während der 14 Jahre von Adenauers Kanzlerschaft sind drei Titel erschienen, die zu seiner Vita bis dahin unbekannte Hinweise lieferten, allerdings in unterschiedlicher Art und Weise: Das gilt zunächst für die bereits 1955 veröffentlichte Biographie von Paul Weymar (1869–1971). Sie enthielt zahlreiche bis dahin unbekannte Informationen insbesondere über Adenauers Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg und über sein Leben und Überleben im Dritten Reich. Das Buch war in der Tat, wie auf dem Titelblatt vermerkt, die „autorisierte Biographie“.¹ Dabei kam der Kalauer „Bonn ist nicht Weymar“

* Es handelt sich um den Text einer Ansprache, gehalten bei der Verabschiedung von Hans Peter Mensing als Leiter des Editionsbereichs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf am 30.11.2007. Die Druckfassung ist leicht redigiert und mit Anmerkungen versehen.

1 Paul WEYMAR, *Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie*, München 1955. In einer Vorinformation des Kindler-Verlags in München hieß es, das Buch sei in so hohem Maße Adenauers Werk, dass man es „mit Recht als Selbstbiographie ansprechen“ dürfe. Im Vorwort war davon die Rede – unter Verweis auf Adenauers „erstaunliches Gedächtnis“ –, dass es der „große, wenn auch äußerlich nicht sichtbare Anteil des Kanzlers an dieser Darstellung“ erlaube, das Buch „in manchen Teilen als eine Art Selbstbiographie zu bezeichnen“ (S. 12). Dazu vgl. Roswitha THEILE-SCHLÜTER (deren Mitwirkung an dem Buch auf der Rückseite des Titelblatts vermerkt ist), *Wie die Kanzler-Biographie entstand*, in: Deutsches Monatsblatt 6 (1956), Nr. 1, S. 5. Dort ist von dem „bewundernswerten Gedächtnis“ Adenauers die Rede, das durch schriftliche Unterlagen „in der Regel bestätigt“ worden sei: „Mit geradezu pedantischer Genauigkeit wurde jeder Abschnitt nicht nur einmal, sondern wiederholt auf seine Richtigkeit geprüft.“ Später ergänzte Theile-Schlüter, dass der Bundeskanzler „jedes einzelne Kapitel gelesen“ und ihr dann Veränderungen diktiert, in anderen Fällen auch Zettel geschrieben habe; in: Rainer HAGEN/Karl-Ernst MORING, *Adenauer. Das Buch zur Fernsehbiographie des Norddeutschen*

schon früh auf, nach dem Erscheinen von Fritz René Allemanns gleichnamigem Titel² – Weimar dann allerdings ohne Ypsilon.

1956 erschien „Adenauer und das neue Deutschland“.³ Verfasser war der deutsch-amerikanische Soziologe Edgar Alexander (1902–1970) in New York. Sein schmaler Band war als Auftakt einer zweibändigen, ca. 1.100 Seiten umfassenden Sozio-Biographie angekündigt.⁴ Von deren Manuskript sind allerdings nur einleitende Kapitel fertig gestellt worden, wichtig für die Verwurzelung Adenauers im politischen Katholizismus des Rheinlands mit seiner naturrechtlichen, demokratischen und sozialen Komponente.⁵

Zu nennen ist schließlich, als dritter Titel, die 1960 in Den Haag in englischer Sprache veröffentlichte politikwissenschaftliche Untersuchung eines anderen deutschen Emigranten, Arnold J. Heidenheimer, „Adenauer und die CDU“.⁶ Sie blieb jedoch begrenzt auf die Zeit der Besatzungsherrschaft, und wurde mit der Erschließung des Adenauer-Nachlasses rasch überholt.

Aus der Fülle der Publikationen nach dem Rücktritt Adenauers bleiben die großformatige Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“ vom April mit 32 Seiten Umfang und die Sonderausgabe des „Spiegel“ vom Oktober 1963 zu erwähnen, Letztere mit Beiträgen von 41 Weg- und Zeitgenossen des In- und Auslands. Sie ist 30 Jahre später von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Rundfunks, München 1987, S. 127. – Jüngst hat Magnus Brechtken darauf hingewiesen, dass Adenauer für das Weymar-Buch zahlreiche – auf dem Speicher des Wohnhauses in Rhöndorf von Theile-Schlüter zusammengetragene – Jugendaufnahmen zur Verfügung gestellt und damit die Bereitschaft reflektiert habe, auch den „familiär-privaten Bereich im politischen Werbeprozess instrumentalisieren zu lassen“. Magnus BRECHTKEN, „Finden Sie das so schön?“ *Über Medienorientierung und Imagebildung Konrad Adenauers*, in: Klaus HILDEBRAND/Udo WENGST/Andreas WIRSCHING (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 211–223, hier S. 219.

- 2 Fritz René ALLEMANN, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956. Auf diesen Kalauer, der „schon früh umgegangen“ sei, hat Jürgen Busche in seiner Rezension des 1. Bandes der Adenauer-Biographie von Hans-Peter SCHWARZ (*Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986) in der FAZ vom 23.9.1986 hingewiesen.
- 3 Edgar ALEXANDER, *Adenauer und das neue Deutschland. Einführung in das Wesen und Wirken des Staatsmannes* (mit einem Anhang: Bonn und Moskau. Dokumente der Moskauer Konferenz und zur Wiedervereinigung Deutschlands), Recklinghausen 1956.
- 4 Im Anhang des Buches, und zwar als „Portrait eines Staatsmannes“. Bd. 1: *Traditionen und Wirken des Politikers 1876–1933*, Bd. 2: *Der christliche Staatsmann und die Gegenwart 1945–1955*.
- 5 Vorhanden im Nachlass Alexander (= Alex Emmerich) im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn.
- 6 Arnold J. HEIDENHEIMER, *Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party*, The Hague 1960. Ein Auszug (*Der Kanzler und der Parteivorsitzende*, S. 178–229) in deutscher Übersetzung in: Dieter NARR/Dietrich THRÄNHARDT (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung – Entwicklung – Struktur*, Meisenheim 1979, S. 79–108.

(künftig: StBKAH) als eigene Publikation veröffentlicht worden.⁷ Nach Adenauers Rücktritt als Bundeskanzler verlief sich die erste Welle von überwiegend kritischen Publikationen. Zu ihnen zählte auch die 1963 in London erschienene „kritische Biographie“ von Charles Wighton⁸ mit ihren „germano-phoben Vorurteilen“.⁹

Drei Jahre später begann die *Adenauer-Forschung*, eingeleitet mit Karl Dietrich Erdmanns dokumentierter Darstellung „Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg“¹⁰ – eine damals noch politisch umstrittene Thematik. Einen Ausschnitt daraus hatte ich ein Jahr zuvor in einem Aufsatz publiziert: den bis dahin unbekanntem bzw. nicht belegbaren Anteil des Kölner Oberbürgermeisters an der Rettung des Rheinlands in der Staatskrise vom Herbst 1923, im Streit mit Stresemann.¹¹

In der ebenfalls 1966 erschienenen grundlegenden Untersuchung von Hans-Peter Schwarz, „Vom Reich zur Bundesrepublik“, waren erstmals die Grundlagen und Anfänge von Adenauers außenpolitischen Vorstellungen in den Jahren der Besatzungsherrschaft herausgearbeitet.¹² Der Exkanzler dankte dem Verfasser am 17. März 1967, vier Wochen vor seinem Tod, für die Zusendung des Werkes, von dem „ich schon bei der ersten kurzen Durchsicht einen sehr guten Eindruck bekommen habe. Ich wünsche dem Buch eine große Verbreitung.“¹³

Schließlich ist Arnulf Barings Studie von 1969 zu nennen: „Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie“.¹⁴ Viel zitiert wurde deren Eingangsfanfare: „Im Anfang war Adenauer“ – weniger die später daran von Werner Link vorgenommene Korrektur: „Im Anfang waren die Amerikaner“. Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits Adenauers vierbändige „Erinnerungen“ vor.¹⁵ Sie führten

7 Konrad Adenauer im Spiegel von Zeitgenossen. 30 Jahre danach, Bad Honnef 1993.

8 Charles WIGHTON, *Adenauer – democratic dictator. A critical biography*, London 1963.

9 So Klaus Epstein in seiner Rezension, in: EA 19 (1964), S. 656.

10 Karl Dietrich ERDMANN, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966. Der Darstellungsteil umfasst 203 Seiten, der Dokumententeil S. 205–381. Dazu vgl. meine Rezension, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 31 (1966/67), S. 549–555.

11 Rudolf MORSEY, *Die Rheinlande, Preußen und das Reich 1914–1945*, EBD. 30 (1965), S. 176–220.

12 Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Neuwied 1966 (2. erw. Aufl., ergänzt um einen „Bibliographischen Essay“, S. XXI–LXXIV, Stuttgart 1980).

13 StBKAH, Nachlass Adenauer II/34.

14 Arnulf BARING, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*, München 1969 (Zitat S. 1). Eine 2. Auflage mit dem Untertitel *Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft* erschien als Taschenbuch in 2 Bänden, München 1972.

15 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945–1953, 1953–1955, 1955–1959, 1959–1963* (Fragmente), Stuttgart 1965–1968. Eine Auswertung wichtiger Rezensionen wäre ein lohnendes Thema.

rasch zu einer intensiven Beschäftigung mit seiner Außenpolitik, denn in ihnen waren, so Hans Peter Mensing, mehr als 80 Prozent bisher unbekanntes Aktenmaterials abgedruckt oder verarbeitet.¹⁶ Einige dieser Schlüsseldokumente, selbst solche aus den frühen fünfziger Jahren, sind übrigens auch heute noch, weil seinerzeit als Verschlusssache eingestuft, nicht ohne weiteres zugänglich.

Eine neue Etappe der Forschung begann mit der Errichtung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus im Dezember 1967: Ihre Gremien wurden konstituiert, Adenauers schriftlicher Nachlass wenigstens grob gesichtet und das Konzept für eine Dauerausstellung in einem eigenen Gebäude entwickelt. Bereits im Juni 1969 fand ein erstes „Rhöndorfer Gespräch“ statt – das damals allerdings noch nicht so hieß und eine Klausurtagung war. Anlass war der 20. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat. Die Leitung lag bei Hans Buchheim, Vorstandsmitglied der Stiftung. Er hatte von 1963 bis 1966 im Bundeskanzleramt das amtliche Schriftgut Adenauers, auch dessen VS-Stücke, einsehen können als Grundlage für eine von ihm geplante Darstellung der Politik des ersten Bundeskanzlers. Warum sie, wegen des Einspruchs des Bundeskanzleramts in der Zeit der Regierung Brandt und Schmidt, nicht und erst 1984, zudem in gänzlich anderer Gestalt, erscheinen konnte¹⁷, ist eine noch ungeschriebene Geschichte. Vielleicht lesen wir sie demnächst in Buchheims Memoiren.¹⁸

Zurück zur Klausurtagung vom Juni 1969, die im Wohnhaus stattfand. Daran nahmen fünf ehemalige Parlamentarier (Paul Binder, Hubert Hermans, Carlo Schmid, Hans Reif, Walter Strauß) und fünf Historiker (Hans Buchheim, Rudolf Morsey, Eberhard Pikart, Frederic Spotts, Thilo Vogelsang) teil. Mit dem mir übertragenen Referat „Die Rolle Adenauers im Parlamentarischen Rat“ begann meine Beschäftigung mit der Vita und dem Werk des späteren Bundeskanzlers. Für die anschließende Publikation¹⁹ konnte ich – als erster –

16 Hans Peter MENSING, *Die Adenauer-Memoiren. Entstehung, Zielsetzung, Quellenwert*, in: Historisches Jahrbuch 114 (1994), S. 396–411, hier S. 401. Wieder abgedruckt in: DERS., *Aus Adenauers Nachlass. Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzlers*, Köln 2007, S. 89–104, hier S. 93. Dazu vgl. ferner: Thomas TRUMPP, *Zur Quellen- und Materialgrundlage von Adenauers „Erinnerungen“*. Eine archivarisches Zwischenbilanz, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 2 (1994), H. 1, S. 11–19; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Die „Erinnerungen“ Konrad Adenauers*, in: Franz BOSBACH/Magnus BRECHTKEN (Hg.), *Politische Memoiren in deutscher und englischer Perspektive*, München 2005, S. 133–157.

17 Hans BUCHHEIM, *Deutschlandpolitik 1949–1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984. Dazu vgl. meine Rezension, in: Historisches Jahrbuch 106 (1986), S. 492f.

18 Erste Ergebnisse finden sich bei Hans BUCHHEIM, *Die Deutschland- und Außenpolitik Konrad Adenauers*, in: Politische Bildung 4 (1971), S. 31–42.

19 Rudolf MORSEY, *Die Rolle Adenauers im Parlamentarischen Rat*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 65–94.

auch Teile seines Nachlasses einbeziehen. Das Protokoll dieses Gesprächs ist jüngst publiziert.²⁰ Von diesem Treffen sind mir zwei Vorgänge in Erinnerung geblieben: Zunächst der nachmittägliche Treppenaufstieg zum Wohnhaus Adenauers bei großer und schwüler Hitze; denn Carlo Schmid war davon so erschöpft, dass er als erstes einen Whisky erbat. Im Verlauf der Diskussion der Referate von Pikart und mir zeigte er sich darüber entsetzt, dass Historiker glaubten, aufgrund von Akten Geschichte schreiben zu können. Dieses Urteil war in späteren „Rhöndorfer Gesprächen“ von früheren politischen Akteuren noch öfter zu hören – ab und an allerdings auch die Replik vom Zeitzeugen als ‚Feind‘ des Historikers.

Beim zweiten „Rhöndorfer Gespräch“, 1971 in Washington, ging es um die Beziehungen der Bundesrepublik zu den USA bis 1953. Zu den Zeitzeugen zählten Lucius D. Clay, John J. McCloy und George N. Shuster, auf unserer Seite auch Walter Hallstein und Heinz Krekler. Die Tonbandabschrift dieser beeindruckenden Veranstaltung ist noch nicht publiziert, auch nicht die der nächsten von 1974, die erneut im Rhöndorfer Wohnhaus stattfand. Anlass war der zehnte Todestag von Heinrich von Brentano. Dessen Briefwechsel mit Adenauer hatte Arnulf Baring soeben publiziert²¹ – allerdings ohne die besonders interessanten Stücke –, die mit dem Stempel „Geheim“ oder gar „Streng geheim“. Diese Lücke haben wir zum großen Teil später, in der „Rhöndorfer Ausgabe“ aus Adenauers Nachlass, für die Korrespondenz von Seiten des Bundeskanzlers geschlossen. Damals erhielt Baring für seine Einschätzung Brentanos neben Zustimmung auch manchen Widerspruch, von Eugen Gerstenmaier und Heinrich Krone wie von Gerhard Schröder und Paul Lücke. Die mündlich ausgetragenen Kontroversen setzten sich in anschließender Korrespondenz fort.

Ein Jahr später, 1975, konnte die Stiftung die Dauerausstellung „Konrad Adenauer – Dokumente aus vier Jahrzehnten“ eröffnen. Wesentlichen Anteil an der Auswahl der Exponate und Dokumente hatte Anneliese Poppinga. Sie war inzwischen, nach dreijähriger Beurlaubung zum Studium, in die Stiftung zurückgekehrt. Noch im selben Jahr erschien ihre Dissertation über Adenauers Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis.²² Einen Band mit Erinnerungen an den Bundeskanzler hatte sie bereits 1970 veröffentlicht.²³

20 Rudolf MORSEY, *Der Parlamentarische Rat 1948/49 im Rückblick. Das erste „Rhöndorfer Gespräch“ mit Zeitzeugen und Zeithistorikern 1969*, in: HPM 14 (2007), S. 313–340.

21 Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hamburg 1964.

22 Anneliese POPPINGA, *Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis*, Stuttgart 1975. Der Titel dieser Münchner Dissertation lautete: *Das Grundsätzliche in der Politik Konrad Adenauers in seinem Selbstverständnis – eine Untersuchung über die Bedeutung von Geschichte und Weltanschauung für eine solche Politik*. EBD., S. 4.

23 Anneliese POPPINGA, *Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer*, Stuttgart 1970.

Da Heinz Boberach und ich an der Auswahl und Beschriftung der Dokumente dieser Ausstellung mitgewirkt hatten, war mir bei deren Eröffnung durch den Bundesminister des Innern die „Einführung in die Adenauer-Ausstellung“ zugefallen.²⁴ Noch im selben Jahr konnte die Stiftung ihre erste Veröffentlichung vorstellen, einen Band mit 74 ausgewählten Reden Adenauers zwischen 1917 und 1967, herausgegeben von Hans-Peter Schwarz.²⁵

Inzwischen war die Adenauer-Forschung munter im Gang und bereits 1971 eine zweite Biographie erschienen – erneut von einem britischen Autor, dem langjährigen Korrespondenten des „Manchester Guardian“ in Deutschland (1946–1963), Terence Prittie.²⁶ Auch lagen die ersten drei Bände „Adenauer-Studien“ in der Reihe „Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte“ in Bonn vor (1971–1974). In Band 1 hatte Hans-Peter Schwarz erstmals das außenpolitische Gesamtkonzept Adenauers entwickelt²⁷, ich seine parteipolitische Blitzkarriere 1946 bis 1949 nachgezeichnet²⁸ – auf der Grundlage von Teilen seines Nachlasses – und Eberhard Pikart die Einstellung von Adenauer und Theodor Heuss zu Demokratie und Parlamentarismus entwickelt.²⁹

Im 3. Band dieser Reihe, „Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie“, konnte Klaus Gotto, auf der Grundlage von Akten Heinrich Krones und Hans Globkes, die ostpolitische Arkanpolitik des Bundeskanzlers enthüllen³⁰, die Krone mit eigenen Unterlagen ergänzte.³¹ Der 2. Band der

24 In: Konrad Adenauer. *Dokumente aus vier Epochen deutscher Geschichte. Führer durch Ausstellung und Wohnhaus in Rhöndorf*, Bad Honnef 1977, S. 5–13. In dieser Form ist die Ansprache in der 1. bis 6. Auflage dieses Katalogs (1977–1989) enthalten. Er wurde 1997, nach der neu konzipierten Ausstellung, durch ein *Buch zur Ausstellung* ersetzt, mit einer „Einführung in Ausstellung und Katalog“ von Engelbert HOMMEL/Michael KREKEL (S. 13–27). Dazu vgl. auch Engelbert HOMMEL, *Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 40 (1992), S. 71–75.

25 Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, Stuttgart 1975. Diese Dokumentation wurde später ergänzt durch eine Auswahl von zehn Reden im Anhang von Werner WEIDENFELD, *Konrad Adenauer und Europa*, Bonn 1976, S. 271–380. Ferner: Josef SELBACH (Hg.), *Konrad Adenauer. Bundestagsreden*. Mit einem Vorwort von Eugen Gerstenmaier, Bonn 1967; Felix BECKER (Hg.), *Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung“*. *Reden und Gespräche 1946–1967*, Köln 1998.

26 Terence PRITTIE, *Konrad Adenauer. Vier Epochen deutscher Geschichte*, Stuttgart 1971 (engl. Ausg. London, 1970).

27 Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hg.), *Adenauer-Studien* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 10), Bd. 1, Mainz 1971, S. 71–108.

28 Rudolf MORSEY, *Der politische Aufstieg Konrad Adenauers 1945–1949*, EBD. S. 20–57. 29 EBD. S. 58–70.

30 Klaus GOTTO, *Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie*, in: *Adenauer-Studien* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 15), Bd. 3, Mainz 1974, S. 3–91.

31 Heinrich KRONE, *Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969*, EBD. S. 134–201. Ediert war zugleich der *Globe-Plan zur Wiedervereinigung* in seinen Fassungen von 1958/59 und 1961, S. 202–209. Dieser Beitrag von GOTTO sowie die Beiträge von SCHWARZ (wie Anm. 27) und MORSEY (wie Anm. 28) und eine weitere Studie von

„Adenauer-Studien“, aus der Feder des Publizisten Wolfgang Wagner, „Die Bundespräsidentenwahl 1959“³², war ein Glanzstück der Kombination von eigenen Artikeln und Erinnerungen mit gezielt erfragten Informationen anderer Zeitzeugen, darunter auch Gerhard Schröder. Im 4. Band (1974) schließlich analysierte Hugo Stehkämper auf der Grundlage des einschlägigen Aktenbestands des früheren Oberbürgermeisters in Köln dessen Rolle als Präsident des Katholikentags von 1922 in München.³³

1976 erlebte die Adenauer-Forschung aus Anlass der Wiederkehr des 100. Geburtstages Adenauers einen ersten Höhepunkt. In der von Hugo Stehkämper herausgegebenen Festgabe der Stadt Köln beschrieben 17 Autoren, auf der Grundlage neuerschlossener Quellen, die Tätigkeit des Oberbürgermeisters in all ihren Facetten.³⁴ Das galt auch für das bis dahin noch nicht behandelte Thema: „Adenauer und der Nationalsozialismus“.³⁵ Ein von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenes zweibändiges Sammelwerk enthielt Beiträge von insgesamt 55 Weg- und Zeitgenossen Adenauers sowie von 28 Wissenschaftlern.³⁶ Für einen weiteren Sammelband mit 25 Beiträgen zeichnete der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl als Herausgeber.³⁷

Ein Jahr später wurden die „Rhöndorfer Gespräche“ institutionalisiert. Sie fanden (und finden) seit 1977 jährlich statt und wurden (und werden) jeweils dokumentiert, bisher in 22 Bänden (bis einschließlich der Tagung von 2005). Sie belegen durchgehend – wie keine andere vergleichbare Publikationsreihe – die Vorzüge des Zusammenwirkens von Wissenschaftlern mit früheren Ak-

Hans MAIER, *Konrad Adenauer 1876–1976*, sind 1975 als Taschenbuch in München erschienen: *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963*.

- 32 Wolfgang WAGNER, *Die Bundespräsidentenwahl 1959*, in: *Adenauer-Studien* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 13), Bd. 3, Mainz 1972.
- 33 Hugo STEHKÄMPER, *Konrad Adenauer als Katholikentagspräsident 1922. Form und Inhalt politischer Entscheidungsfreiheit im kirchlichen Raum* in: *Adenauer-Studien* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 21), Bd. 4, Mainz 1977.
- 34 Hugo STEHKÄMPER (Hg.), *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*, Köln 1976.
- 35 Rudolf MORSEY, *Adenauer und der Nationalsozialismus*, EBD. S. 447–497, 791–805.
- 36 Dieter BLUMENWITZ/Klaus GOTTO/Hans MAIER/Konrad REGEN/Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. 1: *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*; Bd. 2: *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976.
- 37 Helmut KOHL (Hg.), *Konrad Adenauer 1876/1976*, hg. in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2., erw. Aufl. Stuttgart 1976). Von weiteren Publikationen dieses Jahres sind zu erwähnen die bereits in Anm. 25 zitierte Arbeit von WEIDENFELD, *Adenauer und Europa*, sowie Eberhard PIKART, *Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie*, Stuttgart 1976, für die der Verfasser unveröffentlichte Briefe von Heuss einbeziehen konnte.

teuren. Zugleich haben sie dazu beigetragen, die Oral history zu etablieren. Manche Informationen der Zeitzeugen sind in thematisch zugehörige Untersuchungen eingeflossen.

Ein paar Streiflichter aus einigen dieser Gespräche: 1977 ging es um die Dynamische Rente – ein Ausdruck, den Adenauer zunächst als „völligen Kappes“ bezeichnet hatte. Nach dem einleitenden Referat von Hans Günter Hockerts sprach der seinerzeit für das Reformwerk im Bundesministerium für Arbeit zuständige Abteilungsleiter, Dieter Schewe, von einem „eigenartigen Gefühl, daß ein so junger Wissenschaftler ... die Geschichte wieder ablaufen läßt, die man miterlebt hat und in deren Fortsetzung wir jetzt noch stehen“.³⁸ Mit dieser Rhöndorfer Renten-Tagung wurde Adenauer als Innenpolitiker entdeckt. Das galt später vergleichbar auch für andere Politikbereiche wie für seine Staats- und Regierungsführung, aber auch seine Denkweise und seinen Arbeitsstil, für sein Verhältnis zur Presse und zu den Kirchen, zu Frankreich, zu den USA und zum Judentum.

In die Diskussion von 1978 zum Thema „Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958“ schaltete sich Anneliese Poppinga mit einem Einwurf ein – „Das darf so nicht stehen bleiben“³⁹ –, den sie seitdem häufiger machte. Bei dieser Tagung erinnerte auch Eugen Gerstenmaier an „eigenes Erleben“: „Es kann nämlich in der Geschichtsschreibung nicht bloß nach dem gehen, was in den Akten steht.“⁴⁰ 1981 gestand Kurt Georg Kiesinger, dass er in der Diskussion „manches gelernt habe“.⁴¹ Vier Jahre später, als es um „Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag“ ging, erwähnte der Exkanzler, dass er vor der Bildung der Großen Koalition, 1966, zunächst ein Bündnis mit der FDP gewollt habe, dies aber nicht zuletzt daran gescheitert sei, dass eine Vereinbarung nicht eingehalten worden sei, die er mit Genscher getroffen habe. Zugleich bewertete Kiesinger damalige Bestrebungen innerhalb der CDU nach einem Mehrheitswahlrecht als „eine Dummheit“.⁴²

Weiter berichtete er bei dieser Gelegenheit, dass er 1949, im Zusammenhang des Petersberger Abkommens, im Bundestag davon gesprochen habe: dass Adenauer bei dessen Verhandlungen einen „einsamen Weg“ habe gehen

38 Konrad REPGEN (Hg.), *Die dynamische Rente in der Ära Adenauer*, Stuttgart 1978, S. 42.

39 Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Entspannung und Wiedervereinigung*, Stuttgart 1979, S. 96.

40 EBD. S. 81. Ähnlich Peter Hermes 1994: „Wenn Sie nur die offiziellen Dokumente lesen, kriegen Sie die Politik nicht mit. ... Eine vorsichtige Reserve bei der Benutzung der offiziellen Dokumente ist angebracht.“ Klaus SCHWABE (Hg.), *Adenauer und die USA*, Bonn 1994, S. 154. Auch für Karl-Günther von Hase war bei diesem Gespräch „das Bild, wie es von den Historikern heute gegeben wird“, nicht so, „wie man es als Zeitgenosse empfunden hat“. EBD. S. 235.

41 Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Legende von den verpaßten Gelegenheiten. Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart 1982, S. 95.

42 Hans BUCHHEIM (Hg.), *Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag*, Stuttgart 1986, 2. Aufl. Bonn (seitdem erscheinen die „Rhöndorfer Gespräche“ in Bonn) 1986, S. 65f.

müssen. Daraus habe Fritz Erler kurz darauf „einsame Entschlüsse“ gemacht – und diese Formulierung sei zum Schlüsselwort des Regierungsstils des Bundeskanzlers geworden.⁴³ Im Verlauf dieses Gesprächs nahm Wilhelm Grewe Bezug auf die in meinem Referat⁴⁴ erwähnte Angewohnheit Adenauers, im Bundestag von der Regierungsbank aus „von Zeit zu Zeit“ auf einen Abgeordnetenplatz zu wechseln. Als Hallstein einmal nach dem Grund dafür fragte, habe er die Antwort erhalten: „Ach, wissen Sie, Herr Hallstein, wenn das so lange dauert, kann ich die Jesichter nicht mehr sehen.“⁴⁵

Als 1989 der Regierungsstil des Bundeskanzlers thematisiert wurde, machte uns Richard Stücklen das Kompliment: „Bei den Rhöndorfer Gesprächen wird gewissermaßen in die Seele hineingeschaut, wenn gefragt wird: ‚Wie war Adenauer wirklich?‘“⁴⁶ In einem späteren Diskussionsbeitrag zitierte der CSU-Politiker als Äußerung des Kanzlers in einem Gespräch in dessen Wohnhaus in Rhöndorf: „Der Herr Schäffer lügt“ – woraufhin ihm herausgerutscht sei: „Der auch?“⁴⁷

Bedenkenswert war 1991 – zum Thema: Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft – ein Urteil von Rainer Barzel, nachdem er sich selbst als „langjähriger Zeitgenosse, Weggenosse, Störenfried – was immer Sie wollen“, bezeichnet hatte: „Ich glaube, jeder, der Adenauer ein bißchen entzaubert, macht ihn in Wirklichkeit ja größer und nicht kleiner.“⁴⁸

Die frühen „Rhöndorfer Gespräche“ waren besonders ergiebig, weil die Zeitzeugen viele Novitäten aus noch frischer Erinnerung berichten konnten. Wie sehr auch älter gewordene Historiker, die inzwischen selbst Zeitzeugen geworden waren, davon profitierten, hat Hans-Peter Schwarz 2001 („Adenauer und die deutsche Geschichte“) so formuliert: „Wir alle ... stehen nicht mehr so ganz auf allen Positionen, und zwar nicht nur altersmäßig, die wir vor 20 oder vor 15 Jahren eingenommen haben.“⁴⁹

Zu diesem Zeitpunkt konnte sich die Adenauer-Forschung längst auch auf inzwischen publizierte Primärquellen stützen. Zu ihnen zählte – neben der seit 1981 erscheinenden, vom Bundesarchiv betreuten Reihe „Die Kabinettspro-

43 EBD. S. 44f.

44 Rudolf MORSEY, *Adenauer und der Deutsche Bundestag*, EBD. S. 14–39.

45 EBD. S. 89.

46 Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Konrad Adenauers Regierungsstil*, Bonn 1991, S. 12.

47 EBD. S. 30.

48 Hans POHL (Hg.), *Adenauers Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft*, Bonn 1992, S. 50, 66.

49 Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Adenauer und die deutsche Geschichte*, Bonn 2001, S. 219. Bereits 1998 hatte Schwarz einmal formuliert: „Wir sind als Gelehrte zugleich Zeitzeugen, da wir diese Entwicklungen miterlebt haben.“ Ulrich von HEHL (Hg.), *Adenauer und die Kirchen*, Bonn 1999, S. 176.

tokolle der Bundesregierung“ – die seit 1983 von der StBKAH veröffentlichte „Rhöndorfer Ausgabe“, herausgegeben von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Die darin aus Adenauers Nachlass ausgewählten, edierten und kommentierten Dokumente füllen bis heute 16 Bände. Elf von ihnen enthalten, jeweils für einen Zeitraum von zwei Jahren, insgesamt mehr als 8.000 Briefe, ausgewählt aus den insgesamt mehr als 52.000 Briefen des Nachlasses, ergänzt um ca. 500 thematisch zugehörige Aktenstücke. Mehrere Tausend weiterer Briefe und/oder Hinweise aus der jeweiligen Gegenkorrespondenz sind in die entsprechenden Anmerkungen (Kommentare) der einzelnen Briefe einbezogen. Adenauer hat seinen Vorsatz vom 27. Juli 1944, nach einer Hausdurchsuchung durch die Gestapo, nicht wahrgemacht: „Man sollte auch wahrhaftig nicht alles aufbewahren.“⁵⁰

Je ein eigener Band der „Rhöndorfer Ausgabe“ enthält seinen Briefwechsel 1948–1963 mit Theodor Heuss („Unserem Vaterlande zugute“, 1989) sowie die Niederschriften über seine „Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959“ mit dem Bundespräsidenten (1997). In einem weiteren sachthematisch angelegten Sonderband, „Adenauer im Dritten Reich“, sind auch zahlreiche Dokumente aus anderen Überlieferungen einbezogen (1991). Alle bisher erwähnten Titel hat Hans Peter Mensing bearbeitet, ebenso einen weiteren mit einer Auswahl der „Teegespräche“ des Bundeskanzlers 1961–1963 (1992).

Mit drei weiteren Bänden dieser „Teegespräche“ – für die vorausgegangenen Jahre 1950–1961, die Hanns Jürgen Küsters bearbeitet hat (1984–1988) – sind insgesamt 166 Kanzler-Interviews erschlossen. Die noch ausstehenden Bände 17 und 18 der „Rhöndorfer Ausgabe“ werden derzeit von Hans Peter Mensing vorbereitet. Sie enthalten ausgewählte Briefe, Akten, Gespräche, Interviews und Reden für die letzten vier Lebensjahre des Exkanzlers. Nachzutragen bleibt eine bereits 1986 von Küsters und Mensing in einer Reihe des Instituts für Zeitgeschichte publizierte wichtige Quelle: „Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945“.⁵¹

Zum Quellen- und Neuigkeitswert der „Rhöndorfer Ausgabe“ nur einige Hinweise: Deutlich wird die Art und Weise, in der Adenauer Expertenwissen zu nutzen verstand, aber auch Mit- und Gegenspieler zu beeindrucken oder zu beeinflussen suchte. Das galt für das politische wie das administrative Umfeld des Bundeskanzlers im engeren Sinne – Globke und Blankenhorn, Krone und Brentano, später Osterheld –, aber ebenso für einen weiteren Kreis – Erhard und Gers-

50 An Ria und Walter Reiners. Hans-Peter SCHWARZ/Rudolf MORSEY (Hg.), *Adenauer im Dritten Reich*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1991, S. 407.

51 Hanns Jürgen KÜSTERS/Hans Peter MENSING (Hg.), *Kriegsende und Neuanfang am Rhein. Konrad Adenauer in den Berichten des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiss 1944–1945* (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, 4), München 1986.

tenmaier, Schröder und Carstens, nicht minder für Pferdenges und Hermann Josef Abs. Der Frankfurter Bankier ist übrigens in den Besucherlisten des Bundeskanzlers 1950 bis 1953 der am häufigsten erwähnte auswärtige Gesprächspartner.⁵² Er gilt als sein besonderer Vertrauensmann. Für diese Einschätzung muss man jedoch, wie auch in anderen Fällen, künftig ein späteres Urteil Adenauers einbeziehen, das er vier Wochen vor seinem Tod gesprächsweise äußerte: „Wird der Herr Abs nicht etwas überschätzt? Ich habe mich immer an seiner Eitelkeit gestoßen. Das muß nicht ein Zeichen von Klugheit sein.“⁵³

Die bisher publizierten Briefe in der „Rhöndorfer Ausgabe“ belegen den jahrzehntelangen Kontakt Adenauers mit dem deutsch-amerikanischen Unternehmer und Freund Dannie Heineman. In anderen Korrespondenzen kommen aber auch andere Eigenschaften zum Ausdruck: Misstrauen, Streitsucht und kleinliche Rechthaberei, auf einer anderen Ebene hingegen ein ungewöhnliches Interesse an technischen Neuerungen und Erfindungen. Erkennbar wurde sein Eingehen auf persönliche Sorgen, seine Anteilnahme an familiären Ereignissen, seine unspektakuläre Bewältigung des Alltags, seine Kenntnis der Gartenpflege, sein Interesse an Kunst und Musik. Dabei war der Schreibstil des Bundeskanzlers nicht simpel, sondern präzise und differenziert, wobei die Kunstlosigkeit seiner Formulierungen die dahinterstehende Differenziertheit seines Denkens verdeckte. Zu den ungerne eingestandenen Fehlern der Kanzlerjahre gehört die Einsicht, dass darin „das Geistige“ auf Kosten des Materiellen zu sehr vernachlässigt worden sei.⁵⁴

Der Band „Adenauer im Dritten Reich“ (1991) enthält neue Informationen auch über Verlauf und Ausgang seines Dienststrafverfahrens 1933/34. Er belegt sein und seiner Familie Lebens- und Leidensweg, auch die bedeutende Rolle seiner Ehefrau Gussie.⁵⁵ Umgekehrt wurde in späteren Briefen Adenauers Sorge während ihrer langen Krankheit nach 1945 deutlich, auch deren Ursache: der misslungene Selbstmordversuch während ihrer Gestapohaft 1944. Darüber hat Adenauer, soweit bisher bekannt, selbst nur ein einziges Mal (1948 vor dem Amtsgericht in Köln) gesprochen.⁵⁶ Bekannt wurde dieses Er-

52 Nach Hans Peter MENSING, *Quellenforschung zur Adenauerzeit*, in: Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hg.), *Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967)*, Bonn 1993, S. 43. Dazu vgl. neuerdings Günter BUCHSTAB, *Wege der Adenauer-Forschung*, in: Ulrich SCHLIE (Hg.), *Horst Osterheld und seine Zeit*, Köln 2006, S. 63–79.

53 StBKAH, Nachlass Adenauer II/18.

54 Konrad ADENAUER, *Teegespräche 1961–1963*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1992, S. 445f.

55 Dazu vgl. auch Hans Peter MENSING, *Emma, Gussie und Konrad Adenauer*, in: Dieter ZIMMER (Hg.), *Deutschlands First Ladies. Die Frauen der Bundespräsidenten und Bundeskanzler von 1949 bis heute*, Stuttgart 1998. Nachdruck in: MENSING, *Aus Adenauers Nachlass* (wie Anm. 16), S. 149–170.

56 11. August 1948. SCHWARZ/MORSEY, *Adenauer im Dritten Reich* (wie Anm. 50), S. 420.

eignis durch einen 1975 erschienenen Zeitungsbeitrag seiner Schwiegertochter Lola Adenauer.⁵⁷

Viele Briefe in der „Rhöndorfer Ausgabe“ enthalten Rückblicke auf Einzelheiten seines Lebens und Wirkens als Kölner Oberbürgermeister und lassen sein umfassendes persönliches und politisches Netzwerk erkennen, auch seine durchgehaltenen Verbindungen mit Schul- und Studienfreunden. Schließlich finden sich Zeugnisse für die Entwicklung des späteren Staatsmanns bereits im Kölner Kommunalpolitiker. Von hohem Informationswert ist sein häufiger schriftlicher und mündlicher Austausch mit Theodor Heuss. Auch er belegt, dass der Bundeskanzler keineswegs beratungsresistent gewesen ist. Gegenüber dem Bundespräsidenten äußerte er sich besonders kritisch auch über politische Mitspieler und Kabinettsmitglieder, so einmal über Ludwig Erhard am 4. Februar 1959: Er habe für politische Fragen so viel Verstand „wie dieser Zigarrenkasten hier“.⁵⁸

Eine große Anzahl von Kanzlerbriefen an ausländische Staatsmänner ist erst durch die „Rhöndorfer Ausgabe“ bekannt geworden. Hans-Peter Mensing hat sie – das gilt aber auch für viele andere Briefpartner – in der jeweiligen Gegenüberlieferung in in- und ausländischen Archiven entdeckt und damit gleichzeitig für die StBKAH auch institutionelle Brücken geschlagen. So konnten wir nicht nur aus Nachlässen amerikanischer Präsidenten Dokumente veröffentlichen, die bei uns noch immer unter Verschluss sind.

Die „Rhöndorfer Ausgabe“ hat schließlich auch dazu beigetragen, waghalsige Thesen und tradierte Legenden zu entlarven – so über Adenauers vermeintliche Berlin-Ferne und über seine Einschätzung des bei Magdeburg beginnenden Ostelbien. Widerlegt wird auch die Mär, dass er auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße verzichtet oder den Friedensvertragsvorbehalt aufgegeben hätte. Das gilt ebenso für die unausrottbare Formel „Kanzler der einsamen Entschlüsse“. Belegt werden Adenauers frühe und häufig wiederholte schriftlichen Verweise an einzelne oder alle Kabinettsmitglieder auf seine Richtlinienkompetenz, aber ebenso seine Konfliktfähigkeit wie Konfliktfreudigkeit, nicht minder sein Autoritätsverlust ab 1961, besonders deutlich gegenüber Außenminister Gerhard Schröder. Einem Pfarrer in Süddeutschland schrieb der Exkanzler am 27. Juli 1964: „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Legende zerstören helfen würden, daß Kriminalromane zu meiner bevorzugten Lektüre gehören.“⁵⁹

57 „Mein Schwiegervater, der Kanzler“, in: „Kölnische Rundschau“, 4. Folge, vom 29.12.1975.

58 *Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1997, S. 293.

59 StBKAH, Nachlass Adenauer III/18.

Zahlreiche Formulierungen aus seinem Briefwerk sind längst in die Forschung eingegangen, manche zu einem geflügelten Wort geworden. Das gilt z.B. für seine Einschätzung vom 31. Oktober 1945, dass Europa bereits geteilt sei⁶⁰, wie für sein Urteil vom 23. Februar des folgenden Jahres über das Schweigen nach 1933: „Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern.“⁶¹ Obwohl Adenauer diesen Satz nie wiederholt hat, ist er der aus seinem gesamten Briefwerk am häufigsten zitierte. Bekannt wurde auch sein Kommentar, wenige Tage später formuliert: „Die Gefahr ist groß. Asien steht an der Elbe.“⁶²

Mit den bisher erwähnten Veröffentlichungen der StBKAH ist ihr Beitrag zur Adenauer-Forschung jedoch keineswegs erschöpft. Daneben erscheinen, seit 1996, in loser Folge „Rhöndorfer Hefte“, bisher 12, zunächst zu Sachthemen. Inzwischen werden in diesen Heften die jährlichen „Petersberger Gespräche“ über historisch-politische Themen, nach dem Vorbild der „Rhöndorfer Gespräche“, dokumentiert, eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Landkreis Rhein-Sieg.

Zu erwähnen bleiben noch drei von der Stiftung veröffentlichte bzw. mit-herausgegebene Sonderveröffentlichungen, zunächst „Die Orden und Ehrenzeichen Konrad Adenauers“, bearbeitet von Gustav Andreas Tamman und Engelbert Hommel (1999). Darin sind alle dem Bundeskanzler verliehenen Auszeichnungen abgebildet und von 16 Mitarbeitern aus elf Ländern erläutert, zugleich in englischer Übersetzung.

Der zweite Titel, vor wenigen Monaten publiziert, war eine historiographische Überraschung: Neu entdeckte Briefe Adenauers an Dora Pferdmenes, Ehefrau seines Kölner Freundes Robert Pferdmenes, von 1933 bis 1949. Die von Ursula Raths und Hans Peter Mensing edierten Dokumente belegen eine bis dahin unbekannte – so der Titel – „Freundschaft in schwerer Zeit“.⁶³ Sie erlauben Einblicke in bisher verborgene Tiefenschichten des geistigen wie des religiösen Glaubenslebens Adenauers und ergänzen entsprechende Äußerungen in einer 1998 in der StBKAH nur intern verbreiteten Dokumentation „Konrad Adenauers Religiosität“.⁶⁴

60 An Heinrich Weitz. Konrad ADENAUER, *Briefe 1945–1947*, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 130.

61 An Bernhard Custodis. EBD. S. 172.

62 16. März 1947 an Wilhelm Sollmann. EBD. S. 191.

63 *Freundschaft in schwerer Zeit. Die Briefe Konrad Adenauers an Dora Pferdmenes 1933–1949*, bearb. von Hans Peter MENSING und Ursula RATHS, Bonn 2007.

64 Bearbeitet von Hans Peter MENSING/Ursula BENDER/Ursula RATHS. Dazu vgl. neuerdings Hans Peter MENSING, „Glauben ist eine Gnade, die man nicht erzwingen kann.“ *Konrad Adenauers Einstellung zu Religiosität und Glaubensfragen*, in: Friedrich BOHL/Monika von HASSEL (Hg.), *Christ in diesem Land. Festschrift für Gottfried Friedrich Mehnert zum 80. Geburtstag*, Leipzig 2007, S. 117–125.

Schließlich erschien kürzlich, als Ergebnis einer Zusammenarbeit der Stiftung mit dem Landschaftsverband Rheinland, ein Band „Konrad Adenauer. Dokumente aus den Kölner Jahren 1917–1933“, herausgegeben von Günther Schulz.⁶⁵ Er enthält zahlreiche neuerschlossene Quellen zur Tätigkeit des Kölner Oberbürgermeisters, ergänzt um das von Hans Peter Mensing bearbeitete Itinerar unter dem Titel „Kursbuch Adenauer 1917–1933“.⁶⁶

Eine letzte, wengleich nur punktuelle Novität seiner Vita findet sich in einer jüngst veröffentlichten Biographie des Berliner Bankiers Bernhard M. Gutmann – Vorstandsmitglied der Deutschen Bank in Berlin. Danach wurde Adenauer nach seiner Verhaftung in Neubabelsberg am 30. Juni 1934, im Zuge des „Röhm-Putsches“, mit sieben anderen Leidensgenossen in Gutmanns geräumige Villa Alexander in Potsdam verbracht, und zwar für zwei Tage (auch diese Zeitangabe ist neu). Dabei war er im Zimmer der 12-jährigen Tochter Marion einquartiert, die deswegen in einer Badewanne schlafen musste. Alle sieben Häftlinge trugen sich beim Abschied in das Gästebuch von Daisy Gutmann ein – auch der Anführer der SS-Bewacher.⁶⁷

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf: Welchen Beitrag kann oder sollte die StBKAH künftig zur Adenauer-Forschung leisten? Dazu einige Anregungen: Hilfreich wäre eine „logistische Systematisierung“ unseres inzwischen weit verstreuten Adenauer-Wissens⁶⁸, so durch die Ergänzung seines Itinerars für die Zeit nach 1945 und, soweit möglich, jeweils belegt um den Nachweis der zugehörigen Tagesaktivitäten. Das Gleiche gilt für ein zuverlässiges Lexikon von Adenauer-Zitaten, nach dem Vorbild des älteren Werkes „Was sagt Bismarck dazu?“⁶⁹ und einer späteren Sammlung von Hans-Joachim Schoeps, „Bismarck über Zeitgenossen – Zeitgenossen über Bismarck“.⁷⁰

Erwünscht wäre die Edition bilateraler Korrespondenzen des Bundeskanzlers mit den Großen wie mit weniger Großen dieser Welt im In- und Ausland – auch mit gruppenbiographischen Zuordnungen und Einbeziehung der jeweiligen Gegenstücke. Dringlich wäre eine Darstellung seines aufwendigen Dienststrafverfahrens von 1933/34, zumal dazu soeben weitere Quellen aus

65 *Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren*, hg. von Günther SCHULZ, bearb. von Simon EBERT und Bettina HINTERTHÜR, Köln 2007.

66 EBD. S. 327–380.

67 Martin MÜNDEL/Vivian J. RHEINHEIMER, in: Vivian J. RHEINHEIMER (Hg.), *Bernhard M. Gutmann*, Leipzig 2007, S. 36f.

68 So MENSING, *Quellenforschung* (wie Anm. 52); DERS., *Aus Adenauers Nachlass* (wie Anm. 16), S. 63.

69 Max KLEMM, *Was sagt Bismarck dazu?* 2 Bde., Berlin 1924.

70 Hans-Joachim SCHOEPS, *Bismarck über Zeitgenossen – Zeitgenossen über Bismarck*, Frankfurt/M. 1972.

Kölner Provenienz aufgetaucht sind.⁷¹ Der einschlägige amtliche Aktenbestand aus dem preußischen Innenministerium war nach 1945 in das Zentralarchiv II der DDR in Merseburg gelangt und dort bis zum Ende der DDR gesperrt, ein Benutzungsantrag von mir im Oktober 1975 ohne Begründung abgelehnt worden. Die neu aufgetauchten Dokumente enthalten neue Erkenntnisse über seine Amtsführung als Kölner Oberbürgermeister wie über seine verschachtelten amtlichen Finanztransaktionen (in der Zeit der Weltwirtschaftskrise) und privaten Vermögensverhältnisse. Sie entlasten ihn zusätzlich von den im März 1933 gegen ihn erhobenen Vorwürfen: Verschwendung öffentlicher Mittel, Nepotismus und separatistisches, hochverräterisches Verhalten in der Rheinlandbewegung.

Ein anderes Desiderat der Forschung wäre Adenauers Krankheitsgeschichte, beginnend mit einer Sicherung entsprechender ärztlicher Unterlagen. Leichter realisieren ließe sich eine Entstehungsgeschichte seiner Memoiren – mit unverzichtbaren Informationen von Anneliese Poppinga –, gefolgt von einer historisch-kritischen Ausgabe.⁷² Rudolf Augstein suchte übrigens bereits im Oktober 1963 das Copyright an den noch nicht geschriebenen Memoiren für sein Magazin zu erwerben. Adenauer brauchte schon deswegen nicht darauf einzugehen, weil er inzwischen „anderweitige Dispositionen getroffen“ hatte.⁷³

Erst jüngst hat Winfried Becker eine „ideengeschichtliche Untersuchung“ von Adenauers Memoiren, Interview-Äußerungen und Reden als wünschenswert bezeichnet.⁷⁴ Klärungsbedürftig ist der konkrete Anteil des Bundeskanzlers an der Paul Weymar-Biographie von 1955, die drei Auflagen erreichte. Immerhin hatte sich der Kanzler von den Tantiemen für die Übersetzungsrechte des Buches – es erschien in Englisch⁷⁵, Italienisch und Spanisch – vertraglich einen Anteil von 50 Prozent gesichert.

71 Die bereits bei MENSING, *Adenauer im Dritten Reich* (wie Anm. 50) enthaltenen Aktenstücke zu seinem Dienststrafverfahren sind wegen des Fehlens eines Sachregisters nur über die zugehörige Korrespondenz mit den betreffenden Briefpartnern – vor allem Friedrich Grimm, Friedrich Manstetten und Ernst Schering – zu ermitteln.

72 Dazu vgl. MENSING, *Die Adenauer-Memoiren* und KÜSTERS, *Die „Erinnerungen“ Konrad Adenauers* (wie Anm. 16) sowie ferner zahlreiche Hinweise bei POPPINGA, *Meine Erinnerungen* (wie Anm. 23), allerdings ohne Register.

73 StBKAH, Nachlass Adenauer II/12.

74 Winfried BECKER, *Konrad Adenauer. Sein Beitrag zur politisch-kulturellen Neugründung Europas*, in: Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde e.V. Deutsch-tschechisches Begegnungs- und Kulturzentrum St. Konrad (Hg.), *Patrone Europas. Die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft und Papst Johannes Paul II.*, München/Mnichow 2007, S. 64–83.

75 Die in New York 1957 erschienene Übersetzung von Peter de MENDELSSOHN ist „eigenwillig gekürzt und inakkurat übersetzt“. So Fritz STERN, *Das Scheitern illiberaler Politik*, Frankfurt/M. 1974, S. 279 Anm. 44.

Nach einem früheren Hinweis von Hans Peter Mensing hat der Exkanzler, während er sich als „Aktensklave“ an seinen Memoiren quälte, auch einen anderen Titel geistig „redigiert“⁷⁶, die 1964 erschienene Humoreske von Hans-Joachim Gerboth alias Karlchen Schmitz, „Gedanken und Erinnerungen an Konrad Adenauer und seine Ä(h)ra“.⁷⁷ Sie war als Schulaufsatz mit Lehrerkorrektur angelegt und wurde rasch zum Bestseller. Das Bändchen erlebte eine Gesamtauflage von einer Million. Daraufhin schob der Verfasser ein Jahr später, rechtzeitig zur Bundestagswahl 1965, einen ebenfalls fingierten Briefwechsel mit dem Kanzler nach.⁷⁸ Auch dafür erhielt er aus Rhöndorf schriftliche Unterlagen.

Zurück zu den dortigen Dokumentenschätzen: Auch sie antworten, wie alle alten Akten, nur auf entsprechende Fragen; folglich muss man die „richtigen“ stellen. Das hat Hans Peter Mensing 27 Jahre lang unverdrossen getan – mit seiner entsagungsvollen Arbeit an der „Rhöndorfer Ausgabe“. Dabei hat er sein dabei erworbenes Wissen uneigennützig weitergegeben, in zahllosen Führungen durch die Ausstellung, in Gesprächen und Vorträgen, in der Redaktion vieler Bände der „Rhöndorfer Gespräche“, vor allem aber in mehr als zwei Dutzend aus dem Adenauer-Nachlass erarbeiteten, quellengestützten Aufsätzen. Eine repräsentative Auswahl von 17 dieser Beiträge aus den Jahren 1986 bis 2006⁷⁹ ist ihm jüngst vom Vorsitzenden der StBKAH, Staatssekretär a.D. Eberhard Jauck, überreicht worden – als Anerkennung und Dank.

Dem schließen sich Hans-Peter Schwarz und ich an, in Erinnerung an eine – wie das Ergebnis zeigt – inzwischen nahezu drei Jahrzehnte lange, erfolgreiche Zusammenarbeit. Die „Rhöndorfer Ausgabe“, deren Vorbereitung der Bände 17 und 18 uns noch eine Zeitlang verbinden wird, zählt längst zu den anerkannten Editionen der deutschen Geschichtswissenschaft. Sie bleibt mit dem Namen ihres Hauptbearbeiters verbunden.

76 *Die Adenauer-Memoiren* (wie Anm. 16), S. 103f. (dort allerdings ohne den Namen Gerboth).

77 Recklinghausen 1964.

78 Recklinghausen 1965. Der Hinweis auf die „Gesamtauflage 1 Million“ des ersten Titels findet sich in der 101. Auflage von 1987.

79 Wie Anm. 16.

AUS DEM ACDP

Fragen der Sicherung und Erschließung der Internetpräsenz der Parteien aus der Sicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Ein Projektbericht.

Von Michael Hansmann

Das Internet, oder genauer gesagt ein Teil davon, das World Wide Web (WWW), ist ein junges, allerdings sehr flüchtiges Medium, das nicht mehr aus dem Computeralltag wegzudenken ist. Es hat sich zu einem universellen Kommunikations- und Informationsträger entwickelt und wird auch von Regierungen und Behörden aller Ebenen immer intensiver genutzt. Ebenso haben sich die politischen Parteien in Deutschland das neue Medium für die politische Arbeit und zur Verbreitung von Informationen zu Nutze gemacht.

Das Internet befindet sich im ständigen Fluss. So erscheinen monatlich Millionen neuer Internetseiten, während gleichzeitig andere unwiderruflich verloren gehen. Die durchschnittliche Lebensdauer einer Internetseite wird heute auf etwa 75 Tagen geschätzt und lässt Historiker zu dem Schluss kommen, dass große Lücken in der Überlieferung und damit der Geschichte zu befürchten sind, da unser digitales Erbe verschwindet.¹

In diesem Artikel sollen die Hintergründe erläutert werden, warum eine Beschäftigung mit Internetauftritten nötig ist und wie das Internet den Gestaltungsraum der politischen Parteien erweitert hat. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2005 mit Schwerpunkt auf den Seiten der CDU. Es soll gezeigt werden, wie sich gerade das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Archivierung digitaler Daten, in diesem Falle mit der Archivierung von Internetseiten, befasst und dabei neue Wege beschreitet. Dazu werden einige technische Erläuterungen gegeben, die für Verständnis im Umgang mit einer neuen Quellengattung werben.

Ein Teil des Öffentlichkeits- und Politikauftritts der Parteien wird mittlerweile nur noch im Internet veröffentlicht. Eine Sicherung des Internetauftritts der Parteien und damit auch eines Teils der digitalen Überlieferung ist dringend geboten, da ansonsten eine kaum behebbare Überlieferungslücke entstehen würde. Zur Relevanz der Sicherung der digitalen Überlieferung und der Furcht der Wissenschaft vor einem erneuten „Dunklen Zeitalter“ ohne oder mit wenigen Quellen sei auf das Werk von Bryan P. Bergeron verwiesen.²

1 Mikel PLETT, *Bewahrung digitaler Kultur. Vorschläge und Strategien zur Webarchivierung, eine neue Herausforderung nicht nur für Nationalbibliotheken*, Hamburg 2008.

2 Bryan P. BERGERON, *Dark Ages II. When the Digital Data Die*, Upper Saddle River, NJ 2002.

Für die Frühzeit des Internet und der digitalen Überlieferung hat sich das „Dunkle Zeitalter“ leider schon bewahrheitet. So sind die ersten Internetauftritte nicht mehr erhalten. Eine teilweise Ersatzüberlieferung existiert durch das sogenannte Internet-Archiv mit der „Wayback-Maschine“.³ 1996 gründete Brewster Kahle das „Internet Archive“ und machte sich die Langzeitarchivierung digitaler Daten in frei zugänglicher Form zur Aufgabe.⁴ Leider handelt es sich dabei um ein Projekt, auf das der Archivar aus Deutschland keinen Einfluss nehmen und die Sicherung und Aufbewahrung nicht aktiv mitgestalten kann. Auch weitere Nationalarchive und Nationalbibliotheken haben sich mit dem Thema der Archivierung von Netzpublikationen und Internetseiten auseinandergesetzt; hier sind die skandinavischen Staaten, Australien, Großbritannien und die USA zu nennen.⁵

Zum Thema Langzeitarchivierung digitaler Daten sei auch auf das Nestor-Projekt⁶ verwiesen. Umfangreiche Informationen darüber können im Internet abgerufen werden. Auf der Web-Präsenz von Nestor sind auch viele Publikationen als Download erhältlich. Ein Gespräch am Stand des Nestor-Projekts anlässlich des Deutschen Archivtages 2006 zeigte leider deutlich, dass an eine Archivierung von Internetpräsenzen noch nicht gedacht wurde. Ein weiteres Projekt im Rahmen der digitalen Langzeitarchivierung heißt „Kopal“, dessen Ziel laut eigener Aussage ist, „den Aufbau einer technischen und organisatorischen Lösung um die Langzeitverfügbarkeit elektronischer Publikationen zu sichern“.⁷ Keines der genannten Projekte konnte bis 2006 praktische Lösungen zur Archivierung von Internetseiten vorweisen.

3 <<http://www.archive.org/>> (Stand: 1.7.2008).

4 Aus: Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Internet_Archive&stableid=46391293> (Stand: 1.7.2008).

5 Als Literaturhinweise zum Thema Webarchivierung/Internetarchivierung seien als Beispiele genannt: Julien MASSANÈS, *Web Archiving*, Berlin 2006; Adrian BROWN, *Archiving Websites. A practical guide for Information Management Professionals*, London 2006; Antje SCHEIDING (SCHLIETER), *Archiving Websites. Archivierungskonzept für das Intranet der Dresdner Bank*, in: *VdA – Mitteilungen der Fachgruppe 6*, Nr. 29, S. 21–41, Sankt Augustin 2004; Frank TESKE, *Archivierung des Internets. Eine Aufgabe für Archive*, Marburg 2003. Eine umfassende Bibliographie zum Thema Webarchivierung mit dem Stand von 2006 befindet sich auf der Seite der niederländischen Archivschule als PDF-Datei <<http://www.archiefschool.nl/docs/ehbw.pdf>> (Stand: 1.7.2008).

6 „In Nestor arbeiten Bibliotheken, Archive, Museen sowie führende Experten gemeinsam zum Thema Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit digitaler Quellen. Ziel dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes ist der Aufbau einer dauerhaften Organisationsform für alle Belange der Langzeitarchivierung sowie nationale und internationale Abstimmungen und Aufgabenteilungen“, aus: Nestor – Kompetenznetzwerk Langzeitarchivierung und Langzeitverfügbarkeit digitaler Ressourcen in Deutschland <<http://www.langzeitarchivierung.de/>> (Stand: 1.7. 2008).

7 <http://kopal.langzeitarchivierung.de/index_ziel.php.de> (Stand: 1.7.2008).

Die Internetauftritte der Parteien, der Fraktionen in den Landtagen und Abgeordnetenhäusern, der Vereinigungen und Sonderorganisationen und nicht zuletzt die persönlichen Auftritte der Politikerinnen und Politikern im Internet sind zu einem wichtigen und unverzichtbaren Teil der Politikwirkung und Selbstdarstellung geworden. Dies gilt gerade für Wahlkampfzeiten. So äußerte sich der damalige Generalsekretär der CDU, Volker Kauder, am 3. August 2005 vor der Bundestagswahl 2005 zur Bedeutung des Online-Wahlkampfes. Mit Blick auf die Zugriffszahlen, versicherte Kauder, seien die elektronischen Medien aus einem modernen Wahlkampf nicht mehr wegzudenken. Allein im Juli 2005 habe die Homepage <www.cdu.de> 4,2 Mio. Pageviews registriert. Im umgekehrten Verhältnis zur Reichweite stehen dabei die Kosten: So macht der Online-Wahlkampf nur ein Prozent des CDU-Wahlkampfetats in Höhe von 18 Mio. Euro aus. Auch hier kann „weniger mehr sein“, betonte Kauder.⁸

Der Internetwahlkampf der CDU 2005 zeigt die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Spiegelung in Wahlkampfzeiten. Mit seinem Beginn veränderte sich der Internetauftritt der CDU auf Bundesebene (www.cdu.de) schlagartig. Der gewohnten Eingangsseite wurde ein neues, auf den Wahlkampf zugeschnittenes Wahlkampfportal vorgeschaltet. Ebenfalls auf der Wahlkampfseite wurde ein Link zu einer weiteren Sonderseite angelegt, in der Aussagen der Regierung Schröder plakativ dargestellt wurden. Schon die Auswahl der Internetadresse zeigt die Möglichkeiten des Internetwahlkampfes bereits in kleinen Details auf: <www.leere-versprechen.de>. Ein zusätzliches Instrument, um direkt auf Aussagen des politischen Gegners reagieren zu können, wurde mit der Sonderseite <www.wahlfakten.de> geschaffen, die ebenfalls von der Eingangsseite der Wahlplattform zu erreichen war. Als Anwendungsbeispiel nannte Volker Kauder den bevorstehenden Auftritt von Gerhard Schröder im ARD-Sommerinterview. Hier konnte die CDU noch während des laufenden Interviews auf Aussagen von Schröder mit Gegendarstellungen im Internet reagieren.

Eine weitere Besonderheit der CDU-Internetwahlkampfplattform waren die extra zur Bundestagswahl angefertigten Internetseiten für bestimmte Zielgruppen. Es wurden Internetseiten für Auslandsdeutsche, Aussiedler, Jugendliche, Frauen und Senioren angelegt. Die Seiten standen zumeist unter einem Motto wie: „Aussiedler für den Wechsel“⁹, besaßen eine eigenständige Internetadresse, waren aber fest auf den Seiten der Wahlkampfplattform der CDU verankert. Hier wurde um Aussiedler geworben, auf die stets aussiedlerfreundliche Politik der CDU verwiesen, und die Positionen der rot-grünen Regierung wurden kritisch beleuchtet. Begleitet wurden die Seiten mit Aussagen von

8 ACDP, 30-001-008: <G:\Internetspiegelung\Bundesebene\cdu\CDU_2005_August-03_kauder-vorstellung-internetwahlkampf\www.cdu.de\portal\9078_9142.htm>.

9 <<http://www.aussiedler.cdu.de/default.htm>> (Stand: 3.8.2005).

Aussiedlern zu ihren Beweggründen, die CDU zu wählen sowie Links auf weitere Internetangebote der CDU oder ihrer Vereinigungen. Die anderen Internetseiten mit Werbung um spezielle Zielgruppen besaßen einen ähnlichen Aufbau.

Warum und wie können flüchtige Internetangebote für die Zukunft gesichert und archiviert werden?

Als Zentralarchiv der christlichen Demokratie gehört es zu den Kernaufgaben des ACDP, die geschichtliche Entwicklung der Christlichen Demokratie zu dokumentieren und zu erforschen.¹⁰ Dazu gehört auch die Sicherung und Erschließung der Internetauftritte der Partei, ihrer Gliederungen und Vereinigungen, um diese der Forschung zur Verfügung zu stellen.

Ausgehend von den Pionierarbeiten bei der Archivierung von Internetseiten durch Rudolf Schmitz aus dem Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich das ACDP mit den Archiven der anderen politischen Stiftungen¹¹ zu einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekt zur Erfassung, Erschließung und Sicherung von Websites politischer Parteien der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer Fraktionen in den Parlamenten zusammengefunden.

Ziel des Projektes war es, Möglichkeiten zu erkunden, die Webauftritte der Parteien, Fraktionen, Vereinigungen und der Abgeordneten dauerhaft für die Forschung zu sichern. Dies gilt für innerparteiliche Diskussionen, programmatische Debatten, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, Wahlkämpfe sowie für die Selbstpräsentation von Abgeordneten, die verstärkt nur noch im Internet stattfindet. Wesentliche Anstöße kamen dabei von der Fachgruppe 6 (Parlaments- und Parteistiftungen) des VdA.¹²

Nach Sichtung der spärlich vorhandenen Literatur zum Thema Webarchivierung sowie Information über andere laufende Projekte zur Thematik erarbeitete die Projektgruppe ad-hoc-Lösungen, um möglichst ohne größeren Zeitverlust die für die beteiligten Archive relevanten Internetauftritte zu sichern. Dies wurde beschleunigt durch die Ankündigung der Bundestagswahlen 2005.

10 Zu den Aufgaben des ACDP siehe: <<http://www.kas.de/wf/de/42.7/>>.

11 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP), Archiv des Liberalismus (AdL) und Archiv Grünes Gedächtnis.

12 Zur Vorgeschichte des Projektes und den Beweggründen vgl. Rudolf SCHMITZ, *Archivierung von Internetseiten. Spiegelungsprojekt im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)*, in: „Der Archivar“, 55 (2002), S. 135f.; DERS., *Aufbau und Struktur eines Internet-Archivs. Die Archivierung von Internetauftritten der SPD und ihrer Fraktionen in den Parlamenten*, in: „Der Archivar“, 57 (2004), S. 318–320; DERS., *Die Archivierung von Internetauftritten der politischen Parteien und ihrer Fraktionen in den Parlamenten*, in: *VdA – Mitteilungen der Fachgruppe 6*, Nr. 29, Sankt Augustin 2004, S. 11–20; DERS., *Politisches Internet-Archiv*, EBD. Nr. 30, Sankt Augustin 2005.

Womit hat es der Archivar nun zu tun, wenn wir über das Internet und die Sicherung von Internetauftritten sprechen?

Laut Definition im Online-Lexikon Wikipedia handelt es sich dabei um ein „Dokument im World Wide Web, das mit einem Webbrowser von einem Webserver abgerufen werden kann“¹³. Das Web-Dokument kann sich aus Text, Film und Bildern sowie Audio- und Animationselementen zusammensetzen und enthält in der Regel Verweise auf andere Internetseiten, sogenannte Hyperlinks. Internetseiten können statisch vorliegen, das heißt aus bereits programmierten Seiten bestehen oder dynamisch erstellt sein. Dynamisch generierte Internetseiten werden erst beim Aufruf des Nutzers durch Programme in Skriptsprachen wie PHP und mit Hilfe einer Datenbank bzw. eines Webserver erzeugt und dann dem Nutzer im Internet zur Verfügung gestellt. Während in den Anfangsjahren des World Wide Web die meisten Seiten manuell mit Hilfe eines Texteditors in der Seitenbeschreibungssprache HTML erstellt wurden, geschieht dies aktuell bei vielen – gerade dynamisch generierten – Seiten mit einem sogenannten Content Management System (CMS), wobei der HTML-Code und weitere Elemente automatisch erzeugt werden. In diesen Programmen können ganze Internetauftritte mit Hilfe bereitgestellter Vorlagen (Templates) fast ohne Programmierkenntnisse erstellt werden. Allerdings setzen auch diese Programme teilweise hohe Fachkenntnisse in Grafik- und Design voraus. Auf dem Markt befinden sich inzwischen zahlreiche Programme wie zum Beispiel Joomla! und TYPO3, die sich quasi zu Standard-open-service-CMS-Systemen entwickelt haben. Zu ihnen sind umfangreiche Handbücher teilweise auch online erhältlich.

Technisch bedingt gibt es bislang Grenzen bei der Erfassung und Sicherung von Internetseiten. Datenbanken lassen sich nicht spiegeln bzw. mit ihren Abfragemechanismen wieder zur Verfügung stellen. Im Bereich der Video- und Audiowiedergabe gibt es technische und rechtliche Grenzen bei den sogenannten Streaming-files, hier insbesondere beim Live-Streaming. So werden diese Dateien nicht mehr auf die Festplatte des Nutzers übertragen und von dort zur Ansicht abgespielt, sondern beim Aufruf eines Links nur noch online zur Verfügung gestellt, das heißt live beim Abruf übertragen.¹⁴ Dies betrifft vor allem den Videobereich, bei dem es zu Problemen mit der rechtlichen Verwertung der Videodateien kommt. Um unbefugte Nutzung, wie das Kopieren von urheberrechtlich geschützten Materialien, zu unterbinden, versuchen die Anbieter der Video- bzw. Audiomaterialien, das Speichern auf lokalen Festplatten beim Nutzer zu verhindern. Dies geschieht durch das Live-Streaming bzw. durch

¹³ Vgl. Wikipedia: <<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Webseite&stableid=47876975>>.

¹⁴ Aus: Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Streaming_Media&stableid=47794431>.

das zusätzliche Einpacken in sogenannte Containerformate, wie das Flash-Format¹⁵ der Firma Adobe. Hier bekommt auch der Archivar Probleme, denn was nicht auf einen festen Speicher zu übertragen ist, kann auch nicht gesichert werden.

Wie lassen sich Daten so speichern, dass sie auch wieder angezeigt werden können?

Es gibt mehrere Verfahren,¹⁶ von denen sich für die Zwecke des ACDP und auch der anderen Archive der politischen Parteien das sogenannte Spiegeln bzw. Webharvesting als die praktikabelste Lösung durchgesetzt hat. Bei dieser Methode wird eine Internetpräsenz aktiv erfasst, so wie sie ein normaler Nutzer zu sehen bekommt. Mit Hilfe eines Web-Crawlers, eines Programms zur Analyse und Sammlung von Informationen, wird der Inhalt einer zuvor im Programm eingestellten Internetadresse durchsucht und auf einem lokalen Datenträger abgelegt. Vor dem eigentlich technischen Vorgang des Spiegeln einer Internetpräsenz hat der Archivar allerdings noch einige Vorarbeiten zu leisten, u. a. die Bewertung der zu archivierenden Seite, denn selten genug besteht ein Internetauftritt aus nur einer Internetadresse. Oft sind auf den Seiten weitere Links zu Internetseiten integriert, die zumeist auf andere Internetadressen verweisen oder interne Unteradressen enthalten. Werden diese bei der Erfassung der Hauptadresse nicht berücksichtigt, bekommt man eine unvollständige Internetseite als Ergebnis. Gut kann man dies an der Internetpräsenz der CDU-Bundespartei, die unter der Adresse <www.cdu.de.> im Internet aufrufbar ist, erläutern. Um die Seiten sinnvoll zu archivieren und später wieder im Zusammenhang anzeigen zu können, müssen weitere Internetadressen, URL genannt, berücksichtigt werden. So befinden sich aktuell (Stand: 1. Juli 2008) mehrere URL auf der Homepage der CDU. Zu nennen wäre hier das Banner „Jetzt die Mitte stärken – Mitglied werden“, das den oberen Rand der CDU-Seite zentral beherrscht. Durch einen Klick auf dieses Banner wird der Nutzer auf die Mitgliederwerbeseite der CDU <www.mitglied-werden.cdu.de/> geführt. Ein weiterer Link, der scheinbar auf eine externe Seite führt, befindet sich im rechten Bereich der CDU-Seite. Es handelt sich hierbei um eine Portalseite zum Grundsatzprogramm der CDU mit der Adresse <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/>. Dieser Bereich verfügt ebenfalls über eine eigene URL, die den Benutzer vermeintlich von der CDU-Seite wegführt. Auf der Internetpräsenz der CDU gibt es weitere Beispiele für solche Portale bzw. Bereiche, die über andere Adressen verfügen, ohne die aber die CDU-Seite nicht vollständig

15 In einer Flash-Datei (Dateiendungen: flv oder swf) können Text-, Bild- und Tondokumente zusammengefasst werden und über eine einzige Datei ausgegeben werden.

16 Vgl. Anm. 5.

wäre. Diese Adressen müssen ebenfalls dem Erfassungsprogramm mitgeteilt werden. Andere Links wiederum werden bewusst im Rahmen der Bewertung der Internetseite nicht zur Spiegelung ausgewählt, da sie eigenständige Seiten sind bzw. nach dem Provenienzprinzip separat erfasst werden. Zu nennen sind hier die Seiten mit Links auf die Landesverbände der CDU, die Kreisverbände, die Vereinigungen und Sonderorganisationen der CDU und die Internetpräsenz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Während der DFG-Projektphase nutzten die beteiligten Archive den Web-Crawler „OfflineExplorer“¹⁷, ein kommerzielles Programm. Mit Hilfe dieses Spezialprogramms können Internetpräsenzen auf eine Festplatte oder einen Server im lokalen Netzwerk des ACDP gespeichert werden. Ein gravierender Nachteil dieses Programms ist, dass bei jedem Spiegeln einer Internetpräsenz jeweils die Internetseite komplett neu gespeichert und abgelegt wurde. Dies führte zu einem rasanten Anwachsen der Datenmengen und dem Bedarf nach immer größerem Speicherplatz auf den Servern. Im Durchschnitt wurden bei jeder Spiegelung des Internetauftritts der Bundes-CDU ca. 950 MB an Daten gespeichert. Die Datensicherung in der IT-Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde mit der schnell in den Gigabytebereich wachsenden Datenmenge vor das Problem gestellt, die tägliche Datensicherung auf Dauer zu gewährleisten. So drängte die IT-Abteilung auf eine integrierte Lösung, bei der die Daten der Internetspiegelung von den übrigen Daten des Hauses getrennt werden sollten.

Ein weiterer Kritikpunkt an dem funktionierenden, allerdings nicht komfortablen und effizienten Verfahren ergab sich aus dem Umstand, dass die Spiegelungen lokal von einem zweiten Arbeitsplatzrechner aus gesteuert wurden. Auf diesem Standard-PC befanden sich neben der hausüblichen Software noch die zur Archivierung benötigten Programme, u.a. auch der bereits erwähnte OfflineExplorer. Stürzte der PC im Betrieb ab, waren auch die gerade laufenden Projekte verloren. Größtes Manko war allerdings die Tatsache, dass aus Sicherheitsgründen der PC nach Dienstschluss ausgeschaltet werden musste. Damit konnten in den Nachtstunden, in denen eine Störung des Internetzugangs durch den Abruf großer Datenmengen niemanden in der KAS belastete, keine Spiegelungen durchgeführt werden.

Das DFG-Projekt zur Internetarchivierung war auf zwei Jahre angelegt und konnte erfolgreich Ende 2006 mit dem Nachweis, dass eine weitgehende Sicherung und Archivierung von Internetseiten mit der aktuellen Technik möglich ist, abgeschlossen werden.¹⁸ Es wurden Lösungen gefunden, die allerdings

17 OfflineExplorer Pro der Firma Metaproducts in der Version 3, Informationen über die weiterentwickelte Version unter <<http://www.metaproducts.com/>> (Stand: 1.7.2008).

18 Projektseite unter <<http://www.fes.de/archiv/spiegelung/default.htm>> (Stand: 1.7.2008).

sehr zeitaufwendig und technisch schwierig und in konzeptioneller Sicht nicht befriedigend waren.

Nach Projektabschluss wurde weiter gespiegelt und im ACDP entschieden, das während der Projektphase erworbene Wissen zu vertiefen und die Technik zur Archivierung weiterzuentwickeln. Auf der Grundlage des bisher Erreichten und der Definition der grundsätzlichen Ansprüche an ein neues System zur Erfassung, Archivierung und Wiederanzeige von Internetseiten wurde in Kooperation mit einer privaten Softwarefirma eine datenbankgestützte Lösung zur redundanzfreien Archivierung von Internetauftritten realisiert.

Entscheidend für die Zukunft war es in diesem Zusammenhang, eine OAIS-konforme Lösung zu erreichen, um keine proprietäre Insellösung zu schaffen. Bei OAIS, der Abkürzung für Open Archival Information System¹⁹, handelt es sich um ein ISO-zertifiziertes Referenzmodell, das u. a. von der NASA entwickelt wurde. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass elektronische Dokumente auf längere Sicht nicht mehr zur Verfügung stehen. Beim OAIS-Funktionsmodell werden u. a. sechs Aufgabenbereiche genannt: Die Übernahme der Daten (Ingest), die Aufbewahrung (Archival storage), das Daten Management, die Systemverwaltung, die vorausschauende digitale Bestandserhaltung (Preservation Planning) und der Zugang (Access) zu den Daten.²⁰

Das „Offline Web Archiv“

In enger Kooperation mit der beauftragten Firma gelang es, mit dem „Offline Web Archiv“ (OWA)²¹ eine marktreife Lösung zu entwickeln, die OAIS-konform ist.²² Mit dieser Hardware/Software-Lösung wurde ein Instrument zur Langzeitsicherung²³ digitaler Daten aus dem Internet geschaffen. Die Entwicklung des Programms begann Ende 2006 und konnte 2007 den Status der Einsatzbereitschaft erreichen. Parallel zur Entwicklung des Programms begann

19 Das Papier als PDF-Datei unter der Adresse: <<http://public.ccsds.org/publications/archive/650x0b1.pdf>> (Stand: 1.7.2008).

20 Eine sehr gute deutschsprachige Erläuterung bietet Nils BRÜBACH, *OAIS – Das „Open Archival Information System“*. Ein Referenzmodell zur Organisation und Abwicklung der Archivierung digitaler Unterlagen, Seite 6. Der Artikel steht online unter der Adresse: <http://www.archiv.sachsen.de/download/pp_bruebach.pdf> (Stand: 1.7.2008).

21 <<http://www.oia-duesseldorf.de/>> (Stand: 1.7.2008).

22 „Mit dem Offline Web Archiv (OWA) hat die oia Dr. Salm ein OAIS-konformes System speziell für die digitale Archivierung von Webpräsenzen entwickelt“, aus der Produktbeschreibung der Firma oia: <<http://www.oia-duesseldorf.de/default-Dateien/Page472.htm>> (Stand 1.7.2008).

23 Der Begriff Langzeitarchivierung ist eine Tautologie – so wie ein „Weißer Schimmel“ –, hat sich aber leider in der Fachwelt eingebürgert. Eine Archivierung sollte eigentlich immer eine unbegrenzte Sicherung darstellen.

im ACDP die Begleitung der Entwicklung und die Testphase der Programmfunktionen bis zum Ende der ersten Entwicklungsphase.

Beim OWA handelt es sich um eine erweiterbare Client-Server-Lösung, die es ermöglicht, den Server über einen Client, in diesem Falle den normalen Büro-PC zu steuern. So ist es nun dank der implementierten Softwarearchitektur möglich, den Client nach der Einrichtung der geplanten Spiegelungen, die verstärkt in den Nachtstunden stattfinden, auszuschalten, während alle Arbeitsaufträge durch den im Rechenzentrum stehenden Server abgearbeitet werden. OWA ermöglicht ein redundanzfreies Spiegeln von Internetseiten und vermeidet durch den im Programm integrierten DataAnalyzer, dass bei jedem Spiegelungsvorgang erneut alle Daten der Internetseiten einer Internetpräsenz heruntergeladen, sondern nur neue oder geänderte Dateien eines Internetauftritts in die Datenbank überführt werden. Dadurch werden erheblich weniger Daten, die unnötig Speicherplatz verbrauchen würden und letztlich auch eine Kostenfrage sind, auf den Servern abgelegt. Durch OWA lassen sich die Internetseiten wieder so zu einer Internetpräsenz herstellen, wie sie am Tage der Archivierung ausgesehen haben.

Bevor eine endgültige Archivierung geschieht, erfolgt eine Bearbeitung der Spiegelungen durch den Archivar. Dies geschieht mit Hilfe von OWA auf dem Client-PC. Die Spiegelungen können auf Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit überprüft und bei Bedarf fehlende Teile mittels eines Online-Abgleichs nacherfasst werden. Erst nach Abschluss dieser Bearbeitung erfolgt die endgültige Archivierung einer Internetpräsenz, und damit sind weitere Arbeiten an der Seite nicht mehr möglich.

OWA hält eine Vielzahl von Metadaten über die Spiegelungen bis hin zu Auswertungen bereit. Diese Metadaten sind für den Betrieb und die Nutzung des Offline Web Archivs erforderlich und werden im XML-Format zur Ausgabe bereitgestellt. So werden alle technischen Einstellungen, die für eine Spiegelung getroffen werden, dokumentiert. Es ist auch möglich, eine Spiegelungshistorie darzustellen, inklusive der Auflistung aller vorhanden Dateitypen sowie die Datengröße der einzelnen Spiegelungen.²⁴

Ein Modul zum Export der archivierten Spiegelungen ist implementiert und damit die Betrachtung und mögliche Weiterverarbeitung der exportierten Internetpräsenz oder einzelner Daten ohne OWA möglich. Dies ist für die Zukunftsplanung ein entscheidender Faktor, denn sollte der Fall eines Systemwechsels eintreten, wären die Daten weiter zugänglich.

24 „Sämtliche Parameter, die zur Speicherung einer Webpräsenz geführt haben, die Aktionen der Benutzer und des Systems, werden protokolliert und im Bestand festgehalten, so dass sämtliche Metadaten einer archivierten Spiegelung zur Interpretation der Überlieferungen mit herangezogen werden können“, <<http://www.oia-duesseldorf.de/default-Dateien/Page472.htm>> (Stand: 1.7.2008).

Für die digitale Langzeitarchivierung ist ein Punkt besonders hervorzuheben. Wie im OWA-Modell gefordert, ist der Punkt der vorausschauenden digitalen Bestandserhaltung (Preservation Planning) bereits konzeptionell in OWA vorgesehen, hier Erhaltungsplanung genannt. Eines der Hauptprobleme der digitalen Archivierung ist das Veralten von Dateitypen oder Probleme mit der Versionierung, was letztlich zur Unlesbarkeit der Daten führen kann. Man denke nur an Word-Dokumente der ersten Versionen, nicht mehr aktuelle Textverarbeitungsprogramme oder Bilddateien, deren Format heute nur noch selten vorkommt.

Das OWA stellt eine Funktion zur Migration der Daten zur Verfügung. Damit ist es möglich, Dateien gezielt nach Dateityp und Version zu exportieren. Außerhalb von OWA kann eine Konvertierung in ein neues lesbares Format vorgenommen und anschließend die konvertierten Dateien wieder in OWA importiert werden. Die „Originaldateien“ bleiben zusätzlich erhalten. Auch diese Vorgänge werden vom System protokolliert und sind als Metadaten zur Bestandshistorie abrufbar.

Für die qualitative Nutzung der archivierten Internetpräsenzen ist eine sinnvolle Erschließung der neuen Quellengattung nötig. Die Erschließung und Verzeichnung erfolgt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit Hilfe der Standardarchivdatenbank FAUST 6.²⁵ Durch die Nutzung der bewährten Standardsoftware FAUST stehen die archivierten Internetpräsenzen nach Abschluss der Erschließung den Kolleginnen und Kollegen und später dem Benutzer zur Verfügung.

Für die Einbindung in FAUST und die Bestandstektonik des ACDP wurde in der Beständesystematik²⁶ eine neue Bestandsgruppe innerhalb des Bereichs der audiovisuellen Medien geschaffen. So werden die archivierten Internetseiten der Bundes-CDU unter der Bestandssignatur 30-001 (Internetpräsenz der CDU Deutschlands) geführt, die Internetseiten der CDU/CSU-Fraktion besitzen die Signatur 30-002, während für die Internetauftritte der Politikerinnen und Politiker der CDU die Bestandsgruppe 30-007 reserviert wurde.²⁷

OWA stellt eine Schnittstelle nach FAUST zur Verfügung, so dass einzelne archivierte Spiegelungen oder eine Gruppe von Spiegelungen, wie z.B alle

25 Informationen zu FAUST unter < <http://www.land-software.de/> > (Stand: 1.7.2008).

26 Günter BUCHSTAB (Hg.), *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung*, 5. Aufl., Sankt Augustin 2004, aktualisierte Fassung unter <<http://www.kas.de/wf/de/71.3772/>> (Stand: 1.7.2008).

27 Michael HANSMANN, *Erschließung archivierter Internetressourcen. Ergebnisse eines DFG-Projektes zur Sicherstellung der dauerhaften Zugänglichkeitmachung von Websites der Parteien aus der Sicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik*, in: Frank M. BISCHOFF (Hg.), *benutzerfreundlich – rationell – standardisiert. Aktuelle Anforderungen an archivistische Erschließung und Findmittel* (Beiträge zum 11. Archivwissenschaftlichen Kolloquium der Archivschule Marburg), Marburg 2007, S. 203–218.

Spiegelungen der CDU-Bundespartei, durch OWA angezeigt werden. Dies geschieht in FAUST mittels eines Digitaldokumentenfeldes. Nach Auswahl des Feldes startet FAUST das Offline Web Archiv und stellt die gewünschte Internetpräsenz zur Verfügung.

Sollen Internetspiegelungen verzeichnet werden?

Natürlich stellt sich die Frage, ob es sinnvoll und möglich ist, eine archivierte Internetpräsenz zu erschließen und zu verzeichnen. Im ACDP wird dies bejaht.

Die wesentlichen Merkmale für eine Erschließung, auch nach der Norm ISAD (G)²⁸ sind gegeben. So kann ein Titel gebildet, ein „Enthält-Vermerk“ erstellt, und die Laufzeit angegeben werden. Auch eine Umfangsangabe ist möglich, in diesem Fall nicht durch eine Zentimeterangabe, sondern durch die Datengröße. Ebenso ist eine Verschlagwortung mittels Personenindex und Sachthesaurus möglich.

Bei der Erschließung und Verzeichnung muss der Archivar die Besonderheiten des Aufbaus und des Inhaltes der archivierten Internetseiten beachten, den Inhalt bewerten und schließlich eine Entscheidung zur Auswahl der zu beschreibenden Elemente treffen. Das ACDP hat sich entschieden, eine Verzeichnung sowohl nach inhaltlichen als auch ikonographischen Merkmalen vorzunehmen. Eine Internetseite lebt gerade von der grafischen Gestaltung, inklusive dem Einsatz von Bild, Ton und Filmelementen. Der Benutzer erhält als Ergebnis ein strukturiertes Findmittel, das sogar, wenn gewünscht, als konventionelles Findbuch entweder in Papierform oder als PDF-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Daneben stehen in OWA selber noch Volltextsuchfunktionen zur Verfügung, weitere Suchmöglichkeiten werden in der nächsten Version integriert. Den Erfolg der maßgeblich durch das ACDP beeinflussten Entwicklung kann man an der erfolgreichen Verbreitung dieser auf dem Markt noch einzigartigen Software belegen. So ist das Offline Web Archiv (OWA) mittlerweile bei der Deutschen Post AG, Siemens, dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung und anderen Firmen und Archiven im Einsatz.

Seit der Einführung des OWA Mitte Mai 2007 konnten 1.119 Spiegelungen durchgeführt und insgesamt 8.374.870 Dateien archiviert werden. Diese belegen 243 Gigabyte an Speicherplatz auf dem Archivierungsserver. Ohne die Möglichkeit zum redundanzfreien Speichern wären wir sicherlich schon lange

28 ISAD(G): *Internationale Grundsätze für die archivische Verzeichnung*, übersetzt und überarbeitet von Rainer Brüning, Werner Heegewaldt und Nils Brübach (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Institut für Archivwissenschaft; Nr. 23, Ed. 2), 2. Aufl., Marburg 2006.

im Terrabyte-Bereich angelangt, verbunden mit entsprechenden Hardwarekosten.

In erster Linie wurden und werden die Internetauftritte der Bundes-CDU sowie der Landesverbände der CDU im wöchentlichen Rhythmus gespiegelt. Dazu kommen monatlich die Seiten der Vereinigungen. Der nächste Schwerpunkt wird auf dem Bereich der Bezirks- und Kreisverbände der CDU und auf den persönlichen Internetauftritten führender CDU-Persönlichkeiten liegen.

Bedenken gibt es in rechtlicher Hinsicht.²⁹ Das Urheberrecht kann sich jetzt und auch zukünftig, da die Regelungen immer restriktiver werden, auf die Bereitstellung für Benutzer negativ auswirken. So ist es zurzeit nicht möglich, die archivierten Internetseiten einem breiten Publikum online zur Verfügung zu stellen. In erster Linie geht es hier um die Frage nach den Verwertungsrechten für Bilddateien, Audio- und Filmsequenzen. Rechtlich ist es möglich, Fotos nur für zwei Jahre zur Nutzung zu erwerben. Dies führt zwangsläufig bei archivierten Seiten, die später auch gezeigt werden sollen, zu rechtlichen Problemen. Hier müssen die betroffenen Archive mit den Auftraggebern der Internetseiten zu Lösungen kommen. Bis zu einer Regelung wird sich die Nutzung auf den Lesesaal eines Archivs beschränken müssen.

²⁹ Zur Rechtsproblematik: Dietmar HAAK, *Rechtliche Fragen zur Websitearchivierung*, in: *VdA – Mitteilungen der Fachgruppe 6*, Nr. 31, Sankt Augustin 2006, S. 27–41.

Das Firmen- und Familienarchiv Stinnes: Zentrale Archivbestände zur Geschichte eines Industrieimperiums

Von Angela Keller-Kühne

Bestandsgeschichte

Das Familien- und Firmenarchiv Hugo Stinnes zählt neben den Nachlässen führender Mandats- und Funktionsträger der Union zu den historisch wertvollsten Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Der Bestand umfasst insgesamt 127 laufende Meter Schriftgut sowie Fotos und dreidimensionale Objekte wie Prägestempel, Flaggen und Warenproben. Er dokumentiert Aufstieg und Niedergang einer Industriellenfamilie und eines weltweit verzweigten Industriekonzerns von den Anfängen (ab 1815) bis in die jüngste Gegenwart (1986).

Besitznachweise und Briefe des Firmengründers Mathias Stinnes (1790–1845) aus dem Jahr 1815 gehören zu den ältesten Dokumenten, die im ACDP verwahrt werden. Prachtvoll gestaltete Fotobände von Produktionsstätten, penibel geführte Kontorbücher und eine umfangreiche Geschäftskorrespondenz versetzen den Archivbenutzer in die Welt der Kaufleute um die Jahrhundertwende zurück. Bau- und Konstruktionspläne von Schiffen, Werften, Tankanlagen und Zechen sind Zeugnisse für technischen Fortschritt und unternehmerischen Erfindungsgeist. Familienfotos, Briefe und Ansichten der Wohnsitze der Familie gestatten einen Einblick in die Privatsphäre.

Die Familien- und Firmenakten von Hugo Stinnes befanden sich bis Ende der 70er Jahre im Privatbesitz. Zwar wurde bei der Stinnes AG eine Dokumentation zur Firmengeschichte angelegt, die jedoch im Unterschied zu anderen Unternehmen wie Krupp und Thyssen nicht den historischen Aktenbestand umfasste.¹ Der historische Aktenbestand aus der Zeit von Hugo Stinnes sen. befand sich zum überwiegenden Teil im Besitz von Hugo Stinnes jr., die persönlichen Unterlagen, die Akten der Hugo Stinnes GmbH und der Hugo Stinnes oHG² waren im Besitz von Hugos Witwe Cläre (1872–1973) und gingen nach ihrem Tod in das Eigentum ihrer jüngsten Tochter Else (1913–1997) über.³

1 Die Firma Krupp richtete 1905 als erstes Unternehmen ein Werks- und Familienarchiv ein. Thyssen begann 1965 mit dem Aufbau eines Firmenarchivs.

2 Ein großer Teil dieses Aktenbestands ging durch Kriegseinwirkungen verloren. Auskunft von Hugo Stinnes jr. im Dezember 1957 im Schiedsgerichtsverfahren gegen seine Mutter Cläre und seinen Bruder Otto (ACDP 01-220-1412).

3 Über den Verbleib der Firmenakten wurde am 4.7.1959 in einem weiteren Schiedsverfahren entschieden. Demnach sollten im Besitz von Cläre Stinnes die Hugo sen. betref-

1979 und Anfang der 80er Jahren wurden die im Besitz von Hugo Stinnes jr. vorhandenen Unterlagen an das ACDP als Depositum (Signatur: 01-220) übergeben. Damit waren die Voraussetzungen einer archivfachlichen Betreuung und wissenschaftlichen Auswertung des Stinnes-Archivs geschaffen. Die von Hugo Stinnes jr. im Archiv hinterlegten Unterlagen umfassen Firmenakten aus der Zeit von Hugo Stinnes sen. (1870–1924) und Hugo Stinnes jr. (1897–1982) und dokumentieren in Form von Schriftwechseln mit der politischen Führungselite und Aufzeichnungen die Verknüpfung von Politik und Wirtschaft.

2001 gelang die Akquisition der umfangreichen Sammlung privater und geschäftlicher Dokumente, die aus dem Eigentum von Cläre bzw. Else Stinnes stammen. Sie wird als Archivbestand Else Stinnes (Signatur: 01-723) im Archiv verwahrt. Die im Hauptbestand Hugo Stinnes vorhandenen Überlieferungslücken aus der unternehmerischen Tätigkeit von Hugo Stinnes sen. und Hugo Stinnes jr. konnten mit der Sicherung dieses Bestandes geschlossen werden. Auch lassen sich jetzt die Anfänge des Unternehmens unter Hugos Großvater Mathias Stinnes rekonstruieren. Darüber hinaus konnten auch der umfangreiche Briefwechsel von Hugo und Cläre Stinnes, Fotomaterialien und Dokumente aus dem Familienarchiv Wagenknecht übernommen werden. Von Else Stinnes sind nur wenige persönliche Dokumente wie die Briefwechsel mit ihrer Mutter, den Geschwistern, Neffen und Nichten sowie Fotos, Notizbücher, Ahnenpässe und Vermögensaufstellungen überliefert. Ein kleiner Restbestand der privaten Korrespondenz zwischen Cläre und ihrem Sohn Hugo jr. wurde im Mai 2008 von der Familie dem Archiv übergeben und dem Bestand Else Stinnes hinzugefügt.⁴

fenden Firmenakten sowie die persönliche Korrespondenz mit ihrem Mann verbleiben. Hugo jr. hatte lediglich auf ihn betreffende persönliche Unterlagen Anspruch. In dem Schiedsgerichtsbeschluss heißt es im Hinblick auf die Firmenakten: „Für schriftliche Unterlagen, die bei Herrn Hugo Stinnes im Zusammenhang mit seiner Eigenschaft und Tätigkeit als Bevollmächtigter seiner Mutter angefallen sind, sowie für die schriftlichen Unterlagen, die seinem Vater, Herrn Hugo Stinnes sen., gehörten oder die Geschäfte betreffen, welche sein Vater zu Lebzeiten geführt oder eingeleitet hat – selbst soweit diese Unterlagen erst nach dem Tode des Vaters entstanden sein sollten, gilt folgendes: Herr Hugo Stinnes wird auf Anfragen der Firma Hugo Stinnes, der Frau Cläre Hugo Stinnes und des Herrn Otto Stinnes oder eines von ihnen nach dem Vorhandensein bestimmter, nach dem Gegenstand bezeichneter Unterlagen Auskunft erteilen und, soweit sie vorhanden sind, auf Verlangen Fotokopien dieser Unterlagen zur Verfügung stellen.“ (ACDP 01-220-1037).

⁴ Hinweise über die Geschichte des Stinnes-Archivs vor der Übernahme durch das ACDP befinden sich in den Aufzeichnungen von Else Stinnes vom 20. Oktober 1975 (ACDP 01-723-365).

Ordnung und Erschließung

Die Bestände Hugo Stinnes und Else Stinnes sind über die Archivdatenbank „Faust“ des Archivs inhaltlich erschlossen. Für beide Bestände stehen gedruckte Findmittel mit einer ausführlichen Einleitung sowie einem Personen- und Schlagwortregister zur Verfügung. Darüber hinaus ermöglichen bestandsübergreifende Recherchemöglichkeiten eine sachthematische Zusammenführung der Unterlagen aus beiden Provenienzen.

Für die Klassifikation der Archivalien waren die mit dem Bestand Else Stinnes übergebenen Aktenpläne sowie die firmengeschichtliche Dokumentation, die die Rekonstruktion von Aktenzusammenhängen ermöglichte, hilfreich. Die losen Materialien wurden, soweit möglich, in bestehende Aktenzusammenhänge zurückgeführt, bzw. geordnet. Handschriftliche Dokumente, wie die persönlichen Briefe, die nicht geheftet werden konnten, wurden paginiert, die losen Fotos geordnet und zusammengeführt und, soweit möglich, mit einer Beschriftung versehen.

Aufwendig war die technische Bearbeitung der Unterlagen. Einige Dokumente waren durch unsachgemäße Lagerung in nassen Stollen von Feuchtigkeit, Rostschäden, Pilzen und Tintenfraß befallen. Kleinere Papierschäden konnten ausgebessert, stark beschädigte Schriftstücke nur mit Hilfe eines aufwendigen Laminierungsverfahrens gerettet werden.

Die umfangreiche Korrespondenz mit Politikern und Wirtschaftsführern wie auch die Aktengruppen Reparationsverhandlungen, MICUM-Vertrag, Ruhrbesetzung, der Zentralen Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer Deutschlands (ZAG), des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) und des Reichskohlenrates sowie die Unterlagen zur Reichstagswahl 1920 wurden aufgrund ihrer besonderen historischen Bedeutung mittels ausführlicher Enthält-Vermerke inhaltlich erschlossen, die Firmenakten sind über Aktentitel und Laufzeit sowie über das Schlagwortregister und die Klassifikation der Findbücher zugänglich.

Mit der Ordnung und Erschließung des Firmen- und Familienarchivs Stinnes stehen bedeutende Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, zur politischen Geschichte, aber auch persönliche Dokumente über eine der wichtigsten Unternehmerpersönlichkeiten vom ausgehenden Kaiserreich bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik, aber auch über die Zeit zwischen den Weltkriegen und nach 1945 an einer zentralen Stelle für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung.

Kleinere Archivbestände aus dem Stinnes-Imperium befinden sich darüber hinaus im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Aktenbestände der Oberbergämter Düsseldorf, Dortmund und Essen), im Stadtarchiv Mülheim (überwiegend familiengeschichtliche Sammlung und Akten zur Geschichte der Hugo Stinnes AG nach 1945), im Westfälischen Wirtschaftsarchiv

in Dortmund, im Bergbau-Archiv in Bochum sowie im Degussa-Archiv in Marl. Über den Inhalt des Zentralen Stinnes-Archivs im ACDP und die einzelnen Teilbestände in anderen Archiven können sich Benutzer im Internet über die Zentrale Nachlassdatenbank des Bundesarchivs und das Portal Archive in Nordrhein-Westfalen informieren.

Familiendokumente

Die mit der Erstlieferung ab 1979 übergebenen Unterlagen umfassen überwiegend Materialien aus der politischen und unternehmerischen Tätigkeit von Mathias und Hugo Stinnes sen., enthalten aber auch Akten aus der Zeit von Hugo Stinnes jr. sowie einige private Familienpapiere wie Testamente und Auszüge aus dem Briefwechsel von Hugo sen. mit seiner Frau Cläre. Die Feldpostbriefe des ältesten Sohnes Edmund und auch der ab 1914 intensiv geführte Briefwechsel mit dem zweitältesten Sohn Hugo zeigen das enge persönliche Verhältnis der Eltern zu ihren Söhnen. Sie sind auch Zeugnis dafür, wie die beiden ältesten Söhne von ihrem Vater an die Regelung geschäftlicher Angelegenheiten herangeführt wurden.

Die 2001 übernommene private Korrespondenz umfasst den intensiven Briefwechsel zwischen Hugo und seiner Frau Cläre, die Briefwechsel zwischen Eltern und Kindern und die Korrespondenz von Cläre mit ihren Kindern und Enkelkindern nach Hugos Tod. Die privaten Lebensverhältnisse dokumentieren auch der umfangreiche Briefwechsel zwischen Hugo und seiner Mutter Adeline Stinnes-Coupienne von 1895 bis 1914 sowie die im Bestand überlieferten Rechnungsbelege für Einrichtungsgegenstände und Unterlagen zu den Familienwohnsitzen. Erhalten sind darüber hinaus Dokumente aus dem Besitz der Familie Wagenknecht, wie Briefkopierbücher, Zeugnisse, Ausweise und Fotomaterialien. Überliefert ist u. a. die Korrespondenz zwischen Cläre Stinnes und ihren Eltern Edmund und Caroline Wagenknecht, den Geschwistern, Neffen und Nichten, wie auch Rechnungsbücher und Kontoauszüge ihrer Großeltern Johann Wilhelm und Clementine von Eicken.

Bereits als junges Mädchen führte Cläre Stinnes eine intensive Korrespondenz. Aus der Zeit ihres Aufenthaltes im Mädchenpensionat Neufchâtel (1889) ist der Briefwechsel mit ihrem Vater Edmund erhalten. Die Briefe mit ihrem Mann Hugo reichen bis in das Verlobungsjahr 1894 zurück. Sie zeigen eine selbstbewusste junge Frau, die im Laufe der Jahre zum Mittelpunkt der Familie wird. Cläre Stinnes erschließt sich dem Leser ihrer Briefe und Notizen als kluge und scharfsinnige Beobachterin und wichtigste Beraterin ihres Mannes, auch in geschäftlichen Angelegenheiten. So charakterisierte sie beispielsweise Walther Rathenau im Dezember 1906 anlässlich der Verhandlungen ihres Mannes mit Vertretern der AEG als charmant und freundlich, aber auch als

„Schmeichler mit mephistophelischen Zügen“.⁵ Der Briefwechsel zwischen den Eheleuten Stinnes enthält zahlreiche Bemerkungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage und charakterisiert aus ihrer Sicht die Größen aus Politik, Militär und Wirtschaft. Die Briefe sind wichtige Zeitdokumente, die Einblicke in Motive und Beweggründe für politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindungen von Hugo Stinnes erlauben.

Briefe, Notizbücher und Tagebucheinträge veranschaulichen auch das Alltagsleben der Familie. Die Wohnsitze der Familie, die ausreichend Raum für die ständig wachsende Familie und den Empfang von Gästen boten, fielen im Vergleich mit den Residenzen von Krupp und Thyssen, wie Cläre in ihren Tagebüchern bemerkte, eher bescheiden aus. Die familiengeschichtliche Dokumentation enthält Familienstammbäume, Sammlungen zum Firmengründer Mathias Stinnes und anderen Familienmitgliedern sowie eine umfangreiche Karikaturensammlung zu Hugo Stinnes. Die Bemühungen um eine angemessene Würdigung des Lebenswerkes ihres Mannes durchziehen die private Korrespondenz und Aufzeichnungen von Cläre Stinnes, die sie bis ins hohe Alter führte. Eine umfangreiche Sammlung von Nachrufen, Presseporträts, biografischen Skizzen und ihr Bemühen um den Bau eines Mausoleums auf dem Familiensitz in Mülheim geben davon Zeugnis.

Fotomaterialien

2001 wurde auch der umfangreiche Fotobestand in einem Gesamtumfang von drei laufenden Metern übernommen. Bei den seinerzeit übergebenen Fotomaterialien sind die Dokumentation der Orientreise von Hugo Stinnes (1914) und Fotos von der Konferenz in Spa (1920) besonders hervorzuheben.

Über 60 Fotoalben von Kokereien, Zechen, Förderanlagen, Werft- und Hafenanlagen, Schiffstauen etc. dokumentieren ab der Jahrhundertwende die weltweite unternehmerische Tätigkeit des Stinnes-Imperiums. Fotografisch festgehalten sind auch die Arbeitsbedingungen und der Arbeitsalltag der Bergleute auf den Zechen.

Das private Fotoarchiv umfasst 29 Bände. Es handelt sich um Porträts, Familienaufnahmen und eine umfangreiche fotografische Dokumentation der Familiensitze in Mülheim und in der Oberlausitz einschließlich Bau- und Liegenschaftsplänen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch Bewirtschaftungs-, Arbeits-, und Tagelöhnerbücher, die einen Einblick in das Alltagsleben und die Lebensverhältnisse der Angestellten auf den Stinnes-Gütern erlauben.

5 ACDP 01-723-349/2.

Hugo Stinnes senior

Kernstück des Stinnes-Archivs sind die Firmen- und Korrespondenzakten aus der Zeit von Hugo Stinnes sen. Diese Akten dokumentieren den rasanten Aufstieg des 1808 von Mathias Stinnes⁶ gegründeten Unternehmens unter seinem Enkel Hugo von 1893 bis 1924. Mit der Sicherung und Nutzbarmachung des Stinnes-Archivs für die wissenschaftliche Forschung war es erstmals möglich, das unternehmerische Wirken von Hugo Stinnes in seiner gesamten Vielfalt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wissenschaftlich aufzuarbeiten. Biografische Studien über Hugo Stinnes beschränkten sich aufgrund der Quellenlage bis dahin auf die Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg und charakterisierten Stinnes als „Inflationskönig“ und skrupellosen Spekulanten. Stinnes galt als die Personifizierung der Verquickung von politischer und wirtschaftlicher Macht und Interessenvertreter der Schwerindustrie im Reichstag. Seine politische Bedeutung geht jedoch weit über seine Unterstützung für die Deutsche Volkspartei (DVP), für die er ab 1920 im Reichstag saß, hinaus. Erst die Ordnung und Erschließung der Verhandlungsprotokolle von Spa, der MICUM-Verhandlungen und der im Nachlass vorhandenen Gesprächsnotizen mit Vertretern der Alliierten und die Korrespondenz mit der politischen Elite der Weimarer Republik ermöglichte die Darstellung seiner herausragenden Rolle bei den Reparationsverhandlungen im Auftrag der Reichsregierung mit den alliierten Besatzungsmächten nach dem Ersten Weltkrieg.

Auch waren Darstellungen zur Unternehmensgeschichte aufgrund der Quellenlage nur in einem beschränkten Umfang möglich. Für die Forschung standen lediglich Ersatz- und Parallelüberlieferungen, autobiografische Aufzeichnungen sowie Firmenfestschriften zur Verfügung.⁷ So blieben die Anfänge des Firmenimperiums in der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Aufstieg des Unternehmens ab 1893 bis zum Ersten Weltkrieg, in denen die Voraussetzungen für die Expansion in den Nachkriegsjahren geschaffen wurden, weitestgehend im Dunkeln.⁸

6 Über den Firmengründer Mathias Stinnes wurde 2006 anhand des im ACDP verwahrten Nachlasses von Ulrich Soénius eine biografische Studie erstellt. Vgl. Ulrich S. SOÉNIUS, *Vom Schiffsjungen zum Reeder und Zechenherrn: Mathias Stinnes*, in: Horst A. WESSEL (Hg.), *Mülheimer Unternehmer. Pioniere der Wirtschaft. Unternehmensgeschichte in der Stadt am Fluss seit dem Ende des 18. Jahrhunderts*, Essen 2006, S. 195–209.

7 Edmund H. STINNES, *Ein Genie in chaotischer Zeit. Edmund H. Stinnes über seinen Vater Hugo Stinnes (1870–1924)*, Niederwangen/Bern 1979.

8 Siehe hierzu insbesondere die Biografie von Peter WULF, *Hugo Stinnes: Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979.

In der Biografie von Gerald Feldman⁹ erschließt sich dem Leser Hugo Stinnes erstmals als Wirtschaftsführer, technischen Neuerungen aufgeschlossener Unternehmer, Politiker, aber auch als Privatmann. Feldman beschreibt auf der Grundlage der Aktenüberlieferung den Aufbau eines über das Rheinland und Westfalen sowie den Montanbereich hinausgreifenden Unternehmens, das vor dem Ersten Weltkrieg bis nach Westeuropa, Skandinavien, das Baltikum, Russland und in den Orient expandierte. Der Ausbau der Stinnesflotte ermöglichte nicht nur die Ausweitung des Kohlehandels, sondern sicherte auch den Im- und Export von Eisen- und Stahlprodukten.

Rechnungsbücher, Bilanzen, Finanz- und Steuerunterlagen, Betriebsprüfungsberichte, Geschäftsberichte, Protokolle der Gesellschafterversammlungen und der Aufsichtsräte, Patente, Handelsregisterauszüge, Liegenschaftsübersichten, Lizenzen, Verträge und Geschäftskorrespondenzen dokumentieren die Aktivitäten eines florierenden, expandierenden und verschachtelten Handels- und Schifffahrtsunternehmens mit Beteiligungen an Bergwerken, Stahl- und Walzwerken, der Holz- und Papierwirtschaft sowie der chemischen Industrie ab der Jahrhundertwende. Hinzu kamen Investitionen im Bereich des Maschinen- und Fahrzeugbaus sowie der Aufbau einer Plantage in Deutsch-Ostafrika. Der Erwerb der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt im Mai 1920, die u. a. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (DAZ) – das inoffizielle Reichsorgan – herausbrachte, sicherte den Einfluss auf die öffentliche Meinung.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das die massive Ausweitung der Förderquoten und die Erschließung neuer Absatzmärkte ermöglichte, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG, der Mülheimer Bergwerksverein und die Saar-Mosel-Bergwerksgesellschaft sowie das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) bildeten die Säulen unternehmerischer Aktivitäten. Das RWE wurde 1902 von Stinnes übernommen, ab 1903 war er Vorsitzender des Aufsichtsrats und trieb den Ausbau des Unternehmens voran. Eine Vielzahl von Energieversorgungsverträgen, die Stinnes mit den rheinischen und westfälischen Kommunen abschloss, sowie Akten über den Aufkauf von Nahverkehrsunternehmen in Süd- und Westdeutschland dokumentieren den raschen Aufstieg des Energieversorgungsunternehmens und das Vorschreiten der Elektrifizierung insbesondere im Westen und Südwesten Deutschlands. Die Geschäftsberichte weisen einen wachsenden Energiebedarf aus, dem Stinnes mit dem Kauf von Elektrizitätswerken und Leitungsrechten Rechnung trug. 1912 kam die Ferngasversorgung als weiterer Geschäftszweig hinzu.

⁹ Gerald D. FELDMAN, *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen, 1870–1924*, München 1998. Vgl. dazu jetzt Gerhard A. RITTER, *Nachruf auf Gerald D. Feldman (24.4.1937–31.10.2007)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34 (2008), S. 129–150, hier S. 137–139.

Der Erwerb von Petroleumkonzessionen in Argentinien (1917) und der Riebeck'schen Montanwerke (1923) legten den Grundstein für den Aufbau eines Mineralölkonzerns. Der Bau des Midgard-Hafens in Nordenham (1910), der Ausbau der Nordseewerke Emden (ab 1911) und der Erwerb von Anteilen an der Antwerpener Werft (1917) öffneten die Tore zu den Weltmeeren. Die gegen Ende des Ersten Weltkriegs gegründete Aktiengesellschaft für Seehandel und Überseeschifffahrt ermöglichte den gezielten Aufbau einer internationalen Handelsflotte.

Die Bedeutung von Stinnes als deutscher Wirtschaftsführer und international tätiger Unternehmer zeigt auch die in seinem Nachlass vorhandene Korrespondenz mit den führenden Repräsentanten der Wirtschaft seiner Zeit wie Alfred Hugenberg, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Friedrich Minoux, Carl-Friedrich von Siemens, Paul Silverberg, August und Fritz Thyssen, Albert Vögler sowie dem Bankier Bernhard Dernburg.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der intensive Briefkontakt mit August Thyssen. Die Briefe zeigen beide Unternehmerpersönlichkeiten als Geschäftspartner und Konkurrenten, aber auch von ihrer privaten Seite. Der Archivbenutzer erhält nicht nur Einblicke in geschäftliche Vorgänge, wie die Gründung des Mülheimer Bergwerksvereins, des RWE und die Sanierung der Saar-Mosel-Bergwerks-Gesellschaft, sondern auch in das enge persönliche Vertrauensverhältnis von Stinnes und Thyssen. Zeugnis für dieses Vertrauensverhältnis sind u. a. auch die Vermittlungsbemühungen von Stinnes hinsichtlich einer Regelung der Familienstreitigkeiten im Hause Thyssen. Die im Bestand überlieferten Briefe von 1898 bis 1922 umfassen 547 Einzeldokumente und sind seit 2003 im Rahmen einer Edition des Thyssen-Krupp-Archivs in enger Kooperation mit dem ACDP für die wissenschaftliche Forschung zugänglich.¹⁰

Bis zum Ersten Weltkrieg galt Stinnes, der mittlerweile zu einem der bedeutendsten deutschen Wirtschaftsführer aufgestiegen war, als politisch eher zurückhaltend. Dies änderte sich mit Kriegsbeginn, als er Sympathien für den Alldeutschen Verband um Alfred Hugenberg zeigte und sich für die von Erzberger und Rathenau propagierten Expansionspläne aussprach. Auch forderte er neben der Beschaffung von Rohstoffen aus Belgien die Bereitstellung von Arbeitskräften durch Zwangsrekrutierungen, um den Arbeitskräftemangel in Deutschland zu kompensieren. Die Dortmunder Union deckte einen großen Teil des Munitionsbedarfs, die enge Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung sicherte die Nutzung der Rohstoffe aus Rumänien und der Türkei. Während der Kriegsphase gehörte Stinnes zu dem beim Großen Hauptquartier in Spa angesiedelten Sachverständigenrat der deutschen Schwerindustrie. In

¹⁰ Manfred RASCH/Gerald D. FELDMAN (Hg.), *August Thyssen und Hugo Stinnes. Ein Briefwechsel 1898–1922*, bearb. und annotiert von Vera SCHMIDT (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 10), München 2003.

der Endphase des Krieges übte Stinnes als führender Kopf des Kriegsausschusses der Deutschen Wirtschaft scharfe Kritik an der Forderung von Erzberger und Rathenau nach einem Verständigungsfrieden. Das Kriegsende bedeutete für Stinnes den Verlust der sich im Besitz der Deutsch-Lux befindenden Kohlen- und Erzregionen in Belgien, Luxemburg und Lothringen sowie der Handelsflotte. An Rhein und Ruhr fielen seine Zechen sowie die eisen- und stahlverarbeitenden Industrie unter die Kontrolle der französischen Besatzungsmacht.

Trotz dieser Verluste erfuhr das Unternehmen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg einen rasanten Aufstieg. Der stetige Wachstum des Konzerns wurde durch die Inflation in den Nachkriegsjahren, die den billigen Aufkauf von Unternehmen auf Kreditbasis ermöglichte, begünstigt. In jenen Jahren entstand der Mythos des „Inflationskönigs“ und „neuen Kaisers“. Die Verbilligung der Kredite durch die Inflation war, wie sich anhand der im Nachlass dokumentierten geschäftlichen Vorgänge nachweisen lässt, für den Wachstum des Konzerns nicht allein ausschlaggebend. Stinnes verstand es, die Verluste der Deutsch-Lux in den lothringischen Eisen- und Kohlegebieten nach Kriegsende durch Beteiligungen in der weiterverarbeitenden Industrie zu kompensieren. 1920 gelang durch die Zusammenarbeit der Rhein-Elbe-Union und der Gelsenkirchener Bergwerks AG in der Rhein-Elbe-Schuckert-Union die Gründung der größten deutschen Bergwerksgesellschaft, die noch im gleichen Jahr durch den Beitritt von Siemens, des damals größten deutschen Elektrokonzerns, erweitert wurde. Auch kamen Stinnes seine bereits während der Kriegsphase eingeleitete Intensivierungen der Geschäftsbeziehungen nach Skandinavien, ins Baltikum, nach Russland und Österreich zu Gute. Korrespondenzakten zur Sicherung der Lieferung von Grubenholz aus dem Baltikum und Akten betreffend den Erwerb von Anteilen an der Alpine Montan sind dafür Zeugnis.

Stinnes galt als Sprachrohr der deutschen Wirtschaft und international als wichtigster deutscher Unternehmer. So ist es auch nicht verwunderlich, wie in seinem Nachlass dokumentiert, dass Stinnes auf der Konferenz von Spa als Sachverständiger für Kohlefragen die Interessen der deutschen Schwerindustrie bei den Reparationsverhandlungen vertrat.

Seine wirtschaftliche Macht sicherte Stinnes auch wachsenden politischen Einfluss. Über Parteigrenzen hinweg pflegte er enge Kontakte mit der politischen Führung. So sind in seinem Nachlass umfangreiche Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert, den Reichskanzlern Bernhard Fürst von Bülow, Wilhelm Cuno, Theobald von Bethmann-Hollweg, Hans Luther, Wilhelm Marx und Joseph Wirth, den Reichsministern Mathias Erzberger, Andreas Hermes, Walther Rathenau und Gustav Stresemann sowie den Militärs Wilhelm Groener, Erich Ludendorff und Alfred von Tirpitz zu finden. Stinnes politische Aktivitäten waren stets vom Primat des wirtschaftlich Machbaren

und Nützlichen geprägt. Stinnes war zeitlebens Ludendorff eng verbunden, Kapp, dessen Putschversuch er für töricht hielt, bot er nach seinem gescheiterten Versuch Unterkunft in seinem schwedischen Feriendomizil in Asa an.

Pragmatismus bestimmt auch sein Verhältnis zu Frankreich. Entgegen der Auffassung Stresemanns war sich Stinnes mit Rathenau und dem damaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer darin einig, dass nur auf dem Weg direkter Verhandlungen von Vertretern der Industrie mit Frankreich und einer engen Zusammenarbeit der deutschen und französischen Industrie die Besetzung an Rhein und Ruhr beendet werden könnte. Stresemann widersprach dieser Auffassung, da er dadurch seine Verhandlungsposition als Außenminister und die Autorität der Reichsregierung gegenüber Frankreich gefährdet sah.

In der Sitzung beim Reichskanzler Marx am 9. Januar 1924, an der auch Stinnes als Vertreter der Industrie teilnahm, führte Adenauer aus, dass „das Verhältnis mit Frankreich in Ordnung gebracht werden müsse ... und das französische Sicherheitsbestreben durchaus ernst zu nehmen sei“. Um das französische Sicherheitsverlangen zu befriedigen und eine Annexion der besetzten linksrheinischen Gebiete zu verhindern, trat Adenauer für die Schaffung eines rheinischen Bundesstaats ein. Adenauer sah darin eine Chance, das Verhältnis zu Frankreich hinsichtlich Reparationen, Besetzung und Rheinlandkommission zu regeln und warb für die Ermächtigung von Stinnes und Vögler für weitere Verhandlungen mit der französischen Regierung.¹¹

Bereits im September 1922 führten Verhandlungen von Stinnes mit den Franzosen zum Erfolg. Mit dem Präsidenten der französischen Genossenschaften, Marquis Guy de Lubersac, verständigte er sich über die Regelung der Aufbauleistungen im zerstörten Nordfrankreich nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages (Stinnes-Lubersac-Abkommen). Demnach sollte die zum Stinnes-Konzern gehörende Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau die nötigen Aufbauleistungen erbringen und im Gegenzug die benötigten Energieträger Kohle und Koks aus Frankreich erhalten. Im November 1923 einigten sich Stinnes und weitere Vertreter der Ruhrindustrie und die Mission interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (MICUM) mit Zustimmung der Reichsregierung über die Lieferung der Reparationsleistungen und die Höhe der Ausgleichszahlungen an die Besatzungsmacht. Die Verhandlungen wurden im September 1924, fünf Monate nach Stinnes' Tod, abgeschlossen. In insgesamt sechs Abkommen wurden Umfang der französischen Beschlagnahmungen sowie Ausgleichszahlungen für französische Einnahmeverluste während des passiven Widerstands festgelegt.

11 Abschrift des Protokolls in ACDP 01-220.

Die Bewahrung des sozialen Friedens im Innern war für Stinnes ein wichtiger Garant für wirtschaftliches Wachstum. Bereits während des Kriegs bestanden, wie sich anhand seines Nachlasses nachweisen lässt, Kontakte zu Arbeitnehmervertretern. Als Verhandlungsführer der Arbeitgeber gelang ihm im November 1918 mit den Gewerkschaftsführern Carl Legien, Gustav Hartmann und Adam Stegerwald im sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands (ZAG). In diesem Abkommen wurden die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen anerkannt und der Achtstundentag in Deutschland eingeführt; in allen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten sollten Betriebsräte gewählt werden. Im Gegenzug erkannten die Gewerkschaften das freie Unternehmertum an.

Als Hugo Stinnes im April 1924 verstarb, umfasste sein Konzern 1.535 Unternehmen mit 2.888 Betrieben und zählte zu den größten Industrie- und Handelskonzernen Europas. Seine Witwe Cläre setzte er als Alleinerbin ein, die ältesten Söhne Edmund (1896–1980) und Hugo jr. als Generalbevollmächtigte.

Hugo Stinnes jr.

Die Zeit nach dem Tod von Hugo Stinnes sen. ist geprägt durch den Zerfall des Wirtschaftsimperiums. Bereits 1925 geriet der Konzern in Liquiditätsprobleme, was u. a. zur Veräußerung der Deutsch-Lux, des RWE und einiger anderer Firmen führte. Im Besitz der Stinnes GmbH verblieben lediglich der Kohlehandel, die Beteiligungen an Bergwerken und Schifffahrtlinien. Da auf dem deutschen Kreditmarkt aufgrund der von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht beabsichtigten Liquidation des Unternehmens keine Kredite aufgenommen werden konnten, wurden über ein amerikanisches Bankenkonsortium 1926 Geldmittel beschafft und die in die eigens dafür gegründeten Gesellschaften Hugo Stinnes Incorporation, New York und Hugo Stinnes Corporation eingebracht.¹²

Die in Deutschland verbliebenen Vermögenswerte der Stinnes GmbH,¹³ die überwiegend in ausländischem Besitz waren, umfassten als Holding u. a. alle Kohlenbeteiligungen, die Ruhröl GmbH, die Glaswerke Ruhr, die Norddeutschen Ölmühlenwerke GmbH, zahlreiche Rheinschifffahrtsgesellschaften, die Tankschiffreederei GmbH, die PreußischRheinische Dampfschifffahrt AG, die

12 Die Akten der Hugo Stinnes Corporation und der Hugo Stinnes Incorporation befanden sich im Besitz von Else Stinnes und wurden 2001 vom ACDP übernommen. Sie umfassen den Zeitraum von 1926 bis 1958. Akten aus der Tätigkeit des Unternehmens in Deutschland bis 1945 und Entnazifizierungsangelegenheiten wurden bereits in den 80er Jahren übernommen. Weitere Unterlagen dazu und zur Umorganisation des Konzerns 1954–1962 befinden sich ebenfalls bei den von Else Stinnes verwahrten Materialien.

13 Bestand Else Stinnes (ACDP 01-723) und Hugo Stinnes (ACDP 01-220).

Vereinigten Stinnes Rheinreedereien, die Kohlenimport und Poseidon Schifffahrts AG sowie die Midgard Deutsche Seeverkehrs AG.

Mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg 1941 wurden die in den USA vorhandenen Vermögenswerte der Stinnes Corporation als Feindvermögen beschlagnahmt. Für das verbliebene Vermögen in Deutschland wurde Heinz P. Kemper von den Alliierten nach dem Ende des Krieges als Treuhänder eingesetzt. Kemper gelang es, die Zerschlagung des Konzerns zu verhindern und 1957 mit Unterstützung von Bundeskanzler Adenauer die Rückführung der Vermögenswerte der Stinnes Corporation durch den Kauf des Aktienpaketes durch ein deutsches Bankenkonsortium (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) zu erreichen. 1961 wurden die Vermögenswerte auf die neu gegründete Hugo Stinnes AG übertragen und die Hugo Stinnes Corporation liquidiert. 1965 erwarb die VEBA 95 % der Hugo Stinnes AG.¹⁴

Cläre Stinnes gründete 1948 mit ihren Söhnen Hugo und Otto (1903–1983) die Stinnes oHG.¹⁵ Die 50er Jahre sind, wie eine Fülle von Prozessunterlagen im Aktenbestand Hugo Stinnes dokumentieren, durch Streitigkeiten zwischen Hugo jr. auf der einen, seiner Mutter und seinem Bruder Otto auf der anderen Seite geprägt. 1952 kam es mit dem Ausscheiden von Hugo Stinnes jr. aus dem Familienunternehmen zum endgültigen Bruch. Cläre und Hugo führten die Geschäfte der oHG weiter, Hugo jr. gründete die Stinnes Industrie und Handel GmbH Bremen (Hustinhand) und die Hugo Stinnes Persönlich GmbH Mülheim.¹⁶ Dazu gehörten u. a. die Atlaswerke AG Bremen, die Maschinenbau Kiel AG, die Feldmühle AG Düsseldorf, Ruhrintrans-Hubstaber und die Transozean Schifffahrts-GmbH sowie Beteiligungen an der Brentag.¹⁷ 1963 führten Liquiditätsschwierigkeiten der Hugo Stinnes oHG (Gesellschafter Cläre und Otto Stinnes) zum Vergleichsantrag. 1971 erfolgte der Konkurs von Hugo Stinnes jr.

Benutzung

Das Familien- und Firmenarchiv Stinnes wird intensiv von Forschern aus dem In- und Ausland genutzt. Die Akten aus der Zeit von Mathias Stinnes und Hugo Stinnes sen. (1815 bis 1924) sind im Rahmen der Benutzungsbedingungen des ACDP für die wissenschaftliche Forschung zugänglich; für die Einsicht in die Firmenakten von Hugo Stinnes jr. sowie in die Familienkorrespondenz (ab 1925) ist eine Genehmigung der Familie erforderlich.

14 Bestand Else Stinnes (ACDP 01-723)

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Ebd.

Auf der Grundlage des Stinnes-Archivs entstanden neben der Biografie von Gerald Feldman zahlreiche Monografien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie firmengeschichtliche Studien und Festschriften. Zeitlicher Schwerpunkt sind die ausgehende Kaiserzeit und die Anfangsjahre bis zum Tod von Hugo Stinnes. Dazu gehören u. a. Arbeiten zur Geschichte des RWE, des Thyssen-Konzerns, die Geschichte der ARBED-Saarstahl, der Antwerpener Wasserwerke, die Privatisierung der Reichsbahn Anfang der 20er Jahre, die Geschichte des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Arbeiten zur Bergwerksgeschichte, die Präsidialkabinette von Papen und Schleicher sowie biografische Studien über den Architekten Emil Fahrenkamp, den Bankier Jakob Goldschmidt, Wolfgang Kapp und den Firmengründer Mathias Stinnes.

Das Leben der ältesten Stinnes-Tochter Clärenore Stinnes-Söderström (1901–1990),¹⁸ die in den 20er Jahren eine Karriere als Rennfahrerin machte und als erste Frau mit dem Auto zu einer Fahrt rund um die Welt aufbrach, ist Gegenstand von Publikationen sowie von Film- und Fernsehproduktionen. Briefe, Telegramme, Fotos und ein umfangreiches Tagebuch über ihre 1927 unternommene Weltreise geben Einblick in ihr Leben.

Was immer noch fehlt, ist eine grundlegende wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Stinnes-Imperiums nach 1924.

18 Clärenore STINNES, *Im Auto durch zwei Welten. Die erste Autofahrt einer Frau um die Welt, 1927 bis 1929*, hg. von Gabriele Habinger, Wien 1996; *Carl-Axel Söderströms Phototagebuch. Die erste Autofahrt einer Frau um die Welt, 1927–1929*, hg. von Michael KUBALL und Clärenore SÖDERSTRÖM, Frankfurt/M. 1985.



1 Mathias Stinnes



2 Hugo und Cläre Stinnes mit ihren Kindern Hilde, Hugo jr., Otto, Ernst, Clärenore,



3 Hugo Stinnes jr.

Bildnachweis 1 bis 3: ACDP

LITERATURBERICHT

Die Ära Kohl **Ein Literaturbericht. Zweiter Teil** **A: Monographisches zur deutschen Einheit**

Von Hans-Otto Kleinmann

Die Publizistik in ihrer Gesamtbreite zwischen Wissenschaft und Satire, zwischen Beifall und Polemik hat kaum eine andere Politikerpersönlichkeit der Bundesrepublik Deutschland derart oft und vielfältig „behandelt“ wie Helmut Kohl. Auch darin spiegelt sich das Besondere seiner Ära wider: Sie wirkt noch nach ihrem Ende in der öffentlichen Auseinandersetzung um ihr Geschichtsbild weiter. Nach wie vor spalten sich an ihm die Geister wie an keinem Kanzler sonst, Konrad Adenauer, den Gründungskanzler, vielleicht ausgenommen. Er bleibt ein „Phänomen“¹, das Reaktionen zwischen Ablehnung und Zustimmung, zwischen Hass und Glorifizierung in allen nur möglichen Abstufungen hervorgerufen hat und noch immer hervorruft. Zehn Jahre nach Kohls Abwahl als Kanzler (1998) lässt sich aber auch konstatieren, dass die Historisierung seiner Ära eingesetzt hat, ablesbar an der wachsenden Zahl monographischer Darstellungen von Teilbereichen und Einzelaspekten seiner 16-jährigen Kanzlerschaft. Sind zunächst die Betrachtungen und Wertungen seiner Person und seines Regierungshandelns vom politischen Tageskurs abhängig gewesen, so bestimmt mittlerweile zusehends mehr das objektivierende und integrierende Interesse historischer Themenstellungen das Bild seiner Regierungszeit. Das gilt vor allem für die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, des dramatischen Mittelpunkts der Ära Kohl.² Im Folgenden werden relevante Titel zu diesem Thema vorgestellt. Die Veröffentlichungen, die bis heute den Prozess der deutschen Einheit – kommentierend, kritisierend, analysierend – begleiten, sind ohne Zahl. In vielen Fällen war eine Abgrenzung zur Geschichtsschreibung nicht eindeutig zu treffen, und so mag bei der vorliegenden Auswahl der ein oder andere Titel vermisst werden. Es kann dafür nur um Verständnis gebeten werden. Ersatzweise wird auf andere Literaturberichte,

1 *Das Phänomen: Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990*, hg. von Bernhard VOGEL, Stuttgart 1990.

2 Vgl. Gerhard A. RITTER, *Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft* (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse, 5), München 1995. Kritisch Wilfried LOTH, *Kohl und die Einheit. Eine Bilanz*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45 (2000), 11, S. 1384–1394, der die Rolle Kohls im Prozess der deutschen Vereinigung relativiert und als Ergebnis seiner Analyse festhält, dass die deutsche Einheit „1990 auch ohne Helmut Kohl gekommen“ wäre.

auf Bibliographien und auf Sammelbände mit einschlägigen Beiträgen verwiesen.³

Aus der kaum noch überblickbaren Menge der erschienenen Aufsatzsammlungen, in denen sich wie in den Fachzeitschriften die Forschungsdiskussion im Wesentlichen abspielt, werden vorweg nur einige Bände herausgegriffen und kurz vorgestellt, soweit sie durch die Vielfalt ihrer Beiträge dem Historiker die gesamte Bandbreite der Themen, Sichtweisen und Deutungsansätze zur Einheitsproblematik erschließen können. Eine „erste breit angelegte Bilanz des Einigungsprozesses“ versucht der von *Eckhard Jesse* (TU Chemnitz) und *Armin Mitter* (Humboldt-Universität, Berlin) herausgegebene Sammelband⁴ zu ziehen. Er enthält neben Beiträgen zur Geschichte der DDR und der deutsch-deutschen Beziehungen sowie Darstellungen des innen- und außenpolitischen Weges zur Einheit vor allem Abhandlungen über die verschiedenen Komplexe des Einigungsprozesses (Wahlen, Parteiensystem, Bundesstaatlichkeit, Rechtswesen, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft). Auf die Bedeutung einer „konsequenten Aufarbeitung der DDR-Geschichte für die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins“ weist *Armin Mitter* in seinem Beitrag hin (S. 365–387). *Werner Weidenfeld* macht in seinen Reflexionen über die „Perspektiven der weiteren Entwicklung Deutschlands“ klar, dass für das vereinte Deutsch-

3 Eckhard JESSE, *Der Umbruch in der DDR und die deutsche Vereinigung im Spiegel der Literatur*, in: *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft*, hg. von Eckhard JESSE und Armin MITTER, Bonn 1992; DERS., *Krasse Interpretationsunterschiede im Widerstreit. Die Bundesrepublik Deutschland 17 Jahre nach der Einheit. Literaturbericht*, in: *Zeitschrift für Politik* 54 (2007) 3, S. 352–361; Klaus HILDEBRAND, *Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90*, in: *VfZ* 52 (2004), 2, S. 197–214; vgl. auch Udo WENGST, *Literaturbericht: Deutschland nach 1945*, in: *GWU* 58 (2007), mit einigen Titeln zur Geschichte der Ära Kohl; eine kommentierte Zusammenstellung französischer Neuerscheinungen über das vereinigte Deutschland und die Konsequenzen der Einheit für Frankreich: Dana MARTIN, *L'image de l'Allemagne unie en France. Dix livres français sur l'Allemagne de 1990 à 2000*, in: *Documents* 58 (2003), 4, S. 54–57. – Zur Bibliographie im Allgemeinen: Hendrik BERTH/Elmar BRÄHLER, *Zehn Jahre deutsche Einheit. Die Bibliographie*, Berlin 2000 sowie die Domain www.wiedervereinigung.de (Hendrik BERTH, *Bibliographie zur Deutschen Einheit*), Dresden ab 1999 mit Literaturangaben zu den verschiedensten Fachgebieten. Eine im Besonderen die Geschichte berücksichtigende Auswahlbibliographie zur Deutschen Einheit bietet das Sammelbändchen *Europa und die deutsche Einheit. Zehn Jahre Wiedervereinigung. Bilanz und Ausblick*, hg. von Angela MERKEL, Freiburg i. Br. 2000. Zu den Veröffentlichungen über soziale und ökonomische Aspekte der deutschen Vereinigung vgl. Horst THOMSEN/Frauke SIEFKES, *Bibliography on German unification: economic and social developments in Eastern Germany, November 1989 to June 1998* (Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel), München 1993. Siehe ferner auch die periodische Literaturliste „Zum Stand der deutschen Einheit“ aus den Beständen der Bibliothek des Deutschen Bundestages (letzter Ausdruck vom 1.11.2007).

4 *Die Gestaltung der deutschen Einheit*. (wie Anm. 3).

land eine „neue Zukunft“ mit der „doppelten Herausforderung zur Modernisierung nach innen und nach außen“ begonnen habe.

Die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Center for European Studies über die deutsche Einigung als europäisches Problem hat *Wolfgang Heisenberg* vorgelegt.⁵ Aufsätze über die 2+4-Verhandlungen und über die Behandlung der deutschen Frage in der Europäischen Gemeinschaft verdeutlichen ebenso wie Darlegungen der europäischen Rahmenbedingungen, dass die deutsche Vereinigung eine europäische Hauptaktion mit enormen Auswirkungen auf die Europäische Gemeinschaft war. Man könne sogar argumentieren, so der Herausgeber einleitend, dass die deutsche Einigung sich nur deshalb so schnell und ohne ernste zwischenstaatliche Konflikte habe realisieren lassen, „weil die Eigendynamik der europäischen Einigung stark genug war, eine langfristige Perspektive für die gesamteuropäische Lösung der deutschen Frage... zu schaffen“.

Zwei amerikanische Experten in deutschen und europäischen „politics“, *M. Donald Hancock* und *Helga A. Welsh*, haben dem von ihnen herausgegebenen Aufsatzband⁶ Modelle der Integration und Demokratisierung zugrunde gelegt, um mit ihnen einen theoretischen Zugang zu den Vorgängen und Problemen der deutschen Vereinigung zu gewinnen. Die von amerikanischen und deutschen Autoren verfassten Einzelbeiträge behandeln unter diesem Blickwinkel Themen wie die Delegitimierung des SED-Regimes und die demokratischen Anfänge in der DDR sowie die Konsequenzen der deutschen Vereinigung für den ökonomischen und gesellschaftlichen Wandel in Deutschland, aber auch für die Sicherheitsarchitektur und die europäische Integration. Die Schlussfolgerung der Editoren geht dahin, dass die Art und Weise, mit der die Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen des Vereinigungsprozesses bewältigt würden, zugleich das Maß für die Stabilität der Demokratie im neuen Deutschland sein könne.

Es dürfte einmal interessant sein zu untersuchen, als Gegenstand künftiger Dissertationen, wie sich die Problemfelder und Fragestellungen mit den Jahresabständen solcher Bilanzierungen verändert haben oder konstant geblieben sind. So setzte etwa schon die von *Ralf Altenhof* und *Eckhard Jesse* herausgegebene „Zwischenbilanz“⁷ der Einheit nach fünf Jahren neue Schwerpunkte wie den Extremismus, die politische Kultur, die Angleichung der Lebensverhältnisse, die DDR-Nostalgie oder die außenpolitischen Tendenzen der „Ber-

5 *Die Vereinigung Deutschlands in europäischer Perspektive*, hg. von Wolfgang HEISENBERG, Baden-Baden 1992.

6 *German Unification. Process and outcomes*, hg. von M. Donald HANCOCK und Helga A. WELSH, Boulder (Colorado) 1994.

7 *Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven*, hg. von Ralf ALTENHOF und Eckhard JESSE, Düsseldorf 1995.

liner Republik“. Eine „Zwischenbilanz der deutschen Einigung“ für die politische Kultur hat auch der 19. Wissenschaftliche Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zum Gegenstand gehabt.⁸ Dabei wurden der politisch-kulturelle Wandel in Deutschland und seine Konfliktstrukturen in den Kontext der gesellschaftlichen Transformationsprozesse und des internationalen Systems Europas gestellt. Im Eröffnungsvortrag wurde von *Gerhard Lehbruch* die Dimension der Politikwissenschaft im Prozess der deutschen Vereinigung ausgemessen. Auf einer Tagung der Europäischen Akademie Otzenhausen zur DDR-Forschung kamen speziell auch „Einigungsaspekte“ zur Sprache wie die Frage der inneren Einheit (*Bernd Faulenbach*, *Hans-Joachim Veen*), die Bilanz des ersten Jahrzehnts deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung (*Siegfried Schwarz*), das Zusammenwachsen der CDU durch die Meinungsbildung zum ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm (*Ingrid Reichart-Dreyer*) und die widersprüchlichen Erinnerungen der internationalen Protagonisten der Wiedervereinigung (*Alexander von Plato*).⁹ Den Folgen der deutschen Vereinigung sowohl im Innern für Ökonomie, Parteiensystem, Föderalismus und ImmigrantInnenproblem als auch – außenpolitisch – für die europäische Integration, den deutschen Einfluss in Osteuropa, die Sicherheitspolitik und das deutsch-amerikanische Verhältnis ist die von dem in Belfast lehrenden Politologen *Klaus Larres* herausgegebene Aufsatzsammlung gewidmet, deren Beiträge von Wissenschaftlern aus dem Vereinigten Königreich und Kanada verfasst worden sind.¹⁰ Die Vorträge einer Ringvorlesung, die im Sommersemester 2007 im Rathausfestsaal Erfurt über Probleme der deutschen Einheit gehalten wurden, hat *Wolfgang Bergsdorf* ediert.¹¹ Darunter sind historisch für die Politik Bundeskanzler Kohls von grundlegender Bedeutung: *Peter Hartmann*, Außenpolitische Absicherung des Wiedervereinigungsprozesses (S. 131–153), *Frank Ettrich*, Die deutsche Einheit als soziales Problem (S. 89–113) und *Manfred Wilke*, Wer hat die deutsche Einheit herbeigeführt? (S. 191–207) mit einer glänzenden Skizzierung der deutschen Wiedervereinigungsgeschichte in ihrer Vielschichtigkeit und Mehrdimensionalität.

Die „Einheitsbilanzen“ nach zehn oder 15 Jahren beziehen sich perspektivisch zumeist auf die Ära Kohl – logischerweise. Der von *Wolfgang Thierse*, *Ilse Spittmann-Rühle* und *Johannes Kuppe* herausgegebene, Gisela Helwig ge-

8 *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. Im Auftrag der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hg. von Gerhard LEHBRUCH, Opladen 1995.

9 *Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit*, hg. von Heiner TIMMERMANN, Berlin 2001.

10 *Germany since Unification. The Development of the Berlin Republic*, hg. von Klaus LARRES, 2. Aufl., Basingstoke, Hampshire 2001.

11 *Deutsche Einheit. Ein Projekt*, hg. von Wolfgang BERGSDORF u. a., Erfurt 2008.

widmete Band¹² bietet einen Überblick über die „Meinungsvielfalt“, „die es zur Geschichte der Teilung Deutschlands und zum Stand der Einheit nach zehn Jahren gibt“. Die Beiträge behandeln die unterschiedlichsten Themen, beginnend mit der Frage nach Deutschlands Rolle in Europa, über Arbeitsmarktpolitik, Konsumgeschichte, Parteienlandschaft, Staatssicherheit, Bildung und Wissenschaft, Presse und Rundfunk, Verwaltung, Literaturverhältnisse bis zur Erforschung der DDR-Geschichte und zur Gruppe der Bürgerrechtler – zu meist sehr persönlich gehaltene Essays, die eine Botschaft gemeinsam haben: „Der Osten bleibt anders, in vielerlei Hinsicht“ (S. 11). In dem repräsentativen Sammelwerk anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Gesellschaft für Deutschlandforschung sind von ausgewiesenen Kennern der deutschen Frage die innen- und außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung einschließlich der inneren Entwicklung der DDR und des Transformationsprozesses in einem ungewöhnlich breiten Spektrum behandelt worden.¹³ Aus der Bilanz, die *Konrad Löw* herausgebracht hat,¹⁴ ist für die Ära Kohl die sachverständige Studie von *Peter März* (Kanzlerschaft im Wiedervereinigungsprozess. Leitbilder, Strategien, Management, Historisierungen, S. 39–80) relevant. Die Entwicklungen und Rahmenbedingungen der 90er Jahre in Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft, insbesondere auch in Bezug auf das Selbstbild und die Außenwahrnehmung der „Berliner Republik“, werden in einem von *Roland Szada* und *Hellmut Wollmann* verantworteten, über 30 Artikel enthaltenen Band diskutiert.¹⁵ Das von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung geförderte Seminarprogramm des deutsch-amerikanischen Wissenschaftsdialogs hat sich unter Leitung des Soziologen *Wolfgang Schluchter* (Heidelberg) und des Verfassungsrechtlers *Peter E. Quint* (University of Maryland) 1999/2000 mit den Problemen des Übergangs von einem autoritären politischen System mit geschlossener Gesellschaft zu einer demokratischen politischen Ordnung mit offener Gesellschaft auseinandergesetzt. Die Einzelvorträge, die schwerpunktmäßig die Entstehungsphase eines vereinten Deutschlands, den Transformationsprozess in der DDR und den Vergleich dieses Übergangs mit den Übergängen anderer osteuropäischer Staaten zum Gegenstand haben, sind in einem inhaltsreichen Band publiziert worden.¹⁶ Beiläufig darf darüber spekuliert wer-

12 *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz*, hg. von Wolfgang THIERSE/Ilse SPITTMANN-RÜHLE/Johannes L. KUPPE, Opladen 2000.

13 *Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20-jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung*, hg. von Karl ECKART, Jens HACKER und Siegfried MAMPEL, Berlin 1998.

14 *Zehn Jahre deutsche Einheit*, hg. von Konrad LÖW, Berlin 2001.

15 *Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit*, hg. von Roland SZADA und Hellmut WOLLMANN, Wiesbaden 2000.

16 *Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach*, hg. von Wolfgang SCHLUCHTER und Peter E. QUINT, Weilerswist 2001.

den, ob es mehr mit der in diesem Buch vorherrschenden soziologischen Betrachtungsweise oder mehr mit dem Erscheinungsjahr zusammenhängen mag, dass Helmut Kohl in dem über 500 Seiten starken Band kein einziges Mal erwähnt wird. Eine Aufsatzsammlung mit der Intention, den strukturellen Wandel in Ostdeutschland, die vorgenommenen Weichenstellungen des Aufbaus Ost und die Auswirkungen der ostdeutschen Transformationsprozesse seit 1990 „in den einzelnen Gesellschaftsbereichen“ konkret zu beschreiben und am „Zustand der deutschen Einheit“ aktuelle Probleme aufzuzeigen, haben die Publizisten *Hannes Bahrmann* und *Christoph Links* vorgelegt.¹⁷

Für die historische Aufarbeitung der deutschen Einigung ist das „Handbuch zur deutschen Einheit“¹⁸ unverzichtbar. Als ein „lexikalisch angeordnetes Informationspaket“ in 71 Stichwörtern beschreibt, analysiert und bewertet es den Prozess der deutschen Einheit bis 1999. Die Beiträge der 67 Autoren (Historiker, Sozialwissenschaftler, Juristen, Fachjournalisten, Verwaltungsfachleute) nehmen für die verschiedenen Politikfelder und Leitthemen des Einigungsprozesses von „Ausländer“ bis „Wirtschaft“ nicht nur eine Bestandsaufnahme vor, sondern beziehen auch den geschichtlichen Rückblick ein, insbesondere die „Beziehungsgeschichte zwischen der Bundesrepublik und der DDR“. Der Bezug zur deutschen Einheit und zur gesamtdeutschen Perspektive bleibt dabei stets präsent. Der Wert dieses Handbuchs liegt vor allem darin, dass es knapp und kompetent über die Faktenlage und Problematik der wichtigsten Aspekte der deutschen Einigung orientiert, und zwar auch über das Datum von 1990 hinaus. Die Artikel zur „Deutschlandpolitik“ und über die „Verhandlungen zur deutschen Einheit“ seien als zusammenfassende Überblicke hier besonders hervorgehoben. Im Artikel „Politische Kultur“ heißt es, die Ära Kohl habe ihre Sicherheit aus dem politischen Kompass bezogen, der nach den Erfahrungen der Nachkriegshistorie mit einer im Ost-West-Konflikt verwurzelten kollektiven Ideenwelt eingestellt gewesen sei. Die neue „Berliner Republik“ (nach dem Wahlsieg Gerhard Schröders!) sei hingegen dadurch charakterisiert, dass ihr die existenziellen Kriegs- und Nachkriegserfahrungen fehlten.

In der Geschichte wird Kohls Name auf immer mit der Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates verbunden bleiben, so wie der Bismarcks mit der nationalstaatlichen Reichsgründung von 1871. Mit dieser Feststellung ist allerdings die Analogie zwischen den beiden Säkularereignissen der deutschen Staatsgeschichte schon erschöpft. Anders als Bismarck erscheint Kohl nicht als große Schicksalsfigur der deutschen Geschichte. Die Unterschiede sind evident: Bismarck war ein politischer Gestalter, der den geschichtlichen

17 *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz*, hg. von Hannes BAHRMANN und Christoph LINKS, Berlin 2005.

18 *Handbuch zur deutschen Einheit 1949–1989–1999*, hg. von Werner WEIDENFELD und Karl-Rudolf KORTE, Neuausgabe Bonn 1999 (erstmalig 1992).

Moment, der das Werk ermöglichte, durch ein riskantes Unternehmen herbeiführte, der die Umstände nach seinem Willen lenkte, während Kohl sich ihnen anpasste, die Gunst der Stunde nutzte wie in Umsetzung einer Adenauer-Maxime von 1966: „... aber wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen“. Kohl war damals, als er das hörte, gerade Parteivorsitzender und designierter Ministerpräsidentenkandidat der CDU in Rheinland-Pfalz geworden. Anders als das zweite Kaiserreich, das eine machtstaatliche Schöpfung war und seinen Ursprung in einem siegreichen Krieg hatte, war die deutsche Einheit am Ende des 20. Jahrhunderts das Ergebnis eines friedlichen Weges, das in Partnerschaft mit Deutschlands Nachbarstaaten und Verbündeten wie auch in Übereinstimmung mit den vorherrschenden Tendenzen der internationalen Ordnung erreicht wurde. Mit der größer werdenden Distanz zu den Ereignissen von 1989/90 wird zudem immer klarer bewusst, dass die deutsche Vereinigung Teil einer großen Zeitwende war, ein Nebenprodukt der epochalen Umbruchsituation, die durch das Ende des Ost-West-Konflikts, den Zerfall des Sowjetimperiums und den Prozess der beschleunigten Globalisierung charakterisiert ist. Mit den neuen Konfliktstrukturen und neuen Machtzentren, die entstanden, entfielen die in der Weltkriegs- und Nachkriegskonstellation entstandenen Bedingungen der Teilung Europas und Deutschlands praktisch endgültig. Was in der historischen Rückschau zugleich auch deutlicher erkennbar wird, ist die Prozesshaftigkeit des zur deutschen Vereinigung führenden Geschehens. So ereignishaft der Vorgang der deutschen Einheit vielfach heute noch erscheint,¹⁹ er war bei all seiner Unvorhersehbarkeit und Raschheit, die sich den Miterlebenden einprägte, eigentlich der erlösende Höhepunkt einer Entwicklung, die sich in der Kontinuität der Entspannungspolitik im deutsch-deutschen Verhältnis wie im weltpolitischen Zusammenhang anbahnte. Was Tocqueville von der Französischen Revolution sagte, trifft auch auf die deutsche Einheit zu: Sie bereitete sich vor, aber keiner sah es. Viele handelten als ihr Agent, ohne sie zu erkennen, als sie sich nähert.²⁰

Die Erforschung dieses deutschlandpolitischen Prozesses und seiner diachronischen wie auch synchronischen Einordnung in den globalen Systemzusammenhang wird künftig eine Hauptaufgabe der Geschichtswissenschaft sein. Eine besondere Herausforderung an die historische Quellenkritik dürften dabei die von den politischen Spitzenakteuren selbst oder aus ihrem engsten Umkreis stammenden Darstellungen bilden, die dem Bild der „Histoire-se-faisant“ schon bestimmte Konturen und Färbungen gegeben haben. Noch in seiner Amtszeit hat so auch Bundeskanzler *Kohl* eine erinnernde Rückschau auf

19 Vgl. Klaus W. TOFAHRN, *Chronologie der Wiedervereinigung Deutschlands*, Hamburg 2004.

20 Alexis de TOCQUEVILLE, *L'Ancien Régime et la Révolution* (1856), Kapitel 1.

die Ereignisse, Entscheidungen und Schlüsselpersonen der deutschen Einigungsgeschichte erscheinen lassen.²¹ Es handelt sich um einen Bericht in eigener Sache, dem die beiden „Bild“-Redakteure *Dieckmann* und *Reuth* auf der Grundlage von Interviewinformationen und zur Verfügung gestellter Aufzeichnungen die Buchform gegeben haben, um – wie es in ihrem Vorwort heißt – „den vielfach verstellten Blick auf jene so wichtige Wegmarke der deutschen und europäischen Geschichte wieder freier zu machen“. Die im Erzählstil, also in der Ich-Form gehaltenen Schilderungen des Kanzlers wechseln ab mit ergänzenden und einordnenden Passagen seiner Ko-Autoren. Es ist die Ur-Version der persönlichen Sicht des Einheitskanzlers auf seine Rolle am Ende des langen Weges zur Einheit – und damit auch ein Stück Selbstdarstellung, die zugleich viel über seinen Regierungsstil und sein Politikverständnis aussagt. Liest man etwa Kohls Ausführungen über den Umgang mit der Stasi-Vergangenheit oder über seinen Standpunkt zum Problem der Oder-Neiße-Grenze, wird sehr deutlich, wie stark Menschenkenntnis und Geschichtsbewusstsein seine Politik geprägt haben. Dem Leben unter einer Diktatur solle man nicht im „Geiste moralischer Überlegenheit“ gegenübertreten. Es gebe da „keine einfachen, pauschalen Lösungen“ (S. 348f.). In der Grenzfrage ist es ihm vor allem darum gegangen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als einen „schmerzhaften Preis für die deutsche Einheit“ manifest zu machen. Er bewies mit seiner „Gratwanderung“ (S. 245) weit mehr Sensibilität als die Mehrzahl seiner deutschen Kritiker, die mit den ehemaligen deutschen Ostgebieten so umgingen, als handelte es sich um Sperrmüll, den die Polen abholen könnten. In solch kommentierenden „Schlenkern“ wie auch in den eingestreuten praktischen Lebensweisheiten des erfahrenen Politikers liegt heute der Hauptwert dieses Buches, das in der Wiedergabe von Kohls Gesprächen mit den anderen Hauptakteuren der deutschen Einheit jedoch inzwischen von den „Memoiren“ und von bereits erschienenen Quellenbänden größtenteils überholt ist.²²

21 Helmut KOHL, „*Ich wollte Deutschlands Einheit*“, dargestellt von Kai DIECKMANN und Ralf Georg REUTH, Berlin 1996 (als Ullstein-Taschenbuch 1998), franz. Paris 1997, span. Barcelona 1997.

22 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1930–1982* (München 2004), *1982–1990* (München 2005), *1990–1994* (München 2007); vgl. *Die Ära Kohl – Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: HPM 14 (2007), S. 365f. – Für eine vertiefende Ergänzung zu dem im zweiten Memoirenband beschriebenen privaten DDR-Besuch Kohls haben Jan SCHÖNFELDER und Rainer ERICES die Stasi-Unterlagen ausgewertet (*Westbesuch. Die geheime DDR-Reise von Helmut Kohl*, Plauen 2007). Hunderte von Stasi-Mitarbeiter wurden für die Vorbereitung und Beobachtung der kurzen Reise des von seiner Frau und seinem Sohn Peter begleiteten Bundeskanzlers durch Thüringen und Sachsen aufgeboten, um ihn von Kontakten mit der Bevölkerung abzuschirmen. Gleichwohl war dieser DDR-Abstecher Ende Mai 1988 für Kohl wichtig, wie die Autoren ausführen, denn die Stimmung, die er aufgenommen habe, sei nur wenige Monate später zu seinem „inneren Wegweiser“, zur Triebkraft geworden, aus der er die Energie für sein Auftreten im Winter 1989/90 gezogen habe. Vgl. auch DIES., *Kohls geheime Reise in die DDR*, in: Deutschland-Archiv 40 (2007) 2, S. 288–296.

Mit monographischer Konzentration auf die deutsche Frage hat sich neben Kohl nur noch *Michail Gorbatschow* geäußert,²³ die weltpolitische Schlüsselfigur für die deutsche Einheit. Sein Buch ist bereits im ersten Teil dieses Literaturberichts kommentiert worden (HPM 14, 2007, S. 371).

Es versteht sich von selbst, dass in den Memoiren führender Politiker der Zeitwende von 1989/90 wie – neben Kohl und Gorbatschow – Bush, Thatcher, Baker, Schewardnadse oder Genscher das Ende des Kalten Krieges und der deutschen Teilung jeweils wichtige Kapitel bilden. Auch hier muss der Hinweis auf die im ersten Berichtsteil (HPM 14, 2007, S. 365ff.) behandelten Bücher genügen. Das gilt insbesondere für die amerikanischen Darstellungen von *George Bush* und *Bent Scowcroft* sowie von *James A. Baker* über die amerikanische Außenpolitik der Umbruchzeit 1989/91.²⁴ Die Ereignisse der Wendejahre wurden aber auch in der breiten Öffentlichkeit als etwas ganz Außerordentliches, als ein Stück Weltgeschichte erlebt. Die Nachfrage nach authentischen Darstellungen, wie es so habe kommen können und wie es eigentlich gewesen sei, war immens. Nicht nur aus den Beraterstäben der „Großen“ gab es deshalb mehr Wortmeldungen als sonst, die veröffentlicht wurden. Auch journalistische Augenzeugen, Zeitanalysten und -kritiker, Historiker und Politikwissenschaftler nahmen sich der großen Themen des Umbruchs von 1989/90 an.

Im unterhaltenden Erzählstil hat sich *Vernon A. Walter*, amerikanischer Botschafter in Bonn von April 1989 bis September 1991, an seine aufregende Diplomatenzeit während der entscheidenden Ereignisse in Deutschland erinnert.²⁵ Szene reiht sich an Szene: die ersten Tage in Bonn, das gespannte Verhältnis zu US-Außenminister Baker, die Freude beim Fall der Mauer („Die Freiheit hatte gesiegt“), das Erlebnis des 3. Oktober 1990, die Frustration über die Haltung der Deutschen im Golfkrieg, bei denen er den Sinn für Realitäten und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung vermisste – schließlich habe Bonn doch gemeinsam mit Japan den größten Beitrag zu den Kriegskosten geleistet und früher gezahlt als alle anderen Schuldner („und das, obwohl es zur gleichen Zeit Milliarden zur Finanzierung der Einheit benötigte“) –, zuletzt der Berlin-Beschluss vom 20. Juni 1991, den er in der Tradition des amerikanischen Engagement für die deutsche Hauptstadt „tief im Herzen“ be-

23 Michail GORBATSCHOW, *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999 (russ. Original: *Kak et bylo*, Moskau 1999).

24 George BUSH/Brent SCOWCROFT, *Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Berlin 1999 (amerik. Original: *A World Transformed*, New York 1998); James A. BAKER, *Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen*, Berlin 1996 (amerik. Original: *The Politics of Diplomacy*, New York 1995). Vgl. HPM 14 (2007), S. 368 und 377.

25 Vernon A. WALTERS, *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters*, Berlin 1994.

grüßte. Wie ein roter Faden zieht sich durch seinen Bericht seine nach Deutschland mitgebrachte Überzeugung, dass noch in seiner Amtszeit als Botschafter die Teilung des Landes überwunden werden würde – Genscher habe da nachsichtig, ja beinahe herablassend gelächelt, Kohl habe genickt: „Wir werden gemeinsam mit unseren NATO-Verbündeten für dieses Ziel arbeiten, und wir werden es erreichen.“ Welche Gründe Walters für seine Einschätzung hatte, sagt er nicht. Dass das Buch in erster Linie für das amerikanische Publikum geschrieben worden ist, unterstreicht das Nachwort, das aufkommende Besorgnisse wegen rassistischer Ausschreitungen im neuen Deutschland zu zerstreuen sucht, indem es die Verwandlung der Deutschen „in ein Volk muster-gültiger Demokraten“ geltend macht.

Von den engen Mitarbeitern Kohls im Kanzleramt sowie von prominenten Mitgliedern seines Kabinetts haben sich *Wolfgang Schäuble*, *Theo Waigel*, *Horst Teltschik* und *Hans Klein* einschlägig zur Politik der deutschen Einheit geäußert. *Schäubles*²⁶ Buch beruht auf Interviews der Herausgeber mit Schäuble während dessen Rehabilitationsaufenthalt in Langensteinbach Ende 1990/Anfang 1991. Das daraus entstandene Manuskript ist von Schäuble dann bearbeitet worden. Der Bericht ist in der „Ich“- bzw. „Wir“-Form verfasst, wobei im letzteren Fall entweder nur das Verhandlungsführerpaar (Schäuble und Günther Krause) oder auch die bundesdeutsche Seite als solche gemeint sein können. Als „Manager der Einheit“ beschreibt Schäuble darin den Verhandlungsprozess zum Einigungsvertrag vom 31. August 1990. Der Bericht beginnt mit den Voraussetzungen, der „unvollendeten Revolution“ und der Entstehung demokratischer Strukturen in der DDR, schildert dann das „Spiel mit vielen Bällen“ (BVerfG, Ressorts, Parteien, Länder, Interessengruppen), um im Hauptteil, ausgehend von den beiderseitigen Positionsbestimmungen, ausführlich die drei Verhandlungsrunden zu behandeln. Das Schlusskapitel ist jenen vielschichtigen Rechtsfragen gewidmet, die besondere Regelungen verlangten, dem Streit um den § 218, der Eigentumsfrage und der Bewältigung der Stasi-Vergangenheit. Eindringlich wird dargelegt, unter welchem Zeitdruck und welchen dramatischen Zeitumständen die rechtlichen Regelungen für das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten und für einheitliche Lebensverhältnisse zustande kamen. Es sei bei dem „so komplizierten und komplexen“ Einigungsvertrag, der nur acht Wochen nach dem Inkrafttreten des Währungs-, Wirtschafts- und Sozialvertrags vom 1. Juli 1990 geschlossen wurde und der im BGBI 360 Seiten umfasst, darum gegangen, 40 Jahre staatlicher und gesellschaftlicher Auseinanderentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gleichsam „in einem Schritt“ zu überspringen. Das Buch setzt auch ein Denkmal für die Beamtenschaft der Ministerien, die mit beispiellosem En-

26 Wolfgang SCHÄUBLE, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, hg. und mit einem Vorwort von Dirk KOCH und Klaus WIRTGEN, Stuttgart 1991.

gagement und reibungsloser Zusammenarbeit die „gigantische Fülle des Stoffes“ bewältigte. Sehr positiv beurteilt wird auch der – fast vergessene – Verhandlungspartner Günther Krause, der Schäubles Linie der Beschränkung auf das Notwendige voll unterstützte und in nüchterner Einschätzung der Lage die Einheit möglichst rasch vollziehen wollte.

Theo Waigel, 1989–1998 Bundesminister der Finanzen, wollte in Zusammenarbeit mit dem Redakteur *Manfred Schell* („Die Welt“ und n-tv) in seinem Sammelband²⁷, zu dem auch Hans Tietmeyer, Horst Köhler und andere ehemalige leitende Beamten des Bundesfinanzministeriums (Peter Klemm, Thilo Sarrazin, Bruno Schmidt-Bleibtreu) beigetragen haben, durch Darstellung des Zustandekommens der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion 1990 für die Geschichte eine „Lücke schließen“. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit sei nicht nur eine außenpolitische (sprich: Kohl, Genscher), sondern auch eine finanzpolitische (sprich: Waigel) Aufgabe gewesen, für die es kein geschichtliches Vorbild gegeben habe. Die Wirtschafts- und Währungsunion sei überhaupt der Grundstein, „der erste und der entscheidende Schritt“ (S. 8), für eine positive Lösung der deutschen Frage gewesen. Abgesehen von Waigels kräftigem Fingerschnipsen, mit dem er sich als Mittäter am Werk der Wiedervereinigung meldet, enthält das Buch hochinteressante Informationen und Problemdarstellungen über die Entstehung und die Umsetzung des Konzepts der Wirtschafts- und Währungsunion aus der Perspektive der Finanzexperten. Vor allem wird der ungeheure Handlungsdruck deutlich, der durch die Entwicklung selbst wie auch durch die politischen Vorgaben von Seiten des Bundeskanzlers bestand. Kohl habe sich dabei Waigels Position zu eigen gemacht, sich nicht auf Stufenpläne im Einheitsprozess einzulassen, sondern der DDR unverzüglich anzubieten, mit Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen.

Eine der ersten Veröffentlichungen über das dichte, dramatische Geschehen des Einigungsprozesses stammt von *Horst Teltschik*, der als Leiter der Außen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt an der Seite Kohls unmittelbar beteiligt und mitverantwortlich war.²⁸ Wenn es eine weltgeschichtliche Stunde war, in der die Wiedervereinigung Deutschlands gelang, dann geben diese tagebuchartigen Aufzeichnungen gewissermaßen deren Minutentakt an, beginnend mit der Nachricht vom Mauerfall in Berlin am 9. November 1989, die den Kanzler und seine Suite während seines offiziellen Besuches in Warschau erreichte und endend mit dem Tag der deutschen Einheit am 2. Oktober 1990, unter dem am Schluss vermerkt ist „Um zwei Uhr früh gehen wir zu Fuß in Richtung unseres Hotels. Überall liegen Scherben herum. Deutschland ist geeint.“ Die

27 Theo WAIGEL/Manfred SCHELL, *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994.

28 Horst TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.

Tageseintragungen dazwischen vermitteln nicht nur einen Eindruck von der ungeheuren Beschleunigung der Politik in dieser Zeitspanne, sondern führen auch einprägsam vor Augen, dass die geschichtliche Bewegung, die man leichthin als einen durch Eigendynamik und Sachzwang vorwärtsgerichteten Prozess zu bezeichnen geneigt ist, von den Handelnden als Abfolge von Wahrnehmungen, Reaktionen und Entscheidungen, ja auch von Orts- und Ebenenwechseln erfahren wurde. Dass die Stunde günstig war, eröffnete sich erst allmählich, und zu nutzen war sie nur schrittweise. Wer über die deutsche Einigungsgeschichte arbeitet, ist gut beraten, wenn er Teltchiks „Tagebuch“ bei der Quellen- und Literatúrauswertung stets zur Hand hat.

Das gleichfalls 1991 erschienene Buch von *Hans Klein*, Regierungssprecher Kohls, über die entscheidende Reise des Kanzlers in die Sowjetunion im Sommer 1990,²⁹ ist historisch vergleichsweise wenig ergiebig. Es liefert „aus subjektiver Sicht“ Atmosphärisches, es beleuchtet die Außenseite der Politik, enthält aber kaum Politisches und schon gar keine Hintergrundinformationen. Einige exklusive Streiflichter, die auf die Hauptpersonen der deutsch-sowjetischen Begegnung fallen, mögen zwar nicht uninteressant sein, aber im Ganzen überwiegt doch das Nebensächliche, was insbesondere auch für die beigegebenen Fotos gilt. Was soll beispielsweise die Serie kleiner Fotomedaillons russischer Herrscher, unter denen neben Iwan dem Schrecklichen, Katharina der Großen, Alexander I. und Lenin auch Karl Marx (!) erscheint (S. 75)? Die willkürlichen Rückblicke auf den Zweiten Weltkrieg und Einzelerinnerungen an Kriegserlebnisse Dritter im Osten muten umso überflüssiger an, als dem 1931 geborenen Klein das Soldatenschicksal erspart geblieben ist. Im Anhang sind die Pressekonferenzen Kohls über seine Reise in Schelesnowodsk und in Bonn dokumentiert.

Persönliche Erinnerungen, Eindrücke und Erfahrungen aus den Jahren 1989 und 1990 enthält das Buch von *Claus J. Duisberg*,³⁰ damals Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt, dann Leiter der Dienststelle des Auswärtigen Amtes in Berlin und Beauftragter für den Abzug der russischen Truppen. Im Vordergrund seiner Schilderungen, die sich neben dem Erinnerungsfundus auch auf amtliche Aufzeichnungen und Vermerke des Autors stützen, stehen die innenpolitischen Herausforderungen des Vereinigungsprozesses, insbesondere beim Zustandekommen des Einigungsvertrages. Die Stärke dieses Zeitzeugenberichts liegt in der atmosphärisch dichten Schilderung der Abläufe auf der Administrationsebene der Politik. Dabei fällt auch manch kritischer Blick mit scharfen Charakterisierungen auf die politischen

29 Hans KLEIN, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin 1991.

30 Claus J. DUISBERG, *Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990*, Berlin 2005.

Hauptakteure, zum Beispiel, wenn von Kohl behauptet wird, dass dieser seit der Volkskammerwahl alle (wie den Autor!), die sich bis dahin mit den Beziehungen zur DDR befasst hatten, vor allem die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, unter den Generalverdacht gestellt hätte, noch in alten Kategorien zu denken. „Dass damit Sachverstand und Kenntnisse von den Verhältnissen in der DDR ungenutzt blieben, kümmerte Kohl wenig, weil er glaubte, in der neuen Lage davon ohnehin mehr zu verstehen.“ Oder wenn zur Überlastung der Systeme der sozialen Sicherheit angemerkt wird, dass der Kanzler trotz seiner gelegentlichen Klagen über den ‚Freizeitpark‘ Deutschland, seinem für Arbeit und Soziales zuständigen Minister doch freie Hand gelassen habe, um „die Fürsorge für den Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit immer weiter auszubauen“ (S. 312). Duisberg begründet das Tempo der Wiedervereinigung mit dem Hinweis, dass die „Tür zur Wiedervereinigung“ nicht unbegrenzt offen geblieben wäre, wie Änderungen im internationalen Umfeld hätten erkennen lassen. „Die Entscheidung, es überhaupt und dann rasch zu machen, war außen- und innenpolitisch richtig gewesen und bleibt das historische Verdienst der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl.“ Danach aber sei, so Duisberg, „eine Lähmung“ eingetreten. Die Regierung habe sich und die Bevölkerung in der Illusion gewiegt, dass alles so weitergehen könne wie bisher. Gerade das aber sei nicht aufgegangen, „und hier versagte die Politik“. Auch Duisbergs Versuch einer psychologischen Erklärung von Kohls DDR-Verständnis verdient es, von der Historiographie aufgegriffen zu werden. Kohl hegte danach die Erwartung, die Währungsunion würde der Wirtschaft in der DDR rasch Wachstumsimpulse geben so wie der Übergang zur Marktwirtschaft 1948/49 in Westdeutschland. Als das nicht eingetreten sei, habe der Kanzler das nicht verstehen wollen. Kohl „besaß ein ungewöhnlich feines Empfinden für Stimmungen, er nahm Schwingungen und Gefühlsströmungen aus der Bevölkerung geradezu osmotisch auf; gegenüber den Menschen in der DDR jedoch versagte dieses Sensorium. Er glaubte sie zu kennen, und der Beifall, der ihm seit Dresden bei jedem Auftritt entgegenschlug, schien ihm zu bestätigen, dass er sie und sie ihn verstanden. Sein Verständnis aber war von Stereotypen geprägt, die ihm den Blick für manches in der Realität trübten. Er sah nur oder ganz überwiegend die unterdrückten, in Unfreiheit gehaltenen Menschen, deren sehnlichster Wunsch auf Wiedererlangung der Freiheit gerichtet war. So konnte er von der DDR und dem Leben dort auch nie reden, ohne ‚Mauer und Stacheldraht‘ als wesentliches Merkmal hervorzuheben. ... Kohl hatte deshalb auch kein rechtes Verständnis dafür, dass sich hinter ‚Mauer und Stacheldraht‘ eine Welt der kleinen Leute entwickelt hatte, die auf bescheidene Weise glücklich oder unglücklich waren wie andernorts auch ...“ Kohl habe die Wende in der DDR allzu sehr mit dem Neuanfang in der Bundesrepublik nach dem Kriege verglichen und daher erwartet, dass dort in ähnlicher Weise produktive Kräfte freigesetzt würden. Die Verheißung ‚blühender

Landschaften' sei deshalb für ihn auch kein leeres Versprechen gewesen, sondern Ausdruck ehrlicher Überzeugung.

Neben all denen, die sagen konnten, sie seien dabei gewesen, dürfen diejenigen Autoren nicht unbeachtet bleiben, die sich praktisch oder konzeptionell für die Einheit engagierten und ihre politische Erfahrung im Einigungsprozess einzubringen suchten. So hat *Kurt Biedenkopf* seine handschriftlichen Aufzeichnungen aus der Zeit zwischen dem 16. Juni 1989 (Tag der Regierungserklärung Kohls zum Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik) und dem 8. November 1990 (Tag der Regierungserklärung Biedenkopfs als Ministerpräsident von Sachsen) für die Veröffentlichung bearbeitet.³¹ Die Abfolge der „Tagebucheintragungen“, in denen Notizen über das Tagesgeschehen mit Kommentaren und kleinen Erlebnissen am Rande gekonnt vermischt sind, schwankt zwischen täglich und mehrwöchig. Sie sollen die Botschaft vermitteln, dass dem Prozess der deutschen Einheit die meisten großen Probleme erspart geblieben wären, wenn jeder sich so aufgeschlossen und engagiert im Umbruch dieser Tage verhalten hätte wie der Autor. Biedenkopf präsentiert sich hier als ein von der Wucht der Umbruchereignisse ergriffener politischer Kopf, der sich der Herausforderung stellt, zum ordnungspolitischen Apostel der Ostdeutschen zu werden. Er zeigt sich stets auf der Höhe des Prozessablaufes, während vergleichsweise Kohl mehr als ein von der Entwicklung Vorangetriebener erscheint. Oder anders gesagt: Der Beobachter Biedenkopf liegt immer etwas richtiger und ist immer etwas weiter als der handelnde Kanzler Kohl. Dabei legt Biedenkopf merklich Wert darauf, seine persönlichen Vorbehalte gegen Kohl erkennen zu lassen. Unter dem 31. August 1989 (Massenflucht aus der DDR, erster demokratische Ministerpräsident in Polen, Unabhängigkeitsbestrebungen in den baltischen Republiken) vermerkt er: „Zu alldem gibt es in der CDU und ihrer Führung keine konstruktiven oder gar konzeptionellen Reaktionen ... Wir versinken immer tiefer im Provinzialismus. Es ist ein Jammer!“ Unter dem 12. Februar 1990 (Kohls Botschaft an die Deutschen über die Gespräche mit Gorbatschow) heißt es: „Die Art, wie Helmut Kohl. das Thema besetzt, schließt sie [die Deutschen] praktisch als aktiv Mitwirkende vom Prozess der Wiedervereinigung aus. Deshalb werden sie auch nicht willens sein, die Konsequenzen dieses historischen Vorgangs als Konsequenzen ihres eigenen Handelns zu begreifen. Sie werden vielmehr die Politik dafür verantwortlich machen, das heißt, Helmut Kohl.“ Biedenkopf selbst zählt sich zu denjenigen weitsichtigen Politikern, die die Zeichen der Zeit schon früh wahrgenommen hätten.

Als strenger Begutachter des Einigungsprozesses hat sich auch *Helmut Schmidt* hervorgetan, Kohls Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers. Der Titel

31 Kurt BIEDENKOPF, *1989–1990. Ein deutsches Tagebuch*, Berlin 2000.

seines Buches³², das gesammelte Reden und Artikel zu Fragen der deutschen Einigung aus den Jahren 1989 bis 2004 enthält, ist subtil, besagt er doch, dass die Deutschen noch nicht am Ziel der Einheit sind, sondern sich auf dem Weg dahin befinden, für dessen Trassierung sich auch der Autor Verdienste zu-rechnet. Im Schlussessay erinnert er an das Wiedervereinigungsgutachten, das unter seinem Vorsitz 1959 für den Deutschland-Plan der SPD erarbeitet worden war. Das zentrale Kapitel (Februar 1993) benennt die „sieben Kardinalfehler der Wiedervereinigung“, deren enttäuschende Entwicklung, insbesondere beim Aufholprozess Ostdeutschlands, auf die „leichtfertige Unterschätzung der Vereinigungsaufgaben“ durch die Kohl-Regierung zurückgeführt wird. Schmidts *ceterum censeo* ist die Schuldzuweisung an Kohl, bei der ökonomischen Bewältigung der Einigungsprobleme versagt zu haben, mehr noch: durch seinen naiven Optimismus und seine illusionären Versprechungen ein „ökonomisches und soziales Debakel“ angerichtet zu haben. Nun weiß auch Schmidt, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus seiner eigenen Amtszeit, dass das Ökonomische und das Politische so, wie er es um der kritischen Wirkung willen tut, nicht voneinander zu trennen sind. Seine Lieblingsvorstellung, dass seinerzeit mit den „richtigen“ ökonomischen Entscheidungen auf die Opferbereitschaft der Westdeutschen hätte gesetzt werden müssen, dass ein „Blut-, Schweiß- und Tränen“-Appell erfolgreich gewesen wäre, darf man getrost als nicht weniger naiv und illusionär einstufen.

Die historische Forschung, die Schmidt offenbar nicht zur Kenntnis nimmt (oder nicht zur Kenntnis nehmen will), hat vielmehr zeigen können, dass die Bundesregierung damals keineswegs so naiv und in Unkenntnis der Risiken ihrer Entscheidungen gehandelt hat, wie es oft hingestellt wird. Die Politik stand überhaupt nicht vor der Alternative von richtig oder falsch, sondern hatte zwischen verschiedenen Übeln zu wählen. In jedem Fall wären die ökonomischen und sozialen Folgen nachteilig, unberechenbar und fehlerträchtig gewesen.

Diesen Zusammenhang materialreich und klar herausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst des Politikwissenschaftlers *Dieter Grosser* (München), der im zweiten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“³³ die Entstehung und

32 Helmut SCHMIDT, *Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bilanz und Ausblick*, Hamburg 2005.

33 *Geschichte der deutschen Einheit*, 4 Bde., Stuttgart. Bd. 1: Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (1998); Bd. 2: Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (1998); Bd. 3: Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, in Zusammenarbeit mit Michael WALTER (1998); Bd. 4: Werner WEIDENFELD, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, mit Peter M. WAGNER und Elke BRUCK (1998).

den Start der Wirtschafts- und Währungsunion untersucht hat. Die Stärke seiner Studie liegt darin, dass sie den Entscheidungsprozess von der Bereitschaft der Bundesregierung zu bedingter Wirtschaftshilfe für die DDR 1989 bis zu den Schwierigkeiten beim Aufbau Ost nach 1990 nicht nur in seinen Etappen, sondern auch mit seinen jeweiligen Problemlagen, Lösungsvorschlägen und Kontroversen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems detailliert nachvollziehbar macht. Der Logik der Entwicklung folgend, setzt das Buch mit der Schilderung der ausweglosen Krise der DDR-Wirtschaft ein. Die DDR war ökonomisch am Ende, aber was dieser Tatbestand für weitreichende politische Konsequenzen haben könnte, wurde im Osten wie im Westen erst nach und nach realisiert. Angesichts der kollabierenden DDR-Strukturen, bei einer außenpolitischen Situation, in der die interessierten Mächte ein „Chaos“ befürchteten und von der Kohl-Regierung dessen Abwendung erwarteten, steuerten die deutsch-deutschen Verhandlungen schließlich auf die Stichtagslösung für eine Wirtschafts- und Währungsunion als einzige reale Möglichkeit zu, obwohl ein abgestuftes Vorgehen zweifellos ökonomisch vernünftiger gewesen wäre. Grosser vermag überzeugend darzulegen, dass die schweren wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, die sich für die ostdeutsche Bevölkerung aus der Einheit ergaben, nur theoretisch zu umgehen waren. Die Möglichkeiten, den katastrophalen Rückgang von Warenproduktion, Gewerbe und Handel, die Massenarbeitslosigkeit und den „Tropf“ öffentlicher Transferleistungen aus dem Westen zu vermeiden, gab es allenfalls in ökonomischen Lehrbüchern, nicht aber in der politischen Praxis, die zudem auch noch von internationalen Rücksichten abhängig war. Es sei denn, man hätte die DDR oder das „Beitrittsgebiet“ auf unbestimmte Zeit unter „Quarantäne“ stellen können, als wirtschaftliches Sondergebiet, abgeschirmt durch eine administrative Mauer. Grosser zitiert hierzu Kurt Biedenkopfs trefflichen Satz: „Revolutionen kommen in Lehrbüchern nicht vor.“ Das heißt nicht, dass die oft benannten Fehler, die von der Politik beim Aufbau Ost gemacht wurden, in seiner Darstellung ausgespart werden. In dem mit der bezeichnenden Überschrift „Man hätte und man sollte“ versehenen Kapitel behandelt er die nachteiligen Auswirkungen des Restitutionsvorrangs bei Vermögensfragen (Rückgabe vor Entschädigung), die Fehleinschätzungen hinsichtlich der Investitionsbereitschaft der westdeutschen Wirtschaft, den Verzicht auf Strukturanpassungsmaßnahmen sowie als „schlimmstes Hemmnis für private Investitionen“ die rasche Annäherung an das westdeutsche Lohnniveau. Auch die Konstruktionsfehler der öffentlichen Finanzierung der Einheit werden diskutiert. Bei der ausführlichen Analyse der Notlösungen und Fehler wird aber auch deutlich, dass die Verantwortlichen nicht aus politischer Leichtfertigkeit oder ökonomischer Unbedarftheit, sondern aus wohlwollenden Gründen handelten. Dem Historiker sind Ereignisse von schicksalhafter Dynamik, in denen die politischen Entscheidungsinstanzen stets nur „Fehler“ machen können, nicht

fremd. Diese Fehler kann man hernach zwar als Experte rot anstreichen, aber damit ist historisch gar nichts erklärt.

Im ersten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“ hat der Politikwissenschaftler *Karl-Rudolf Korte* (Duisburg-Essen) das deutschlandpolitische Regierungshandeln Helmut Kohls von 1982 bis zum Entscheidungsjahr 1989 unter dem Aspekt der Macht beschrieben. Seine Darstellung will zugleich einen „Beitrag zur Regierungslehre“ leisten, indem auch der besondere Regierungsstil des Bundeskanzlers, das „System Kohl“, analysiert wird. Diese doppelte, auf die Deutschlandpolitik und auf die „Kunst des Machterhalts“ bezogene Fragestellung ist dem Buch nicht zum Vorteil ausgeschlagen. Der zwiespältige Eindruck bei der Lektüre wird dadurch verstärkt, dass nach jedem Kapitel politikwissenschaftlich-akademisch „zusammenfassende Ergebnisse zum Regierungshandeln“ aufgeführt und zur Machtfrage in Beziehung gesetzt werden, so als wären Machterwerb und Machtsicherung eine Spezialität des Kanzlers Kohl gewesen. Am Schluss heißt es, dass „der Stellenwert der Deutschlandpolitik für Kohl schwankte. Manchmal brauchte er sie mehr, manchmal weniger, um seine Macht zu erhalten und zu festigen.“ Ja, so war es wohl – mehr oder weniger. Mit diesen kritischen Bemerkungen soll allerdings die grundsätzliche Qualität der profunden Untersuchung Kortes nicht infrage gestellt werden. Korte gelingt es, an den Entscheidungsstrukturen und -prozessen aufs Genaueste zu zeigen, dass Kohl sich bis zu seinem 10-Punkte-Programm bei prinzipiellem Festhalten am Wiedervereinigungsziel in der deutschen Frage weitgehend offen verhielt. Weder legte er sich auf eine bestimmte operative Deutschlandpolitik fest, noch besaß er für die deutsch/deutschen Kooperationsfelder konkrete langfristige Konzepte. Deutschlandpolitische Kontinuität und Bestehen auf dem Zusammenhalt der Nation verbanden sich in seiner Politik mit Akzentuierung der normativen Abgrenzung zur DDR und mit pragmatischer Prioritätensetzung, die sich in der Konzentration auf Erreichung menschlicher Erleichterungen, auf Familienzusammenführung, Reiseverkehr und Kulturkontakte äußerte. Es wird auch deutlich, dass das Kanzleramt mit seiner Mitte, dem Bundeskanzler, das deutschlandpolitische Entscheidungszentrum war, und zwar in einem exklusiven Sinn, weil Kohl es durch seinen Regierungsstil schaffte, Einflüsse von Außenminister Genscher oder dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wie auch von Parteigrößen der CDU, die auf Aktivierung bzw. Relativierung der Deutschlandpolitik drängten, einzuschränken oder einzubinden. Die Kapitel über die Einbindung von Strauß und über den Honecker-Besuch 1987 sind exemplarische Studien über Kohls Politikstil, zu dem auch – man glaubt es kaum! – das Wort gehört habe, wie Korte durch Analysen von Reden des Kanzlers dartun kann (etwa der Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland). Kohls deutschlandpolitisches Erfolgsgeheimnis lag nicht zuletzt in seiner Geduld begründet, mit der er angesichts des großen Ziels darauf ach-

tete, den Weg dahin nicht zu verstellen, nicht durch immer neues Agieren sich den Spielraum des Reagierens einzuengen. Kohl besaß die staatsmännische Tugend des Abwartenkönnens, die ihn die Chance erkennen ließ, als sie sich bot. Auch das ist dem Buch von Korte zu entnehmen.

Vom selben Autor stammt auch ein gegen die Legenden der Einheitsgeschichte gerichteter Gesamtüberblick über die Politik und den Prozess der Einigung.³⁴ In gedrängter, doch sorgsam differenzierender Argumentation bekommt man darin die Rahmenbedingungen des Umbruchs von 1989/90, die Ursachen des Endes der DDR und die Stationen auf dem Weg zur Einigung bis zur Ratifizierung des Vertrages vom 31. August 1990 vorgestellt. Die Antwort auf die im Buchtitel gestellte Frage fällt positiv aus: Die Politik hat ihre Chance genutzt. Sie war keineswegs fehlerlos, aber „geschickt angesichts des enormen Zeitdrucks“, der vom Volk ausging. Zentrale Fragen, die auch weiterhin die wissenschaftliche Debatte über die Wiederherstellung der deutschen Einheit beschäftigen werden, finden sich in diesem – auch wegen der detaillierten Zeittafel und der reichen Auswahlbibliographie – als Einführung in die Thematik zu empfehlenden Bändchen kompetent aufgegriffen und andiskutiert.

Den dritten Band der „Geschichte der deutschen Einheit“ hat der Freiburger Politikwissenschaftler *Wolfgang Jäger* verfasst. Er schildert eingehend die Transformationsprozesse des politischen, administrativen und gesellschaftlichen Systems der DDR im Einigungsjahr 1989/90. Transformation heißt für ihn „Demokratisierung und Anpassung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland“. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei den politischen Parteien und Massenorganisationen der DDR sowie den Wahlen für die erste freie Volkskammer und die Gebietskörperschaften (Gemeindevertretungen). Das Schlusskapitel behandelt die deutsch-deutschen Verhandlungen zum Einigungsvertrag, der als „Gesellschaftsvertrag“ gedeutet wird. Die Fachkritik hat an seiner Darstellung bemängelt, dass sie zu stark vom westdeutschen Blickwinkel bestimmt sei, dass sie von den „Weichenstellungen im Bundeskanzleramt“ her ausgehe, kurz, dass sie „Kohl-lastig“ sei und die dramatischen Vorgänge in der DDR und ihrer Bevölkerung, die Implosion des SED-Systems und die friedliche Revolution, als entscheidende Bedingung der Möglichkeit aller weiteren, zur Einheit führenden Ereignisse vernachlässigt habe. Das mag sicher zutreffen – einerseits. Andererseits muss man doch auch bei aller Würdigung des Engagements vieler DDR-Bürger für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft anerkennen, dass Expertise und Kompetenz für die Transformation eindeutig im Westen lagen. Mit „Runden Tischen“ ist ein modernes Staatswesen nicht zu regieren. So

34 Karl-Rudolf KORTE, *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands* (unter Mitarbeit von Jürgen GROS und Thomas LILLIG), Frankfurt/M. 1994.

schwer es ehemaligen DDR-Bürgern fällt, das zuzugeben, und gewissermaßen ist es tragisch zu nennen: Die DDR hatte ebenso wenig wie die anderen von ihren Regimen politisch, wirtschaftlich und moralisch ausgeplünderten kommunistischen Diktaturen Osteuropas dem politisch-administrativen System der westlichen Demokratie mit seinen ausgefeilten und vielfach bewährten Institutionen, Rechtsnormen und ordnungspolitischen Instrumentarien absolut nichts an die Seite zu stellen. Diesen Sachverhalt klar dargelegt zu haben, ist ein Vorzug des Buches von Jäger.

Werner Weidenfeld, Politikwissenschaftler an der Ludwig-Maximilians-Universität München, beschließt mit seiner sorgfältigen Auseinanderfaltung des außenpolitischen Prozesses der deutschen Einigung das vierbändige Geschichtswerk zur deutschen Einheit. Er verdeutlicht zunächst, dass der unerwartete Fall der Berliner Mauer für die große Politik einen Moment des Alles-ist-möglich erzeugte. In dem Klima der Unsicherheit, des Unvorbereitetseins und des vorsichtigen Abwartens, das allgemein entstand, waren Improvisation und unkonventionelles Vorgehen wichtiger als die Routine der Diplomaten. Mit dieser Situation kam Bundeskanzler Kohl besser zurecht als Außenminister Genscher. Auch die Amerikaner der Bush-Administration wussten sich auf die neue Sachlage schneller einzustellen als die Sowjets, die von den Ereignissen sozusagen auf dem falschen Fuß erwischt wurden. Kein Wunder deshalb auch, dass sich Kohl und Bush sehr bald hinsichtlich der außenpolitischen Grundlinien in der Deutschlandfrage zum „Schulterschluss“ finden konnten. Drei wesentliche Erkenntnisse schälen sich aus dem auf eine überwältigende Materialfülle gestützten Werk heraus: erstens, dass der Prozess der deutschen Einheit außenpolitisch keineswegs einem Automatismus folgte, sondern sein Ausgang bis in die 2+4-Verhandlungen hinein offen war; zweitens, dass der Erfolg wohl gerade deshalb so rasch möglich wurde, weil in den Außenministerien der betroffenen Mächte keine Pläne und Lösungswege für diesen „Ernstfall“ existierten, und dass drittens das persönliche Vertrauenskapital, das Bundeskanzler Kohl in Ost und West seit seinem Amtsantritt 1982 angesammelt hatte, sich an den kritischen Knotenpunkten bei der Überwindung von Widerständen und Vorbehalten auszahlte. Weidenfeld versteht es, das dichte Handlungs- und Verhandlungsgeflecht in seinen bilateralen, europäischen und weltpolitischen Verschlingungen und Rahmenbedingungen detailliert nachzuzeichnen. Dafür ist freilich in Kauf zu nehmen, dass der Duktus der Darstellung durchwegs referierend und beschreibend, allenfalls kommentierend ist und tiefer gehende Analysen kaum angeboten werden. Ob im Übrigen die Wissenschaft mit gazettenhaft frisierten Kapitelüberschriften wie „Zwischen allen Stühlen“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Tandem außer Tritt“, „Hochspannung bis zuletzt“, „Überall ist Oggersheim ...“ für sich werben kann, sei dahingestellt.

Abschließend noch ein Wort zum Gesamtwerk, bei dessen Bänden es sich ja um Auftragsarbeiten handelt. Die Bundesregierung ermöglichte den Autoren mit Sondergenehmigungen einen privilegierten Zugang zu Aktenbeständen, die anderen Forschern zumindest noch bis zum Ablauf der archivischen Sperrfrist verschlossen bleiben (Bundeskanzleramt, Bundesministerien des Innern, der Finanzen und für innerdeutsche Beziehungen). Dieser Vorzug einer qualitativ überzeugenden, umfassenden Quellengrundlage – Anmerkungsapparate zwischen 50 und 200 Seiten! – geht allerdings mit dem Nachteil einher, dass ein halbamtlicher Charakter der Publikation nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Dem Historiker drängt sich unwillkürlich die Analogie zu Heinrich von Sybels „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ (1894) auf. Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, dass Kohl bei den Bänden der „Geschichte der deutschen Einheit“ wie einst Bismarck bei Sybels Werk die Korrekturen mitgelesen hat, und Forscherindividualität und Wissenschaftsverständnis der vier Verfasser mögen auch Garanten für politische Unabhängigkeit sein, aber es bleiben bei solcher Quellenbegünstigung doch immer Vorbehaltsreste bestehen, solange nicht das gelieferte „sehr viel umfassendere und präzisere Bild des deutschen Vereinigungsprozesses“ (W. Weidenfeld) intersubjektiv überprüft und damit zumutbar diskutiert werden kann. Gleichwohl liegt mit diesem groß angelegten Opus ein Standardwerk zur deutschen Einheitsgeschichte vor, an dem sich jede andere Darstellung oder Deutung messen lassen muss. Mit ihm symbiontisch erschien eine umfängliche Quellenedition von Dokumenten aus dem Bundeskanzleramt zur Wiedervereinigungspolitik 1989/90.³⁵ Eine Zusammenstellung der wichtigsten Rechtsakte, Erklärungen und Entwürfe zur Dokumentation des Einheitsprozesses hat *Ingo von Münch* besorgt.³⁶

Als Pflichtlektüre für jeden, der sich mit dem Ende der DDR und dem Einigungsgeschehen von 1989/90, sei es wissenschaftlich, sei es aus historisch-politischem Interesse, näher befasst, ist das Buch des in den USA lehrenden Historikers (Chapel Hill, N.C.) *Konrad H. Jarausch* über die „unverhoffte Einheit“ hervorzuheben.³⁷ Fokussiert auf die ostdeutsche Bevölkerung, das

35 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998.

36 Ingo von MÜNCH (Hg.), unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter HOOG, *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die CSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990*, Stuttgart 1992. – Zu beiden Quellenwerken der Vereinigungsgeschichte vgl. *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: HPM 14 (2007), S. 406f.

37 Konrad H. JARAUSCH, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Hamburg 1995.

„Volk“ der DDR, und auf ihren demokratischen Aufbruch, stellt es in gewissem Sinn das Gegenstück oder doch zumindest die notwendige Ergänzung zu dem oben angezeigten Band von Jäger dar. Der Autor, ein exzellenter Kenner der deutschen Nachkriegszeit, insbesondere der DDR-Geschichte,³⁸ trägt mit seiner Belichtung des Einheitsgeschehens aus transatlantischer Distanz dazu bei, „deutsche Aufgeregtheiten“ und politisch bedingte Versionen bei der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung zu relativieren. Das Bild, das er in einem Bogenschlag von der alles auslösenden Massenflucht von DDR-Bürgern über die Stationen des raschen Beitritts bis zur „post-kommunistischen Transformation“ in Ostdeutschland mit ihren heftigen gesellschaftlichen Verteilungskämpfen entwirft, besticht durch eine informative Faktenpräsentation und eine eng an Fragen der Forschung heranführende Argumentation. Auch die „Vereinigungskrise“ nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit und das Identitätsdilemma des vereinigten Deutschland werden diskutiert. Wenn in dem leistungswerten Eingangskapitel die Geschichte als Konstrukt bezeichnet wird, das aus einem längeren diskursiven Prozess hervorgehe, hat der Autor diesen Historisierungsdiskurs mit seinem Buch selbst eröffnen helfen.

Dass der Blick von außen für die nationale Zeitgeschichtsschreibung förderlich im Sinne wissenschaftlicher Objektivierung und Orientierung ist, weil er zur öffentlichen Erinnerungskultur unbefangenen Abstand halten kann und Sprachkonventionen nicht zu beachten braucht, lässt sich auch an den Veröffentlichungen des britischen Historikers und Publizisten *Timothy Garton Ash* zeigen.³⁹ Er stellt das Problem der deutschen Teilung und Einigung in den Gesamtzusammenhang der europäischen Nachkriegsordnung im Kalten Krieg zwischen West und Ost. Die deutsche Frage beschreibt er als Mittelpunkt der europäischen Frage, beide in funktionaler Interdependenz miteinander verbunden. Als Schlüssel zur Geschichte des „geteilten Kontinents“ dient ihm die deutsche „Ostpolitik“, die er – mit dem Mut zur Lücke und zur Pointierung – von Adenauer über Brandt zu Kohl in ihren Windungen und Wenden verfolgt. Dabei verhehlt er nicht seine Sympathie für Willy Brandt, den, wie er meint, als historische Figur neben Adenauer „ein Hauch von Größe“ umgebe. Helmut Kohl wird als „archetypischer ‚Westler‘“ charakterisiert. Seine Ostpolitik sei geprägt gewesen durch Akzeptanz der sozial-liberalen Grundrichtung, aber auf der „Basis einer uneingeschränkten Westbindung, Verpflichtung auf die Europäische Union und das langfristige Ziel der deutschen Einheit“. Die Kohl-Regierung habe die Außenpolitik der zentralen Dreiecksbeziehun-

38 Jarausch war von 1994 bis 2008 Ko-Direktor des Potsdamer Zentrums für zeithistorische Forschung; von seinen Veröffentlichungen ist hier auch erwähnenswert: *Uniting Germany: documents and debates, 1944–1993*, Oxford 1994 (gemeinsam mit Volker GRANSOW).

39 Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993; DERS., *1989 und die Folgen*, Frankfurt/M. 2000.

gen zwischen Bonn, Moskau und Berlin innerhalb des größeren Dreiecks Amerika-Europa-Sowjetunion weiterentwickelt und zum Erfolg geführt. Ein Erfolg, der freilich, wie der Autor ausführt, dem von allen Bonner Regierungen seit 1969 vollbrachten Balanceakt zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, zwischen Washington und Moskau, zwischen West- und Osteuropa, zwischen dem Erhalt der vorteilhaften und der Veränderung der unvorteilhaften Komponenten des Status quo verdankt wird. Die Schlussfrage nach der Rolle des vereinigten Deutschlands im neuen Europa wird mit „Skepsis und Hoffnung“ beantwortet. Dabei wird an das Diktum Napoleons erinnert, Deutschlands Zustand sei das Werden, nicht das Sein. Man merkt diesen geschichtlichen Betrachtungen an ihren vielen Zitaten und assoziativen Gedankensprüngen an, dass sie eilig fabriziert worden sind, aber das ist auch ein Markenzeichen des Autors.

Wie aus amerikanischer Sicht das Ende des Kalten Krieges und die Rolle der deutschen Frage im Umbruchprozess 1989/90 beurteilt werden, erfährt man aus dem Buch von *Condoleeza Rice* und *Philip Zelikow*.⁴⁰ Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und die Wiedervereinigung Deutschlands werden im Kern auf das Zusammenwirken von drei Faktoren zurückgeführt: erstens auf die Reformpolitik Gorbatschows, mit der – ohne dass dieser eine solche Entwicklung wollte – zugleich die Grundlagen des sowjetischen Herrschaftssystem zersetzt wurden, zweitens auf die Politik der Bush-Administration, die mit Führungswillen das strategische Ziel verfolgte, die Teilung Europas bei gleichzeitiger Stärkung des westlichen Zusammenhalts zu beenden und sich deshalb früh auf die Unterstützung der deutschen Einigung festlegte und drittens auf den Scharfblick von Helmut Kohl für den richtigen Zeitpunkt und das daraus folgende „Vorwärtsstürmen“ des Kanzlers. Der Erfolg der westlichen Politik erscheint nach dieser Darstellung vor allem als Frucht des Zusammenspiels zwischen der Bundesregierung und der Bush-Administration, insbesondere des engen Einvernehmens zwischen den Hauptakteuren Bush und Kohl. Die westdeutsche Ostpolitik habe sich ab August 1989 insofern geändert, als Kohl immer mehr den ökonomischen Hebel einsetzte, um in der in Aufruhr geratenen DDR umwälzende Veränderungen zu erzwingen. Auch durch nachdrücklichen Einsatz für die Flüchtlinge und Asylsuchenden sollte die DDR-Führung dazu bewogen werden, politische und wirtschaftliche Reformen vorzunehmen. Von Ende April 1990 an, als die deutsch-französische Initiative zur Europäischen Union die Atmosphäre in Westeuropa verbessert hatte und die Ziele der 2+4-Verhandlungen abgesteckt waren, kam es zu einer Art „Arbeitsteilung“ zwischen Washington und Bonn: Die Amerikaner kon-

40 Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE: *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997 (amerik. Original: *Germany Unified and Europe Transformed*, Cambridge, MA 1995).

zentrierten sich auf die Anpassung der NATO-Zielsetzung und die Weiterentwicklung der KSZE, die Deutschen auf den Mechanismus der inneren Vereinigung, insbesondere auf die wirtschaftliche und finanzielle Eingliederung Ostdeutschlands. Die besondere Rolle von Kohl sehen die beiden Amerikaner darin, „dass er derjenige war, der den latenten Drang zur Einheit bei den Ostdeutschen wahrnahm und dem es gelang, dieses Verlangen zu einer Kraft zu formen, die nicht ignoriert werden konnte“. Im Mittelpunkt der Geschichte um die deutsche Einheit habe nicht so sehr die Vision des Kanzlers, sondern „sein exzellentes Gespür für die Gefühle der Menschen“ gestanden.

Die sowjetisch-russische Sicht auf die internationalen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung hat *Nikolai Pawlow*, Professor für Zeitgeschichte in Moskau, der seine Ausbildung in der Diplomatenschule des Außenministeriums der UdSSR erfahren hat, spezifiziert.⁴¹ Sein Anliegen ist es, die „Fakten und Ereignisse und ihre Bestandteile und Zutaten“ des deutschen Vereinigungsprozesses zusammenzustellen und damit „objektiv“ zu zeigen, wie es wirklich war. Historische Retrospektiven auf die 80er Jahre diesseits und jenseits der Mauer und auf die sowjetische Politik in der deutschen Frage behandeln die Vorgeschichte des „Zuges der deutschen Einheit“, dessen Fahrt durch die 2+4-Verhandlungen in der Perspektive der sowjetischen Diplomatie bis zum glückliche Finale, in das auch persönliches Erleben eingearbeitet ist, nachgezeichnet wird. Ein Blick in die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen schließt die Darstellung, in der Wert darauf gelegt worden ist, der sowjetischen Seite gleichsam das Erstgeburtsrecht an der Vereinigung Deutschlands zuzuerkennen. Auch die Verknüpfung der deutschen Einheit mit dem gesamteuropäischen Prozess („gemeinsames Haus“) wird als zentrale Zielvorstellung der Politik Gorbatschows und Schewardnadses herausgestrichen. Der Eindruck, den er – unter dem Einfluss der Perestroika – bei einem Besuch in Ost-Berlin von den Verhältnissen kurz vor der friedlichen Revolution empfing, sollte jeder „Ostalgie“ Lust und Laune verderben: „Das, was noch bis vor kurzem für uns typisch gewesen war und was wir mit Mühe aus uns herausgepresst hatten ..., wucherte als üppige Blüte in der DDR weiter. Dieselbe freiwillige Sklaverei und Speichelleckerei, die Liebedienerei und gleichzeitig die Korruption, die Willkür und das geistige Elend. So konnte man nicht weiterleben.“

Die Reaktionen auf die deutsche Vereinigung in der öffentlichen Meinung außerhalb Deutschlands hat *Ines Lehmann* in einem vierbändigen Werk⁴² an-

41 Nikolai PAWLOW, *Die deutsche Vereinigung aus sowjet-russischer Perspektive. Ein Bericht zur Lösung der deutschen Frage, versehen mit Kommentaren und historischen Rückblicken*, Frankfurt/M. 1996.

42 Ines LEHMANN, *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, Bd. 1: *Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich*; Bd. 2: *Dänemark, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweiz*,

hand von Leitartikeln und Pressekommentaren zusammengestellt. Für jedes Land werden einleitend zudem die Deutschlandpolitik und die Einstellung der Bevölkerung skizziert, allerdings ohne tiefer reichende Analyse. Die Dokumentation ist weniger eine Quellensammlung, die sich der Forschung zur Auswertung anbietet, als ein vielseitiger Korpus von Argumentations- und Sichtweisen, die auf kritische Punkte aufmerksam machen und zu Fragestellungen anregen.

In der Epoche des Kalten Krieges sah sich jede aktive Wiedervereinigungspolitik stets dem Dilemma gegenüber, dass die deutsche Teilung den Status quo zwischen West und Ost stabilisierte, auf dem die Sicherheitsstruktur in Europa aufbaute. Dieses dialektische Spannungsverhältnis zwischen Außen- und Deutschlandpolitik hat der Politikwissenschaftler *Matthias Zimmer* für die Jahre von 1982 bis 1989 analysiert.⁴³ Er unterscheidet drei Phasen der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl: in der ersten, die vom Amtsantritt der Regierung bis zum entspannungspolitischen Kurswechsel Gorbatschows reichte und im Zeichen des Konflikts um die westliche Nachrüstung stand, ging es vor allem darum, die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Ost-West-Konfrontation herauszuhalten; in der zweiten – bis zum Honecker-Besuch 1987 – eröffnete sich, synchron zur Entspannung im Ost-West-Verhältnis, die Perspektive, die deutsch-deutsche „Verantwortungsgemeinschaft“ mit „konkreten Inhalten füllen“ zu können (Kulturabkommen, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Städtepartnerschaften usw.); in der dritten – bis zum Sturz Honeckers – ergaben sich für die Deutschlandpolitik neue Handlungsspielräume, auch im Sinne der Überwindung des Status quo. Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl sei auf „Wandel durch Einwirkung, nicht aber auf die Wiedervereinigung“ gerichtet gewesen, habe aber im Ansatz eine solche Möglichkeit eingeschlossen, zumal in CDU und CSU die „konservative Gruppe“ an der Zielperspektive eines deutschen Einheitsstaates festgehalten habe. Der Verfasser kommt unter anderem zu dem Schluss, dass diese „deutschlandpolitische konzeptuelle Disparität“ im Unionslager für die

Italien, Portugal, Spanien und jüdische Reaktionen; Bd. 3: *Politik, Medien und öffentliche Meinung in der Sowjetunion*; Bd. 4: *Polen und Tschechoslowakei*, Frankfurt/M. 1996, 1997, 2001, 2004.

43 Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982–1989*, Paderborn 1992. – Zur Diskussion heranzuziehen: Manuela GLAAB, *Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren – die Ära Kohl*, in: *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, hg. von Rainer EPELMANN, Bernd FAULENBACH, Ulrich MÄHLERT im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Paderborn 2003, S. 346–352. Auf eine russische Studie kann hier nur verwiesen werden: Boris Walentinowitsch PETELIN, *Germanskaja politika Kanclera Gelmuta Kola 1982–1990* (= Deutschlandpolitik des Kanzlers Helmut Kohl 1982–1990), Wologda: Staatliche Pädagogische Univ. 2004.

Deutschlandpolitik der Regierung Kohl „die größte Belastung und Herausforderung“ dargestellt habe. Dass die präsentierten, durchaus interessanten Untersuchungsergebnisse nur in einem vagen Verhältnis zu dem aufgespannten theoretischen Rahmen stehen, teilt diese Studie leider mit anderen politikwissenschaftlichen Arbeiten.

Wie die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl aus heutiger Sicht – 20 Jahre später – zu bewerten sei, war das Thema der diesjährigen Tagung der Reihe „Die Ära Kohl im Gespräch“, über deren Ergebnisse dieses Heft ab S. 291 eingehend informiert.

Den dramatischen Höhepunkt der Deutschlandpolitik, mit dem sie ihr erklärtes Ziel erreichte, behandelt die Marburger politikwissenschaftliche Dissertation von *Markus Driftmann*⁴⁴. Seine Studie rekonstruiert den im Bundeskanzleramt zentrierten deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß vom Beginn des Jahrs 1989 bis Anfang Februar 1990 Szene für Szene, Akt für Akt in acht Perioden, denen immer das gleiche Schema („Untersuchungsdesign“) zugrunde gelegt ist: Einer Situationsbeschreibung mit der Analyse der Rahmenbedingungen, Perspektiven und zu erwartenden Handlungsalternativen folgt der „Blick auf die Empirie“ der tatsächlichen Ereignisse und Entscheidungen, um dann aus der Gegeneinanderhaltung der empirischen Erkenntnisse die Stationen des deutschlandpolitischen Wandels zu bestimmen und jeweils „die Angemessenheit der Regierungspolitik im Einigungsprozess zu bewerten“. Der Vergleich mit einem Sachverständigengutachten zum Beweisgegenstand Deutschlandpolitik drängt sich auf. Die Feststellungen, die als Untersuchungsergebnis getroffen werden, erhärten den bisherigen Forschungsstand: Der Wandel der Bonner Deutschlandpolitik 1989/90 habe sich „als schrittweise und je nach Feld (innerdeutsch, international, innenpolitisch) unterschiedliche Abfolge strategischer Modifikationen“ vollzogen, die „durchaus als Wandel in eine offensive Vereinigungspolitik“ zu verstehen seien. Dieser deutschlandpolitische Wandel sei „in hohem Maße“ eine Funktion sich verändernder Rahmenbedingungen gewesen. Die Deutschlandpolitik sei „weitestgehend“ Politik des Kanzleramts gewesen, sie sei allerdings den Umbrüchen in der DDR mehr kanalisierend und konsolidierend gefolgt. „Sie hat Widerstände ausgeräumt und die Einheit als realisierbare Option vorgestellt.“ Die Konzentration der Untersuchung auf das innerdeutsche Geschehen vernachlässigt die internationalen Implikationen der Deutschlandpolitik. Die Reduktion der „internationalen Deutschlandpolitik“ auf die Durchsetzung der Akzeptanz (ost)deutscher Selbstbestimmung und Einheitsvorstellungen ist als unangemessen zu bezeichnen.

44 Markus DRIFTMANN, *Die Bonner Deutschlandpolitik 1989/90. Eine Analyse der deutschlandpolitischen Entscheidungsprozesse angesichts des Zerfalls der DDR*, Münster 2005.

Eine selbst geringen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügende Schrift über den „Kanzler der Einheit“ hat der Bonner Publizist *Karl Hugo Pruys*, der von 1974–1977 Parteisprecher beim Bundesvorstand der CDU gewesen war und eine Kohl-Biographie geschrieben hat, verfasst.⁴⁵ Von den 136 Seiten (30 Zeilen à 50 Anschläge!) entfallen 55 auf den Anhang (Reden und Erklärungen Kohls, Protokoll des Telefongesprächs Kohl/Krenz vom 11. November 1989, 11-zeiliger Brief von Karl Otto Pöhl, geheime Information von Schalck-Golodkowski über die Zahlungsbilanz der DDR), fünfzehn auf Titelei, Inhaltsverzeichnis und Vorwort „in eigener Sache“. Abzurechnen sind auch noch viele Wiederholungen und lange Zitate (insgesamt mindestens sieben Seiten), so dass am Ende von der „kleinen Schrift“, in der die erprobten Mittel diffamierender Darstellung (Fragen statt Fakten, affirmative Bekräftigungen, Abwertungen a priori) geradezu schulmäßig exerziert werden, keine Substanz übrig bleibt. Neben Memoiren, Reden, Parteiprogrammen bezieht sich Pruys vornehmlich auf dubiose Zeugnisse von „Gewährsmännern“, die ihm brieflich oder mündlich Angaben und Mitteilungen zur deutschlandpolitischen Haltung Kohls gemacht haben sollen. Die Hauptthese lautet: Kohl „wollte die deutsche Einheit – nicht! Er glaubte sie fürchten zu müssen, weil sie womöglich Gefahr für seine politische Führungsrolle bedeutete.“ (S. 15) Wie unsinnig die These von Pruys ist, geht allein schon daraus hervor, dass in seinem Text weder Mitterrand und Europa noch Thatcher, noch Reagan (Berlinbesuch 1987) und die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik vorkommen.

Jeglicher Seriosität entbehrt auch der „Polit-Krimi“ des Journalisten *Ferdinand Kroh*, der das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung im Reportagestil als konspiratives Gemeinschaftswerk der amerikanischen und sowjetischen Geheimdienste zu enthüllen versucht.⁴⁶ Dabei sei auch zu Tage getreten, dass Helmut Kohl gar nicht für die deutsche Einheit gewesen wäre, sondern sich im Gegenteil allen Signalen in dieser Richtung verschlossen hätte, so dass schließlich die Fluchtbewegungen aus der DDR und die Botschaftsbesetzungen hätten inszeniert werden müssen. Und die RAF und die Stasi und die arabischen Terroristen seien irgendwie auch mitverwickelt gewesen, ja auch die Mordfälle Braunmühl, Herrhausen und Rohwedder hätten mit dem allen irgendwie zu tun gehabt ... Das ist wenig mehr als Wahrsagerei, die ähnlich der Werbung für Geheimmittel gegen Krankheiten auf Prellerei eines leichtgläubigen Publikums ausgeht.

Das außenpolitische Regierungshandeln Bundeskanzler Kohls hat der Politikwissenschaftler *Stefan Fröhlich* (Bonn/Erlangen-Nürnberg) vor allem auf-

45 Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Der Mythos vom Kanzler der Einheit*, Berlin 2004 ; vgl. zu seiner 1995 erschienen Kohl-Biographie HPM 14 (2007), S. 398.

46 Ferdinand KROH, *Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung*, München 2005.

grund von „Hintergrundgesprächen“ mit politischen Akteuren der Leitungs- und Arbeitsebene des Bundeskanzleramtes und der einschlägigen Ressorts untersucht.⁴⁷ Sein Interesse gilt nicht nur der Außenpolitik der Ära Kohl überhaupt und ihrem Zusammenhang mit den internationalen Entwicklungen, sondern auch den besonderen außenpolitischen Akzentsetzungen des Bundeskanzlers. Dazu werden die Organisation und Arbeitsweise des Bundeskanzleramtes im außenpolitischen Entscheidungsprozess sowie der „kanzlerdemokratische“ Regierungsstil Kohls im Verhältnis zur Partei, Bundestagsfraktion und Koalition, aber auch die außenpolitische „Kanzlermacht“ auf den Politikfeldern Rüstungskontrolle, europäische Integration und deutsche Frage eingehend beschrieben. Es wird herausgestellt, dass Kohl hier vom Beginn seiner Kanzlerschaft an die außenpolitische Führungsrolle wahrnahm. Dabei habe ihm insbesondere die Zunahme der internationalen „Gipfeltreffen“ (Europäischer Rat, NATO, G7-Treffen) geholfen. Der Autor betont, dass Entspannungs-, Europa- und Deutschlandpolitik „als drei interdependente (außen)politische Felder“ gesehen werden müssen, die wechselseitig aufeinander einwirkten. Die außenpolitische Kompetenz, die das Kanzleramt vom Beginn der Amtszeit Kohls an für sich beanspruchte, machte dieser durch seine Präsenz auf dem internationalen Parkett deutlich. Die vom Kanzleramt perfekt inszenierte und betriebene Gipfeldiplomatie rückte ihn in den Mittelpunkt einer extrem personalisierten und visualisierten Außenpolitik, was seinem persönlich geprägten und personenzentrierten Regierungsstil entsprach. Auf außenpolitischem Terrain erwies er sich als zielstrebig Initiator mit Intuition und Machtgespür, während er in der Innenpolitik zeitweise als großer Zauderer mit wenig Mut und Willen zur Veränderung agierte. War der Erfolg der Einheit „des Kanzlers Verdienst oder glückliche Fügung“? Der Autor legt überzeugend dar, dass sich zwar die strukturellen Rahmenbedingungen Ende der 80er Jahre fundamental in Richtung radikaler Umgestaltung der politischen Landschaft verändert hätten, aber das entschlossene Handeln weniger Akteure den Prozeß beschleunigt und gesteuert habe. Summa summarum: Der Erfolg der Vereinigung lag in der Kombination günstiger Rahmenbedingungen, diplomatischen Geschicks und politischer Führungskraft.

Auf der Grundlage krisentheoretischer Ansätze der amerikanischen Forschung (Charles F. Hermann, Linda P. Brady) hat *Doris G. Wolfgramm* (University of Kansas)⁴⁸ die Einwirkung des Umbruchs von 1989/90 auf die Bonner Außenpolitik untersucht. Es wird gezeigt, wie die Krise der DDR als ein

47 Stefan FRÖHLICH, *„Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik: Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung*, Paderborn 2001.

48 Doris G. WOLFGRAMM, *The Kohl Government and German Reunification. Crisis and Foreign Policy*, Lewiston/NY 1997.

„important agent of change“ binnen weniger Wochen die Deutschlandpolitik der Kohl-Regierung nach Inhalt, Struktur und Vorgehen veränderte, weil sie durch plötzliche Erweiterung des Handlungsraums und durch Flexibilisierung der Verhältnisse die Chance eröffnete, die Wiedervereinigung zum politischen Hauptziel zu machen. Zugleich liegt hier auch eine Fallstudie zur Geschichte des „decision-making“ in Kohls Kanzlerschaft vor. Mit dem Wechsel zur operationellen, zielgerichteten Wiedervereinigungspolitik habe sich das außenpolitische Entscheidungszentrum in die Kompetenz des Kanzlers und des Kanzleramtes verschoben, womit sich auch das Image Kohls wandelte. Krisen machen's möglich!

Als einer der ersten Politikwissenschaftler hat *Karl Kaiser* (Bonn), damals Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., „eine Gesamtdarstellung und erste Bewertung“ der mit der Vereinigung Deutschlands verbundenen internationalen Entwicklungen vorgelegt.⁴⁹ Seine Analyse setzt bei den freiheitlichen Bewegungen in Osteuropa und der Reformpolitik der Perestroika an, die er mit zu den entscheidenden Bedingungen für eine Vereinigung Deutschlands zählt. Der Zusammenbruch der internationalen Nachkriegsordnung sei sowohl Resultat längerfristiger Entwicklungen gewesen als auch unmittelbar aus einer einmaligen Kräftekonstellation hervorgegangen, zu der auch die verantwortlichen Führungspersönlichkeiten und die koinzidenten politischen Ordnungsvorstellungen in West und Ost gehörten – „ein Glücksfall von Staatskunst“ sei es gewesen. Vor diesem Hintergrund werden die Strategien der beteiligten Staaten und zentrale Probleme wie der sicherheitspolitische Status Deutschlands, die Grenzfrage, die Vier-Mächte-Rechte und das Verhältnis von deutscher Einheit und europäischer Integration skizziert. Ein abschließendes Kapitel ist der Außenpolitik des geeinten Deutschlands gewidmet, die der Verfasser von der deutschen Rolle in Europa und den Herausforderungen durch die Globalisierung bestimmt sieht. Als schwierige Aufgabe der Politik wird die Neudefinition der Verantwortlichkeiten Deutschlands in der Welt bezeichnet. Der Band enthält 76 ausgewählte Dokumente, denen für die Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Frage zwischen 1945 und 1991 wesentliche Bedeutung zukommt.

Einen konzisen, zum Einstieg in die Thematik sehr tauglichen Überblick über den diplomatischen Prozeß der deutschen Vereinigung hat *Stephen F. Szabo* verfasst,⁵⁰ der gegenwärtige Direktor der Transatlantic Academy. Nach einer Skizzierung der deutschen Frage zur Zeit des Kalten Krieges und einer Beschreibung der Hauptakteure und Hauptentwicklungen in der internationalen Konstellation beim Ausbruch der Revolution in der DDR folgt, ausgehend

49 Karl KAISER, *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch Gladbach 1991.

50 Stephen F. SZABO, *The Diplomacy of German Unification*, New York 1992.

von Kohls 10-Punkte-Programm, die „story“ der 2+4-Verhandlungen, die bis zu ihrem Abschluss am 12. September 1990 nacherzählt wird. Die markante Charakterisierung des 2+4-Prozesses durch Karl Kaiser als eines „Glücksfalls von Staatskunst“ (a fortunate case of statecraft) hat es dem Autor dabei besonders angetan. Der 2+4-Vertrag wird als Ergebnis ohne Verlierer gewürdigt. Das gelte auch für die Sowjetunion, die nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung den Kürzeren gezogen hätte, während sie in Wirklichkeit aus ihrer außenpolitischen Erstarrung herausgelangt sei und durch Abstoßung ihres längst zur Last gewordenen morschen Systems in Osteuropa nicht nur größere internationale Beweglichkeit erworben, sondern auch im vereinigten Deutschland einen potenten Wirtschaftspartner für ihre ökonomische Wiedergesundung gewonnen habe. Der Verfasser ist sich bewusst, dass seine Darstellung des diplomatischen Geschehens um die deutsche Einheit insofern nur vorläufig ist, als ihm noch nicht das einschlägige Aktenmaterial für die Auswertung zur Verfügung gestanden hat, doch sieht er in der Zeitnähe den Vorteil, dass er die noch frischen Eindrücke der beobachtenden und miterlebenden Zeitgenossen verarbeiten konnte, was – wie er meint – besonders bei einer informellen und durch persönliche Kontakte geprägten Diplomatie als Mehrwert ins Gewicht falle.

Ein „coherent picture“ der deutschen Wiedervereinigung und ihrer wichtigsten innen- und außenpolitischen Aspekte stammt von dem kalifornischen Politikwissenschaftler *Peter H. Merkl*, der 1990/91 Gastprofessor in Göttingen und Berlin (Shepard-Stone-Chair der Freien Universität) gewesen ist.⁵¹ Man merkt dem Buch an, dass es keine „library dissertation“ ist, sondern in großem Maß auf eigener Zeitzugenschaft beruht, zu der auch ein intensiver Austausch mit deutschen Kollegen gehört hat. Insofern ist seine Bemerkung interessant, dass die Deutschen heute, wohl in einer Art Kompensation für ihre frühere Führer-Begeisterung, gerne ihre Kanzler herabsetzen würden, was besonders an dem „unfair criticism of Kohl“ auffalle, den die Medien in Deutschland pfl egten. Merkls geschichtliche Weitwinkelperspektive, in der er die deutsche Frage betrachtet, reicht von der Gründergeneration des Bismarck-Reiches bis zur dritten „Postwar“-Generation. Die deutsche Revolution von 1989 wird in den Kontext des großen Umbruchs in Osteuropa gestellt, der mit dem Niedergang der Sowjetmacht einherging. Im Hauptteil folgt einer diachronischen Darstellung der Einigungspolitik – als „westdeutscher Antwort“ auf die Krise der DDR – und des Einheitsweges bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 ein systematischer Aufriss der Probleme der inneren Einheit, wie sie insbesondere die Transformation einer sozialistischen Kommandowirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft aufwarf. Der Schlussteil be-

51 Peter H. MERKL, *German Unification in the European Context*, University Park/PA 1993.

handelt die außenpolitische Seite der deutschen Vereinigung, das Verhältnis des neuen Deutschland zu seinen Nachbarn, seine „Europäisierung“ im Maastricht-Prozess und seine Einordnung in das europäische und atlantische Sicherheitssystem. Das Buch, das sich vorzüglich als Einführung in die Gesamthematik der deutschen Einheit eignet, endet mit der Frage „Whither Germany“. Die Hoffnung wird ausgedrückt, dass dieses neue Deutschland endlich ohne Mythen, ohne Reichs- und Großmachträume, ohne nationalistische oder sozialistische Utopien leben möge, denn „one person’s myth can be another person’s dungeon“ (S. 421).

Die deutschlandpolitische Entscheidungsfindung in Moskau im Jahr der Einigung hat *Rafael Biermann* in seiner Bonner Dissertation von 1995⁵² sehr detailliert nachgezeichnet. Der Autor, der Mitarbeiter im Bundeskanzleramt war, stützt sich dabei auf eine breite Quellengrundlage, die allerdings nur zum geringen Teil in unveröffentlichten Dokumenten besteht. Neben der wissenschaftlichen Literatur und den publizierten Dokumentationen wurden vor allem Zeitzeugenveröffentlichungen und -gespräche, insbesondere der sowjetischen Seite, ausgewertet. Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Umbruchzeit 1989/90 wird – etwas gekünstelt – in neun Phasen eingeteilt, von der „Erosionsphase“ und verschiedenen Phasen der Umorientierung bis zur Ratifikationsphase. Nach Kohls Besuch in Moskau im Februar 1990 wird eine Obstruktionsphase ausgemacht, die sich durch die erste Phase des 2+4-Prozesses etwa bis zur ersten Außenministerkonferenz am 5. Mai 1990 in Bonn erstreckte. Die Entscheidungsphase dauerte von Gorbatschows Washington-Besuch (Ende Mai/Anfang Juni 1990) bis zum Treffen mit Kohl in Moskau und im Kaukasus (15./16. Juli 1990), die Finalisierungsphase vom Kaukasus-Gipfel bis zur Unterzeichnung des 2+4-Vertrages (12. September 1990). Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung der SU werden die internen Differenzen zwischen den „Schulen“ der sowjetischen Deutschlandpolitik (Orthodoxe bzw. „Germanisten“, Ökonomen, Realisten, liberale Schule) genauestens dargestellt. Entscheidend war, dass sich dabei die Kompetenzen immer stärker weg vom Politbüro und ZK hin zur Regierung und zu Gorbatschow persönlich verlagerten (S. 778). Letzterer bewies dabei ein außerordentliches politisches Gespür „für historische Entwicklungslinien, für die innenpolitischen Mehrheitsverhältnisse in Moskau und für das richtige Timing seiner Entscheidungen“. Unter Berücksichtigung der Entwicklung in der DDR (Besuche von Modrow und Gysi in Moskau Ende Januar/Anfang Februar 1990) und der Haltung aller relevanten ausländischen Regierungen entschloss sich Gorbatschow zu einem „sensationellen“ deutschlandpolitischen Kurswechsel. Es sei Schewardnadse gewesen, der den Weg aus der Konfusion der sowjetischen

52 Rafael BIERMANN, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997.

Deutschlandpolitik gewiesen habe. Das Umlenken Gorbatschows sei wesentlich auf seinen Einfluss zurückgegangen. Aus Moskauer Sicht lief die Ereignisfolge der deutsch-deutschen Entwicklung (Volkskammerwahlergebnis, Wirtschafts- und Währungsunion, Beitrittstermin) jedoch nach einem ungünstigen Szenario ab. Für Moskau kam es angesichts dieser Entwicklung darauf an, den Wiedervereinigungsprozess mit dem 2+4-Prozess zu synchronisieren. Inhaltlich wurde im Kreis von Gorbatschow beschlossen, beim Kohl-Besuch am 14.–16. Juli 1990 „eine historische Wende in der sowjetischen Deutschlandpolitik herbeizuführen“ (S. 682). Das Ergebnis des Kohl-Besuches stieß auf entrüstete Kritik beim Politbüro, im Verteidigungsministerium und bei der Internationalen Abteilung des ZK (Portugalow: Sommerschlussverkauf; Falin: Masochismus). Kohl wiederum habe mit diesem Besuch „zweifelsohne einen Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreicht. Der Kanzler hatte praktisch das Optimum des Erreichbaren aus Moskau mitgebracht.“ (S. 705)

Dem von deutschen und amerikanischen Quellen und Erinnerungen dominierten Bild des Wiedervereinigungsprozesses hat *Alexander von Plato* (Fernuniversität Hagen) anhand von Dokumenten und Aussagen der sowjetischen Seite eine ergänzende und in Teilen auch korrigierende Darstellung gegenübergestellt.⁵³ Der Autor lässt deutlich durchblicken, dass für ihn eine deutsche Wiedervereinigung im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einschluss der USA und der Sowjetunion die bessere Lösung gewesen wäre als die Einheit „unter amerikanischer NATO-Dominanz“. Die Integration des vereinigten Deutschlands in die NATO bei gleichzeitigem Ausschluss Russlands und anderer GUS-Staaten betrachtet er als einen „Misserfolg der europäischen Staatengemeinschaft“ (S. 424f.). Die Sowjetunion (Gorbatschow) sei mit ihrer Politik für die Einordnung der deutschen Wiedervereinigung in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu spät gekommen. Im Zustand ökonomischer Ohnmacht habe sie angesichts des Kollapses der DDR und des drohenden eigenen Auseinanderfallens keine klare Strategie gehabt, während die Bundesrepublik mit dem 10-Punkte-Plan und die USA mit Bushs „Vier Prinzipien“ schnell auf die Ereignisse in der DDR reagiert hätten. Damit seien frühzeitig die Weichen in Richtung NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands gestellt und für die westeuropäischen Kritiker (Mitterrand, Thatcher) wie für die Sowjetunion der Spielraum abweichender Möglichkeiten beschränkt worden. Das Buch enthält aufgrund seines neuerschlossenen Materials viele neue Aspekte und Teilergebnisse, die hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können. Herauszuheben ist die These, dass Gorbatschow beim Besuch in Deutschland (12.–14. Juni 1989) aufgrund seiner Gespräche und seiner persönlichen Eindrücke vom Land den Gedanken gefasst

53 Alexander von PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.

habe, Deutschland könne ihm bei seiner Reformpolitik in der Sowjetunion eine wirksame Hilfe sein. Das habe Konsequenzen für seine Einstellung gegenüber der deutschen Teilung gehabt. Sowjetischerseits wurde den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle in Europa zuerkannt. Dabei habe sich aber auch gezeigt, dass die Sowjets keinerlei Konzept hatten und auf die beschleunigte Entwicklung der Einheit buchstäblich hilflos reagierten, weil sie die Folgen einer Destabilisierung der DDR und der Sowjetunion befürchteten. Aus Gegeneinanderhaltung der russischen Gesprächsaufzeichnungen und Interviewäußerungen wird recht deutlich, dass die Zustimmung Gorbatschows zur Einheit (als Sache der Deutschen) und zur vollen NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands dem engen Zusammenspiel zwischen Bonn und Washington zu verdanken ist. Den deutsch-russischen Verhandlungen haben jeweils amerikanisch-russische Gespräche vorgearbeitet und im Großen die Durchbrüche erzielt, die dann von deutscher Seite um Nuancierungen und in Einzelfragen konkretisiert wurden. Ausführlich werden die Verhandlungen in Moskau und im Kaukasus am 15./16. Juni 1990 dargestellt, durch die Deutschland die volle Souveränität erhielt. In der entscheidenden Frage, ob nach dem Abzug sowjetischer Truppen eine Ausdehnung der NATO-Strukturen auf das Gebiet der dann ehemaligen DDR erfolgen dürfe oder niemals, geben die sowjetischen Protokolle – im Unterschied zu den deutschen – keine klare Antwort. Nach dem sowjetischen Protokoll kam es im Laufe der Verhandlungsführung bei Gorbatschow zu einem dramatischen Wechsel, in dem die zunächst eingenommene Position gegen die Ausdehnung von NATO-Strukturen (keine NATO-integrierten deutschen Einheiten, keine Stationierung von Atomwaffenträgern, keine ausländischen Truppen) auf das Gebiet der DDR umgeworfen und die Stationierung beliebiger deutscher Truppen ohne Atomwaffen nach dem Abzug der Sowjets zugestanden wurde (S. 386f.). Der Autor sieht darin einen „ungeklärten und unbegründeten Bruch“. In einem Interview von 2002 erklärte Gorbatschow dem Autor auf eine entsprechende Frage, er habe es so gewollt (S. 391). Die russischen Protokolle lassen mit ihren Abweichungen zu den deutschen Protokollen die Dramatik in den deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Einigungsprozess voll hervortreten.

Wie grundsätzlich Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, gegen die Wiedervereinigung Deutschlands eingestellt war und wie sie alles daran setzte, die deutsche Einheit wenn nicht zu verhindern, so doch hinauszuzögern, hat *Klaus Rainer Jakisch* spannend und kenntnisreich geschildert.⁵⁴ Trotz des „bewusst populärwissenschaftlichen“ Stils, der sich vor allem in etwas aufgesetzt wirkenden Stimmungsbildern niedergeschlagen hat („... und

54 Klaus Rainer JAKISCH, *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung*, Frankfurt/M. 2004.

die Wettervorhersage der BBC versprach nichts Gutes, als gegen zehn Uhr eine dunkle Limousine ...“ u.ä.), sind die Aussagen und Thesen des Buches auf Grundlage von Interviews mit britischen Beteiligten, vielen Zeitungsrecherchen, Parlamentsdebatten sowie veröffentlichten Memoiren der wichtigsten Akteure solide belegt. Thatcher war nicht nur gegen die deutsche Wiedervereinigung, sondern sie schätzte auch die Grundhaltungen von Gorbatschow und Mitterrand wie auch von Bush zur deutschen Frage völlig falsch ein. Es traf sie tief, dass Gorbatschow während des Treffens mit Kohl im Februar 1990 die Einheit generell akzeptierte. Auch Mitterrand verweigerte sich der Bildung einer „Entente“ gegen die deutsche Einheit („Ich sage nicht nein zur Wiedervereinigung. Das wäre dumm und unrealistisch.“). Seine Antwort, die deutsche Wiedervereinigung mit dem Aufbau Europas zu verbinden, nahm Thatcher alle Illusionen. Bei Bush stieß sie mit ihrer Deutschlandpolitik auf kein Interesse, da die Amerikaner sich auf ein vereinigtes Deutschland als „Partner in der Führungsrolle“ festgelegt hatten. Ersatzweise versuchte sie, im Rahmen der KSZE und der EG kleinere Partner für ihre Politik gegen die deutsche Wiedervereinigung zu finden. Die Strategie, den 35 Staaten der KSZE bzw. der EG ein Mitspracherecht über die deutsche Einheit zu übertragen, war ein verzweifelter Versuch, die Dynamik des Einheitsprozesses zu bremsen. Aber standfeste Verbündete fand sie hier auch nicht, obwohl die Niederlande (Ruud Lubbers) und Italien (Giulio Andreotti) – erfolglos! – eine Beteiligung ihrer Länder reklamierten. Der „Anti-Germanismus“ von Thatcher (Jg. 1925) beruhte nach Meinung des Autors auf einer Mischung aus Instinkt und Interessenskalkül. Ihre persönlichen Erfahrungen und Vorurteile (Erlebnisse deutscher Bombardierungen, britische Kriegspropaganda usw.) verbanden sich mit einer stark von britischer Tradition bestimmten Interessenpolitik: Erstens sollte Deutschland nicht wieder zur stärksten Kontinentalmacht werden, zweitens hatte sie die Sorge, dass die Wiedervereinigung die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft und das atlantische Verteidigungsbündnis beeinträchtigen würde, und drittens fürchtete sie, die Wiedervereinigung würde den Reformkräften in der Sowjetunion in den Rücken fallen und in Moskau wieder die Hardliner an die Macht bringen. Drei Phasen der Deutschlandpolitik von Thatcher in der Umbruchzeit werden unterschieden: 1. vom Mauerfall bis Januar/Februar 1990 eine Politik zur Verhinderung der Einheit, 2. dann bis Frühsommer 1990 eine Politik der Verzögerung des Einheitsprozesses, 3. eine notgedrungen konstruktivere Haltung, die aber lediglich Ausdruck ihres Scheiterns und ihrer völligen Einflusslosigkeit auf die Ereignisse der Einigung war. Ein wichtiges Ergebnis der Arbeit ist, dass die Haltung von Thatcher nicht allgemein für die Einstellung in Großbritannien zur deutschen Einheit steht. Der Autor stellt fest, dass das Vorgehen der Eisernen Lady „weder repräsentativ für die britische Regierung noch für ihre tatsächliche Politik“ gewesen sei. Im britischen Außenministerium („Der Feind im eigenen Lager: Whitehalls Außenministeri-

um“) wie auch im Kabinett (Major, Hurd, Patten, Heseltine) habe es eine „klare Unterstützung für die Einheit“ gegeben (S. 319). Das Verhältnis zwischen Thatcher und Helmut Kohl wird als „persönlich angespannt“ beschrieben. Es sei ein Verhältnis „wie Tag und Nacht“ gewesen. Nicht, dass sie sich nicht hätten leiden können oder gar unsympathisch gewesen wären. „Sie hatten einfach nicht dieselbe Wellenlänge.“ Beide hätten sich schwer damit getan, sich in die Rolle des anderen hineinzusetzen.

Ein problematisches, um nicht zu sagen seltsames Buch hat *Tilo Schabert* herausgebracht.⁵⁵ Der Politologe der Universität Nürnberg-Erlangen, der zwischen 1992 und 1995 Einsicht in Unterlagen des Elysée nehmen durfte, kommt aufgrund seiner so erworbenen exklusiven Quellenkenntnisse und seiner Interviews mit zentralen Mitarbeitern des französischen Präsidialamtes zu dem Ergebnis, dass die von Mitterrand bestimmte französische Politik den Wiedervereinigungsprozess keineswegs bremsen oder blockieren wollte, sondern „selbstverständlich am Werk der deutschen Einheit“ mitgewirkt habe, und zwar nach einem „klaren und konstruktiven Konzept“, das darauf angelegt gewesen sei, „dass aus diesem Werk, das doch eine Schöpfung in Europa war, eine europäische Schöpfung werde“ (S. 291). Schabert, der als ein Hauptkritiker der Frankreich-Passagen des zweiten Bandes der Kohl-Erinnerungen aufgetreten ist⁵⁶, hat nicht eigentlich eine wissenschaftliche Studie verfasst, sondern eine mit „philosophierenden Bemühungen“ (Klaus Hildebrand) und suggestiven Kommentaren aufgeladene Darstellung französischer Staatskunst versucht. In der „Werkstatt“ der Weltpolitik erscheint Staatspräsident Mitterrand als der große (Hexen)Meister. Zitat: „Das war die Sprache der Leidenschaft, der Passion, die auf ihr Ziel hin brennt, und in ihre aufzehrende Glut zu ziehen sucht, was sich ihr widersetzt. Die Idee zu ‚Europa‘ – wie konnte sie einen Europäer überhaupt ungerührt lassen? Die in seinem Geist unerschütterlich anhaltende Überzeugung, die ihm seine europäische Leidenschaft gebar, übersetzte François Mitterrand in den Jahren seiner Präsidentschaft folglich immer wieder zur allgemeinen rationalen Belehrung (und Ermahnung) auch in die Diktion der historischen Vernunft.“ (S. 337) Das Werk, dessen Wert für die historische Forschung in der darin ausgebreiteten provokanten These und den zitierten Quellenzeugnissen liegt, wurde 2005 mit dem ersten deutsch-französischen Parlamentspreis ausgezeichnet. Statt einer Kritik, die in solchem Fall – zumal wenn sie im Nachhinein angebracht wird – als unpassend empfunden werden könnte, sollen weitere Zitate einen Eindruck von

55 Tilo SCHABERT, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002; überarb. und erweit. franz. Ausgabe: *Mitterrand et la réunification allemande. Une histoire secrète (1981–1995)*, Paris 2005.

56 U.a. „Prüfung der Macht. Zu den ‚Erinnerungen‘ von Helmut Kohl“, in: *Merkur* 60 (2006), S. 265–270.

der ungewöhnlichen Machart dieses Buches vermitteln, zum Beispiel: „Die Schleier, welche die Semiotik französischer Macht über Deutschland warf, waren auch wieder nicht so fest, dass sie nicht hätten reißen und in ihnen nicht hätten Löcher aufklaffen können. Dann schaute Deutsches heraus. Und das war im Schleier nicht vorgemustert. Wir hätten keinen Grund, dieses Buch fortzusetzen, gäbe es zur Beschreibung des Schleiers nicht auch die Geschichte seiner Löcher.“ (S. 38) Oder auch: „Einzelne Menschen, konkret anzutreffen in der Präsenz ihrer Körper, machen politische Wirklichkeit gegenwärtig. Durch sie kommt diese hervor, ‚erscheint‘ (und wird mit der wachsenden Komplexität dieses Erscheinens zunehmend fiktiv) und ist in den ‚politischen‘ – und das heißt nicht zuletzt: physischen – Bewegungen dieser Menschen die Bewegung unter Menschen für Menschen auf Menschen zu, die den Menschen ‚Politisches‘ bringt: Leben aus der schöpferischen Kraft der Politik.“ (S. 79) Und ein letztes: „Im Elysée entwarfen Hubert Védrine, Elisabeth Guigou, Jean-Louis Bianco und der Präsident selbst Antworten, Pläne, Ordnungsbilder. Sie ‚träumten‘, wie es ihre schöpferische Imagination den Menschen erlaubt: Visionen zu fassen, die bis zu ihrer Umsetzung in die Wirklichkeit Träume sind, alles Traumhafte indes verlieren, sind sie einmal zur Wirklichkeit gebracht und dann Teile derselben, in dieser und auf diese wirkend.“ (S. 447) Der Leser bekommt es mit vielen solchen Sätzen, ja ganzen Passagen zu tun; sie vernebeln Mitterrands Deutschlandpolitik eher, als sie zu erklären.

Der französische Staatspräsident selbst hat sich in einem persönlichen Rückblick⁵⁷ auf die deutsche Vereinigung bemüht, den Eindruck der Unsicherheit und des Zögerns, den sein Verhalten in der deutschen Frage 1989 hinterlassen hatte, vergessen zu machen. Folgt man seiner Darstellung, so sei es von Anfang an sein fester Grundsatz gewesen, dass die nationale Einheit ein legitimes Ziel deutscher Politik sei, dessen Verwirklichung allein auf friedlichem und demokratischem Wege zu geschehen habe. Aus französischer Sicht habe dazu jedoch die Realisierung von „wenigstens“ fünf Grundvoraussetzungen gehört: die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, das Einverständnis der vier Schutzmächte, der Verzicht Deutschlands auf nukleare, biologische und chemische Waffen, die weitere NATO-Zugehörigkeit Deutschlands und die Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft. Um diese „Ordnung der Dinge“ sei es ihm gegangen, was die Öffentlichkeit und auch seine politischen Partner in der Konsequenz für sein Verhalten manchmal nicht verstanden hätten. Mitterrand versteht es sehr gut, seine Politik als einen den Fakten folgenden Anpassungsvorgang zu verdeutlichen. Dabei ließ er sich von dem leiten, was ihm für die Interessen Frankreichs und Europas am Besten erschien. Aber er ist so souverän, zugleich durchblicken zu lassen, in welchem höchst labilem Zustand

57 François MITTERRAND, *Über Deutschland*. Aus dem Französischen von Bernd Schwibs, Frankfurt/M. 1996 (franz. Original: *De l'Allemagne. De la France*, Paris 1996).

aus Unwägbarkeiten und Aufregungen sich die Politik zu bewegen hatte. „Jedem war klar“, so formuliert er pointiert, „dass die Welt von gestern gerade einen historischen Riss bekommen hatte, die Welt von heute aber noch nicht wusste, wann, wie und mit welchem Tempo das Europa von morgen Gestalt gewinnen würde.“ In der Beschreibung und Kommentierung dieser dynamischen Entscheidungssituation, in der nichts vorgegeben war und die keinen Automatismus der Entwicklung enthielt, liegt der besondere Wert des Mitterrand'schen Buches für die Geschichtsschreibung.

Der „Preis der Einheit“ begegnet in der historisch-politischen Literatur als beliebter Titel, um die Opfer anzuzeigen, die von den Deutschen für die Erlangung des Gutes Einheit zu erbringen sind. Bereits 1991 haben die Wirtschaftswissenschaftler *Jan Priewe* (FHTW Berlin) und *Rudolf Hickel* (Bremen) unter diesem Titel die Einheitskosten bilanziert und die Herausforderungen der Politik angesichts der ostdeutschen Transformationskrise benannt.⁵⁸ Das für ein breiteres Publikum konzise geschriebene Buch vermag noch im Abstand von fast 18 Jahren und mit der inzwischen gewonnenen Erfahrung zu überzeugen, weil es eine sachliche Bestandsaufnahme der ökonomischen Folgen der Vereinigung und der Fehlentwicklungen der Finanzierungspolitik mit Schlussfolgerungen für alternative Strategien verbindet. Zwar sind einige der dargestellten Problemlagen inzwischen von der Entwicklung überholt worden, aber der Historiker kann in diesem Gesamtbild den Horizont der Möglichkeiten von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der Frühzeit der Einheit finden.

Die Frage nach den Kosten der Wiedervereinigung und vornehmlich nach den „Kostenträgern“ ist ein noch immer akuter Streitpunkt des ost-westlichen Disputs, an dem sich besonders auch die alten DDR-Kader warm zu halten pflegen. *Siegfried Wenzel*, leitender Mitarbeiter der DDR-Plankommission für Gesamtrechnung und Plankoordinierung, hat sich der „zentralen politischen und emotionalen Rolle“ der seit 1990 erfolgenden Finanztransferzahlungen von West nach Ost angenommen.⁵⁹ Die West-Ost-Transferzahlungen, deren Ursachen er in der Deindustrialisierungspolitik der Treuhandanstalt, in der Übernahme des Osthandels durch Westunternehmen und in der Vermarktung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen Ostdeutschlands festmacht, vergleicht er mit Transferleistungen der DDR an die Bundesrepublik wie der Übersiedlung gut ausgebildeter Arbeitskräfte und der nahezu totalen Übernahme der

58 Jan PRIEWE/Rudolf HICKEL, *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt/M. 1991, 2. Aufl. 1992. Vgl. auch Rudolf HICKEL/Jan PRIEWE, *Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung*, Frankfurt/M. 1994.

59 Siegfried WENZEL, *Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven*, Berlin 2003.

Reparationslast Gesamtdeutschlands gegenüber der UdSSR durch die DDR. Die ökonomische Situation der DDR „zum Zeitpunkt ihres Anschlusses an die BRD“ erkennt er nicht als Pleitezustand, sondern als Ausweglosigkeit, die „neben politischen auch ökonomische“ Gründe hatte. Die Hauptschuld am Ende der DDR wird vielmehr der Krise des sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems unter Gorbatschow gegeben. Im Grunde wird hier das planwirtschaftliche Glasperlenspiel fortgesetzt, das immer im Sinne des Plans bzw. des Planenden aufgeht, je nachdem, welche Faktoren in die Gesamtrechnung einbezogen oder weggelassen werden und welchen Schätzwert man ihnen jeweils unterlegt. Die Richtung ist allemal klar. Die Ostdeutschen seien zum zweiten Mal zu Opfern der Geschichte geworden. Nachdem sie die Hauptkriegs- und Nachkriegslasten hätten tragen müssen, würden nun auch wieder die Lasten der Wiedervereinigung auf sie abgewälzt. Darauf sei schon die Politik der herrschenden konservativen Kräfte in der Ära Kohl hinausgelaufen, und unter Bundeskanzler Schröder werde diese „neoliberale Rosskur“ gegen den Sozialstaat und die soziale Gerechtigkeit weiter betrieben. Mit einem neo-liberalen Kurs seien die Probleme der ökonomischen Wiedervereinigung Deutschlands jedoch nicht lösbar. Dass in der „Alt-BRD längst herangereifte Probleme“ im vereinigten Deutschland – wie der Verfasser behauptet – lieber weitergeschleppt würden, als ihrer mit den in der DDR seit Jahrzehnten gefundenen Lösungen Herr zu werden, wird als „ideologische Verblendung“ bezeichnet. Ja, so galt es wohl in der DDR: Ideologisch verblendet sind immer die anderen.⁶⁰

Als Aktualisierung seines 2000 erschienenen „Preises der Einheit“ hat *Klaus Schroeder*, Politikwissenschaftler und Soziologe am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und Leiter der Forschungsstelle SED-Staat,⁶¹ auf der Grundlage eines reichhaltigen empirischen Materials eine Saldierung des Vereinigungsprozesses nach 15 Jahren vorgenommen und die Befunde dann zu den geänderten Problemlagen und neuen Dimensionen der politischen und gesellschaftlichen deutschen Wirklichkeit in Beziehung gesetzt. Der Darstellungsrahmen reicht von der Teilungsgeschichte bis zu den heute feststellbaren Identitätsdifferenzen zwischen West und Ost. Das Kapitel „Die Vereinigungsbilanz im Widerstreit“ setzt sich mit den zahlreichen Vereinigungskritikern, unter anderem mit der „Erfurter Erklärung“ von 1997 (von Personen aus Kultur, Wissenschaft und Gewerkschaften), auseinander. Positive Einschätzungen des Vereini-

60 Im Umkreis der PDS formierte sich ein Netzwerk, das durch Publikations- und Vortragstätigkeit ein positives Geschichtsbild der DDR pflegt und verbreitet, vgl. Werner MÜLLER, *Neue deutsche Parallelhistoriographie. Zeitgeschichte aus PDS-naher Sicht*, in: *15 Jahre deutsche Einheit. Deutsch-deutsche Begegnungen, deutsch-deutsche Beziehungen*, hg. von Günther HEYDEMANN und Eckhard JESSE, Berlin 2006, S. 277–304.

61 Klaus SCHROEDER, *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*, München 2000; DERS., *Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, München 2006.

ungsprozesses werden dabei in der Minderheit gesehen. Das Kernproblem der Wiedervereinigung habe darin bestanden, dass es hierbei um die Vereinigung zweier fundamental verschiedener Gesellschaften gegangen sei. Die Differenzen zwischen Ost und West, das wechselseitige Missverstehen und die differierende Bewertung des Vereinigungsprozesses (Alltagsverhalten, Medienutzung, Umgang mit den beiden deutschen Diktaturen) resultieren sowohl aus den Erfahrungen seit 1990 als auch aus den jahrzehntelangen Prägungen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Zwar existierten auch in der alten Bundesrepublik, etwa zwischen Nord und Süd, Unterschiede und Disharmonien, aber die Differenz zwischen Ost und West scheint – bisher jedenfalls noch – ausgeprägter und tiefer zu sein. Angesichts der mehr als 40 Jahre lang sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse in politisch, ökonomisch und gesellschaftlich diametral entgegengesetzten Systemen und den sich feindlich gegenüberstehenden weltpolitischen Lagern seien die Unterschiede in Wertauffassungen, Einstellungen und Mentalitäten aber im Grunde nicht erstaunlich. Viele Probleme seien nicht nur vereinigungsbedingt, sondern hätten schon seit den 70er Jahren bestanden und seien durch die Vereinigung nur verstärkt worden (Arbeitslosigkeit, Überreizen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch das System der sozialen Sicherheit). Es wird ein „gespaltener Blick auf die Einheit“ diagnostiziert: Die individuelle Vereinigungsbilanz falle je nach Betroffenheit und Erfahrung unterschiedlich aus. So etwa zeigten sich Ostdeutsche generell mit ihrem Leben unzufriedener als Westdeutsche, obschon sie im Gegensatz zu den Westdeutschen mehrheitlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfahren hätten. Die Zahl der mit dem Leben allgemein Unzufriedenen oder sehr Unzufriedenen habe in Ostdeutschland 2005 mit 19 % nahezu doppelt so hoch gelegen wie im Westen. Nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche habe 2005 (EMNID) die innere Vereinigung für gelungen gehalten. Seit der Vereinigung habe in Ostdeutschland die Zustimmung zum politischen und sozialen System der Bundesrepublik abgenommen. Nur 30 % hielten inzwischen die in Deutschland praktizierte Demokratie für die beste Staatsform (im Vergleich: zwei Drittel in den alten Bundesländern). Das sind ebenso bedenkenswerte wie bedenkliche Befunde. Sie verdeutlichen, wie sich innerhalb weniger Jahre Erwartungshaltungen und Maßstäbe der Bewertung verändern können. Das subjektive Empfinden konfrontiert der Autor mit dem objektiven Faktum positiver Entwicklungen, mit der „Erfolgsgeschichte“ der Industrieförderung in einigen Ländern, mit der „historischen Leistung“ der Treuhänder, die trotz einiger Fehlentscheidungen und krimineller Machenschaften sowie unter großem Druck von Politik, Verbänden und Öffentlichkeit in Ostdeutschland einen Strukturwandel eingeleitet habe, für den in der alten Bundesrepublik keine Parallele zu finden sei. Die meisten ostdeutschen Haushalte hätten in den letzten 16 Jahren, vor allem aber bis Mitte der 90er Jahre, eine in der Geschichte beispiellose positive Entwicklung des materiellen Le-

bensstandards erlebt, die pointiert als „Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament“ bezeichnet werden könne. Das würden bestimmt nicht wenige Zeitgenossen anders sehen und hören wollen! Ebenso unbeeindruckt von opportunen Meinungen zeigt sich der Autor in der Beurteilung von Bundeskanzler Kohl. Obwohl von einigen westdeutschen Medien als „Aussitzer von Problemen“ oder „Zauderer“ charakterisiert, habe er es vor allem nach dem Fall der Mauer geschickt verstanden, innen- und außenpolitisch die für eine schnelle Vereinigung nötigen Fäden zu ziehen. Mit Fug und Recht könne er als „Kanzler der Einheit“ bezeichnet werden, wie auch immer man seine Politik vor 1989/90 und danach bewerten möge. Der soziale und konsumorientierte Vereinigungspfad, für den sich die Kohl-Regierung entschieden habe, sei zwangsläufig auf gewaltige finanzielle Transfers von West nach Ost hinausgekommen. Infolgedessen hätten unmittelbar nach der Vereinigung tiefgreifende materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit stattgefunden. Inzwischen dürften aber die durchschnittlichen realen ostdeutschen Haushaltseinkommen etwa 85 % bis 90 % des Westniveaus erreicht haben. Die gewaltigen Kosten der Vereinigung seien in erster Linie Resultat von 45 Jahren realem Sozialismus, hinzu kämen falsche Weichenstellungen zu Beginn des Vereinigungsprozesses. Zentraler Fehler der Vereinigungspolitik Kohls sei es gewesen, dass statt eines gesamtdeutschen Reformprozesses der „Aufbau Ost“ in Gang gesetzt worden sei. Die wirklichen Probleme in Ost und West seien damit verdrängt bzw. durch Geld überdeckt worden.

Um den „Preis der Einheit“ ist es auch dem Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter*, 1976–1980 Vorsitzender des Verbandes der Historiker in Deutschland, in seiner Darstellung der Krise des deutschen Sozialstaats gegangen.⁶² In seinem Werk untersucht und beschreibt er sowohl die Rolle, die die Sozialpolitik im deutschen Einigungsprozess gespielt hat, als auch den Wandel des deutschen Sozialstaats unter den Bedingungen der deutschen Einheit. Der Hauptteil behandelt – auf breitester Quellengrundlage (Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bestände der Bundesversicherungsanstalt für Arbeit sowie des Bundesversicherungsamtes, Nachlass von Norbert Blüm, Unterlagen der CDU/CSU-Fraktion, Materialien der Parteiarchive in den Politischen Stiftungen) – die Entstehung der Sozialunion, die sozialpolitischen Akteure (Bundeskanzleramt, Ressortminister, „Koalition der Sozialpolitiker“, Parlament, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände), den Aufbau der Institutionen und die Debatten über den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Rolle der Sozialpolitik von Ende 1989 bis Oktober 1994 wird für den deutschen Einigungsprozess

62 Gerhard A. RITTER, *Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats*, München 2006 (jetzt auch 2. Aufl. 2007).

als entscheidend dargestellt. Die Übertragung des bundesdeutschen Systems der sozialen Sicherung sollte einer Verarmung der ostdeutschen Bevölkerung entgegenwirken und die Akzeptanz der neuen Ordnung sichern. Die Sozialpolitik habe dazu beigetragen, „dass der Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft sozialverträglich gestaltet und damit für die Bürger in den neuen Ländern akzeptabel wurde“ (S. 350). Bundeskanzler Kohl habe dabei die Linie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, der sozialdemokratischen Opposition, der Gewerkschaften und der politischen Kräfte der DDR unterstützt, die im Gegensatz zur Wirtschaft (d.h. Bundesbank, Ressorts für Finanzen und Wirtschaft) eine vollständige Übertragung des Arbeitsrechts und sozialen Leistungssystems der Bundesrepublik auf den Osten vertraten. „Die sozialpolitische Absicherung der deutschen Einheit war notwendig und organisatorisch eine Meisterleistung.“ (S. 297) Politisch realisierbare Alternativen zur Übernahme der westdeutschen Normen und Institutionen (als kleinsten politischen Nenner, auf den sich die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik und der DDR einigen konnten) habe es nicht gegeben: Ein Nebeneinander unterschiedlicher Ordnungen sei für längere Zeit nicht praktikabel gewesen, noch weniger möglich war eine gleichzeitige Reform des bundesdeutschen Sozialstaates unter den Bedingungen der internationalen Konstellation, des Drucks der DDR-Bevölkerung und der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Einerseits habe also der deutsche Sozialstaat mit der erfolgreichen Übertragung seines Systems auf den Osten Deutschlands seine Problembewältigungskraft und seine Lernfähigkeit bewiesen; andererseits habe die Verwirklichung der Sozialunion die vor 1990 begonnene Reformdiskussion, wie der deutsche Sozialstaat den Strukturproblemen von Gesellschaft und Wirtschaft begegnen könne (Alterung der Bevölkerung, Explosion der Kosten des Gesundheitswesens, Globalisierungswettbewerb, Erosion der versicherungspflichtigen Vollzeitverhältnisse), von der politischen Agenda verdrängt. Die Legislaturperiode 1994–1998 sei aufgrund der Konfrontation von Regierung und Opposition sowie von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden durch eine „weitgehende Blockade aller größeren Reformbestrebungen“ gekennzeichnet gewesen.

Ausführlich wird die Problematik des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ abgehandelt: Während in der DDR der Staat die zentrale Instanz zur Lösung der sozialen Probleme gewesen sei, habe in Westdeutschland, vor allem bei der Wirtschaft und bei Teilen der politischen Elite, die auch von der Kohl-Regierung seit 1982 vertretene Auffassung bestanden, dass der Staat zugunsten des Marktes zurückgedrängt und im Bereich der sozialen Sicherung die Eigenvorsorge ausgebaut werden solle. (S. 154) Das habe sich ab 1992 in der Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland und Gesetzesvorhaben zur Eindämmung von Sozialabgaben niedergeschlagen. Mit der Desillusionierung über die Aussichten auf einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung im

Osten Deutschlands und der 1993 ihren Höhepunkt erreichenden Rezession auch in den alten Bundesländern sei die deutsche Wirtschaft in eine schwierige Situation geraten. Die Debatte über den Wirtschaftsstandort Deutschland verband sich nun eng mit den Diskussionen über die Finanzierung der deutschen Einheit, die Konsolidierung der Staatsfinanzen und den Umbau des Sozialstaates. Die politische Diskussion über die Gefährdung des Standortes Deutschland und deren Konsequenzen für die Sozialpolitik wurde durch eine Kursänderung der Regierung Kohl forciert („Solidarpakt für Deutschland“ 1992/93). Ritters Darstellung lässt keinen Zweifel daran, dass das Bundeskanzleramt in der Ära Kohl auch die Koordinationszentrale der Sozialpolitik gewesen war. Im Zentrum des sozialpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses hätten der Bundeskanzler und das Bundeskanzleramt gestanden (S. 375). Das galt insbesondere für die „Neufestsetzung der Prioritäten“ der Politik durch verstärkte Anstrengungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, zur Begrenzung der Lohnnebenkosten und zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Der Schluss Hinweis auf die durch „eine ungewöhnlich große Zahl von Vetospielern“ erschwerte Reformpolitik in der Bundesrepublik sollte zum historiographischen Lehrsatz werden. Ausdrücklich genannt werden der Bundesrat (zumindest wenn dessen Mehrheit von der des Bundestags abweicht), die Organisationen der großen gesellschaftlichen Kräfte, im Fall der Sozialpolitik auch die Träger sozialer Institutionen, schließlich auch das Bundesverfassungsgericht und die Regeln des Maastricht-Vertrages. Das Buch kann im Übrigen zum guten Beispiel dafür dienen, dass die Ära Kohl rückblickend in dem Maße besser beurteilt werden wird, in dem die Historiker das Wort übernehmen. Verdientermaßen wurde Ritter mit dem Preis des Historischen Kollegs 2007 ausgezeichnet.

Ein Gesamtbild der Problem- und Stimmungslage Deutschlands zur Mitte der 90er Jahre ist von dem amerikanischen Historiker *David Schoenbaum*, (University of Iowa) zusammen mit der Bonner Korrespondentin der „Washington Quarterly“, *Elizabeth Pond*, vorgelegt worden.⁶³ Angestoßen durch die ausländerfeindliche Gewalt in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sollte die „strapaziöse neue Normalität“ des wiedervereinigten Deutschlands beleuchtet werden. Die neue Bundesrepublik sei zwar größer und exponierter als ihre Nachbarn, aber sie sei ein „ambivalentes Einwandererland unter anderen“, ein „problematisch gewordener Wirtschaftsstandort unter anderen“, in zunehmendem Maße eine „Rentnergesellschaft“, ein „unschlüssiger Nationalstaat“ sowie ein EU-Mitglied unter anderen Mitgliedstaaten. Das Gesamtergebnis sei noch unbefriedigend, jedoch könne dieses Deutschland ebenso Toleranz gegenüber seinen Fehlern beanspruchen wie andere Länder. Eine neue

63 David SCHOENBAUM/Elizabeth POND, *Annäherung an Deutschland. Die Strapazen der Normalität* (aus dem Amerikanischen), Stuttgart 1997.

Gründerzeit bekomme es in Deutschland mit einem „Gestrüpp“ aus öffentlichen, privaten und auf Bundes-, Landes- und Lokalebene ineinander verschachtelten Behörden, Gremien, Körperschaften, Räten und Verfassungsinstanzen zu tun. „Als Enkel und Erbe lebt Kohl bis heute mit den Konsequenzen.“ Als Bundeskanzler werde er durch Gerichte, autonome Bundesinstitutionen (Bundesbank), eine eigenwillige Partei und einen nicht weniger selbstbewussten Koalitionspartner gebremst, zudem hätten die oppositionellen Sozialdemokraten seit 1991 die Mehrheit im Bundesrat gehabt. Als „Bismarcks Erbe“ verstehe sich Kohl nur in einer Analogie zum 19. Jahrhundert: nämlich hinsichtlich der Vermeidung einer Konstellation, in der Deutschland in der Mitte Europas von einer feindlichen Koalition umgeben sein würde. Bismarck würde aber kaum Verständnis für Kohls Politik aufbringen, sich auf die europäische Zusammenarbeit und Integration zu verlassen, statt sich zur Herstellung eines Gleichgewichts der Mächte auf Deutschlands Stärke zu stützen. Bismarck wäre beunruhigt zu sehen, wie die Deutschen durch institutionelle Verknüpfung ihrer Wirtschaft, Sicherheitspolitik, ja ihres Staatswesens mit Europa eine Europapolitik nun mehr als Innenpolitik denn als Außenpolitik betrachteten.

Die alarmistische Ausleuchtung von Fehlentwicklungen im deutschen Einheitsprozess hat sich mittlerweile, vergleichbar anderen „Zeitklagen“, die in Deutschland gerne angestimmt und angehört werden, zu einer speziellen Literaturgattung entwickelt, erkennbar zumeist an dem Mix aus statistischen Daten, Pressemitteilungen, Meinungsumfragen, Leitartikelrhetorik und Krisenraunen, zudem zitiert man sich fleißig gegenseitig! Es kommen einem bei der Lektüre dieser Erzeugnisse unwillkürlich die Schopenhauerschen „kleinen Hunde“ in den Sinn, „die bei Allem, was sich irgend regt, sogleich ein lautes Gebell erheben“ (Parerga und Paralipomena II). In der Sachbuch/Feature-Mischung⁶⁴ des Journalisten *Uwe Müller* sollen „harte Fakten“ für sich sprechen. Die Wiedervereinigung, so der Autor, habe sich ökonomisch als Desaster erwiesen. Trotz Zahlungen von weit über einer Billion Euro an die ostdeutschen Länder könne der Osten sich wirtschaftlich nicht selbst tragen. Er werde als Kostgänger des Westens diesen überfordern und ruinieren. Der Grundfehler sei das System (Solidarpakt, Subventionen, Neuverschuldung, strukturschwache Miniaturländer, Prinzip der gleichen Lebensverhältnisse). Bundeskanzler Kohl habe sich bei der Herstellung der deutschen Einheit zwar außenpolitische Verdienste erworben, aber bei der inneren Konstruktion der Einheit seien ihm „verheerende“ oder auch „haarsträubende“ Fehler unterlaufen. Die Westdeutschen seien dem Projekt der Wiedervereinigung deshalb so hilflos ausgeliefert gewesen, weil weder in der Bevölkerung noch in der Bundesregierung Kennt-

64 Uwe MÜLLER, *Supergau Deutsche Einheit*, Berlin 2005.

nis der DDR-Wirklichkeit vorhanden gewesen sei. Kohl habe sich zwar im Unterschied zu den sozial-liberalen Regierungen vor ihm klar zum Ziel der „Einheit der Nation“ bekannt, aber die praktische Regierungsarbeit habe dazu „in auffälligem Kontrast“ gestanden. Die Währungsunion, der Aufbau Ost, Bündnis Ost – Fehler über Fehler. Die erforderlichen Transfersummen für Ostdeutschland seit 1990 hätten vor allem durch Schuldenmachen aufgebracht werden müssen, da Kohl die beiden anderen Möglichkeiten, Minderung der Staatsausgaben und Steuererhöhung, „als unpopulär“ verworfen habe. Trotz dieser deprimierenden Entwicklung und der Aussicht auf einen dauerhaft rückständigen Osten habe der Kanzler jedoch weiter die Illusion von der Erfolgsgeschichte der Einheit gepflegt.

Auch der Journalist *Jens Bisky* (Feuilletonredakteur der SZ) beschwört ausgegibt die Gefahren, die von der Einheit für „unser Land“ (!) ausgehen.⁶⁵ Noch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung existierten, meint er, zwei Teilgesellschaften in einem deutschen Staat: Die Teilung zwischen West und Ost dauere fort und schwäche das ganze Land. In den neuen Ländern sei eine transferabhängige Wirtschaft entstanden, eine wirtschaftlich rückständige Region mit einer labilen Gesellschaft, der Westen habe Verluste an ökonomischer Kraft und an Selbstvertrauen erlitten. Wenn nicht zu einem „vernünftigen, illusionslosen Aufbau Ost“ gefunden würde, drohten ein wirtschaftliches Desaster und gesellschaftliche Erstarrung. Statt weiter von einer Aufholjagd des Ostens zu phantasieren, sei „eine Auffächerung der Aufbaupolitik“ vonnöten durch „Sanierung, Aktivierung und Schrumpfungsmanagement“. Die übergreifende Botschaft lautet: Wir „brauchen eine neue Vorstellung von Einheit, das heiße: Offenheit, soziale Mobilität, Solidarität mit den Schwachen“ (S. 23f.). Diese Notwendigkeit einer „neuen Einheit“, die der Freiheit den Vorrang vor dem Wohlstand gibt, wird in vier Kapiteln dargelegt, die dem Ost-West-Verteilungskonflikt, dem Dilemma der Transferwirtschaft („Förderelend“), der Abschließungsmentalität in West und Ost und der trügerischen Fixierung auf Sicherheit und Wachstum („Der arme Wohlfahrtsstaat“) gewidmet sind. Das Fazit ist: Komme es nicht zu einem Neuanfang, stehe das politische System der Bundesrepublik vor einer Legitimitätskrise. Der Leser bekommt auch vermittelt: Während Kohls Kanzlerschaft habe die Fehlentwicklung der beiden deutschen Teilgesellschaften begonnen. Kohl, wenngleich mehr nebenbei erwähnt, erscheint doch meistens in der Rolle des Mitverursachers der Misere. Der Erfolg seiner Einigungspolitik sei nur vor dem Hintergrund gesamtdeutscher Verunsicherung zu verstehen. „Einheit“, das sei etwas gewesen, woran man sich habe halten können. Ein Nachbau der Bundesrepublik im Osten, ergänzt um eine verstärkte europäische Integration als vertrautes Muster Ade-

65 Jens BISKY, *Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet*, Berlin, 2005.

nauer'scher Politik war das Rezept. Von der Einheitsgeschichte in den 90er Jahren aber her gesehen, hätten sich die beiden deutschen Teilgesellschaften nach dem 3. Oktober 1990 höchst unterschiedlich entwickelt. Im Osten sei auf den Vereinigungsschock der Nachwendejahre (1990–1994) eine Zeit der Abgrenzung (1994–2001) gefolgt. Der Westen habe die 90er Jahre mit nervöser Normalisierung begonnen, die spätestens im Jahr 2001 in Reformhysterie umgeschlagen sei. Der Osten habe einen „dreifachen Bruch“ verkraften müssen (Einführung der Marktwirtschaft, Deindustrialisierung, Sprung in ein neues Weltwirtschaftszeitalter). Darüber hinaus habe die betriebene Förderpolitik vor allem zu einem komfortablen Elend, zu kaschierter Schwäche und subventionierter Stagnation geführt. Durch Kohls Politik der Transferzahlungen sei das Anspruchsdenken im Osten und das Warten auf die gewährende Hand des Staates, die anfangs 1989/90 fast verschwunden waren, wieder aktiviert worden. Schlimmer noch sei die sozialpsychologische Verkrampfung im deutsch-deutschen Umgang, die der Autor unverändert fortbestehen sieht.

Eine andere Strophe des seinerzeit allseits beliebten Singsangs mit dem Refrain „Deutschland steigt ab“ stammt von *Gabor Steingart* (seit 2001 Leiter des „Spiegel“-Hauptstadtbüros).⁶⁶ Auf seiner Speisekarte steht nicht nur die „Analyse der Vorgänge“, sondern auch die Schuldfrage, „wer hat und warum falsch reagiert“. Die Zubereitung aus einschlägiger Literatur zu den Themen Sozialstaatskrise, Wohlfahrtsstaat, Demografie, Globalisierung, Standort Deutschland usw., Statistiken der Deutschen Bank, Materialien von Wirtschaftswissenschaftlern, ist nach „Spiegel“-Rezeptur erfolgt. Die Probleme, mit denen es Deutschland zu tun habe, so wird mitgeteilt, reichten bis in die Nachkriegszeit. Damals sei unter dem Druck der alliierten Sieger ein „entscheidungsschwacher Anti-Führer-Staat“ geschaffen worden. Von Kanzlerschaft zu Kanzlerschaft hätten sich dann die Energien der Aufbauperiode verflüchtigt. Der „produktive Kern der Nation“ sei abgeschmolzen. Notwendig sei daher eine „zweite Staatsgründung“, um den produktiven Kern des Landes wieder zu vergrößern (Verfassungsreform, Entkopplung von Arbeit und Sozialstaat, radikale Reform des Steuersystems).

In der Ära Kohl seien „drei verschiedene Kanzler“ zu erleben gewesen: Kohl I., der vom Oktober 1982 bis Sommer 1989 „Kanzler des Erwartbaren“ gewesen sei, „kaum der Erinnerung wert“, als Politikertypus „Amtsinhaber“, dessen Erfolg auf seiner überdurchschnittlichen Durchschnittlichkeit gründete. Kohl II., der 1989/1992 von der Geschichte „eine zweite Chance“ bekommen habe. In der Stunde der Entscheidung sei er zum Staatsmann aufgestiegen, zur „politischen Überfigur“ Allerdings gehöre zu diesem Kapitel Einheit auch, dass der Westen Deutschlands ökonomisch zur Kolonie des Ostens gemacht

66 Gabor STEINGART, *Deutschland. Der Abstieg eines Superstars*, München 2004.

worden sei. Es habe „große Irrtümer des Helmut Kohl“ gegeben, sie seien aber in einer historischen Situation wie dieser unvermeidbar gewesen. Die Vereinigung sei politisch, historisch, kulturell und sicherheitspolitisch ein Zugewinn. Ökonomisch sei sie ein Desaster: Aufbau Ost durch Abbau West. Kohls eigentliches Versäumnis liege in der Nichtbeachtung dieser Fehlentwicklungen. Kohl III. sei dann wieder zum „Amtsinhaber“ geschrumpft, der zwischen den Machtblöcken der Gesellschaft hin und her lavierte und der die jeweils nächsten Wahlen unbeschadet überstehen wollte. Wirklich sei die Bilanz der gesamten Ära ökonomisch verheerend (2000!) Nicht eines der Probleme, mit deren Lösung er 1982 beauftragt worden war, habe er gelöst (Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Wachstum). „Heute wissen wir: Kohl ist für beides verantwortlich, die deutsche Einheit und den seither beschleunigten Abstieg des Landes. Deutschland wurde von ihm vereint – und geschwächt.“

Es ist amüsant zu sehen, wie derartige Analysen schon nach der Rezensionrunde durch die Medienwelt an Frische einbüßen und nach ein paar Jahren vollends zu Makulatur geworden sind. Es handelt sich um Eintagsfliegen des Baissierjournalismus und des Push-Marketings der Buchbranche. Was einen – davon abgesehen – bei Produkten dieser Art immer wieder verduzt, ist die Beobachtung, wie eifrig hier (und offenbar ganz unbewusst) das Paradigma des großen Führers bedient wird, in dessen Vermögen es zu liegen habe, alles schon zu richten – die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung und das Wachstum und den Aufbau Ost ...

Eine Summe bisheriger Forschungsarbeiten zum Prozeß der „inneren“ Einheit hat die Berliner Dissertation (FU) von *Stefan Kettenburg* zu ziehen versucht.⁶⁷ Die Auswertung der einschlägigen, in einem 60-seitigen Literaturverzeichnis erfassten Studien, Aussagen und Meinungsumfragen ist schwerpunktmäßig auf zentrale Probleme konzentriert, denen auch in der öffentlichen Diskussion über die innere Einheit ein hoher Stellenwert zukommt: die Frage „Restitution vor Entschädigung“, die Einkommenssituation der privaten Haushalte, den Komplex der Rentenüberleitung, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, den Elitenaustausch in Ostdeutschland und die Geringschätzung „sozialkultureller Einrichtungen“ der DDR. Dabei wird jeweils von den Verhältnissen vor der Herbstrevolution ausgegangen, die dann mit den Veränderungen während und nach der Vereinigung verglichen und im Hinblick auf Ost-West-Polarisierungen und auf Ausformungen einer ostdeutschen Sonderidentität reflektiert werden. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass es im Einheitsprozess – entgegen der verbreiteten einseitigen Meinung von Einigungskritikern – weder den „ostdeutschen Verlierer“ noch den „westdeutschen Gewinner“ gebe und dass „die wesentlichen Grundkriterien der ‚inneren Einheit‘ er-

67 Stefan KETTENBURG, *Der deutsche Vereinigungsprozess und die „innere“ Einheit*, Hamburg 2004.

füllt“ seien. „Mehr Einheit braucht eine Demokratie nicht“ (S. 346). Also: Statt „Wir sind ein Volk“ erscheint in dem wiedervereinigten Deutschland das Bewusstsein „Wir sind das Volk“ angesagter.

Mit seinem Buch über die „wichtigsten Irrtümer“⁶⁸, die in der öffentlichen Meinung zur deutschen Einheit kolportiert werden, hat *Richard Schröder*, Professor für systematische Theologie und Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin, 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der frei gewählten Volkskammer der DDR, gewissermaßen einen Kommentar zu dieser Literaturgattung geliefert. Er räumt – ebenso verständig wie unterhaltend – mit den Stammtischparolen, populistischen Klischees und gängigen Halbwahrheiten auf, die sich in Ost und West – von links bis rechts – um das Einheitsgeschehen ranken und zur Bedienung von Vorurteilen und Emotionen immer noch reichlich gepflegt werden. So ergibt sich die Kapiteleinteilung fast von selbst: Irrtümer über die DDR (z.B. „Die Verhältnisse in der DDR waren gerechter als heute“), Irrtümer über die Vereinigung (z.B. „Die Währungsunion kam zu früh“) und Irrtümer über das vereinigte Deutschland (z. B. „Die deutsche Einheit ist gescheitert“). Die Einsprüche und Richtigstellungen erfolgen ohne Beserwisserei und Gelehrtengehebe, mit praktischem Verstand und weiser Ironie, so dass man das Buch jedem von Einheitszweifeln geplagten Deutschen zur Ermutigung empfehlen kann. Die Ausgangsbehauptung ist, dass die Grundentscheidungen der deutschen Einheit unter den damaligen Umständen „alternativlos“ gewesen seien. Ein gerechtes Urteil sei nur möglich, wenn man die wesentlichen Prozesse, um die es im Osten ging, berücksichtige und wenn man die Maßstäbe definiere, mit denen die deutsche Einheit bemessen werden soll. Als vernünftige Maßstäbe für den Stand der deutschen Einheit werden genannt: die Sicht vom Ausland her, das die deutsche Einheit für „eine Erfolgsgeschichte“ halte, die traditionelle Prägung Deutschlands durch markante Unterschiede, weshalb Einheit nicht als Einheitlichkeit verstanden werden dürfe, der Vergleich mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern, bei dem Ostdeutschland seiner Entwicklung nach sehr gut abschneide, und der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen („Auch die genialsten Klagekünstler werden sich schwertun, diese Bilanz im Tatsächlichen anzufechten.“).

Schröders Wortmeldungen in der Öffentlichkeit richteten sich vor allem gegen einseitige westdeutsche oder ostdeutsche Sichtweisen sowie gegen weltfremde Argumentationen in Bezug auf richtiges oder falsches Handeln im Prozeß der deutschen Vereinigung. So vertrat er im Fall des umstrittenen Buches von *Constanze Paffrath*⁶⁹ über die Behandlung der zwischen 1945 und 1949

68 Richard SCHRÖDER, *Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit*, Freiburg i. Br. 2007; vgl. DERS., *Probleme der inneren Einheit Deutschlands*, Bachem 1996.

69 Constanze PAFFRATH, *Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945–1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung*, Köln 2004.

in der Sowjetischen Besatzungszone erfolgten Enteignungen den Standpunkt der frei gewählten Volkskammer und demokratischen Regierung der DDR.⁷⁰ Danach sei der sogenannte „Restitutionsausschluss“ zwar ungerecht, aber unvermeidlich gewesen. Es sei der Wille der legitimen Volksvertretung der DDR gewesen, die unter Besatzungsrecht erfolgten Enteignungen vom Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ auszunehmen. Den Thesen Paffraths zufolge hätte die Sowjetunion in ihren Verhandlungen mit den Deutschen keineswegs zur Bedingung gemacht, das während der sowjetischen Besatzung konfiszierte Vermögen dürfe nicht an die „Alt-Eigentümer“ zurückgegeben werden, wie dies von der Bundesregierung behauptet worden sei. Die Bundesregierung hätte die Öffentlichkeit wie die legislative Gewalt über diesen Sachverhalt absichtlich getäuscht. Sie hätte, „selbst um den Preis der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten“, einer unabdingbaren Forderung der Sowjetunion nach Restitutionsausschluss gemäß ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag keinesfalls entsprechen dürfen. Bei dieser Beschuldigung der „maßgeblichen“ Einheitspolitiker bekommt auch das Bundesverfassungsgericht den Vorwurf ab, es hätte bei seiner Rechtsprechung (Urteil vom 23. April 1991) gemeinsame Sache mit der Bundesregierung gemacht. These: „Das Verhalten von Bundesverfassungsgericht und Bundesregierung führte im Verein mit einer Täuschung der Legislative zu einer Unterminierung der verfassungsrechtlich gebotenen Gewaltenteilung.“ Das wäre tatsächlich ungeheuerlich, wenn es denn, und das gilt auch für die Kernthesen der Untersuchung, schwarz auf weiß bewiesen werden könnte. Aber auch so wurde in der Öffentlichkeit nach Bekanntwerden der Dissertationsergebnisse von Verfassungsbruch, deutschem Watergate, Regierungskriminalität, Staatshehlerei getönt – die Eindrücke des Parteispendenskandals der CDU und ihres Vorsitzenden waren ja noch frisch. Im Grunde ist die Arbeit Paffraths ein Lehrstück dafür, dass eine politikwissenschaftliche bzw. historische Studie über den Gegenstand eines laufenden Rechtsstreites nur schiefgehen kann, weil sich der Forscher damit unweigerlich auf das juristische Denken und die normative Begrifflichkeit einlassen muss. Das hat im vorliegenden Fall auch prompt dazugeführt, dass sich die Autorin auf die Seite einer Prozesspartei schlägt und ihr Thema sozusagen als Anwalt, Staatsanwalt und Richter in einer Person abhandelt. Nicht wie es eigentlich gewesen ist, interessiert sie, sondern die Frage, wie es am besten hätte gewesen sein sollen. Insbesondere die Historiker fanden deshalb sehr kritische Worte über Methodik und Problemstellung dieser Arbeit.⁷¹

70 „Also waren wir eure Hereros“, in: „Die Zeit“ vom 19.2.2004.

71 Michel STOLLEIS, „Wissenschaft ist das nicht, weder Historiographie noch Politologie“, vgl. SZ vom 15.3.2004 („Empörung geht vor Erforschung“); Günter BUCHSTAB, „Das Problem ... war also wesentlich differenzierter und komplizierter, als Frau Paffrath es unter ihrer parteinehmenden Fragestellung angeht“, vgl. FAZ vom 19.2.2004 („Eigentum und Einheit“).

Wenn es um Fehler und Versäumnisse im Prozess der Wiedervereinigung geht, muss sich auch die SPD und ihr Führungspersonal auf den Prüfstand stellen lassen. Der Zeithistoriker *Daniel Friedrich Sturm* hat in seiner ausführlich recherchierten Untersuchung,⁷² einer Bonner Dissertation, das Versagen der SPD und ihrer Führungsfiguren in der Umbruchzeit 1989/90, insbesondere in der Frage der deutschen Einheit dokumentiert. Er kann belegen, wie die Chance zur Wiedervereinigung die deutschen Sozialdemokraten „auf dem falschen Fuß“ antraf, ja wie sie sich weigerten – bis auf wenige Ausnahmen, zu denen neben Willy Brandt an vorderster Stelle etwa Karsten Voigt und Wolfgang Roth gehörten – die Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR „zur Kenntnis zu nehmen“. Stattdessen verharrten sie in ihrer Status-quo-Haltung und blieben auf ihre Anfang der 80er Jahre begonnene Politik des Dialogs mit der SED fixiert. Die „Enkel Brandts“, namentlich Lafontaine, Wieczorek-Zeul, Momper, aber auch Gerhard Schröder, betrachteten zum Teil in einem „eigenartigen Wertrelativismus“ das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem kritischer als das der DDR. Ein anderer Fall war Egon Bahr, der als „Ideologe der Zweistaatlichkeit“ seiner am Schreibtisch konstruierten Konzeption der Politik der Sicherheit und Stabilität in Europa verhaftet blieb. Der Fall der Mauer erzeugte bei den meisten Sozialdemokraten ein Gefühl der Unsicherheit. Der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, der SDP in Schwante am 7. Oktober 1989, begegnete die SPD mit äußerster Zurückhaltung, und man setzte zunächst weiter lieber auf die Staatspartei SED als Partner. Die Vorstellung eines „Wandels durch Abstand“ von Norbert Gansel (Vorsitzender des SPD-Parteirates) blieb ohne Echo. Die SPD verpasste den „Kairos“ auf dem Weg zur Einheit. Wie gegen Adenauers Westpolitik war sie anfangs auch gegen die Politik der Währungsunion, des Einigungsvertrages und des NATO-Bündnisses. Die Führung der neuen Ost-SPD (SDP) erwies sich politisch sehr viel weitsichtiger als die SPD-Spitze. Früher als jede andere politische Kraft in der DDR bekannte sie sich zur deutschen Einheit, einem parlamentarischen System westlicher Prägung sowie zur Sozialen Marktwirtschaft (S. 465). Von diesem Wiedervereinigungskurs der Ost-SPD wurde die westliche Sozialdemokratie, die weitgehend jegliches Gespür für die nationale Frage vermissen ließ, völlig überrascht. Die Folge waren kräftezehrende parteiinterne Auseinandersetzungen, die im Einigungsprozess in den Debatten um die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, den Einigungsvertrag und die NATO-Frage zu einem politischen Schlingerkurs führten. Besonders in der Frage der deutschen NATO-Zugehörigkeit blamierte sich die SPD mit ihren außenpolitischen Einschätzungen. Zitiert werden Bahr („Wer heute die staatliche Einheit fordert, muss die Auflösung von NATO

72 Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90* (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006.

und Warschauer Pakt fordern“), Ehmke („Auch Kohl könne nicht so töricht sein zu glauben, dass die Volksarmee in die NATO kommt“), Lafontaine („Welch ein historischer Schwachsinn“), Klose („Eine NATO-Ausweitung auf das Gebiet eines vereinigten Deutschlands könne er sich nicht vorstellen“), Wischnewski („abwegig, wirklichkeitsfremd und geradezu lebensgefährlich“), Wiczorek-Zeul („Auflösung der NATO und Abzug der US-Truppen aus Deutschland und Westeuropa; es gebe keinen Grund mehr für die Fortexistenz der NATO“), und Hans-Jochen Vogel kritisierte das Bundeskanzleramt, wo man daran arbeitete, dass das vereinte Deutschland in der NATO bleiben könne, als Ort des Größenwahns und der Großmannssucht (S. 451). Die Quittung für ihre zweideutige, auf falschen Einschätzungen beruhende Politik in der deutschen Frage erhielt die SPD bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Während Lafontaine seinen Wahlkampf auf Angriffen gegen die Bundesregierung aufbaute, traf sich Brandt gleich mehrmals „demonstrativ“ mit Kohl (S. 376). Die Verärgerung über diese Begegnungen zwischen Altkanzler und Kanzler sei in der SPD groß gewesen. Am 30. September 1990 bestritten beide Männer sogar eine Fernsehsendung. Brandts Botschaft sei offenkundig gewesen: Er habe Kohls Politik unterstützt.

Zu Anfang dieses Literaturberichts ist von der Historisierung der Ära Kohl gesprochen worden. Diese Historisierung wird in dem Maße fortschreiten, in dem es politisch immer weniger interessieren wird, „in Kenntnis der Folgen den dazumal politisch Verantwortlichen die Fehler anzustreichen“ (R. Witt-ram), und stattdessen immer mehr das Verständnis des Ganzen als Sinn- und Wirkungszusammenhang Relevanz gewinnt. Nicht zuletzt für die Geschichtswissenschaft, wie für alle, die sich professionell – theoretisch oder praktisch – mit Politik befassen, sind die unerwarteten Ereignisse der Umbruchzeit Anfang der 90er Jahre eine besondere Herausforderung in Bezug auf die Deutung des Geschehens, auf Leitbilder, Erklärungsmodelle und Ortsbestimmungen. Die Historiker suchen mit Blick auf die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nach den Kennzeichen der Zeit, nach dem geschichtlichen Sinngehalt der Vorgänge, die sie miterlebt haben. Seit dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit hatte es keine so einschneidende, den gesamten Kontinent betreffende Veränderung mehr gegeben. Was würde mit dem wiedervereinigten Deutschland sein? Welche Kontinuitätskräfte würden sich durchsetzen? Würde das geeinte neue Deutschland auch wieder alte Traditionen beleben? Die deutsche Frage, scheinbar gelöst, stellte sich auf dialektische Weise neu. Wie ein vereinigtes Deutschland aussehen würde, war auch das Thema jenes kuriosen Chequers-Seminars am 24. März 1990, zu dem die britische Premierministerin Deutschland-Experten der Geisteswissenschaften aus Amerika und England eingeladen hatte, um für ihre Deutschlandpolitik Klarheit darüber zu gewinnen, wie und wer die Deutschen eigentlich seien. Die von Thatchers Berater Charles Powell angefertigte Protokollnotiz über das Treffen und andere

Teilnehmerberichte hat *Udo Wengst* zusammen mit Presseartikeln führender deutscher Historiker über Aspekte der deutschen Einheit und über die Hauptstadtdebatte in einem lesenswerten Band herausgegeben.⁷³ Er gibt über die Einsichten, Maßstäbe und Erwartungen Auskunft, die von der Geschichtswissenschaft für die Interpretation der „verwirrenden und nur schwer durchschaubaren Einstellungen, Entscheidungen und Abläufe“ angeboten werden können. Sind es in der Nachkriegsepoche der Niedergang des Nationalismus und die Abkehr vom Nationalstaatsdenken gewesen, die das historische Bewusstsein und die Geschichtsschreibung geprägt haben, so scheint nun mit der staatlichen Einheit Deutschlands unversehens, aber offensichtlich das Nationale wieder zum Problem zu werden. Die Frage der deutschen Identität rückt wieder in den Mittelpunkt der Betrachtungen, die zwei mögliche Entwicklungslinien des „neuen“ Deutschlands identifizieren: entweder als Fortsetzung des bisherigen, als Abkehr von der deutschen Geschichte zu verstehenden politischen Kurses, wie er seit 1949 durch die Bundesrepublik eingeschlagen worden sei, oder als Übergang zu einem qualitativ anderen Staat, „eben einem neuen deutschen Nationalstaat“, der auch an ältere deutsche Traditionen wieder anknüpfen könne. Das Unbehagen der Historiker angesichts der „Geschichte im Entstehen“, in einer geschichtlichen Sternstunde, deren Folgen sie noch nicht überblicken, bringt *Arnold Esch*⁷⁴ einprägsam zum Ausdruck: „Schon fühlen wir, die wir früheren Generationen gern ihre Blindheit vorrechnen, den Finger späterer Historiker, denen wir unsererseits ohne Appellationsinstanz ausgeliefert sind, auf uns gerichtet, uns vorrechnend, was wir hätten sehen müssen – und wir sahen es nicht ...“ (S. 29).

Den wissenschaftlichen Problemen, mit denen sich die deutsche Zeitgeschichte nach dem Umbruch von 1989/90 konfrontiert sah, hat *Jürgen Kocka* eine Aufsatzsammlung gewidmet, deren vollmundiger Titel allerdings etwas in die Irre führt,⁷⁵ denn die „Vereinigungskrise“ wird nicht thematisiert, es sei denn, man nehme dafür Sätze wie „In der Geschichte gibt’s nichts umsonst“ oder „Wer weiß, was die nächsten Jahre im Osten bringen“. In diesen bereits in anderen Sammelbänden publizierten Beiträgen aus den Jahren 1990 bis 1995 geht es hauptsächlich um die historische Einordnung der Umbrucher Ereignisse, um die „wissenschaftliche Wiedervereinigung“, also das Entstehen einer gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft, das der Verfasser als Mitglied des Wissenschaftsrates praktisch begleitet hat, sowie um die Geschichte der

73 *Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdebatte (Februar 1990–Juni 1991)*, ausgewählt und hg. von Udo WENGST, Bonn 1992.

74 Arnold ESCH, *Geschichte im Entstehen. Der Historiker und die Erfahrung der Gegenwart*, in: EBD. S. 17–29.

75 Jürgen KOCKA, *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995.

DDR als Forschungsproblem. Zur Bewältigung der „Vereinigungskrise“ wird staatstragend empfohlen, die Weiterentwicklung der „neuen Bundesrepublik“ fest in den Traditionen der alten zu verankern, deren Bilanz „sich insgesamt sehen lassen“ könne. Kockas Formulierung „Die Resultate politischer und sozialer Handlungen stimmen mit den ihnen zugrunde liegenden Absichten nur selten überein. Die Geschichte ist ein Prozess. Seine Voraussagbarkeit hat ähnlich enge Grenzen wie seine Machbarkeit, doch beides tut seiner Erklärbarkeit ex post keinen Abbruch“ (S. 133), kann man als Historiker nur aus ganzem Herzen zustimmen, nicht nur mit Blick auf den Zusammenbruch der DDR und die deutsche Vereinigung, sondern auch mit Blick auf die Ära Kohl insgesamt.

Die nächste Folge dieses Literaturberichts zur Geschichte der Ära Kohl wird neben Monographien zur Außen- und Europapolitik vornehmlich Arbeiten über innenpolitische Themen (Wirtschaft, Sozialpolitik, Kultur, Medien, Parteien) und über das „System Kohl“ berücksichtigen.

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2007–2008

Editionen, Handbücher, Lexika

- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972. Bearb. von Joachim WINTZER und Wolfgang HÖLSCHER. Düsseldorf 2007.
- Der Bayerische Landtag 1918/19 bis 1933. Wahlvorschläge – Zusammensetzung – Biographien (Materialien zur Bayerischen Landesgeschichte 21). Bearb. von Joachim LILLA. München 2008.
- Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945.
Bd. 4: 1957–1966. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes. Hg. von Michael RUCK und Marcel BOLDORF. Baden-Baden 2007.
Bd. 11: 1989–1994. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung. Hg. von Gerhard A. RITTER. Baden-Baden 2007.
- Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 15). Bearb. von Carl-Wilhelm REIBEL. Düsseldorf 2007.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 17: 1964. Bearb. von Josef HENKE und Uta RÖSSEL. München 2007.
- „Unsere Frauen stehen ihren Mann“. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950 bis 1989. Ein biographisches Handbuch (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart 37). Hg. von Rita PAWLOWSKI. Berlin 2008.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände

Deutschland

- ABOLD, Roland: Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 bis 2004. Rückenwind oder Stimmungstief durch bundespolitische Einflüsse? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 521–531.
- ALTHAMMER, Jörg: Wilfrid Schreiber (1904–1975). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 77–85.
- ALTHAUS, Dieter u. a. (Hg.): Mut, Hoffnung, Zuversicht. Festschrift für Bernhard Vogel zum 75. Geburtstag. Paderborn 2007.
- AREND, Daniel: Wahlkampfplakate als Indikatoren für Wahlkampfstrategie? Eine Analyse von Plakaten zu Bundestagswahlen 1949–2002. Berlin 2007.
- ARETZ, Jürgen: Alfred Dregger (1920–2002). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 173–185.

- ARETZ, Jürgen/MORSEY, Rudolf/RAUSCHER, Anton (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 12. Münster 2007.
- BAUS, Ralf Thomas: Visionen für die Volksparteien. Parteiensystem im Wandel. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 465, S. 19–23.
- BECKER, Winfried: Verhandlungsführer nach Frankreich? Anregungen von Konrad Adenauer und Adam Remmele zur früheren Beendigung des Ruhrkampfes. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 307–320.
- BERNHARDT, Otto (Hg.): Festschrift anlässlich der 40-Jahr-Feier der Hermann Ehlers-Stiftung. Kiel 2008.
- BIERMANN, Werner: Franz Josef Strauß. Ein Doppelleben. Ein Film von Werner Biermann (Deutschland: Lenker und Gestalter). [DVD] Hamburg 2008 (Erstausstrahlung 2002).
- BÖHMER, Maria: „Mut zur Macht in Frauenhand“. Die Arbeit der Frauen Union der CDU. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 459, S. 19–23.
- BÖSCH, Frank: Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Frank DECKER/Viola NEU (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden 2007, S. 201–219.
- BÖSCH, Frank/FREI, Norbert (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 5). Göttingen 2006.
- BOHL, Friedrich (Hg.): Christ in diesem Land. Festschrift für Gottfried Mehnert zum 80. Geburtstag. Hannover 2007.
- BORCHARD, Michael (Hg.): Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee. Stuttgart 2007.
- BRÄUNINGER, Thomas/DEBUS, Marc: Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. In: Politische Vierteljahresschrift 49 (2008) 2, S. 309–338.
- BRAND, Michael (Hg.): Alfred Dregger (1920–2002). Biographie und Lebenserinnerungen. Petersberg 2007.
- BRECHTKEN, Magnus: „Finden Sie das so schön?“ Über Medienorientierung und Imagebildung Konrad Adenauers. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 211–223.
- BRETTSCHEIDER, Frank/NIEDERMAYER, Oskar/WESSELS, Bernhard (Hg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse (Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 12). Wiesbaden 2007.
- BREUER, Marten: Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 und die Folgen für das Parteiensystem. In: JESSE/KLEIN, S. 13–32.

- BRÜMMER, Ulrich: Schwarz-rote Vernunft-Ehe in Sachsen. Fragile Beziehungen im Parteiensystem des Freistaates. In: *Deutschland Archiv* 40 (2007) 2, S. 222–230.
- BUCHSTAB, Günter: Architekt eines Hauses der Freiheit. Zum 40. Todestag von Konrad Adenauer. In: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 449, S. 73–75.
- DERS.: „Freundschaft in Freiheit“. Eine Initiative für die transatlantische Partnerschaft Ende der 1980er Jahre. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 425–436.
- DERS.: Istorija razvitija HDS/History of the development of the CDP. In: *Konserwatiwnye i liberalnye partii zapadnoevropejskich stran/Conservative and liberal parties of West European countries*. Moskau 2007, S. 81–100.
- DERS.: Josef Stigl (1919–2004). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 187–199.
- DERS.: „Soll ich Anmeldefomulare ausfüllen?“ Ludwig Erhard und die Parteibuch-Frage. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 462, S. 71–75.
- BÜHLBÄCKER, Bernd: Europa im Aufbruch. Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion 1949–1958 (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen 38). Essen 2007.
- BUTTERWEGGE, Christoph: Sozialpolitik in den neuen Parteiprogrammen von CDU, CSU und SPD. In: *Soziale Sicherheit* 57 (2008) 3, S. 85–90.
- BYTZEK, Evelyn/SHIKANO, Susumu: Landtagswahlen in Niedersachsen 1970 bis 2003. Landespolitik als wichtiger Einflussfaktor. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 3, S. 513–521.
- CDU-Grundsatzprogramm. In: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 456, S. 5–23.
- Christdemokratische Bildungspolitik. In: *Realschule in Deutschland* 115 (2007) 1, S. 18–19.
- Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik. Eine Veranstaltungsreihe des Berliner Instituts für Vergleichende Staat-Kirche-Forschung und des Bildungswerks Berlin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Berlin 2008.
- CLEMENS, Clay: Two Steps Forward, one Step Back. Merkel’s CDU/CSU and the Politics of Welfare State Reform. In: *German Politics* 16 (2007) 2, S. 222–246.
- CLEMENS, Clayton (Hg.): *The German Election of 2005. Voters, Parties and Grand Coalition Politics*. London 2008.
- CONNOR, Ian: *Refugees and Expellees in Post-War Germany*. Manchester 2007.
- DAHLKE, Matthias: „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft“. Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007) 4, S. 641–678.

- DANNENBERG, Julia von: *The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR* (Oxford Historical Monographs). Oxford/New York 2008.
- DECKER, Frank: *Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B 35–36, S. 26–33.
- DERS.: *Wo wir sind, ist die Mitte! Zum Standort der CDU im deutschen Parteiensystem*. In: *Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte* 55 (2008) 1/2, S. 12–15.
- DEMPSEY, Judy: *Merkels Mission*. In: *Internationale Politik* 62 (2007) 1, S. 26–33.
- DEPENHEUER, Otto: *Politik aus christlicher Verantwortung. Staatsphilosophische Überlegungen*. In: *ALTHAUS*, S. 27–38.
- DETLING, Warnfried: *Die Mitte als politische Aufgabe. Die CDU in einer zerklüfteten Landschaft*. In: *Vorgänge* 46 (2007) 4, S. 86–93.
- Deutscher Bundestag (Hg.): *Vergleichende Kurzübersichten über die Einnahmen und Ausgaben sowie über die Vermögensverhältnisse der Parteien in den Rechnungsjahren 1996 bis 2005* (Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drs. 16/8180). Berlin 2008.
- DITTBERNER, Jürgen: *Große Koalition: 1966 und 2005*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B 35–36, S. 11–18.
- DÜLFFER, Jost: *Introduction. The Adenauer Era – Anxieties and Traumas of Violence in the Postwar Period*. In: *German Politics and Society* 25 (2007) 2, S. 1–6.
- DERS.: *„No more Potsdam!“ Konrad Adenauer’s Nightmare and the Basis of his International Orientation*. In: *German Politics and Society* 25 (2007) 2, S. 19–42.
- EGEN, Peter: *Der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien – Gründung und politische Zielsetzung*. In: *BOHL*, S. 138–145.
- EILFORT, Michael: *Landes-Parteien: Anders, nicht verschieden*. In: *Herbert SCHNEIDER/Hans-Georg WEHLING* (Hg.): *Landespolitik in Deutschland*. Wiesbaden 2006, S. 207–224.
- ELZER, Herbert: *Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der prodeutschen Opposition 1949–1955* (Schriftenreihe Geschichte, Politik & Gesellschaft der Stiftung Demokratie Saarland 8). St. Ingbert 2007.
- DERS.: *Die Schmeisser-Affäre. Herbert Blankenhorn, der „Spiegel“ und die Umtriebe des französischen Geheimdienstes im Nachkriegsdeutschland, 1946–1958* (Historische Mitteilungen, Beiheft 68). Stuttgart 2008.
- EPPELMANN, Rainer: *Gottes doppelte Spur. Vom Staatsfeind zum Parlamentarier*. Holzgerlingen 2007.
- FACIUS, Gernot: *Leidenschaftlich wahrhaftig. Zum 80. Geburtstag von Hannarenate Laurien*. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 462, S. 69–70.

- FALTER, Jürgen W.: Wandel durch Anpassung: Die Veränderung der CSU-Wählerschaft 1966–2003. In: PATZELT, S. 374–389.
- FELDKAMP, Michael F.: Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949. Option für die europäische Integration und die deutsche Einheit. Sankt Augustin 2008.
- FOCKE, Sandra: „Politik-Marketing“. Die Marketing-Strategien der beiden großen Volksparteien (CDU, SPD) im Bundestagswahlkampf 2002 mit Schwerpunkt auf Materialien der CDU (Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft 3257). Frankfurt/M. 2007.
- Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, beschlossen am 3. Dezember 2007 in Hannover. Berlin 2008.
- FREISE, Manfred: Ein Zahnarzt als Mittelsmann. Erinnerungen. Bonn 2008.
- FUNKE, Manfred: Anfang, Ausbau, Anfechtung. Der Weg nach Westen. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 460, S. 19–24.
- GABRIEL, Oscar W.: Kirchlichkeit und Religiosität der Mitglieder und Wähler der beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD. In: Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik. Berlin 2008, S. 71–90.
- GALETTI, Nino: Der Bundestag als Bauherr in Berlin. Ideen, Konzepte, Entscheidungen zur politischen Architektur, 1991–1998 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 152). Düsseldorf 2008.
- GALKA, Sebastian/SCHUETT-WETSCHKY, Eberhard: Parlamentarismuskritik und Grundgesetz: Hat der Parlamentarische Rat Fraktionsdisziplin abgelehnt? In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 17 (2007) 4, S. 1095–1117.
- GANSÄUER, Jürgen: Zukunft braucht Herkunft. Eine Auswahl politisch-historischer Reden. Göttingen 2008.
- GAST, Henrik: Bundeskanzler und Parteiführer – zwei Rollen im Konflikt? Parteiendemokratie, Parteivorsitz und politische Führung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39 (2008) 1, S. 42–60.
- GEIGER, Tim: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008.
- GEMPER, Bodo: Die rheinischen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. In: Die Neue Ordnung 61 (2007) 6, S. 407–421.
- GEPPERT, Dominik: Die Ära Adenauer. 2. Aufl. Darmstadt 2007.
- GLÜCK, Alois: Politik aus christlicher Verantwortung und Partnerschaft zwischen Staat und Kirche. In: ALTHAUS, S. 39–43.
- GÖLTER, Georg: Bernhard Vogel und die CDU – eine nicht ganz einfache Beziehung. In: ALTHAUS, S. 67–85.
- GRASS, Karl Martin: Bernhard Vogel und die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz. In: ALTHAUS, S. 87–130.

- GLENN GRAY, William: Adenauer, Erhard, and the Uses of Prosperity. In: *German Politics and Society* 25 (2007) 2, S. 86–103.
- GSCHWEND, Thomas: Berliner Abgeordnetenhauswahlen 1979 bis 2001. Keine Testwahlen für die Bundesebene. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 3, S. 531–540.
- GÜLLNER, Manfred: 16 Jahre Kanzlerin Merkel? In: *Internationale Politik* 62 (2007) 3, S. 82–83.
- GUILLAUME, Sylvie: Konrad Adenauer. Paris 2007.
- GUSTAVSSON, Rolf: Die Merkel-Methode. In: *Internationale Politik* 62 (2007) 7/8, S. 141–143.
- HAAS, Melanie: Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B 35–36, S. 18–26.
- HART, Paul 't: How Adenauer Lost Power. Understanding Leadership Rivalry and Succession Conflict in Political Parties. In: *German Politics* 16 (2007) 2, S. 273–291.
- HARTLEB, Florian: Neue Unübersichtlichkeit. Zu den Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg. In: *Deutschland Archiv* 41 (2008) 2, S. 197–200.
- DERS.: Parteien in den alten Bundesländern seit 1990. In: JESSE/KLEIN, S. 65–83.
- HEFTY, Georg Paul: Zeugnisse der Selbstverwirklichung. Die Grundsatzprogramme von CDU und SPD. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 459, S. 55–62.
- HERLES, Helmut: Ornithologie: Kein Vogel im Wolkenkuckucksheim. Anekdotisches und Persönliches zum 75. Geburtstag von Bernhard Vogel. In: ALTHAUS, S. 19–24.
- HERMES, Peter: *Meine Zeitgeschichte 1922–1987* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte; Reihe A, Quellen 52). Paderborn 2007.
- HERZOG, Roman: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“. Politische Ideen für die Zukunft aus der Amtszeit Herzogs als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland 1994–1999. Bearb. von Jürgen PLÖHN. Sankt Augustin 2007.
- HETRODT, Ewald: Günther Beckstein. Die Biografie. Lahr 2008.
- HILDEBRAND, Klaus: Die Große Koalition 1966–1969: Gefährdung oder Bewahrung der parlamentarischen Demokratie? In: PATZELT, S. 360–373.
- HILDEBRAND, Klaus/WENGST, Udo/WIRSCHING, Andreas (Hg.): *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller. München 2008.
- HILDMANN, Philipp W.: Die ethische Leitkategorie der Menschenwürde als Maßstab einer Politik aus christlicher Verantwortung. In: *Politische Studien* 58 (2007) 415, S. 91–97.
- HIRSCHER, Gerhard: Editorial. Die neue Führungsmannschaft in Bayern – eine neue Zeitrechnung für die CSU? In: *Politische Studien* 58 (2007) 416, S. 5–7.

- HITZE, Guido: Adolf Kaschny (1881–1951). In: *Schlesische Lebensbilder* 9 (2007), S. 351–360.
- DERS.: Emil Franzke (1895–1984). In: *Schlesische Lebensbilder* 9 (2007), S. 399–411.
- HOCKERTS, Hans Günter: Parteien in Bewegung. Über die Flexibilität des Parteiensystems in der Reformära der Bonner Republik (1966–1974). In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 225–240.
- HÖPFINGER, Renate: Richard Jaeger (1913–1998). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 115–127.
- DIES.: *Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung. 40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung 1967–2007*. München 2007.
- HORRMANN, Horst/PLETT, Arnim/WEYBERG, Silke (Hg.): *60 Jahre – 60 Köpfe. Christliche Demokraten im Landkreis Peine 1946–2006*. Peine 2007.
- HUBER, Martin: *Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002* (Beiträge zur Politikwissenschaft 10). München 2008.
- DERS.: *Der Einfluss der CSU auf die Westpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1954–1969 im Hinblick auf die Beziehungen zu Frankreich und den USA* (Beiträge zur Politikwissenschaft 8). München 2008.
- IPSEN, Jörn (Hg.): *Parteiengesetz. Kommentar*. München 2008.
- JANES, Jackson: *Angela Merkel's Germany*. In: *Current History* 106 (2007) 698, S. 106–112.
- JELENIC, Josip/VOGEL, Bernhard (Hg.): *Werte schaffen. Vom Zweck der Politik in Zeiten der Globalisierung*. Freiburg i.Br. 2007.
- JESS, Thorsten/FLEMMING, Jens: *Ludwig Erhard. Das Leben Ludwig Erhards. Ein Film* (Deutschland: Lenker und Gestalter). [2 DVD] Hamburg 2008.
- JESSE, Eckhard: *Koalitionsaussagen der Parteien vor Bundestagswahlen*. In: JESSE/KLEIN, S. 85–96.
- DERS.: *Parteiendemokratie in der Krise* (Kirche und Gesellschaft 351). Köln 2008.
- JESSE, Eckhard/KLEIN, Eckart (Hg.): *Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland* (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 94). Berlin 2007.
- JOST, Hans Ulrich: *Tradition und Modernität in der SVP*. In: *Traverse* 14 (2007) 1, S. 25–45.
- JUN, Uwe/HAAS, Melanie/NIEDERMAYER, Oskar (Hg.): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden 2008.
- JUNGE, Christian/LEMP, Jakob (Hg.): *Parteien in Berlin*. Berlin 2007.
- DIES. (Hg.): *Parteien in Brandenburg*. Berlin 2008.
- KAISER, Klaus: *CDU-Schulpolitik in NRW. „Wir wollen eine Schule der Bildungsgewinner.“* In: *Neue deutsche Schule* 59 (2007) 1, S. 19–26.

- KASKE, Volker: „Die Fraktion der vereinigten Demokraten führt jetzt die Bezeichnung Fraktion der CDU“. Facetten des Weges vom politischen Neuanfang in Lübeck im Mai 1945 bis zur Bildung der CDU-Fraktion am 15. August 1946. In: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde 87 (2007), S. 241–264.
- KHOL, Andreas: Bernhard Vogel im Dienste christlich-demokratischer Europavisionen. In: ALTHAUS, S. 253–262.
- KIESSLING, Andreas: Das lange Ende der Ära Stoiber. Die CSU nach der Bundestagswahl 2005. In: NIEDERMAYER, S. 83–100.
- KISSNER, Michael: Neuorientierung, Konsolidierung, Paradigmenwechsel. Rheinland-Pfalz unter der Regierung von Helmut Kohl, Bernhard Vogel und Carl-Ludwig Wagner. In: Rheinland-Pfalz ist 60. Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947–2007. Mainz 2007, S. 25–39.
- KITTEL, Manfred: Strauß' Milliardenkredit für die DDR. Leistung und Gegenleistung in den innerdeutschen Beziehungen. In: Udo WENGST/Hermann WENTKER (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 307–331.
- KLECHA, Stephan/MUNIMUS, Bettina/WEINMANN, Nico: Hessens Ministerpräsidenten im Profil. In: SCHROEDER, S. 284–312.
- KLEIN, Markus/ROSAR, Ulrich: Wirkungen des TV-Duells im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 auf die Wahlentscheidung. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung von Medieneinflüssen auf die Siegerwahrnehmung und subjektiven Erwartungshaltung an die Debattenperformance der Kandidaten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59 (2007) 1, S. 81–104.
- KNOPP, Guido/DEICK, Christian: Konrad Adenauer. Der Patriarch. Ein Film von Guido Knopp und Christian Deick (Deutschland: Lenker und Gestalter). Hamburg 2008.
- KOCK, Peter Jakob: Der Bayerische Landtag. Eine Chronik. 5. Aufl. München 2006.
- KOHL, Helmut: Erinnerungen 1990–1994. München 2007.
- Konrad Adenauer. Köln – die zwanziger Jahre. Hg. vom Historischen Archiv der Stadt Köln. [DVD] Köln 2007.
- KORTE, Karl-Rudolf: Koalition der Willigen. In: Internationale Politik 62 (2007) 2, S. 90–91.
- DERS.: Neue Formeln zur Macht. Parteienwettbewerb in Deutschland. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 465, S. 5–9.
- KRAPP, Michael: Wiedervereinigung und Aufbau in Thüringen. In: ALTHAUS, S. 147–161.
- KROLL, Frank-Lothar: Epochenbewusstsein, europäisches Einigungsdenken und transnationale Integrationspolitik bei Heinrich von Brentano. In: HILDEBRAND/WENGST /WIRSCHING, S. 409–423.

- KRÜGER, Henning: 60 Jahre CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag 1947–2007. Hannover 2007.
- KRUKE, Anja: „Responsivität“ und Medialisierung. Meinungsforschung für Parteien in den sechziger Jahren. In: Frank BÖSCH/Norbert FREI (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006, S. 145–178.
- DIES.: Western Integration vs. Reunification? Analyzing the Polls of the 1950s. In: *German Politics and Society* 25 (2007) 2, S. 43–67.
- KÜHLEM, Kordula: Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 53). Düsseldorf 2008.
- LAMBSDORFF, Otto: Zur Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Keine gute Konjunktur für soziale Reform. In: *Liberal* 49 (2007) 3, S. 5–8.
- LAMMERT, Norbert: Flagge zeigen. Vielfalt braucht Orientierung. Lahr 2008.
- DERS.: Zwischenrufe. Politische Reden über Geschichte und Kultur, Demokratie und Religion. Berlin 2008.
- LASCHET, Armin/PFLÜGER, Friedbert (Hg.): Deutschland in Europa. Karlspreis 2008 an Angela Merkel. Monschau 2008.
- LAUK, Kurt J. (Hg.): Was würde Ludwig Erhard heute sagen? Stuttgart 2007.
- LINHART, Eric: Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005. In: *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2007) 3, S. 461–484.
- LOEWENBERG, Gerhard: Paradoxien des Parlamentarismus. Historische und aktuelle Gründe für Fehlverständnisse in Wissenschaft und Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 4, S. 816–827.
- LORENZ, Christian: Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 57 (2007) B 35–36, S. 33–40.
- MÄRZ, Peter: Große Koalitionen in Deutschland. In: JESSE/KLEIN, S. 119–177.
- DERS.: Ministerpräsidenten. In: Herbert SCHNEIDER/Hans-Georg WEHLING (Hg.): Landespolitik in Deutschland. Wiesbaden 2006, S. 148–184.
- MAIER, Hans: Adenauer in der Nachkriegspublizistik. In: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 447, S. 71–76.
- MAIER, Jürgen: Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 1951 bis 2001. Starke bundespolitische Einflüsse, große Bedeutung der Parteibindung. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 3, S. 495–503.
- MARX, Stefan: Franz Meyers (1908–2002). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 157–170.
- MAYS, Anja: Landtagswahlen in Sachsen 1994 bis 2004. Stärkere Landes- als Bundeseinflüsse. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 3, S. 567–577.
- MENK, Gerhard: Nach Republik und Diktatur: Die Gründung der CDU in Marburg. In: BOHL, S. 129–137.

- MENSING, Hans Peter: Aus Adenauers Nachlass. Beiträge zur Biographie und Politik des ersten Bundeskanzlers. Köln 2007.
- DERS.: „Glauben ist eine Gnade, die man nicht erzwingen kann“. Konrad Adenauers Einstellung zu Religiosität und Glaubensfragen. In: BOHL, S. 117–128.
- MERGEL, Thomas: Demokratie als Reklame. Der Bürger in den Werbefilmen zur Bundestagswahl. In: Frank BÖSCH/Norbert FREI (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006, S. 242–272.
- MEYER, Hans Joachim: Christ in der Gesellschaft. Bernhard Vogel als Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. In: ALTHAUS, S. 45–56.
- MIARD-DELACROIX, Hélène: Der Westen als Hort. Diskursanalytischer Beitrag zur Deutung des Begriffs „Westen“ in den Reden Konrad Adenauers zu Beginn der 1950er Jahre. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 397–407.
- MÖLLER, Horst: Helmut Kohl – ein Kanzlerporträt. In: Die Politische Meinung 52 (2007) 454, S. 49–54.
- MOLT, Peter: Lehr- und Wanderjahre. In: ALTHAUS, S. 1–18.
- MORLOK, Martin: Ludwig Erhard und die CDU. Eigenorganschaft als Prinzip des Parteienrechts. In: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung 14 (2007) 14, S. 14–21.
- MORSEY, Rudolf: Adenauers mühsame Suche nach einem „Staatssekretär des Äußeren“ 1949/50. Zwei Angebote an und zwei Absagen von Paulus van Husen. In: PATZELT, S. 347–359.
- DERS.: Paulus van Husen (1891–1971). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 63–75.
- DERS.: Vom Land aus der Retorte zu einem Land mit eigenem Profil. Die Ära Peter Altmeier 1947–1969. In: Rheinland-Pfalz ist 60. Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947–2007. Mainz 2007, S. 7–24.
- MUELLER, Michael u. a.: Der Fall Barschel. Ein tödliches Doppelspiel. Berlin 2007.
- MÜNDEL, Daniela: Politische Generationen in der Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56 (2008) 2, S. 139–153.
- NARR, Wolf-Dieter: Der CDU-Staat (1949–66). In: Roland ROTH/Dieter RUCHT (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M. 2008, S. 51–70.
- NEU, Viola: Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung (Zukunftsforum Politik 84). Sankt Augustin 2007.
- NEUMANN, Arijana/SCHMID, Josef: Die Hessen-CDU. Kampfverband und Regierungspartei. In: SCHROEDER, S. 107–141.

- NIEDERMAYER, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden 2008.
- OBERREUTER, Heinrich (Hg.): Kraftzentrum politischer Bildung. Zur Gründungsgeschichte der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung. München 2007.
- DERS. (Hg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung. München 2007.
- DERS.: Stoibers Sturz. Ein Beispiel für die Selbstgefährdung politischer Macht. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39 (2008) 1, S. 112–118.
- DERS.: Die Wiederkehr des Normativen. Eine Erinnerung an das Unverfügbare. In: Die Politische Meinung 52 (2007) 449, S. 13–14.
- OCKENFELS, Wolfgang: Editorial: Eine „christliche“ Demokratie. In: Die Neue Ordnung 61 (2007) 5, S. 322–323.
- OHR, Dieter/KLEIN, Markus: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1990 bis 2005. Keine Dominanz der Bundespolitik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 541–549.
- OPPELLAND, Torsten: Aushandeln statt Durchregieren. Optionen im Fünf-Parteien-System. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 465, S. 10–14.
- PATZELT, Werner J./SEBALDT, Martin/KRANENPOHL, Uwe (Hg.): Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 2007.
- PETERSEN, Thomas: Helmut Kohls Wahlkämpfe. In: Nikolaus JACKOB (Hg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912–2005. Wiesbaden 2007, S. 194–214.
- PHILIPP, Michael: Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen. Politische Rücktritte in Deutschland von 1950 bis heute. München 2007.
- PRAXENTHALER, Benedikt (Bearb.): 50 Jahre Römische Verträge. „Europa muss geschaffen werden“. Konrad Adenauer zur Einigung Europas. Eine Auswahl von Reden und anderen Dokumenten (Rhöndorfer Hefte 12). Bad Honnef 2007.
- PÜTTMANN, Andreas: Christliche Volkspartei ohne christliches Volk? Zur strategischen Opportunität und sozialetischen Aktualität einer Politik mit dem „C“. In: Bernhard VOGEL (Hg.): Politik, Kommunikation, Kultur. Festschrift für Wolfgang Bergsdorf. Paderborn 2007, S. 85–108.
- RACHEL, Thomas: Evangelischer Glaube und Patriotismus. In: BOHL, S. 146–159.
- DERS.: Freiheit und Gerechtigkeit – kritische Anmerkungen zur aktuellen Grundsatzprogrammdiskussion der CDU. In: Politische Studien 58 (2007) 412, S. 52–61.
- DERS.: Von Gerechtigkeit und Freiheit. Kritische Anmerkungen zur Grundsatzprogrammdiskussion der CDU. In: Die Politische Meinung 52 (2007) 448, S. 63–64.

- RAUCH, Andreas M.: Die Vorbereitungen der Währungsreform von 1948. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2008) 116, S. 4–10.
- REICHARDT, Sven: Große und Sozialliberale Koalition (1966–1974). In: Roland ROTH/Dieter RUCHT (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M. 2008, S. 71–91.
- REICHART-DREYER, Ingrid: Die CDU in Berlin. In: Christian JUNGE/Jakob LEMPP (Hg.): Parteien in Berlin. Berlin 2007, S. 81–100.
- REUTER-BOYSEN, Christiane: Thusnelda Lang-Brumann (1880–1953). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 49–60.
- RÖDDER, Andreas: Was heißt heute konservativ? Das Maß der Mitte im politischen Denken, Entscheiden und Handeln. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 465, S. 29–33.
- ROLLE, Jennifer: Weiterbildung von Parteimitgliedern. Konzepte, Umsetzbarkeit, konkrete Anwendung. Saabrücken 2007.
- ROSIN, Philip: Kurt Georg Kiesinger und Charles de Gaulle. Die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969 (Forum junge Politikwissenschaft 9). Bonn 2007.
- ROSSI, Matthias: Parteiengesetz. Handkommentar. Baden-Baden 2007.
- RUDI, Tatjana: Landtagswahlen in Hessen 1991 bis 2003. Bundespolitische Einflüsse vor allem bei unabhängigen Wählern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 559–566.
- RÜTTGERS, Jürgen: Christlich – sozial – europäisch. Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 464, S. 68–72.
- DERS.: Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift. Köln 2007.
- RUMMEL, Alois: Rainer Barzel (1924–2006). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 215–227.
- SACK, Birgit: Amalie Lauer (1882–1950). In: ARETZ/MORSEY/RAUSCHER, S. 35–47.
- SCHABEDOTH, Hans-Joachim: Blick auf die Grundsatzprogramme der Volksparteien – Eine gewerkschaftliche Position. In: WSI-Mitteilungen 61 (2008) 2, S. 107–113.
- SCHACHT, Konrad: Ist Frankfurt eine CDU-Hochburg? In: SCHROEDER, S. 361–370.
- SCHÄFER, Armin: Die Reform des Sozialstaats und das deutsche Parteiensystem: Abschied von den Volksparteien? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 648–666.
- SCHALT, Fabian: Haben Mitgliederparteien eine Zukunft? In: Civis mit Sonde (2007) 2, S. 48–51.
- SCHATTENBERG, Susanne: „Gespräch zweier Taubstummer“? Die Kultur der Außenpolitik Chruščëvs und Adenauers Moskaureise 1955. In: Osteuropa 57 (2007) 7, S. 27–46.

- SCHLIEPER, Eva: Die Politik der CDU/CSU gegenüber der KSZE 1972–1975. Köln 2008.
- SCHMID, Josef: Die CDU nach 2005: Von Wahl zu Wahl – und doch kein Wandel? In: NIEDERMAYER, S. 67–82.
- SCHMIDT, Giselher: Architekt der absoluten Mehrheit. Franz Meyers zum 100. Geburtstag. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 464, S. 73–74.
- SCHMITT, Karl: „So viel Anfang war nie“. Bernhard Vogel – ein Glücksfall für Thüringen. In: ALTHAUS, S. 133–145.
- SCHNEIDER, Beate/SCHÜTZ, Walter J.: Grundrichtung: christlich-demokratisch. Zur Entwicklung und Struktur parteinaher Zeitungen seit 1945. In: Bernhard VOGEL (Hg.): Politik, Kommunikation, Kultur. Festschrift für Wolfgang Bergsdorf. Paderborn 2007, S. 455–485.
- SCHNEIDER, Oscar: Vertrauen und Verantwortung. 60 Jahre CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach (1945–2005). Nürnberg 2006.
- SCHOEN, Harald: Landtagswahlen in Bayern 1966 bis 2003 Verstärkte bundespolitische Durchdringung aufgrund der Doppelrolle der CSU. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 503–512.
- SCHÖNFELDER, Jan/ERICES, Rainer: Kohls geheime Reise in die DDR. In: Deutschland Archiv 40 (2007) 2, S. 288–296.
- SCHROEDER, Wolfgang (Hg.): Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem? Wiesbaden 2008.
- SCHULZ, Günther (Hg.): Konrad Adenauer 1917–1933. Dokumente aus den Kölner Jahren. Köln 2007.
- SCHWAB, Michael (Hg.): Alfred Dregger für Fulda und Deutschland. Stationen eines charismatischen Politikers (Dokumentationen zur Stadtgeschichte 26). Petersberg 2008.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Anmerkungen zu Adenauer. München 2007.
- SEGERS, Mathieu L.: Deutschlands Ringen mit der Relance. Die Europapolitik der BRD während der Beratungen und Verhandlungen über die Römischen Verträge (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaften 551). Frankfurt/M. 2008.
- SPICKA, Mark E.: Selling the Economic Miracle. Economic Reconstruction and Politics in West Germany 1949–1957 (Monographs in German History 18). New York 2007.
- STRÖBEL, Hermann: Bildungspolitik in Thüringen 1990 bis 2005. Reformen und Qualifizierung von Schule und Hochschule, Hochschulgründungen. In: ALTHAUS, S. 163–181.
- STEINBRECHER, Markus/WENZEL, Eva: Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2002. Der besondere Einfluss gleichzeitig stattfindender Bundestagswahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 549–559.

- STROHMEIER, Gerd: Moderne Wahlkämpfe unter besonderer Berücksichtigung der Bundestagswahlkämpfe seit 1998. In: JESSE/KLEIN, S. 97–118.
- SUSIN, Luiz Carlos: Christentum und Demokratie. In: Concilium 43 (2007) 4, S. 379–383.
- SZATKOWSKI, Tim: Karl Carstens. Eine politische Biographie. Weimar 2007.
- TENSCHER, Jens/BATT, Helge: 100 Tage Schonfrist. Bundespolitik und Landtagswahlen im Schatten der Großen Koalition. Wiesbaden 2008.
- THESING, Josef: Bernhard Vogel: Kultur des Dialogs – ein glaubwürdiges Mittel in der internationalen Zusammenarbeit. In: ALTHAUS, S. 277–292.
- THIEMEYER, Guido: The „Social Market Economy“ and its Impact on German European Policy in the Adenauer Era, 1949–1963. In: German Politics and Society 25 (2007) 2, S. 68–85.
- Thüringer Regierungschefs 1920 bis 2003. Thüringer Regierungsgeschichte. Ein historischer Rückblick. 2. Aufl. Erfurt 2007.
- VEEN, Hans-Joachim: Der Deidesheimer Kreis. In: ALTHAUS, S. 237–249.
- VOGEL, Bernhard (Hg.): At the centre: Human dignity. Christian responsibility as a basis for the practice of politics. Christian ethics as a guide. Sankt Augustin 2007.
- DERS.: Parlamentarische Arbeit, politische Kultur und das christliche Verständnis vom Menschen (Schriftenreihe zu Grundlagen, Zielen und Ergebnissen der parlamentarischen Arbeit der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages 46). Dresden 2007.
- DERS.: „Was uns leitet – Zum geistigen Profil christlicher Demokratie“. In: WAGNER (Hg.): Was uns leitet, S. 117–145.
- DERS. (Hg.): Zukunft gemeinsam gestalten. Christliche Demokraten für Europa. Sankt Augustin 2007.
- VOGEL, Bernhard u. a.: Schwerpunkt: Das neue CDU-Grundsatzprogramm. In: Civis mit Sonde (2007) 2, S. 4–47.
- VOGEL, Sabine u. a. (Red.): Soziale Marktwirtschaft – damals und heute. Zitate und Aufsätze. Sankt Augustin 2007.
- VOGT, Wolfgang: Bohrer und Brett. Erinnern und Reflektieren. Merzenich 2007.
- VOLKERT, Wilhelm: Die Bayerische Patriotenpartei und das Zentrum 1871–1898. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Bayerischen Volkspartei. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 83–98.
- VOLKMANN, Peer Oliver: Heinrich Brüning (1885–1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 52). Düsseldorf 2007.
- VOSS, Jochen: Symbolische Politik im Wahlkampf. Eine vergleichende Analyse der Bundestags-Wahlkämpfe 1998 und 2002 von CDU und SPD. Marburg 2007.

- WACKERS, Frank: Ländlich-katholisch. Gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse. Kevelaer 2008.
- WAGNER, Christean: Freiheit und Sicherheit. Die CDU Deutschlands auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm. In: BOHL, S. 160–168.
- DERS. (Hg.): Was uns leitet. Eckpfeiler einer bürgerlichen Kultur. Frankfurt/M. 2007.
- WAHLERS, Gerhard: Bernhard Vogel als Außenpolitiker. In: ALTHAUS, S. 293–303.
- WEBER, Manfred: Programmdebatten in CDU, CSU und SPD. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2007) 113, S. 31–37.
- WEISS, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung. In: Frank BÖSCH/Norbert FREI (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006, S. 73–120.
- WENGST, Udo: Ludwig Erhards Durchbruch zur Marktwirtschaft. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (2008) 116, S. 11–15.
- DERS.: Machen Männer wieder Geschichte? Der Stellenwert von Politikerbiografien in der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik Deutschland. In: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING, S. 627–639.
- WERZ, Nikolaus: Parteien in den neuen Bundesländern seit 1990. In: JESSE/KLEIN, S. 49–63.
- WIESENDAHL, Elmar: Am Volk vorbei. Die Volksparteien nach dem Wegfall ihrer Voraussetzungen. In: Vorgänge 46 (2007) 4, S. 4–14.
- WILFRED, Felix: Das Christentum und der globale demokratische Prozess. In: Concilium 43 (2007) 4, S. 474–492.
- WULFF, Christian: „Besser die Wahrheit“. Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg. Hamburg 2007.
- ZEIN, Henrik: Die organisatorische Entwicklung der CDU in der Opposition (1969–1982 und 1998–2005). Osnabrück 2007.
- ZEITLER, Benjamin: Getrennt marschieren, geeint schlagen? Die Organisation der CDU-Kampagnen zu den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005. In: Politische Studien 59 (2008) 417, S. 53–69.
- ZOCHER, Peter: Edo Osterloh – vom Theologen zum christlichen Politiker. Eine Fallstudie zum Verhältnis von Theologie und Politik im 20. Jahrhundert (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte: Reihe B, Darstellungen 48). Göttingen 2007.
- ZOK, Kinga Antonina (Red.): 60 Jahre Junge Union in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2007.
- ZOLLEIS, Udo: Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2008.
- Die Zukunft der christlichen Demokraten in Deutschland. In: Die Politische Meinung 52 (2007) 449, S. 5–30.

Zwei Jahre Große Koalition. In: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 454, S. 5–33.

Europa

- ANTA, Claudio Giulio: *Les pères de l'Europe. Sept portraits. Avec une présentation d'Arturo Colombo.* Brüssel 2007.
- DUMOULIN, Michel (Hg.): *Die Europäische Kommission 1958–1972. Geschichte und Erinnerungen einer Institution.* Luxemburg 2007.
- CHENAUX, Philippe: *De la chrétienté à l'Europe. Les catholiques et l'idée européenne au XXe siècle.* Tours 2007.
- DELGADO, Mariano/NEUHOLD, David (Hg.): *Politik aus christlicher Verantwortung. Ein Ländervergleich Österreich – Schweiz.* Innsbruck 2008.
- FADDA, Paolo: *C'era una volta in Sardegna la DC: tesi per una storia critica della Democrazia Cristiana sarda; le Quattro stagioni del Biancofiore.* Cagliari 2008.
- GRABOW, Karsten/RIECK, Christian E. (Hg.): *Parties and Democracy (The KAS democracy report 2007).* Bonn 2007.
- GROTZ, Florian: *Vertikale Gewaltenteilung: institutionenpolitische Leitidee oder demokratiethoretisch Chiffre? Die Reform westeuropäischer Bundes- und Einheitsstaaten im Vergleich.* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 4, S. 775–797.
- Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2006 / Fraktion der Europäischen Volkspartei.* Brüssel 2007.
- JANSEN, Thomas: *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung [auch in Englisch, Französisch und Spanisch].* Brüssel 2006.
- JÖRGENS, Olaf: *Zwischen Kontinuität und Wandel. Zwanzig Jahre spanische Europapolitik unter Felipe González, José María Aznar und José Luis Rodríguez Zapatero (Forum junge Politikwissenschaft 10).* Bonn 2007.
- KAISER, Wolfram: *Christian Democracy and the Origins of European Union (New Studies in European History).* Cambridge 2007.
- KAISER, Wolfram/LEUCHT, Brigitte: *Informal Politics of Integration. Christian Democratic and Transatlantic Networks in the Creation of ECSC core Europe.* In: *Journal of European Integration History* 14 (2008) 1, S. 35–49.
- LYNCH, Philip/WHITAKER, Richard: *A Loveless Marriage. The Conservatives and the European People's Party.* In: *Parliamentary Affairs* 61 (2008), 1, S. 31–51.
- MATUSCHEK, Peter: *Erfolg und Misserfolg konservativer Parteien. Die spanische AP-PP und das portugiesische CDS-PP im Vergleich.* Wiesbaden 2008.
- Österreichisches Jahrbuch für Politik 2007.* Wien 2008.

- POGORELSKAJA, Swetlana u.a.: Konserwatiwnye i liberalnye partii zapadno-evropejskich stran/Conservative and liberal parties of West European countries (Aktualnye problemy Ewropy/Urgent problems of Europe, 2007/1). Moskau 2007.
- SEELEIB-KAISER, Martin/VAN DYK, Silke/ROGGENKAMP, Martin: Party Politics and Social Welfare. Comparing Christian and Social Democracy in Austria, Germany and the Netherlands. Cheltenham 2008.
- TAVITS, Margit: Party Systems in the Making. The Emergence and Success of New Parties in New Democracies. In: *British Journal of Political Science* 38 (2008) 1, S. 113–133.
- TERTÜNTE, Stefan: Léon Dehon und die Christliche Demokratie. Ein katholischer Versuch gesellschaftlicher Erneuerung in Frankreich am Ende des 19. Jahrhunderts (Freiburger Theologische Studien 171). Freiburg i.Br. 2007.
- TREFS, Matthias: Faktionen in westeuropäischen Parteien. Italien, Großbritannien und Deutschland im Vergleich. Baden-Baden 2007.
- VYTISKA, Herbert: Quo vadis, ÖVP? In: *Die Politische Meinung* 52 (2007) 451, S. 75–79.
- ZÜRCHER, Regula: Von der mehrheitskonformen Standespartei zur oppositionellen Volkspartei. Die Positionierung der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und späteren Schweizerischen Volkspartei von 1920–2003. In: *Traverse* 14 (2007) 1, S. 65–82.

Abstracts*

Jürgen Rüttgers: Christian – Socially – minded – European: Karl Arnold as political founder of North Rhine-Westphalia (pp. 1–15)

The fiftieth anniversary of Karl Arnold's death (1901–1958) invites to review the political biography of this Swabian by birth who felt at home as a citizen of Düsseldorf. His years of work with the Christian trade unions led him into the Centre Party in Düsseldorf and in addition into the town council. During the National Socialist regime he managed to set himself up in life anew; politically he belonged to the group around the former Lord Mayor Lehr with whom he discussed Germany's political future after the war. At the beginning of 1946 Arnold as chairman of the Union party, which was then called Christian People's Party, was elected Lord Mayor of Düsseldorf and in 1947 he became the first freely elected prime minister of North Rhine-Westphalia. Contrary to Adenauer, Arnold emphasized throughout his life the Union parties' responsibility to all social classes and therefore he regarded North Rhine-Westphalia as the "social conscience of the Federal Republic".

Oliver Spatz: Patriotism and historical awareness as seen in the light of generation change – an analytical retrospection on the Schröder/Fischer era (pp. 17–46)

The change of government in 1998 marks a caesura for the political culture of the Federal Republic. For the first time since 1945 a generation without its own war experience gained leadership responsibility. From today's point of view the seven Red-Green years mark on the one hand a significant change in the awareness of dealing with German history – especially with the legacy of National Socialism – as well as, closely related, a more unbiased use of the formerly predominantly avoided terms such as nation, pride or patriotism.

The essay traces the quintessential lines of development of this extensive self-reflection and examines in a way relevant to present times the historico-political remeasurement of the "Berlin Republic" initialized by Red-Green which revealed in its course a changed national identity.

Uwe Kranenpohl: The "Christian" Greens: Social structure and political viewpoint of the members of the Ecological-Democratic Party (edc) (pp. 47–61)

By examining the members of the Ecological-Democratic Party, the members of a small party which has only been able to gain seats in municipal councils are being empirically analysed for the first time. In doing so it becomes apparent that the membership of the edc corresponds socio-structurally to the profile of the other parties. The extensive belief in the right to life presents an ideologically distinctive feature which combines the demand for a nuclear power phase out with ecological claims and a rejection of pregnancy termination. With the help of this manifesto the party manages to commit its members. They however show definitely more sympathy to the competing ecological party The Greens than to the Union parties with their Christian core identity.

* Aus dem Deutschen übersetzt von Denise Lindsay

Christoph Studt: “no-man’s land”. The caricature in historical research (pp. 63–80)

The research into caricature suffers from the fact that neither art history nor historical sciences feel responsible for it. Therefore the history of graphic caricature in Europe since Renaissance will be presented and a survey of the history of caricature research given.

Winfried Becker: Nouvelles Equipes Internationales and federalism (pp. 81–102)

Since 1947 the Nouvelles Equipes Internationales (NEI) combined parties, groups and personalities of different countries, in 1965 they merged within the European Union of Christian Democrats. For some of its mentors federalism presented a paradigm to shape their vision of a peaceful coexistence of the European peoples after two world wars. An alliance of free and equal nations without hegemonic structures was intended. The NEI’s organisationally loose affiliation took on a pioneering role for the unification of Europe as the contacts established during the early stages made the first stages of supranational amalgamation easier.

Rudolf Uertz: Christian democratic values within the Parliamentary Council 1948/49 (pp. 103–123)

The Basic Law of the Federal Republic of Germany is considered throughout the world as one of the most balanced and stable constitutions. This constitutional achievement which is also an expression of socio-ethical and historico-cultural experiences has undoubtedly contributed a major share to the politico-legal and socio-cultural progress of the Federal Republic. After all, the Basic Law and the constitutional reality of 1949 exerted a spell on the Germans living within the occupation zone and sphere of influence of the GDR’s communist regime. Especially interesting are the personalistic and subsidiary moral concepts which were advocated by CDU and CSU within the Parliamentary Council in contrast to positivistic and etatistic attitudes.

Manja Winkler: The Christian Democratic Union in Leipzig 1945 to 1948 (pp. 125–142)

The foundation of a Christian party in Leipzig developed at first in quite another way as in Chemnitz or Dresden: after the departure of the American forces from the trade fair city, liberal and Christian orientated politicians attempted to launch a combined party which foundered because of Soviet opposition. As early as in connection with the ensuing party foundation as well as later on, various examples make the Soviet influence on decisions of the Leipzig CDU quite plain. During the period investigated, the Leipzig Union leadership had hardly any political freedom of decision or action as it had to yield in many cases to Soviet pressure in order to maintain the possibility of further political work.

Gerhard Wettig: The “Prague Spring”, the military intervention and the global political consequences. Perceptions based on new archive documents (pp. 143–166)

While the forces surrounding Andropov and Suslov within the Soviet leadership demanded quite rapidly an intervention against the reform forces in the ČSSR, Brezhnev hesitated for a long time and relied on a relenting of the Czechoslovakian Communists. Within the Warsaw Pact countries especially Ulbricht and Gomulka pressed for an invasion as they perceived their own regimes to be threatened. After the formulation of the so-called Brezhnev Doctrine, which was supposed to justify an invasion for the alleged protection of socialism, mainly Soviet forces invaded the ČSSR. In the aftermath the Soviet leadership tried to minimize the damage regarding foreign affairs with the CSCE’s help but in the long run this weakened the Communist position further.

Manfred Agethen: Franz Schleusener – a victim of Communist tyranny in Brandenburg (pp. 167–189)

Franz Schleusener, born in 1876 at Sellnow in Pomerania, advanced after having studied law and having worked as a lawyer quickly in his career as civil servant until he became undersecretary at the Prussian Ministry of Finance. After the war the Soviet Military Administration entrusted him, because of his expert knowledge in administration, with an executive position in the provincial administration of the Mark of Brandenburg. Endowed with a CDU mandate, he became a member of the municipal government at Potsdam and of the Landtag of Brandenburg where he ran the legal and constitutional committee. In this capacity he attacked most notably the Minister of the Interior Bernhard Bechler (SED) because of his breaches of law and constitution; he demanded free elections and a democratic style of government. The Soviets and the SED numbered him among the leaders of the “reactionary forces” in Brandenburg. At the end of March 1950 he was arrested during purges against “bourgeois” politicians and died under unknown circumstances. Schleusener sets a good example for a brave and resistant attitude against the Communist claim to leadership and the enforced political conformity in the Soviet zone of occupation and the early GDR.

Tobias Wöhrle: President of State Leo Wohleb (1888–1955). Catholic native of Baden, German, European (pp. 191–216)

Leo Wohleb derived from the Catholic environment of Freiburg. His character was stamped by the Kulturkampf and he possessed since adolescence a powerful sense of home for the Baden region. After the end of the National Socialist regime and the Second World War, the grammar school teacher for Latin and Greek was part of the reconstruction forces in the French occupied zone of South Baden. As a person with a clean political record he was chosen, as a compromise candidate, to be chairman of the Baden Christian Social People’s Party (later on renamed CDU Baden) at the end of 1945. From 1947 to 1952 he was president of state and minister of cultural and education affairs of the Baden state. To South German federalism the Baden tradition played an important part. Therefore he opposed the creation of a Southwest State out of the old states Baden and Württemberg and fought for the restitution of Baden. He championed the foundation of West Germany whereby the states’ rights couldn’t go far enough for him. For peacekeeping he spoke out in favour of European rap-

prochement and unification which he had advocated already at the end of the First World War. After the ending of his political career Wohleb acted as German envoy to Portugal until he died.

Günter Buchstab: Josef Stingl (1919–2004) (pp. 217–233)

On 19 March 2009 Josef Stingl would have celebrated his 90th birthday – an occasion to remember this socially-minded politician not alone distinguished by his work as President of the Federal Labour Office. Born in the Egerland region, Stingl earned his living – after having served during the war as officer in the German air force and been expelled from his home region – as a construction worker, later on as a building society employee and as a consultant at the Chamber of Industry and Commerce in Berlin. At the same time he studied Political Science. Stingl, shaped by Catholic social teaching and committed to the principle of subsidiarity, entered the federal parliament in 1953; in 1963 he came into office as chairman of the parliamentary group’s committee “Labour and Social Affairs”. From 1965 to 1973 he also headed the CDU’s committee for social welfare policy. For 16 years, from 1968 to 1984, he shaped as its president the Federal Labour Office. He developed the agency into a service facility, introducing cashless payment of unemployment benefits to take away the disrepute of pauper relief and making a considerable number of suggestions concerning labour market and economic policy. The public proclamation of the unemployment figure gave importance to labour market policy and his agency but also earned him the sobriquet “federal prophet of doom”. As president of the “Ackermann Community” he spoke up for the concerns of the Sudeten Germans and encouraged the reconciliation with the Czechoslovakian people.

Hans Günter Hockerts: Colloquy on the Kohl era VIII: Social welfare policy before and after reunification. Introduction (pp. 233–239)

The Kohl era came only recently into the focus of contemporary historical research. Considering the social welfare policy of these years its development has to be linked with global political parameters such as the collapse of the Eastern bloc as well as the macroeconomic conditions between the slump at the end of the 1970s and the globalisation during the last decade of the century. The shifts within the socio-cultural framework have also to be considered, from the effects of unemployment – at its highest level mainly because of the reunification – to the alteration of family structures right up to the demographic change.

Manfred G. Schmidt: Social welfare policy 1982–1989 (pp. 241–253)

How far did the federal government consisting of CDU, CSU and FDP manage to set in motion from 1982 to 1989, its scheme of consolidating the state’s finance – including the social budget – and introducing an institutional reform of social welfare policy? Both schemes were – even in international comparison – quite successful. This success can be explained by extraordinarily advantageous political reform conditions. The limits of financial consolidation and institutional reforms of the altogether moderate policy of renewal are also explainable. The margins are to a lesser extent confined by economy or society but by politics. They are not primarily to be found by not being able to (owing to institutional limits

and numerous veto players) but mainly in the fact that the key players of the government coalition and their voters ultimately did not want a more drastic renewal.

Gerhard A. Ritter: Social welfare policy during the process of reunification (pp. 255–270)

Reunification drastically aggravated the latent crisis of the German welfare state induced by factors such as the demographic change and the diversification of the working environment. In view of the dynamism of the unification process and the political constellations, no political alternative existed to transferring the federal welfare state – without denying the mistakes that happened at the same time. In addition to that, social welfare policy in 1990 was overlaid by election campaigns and its necessity decisively defined.

Günter Buchstab: Colloquy on the Kohl era IX: The intra-German policy from 1982 to 1990. Introduction (pp. 289–293)

The forthcoming 20th anniversary of the fall of the wall presents an occasion to inquire about the long-range developments which have led to the collapse of the Eastern bloc. The part played by Helmut Kohl's intra-German policy which, adhering to a pragmatically observance of treaties, never relinquished the goal of German unification – even if parts of the intellectual left as well as quite a number of social democratic top politicians lost sight of it – is often overlooked.

Andreas Rödder: The German Question prior to the Unification Treaty: parties, intellectuals, mass media in the German Federal Republic (pp. 295–309)

Although a majority of the West German population during the 1980s considered the reunification to be far off, it was nevertheless supported by a vast majority. The discourse within the elite proceeded quite differently: whereas a prompt commitment to reunification was undisputed within the Union parties, the Social Democrats were worn down between the positive affirmation of reunification – epitomized above all by the honorary chairman Willy Brandt – and the sceptical attitudes of his “grandsons”, notably Lafontaine and Schröder. Within the published opinion the strident criticism of Grass was characteristic of the intellectual left, but there were also firm supporters of reunification as for example Augstein or Bucerius.

Manuela Glaab: Public opinion on Honecker's visit (pp. 311–334)

The surveys conducted on the occasion of Honecker's visit in 1987 made obvious that the special relationship existing between both German states had faded in the perception of West German citizens, even if the principle of national unity enshrined in the Basic Law was still supported. During the 1980s the support for the intra-German policy and the policy towards the east had altogether risen. The Honecker visit itself was rated favourably, in particular the steps expected in human relief, although it caused anxiety that the upgrading of the GDR might go too far.

Michael Richter: The formation of the “Alliance for Germany” (pp. 335–346)

The question which partner should be backed for the election to the people’s chamber in March 1990 in the GDR was debated controversially within the Union parties. The East German CDU was burdened with its past as a bloc party but was equipped as the only potential counterpart with an impressive organization, whereas the DSU, DA und DFP were politically unencumbered but without a worthwhile party organization. Helmut Kohl finally pushed the electoral coalition “Alliance for Germany” through to unite both facets.

Hanns Jürgen Küsters: Legal aspects of German unification (pp. 347–373)

From a legal point of view the negotiations about the restoration of German unity aimed at three fundamental problems: 1) restoring the political, economic and social unity within Germany; 2) abolishing the Allied reserved powers relating to Germany as a whole and Berlin and thus conceding Germany full sovereignty over its internal and external affairs; and 3) reinforcing Germany’s integration in the Western political, economic and military alliances. The internal aspects of German unity – especially the treaty on Economic, Monetary and Social Union signed by both German states in May 1990 which implemented social market economy in the GDR – and the path to unification were seen as a matter to be taken care of exclusively by the Germans themselves. By separating the internal aspects from the question to what extent the Four Powers would give up their responsibility for the external aspects of unification within the scope of the Two-Plus-Four Treaty, the Kohl government was able to push ahead with the process of unification. The Two-Plus-Four Treaty and the Unification Treaty, both signed in September 1990, led to Germany’s sovereignty.

Christopher Beckmann: “It opened up a whole new world to me”. The journey of Ernst Majonica MP to South East Asia 1955/56 (pp. 395–426)

Ernst Majonica, from 1950 to 1955 chairman of the CDU’s youth organisation “Junge Union” and from 1959 to 1969 spokesman on foreign affairs of the CDU/CSU’s parliamentary group, was one of the first members of the Bundestag to undertake a journey to South East Asia during the 1950s. The first journey, whose travel diary is presented here, led him to Vietnam, Cambodia and Hong Kong around the turn of the year 1955/56 and might have been formative for his lifelong interest in Asia. Especially in Saigon, he held numerous talks with political and ecclesiastic dignitaries, among others President Ngo Dinh Diem, and from there he travelled around the country. From a present-day point of view it is quite remarkable how uncritically he accepted the political conclusions presented to him then; he was going to scrutinize them more cautiously in later years. Besides copious notes on his conversations, the descriptive characterizations and impressions noted down in his diary are worth reading. They exude a deep fascination when faced with a till then foreign culture. This fascination was going to last a lifetime and had a powerful influence on Majonica’s political work. After his return, he pleaded intensely for the establishment of diplomatic relations with Saigon, a question that was discussed controversially in Bonn at that time. Majonica looked upon the internal Vietnamese conflict as an integral element of the East-West conflict. According to his point of view providing support for the Diem Government was a means to prevent a communist take-over of power in Vietnam and the whole of South East Asia which would have catastrophic consequences for the entire pro-Western camp.

Rudolf Morsey: The contribution of the Foundation Chancellor-Adenauer-House to the Adenauer research (pp. 427–442)

The Adenauer research already set in during the chancellorship of Adenauer with Paul Weymar's authorised biography. By forming the foundation in December 1967 the sources as well as the assured facts on the first chancellor were decisively broadened by the "Rhöndorf talks", the "Rhöndorf edition" and the research of Hans-Peter Schwarz, Hans Peter Mensing and others linked to it.

Michael Hansmann: The question of securing and indexing the political parties' websites seen from the point of view of the Archive for Christian Democratic Policy. A project report (pp. 443–454)

During the last few years the Internet has developed into a universal communications and information network. The political parties in Germany took advantage of it for their work and use this new instrument intensively. Meanwhile part of the public relations work takes place only on the Internet. Securing the parties' Internet presence and with it part of the digital tradition is one of the tasks of the archives concerned. They have to preserve this new genre of sources for research and to file it permanently. By means of a project sponsored by the German Research Foundation proof could be furnished that it is possible to secure websites and index them content-related. After the conclusion of the project the ACDP developed, with the help of a private company, a solution based on a database which meets the criteria of the corresponding future-proof international OAIS standard.

Angela Keller-Kühne: The Stinnes family and company archive: important files for the history of an industrial empire (pp. 455–469)

The Hugo Stinnes family and company archive is one of the historically most valuable holdings of the Archive for Christian Democratic Policy. 127 metres of files and an extensive stock of photographs document the rise and fall of an industrial dynasty and a globally branched industrial company from the beginnings (starting 1815) to the recent present (1986). Hugo Stinnes Sen. built up his economic empire before the First World War, after the war inflation fostered its additional growth. After the turn of the century he was – next to Gustav Krupp von Bohlen und Halbach and August Thyssen – one of the most influential German business leaders. As a member of the Reichstag for the DVP Stinnes had influence on political events, as a member of the German delegation at the reparation negotiations he represented the interests of the heavy industry. Her corresponded among others with Friedrich Ebert, Matthias Erzberger, Theobald von Bethmann Hollweg, Wilhelm Groener, Wolfgang Kapp, Erich Ludendorff, Hans Luther, Wilhelm Marx and Joseph Wirth, Walther Rathenau, Gustav Stresemann and Alfred von Tirpitz.

Résumés*

Jürgen Rüttgers: Chrétien-social-européen: Karl Arnold, fondateur politique de la Rhénanie du Nord-Westphalie (p. 1–15)

Le cinquantième anniversaire du décès de Karl Arnold (1901–1958) invite à jeter un regard rétrospectif sur la biographie politique de cet ancien ministre-président né en Souabe, mais qui se sentait profondément chez lui à Düsseldorf. C'est en travaillant dans les mouvements d'action chrétienne qu'il s'est rapproché du Zentrum de Düsseldorf, pour ensuite entrer au conseil municipal. Sous le Troisième Reich, il parvint à se construire une nouvelle vie. Du point de vue politique, il faisait partie du cercle qui gravitait autour de l'ancien maire, Robert Lehr, et au sein duquel on discutait de l'avenir de l'Allemagne après la guerre. Début 1946, Karl Arnold, président de l'Union, qui s'appelait alors encore CVP, est élu maire de Düsseldorf puis, en 1947, premier ministre-président librement élu de Rhénanie du Nord-Westphalie. Contrairement à Konrad Adenauer, Karl Arnold n'aura eu de cesse toute sa vie de rappeler la responsabilité de l'Union envers toutes les classes de la société et considérait pour cette raison la Rhénanie du Nord-Westphalie comme la «conscience sociale de la République fédérale».

Oliver Spatz: Patriotisme et sens de l'histoire au miroir du changement de génération – un retour analytique sur l'ère Schröder/Fischer (p. 17–46)

Le changement de gouvernement de 1998 constitua une césure dans la culture politique de la République fédérale. Pour la première fois depuis 1945 arrivait au pouvoir une génération qui n'avait pas vécu elle-même la guerre. Vu d'aujourd'hui, les sept années de coalition SPD–Verts marquèrent un changement de conscience significatif dans les rapports des Allemands à leur histoire – en premier lieu au passé nazi – et, phénomène qui lui est indissociablement corrélé, cette époque fut celle d'une utilisation bien plus décomplexée de notions autrefois en général soigneusement évitées, telle que nation, fierté ou patriotisme.

L'article retrace les lignes essentielles de l'évolution de cette vaste mise en miroir de soi et explore dans une perspective contemporaine la réévaluation de l'histoire politique de la «République berlinoise» initiée sous le gouvernement SPD–Verts et au cours de laquelle a émergé un changement de conscience nationale.

Uwe Kranenpohl: Les «Verts chrétiens»: structure sociale et positions politiques des membres du Parti écologiste démocratique (ödp) (p. 47–61)

Cette étude des membres du Ökologisch-Demokratische Partei (Parti écologiste démocratique - ödp) constitue la première investigation empirique des membres d'un petit parti, dont la seule perspective électorale est de décrocher des mandats à l'échelon local. Cette enquête révèle que la composition sociale et structurelle des membres du ödp recouvre largement celle des autres partis. En revanche, le concept global de protection de la vie est une spécificité idéologique du ödp, qui réclame une sortie totale de l'énergie nucléaire et articule cette exigence avec des revendications écologiques et le rejet de l'interruption de

* Aus dem Deutschen übersetzt von Valentine Meunier

grossesse. Le parti cherche à rallier ses membres sous cette bannière programmatique. Ces derniers au demeurant se sentent plus d'affinités pour le parti écologique concurrent, Die Grünen (Les Verts), que pour les partenaires de l'Union avec sa quintessence chrétienne.

Christoph Studt: Un «no man's land». La caricature dans la recherche scientifique (p. 63–80)

La recherche sur la caricature pâtit du fait que ni l'histoire ni l'histoire de l'art ne veulent la considérer comme un pan légitime de leur discipline. Raison pour laquelle nous retraçons ici l'évolution de la caricature graphique en Europe depuis la Renaissance et que nous présentons un aperçu de l'histoire de la recherche sur la caricature.

Winfried Becker: Les Nouvelles équipes internationales et le fédéralisme (p. 81–102)

À compter de 1947, les Nouvelles équipes internationales (NEI) formèrent un rassemblement de partis, de groupes et de personnalités de différents pays qui prit en 1965 le nom d'Union européenne des démocrates-chrétiens. Certains de ses maîtres à penser s'appuyèrent sur le modèle du fédéralisme pour donner corps à leur idée d'une cohabitation pacifique des peuples européens après deux guerres mondiales. Ils aspiraient à une fédération de peuples égaux et libres sans structures hégémoniques. Les NEI, dont la structure organisationnelle était très souple, a joué un rôle pionnier dans le processus d'unification de l'Europe. Les contacts qui y furent noués, notamment dans la phase initiale, facilitèrent les premières étapes des regroupements supra étatiques.

Rudolf Uertz: Les valeurs morales chrétiennes démocrates au Conseil parlementaire 1948/49 (p. 103–123)

La Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne est considérée dans le monde entier comme l'une des constitutions les plus équilibrées et les plus stables qui soient. Le texte constitutionnel, qui reflète également les expériences sociales, éthiques, culturelles et historiques des Allemands, a indubitablement été un élément moteur de la stabilité et de l'évolution socioculturelle, politique et juridique de la République fédérale. Enfin, la Loi fondamentale et la réalité constitutionnelle de 1949 ont exercé une fascination sur les Allemands qui vivaient en RDA sous la domination des communistes. Il est ainsi particulièrement intéressant d'analyser les valeurs morales subsidiaires et personnelles défendues par la CDU et la CSU au Conseil parlementaire (*Parlamentarischer Rat*) en 1948/1949 face aux positions positivistes et étatistes.

Manja Winkler: L'union chrétienne démocrate à Leipzig de 1945 à 1948 (p. 125–142)

Dans un premier temps, la fondation du parti chrétien à Leipzig prit un tout autre tour qu'à Chemnitz et Dresde. Après le retrait des Américains, les acteurs politiques de tendance libérale et chrétienne tentèrent de fonder un parti commun, initiative qui échoua en raison de l'objection des Soviétiques. L'influence de ces derniers se fit sentir sur la fondation de l'Uni-

on qui s'ensuivit, mais des exemples très divers montrent que les Soviétiques ne cessèrent de peser sur les décisions de la CDU leipzigoise par la suite. Durant la période étudiée, la direction leipzigoise de l'Union ne jouissait de pratiquement aucune liberté de décision politique ou de marge d'action, tant il a fallu qu'elle se plie à maintes reprises à la pression soviétique, en vue de préserver ainsi ses chances de continuer à œuvrer sur le plan politique.

Gerhard Wettig: Le «Printemps de Prague», l'intervention militaire et les répercussions politiques mondiales. Les découvertes de nouvelles archives (p. 143–166)

Au sommet de l'État soviétique, certaines forces gravitant autour d'Andropov et de Souslov réclamèrent très rapidement d'intervenir contre les réformateurs de la République tchécoslovaque. Brejnev, pour sa part, hésita longuement et chercha à se montrer accommodant avec les communistes tchèques. Au sein du pacte de Varsovie, Ulbricht et Gomulka, principalement, plaidèrent pour une intervention rapide, car Prague leur paraissait constituer une menace pour leur propre pouvoir. Après avoir formulé la dite doctrine Brejnev, censée légitimer une intervention au prétexte de protéger le socialisme, les troupes soviétiques, principalement, occupèrent la République socialiste tchécoslovaque. Par la suite, les dirigeants soviétiques cherchèrent à limiter les dégâts sur le plan de la politique étrangère par l'intermédiaire de la CSCE, ce qui eut pour effet à terme d'affaiblir durablement la position des communistes.

Manfred Agethen: Franz Schleusener – une victime de la tyrannie communiste dans le Brandebourg (p. 167–189)

Franz Schleusener, né en 1876 à Sellnow en Poméranie, fit des études de droit et exerça quelques années comme avocat avant de connaître une carrière fulgurante dans la fonction publique, qui le mena au poste de secrétaire d'État au sein du ministère des Finances de Prusse. Après la guerre, les forces d'occupation soviétiques lui confièrent des fonctions de haut rang dans l'administration de la province de la Marche de Brandebourg en raison de sa grande expérience de l'administration. Puis, élu sur la liste CDU, il entra au conseil municipal de Potsdam et au Landtag du Brandebourg, au sein duquel il dirigea la commission juridique et constitutionnelle. Dans le cadre de cette fonction, il s'en prit violemment au ministre de l'Intérieur Bernhard Bechler (SED) notamment, à cause de ses violations juridiques et constitutionnelles, et il exigea des élections libres et une politique démocratique. Aux yeux des Soviétiques et du SED, il faisait partie des meneurs de la «réaction» dans le Brandebourg. Fin mars 1950, il fut emprisonné au cours des vagues de purge menées contre les hommes politiques «bourgeois» et périt en prison dans des circonstances obscures. Franz Schleusener peut être considéré comme l'incarnation extraordinaire d'une attitude courageuse et résistante face aux prétentions hégémoniques des communistes et à la mise au pas de la SBZ (zone soviétique) et de la jeune RDA.

Tobias Wöhrle: Le président Leo Wohleb (1888–1955). Badois catholique, Allemand, Européen (p. 191–216)

Leo Wohleb était issu du milieu catholique de Freiburg. Marqué par l'époque du Kulturkampf, il se sentait profondément badois depuis sa plus tendre enfance. À l'issue de la dic-

tature nazie et de la seconde guerre mondiale, le professeur de latin et grec en lycée devint l'une des forces de reconstruction du badois méridional, occupé par les Français. Non entaché politiquement, il fut le candidat du compromis et élu en 1945 à la tête du *Volkspartei* social chrétien du Bade (rebaptisé plus tard CDU du Bade). Il a présidé le Bade de 1947 à 1952, dont il était conjointement le ministre de la Culture et de l'Enseignement. La tradition badoise joua un grand rôle pour les fédéralistes d'Allemagne du sud. C'est la raison pour laquelle il s'opposa à la formation d'un État du sud-ouest qui aurait réuni les anciens Länder du Bade et du Wurtemberg et se battit pour la restauration du Bade. Il s'engagea en faveur de la création d'un État ouest-allemand, même si pour lui les Länder n'y avaient pas assez de droits. Afin de garantir la paix, il plaida pour une entente et une union européenne, pour laquelle il s'était déjà mobilisé après la première guerre mondiale. À l'issue de sa carrière politique et jusqu'à sa mort, Leo Wohleb fut ministre plénipotentiaire de la République fédérale d'Allemagne au Portugal.

Günter Buchstab : Josef Stingl (1919–2004) (p. 217–233)

Le 19 mars 2009, Josef Stingl aurait eu 90 ans – l'occasion de commémorer la mémoire de cet acteur politique social, au-delà de ses fonctions de président de l'Office fédéral du travail. Après avoir effectué son service militaire en tant qu'officier de l'armée de l'air et avoir été expulsé de sa terre natale du Egerland, Josef Stingl commença par gagner sa vie comme ouvrier de la construction, puis comme employé d'une société de construction de logements, avant d'être chef de service à l'IHK de Berlin. Parallèlement, il entreprit des études de sciences politiques. Pétri par la doctrine sociale catholique et par le principe de subsidiarité, Josef Stingl entra au Bundestag en 1953, où il assura à partir de 1963 les fonctions de président du cercle de travail «Travail et affaires sociales» du groupe parlementaire de l'Union. De 1965 à 1973, il dirigea également la commission de la politique sociale de la CDU. Il marqua durablement l'Office fédéral du travail pendant les 16 années (1968–1984), où il le présida. Il transforma cet organisme en une institution prestataire de services, introduisit le paiement par virement des allocations chômage, afin de leur ôter leur relent d'aide aux pauvres, et stimula de maintes façons la politique économique et celle de l'emploi. L'annonce publique des chiffres du chômage donna du poids à la politique de l'emploi et à son institution, mais lui attira aussi le surnom de «Cassandre fédéral» (*Bundesunke*). Président de la communauté Ackermann, il défendit les intérêts des Sudètes et prôna la réconciliation avec le peuple tchèque.

Hans Günter Hockerts: L'ère Kohl en débat VIII: la politique sociale avant et après la réunification. Introduction (p. 233–239)

Il n'y a guère longtemps que l'ère Kohl intéresse les chercheurs en histoire contemporaine. Lorsqu'on explore la politique sociale de ces années-là, il faut également tenir compte de l'évolution des conditions générales de la politique mondiale et de l'effondrement du bloc des pays de l'Est, mais aussi des conditions économiques globales entre la récession de la fin des années 70 et la mondialisation qui s'est opérée dans la dernière décennie du siècle. Il faut encore inclure les mouvements au sein de la structure socioculturelle, et ce des impacts du chômage – qui monta en flèche avec la réunification – en passant par les mutations des structures familiales jusqu'au changement démographique.

Manfred G. Schmidt: La politique sociale de 1982 à 1989 (p. 241–253)

Dans quelle mesure le gouvernement fédéral – une coalition composée de la CDU, de la CSU et du FDP – parvint-il dans les années 1982 à 1989 à mener à bien son projet de consolidation des finances de l'État, budget social y compris, et à mettre en œuvre une réforme institutionnelle de la politique sociale? Ces deux dossiers ont connu un succès appréciable – même à l'échelle internationale – qui s'explique par une conjoncture extrêmement favorable à la politique de réforme. Il est tout aussi possible d'expliquer les limites de la consolidation des finances et des réformes institutionnelles, de la «politique du virage», modérée dans son ensemble. Elles se situent moins dans l'économie ou dans la société que dans la politique. Elles ne doivent pas se chercher dans un «il était impossible de faire autrement» (étant donné les barrières institutionnelles et les nombreux adeptes du veto), mais principalement dans le fait que, en réalité, les acteurs principaux de la coalition au pouvoir et leur électeurat ne souhaitaient pas de «virage» radical.

Gerhard A. Ritter: La politique sociale au cours de la réunification (p. 255–270)

La réunification a profondément aggravé la crise latente de l'État providence allemand provoquée par des facteurs tels que le déclin démographique ou les transformations du monde de l'emploi. Sans chercher à nier que des erreurs ont été commises, la dynamique du processus d'unification et les constellations politiques font qu'il n'existait pas d'alternative pour transposer l'État providence de la République fédérale. De surcroît, les campagnes électorales ont interféré avec la politique sociale de 1990 et ont fortement pesé sur ses impératifs.

Günter Buchstab: L'ère Kohl en débat IX: La politique interallemande de 1982 à 1990. Introduction (p. 289–293)

Le 20^e anniversaire de la chute du Mur que nous célébrerons bientôt est l'occasion de questionner les évolutions de longue durée qui ont conduit à l'effondrement du bloc des pays de l'Est. Le rôle de la politique interallemande d'Helmut Kohl est à cet égard souvent oublié. Tout en respectant les clauses contractuelles pour des motifs pragmatiques, il n'a en effet jamais abandonné le dessein de l'unité allemande, contrairement à toute une partie des intellectuels de gauche, mais aussi à d'innombrables sociaux-démocrates de premier plan qui avaient perdu de vue cet objectif.

Andreas Rödder: La question allemande avant le traité d'unification: partis, intellectuels, médias de masse en République fédérale (p. 295–309)

Alors qu'une grande partie de la population fédérale pensait dans les années 1980 que la réunification était un horizon fort éloigné, elle la soutint majoritairement. Le discours des élites fut tout autre: si le fait de s'être fixé rapidement sur l'unification faisait l'unanimité au sein de l'Union, le SPD était écartelé entre une approbation de l'unité, courant incarné principalement par son président d'honneur Willy Brandt, et une position sceptique de ses «petits-fils», notamment Oskar Lafontaine et Gerhard Schröder. Dans l'opinion publique, la critique acerbe de Günter Grass était certes typique des intellectuels de gauche, mais on

y trouvait également des avocats résolus de la réunification, à l'instar de Rudolf Augstein ou de Gerd Bucerius.

Manuela Glaab: L'analyse de la visite d'Erich Honecker par l'opinion publique (p. 311–334)

Les sondages effectués dans le sillage de la visite d'Erich Honecker en 1987 montrent clairement que la relation particulière des deux États allemands perdait de sa vigueur aux yeux des citoyens ouest-allemands, même s'ils continuaient à défendre le principe de l'unification contenu dans la Loi fondamentale. Dans l'ensemble, la politique interallemande et l'Ostpolitik de la République fédérale rencontra un assentiment croissant au fil des années 1980. La visite d'Erich Honecker fut également approuvée, notamment en raison des assouplissements que l'on pouvait en attendre pour les citoyens des deux États, même si la population s'inquiétait que l'on valorise trop la RDA.

Michael Richter: La formation de l'Alliance pour l'Allemagne (p. 335–346)

En 1990, des polémiques firent jour au sein de l'Union ouest-allemande sur la question du parti qu'il fallait soutenir lors des élections de la Chambre du peuple de mars 1990 en RDA. La CDU-Est était entachée par son appartenance aux partis du bloc mais était le seul interlocuteur éventuel à disposer d'une structure puissante, alors que la DSU, le DA et le DFP avaient les mains propres mais pas d'organisation sur laquelle s'appuyer. Finalement, Helmut Kohl imposa l'Alliance pour l'Allemagne (*Allianz für Deutschland*), afin d'unir ces deux aspects.

Hanns Jürgen Küsters: L'élaboration du traité d'unification allemande (p. 347–373)

D'un point de vue juridique, les négociations sur la restauration de l'unité allemande se heurtaient à trois problèmes fondamentaux: (1) rétablir l'unité politique, économique et sociale au sein de l'Allemagne, (2) supprimer les droits de réserve des Alliés en ce qui concerne l'Allemagne et Berlin et donc concéder à l'Allemagne une souveraineté pleine et entière dans ses affaires internes et étrangères, et (3) approfondir l'intégration de l'Allemagne dans ses alliances occidentales, qu'elles soient politiques, économiques et militaires. Les Allemands considèrent que la voie choisie pour accomplir l'unité ainsi que les aspects internes de l'unité allemande – notamment le traité d'union économique, monétaire et sociale signé par les deux États allemands en mai 1990 et qui introduisit l'économie sociale de marché en RDA – étaient une affaire relevant de leur unique ressort. En dissociant les aspects internes de l'unification et la question relative à l'ampleur avec laquelle les quatre puissances alliées renonceraient à leur autorité dans les aspects extérieurs de l'unité (réglée dans le cadre du traité «2 + 4»), le gouvernement Kohl put accélérer le processus d'unification. Le traité «2 + 4» et le traité d'unification, tous les deux signés en septembre 1990, débouchèrent sur la souveraineté de l'Allemagne.

Christopher Beckmann: «Un nouveau monde s'ouvrit à moi.» Le voyage du député Ernst Majonica en Asie du Sud-Est en 1955/56 (p. 395–426)

Ernst Majonica, président fédéral de la *Junge Union* (Jeunes CDU/CSU) entre 1950 et 1955, puis porte-parole de la politique étrangère du groupe parlementaire CDU/CSU au Bundestag de 1959 à 1969, fut l'un des premiers parlementaires ouest-allemands à entreprendre de longs périples en Asie du Sud-Est dans les années 1950. Son premier voyage, dont nous présentons le carnet, le conduisit fin 1955–début 1956 au Vietnam, au Cambodge et à Hong Kong et a déterminé l'intérêt qu'il conservera toute sa vie pour l'Asie. Il eut de nombreux entretiens avec des dignitaires ecclésiastiques et politiques, à Saigon notamment avec le président Ngo Dinh Diem, et se rendit de là dans de nombreuses régions du pays. Vu d'aujourd'hui, il est frappant de constater avec quelle absence de distance critique il tire des conclusions politiques qu'il ne commencera à remettre prudemment en question que des années plus tard. Outre les notices qu'il a rédigé sur ses entretiens, il est intéressant de lire les descriptions détaillées et les impressions qu'il a consignées dans son journal. Elles témoignent d'une grande fascination pour la rencontre d'une culture qui lui était jusque-là étrangère. Cette fascination devait perdurer toute sa vie et fortement influencer le travail politique d'Ernst Majonica. À son retour, il s'engagea intensément pour que l'Allemagne nouât des relations diplomatiques avec Saigon, une question fortement controversée à cette époque à Bonn. Pour Ernst Majonica, le conflit vietnamien faisait partie intégrante du conflit global entre les deux blocs. Raison pour laquelle il pensait qu'il fallait soutenir le gouvernement de Diem, afin d'éviter que les communistes prissent le pouvoir au Vietnam et dans toute l'Asie du Sud-Est, ce qui aurait des impacts catastrophiques pour l'ensemble du camp occidental.

Rudolf Morsey: La contribution de la Fondation de la Maison du chancelier Adenauer à la recherche sur Adenauer (p. 427–442)

La recherche sur Adenauer commença alors même qu'il était encore chancelier, avec la biographie autorisée de Paul Weymar. Les sources et les acquis scientifiques sur le premier chancelier fédéral s'étendirent ensuite résolument à partir de 1967 avec la création de la Fondation, et notamment avec les «Rhöndorfer Gespräche» (débat de Rhöndorf), les «Rhöndorfer Ausgabe» (publications de Rhöndorf) et avec les recherches de Hans-Peter Schwarz et de Hans Peter Mensing qui leur sont corrélées, mais aussi grâce à celles d'autres chercheurs.

Michael Hansmann: La sauvegarde et l'exploitation des sites Internet des partis au prisme des Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Un rapport de projet (p. 443–454)

Internet s'est mué ces dernières années en un support d'information et de communication universel. Les partis politiques allemands ont utilisé ce phénomène pour leur travail et se servent intensément de ce nouveau média. Une partie des relations publiques s'effectue désormais uniquement sur Internet. Les archives des partis ont pour mission de préserver leur présence sur Internet et donc également une partie des documents numériques. Elles doivent conserver ce nouveau type de sources pour la recherche et les archiver durablement. Un projet subventionné par la Deutsche Forschungsgemeinschaft a permis de démontrer qu'il

est techniquement possible de sauvegarder des sites Internet et d'exploiter leur contenu. À l'issue du projet, l'ACDP et une société privée ont mis au point une base de données qui satisfait aux critères des normes internationales de l'OAIS visant à la préservation à long terme des données numériques.

Angela Keller-Kühne: Les archives familiales et entrepreneuriales Stinnes: un fonds d'archives central sur l'histoire d'un empire industriel (p. 455–469)

Les archives familiales et entrepreneuriales Hugo Stinnes font partie des fonds historiques les plus importants des Archiv für Christlich-Demokratische Politik. 127 mètres d'archives et une ample collection de photos documentent l'ascension et le déclin d'une famille et d'un groupe industriel aux ramifications mondiales, de ses débuts (1815) à nos jours (1986).

Hugo Stinnes père a bâti son empire économique avant la première guerre mondiale; l'inflation après la guerre favorisa son expansion. Au début du siècle, il faisait partie avec Gustav Krupp von Bohlen und Halbach et August Thyssen des acteurs économiques les plus influents d'Allemagne.

Député DVP au Reichstag, Stinnes pesa sur les événements politiques. Membre de la délégation allemande lors des négociations de réparation, il y défendit les intérêts de l'industrie lourde. Ces partenaires épistolaires s'appelaient notamment Friedrich Ebert, Matthias Erzberger, Theobald von Bethmann-Hollweg, Wilhelm Groener, Wolfgang Kapp, Erich Ludendorff, Hans Luther, Wilhelm Marx et Joseph Wirth, Walther Rathenau, Gustav Stresemann ou encore Alfred von Tirpitz.

Zusammenfassungen

Jürgen Rüttgers: Christlich-sozial-europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens (S. 1–15)

Der fünfzigste Todestag von Karl Arnold (1901–1958) lädt zur Rückschau auf die politische Biographie des in Schwaben gebürtigen, aber in Düsseldorf heimisch gewordenen ehemaligen Ministerpräsidenten ein. Über die Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften fand er den Weg ins Düsseldorfer Zentrum und darüber in den Rat der Stadt. In der NS-Zeit gelang es ihm, sich eine neue Existenz aufzubauen; politisch gehörte er zum Zirkel um den ehemaligen Oberbürgermeister Lehr, in dem die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg diskutiert wurde. Anfang 1946 wurde Arnold als Vorsitzender der sich damals noch CVP nennenden Union zum Oberbürgermeister Düsseldorfs gewählt und dann 1947 zum ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens. Anders als Adenauer betonte Arnold zeitlebens die Verantwortung der Union für alle Gesellschaftsschichten und sah deshalb auch Nordrhein-Westfalen als das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“.

Oliver Spatz: Patriotismus und Geschichtsbewusstsein im Spiegel des Generationswandels – eine analytische Rückschau auf die Ära Schröder/Fischer (S. 17–46)

Der Regierungswechsel von 1998 stellte eine Zäsur für die politische Kultur der Bundesrepublik dar. Erstmals seit 1945 gelangte eine Generation ohne eigene Kriegserlebnisse in die Führungsverantwortung des deutschen Staates. Aus heutiger Sicht markieren die sieben rot-grünen Jahre sowohl einen signifikanten Bewusstseinswandel im Umgang mit der deutschen Geschichte – und hier vor allem mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – als auch, damit untrennbar verknüpft, eine unbefangene Hinwendung zu vormalig überwiegend gemiedenen Begrifflichkeiten wie Nation, Stolz oder Patriotismus.

Der Aufsatz zeichnet wesentliche Entwicklungslinien dieser ausgedehnten Selbstbespiegelung nach und untersucht in gegenwartsbezogener Perspektive die unter Rot-Grün eingeleitete geschichtspolitische Neuvermessung der „Berliner Republik“, in deren Verlauf sich ein verändertes nationales Selbstverständnis offenbarte.

Uwe Kranenpohl: Die „christlichen Grünen“: Sozialstruktur und politische Einstellungen der Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) (S. 47–61)

Mit den Mitgliedern der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) wurden erstmals die Parteimitglieder einer Kleinpartei, die lediglich in Kommunalvertretungen Mandate gewinnen konnte, empirisch untersucht. Dabei zeigt sich, dass die ödp-Mitgliedschaft sozialstrukturell weitgehend dem Profil anderer Parteien entspricht. Eine weltanschauliche Besonderheit stellt das umfassende Lebensschutzkonzept der ödp dar, welches die Forderung nach einem Atomausstieg mit ökologischen Forderungen und der Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs verbindet. Mit diesem Programm vermag die Partei ihre Mitglieder zu binden. Allerdings bringen diese der konkurrierenden Ökologiepartei Die Grünen deutlich mehr Sympathie entgegen als den Unionsparteien mit ihrem christlichen Markenkern.

Christoph Studt: „no-man’s land“. Die Karikatur in der wissenschaftlichen Forschung (S. 63–80)

Die Erforschung der Karikatur leidet darunter, dass sich weder die Kunstgeschichte noch die Geschichtswissenschaft dafür zuständig fühlen. Deshalb wird die Entwicklung der graphischen Karikatur in Europa seit der Renaissance nachgezeichnet und ein Überblick über die Geschichte der Karikaturforschung gegeben.

Winfried Becker: Die Nouvelles Equipes Internationales und der Föderalismus (S. 81–102)

Die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) bildeten seit 1947 einen Zusammenschluss von Parteien, Gruppen und Persönlichkeiten verschiedener Länder und gingen 1965 in der Europäischen Union Christlicher Demokraten auf. Der Föderalismus diente einigen ihrer Vordenker als Modell, um der Vision eines friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker nach zwei Weltkriegen Gestalt zu verleihen. Angestrebt wurde ein Bund gleichberechtigter, freier Völker ohne Hegemonialstrukturen. Der organisatorisch lockere Zusammenschluss der NEI übernahm eine Vorreiterrolle für die Einigung Europas, da die dort vor allem in der Frühphase geknüpften Kontakte die ersten Stationen überstaatlicher Zusammenschlüsse erleichterten.

Rudolf Uertz: Christlich-demokratische Wertvorstellungen im Parlamentarischen Rat 1948/49 (S. 103–123)

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gilt weltweit als eine der ausgewogensten und stabilsten Verfassungen. Das Verfassungswerk, das auch Ausdruck gesellschaftlich-ethischer und kulturell-geschichtlicher Erfahrungen ist, hat zweifellos einen wesentlichen Beitrag geleistet zur politisch-rechtlichen und gesellschaftlich-kulturellen Entwicklung und Stabilität der Bundesrepublik. Schließlich haben das Grundgesetz und die Verfassungsrealität von 1949 an eine Faszination ausgeübt auf die Deutschen, die im Besatzungs- und Machtbereich der kommunistischen Herrschaftsordnung der DDR lebten. Von besonderem Interesse sind die personalistischen und subsidiären Wertvorstellungen, die CDU und CSU im Parlamentarischen Rat 1948/49 gegenüber positivistischen und etatistischen Positionen vertraten.

Manja Winkler: Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948 (S. 125–142)

Die Gründung einer christlichen Partei in Leipzig nahm zunächst eine ganz andere Entwicklung als in Chemnitz und Dresden: Nach dem Abzug der Amerikaner aus der Messestadt wurde der Versuch einer gemeinsamen Parteiengründung aus liberal und christlich orientierten Politikern unternommen, der jedoch am sowjetischen Widerspruch scheiterte. Bereits im Zusammenhang mit der folgenden Unionsgründung, aber auch in der Folgezeit wird an verschiedensten Beispielen immer wieder der sowjetische Einfluss auf die Entscheidungen der Leipziger CDU deutlich. Der Leipziger Unionsführung blieb im betrachteten Zeitraum kaum politische Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, da man sich in vielen Fällen dem sowjetischen Druck beugen musste, um so die Möglichkeit für eine weitere politische Arbeit aufrecht zu erhalten.

Gerhard Wettig: Der „Prager Frühling“, die militärische Intervention und die weltpolitischen Folgen. Erkenntnisse auf der Basis neuer Archivadokumente (S. 143–166)

Während innerhalb der sowjetischen Führung Kräfte um Andropow und Suslow sehr schnell ein Einschreiten gegen die Reformkräfte in der ČSSR verlangten, zögerte Breshnew lange und setzte auf ein Einlenken der tschechischen Kommunisten. Innerhalb des Warschauer Paktes drängten vor allem Ulbricht und Gomulka, die ihre persönliche Herrschaft gefährdet sahen, auf eine Invasion. Nach der Formulierung der sogenannten Breshnew-Doktrin, die eine Invasion zum vorgeblichen Schutz des Sozialismus rechtfertigen sollte, besetzten vor allem sowjetische Truppen die ČSSR. In der Folge versuchte die sowjetische Führung, den außenpolitischen Schaden durch die KSZE zu begrenzen, was aber langfristig letztlich weiter die kommunistische Position schwächte.

Manfred Agethen: Franz Schleusener – ein Opfer kommunistischer Gewalt Herrschaft in Brandenburg (S. 167–189)

Der 1876 in Sellnow in Pommern geborene Franz Schleusener durchlief nach Jurastudium und Anwaltstätigkeit eine steile Beamtenkarriere bis hin zum Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium. Nach dem Krieg wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht wegen seiner breiten Verwaltungserfahrung mit leitenden Funktionen in der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg betraut. Mit einem Mandat der CDU war er dann Mitglied der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und des brandenburgischen Landtags, in dem er den Rechts- und Verfassungsausschuss leitete. In dieser Funktion griff er v. a. den Innenminister Bernhard Bechler (SED) wegen dessen Rechts- und Verfassungsbrüchen scharf an, forderte freie Wahlen und einen demokratischen Politikstil. Sowjets und SED zählten ihn zu den führenden Köpfen der „Reaktion“ in Brandenburg. Ende März 1950 wurde er im Zuge von Säuberungswellen gegen ‚bürgerliche‘ Politiker verhaftet und kam im Gefängnis unter ungeklärten Umständen um. Schleusener kann als herausragendes Beispiel mutigen, widerständigen Verhaltens gegen den kommunistischen Führungsanspruch und Gleichschaltungsdruck in der SBZ und frühen DDR gelten.

Tobias Wöhrle: Staatspräsident Leo Wohleb (1888–1955). Katholischer Badener, Deutscher, Europäer (S. 191–216)

Leo Wohleb entstammte dem katholischen Milieu Freiburgs. Er war geprägt von der Kulturkampfzeit und besaß seit früher Jugend ein starkes badisches Heimatgefühl. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg gehörte der Gymnasialprofessor für Latein und Griechisch zu den aufbauenden Kräften im französisch besetzten Südbaden. Als politisch Unbelasteter wurde er Ende 1945 als Kompromisskandidat zum Vorsitzenden der Badisch Christlich-Sozialen Volkspartei (später in CDU Baden umbenannt) gewählt. Von 1947 bis 1952 war er Staatspräsident und Minister des Kultus und Unterrichts des Landes Baden. Für den süddeutschen Föderalisten spielte die badische Tradition eine zentrale Rolle. Daher lehnte er die Bildung eines Südweststaates aus den alten Ländern Baden und Württemberg ab und kämpfte für die Wiederherstellung Badens. Er setzte sich für die Gründung eines westdeutschen Staates ein, wobei ihm die Rechte der Länder nicht weit genug gehen konnten. Zur Sicherung des Friedens sprach er sich für die

europäische Verständigung und Einigung aus, wofür er sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg engagiert hatte. Nach seiner politischen Karriere war Wohleb bis zu seinem Tod Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Portugal.

Günter Buchstab: Josef Stingl (1919–2004) (S. 217–233)

Am 19. März 2009 wäre Josef Stingl 90 Jahre geworden – Anlass an den nicht nur als Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit profilierten Sozialpolitiker zu erinnern. Der im Egerland geborene Stingl verdiente nach dem Kriegsdienst als Luftwaffenoffizier und der Vertreibung seinen Lebensunterhalt zunächst als Bauarbeiter, dann als Angestellter einer Wohnungsbaugesellschaft und als Referent bei der IHK Berlin. Nebenher studierte er Politische Wissenschaften. Der von der katholischen Soziallehre geprägte und dem Gedanken der Subsidiarität verpflichtete Stingl kam 1953 in den Bundestag, in dem er 1963 den Vorsitz des Fraktions-Arbeitskreises „Arbeit und Soziales“ übernahm. Von 1965 bis 1973 leitete er auch den Ausschuss für Sozialpolitik der CDU. 16 Jahre lang, von 1968 bis 1984, prägte er als Präsident die Bundesanstalt für Arbeit. Er entwickelte die Behörde zu einer Dienstleistungseinrichtung, führte die bargeldlose Zahlung von Lohnsatzleistungen ein, um ihnen das Odium der Armenunterstützung zu nehmen, und gab zahlreiche Anregungen zur Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Die öffentliche Verkündung der Arbeitslosenzahlen gab der Arbeitsmarktpolitik und seiner Behörde Gewicht, brachte ihm freilich auch den Beinamen „Bundesunke“ ein. Als Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde trat er für die Belange der Sudetendeutschen ein und förderte die Aussöhnung mit der tschechischen Bevölkerung.

Hans Günter Hockerts: Die Ära Kohl im Gespräch VIII: Die Sozialpolitik vor und nach der Wiedervereinigung. Einführung (S. 233–239)

Die Ära Kohl rückt erst seit Kurzem in den Fokus der zeitgeschichtlichen Forschung. Bei der Betrachtung der Sozialpolitik dieser Jahre muss die Entwicklung mit der weltpolitischen Ausgangslage wie dem Zusammenbruch des Ostblocks, aber auch den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen der Rezession der Endsiebziger Jahre und der Globalisierung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts verknüpft werden. Auch die Verschiebungen im soziokulturellen Gefüge müssen in Betracht gezogen werden, von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, gerade auch durch die Wiedervereinigung auf neuem Höchststand, über die Veränderungen der Familienstrukturen bis hin zum demographischen Wandel.

Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik 1982–1989 (S. 241–253)

Wie weit kam die aus CDU, CSU und FDP zusammengesetzte Bundesregierung in den Jahren von 1982 bis 1989 mit ihrem Vorhaben, die Staatsfinanzen einschließlich des Sozialbudgets zu konsolidieren und eine institutionelle Reform der Sozialpolitik einzuleiten? Beiden Vorhaben war – ein auch im internationalen Vergleich – beachtlicher Erfolg beschieden. Dieser Erfolg lässt sich durch reformpolitisch ungewöhnliche günstige Gelegenheiten erklären. Erklärbar sind auch die Grenzen der finanziellen Konsolidierung und institutionellen Reformen, der insgesamt gemäßigten „Wendepolitik“. Die Grenzen liegen weniger in der Ökonomie oder in der Gesellschaft, sondern in der Politik. Sie sind nicht vorrangig im Nicht-Anders-Können (infolge von institutionellen Schranken und zahlreichen Vetospielern) zu

suchen, sondern hauptsächlich darin, dass die Hauptakteure der Regierungskoalition und ihre Wählerschaft letztlich keine radikalere „Wende“ wollten.

Gerhard A. Ritter: Sozialpolitik im Prozess der Wiedervereinigung (S. 255–270)

Die Wiedervereinigung hat die durch Faktoren wie den demographischen Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt bedingte latente Krise des deutschen Sozialstaates entscheidend verschärft. Angesichts der Dynamik des Einigungsprozesses und der politischen Konstellationen gab es jedoch zur Übertragung des bundesdeutschen Sozialstaates keine Alternative, ohne dass die dabei geschehenen Fehler in Abrede gestellt werden sollen. Zudem wurde die Sozialpolitik 1990 von den Wahlkämpfen überlagert und durch deren Notwendigkeiten entscheidend bestimmt.

Günter Buchstab: Die Ära Kohl im Gespräch IX: Die Deutschlandpolitik von 1982 bis 1990. Einführung (S. 289–293)

Der bevorstehende 20. Jahrestag des Mauerfalls bietet den Anlass, nach den längerfristigen Entwicklungen zu fragen, die zum Zerfall des Ostblocks geführt haben. Oft übersehen wird dabei die Rolle der Deutschlandpolitik Helmut Kohls, die bei aller pragmatischen Vertragstreue niemals das Ziel der deutschen Einheit aufgab, obwohl dies Teile des linksintellektuellen Spektrums, aber auch etliche sozialdemokratische Spitzenpolitiker aus den Augen verloren hatten.

Andreas Rödder: Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag: Parteien, Intellektuelle, Massenmedien in der Bundesrepublik (S. 295–309)

Während ein Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung die Wiedervereinigung in den 80er Jahren für weit entfernt hielt, wurde sie doch mit großer Mehrheit befürwortet. Anders der Diskurs in den Eliten: Während innerhalb der Union die schnelle Festlegung auf die Wiedervereinigung unumstritten war, wurde die SPD zwischen der Bejahung der Einheit, verkörpert vor allem durch ihren Ehrengeschäftsführer Willy Brandt, und der skeptischen Position seiner „Enkel“, insbesondere Lafontaine und Schröder, zerrieben. In der veröffentlichten Meinung war zwar die schrille Kritik von Grass typisch für das linksintellektuelle Lager, es gab jedoch auch, etwa mit Augstein oder Bucerius, dezidierte Verfechter der Wiedervereinigung.

Manuela Glaab: Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung (S. 311–334)

Bei den anlässlich des Honecker-Besuchs 1987 angefertigten Umfragen wird deutlich, dass das Sonderverhältnis beider deutscher Staaten in der Wahrnehmung der Bundesbürger verblasste, auch wenn das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes weiterhin befürwortet wurde. Im Verlauf der 80er Jahre war insgesamt die Zustimmung zur Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung gestiegen. Der Honecker-Besuch selbst wurde positiv be-

wertet, insbesondere die davon zu erwartenden menschlichen Erleichterungen, obwohl auch die Sorge bestand, dass die Aufwertung der DDR zu weit gehen würde.

Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland (S. 335–346)

Innerhalb der westdeutschen Union wurde kontrovers diskutiert, welcher Partner bei den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 in der DDR unterstützt werden sollte. Die Ost-CDU war durch ihre Block-Vergangenheit belastet, verfügte aber als einziger der potentiellen Ansprechpartner über eine schlagkräftige Struktur, während DSU, DA und DFP unbelastet, aber ohne nennenswerte Parteiorganisation waren. Helmut Kohl setzte schließlich das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ durch, um beide Aspekte zu vereinen.

Hanns Jürgen Küsters: Die vertragliche Gestaltung der deutschen Einheit (S. 347–373)

Aus rechtlicher Sicht zielten die Verhandlungen über die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf drei grundsätzliche Probleme: (1) die politische, wirtschaftliche und soziale Einheit im Inneren Deutschlands herzustellen, (2) die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin zu beseitigen und dadurch Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zuzugestehen, sowie (3) Deutschlands Integration in die westlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnisse zu vertiefen. Die inneren Aspekte der deutschen Einheit – insbesondere der Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, den beide deutsche Staaten im Mai 1990 unterzeichneten und der die soziale Marktwirtschaft in der DDR einführt – und der Weg zur Einheit wurden als ausschließlich von den Deutschen selbst zur regelnde Angelegenheit angesehen. Durch die Trennung der inneren Aspekte von der Frage, in welchem Ausmaß die Vier Mächte ihre Verantwortung für die äußeren Aspekte der Einheit im Rahmen des 2+4-Vertrages aufgeben würden, konnte die Regierung Kohl den Prozess der Wiedervereinigung vorantreiben. Der 2 + 4-Vertrag und der Einigungsvertrag, beide im September 1990 unterzeichnet, führten zur Souveränität Deutschlands.

Christopher Beckmann: „Eine neue Welt ging mir auf.“ Die Reise des Abgeordneten Ernst Majonica nach Südostasien 1955/56 (S. 395–426)

Ernst Majonica, von 1950 bis 1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union und von 1959 bis 1969 außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war einer der ersten bundesdeutschen Parlamentarier, die in den 50er Jahren längere Reisen nach Südostasien unternahmen. Die erste, deren Tagebuch hier vorgelegt wird, führte ihn um die Jahreswende 1955/56 nach Vietnam, Kambodscha und Hongkong und dürfte prägend für sein lebenslanges Interesse an Asien gewesen sein. Vor allem in Saigon führte er zahlreiche Gespräche mit politischen und geistlichen Würdenträgern, darunter Präsident Ngo Dinh Diem, und bereiste von dort aus Teile des Landes. Auffallend ist aus heutiger Sicht, wie unkritisch er dabei die ihm nahegelegten politischen Schlussfolgerungen übernahm, die er erst in späteren Jahren vorsichtig zu hinterfragen beginnen sollte. Neben den Notizen über die geführten Gespräche sind auch die sehr anschaulichen Beschreibungen und Eindrücke lesenswert, die er in seinem Tagebuch festhielt. Aus ihnen spricht tiefe Faszination angesichts der Begegnung mit einer bis dahin fremden Kultur. Diese Faszination sollte ein Leben lang anhalten

und Majonicas politische Arbeit stark beeinflussen. Nach der Rückkehr setzte er sich intensiv für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saigon ein, eine Frage, über die zu dieser Zeit in Bonn kontrovers diskutiert wurde. Majonica sah im innervietnamesischen Konflikt einen integralen Bestandteil der globalen Ost-West-Auseinandersetzung. Nach seiner Auffassung galt es daher, die Regierung Diem zu stützen, um eine kommunistische Machtübernahme in Vietnam und in ganz Südostasien zu verhindern, die katastrophale Folgen für das gesamte westliche Lager nach sich ziehen würde.

Rudolf Morsey: Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung (S. 427–442)

Die Adenauer-Forschung begann schon während der Kanzlerschaft Adenauers mit der autorisierten Biographie Paul Weymars. Mit der Errichtung der Stiftung im Dezember 1967 wurden durch die „Rhöndorfer Gespräche“, die „Rhöndorfer Ausgabe“ und die damit verbundenen Forschungen von Hans-Peter Schwarz, Hans Peter Mensing und anderen die Quellengrundlage wie auch das gesicherte Wissen um den ersten Bundeskanzler entscheidend erweitert.

Michael Hansmann: Fragen der Sicherung und Erschließung der Internetpräsenz der Parteien aus der Sicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Ein Projektbericht (S. 443–454)

Das Internet hat sich in den letzten Jahren zu einem universellen Kommunikations- und Informationsträger entwickelt. Dies berücksichtigen die politischen Parteien in Deutschland für ihre Arbeit und nutzen dieses neue Medium intensiv. Ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit findet mittlerweile nur noch über das Internet statt. Eine Sicherung des Internetauftritts der Parteien und damit auch eines Teils der digitalen Überlieferung gehört zu den Aufgaben der zuständigen Archive. Sie müssen diese neue Quellengattung für die Forschung erhalten und auf Dauer archivieren. Durch ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt konnte der Nachweis erbracht werden, dass es technisch möglich ist, Internetseiten zu sichern und inhaltlich zu erschließen. Nach Abschluss des Projektes wurde vom ACDP mit Hilfe einer Privatfirma eine datenbankgestützte Lösung entwickelt, die die Kriterien des entsprechenden, zukunftssicheren internationalen Standards OAIS erfüllt.

Angela Keller-Kühne: Das Firmen- und Familienarchiv Stinnes: Zentrale Archivbestände zur Geschichte eines Industrieimperiums (S. 455–469)

Das Familien- und Firmenarchiv Hugo Stinnes zählt zu den historisch wertvollsten Beständen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. 127 laufende Archivmeter Schriftgut und eine umfangreiche Fotosammlung dokumentieren Aufstieg und Niedergang einer Industriellenfamilie und eines weltweit verzweigten Industriekonzerns von den Anfängen (ab 1815) bis in die jüngste Gegenwart (1986).

Hugo Stinnes sen. baute sein Wirtschaftsimperium vor dem Ersten Weltkrieg auf, nach dem Krieg begünstigte die Inflation die weitere Expansion. Nach der Jahrhundertwende gehörte er neben Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und August Thyssen zu den einflussreichsten deutschen Wirtschaftsführern.

Als Reichstagsabgeordneter der DVP beeinflusste Stinnes das politische Geschehen, als Mitglied der deutschen Delegation bei den Reparationsverhandlungen war er der Interessenvertreter der Schwerindustrie. Zu seinen Korrespondenzpartnern zählen u. a. Friedrich Ebert, Matthias Erzberger, Theobald von Bethmann-Hollweg, Wilhelm Groener, Wolfgang Kapp, Erich Ludendorff, Hans Luther, Wilhelm Marx und Joseph Wirth, Walther Rathenau, Gustav Stresemann und Alfred von Tirpitz.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Manfred Agethen*, Dr. phil., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Winfried Becker*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau
- Christopher Beckmann*, M.A., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Kurt Biedenkopf*, Dr. jur. Professor, Ministerpräsident a.D., Dresden
- Norbert Blüm*, Dr. phil., Bundesminister a.D., Bonn
- Elmar Brok*, Journalist, MdEP, Bielefeld/Brüssel
- Günter Buchstab*, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Claus J. Duisberg*, Dr. jur., Botschafter a.D., Bonn
- Heiner Geißler*, Dr. jur., Bundesminister a.D., Dahn
- Manuela Glaab*, Dr. phil., Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Michael Hansmann*, M.A., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Hans Günter Hockerts*, Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Angela Keller-Kühne*, Dr. phil., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Hans-Otto Kleinmann*, Dr. phil., apl. Professor, bis 2002 stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Uwe Kranenpohl*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politikwissenschaft I der Universität Passau
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol., Leiter des Referats Zeitgeschichte in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Neuere Geschichte an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Michael Richter*, Dr. phil., Hannah-Arendt-Institut, Dresden
- Gerhard A. Ritter*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München

- Andreas Rödder*, Dr. phil., Professor für Neueste Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- Jürgen Rüttgers*, Dr. jur., Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Manfred G. Schmidt*, Dr. rer. pol., Professor für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Oliver Spatz*, M.A., Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn
- Christoph Studt*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn
- Rudolf Uertz*, Dr. phil., Referent der HA Wissenschaftliche Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Professor für Politikwissenschaft
- Gerhard Wettig*, Dr. phil., 54472 Kommen
- Dorothee Wilms*, Dr. rer. pol., Dipl. Volksw., Bundesministerin a.D., Köln
- Manja Winkler*, Referendarin im Schuldienst des Landes Sachsen, Leipzig
- Tobias Wöhrle*, Dr. phil., Historiker, Steinach